

Elfte Sitzung – Onzième séance**Montag, 21. Juni 1976, Nachmittag****Lundi 21 juin 1976, après-midi**

16.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Etter***Nachruf – Eloge funèbre**

Präsident: Leider muss ich Ihnen zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung einen Nachruf vortragen.

Sie haben bereits aus der Zeitung erfahren, dass in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag Herr alt Bundeskanzler Oskar Leimgruber im hohen Alter von 90 Jahren in Bern verstorben ist. Oskar Leimgruber, Bürger von Freiburg und Herznach AG, war nach Abschluss seiner juristischen Studien zuerst als Redaktor und Gewerbesekretär tätig. Mit 26 Jahren trat er in den Bundesdienst über, wurde sieben Jahre später Generalsekretär des Post- und Eisenbahndepartements und mit 39 Jahren Vizekanzler. Am 15. Dezember 1943 wählte ihn die Bundesversammlung zum Bundeskanzler. Er übte dieses Amt acht Jahre lang aus. Als er 1951 mit 65 Jahren zurücktrat, war er noch einige Zeit für die türkische Regierung als Experte für die Reform der Staatsverwaltung tätig. Oskar Leimgruber hat zahlreiche juristische und verwaltungswissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht und war initiativ tätig in schweizerischen und internationalen Vereinigungen. Dem Nationalrat hat Bundeskanzler Leimgruber als Ratssekretär und Protokollführer gedient und den Präsidenten als sehr sachkundiger und formsicherer Berater und Adjutant. Seine würdevolle Erscheinung verband sich mit einem leutseligen Wesen. Er war bei den Ratsmitgliedern sehr geschätzt.

Im Namen des Rates entbiete ich der Gemahlin des verstorbenen Bundeskanzlers, seinen zwei Söhnen, seiner Tochter und seinen persönlichen und politischen Freunden unsere Anteilnahme. Ich bitte die Ratsmitglieder und die Besucher auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. – Ich danke Ihnen.

Der Rat erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen

L'assistance se lève pour honorer le mémoire du défunt

76.024

**Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

Bericht und Beschlussentwürfe vom 24. März 1976 (BBI I, 1384)
Rapport et projets d'arrêté du 24 mars 1976 (FF I, 1392)

10 903

**Initiative Stich. Steuerharmonisierung
Harmonisation fiscale**

Wortlaut der Initiative vom 17. März 1971 (BBI 1975 II, 1750)
Texte de l'initiative du 17 mars 1971 (FF 1975 II, 1766)

11 868

**Initiative Butty. Steuerharmonisierung
Harmonisation des impôts**

Wortlaut der Initiative vom 14. Dezember 1973 (BBI 1975 II, 1752)
Texte de l'initiative du 14 décembre 1973 (FF 1975 II, 1768)

Bericht der Vorberatenden Kommission an den Nationalrat und an den Bundesrat vom 17. März 1975 (BBI 1975 II, 1748)

Rapport de la commission au Conseil national et au Conseil fédéral du 17 mars 1975 (FF 1975 II, 1764)

Stellungnahme des Bundesrates vom 24. März 1976 zum Bericht der Kommission (BBI 1976 I, 1478)

Avis du Conseil fédéral du 24 mars 1976 sur le rapport de la commission (FF 1976 I, 1492)

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag Muret
Nichteintreten

Eventualantrag Carobbio
(im Falle der Ablehnung des Antrages Muret auf Nichteintreten)

Rückweisung an den Bundesrat, mit dem Auftrag, das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern nochmals zu prüfen.

Proposition de la commission
Passer à la discussion des articles

Proposition Muret
Ne pas entrer en matière

Proposition éventuelle Carobbio
(en cas de rejet de la proposition Muret de ne pas entrer en matière)

Renvoi du projet au Conseil fédéral avec mandat de ré-examiner la relation entre impôts directs et indirects.

Weber Leo, Berichterstatter: Reformen haben es in der Schweiz immer schwer. Das gilt im besonderen für Finanz- und Steuerreformen. Was zurzeit auf diesem Sektor gilt, ist denn auch meistens nicht auf dem ordentlichen Rechtsetzungsweg in die Bundesverfassung hineingekommen, sondern über das Dringlichkeitsrecht der Zwischenkriegszeit und des Vollmachtenregimes während des Zweiten Weltkrieges. 1958 hat als sozusagen einziger Lichtblick im Gewirr von sich ablösenden Uebergangsordnungen wenigstens eine systematische Aufzählung der Einnahmenquellen des Bundes die Verankerung der Verrechnungssteuer und des Finanzausgleichs sowie die Pflicht zur Abtragung der Schulden gebracht. Das und die definitive Veranke-

rung von Sonderverbrauchssteuern sind die einzigen Reformen, wenn man sie so nennen will, die bisher vor dem Volk Gnade gefunden haben.

Die beiden Haupteinnahmequellen, die direkte Bundessteuer und die Warenumsatzsteuer, sind bisher nie als Dauereinrichtungen akzeptiert worden. So half sich denn der Bund mit Uebergangslösungen auf Zeit, die den Stempel der kurzfristigen Sicht trugen. Das einzige, was man erreichte, war die stete Verlängerung der Uebergangsfristen von zuerst vier bis auf heute zwölf Jahre. Dazu benötigte die Schweiz 14 Urnengänge, sechs mit positivem und acht mit negativem Resultat. Dieser Pragmatismus der kleinen Schritte hätte dem Bund unter dem heutigen zwölfjährigen Regime die Musse beschert, die neue Steuerordnung recht langfristig anzugehen. Zwei Umstände machen ihm nun einen Strich durch die Rechnung: die integrationsbedingten Zollauffälle einerseits und das grosse Ausgabenwachstum andererseits. Die ersteren werden für das Jahr 1976 auf etwa 1,1 Milliarden geschätzt. Für die Jahre 1960 bis 1975 sollen nach Schätzungen, unter Aufaddierung des Ausfalls, den die Schweiz wegen Anwendung des Gewichts – statt des Wertzolls – erlitten hat, die Mindereinnahmen aus den Zöllen wesentlich grösser sein als die Ausgabenüberschüsse im Ausmasse von 3,7 Milliarden. Die grosse Ausdehnung der Tätigkeit des Bundes in den letzten Jahren zeigt sich in der enormen Steigerung der Ausgaben, die von 7,8 Milliarden im Jahre 1970 auf 13,5 Milliarden im Jahre 1975 stiegen. Ebenso klar kommt die Steigerung im Anteil der Bundesausgaben am Bruttosozialprodukt zum Ausdruck. Nahmen die beiden Grössen in den Jahren 1960 bis 1972 noch ungefähr im Gleichschritt zu, so entwickelten sich von 1972 bis 1975 das Bruttosozialprodukt jährlich um 8,8 Prozent, die Bundesausgaben jedoch um 10,6 Prozent. Ein immer grösserer Anteil des Sozialproduktes wurde daher vom Bund in Anspruch genommen. Die gleiche Entwicklung gilt für die öffentliche Hand im allgemeinen. Der Scherenbewegung, die sich aus den aufgezeigten Tendenzen ergibt, muss entgegengetreten werden. Liesse man den Dingen den Lauf, so hätte das steigende jährliche Defizite von mehreren Milliarden zur Folge, die längerfristig über eine wachsende Zinsenlast die heute schon knappe Flexibilität des Bundeshaushaltes bis zum Immobilismus steigern und andererseits den Kapitalmarkt eindeutig überfordern und damit – mit oder ohne Notenpresse – die Inflation anheizen würden. Mit dem Bundesrat ist Ihre Kommission daher der Meinung, dass nicht gewartet werden kann, sondern dass jetzt gehandelt werden muss. Das Gewitter ist nicht bloss im Anzug, es entlädt sich bereits über uns. Offen ist nur die Frage nach seiner Dauer und nach dem angerichteten Schaden. Damit unterscheidet sich die heutige Lage ganz eindeutig von der Situation bei den Reformversuchen der fünfziger und sechziger Jahre. Damals glichen Reformen frommen Wünschen. Heute ist die Neuordnung des Finanzhaushaltes eine harte Forderung der Staatsräson. Eintreten auf die Vorlage war bei diesem Sachzwang daher in der Kommission nicht bestritten.

Die Kommission hat das Paket der Massnahmen unter drei Gesichtspunkten geprüft und gewogen: einmal im Hinblick auf die Ausgewogenheit der Massnahmen des Bundesrates auf dem Einnahmen- und dem Ausgabensektor, sodann im Hinblick auf die Notwendigkeit der Mehrwertsteuer oder auf vorhandene Alternativen, und schliesslich im Hinblick auf die zu treffenden flankierenden Massnahmen bei einer allfälligen Einführung der Mehrwertsteuer.

1. Genügen die Massnahmen des Bundesrates auf der Ausgabenseite? Der Bundesrat betrachtet es in seiner Botschaft als Selbstverständlichkeit, dass zunächst alles daran gesetzt werden müsse, um das wachsende Ungleichgewicht durch ein Abbremsen der Ausgabenentwicklung auf ein tragbares Mass zu vermindern. Er ist aber offenbar der Meinung, dass er mit den bisherigen Sparmassnahmen der Jahre 1974 und 1975, die zum grösseren Teil bis heute weitergeführt werden, die entsprechenden

Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Jedenfalls fehlen eindeutige gegenteilige Absichtserklärungen sowohl in der Botschaft wie auch in der Stellungnahme des Bundesrates zur Kritik an den Finanzplänen. Von zwei Seiten sind deshalb in der Kommission Anträge auf Rückweisung der Vorlage gestellt worden mit dem Ziel, vom Bundesrat als Vorleistung für die Behandlung des Paketes eine neue Sparanstrengung zu erreichen. Diese Anträge mündeten schliesslich, um nicht ein zeitliches Hinausschieben der Behandlung des Paketes in Kauf nehmen zu müssen, in die mildere Form einer Motion aus. Die Motion konkretisiert im Grunde genommen die von den meisten Fraktionsprechern anlässlich der Debatte über die Regierungsrichtlinien geübte Kritik an den Finanzplänen. Sie verlangt die Vorlage eines neuen Finanzplanes mit dem Budget 1977, mit dem Hauptziel eines ausgeglichenen Budgets im Jahre 1979. Dabei sollen allfällige Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgeklammert werden, weil sie besondere politischen Gesetzen unterliegen. Den Weg zum Ziel erblickt die Motion in einer Annäherung der Zuwachsraten der gesamten Ausgaben an die Steigerung des Bruttosozialproduktes, wobei ein Höchstsatz von 6 Prozent festgelegt wird. Wiederum bleiben allfällige extreme Entwicklungen vorbehalten.

Nachdem der derzeitige Finanzplan Zuwachsraten von 7 bis 8 Prozent für die Jahre 1977 bis 1979 vorsieht, stellt die Forderung der Motion auf jeden Fall eine Verflachung dar; sie bedeutet – in Zahlen umgesetzt – eine Kürzung des gesamten Dreijahres-Ausgabenplafonds um 3,4 Prozent oder eine Kürzung des Zuwachses in diesen drei Jahren von 3,9 Milliarden um 1,8 auf 2,1 Milliarden, also fast um die Hälfte. Damit kann das Planziel eines ausgeglichenen Budgets im Jahre 1979 erreicht werden, sofern die Mehrwertsteuer im beantragten Rahmen angenommen wird. Die Forderung nach Verlangsamung des Ausgabenwachstums ist in die Form der Motion gekleidet, um dem Bundesrat einen unmissverständlichen Auftrag zu geben. Das scheint nötig zu sein, wenn man die ersten Reaktionen auf die Motion richtig wertet. Dieser klare Auftrag soll hier wiederholt und bestätigt werden. Unsere Stellungnahme zum Gesamtpaket wird schlussendlich von seiner Erfüllung oder Nichterfüllung abhängig sein. Die Kraftanstrengung lohnt sich nur, wenn am Schluss sanierte Bundesfinanzen stehen. Wir verlangen damit vom Bundesrat nichts Unmögliches, sondern lediglich das, was er jeweils in den Budgetvereinbarungen mit den Kantonen diesen auferlegt, letztmals geschehen vor wenigen Wochen mit einer Zuwachsrate von 5 Prozent für das Jahr 1977. Wir glauben, mit dieser Motion den Befürchtungen gegenüber einer Finanz- und Steuerreform auf einem Bein gebührend Rechnung zu tragen und dabei die zeitliche Dringlichkeit und die Handlungsfreiheit des Parlaments nicht zu tangieren. Die Kommission ersucht Sie deshalb dringend, diese Ansicht zu teilen und die Motion zu überweisen.

2. Stellt die Mehrwertsteuer eine Notwendigkeit dar, oder gibt es Alternativen? Die Mehrwertsteuer ist die zentrale Massnahme im Paket. Auch wenn alle uns umgebenden Staaten sie kennen und wenn sie ohne Zweifel viele Vorteile gegenüber der Warenumsatzsteuer aufweist, wird die Neuerung nur geschluckt werden, wenn wir aufzeigen können, dass es ohne sie nicht mehr geht. Die Kommission ist daher dieser Frage gründlich nachgegangen.

Die Herabsetzung der Ausgaben auf das Wachstum des Bruttosozialproduktes – wie die Kommission es verlangt – führt zu einer Reduktion des Dreijahres-Plafonds um 1,8 Milliarden. Diese Summe übersteigt die Zahl von 853 Millionen wesentlich, die der Bundesrat für vordringliche neue Aufgaben eingesetzt hatte. Sie verlangt eine zusätzliche Reduktion von knapp einer Milliarde an schon Bestehendem. Diese Übung liegt im Bereich des politisch Möglichen, sofern eine klare Prioritätsordnung durchgesetzt wird. Das ergibt in den Jahren 1978 und 1979 leichte Ueberschüsse, die gesamthaft zirka die Hälfte des Defizites von 1977 decken; zu mehr reicht es nicht. So zeichnet

sich die Lage ab, wenn die zehnpromtente Mehrwertsteuer akzeptiert wird und zum Fliesen kommt.

In der Kommission sind zwei Alternativen anträge gestellt worden. Der eine verlangt eine Aufstockung der Warenumsatzsteuer auf einen Detailsatz von 7,5 und einen Engrossatz von 10 Prozent. Diese Massnahme würde eine gute Milliarde Franken mehr einbringen als die heutige Warenumsatzsteuer, aber 2 Milliarden weniger als die Mehrwertsteuer nach dem Antrag des Bundesrates.

Der andere Antrag zielt auf eine Ermässigung des Ansatzes der Mehrwertsteuer um 10 auf 8 oder auf 9 Prozent. Das führt zu Ausfällen von 800 Millionen bzw. von 1,6 Milliarden. Um diese Beträge müsste man nach der Meinung der Antragsteller die Ausgaben senken. Diese Reduktion liesse nicht nur kein reales Wachstum der Ausgaben mehr zu, selbst der Ausgleich der Teuerung müsste bei den schärferen Varianten grösstenteils auf Kosten bisheriger Werke geschehen.

Auf dem Papier sind solche Reduktionen möglich, allerdings nur bei Einhaltung einer äusserst straffen Prioritätsordnung oder bei Abwälzung auf die Kantone oder andere Leistungsempfänger. Ob das politisch durchgesetzt werden kann, ist schon fragwürdiger. So oder so muss man sich im klaren sein, dass Abstriche, die wesentlich über die Anträge der Kommission hinausgehen, am Bestand zehren; eine Demontage unseres Sozialstaates brächten sie zwar nicht, wohl aber eine Décollage, d. h. einen Abflug ins Ungewisse, in eine Richtung, bei der wir nicht wissen, welche Positionen wir preisgeben haben. Damit dürfte klar sein, dass, genau besehen und in die Tiefe gelotet, die Tendenz dahingeht, dass die Alternative nur lauten kann: Temporeduktion oder Richtungswechsel, oder anders ausgedrückt: gleichviel Staat mit verzögertem Ausbau oder weniger Staat als heute. Das ist die Frage, die es hier ganz klar herauszustellen gilt. Man kann das eine oder das andere wollen; aber man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben, d. h. den verzögerten Ausbau und weniger Geld.

Die Kommission hat sich mit grosser Mehrheit für die Temporeduktion und gegen den Richtungswechsel ausgesprochen und damit auch für eine zehnpromtente Mehrwertsteuer votiert; denn mit weniger Mitteln ist angesichts der angemeldeten Vorhaben, die kaum umgangen werden können, nicht auszukommen. Für die Ablehnung der aufgestockten Warenumsatzsteuer sind auch ihre technischen Mängel von entscheidender Bedeutung. Die Kommission folgt in diesem Punkt mit dem Bundesrat den früheren Expertenkommissionen und der Fachkommission. Das derzeitige System bringt Schwierigkeiten mit der Steuerstufung und bei bestimmten Gütern mit einer indirekten Belastung, «taxe occulte», die besonders den Export belastet. Es führt so zu Unebenheiten und Wettbewerbsverzerrungen, die durch bestimmte Massnahmen nur gemildert, aber nicht behoben werden können. Auch ihre Ergiebigkeit lässt sich nicht beliebig steigern. Beträge, wie sie heute benötigt werden, sind mit ihr nicht aufzubringen. Dazu bräuchte es eine Ausdehnung des Steuerobjektes, entweder durch den Einbezug der Dienstleistungen in die Grossistensteuer oder durch die Weiterentwicklung der Warenumsatzsteuer zu einer Detaillistensteuer. Aus technischen Gründen raten die Fachexperten von diesen Schritten ab. Die Kommission hat keinen Grund, die Lage anders zu beurteilen. Dazu sieht sie sich um so weniger genötigt, als die vorgeschlagene Mehrwertsteuer unbestreitbar grosse Vorteile gegenüber einer ausgeweiteten Warenumsatzsteuer aufweist. Sie entspricht nicht nur dem Grundsatz der Wettbewerbsneutralität sowie dem international verlangten Bestimmungslandprinzip. Die Experten haben auch eine Lösung gefunden, die sich relativ einfach handhaben lässt, zu wenig Abgrenzungsproblemen führt und die Zahl der Pflichtigen auf weniger als die Hälfte der Betriebe reduziert, statt 360 000 werden es bloss 150 000 sein. Die Mehrwertsteuer ist deshalb auch unter technischen Gesichtspunkten der Warenumsatzsteuer eindeutig vorzuziehen. Die Kommission hat sie denn auch in der

vorgeschlagenen Ausgestaltung gutgeheissen. Wenige Diskussionspunkte werden in der Detailberatung aufgegriffen werden.

3. Welche flankierenden Massnahmen sind bei der Einführung der Mehrwertsteuer vorgesehen? Unter diesem Abschnitt werden die Auswirkungen der Mehrwertsteuer auf die direkte Bundessteuer und auf unsere Volkswirtschaft sowie der Finanzausgleich und die Steuerharmonisierung behandelt. Die Mehrwertsteuer ist eine Konsumsteuer. Sie erfasst daher weitere Kreise als die bisherige Warenumsatzsteuer. Betrug bisher die Belastung einer Normalfamilie rund 2,7 Prozent, so werden es in Zukunft gegen 5 Prozent sein. Diese Mehrbelastung ist zwar, weil für die lebensnotwendigen Güter ein reduzierter Satz gelten soll, sozial gerecht ausgestaltet. Trotzdem bringt sie eine wesentliche Erhöhung der Belastung. Es rechtfertigt sich deshalb, die unteren und mittleren Kategorien von Steuerzahlern bei der direkten Bundessteuer zu entlasten. Die Kommission folgt in diesem Punkte im wesentlichen den Anträgen des Bundesrates. Sie setzt lediglich die Freigrenze um einiges tiefer fest. Das hat nicht nur einen gewissen Minderausfall zur Folge, sondern auch die gewünschte Wirkung, dass nicht zwei Drittel, sondern «nur» etwa die Hälfte der Steuerpflichtigen befreit werden. Während die Mehrwertsteuer eine proportionale Grundbelastung aller Konsumenten darstellt, erhält die direkte Bundessteuer immer mehr den Charakter einer Umverteilungsabgabe. Diese Funktionsteilung zwischen den beiden Hauptsteuern entspricht durchaus den Forderungen nach einem modernen Steuersystem.

In der Kommission ist die Aenderung der direkten Bundessteuer allerdings der Höhe wie dem Grundsatz nach bestritten worden. Ueber den Maximalsatz lässt sich in guten Treuen streiten. Es ist immerhin festzuhalten, dass er erst im Unendlichen erreicht wird. An der Tatsache, dass wir uns in der Schweiz bei der Steuerbelastung der 50-Prozent-Marke nähern, ändert sich so oder so nichts. Es bleibt die Optik, welcher bei Volkswolagen unbestritten eine Bedeutung zukommt. Der Antrag, den Tarif nicht zu ändern, sondern lediglich die kalte Progression auszumerzen, widerspricht nicht nur der jahrzehntealten Praxis, beide Hauptsteuern als Zwillinge zu behandeln, und dem damit verbundenen Kostenausgleich, sondern er brächte dem Bund auch einen Ausfall, der die 400 Millionen der bundesrätlichen Vorlage wesentlich überstiege. Die Kommission hat ihn deshalb eindeutig verworfen.

Die neuen Steuern werden sich auf unsere Volkswirtschaft auswirken. Die Mehrwertsteuer bringt gegenüber der heutigen Warenumsatzsteuer eine Mehrbelastung von ungefähr 3,5 Milliarden, wobei sie zum Teil die bisherigen und die weiteren Zollsensungen kompensiert. Sie wird zu Preiserhöhungen führen, soweit die Steuer überwälzt werden kann. Die letzten Erhöhungen der Warenumsatzsteuer konnten nur teilweise überwälzt werden. Möglicherweise wird der Konsum etwas abgeschwächt. Sofern die indirekten Steuern im Lebenskostenindex berücksichtigt bleiben, wird dieser ansteigen. Das Ausmass hängt wiederum von der Ueberwälzungsmöglichkeit ab. Auf die private Sparkapitalbildung sind von der Mehrwertsteuer her keine Auswirkungen zu erwarten. Die stark progressive Einkommenssteuer besitzt eine klare negative Wirkung auf die Sparneigung und die Sparfähigkeit. Die direkten Steuern der juristischen Personen sind durch die Annäherung an eine proportionale Belastung investitionsfreundlich ausgestaltet. Der Exportwirtschaft bringt das neue System durch den Wegfall der Vorbelastung Vorteile und die Gleichstellung mit der ausländischen Konkurrenz. Kleinbetriebe und die Landwirtschaft sind von der Steuer ausgenommen. Mittlere Gewerbebetriebe, die meistens nach den Grundsätzen für die natürlichen Personen besteuert werden, profitieren von der erheblichen Entlastung bei den direkten Steuern, die bis zu einem steuerbaren Einkommen von 150 000 Franken und, je nach den Familienlasten, noch wesentlich weiter gehen.

Art und Ausmass der Auswirkungen auf die Volkswirtschaft sind nicht genau auszumachen. Sicher ist nur, dass die Einführung der Steuer zu einer gewissen Bewegung führen wird. Entscheidend wird sein, dass für die Einführung ein optimaler Zeitpunkt gewählt wird und dass die Behörden mit flankierenden Massnahmen die Sache im Griff behalten. Der optimale Zeitpunkt wäre eine Periode des Aufschwungs mit stabilen Preisen. Der Bundesrat signalisiert eine solche Periode für die nächsten Jahre. Es ist zu hoffen, dass sie eintritt. Je nach der Sachlage wird sich die oberste Landesbehörde über die Geldmengenpolitik der Nationalbank und über eine befristete Preisüberwachung zusätzlich einschalten müssen. Parlament und Volk erwarten eine subtile Beurteilung der Lage und die Ergreifung der entsprechenden Massnahmen. Entscheidender als all das wird aber sein, wie sich unsere Wirtschaft entwickelt und wie sie die Mehrbelastung aufbringt. Neue Steuergesetze nützen nicht viel, wenn das Rad der Wirtschaft stillsteht. Daran hängt mehr als an differenzierten Ueberlegungen über Einzelwirkungen. Vom Gang der Wirtschaft hängen schliesslich Erfolg oder Misserfolg ab. Zum Trost aller Zweifler sei darauf hingewiesen, dass auch Ersatzmassnahmen wie die Erhöhung und Erweiterung der Warenumsatzsteuer oder eine inflatorische Schuldenpolitik zu Problemen führen würden. Deren Folgen wären ebenso schwierig zu prognostizieren und möglicherweise noch schwerer zu meistern.

Der Bundesrat ist der Ansicht, ein Ausbau des Finanzausgleichs dränge sich auf. Er schlägt vor, für einmal die verfassungsmässige Grundlage dafür zu schaffen. Die Ausführung möchte er auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, bessere Zeiten für den Bund und die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen abwarten.

Die Kommission beantragt, schon jetzt ein Zeichen zu setzen und den Finanzausgleich durch Erhöhung der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer von 30 auf 40 Prozent sowie der Finanzausgleichsquote von 5 auf 16 Prozent zu verstärken. Den Bund kostet das gute 300 Millionen. Angesichts der Milliarden Mehreinnahmen, die dem Bund mit diesem Paket zugestanden werden und angesichts der Tatsache, dass die direkte Bundessteuer nun in der Bundesverfassung dauernd verankert werden soll, scheint diese Transaktion politisch und finanziell vertretbar zu sein. Sie verschafft zudem die Gelegenheit, das vielfach vorgebrachte Postulat einer materiellen Steuerharmonisierung in bescheidenem Rahmen und auf indirektem Wege zu verwirklichen. Unter Ablehnung von Anträgen auf eine umfassende Bundeskompetenz betrachtet es die Kommission als gerechtfertigt, wenigstens den Finanzausgleichsbezüger eine minimale Harmonisierung der Steuerbelastung vorzuschreiben. Die Ausführung des Grundsatzes hat durch Bundesgesetz zu erfolgen. Damit wird im Grunde genommen nicht neues Recht geschaffen, sondern lediglich die bestehende Vorschrift, wonach bei der Berechnung des Finanzausgleichs für die Kantone die Ausschöpfung der eigenen Steuerquellen zu berücksichtigen ist, auf die Verfassungsebene gehoben, präzisiert und wirksamer gestaltet. Die sogenannte formelle Harmonisierung wurde im Sinne des bundesrätlichen Antrages übernommen und alles in einem einzigen Paket vereinigt. Die Umgestaltung der direkten Bundessteuer und die Harmonisierungsbeschlüsse stellen die Alternative der Kommission dar zur Reichumssteuerinitiative der SPS und zu den Einzelinitiativen Butty und Stich. Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb Ablehnung, soweit sie nicht zurückgezogen werden.

Gegen Mitte der dreissiger Jahre dieses Jahrhunderts steckte die Wirtschaft der Schweiz nach relativ langen guten Jahren in einer ähnlichen, eher noch stärkeren Krise als heute. Auch die öffentliche Hand hatte Geldsorgen, besonders der Bund, der in der allgemeinen Kasse und bei den Bundesbahnen grosse Löcher aufwies. Der Bundesrat wies in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte vom 2. September 1933 über die Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes darauf hin, wieviel Mühe es

den Menschen kostete, zuzugeben, auf einen erfreulichen Aufstieg könnte plötzlich ein längerer Stillstand oder sogar ein Abstieg folgen. Er löste damals seine Aufgaben mit Dringlichen Bundesbeschlüssen. Wir legen unser Paket dem Volk vor. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass es auf wackeligen Füßen steht. Es wird nur unter vier Voraussetzungen einige Aussicht auf Erfolg haben: Wenn ein Kompromiss gefunden wird, hinter den sich möglichst weite Kreise stellen; wenn der Bundesrat und das Parlament eine geschlossene Haltung zeigen und diese im Abstimmungskampf auch vertreten; wenn der Sparauftrag einen sichtbaren Erfolg einbringt, und schliesslich, wenn in der nächsten Zeit alles unterlassen wird, was die Stimmung im Volke zuungunsten der vorgeschlagenen Massnahmen verschlechtern könnte. Wenn wir das nicht schaffen, ist es um das Paket geschehen. Das gebe ich Ihnen zu bedenken und ersuche Sie, auf die Vorlagen einzutreten.

M. Gautier, rapporteur: La commission chargée d'étudier les projets 76.024 et 76.025 s'est réunie à deux reprises, au total pendant quatre jours, sous la présidence extrêmement souriante et dynamique de notre collègue Léo Weber, en présence de M. le conseiller fédéral Chevallaz, entouré de ses principaux collaborateurs, en particulier de M. Locher, directeur de l'Administration fédérale des contributions.

Elle a commencé ses travaux par un large débat d'entrée en matière qui s'est terminé par l'acceptation de celle-ci, à l'unanimité, moins deux abstentions. Deux propositions de renvoi au Conseil fédéral avaient été présentées à la commission. L'une a été retirée par son auteur en faveur de la motion sur laquelle nous reviendrons plus tard; l'autre a été rejetée par 12 voix contre 4.

Le premier problème qui s'est posé à la commission est celui de la nécessité des mesures proposées. Il n'est pas nécessaire de revenir en détail sur la situation des finances fédérales. Notre Conseil la connaît depuis plusieurs années et le plan financier dont il a pris connaissance, en mars dernier, lui a montré dans quelle impasse budgétaire allait se trouver la Confédération. Rappelons cependant quelques chiffres.

Le premier déficit est apparu en 1971 et s'élevait à près de 300 millions. Il a progressivement augmenté pour atteindre 1,3 milliard au compte d'Etat de 1975. Le budget 1976 prévoit un déficit de près de 1,5 milliard et le plan financier de 1977 à 1979 prévoit des déficits de 2 à 3 milliards par an si la Confédération n'accepte aucune nouvelle tâche, de près de 4 milliards si on y ajoute les nouvelles tâches indispensables. Il faut ajouter à cela les capitaux nécessaires pour couvrir les déficits des CFF; c'est dire que le découvert de la caisse fédérale pour les trois années à venir serait en moyenne d'au moins 4 milliards par an.

Les causes de cette pénible situation sont multiples et bien connues. D'un côté, les recettes ont diminué, ou plus exactement ont moins augmenté que prévu. Il y a, à cela, des causes conjoncturelles. La récession, en freinant la consommation, a fait diminuer le rendement de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Il y a surtout des causes structurelles, en particulier le manque à gagner sur les taxes douanières dû, d'une part, à l'abaissement de ces taxes, consécutif aux arrangements internationaux (GATT, AELE, CEE) et, d'autre part, à notre système archaïque de taxation douanière au poids et non *ad valorem*. Selon le Conseil fédéral, le manque à gagner sur les droits de douane est de ce fait de l'ordre de 2 milliards par an.

De l'autre côté, les dépenses augmentent à cause de l'inflation, bien sûr, mais surtout du fait des nouvelles tâches confiées à la Confédération.

Or nous ne pouvons accepter un déficit annuel de 4 milliards à la fin de la législature, qui risque de continuer à augmenter dans les années 80 et d'atteindre puis de dépasser les 5 milliards. Il est donc indispensable de rééquilibrer le budget de la Confédération en tenant compte des causes de son déséquilibre. Pour cela, il existe diver-

ses possibilités dont plusieurs, nous allons le voir, doivent être utilisées conjointement.

Deux grandes catégories de mesures peuvent être envisagées: les réductions de dépenses et les augmentations de recettes. Voyons tout d'abord la première possibilité, soit les dépenses.

Le premier point est de savoir s'il existe des raisons de tenter d'influencer la courbe ascendante des dépenses. Je voudrais, ici, d'abord bien me faire comprendre. Personne ne songe à diminuer les dépenses de la Confédération, ni même à les stabiliser à leur niveau actuel; on veut seulement freiner leur augmentation. Il nous semble que ce freinage est non seulement justifié mais indispensable pour plusieurs raisons. Tout d'abord, c'est l'augmentation presque logarithmique des dépenses qui est l'une des causes importantes du déséquilibre actuel. Ensuite, la courbe des dépenses publiques augmente beaucoup plus vite que celle du produit national brut; autrement dit, les pouvoirs publics dépensent une part toujours plus importante du PNB. Pour la seule Confédération, cette part était de 7 pour cent en 1960. Elle a oscillé entre 8 et 8,5 pour cent jusqu'en 1970 puis la courbe a pris une accélération inquiétante, atteignant 9 pour cent en 1974, 9,5 pour cent en 1975. Si l'on considère l'ensemble des collectivités publiques (Confédération, cantons et communes), la part du PNB qui leur est consacrée a passé de 15,4 pour cent en 1960 à 20 pour cent en 1975.

Selon certaines statistiques, en ajoutant encore la part utilisée par les assurances sociales et les grandes régions, c'est actuellement 44,7 pour cent du PNB qui passent par les caisses officielles. Le plan financier montre que la Confédération va augmenter sa part du PNB de près de 2 pour cent d'ici 1979. Comme il est probable que les autres collectivités publiques, les assurances sociales et les grandes régions vont faire de même, nous allons gaiement dépasser les 50 pour cent du PNB passant par les mains des pouvoirs publics.

Cela n'a évidemment théoriquement rien d'impossible, mais il faut se rendre compte qu'une économie où plus de la moitié du PNB est entre les mains de l'Etat n'est plus guère une économie libérale. Il y a là un choix, une décision politique.

La commission a estimé, tout au moins dans sa majorité, qu'un frein devait être mis à cette évolution, ce qu'elle a exprimé dans la motion sur laquelle je reviendrai en temps voulu, mais dont le but principal est que les dépenses fédérales ne continuent pas, à court ou à moyen terme, à absorber une part toujours croissante du PNB.

Une troisième raison de limiter l'augmentation des dépenses est que, même avec l'introduction de la réforme que nous discutons, le budget de la Confédération verrait réapparaître des déficits importants dès 1979. On peut se demander s'il serait raisonnable de voter une réforme aussi importante pour équilibrer le budget à un seul exercice!

La quatrième raison est qu'il est peu vraisemblable que l'opinion publique accepte une nouvelle charge fiscale de plus de 3 milliards sans que des mesures soient prises pour freiner tant soit peu l'augmentation des dépenses et soulager ainsi le contribuable. Rappelons qu'en décembre 1974 le peuple a rejeté toute augmentation d'impôts et ne l'a acceptée en juin 1975 que parce que, entre-temps, des économies substantielles avaient été réalisées.

Une cinquième et dernière raison est que le Conseil fédéral lui-même est conscient de cette nécessité. Les directives qu'il a émises pour la préparation du budget 1977 et du plan 1978/1979 tentent d'obtenir une nouvelle réduction des dépenses par rapport au plan présenté en mars 1976. Le Département des finances a, dans ce but, désigné une commission de cinq experts, chargés d'étudier comment et dans quel domaine cette réduction pourrait s'opérer.

Cela dit, est-il possible de freiner l'augmentation des dépenses? Je le répète, il ne s'agit ni de les diminuer, ni même de les stabiliser, mais simplement de garder leur augmentation dans le cadre de l'augmentation prévue du

PNB. Cela n'est probablement pas facile car les appétits sont nombreux et parfois justifiés. Mais il paraît indispensable de marquer une pause dans l'augmentation extrêmement rapide que les dépenses fédérales ont connue ces vingt-cinq dernières années. Il faut se résoudre à ne plus vouloir «tout et tout de suite», comme on disait en mai 1968: il faut, si vous me permettez cette comparaison médicale, laisser la Confédération digérer les tâches nouvelles qu'on lui a fait avaler, avant de lui en ingurgiter de nouvelles. Il y va du maintien d'une économie libérale et probablement d'une économie tout court. Il y va aussi, pour finir, de la répartition des tâches non seulement entre les cantons et la Confédération mais aussi entre l'Etat et l'individu.

Un très gros effort a été fait depuis la dernière guerre pour améliorer, par exemple, nos assurances sociales. Il reste, certes, encore à faire dans ce domaine mais il est impossible de le faire entièrement et maintenant. En voulant aller trop vite, on risque de mettre en danger ce qui est déjà acquis. Il nous paraît plus sage de consolider cet acquis que de vouloir, à tout prix, aller plus vite et plus loin en prenant le risque d'une catastrophe financière. C'est en voulant améliorer trop vite, sans tenir compte des réalités financières et économiques, que l'on risque le démontage de la sécurité sociale. C'est une responsabilité que nous nous refusons à prendre. Nous préférons consolider l'acquis.

Comment et où peut-on freiner? Je partage le point de vue exprimé devant la commission par M. le conseiller fédéral Chevallaz que ce n'est pas par des déclarations fracassantes, des coupes sombres et brutales dans certains secteurs qu'on y arrivera, mais bien plus par un travail constant d'économie et de refus de charges nouvelles dans divers domaines. C'est moins spectaculaire, certes, mais probablement plus efficace. Quant aux domaines où le coup de frein peut être donné, la commission, ou tout au moins sa majorité, estime que c'est le gouvernement et non le parlement qui est à même de proposer le lieu de ces modifications, car lui seul, grâce à l'administration dont il dispose, possède les données nécessaires.

A titre personnel, je dirai qu'à première vue, les secteurs dont les dépenses ont crû plus fortement ces dernières années sont ceux où avant tout on peut probablement marquer le plus facilement un temps d'arrêt dans la progression. Rappelons que, de 1960 à 1976, alors que le PNB quadruplait, les dépenses pour les transports et les routes, ainsi que celles pour l'enseignement et la recherche, ont été multipliées par 12, que le multiplicateur a été de 8 pour les prestations sociales et seulement de 2,3 pour la défense.

Au total, et je crois être ici l'interprète de la commission, ou tout au moins de sa majorité, l'augmentation des dépenses peut être limitée et doit être limitée.

Cela n'empêche, bien entendu, pas que d'autre part il faille augmenter les recettes de manière substantielle pour permettre de rééquilibrer le budget, d'une part, et, d'autre part, de faire face à une augmentation, même limitée, des dépenses. Et là, il faut aussi choisir entre diverses possibilités.

Le Conseil fédéral a renoncé, avec sagesse, à la solution facile de l'emprunt systématique. Même si l'endettement actuel de la Confédération est relativement faible et supportable, son augmentation de plusieurs milliards par an aurait une série d'inconvénients: augmentation du service de la dette, difficulté éventuelle de trouver des capitaux sur le marché, risque d'augmenter le taux d'intérêts, etc... L'emprunt systématique est une méthode acceptable en temps de guerre ou de crise grave, nous n'en sommes heureusement pas là. De même, l'augmentation de la masse monétaire, le recours à la planche à billets n'est qu'un palliatif inacceptable. Depuis Philippe Le Bel, rognant ses écus, jusqu'à la République de Weimar en 1920, en passant par les assignats de la Révolution française, on connaît les résultats de ce procédé.

Il n'y a donc de possible que le recours à l'impôt. Depuis longtemps, toute nouvelle charge fiscale fédérale a toujours été répartie sur les deux impôts de la Confédération, l'impôt de défense nationale et l'impôt sur le chiffre d'affaires. Mais, aujourd'hui, le Conseil fédéral propose une réforme grevant uniquement l'impôt de consommation qui doit permettre d'amener, chaque année, quelque 3 milliards de plus dans les caisses de la Confédération. Pourquoi ce choix? Parce qu'au cours de ces dernières années, le rendement des impôts de consommation a diminué du fait de la diminution des droits de douane, alors que le rendement des impôts directs n'a cessé d'augmenter. Ainsi, la part des impôts sur le revenu et la fortune, dans les recettes fiscales de la Confédération, a passé de 27,7 pour cent en 1960 à 41,3 pour cent en 1975. Pendant la même période, la part des impôts directs dans les recettes fiscales de la Confédération, des cantons et des communes a passé de 61,4 à 72 pour cent, tandis que la part des impôts indirects diminuait de 38,6 à 28 pour cent.

Nous sommes, avec ces chiffres, le pays d'Europe occidentale qui de loin connaît la plus forte proportion d'impôts directs. Dans la plupart des pays, la proportion est même l'inverse de la nôtre. Pour toutes ces raisons, il est indispensable de faire porter le nouvel effort fiscal sur les impôts de consommation.

Notre actuel impôt de consommation, l'impôt sur le chiffre d'affaires, a rendu d'éminents services depuis trente-cinq ans. Il comporte, cependant, divers inconvénients, d'autant plus marqués que son taux est plus élevé. Il est basé sur le principe de l'imposition à un seul niveau de la consommation, celui des grossistes. Comme les grossistes doivent répercuter cet impôt sur le détaillant et sur le consommateur, il a été nécessaire de fixer arbitrairement la marge de bénéfice du détaillant à 50 pour cent des prix de gros. Or cette marge arbitraire, si elle correspond en moyenne à la réalité, s'en écarte dans certains cas, d'où une distorsion des prix de détail selon le chemin parcouru du grossiste au consommateur, qui avantage certains détaillants et en défavorise d'autres, faussant ainsi le jeu de la concurrence et créant une injustice fiscale.

D'autre part, l'impôt sur le chiffre d'affaires frappe également les investissements, sur lesquels il ne peut être récupéré par les exportateurs. C'est ce qu'on a appelé la taxe occulte qui grève nos exportations et les rend moins compétitives vis-à-vis des produits étrangers taxés selon le principe de la TVA qui, elle, peut être entièrement déduite pour l'exportation. Pour ces deux raisons, on ne peut, sans inconvénient majeur, augmenter le taux et donc le rendement de l'actuel impôt sur le chiffre d'affaires. Il est nécessaire de passer à l'imposition de la consommation à toutes les phases avec déduction de la taxe antérieure, autrement dit, au système TVA. Il serait trop long d'entrer ici dans le détail technique de ce système, qui est fort bien décrit aux pages 21 à 30 du message 76.024. Disons simplement qu'avec la TVA, les distorsions de concurrence disparaissent et que cet impôt peut être intégralement déduit avant l'exportation, ce qui est particulièrement important au moment où notre industrie d'exportation connaît tant de difficultés par suite de l'appréciation constante du franc suisse.

D'autre part, la TVA a l'avantage sur l'impôt sur le chiffre d'affaires de pouvoir s'appliquer à une gamme plus large de prestations et notamment à divers services. Par contre, la TVA touchant tous les stades de l'élaboration d'un objet, il est évident qu'elle va frapper un plus grand nombre de contribuables que l'ICHA; celui-ci frappe actuellement 88 000 grossistes. La TVA, si elle était introduite sans nuances, frapperait environ 360 000 personnes, soit quatre fois plus. La commission d'experts qui a mis au point le projet de TVA qui nous est soumis a établi diverses mesures pour pallier cet accroissement. Elle y est parvenue en exonérant:

– les entreprises dont le chiffre d'affaires est faible et où l'avantage fiscal serait minime car, dans ces cas, les frais

de prélèvement de l'impôt seraient disproportionnés par rapport à la recette fiscale,

- les produits de l'agriculture,
- divers services.

On arrive ainsi à ramener le nombre des contribuables à environ 150 000, soit une augmentation par rapport à l'ICHA de 70 pour cent. Disons tout de suite que cette exemption n'est qu'une pseudo-exemption.

En effet, les petites entreprises et l'agriculture, même si elles sont exemptées de remplir les déclarations pour la TVA, l'auront payée sur les produits et sur les investissements qui leur sont nécessaires et elles ne pourront la déduire puisqu'elles ne seront pas contribuables de la TVA. Les statistiques présentées dans le message montrent que, dans la majorité des cas, cette pseudo-exemption ne coûtera, ni ne rapportera rien aux entreprises concernées. Le projet prévoit cependant que ces entreprises, si elles le désirent, pourront demander à être astreintes volontairement à la TVA, cela pour éviter des distorsions, des injustices.

Il me paraît difficile d'aller plus loin dans le détail au cours de ce rapport d'entrée en matière. Je dirai encore simplement que le taux normal prévu pour la TVA est de 10 pour cent, qu'un taux réduit de 3 pour cent est prévu pour les produits de première nécessité dont la liste correspond approximativement à la liste franche actuellement en vigueur pour l'ICHA.

La discussion de détail me permettra de revenir sur deux problèmes: la limitation dans le temps et la marge de flexibilité.

Enfin, disons que l'avantage fiscal pour la Confédération, par rapport à l'ICHA au taux actuel, serait de 3,4 milliards en 1978 et de 3,5 en 1979.

Une question se pose, celle de la répercussion de la TVA sur l'économie, en particulier de son effet sur le coût de la vie. Selon les experts, il est très difficile de prévoir quel sera cet effet, car il dépend en grande partie de la situation économique au moment de l'introduction de la TVA. En période de calme, sans trop d'inflation, l'introduction de la TVA ne sera vraisemblablement que partiellement reportée sur le consommateur et son effet sur le coût de la vie restera modeste. Si par contre elle survient lors d'une forte reprise avec un haut taux d'inflation, il est évident qu'elle sera pleinement répercutée sur le consommateur et contribuera à faire monter l'indice des prix de détail. Toujours selon les experts, cette hausse due à la TVA serait de l'ordre de 2 à 3 pour cent de l'indice.

La question se pose de savoir si la TVA doit être incluse dans le calcul de l'indice ou si elle ne devrait pas en être extraite. Si on l'inclut, la hausse de l'indice déclenche le processus de relèvement des salaires indexés, avec toutes les conséquences que l'on sait, et – en définitive – ce n'est plus le consommateur qui paie la TVA, mais les entreprises. Si on l'exclut, c'est bien le consommateur qui est chargé et on évite d'entrer dans la spirale ascendante des prix et des salaires. La commission d'experts signale ce problème, sans vouloir prendre position. Je tenais à la signaler aussi; il s'agit là d'un choix politique qui devra être fait.

Pour ce qui est de l'impôt fédéral direct, le projet du Conseil fédéral n'en attend aucune recette nouvelle; au contraire, il laisse prévoir une diminution de rendement d'environ 400 millions sur les personnes physiques. Cela est dû au fait qu'en application de l'article 41^{ter}, 5^e alinéa, de la constitution, le Conseil fédéral a décidé de corriger les effets de la progression à froid. Pour ce faire, un nouveau barème a été mis sur pied, dont les deux mesures principales sont, d'une part, l'augmentation de la part de revenus exonérée qui passerait, selon le projet, de 9700 à 25 000 francs, chiffre que la majorité de la commission vous propose de ramener à 18 000, et, d'autre part, la prolongation de la courbe de progressivité jusqu'à un taux de 14 pour cent au lieu de 11,5 actuellement. A cela s'ajoute

une augmentation des déductions sociales. En chiffres, cette opération coûtera 450 millions en allègements qu'il faut diminuer des 50 millions de recettes supplémentaires dues à l'augmentation du taux maximum, soit au total un manque à gagner de 400 millions.

En chiffres toujours, le nombre de contribuables astreints diminuera des deux tiers selon la proposition du Conseil fédéral. Actuellement, deux millions de contribuables paient l'impôt fédéral direct; selon le projet du Conseil fédéral, ce nombre s'abaisserait à 650 000, selon celui de la commission à un million.

Je trouverai, certainement, l'occasion de revenir sur ce problème lors de la discussion de détail.

Pour les personnes morales, le projet prévoit une opération blanche. Il augmente légèrement le taux de l'impôt sur le bénéfice, ce qui rapporte 15 millions et diminue celui sur le capital et les réserves, ce qui coûte 15 millions. Là aussi, la discussion de détail permettra de revenir sur ce sujet, sur la proposition de la commission de modifier le système d'imposition du bénéfice, et sur les problèmes de la limitation dans le temps et de la flexibilité.

La commission, contrairement au Conseil fédéral, propose une forte augmentation de la part cantonale à l'impôt fédéral direct, proposition dont le but principal est de promouvoir, par un renforcement de la péréquation intercantonale, une harmonisation fiscale matérielle entre la Confédération et les cantons.

Le moment est venu de parler du projet d'harmonisation fiscale. Ce Conseil se rappelle que divers projets concernant ce domaine lui ont été soumis, notamment les initiatives Stich et Butty dont nous devons nous occuper sous peu. Sans entrer dans le détail, je rappellerai que la commission chargée d'étudier ces deux initiatives parlementaires conclut à la nécessité de promouvoir une harmonisation formelle, c'est-à-dire de donner à la Confédération la compétence de fixer aux cantons certains principes de base de leurs systèmes fiscaux. Par contre, cette commission estimait qu'il était prématuré d'aller jusqu'à l'harmonisation matérielle, c'est-à-dire d'intervenir dans le taux des impôts cantonaux et communaux. Ce point de vue de la commission, approuvé par la Conférence des directeurs cantonaux des finances, a été repris par le Conseil fédéral dans son projet d'introduire dans la constitution un article 42quinquies, disant – entre autres – à son alinéa 2: «La Confédération établit par la voie législative, pour la législation des cantons et des communes, les principes régissant l'assujettissement à l'impôt, l'objet et le calcul des impôts dans le temps, la procédure et le droit pénal en matière fiscale; elle en contrôle l'observation. La fixation des barèmes, des taux et des montants exonérés d'impôt est du ressort des cantons.» Le Conseil fédéral s'en tient donc à l'harmonisation formelle.

Notre commission, tout en soutenant et adoptant cet article 42quinquies, a estimé, dans sa majorité, devoir aller plus loin et introduire un début d'harmonisation matérielle. Elle a admis qu'au moment où la Confédération demandait un effort supplémentaire important aux contribuables, il fallait en même temps exiger des cantons une certaine harmonisation matérielle qui mette fin à des situations de concurrence fiscale et à la tendance de certains cantons à sous-imposer leurs contribuables, quitte à réclamer ensuite des soutiens financiers fédéraux.

La commission a ainsi également tenu compte de la forte minorité qui a récemment soutenu l'initiative fiscale de l'Alliance des indépendants.

Pour parvenir à ce but, la commission vous propose:

1. De porter de 30 à 40 pour cent la part des cantons à l'impôt fédéral direct;
2. Sur cette part, de porter la fraction réservée à la péréquation d'un sixième à 40 pour cent; c'est dire que la part de l'IDN réservée à la péréquation passera de 5 à 16 pour cent, tandis que la part cantonale hors péréquation diminuera légèrement et s'abaissera de 25 à 24 pour cent;

3. De faire dépendre le paiement aux cantons de la part de péréquation de l'adoption par ceux-ci de lois fiscales imposant de manière suffisante les hauts revenus et les fortunes importantes des personnes physiques, ainsi que le bénéfice et le capital des personnes morales.

De cette manière, par une loi qui devrait entrer en vigueur le 1er janvier 1979, la Confédération fixerait aux cantons des taux d'imposition minimum, au-dessous desquels ceux-ci perdraient leur part de péréquation.

Telle est la proposition de la commission, à laquelle le Conseil fédéral s'oppose principalement en raison de la perte de 320 millions par an qu'elle représenterait pour la caisse fédérale. Nous reviendrons aussi sur ce sujet lors de la discussion de détail.

Il me reste à vous rappeler la procédure législative proposée. Selon un système qui devient traditionnel, le Conseil fédéral nous propose d'inscrire simultanément dans la constitution des dispositions définitives de compétence et des dispositions transitoires d'application. Pour les dispositions définitives, le Conseil fédéral propose de remplacer l'actuel article 41ter, qui règle la compétence de la Confédération en matière d'impôts de consommation et d'impôt direct, par deux articles: le 41ter, réglant les compétences en matière d'impôts de consommation et le 41quater réglant l'impôt direct. En outre, le projet propose un article 42quinquies nouveau, réglant l'harmonisation formelle. Signalons à ce propos que la commission a estimé que ces trois articles formaient un tout et qu'il était logique de présenter ces modifications en un seul arrêté fédéral, alors que le Conseil fédéral prévoyait un arrêté pour les impôts et un autre pour l'harmonisation fiscale; finalement, le Conseil fédéral s'est, devant la commission, rangé au choix de l'arrêté fédéral unique. Nous aurons l'occasion de revenir sur ce sujet lors de la discussion de détail.

Pour les dispositions transitoires, le Conseil fédéral et la commission vous proposent de scinder l'article 8 actuel qui traite des deux impôts en un article 8 traitant de l'impôt direct et un article 9 nouveau traitant des impôts de consommation. Ces deux articles fixent les limites dans lesquelles le Conseil fédéral réglera l'application des dispositions constitutionnelles sur les deux impôts, en attendant que la législation soit modifiée.

En ce qui concerne l'initiative du Parti socialiste sur l'imposition de la richesse, objet du message 76.024, j'en parlerai lorsque nous viendrons à sa discussion. Pour le moment, je dirai seulement que la commission propose par 12 voix contre 8 de suivre le Conseil fédéral en recommandant au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative.

En conclusion de ce long rapport, je vous demande donc, au nom de la commission d'entrer en matière sur la proposition 76.024 (l'entrée en matière étant implicite sur l'initiative populaire) et de voter les deux arrêtés tels qu'ils vous sont proposés par la majorité de la commission, enfin d'adresser au Conseil fédéral la motion de la commission.

M. Muret: Il y a un certain paradoxe à ce que la seule proposition de non-entrée en matière soit présentée non seulement par un groupe de minorité, bien sûr, mais motivée par des raisons qui sont sans doute assez différentes de celles qui animent d'autres adversaires de la TVA. Je m'empresse de dire que ce n'est pas de notre faute et que cela n'empêchera pas lesdits adversaires qui existent – tout le monde le sait – de se rallier à notre proposition de non-entrée en matière.

Celle-ci est la suite logique du refus que le Parti du travail a déjà opposé soit au projet de mesures fiscales de décembre 1974, soit à celui de juin 1975. Dans ces deux cas, nous avons dénoncé et combattu une politique financière qui faisait payer le peuple pour épargner la richesse et le capital. Or, aujourd'hui, le nouveau régime des finances et des impôts qui nous est proposé marque clairement que cette politique non seulement n'a pas changé mais qu'elle s'aggrave lourdement avec l'introduction de la TVA.

En effet, l'énorme charge supplémentaire de 3,5 milliards qu'entraîne ce nouveau système sera supportée finalement et au bout de la chaîne des déductions par le seul consommateur, c'est-à-dire en premier lieu par le monde du travail. Nous ne pouvons donc que repousser le projet fédéral et nous opposer avec d'autant plus d'énergie à l'extension massive d'une imposition indirecte qui est par définition foncièrement inéquitable et antisociale. Pourquoi? Parce que non progressive; parce que frappant au même taux le pauvre et le riche, le petit et le gros, parce que pesant ainsi fatalement pour l'essentiel sur l'immense majorité de la population – et cela afin de mieux sauvegarder les privilèges d'une petite minorité toute-puissante, celle des trusts, des monopoles et des grandes concentrations capitalistes.

Soit dit en passant, la réponse favorite apportée jusqu'ici par le Conseil fédéral à cette critique de principe de l'impôt indirect consistait à invoquer le caractère éminemment social qui était prétendument conféré à l'impôt sur le chiffre d'affaires actuel par l'existence de la fameuse liste franche qui exonère les produits de première nécessité. Or cette liste franche est purement et simplement supprimée dans le cadre de la TVA! Et alors qu'à l'heure actuelle, elle comprend en tête le gaz, l'eau, l'électricité, les combustibles, les savons et lessives, ces marchandises seront imposées à l'avenir au taux maximum et ne bénéficieront même pas du taux réduit de 3 pour cent. Bien sûr, on fournit à ce propos d'irréfutables explications techniques. Le seul ennui, c'est qu'elles n'empêchent en rien le consommateur d'être ainsi frappé d'une coquette augmentation de ses charges et c'est pourquoi nous avons déposé une proposition de maintien intégral de la liste franche actuelle.

Certes, il faut rendre cet hommage au Conseil fédéral qu'il n'a rien négligé pour soigner la présentation, comme on dit en langage commercial, de son dernier paquet – puisque c'est le terme aujourd'hui consacré – de mesures fiscales. C'est un paquet de fête avec emballage de luxe, c'est-à-dire qu'on ne devine pas tout de suite ce qu'il enveloppe au juste, et peut-être pas non plus par la suite, du reste... Et puis l'acheteur a droit à une prime spéciale en supplément gratuit et à titre exceptionnel, comme de juste, sous la forme d'un allègement de 400 millions de son impôt fédéral direct. Il est vrai que cette réduction est déjà réduite de 50 millions par la commission mais elle n'en conserve pas moins un indiscutable attrait publicitaire.

Hélas! la prime fédérale ressemble comme une sœur à toutes les primes de toutes les «actions» de tous les grands magasins, ce qui veut dire qu'avant de se laisser séduire il vaut mieux y regarder de près. Or que constate-t-on? Le contribuable marié avec deux enfants et dont le revenu se monte à 26 500 francs aura l'inexprimable satisfaction de voir son impôt direct allégé de 74 francs et 70 centimes si son épouse ne travaille pas. Par contre, à l'usage, il s'apercevra que l'introduction de la TVA aura alourdi les dépenses de son budget familial de quelque 1800 francs au moins; ce qui signifie qu'il aura payé au titre de la TVA 24 fois plus que ce qu'il aura économisé sur son impôt direct!

Il y a là une démonstration simple, précise, fondée au surplus sur des statistiques et des chiffres officiels, de la brillante opération que représente le nouveau régime financier pour les petits et moyens contribuables et pour la grande masse des salariés.

Et à cela s'ajoute une autre constatation particulièrement significative à nos yeux. En effet, ce nouveau régime financier ne se borne pas à faire retomber l'essentiel des charges nouvelles sur le peuple mais au surplus il favorise délibérément le capital.

Il est vrai qu'on peut prendre acte des maigres augmentations qui pèsent (d'un poids léger) sur les gros revenus des personnes physiques – et qui du reste paraissent surtout destinées à ganter de velours la main tendue aux socialistes... Mais les personnes dites morales, c'est-à-dire

dans leur grande majorité les sociétés anonymes et leurs énormes ressources, c'est-à-dire encore les grands empires capitalistes du pays, ne se voient pas seulement épargnées, elles bénéficient même parfois d'un traitement amélioré et privilégié.

C'est ainsi que le message du Conseil fédéral tient à souligner que l'acquisition de tous les biens et services destinés à l'activité de l'entreprise, donc les biens d'investissement et les moyens d'exploitation, seront désormais dégrèvés par le jeu de la déduction de l'impôt préalable. Ce qui signifie qu'ici comme ailleurs, c'est le consommateur qui, au bout de la chaîne, paiera le cadeau octroyé à plus riche que lui.

C'est ainsi que le taux d'imposition du capital et des réserves des sociétés anonymes et des coopératives est non pas même maintenu, mais allégé de 10 pour cent, alors qu'il est déjà si dérisoire que le produit de cet impôt se monte en tout et pour tout à 64 millions pour une masse de capitaux de plus de 100 milliards.

C'est ainsi que les décisions de la commission ont, entre autres, des effets magiques pour une certaine catégorie de sociétés qui bénéficieront d'allègements allant selon les cas jusqu'à plus de 50 pour cent!

Et, pendant ce temps, il faut le répéter sans se lasser, l'essentiel des 3,5 milliards de charges fiscales supplémentaires retombent sur la grande masse de la population. C'est la confirmation éloquente du contenu typiquement antisocial d'une politique financière de classe.

«C'est bien (ou ce n'est pas bien, selon le point de vue auquel on se place), va-t-on sans doute nous objecter, mais la Confédération a besoin d'argent; il faut qu'elle paie notamment ses dépenses sociales; si vous ne voulez pas de la TVA, que proposez-vous?» Permettez-moi – je me suis fait l'interprète de MM. les rapporteurs et j'en suis très heureux – de leur rappeler donc en réponse à cette question que si toutes les propositions concrètes de ressources nouvelles que nous avons déposées au cours de ces dernières années, en 1972, en 1974, en 1975, avaient été acceptées, elles auraient déjà comblé une bonne partie du déficit des finances fédérales. Seulement voilà, aux yeux de cette assemblée ou de sa majorité en tout cas, elles avaient le tort de mettre enfin à contribution le capital et les principaux bénéficiaires de vingt-cinq ans de haute conjoncture. Les dernières d'entre elles, qui visaient à doubler l'impôt sur les sociétés (rendement, capital et réserves) ont recueilli quatre voix et j'ai été soupçonné à cette tribune de schizophrénie! (Notez bien: autant ça que la gale!) Il nous a donc paru inutile de renouveler cette fois-ci cet exercice de style.

Mais qu'on ne vienne pas prétendre qu'il n'y a pas de solutions de remplacement à la TVA. La majorité a beau ne pas vouloir de celles que nous préconisons. Elles n'en existent pas moins et elles ne manquent pas. La proposition que je viens de mentionner eût procuré 1,5 milliard de recettes nouvelles. Le passage de 0,75 pour mille à 1 pour cent seulement du taux sur le capital et les réserves procurerait 1 milliard. Une lutte véritable contre la fraude fiscale en rapporterait 2. On pourrait et on devrait supprimer les arrêts de la progression, on pourrait imposer les plus grosses fortunes (nous disons bien les plus grosses seulement); on pourrait et on devrait réduire les dépenses d'armement, et ainsi de suite.

Ce que nous voulons ainsi, nous n'avons pas à le cacher, c'est une transformation profonde de la politique financière antisociale et antipopulaire qui est celle de la classe dirigeante et qu'incarne impudemment aujourd'hui le nouveau régime qui nous est soumis.

Il va de soi que nos solutions supposent et exigent de vastes réformes, d'amples changements d'ensemble, mais c'est bien là le but même qui est le nôtre et nous n'entendons pas nous en écarter, entre autres en tombant dans le piège d'une technicité qui ne sert aujourd'hui en fait que les puissances d'argent.

Tels sont les principaux motifs de notre proposition de non-entrée en matière pure et simple. Nous ne nous dissi-

mulons en rien ce qu'elle peut avoir de symbolique dans cette assemblée. Il n'est pas certain en revanche qu'il en soit de même devant le peuple.

M. Carobbio: La situation précaire des finances de la Confédération préoccupe en premier lieu les travailleurs. Ce sont eux qui en supportent toujours les conséquences.

Le Conseil fédéral prétend que les déficits toujours plus lourds sont la conséquence d'une croissance trop rapide des dépenses due à l'extension constante des tâches des pouvoirs publics et à la récession. Ce sont des justifications pour le moins incomplètes. Les déficits sont aussi la conséquence de la politique pratiquée ces dernières années et caractérisée par une imposition insuffisante des hauts revenus et des fortunes, par le refus, et cette attitude a été encore confirmée ce matin, de limiter le secret bancaire, par l'absence de volonté de modifier la distribution des charges publiques dans le sens d'une réduction des dépenses peu utiles à la collectivité, telles les dépenses militaires, l'aide massive aux entreprises de transport privées, aux transports publics, etc.; ils résultent aussi de la politique douanière, qui s'est traduite par une forte diminution des recettes sans que le consommateur ait bénéficié en quoi que soit du démantèlement des droits de douane. On parle d'une perte de 2 milliards, y compris celle qui découle du système des taxes douanières calculées selon le poids au lieu du système *ad valorem*, perte qui représente plus de la moitié du déficit prévu et dont ont bénéficié les grosses sociétés d'importation et les grandes industries. On ne peut, lorsqu'on examine la situation des finances de la Confédération et les solutions à adopter, oublier ces aspects du problème ni surtout les responsabilités qui en découlent.

Cependant, on ne peut pas nier la réalité: le déficit de 3,8 milliards prévu est lourd. Sa couverture, et sur ce point je suis d'accord avec le Conseil fédéral, passe par une augmentation des recettes, augmentation d'autant plus importante quand on veut, et nous croyons que les travailleurs ont tout intérêt à la réclamer, revendiquer une politique d'intervention plus active de l'Etat dans l'économie pour assurer une expansion de l'offre des biens collectifs et une meilleure justice sociale; une politique de refus de toute proposition qui vise à réduire les prestations sociales de la Confédération; une politique fiscale des pouvoirs publics visant à la redistribution réelle de la richesse entre classes sociales et entre régions riches et moins riches. Dans cette optique, le problème que nous devons examiner aujourd'hui consiste à trouver les moyens par lesquels on peut et on doit augmenter les recettes de la Confédération.

Vous connaissez la solution choisie par le Conseil fédéral: c'est le prélèvement de 3,5 milliards par le canal d'un impôt indirect dénommé «Taxe à la valeur ajoutée». D'un autre côté, pour mieux faire avaler l'opération, on propose des corrections mineures à l'impôt direct. La solution proposée pèsera surtout sur les revenus faibles et modestes. Elle signifiera une diminution du salaire réel de l'ordre de 6 pour cent pour les travailleurs.

Le Conseil fédéral dit que les revenus modestes bénéficieront d'une compensation sous la forme d'une réduction de l'IDN mais, à part le fait qu'on est en train de ramener cette compensation à presque rien, les moins favorisés, c'est-à-dire ceux qui ne sont pas soumis à l'IDN, ne bénéficieront d'aucune compensation.

Tout en reconnaissant la nécessité d'accroître les recettes de la Confédération, je ne puis pas accepter la solution proposée comme étant la seule possible. Je crois qu'il existe d'autres solutions. C'est pour ces raisons que je demande, si la proposition de non-entrée en matière de M. Muret est refusée, le renvoi du message au Conseil fédéral en vue de l'examen d'une autre solution.

Tout en refusant d'opposer dogmatiquement les impôts directs, toujours plus justes, aux impôts indirects, toujours injustes, je crois que prétendre prélever 3,5 milliards par ces derniers est de toute façon inacceptable.

Dans ces conditions, le choix entre l'ICHA et la TVA qui nous est proposé, est finalement un faux problème. Il est fort probable que, sur le plan technique tout au moins, la TVA soit meilleure que l'ICHA, mais pour moi, le problème ne réside pas là. Le vrai problème consiste à apprécier la justesse de la thèse du Conseil fédéral selon laquelle il n'y a plus de marge possible pour augmenter les impôts directs de la Confédération et qu'en conséquence, la seule solution praticable consiste à augmenter massivement les impôts sur la consommation, de toute façon moins justes du point de vue social dans la mesure où on ne cherche pas à corriger leur caractère dégressif.

Le Conseil fédéral justifie sa proposition en affirmant qu'en Suisse le rapport entre impôts directs et impôts indirects est favorable aux seconds. Il nous dit aussi que la part des premiers dans le produit fiscal total a crû et qu'il faut mettre un frein à cette tendance.

Il est vrai qu'en Suisse, la part de l'impôt direct dans le produit fiscal total est un peu plus élevée qu'en Suède, par exemple, mais à mon avis, l'argument qui consiste à dire qu'on ne peut plus élever davantage les impôts directs ne tient pas.

Enfin, la fiscalité suisse est en moyenne relativement basse: 19,2 pour cent du PNB, sans compter la contribution aux assurances sociales, contre 34,8 pour cent en Suède et 27,8 pour cent en Hollande. D'un autre côté, les impôts directs représentent en Suisse 10,9 pour cent du PNB contre 19,4 pour cent en Suède et 15,1 pour cent en Hollande. Il s'agit de données tirées de la publication de l'OCDE, *Statistiques sur les recettes publiques*. De même source, on apprend que l'impôt sur le revenu des personnes physiques et des personnes morales rapporté au produit national brut est en Suisse de 8,9 pour cent, et de 2 pour cent dans le second cas, en Suède de 17,6 pour cent et de 1,9 pour cent, en Hollande de 12,1 pour cent et de 3 pour cent. Il s'agit là de moyennes. On ne peut pas passer sous silence que la Suisse demeure toujours, surtout pour les gros revenus et les grosses fortunes, un paradis fiscal. Pour donner un exemple, en Suisse, une personne seule avec un revenu de 200 000 francs est imposée en moyenne à raison de 32 pour cent, en Suède de 67 pour cent et en Autriche de 62 pour cent. Il ressort de ces données qu'il existe certainement encore des possibilités d'augmenter les recettes de la Confédération par le biais des impôts directs, tant pour les personnes physiques que pour les personnes morales, encore que l'on doive reconnaître que les impôts de ces dernières ont les mêmes effets que les impôts indirects, vu qu'ils sont immédiatement reportés sur les prix.

A cette argumentation, on oppose, au nom du fédéralisme, que si l'on augmente sensiblement les taux de l'impôt fédéral direct, on limite la liberté de manœuvre des cantons et des communes. Ces propos-là ne peuvent être admis que partiellement. Ils découlent d'une conception discutable du fédéralisme qui refuse d'accroître les pouvoirs de la Confédération. Je crois, par contre, qu'une défense réelle du fédéralisme exige de lutter pour la survie économique des régions les moins favorisées et des populations qui y vivent, ce qui signifie: distribution de la richesse en la transférant des régions plus riches aux régions moins favorisées. On peut atteindre ce but précisément par l'augmentation de l'impôt fédéral direct, pour permettre de plus larges possibilités d'intervention de la Confédération. Un tel choix permettrait aussi de réaliser une harmonisation fiscale matérielle. Ceux qui rejettent cette solution au nom du fédéralisme s'opposent en réalité à l'utilisation de la fiscalité comme moyen de redistribution de la richesse.

Il découle de ce que je viens de dire qu'une solution de rechange à celle du Conseil fédéral existe: accroître les recettes par le biais de l'impôt direct en introduisant, comme le propose par exemple l'initiative du Parti socialiste, un véritable impôt fédéral sur la richesse. Cela étant dit, je reconnais sans autre que l'augmentation de la charge fiscale directe de 3,5 milliards constituerait un ac-

croissement de l'ordre de 50 pour cent. Compte tenu des marges réduites d'augmentation qu'offrent d'autres impôts, comme l'impôt anticipé, l'augmentation devrait être réalisée en grande partie par ce biais de l'impôt de défense nationale; ce qui signifie que, malgré des taux tels que ceux que propose l'initiative socialiste, et même vraisemblablement avec des taux plus élevés encore, il faudrait envisager en outre une augmentation des impôts frappant les revenus moyens. Dans ces conditions, la solution consistant à trouver les 3,8 milliards uniquement par la voie de l'augmentation de l'impôt direct, quoique le plus juste, est difficilement praticable, surtout si l'on considère le rapport des forces politiques qui dominent en Suisse. On peut alors admettre que la solution de rechange praticable, qui n'est pas celle que l'on souhaiterait, se trouve dans la combinaison de deux solutions: augmentation en priorité des impôts directs, augmentation beaucoup plus faible et surtout beaucoup plus différenciée de l'impôt indirect. Dans ce cadre, le problème de savoir s'il faut choisir entre l'ICHA et la TVA n'est, à mon avis, pas le problème principal. Une solution qui tendrait à recourir à l'impôt indirect dans une mesure plus faible et surtout plus différenciée pourrait être admise; on pourrait de même s'accommoder de la TVA si elle s'inspirait de ce principe. Or l'examen de cette solution de rechange exige des études, en particulier sous l'angle de l'impôt indirect, de ses caractéristiques, de ses divers taux: taux différencié, taux zéro, taux réduit, taux normal, taux majoré. Je propose donc de renvoyer le message au Conseil fédéral en le priant d'examiner des solutions allant dans le sens de ce que j'ai exposé.

Weber-Altendorf: Die freisinnige Fraktion wird für Eintreten auf den Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer und auf den Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung stimmen. Sie wird jedoch bei der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer einer weniger weitgehenden steuerlichen Belastung zustimmen, lehnt den vorgezogenen Finanzausgleich nach Vorschlag der Kommission ab, stimmt der formellen Steuerharmonisierung nach Vorschlag der Kommission zu, lehnt die Reichumssteuerinitiative der Sozialdemokratischen Partei ab und vertritt die Meinung, dass die beiden Bundesbeschlüsse einzeln dem Volk zu unterbreiten seien.

Die Überlegungen unserer Fraktion können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Finanzvorlage ist in den Gesamtzusammenhang der Bundesfinanzpolitik und der Wirtschaftspolitik unseres Landes zu stellen.

Die Vorlage des Bundesrates bezweckt zur Hauptsache, die im Finanzplan für die Jahre 1977 bis 1979 ausgewiesenen Defizite zu decken.

Der Finanzplan aber macht sichtbar, dass die Ausgaben in den nächsten Jahren übermässig, d. h. stärker als das Bruttosozialprodukt anwachsen, wobei selbst unter Verzicht auf neue Aufgaben der Ertrag der Mehrwertsteuer nicht ausreichen würde, den Finanzhaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Zudem muss festgehalten werden, dass die im Finanzplan aufgeführten Zahlen auf optimistischen Schätzungen basieren. Das wurde in der Debatte um den Finanzplan von allen Fraktionssprechern auch hervorgehoben.

Im übrigen gilt es zu bedenken, was der Bundesrat in seinem Bericht zur Regierungspolitik ausführt: dass die Ursache der Schwierigkeiten im Bundesfinanzhaushalt nicht etwa auf eine rezessionsbedingte, vorübergehende Störung des Haushaltgleichgewichtes, sondern auf ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zurückzuführen ist.

Die primäre Frage im politischen Verantwortungsbereich ist deshalb nicht die: Wie können wir die Defizite, die durch den Finanzplan ausgewiesen sind, decken? Sondern: Wie ist der Bundeshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen? Und: Sind die vorgeschlagenen massiven steuer-

lichen Belastungen gesamtwirtschaftlich verantwortbar und zumutbar? Hier scheiden sich die Geister.

Die Diskussion zur Regierungspolitik zeigte deutlich, dass die politische Verantwortung an der Frage gemessen wird: Soll sich die Verwirklichung der politischen Absichten nach den Möglichkeiten der finanziellen Situation ausrichten, oder haben die politischen Absichten den Vorrang und wären auch zu realisieren, wenn es die finanzielle Situation verbieten würde?

Wir im Parlament haben deshalb dem Volke gegenüber die Pflicht und Verantwortung, diese Frage zu beantworten, und wir haben deshalb auch zu überlegen, ob das Volk gewillt ist, die von uns ausgehandelte Vorlage zu akzeptieren.

Das Volk hat die Bundesfinanzvorlage im Dezember 1974 im ersten Lauf abgelehnt, jedoch die Ausgabenbremse, die mit dieser Vorlage gekoppelt war, deutlich angenommen. Es hat damit einer Politik die Zustimmung zugesagt, die der Parlamentspolitik nicht in allen Teilen entspricht. Dieses Misstrauen des Volkes gegenüber Steuererhöhungen resultiert daher, dass die Parlamente die Ausgaben beschliessen, das Volk dagegen nur zur Einnahmenbeschaffung aufgerufen ist. In dieser Richtung wiesen auch die negativen Reaktionen zu Steuererhöhungen in Kantonen und Gemeinden und zu Budgetrückweisungen in Städten und Gemeinden.

Es wirkt auch wenig glaubwürdig, wenn der Bundesrat in seinem Regierungsprogramm mit Bestimmtheit erklärt, dass eine wesentliche Beschränkung der Wachstumsraten bei den Ausgaben unerlässlich sei, dass neue Vorhaben nur verwirklicht werden könnten, wenn die vorgeschlagene Finanzvorlage durch das Volk angenommen werde, jedoch unbekümmert diese Vorlagen bereits heute schon dem Parlament unterbreitet.

Das Volk wird einer Vorlage nur zustimmen, wenn nicht nur der erklärte Wille zum Sparen zum Ausdruck gebracht wird, sondern auch die konsequente Entscheidung damit verbunden wird.

Mit dem Nichtzustandekommen einer Einigung über die Legislaturziele der Regierungsparteien, den Erklärungen der Fraktionen in diesem Rat zur Regierungspolitik, im Hin- und Herschieben der Verantwortung zum Führungsauftrag in der finanzpolitischen Frage von Bundesrat zu Parlament und umgekehrt, lösen wir die Probleme nicht.

Wir stehen vor der unausweichlichen Frage, ob wir – das Parlament – für eine ausgeglichene Haushaltspolitik, die sich den Gegebenheiten unserer Wirtschaft und unserer Wirtschaftssituation anpasst, verantwortlich zeichnen wollen oder nicht.

Unsere Fraktion hat sich bei der Beratung der Regierungspolitik eindeutig zu dieser Verantwortung bekannt. Wir haben erklärt, dass wir überzeugt sind, dass eine einseitige Politik der unbegrenzten Forderungen angesichts der Wirtschafts- und Finanzlage des Staates in eine Sackgasse führt, dass wir deshalb eine rein quantitative Politik, die vom Staat immer mehr fordert, mit Entschiedenheit ablehnen, weil wir überzeugt sind, dass eine solche Politik eines Tages das bisher Erreichte gefährden könnte.

Dabei geht es nicht, wie von verschiedenen Kreisen immer wieder vorgeworfen wird, um eine Demontage sozialer Erregenschaften in diesem Staat, sondern um die Konsolidierung als Chance und Voraussetzung für die Entwicklung in einer nächsten Phase.

Aus diesem Grund stellt sich unsere Fraktion geschlossen hinter die Motion der Kommission, die den Bundesrat beauftragt, den Bundesfinanzhaushalt 1979 ins Gleichgewicht zu bringen. Dieses Ziel soll durch zwei Massnahmen erreicht werden: Erstens durch die Verflachung des Ausgabenwachstums, d. h. eine Verwesentlichung der Ausgabenpolitik und Aufgabenerfüllung, und zweitens durch eine wirtschaftsbezogene Haushaltspolitik, d. h. die Zunahme der Ausgaben hat sich nach der Zunahme des Bruttosozialproduktes auszurichten. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, dass man nicht mehr verteilen kann, als erwirtschaftet wird.

Mit der Motion wird deutlich gemacht, dass das Parlament gewillt ist, die Führung wohl zu übernehmen, dass wir aber auch das Haushaltgesetz einhalten, das uns die ausgeglichene Haushaltsführung zur Pflicht macht.

Die Diskussion um diese Motion hat deutlich gezeigt, dass der Ernst der Situation nicht überall erkannt wird oder erkannt werden will, weder beim Bundesrat noch beim Parlament.

Wie soll nun aber das Volk entscheiden, wenn wir ihm glaubhaft machen, was nicht stimmt und nicht sein darf, dass immer noch alles realisierbar und finanzierbar sei?

Damit komme ich zur Frage: Welches ist dann die Alternative im Fall eines negativen Volksentscheides?

Wir wissen, dass wir vom Volk höhere Steuern fordern müssen; wir müssen dem Volk zur gleichen Zeit erklären, dass damit die Defizite noch nicht behoben seien. Damit wird doch zu gleicher Zeit angekündigt, dass in kurzer Frist neue Steuervorlagen unterbreitet werden müssen. Die Reaktion ist deshalb leicht auszudenken. Es braucht deshalb eine gesonderte Anstrengung seitens des Bundesrates und des Parlamentes, die durch die Motion verlangte und angestrebte Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Nun wissen wir aber, dass es nicht möglich ist, den Haushalt in einem Jahr auszugleichen. Die Motion will dieses Ziel bis zum Jahr 1979 erreichen. Der Ausgleich wird neben den vorgeschlagenen neuen Steuern auf dem Wege der Einsparungen, Neufinanzierungen, Aufgabenverteilung usw. erfolgen müssen.

Damit komme ich zur Alternative dieser Vorlage. Ein negativer Entscheid des Volkes könnte nur so interpretiert werden, dass das Hauptgewicht zur Erzielung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt auf der Ausgabenbremsung liegen müsse. Es scheint uns deshalb politisch richtig und klug zu sein, die Vorlage nicht zu überladen.

Zu diesem Schluss führen auch wirtschaftspolitische Gründe. Wenn der Fraktionssprecher der Sozialdemokraten, Herr Stich, bei der Debatte zur Regierungspolitik ausführte: «Nicht nur sind sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, sondern die Finanzpolitik wird und muss sich durch die Wirtschaftspolitik prägen lassen», und wenn der Bundesrat die Wirtschaftssituation umschreibt: «Die schweizerische Wirtschaft wird in den nächsten Jahren auch bei einem Konjunkturaufschwung einem verstärkten Konkurrenzdruck auf den in- und ausländischen Märkten gegenüberstehen», dann sind die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Damit komme ich zur Frage der Belastbarkeit dieser Vorlage. Die Vorlage des Bundesrates bindet die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessen in einem Gesamtpaket zusammen, gewissermassen nach dem Motto: Die Unzufriedenheit gleichmässig über das Land verteilen. Dabei haben die Motivierungen im Einzelvernehmlassungsverfahren der Vorlagen eine Aenderung erfahren, indem heute die Einnahmenbeschaffung, d. h. die Steuerbeschaffung, das Hauptziel bildet. Die Mehrwertsteuer wurde früher als Deckung der Zollaussfälle deklariert, wobei der Strukturumbau von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer als Hauptziel einer wirtschaftsgerechteren indirekten Besteuerung im Vordergrund stand.

Die Wirtschaftslage und der vermehrte Konkurrenzdruck – wie der Bundesrat sich ausdrückt – legen uns aber auch eine wirtschaftsgerechtere Betrachtung nahe. Einmal wird unter diesen Voraussetzungen die Mehrbelastung nicht oder nicht in allen Fällen auf die Preise überwältigt werden können; sofern überwältigt werden könnte, würde dies einer Teuerung von etwa 2 Prozent entsprechen, was konjunktur- und wirtschaftspolitisch nicht erwünscht ist. Ferner ist die Vorlage wegen des Strukturumbaus der Steuer und der damit verbundenen Folgen einer starken Opposition ausgesetzt, so dass man den Schluss ziehen kann, dass politische, volkswirtschaftliche und marktwirtschaftliche Gründe es als richtig erscheinen lassen, nicht eine derart hohe, massive Erhöhung der Steuer auf 10 Prozent vorzusehen, sondern dass eine Erhöhung auf 9 Prozent im

heutigen Zeitpunkt als das äusserste Maximum angesehen werden muss.

Der Vergleich mit dem Ausland ist nicht stichhaltig (Kollege Carobbio hat Ihnen Vergleiche demonstriert), gilt es doch, alle vergleichbaren Faktoren auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte, der Wirtschaft, der Leistungsangebote und ihrer Finanzierung zu berücksichtigen. Diese Betrachtung drängt sich um so mehr auf, als es nicht möglich ist, die Mehrwertsteuer aus dem Kostenindex herauszunehmen. Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft steht auf dem Spiel, damit aber auch die Beschäftigungspolitik.

Was die direkte Bundessteuer betrifft, wäre zu sagen, dass die vom Bundesrat anvisierte Maximalbelastung von 14 Prozent und 10prozentige Flexibilitätsklausel über das Ziel der SP-Reichtumssteuerinitiative hinaus-schiesst. Als Ziel dieser Initiative wird umschrieben, dass die Gesamtbelastung der Einkommen in Bund, Kantonen und Gemeinden bei 50 Prozent erreicht wird. Der Bundesrat stellt sich mit seinen 14 Prozent in Widerspruch zur eigenen Begründung für die Ablehnung der Reichtumssteuerinitiative, wenn er dort sagte, das äusserste Maximum werde mit seinem Vorschlag erreicht. Hält es denn der Bundesrat für politisch klug und auch beim Volke für durchsetzbar, bereits heute schon die äusserste Tragbarkeit anzuvisieren? Es gilt zu bedenken, dass seit 1971 bis heute eine 50prozentige Erhöhung bei der direkten Bundessteuer eingeführt worden ist, dass die Belastungsgrenze, am Vergleich des Kantons Zürich dargestellt, bereits überschritten ist und nach den Vorschlägen des Bundesrates und der Kommission (wenn man von der marginalen Belastung ausgeht) gegen 60 Prozent erreicht und sogar höher geht. Dabei wird die steuerliche Höchstbelastung in Zürich bei einem Einkommen von 125 000 Franken erreicht.

Es gilt auch zu berücksichtigen, dass bei dieser hohen Ausschöpfung der direkten Bundessteuer das Substrat der Kantone und Gemeinden geschmälert wird. Schliesslich sei auch auf die starke Verlagerung von der direkten zugunsten der indirekten Steuer verwiesen. Unsere Fraktion lehnt deshalb eine derart hohe Belastung durch die Einkommenssteuer ab, die als eigentliche Klassensteuer beurteilt werden müsste.

Schliesslich vertreten wir die Auffassung, dass über die Freigrenze nicht immer mehr Steuerpflichtige aus der Steuerpflicht entlassen werden dürfen, denn es gehört zur staatsbürgerlichen Pflicht und Verantwortung, für die Leistungen auch einen angemessenen Tribut zu zollen. Die Steuerpflicht ist die beste Voraussetzung, um sich Rechenschaft darüber zu geben, dass die Forderungen an den Staat auch bezahlt werden müssen. Je mehr wir aus dieser Verpflichtung entlassen, desto mehr entlassen wir den Bürger aus Einsicht und Mitverantwortung.

Wir lehnen auch einen verstärkten Finanzausgleich im Zusammenhang mit dieser Vorlage ab. Wir wissen uns mit den Absichten des Bundesrates einig, der in seinem Regierungsprogramm und in der Botschaft zu dieser Vorlage die Absicht bekundete, im Verlaufe dieser Legislaturperiode konkrete Vorschläge zur Aufgabenteilung und zur damit verbundenen Verbesserung des Finanzausgleiches zu unterbreiten. Der Finanzausgleich wird zudem mit präjudiziellen und vorgezogenen Steuerharmonisierungsbestimmungen erkaufte, die im Widerspruch zum Bundesbeschluss über die formelle Harmonisierung stehen und in der Folge Ungleichheiten zeitigen.

Was in der Gesamtbetrachtung der Vorlage aber hauptsächlich ins Gewicht fällt, ist der damit verbundene Einnahmehausfall von 330 Millionen Franken, der allenfalls über Kürzungen der Kantonsanteile wieder hereingebracht werden müsste. Abgesehen davon verbaut diese Vorwegnahme die angekündigte Aufgabenteilung und Verstärkung des Finanzausgleiches. Mein Fraktionskollege Letsch wird den Minderheitsantrag begründen und die Stellungnahme der Fraktion im Detail erläutern.

Der formellen Steuerharmonisierung nach Vorschlag der Kommission stimmen wir zu, lehnen jedoch im heutigen Zeitpunkt eine materielle Harmonisierung ab und demzu-

folge auch die Initiativen Stich und Butty. Die formelle Harmonisierung ist eine wesentliche Voraussetzung für die allfällige Einführung einer materiellen Harmonisierung. Diese wiederum ist in den Zusammenhang der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs zu stellen. Die Steuerbelastung ist nur ein Teilaspekt des Finanzausgleichsystems.

Es wäre politisch unklug und würde die Vorlage gefährden, wollte man das mit den Kantonen ausgehandelte Paket mit dirigistischen Massnahmen durchsetzen. Das ist mit ein Grund, dass wir den Antrag unterstützen, dass dem Volk diese Vorlage separat zur Abstimmung unterbreitet wird. In der Hauptsache jedoch erachten wir es im Sinne der Einhaltung des Grundsatzes der Einheit der Materie als richtig, wenn der Volksentscheid nicht durch gekoppelte Vorlagen erschwert und verfälscht wird. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen namens unserer Fraktion Eintreten auf beide Vorlagen.

M. Butty: Au nom du groupe démocrate-chrétien du Conseil national, je puis déclarer que nous acceptons en principe les propositions qui nous sont faites concernant la réforme du droit financier et fiscal de la Confédération.

Nous avons pris acte du fait que le Conseil fédéral pense fixer la votation populaire au mois de mars 1977. Nous sommes conscients que cette date importante est une échéance fixée et qu'elle astreindra tous les responsables politiques de ce pays à une réflexion, à un travail supplémentaire et concerté pour assurer le succès de cette réforme et l'assainissement des finances fédérales que nous attendons depuis longtemps. Le Parti démocrate-chrétien a déjà d'ailleurs depuis de nombreuses années fait allusion aux démarches nécessaires qu'il fallait entreprendre dans ce sens. Nous rappellerons simplement l'intervention de M. Eisenring qui, dans cette salle même, proposait, en 1960 déjà, l'introduction de la TVA.

Le Parti démocrate-chrétien considère l'ensemble du projet comme un tout qui ne saurait être ni réduit, ni divisé. Notre groupe attache une très grande importance à la couverture du déficit des comptes de la Confédération – dont on vient de rappeler à plusieurs reprises tout à l'heure qu'il se chiffre par milliards –; il n'y a aucune autre possibilité. Par contre, nous voulons une solution globale. Dans ce sens, nous regrettons qu'il n'ait pas encore été possible jusqu'à aujourd'hui de prendre les premières décisions qui devraient aboutir à une nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Ce n'est que par l'élaboration de ces nouveaux principes fondamentaux de redistribution de tâches au niveau fédéral et cantonal que nous pourrions aussi avoir définitivement une solution pour la répartition des charges financières. Nous devons donc à nouveau, ici même, rappeler l'acceptation de la motion de M. Binder qui a déjà fait une intervention fondamentale dans ce sens.

Sur les projets eux-mêmes, nous apportons, au nom du groupe démocrate-chrétien, les considérations suivantes: tout d'abord, nous sommes persuadés que, malgré tous les efforts d'économie, le ménage de la Confédération ne pourra être équilibré que par des recettes supplémentaires. Nous avons toujours défendu ce point de vue. Nous sommes cependant conscients qu'il faudra encore des économies et qu'elles devront être effectuées dans la perspective de la réalisation de ce projet et pour aussi faciliter son acceptation par le peuple.

C'est pourquoi notre groupe, dans sa majorité, accepte le principe de la motion de la majorité de la commission qui demande au Conseil fédéral la présentation d'un plan financier pour les années 1977-1979 qui marque une volonté de consolidation de l'équilibre financier. La croissance des dépenses de la Confédération fut considérable ces dernières années – on l'a rappelé; elle fut en particulier supérieure à la croissance du produit national brut qui était de 8,8 pour cent de 1972 à 1975, alors que les dépenses ont augmenté de plus de 10 pour cent – 10,6 pour cent.

Nous demandons que le budget 1979 soit équilibré, hormis les mesures exceptionnelles qui pourraient être prises pour le maintien du plein emploi.

L'introduction de la TVA est, pour nous, une condition essentielle de l'assainissement des finances fédérales. Il s'agit d'un impôt relativement simple. Contrairement à l'impôt actuel sur le chiffre d'affaires, la TVA n'influe que peu sur les conditions de concurrence. Aucun autre impôt indirect ne s'adapte mieux aux données compliquées du droit international qui a de plus en plus d'importance aujourd'hui avec les accords que nous devons passer, en particulier avec nos voisins européens. Il assure non seulement une compensation efficace aux diminutions croissantes des recettes douanières, mais il est encore nettement plus productif que l'impôt sur le chiffre d'affaires qui agit en déformant, en restreignant, en faussant même parfois les conditions de concurrence. De plus, il est démontré qu'une augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires n'apporterait pas les ressources souhaitées. A notre avis, il est donc souhaitable d'adopter le principe du système de la taxe à la valeur ajoutée et cela d'autant plus qu'en Suisse, malgré les démonstrations que nous avons entendues tout à l'heure, l'imposition indirecte est relativement plus faible, proportionnellement, que dans d'autres pays européens, nos voisins.

Nous sommes d'accord avec le tarif à deux degrés, soit 3 pour cent, respectivement 10 pour cent. Il nous paraît d'ailleurs juste également d'exempter l'agriculture ainsi que les autres prestations dont l'exemption est également proposée par le projet du Conseil fédéral. Nous nous demandons cependant s'il ne serait pas indiqué de prévoir un statut spécial libérant de ces taxes les services hôteliers et de restaurant par exemple pour les régions de montagne, et cela pour tenir compte des conditions économiques régionales.

En ce qui concerne le montant maximum du pourcentage d'imposition, nous rappelons que le Conseil fédéral avait estimé, dans son plan financier pour 1977-1979, qu'une imposition de 12 à 13 pour cent était nécessaire pour couvrir le déficit de la Confédération. C'est pourquoi notre groupe est en majorité de l'avis qu'on ne saurait descendre en dessous d'une imposition de 10 pour cent. Par contre, nous approuvons qu'on veuille supprimer la flexibilité. Il faut aller, à notre avis, devant le peuple avec une situation claire et des propositions sans arrière-pensée.

Enfin, nous sommes d'accord également qu'on supprime l'actuel impôt sur la bière, laquelle sera de toute façon imposée par la TVA, et, à notre sens, il faut éviter une double imposition.

J'en arrive à l'impôt fédéral direct. Il est évident que cette nouvelle réglementation des impôts indirects doit entraîner une correction sur ce plan-là aussi. Déjà dans le passé, nous estimions que seules une appréciation et une conception politiques globales – nous insistons sur ce fait – peuvent permettre une coordination juste et équilibrée entre les impôts directs et indirects. Ces principes fondamentaux doivent inspirer une conception qui soit claire, équitable au point de vue social et soit rationnelle au point de vue économique. Nous considérons les propositions de la commission sur l'impôt fédéral direct comme sages; si cet impôt restait inchangé à la suite de l'introduction de la TVA, il y aurait des conséquences regrettables au point de vue social pour les classes de revenus les plus modestes. Ses effets seraient également néfastes pour la substance fiscale qui est celle des cantons. Dans ce sens, la proposition du Conseil fédéral de libérer de l'assujettissement à l'impôt les revenus qui sont en dessous de 25 000 francs, a paru à la majorité de notre groupe – je dis bien la majorité – comme d'ailleurs à la majorité de la commission, aller trop loin. L'expérience a montré – c'est une réflexion qui a été faite dans notre groupe – que les cantons ont tendance à suivre cette même voie et ainsi on retoucherait à la substance fiscale cantonale. Les classes de revenus les plus modestes seront certes plus touchées par la TVA qu'actuellement, mais

une limite d'exonération de l'impôt fédéral direct trop élevée aurait aussi des conséquences néfastes sur le plan politique général; la plus grande majorité des citoyens – les deux tiers – ne verserait plus une contribution directe à l'Etat. Sur le plan de notre droit public fédéral, la proposition de supprimer la limitation dans le temps de la compétence pour la Confédération de percevoir un impôt direct revêt, à notre avis, une importance politique considérable. Ainsi cet impôt se verrait «perpétué» dorénavant, et le principe selon lequel les impôts directs vont aux cantons et les impôts indirects à la Confédération serait évidemment rompu. C'est un geste important que font les cantons. Nous sommes cependant d'accord avec une pareille proposition. Les besoins financiers de la Confédération sont tels aujourd'hui que l'on ne peut plus renoncer à l'imposition directe.

Par contre, nous avons toujours été et nous sommes encore de cet avis que l'impôt fédéral direct devait, en partie, servir d'impôt d'égalisation, de redistribution, c'est-à-dire de péréquation. Nous soutenons donc la proposition de la majorité de la commission de porter la part des cantons de 30 à 40 pour cent et, sur cette part de 40 pour cent, d'affecter également 40 pour cent à la péréquation financière intercantonale. Elle s'insère fort bien dans le projet de réforme qui nous est présenté et doit être appuyée d'un point de vue fédéraliste parce que cela assure aux cantons des ressources financières plus importantes par un apport direct, ce qui n'est pas toujours le cas des subventions fédérales qui sont souvent liées à des conditions parfois difficiles à réaliser pour certains cantons. De plus, on le sait bien, de nombreuses décisions de la Confédération entraînent souvent au niveau cantonal des investissements et des dépenses dont les cantons ne sont plus maîtres. Certains auront été étonnés de voir que notre groupe, essentiellement attaché au fédéralisme, ait admis que cette péréquation financière renforcée soit conditionnée au fait que les cantons exploitent dans une mesure raisonnable leur masse fiscale. Jusqu'à ce jour, toutes les tentatives d'augmenter et de rendre plus efficace la péréquation ont échoué parce qu'une semblable coordination manquait. Nous appuyons donc la proposition de la majorité de la commission. Cela signifie que le groupe démocrate-chrétien est d'accord avec ce modeste début d'harmonisation fiscale matérielle, ce qui correspond aux vœux d'une part importante de notre peuple, comme l'a démontré le résultat de la votation du 21 mars 1976 sur l'initiative fiscale du Landesring.

Nous appuyons enfin l'arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale qui insère un nouvel article dans la constitution. Notre parti a toujours approuvé, et il l'a redit dans la procédure de consultation, une harmonisation fiscale formelle. Nous avons donné nos avis sur les précédents projets en tenant compte de différentes données: le fédéralisme, la nécessité d'apprécier les besoins et les éléments structurels des différentes régions, les aménagements présents et futurs nécessaires et, enfin, le souci d'aboutir à une simplification du système fiscal. Sur ces bases, il nous est apparu qu'il serait faux de fonder, de motiver ou de refuser une politique fiscale ou d'harmonisation en n'obéissant qu'à des considérations de rationalisation ou qu'à des réflexes fédéralistes. Il faut arriver à une vue d'ensemble des différents aspects de cette question pour trouver une solution à la fois supportable et équilibrée.

Nous sommes d'avis qu'une telle solution est amorcée dans l'arrêté fédéral qui nous est proposé. Il tend à une harmonisation fiscale matérielle, comme je l'ai rappelé tout à l'heure, en liaison avec la péréquation financière intercantonale. Pour nous, ces deux notions sont absolument corollaires. L'arrêté présente ainsi une solution équilibrée et politiquement acceptable. Le programme d'action du Parti démocrate-chrétien suisse proposait d'ailleurs que la Confédération puisse élaborer des prescriptions sur l'imposition et la charge fiscale minimale et maximale des cantons, de même d'ailleurs, vous le savez, que l'initiative personnelle que j'ai déposée. En soi, nous allions plus loin

que ce qui est proposé aujourd'hui. Cependant il faut reconnaître que les propositions qui nous sont faites énoncent des principes dont la réalisation est amorcée par les propositions qui émanent du Conseil fédéral et surtout de la commission.

Enfin, c'est à juste titre que l'arrêté fédéral sur l'harmonisation fiscale est intégré dans le projet d'ensemble. Le peuple et les cantons pourront et devront ainsi apprécier et juger globalement le projet. L'unité de la matière nous paraît réalisée dans le cas particulier, car les différentes propositions sont étroitement liées entre elles. Nous nous félicitons spécialement du fait que l'impôt fédéral direct est incorporé dans le système d'harmonisation. On peut donc parler d'un respect de l'unité de la matière, le législateur fédéral sera ainsi amené à une harmonisation de sa propre législation.

Nous appuyons donc l'introduction du principe prévu à l'article 42quinquies de la constitution. Nous relèverons qu'en particulier l'initiative de M. Stich, pour laquelle nous aurions pu avoir certaine sympathie, a pour nous l'inconvénient de ne pas lier à une redistribution cette harmonisation matérielle qu'il propose directement. Encore une fois, ces deux points sont pour nous essentiels et étroitement liés.

J'en arrive à la conclusion. Le Parti démocrate-chrétien soutient la conception élaborée par le Conseil fédéral et la commission en vue d'assainir et de réformer les finances fédérales. Les propositions qui nous sont présentées forment pour nous un tout qui doit être soumis au peuple et aux cantons dans son ensemble. Le projet correspond globalement au principe d'un système financier et fiscal moderne et s'insère presque sans heurt dans notre système étatique fédéraliste. Nous espérons qu'ainsi un pas décisif est fait en vue de régler durablement le régime des finances fédérales. Il est urgent que nous puissions enfin abandonner le provisoire en cette matière.

Oui, chers collègues, ce projet est certainement le plus important de cette législature. Il est fondamental. Il appelle la collaboration de tous les milieux politiques, économiques et sociaux de notre pays qui sont soucieux de l'avenir de notre Etat. Chacun se doit de faire quelque concession afin d'aboutir à un régime durable et acceptable par la majorité de notre peuple et de nos Etats. N'oublions pas que des projets et des réalisations prévues dans le programme de législature 1975-1979 sont conditionnés par la réalisation de ce nouveau régime des finances fédérales. Pour cette réalisation, Monsieur le conseiller fédéral, vous pourrez compter sur l'appui du groupe démocrate-chrétien.

Hubacher: Bevor wir über finanztechnische Details dieser Steuervorlage diskutieren, möchte ich im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion zur politisch-taktischen Problematik reden.

Als vor Jahren der verstorbene Professor Max Imboden die provokative Anklage unter dem Titel «Helvetisches Malaise» publizierte, löste er damit ein ungewöhnliches Echo aus. Imbodens politische Diagnose ist heute wiederum höchst aktuell. Unser Staatswesen befindet sich – ich erinnere Sie nur an das letzte Abstimmungswochenende – in einem gefährlichen, vielleicht bereits in einem desolaten Zustand. Bildungs- und Konjunkturartikel, KUVG-Revision, Raumplanungsgesetz und andere Reformvorlagen wurden vom Souverän verworfen. Es ist kaum mehr möglich, bei wichtigen Abstimmungen tragfähige Mehrheiten zu finden. Der gemeinsame Nenner ergibt sich im Negativen, im Ablehnen. Die einigende Basis ist das Nein. In gewissen Rechtskreisen, die von der extremen Rechten und Linken jeweils unterstützt werden, ist das Nein zum politischen Schlagler avanciert. Wir beklagen uns nicht über unser Volk und kritisieren keineswegs demokratische Mehrheitsentscheide. Aber unser Parlament läuft Gefahr, unglaublich würdig zu werden. Die Parteien sind daran, abzudanken. Darüber haben wir uns in der sozialdemokratischen Fraktion Gedanken gemacht. Wir beraten jetzt das neue Fi-

nanzpaket. Im März 1977 wird darüber abgestimmt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die Vorlage verworfen. Was sollen und was können wir da noch Vernünftiges tun? Nach Meinung der sozialdemokratischen Fraktion wäre es sinnlos, einmal mehr einen parlamentarischen «Trockenskikurs» zu absolvieren. Wir erlebten es in letzter Zeit zu oft, dass an und für sich kleine parlamentarische Minderheiten beim Abstimmungskampf mächtigen parteipolitischen Beistand erhielten. Mit anderen Worten: Die schweigende Ratsmehrheit verwandelt sich an der Abstimmungsfront immer öfter zur kampfstarken Gegnerschaft unserer Mehrheitsbeschlüsse. Es ist nicht jedem gegeben, den unbekümmerten Negativismus unseres Ratskollegen Otto Fischer zu praktizieren. Er schwingt mit besonderer Lust den eidgenössischen Abbruchhammer. Aber er sagt zumindest, was er denkt. Er scheut sich nicht davor, im Rat Konflikte auszutragen. Zu viele denken wie Otto Fischer, schweigen aber. Es hat keinen Sinn mehr, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Unsere Debatten müssen Gegensätze und Uebereinstimmung schärfer herausarbeiten. Unser Parlament kann nicht mehr im luftleeren Raum operieren. Es ist unverantwortlich, im Rat Mehrheiten ohne parteipolitische Absicherung zu konstruieren. Wenn Bundesratsparteien wie die FdP oder SVP an der Abstimmungsfront dauernd auseinanderfallen, stimmt doch etwas nicht mehr. Es tönt einfach nicht harmonisch, wenn die freisinnige Musik den Bundesrat-Brugger-Marsch gleichzeitig mit dem Otto-Fischer-Säbelgerassel spielt. (Schaller: Danke!) Hier sollte der Dirigent abklären, wer eigentlich den Ton abgibt. Das sage ich zur Sache, Herr Kollege Schaller, weil es um politische Vorlagen geht.

Natürlich gibt es für die Bundesratsparteien keine risikolosen Garantieerklärungen. Umgekehrt aber wird es kritisch, wenn parlamentarische Minderheiten laufend Bundesratsparteien überspielen können. Das parlamentarische Ja sollte vom Parteivolk getragen werden können. Die Bundesratsparteien sollten fähig sein, dieses Ja weiterzugeben. Mit dem «Wort zum Sonntag» wird unser Werktagstaat nicht regiert, und Sie können es doch der Sozialdemokratischen Partei nicht überlassen, diesen bürgerlichen Staat immer mehr und mehr allein retten oder sanieren zu sollen. (Protestrufe)

Die Sozialdemokratische Partei entwickelt keinerlei Ehrgeiz, vor dem Volk als Steuerhochhaltungspartei abgestempelt zu werden, während die prominenten Tenöre aus dem bürgerlichen Lager das Hohelied vom Sparen auf den politischen Schlagermarkt werfen. Das Phantastische und Fatale zugleich dabei ist, dass beim Sparen wirklich jeder nur an den anderen denkt. Keiner fühlt sich angesprochen, keiner fühlt sich verantwortlich. Viele aber werden ermuntert, dem Spargesang folgend eine Finanzvorlage vorerst einmal abzulehnen mit der Begründung: «Die sollen sparen!» Zweimal ist dem Stimmvolk die Ausgabenbremse offeriert worden; liebend gerne und überwältigend hat es sie angenommen. Effektiv aber ist dieser Wortradikalismus pure Augenwischerei. Der Bürger wird betrogen. Er muss glauben, das Ja zur Ausgabenbremse sei ein Ja zum Sparen. Als Enttäuschter rächt er sich später, z. B. an der Finanzvorlage vom März 1977. Deshalb können wir uns mit verbalen Sparappellen, wenn sie lediglich parteipolitisches Kampfgeschrei markieren, nicht mehr abfinden. In der Kommission haben wortstarke Vertreter des Freisinns vor allem vom Bundesrat den Wechsel zum Spargang gefordert. Mehreinnahmen sollen nur bewilligt werden, wenn einige hundert Millionen oder wenn gar Milliarden eingespart werden. Wir lehnen – ich möchte das hier erklären – die Motion der Kommissionsmehrheit, die diesen Kurs einschlagen will, ab. Aber noch kein einziger dieser Sparpolitiker hat auch nur den geringsten Wank in Richtung einer präzisen Angabe getan, wo, bei wem und wieviel eingespart werden soll. Der Schwarze Peter wird dem Bundesrat zugeschoben. Nach den schlechten Erfahrungen, die ein ehemaliger Zuger Nationalrat mit sozialpolitischen Abwuvorschlägen gemacht hat, will sich niemand beim Sparen die Finger verbrennen. Dafür haben wir ja schliesslich

Bundesräte. Leider hat sich nach unserem Empfinden Bundesrat Chevallaz in der Kommission dieses üble Spiel zum Teil gefallen lassen.

Als eine der vier Bundesratsparteien, die am Schluss nicht wiederum mit der CVP allein und verlassen an der Volksfront stehen möchte, muss die SP verlangen können: Wo sollen die Millionen oder Milliarden eingespart werden? Bei der AHV, bei der Krankenversicherung, bei der Landwirtschaft, beim Militär, bei der Bildung, bei den öffentlichen Dienstleistungsbetrieben, beim Bundespersonal oder wo? Bevor wir uns für dieses Finanzpaket vor dem Stimmvolk schlagen sollen, wollen wir auf diese Fragen eine klare Antwort. Die Sozialdemokratische Partei lässt sich nicht verheizen. Wir haben es satt, für unpopuläre Vorlagen geradestehen zu sollen, während andere Bundesratsparteien frisch-fröhlich das Sparen predigen, Punkte einsammeln und Lobgesänge einkassieren dürfen. Wir müssen wissen, wer zu diesem Staate steht und wer nicht. Wir müssen wissen, wer dem Volk die ganze Wahrheit sagen will und wer nicht; wer die ganze Wahrheit zu sagen gewillt ist, weiss es längst: Mit Sparen allein können unsere Bundesfinanzen nicht mehr saniert werden. Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, dass die Steuergelder sparsam und verantwortungsbewusst eingesetzt werden, Sparmöglichkeiten im üblichen Rahmen gibt es immer; aber der Bundesfinanzhaushalt kann wesentlich nicht mit Sparen saniert werden, es sei eben – und das muss dann gesagt werden –, dass die staatliche Leistungsfähigkeit massiv reduziert werden soll.

In den Richtlinien des Bundesrates für die Jahre 1976 bis 1979 wird die Fortschreibung des modernen Sozialstaates mit all seinen vielfältigen Aufgaben befürwortet. Wenn diese Zielsetzung nicht mehr akzeptiert wird, nur noch konsolidiert, abgebaut, reduziert und gestrichen werden soll, dann muss man das hier deutsch und deutlich sagen; dann können wir nämlich im März 1977 dem Volk eine klare Alternative präsentieren: Mehr Steuern oder weniger AHV-Renten, mehr Steuern oder weniger Krankenversicherungsschutz, mehr Steuern oder weniger öffentliche Dienstleistungen. Wir müssen versuchen, klare Verhältnisse zu schaffen. Wir verurteilen es gar nicht, dass bürgerliche Politiker stärker zum Sparen, zum Konsolidieren und weniger zum Ausbau des modernen Dienstleistungsstaates neigen. Aber wir verurteilen es, wenn Sparen als Köder ausgelegt wird, ohne zu wissen und ohne angeben zu wollen, wer anbeissen soll. Man kann nicht bei den Ausgaben sparen, ohne wehzutun; man kann nicht sparen, ohne abzubauen. Also muss ehrlicherweise gesagt werden, wem das Sparopfer zugemutet wird. Es ist für die Abstimmung vom März 1977 wichtig zu wissen, ob die Bauern, die Kantone, die AHV-Rentner, die Eisenbahn- und Postbenützer, die Schulkinder, die Bediensteten oder wer sonst immer die Einsparungen schlussendlich zu bezahlen haben wird, denn die Einsparungen müssen bezahlt werden. Wir möchten endlich von den Sparpolitikern wissen, wem sie die Rechnung präsentieren wollen.

Die Sozialdemokratische Partei könnte der bundesrätlichen Vorlage, wenn sie nicht noch substantiell verschlechtert wird, zustimmen. Unsere Kröte, die wir schlucken müssten, wäre die Mehrwertsteuer. Es wäre nicht einfach, diese Konsumsteuer unseren Wählern zu verkaufen, aber es müsste sein. Auf bürgerlicher Seite ist die stärkere Belastung bei der direkten Bundessteuer der schwere Brocken, den es zu verdauen gilt. Eine eidgenössische Finanzvorlage muss eben allen Kreisen Opfer zumuten können. Die Vorlage benötigt ein ausgewogenes Gleichgewicht, mit dem Beginn einer materiellen Harmonisierung würde dieses nach unserem Dafürhalten in einem vertretbaren Ausmass hergestellt. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt sich grundsätzlich bereit, auf die Vorlage einzutreten. Der Zollabbau und das System des Gewichtszolls haben zu Mindereinnahmen im Bereich der indirekten Steuern geführt, die Korrekturen auch in diesem Bereich notwendig machen. Obwohl es unserern Wählern gegenüber sehr schwer sein wird, die Einführung der Mehrwertsteuer

vertreten, erklären wir uns bereit, dieser zuzustimmen, wenn auch im Bereich der direkten Steuern entsprechende Korrekturen erfolgen. Bei den natürlichen Personen muss diese Korrektur darin bestehen, dass die kleinen und mittleren Einkommen wesentlich entlastet, die sehr grossen Einkommen stärker zur Kasse gebeten werden, und dass eine materielle Harmonisierung zumindest eingeleitet wird, die diesen Namen verdient.

Nun haben wir gehört, dass die Fraktion der Freisinnigen erhebliche Abstriche verlangt, von materieller Harmonisierung nichts wissen will und offensichtlich auch sonst Mühe hat, diese Vorlage zu verdauen. Als verantwortungsbewusste Bundesratspartei erwarten wir – ich wiederhole das – präzise Sparvorschläge. Der Bundesrat muss wissen, wo er allenfalls im Budget 1977 abstreichen soll. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass der Bund die vom Bundesrat geforderten Mehreinnahmen braucht, und zwar dringend. Zusammen mit der CVP vor allem haben wir in der Kommission eine durchaus tragfähige Verständigungsbasis gesucht und gefunden. Wer nicht zu dieser Vorlage des Bundesrates stehen kann, muss es sagen. Dann können die Stimmbürger im März 1977 wirklich zwischen zwei Alternativen entscheiden: Ausbau oder Abbau des Sozialstaates.

Hofmann: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ist für Eintreten auf die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechts des Bundes, also für Eintreten auf die Neuordnung der Umsatzsteuer durch Einführung einer Mehrwertsteuer, für Eintreten auf die Neuordnung der direkten Bundessteuer und für Eintreten auf die Steuerharmonisierung. Die Reichtumssteuerinitiative der SP lehnt dagegen die Fraktion der SVP ab.

Bevor ich auf die Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen näher eintrete, möchte ich der Besorgnis der Fraktion hinsichtlich des Bundesfinanzhaushaltes Ausdruck geben. Wenn wir die Einnahmenseite betrachten, geben die grossen Einnahmenseite zu Besorgnis Anlass. Die rezessionsbedingten Einnahmenseite werden nach Auffassung unserer Fraktion voraussichtlich grösser sein, als sie in der Vorlage des Bundesrates angenommen wurden. Zu Besorgnis Anlass geben auch die Einnahmenseite wegen dem stufenweisen Abbau der Einfuhrzölle und den zunehmenden nachteiligen Auswirkungen des Gewichtzollsystems.

Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Finanzpolitik dafür zu sorgen hat, dass der Staat die für eine vernünftige – ich unterstreiche vernünftige –, harmonische und kontinuierliche Entwicklung erforderlichen Mittel erhält. Massnahmen für einen Ersatz der entgangenen Zolleinnahmen und Massnahmen, die dem Staat zusätzliche Mehreinnahmen verschaffen, sind daher unumgänglich. Die besorgniserregende Entwicklung des Bundesfinanzhaushaltes verbietet ein neues Verschieben einer Aenderung des Fiskalrechtes auf spätere Jahre. Nur ein leistungsfähiger Finanzhaushalt ermöglicht es dem Bund, die ihm übertragenen Aufgaben auf die Dauer zu erfüllen.

Andererseits muss aber eine dauerhafte Sanierung des Staatshaushaltes nicht nur die Einnahmen sondern auch die Ausgabenseite umfassen. Eine Finanz- und Steuerreform, die zu einer beachtenswerten stärkeren Belastung der Steuersubjekte führen wird, wird beim Souverän nur eine Annahme finden, wenn dadurch der defizitäre Bundeshaushalt ins Gleichgewicht gebracht wird, wenn sie zu einer länger dauernden Sanierung des Staatshaushaltes führt. Es würde unseres Erachtens vom Souverän nicht verstanden, wenn – trotz Finanz- und Steuerreform – im Jahre 1979 bereits wiederum mit einem Bundesdefizit von rund 700 Millionen Franken oder voraussichtlich mehr zu rechnen wäre, wie es aus dem Finanzplan des Bundesrates hervorgeht. Eine verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes mit einer massiven Mehrwertsteuerspritze wäre wohl kaum durchzubringen, wenn darnach die bisherige Scherenbewegung, d. h. das Auseinanderklaffen von Ausgaben und Einnahmen, unmit-

telbar weiterginge und nicht einmal ein vorübergehendes Schliessen der Schere erreicht würde. Regierung und Parlament müssen daher auch nach Auffassung unserer Fraktion ihren Willen bekunden, dass sie mit einer verfassungsmässigen Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes den Bundeshaushalt längerfristig ausgeglichen führen wollen.

Die SVP-Fraktion stellt sich daher einstimmig hinter die Motion der nationalrätlichen Kommission, die vom Bundesrat einen neuen, vom Willen zur Konsolidierung getragenen Finanzplan für die Jahre 1977 bis 1979 verlangt. Dabei soll der Bundesrat die erforderlichen Einsparungen für die Behebung der Defizite im Jahre 1979 bekanntgeben. Die Fraktion hält dafür, dass bei der hierzu erforderlichen Ausgabenkürzung nicht linear vorgegangen werden darf, sondern die Bundesausgaben sind gemäss ihrer Prioritätsordnung zu dotieren.

Wenn man verlangt, dass der Bundesrat diesbezüglich einen Antrag stellt, so nicht etwa um ihm den Schwarzen Peter zuzuschieben. Es wird aber für ein Siebner-Kollegium einfacher sein, letztlich zu sagen, wo die Kürzungen zu erfolgen haben, als das in einem Plenum von rund 200 auszuhandeln wäre.

Wenn man die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für eine Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes mit einer beachtlichen Mehrbelastung der Steuersubjekte gewinnen will, dann ist es nach Auffassung der Fraktion der SVP auch nötig, dass man dem Stimmbürger die Alternative zur Finanz- und Steuerreform zeigt. Der Stimmbürger muss mit den Konsequenzen eines allfälligen Nein-Entscheidung zum vornherein konfrontiert werden. Der Öffentlichkeit ist unseres Erachtens auch klar zu unterbreiten, wo und in welchem Ausmass Einsparungen gemacht werden müssen, falls die Mehrheit der Stimmbürger die sogenannte Finanz- und Steuerreform verwerfen würde. Die SVP ersucht den Bundesrat, diese Informationen zu liefern. Sie gehören unbedingt in die Öffentlichkeit. Allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern muss bewusst gemacht werden, dass der Leistungsstaat letztlich nicht mehr geben kann, als ihm selbst gegeben wird.

Wenn die SVP-Fraktion dafür eintritt, dass die Motion angenommen wird und andererseits der Öffentlichkeit die Konsequenzen eines allfälligen Nein-Entscheidung im Jahre 1977 unterbreitet werden, so tut sie es, um eine Demontagepolitik zu verhüten. Sie tut es, um eher zu erreichen, dass dem Staat die für eine vernünftige, harmonische und kontinuierliche Entwicklung erforderlichen Finanzen sichergestellt werden.

Nun einige Worte zu den einzelnen Vorlagen. Zur Mehrwertsteuer: Die Mehrheit der Fraktion stimmt der Einführung der Mehrwertsteuer zu. Eine Minderheit hat sich für eine Beibehaltung der bisherigen Warenumsatzsteuer, aber mit einer Erhöhung der Sätze gemäss dem Antrag der Minderheit II ausgesprochen.

Was den Maximalsatz der Mehrwertsteuer betrifft, so hat sich ein Teil der Fraktion für einen Satz von 10 Prozent, ein anderer für 9 Prozent geäussert. Persönlich befürworte ich einen Satz von 10 Prozent, weil beim Finanzplan 1976 bis 1979 ohnehin grosse Besorgnis verursachende Abstriche gemacht werden müssen. Was die Flexibilitätsschwelle anbelangt, so ist die Fraktion mehrheitlich der Auffassung, dass auf diese verzichtet werden soll, um die Vorlage nicht noch mehr zu belasten, um ihr eher zum Durchbruch zu verhelfen.

Einige Worte zu den Aenderungen der Wehrsteuer: Die Fraktion hat sich eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Einführung einer Mehrwertsteuer auch Aenderungen bei der Wehrsteuer erfordert. Die vom Bundesrat beantragte Aenderung bei der Wehrsteuer entspringt an und für sich keiner finanzpolitischen Notwendigkeit. Sie führt, wie schon gesagt wurde, zu beachtenswerten Mindereinnahmen für Bund und Kantone, und rund 67 Prozent der bisherigen Steuerzahler würden aus der Steuerpflicht entlassen.

Die SVP-Fraktion ist sich aber bewusst, dass ein verfassungsmässiger Auftrag besteht, die kalte Progression für die Steuern der natürlichen Personen periodisch auszugleichen. Wenn es die Regierung aus finanziellen und administrativen Gründen unterliess, diesen sozial motivierten und berechtigten Ausgleich in den letzten Jahren vorzunehmen, so soll er nun vorgenommen werden.

Da die Mehrwertsteuer als Konsumsteuer nicht auf das Leistungsfähigkeitsprinzip Rücksicht nimmt, ist eine gewisse zusätzliche Entlastung der unteren Einkommen angezeigt. Der Grundsatz der Bemessung der Steuern nach der Opferfähigkeit ist als Leistungsfähigkeitsprinzip dort allgemein anerkannt.

Bei einer Mehrwertsteuer soll zwar die Endbelastung beim Konsumenten erfolgen; wie weit sie in einer Phase der Rezession überbunden und wie weit sie auch wiederum durch entsprechende höhere Löhne abgegolten wird, ist offen.

Die Fraktion ist aber der Auffassung, dass die Freigrenze, wie sie der Bundesrat beantragt, zu hoch gewählt ist. Die Entlastung von rund zwei Dritteln aller steuerpflichtigen natürlichen Personen aus der Wehrsteuerpflicht wäre staatspolitisch nicht verantwortbar. Wer von einer Steuerpflicht entbunden ist, verliert schnell das Interesse an einem ausgeglichenen Staatsetat.

Die Hinaufsetzung der Freigrenze bei der direkten Bundessteuer hat ihre Auswirkungen auch auf die Freigrenze in den Steuergesetzen der Kantone und Gemeinden. Auch aus diesem Grunde halten wir dafür, dass nicht zuweit gegangen wird. Die Wehrsteuer belastet zudem gleiche Einkommen in allen Landesgegenden gleich hoch, sie übt somit eine Art Harmonisierungsfunktion aus, die beibehalten werden sollte. Bei einer Entlassung von rund 1,4 Millionen Steuerzahlern aus der Steuerpflicht bei der direkten Bundessteuer wird diese Steuerharmonisierung zur Fiktion.

Zusammenfassend hat sich eine Minderheit der Fraktion für die Beibehaltung der bisherigen direkten Bundessteuer, jedoch unter angemessenem Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen. Die Mehrheit der Fraktion ist für eine Neuordnung der Wehrsteuer, sie ist für den Ausgleich der kalten Progression, hält jedoch dafür, dass die Freigrenze höchstens bis auf 18 000 Franken hinaufgesetzt werden soll.

Was die Höchstsätze der Besteuerung vom Einkommen, bzw. vom Reinertrag betrifft, so ist man bei einer Aenderung der Wehrsteuer dafür, wenn man die Freigrenze gegenüber dem Antrag des Bundesrates hinaufsetzt, andererseits die Progression bei den natürlichen Personen weiterführt, so wie es auch der Bundesrat prinzipiell beantragt. Ueber das Ausmass der Weiterführung gehen die Auffassungen etwas auseinander. Bestimmt ist bei den direkten Steuern jedermann nach Massgabe seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu Leistungen an die Gemeinwesen zu verpflichten, andererseits darf das ökonomische Interesse an einem stärkeren Leistungseinsatz durch die steuerlichen Abgaben nicht immer weitergehender beseitigt werden.

Hinsichtlich der Steuern der juristischen Personen schliesst sich die Fraktion der Auffassung der Mehrheit der Kommission an. Was die Einführung einer nach Ersatzfaktoren bemessenen Minimalsteuer betrifft, so wird sich dazu Kollege Leutenegger namens der Fraktion äussern.

Noch kurz zum Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer und zum Finanzausgleich.

Bei der direkten Bundessteuer erfassen Gemeinde, Kanton und Bund das gleiche Steuersubstrat. Die Fraktion ist daher mehrheitlich der Auffassung, dass – wenn der Bund seine Mehreinnahmen durch Erhöhung der indirekten Steuern wesentlich hinaufsetzen kann – den Kantonen etwas mehr von den direkten Steuern zukommen soll. Die Fraktion ist auch dafür, dass der interkantonale Finanzausgleich zugunsten der finanziell schwachen Kantone etwas zu stärken ist; das wiederum setzt eine formelle und

mindestens eine teilweise materielle Harmonisierung voraus.

Bei der Erhöhung des Anteils der Kantone an den direkten Bundessteuern und bei der Verstärkung des Finanzausgleichs geht es um eine Frage des Masses. Während ein Teil der Fraktion der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission zustimmt, hält ein anderer Teil dafür, dass der Antrag dem Bund zu viele Mittel entzieht. Kollege Leutenegger hat daher einen persönlichen Antrag für eine weniger weit gehende Erhöhung der Anteile der Kantone und des Finanzausgleichs eingereicht. Die Fraktion ist ferner für die Steuerharmonisierung, sie stimmt dem Antrag auf die formelle Harmonisierung zu, sie begrüsst auch mehrheitlich die vorgeschlagenen Schritte in Richtung einer materiellen Steuerharmonisierung, um einen Beitrag zur Verständigung zu leisten.

Obwohl es Juristen gibt, die eine Verquickung der beiden Verfassungsvorlagen mit der Begründung ablehnen, dass sie gegen das Gebot der Einheit der Materie verstosse, hält die Fraktion doch dafür, dass die Vorlagen als Gesamtpaket dem Souverän zu unterbreiten sind. Es wäre fiskal- und staatspolitisch nicht zu verantworten, wenn z. B. eine Neuordnung der Wehrsteuer massive Steuerausfälle brächte, die angenommen würden, während andererseits die Mehrwertsteuer keine Gnade fände.

Die Fraktion der SVP ist sich bewusst, dass die sogenannte Finanz- und Steuerreform des Bundes beim Volk nur Gnade finden kann, wenn sich mindestens die Verantwortlichen der Parteien bemühen, eine solidarische Lösung zu finden. De facto spielt sich zwar das Dasein in einem Wechsel von Solidarität und Rivalität ab. Wird aber in diesen finanzpolitischen Fragen nicht eine Solidarität angestrebt und auch verwirklicht, dann ist keine Rettung aus den finanziellen Schwierigkeiten zu erhoffen. Mögen sich die Parteien noch so sehr in prinzipiellen und politischen Ideen unterscheiden, ohne ein gewisses Mass an Solidarität untereinander wirkt die Betonung der Differenzen namentlich auch in diesem fiskalpolitischen Bereich zerstörend. Die Fraktion der SVP möchte sich daher bemühen, ihren Beitrag für eine Verständigungslösung im Rahmen des ihr Möglichen zu leisten.

Ziel: Wir müssen hier vor allem eine politische Würdigung dieser Vorlage vornehmen. Hierin stimme ich Herrn Hubacher bei. Er hat recht gehabt, dass er auf diese Hintergründe hingewiesen und sie analysiert hat. Es geht hier nicht nur um Steuertechnik, sondern es geht um politische Fragen, um finanzpolitische Fragen in allererster Linie. Und zwar müssen wir uns darüber unterhalten, ob die Voraussetzungen gegeben sind, um dieser Vorlage zuzustimmen. Und wir müssen uns auch über die Folgen dieser Vorlage in positiver und negativer Hinsicht unterhalten. Es lohnt sich also, dass wir uns eingehend damit auseinandersetzen. Schliesslich geht es darum, dass wir endlich einmal zu einem Vorschlag Stellung zu nehmen haben, in dem die zwei wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes unbefristet in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollen. Zudem führen wir eine für unser Land völlig neue Steuer ein. Und als drittem Punkt haben wir uns mit der Steuerharmonisierung zu befassen. Das alles sind für uns Dinge, die einer gründlichen Würdigung unterzogen werden müssen.

Reformen sind unseres Erachtens unumgänglich. Denken Sie nur an die letzte Volksabstimmung im März über eine Steuerreform, bei der immerhin 42 Prozent Ja gestimmt haben, was wesentlich schwieriger ist, als 42 Prozent Nein herbeizubringen. Wir haben uns nun mit einer SP-Steuerinitiative zu befassen. Wir haben Vorschläge in Hülle und Fülle, wir haben Einzelinitiativen; offensichtlich ist ein Bedürfnis vorhanden, dass wir in der Besteuerung endlich etwas ändern. Schliesslich – auch daran müssen wir denken – haben wir trotz laufenden Steuererhöhungen beim Bund, bei den Kantonen und Gemeinden wachsende strukturelle Ausgabenüberschüsse in den öffentlichen Finanzen. All das zeigt, dass wir doch offensichtlich an dem

Punkt angelangt sind, bei dem die Weichen gestellt werden müssten.

Wenn wir die Vorlage so, wie sie uns der Bundesrat präsentiert hat, grundsätzlich würdigen, können wir nur festhalten, dass sie in jeder Beziehung enttäuschend ausgefallen ist. Besonders dann, wenn ich an die pathetischen Versprechungen denke, die die Herren Bundesräte vor der letzten Märzabstimmung abgegeben haben. Von all diesen tollen Reformen, die bereit seien, falls man jene Initiative ablehne, habe ich nichts gefunden; es ist nämlich gar nichts vorhanden. Im Gebiet der Steuerharmonisierung usw. haben wir nicht einmal ein Gesetz fertig vorhanden, zu dem wir uns äussern können. Was unter Steuerharmonisierung vorgelegt wird – auch hier stimme ich Herrn Hubacher zu –, ist ungenügend. Ich würde sogar sagen, dass es überhaupt nichts ist. Wir haben eine fromme «Kann»-Bestimmung hier drin; dazu ist sie erst noch auf den rein formellen Bereich begrenzt. Wir haben ja gehört, dass andere politische Gruppen hier nichts wissen wollen von Steuerharmonisierung.

Alles was konkret ist, ist der kräftige Griff in die Tasche der Konsumenten. Das hat es noch nie gegeben in unserem Bundesstaat, dass man eine neue Konsumsteuer einführt, die von einem Jahr zum anderen Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden Franken erbringt. Was die ganze Sache noch schöner macht – hier bin ich nicht ganz auf der Linie von Herrn Hubacher –, ist die Tatsache, dass man trotz diesen Mehreinnahmen schon für das nächste Jahr wieder Ausgabenüberschüsse von 700 Millionen Franken vorsieht. Für mich ist das keine finanzpolitische Führung. Ein Finanzplan ist nicht eine Zusammenstellung von Fakten, sondern eine Absichtserklärung der Regierung. Was man uns hier als Absichten der Regierung unterbreitet hat, ist höchst mager. Ich glaube nicht, dass man im Schweizer Volk dafür viel Verständnis aufbringt.

Für unsere Fraktion müssen einige Voraussetzungen erfüllt werden, damit wir dieser Vorlage zustimmen. Einmal ist für uns eine Reform der direkten Besteuerung durch einen echten Schritt zur materiellen Steuerharmonisierung unbedingt nötig. Zweitens brauchen wir andere finanzpolitische Absichten; wir brauchen eine Aenderung der Defizitwirtschaft, wie wir sie haben. Die Folgen einer unveränderten Annahme der bundesrätlichen Vorschläge wären nach unserer Meinung negativ. Es würde beim heutigen Steuerwirrwarr mit Steuerbelastungsdifferenzen von 100 und mehr Prozent bleiben; auch im letzten Jahr wieder, wie die neueste Statistik gezeigt hat.

Die Einführung der Mehrwertsteuer schliesslich hat auch einige wirtschaftspolitische Folgen. Preissteigerungen sind unvermeidlich; darüber sind wir uns im klaren. Gut, man kann sagen, dass sei einmalig, wir brauchten diese Mehrwertsteuer. Aber dann müsste seitens der öffentlichen Haushalte ein Beitrag an die Dämpfung der inflationären Tendenzen geleistet werden. Von den öffentlichen Haushalten aus müsste also gleichzeitig ein dämpfender Einfluss auf die Wirtschaft ausgeübt werden. Leider ist es genau das Gegenteil: Die öffentlichen Haushalte bleiben expansiv, und vermutlich in einem Zeitpunkt, in dem unter anderem auch dank den Ankurbelungsmassnahmen, die wir getroffen haben, die Wirtschaft sich wieder einem Stadium der Vollbeschäftigung nähert; aber – auch das wollen wir nicht vergessen – von einer Tilgung der seit 1971 aufgelaufenen Schulden, insbesondere jener Schulden, die wir eingegangen sind, um Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu finanzieren, ist überhaupt keine Rede.

Dennoch verzichten wir auf einen Rückweisungs- oder einen Nichteintretensantrag, denn wir wissen ganz genau, dass wir neue Mittel brauchen. Gerade letzte Woche haben wir eine sehr grosse Ausgabe beschlossen, und zwar 600 Millionen für die BLS. Es gibt weitere Aufgaben, die auf uns zukommen. Wir haben Arbeitsbeschaffungsmassnahmen betrieb. Wir müssen auch Schulden zurückzahlen. Das wäre übrigens auch eine Forderung des verworfenen Konjunkturartikels gewesen. – Schliesslich – auch das wollen wir zugeben – hat die Kommission in verschiedener

Hinsicht die Vorlage verbessert, in einem Teil allerdings auch verschlechtert. Darüber werden wir noch sprechen.

Voraussetzung unserer Zustimmung sind weitere Verbesserungen an der Vorlage, insbesondere ein echter Schritt zu einer materiellen Steuerharmonisierung. Wir haben von unserer Seite noch einige Anträge konkret gestellt; wir werden dann über diese Probleme im Detail noch sprechen.

Wie sieht die Vorlage aus, die von der Kommission bearbeitet worden ist? Persönlich halte ich die Motion über die Aenderung der Ausgabenpolitik für richtig. Man wird darüber sprechen müssen, wo die Einsparungen vorzunehmen sind. Ich habe hier schon einige konkrete Anträge gestellt. Vor allem – das habe ich bedauert – hat man 1974 meinen Antrag abgelehnt, wonach das Parlament den Finanzplan zu genehmigen hat. Dann nämlich wären wir an der Reihe gewesen, um einmal die Weichen zu stellen und zu zeigen, wie wir die Gewichte verteilen wollen. Sie hier im Rat haben diesen Antrag abgelehnt. Damals haben wir eine grosse Chance zu einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung verpasst, die Sie, Herr Hubacher, auch jetzt gewünscht haben.

Schliesslich hat es Verbesserungen im Detail gegeben, die wir jetzt nicht alle aufzählen wollen: die Steuern der juristischen Personen, eine klarere Formulierung der Besteuerung der Treibstoffe usw. Hier hat es noch einige Dinge, die wir weiter verbessern können.

Was hingegen für uns unannehmbar ist im jetzigen Zeitpunkt, ist der Beutezug auf die Finanzen des Bundes durch die Kantone. Anders kann ich diese zehnpromtente Erhöhung der Kantonsanteile nicht bezeichnen. Sie bringt nämlich einen Einnahmefall für den Bund von gut 300 Millionen Franken. Wir haben heute schon Ausgabenüberschüsse. Ohne ein konkretes Entgegenkommen auf dem Gebiete der materiellen Steuerharmonisierung gibt es für mich keine Erhöhung der Kantonsanteile. An sich ist es natürlich grundsätzlich richtig, wenn man sagt: Gut, anstelle der gebundenen Uebertragungen, die einen Eingriff in die kantonale Autonomie darstellen, gehen wir Richtung Verbundsystem und erhöhen den Anteil der Kantone an den Bundeseinnahmen zur freien Verfügung. Aber eben: Dann müssten ganz konkrete Voraussetzungen geschaffen sein. Als Sie hier im Saal konkret zu einer Steuerreform nach dem Verbundsystem Stellung nehmen konnten, wollten Sie davon nichts wissen. Auf der anderen Seite müssten wir dann ganz konkret die Subventionen abbauen. Ich habe es hier in diesem Saale noch nie erlebt, dass man ohne Druck von aussen – beispielsweise nach negativen Volksentscheiden – die Subventionen abgebaut hätte. Sogar Minimalsubventionen, die wirtschaftlich wirklich nicht mehr gerechtfertigt waren, hat man hier nicht wegbringen können.

Noch einige Bemerkungen zur Reichtumssteuerinitiative, die ja im ganzen Paket inbegriffen ist: Positiv daran ist zweifellos, dass die Steuerharmonisierung weiter geht als in den bundesrätlichen Vorschlägen; positiv ist auch die einheitliche Besteuerung der juristischen Personen.

Negativ dagegen ist zweifellos einmal der Titel. Ich finde, das sei eine schlechte Firmenmarke: Reichtumssteuerinitiative. Für so etwas kann ich einfach nicht eintreten, das widerspricht meinem Empfinden. Was ich materiell vor allem beanstande, ist, dass man die Steuerharmonisierung nur für die hohen Einkommen bringen will; dabei sind gerade auch bei den untersten Einkommen die Steuerbelastungsunterschiede enorm.

Negativ ist schliesslich auch die Verschlechterung des Finanzausgleiches; das ist ganz entscheidend. Im Bundesstaat gibt es keine Steuerreform ohne gleichzeitigen Ausbau des Finanzausgleiches. Nach der SP-Initiative würde künftig der Finanzausgleich nur noch durch den Anteil an der Besteuerung der natürlichen Personen gespiessen, der laufend zurückgeht, während bei den juristischen Personen der Anteil der Kantone nach dem Aufkommen verteilt wird. Richtig ist doch, dass die juristischen Personen in der Schweiz dort angesiedelt sind, wo es wirtschaftlich

gerechtfertigt ist. Das bedingt natürlich, dass man andererseits den Finanzausgleich ausbaut, und dazu brauchen wir einen Teil des Ertrages aus der Besteuerung der juristischen Personen.

Die Steuersätze der SP-Initiative machen mir keine Angst. Was uns hier an absoluten Steuersätzen vorgeführt wird, haben wir in Zürich bereits überschritten: 100 000 Franken für einen Verheirateten ohne Kinder: 22,6 Prozent, die SP-Initiative will 21 Prozent. Für eine Million haben wir in Zürich 33,4 Prozent, die SP-Initiative will ebenfalls 33,4 Prozent. Persönlich hätte ich höchstens Freude, wenn man in Nidwalden und Zug beispielsweise solche Steuersätze anwendete!

Beim Vermögen allerdings geht die SP-Initiative etwas zu weit. Ich habe mehr Interesse an den goldenen Eiern als am Huhn, das ich nur einmal verzehren kann.

Wenn man die Initiative als Ganzes würdigt, überwiegen nach meiner Meinung die negativen Aspekte. Da sie aber auch Dinge enthält, für die ich ebenfalls eingetreten bin und noch eintrete, werde ich sie persönlich nicht bekämpfen.

Unsere Fraktion ist also für Eintreten auf die Vorlage. Sie unterstützt alle Anträge, die zu einer Verbesserung führen. Wir machen aber unsere definitive Stellungnahme vom Gang der Verhandlungen in beiden Räten abhängig.

Für die heutige finanzpolitische Lage – da haben Sie recht, Herr Hubacher – ist die Koalition der Bundesratsparteien verantwortlich. Sie muss dafür sorgen, dass sie jetzt eine Lösung findet. Alle diejenigen, die beispielsweise unsere Initiative wild bekämpften, sollen jetzt zeigen, wie sie es besser machen können. Sofern Sie die Verbesserungsanträge, die wir Ihnen unterbreiten, unterstützen, sehe auch ich eine Möglichkeit, dass wir dann positiv zu diesem Paket stehen.

M. Bonnard: Le groupe libéral et évangélique votera l'entrée en matière et, d'une façon générale, suivra les propositions de la majorité de la commission.

Nous considérons en effet que la Confédération a réellement besoin de ressources nouvelles pour faire face aux tâches que le peuple suisse, notre Parlement et le Conseil fédéral lui ont successivement confiées. Dans le régime actuel de répartition des tâches entre cantons et Confédération, il n'y a pas d'autre issue. D'une part, en effet, une nouvelle répartition des tâches ne peut pas être envisagée avant plusieurs années; d'autre part, des ressources nouvelles sont urgentes à cause de la détérioration rapide des finances fédérales et de l'effet, nécessairement limité, des économies nécessaires et possibles.

Notre groupe votera également la motion de la commission. Il est conscient du fait que cette motion mettra le Conseil fédéral et notre Parlement devant une situation nouvelle. Depuis longtemps, chacun va disant qu'il faut fixer dans les dépenses publiques des priorités. Le Conseil fédéral s'est livré à cet exercice dans ses messages successifs relatifs aux Grandes lignes de la politique gouvernementale. Tant que la situation de des finances fédérales était favorable, que les recettes croissaient allégrement, l'exercice était plus théorique que pratique. Toutes les tâches pouvaient être remplies dans l'ensemble sans difficultés insurmontables. Cette époque est révolue. Nous serons contraints de faire des choix qui auront des conséquences tout à fait concrètes. Bien sûr, la Confédération ne pourra pas abandonner purement et simplement des tâches importantes qui lui sont confiées. Elle devra en revanche ralentir le développement de certains secteurs au profit d'autres secteurs jugés en définitive plus vitaux. Les critères de choix sont difficiles à établir. Ils sont d'ailleurs multiples. Ils tiennent par exemple à la nature de la tâche en cause, à la façon dont elle a été remplie jusqu'ici, aux ressources financières qu'elle exige. D'une façon générale, nous mettons au rang des premières priorités les tâches qui concernent l'existence même de l'Etat, sa sécurité et son indépendance intérieures et extérieures. Ces tâches-là sont proprement fondamentales, car l'Etat

ne pourra pas atteindre ses buts, qui sont par exemple d'accroître la prospérité commune, par une politique économique et sociale judicieuse s'il n'est pas au préalable assuré et de son indépendance et de sa sécurité intérieure et extérieure.

D'une façon générale, notre groupe admet les principes sur lesquels repose la revision proposée. Dans la doctrine de notre parti, nous avons, il est vrai, constamment défendu le principe selon lequel la Confédération devrait se contenter des impôts indirects et les cantons et les communes se réserver les impôts directs. Or le régime proposé ne respecte pas cette règle puisque, à côté de l'imposition indirecte, il maintient le régime de l'imposition directe. Nous croyons néanmoins que cette solution est juste dans les circonstances actuelles. Tout d'abord, si, dans le régime proposé, la Confédération tire ses ressources à la fois de l'imposition directe et de l'imposition indirecte, la seconde de ces impositions joue un rôle plus important. La matière fiscale laissée finalement aux cantons n'est donc pas atteinte dans une mesure manifestement excessive.

En second lieu et surtout, il faut bien constater que les tâches confiées à la Confédération sont aujourd'hui d'une ampleur telle qu'elles exigent des ressources financières considérables. Celles-ci sont si élevées qu'une politique fiscale judicieuse interdit en fait à la Confédération de les prélever sous la seule forme de l'imposition indirecte. L'imposition directe, qui frappe le revenu et la fortune, peut être aménagée directement en fonction de la capacité financière des contribuables. Elle permet d'adapter l'impôt à cette capacité d'une façon judicieuse, souple et bien conforme aux circonstances particulières de chaque classe de contribuables. C'est ce que traduit, vous le savez bien, dans une certaine mesure le principe de la progressivité de l'impôt. L'imposition indirecte, qui est liée à certains faits ou à certains actes juridiques, ne permet pas dans la même mesure cette adaptation de l'impôt aux ressources du contribuable. Dans la politique fiscale d'une corporation publique qui a besoin de ressources très élevées comme aujourd'hui la Confédération, il est dès lors nécessaire de varier les systèmes de perception d'impôts de manière à pouvoir tenir compte dans la mesure utile de toutes les circonstances qui entrent en considération.

Toutefois, si nous admettons aujourd'hui l'impôt fédéral direct, c'est en constatant l'ampleur des tâches fédérales. Nous maintenons en revanche l'idée, que nous avons toujours défendue, selon laquelle il s'impose de revoir dans les meilleurs délais la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Cette nouvelle répartition devrait tendre à diminuer le nombre des affaires incombant à la fois à la Confédération, aux cantons et aux communes; à augmenter celui des domaines confiés à la responsabilité exclusive de l'une de ces corporations publiques et, par conséquent, à accroître la liberté d'action et l'autonomie de nos différentes collectivités. Il devrait alors être possible de diminuer quelque peu les besoins financiers de la Confédération, absorbés, je vous le rappelle, dans une mesure importante par les transferts et de renoncer peut-être alors totalement à l'impôt fédéral direct.

Notre groupe est favorable au maintien du taux dans le texte constitutionnel soumis au vote populaire. Nous sommes attachés à ce privilège du peuple suisse que nul autre au monde ne possède et qui lui permet de se prononcer non seulement sur les principes de l'impôt, mais aussi sur son taux. Sans doute, ce système contraint-il le gouvernement et le Parlement à affronter le peuple dans un combat qui est semé d'embûches et qui a souvent conduit à des résultats désagréables. Cependant, en accordant ou en refusant les ressources qui lui sont demandées, le peuple manifeste son accord ou son désaccord avec la politique générale suivie par le gouvernement et par les Chambres. La possibilité qui lui est ainsi donnée est bénéfique pour l'ensemble de nos institutions; la stabilité politique que nous connaissons depuis tant de décen-

nies n'est certainement pas étrangère à ce pouvoir populaire.

Notre groupe admet également que la limitation du régime des finances fédérales dans le temps, telle qu'elle résulte des textes aujourd'hui en vigueur soit abandonnée. Cette limitation a aujourd'hui quelque chose d'artificiel. Elle ne correspond pas à la pérennité de l'Etat fédéral, à la pérennité et à l'ampleur des tâches qui lui sont dévolues et qui sont fondamentales. Elle est contraire aux nécessités d'une bonne gestion prévisionnelle. Il est vrai qu'en renonçant à la limitation dans le temps, nous renonçons à une partie du contrôle populaire. Cependant, s'agissant de la question de la limitation dans le temps, le contrôle populaire porte sur le principe même des ressources fiscales de la Confédération. Or ce principe, il faut bien le dire, n'est aujourd'hui plus mis en doute. Ce qui importe, c'est que le peuple suisse puisse s'exprimer sur les modalités de l'impôt. Le système proposé lui assure ce droit. Cela nous paraît suffisant.

Notre groupe votera la proposition Schärli qui fixe à 15 000 francs le montant à partir duquel commence l'assujettissement à l'impôt fédéral. Il considère comme une nécessité politique que, sous réserve des cas sociaux difficiles, chaque citoyen participe dans la mesure de ses moyens aux dépenses d'un Etat, des institutions et bienfaits duquel il bénéficie largement. De ce point de vue, la tendance générale à laquelle on assiste dans toutes les collectivités publiques et qui consiste à faire supporter une part croissante des dépenses de l'Etat par un nombre de contribuables en constante diminution, nous paraît fautive et à la longue, dangereuse. Certes, on ne manquera pas de faire valoir que le plafond de 25 000 francs proposé par le Conseil fédéral et celui de 30 000 que propose M. Schmid sont finalement non seulement dans l'intérêt des petits contribuables mais aussi dans celui des cantons qui auraient alors à leur disposition, pour leurs impôts directs, une plus grande masse fiscale à exploiter. Mais cet argument, à mes yeux, tombe à faux. Je l'ai dit, les cantons et les communes sont comme la Confédération, ils ont cette tendance regrettable d'accorder des exonérations à des contribuables sans cesse plus nombreux. Il s'agit d'ailleurs d'une question de principe. L'obligation de payer des impôts, si modestes soient-ils, comme l'obligation du service militaire ou l'obligation de participer aux élections et votations sont des devoirs civiques, même si cette dernière obligation n'est assortie d'aucune sanction. Ces devoirs civiques ne sont que la juste contrepartie des bienfaits que représente une vie libre dans un Etat organisé. Il est aussi malsain pour notre vie politique d'exempter trop de contribuables que d'accorder trop de dispenses de service militaire ou d'enregistrer trop d'abstentionnisme lors des votations.

Un dernier mot enfin au sujet de l'harmonisation fiscale. Notre groupe est favorable à l'harmonisation formelle qui doit permettre de parler partout en Suisse le même langage. La question est mûre, elle a été étudiée par la Conférence des directeurs cantonaux des finances, dont les membres ont agi avec l'accord de leur gouvernement respectif. L'harmonisation formelle telle qu'elle est proposée par la majorité à l'article 42quinquies nouveau facilitera sans aucun doute dans une mesure appréciable les rapports entre les fiscalités fédérale, cantonale et communale.

Nous nous opposerons en revanche à l'harmonisation matérielle que la majorité suggère d'introduire à l'article 41quater. Certes il ne s'agit que d'une harmonisation très partielle puisqu'elle ne tend qu'à l'introduction de taux planchers pour certaines catégories de contribuables. Mais, même sous cette forme limitée, l'harmonisation matérielle qui nous est proposée constitue à nos yeux une atteinte inacceptable à l'élément de la souveraineté cantonale et communale qui est le plus important, à savoir le droit des cantons et, dans certaines limites, des communes, d'organiser librement leur ménage financier. J'admets que cette liberté comporte des inconvénients et

qu'elle favorise notamment la sous-enchère fiscale. C'est par un autre biais cependant que la Confédération doit combattre le mal que constitue la sous-enchère fiscale. Elle doit agir par le canal du taux des subventions en réduisant plus sensiblement qu'aujourd'hui le taux des subventions qu'elle accorde aux cantons, lorsque ceux-ci n'exploitent pas normalement leur matière fiscale. A nos yeux, un canton doit avoir le droit de ne pas exploiter sa matière fiscale, mais s'il agit de la sorte il n'a alors pas à réclamer le secours fédéral. D'ailleurs le problème de l'harmonisation fiscale matérielle n'est pas mûr, nous sommes persuadés que la grande majorité des cantons la refuserait. La votation du 13 juin sur l'aménagement du territoire nous rappelle de façon opportune que beaucoup de cantons tiennent encore à leur liberté d'action.

Enfin, je vous signale un dernier problème relatif à l'harmonisation formelle que la majorité nous suggère à l'article 42quinquies; il s'agit du problème de l'unité de la matière. Notre collègue Aubert a déposé une proposition tendant à revenir au système du Conseil fédéral. Il vous montrera le moment venu que c'est le seul système juste.

M. Corbat: Ce débat d'entrée en matière démontre qu'il n'y aura sans doute pas d'impôts nouveaux, autrement dit il n'y aura pas de TVA en Suisse, si des mesures vigoureuses ne sont pas prises pour assainir les finances de la Confédération. Je dis bien assainir les finances de la Confédération et non se ranger, comme on veut nous le faire dire, au nombre des «Sparpolitiker». Cela ressort clairement des travaux de notre commission. La motion que nous avons adoptée vise un triple objectif: consolider l'acquis, imposer une relation entre la croissance des dépenses de l'Etat et celle du produit national brut, et rééquilibrer les finances de l'Etat d'ici 1979. On ne saurait être plus précis. A deux contre un, c'est-à-dire par 16 voix contre 8, notre commission s'est refusée à reporter purement et simplement sur l'économie un déficit présumé de 3 ou 4 milliards d'ici quelques années, au risque de porter un coup irrémédiable à sa force concurrentielle et d'affaiblir aussi bien l'Etat que le secteur privé. A deux contre un, notre commission a adopté cette fameuse motion qui est impérative, fixant que les taux d'accroissement des budgets annuels doivent demeurer dans le cadre de la croissance du produit national brut, au maximum de 6 pour cent. Parallèlement, l'équilibre budgétaire doit être rétabli d'ici 1979.

D'autres pays ont compris cette nécessité. La République fédérale d'Allemagne, par exemple, limite sa croissance budgétaire à 5 ou 6 pour cent. C'est là me semble-t-il une politique responsable. Il ne s'agit pas, encore une fois, de se ranger derrière des «Sparpolitiker», mais d'adapter la croissance des dépenses à celle du produit national brut. Il n'est pas besoin d'être grand clerc en économie pour le comprendre, et le gouvernement de M. Schmidt l'a bien compris. On ne saurait l'en blâmer. C'est à ce prix seulement que nous conserverons chez nous aussi l'acquis social, c'est à ce prix seulement que nous serons en mesure d'assurer de nouvelles conquêtes sociales comme, je vous le rappelle, le deuxième pilier qui sera débattu cette année encore dans cette enceinte.

Le compte d'Etat 1975 contient un avertissement. En dépit d'une réduction des dépenses de l'ordre de 10 pour cent sur le budget initialement prévu, nous n'avons pas réussi à combler les recettes qui sont en dépression de 671 millions sur les prévisions. Au chapitre des dépenses, je rappelle qu'en janvier 1975, nous avons ici même décrété les mesures suivantes: réduction moyenne des subventions de 10 pour cent, diminution des parts cantonales de 10 pour cent, blocage des effectifs du personnel, transfert à raison d'un demi-milliard des charges AVS sur les cotisations. Ces mesures avaient entraîné une réduction de dépenses de 1,3 milliard par rapport au budget initial, mais reconnaissons que nous avons simplement transféré une partie de ces économies sur le dos des cantons en les privant abruptement d'un pourcentage appréciable de leurs parts

aux ressources fédérales. Mais c'est surtout au chapitre des recettes que la situation s'est aggravée: chute vertigineuse des impôts de consommation, dépression continue des recettes douanières qui s'inscrit d'ailleurs dans la démobilitation progressive des tarifs CEE et des libérations prévues dans le cadre du GATT. A cela s'ajoutent les déficits des grandes régies, de sorte que la Confédération, si elle n'est endettée aujourd'hui que par 12,7 milliards, soit à peu près la valeur d'un budget annuel, voit son endettement doubler en cinq ans et s'accroître de 20 pour cent en une seule année. Cela prend des proportions, vous en conviendrez, que nous ne pouvons tolérer au risque de porter un préjudice grave au crédit de l'Etat. Nous ne pouvons nous payer le luxe de déficits de l'ordre de 3 ou 4 milliards d'ici quelques années sur un budget de 15 milliards de francs. Il faut donc prendre des mesures vigoureuses d'assainissement; c'est une condition mise à la perception de ressources nouvelles. A nos yeux, si la motion de la commission était rejetée au sein de ce Conseil, nous ne pourrions nous rallier au projet de TVA tel qu'il ressort des travaux de la commission. Au cas contraire, nous soutiendrons le projet.

Au cours du débat de détail, nous aurons l'occasion de revenir sur l'une ou l'autre des propositions faites afin de préciser notre position. Disons pour l'instant que, dans la situation économique actuelle, une augmentation d'un impôt fédéral, quel qu'il soit, ne peut être envisagée sans fixer, d'une part, un cadre à la croissance des dépenses et, d'autre part, des taux raisonnables, fixes et non flexibles, sans remettre en cause, en outre, la péréquation financière intercantonale, au risque de priver la Confédération d'une part appréciable de ses recettes. Nous combattons à cet égard la proposition adoptée par une faible majorité en commission, cela d'autant plus qu'elle repose sur des obligations imprécises faites aux cantons, ce qui risque au surplus de créer la confusion et d'entraîner le refus du projet. Il en va de même en matière d'harmonisation fiscale que le peuple et les cantons veulent pouvoir régler pour elle-même. Sans être opposé à certaines propositions que nous débattons aujourd'hui et demain, j'estime que nous n'obtiendrons la confiance du peuple, qui se prononcera en mars prochain, que si nous réalisons dans les faits notre volonté d'économie et si nous lui présentons un projet raisonnable et précis dans ses conséquences chiffrées. Tout le reste, à mon sens, ne relève que de bonnes intentions certes, mais chacun sait bien que l'enfer est pavé de bonnes intentions et le peuple suisse, pas plus que ses élus, n'ont envie de s'y précipiter.

Leutenegger: Ich darf den Sprecher der SVP-Fraktion noch in drei Punkten ergänzen. Das wird es mir erlauben, bei der Detailberatung nur noch einmal hier vorne anzutreten.

Die Aktien für die Finanzpaketvorlage stehen – wenn man im Volk herumhorcht – schlecht. Der Bund begehrt über 3,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen. Ganz am Rande ist in der bundesrätlichen Botschaft vermerkt, dass ein Gleichgewicht der Bundeseinnahmen und -ausgaben anzustreben sei. Die Bundesfinanzen lassen sich aber ohne nachhaltige Korrekturen bei den Ausgaben gar nicht oder nie sanieren. Das weiss natürlich unser Kollege Hubacher auch. Auch wenn die Kommissionsmehrheit eine sogenannte Stabilisierungsmotion vorlegt, sind in dieser Richtung ausreichende und konkrete Massnahmen noch nicht getroffen. Ich erinnere mich allzugenut an die Sondersession im Winter 1975, während welcher zahlreiche und konkret formulierte Streichungsanträge aus der Mitte des Nationalrates wohl zur Kenntnis genommen wurden, eine praktische Verwirklichung aber oft ausblieb. Das könnte sich heute wieder gleich unbefriedigend auswirken. Das wäre dann der Untergang des gesamten Finanzpaketes. Deshalb meine Bitte um Härte an den Bundesrat, in die ich auch die Kolleginnen und Kollegen einschliesse: Die effektiven Bundesausgaben müssen spürbar unter jenen Zahlen bleiben, die im Finanzplan präsentiert worden sind. Wenn uns

das nicht gelingt, werden wir ernsthafte Finanzierungsschwierigkeiten erhalten, wie wir sie bereits an ausländischen Beispielen erleben. Als eines dieser verschiedenen Beispiele sei die Stadt New York und der «dazugehörige» Staat erwähnt, wo die Schwierigkeiten sich ganz eindeutig daraus ergeben haben, dass die Politiker immer noch Mühe haben, die veränderten Verhältnisse zu begreifen. Auch dort erfolgte die Finanzierung aller Begehrlichkeiten über Steuererhöhungen und Anleihen. Jetzt sind diese Wege verstopft. Man macht nicht mehr mit. Der einzige Ausweg liegt im Abbau der Dienste und in massiven Entlassungen. All dies wäre nur von lokalem Interesse, wenn sich die Krankheit der übermässigen Begehrlichkeiten und die damit verbundene beharrliche Erhöhung der Steuern und Gebühren nicht auch in unserem Land ausbreiten würde.

In diesem Zusammenhang äussern wir unsere grossen Bedenken darüber, dass die Warenumsatzsteuer durch das aus dem Ausland bezogene System der Mehrwertsteuer abgelöst werden soll. Rund 60 000 neu unterstellte, vorab kleinere und mittlere Betriebe werden – das lässt sich voraussehen – durch die mit einer Mehrwertsteuer verbundene Administration überfordert sein. Dass die Mehrwertsteuer mit den darin vorgesehenen Höchstsätzen zu Preiserhöhungen und damit zu einer weiteren Teuerung Anlass geben wird, dürfte unbestritten sein. Schon früher haben wir zum Ausdruck gebracht, dass bei einer uns allenfalls aufgezwungenen Mehrwertsteuer die von der Expertenkommission weitgehend abgelehnte Pauschalbesteuerung ein nützlicher Weg gewesen wäre, um gerade den kleineren Betrieben die Schwierigkeiten der periodischen Steuerabrechnungen zu ersparen und sie trotzdem in den Genuss des Vorsteuerabzuges kommen zu lassen. Eine Steuerpflicht sollte auch erst bei einem Umsatz von 50 000 bis 60 000 Franken beginnen, und die Steuerbefreiung auf Antrag sollte bis zu einem Umsatz von 500 000 Franken gewährt werden. Allein diese beiden Vorschläge würden den administrativen Aufwand sowohl auf Unternehmer- wie auf Verwaltungsseite stark verringern helfen.

Zur Neuordnung der direkten Bundessteuer werde ich Ihnen in der Detailberatung einen Antrag über die Neuregelung der Kantonsanteile und des Finanzausgleichs unter den Kantonen begründen.

Die SVP-Fraktion stimmt der Einführung einer Minimalsteuer für juristische Personen zu. Es ist nicht das erste Mal, dass der Versuch unternommen wird, die Minimalsteuer auf Verfassungsebene des Bundes einzuführen. Unabhängig davon ist es demgegenüber gelungen, die Minimalsteuer in zwölf kantonalen Steuergesetzen zu verankern. Die Minimalsteuer ist eine Ersatzsteuer für diejenigen Unternehmungsformen, die wegen ihrer Nichtgewinnstrebigkeit durch die ordentlichen Gewinn- und Kapitalsteuern nicht ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend erfasst werden. Es geht hier um die Frage der rechtsgleichen Behandlung und keineswegs etwa um eine bevorzugte Behandlung einzelner Wirtschaftskreise. Heute wird z. B. die Herr Hubacher nahestehende Coop steuerlich privilegiert behandelt im Vergleich zu vielen sogenannten natürlichen Personen, wie es im Steuerrecht so schön heisst. Es geht darum, gleiche wirtschaftliche Tatbestände steuerrechtlich in gleicher Weise zu würdigen. Dies erklärte vor zwei bis drei Jahren unser Kollege Biel, obwohl er kein Freund der Minimalsteuer ist. Ich möchte meinen, dass er das Ziel dieser Steuer richtig sieht.

Der wohl kompetenteste Befürworter der Idee einer Minimalsteuer ist Professor Max Imboden. Er ist der Verfasser des Expertenberichtes für die Motion Piller, in dem die Ansicht vertreten wurde, es sei das Wehrsteuersystem durch ein subsidiäres Minimalsteuersystem auf dem Umsatz und dem gesamten Betriebskapital zu ergänzen.

Zum Schluss will ich eine Frage von Herrn Hubacher persönlich beantworten: Wir lehnen einen Wohlfahrtsstaat – Herr Hubacher sagt: Sozialstaat – ab, wenn zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates nicht alle Bürger ihrer Lei-

stungskraft gemäss beitragen sollen, namentlich wenn, wie dies aus der Reichtumssteuer hervorgeht, nur ein kleiner Teil unserer Bürger Leistungen an den Staat erbringen müsste, während die Mehrheit letztlich über den Ausbau dieses Wohlfahrtsstaates entscheiden würde. Das wollen wir nicht.

M. Bussey: En prenant connaissance du message et des projets d'articles constitutionnels sur la TVA, l'impôt fédéral direct et l'harmonisation fiscale, nous avons eu le sentiment que le Conseil fédéral nous proposait enfin la vraie réforme des finances fédérales que nous attendions depuis longtemps, sous forme d'un compromis acceptable pour l'ensemble des forces économiques et politiques du pays.

Avec la publication du plan financier pour la 40e législature, il ne faisait aucun doute que le problème était clairement et bien posé. D'une part, un ensemble de dépenses destinées à permettre à notre pays de rester dans le peloton de tête des nations industrialisées dans des domaines aussi vitaux que l'aide aux universités, les transports, la protection de l'environnement et à faire preuve de la nécessaire solidarité à l'égard des parties défavorisées de notre population (paiements compensatoires à l'agriculture, réalisation facilitée du deuxième pilier et développement de l'AVS) et, d'autre part, des recettes nouvelles destinées à permettre la couverture de ces dépenses.

Or, plutôt que de s'en tenir à ce plan financier, et à jouer leur rôle de députés des partis gouvernementaux, soutiens naturels du Conseil fédéral, nos collègues bourgeois de la commission ont préféré remettre en cause le plan financier, alors qu'il aurait fallu le défendre, et proposer un nouvel et funeste exercice d'économies sous prétexte que le peuple acceptera ainsi plus facilement la TVA. Une telle attitude ne peut évidemment que fortifier les réticences de l'opinion à l'égard de cette forme d'imposition. Tant que l'on laisse entendre que des économies sont encore possibles, l'opinion rejettera tout alourdissement de la fiscalité. Au contraire, si l'on démontre en quoi le rejet de ressources nouvelles peut être de nature à entraver la réalisation des besoins collectifs, on obtiendra l'adhésion de l'électeur.

A cet égard, l'opération «Motion Weber-Altdorf», aussi édulcorée qu'elle ait fini par prendre la formulation définitive de ce texte, est une réédition du frein aux dépenses. Loin d'assurer l'acceptation du premier projet Chevallaz, vous vous souvenez qu'il a provoqué son rejet, l'opinion l'ayant perçu comme une solution de rechange aux hausses d'impôts et non comme un complément destiné à garantir une utilisation judicieuse des deniers publics. Il a fallu des expériences aussi douloureuses que la hausse des cotisations AVS et des primes de l'assurance-maladie, accompagnées de la réduction d'autres subventions, pour que le corps électoral finisse par se rendre compte qu'il s'était fourvoyé et qu'il réponde affirmativement le 8 juin 1975.

La motion Weber n'atteindra pas son but si celui-ci est de faire passer la TVA. Mais il apparaît clairement que la volonté de certains n'est pas de faire triompher ce nouveau régime financier, mais plutôt d'en provoquer le rejet afin que l'Etat ne dispose que d'un minimum d'argent pour s'acquitter de ses tâches classiques. Certes, tous ne sont pas de l'avis de notre collègue Otto Fischer qui écrivait, en mai 1974, «Vive les caisses vides», mais beaucoup souhaitent à coup des caisses qui ne soient pas trop pleines.

A titre d'exemple, les adversaires de la future loi sur la protection de l'environnement n'auront pas besoin de lancer un référendum pour la faire échouer. Il leur suffira que les cordons de la bourse ne se desserrent pas pour qu'elle ne puisse être mise en vigueur.

A entendre les propos tenus par certains, il semblerait que rien n'a été entrepris en matière d'économies. Or, pour celui qui se penche avec attention sur le budget et les comptes de 1975, il est évident que cet effort a été fait, au détriment de l'avenir du pays, bien entendu, mais qu'il a été fait.

Les requêtes des sept départements fédéraux, présentées en juin 1974, qui auraient permis d'assurer au mieux le fonctionnement de l'Etat en 1975, s'élevaient à plus de 15 milliards.

Le Conseil fédéral en a retranché près de 500 millions, notamment au titre de l'enseignement et de la recherche, des communications et de l'énergie et de l'agriculture. Ainsi, le budget de 1975 ne se montait plus qu'à 14 milliards 727 millions. C'est alors que le Parlement, au cours de sa session de décembre 1974, s'imaginant faciliter l'acceptation du projet lors de la votation du 8 décembre, rognait encore 294 millions; le second budget 1975 s'est alors monté à 149 milliards 433 millions. A la suite de l'échec du 8 décembre, le Parlement a, en janvier 1975, retranché encore 1 milliard et 66 millions, dont la moitié représentait une diminution de la contribution de la Confédération à l'AVS. Ainsi, «l'ensemble des économies» s'est élevé à 1 milliard 849 millions, le 3e budget s'élevant à 13 milliards 367 millions. Si les comptes de 1975 accusent un total plus élevé de 13 milliards 541 millions, c'est qu'il a fallu dépenser 174 millions de plus, particulièrement au titre de la relance.

Indépendamment de ces mesures, il convient de rappeler la loi du 4 octobre 1974 instituant des mesures destinées à améliorer les finances fédérales, loi prévoyant un plafond pour les dépenses d'équipement, le blocage du personnel, une simplification des études et des projets de construction, une réduction de leur ampleur et une exécution différée.

Dernier volet de ces mesures d'économies, le frein aux dépenses dont l'esprit a souvent dominé nos travaux mais dont nul, à ce jour, n'a osé expérimenter le mécanisme dans cet hémicycle.

Au moment de conclure, vous me permettez d'expliquer mon abstention lors du vote d'ensemble en commission.

Le projet du Conseil fédéral a été dénaturé en ce qui concerne les impôts directs, l'harmonisation fiscale formelle est compromise étant liée à la TVA alors que l'exécutif proposait deux scrutins populaires différents. Enfin, si la TVA a résisté à différentes propositions d'amendements, elle est accompagnée d'une motion Weber qui n'est en définitive que la troisième version d'une proposition Letsch, reflet des thèses antifiscales que le même collègue a développées au congrès de l'USAM à Interlaken.

Une déclaration aussi franche que celle qu'a faite le président du Vorort dans son discours à Vevey, je le cite: «Il faut que la collectivité fasse son deuil de prestations sociales allant au-delà de celles dont elle bénéficie déjà et d'une politique extensive en matière d'éducation, de transports et de subventions» ne peut que m'inspirer les plus vives inquiétudes sur les idées dont s'imprègne actuellement un certain nombre de nos collègues.

Tant que d'aucuns appuyant la motion Weber-Altdorf ou le motionnaire lui-même n'auront pas précisé dans quel domaine spécifique ils entendent économiser, je persisterai à penser et à dire que les mêmes partisans d'économie se rallient au désir exprimé par le grand responsable du Vorort suisse que je viens de citer. Certes, la motion qui nous intéresse a été, je l'ai dit, édulcorée dans l'énoncé, c'est exact. Il demeure que l'esprit qui engagea ses auteurs à présenter et défendre cette motion subsiste, c'est ce que nous regrettons. Il suffit d'avoir en mémoire les regrettables décisions prises par le Conseil des Etats ces derniers jours, qui s'opposent à la création de l'institut de droit comparé à Dorigny et au développement des stations fédérales de recherche agronomique. Un sort aussi funeste sera d'ailleurs sans doute réservé au Technorama de Winterthur.

De ces économies s'ajoutant à la politique de restriction apportée aux dépenses sociales, nous ne voulons pas. La droite combat en son principe même un effort fiscal accru, elle flatte les sentiments égoïstes de citoyens mal informés. En agissant ainsi, elle sert les intérêts d'une minorité privilégiée en desservant ceux du pays et de la majorité

des citoyens. Tant que cette assemblée n'aura pas choisi la voie de l'effort sur laquelle le Conseil fédéral voulait, par son message, l'engager plutôt que la voie de la facilité, elle ne nous verra pas nous battre devant le pays en faveur des expédients qu'elle aura mis au point.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.35 Uhr
La séance est levée à 19 h 35*

Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Dienstag, 22. Juni 1976, Vormittag

Mardi 22 Juin 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Siehe Seite 651 hiervor — Voir page 651 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Eisenring: In der gestrigen Debatte sind eine Reihe bemerkenswerter Ausführungen gefallen. Besonders merken wird man sich die Ausführungen unseres Kollegen Hubacher müssen; es wird wohl Kreise geben, die seine Ausführungen sogar als bemerkenswert bezeichnen. Vor einer endgültigen Beurteilung möchte ich mir aber eine genaue Analyse seiner Darlegungen offenhalten. Er hat aber wohl das Grundproblem, in das wir hineingestellt sind, anvisiert – namentlich im Zusammenhang mit der Motion der Kommission –, nämlich mit der Frage: Sparen? Er hat im Rufen nach dem Wo des Sparens auch noch eine bemerkenswerte politische Nuance erteilt, indem er die Freisinnige Partei in einer Art profiliert hat, die ebenfalls noch der Analyse bedarf. Die pointierten Ausführungen des Herrn Hubacher werfen aber die Frage auf, ob diese Fragestellung überhaupt richtig ist.

Ich möchte in zwei Richtungen ausholen. Einmal liegt neben dem Sparproblem in der historischen Betrachtungsweise der letzten zwanzig Jahre auch das Problem der Mittelbeschaffung. Hier haben sich parteipolitisch dann ganz andere Koalitionen gezeigt als CVP und SP, wie es offenbar in dieser Kommission der Fall gewesen sein soll (unter Assistenz des Parteipräsidenten der Schweizerischen CVP).

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass wir 1968 die Mehrwertsteuer als Alternative und unerlässliche Voraussetzung einer langfristigen Finanzierung des Bundeshaushaltes proponiert haben. Schon in der Kommission standen wir, die Vertreter der CVP, damals allein, im Rat war der Vorschlag völlig aussichtslos. Wir haben diesen Antrag seither von CVP-Seite ständig neu unterbreitet; er ist immer wieder torpediert worden. Einmal waren es politische Gründe. Es gehe nicht, die Zeit sei noch nicht reif. Ist sie heute reif? Dann hiess es – ich erinnere an Ausführungen von Herrn Bundesrat Celio –, mit der bestehenden Finanzordnung sei der Bundeshaushalt – man höre und staune! – bis 1982 gesichert. Wo steht heute diese Sicherheit? Mit diesen Argumenten hat man das Wagnis – das es auch

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1976 - 16:00
Date	
Data	
Seite	651-672
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 817

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

des citoyens. Tant que cette assemblée n'aura pas choisi la voie de l'effort sur laquelle le Conseil fédéral voulait, par son message, l'engager plutôt que la voie de la facilité, elle ne nous verra pas nous battre devant le pays en faveur des expédients qu'elle aura mis au point.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.35 Uhr
La séance est levée à 19 h 35*

Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Dienstag, 22. Juni 1976, Vormittag

Mardi 22 Juin 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Siehe Seite 651 hiervor — Voir page 651 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Eisenring: In der gestrigen Debatte sind eine Reihe bemerkenswerter Ausführungen gefallen. Besonders merken wird man sich die Ausführungen unseres Kollegen Hubacher müssen; es wird wohl Kreise geben, die seine Ausführungen sogar als bemerkenswert bezeichnen. Vor einer endgültigen Beurteilung möchte ich mir aber eine genaue Analyse seiner Darlegungen offenhalten. Er hat aber wohl das Grundproblem, in das wir hineingestellt sind, anvisiert – namentlich im Zusammenhang mit der Motion der Kommission –, nämlich mit der Frage: Sparen? Er hat im Rufen nach dem Wo des Sparens auch noch eine bemerkenswerte politische Nuance erteilt, indem er die Freisinnige Partei in einer Art profiliert hat, die ebenfalls noch der Analyse bedarf. Die pointierten Ausführungen des Herrn Hubacher werfen aber die Frage auf, ob diese Fragestellung überhaupt richtig ist.

Ich möchte in zwei Richtungen ausholen. Einmal liegt neben dem Sparproblem in der historischen Betrachtungsweise der letzten zwanzig Jahre auch das Problem der Mittelbeschaffung. Hier haben sich parteipolitisch dann ganz andere Koalitionen gezeigt als CVP und SP, wie es offenbar in dieser Kommission der Fall gewesen sein soll (unter Assistenz des Parteipräsidenten der Schweizerischen CVP).

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass wir 1968 die Mehrwertsteuer als Alternative und unerlässliche Voraussetzung einer langfristigen Finanzierung des Bundeshaushaltes proponiert haben. Schon in der Kommission standen wir, die Vertreter der CVP, damals allein, im Rat war der Vorschlag völlig aussichtslos. Wir haben diesen Antrag seither von CVP-Seite ständig neu unterbreitet; er ist immer wieder torpediert worden. Einmal waren es politische Gründe. Es gehe nicht, die Zeit sei noch nicht reif. Ist sie heute reif? Dann hiess es – ich erinnere an Ausführungen von Herrn Bundesrat Celio –, mit der bestehenden Finanzordnung sei der Bundeshaushalt – man höre und staune! – bis 1982 gesichert. Wo steht heute diese Sicherheit? Mit diesen Argumenten hat man das Wagnis – das es auch

heute noch ist – der Mehrwertsteuer nicht anzugehen gewagt.

Eine ähnliche Übung in Richtung rechtzeitiger Mittelbeschaffung hatten wir schon 1956: Es ging damals – Herr Hubacher hat sachlicherweise darauf hingewiesen – um die Frage der Umstellung des Gewichtszoll- auf das Wertzollsystem. Das war in der Ära von Herrn Professor Weber, der eine klare Konzeption verfolgte und sicher seine guten Gründe hatte, die damals geforderte Umstellung abzulehnen. Wir waren allerdings anderer Auffassung. Es lässt sich nachweisen, dass trotz dem Zollabbau, der Zollbefreiungen und trotz der autonomen Zollsenkungen bei der rechtzeitigen Umstellung auf den Wertzoll im Jahre 1956, im Zusammenhang mit dem Uebergang zur sogenannten Brüsseler Nomenklatur, heute die Lücke im Bundeshaushalt gar nicht so gross wäre. Wir hätten eine völlig andere Situation, wenn wir der modernen Wertzollkonzeption, die andere Industrieländer mitsamt den Ostländern längst verwirklicht haben, gefolgt wären.

Mit dem Widerstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes und seines hochverehrten Direktors, Herrn Dr. Otto Fischer, in bezug auf die Mehrwertsteuer, war immer zu rechnen. Das ist eine Tatsache; Herr Hubacher hat Herrn Fischer attestiert, dass er wenigstens ehrlich zu seiner Meinung stehe. Und das muss daher ebenfalls gesagt sein: Wir dürfen ja oft nicht mehr zur eigenen Meinung stehen; ich komme später noch darauf zurück.

Wenn Herr Hubacher heute nun das grosse Wort sagt und verkündet, wir hätten zu sagen, wo gespart werden soll; wenn wir – mindestens die Mehrheit des Rates – den Staat in bezug auf seine Leistungen auf eine Kragengrösse von 50 ausgerichtet haben, heute aber offensichtlich mit der Kragengrösse 46 auskommen sollten, so muss man sich fragen, ob es in der Politik nicht ebenfalls eine «politische Kausal- oder Verschuldenshaftung» gibt. Dann würde die Situation in bezug auf die Kritik an denjenigen, die heute Sparen verlangen und die sich schon immer gegen die Ueberladung des Staates zur Wehr gesetzt haben, auch im politischen Raume ganz anders aussehen. Ich möchte die Frage der politischen Verschuldenshaftung an dieser Stelle in aller Form aufwerfen. Sollen die Sparvorschläge nicht von jener Seite kommen, die das Fuder überladen haben? Einzelne unseres Rates haben sich während zu langer Zeit den Vorwurf gefallen lassen müssen, sie seien «reaktionär». Wenn man heute noch gleich «reaktionär» ist wie damals, gehört man nun aber plötzlich zu den Fortschrittlichsten! Das ist der Wandel der Dinge, den wir hinter uns haben.

Ich danke Herrn Hubacher, dass er sich für ein sachliches Gespräch über die Politik, nämlich über die Möglichkeiten des «Rückgangs» der Kragengrösse 50 auf Kragengrösse 46 geäußert hat. In einem solchen sachlichen Gespräch können wir uns nun nicht mehr um die Schaffung eines echten modernen Steuersystems herumdrücken, aber auch nicht um die Frage, welche Aufgaben unser moderner Leistungsstaat – wie sich Herr Hubacher ausgedrückt hat – in Zukunft noch im bisherigen, allenfalls in einem veränderten Umfange erfüllen kann. Damit komme ich nun auf einen Gesichtspunkt, der mir besonders zu denken gibt, wenn wir ein sachliches Gespräch in die Wege leiten wollen.

Herr Hubacher erwähnt – das steht ihm frei – die Motion Brunner; ich habe sie auch unterschrieben. Ich bin auch heute noch der Auffassung, dass die Ueberlegungen, die mit dieser Motion aufgeworfen worden sind (die Erheblichkeitsklärung wäre eine andere Frage), im Kerne einmal geklärt werden müssten. Aber was ist im politischen Raum dann geschehen? Hier stossen wir dann zu den Voraussetzungen des sachlichen Gesprächs über eine Neukonzeption der Bundesfinanzen vor. Da wurde und wird der immerhin von 100 Ratsmitgliedern (aus welchen Gründen, das bleibe dahingestellt) unterzeichneten Motion, bzw. diesen Unterzeichnern aus politischen Gründen – nicht aus sachlichen – aber sofort die «Schelle des Asozialismus» oder des asozialen Verhaltens umgehängt. Ich glaube, in

der Phase, in der sich der Bundeshaushalt heute befindet, können wir uns – namentlich in der Regierungskoalition – solche «Differenzierungen» und «Apostrophierungen» einfach nicht mehr leisten.

Ich nehme Herrn Hubacher in bezug auf das notwendige sachliche Gespräch gerne beim Wort. Wir werden dann sicher auch Lösungen finden, insbesondere weil die früheren «Reaktionäre» heute, wie gesagt, offenbar die Fortschrittlichen sind. Ich habe schon vor einiger Zeit den Bundesrat gebeten, da wir nun doch eine veränderte Situation haben, die während Jahren niemand haben und niemand voraussehen wollte, er möge einmal ein Leitbild einer redimensionierten Schweiz in Auftrag geben. Nicht einfach andere Gutachten! In dieser Beziehung haben Sie ja schon genügend Post erhalten.

Aber wir würden heute gerne einmal gewisse Ueberlegungen kennenlernen – man kann dazu vielleicht sogar Wissenschaftler brauchen –, wie das Leitbild einer redimensionierten Schweiz aussehen würde, die mindestens zur Konsolidierung unserer staatlichen Leistungen beitragen könnte. Ich bin nicht mehr so weit, den Bengel so hoch zu werfen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Innerhalb 20 Jahren hat sich das Bundesbudget (die Geldentwertung hat sich nämlich auch ausgewirkt) rund verzehnfacht. Aber wir müssen einmal sehen, wo der Standort der Schweiz in einer veränderten Umwelt liegt, und die Veränderungen unserer Umwelt sind wesentlich grösser, als man das bisher in verschiedenen Kreisen wahrhaben wollte. Ich bin auch nicht mehr sicher, ob die Politik fortgesetzt werden kann, wonach ein Erwerbstätiger in unserem schweizerischen Lebensraum für zwei noch nicht oder nicht mehr Erwerbstätige eingesetzt wird, oder ob nicht hier ein neuer Ansatzpunkt zu künftigen Konfliktsituationen liegt. Ich möchte insbesondere die älteren Politiker daran erinnern, dass wir in zwei Wochen vor 30 Jahren über die AHV und die neuen Wirtschaftsartikel als Verfassungsgrundlage abgestimmt haben. Der grosse Wurf der AHV bestand ja damals darin – und wir glaubten, das sei ein Fortschritt –, dass wir anstelle des Bedürfnisnachweises den Rechtsanspruch gesetzt haben. Heute wächst – das wird jeder, der noch Kontakt mit der Basis hat, ein Problem, das sich ebenfalls stellt – eine Generation heran, die war noch bereit, diesen Staat finanziell samt den Sozialleistungen finanziell zu tragen, die aber nicht sicher ist über die Frage: «Was schaut dann eigentlich eventuell für uns einmal noch heraus?» Hier liegt ein Problem, dem wir nicht ausweichen dürfen, weshalb wir gezwungen sind, uns auf eine sehr nüchterne und reale Position zurückzuziehen im Sinne der Ueberlegungen, wie sie Herr Hubacher dargelegt hat, er allerdings mit einer gewissen Scham in Richtung CVP! Doch mich dann hier zu integrieren, wird etwas schwierig sein. Aber das bleibt auf einem anderen Blatt geschrieben.

Wir werden dieses sachliche Gespräch also einleiten müssen, und dann werden wir vielleicht sehen, dass nicht alles, was in die Kragenweite 50 gepasst hat, in Zukunft noch gangbar sein wird. Ich möchte aber gleichzeitig erklären, dass man nicht wieder sofort mit dem Vorwurf kommen soll, das sei antisozial, antibürgerlich, antiöffentliches Verhalten usw. Es geht doch darum, in der Fiskalpolitik das Verhältnis zwischen Bürger und Vaterland aufrechtzuerhalten, um nicht ein weit schwierigeres Problem, nämlich das Problem zwischen Bürger und anonymem Staat, zu schaffen. Hier sollte auf jeden Fall die grundsätzliche Arbeit jeder politischen Auseinandersetzung in der nächsten Zeit beginnen, nicht in Beschuldigungen oder gar Verdächtigungen und Unterstellungen. Ich danke Ihnen.

Schmid Arthur: Ich möchte vorwiegend zum Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei sprechen, vorweg aber einige grundsätzliche Feststellungen machen. Ich bin überzeugt, dass wir um eine Neuordnung unseres Finanz- und Steuerrechts nicht herumkommen werden. Die Finanzlage des Bundes ist derart kritisch geworden, dass

wir unbedingt etwas unternehmen müssen, wenn unser Staat überhaupt noch seine wichtigsten Aufgaben wahrnehmen soll. Wenn die Korrektur der Entwicklung vor allem auf der Einnahmenseite gesucht werden muss, so deshalb, weil sich gar keine Möglichkeiten zu massiven Einsparungen anbieten, die nicht auf Kosten der schwachen und der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft gehen.

Herrn Eisenring möchte ich zu seiner Kragenweite-Theorie sagen, dass in dieser unserer Gesellschaft eben verschiedene Kragengrößen bereits verteilt worden sind und dass, wenn man hier generell eine kleinere Nummer vorschreibt, eben diesen schwachen und schwächsten Gliedern der Gesellschaft schlicht der «Schnauf» ausgeht. Es soll keineswegs der Geldverschleuderung das Wort geredet werden. Im Gegenteil, auch wir haben die Meinung, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und dass jede einzelne Aufgabe und jede einzelne Ausgabe genau überlegt sein wollen. Andererseits muss ich mit allem Nachdruck die Behauptungen und Unterstellungen zurückweisen, wonach die gegenwärtige Finanzmisere des Bundes durch eine unbegründete Ausgabeneuphorie des Parlaments bewirkt worden ist. Es sind zwei zentrale Gründe massgebend: Erstens hat der Zollabbau im Rahmen unserer Mitgliedschaft in der EFTA und unserer Verträge mit der EWG – den Gewichtszoll will ich nicht noch erwähnen – zu massiven Mindereinnahmen geführt und zweitens hat unser veraltetes Steuersystem in den Jahren der laufenden Teuerung und Inflation die schlechte Finanzlage des Bundes und der Kantone wesentlich provoziert. Während die Steuereinnahmen auf Einkommen beruhen, die oft mehrere Jahre zurückliegen, musste die öffentliche Hand ihre Ausgaben stets auf der aktuellen Preisbasis tätigen.

Breite Schichten unserer Bevölkerung sind auf einen leistungsfähigen Staat angewiesen, auch wenn sie das leider weitgehend noch nicht gemerkt haben. Einen armen Staat kann sich höchstens der wirtschaftlich Starke leisten.

Nach meiner Auffassung ist es daher unumgänglich, dem Bund mehr Einnahmen zu verschaffen. In diesem Zusammenhang drängt sich aus Ueberlegungen, die hier an diesem Pult schon verschiedentlich angestellt worden sind, der Uebergang zu einer sauber konzipierten Mehrwertsteuer auf. Weder die Sozialdemokratische Partei noch ich persönlich betrachten uns – offenbar im Gegensatz zu Herrn Eisenring – als spezielle Promotoren dieser Mehrwertsteuer. Wir wissen, dass die Mehrwertsteuer die wirtschaftlich Schwachen stärker treffen wird als die Begüterten, und wir wissen zudem, dass die Mehrwertsteuer die Unternehmungen entlasten wird. Andererseits bin ich überzeugt, dass die Mehrwertsteuer von den wirtschaftlich Schwachen weniger Opfer verlangt, als ihnen bei einem Abbau der Leistungsfähigkeit unseres Staates zugemutet werden wird. So betrachten wir die Mehrwertsteuer als das kleinere von zwei Uebeln.

Sie darf allerdings nicht als Freibrief verstanden werden in dem Sinne, dass wir jede Lösung eines Finanzpaketes akzeptieren werden, nur um schliesslich als einzige Partei für die Staatseinnahmen besorgt zu sein. Ich bin in diesem Zusammenhange froh, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz rechtzeitig sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass die Einführung der Mehrwertsteuer eine Reform und einen Ausgleich bei der direkten Steuergesetzgebung voraussetzt. Aus dieser Haltung heraus ist unsere Initiative zu verstehen. Diese Initiative verfolgt im wesentlichen drei Ziele, nämlich die Harmonisierung, eine stärkere Belastung der oberen Einkommen und eine Entlastung der finanziell schwächeren Steuerzahler als Ausgleich einer Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuer. Sie ist also im wesentlichen umfassender konzipiert, ich will das hier ganz deutlich sagen, als ihr etwas provokativer Titel vermuten liesse. Wir haben es als falsch und unüberdacht betrachtet, lediglich die Steuersätze zu erhöhen, weil damit das in der Schweiz schon bestehende Ungleichgewicht nur noch verstärkt worden wäre. Deshalb haben wir die Initiative so konzipiert, dass das Schwergewicht auf einer massvollen, aber ausreichenden Harmoni-

sierung beruht. In diesem Punkte geht die Initiative weiter als die Vorschläge des Bundesrates, die eigentlich keine sind, und als die bescheidenen Ansatzpunkte der Kommission. Wir begnügen uns nicht mit der formellen Harmonisierung und einigen vagen Grundsätzen, sondern wir versuchen auch, die Steuertarife entsprechend anzugleichen, ohne dadurch ein eidgenössisches Steuergesetz zu provozieren und die föderalistische Struktur unseres Staates auszuhöhlen. Die Angleichung der Steuertarife soll erst ab Einkommen von 100 000 Franken an mittels einer Anrechnungsteuer bewirkt werden. Wir haben also bewusst darauf verzichtet, auch in den oberen Steuerkategorien den Kantonen die Steuersätze aufzuzwingen; die Entscheidungsfreiheit der kantonalen Stimmbürger bleibt also gewahrt. Natürlich sind wir uns bewusst, dass durch die Einführung einer Anrechnungsteuer die Kantone dahin wirken werden, auf den von uns vorgesehenen Tarif zuzusteuern, um nicht Steuersubstrat an den Bund liefern zu müssen. Zudem ist klar, dass die Festsetzung von Mehrbelastungen für Einkommen ab 100 000 Franken auch Angleichungen bei den unteren Einkommen zur Folge haben werden. Das scheint mir aber eine vernünftige Lösung zu sein, weil sie endlich Ordnung in den Wirrwarr der verschiedenen Steuersysteme bringt, ohne dass damit verhindert wird, der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Kantonen in genügendem Masse Rechnung zu tragen. Mit der Anhebung der Steuersätze sind wir massvoll geblieben. Die Entlastung bei den unteren Einkommen scheint uns notwendig zu sein, wenn man die Mehrbelastung bei der Mehrwertsteuer überhaupt einigermaßen ausgleichen will. Wenn wir die Steuerpflicht bei der direkten Bundessteuer erst von 40 000 Franken an postulieren, so glauben wir, dass sich der dadurch provozierte Ausfall durch die Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer in der Grössenordnung von rund 3,5 Milliarden Franken durchaus rechtfertigen lässt. Zudem gibt die Ansetzung einer relativ hohen Freigrenze den Kantonen zusätzliche Möglichkeiten, ihre Steuergesetzgebung flexibel zu gestalten. Unser Vorschlag für die juristischen Personen wird selbst in der Botschaft des Bundesrates durchaus positiv bewertet, indem dadurch eine standortneutrale und eine wettbewerbsneutrale Besteuerung herbeigeführt werden kann. Wir glauben nicht, dass es sinnvoll ist, wenn letztlich die Steuergesetzgebung eines Kantons oder einer Gemeinde für die Standortwahl einer Unternehmung massgebend wird. Wir haben bei den juristischen Personen keinen Tarif festgelegt, weil er in die Gesetzgebung eingebaut werden soll. Von der gesetzlichen Ausgestaltung dieses Tarifs wird es übrigens am Schluss abhängen, welches finanzielle Ergebnis die Initiative bewirkt.

Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist durch das sogenannte Paket des Bundesrates keineswegs überholt worden. Der Kern des Volksbegehrens eine wirklich substantielle Steuerharmonisierung in die Wege zu leiten, wird weder vom Vorschlag des Bundesrates noch der Kommission in genügendem Masse berücksichtigt. Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Initiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Sie wird sich als der beste Garant zur Durchsetzung der Mehrwertsteuer erweisen.

M. Schläppy: MM. Bonnard, Biel et Bussey ont bien situé le cadre politique dans lequel il convient de placer le projet qui nous est soumis et qui, s'il n'était pas déformé, nous permettrait de le voter. D'un autre côté, nous avons remarqué les efforts accomplis par ceux de nos collègues qui acceptent d'entrer en matière comme M. Bonnard par exemple, alors qu'ils sont fédéralistes inconditionnels. Mais que penser de ceux qui, condamnant Ziegler pour sa félonie, son bradage de la patrie, ses chiffres, ses citations incomplètes ou erronées, s'engagent sur le même chemin en faussant des statistiques et en dénaturant les efforts acceptables de M. le conseiller fédéral Chevallaz, à un tel point que le projet en deviendra, et c'est un grave risque, si maigre et si squelettique qu'il ne restera qu'un

torchon facile à rejeter par le peuple en votation populaire. Si vous ne voulez pas de ce projet tel qu'il est, il faut dire non et ne plus faire croire au peuple, comme cela se fait si souvent, qu'on est pour, mais pas comme ça. C'est ainsi que toujours on a amené le peuple à voter non. Dès alors, je me bornerai à l'analyse technique de certains points de projet.

S'agissant de la TVA, nous avons rappelé que le Parti socialiste y est favorable, à condition que son introduction s'inscrive dans le cadre d'une réforme profonde du système fiscal suisse, ayant notamment en vue l'harmonisation, des allègements en faveur des petits et moyens contribuables et une plus forte imposition des gros revenus. Nous aurons l'occasion de démontrer que ces conditions ne sont pas entièrement satisfaites par le projet tel qu'il est sorti des délibérations de la commission.

En ce qui concerne la TVA prise pour elle-même, nous pouvons dire qu'elle correspond dans les grandes lignes à ce que nous avons demandé dans le cadre de la procédure de consultation sur le rapport Rohner. Entre le projet du Conseil fédéral et la réponse du Parti socialiste, je note les divergences et convergences suivantes. L'obligation pour les agriculteurs de remettre un décompte avait été suggéré pour fournir des statistiques utiles pour la politique agricole. Cela n'a pas été retenu. Il était prévu que seules les entreprises ayant un chiffre d'affaires de moins de 20 000 francs devaient être exemptées, tandis que le Conseil fédéral prévoit 30 000 francs. Ce n'est peut-être pas un grand mal. Les experts préoyaient l'imposition des transports de personnes mais le gouvernement donne suite à la proposition de ne pas les imposer car les transports publics auraient été plus fortement grevés que les transports privés. L'imposition des prestations des salons de coiffure et instituts de beauté n'était pas prévu par le rapport Rohner. Le gouvernement rétablit cette imposition. L'imposition des prestations des avocats, notaires, sociétés fiduciaires, experts-comptables, etc., n'est pas retenue.

Il était demandé que le taux ne figure pas dans la constitution alors que les maxima de 10 pour cent pour la TVA et de 14 pour cent pour l'impôt direct sous inscrits aux articles 41ter et 41quater. Nous n'obtenons pas satisfaction sur ce point. Une solution consisterait à fixer les taux dans les dispositions transitoires seulement et à les reprendre par la suite dans la législation d'application. Nous considérons que la TVA devrait être un élément de politique conjoncturelle. Le Conseil fédéral nous donne raison en proposant une flexibilité qui rendrait possible le passage de 10 à 11 pour cent du taux maximum de la TVA, mais la commission l'a exclu. Nous réclamions un taux particulièrement bas pour les produits de première nécessité; ce que nous avons avec le taux réduit de 3 pour cent, survivance de la liste franche.

Au sujet de l'impôt fédéral direct, le projet du Conseil fédéral va à la rencontre de l'initiative socialiste. L'exemption de l'impôt direct était prévue par le projet du Conseil fédéral pour des revenus de moins de 25 000 francs, alors que la commission ne propose qu'une libération que jusqu'à 18 000 francs, s'éloignant ainsi, encore, du projet.

Sous prétexte que les deux tiers des citoyens deviendraient des «Gratisbürger», c'est-à-dire des citoyens ne payant pas d'impôts, la limite a été ramenée de 25 000 à 18 000 francs. Or une telle attitude feint de méconnaître le rôle de l'impôt fédéral direct qui est celui d'un correctif aux impôts cantonaux et communaux, destiné à freiner la progression de la charge globale pour les petits revenus et à l'accentuer pour les plus gros.

En moyenne, en Suisse, un citoyen consacre, selon la statistique de la charge fiscale, 3,2 pour cent de son revenu aux impôts cantonaux et communaux s'il a 12 000 francs de revenus. A 14 000 francs, la charge grevant le produit de son travail était de 4,13 pour cent l'an dernier, à 16 000 francs, de 4,92 pour cent, à 20 000 francs, de 6,43 pour cent, et enfin à 25 000 francs, c'est-à-dire là où le Conseil fédéral entendait fixer la limite d'exonération de l'impôt

direct, la charge fiscale représente 8 pour cent du produit du travail.

Quand je demande à un contribuable neuchâtelois, en ma qualité de chef du Département des finances, de me verser 1440 francs d'impôts cantonaux et communaux sur un revenu de 20 000 francs, je n'ai pas le sentiment de m'adresser à un «Gratisbürger» même s'il ne devait plus payer d'impôt fédéral direct à l'avenir. Au moment où 3 milliards sont demandés aux contribuables au titre de la TVA, comment ose-t-on parler ainsi de citoyen exonérés d'impôts?

En ce qui concerne l'imposition des hauts revenus, nous notons qu'à 200 000 francs, les exigences de notre initiative sont satisfaites avec un taux de 10 pour cent. A 1 million, le taux n'est que de 13,2 pour cent alors que l'initiative prévoyait 14 pour cent. Nous n'obtiendrons donc avec le système proposé jamais les 14 pour cent. Nous reviendrons sur ce point dans le détail. Il est à noter que ce taux de 14 pour cent pourrait être atteint au niveau de 100 000 francs de revenu; mais ils sont taxés à 6,2 pour cent, le surplus seulement étant frappé à 14 pour cent.

L'article 41quater indique à son 3e alinéa, lettre c, que l'impôt sur le revenu des personnes physiques s'élève à 14 pour cent au plus, ce qui n'est pas possible avec le tarif proposé. Il faudrait ajouter une franche de 15 pour cent à partir de 125 000 francs pour obtenir les 14 pour cent indiqués à 880 000 francs. Avec 880 000 francs de revenu annuel, les 14 pour cent seraient atteints. En éliminant la flexibilité de l'impôt, la commission du Conseil national affaiblit ce projet. Pourtant cette flexibilité avait été admise par le peuple lors de la votation fédérale du 17 juin 1971, et elle nous avait rendu service en 1973. De même, elle avait été acceptée par 53 pour cent des citoyens en mars 1975 alors qu'elle constituait un élément de l'article conjoncturel. Nous nous réjouissons de la retrouver dans l'avant-projet du second article conjoncturel.

Nous partageons cependant l'avis du Conseil fédéral selon lequel l'harmonisation fiscale devra tout d'abord se limiter à un rapprochement des principes régissant l'imposition. Ce «tout d'abord» signifie donc qu'il y aura quelque chose de plus par la suite. Ce sera un départ et non un aboutissement.

Or, en incluant l'harmonisation dans le «paquet» alors qu'elle faisait l'objet d'un arrêté séparé dans le projet gouvernemental, la commission viole la règle de l'unité de la matière – des juristes reprendront certainement ce thème – et commet une erreur politique, car cet article pourrait être entraîné dans le rejet du «paquet», alors qu'il sera accepté à coup sûr en mars 1977 s'il est présenté séparément. Nous sommes persuadés que le peuple veut l'harmonisation fiscale, mais nous ne sommes pas tout à fait certain qu'il veuille la TVA. C'est pourquoi nous désirons faire figurer cet article sous lettre b, comme cela avait été prévu au début, pour éviter de nous exposer au risque de voir l'ensemble de ces mesures repoussées.

Si le principe de l'harmonisation fiscale est ainsi ancré dans la constitution, les partisans d'une harmonisation matérielle pourraient reprendre le combat après les succès d'estime remportés le 21 mars 1976 par une proposition extrémiste en la matière.

Je ne voudrais pas refroidir le moins du monde l'admiration que M. Corbat porte à l'action du chancelier allemand Schmidt, mais je dois lui dire que la comparaison qu'il a faite entre la politique d'économie du gouvernement allemand et celle que préconise la majorité de la commission du Conseil national n'est pas pertinente. En effet, les recettes fiscales en République fédérale d'Allemagne atteignent, y compris les contributions aux assurances sociales, 36 pour cent du PNB. Dans ces conditions, la stabilisation des dépenses a un tout autre sens qu'en Suisse, où cette proportion n'est que de 24 pour cent.

Quant à l'autonomie cantonale et communale fréquemment invoquée en matière fiscale, nous estimons qu'elle réside plus dans la possibilité donnée à 25 parlements et gouvernements cantonaux et à 3000 autorités communales

de gérer en toute liberté des montants de l'ordre de 28 milliards que dans la perpétuation de tarifs et de déductions sociales différents d'une commune à l'autre et d'un canton à l'autre.

Pour toutes ces raisons, nous ne pourrions que difficilement accepter le projet qui nous est soumis, à moins qu'il ne soit amélioré dans le sens d'un retour au projet du Conseil fédéral.

Baumann: Für die gastgewerblichen und touristischen Kreise der Schweiz ist die Unterstellung unter die Mehrwertsteuer existentiell. Deshalb beschäftigen sich diese Kreise derart intensiv mit diesem Problemkreis, und aus dem gleichen Grunde haben sie Stellung bezogen zum Bericht der Fachkommission, wie auch zur Botschaft des Bundesrates – wie Ihnen bekannt ist, ablehnend. Damit ist aber noch nicht gesagt, und ich möchte dies betonen, dass wir auch eine andere Lösung bekämpfen würden. Es ist also noch nichts verbaut. Man fordert ja immer von uns Politikern eine realistische Politik.

Weshalb haben Gastgewerbe und Tourismus zu den Vorschlägen nein gesagt? Es sind dies drei Gründe: Wettbewerbspolitische, regionalwirtschaftspolitische und strukturelle. Die wettbewerbspolitischen Gründe, die Limitierung des Umfangs der der Mehrwertsteuer unterstellten Bereiche führen in der Branche der gewerbmässigen Beherbergung und Verpflegung, also Hotellerie und Gastgewerbe, zu einer Wettbewerbsverzerrung. Ich will dies nur kurz erwähnen, und erst in der Detailberatung ausführlicher erläutern.

A. Die Parahotellerie, die heute rund die Hälfte der Übernachtungsfrequenz in der Schweiz ausmacht, soll der Mehrwertsteuer nicht unterstellt werden, die traditionelle Hotellerie dagegen zum normalen Satz. Wie steht es da mit der vielbesungenen Wettbewerbsneutralität der Mehrwertsteuer?

Jeder zweite Erwerbstätige nimmt heute im Durchschnitt mindestens eine Mahlzeit ausserhalb seines Haushaltes ein. Diese, die heute schon preislich eher benachteiligt sind, sollen noch mehr getroffen werden, indem ihr Konsum zum Normalsatz besteuert wird, derjenige des zu Hause Essenden dagegen zum reduzierten Steuersatz.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im Bereiche des Tourismus wird ernsthaft in Frage gestellt. Nicht einfach so sahen sich die gastgewerblichen Kreise zu einer nun schon zwei bis gegen drei Jahre dauernden Preisstabilität gezwungen, und nun sollen auf einen Schlag 10 Prozent mehr möglich sein? Das ist unmöglich. Wir konnten auch schon die Warenumsatzsteuererhöhung per 1. Oktober 1975 und die Erhöhung der Fiskalabgaben auf alkoholischen Getränken vom Jahr 1975 nicht überwälzen.

B. Die regionalwirtschaftspolitischen Gründe: Gastgewerbe und Tourismus spielen in den Regionen der Schweiz eine unterschiedliche Rolle. Aber gewisse Gebiete, vor allem durch die landschaftliche Schönheit bedingt, leben praktisch vom Tourismus und der Landwirtschaft, denen niemals wieder zahlreiche Nebenerwerbsmöglichkeiten geboten werden. Mit dem Investitionshilfegesetz haben wir diesen wirtschaftlich eher zurückgebliebenen Regionen zu helfen versucht, und nun nehmen wir es ihnen wieder, weil wir sie in der Konkurrenzfähigkeit einschränken.

C. Strukturpolitische Auswirkungen: Rund 40 Prozent der Beherbergungsbetriebe und rund zwei Drittel aller Restaurants beschäftigen weniger als vier Arbeitskräfte. Der Kleinbetrieb ist also absolut dominierend, und die Einführung der Mehrwertsteuer würde nicht zuletzt den administrativen Aufwand erheblich vergrössern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir uns heute und auch in Zukunft mit einem Personalmangel abfinden müssen, weshalb der Hotellerie und Gastwirt mit direkten betrieblichen Aufgaben schon überhäuft ist. Die Unterstellung des Gastgewerbes unter die Mehrwertsteuer würde wohl etliche der heutigen

Betriebsinhaber zur Aufgabe der Unternehmenstätigkeit zwingen.

Ein Letztes: Das Gastgewerbeangebot ist schon heute mit ausserordentlich hohen fiskalischen Abgaben belastet, höher als in anderen Wirtschaftsgruppen und als im Ausland. Ich erwähne nur: Biersteuer, Fiskalbelastung auf gebranntem Wasser zu Trinkzwecken bis zu 50 Prozent, Patentabgaben und Getränkeabgaben in einzelnen Kantonen sogar in der Verfassung verankert.

Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, dass dem Bund auch bei einer unechten Befreiung des gastgewerblichen Konsums über 350 Millionen Franken zufließen werden.

Die gastgewerblichen und touristischen Kreise können den Anträgen des Bundesrates bzw. der Kommission auf diesem Gebiete nicht zustimmen. Da mit einer unechten Befreiung vor allem die Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden können, werde ich in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Ich danke Ihnen zum voraus für Ihre Unterstützung.

Präsident: Auch ich möchte Herrn Baumann dafür danken, dass er als erster Sprecher heute morgen die Redezeit nicht voll ausgenützt hat.

M. Soldini: A la veille de l'important scrutin du 3 décembre 1972, les milieux que nous représentons n'avaient pas manqué de mettre en garde le corps électoral helvétique contre les suites qu'aurait pour lui le traité de libre-échange conclu par nos autorités avec la Communauté économique européenne. Voici ce que nous disions alors: «Le traité passé avec la CEE dépasse de beaucoup l'enjeu d'un accord commercial. C'est un engrenage qui étouffera progressivement tout ce qui fait le propre de notre Confédération. La suppression des droits de douane ne présentera aucun avantage pour l'ensemble de notre population. Au contraire, elle aura pour effet d'imposer une TVA copiée sur ce qui se fait dans les pays qui nous entourent: une TVA source d'inflation accrue et de complications administratives tracassières.»

Mais à fin 1972, en pleine euphorie conjoncturelle, il n'était pas bon de jouer les Cassandre. Nonobstant les avertissements de quelques milieux minoritaires, le peuple suisse accepta sans coup férir le projet que lui présenteraient le Conseil fédéral, la quasi-unanimité des Chambres, les partis politiques gouvernementaux comme les organisations patronales et ouvrières, les «mass media» et l'ensemble de la presse d'information. L'âge d'or économique et social ouvrait enfin ses bras à la douce Helvétie! Cependant, depuis tantôt trois ans que le traité est entré en vigueur, beaucoup de nos concitoyens ont dû constater que les illusions d'alors avaient fait place à une réalité décevante: l'inflation, tout d'abord, s'est développée à un rythme accéléré, devenant l'ennemi public n° 1 du peuple suisse et de ses autorités et créant des problèmes sociaux qui, malgré un certain tassement du phénomène au cours de ces derniers mois, sont loin d'être résolus. Puis la récession, en dépit des pronostics faits par les prophètes publics et privés, a fait son apparition à fin 1974, immédiatement après le rejet de l'initiative de l'Action nationale. Le chômage complet ou partiel s'est installé dans un pays qui comptait et qui compte encore des centaines de milliers de travailleurs étrangers. Nos industries d'exportation, malgré les facilités tarifaires dont elles bénéficiaient, ont vu leur activité réduite dans une notable mesure. La démobilitation des droits de douane, due à l'accord conclu avec la CEE, a engendré pour nos finances publiques une moins-value de 1 milliard de francs. Mais surtout, le consommateur de chez nous n'a vu venir aucune amélioration de son état de contribuable fédéral, cantonal et communal. En un mot, le fameux accord international de libre-échange conclu avec la CEE, que nos autorités avaient, avec un certain machiavélisme, fait endosser par le peuple suisse, s'est révélé inopérant. Et c'est sans doute pourquoi aujourd'hui, en bonne logique politique,

on demande à ce même peuple suisse de payer les pots cassés et d'accepter l'introduction d'une nouvelle mouture de l'impôt fédéral indirect. Alors, nous devons le dire tout net: nous ne marchons pas!

Nous ne marchons pas pour les raisons suivantes, qui semblent être d'ailleurs partagées par de larges milieux de notre ays.

1. Il ne fait aucun doute que la TVA provoquera une nouvelle hausse du coût de la vie, d'autant plus malvenue que, dans les circonstances actuelles, certaines branches de notre économie ne sont plus en mesure d'assurer la compensation de renchérissement. On peut même prévoir que la relance qui semble se dessiner n'englobera pas des secteurs tels que la construction, les textiles, la chaussure, les arts graphiques et même l'horlogerie, qui souffrent de déficiences structurelles. Une nouvelle poussée de l'inflation pourrait bien leur être fatale.

2. Pour l'ICHA, après le «oui» donné avec réticence par le corps électoral le 8 juin 1975, il était prévu trois taux d'imposition: 8,4 pour cent pour les ventes de gros, 5,6 pour cent pour les ventes de détail, 0 pour cent pour les marchandises de première nécessité faisant partie de la liste franche. D'autre part, seuls les biens de consommation étaient imposés.

La TVA, elle, avec un taux de 10 pour cent en général et de 3 pour cent pour les articles de consommation indispensables, s'attaquera non seulement aux biens, mais également aux services. C'est ainsi qu'on verra une augmentation notable des contribuables directs, dont le nombre passera de 90 000 à 150 000. Comme le nouveau système permettra aux grossistes et aux intermédiaires de récupérer le prélèvement retenu à l'origine et lors des opérations successives de vente, c'est bien le consommateur qui paiera la facture majorée sur les produits et les services assujettis à la nouvelle taxation. Comme la taxe à la valeur ajoutée fournira à elle seule un surplus de recettes de 3,4 milliards en 1978 et de 3,5 milliards en 1979, ce n'est pas la réduction prévue de 400 millions sur le produit de l'impôt fédéral direct de ces années-là qui permettra à la grande majorité des contribuables suisses d'apprécier les nouvelles mesures fédérales amenant un prélèvement de 3 milliards par an d'impôts supplémentaires.

3. Il est compréhensible que le Conseil fédéral tienne à la TVA, notamment pour enrayer le redoutable accroissement des déficits de la Confédération, puisque le rendement de la nouvelle taxe serait largement supérieur à celui de l'actuel ICHA. Hélas! une augmentation du déficit des caisses fédérales est de toute façon prévisible. Pour 1979, soit un an seulement après l'introduction très aléatoire de la nouvelle taxe à la valeur ajoutée, et dans le meilleur des cas d'une reprise sérieuse de l'activité économique dans notre pays, on évalue déjà le déficit de nos finances à plusieurs centaines de millions. Au-delà de ce qu'on peut admettre au titre de la relance, on voit bien que le financement des tâches dévolues à la Confédération se posera de manière toujours plus aiguë. Et il faudrait, peu de temps après la mise en vigueur du nouveau système, envisager de nouvelles hausses d'impôts comme vient d'ailleurs de le faire l'Autriche, notre partenaire de l'AELE, qui a augmenté de 4 pour cent le taux de sa taxe à la valeur ajoutée, après avoir introduit cette dernière en 1973.

4. En outre, la TVA, en imposant des prestations nouvelles au monde de la restauration, de l'hôtellerie et du tourisme va pénaliser des activités vitales de notre économie nationale. Elle risque de conduire des branches de notre industrie d'exportation, dont les recettes se montaient à 5,3 milliards en 1974, dans une impasse, aggravée encore par la survaleur du franc suisse qui devient fort peu concurrentiel pour notre tourisme national.

Je ne m'étendrai pas sur la discrimination qui frappera les produits viticoles par comparaison avec les produits agricoles. D'autres voix plus autorisées que la mienne ne manqueront pas de faire ressortir combien la Romandie,

région productrice, sera frappée par les nouvelles mesures envisagées.

Je veux terminer cette critique en mentionnant un dernier aspect négatif et important découlant de l'introduction de la TVA. La plupart des nouvelles assujetties sont des entreprises de petite et moyenne importance qui doivent travailler avec des marges supérieures à celles des grands distributeurs. Il en résultera une charge fiscale supplémentaire importante à laquelle viendra s'ajouter une charge administrative difficile à maîtriser. Car toutes les entreprises de l'artisanat et du commerce, dont l'appareil comptable actuel ne répond pas aux exigences de la TVA, seront particulièrement pénalisées. D'autre part, le contrôle de tout le système par les organes du Département des finances et des douanes nécessitera la mise en place d'un nouvel appareil bureaucratique fort peu souhaitable dans les circonstances actuelles. Le Conseil fédéral sera inévitablement amené à demander aux Chambres une sérieuse augmentation des quotas d'engagement de nouveaux fonctionnaires et un gonflement des effectifs fédéraux ira manifestement à l'encontre des mesures d'économie exigées par le peuple suisse lors des votations des 8 décembre 1974 et 8 juin 1975.

Pour toutes ces raisons, nous préconisons donc de renoncer à l'introduction du système de la taxe à la valeur ajoutée dans nos institutions financières et économiques, quitte pour le Conseil fédéral à procéder à un aménagement raisonnable de l'actuel ICHA.

C'est pourquoi, je me permets de vous demander de ne pas entrer en matière dans ce domaine de la réforme des finances et des impôts. Dans le cas contraire, et sans faire preuve d'un pessimisme exagéré, je ne pourrais que me montrer sceptique sur les chances d'une acceptation de la TVA par le peuple en mars 1977 et, paraphrasant les propos d'un homme d'Etat d'un pays voisin, récemment disparu, je vous souhaiterais d'ores et déjà bien du plaisir.

Rüegg: Man hat unserer Wirtschaft vorgeworfen, sie hätte in den Hochkonjunkturjahren, die hinter uns liegen, zu stark expandiert. Selbst von Regierungsseite wird immer wieder betont, dass es nun gelte, das richtige Mass wieder zu finden, und der Ausdruck «Redimensionierung» ist zum eigentlichen Schlagwort geworden.

Der Vorwurf ist im Rückblick berechtigt, denn der Glaube an ein ständiges Wachstum hatte nicht nur weite Kreise der Bevölkerung, sondern auch viele Verantwortliche der Wirtschaft erfasst. Die Konsequenzen dieser Wachstumseuphorie sind insbesondere für diejenigen Unternehmungen, die unbekümmert um die Kapitalbasis expandiert haben, ausserordentlich hart.

Die Wachstumseuphorie hat aber nicht nur Verzerrungen in der Struktur unserer Wirtschaft gebracht, die nun in der Rezession deutlich geworden sind, sondern sie hat auch den Staatsapparat in ungesundem Masse aufgebläht. Sie hat auch die Schwäche des Staates, sich antizyklisch zu verhalten, deutlich gemacht, denn wir sind nach Jahren der Hochkonjunktur und der überreichlichen Steuereingänge ohne Reserven in die Rezession hineingeschliddert. Wir haben in unserer Wirtschaft die Ermahnungen zum Masshalten, die heute von allen Seiten auf uns zukommen, sehr ernst genommen, und wir bemühen uns, auf der Ausgabenseite der Erfolgsrechnung kräftige Abstriche zu machen, weil auf der Einnahmenseite zurzeit keine oder nur unwesentliche Korrekturmöglichkeiten bestehen. Sie alle wissen, dass der hohe Schweizerfrankenkurs unserer Exportindustrie sehr zu schaffen macht und dass die veröffentlichten Exportziffern wenig aussagen über den Unternehmenserfolg, weil jedes Unternehmen à tout prix versucht, mühsam eroberte Märkte zu halten, und weil es auch bestrebt ist, Arbeitsplätze unter Einsatz von Reserven zu sichern. Sie kennen auch die gewaltigen Schwierigkeiten der Inlandindustrie, insbesondere der Bauindustrie. Auch einige Silberstreifen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die derzeitige Strukturkrise noch keineswegs bewältigt haben.

Wirtschaftslage und stagnierende oder gar rückläufige Bevölkerungszahlen gebieten uns, die in der Finanzplanung 1976 bis 1979 bezifferten Einnahmen sehr vorsichtig zu werten. Wir wären nicht erstaunt, wenn die prognostizierten Steuereingänge sogar noch wesentlich kleiner ausfallen würden. In dieser unsicheren Lage kommt der Verflachung des Ausgabenwachstums der öffentlichen Hand eine noch grössere Bedeutung zu als der Steuererhöhung, wenn wir gewillt sind, auf lange Sicht unseren Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Die Motion Weber-Altendorf scheint uns geeignet zu sein, diese Abflachung herbeizuführen, wobei es von sekundärer Bedeutung ist, ob das Bruttosozialprodukt das richtige Bezugselement ist oder ob es noch bessere Bezugselemente gäbe. Wichtig ist der Wille des Parlaments, dieses Suchen nach dem richtigen Mass, wie es zurzeit in der Privatwirtschaft getan wird, mit einem «time-lag» auch im Bund nun einzuleiten. Es ist einfach Demagogie, wenn Herr Hubacher die Forderung nach Verflachung des Ausgabenwachstums als Demontage des Sozialstaates bezeichnet. Wir wollen das Erreichte erhalten, können aber nicht verantworten, dass die Zuwachsraten der Ausgaben munter weiter steigen, ohne jede Rücksicht auf das veränderte Wirtschaftswachstum.

Wir haben auch Verständnis dafür, dass der Bund vermehrte Einnahmen braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen, und wir sind überzeugt, dass ein moderner Industriestaat ohne eine wirksame Verbrauchssteuer nicht auskommt. Wir begrüssen deshalb den geplanten Uebergang von der Umsatzsteuer zur Mehrwertsteuer, obwohl wir nicht verkennen, dass in der derzeitigen Situation, in der einer Ueberwälzung auf die Verbraucher enge Grenzen gesetzt sind, die Wirtschaft in erster Linie belastet wird. Ob unsere Wirtschaft die Satzsteigerung von rund 4 Prozent ohne Schwierigkeiten bewältigen kann, ist zumindest fraglich. Sollten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten andauern, so wäre eine so grosse zusätzliche Steuerlast nicht zu verantworten. Sowohl aus sachlichen Gründen wie auch mit Rücksicht auf die ernsthaften Befürchtungen des Gewerbes scheint uns deshalb eine leichte Reduktion des vorgesehenen Satzes von 10 Prozent als angebracht.

Sorgen macht uns auch die nach bundesrätlichem Vorschlag vorgesehene Erhöhung der direkten Bundessteuer. Der vorgesehene Steuertarif ist weder ausgewogen noch massvoll, indem ein grosser Teil der Bürger aus der Wehrsteuerpflicht entlassen wird, während die höheren Einkommen stark belastet werden. Gegen eine Tarifkorrektur im Sinne des Ausgleichs der Folgen der kalten Progression ist nichts einzuwenden. Wir wehren uns aber dagegen, dass die Freigrenze so angesetzt wird, dass eine immer grössere Zahl aus der Steuerpflicht entlassen wird. Die Schweiz geniesst zwar mancherorts den Ruf einer Steueroase, vorab in all denjenigen Ländern, in denen man langsam einzusehen beginnt, dass man die Steuerschraube nicht anziehen kann, ohne schwerwiegende volkswirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Diejenigen, die diese Mär noch glauben, kennen unser dreistufiges Steuersystem nicht, und sie lassen auch ausser acht, dass unser System der Altersvorsorge bedeutende Steuerelemente enthält. Sie kennen auch offensichtlich die jüngste Entwicklung in den Kantonen nicht, in denen man sich, beispielsweise im Kanton Zürich, sehr stark den Reichtumssteuervorstellungen der Sozialdemokraten angepasst hat.

Wir haben uns zwar damit abgefunden, dass direkte und indirekte Bundessteuern als siamesische Zwillinge behandelt werden und dass es in diesem Parlament unmöglich erscheint, eine Trennung, die sachlich absolut gerechtfertigt wäre, vorzunehmen. Gerade bei der direkten Bundessteuer würde sich aber eine Zurückhaltung mit Rücksicht auf die Kantone geradezu aufdrängen.

In meiner Heimatgemeinde Rüti im Zürcher Oberland bezahlt man in der höchsten Progression schon heute über 50 Prozent Steuern. Sie würden bei dem vom Bundesrat in Aussicht genommenen Wehrsteuertarif auf über 55 Prozent ansteigen. Viele Oberländer Gemeinden sind in der glei-

chen Lage, und sie werden sogar gezwungen sein, die Gemeindesteuern in den nächsten Jahren noch zu erhöhen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ich nenne Ihnen diese Zahlen nicht, um Ihnen anzukündigen, dass die grossen Steuerzahler demnächst an das rechte Seeufer, nach Zug oder nach Altdorf abwandern werden. Wir gehen auch nicht nach Vaduz, wie uns Herr Kollega Schatz bei der Behandlung der Vorlage über die Verhinderung der Steuerhinterziehung empfohlen hat. Dazu ist uns das Zürcher Oberland – bildlich gesprochen – zu teuer! Die Zahlen zeigen Ihnen aber recht drastisch, dass wir in einzelnen Regionen bestimmter Kantone an einer oberen Grenze angelangt sind und dass sich auch hier an der bundesrätlichen Vorlage Korrekturen nach unten aufdrängen.

Wenn wir übertreiben, ändern wir die Struktur unserer Wirtschaft, indem wir Familiengesellschaften und Gewerbebetriebe langsam aber sicher zerstören, weil das Kapital für Investitionen fehlt.

Wir erkennen unsere staatsbürgerliche Verantwortung, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, und wir sind bereit, Hand zu bieten. Wir möchten aber die an die Wirtschaft gerichteten Mahnungen, das richtige Mass zu finden, an die Regierung zurückgeben, in der Hoffnung, ebensoviel Verständnis zu finden.

Unseres Erachtens hat der Bundesrat seine Sparübungen bis heute zu wenig klar artikuliert, und er hat sowohl bei der Mehrwertsteuer wie bei der direkten Bundessteuer das Ziel zu hoch gesteckt, so dass eine Reduktion durch das Parlament sich geradezu aufdrängt.

M. de Chastonay: Une chose est de créer des lois qui apportent au ménage fédéral des recettes fiscales supplémentaires, une autre chose est de faire en sorte que ces lois soient agréées et acceptées par le peuple et les cantons. Et dans ce débat sur la réforme de la fiscalité fédérale, nous aimerions brièvement faire part de quelques considérations.

En situation de déficit du compte financier il existe, croyons-nous, deux sortes de remèdes fort différents l'un de l'autre pour tâcher de ramener une situation équilibrée: la réduction des dépenses ainsi qu'un frein aux augmentations des dépenses, d'une part et, d'autre part, l'augmentation des recettes.

Le projet de nouveaux articles constitutionnels tel qu'il est soumis à notre discussion se borne à nous proposer une augmentation des recettes fiscales. Nous devons constater que l'on n'a pas pu ou pas voulu traiter, contemporanément à l'augmentation des impôts fédéraux, la question concrète de la réduction des dépenses ou du frein à l'augmentation des dépenses, de manière que le contribuable, à qui l'on a suffisamment répété, ces derniers temps, que la TVA en son taux de 10 pour cent ne pouvait de toute façon pas équilibrer les comptes, soit véritablement mis en condition d'accepter le paquet fiscal qu'on entend lui soumettre. Or augmenter les impôts sans en même temps démontrer clairement notre volonté de limiter concrètement les dépenses dans le cadre d'un programme dûment préétabli et discuté, ne prédispose guère les citoyens et les citoyennes de ce pays à suivre les propositions de leurs représentants. Nous regrettons, d'ailleurs, que le rapport des cinq experts commis par le Conseil fédéral n'ait pas pu être déposé et discuté dans le cadre des débats de ce jour. Nous regrettons aussi que la commission parlementaire n'ait pas pu procéder à l'étude concrète du frein aux dépenses, sur la base de propositions précises du Conseil fédéral, et nous regrettons enfin qu'elle ait dû se contenter du simple dépôt d'une motion relative au plan financier 1977-1979.

Les projets législatifs constitutionnels que l'on nous présente aujourd'hui instituent, en matière de taxe à la valeur ajoutée, une fiscalité frappant directement la consommation lors même que cette consommation est en baisse sur le plan intérieur helvète. Cela nous incite à nous demander si le souci légitime de procurer de nouvelles recettes doit vraiment passer par une fiscalité grevant, malgré les

pseudo-exemptions dont le rapporteur de langue française nous a fait part tout à l'heure, l'artisanat, le tourisme et les branches économiques qui se sont révélées et montrées les plus sensibles aux défaillances conjoncturelles actuelles. Cela nous incite aussi à nous demander si l'appât d'une nouvelle répartition plus avantageuse de la péréquation intercantonale, dans laquelle la Confédération abandonne quelque 320 millions de francs, sera suffisant pour compenser tous les aléas centralisateurs qu'une harmonisation trop matérielle de la fiscalité fait subir aux autonomies cantonales déjà passablement malmenées ces dernières années.

Pour en venir au projet fiscal de valeur ajoutée, on peut se poser la question de savoir s'il n'y avait pas d'autres solutions aux maux financiers dont la Confédération souffre. Par exemple, dans des possibilités d'augmentations appropriées du taux de l'ICHA; par exemple, aussi, dans le remplacement des droits de douane au poids par des droits de douane *ad valorem*, en plus du frein à l'augmentation des dépenses mentionné tout à l'heure et que tous ou presque, ici, s'entendent à préconiser. D'ores et déjà, Monsieur le conseiller fédéral, nous vous remercions pour la réponse que vous voudrez bien donner à nos questions en ce très vaste projet de législation qui ne paraît pas rencontrer, dans son principe, ici, des oppositions fondamentales.

On en vient tout simplement à souhaiter et espérer que ce projet rencontrera également, en temps voulu, l'agrément du peuple et des cantons.

Oehen: Wir unterstützen den Nichteintretensantrag, dies deshalb, weil diese Vorlage keine Lösung unserer Probleme bringt und nur schwerwiegende Ungerechtigkeiten schafft. Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren die Regierungsparteien gebeten, der Entwicklung nicht weiter den Lauf zu lassen, sondern durch mutige Grundsatzzbeschlüsse ein harmonisches Verhältnis zwischen Anforderungen an den Staat und seinen langfristigen Möglichkeiten anzustreben. Mit Hoffnungen haben wir deshalb die Voten der Herren Hubacher und Eisenring zur Kenntnis genommen. Wir legen grossen Wert auf ein echtes, fruchtbares Gespräch zwischen den Regierungsparteien. Herr Schmid liess zwar sofort wieder einen unsichtbaren Vorhang herunter, und die Erinnerung an den Fall Brunner droht diese Hoffnung wieder zu knicken.

Die breite Koalition in unserem Staate sollte immerhin verhindern, dass auch hier eines Tages, wie dies gegenwärtig in Wien der Fall ist, Plakate hängen mit dem Text: «Wo Sozialdemokraten herrschen, kreist der Pleitegeier» und – von der Gegenseite –: «OeVP nörgelt, SP arbeitet». Sonst wäre es allerdings besser, wenn möglichst rasch klarere Regierungsverhältnisse geschaffen würden. Wenn wir den Katalog der Aufwendungen durchkämmen und dabei das bloss Wünschbare vom Notwendigen trennen, wenn wir sodann eine sich anbietende ergiebige Beitragsquelle nutzbar machen, wie etwa eine angemessene Belastung des Lastwagenverkehrs, so sollte und muss es möglich sein, den verbleibenden Rest eines angemessenen staatlichen Aufwandes mit einem mässigen Zuschlag zur direkten Steuer so zu decken, dass alle hierzu etwas beitragen. Daneben liesse sich die bewährte Warenumsatzsteuer durch Umwandlung in eine Einphasensteuer auf Detailstufe, also unter Weglassung des Engros-Satzes, nicht nur vereinfachen, sondern auch ertragreicher gestalten. Sie würde übrigens damit – laut Bericht Rohner – auch wettbewerbsneutral. Jetzt aber sollen nach Meinung breiter Kreise alle Probleme über die Einführung der Mehrwertsteuer gelöst werden, obwohl wir genau wissen, dass schon kurz nach deren Einführung die vorgeschlagenen Sätze wieder erhöht werden müssen, sollen wir nicht schon am Ende des Jahrzehnts wiederum massiv in den roten Zahlen stecken. Die Tatsache, dass man im gleichen Atemzug zwar über die Mehrwertsteuer vermehrte Mittel beschaffen will, gleichzeitig aber grosse Mittel über Zugeständnisse an die Exportwirtschaft und zulasten der direk-

ten Bundessteuer an Kantone und kleinere Steuerzahler aufgibt, zeigt deutlich, dass die Vorlage eher das Ergebnis einer kleinlichen Marktereier als einer grundsätzlichen Neu-besinnung ist. Dies zeigen übrigens auch die rund 30 unterbreiteten Abänderungsanträge.

Aus den verschiedensten Gründen lehnen wir insbesondere die Mehrwertsteuer ab. Sie bringt eine unzumutbare administrative Belastung zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe und eine erneute Vergrösserung des Beamtenapparates. Die Auslösung eines massiven Inflationsschubes ist unvermeidlich. Die klare Bevorzugung der Exportindustrie mit zwangsläufiger weiterer internationaler Verflechtung ist unbestritten. Dieser Effekt widerspricht aber der Verpflichtung zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit. Die Mehrwertsteuer ist wachstumsorientiert und damit falsch in bezug auf die Notwendigkeit, eine Wirtschaft im Gleichgewicht zu entwickeln. Die Mehrwertsteuer unter schweizerischen Voraussetzungen ist als konjunkturpolitisches Steuerungsinstrument untauglich. Ein neukonzipiertes Steuersystem sollte nach den Erfahrungen der letzten 25 Jahre dieser Anforderung aber unbedingt genügen.

Noch kurz zu einigen anderen Gesichtspunkten: Konsumsteuern, richtig konzipiert, erfüllen zwar alle Voraussetzungen eines guten Steuersystems, z. B. hinsichtlich Erhebungswirtschaftlichkeit, Ertragskraft und gerechte Lastenverteilung; wer mehr verbraucht, zahlt mehr. Die Sparquote bleibt – im Gegensatz zur Einkommenssteuer – unbelastet. Es werden alle Schichten zur Lastentragung herangezogen, auch solche, die sich sonst mit dem Stimmzettel von direkten Steuern freihalten; die Belastung nimmt – wie die Verbrauchsstatistiken beweisen – nach oben ebenfalls zu, wie bei den direkten Steuern. Die Verbrauchssteuer fördert zudem eine antizyklische Finanzpolitik der Regierung, denn sie ergibt in der Konjunktur Mehrerträge, die – sofern vernünftigerweise teilweise gehortet – in der Depression eingesetzt werden können. Aber alle diese Vorzüge kann die indirekte Steuer nur im System der freien Marktwirtschaft entwickeln; zu diesem System gehört eben auch der freie Arbeitsmarkt und zum freien Arbeitsmarkt die Flexibilität der Löhne und Gehälter.

Die Vorlage des Bundesrates lässt nun aber nicht den geringsten Zweifel daran bestehen, dass die vermehrte Konsumbesteuerung gänzlich in den Index eingehen und über den Teuerungsausgleich der grossen Mehrheit der Erwerbstätigen voll rückerstattet werden müsste. Es ist nun nicht nur so, dass sich Indexlohn und hohe Konsumbesteuerung schlecht vertragen; wenn man Sinn und Wesen einer Steuer dahin definiert, die Lasten des Staates nach allgemeingültigen Kriterien der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die Bevölkerung gleichmässig und gerecht zu verteilen, muss man feststellen, dass die vorgeschlagene Mehrwertsteuer gar keine Steuer mehr ist, sondern allenfalls höchstens eine Sonderabgabe für Individualsparer und jene Selbständigerwerbenden, welche die Teuerung nicht voll weitergeben können. Zur Hauptsache ist die Mehrwertsteuer der Versuch, den Staat als Inflationsgewinnler neben die Wirtschaft treten zu lassen, also nicht etwa an die Stelle der Wirtschaft, was noch irgendwie annehmbar wäre, und auf diese denkbar ungerechte Weise zulasten des kleinen Sparkapitals – durch dessen beschleunigten Abbau – die Löcher in der Staatskasse zu stopfen. Dieses in höchstem Masse klägliche Ergebnis der vorgeschlagenen Finanzreform wird in keiner Weise verschönert durch die Befreiung eines grossen Teiles der Steuerpflichtigen von der direkten Bundessteuer.

In einer Zeit, in der verantwortungsbewusste Ökonomen beginnen, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die zunehmend kritisierte ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen verbessern könnte, und dabei feststellen müssen, dass es nicht ohne irgendeine Form des Zwangssparens geht, können wir es uns nicht leisten, einen überdimensionierten Staatshaushalt kurzerhand über Inflation und die damit verbundene Auszehrerung des Sparkapitals zu finanzieren. Ein solcher Versuch kann ebenso wenig unsere Zustimmung finden wie die aus staatspoliti-

schen Gründen bedenkliche Tendenz, immer weitere Kreise von der Deckung der Ausgaben auszunehmen, letztlich bis zu jener Mehrheit, die mit dem Gewicht ihrer Stimmkraft darüber befindet, was der Staat an Aufwendungen zu leisten hat.

Die vom Bundesrat geforderte Ersetzung der Warenumsatzsteuer durch eine Mehrwertsteuer hat in Kreisen der Wirtschaft nicht umsonst lebhaft Zustimmung gefunden. Die neue Steuer würde alle Aufwendungen für Investitionen und Betriebsmittel, die bisher ebenfalls der WUST unterlagen, von solcher Besteuerung ausnehmen. Es handelt sich um rund 20 Milliarden pro Jahr. Man betont, es werde damit ein Wettbewerbsnachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz beseitigt, die mit nicht steuerbelasteten Anlagen fabriziere. Das trifft zweifellos zu; doch wurde dieser Nachteil schon bisher mehrfach wettgemacht durch die spezifischen Standortvorteile unserer Industrie, wie insbesondere den Vorteil niedrigerer Kapitalkosten oder niedrigerer direkter Steuern.

Durch den hohen Frankenkurs verbilligte Importe haben uns im vergangenen Jahr eine niedrige Teuerungsrate beschert. Das sollte uns nicht dazu verführen, den glücklichen Zufall zum Anlass für eine neue Flucht in die Inflation zu nehmen. Eine Mehrwertsteuer nach dem unterbreiteten Vorschlag wird von einem Teil der Landesregierung wohl vor allem deshalb begrüsst, weil damit unsere völlige Integrierung in die internationalen Organisationen vorbereitet werden soll. Auch dieses Ziel ist es nicht wert, dass wir seinetwegen den Schwachen unseres Volkes unzumutbare Einbussen an Lebensqualität und mit unausweichlichen baldigen Steuersatzerhöhungen die völlige Verarmung auferlegen, die diese Kreise zur Radikalisierung bringen müssten. Noch gibt es zahlreiche bessere und anständigere Finanzierungsmöglichkeiten für den Bund, als die inflationsträchtige Mehrwertsteuer. Es liesse sich die bewährte WUST ganz erheblich vereinfachen und verbessern. Das soll übrigens der Geheimtip der Sachverständigen in der Finanzverwaltung sein: Abschaffung des Engros-Satzes bei der WUST, Aenderung der WUST in die äusserst einfache und wettbewerbsneutrale Einphasensteuer auf der Detailstufe.

Ein Rückblick auf die Geschichte der Währungen und ihres Zerfalls lässt erkennen, dass noch nie eine Inflation einem Volk ermöglicht hat, längere Zeit über seine Verhältnisse zu leben; stets aber markierte eine Inflation die Abschwungphase nach sozialer Evolution, begleitet und gekennzeichnet durch zunehmende gesellschaftliche Spannungen, durch politische und steuerliche Bedrückung der Schwächsten. Diesen Weg aber sollten wir nicht einschlagen. Ich empfehle Ihnen deshalb, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Pedrazzini: Con il messaggio del marzo 1976 il Consiglio federale propone all'Assemblea federale l'esame di un nuovo regime costituzionale delle finanze.

Il titolo è errato: si tratta né più né meno di un nuovo regime fiscale che concerne solo il reperimento di entrate tralasciando di esaminare il complesso finanziario che comprende anche le uscite.

I due decreti federali che scaturiscono dal messaggio saranno sottoposti al voto dei Cantoni e del popolo.

Dichiarando a priori che voterò l'entrata in materia, ritengo doveroso esprimere qualche considerazione.

Si è recentemente persa quella fiducia che era una delle caratteristiche, fino a qualche anno fa, della nostra democrazia: in questa sala i rappresentanti del popolo aderiscono a maggioranza qualificata alle proposte che il Consiglio federale sottopone; assistono poi a votazioni popolari caratterizzate dalla indifferenza e dall'assenteismo e decise in senso contrario alle raccomandazioni del Consiglio federale e del parlamento.

È lecito chiedersi quale grado di credibilità le nostre decisioni, onorevoli Signori, ancora incontrino alla base.

Nell'esame del messaggio e dei relativi decreti – già oggi si pensa che incontreranno gravi difficoltà nella approva-

zione popolare – vale la pena rilevare che si tratta della necessità di riequilibrare le finanze della Confederazione, che sono state deteriorate non solo dalla spirale ascendente della congiuntura ma anche dai forti investimenti proposti dal Consiglio federale e votati dall'assemblea per il cosiddetto «rilancio economico».

Osservo che questi crediti sono stati in gran parte riconosciuti al settore terziario – che non produce e che procurerà pesanti spese ricorrenti. Oggi il 44 per cento del valore annuo della nostra produzione nazionale è destinato al settore pubblico, nel 1970 era il 34 per cento.

Osservo inoltre che con il finanziamento di questi crediti già si è cominciato a spendere il prodotto della futura imposta sul valore aggiunto.

È opportuno quindi chiedersi se parte della accennata crisi di sfiducia non provenga da una autoisolazione governativa e nel caso concreto dal fatto che al cittadino si chiede di fornire i mezzi per finanziare degli investimenti dei quali, forse in parte, non approvava né la necessità né l'esecuzione.

E pur constatando questa frattura – che dovrebbe essere nota – il messaggio erroneamente non ritiene utile indicare, a parte qualche accenno generico, in che modo sarà posto un freno alle spese: ciò per tranquillizzare e rendere co-responsabile la pubblica opinione del futuro sviluppo delle finanze federali.

Mi chiedo e chiedo a voi, onorevoli Colleghi, se al momento attuale sia ancora lecito ignorare in un programma d'investimenti l'opinione degli elettori – occorre, Signore e Signori, ripristinare il rispetto della volontà popolare – e se non sarebbe stato opportuno, allo scopo di responsabilizzare la democrazia, sottoporre le proposte del nuovo regime finanziario assieme ad una indicazione della utilizzazione del prodotto della IVA e della revisione della imposta federale diretta.

È un problema di principio che né il nostro Parlamento né il Consiglio federale potranno tralasciare di esaminare in avvenire.

Occorre pure rendersi conto dell'influsso che avrà l'introduzione della IVA sugli indici del rincaro generale e dunque sulla accelerazione della spirale dei prezzi e quindi degli stipendi e in quale grado sarà accresciuta la difficoltà d'investimento del settore privato a seguito della eccessiva progressione della percentuale dell'imposta federale diretta, unita all'esonero dei redditi inferiori, che sembra essere una captatio benevolentiae a favore del successo dell'IVA.

Per non essere frainteso preciso di non essere favorevole all'esonero solo nel senso di «esonero totale» e non della possibilità di una riduzione nei confronti dell'attuale limite percentuale.

A tale proposito, onorevoli colleghi, considero l'imposta federale diretta non solo una tassa dovuta ma, elevandone il senso oltre quello finanziario, un contributo alla edificazione del Paese.

Schalcher: Nach dem auf die Regierungsrichtlinien abgestützten Finanzplan des Bundes wird davon ausgegangen, dass die Ausgaben von 10 Milliarden im Jahre 1972 auf 20 Milliarden im Jahre 1979 ansteigen werden, also was in über 100 Jahren langsam gewachsen ist, soll sich in sieben Jahren verdoppeln! – und darnach versucht man, die Einnahmen zu beschaffen. Ist das richtig? Sind diese Ausgaben ein derartiger Fixpunkt, dass daran nicht gerüttelt werden kann? Können wir das mit gutem Gewissen behaupten? Ich glaube nicht. Schon der rasante Anstieg der Ausgaben während der Ueberkonjunktur muss uns stutzig machen, betrug er doch Jahr für Jahr rund 1,5 Milliarden Franken. Das zeigt – und wir müssen das zugeben –, dass in der Ueberkonjunktur vieles mit der grossen Kelle angeordnet worden ist, das jetzt in den mageren Jahren unbedingt auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden muss, bevor wir dem Volk neue Lasten zumuten dürfen. Ist das in genügendem Masse geschehen? Wir haben einiges versucht, mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1974, mit

dem Bundesbeschluss vom 31. Januar 1975 und mit dem Voranschlag 1975. Aber genügt das? Können wir dem Volk, wenn wir vor ihm diese Vorlage vertreten müssen, mit gutem Gewissen erklären, es sei in bezug auf die Reduktion der Ausgaben alles gemacht worden, was möglich sei? Dürfen wir beispielsweise sagen, wie wir das immer wieder tun, es handle sich eben um gebundene Ausgaben, da sei nichts zu machen? Ich glaube nicht, dass das bei der Ueberprüfung der Ausgaben eine absolute Barriere sein kann, denn auch hier wurde in der Ueberkonjunktur – man hatte ja das Geld! – reichlich oft mit der grossen Kelle angerichtet. Wir müssen uns meiner festen Ueberzeugung nach wirklich der Mühe unterziehen, sei es selbst oder durch einen Beauftragten für Sparmassnahmen, wie ich ihn hier schon wiederholt gefordert habe – von der Verwaltung selber können wir das nicht in genügendem Masse erwarten –, alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Angebrachtheit zu durchleuchten. Erst dann können und dürfen wir dem Volk sagen, es sei alles geschehen. Beiläufig gesagt könnten wir selbst auch noch sparen, z. B. bei den Presseschaubroschüren des Dokumentationsdienstes der Bundesversammlung, die niemand liest (wir haben in dieser Session bis jetzt 11 Stück erhalten).

Wir müssen uns im klaren darüber sein – man kann das nicht genug betonen –, dass wir bezüglich Steuern, Abgaben und Belastungen an der oberen Grenze angekommen sind. Das Volk merkt das durch die Steuerzettel, wohl noch nie wie dieses Jahr, und andererseits sieht der Bürger fast täglich, wie auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte, bei Gemeinden, Kantonen und Bund, noch zu wenig gespart wird, Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, der Ernst der Zeit noch nicht erkannt ist. In dieser Situation werden wir die Vorlage im Volke nur durchbringen, wenn wir ihm den Nachweis erbringen können, dass wir wirklich alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit durchleuchtet haben, mehr als wir das bisher taten. Da das nur ein unabhängiger Aussenstehender tun kann, erhebe ich erneut meine Forderung auf Einsetzung eines solch unabhängigen Sparbeauftragten.

Zur Sache selbst wäre ich der Meinung gewesen, die komplizierte Mehrwertsteuer noch möglichst lange hinauszuschieben und eher die Ansätze der einfacheren Umsatzsteuer etwas anzuheben. Ich befürchte in ihrem Gefolge eine erneute starke Aufblähung des Verwaltungsapparates und eine erneute starke Belastung der privaten Wirtschaft, denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir ein Veredelungsland par excellence sind und daher nicht einfach mit dem Ausland vergleichen können. Wenn aber schon der Schritt von der Umsatzsteuer zur umfassenden Mehrwertsteuer unvermeidlich schien, dann hätte meiner Meinung nach dieser Vollausbau der indirekten Steuern zugunsten des Bundes gleichzeitig mit der Rückgabe der direkten Steuern an die Kantone und einer entsprechenden Neuausscheidung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen verbunden werden müssen, wie das früher immer gesagt wurde. Was macht man statt dessen? Um dem Volk ein Zückerchen zu geben, dass es die weit belastendere Mehrwertsteuer schlucke, entlastet man die Hälfte der Steuerzahler von der Wehrsteuer. Das betrachte ich als einen schweren Verstoß gegen die Steuergerechtigkeit. Wenn man soweit ist in einem Staat, dass man die Hälfte der Steuerzahler von Steuern befreit, dann sollte man diese Steuern aus Gründen der Gleichbehandlung und der Steuergerechtigkeit überhaupt aufheben. Es ist auch staatspolitisch grundsätzlich falsch, immer grössere steuerbefreite Kreise zu schaffen, die vom Staat nur noch fordern können, ohne selbst etwas leisten zu müssen. Eine Steuer soll der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen angepasst sein, aber grundsätzlich alle erfassen.

Das sind die Gründe, warum ich der Vorlage recht skeptisch gegenüberstehe. Wir kennen die Stimmung im Volk. Sie hat sich mit ausgewirkt bei der Ablehnung des Raumplanungsgesetzes, die wir allerdings weitgehend selbst verschuldet haben, wurde doch das unnötigerweise über-

ladene, mit gewagten Experimenten gespickte und mit zu grosser und zu wenig kontrollierbarer Macht von Planern und Verwaltung versehene Gesetz hier im Rat durchgepeitscht, ohne auf Warnungen zu hören. Ich bin selbst damals nur abgeputzt worden. Die Stimmung im Volk ist gegen neue Steuern; mit Recht, denn wir sind – wie gesagt – an oberen Grenzen angelangt, und wenn es dem Bürger nicht mehr reicht, kann er auch nicht einfach das Geld irgendwo nehmen, sondern er muss seine Ausgaben einschränken. Ich bin überzeugt, dass wir diese Vorlage in der Volksabstimmung nicht durchbringen, wenn wir nicht vorher die Ausgaben im geschilderten Sinne ernstlich, restlos und wirklich auf ihre Notwendigkeit überprüfen und durchleuchten. Eine Verdoppelung der Ausgaben innert sieben Jahren, von der der Finanzplan ausgeht, darf nicht passieren, und darauf ausgerichtete Steuern wird das Volk nicht schlucken.

Zum Schluss, um nicht bei der von Ihnen, Herr Hubacher, beklagten verbalen Erklärung stehen zu bleiben, erkläre ich mich – wenn offiziell nichts anderes vorgekehrt wird – bereit, in einer ad hoc zu bildenden Arbeitsgruppe zur Ueberprüfung der Bundesausgaben mitzumachen; auch mit Ihnen, Herr Hubacher. Vielleicht erfordert der Ernst der Stunde eine solch aussergewöhnliche Tat. Dem Volk nur neue Steuern zumuten, wie es diese Vorlage tut, können und dürfen wir nicht. Zu allererst müssen wir die Ausgaben bereinigen. Entweder wir tun das von uns aus, oder das Volk wird es uns in der Abstimmung zeigen. Darum herum kommen wir nicht.

Augsburger: Wir haben in den letzten Jahren Uebung darin bekommen, dem Stimmbürger plausibel zu machen, dass der Bund zur Erfüllung seiner Aufgaben mehr Mittel braucht. Wenn unseren Anstrengungen im ersten Anlauf kein Erfolg beschieden war, dann hat das Volk später doch ja gesagt. Diese Uebung lässt sich nicht beliebig wiederholen, und es ist an der Zeit, zu einer definitiven Finanzordnung des Bundes zu kommen. Damit ist bereits gesagt, dass eine Neuordnung nicht akzeptabel wäre, die uns wohl aus momentanen Schwierigkeiten heraushelfen könnte, die sich aber schon in diesem Jahrzehnt als ungenügend erweisen würde und erneut in rote Zahlen führen müsste. Da die Einnahmen der öffentlichen Hand und damit auch des Bundes nicht beliebig vermehrbar sind, gilt es, einer sparsamen Haushaltführung und einem Masshalten bei der Inangriffnahme neuer Aufgaben das Wort zu reden. Das hat mit Demontage des Sozialstaates Schweiz nichts zu tun; im Gegenteil, die Konsolidierung des Erreichten wird nur möglich sein, wenn uns das Volk bezüglich neuer Einnahmen nicht im Stiche lässt.

Für mich enthält das Finanzpaket drei kritische Punkte:

Als ersten möchte ich die Entlastung bei der direkten Bundessteuer erwähnen. Die Beseitigung der kalten Progression geht sicher in Ordnung. Doch darf man meines Erachtens nicht soweit gehen, dass bis zu zwei Drittel der Steuerpflichtigen in Zukunft überhaupt keine Wehrsteuer mehr bezahlen, und ich habe wenig Verständnis dafür, wenn von einer Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen die Rede ist und hiezu offenbar, gemäss Aussage des Kommissionspräsidenten im Eintreten, Einkommen bis zu 150 000 Franken gezählt werden und von der Entlastung mitprofitieren.

Der zweite Punkt betrifft die Mehrwertsteuer, von der man immer als Konsumsteuer spricht. Ist sie das wirklich, wenn ziemlich unumwunden die Erwartung ausgesprochen wird, dass sie angesichts der Konkurrenzverhältnisse und der Rezession nicht voll überwältigt werden kann? Ist sie das wirklich, wenn über den Lebenskostenindex die überwälzte Steuer sich unmittelbar als Teuerung auswirkt, die gemäss Praxis einkommensmässig voll auszugleichen ist? Kaum bekamen wir die Geldentwertung in den Griff, wird die Teuerung erneut angeheizt. Muss das so sein, oder müsste nicht vielmehr nach einer Lösung gesucht werden, die es erlaubt, die durch die Mehrwertsteuer sich einstel-

lende Teuerung aus dem Index auszuklammern? Andernfalls würde man das Wort Konsumsteuer besser sofort vergessen.

Und nun noch ein letzter, für mich ausschlaggebend wichtiger Punkt. Wir setzen als selbstverständlich voraus, dass der Mehrwert im wahren Sinn des Wortes besteuert wird. In Wirklichkeit ist dies aber nicht der Fall. Was besteuert wird, sind Umsätze, und es ist ein Leichtes, zu beweisen dass in den Umsatzzahlen der Mehrwert unter Umständen keinen Niederschlag findet. In einem solchen Fall werden auch keine Steuern von Bedeutung fliessen. Man wird deshalb auch nicht sagen dürfen, die Mehrwertsteuer sei wettbewerbsneutral. Sie wird im Gegenteil Verzerrungen mit sich bringen, von Staates wegen ungewollt, die viel schlimmer sind als die vielzitierte «taxe occulte». Lassen Sie mich meine Befürchtungen an einem Beispiel darstellen. Nachdem schon in der Botschaft das Brot erwähnt ist, wähle ich den Bäcker aus, der 1 kg Ruchbrot zu Fr. 1.90 verkauft. Man darf voraussetzen, dass dies ein korrekter Preis ist, wird er doch gemäss Getreidegesetz seit Jahrzehnten und neuerdings auch durch den Preisüberwacher auf seine Angemessenheit hin überprüft. Aufgrund dieses Fr. 1.90 wird der Bäcker bei der Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten. Nun taucht in der Agglomeration Bern ein Cash-and-carry-Unternehmen auf, richtet eine eigene Bäckerei ein und verkauft 1 kg Ruchbrot zu sage und schreibe Fr. 1.15, zu einem krassen Dumpingpreis, bei dem nicht nur kein Ertrag, sondern ein Verlust entsteht. Man kann sich offenbar unter dem Titel «Kundenfang» ein solches Geschäftsgebaren leisten. Soll es nun angängig sein, einen Mehrwert zu schaffen, ihn aber im Verkauf bewusst nicht zu realisieren, damit der Steuer auszuweichen und über eine solche unlautere Konkurrenz Strukturen zu gefährden? Hier kann auch eine allfällige Minimalsteuer nur unbefriedigende Abhilfe schaffen, auch wenn sie selbstverständlich besser ist als nichts. Man müsste meines Erachtens Mittel und Wege suchen, tatsächlich geschaffene Mehrwerte zu erfassen und nicht allein auf einen Umsatz abstellen, der mit Mehrwert unter Umständen nichts mehr zu tun hat. Ich bin nicht bereit, zu einer Lösung ja zu sagen, die solche Ungereimtheiten legalisiert. Wenn schon heute die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs nicht mehr überall sichergestellt ist, dann dürfen wir nicht mithelfen, über ein neues Besteuerungssystem die Ungleichgewichte noch zu verstärken.

Wir haben eben erst die Debatte über die Steuerhinterziehung hinter uns gebracht. Heisst es nicht auch Steuern hinterziehen, indem man bewusst in Kauf nimmt, grosse Umsätze ohne steuerbaren Gewinn, ja mit Verlusten zu erzielen?

Neben der direkten und Bundessteuer ist die Umsatzbesteuerung sicher richtig und für den Bund unumgänglich. Es muss aber eine Lösung gefunden werden, die auch für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden annehmbar ist.

Gerwig: Als letzter Redner der gedruckten Liste darf ich versuchen, zusammenzufassen, was die Eintretensdebatte für die sozialdemokratische Fraktion ergeben hat. Wir stehen am Schluss einer politischen Auseinandersetzung. Technisches Steuerrecht hat keine grosse Rolle gespielt. Herr Hubacher hat die ersten prononcierten Akzente gesetzt; die Herren Leutenegger, Bonnard, vor allem Eisenring, munter wie immer, haben ihm geantwortet. Es geht um Prinzipielles, nicht um Nuancen, und es ist richtig, wenn ich Ihnen noch einmal exakt den Standpunkt unserer Fraktion darlege, weil gerade die freisinnige und die SVP-Fraktion – Herr Eisenring ist ein Einzelgänger – nur sehr vage, unkonkret und verschwommen ihre Zielvorstellungen entwickelt haben. Ausgangspunkt für uns: Mehrwertsteuer an sich unsozial, alle, auch die finanziell Schwachen werden gleich betroffen, also keine Steuergerechtigkeit. Zustimmung also nur, wenn die Wehrsteuer sozial gestaltet wird und die echte materielle und formelle Harmonisierung vor-

getrieben wird. Zustimmung aber auch nur – und das möchte ich deutlich sagen –, wenn unser Staat ein aufgeschlossener und sozialer bleibt. Wir werden daher genau die Entwicklung der Ausgaben und der Sparpolitik des Bundes kontrollieren und genau überprüfen, wie die von uns scharf bekämpfte Motion Weber sich auswirkt. Wir werden im September und speziell in der Budgetdebatte vom Dezember wachsam bleiben.

Auch wenn wir heute dem Paket zustimmen sollten, wenn es sich nicht noch verschlechtert, so lassen wir uns die Hände für die Volksabstimmung nicht binden, sondern letztlich werden wir erst im März 1977 entscheiden.

Was war nun der Tenor der von mir anvisierten bürgerlichen Politik? Sparen und weniger Steuern als der Bundesrat es verlangt. Auch wenn die beiden wesentlichen Vertreter dieser Politik, Otto Fischer und Herr Letsch, bisher in allen Landessprachen geschwiegen haben, so zeigt sich eines deutlich – Letsch und Fischer sind ja in ihren schriftlichen Aeusserungen zu behaftet –, dass diese Gruppe, zu der sich die Herren Leutenegger, Corbat, Eisenring, Rüegg gesellten, eine moderne Weiterentwicklung des Staates ablehnt, der Mehrwertsteuer nur zustimmt, wenn massiv gespart wird, wenn die Leistungen des Staates stark abgebaut werden. Ich zitiere die Abwesenden, die schweigenden Fischer und Letsch. Letsch sagt deutlich: «Unsere Wirtschaft erträgt keine Fortentwicklung des sogenannten sozialen Rechtsstaates. Diesem volkswirtschaftlichen Zwang haben sich unsere Begehren zu beugen.» Fischer: «Die kommende Entscheidung über die Finanzvorlage bedeutet nichts anderes, als die Zustimmung oder Ablehnung dieser expansiven Bundespolitik überhaupt», die Bundeskanzler Huber festgelegt hat: «Fortbildung unseres Rechts- und Sozialstaates ist ein Gebot kluger Politik.» Beide also, und mit ihnen alle andern Genannten, lehnen einen ausbaufähigen Sozialstaat ab. Leutenegger, persönlich erregt, mit den Worten – sie sind typisch –: «Wir müssen gegen die Krankheit der übermässigen Bequemlichkeit kämpfen. Wir lehnen den Wohlfahrtsstaat ab.» Also Aufforderungen, Ausgaben zu reduzieren, Staatstätigkeit zu konsolidieren.

Es sind neue Worte erfunden worden: Verflachung, Verwässerung; alles das heisst Abbau. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir wissen, was diese Schlagworte bedeuten, auch wenn sie unklar ausgesprochen sind. Man spricht von Finanzplänen, sagt aber aus Angst vor dem Volke, um sich nichts zu verderben, nichts Konkretes. Wenn man aber nicht weiss, wo, bei wem, wieviel sparen, dann streut man dem Volk Sand in die Augen, das dann glaubt, es könne eben noch gespart werden. Es ist bedauerlich, dass Herr Schalcher vom Geld-zum-Fenster-Hinauswerfen spricht.

Herr Bundesrat Chevallaz wird gut daran tun, ebenfalls heute zu sagen, wie er die Motion Weber annehmen will, die er so liebevoll in der Kommission behandelt hat; sonst wird er unehrlich. Auch er wird sagen müssen, wer unter dem Sparen leiden wird, er, der so lässig auf die Flexibilität bei der Mehrwertsteuer von 1,1 Milliarden verzichtet hat. Wir sind weiterhin für diese Flexibilität. Wir sind nicht bereit, im März 1977 wieder einmal den Bundesrat zu unterstützen und dann mit fliegenden Fahnen aus Loyalität mit ihm unterzugehen, wenn die Mehrwertsteuer nur dazu führt, dass dem Bürger 3,5 Milliarden abgenommen werden und gleichzeitig die Leistungen des Staates für eben diesen Bürger ebenfalls abgebaut werden. Das heisst ja Sparen, das ist ein Junktim, dem wir nicht zustimmen können.

Wir wollen nicht nur zum Staate stehen, wenn es uns egoistisch passt (bei der Rezessionsbekämpfung zum Beispiel, wo sogar Herr Letsch dafür ist), sondern auch sonst, weil nur ein entwicklungsfähiger Staat ein sozialer und fortschrittlicher Staat ist. Wenn schon mehr Steuern, dann hat der Bürger Anrecht auf Erfüllung der vielfältigen Staatsaufgaben. Es ist gar nicht so einfach, richtig zu sparen. Es wird gesagt, der Bürger stimme dem Paket nur zu, wenn

gespart wird. Das glaube ich gar nicht. Sparen heisst, dem Bürger Leistungen des Staates wegnehmen in einem Moment, wo er mehr Steuern zahlen muss. Der Bürger wird vielleicht nein sagen, weil er einfach nicht gerne Steuern bezahlt, aber nicht, weil er Leistungen des Staates abbauen lassen will. Wollen Sie z. B. die AHV abbauen, die Rente nicht der Lohnentwicklung anpassen, wenn Sie zur gleichen Zeit die alten Leute mehr belasten? Wir sind nicht bereit, das zu tun, wie wir auch nicht bereit sind, auf eine soziale Krankenversicherung zu verzichten im Moment, wo Sie den Bürger mit der Mehrwertsteuer belasten.

Wir lehnen auch einen Staat ab, der aus optischen und unsozialen Gründen Forschung und Bildung reduziert, etwa das Institut für internationale Rechtsvergleichung oder die Neubauten von landwirtschaftlichen Forschungsanstalten verhindert. Wir machen auch an einem Staate nicht mit, der zu den reichsten gehört und der nicht bereit ist, auch nach der Ablehnung des IDA-Kredites alles zu tun, um an der Entwicklung armer Länder mitzutragen. Von einem Staat, der seinen Bürgern 3,5 Milliarden mehr Opfer abverlangt, fordern wir auch, dass er sein Personal gut bezahlt, dass er das Personal gut bestückt, dass wir ausbaufähige PTT und SBB haben. Ich frage Sie alle, Bundesrat und Parlament: Wo wollen Sie sparen, zulasten welcher Bürger, die Sie zurecht zur Kasse bitten? Bei der Landwirtschaft? Bei der Armee? Bei der AHV? Bei der Bildung und Forschung? Wir wollen dem Staate mehr geben, sogar noch mehr, wenn es einmal sein muss. Aber nur, wenn der Staat sozial bleibt – sozial im weitesten Sinne des Wortes, ein Staat bleibt mit moderner Gesellschaftspolitik, mit Entwicklung und Ausbau, nicht mit Verflachung und Konsolidierung. Dabei wollen wir nicht die Privilegien einiger weniger schützen, etwa die Kragenweite 50 von Herrn Eisenring – ein dicker Hals ist sowieso nichts Schönes –, denen die Verflachung nichts antut, sondern der Staat ist die Gesamtheit aller Bürger, deren Wohlbefinden vom Ausbau eben dieses Staates abhängt.

Der in Lausanne noch liberale Bundesrat Chevallaz hat es nicht einfach mit den Freisinnigen, mit den Herren Letsch und Fischer (alle Parteien haben es an sich nicht einfach). Diese Freisinnigen haben dem Ausdruck Freisinn zuerst den Sinn und jetzt auch noch die Freiheit genommen. Die Verketzerung dieses Staates – das ist etwas Gefährliches –, die heute in diesem Saal gehört wurde, ist nämlich nichts anderes als die Verketzerung von Millionen von Schweizern, die diesen Staat ausmachen und die ohne diesen Staat weder politisch frei sind noch sozial verantwortlich leben können. Nur einem solchen politisch freien Staat mit sozialer Verantwortung wollen wir die Mittel geben, die er braucht: die 3 Milliarden. Nur für einen modernen, nicht verflachten Staat werden wir uns einsetzen.

Noch etwas an die Adresse der Freisinnigen. Trotz Rezession und Arbeitslosigkeit leben wir ohne jede soziale Unruhe. Das muss nicht immer so bleiben, auch wenn es der Wille von uns allen sein muss, dass es so bleibt, weil es einen grossen Aktivposten unseres Landes darstellt. Sagen Sie uns also genau – auch Herr Bundesrat Chevallaz –, wo Sie abbauen und sparen wollen, dann sagen wir Ihnen, ob wir zustimmen. Steuern erheben, Geld ausgeben, ist politische Regierbarkeit und kann nicht mit vagen Schlagworten: «sparen, abbauen, verflachen, konsolidieren», geregelt werden. – Wer von jenen nimmt, die es schwer haben, finanziell mehr zu geben, muss auch geben können vor allem jenen, deren Wohlbefinden vom gerechten Ausbau des Staates abhängt. Das ist unsere politische Haltung zu diesem Finanzpaket heute.

M. Cossy: Ni le Conseil fédéral, ni le Département des finances ni la commission de notre Conseil n'ont voulu admettre la viticulture suisse comme partie intégrante de notre agriculture. Aussi appartient-il au mandataire vigneron de venir ici dire sa déception devant cette injustice,

d'autant plus que la forme nouvelle d'imposition que représente la TVA frappera douloureusement la production viticole indigène. C'est à douter que les autorités fédérales, citées au début de mon intervention, connaissent le rôle de la viticulture dans notre économie, voulant à tout prix lui donner un statut différent de celui des autres activités agricoles de notre pays. Cela se comprendrait déjà, mais difficilement, si elle jouissait de certains avantages. Mais, de ce point de vue encore, rien ne justifie pareil traitement, assaisonnement, pourrait-on dire.

Pourtant, il est vrai que la viticulture connaît les mêmes problèmes que notre agriculture: revenus inférieurs à ceux de toutes les branches de notre économie, endettement ensuite d'investissements indispensables à une production judicieuse, difficulté d'écoulement découlant d'une importation massive au profit de personnes avides de gains, désintéressement des jeunes, récoltes souvent diminuées par le déferlement des éléments naturels et j'en passe.

Et voici que, dans l'arrêté fédéral introduisant la TVA, la viticulture est taxée à 10 pour cent. Dix pour cent, cela représente au bout de la chaîne de distribution une augmentation de 150 pour cent sur l'ICHA actuel. Dès lors, il est facile d'imaginer combien sera pénalisé l'écoulement des vins indigènes ainsi que le tourisme dans son ensemble.

Monsieur le Conseiller fédéral, il y a trois ans, dans ce Conseil, appuyé par un vote favorable, je vous avais mis en garde contre l'augmentation excessive de l'imposition des alcools du pays. Malgré cette intervention, qu'approuvait la Direction de la Régie fédérale des alcools, le Conseil fédéral a cru bien faire de passer à l'action quelques mois plus tard en imposant davantage les produits du sol suisse. Résultat: gaspillage de récoltes, diminution de distillation, de ventes, et bien entendu diminution des recettes de la Régie fédérale. Bien sûr, on me répondra que l'on se base sur les accords européens pour fixer les taux. Réponse facile qui nous montre combien il est fait peu de cas lors de la signature desdits accords des intérêts d'une branche dont la production représente à peine la moitié de notre consommation. Réponse facile aussi car il y a dans les accords du GATT des possibilités pour tous les pays signataires de garder une certaine autonomie dans leur défense économique.

Je suis heureux d'entendre souvent appeler les membres du Conseil fédéral les sept Sages. Sachez qu'il y en a aussi dans ce Conseil et qu'il s'agit de les écouter quelquefois. La Confédération ne s'en portera pas plus mal. Comme je vous ai succédé dans ce Conseil législatif, je suis persuadé que vous en avez aussi fait l'expérience avant moi à maintes reprises. Loin d'ignorer les nécessités du ménage fédéral et désireux de participer pleinement à son redressement, je ne puis cependant admettre qu'une branche appréciée par son travail, pour son effort en faveur de l'environnement, pour sa participation au développement du tourisme et par la présence de ses produits dans toutes nos manifestations, soit traitée si durement sans que l'on pense aux conséquences que cela aura.

Vous le savez, 90 pour cent des surfaces viticoles se trouvent en Suisse romande. Votre amitié confédérale, à laquelle nous sommes sensibles, vous commande de ne pas pénaliser, voire paralyser, alors que nous désirons tous revigorer notre économie par des mesures judicieuses de relance, un secteur qui de tous les temps a fait honneur à cette amitié et au pays. Je vous prie de bien vouloir appuyer ma demande, suivant en cela l'Union suisse des paysans, en donnant à la viticulture le même statut que celui réservé aux produits de l'agriculture, soit 3 pour cent. Monsieur le Conseiller fédéral, la semaine dernière, M. le Conseiller aux Etats Genoud et M. le Conseiller national Cevey ont déposé chacun une interpellation sur les craintes que suscite l'écoulement futur des vins suisses, prouvant ainsi la justesse de mon intervention. C'est par un allègement et non par une surcharge excessive, hypothéquant l'avenir, que nous maintiendrons une viticulture

saine. Mon devoir, même si vous avez suffisamment de connaissances du problème est de vous en avertir en souhaitant que vous acceptiez de prendre en considération les propos du représentant des viticulteurs de ce pays.

Roth: Wir haben uns zu bemühen, die Finanzlage des Staates auf bessere Füße zu stellen. Ich fühle mich berechtigt, dazu in zwei Richtungen etwas zu sagen. Am 16. Dezember 1971 habe ich mit 42 Mitunterzeichnern eine Interpellation eingereicht, in der ich auf die Folgen der gesetzlichen Verankerung des 13. Monatsgehaltes und der Arbeitszeitverkürzung hingewiesen habe. Leider haben sich meine Bedenken bewahrheitet. Selbstverständlich – das möchte ich deutlich sagen – haben sich ja noch andere Faktoren kumulativ mitbeteiligt an der Verschlechterung der ganzen Situation. Eines ist für uns aber alle sichtbar geworden: Die Wirtschaft ist in eine Rezession geraten. Unsere Bundeskasse und die Staatskassen SBB sind in finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Die SBB als grosse Staatsanstalt sind in einer schwierigen finanziellen Situation. Die PTT sind auch in die Defizitwirtschaft geraten. Bei den öffentlichen Waldungen zeichnet sich ab, dass der Ertrag nicht mehr ausreicht, um die Ausgaben zu decken. Die Spalkostenexplosion ist in bedenklichem Ausmass angestiegen. Dies alles sind Situationen, die wir offenbar doch etwas zuwenig gründlich überlegt haben, bzw. wir muteten unserem Staate einfach mehr zu in finanzieller Hinsicht, als er imstande ist, zu leisten. Ist es denn richtig, wenn wir die Aufgaben unserer öffentlichen Institutionen einfach ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Finanzlage unbeschwert ausbauen? Das möchte ich nun doch bezweifeln; das hat auch gar nichts zu tun mit Abbau der sozialen Errungenschaften, sondern es hat nur zu tun mit einer logischen Ueberlegung. Neue Möglichkeiten für die Geldbeschaffung müssen gesucht werden, aber ich mache darauf aufmerksam, dass wir auch den Mut haben sollten, unsere Ausgaben zu überprüfen. Haben wir doch diese Situation nun an der Praxis tatsächlich erlernen können.

In diesem Sinne möchte ich bitten, dass wir dieses Finanzpaket mit allen seinen zusätzlichen Verflechtungen so in unseren Beratungen ausbauen, dass wir auch vor das Volk treten können, um unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klarzumachen, dass wir mehr Geld auf andere Weise, nicht mehr über die Zolleinnahmen, sondern durch direkte Abgaben vom einzelnen Bürger erwarten müssen, dass wir auf der anderen Seite aber dokumentieren, dass wir auch in Richtung der Möglichkeiten, die der Staat eben auch hat, Rechnung tragen.

M. Cevy: Le nouveau régime constitutionnel des finances et des impôts mérite notre appui et, avec le groupe radical, je voterai l'entrée en matière.

C'est être tout simplement réaliste que d'admettre, dans la situation financière inquiétante de la Confédération, qu'il ne suffit pas d'exercer un effet de compression sur le secteur des dépenses mais que l'équilibre à recouvrer dépend aussi de nouvelles recettes.

M. Hubacher, avec l'écho de M. Gerwig, a fait un véritable procès d'intention à une partie de cette assemblée en laissant entendre que tout un acquis social pouvait être remis en cause. Mais ses flèches mal ajustées, ses exagérations, ses admonestations prétentieuses ne doivent pas nous faire oublier l'évidence. Il y a des limites à l'exercice de l'économie. Il y a donc nécessité en l'état de trouver de nouvelles recettes. Il convient dès lors de rendre hommage à l'effort d'imagination de M. le chef du Département fédéral des finances et de ses collaborateurs.

Cela posé, j'en viens à la taxe sur la valeur ajoutée, objet de mon intervention. D'accord avec son principe même en fonction du but à atteindre, je me déclare favorable également au taux proposé de 10 pour cent. Je ne saurais cependant laisser passer ce débat sans souligner les conséquences prévisibles de l'introduction de la TVA dans le secteur du tourisme.

A la lumière de renseignements révélés par une enquête de l'Office national suisse du tourisme auprès de ses 17 agences à l'étranger et de son siège central, on peut apprendre ceci: «En cas d'introduction de la TVA, il se produirait un renchérissement de l'offre touristique de 5 pour cent, ce qui entraînerait un recul moyen de 6 pour cent ou de 1,2 million de nuitées. Il en résulterait un recul du chiffre d'affaires et donc des devises encaissées de l'ordre de 105 millions de francs. Sur la même base, la demande de l'étranger portant sur la parahôtellerie se réduirait en moyenne de 2 pour cent ou de plus de 220 000 nuitées. Le fléchissement des recettes serait d'environ 8 millions de francs. En cas d'introduction de la TVA et de renchérissement consécutif de l'offre de 10 pour cent, la demande de l'étranger concernant l'hôtellerie subirait un recul de 9 pour cent en moyenne ou de 2,1 millions environ de nuitées, soit quelque 191 millions de francs.»

Et on ne parle pas ici de l'effet sur les touristes suisses.

Il n'est donc pas exagéré de prétendre que la situation touristique de la Suisse, déjà détériorée du fait du renchérissement de notre franc par rapport aux devises de pays concurrents et de pays traditionnellement fournisseurs de clientèle, serait mise sérieusement en question par l'introduction d'une TVA qui ne tiendrait pas compte de ces conditions particulières. Or la situation actuelle de notre tourisme, je le souligne, n'est guère réjouissante. Le rapport annuel de la Société suisse de crédit hôtelier, dont on peut louer l'objectivité d'année en année, nous rappelle qu'en 1973, et cela pour la première fois depuis 1965, le nombre des nuitées de l'hôtellerie suisse, non compris les sanatoriums et les établissements de cure, avait marqué un recul (-450 000 nuitées). Ce recul s'était accentué en 1974 (-1,72 million). Pour 1975, on enregistre une nouvelle diminution de plus d'un million de nuitées. Ainsi, depuis la fin de 1972, soit en l'espace de trois ans, le nombre des nuitées dans notre pays est tombé de 35,16 millions à 31,90 millions, ce qui représente une diminution de 3,26 millions (9,3 pour cent).

Et, pour mieux juger de ces nouvelles réductions du nombre des nuitées de nos hôtes étrangers, il convient de les placer dans un contexte plus général en les mettant en rapport avec les reculs importants qui, depuis les années de haute affluence, se sont produits en ce qui concerne quelques pays importants: Grande-Bretagne: depuis 1970, la perte est de 1 072 400 nuitées (46,5 pour cent). Etats-Unis et Canada: depuis 1972, 890 100 nuitées (29,7 pour cent). France: depuis 1970, 678 500 nuitées (24,4 pour cent). Italie: depuis 1972, 501 500 nuitées (35,5 pour cent).

Déjà fortement frappées dans leur capacité d'adaptation aux exigences nouvelles de la clientèle par les mesures restrictives édictées ces dernières années dans différents domaines, notamment celui de la main-d'œuvre étrangère et celui de l'acquisition d'immeubles par les étrangers, nos stations et nos régions sont maintenant touchées par la cherté de notre franc et la récession marquée dans les pays d'où proviennent une bonne partie de leurs hôtes. Va-t-on sans plus ajouter à tous ces éléments négatifs, déjà durement ressentis, ceux d'une fiscalité qui ne tiendrait aucunement compte de cette situation particulière? Ce serait injuste; mais ce serait aussi imprudent, si l'on veut considérer qu'il s'agit en l'occurrence de la troisième branche de notre économie en fonction de la valeur de ses prestations et de ses recettes en devises: 5,3 milliards de francs de recettes touristiques en 1974 contre 2,8 milliards de dépenses des Suisses à l'étranger.

On admet généralement que le tourisme et les secteurs qui lui sont voisins subissent, à l'égal de notre industrie d'exportation, les effets de la lourdeur de notre franc. Mais on admet aussi que l'industrie d'exportation tirera avantage de la TVA, alors que les gens du tourisme, de l'hôtellerie, de la restauration, en pâtiront largement. Cette inégalité doit être corrigée. C'est pourquoi je soutiendrai le ou les amendements qui tendraient à une réduction du

taux imposé à ce secteur vital pour nombre de régions de notre pays.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Ich habe das Vergnügen, auf der Ehrentribüne eine Delegation des Schwedischen Reichstags zu begrüßen. (Beifall)

Ich heisse die Gäste aus Schweden bei uns herzlich willkommen. Sie erwidern den Besuch einer Schweizer Delegation des Parlaments vom letzten Jahr.

Ich wünsche unseren schwedischen Freunden einen recht angenehmen Aufenthalt in der Schweiz. (Beifall)

Schürch: Wenn einem schweizerischen Politiker ein Mann begegnet im Faltenwurf des besorgten Staatsmannes, dann ist er gewöhnlich etwas misstrauisch, denn in diesem Gewande versteckt sich gelegentlich Unerfreuliches, z. B. ein Kübel Russ, um den Gegner anzuschwärzen, oder auch der Dolch der politischen Verleumdung.

Woher nimmt Herr Hubacher eigentlich den Mut, zu behaupten, bei der Freisinnig-demokratischen Partei seien jene, die im Saal zur bejahenden Mehrheit beitragen, die selben, die dann im Abstimmungskampf die verwerfende Mehrheit machten? Die Mehrheit, die die freisinnige Fraktion zustande bringen wird, werden Sie jetzt dann gleich feststellen. Die Unterstellung, diese Mehrheiten würden dann zu Verrätern, wird in aller Form zurückgewiesen als ungehörig und als schlechtes Präliminäre zu Sachgesprächen. Diese Unterstellung dient nur dem Aufbau einer Dolchstosslegende: Man ist jetzt für das Paket, dann wird man es verraten; die Verräter sind die Freisinnigen – ungefähr so geht die Spekulation.

Aber, meine Herren Staatsmänner aus Basel: So einfach ist die Sache eben nicht! Es ist kein Privileg meiner Partei, von ihren Wählern in Sachfragen gelegentlich desavouiert zu werden; es ist auch kein Privileg meiner Partei, dass sie Kantonalparteien und Ortssektionen besitzt, die gelegentlich abweichende Parolen ausgeben. Die Sozialdemokratische Partei möchte ich auffordern, an gewisse Analysen von Abstimmungsergebnissen besonders in traditionell sozialdemokratischen Wählerbezirken wie Aussersihl oder Bümpliz zu denken, z. B. bei der Ausgabenbremse!

Es hat mich fast zu Tränen gerührt, als Herr Hubacher hier sagte, wie die Sozialdemokraten weit und breit allein für diesen Staat eintreten, eventuell gerade noch mit der CVP zusammen. Wie allein müsste sich die SP eigentlich fühlen, wenn ihre Wähler und jene der CVP marschierten! Dann hätten sie nämlich die absolute Mehrheit, und von Einsamkeit wäre nichts. Aber eben, auch die CVP gehört zu jenen schweizerischen Parteien, die mit der Identitätskrise nicht fertig werden. Denken Sie an die Ergebnisse der CVP-Stammlande, ja sogar im Stammland unseres verehrten Herrn Vizepräsidenten, z. B. zum Raumplanungsgesetz, was doch zeigt, dass der Streik der Parteiwähler bei Sachabstimmungen keine Spezialität einer Partei ist. Das Problem der Nichtidentifikation des Wählers mit der Sachpolitik seiner Partei liegt viel tiefer, als Herr Hubacher hier glauben machen wollte. Es ergreift alle Parteien; es hängt mit dem Malaise der Staatsverdrossenheit und manch anderem zusammen, was auch der Stimmfäulheit zugrundeliegt. Sachgespräche wären darüber zu führen, wo die Wurzeln des Malaises stecken und wie ihnen beizukommen wäre. Gegenseitige Bezeichnungen und sogar der Popanz der rot-schwarzen Allianz helfen da einfach nicht weiter. Bei meiner Fraktion gilt das freie Wort auch gegen die Mehrheit. Herr Hubacher hat das ja für Herrn Otto Fischer ausdrücklich anerkannt. Es gilt aber auch für

andere Leute. Die abweichende Meinung wird bei uns deshalb deutlich und laut gesagt, und Sie wissen nachher, woran Sie sind mit uns, mit welcher Opposition zu rechnen ist. Gelegentlich hat diese abweichende Meinung auch das Volk für sich gewonnen, und man müsste sich eigentlich fragen warum. Das heisst nicht etwa, den Mantel nach dem Winde drehen; das heisst aber allenfalls, Unpopuläres notfalls beim Volk zu vertreten, z. B. die Mehrwertsteuer.

Nicht nur für die Sozialdemokraten ist die Vertretung der Mehrwertsteuer ein unpopuläres Geschäft, auch für die Freisinnigen und sicher auch für die CVP. Wir haben dazu dann noch die Verschärfung der direkten Besteuerung zu vertreten – Herr Hubacher hat das loyalerweise anerkannt –, und wir haben die unbefristete Festlegung der Bundessteuern zu vertreten, alles Dinge, die uns zu schaffen machen werden. Um solches durchbringen zu können, sind jene abweichenden Meinungen aber auf ihre tieferen Motive hin zu überprüfen. Ein unüberhörbares Motiv ist immer noch dasselbe wie Ende 1974. Populär lautete es: «Erst sparen, dann steuern.»

Mit der Motion geht es darum, auf diese Forderung zu antworten. Die Motion schlägt vor, das Ausgabenwachstum zu verflachen, nicht zu stoppen, geschweige denn die Ausgaben herabzusetzen, und ihm eine obere Grenze zu setzen. Ihr Ziel ist die Konsolidierung der nach einer Phase beispielloser Expansion erreichten Positionen, auch der sozialen Errungenschaften, um die Demontage zu verhüten, wie Herr Hofmann hier richtig sagte. Konsolidierung heisst Befestigung; Befestigung gegen die Erosion durch den reissenden Strom des Schuldendienstes, mit dem nicht etwa produktive Investitionen, sondern bloss Betriebsdefizite finanziert werden müssen. Es geht uns nicht gegen produktive Investitionen. Wir haben das mit unserer Haltung zur BLS-Frage auch bewiesen. Wir sind aber gegen eine Gleichsetzung der blindlings weitergehenden Mehrverschuldung für Betriebsdefizite mit einer sinnvollen Mehrverschuldung für produktive Investitionen. Einfach gesagt: Der laufende Aufwand muss wieder durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. Dass die Einnahmevermehrung allein dazu nicht ausreicht, wissen wir alle. Daher verlangen wir auch Einsparungen.

Nun fragt man uns: Wo denn? Auch sozialdemokratische Nationalräte, die Magistraten sind, wissen – wie Magistraten jeder anderen Partei – aus ihrer Erfahrung, dass Prioritäten auf allen Stufen von der Exekutive vorgeschlagen werden müssen und nirgends von den Parlamenten allein gesetzt werden können. Sie wissen auch, dass im Kollegial- und Departementssystem das Setzen von Prioritäten – das bedeutet immer auch Rückversetzen von einzelnen Anliegen in eine zweite oder dritte Priorität – nur möglich ist, wenn eine Aufwandsgrenze gesetzt wird.

Das ist der Sinn der Motion. Es geht nicht darum, zu wissen, wer zu diesem Staat steht, wie Herr Hubacher hier ausführte, sondern – wie es ein Journalist in seinem Bericht sagte – um die Verantwortung dafür, dass dieser Staat seine Aufgaben auch in Zukunft erfüllen kann. Dafür wollen wir einstehen.

Weber Leo, Berichterstatter: Es ist erfreulich, welche politische Substanz die Eintretensdebatte aufgewiesen hat. Ich nehme an, Sie erwarten mit Aufmerksamkeit die umfassende Stellungnahme des Bundesrates zu diesen Fragen.

Ich möchte meinerseits zwei Fragen kurz streifen: 1. Den Nichteintretensantrag von Herrn Muret. Er ist schweizerisch gesehen unrealistisch: Wir können die Militärausgaben angesichts der Aufrüstung der Welt und insbesondere der östlichen Staaten nicht in einem von ihm vorgeschlagenen Ausmasse senken. Wir können aber auch nicht konfiskatorische Abgaben auf dem Vermögen erheben; das widerspricht unserer Eigentumsordnung und würde zu einer übertriebenen Solidarität führen.

Ich setze mich auch nicht auseinander mit dem Rückweisungsantrag von Herrn Carobbio. Er will zwar erhöhte

Steuern, eine differenziertere Belastung des Konsums und eine stärkere Belastung der Einkommen und Vermögen. Dazu sind keine neuen Studien nötig. Es ist die hochpolitische Frage des Verhältnisses zwischen den direkten und den indirekten Steuern, die hier zur Diskussion steht. In dieser Frage nimmt unser Land bekanntlich eine Stellung ein, die sich nicht zu Ungunsten der mittleren und der kleineren Einkommen ausnimmt. Herr Carobbio wird seine Vorstellungen in der Detailberatung vorbringen können; er legte hier im Grunde einen unechten Rückweisungsantrag vor.

Ich freue mich meinerseits, dass Sie in der Debatte zur zentralen Frage dieses ganzen Paketes vorgestossen sind. Vor der Frage des Steuersystems steht der Grundsatzentscheid über das Ausmass unseres Sozialstaates: Wieviel Staat wollen wir? Diese Frage stellt sich nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland, besonders bei unseren westlichen und unseren nördlichen Nachbarn. Wir stehen effektiv an einer Weggabelung: auf der einen Seite die Fortsetzung der bisherigen Richtung mit etwas abgeschwächtem Tempo, und auf der andern Seite eine eindeutige Richtungsänderung mit einem Abbau des Sozialstaates. Als Folge müssten gewisse Aufgaben an die Kantone und Gemeinden zurückgegeben werden und mehr Eigenverantwortung, mehr Risiko und unter Umständen auch eine gewisse Mehrbelastung müssten beim Individuum vorhanden sein. Wir machen heute auf oberster Ebene in der Eidgenossenschaft die gleiche Erfahrung, wie die Kantone und die Gemeinden sie früher schon gemacht haben: In der Euphorie und in der Wachstumsphase sind viele Aufgaben übernommen worden, ohne dass die Finanzierung sichergestellt war. Dem Volk wurden Programme vorgelegt, die Rechnung erst später präsentiert. Die Lehre daraus müsste eigentlich sein – eine alte Lehre, die man nie befolgt –: Programm und Rechnung müssen zugleich vorgelegt werden.

So oder so sind neue Einnahmen nötig, das ist von niemandem bestritten worden; so oder so ist ein Volksentscheid nötig, ob Sie die Mehrwertsteuer nun ablehnen oder nicht; auch eine erhöhte Warenumsatzsteuer benötigt einen Volksentscheid. Mit der Mehrwertsteuer ist die Frage einer Neuordnung gestellt. Es stellt sich einzig die Frage, ob wir jetzt einen neuen Anlauf für einen Systemwechsel, für eine echte Reform, vornehmen wollen oder ob wir wieder einmal bloss eine Uebergangsordnung wollen.

Die Mehrwertsteuer kommt; ob sie heute kommt, wissen wir nicht, ob sie morgen kommt, auch nicht, aber sie kommt ganz sicher übermorgen! Die Entwicklung in den westeuropäischen Staaten zeigt das deutlich. So oder so sollten wir dem Volke diese Grundfrage stellen, dem Volk diese Steuerordnung unterbreiten, und es soll sich dann in Kenntnis der Folgen einer allfälligen Verwerfung entscheiden. Wir brauchen nach meiner Auffassung aus politischen Gründen jetzt diesen Volksentscheid.

2. Es sind hier politische Allianzen genannt worden; ich möchte diesbezüglich einer Märchenbildung vorbeugen. In der Kommission hat es keine festen Allianzen gegeben, sondern stets wechselnde Mehrheiten, oft deutliche Mehrheiten, oft sehr knappe Mehrheiten, oft auch war der Stichentscheid des Präsidenten notwendig. Wir haben in der Kommission versucht, möglichst weite Kreise für die Vorlage zu gewinnen. Ob uns das gelungen ist, müssen Sie entscheiden. Die Schlussabstimmung ist immerhin mit 20 zu 1 bei 4 Enthaltungen über die Bühne gegangen. Unsere Aufgabe ist es, diese differenzierte geistige Arbeit und dieses politische Seiltanzen hier im Gremium zu Ende zu führen. Ich beantrage Ihnen Eintreten.

M. Gautier, rapporteur: Je vais tenter d'être bref dans cette réponse et je voudrais me limiter à deux points: la proposition de non-entrée en matière, d'une part, les remarques qui ont été faites sur la motion de la commission, de l'autre.

Avant de traiter la proposition de non-entrée en matière, je voudrais demander à M. Muret l'autorisation de garder

ma cravate, si cela ne le dérange pas trop! Cela dit, je passe à la réponse que je voulais lui faire ainsi qu'à M. Carobbio. Ces Messieurs nous ont demandé de renoncer en fait à la TVA parce que, nous ont-ils dit, tout impôt indirect est, par définition, injuste et antisocial. Je dois dire que je suis un peu gêné de reprendre ce genre d'arguments alors que nos collègues suédois sont à la tribune, eux qui connaissent une proportion d'impôts indirects beaucoup plus élevée que la nôtre. Je suis un peu étonné, du reste, des propos de MM. Muret et Carobbio parce que dans les pays de l'Est européen, si mes renseignements sont exacts, il n'y a que des impôts indirects. Sont-ils alors devenus sociaux, là-bas, du seul fait du voyage vers l'Orient, ou bien ces pays seraient-ils profondément antisociaux? Il y a là un problème que j'ai de la peine à résoudre.

Cela dit, M. Muret nous a déclaré hier que les procédés de remplacement qu'il pourrait nous offrir: impôt sur les grosses fortunes, sur les grandes sociétés, etc., le démantèlement de la défense nationale, étaient un exercice de style – c'est le terme qu'il a employé. J'avoue que personnellement je pense que nous avons beaucoup à faire dans ce Conseil et je ne veux pas, dans ces conditions, m'étendre trop longtemps sur un exercice de style, mais je pense qu'on ne peut pas admettre que ce soient là des propositions permettant de compenser la perte que représenterait pour les finances fédérales la non-introduction de la TVA.

Le deuxième point sur lequel je voudrais intervenir concerne les remarques qui ont été faites tout d'abord par M. Hubacher puis par plusieurs de ses collègues du Parti socialiste, au sujet de la motion et de cette demande de la commission de freiner un peu l'augmentation des dépenses. M. Hubacher a dit entre autres qu'il aimerait bien, avant de voter cette motion – ou de ne pas la voter – qu'on précise où, et clairement, comment on pourrait faire des économies ou freiner les dépenses. Je voudrais tout d'abord rappeler qu'il ne s'agit pas de diminuer les dépenses mais de donner au rythme de leur augmentation un tempo un peu moins rapide que jusqu'ici. Ensuite – je crois l'avoir déjà dit hier dans mon rapport – il y a un certain nombre de secteurs où ces dépenses ont crû beaucoup plus rapidement que dans d'autres et je pense que c'est là que l'on peut chercher à freiner un petit peu le taux de l'augmentation. Je donnerai quelques exemples à M. Hubacher – ainsi qu'il en a exprimé le désir –: l'un des endroits où les dépenses ont crû le plus rapidement, c'est l'enseignement. Je pense que, dans ce domaine, il y a encore certes à faire mais on ne pourra pas, à mon avis, éternellement et infiniment augmenter le nombre des étudiants dans nos universités. Nous en avons probablement déjà trop; on ne peut continuer dans cette voie.

Mon deuxième exemple concerne les routes nationales. Il arrivera bien un jour où le réseau des autoroutes sera entièrement terminé. Il faudra bien sûr l'entretenir mais cela coûtera quand même moins cher que de le construire.

Comme troisième exemple, je citerai le fait qu'on ne pourra pas éternellement, pour les routes et les chemins de fer, creuser des tunnels sous nos Alpes. On ne peut tout de même pas transformer le massif du Gothard en une espèce de gruyère «plein de trous»! Je crois qu'il faudra aussi s'arrêter une fois dans ce domaine!

Dans le domaine des assurances sociales, quelqu'un a cité hier l'exposé que le président du Vorort a fait à Vevey il y a quelques semaines. M. Junod avait, à cette occasion, dit des choses qu'on lui a reprochées devant ce Conseil, mais qui me paraissent cependant assez sensées, à savoir qu'il fallait que l'on continue à maintenir les rentes des assurances sociales, qu'il fallait compenser le renchérissement mais que si l'on voulait dynamiser ces rentes, si l'on voulait aller plus loin, il faudrait bien que les principaux intéressés, c'est-à-dire les bénéficiaires d'aujourd'hui et de demain, acceptent une certaine augmentation de cotisations. Je suis toujours étonné de voir que, du côté du Parti socialiste, on n'aime pas les augmentations de cotisations en pour-cent du salaire. C'est pourtant un procédé

infiniment plus social que la TVA, tout au moins à en croire MM. Muret et Carobbio!

Je ferai les mêmes remarques au sujet de l'assurance-maladie. Je pense qu'on aurait pu revenir sur une proposition faite tant par le Parti socialiste que par le Parlement de financer cette assurance, tout au moins partiellement, par des cotisations calculées en pour-cent sur les salaires.

Je crois que l'essentiel de la différence qui existe entre M. Hubacher et la majorité de la commission réside dans le fait que nous ne sommes pas tout à fait d'accord sur un point fondamental. Faut-il donner à l'Etat plus de place dans la vie privée des individus ou faut-il rester au stade où nous sommes? C'est une décision purement politique et, pour ma part, j'ai fait mon choix. Je pense qu'il ne faut pas augmenter la part de l'Etat dans la vie privée.

Le baron Louis, qui était ministre des finances de Louis-Philippe vers 1830, avait prononcé cette fameuse formule: «Sire, faites-moi de bonne politique et je vous ferai de bonnes finances.» Je pense que le Parti socialiste, entre hier et aujourd'hui, essaie de nous faire adopter la formule contraire en ayant l'air de dire: «Faites-nous de bonnes finances, nous pourrions ainsi faire notre politique.»

Je ne suis pas tout à fait d'accord avec cette formule. C'est pourquoi, en conclusion, je vous demande de voter l'entrée en matière et de rejeter la proposition de renvoi au Conseil fédéral.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il y a je crois deux manières de concevoir les finances publiques. Pour les uns, les finances ne sont que le moyen vulgaire, l'instrument, l'intendance d'une politique générale dont les objectifs et les grandes lignes se définissent à un niveau plus élevé et plus noble. On définit une conception idéale de l'Etat, ses missions diverses d'éducation, d'équipement, de sécurité sociale, de défense nationale, de solidarité internationale, de péréquation entre les régions et les professions, l'intendance financière doit suivre; les tâches que l'on entend faire assumer à l'Etat sont prioritaires, les finances doivent s'adapter, couvrir la haute mission de progrès constants et le grand dessein d'un perfectionnement continu.

A cette conception noblement généreuse s'oppose un point de vue plus prudent et plus réaliste qui est celui de tous les ministres des finances quelle que soit leur étiquette politique. Sancho Pança a toujours dû compenser Don Quichotte, et tenant les glorieuses vocations au sens des réalités et tentant de détourner des aventures sans espoir, rappelant que la politique financière est la condition préalable à toute politique. Ce point de vue terre à terre et prudent se justifie de quelques arguments que je propose à votre réflexion au terme de ce débat d'entrée en matière: le premier, c'est tout d'abord que le contribuable de notre pays particulièrement n'est pas le serf taillable et corvéable à merci de l'ancien régime. Il lui revient de consentir l'impôt et il a, à maintes reprises, démontré très rudement la volonté de garder la mesure que cela nous plaise ou non, car on ne peut pas célébrer la démocratie quand elle vous apporte un supplément de sièges et la rejeter quand elle vous refuse des crédits.

Ensuite, le recours à l'endettement se justifie sans doute en période de crise et de guerre; mais le poids de la dette n'en est pas moins une charge entravant l'activité de l'Etat, une contribution à la hausse de l'intérêt et à l'inflation, car le marché des capitaux n'est pas inépuisable.

En troisième lieu, à supposer même que l'électeur contribuable soit de bonne composition – ce qui arrive – ou que la liquidité du marché des capitaux reste constamment favorable, se pose le problème du rapport entre les dépenses publiques – impôts et cotisations sociales – d'une part et, d'autre part, la capacité de charge de l'économie. Certes, dans un pays largement autarcique, indépendant de ses échanges, l'autorité d'Etat peut manœuvrer avec une liberté relative sur les lignes intérieures, stimuler la consommation sans limite, et par là la production, par un

accroissement des dépenses de l'Etat. C'est en fait une redistribution du revenu, possible dans un pays qui se suffit à lui-même. Là les thèses de Keynes sont applicables.

Il en va différemment d'un pays qui, comme le nôtre, est très largement dépendant pour sa prospérité et par là même pour le niveau de sa sécurité sociale, de ses échanges, de ses exportations, de son tourisme. Or, s'il est des dépenses de l'Etat «rentables» pour le développement économique – recherche, formation professionnelle, équipements divers –, le poids global des dépenses publiques est un handicap pour une économie constamment en situation de concurrence.

Parmi les facteurs de la prospérité que nous connaissons encore, par rapport aux autres et que, espérons-le, nous maintiendrons, il faut inscrire sans doute l'esprit de responsabilité, d'initiative et de recherche de nos entreprises, le climat de concertation politique et sociale, les qualités de travail, mais aussi une très nette modération de la fiscalité publique, un esprit de mesure dans la gestion de l'Etat à ses trois niveaux. En 1972, notre charge en impôts et en cotisations obligatoires de la sécurité sociale s'inscrivait à 24 pour cent du produit national brut, chiffre manifestement et de loin le plus faible des pays industriels d'Europe qui notaient des pourcentages allant de 28 à 44 pour cent. Or, pour des motifs se justifiant parallèlement de l'inflation – qui par ses effets multiplicateurs accélère les dépenses publiques au-delà de la hausse des prix –, d'interventions nouvelles et justifiées dans divers domaines des activités publiques, la proportion s'est élevée de 24 à 27 pour cent en cinq ans.

Le Parlement et le peuple sont dès lors en droit de se demander si et dans quelle mesure l'accroissement en valeur réelle de l'intervention publique est compatible avec la capacité de concurrence de l'économie et par là même si l'extension des interventions publiques, le dynamisme de leur développement, n'est pas en porte-à-faux, n'étant garanties que par des chèques sans provision sur un avenir incertain. N'est-il dès lors pas plus sage de consolider l'acquis plutôt que de le compromettre par de généreuses imprudences qui nécessiteraient plus tard des coupes sombres que nous voulons éviter? C'est pourquoi la modération des engagements publics, la limitation de la croissance des dépenses, est certainement la condition préalable à l'approbation de notre programme.

Cela a d'ailleurs été dit par les représentants de la grande majorité des groupes lors du débat sur les lignes directrices de la législature. Nous ne sommes pas les seuls à subir cette loi. Mes derniers contacts utiles avec mes collègues de la République fédérale d'Allemagne, d'Autriche et de France démontrent une identique contrainte et une identique, si ce n'est même généralement une plus rigoureuse volonté de retrouver, dans une situation économique stabilisée, l'équilibre du budget à la fois par des ressources nouvelles et par une limitation de la croissance des dépenses.

Que cet effort de modération soit un préalable inévitable à l'augmentation d'impôts, le Conseil fédéral en est conscient et vous l'avez d'ailleurs aidé à prendre conscience à plusieurs reprises et à en décider. Un effort substantiel a été fait. Après la progression moyenne des dépenses de 14 pour cent l'an de 1971 à 1974 et des recettes qui ne suivaient qu'avec une croissance de 12 pour cent, l'exercice 1975 a ramené la croissance à 3,7 pour cent grâce à une compression, par étapes successives, de 1 milliard 800 millions sur les dépenses initialement prévues. Mais, vous le savez, la dépression allant en s'accroissant au cours de l'année dernière – sans qu'il y ait eu, comme cela aurait pu être le cas, rapport de cause à effet – nous avons été amenés aux trois programmes successifs de relance qui contribuent à porter à plus de 18 pour cent l'augmentation des dépenses pour le budget 1976. L'effort de modération, dans l'espérance d'une stabilisation ou d'une reprise économique, a été repris pour la préparation du plan finan-

cier 1977-1979. La charge résultant des engagements courants, le «Grundlast», devait, selon les premières estimations, s'élever à 60 milliards pour les trois années, retrouvant ainsi une croissance annuelle de 14 pour cent. Elle a été ramenée à une hauteur globale de 54 milliards et à une croissance annuelle de 6,5 pour cent. Les nouveaux projets que le Conseil fédéral entendait proposer au Parlement ont été rigoureusement réduits et sélectionnés, le solde de quelque 800 millions a été subordonné à l'obtention de ressources supplémentaires.

La maîtrise que nous avons aujourd'hui de l'inflation – c'est une situation nouvelle qui n'existait pas au moment où le plan de législature a été élaboré – et la volonté que nous avons de nous y tenir – et là encore nous nous rencontrons sur ce point avec mes trois collègues des pays voisins – nous amènent à reviser les chiffres de la planification des dépenses, et ce d'autant que la modération des prix freinera aussi l'amélioration des recettes. Le Conseil fédéral, dans ses directives d'avril pour le budget 1977, entend réduire les dépenses de 400 millions pour le budget prochain par rapport à la planification de la législature. En prolongation de cet effort d'estimations nouvelles, la planification des dépenses 1978 et 1979 sera elle aussi revue. Les «cinq sages», auxquels j'ai fait allusion tout à l'heure M. de Chastonay, dont nous nous sommes entourés travaillent actuellement. Le résultat de leurs travaux sera communiqué au Conseil fédéral qui prendra très librement ses décisions et ses responsabilités de gouvernement et les inscrira dans le budget 1977 et dans le document annexe «Planification des dépenses pour les années 1978 et 1979».

La motion de votre commission va donc dans le sens de la volonté du gouvernement en nous demandant la révision du plan financier et la limitation du taux d'augmentation des dépenses au maximum à quelque 6 pour cent, le cas échéant la modification des dispositions légales pour y parvenir, s'agissant de réaliser l'équilibre du budget 1979, déficitaire dans notre plan par 700 millions malgré les nouvelles ressources. Nous admettons volontiers que l'on saurait faire accepter au peuple des ressources nouvelles importantes sans la perspective d'un équilibre budgétaire et sans la certitude que cet équilibre ne sera pas mis en cause à bref délai par des engagements qui ne se justifieraient pas d'une situation de crise ou d'urgence. La motion de votre commission appelle toutefois quelques réserves. Il faut, il est vrai, réserver l'évolution économique qui, du côté des recettes comme du côté des dépenses de soutien conjoncturel, peut entraver l'opération de recherche d'équilibre. Mieux vaut, nous l'admettons volontiers, un déficit que du chômage. On doit aussi douter de la référence à l'évolution du produit national brut. En temps de dépression, de produit national brut en perte de vitesse, on pourra et on devra solliciter le budget public plutôt que de le réduire. En revanche, en période de croissance, qu'elle soit réelle, correspondant à une prospérité accrue, ou à plus forte raison si elle est essentiellement nominale, correspondant à une tendance inflationniste, il se justifiera que la croissance des dépenses soit résolument inférieure à celle du produit national brut.

Enfin, si le budget a valeur de droit, nous devons rappeler que la planification pluriannuelle dans son caractère inévitablement conjectural ne constitue pas un document impératif. Ces réserves faites, le Conseil fédéral s'efforcera de suivre votre motion dans le cadre du budget 1977 et du document de prévisions 1978 et 1979. Votre collaboration à cet égard sera précieuse et indispensable.

Modération de la croissance des dépenses, elle est indispensable. Mais on ne saurait se faire ni créer d'illusions sur une réduction drastique. Elle n'est pas souhaitable, elle n'est pas possible. Si l'on veut ne porter atteinte ni à la défense du pays, ni à son équipement, ni à sa sécurité sociale, et c'est bien là notre volonté, et sans doute la vôtre, si la Confédération veut simplement tenir ses engagements et accomplir ses tâches élémentaires, on ne

peut attendre des milliards de réduction. L'exercice de 1975 – expérience de laboratoire en quelque sorte – a démontré les limites de cette réduction. Si l'on ne veut pas un démantèlement de l'Etat dans ses tâches essentielles et dans ses institutions sociales, il faut donc bien des impôts nouveaux. Cela d'autant que la dépression de nos recettes, à côté d'une explication conjoncturelle, a une justification structurelle: la défaillance de nos ressources douanières, de par notre système de tarification au poids, qu'il est d'ailleurs trop tard et qu'il serait trop long de modifier, mais qui nous fait perdre tout le bénéfice – si l'on peut dire – de la hausse des prix que récoltent nos voisins pratiquant la taxe *ad valorem* et de par les accords de libre-échange et de démobilitation douanière de ces dernières années. De 24 pour cent qu'elle était en 1960 par rapport à l'ensemble de nos ressources fiscales, la part des droits d'entrée, carburants exceptés, est tombée à 5 pour cent au budget 1976. C'est donc bien dire que les déficits des années passées et ceux encore de 1975 et de 1976 n'existeraient pas ou n'existeraient pas dans la proportion où on les comptabilise sans la moins-value douanière insuffisamment compensée par quelques augmentations de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Il est vrai, pour répondre aux arguments d'extrême-droite et d'extrême-gauche, que ces accords de libre-échange ont stimulé nos exportations, atténué leur recul, favorisé la reprise, contrairement aux affirmations de M. Carobbio. Je réponds par là même à M. Soldini, le fait que le prix de nos importations ait baissé de 6 pour cent en un an, que nous ayons mieux que d'autres maîtrisé la hausse des prix à 1,5 pour cent l'an, démontre que l'opération de démobilitation douanière a eu, chez nous pour le consommateur, d'incontestables avantages comme elle en a eu pour l'ensemble de notre économie. Mais l'Etat, vous le constatez, n'en a pas retrouvé la pleine compensation.

Ayant ainsi marqué la volonté du Conseil fédéral de modérer la croissance des dépenses indispensables préalables à l'augmentation des impôts, mais aussi l'impossibilité d'un démantèlement de l'acquis, je serai bref sur l'économie du projet amplement développé dans le message, remarquablement mis en valeur par MM. les rapporteurs. Selon les prévisions du plan financier de législature tenant compte d'une croissance de 10 pour cent du produit national brut, et à la condition d'un effort supplémentaire de modération, il faut quelque 3 milliards pour rétablir l'équilibre du budget d'ici 1979. L'effort principal porte sur l'imposition indirecte, restée, avec la moins-value des douanes, très en retrait de la charge moyenne de nos voisins. Très en retard aussi dans sa conception et dans ses modalités: l'impôt au niveau des grossistes qu'est l'actuel ICHA frappe sectoriellement, inégalement, fausse les conditions de concurrence et grève nos exportations contrairement à la fiscalité de nos voisins. D'où notre proposition d'impôt sur le chiffre d'affaires prélevé à toutes les phases de la production, de la commercialisation et à l'importation. Il est administrativement moins compliqué, fiscalement, au taux de 10 pour cent indispensable à notre équilibre budgétaire, notablement moins élevé que les taxes à la valeur ajoutée européennes. Mais encore faut-il qu'on l'accepte avec un minimum d'esprit de solidarité et sans se joindre au long cortège des plaignants endeuillés et touchés dans leurs intérêts. Nous mesurons sans doute tous les inconvénients de l'augmentation pour tous ceux qui seront touchés, pour le tourisme, pour la viticulture, mais d'autres pays connaissent des TVA plus lourdes, ni le tourisme ni la viticulture n'y ont succombé.

Je ne veux pas longuement réfuter M. André Muret, M. le Dr Gautier s'en est donné tout à l'heure le privilège; mais je vous rappellerai toutefois que les démocraties populaires ont une qualité demandant fort peu à l'imposition directe progressive et l'essentiel des ressources au rendement des entreprises d'Etat, c'est-à-dire qu'on le veuille ou non – je vais plus loin dans les précisions que M. Gautier – tout de même un impôt indirect, indolore sans doute,

mais singulièrement plus lourd que notre TVA et à ma connaissance non passible de référendum et permettant d'ailleurs une politique de défense nationale solidement équipée à laquelle je tiens à rendre hommage.

J'attire ensuite l'attention de la majorité du groupe radical: la réduction du taux de 10 pour cent à 9 pour cent coûterait entre 700 et 800 millions. Il est tout à fait exclu que l'exercice de modération dans la croissance des dépenses – car nous ne voulons pas un démantèlement – nous amène à une réduction de dépenses de cette importance. Et il est non moins certain que le peuple refusera son adhésion à un régime fiscal qui n'atteindrait pas à l'équilibre.

Il ne m'est pas possible de suivre à la piste le slalomeur élégant qu'est M. Biel entre la nécessité d'équilibrer le budget, la charge excessive de la TVA, l'harmonisation de l'impôt direct, une politique de réduction des dépenses et pour terminer la main tendue à M. Hubacher. Si M. Biel a quelque peine à croire à la cohérence de la politique financière du gouvernement, j'ai moi-même une peine infinie à faire la synthèse de ses intentions contradictoires.

La charge fiscale directe a passé entre 1960 et 1975 de 9,5 à 14 pour cent du produit national brut. Nous ne sommes pas loin d'atteindre dans ce domaine la charge moyenne de certains de nos voisins. La progression à froid pour la période en cours n'a pas été substantiellement corrigée sur le terrain fédéral. L'augmentation des cotisations salariales, proportionnelles aux revenus, l'élévation de l'impôt indirect atteignent particulièrement les petits et les moyens contribuables. Il s'imposait donc que nous procédions à une forte correction en modération de l'échelle de l'impôt fédéral direct et que nous élevions sensiblement le minimum imposable, tout en augmentant légèrement les taux au haut de l'échelle pour des revenus qui ont subi certes d'importantes aggravations de charge au niveau des cantons et des communes, mais qui restent encore au-dessous de la moyenne européenne. Je n'arrive pas encore à m'apitoyer sur des malheureux qui bénéficient de revenus se situant entre 500 000 et 1 million et qui peuvent encore, après l'intervention des collectivités publiques, consacrer la moitié, même si c'est une moitié un petit peu ébréchée, à leur propre budget. Il en reste, me semble-t-il, assez.

Quant à M. Schalcher, à propos de ses «Gratisbürger», l'impôt fédéral direct a eu constamment pour justification de frapper les revenus moyens et hauts. Le petit contribuable entre 15 000 et 25 000 est frappé triplement, je le rappelais tout à l'heure; ce n'est pas faire un «Gratisbürger» que de fixer le minimum nécessaire à l'imposition à 25 000 francs comme nous l'avons proposé. Nous n'avons pas créé des «Gratisbürger»; les gens qui ont des revenus au-dessous de 25 000 francs sont déjà suffisamment frappés par les cotisations salariales et par l'impôt indirect.

En précisant que la perte des cantons s'élèverait au moins à 30 pour cent du rendement de l'impôt direct et qu'un cinquième au moins de cette somme serait consacré à des péréquations intercantionales, nous avons ouvert la voie au renforcement de cette péréquation. Cette dernière a déjà fait des progrès substantiels ces vingt dernières années si l'on tient compte non seulement des participations aux recettes de la Confédération mais des subventions différentielles et de cet énorme instrument de péréquation nationale, justifié d'ailleurs, qu'est l'assurance-vieillesse et survivants.

La proposition de votre commission fait d'une pierre trois coups: elle augmente les parts cantonales, elle accentue la péréquation, elle introduit d'une manière indirecte un début d'harmonisation fiscale matérielle. Cette proposition est à la fois astucieuse et généreuse. Nous n'en devons pas moins la combattre car elle priverait la Confédération de quelque 330 millions par an et elle nous contraindrait, par les délais d'exécution qu'elle impose, à une précipitation peu réaliste, et pour nous et pour les cantons. M. Butty rappelait d'ailleurs, dans le débat d'entrée en matière,

que la répartition des tâches entre les cantons et la Confédération est un préalable nécessaire à l'amplification de la péréquation et cette mission de répartition des tâches ne se fera pas en quinze jours. Cette manne généreuse me paraît d'ailleurs, par les conditions dont elle est assortie, provoquer plus de réticence que d'enthousiasme auprès des gouvernements cantonaux et de leurs directeurs des finances. Les cantons ne sont en effet pas encore convertis à l'opportunité d'une harmonisation matérielle de la fiscalité et l'article d'harmonisation formelle que nous vous avons proposé, résultant de longs travaux, leur paraît le maximum souhaitable à l'heure actuelle.

Différents orateurs ont fait allusion à l'impact économique du système fiscal que nous proposons. Il faut distinguer deux choses: tout d'abord la conséquence d'une augmentation de l'imposition en soi, que nous ne nions pas: il s'agit de 3 milliards, indépendamment de ses modalités; ensuite les effets de ces modalités, l'impact de la modification du système fiscal. Les mesures proposées entraînent une augmentation de la fiscalité globale de l'ordre de 3 milliards, soit environ 9 pour cent de l'ensemble des impôts de la Confédération, des cantons et des communes, ou encore 1,7 pour cent du produit national brut présumé. Nous avons vécu, notamment dans les années ayant immédiatement suivi la guerre, des augmentations fiscales d'une plus grosse importance et d'un plus gros volume, et la Suisse n'en est pas morte. Mais il va sans dire qu'une augmentation de 3 milliards ou de 1,7 pour cent du produit national brut n'est pas sans impact économique. Elle peut exercer une influence dont l'importance différera selon le contexte économique général. En période de chute de tension marquée, le prélèvement fiscal pourrait accentuer la dépression et poserait sans doute le problème de l'entrée en vigueur des mesures proposées. En période d'inflation fortement caractérisée, la ponction fiscale pourrait freiner l'expansion mais aussi accentuer la hausse des prix. Le calcul ne peut être fait avec précision, trop d'éléments contradictoires influençant l'évolution du niveau général des prix. Théoriquement, on pourrait citer un ordre de grandeur de 2 pour cent pour 3 milliards de prélèvement fiscal supplémentaire, mais les conséquences de cette hausse seraient fortement atténuées si la fiscalité indirecte n'était pas mise en compte dans l'indexation. Cette hausse de 2 pour cent pourrait se résorber en quelque temps, selon les expériences vécues par nos voisins: une partie de la charge pourrait être prise par les entreprises; certains fabricants, distributeurs, fournisseurs de services tenteront de compenser l'effet de l'impôt supplémentaire par des mesures de rationalisation. L'exemple de l'impôt compensatoire prélevé pendant la seconde guerre mondiale l'a clairement démontré, la hausse en serait ainsi réduite.

Notons aussi que la taxe à la valeur ajoutée peut, dans son impact économique, favoriser les investissements. Par rapport à l'impôt sur le chiffre d'affaires, elle procure en effet un allègement du coût de l'investissement. La possibilité existe de déduire l'impôt frappant les achats et les équipements des entreprises. Une répartition plus large de la taxe fiscale, ce qui est le cas dans le passage de l'ICHA à la TVA, rend la charge mieux supportable et plus équitable. Aussi bien les demandes d'exonération de certains secteurs auraient-elles pour conséquence l'aggravation de la charge des autres, une inégale répartition des coûts que nous voulons précisément éviter: c'est l'économie du système.

A supposer que l'on renonce à la TVA, nous n'éviterions pas les charges réelles que représentent les tâches assumées par la Confédération. Ces charges seraient simplement réparties différemment. Premièrement, financées par appel au marché des capitaux et de l'épargne, les interventions publiques auraient une conséquence de pénurie et de pression à la hausse des taux d'intérêts. Tous ceux qui subiraient cette hausse ressentiraient ainsi indirectement la charge qu'ils ne subiraient pas sous la forme

d'impôts. Deuxièmement, en cas de financement par des procédés directement inflationnistes, telle l'impression de billets, tous les créanciers en valeur nominale, assurés, épargnants, perdraient par l'inflation ce qu'ils croiraient avoir gagné en refusant les impôts. Troisièmement, en recourant à d'autres impôts que la TVA, sans avoir du tout la garantie d'une répartition plus équitable, on retrouverait tout l'impact que porte en elle-même une augmentation de la charge. Un tour de vis supplémentaire dans les cotisations salariales frapperait par exemple les mêmes personnes et les mêmes entreprises que la taxe à la valeur ajoutée.

Quant à une réduction drastique des dépenses, que certains suggèrent au-delà de l'effort de modération ferme que nous estimons nécessaire, il ne faut pas oublier que toute dépense publique a un bénéficiaire: fournisseur de matériel, entrepreneur de constructions, agriculteur, rentier AVS, salarié. Par une réduction drastique des dépenses, le désavantage économique de ces bénéficiaires pourrait être bien plus lourd que celui résultant de la taxe à la valeur ajoutée.

En résumé, nous devons nous garder avec la même fermeté sur notre droite et sur notre gauche. Sur notre droite, à l'encontre de ceux qui, par le rejet de nos projets ou par l'abaissement du taux, la réduction substantielle des dépenses qu'il implique, mettent en cause l'acquis, démantèlent les tâches fondamentales de la Confédération. Sur notre gauche, nous devons nous défendre à l'encontre de ceux qui considèrent comme un sacrilège la motion de la commission demandant, non pas une réduction, mais une modération raisonnable de la croissance. Ils nous feraient faire, dans une expansion sans frein, une «Fahrt ins Blaue» dont les lendemains seraient durs pour les contribuables, petits et gros, et pour la capacité de compétition de notre économie.

Le climat de ce débat me préoccupe car il me semble qu'on y songe moins souvent au regroupement nécessaire d'une très large majorité que l'on ne se plaît à y brandir des drapeaux, «Sparmassnahmen», «fortentwickeln», qui serviront peut-être très bientôt de prétexte commode à la dérobade devant l'électeur. Nous n'avons pas voulu cela. Nous n'avons pas le droit de jouer un régime fiscal aussi essentiel au jeu d'Indiens des partis. Ce départ en ordre dispersé entre une certaine droite qui freine des deux pieds et une certaine gauche qui prétend accélérer sans souci de financement m'inquiète quant à l'issue de nos projets, quant à la crédibilité de ce Parlement et de ses propositions et je souhaite que la voix de la ferme raison l'emporte dans vos décisions et trouve autour d'elles, par concession mutuelle, une large cohésion dans la modération des dépenses mais aussi et surtout dans le maintien du niveau des ressources que nous avons prévues, minimum nécessaire au rétablissement de l'équilibre du budget et pour permettre à la Confédération de remplir ses tâches.

Certes, nos difficultés financières sont très loin d'être les seules en Europe, il s'en faut. Mais les parlements de nos voisins bénéficient de pouvoirs sans appel. Or, vous le savez, nous sommes tributaires de la double approbation du peuple et des cantons. Cela situe la difficulté de l'entreprise. Large cohésion, solidarité, concessions mutuelles et engagement personnel seront nécessaires à l'aboutissement de ce projet. A défaut, nous nous verrions les uns et les autres dans la même vaisselle cassée. Nous nous verrions les uns et les autres condamnés à des expédients fiscaux provisoires et renouvelés, à des transferts de charges pour ne pas avoir à procéder à un démantèlement des tâches de la Confédération et à un démontage de ses institutions, que nous ne voulons pas. Ni l'économie, ni les cantons, ni les contribuables, ni le pays n'y seraient gagnants. Je vous demande d'entrer en matière et de ne pas trop modifier le projet que nous vous avons transmis.

Präsident: Wir kommen zum Entscheid über die Eintretensfrage. Herr Muret hat Ihnen einen Antrag auf Nichtein-

treten verteilen lassen. Demgegenüber beantragt die Kommission Eintreten.

Abstimmung – Vote

Für den Nichteintretensantrag Muret	6 Stimmen
Für den Eintretensantrag der Kommission	142 Stimmen

Präsident: Für den Fall, dass der Antrag Muret abgelehnt werde, hat Herr Carobbio einen Antrag auf Rückweisung an den Bundesrat gestellt mit dem Auftrag, das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern nochmals zu prüfen. Auch Herr Carobbio verzichtet auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Carobbio	4 Stimmen
Dagegen	128 Stimmen

Weber Leo, Berichterstatter: Sie haben eine Liste über den Verlauf des Verfahrens erhalten. Die Erfahrungen in der Kommission haben gezeigt, dass wir hier nur zu Ende kommen, wenn wir «Pakete» bilden. Ich schlage Ihnen deshalb vor, drei solche Pakete zu bilden. Erstes Paket: Mehrwertsteuer, Artikel 41ter und die zugehörige Uebergangsbestimmung Artikel 9. Zweites Paket: direkte Bundessteuer, Artikel 41quater, inklusive die Kantonsanteile und die materielle Harmonisierung sowie die Uebergangsbestimmung Artikel 8. Drittes Paket: Flexibilitätsfrage, die für die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer gemeinsam gestellt wird. Anschliessend die Grundsatzfragen; Anträge Fischer usw.: neue Steuer oder Fortsetzung der bisherigen alten Steuern mit gewissen Modifikationen; Frage der formellen Harmonisierung. Am Schluss würden wir auf Titel und Ingress zurückkommen, d. h. auf die Frage, ob wir dem Volk einen oder zwei Bundesbeschlüsse unterbreiten wollen. Ich glaube, diese Frage sollte am Schluss beraten werden. Es folgt dann noch die Motion der Kommission, die Schlussabstimmung, und zuletzt die Reichumssteuer.

Uebersicht über die Beratungsweise siehe Seite 694 hienach

M. Gautier, rapporteur: Vous avez reçu du secrétariat le programme de la discussion de détail. Nous nous sommes rendu compte en commission qu'on ne pouvait pas suivre systématiquement l'ordre des articles tels qu'ils figurent dans le dépliant et qu'il faut grouper les différentes dispositions par «paquets». Nous discuterons dans un premier temps les impôts indirects, soit:

1. TVA. Article 41ter et article 9 des dispositions transitoires.
2. Impôt fédéral direct. Article 41quater et article 8 des dispositions transitoires, et conjointement les dispositions relatives à l'harmonisation fiscale matérielle (art. 42ter, 2e al., et 41quater, 4e al.).
3. Marges de flexibilité.
4. Problèmes de fond (régime actuel ou nouveau régime; propositions Fischer).
5. Harmonisation formelle: 1 arrêté fédéral – 2 arrêtés fédéraux.
6. Titre et préambule, qui dépendent de la décision sur la question de savoir si nous présenterons au peuple un ou deux arrêtés.
7. Motion de la commission.
8. Vote sur l'ensemble.

Pour plus de précisions, voir le tableau, pages 698 et 699

Anträge der Kommission**A****Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer****Titel****Buchst. A**

Streichung des Buchstabens A

Wortlaut des Titels

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer und über die Steuerharmomisierung

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 24. März 1976, nach Prüfung zweier parlamentarischer Initiativen, nach Einsicht in den Bericht einer Kommission des Nationalrates vom 17. März 1975 und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 24. März 1976, beschliesst:

Abschnitt I**Art. 41bis (Aenderung), Art. 41ter, 41quater und 42quinquies (neu)****Art. 41ter****Mehrheit****Abs. 1****Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Eine Steuer auf dem Umsatz von Waren und Leistungen sowie auf der Einfuhr. Das Gesetz bezeichnet die Umsätze von Waren und Leistungen, die der Steuer zum normalen oder zum ermässigten Satz unterliegen. Die Steuer beträgt höchstens 10 Prozent des Entgelts; (Rest des Satzes streichen)

Buchst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 und 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Letsch, Fischer-Bern, Leutenegger)

Abs. 1**Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Eine Steuer auf dem Umsatz von Waren und Leistungen sowie auf der Einfuhr. Das Gesetz bezeichnet die Umsätze von Waren und Leistungen, die der Steuer zum normalen oder zum ermässigten Satz unterliegen. Die Steuer beträgt höchstens 9 Prozent des Entgelts; (Rest des Satzes streichen)

Buchst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 und 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit II

(Fischer-Bern, Leutenegger)

Art. 41ter**Abs. 1 bis 4**

Warenumsatzsteuer geltender Text mit folgender Aenderung in Absatz 3, letzter Satz:

Die Steuer beträgt bei Detaillieferungen 7,5 (ansatt 5,6) Prozent und bei Engroslieferungen 10 (anstatt 8,4) Prozent des Entgelts.

Abs. 1 Buchst. c (neu)**Minderheit**

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Eine besondere Verbrauchssteuer auf Bier.

Art. 41quater Abs. 1 und 2**Minderheit**

(Letsch, Fischer-Bern, Gautier, Leutenegger)

Beibehaltung der bisherigen direkten Bundessteuer unter angemessenem Ausgleich der kalten Progression.

Minderheit

(Letsch, Biel, Corbat, Fischer-Bern, Gautier, Generali, Leutenegger, Moser, Schürch, Widmer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Mehrheit**Abs. 1**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Die direkte Bundessteuer wird für Rechnung des Bundes von den Kantonen erhoben. Vom Rohertrag der Steuer fallen mindestens vier Zehntel den Kantonen zu; davon sind wenigstens vier Zehntel für den Finanzausgleich unter den Kantonen zu verwenden. Die Verwendung richtet sich grundsätzlich nach der Finanzkraft der Kantone. Der Bund kann jedoch bei der Verwendung des für den Finanzausgleich bestimmten Steuerertrages eine minimale steuerliche Belastung höher Einkommen und Vermögen natürlicher Personen sowie von Gewinn, Kapital und Reserven der juristischen Personen durch Kantone und Gemeinden voraussetzen.

Art. 41quater Abs. 3**Mehrheit****Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 18 000 Franken;

Buchst. b

Die Steuer beträgt höchstens 14 Prozent; (Rest des Buchstabens streichen)

Buchst. c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Schärli, Corbat, Dürr, Fischer-Bern, Gautier, Generali, Letsch, Schürch)

Buchst. a

Die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 15 000 Franken;

Buchst. b

Die Steuer beträgt höchstens 12,5 Prozent; (Rest des Buchstabens streichen)

Minderheit II

(Uchtenhagen, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich)

Buchst. a

Nach Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

(Hubacher, Bussey, Diethelm, Gerwig, Rubi, Stich, Uchtenhagen)

Die Steuer beträgt höchstens 15 Prozent. Dieser Satz kann höchstens um einen Zehntel erhöht werden;

Art. 41quater Abs. 4**Mehrheit****Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

Die Steuer beträgt höchstens 11,5 Prozent vom Gewinn und höchstens 0,75 Promille vom Kapital und von den Reserven. (Rest des Buchstabens streichen)

Minderheit

(Fischer-Bern, Corbat, Gautier, Leutenegger, Schärli, Schürch)

Buchst. a

Die juristischen Personen werden, ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform, nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit steuerlich möglichst gleichmässig belastet. Zu diesem Zwecke kann auch eine nach Ersatzfaktoren bemessene Minimalsteuer vorgesehen werden;

Buchst. b

(Stich, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Uchtenhagen)

Die Steuer beträgt höchstens 11,5 Prozent vom Gewinn und höchstens 0,825 Promille vom Kapital und von den Reserven. Diese Sätze können höchstens um einen Zehntel erhöht werden.

Art. 41quater Abs. 5 und 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 42quinquies

(neu)

Mehrheit**Abs. 1**

Der Bund sorgt in Zusammenarbeit mit den Kantonen für die Harmonisierung der direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Abs. 2

Zu diesem Zweck erlässt er auf dem Wege der Bundesgesetzgebung Grundsätze für die Gesetzgebung der Kantone und Gemeinden über Steuerpflicht, Gegenstand und zeitliche Bemessung der Steuern, Verfahrensrecht und Straferecht und überwacht ihre Einhaltung. Die Bestimmung der Steuertarife, Steuersätze und Steuerfreibeträge ist Sache der Kantone.

Abs. 3

Beim Erlass der Grundsatzgesetzgebung für die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie beim Erlass der Gesetzgebung über die direkte Bundessteuer hat der Bund auf die Bestrebungen der Kantone zur Steuerharmonisierung Rücksicht zu nehmen. Den Kantonen ist eine angemessene Frist für die Anpassung ihrer Steuergesetzgebung einzuräumen. Sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung ihrer Gesetzgebung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung als anwendbar.

Abs. 4

Die Kantone wirken bei der Vorbereitung der Bundesgesetze mit.

Minderheit

(Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hofmann, Hubacher, Letsch, Rubi, Schläppy, Stich, Uchtenhagen)

Abs. 2

Zu diesem Zweck erlässt er Vorschriften über Steuerpflicht, Gegenstand ...

Für den Rest des Artikels: Gemäss Antrag der Mehrheit

Abschnitt II**Uebergangsbestimmungen
der Bundesverfassung. Aenderung****Art. 8 Abs. 1 und 2****Minderheit I**

(Letsch, Fischer-Bern, Gautier, Leutenegger)

Ganzer Artikel: Beibehaltung der bisherigen direkten Bundessteuer unter angemessenem Ausgleich der kalten Progression (= geltender Text)

Minderheit II

(Fischer-Bern, Leutenegger)

Geltender Text mit folgender Aenderung (Abs. 2): Mit Wirkung ab 1. Oktober 1977 (anstatt 1975) beträgt die Warenumsatzsteuer bei Detaillieferungen 7,5 (anstatt 5,6) Prozent und bei Engroslieferungen 10 (anstatt 8,4) Prozent des Entgeltes.

Mehrheit**Abs. 1**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2**Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Die Abzüge betragen:
für Verheiratete 3000 Franken;

für Kinder je 1500 Franken;
für unterstützungsbedürftige Personen je 1500 Franken;
für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien zusammen 2500 Franken;
vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 4000 Franken;

Buchst. b

Die Steuer für ein Jahr beträgt:

bis 17 999 Franken Einkommen	0 Fr.;
für 18 000 Franken Einkommen	30 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	1 Fr. mehr;
für 30 000 Franken Einkommen	150 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	3 Fr. mehr;
für 40 000 Franken Einkommen	450 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	6 Fr. mehr;
für 50 000 Franken Einkommen	1050 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	8 Fr. mehr;
für 60 000 Franken Einkommen	1850 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	10 Fr. mehr;
für 80 000 Franken Einkommen	3850 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	12 Fr. mehr;
für 100 000 Franken Einkommen	6250 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	14 Fr. mehr;

Minderheit I

(Schärli, Corbat, Dürr, Fischer-Bern, Gautier, Generali, Letsch, Schürch)

Abs. 2 Buchst. b

Die Steuer für ein Jahr beträgt:

bis 14 999 Franken Einkommen	0 Fr.;
für 15 000 Franken Einkommen	30 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	1 Fr. mehr;
für 20 000 Franken Einkommen	80 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	2 Fr. mehr;
für 30 000 Franken Einkommen	280 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	4 Fr. mehr;
für 40 000 Franken Einkommen	680 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	6 Fr. mehr;
für 50 000 Franken Einkommen	1280 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	8 Fr. mehr;
für 60 000 Franken Einkommen	2080 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	10 Fr. mehr;
für 80 000 Franken Einkommen	4080 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	12 Fr. mehr;
für 100 000 Franken Einkommen	6480 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	14 Fr. mehr;
für 501 300 Franken Einkommen	62 662 Fr.
für 501 400 Franken Einkommen	62 675 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	12.50 Fr. mehr;

Minderheit II

(Uchtenhagen, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich)

Abs. 2 Buchst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8 Abs. 3**Mehrheit****Ingress**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. a

Die Reinertragssteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften beträgt:

4 Prozent auf dem 4 Prozent des Kapitals und der Reserven nicht übersteigenden Teil des Reinertrages oder, wenn Kapital und Reserven 250 000 Franken nicht erreichen, auf dem 10 000 Franken nicht übersteigenden Teil des Reinertrages;

10 Prozent auf dem übrigen Reinertrag;

Buchst. b und c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Stich, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Uchtenhagen, Widmer)

Buchst. a

Kapitalgesellschaften und Genossenschaften entrichten vom Reinertrag eine proportionale Steuer von 8 Prozent. (Rest des Buchstabens streichen)

Buchst. b und c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8 Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9 Abs. 1 bis 3**Minderheit**

(Fischer-Bern, Leutenegger)

Streichen (= geltender Text)

Mehrheit**Abs. 1**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

In Abweichung von Artikel 41ter Absatz 3 erlässt der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen betreffend die Umsatzsteuer nach Artikel 41ter Absatz 1 Buchstabe a. Diese Ausführungsbestimmungen werden innert vier Jahren seit ihrem Inkrafttreten durch ein Ausführungsgesetz gemäss Artikel 41ter Absatz 3 ersetzt.

Abs. 3**Buchst. h**

Ueber die Steuer und den Abzug der Vorsteuer wird in der Regel halbjährlich abgerechnet. Der Bundesrat kann vierteljährliche Zahlungen anordnen.

Für den Rest von Absatz 3: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Abs. 1

Bis zum Inkrafttreten der vom Bundesrat nach den Absätzen 2-4 erlassenen Ausführungsbestimmungen betreffend die Umsatzsteuer bleiben die am 31. Dezember 1976 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer in Kraft. Die Gesamtbelastung des Biers durch die Biersteuer sowie die Zollzuschläge auf Braurohstoffen und Bier bleibt, im Verhältnis zum Bierpreis, auf dem Stand vom 31. Dezember 1970.

Abs. 2 und 3

Gemäss Antrag der Mehrheit

Art. 9 Abs. 4*Ingress und Buchst. a*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

Vorschriften über eine befristete Preisüberwachung und Preisanschreibepflicht erlassen.

Art. 9 Abs. 5*Ingress*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Mehrheit**Buchst. a*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

Der Zollzuschlag auf Treibstoffen für die Finanzierung der Nationalstrassen ist in das für die Berechnung der Umsatzsteuer massgebende Entgelt einzubeziehen. Der Zollzuschlag ist zum Ausgleich der dadurch bewirkten Mehrbelastung der Treibstoffe herabzusetzen und der entsprechende Anteil des auf dem Zollzuschlag erzielten Umsatzsteuerertrages für die Finanzierung der Nationalstrassen zu verwenden.

Buchst. c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Buchst. a

Streichen

Buchst. b und c

Gemäss Antrag der Mehrheit

Art. 9 Abs. 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9 Abs. 7*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Biel, Uchtenhagen, Widmer)

Streichen

Abschnitt III

Die in den Ziffern I und II genannten Bestimmungen treten am 1. Januar 1977 in Kraft; jedoch tritt Artikel 41quater Absatz 2 am 1. Januar 1979 in Kraft.

Abschnitt IV

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

B**Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung***Mehrheit*

Streichen (siehe Art. 42quinquies hievor)

Minderheit

(Stich, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Schläppy, Uchtenhagen)

Initiative Stich

(BBI 1975 II 1750)

Zustimmung zur Initiative

Initiative Butty

Siehe BBI 1975 II 1752

Motion der Kommission

Der Bundesrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem Budget 1977 dem Rate

Ziff. 1

Einen neuen, vom Willen zur Konsolidierung getragenen Finanzplan für die Jahre 1977–1979 vorzulegen; gegenüber dem Finanzplan vom 28. Januar 1976 muss sich das Ausgabenwachstum spürbar verflachen, und auch in den jährlichen Budgets müssen die Zuwachsraten der gesamten Ausgaben jeweils im Rahmen der Zunahme des Bruttosozialproduktes bleiben, höchstens jedoch 6 Prozent; nötigenfalls sind gleichzeitig Anträge auf Aenderung gesetzlicher Grundlagen zu stellen.

Ziff. 2

Zeichnen sich extreme Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes ab, so sind die Richtwerte für die Ausgabenplanung zu überprüfen. Jedenfalls aber soll bis 1979 der Finanzhaushalt (exklusive spezielle Arbeitsbeschaffungsprogramme) ausgeglichen werden.

Zur Verteilung gelangt die folgende Uebersicht über die Beratungsweise:

1. *Behandlung des Geschäfts:* Anträge auf Nichteintreten. Rückweisung
2. *Titel und Ingress beider Beschlüsse:* zurückstellen (Ziff. 8)
3. *WUST bzw. Mehrwertsteuer*
 31. *Art. 41ter:*
 - Flexibilität: zurückstellen (Ziff. 5)
 - Grundsatz (Bisheriges – neues Recht) zurückstellen (Ziff. 6)
 - Gastgewerbe zurückstellen: Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 3
 32. *Art. 9 UeB:*
 - Grundsatz (Bisheriges – neues Recht): vgl. Ziff. 6
 - Gastgewerbe: alle Anträge behandeln bei Abs. 3 Buchst. e
4. *Direkte Bundessteuer*
 41. *Art. 41quater Abs. 1–3*
Bei Abs. 2 mitbehandeln Art. 42ter Abs. 2

42. Art. 8 UeB Abs. 1 und 2
 43. Art. 41quater Abs. 4
 44. Art. 8 Abs. 3
5. *Flexibilität:*
 Mehrwertsteuer:
 Art. 41ter Abs. 1 Buchst. a
 Direkte Bundessteuer:
 Natürliche Personen: Art. 41quater Abs. 3 Buchst. b
 Juristische Personen: Abs. 4 Buchst. b
6. *Grundsatzfrage:* (Bisheriges Recht – neues Recht)
 1) Indirekte Steuern: Art. 41ter, Art. 9
 2) Direkte Steuern: Art. 41quater, Art. 8
7. *Harmonisierung:*
 Bereinigung der 3 Texte
 Wahl zwischen den 3 Texten
 System 1: Bundesbeschluss – 2 Bundesbeschlüsse
8. *Titel und Ingress*
9. *Motion der Kommission*
10. *Schlussabstimmung(en)*
11. *Reichtumssteuer. Volksbegehren*

Propositions de la commission

A

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Titre

Let. A

Biffer la lettre A

Texte du titre

Arrêté fédéral concernant le nouveau régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct et l'harmonisation fiscale

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 24 mars 1976; après examen de deux initiatives parlementaires; vu le rapport du 17 mars 1975 d'une commission du Conseil national; vu l'avis du Conseil fédéral du 24 mars 1976, arrête:

Ch. I

Art. 41bis (modification) art. 41ter, 41quater et 42quinquies (nouveau)

Art. 41ter

Majorité

Al. 1

Préambule

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

Un impôt sur les transactions en marchandises et les prestations, ainsi que sur les importations. La loi détermine les transactions en marchandises et les prestations qui sont imposées au taux normal ou au taux réduit. L'impôt s'élève à 10 pour cent au plus de la contre-prestation. (Biffer le reste de la phrase)

Let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 et 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Letsch, Fischer-Berne, Leutenegger)

Al. 1

Préambule

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

Un impôt sur les transactions en marchandises et les prestations, ainsi que sur les importations. La loi détermine les transactions en marchandises et les prestations qui sont imposées au taux normal ou au taux réduit. L'impôt s'élève à 9 pour cent au plus de la contre-prestation. (Biffer le reste de la phrase)

Let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 et 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité II

(Fischer-Berne, Leutenegger)

Art. 41ter

Al. 1 à 4

Impôt sur le chiffre d'affaires, texte actuel avec la modification suivante au 3e alinéa, dernière phrase: L'impôt s'élève, s'il s'agit de livraisons au détail, à 7,5 pour cent (au lieu de 5,6) et, s'il s'agit de livraisons en gros, à 10 pour cent (au lieu de 8,4) de la contre-prestation.

Al. 1 let. c (nouveau)

Minorité

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Un impôt de consommation particulier sur la bière.

Art. 41quater al. 1 et 2

Minorité

(Letsch, Fischer-Berne, Gautier, Leutenegger)

Maintenir l'actuel impôt fédéral direct avec compensation adéquate de la progression à froid.

Minorité

(Letsch, Biel, Corbat, Fischer-Berne, Gautier, Generali, Leutenegger, Moser, Schürch, Widmer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

L'impôt fédéral direct est perçu par les cantons pour le compte de la Confédération. Quatre dixièmes au moins du rendement brut de l'impôt reviennent aux cantons; quatre dixièmes de cette part revenant aux cantons doivent en outre être utilisés pour la péréquation financière entre les cantons. On applique celle-ci en tenant compte en principe de la force financière des cantons. La Confédération peut faire dépendre la participation des cantons au rende-

ment de la péréquation financière d'une charge fiscale minimale pour l'imposition, par les cantons et les communes, des hauts revenus et des fortunes élevées des personnes physiques ainsi que du bénéfice, du capital et des réserves des personnes morales.

Art. 41quater al. 3

Majorité

Préambule

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

L'assujettissement commence aussitôt que le revenu net atteint 18 000 francs;

Let. b

L'impôt s'élève au plus à 14 pour cent; (Biffer le reste de la lettre)

Let. c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Schärli, Corbat, Dürr, Fischer-Berne, Gautier, Generali, Letsch, Schürch)

Let. a

L'assujettissement commence aussitôt que le revenu net atteint 15 000 francs

Let. b

L'impôt s'élève au plus à 12,5 pour cent; (Biffer le reste de la lettre)

Minorité II

(Uchtenhagen, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich)

Let. a

Selon le projet du Conseil fédéral

Let. b

(Hubacher, Bussey, Diethelm, Gerwig, Rubi, Stich, Uchtenhagen)

L'impôt s'élève au plus à 15 pour cent;

Le taux peut être augmenté d'un dixième au plus;

Art. 41quater al. 4

Majorité

Préambule

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. b

L'impôt s'élève au plus à 11,5 pour cent du bénéfice et à 0,75 pour mille au plus du capital et des réserves. (Biffer le reste de la lettre)

Minorité

(Fischer-Berne, Corbat, Gautier, Leutenegger, Schärli Schürch)

Let. a

Les personnes morales, quelle que soit leur forme juridique, sont imposées, selon leur capacité économique, d'une manière aussi égale que possible. Un impôt mini-

mum basé sur des facteurs de remplacement peut être introduit à cette fin.

Let. b

(Stich, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Uchtenhagen)

L'impôt s'élève au plus à 11,5 pour cent du bénéfice et à 0,825 pour mille au plus du capital et des réserves. Ces taux peuvent être augmentés d'un dixième au plus.

Art. 41quater al. 5 et 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 42quinquies

(nouveau)

Majorité

Al. 1

La Confédération s'emploie, avec la collaboration des cantons, à harmoniser les impôts directs de la Confédération, des cantons et des communes.

Al. 2

A cet effet, elle établit par la voie législative, pour la législation des cantons et des communes, les principes régissant l'assujettissement à l'impôt, l'objet et le calcul des impôts dans le temps, la procédure et le droit pénal en matière fiscale; elle en contrôle l'observation. La fixation des barèmes, des taux et des montants exonérés d'impôt est du ressort des cantons.

Al. 3

En édictant la législation de base relative aux impôts directs des cantons et des communes et la législation sur l'impôt fédéral direct, la Confédération tiendra compte des efforts entrepris par les cantons en vue de l'harmonisation fiscale. Les cantons disposeront d'un délai convenable pour adapter leurs législations fiscales. Si les cantons n'ont pas adapté leurs législations dans ce délai, la Confédération déclare applicables les dispositions de la législation fédérale.

Al. 4

Les cantons participent à l'élaboration des lois fédérales.

Minorité

(Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hofmann, Hubacher, Letsch, Rubi, Schläppy, Stich, Uchtenhagen)

Al. 2

A cet effet, elle édicte des prescriptions sur l'assujettissement à l'impôt, ...

Pour le reste de l'article: Selon la proposition de la majorité

Ch. II

Dispositions transitoires de la constitution. Modification

Art. 8 al. 1 et 2

Minorité I

(Letsch, Fischer-Berne, Gautier, Leutenegger)

Pour l'article entier: Maintien de l'actuel impôt fédéral direct avec compensation adéquate de la progression à froid (= texte actuel)

Minorité II

(Fischer-Berne, Leutenegger)

Texte actuel, avec la modification suivante (al. 2): L'impôt sur le chiffre d'affaires s'élève, avec effet au 1er octobre 1977 (au lieu de 1975), à 7,5 pour cent (au lieu de 5,6) de la contre-prestation s'il s'agit de livraisons au détail et à 10 pour cent (au lieu de 8,4) s'il s'agit de livraisons en gros.

Majorité**Al. 1**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2**Préambule**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

Les déductions s'élèvent:

pour les personnes mariées, à 3000 francs;
pour chaque enfant, à 1500 francs;
pour chaque personne nécessiteuse, à 1500 francs;
pour primes d'assurances et intérêts de capitaux d'épargne, au total, à 2500 francs;
pour le produit du travail de l'épouse, à 4000 francs;

Let. b

L'impôt pour une année s'élève:

jusqu'à 17 999 francs de revenu, à	0 franc;
pour 18 000 francs de revenu, à	30 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	1 franc de plus;
pour 30 000 francs de revenu, à	150 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	3 francs de plus;
pour 40 000 francs de revenu, à	450 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	6 francs de plus;
pour 50 000 francs de revenu, à	1 050 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	8 francs de plus;
pour 60 000 francs de revenu, à	1 850 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	10 francs de plus;
pour 80 000 francs de revenu, à	3.850 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	12 francs de plus;
pour 100 000 francs de revenu, à	6 250 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	14 francs de plus.

Minorité I

(Schärli, Corbat, Dürr, Fischer-Berne, Gautier, Generali, Letsch, Schürch)

Al. 2 let. b

L'impôt pour une année s'élève:

jusqu'à 14 999 francs de revenu, à	0 franc;
pour 15 000 francs de revenu, à	30 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	1 franc de plus;
pour 20 000 francs de revenu, à	80 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	2 francs de plus;
pour 30 000 francs de revenu, à	280 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	4 francs de plus;
pour 40 000 francs de revenu, à	680 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	6 francs de plus;
pour 50 000 francs de revenu, à	1 280 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	8 francs de plus;
pour 60 000 francs de revenu, à	2 080 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	10 francs de plus;
pour 80 000 francs de revenu, à	4 080 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	12 francs de plus;
pour 100 000 francs de revenu, à	6 480 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	14 francs de plus;

pour 501 300 francs de revenu, à	62 662 francs
pour 501 400 francs de revenu, à	62 675 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	12 fr. 50 de plus.

Minorité II

(Uchtenhagen, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich)

Al. 2 let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 8 al. 3**Majorité****Préambule**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

L'impôt sur le rendement net des sociétés à base de capitaux et des sociétés coopératives s'élève à:

4 pour cent sur la partie du rendement net qui n'excède pas 4 pour cent du capital et des réserves ou, si le capital et les réserves n'atteignent pas 250 000 francs, sur la partie du rendement net qui n'excède pas 10 000 francs;
10 pour cent sur le rendement net restant;

Let. b et c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Stich, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Uchtenhagen, Widmer)

Let. a

Les sociétés à base de capitaux et les sociétés coopératives paient sur le rendement net un impôt proportionnel de 9 pour cent; (Biffer le reste de la lettre)

Let. b et c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 8 al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 9 al. 1 à 3**Minorité**

(Fischer-Berne, Leutenegger)

Biffer (= texte actuel)

Majorité**Al. 1**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

En dérogation à l'article 41ter, 3e alinéa, le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution relatives à l'impôt sur le chiffre d'affaires conformément à l'article 41ter, 1er alinéa, lettre a. Dans un laps de temps de quatre ans, ces dispositions seront remplacées par la loi d'exécution prévue à l'article 41ter, 3e alinéa.

Al. 3**Let. h**

La période de décompte de l'impôt et de la déduction de l'impôt préalable est, en principe, le semestre civil. Le Conseil fédéral peut ordonner des paiements trimestriels.

Pour le reste de l'alinéa 3: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Al. 1

Les dispositions régissant l'impôt sur le chiffre d'affaires, en vigueur le 31 décembre 1976, restent applicables jusqu'à l'entrée en vigueur des dispositions d'exécution édictées par le Conseil fédéral conformément aux alinéas 2 à 4. La charge totale qui grève la bière proportionnellement à son prix et qui comprend l'impôt sur la bière et les droits de douane supplémentaires sur les matières premières pour la brasserie et sur la bière, demeure en l'état du 31 décembre 1970.

Al. 2 et 3

Selon proposition de la majorité

Art. 9 al. 4**Préambule et let. a**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. b

Edicter des prescriptions limitées dans le temps sur la surveillance et l'affichage des prix.

Art. 9 al. 5**Préambule**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Majorité**Let. a**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. b

Les droits de douane supplémentaires sur les carburants destinés au financement des routes nationales doivent être compris dans la contre-prestation sur laquelle se fonde le calcul de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Les droits de douanes supplémentaires doivent être réduits pour compenser le surcroît de charges grevant les carburants et la part correspondante au produit de l'impôt sur le chiffre d'affaires provenant de l'imposition de ces droits supplémentaires doit être affectée au financement des routes nationales.

Let. c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Widmer, Biel, Uchtenhagen)

Let. a

Biffer

Let. b et c

Selon proposition de la majorité

Art. 9 al. 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 9 al. 7**Majorité**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Biel, Uchtenhagen, Widmer)

Biffer

Ch. III

Les dispositions mentionnées sous chiffres I et II entrent en vigueur le 1er janvier 1977; l'article 41^{quater}, 2e alinéa, entre toutefois en vigueur le 1er janvier 1979.

Ch. IV

Adhérer au projet du Conseil fédéral

B**Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale****Majorité**Biffer (voir art. 42^{quinquies} ci-devant)**Minorité**

(Stich, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Schläppy, Uchtenhagen)

Initiative Stich

(FF 1975 II 1752)

Adhérer à l'initiative

Initiative Butty

Voir FF 1976 II 1754

Motion de la commission

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres fédérales à l'occasion du budget 1977

Ch. 1

Un nouveau plan financier pour les années 1977 à 1979, s'inspirant de la volonté de consolider l'acquis. Au regard du plan financier du 28 janvier 1976, l'accroissement des dépenses doit notablement s'infléchir; de même, il importe que les taux d'augmentation des dépenses totales inscrites aux budgets annuels soient en relation avec la croissance du produit national brut, mais au maximum de 6 pour cent; si la chose s'avère nécessaire, le Conseil fédéral propose par la même occasion aux Chambres fédérales de modifier certaines dispositions légales.

Ch. 2

Les valeurs indicatives pour la planification des dépenses sont réexaminées si les taux d'augmentation du produit national brut sont très élevés. Les comptes doivent en tous cas être équilibrés jusqu'en 1979 (sans tenir compte des programmes spéciaux pour la création de postes de travail).

L'aperçu suivant relatif au mode de délibération est distribué aux députés:

1. *Discussion du projet:* propositions de non-entrée en matière et de renvoi
2. *Titre et préambule des deux arrêtés:* examen réservé (ch. 8)
3. *ICHA/TVA*
31. Art. 41^{ter}:
marge de flexibilité: examen réservé (ch. 5)

problème de fond (régime actuel – nouveau régime): examen réservé (ch. 6)
hôtels + restaurants: examen réservé (art. 9, 3e al., let. e, ch. 3)

32. *Art. 9 disp. trans.:*

problème de fond (régime actuel – nouveau régime)
cf. ch. 6
hôtels + restaurants: examen de toutes les propositions au 3e al., let. e

4. *Impôt fédéral direct*

41. *Art. 41quater, 1er au 3e al.*
au 2e al.: examiner également *art. 42ter, 2e al.*
42. *Art. 8 disp. trans., 1er et 2e al.*
43. *Art. 41quater, 4e al.*
44. *Art. 8, 3e al.*

5. *Marge de flexibilité*

TVA: *art. 41ter, 1er al., let. a*
Impôt féd. direct:
pers. phys.: *art. 41quater, 3e al., let. b*
pers. morales: *4e al., let. b*

6. *Problème de fond* (régime actuel – nouveau régime)

- 1) Impôts indirects: *art. 41ter, art. 9*
2) Impôts directs: *art. 41quater, art. 8*

7. *Harmonisation fiscale:*

mise au point des 3 textes
choix entre ces divers textes
systématique: 1 arrêté fédéral – 2 arrêtés fédéraux

8. *Titre et préambule*

9. *Motion de la commission*

10. *Votation(s) finale(s)*

11. *Impôt sur la richesse. Initiative populaire*

Titel und Ingress – Titre et préambule

Präsident: Hier kommen wir zu Titel und Ingress. Nach dem ausgeteilten Verfahrensvorschlag beantragen die Berichterstatter, Titel und Ingress zurückzustellen. Sie sind damit einverstanden. Im übrigen werde ich Ihr Stillschweigen so, dass Sie mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden sind. – Das ist der Fall.

Zustimmung – Adhésion

Warenumsatzsteuer (WUST) bzw. Mehrwertsteuer

**Impôt sur le chiffre d'affaires (ICHA).
Taxe à la valeur ajoutée (TVA)**

Abschn. I Art. 41ter Abs. 1 Buchst. a

Ch. I art. 41ter al. 1 let. a

Weber Leo, Berichterstatter: Im bisherigen Artikel 41ter wurden die direkte Bundessteuer und die WUST miteinander geregelt. Neu soll Artikel 41ter lediglich die Rechtsgrundlage für die indirekten Steuern, also die Mehrwertsteuer bilden. Die direkte Bundessteuer wird dann in Artikel 41quater geregelt. In Absatz 1 Buchstabe a ist die Grundsatzbestimmung über die Mehrwertsteuer enthalten, eine breite Umschreibung des Steuerobjektes; ferner ist – was Sie beachten mögen – die Befristung der Mehrwertsteuer aufgehoben. Sie soll also zu einer Dauereinrichtung werden. Ebenso nennen wir hier den Höchstsatz und eine Flexibilitätsreserve, die beide umstritten sind und zu denen Änderungsanträge gestellt werden.

Die Kommission beantragt Ihnen – im Gegensatz zum Bundesrat – den Einbau der Forderung in die Verfassung nach

einem ermässigten Satz (in Anlehnung an die bisherige Lösung bei der WUST mit der Freiliste). Der Bundesrat ist mit dieser Lösung einverstanden.

M. Gautier, rapporteur: Nous attaquons donc en ce premier «paquet» le problème de l'impôt fédéral de consommation, la taxe à la valeur ajoutée, et nous allons dans un premier temps, comme je l'ai dit tout à l'heure, traiter le principe de la TVA, bien sûr, et discuter de la proposition de la majorité, de celle de la minorité I en laissant pour plus tard la proposition de la minorité II qui pose une question de principe, puisqu'elle demande d'en rester au système de l'impôt sur le chiffre d'affaires actuel, en laissant de côté la discussion sur la marge de flexibilité.

Il nous reste donc à discuter le texte du Conseil fédéral, celui de la majorité de la commission qui a rajouté une phrase: «La loi détermine les transactions en marchandises et les prestations qui sont imposées au taux normal ou au taux réduit», et la proposition de la minorité I présentée par M. Letsch qui porte sur une question de taux; elle prévoit en effet 9 pour cent au lieu des 10 pour cent que propose le Conseil fédéral et la majorité de la commission.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit I: Zu Beginn der jetzigen Diskussion über das Mass der Steuererhöhung ist vielleicht doch ein Hinweis darauf angezeigt, welches eigentlich die Hauptursachen dieser Defizitwirtschaft sind, um deren Sanierung wir uns bemühen. Der entscheidende Grund liegt ja nicht darin – wie das heute morgen Herr Arthur Schmid dargetan hat –, dass wir den Staat bis jetzt zu kurz gehalten hätten. Vielmehr sind die Steuereinnahmen stärker gewachsen als das Bruttosozialprodukt. Wir haben also einen immer grösseren Teil des von unserer Wirtschaft erarbeiteten Kuchens – genannt Volkseinkommen – dem Staat zur Finanzierung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt. Mit anderen Worten: Nicht der mangelnde Mittelzufluss, sondern eine allzu grosszügige Ausgabenpolitik liess die Defizite entstehen, bzw. lässt für die nächsten Jahre jene hohen Defizite erkennen, die der Korrektur bedürfen. Daraus ergeben sich nun drei Konsequenzen.

1. Wir bemühen uns heute, wenn auch reichlich spät, um vermehrte Ausgabendisziplin. Der Herr Kommissionspräsident hat eindringlich die Notwendigkeit aufgezeigt, den Finanzplan des Bundes zu überarbeiten und das Ausgabenwachstum spürbar zu verflachen. Wir tun das, und wir müssen es tun, einerseits im Bestreben, den Rechnungsausgleich besser zu finden, andererseits aber auch, um den Steuerzahler nicht in dem Masse zusätzlich belasten zu müssen, wie es nach den Anträgen von Bundesrat und Kommission der Fall wäre. Sparsbemühungen, die sich nicht im massvolleren Steuererhöhungen niederschlagen, verbessern zwar die Bilanz, was auch wichtig ist, nicht aber die Chancen der Steuervorlagen. Wenn diese indessen scheitern, dann ist es um den Rechnungsausgleich noch schlechter bestellt, als wenn wir uns im Hinblick auf die Steuererhöhungen jetzt an das Motto halten: Weniger wäre mehr.

2. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus politischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Ueber 3 Milliarden Franken mehr Steuern auf einen Schlag ist gleich viel, wie die Warenumsatzsteuer im Jahre 1975 eingebracht hat. Die müssen ja von irgend jemandem getragen werden. Wohl verteilen sich Verbrauchssteuern auf breitere Schultern als stark progressive Einkommens- und Ertragssteuern. Die Struktur unseres Steuersystems rechtfertigt, ja verlangt denn auch den Ausbau der Konsumsteuern. Machen wir uns aber über deren Wirkungen keine Illusionen. Herr Augsburg hat es heute morgen angedeutet. Der sogenannte Konsument wird diese 3 Milliarden Franken nur zum Teil tragen, gelingt doch die Ueberwälzung nicht immer und in der heutigen Wirtschaftslage kaum. Die Steuer bleibt dann also in den Un-

ternehmungen hängen und verringert die ohnehin schwindenden Margen mit allen ihren bekannten Konsequenzen noch mehr. Aber selbst angenommen – nicht zugegeben –, die Steuer werde in den Preisen weitergegeben, so geht sie ja neckischerweise in den Lebenskostenindex ein und wird damit über die an diesen Index gebundenen Lohnerhöhungen dem Konsumenten wieder zurückerstattet, «ein Unsinn von monumentalem Ausmass», wie sich die «Neue Zürcher Zeitung» kürzlich zu Recht ausgedrückt hat! Dass mit dieser Spirale eine geballte Ladung von 3 Milliarden Franken tendenziell einen neuen Inflationsschub auslösen könnte, liegt auf der Hand. Wir haben also allen Grund, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen den Bogen nicht zu überspannen und bei den Steuererhöhungen Mass zu halten.

3. Lohnt es sich nun aber – und das ist die dritte und letzte Frage –, wegen eines einzigen Prozents überhaupt zu diskutieren? Meine Antwort lautet eindeutig ja. Hinter diesem einen Prozent verbergen sich immerhin 800 Millionen Franken, ein Betrag, der noch vor wenigen Jahren den Inhalt ganzer Steuerpakete ausmachte. Heute nun tut man so, als ob «nur» 1 Prozent für den Steuerzahler nichts ausmache. Ich halte demgegenüber dafür, dass wir aus politischen und sachlichen Gründen den Steuersatz der Mehrwertsteuer von 10 auf 9 Prozent reduzieren sollten, und bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: In der Kommission ist der Antrag Letsch mit 18 gegen 3 Stimmen unterlegen. Wir haben ihn also dort diskutiert. Meines Erachtens spielt es für die Volksabstimmung keine grosse Rolle, ob Sie einen Satz von 10 Prozent oder einen solchen von 9 Prozent beschliessen, Mehrwertsteuer ist Mehrwertsteuer. Die Kommissionsmehrheit hat dafür die Flexibilitätsmarge gestrichen. Wir wollen nicht, dass man jetzt einen Satz beschliesst, worauf der Bundesrat in zwei bis drei Jahren über diese Flexibilitätsmarge den Satz erhöht. Wir waren vielmehr der Meinung, jetzt einfach 10 Prozent zu beschliessen, da ja der Bund offensichtlich den entsprechenden Steuerbetrag benötigt, auch wenn gewisse Sparmassnahmen durchgeführt werden.

M. Gautier, rapporteur: La proposition de M. Letsch de ramener de 10 à 9 pour cent le taux normal de la TVA ne peut être acceptée à notre avis. Du reste, la commission a repoussé cette proposition par 18 voix contre 3, ceci pour la raison principale qu'elle prive la caisse fédérale de 800 millions par an puisque 1 pour cent de TVA représente à peu près 800 millions. Nous pensons qu'il n'est pas possible d'équilibrer le budget de la Confédération dans ces conditions. Quant à l'avantage électoral que cela pourrait avoir, nous doutons fort que le peuple accepte beaucoup plus facilement une TVA à 9 pour cent qu'à 10 pour cent. L'argument électoral nous paraît assez peu solide. C'est pourquoi nous vous recommandons de refuser la proposition de M. Letsch.

Präsident: Herr Carobbio hat das Wort zur Begründung seines Antrages.

Anträge Carobbio

Abschn. I Art. 41ter Abs. 1 Buchst. a

Buchst. a

Eine progressive Steuer auf den Warenumsatz und auf Leistungen sowie auf der Einfuhr. Das Gesetz bestimmt, unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit, die Warenumsätze und Leistungen, die zum gewöhnlichen, zum ermässigten und zum erhöhten Satz besteuert werden. Der gewöhnliche Satz beträgt 10 Prozent des Entgelts.

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e
Streichen

Propositions Carobbio

Ch. I art. 41ter al. 1 let. a

Let. a

Un impôt progressif sur les transactions en marchandises et les prestations, ainsi que sur les importations. La loi détermine, compte tenu du principe d'économie, les transactions en marchandises et les prestations qui sont imposées au taux normal, au taux réduit et au taux majoré. Le taux normal s'élève à 10 pour cent de la contre-prestation.

Ch. II art. 9 al. 3 let. e

Biffer

M. Carobbio: Permettez-moi d'illustrer brièvement ma proposition complétant l'article 41ter de l'arrêté fédéral A.

Comme je l'ai dit hier en développant la proposition de renvoi du message au Conseil fédéral, l'impôt indirect a généralement un caractère dégressif, au moins au-delà d'un certain niveau de revenu. De toute façon il est proportionnel, cela est spécialement vrai pour l'ICHA. C'est justement cet aspect qui rend, en particulier, les impôts indirects moins justes du point de vue social. Cela revient à dire que l'ICHA touche plus durement les revenus modestes et moyens que les revenus élevés, ce qui ne peut être accepté sans discussion, surtout lorsqu'on nous demande sa substitution par la TVA.

Si nous devons être obligés, vu les décisions prises, d'avaliser l'introduction de la TVA, à contre-cœur, du moins dans le cadre de la solution qui nous est soumise et qui, comme je l'ai souligné hier, prélèvera pratiquement 3,5 milliards d'impôts nouveaux par les impôts indirects, je crois qu'il est de notre devoir de nous battre pour rendre ces nouvelles taxes sur la consommation les plus équitables possibles, tout en ne se faisant pas trop d'illusions. Cela est d'autant plus important que, dans le cadre de la TVA, il est possible de lutter assez efficacement contre l'effet dégressif dont je parlais tout à l'heure, en appliquant des taux réduits sur les marchandises dont l'importance, en ce qui concerne les dépenses, diminue en fonction du revenu et, par contre, en appliquant des taux plus élevés sur les marchandises qui se trouvent dans la situation inverse, un taux bas ou nul sur les marchandises de première nécessité et des taux majorés sur les marchandises de luxe. D'une manière générale, comme l'ont déjà fait d'autres pays, il s'agit de prévoir plusieurs taux et non pas seulement les deux prévus dans la proposition du Conseil fédéral. On pourrait, par exemple, appliquer un taux zéro sur les marchandises aujourd'hui exonérées de l'ICHA, un taux réduit sur d'autres marchandises d'importance moyenne, un taux normal de 10 pour cent et un taux encore plus fortement majoré sur certains biens de luxe.

Mais, comme mon amendement le propose, il faut lier le choix des taux à l'évaluation du principe d'économie, ce qui revient à dire qu'on ne devrait pas prévoir des taux spéciaux quand, après examen de la situation, il ressort que les frais d'administration seraient supérieurs au revenu de l'impôt ou encouragent l'évasion fiscale. Compte tenu de ces faits, je crois qu'une plus forte différenciation des taux pourrait avoir un sens.

A propos du taux zéro, je dois rappeler ici le cas de l'Angleterre qui, si mes informations sont exactes, l'applique avec succès. Ce taux sur les marchandises de première nécessité se justifie dans la mesure où il est plus intéressant que l'exonération. Il donne droit, comme c'est le cas pour les exportations, au remboursement de l'impôt prélevé précédemment, en particulier sur les biens de production. Il devient ainsi possible d'éliminer l'impôt occulte sur ces biens-là.

En laissant à la loi d'application le soin d'établir avec précision les divers taux, je crois qu'il faut fixer tout de suite dans la constitution au moins deux choses:

a. Le principe de faire de la TVA, dans la mesure la plus large possible, un impôt équitable, au moins non dégressif, et en tenant toujours compte du principe de l'économie;

b. L'indication explicite que, pour réaliser ce principe, il faut prévoir des taux diversifiés.

A ce propos, je dois dire que le texte de ma proposition que vous avez sous les yeux n'est pas très précis sur au moins deux points: quand il parle d'impôt indirect progressif et quand il ne mentionne pas explicitement le taux zéro. Mais c'est dans le sens des explications que je viens de vous donner qu'il faut comprendre mon amendement.

Cela dit, permettez-moi d'ajouter encore un mot sur l'autre proposition que j'ai faite à l'article 9, 3^e alinéa, lettre e. J'éviterai ainsi de reprendre la parole. Cette proposition constitue un complément logique à la première dans le sens que, si l'on demande d'introduire le taux zéro sur les marchandises de première nécessité, il faut biffer l'article qui prévoit l'imposition au taux réduit de ces mêmes marchandises. Du reste, au cas fort probable de rejet de la première proposition, je me rallierai à celle de M. Muret qui prévoit l'exonération des marchandises citées. Dans ce cas, ma deuxième proposition tombera automatiquement.

J'ai ainsi motivé mes propositions que je vous invite à approuver.

Antrag Sigrist

Art. 41ter Abs. 1 Buchst. a

(Text des Bundesrates)

Abs. 1

Der Bund kann ferner folgende Steuern erheben:

Buchst. a

... Die Steuer beträgt höchstens 8 Prozent des Entgelts; dieser Satz ...

Proposition Sigrist

Art. 41ter al. 1 let. a

(Texte du Conseil fédéral)

Al. 1

La Confédération peut en outre percevoir:

Let. c

... L'impôt s'élève à 8 pour cent au plus de la contre-prestation; ce taux...

Präsident: Bei Artikel 41ter Absatz 1 hatte Herr Sigrist einen Antrag gestellt, den er inzwischen zurückgezogen hat. Herr Sigrist möchte sich aber trotzdem noch zur Sache aussprechen.

Sigrist: Ich wollte Ihnen beantragen, den Steuersatz auf 8 Prozent mit einer Flexibilität von einem Zehntel davon festzusetzen. Das hätte einen weniger abrupten Uebergang vom heutigen Warenumsatzsteuersystem zur Mehrwertsteuer erlaubt. Ich habe indessen gespürt, dass diese Anregung bei Ihnen auf wenig Gegenliebe und Verständnis stossen würde, weshalb ich meinen Antrag zurückgezogen habe. Um so mehr möchte ich mich aber für den Satz von 9 Prozent einsetzen, nachdem leider der Antrag der Minderheit II (Beibehaltung und Erhöhung der Warenumsatzsteuer) hier wohl kaum durchgehen wird.

Zur Reduktion der Mehreinnahmen einige grundsätzliche Ueberlegungen: Unser Leistungsstaat hat heute Grenzen erreicht, die aus staatspolitischen Ueberlegungen nicht mehr überschritten werden dürfen. Hier scheiden sich heute die Geister. Wir wollen keinen Versorgungsstaat, sondern ein Staatswesen frei verantwortlicher Bürger bleiben. Ich sage das hier als Mitglied der freisinnigen Fraktion, aber auch als Volksvertreter, der glaubt, sein Ohr noch ziemlich nahe an der Basis zu haben. Es gibt in unserem Lande keine Notstände ganzer Volksschichten

mehr. Die Leistungen der AHV beispielsweise haben ein Ausmass erreicht, das, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ein anständiges Leben nach der Pensionierung gewährleistet – und dieses anständige Leben nach der Pensionierung wäre auch gewährleistet gewesen ohne die fragwürdige Rentenerhöhung von 5 Prozent auf den 1. Januar 1977. Haben Sie noch nie von alten Leuten gehört, sie hätten ihr Lebtag noch nie über soviel Geld verfügt wie jetzt? Härtefälle sollen gezielt und nicht durch allgemeine Rentenerhöhungen gelindert werden. Unfall und Krankheit verursachen keine materielle Notlage ganzer Volksschichten mehr. Auch hier müssen Härtefälle gezielt gelindert werden. Bildungsnotstände bestehen bei uns keine. Eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben ist im Moment nicht von erster Dringlichkeit. Die ständig zunehmende Subventionierung unter allen möglichen und unmöglichen Titeln muss eingedämmt werden. Wir müssen wieder Aufgaben nach unten delegieren, in die Rahmen von Kantonen und Gemeinden zurückverweisen; dorthin, wo sie gebietsnaher und lebensnaher gelöst werden können und müssen. Es gibt selbstverständlich Bundesaufgaben, es gibt vor allem Koordinationsaufgaben des Bundes, aber wir wollen keinen Zentralstaat. Zugegeben, am heutigen Zustand ist nicht der Bund allein schuld; er hat die wenigsten Aufgaben von sich aus herangezogen, sondern sie wurden ihm von Kantonen und Gemeinden beinahe aufgedrängt, natürlich in Erwartung finanzieller Mittel. Dabei haben sie vergessen, dass der alte Spruch immer noch gilt, dass wer zahlt, befiehlt; der Bund muss ja befehlen, wenn er darüber wachen soll, dass seine Gelder richtig verwendet werden.

Das sind Grundsatzüberlegungen, die auch in Zeiten voller Bundeskassen hätten gelten müssen. Leider lehrt uns die Erfahrung der vergangenen fetten Jahre etwas anderes. Jetzt sind die Bundeskassen leer. Wir machen Milliardendefizite, und einige unter uns wollen trotzdem den Versorgungs- und Zentralstaat weiter ausbauen. Ich will das, wie eingehend dargelegt, grundsätzlich nicht, und ich versichere Sie, dass grosse Teile unseres Volkes das auch nicht wollen. Nun kommen wir und verlangen vom Volk 3 Milliarden mehr Geld, die für ein Jahr knapp die Defizite decken sollen. Aber bereits für 1979 planen wir für neue Aufgaben, die der Bund scheinbar unausweichlich übernehmen müsste, wieder ein Defizit von beinahe einer neuen Milliarde. Glauben Sie ja nicht, dass das Volk dieses Spiel mitmachen wird. Das Volk erwartet von uns etwas anderes, nämlich dass jetzt Schluss gemacht wird mit dieser Politik des ständigen Hinaufschaukelns von Defiziten, neuen Ausgaben und vermehrten Einnahmen. Wenn wir das Vertrauen des Volkes, das schwer angeschlagen ist, wieder gewinnen wollen, müssen wir etwas Tapferes tun. Wir müssen z. B. auch «heilige» Subventionskühe schlachten, wir müssen das Geld des Volkes gezielt verwenden und nicht jede nur einigermaßen schöne und vielleicht wünschbare Aus- und Aufgabe dem Bund anhängen. Wir müssen den Beweis erbringen, dass wir gewillt sind, unsere Budgets rigoros zusammenzustauchen. Das ist möglich, wenn wir nur wollen. Wir wollen sicher unserm Staat geben, was ihm gehört. Wir wollen ihm die Mittel verschaffen, die er unbedingt braucht, und die bereits eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Wir wollen seine Finanzsituation gesunden lassen. Dazu aber brauchen wir das Einverständnis des Volkes. Das Volk verlangt von uns Beweise, nicht schöne Worte.

Einen solchen Beweis sehe ich in der Erfüllung der zwingenden Forderungen der Motion Weber, d. h. der Kommissionen, unter gleichzeitiger Beschränkung der zur Verfügung gestellten Mittel auf notwendige, bestehende Aufgaben. Ich könnte mir darum vorstellen, und ich hoffe es, dass die von der Minderheit I vorgeschlagene Beschränkung (9 Prozent) auf das Allernotwendigste an neuen Mitteln das Volk doch noch dazu bewegen könnte, wieder an sein Parlament zu glauben und ihm zu folgen. Ich

bitte Sie deshalb um Zustimmung zum Antrag Letsch. Ich danke.

Hubacher: Die sozialdemokratische Fraktion lehnt sowohl den Antrag Carobbio als auch den Antrag der Minderheit I ab. Der Antrag Carobbio scheint uns im Grund nicht überzeugend zu sein, und die Voraussetzung wäre ein ungewöhnlicher Kontrollapparat. Er ist praktisch nicht durchführbar. Den Antrag Letsch lehnen wir ab; die Begründung, die Herr Sigrist soeben abgegeben hat, zeigt deutlich genug, in welcher Richtung dieser Antrag steuert. Herr Sigrist hat soeben Herrn Otto Fischer weit rechts überholt und ganz deutlich gesagt, dass der Ausbau des Sozialstaates jetzt endlich abgestoppt werden müsste. Wir sind dankbar für solch offene Worte und werden uns Mühe geben, diese an unsere Wähler weiterzugeben, damit sie ganz klar wissen, um was es geht. Wir alle wollen Klarheit. Wenn Herr Sigrist von der Basis spricht, müsste man sich wahrscheinlich darüber unterhalten, welche Basis gemeint ist; vermutlich meinen wir zwei beispielsweise nicht die gleiche Basis. Jedenfalls sind die Leute, die in unsern Kreisen verkehren, nicht so zahlreich, wie das Herr Sigrist jetzt darzustellen beliebt, die sich beinahe genieren, die AHV-Renten einzukassieren und die bald einmal nicht mehr wissen, wohin mit dem Geld. Es sind auch nicht die Leute, die die hohen Inseratenauslagen des Herrn Sigrist bei den letzten Wahlen finanziert haben – das ist seine Basis, und nicht die, von der wir sprechen. Die Aussage, es gebe AHV-Rentner, die erklären, soviel Geld hätten sie noch nie gehabt – wie das Herr Sigrist erklärt hat –, also wenn ein Mensch nach 30, 40 Jahren harter Arbeit vielleicht am Schluss seines Lebens 1000, 1200 oder 1500 Franken bekommt und das das erste Mal in seinem Leben ist, dass er so viel Geld in bar ausbezahlt erhält, ist nicht unbedingt sehr positiv. Ich meine, Herr Sigrist, man sollte nicht vom Volk reden, wenn man nicht genau definiert, wen man damit meint. Aber wir sind dankbar, dass Herr Sigrist und Herr Letsch klar gesagt haben: Weniger Mehrwertsteuer bedeutet weniger Sozialstaat.

Herr Letsch hat in der ehrenwerten «Schweizerischen Gewerbezeitung» vom 20. Mai 1976 geschrieben, erstens lehne er die Reichtumssteuer à la Bundesrat ab; die Vorschläge des Bundesrates sind für Herrn Letsch bereits eine sozialdemokratische Reichtumssteuer-Kopie. Er wirft dem Bundesrat auch vor, er rutsche fortwährend nach links ab. Herr Letsch hat weiter geschrieben: «Mit dem wachsenden Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt wird die staatliche Verfügungsgewalt und Kontrolle über unsere Wirtschaft verstärkt, also die Freiheit mehr und mehr eingeschränkt.» Auch hier müsste man sich darüber unterhalten: Wessen Freiheit wird eingeschränkt? Nach unserer Auffassung gibt es in diesem Lande Repräsentanten, deren Freiheit im Interesse der Allgemeinheit eingeschränkt werden muss. Wir sind gar nicht so traurig, dass gewisse Leute, die von ihrer Freiheit in den letzten Jahrzehnten skrupellos Gebrauch gemacht und sich dabei bereichert haben, ihre Freiheit etwas einschränken müssen. In diesem Sinne hat Herr Letsch recht: Steuerpolitik ist Umteilungs- und Verteilungskampf; da stehen wir natürlich nicht auf der gleichen Linie. Er hat dann auch noch weiter geschrieben: «Die Systemsprengung, die im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsinitiative zu Recht als Gefahr und Fernziel aufgezeigt worden ist, wird ebenso systematisch und mit Erfolg in der Steuerpolitik angestrebt. Dank der Kompromissbereitschaft der bürgerlichen Politiker haben wir es auf dem Weg zur kalten Sozialisierung über die Finanz- und Steuerpolitik schon beachtlich weit gebracht.» Das heisst doch also: Der Bundesrat erklärt, er brauche – um seine Aufgaben, die wir ihm übertragen haben, lösen zu können – eine Mehrwertsteuer im Ausmass von 10 Prozent und eine Erhöhung der direkten Steuer. Herr Letsch und nun auch Herr Sigrist wollen dem Bundesrat weniger Geld geben, weil sie das als eine Grundsatzfrage betrachten. Wir meinen, wir könnten keine

me überhaupt nicht löst, sondern um über einen Abbau der Sozialleistungen (alle schönen Worte ändern daran nichts, dass das eine Abbaupolitik ist) zum Ziel kommen will. Da können wir nicht mitmachen. Es ist ja die seltsame Logik des Herrn Sigrist, dass er einerseits das Defizit des Bundes beklagt und andererseits Anträge stellt, dem Bund weniger Geld zu geben. Da soll man uns erklären, wie diese Rechnung aufgehen soll; das kann sie nur durch das, was wir in der Eintretensdebatte gesagt haben: Abbau des Sozialstaates. Wir hoffen, dass eine solche Politik hier in diesem Saale keine Mehrheit findet.

Schwarzenbach: Ich stelle fest, dass die Sozialdemokratische Partei zu einer eigentlichen Erpresserpolitik übergegangen ist. Jeder, der sich äussert, wird verdächtigt. Herr Hubacher und seine Partei sind die Retter des Vaterlandes, die einzigen, die wohlütig denken und ihren Mitmenschen Hilfe geben wollen. Aber am meisten hat es mich doch gewundert, ausgerechnet aus dem Munde von Herrn Hubacher zu hören, wie hoch die Inseratarife für Herrn Sigrist gewesen sein sollen. Ich frage Sie: Was haben Ihre Weinflaschen gekostet, die Sie bei Ihrer Wahl herumgeschickt haben? Das ist alles, was ich sagen wollte.

Präsident: Herr Hubacher hat das Wort zu einer Erklärung.

Hubacher: Es ist bezeichnend, dass Herr Schwarzenbach, wenn wir über Finanzpolitik sprechen, über Weinflaschen redet. Ich darf folgendes erklären: Herr Schwarzenbach, Sie haben sich bisher geweigert, den Verfasser des Artikels in Ihrer Zeitung zu nennen, der in verleumderischer Weise die Darstellung gegeben hat, die SPS hätte vor den Wahlen einige tausend Weinflaschen mit dem Signet ihres Präsidenten, angeblich gratis, verschickt und nachträglich die Rechnung präsentiert. Sie haben sich geweigert, den Verfasser bekanntzugeben, weil Sie es wahrscheinlich selber sind und weil Sie wissen, dass diese Behauptung nicht stimmt. Wir haben inseriert gehabt, was dieser Wein kostet. Jedermann, der bestellt hat, kannte die Preise und bekam eine Rechnung. Ich sage Ihnen jetzt folgendes, Herr Schwarzenbach: Dieser Artikel – Sie haben jetzt bewiesen, dass Sie unbelehrbar sind – in Ihrer Zeitung wird eingeklagt. Sie können sich vor Gericht zu Ihrer Verleumdung dann äussern.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich zitieren, was Sie über unseren Kollegen Jean Ziegler in der letzten Nummer geschrieben haben: «Dass der nach Leninschen Begriffen zwiefellos kapitalistische Ziegler...» (Lärm und Unruhe; Zwischenruf: Geben Sie ihre persönliche Erklärung ab) – Soll ich Ihnen eine Beruhigungstablette bringen, Herr Müller? – (Lärm) Entschuldigung, ich bin auf üble Weise angegriffen worden, nicht nur hier, sondern auch in der Zeitung. Ich wollte nur sagen, Herr Schwarzenbach ist nicht legitimiert: er hat nämlich in seiner letzten Zeitung geschrieben: «Herr Ziegler würde, wenn er im Osten lebte, zu recht als schizophren erklärt und in eine psychiatrische Anstalt eingeliefert». Wenn man weiss, was es heisst, in Russland als politisch Andersdenkender in eine psychiatrische Anstalt eingeliefert zu werden, Herr Schwarzenbach, dann verraten Sie Ihre üble totalitäre Gesinnung. Sie wollen Andersdenkende in eine psychiatrische Anstalt einliefern lassen und spielen sich hier als Freiheitsapostel auf. Das wollte ich sagen. (Beifall)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie höflich bitten, den üblichen Ton in diesem Raum nicht zu verlieren.

Weber Leo, Berichterstatter: Nach diesen Weinflaschen kehren wir wieder zurück zur Nüchternheit. Herr Carobbio verlangt eine progressive Steuer und nicht eine regressive Mehrwertsteuer. Die Steuer, die wir Ihnen vorschlagen, ist proportional wegen des ermässigten Satzes, sie ist nicht progressiv und höchstens ganz wenig regressiv. Herr Ca-

robbio verlangt drei Sätze: einen gewöhnlichen Satz, einen erhöhten Satz und heute neuerdings einen sogenannten Null-Satz. Bestimmend für die Einteilung der Güter solle die Wirtschaftlichkeit sein. Abgesehen davon, dass das an sich ein unklarer Begriff ist, würde dieser Antrag zu folgenden Schwierigkeiten führen: Beim höheren Satz handelt es sich um eine Art Luxussteuer. Dieser höhere Satz wird von der Fachkommission und in fast allen Vernehmlassungen zur Ablehnung empfohlen. Er hat nämlich den Nachteil, dass die Auswahl der Güter, für die eine erhöhte Besteuerung in Betracht gezogen werden kann, sehr problematisch ist, weil die gleichen Güter für den einen Luxus und für einen andern zum Beispiel berufsnotwendig sind. Aus den gleichen Gründen ist im Jahre 1958 die Luxussteuer aufgehoben worden. Die Einführung des Null-Satzes hätte zur Folge, dass technisch die Landwirtschaft von der Steuerpflicht nicht mehr befreit werden könnte, sondern wieder unter die Steuerpflicht gestellt werden müsste. Das hätte weiter zur Folge, dass 150 000 Steuerpflichtige mehr zum Handkuss kämen; auf der anderen Seite würde das ungefähr 1 Milliarde weniger Einnahmen erbringen. Wir beantragen deshalb Ablehnung des Antrages Carobbio.

M. Gautier, rapporteur: M. Carobbio nous propose au fond de venir à un système de taxe à la valeur ajoutée avec plusieurs taux différenciés ainsi que c'est le cas dans certains pays qui nous entourent. Avec ce système, le premier inconvénient majeur c'est une complication administrative considérable tant pour l'administration bien sûr que pour les contribuables de la TVA. M. Carobbio nous demande à cette occasion d'introduire un taux zéro pour les produits de première nécessité. Cela veut dire que si l'on introduisait le taux zéro au lieu de l'exemption, ce sont quelque 150 000 contribuables supplémentaires qui seraient obligés de remplir des déclarations et en particulier tous les agriculteurs.

D'autre part, ce taux zéro tout en augmentant le nombre des contribuables de 150 000 ferait perdre à la caisse fédérale environ 1 milliard par an. C'est vraiment un inconvénient assez important. Enfin, M. Carobbio demande un taux supérieur pour les objets de luxe; c'est revenir à l'ancien impôt de luxe qui a été aboli il y a déjà pas mal d'années. Le gros problème, avec l'impôt sur le luxe, c'est de savoir qui sont les sujets et les objets de cet impôt; qu'est-ce qui est du luxe, où commence ce luxe et où s'arrête-t-il? Il y a des voitures qui, pour certains, sont un objet de luxe qui, pour d'autres, sont un objet de travail. Et de même qui est-ce qui vend des objets de luxe? Est-ce que ce sont seulement les bijoutiers? C'est très difficile et je crois qu'il y aurait là une difficulté administrative supplémentaire. Aussi, bien que la commission n'ait pas abordé ce sujet, je vous recommande de repousser la proposition de M. Carobbio.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La proposition de M. Letsch, la minorité I de la commission, demande que le taux de la TVA soit fixé à 9 pour cent. Il est évidemment beaucoup plus agréable pour nous d'aller devant le peuple avec un taux de 6, de 7 ou de 8 pour cent pour la taxe à la valeur ajoutée mais le calcul a été fait. Nous arrivons à l'équilibre du budget avec une taxe à la valeur ajoutée à 10 pour cent. Je rappelle d'ailleurs que ce taux reste faible par rapport aux TVA qui sont pratiquées dans les pays voisins, le taux le plus bas étant celui de l'Allemagne à 11 pour cent, taux qui sera certainement porté à 13 pour cent l'année prochaine. Ailleurs, on va jusqu'au 18 et 20 pour cent.

Un pour cent de TVA, cela signifie, d'après nos évaluations, une perte de 700 à 800 millions qui s'ajouterait, pour l'année 1979 par exemple, aux 700 millions de déficit qui subsiste encore aux prévisions budgétaires. Il nous faudrait donc, pour 1979, trouver 1,5 milliard d'économies, ce qui ne serait possible que par un transfert de charges. Le contribuable serait rattrapé par des cotisations salariales

ou d'autres impôts, il ne serait pas gagnant dans l'opération. Je pense que présenter au peuple un programme fiscal qui doit rétablir, sur une base saine, les finances de la Confédération en annonçant d'emblée qu'on se trouvera en face de déficits d'un milliard et plus dans un avenir proche ne serait pas pris très au sérieux.

Un effort de modération dans la croissance des dépenses est indispensable mais nous ne pourrions pas dépasser certaines limites et nous ne pourrions pas réduire substantiellement les dépenses; la proposition de M. Letsch nous coûterait 800 millions. Nous vous demandons donc de la rejeter.

MM. les rapporteurs viennent d'analyser la proposition de M. Carobbio qui prévoit un échelonnement à trois niveaux pour la taxe à la valeur ajoutée, son taux supérieur étant un impôt de luxe. Nous avons renoncé à l'impôt de luxe après l'avoir connu pendant la guerre. Il ne rapportait pas grand chose et coûtait passablement en frais administratifs et en contrôles divers. Quant au tarif nul qui serait le tarif inférieur, il transformerait les agriculteurs et quelques autres, au total 150 000 personnes, en déclarants fiscaux. Cela sans rapport aucun pour la Confédération puisque d'après les évaluations, cette opération du tarif nul nous ferait perdre environ 1 milliard. Nous proposons donc de rejeter la proposition de M. Carobbio.

Abstimmung – Vote

Art. 41ter Abs. 1 lit. a

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag der Minderheit I (Letsch)	42 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	106 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	134 Stimmen
Für den Antrag Carobbio	3 Stimmen

Abschn. I Art. 41ter Abs. 1 Buchst. b – Ch. I art. 41ter al. 1 let. b

Angenommen – Adopté

Abschn. I Art. 41ter Abs. 1 Buchst. c – Ch. I art. 41ter al. 1 let. c

Widmer-Zürich, Berichterstatter der Minderheit: In der Regel werden von diesem Platze aus nur populäre Anträge vertreten. Zur Abwechslung können Sie auch einmal etwas anderes hören. Es geht um die Biersteuer. Wir stellen Ihnen den Antrag, die bestehende Biersteuer nicht, wie das in der Botschaft vorgesehen ist, aufzuheben, sondern beizubehalten. Weil sich die Botschaft bei diesem Problem nicht durch besondere Klarheit auszeichnet, erlaube ich mir, ganz kurz zu sagen, um was es geht.

Das Bier wird zwar, wie alles andere in der Schweiz, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der neuen Mehrwertsteuer unterstellt, vorausgesetzt, dass die ganze Vorlage überhaupt angenommen werden sollte. Gleichzeitig aber mit dieser Unterstellung des Biers unter die Mehrwertsteuer wird die bisherige Biersteuer aufgehoben. Das Bier wird also steuerlich in einer ganz besonderen Weise behandelt. Damit bin ich bereits beim Hauptgrund unseres Antrages. Der Verzicht auf die bisherige Biersteuer bedeutet einen Einnahmenverlust für den Bund von 50 Millionen Franken im Jahr. Ueber diesen Betrag gehen die Meinungen nicht auseinander. Diese Zahlen wurden auch von Herrn Vizedirektor Gerber in der Kommission ausdrücklich bestätigt. Wir müssen also feststellen, dass das Bier durch diesen Vorschlag eine relative Begünstigung gegenüber allem anderen erfährt. Das ist ein sehr interessanter und ungewöhnlicher Vorgang, wenn Sie daran denken, wie man alkoholische Getränke überall in der Welt zu besteuern pflegt. Das ist eine absolute Sonderregelung. Begründet wird dieses unmögliche Vorgehen mit Ueberlegungen der Bierbrauer, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Sie

behaupten nämlich, dass die Besteuerung des Bieres den Absatz gefährde und die gesamte Branche bedrohe. Dazu ein paar Bemerkungen. Wer immer sich mit der Situation auf dem Sektor der Bierbrauer in der Schweiz beschäftigt, wird erkennen müssen, dass die Schwierigkeiten, welche die Bierbrauer haben, nicht auf die Steuern zurückzuführen sind. Die Steuer beträgt nämlich pro Becher nur 5,17 Rappen. Wenn Sie sich heute einen oder zwei Becher gönnen wollen, zahlen Sie für einen Becher Fr. 1.20 oder in einem besseren Lokal vielleicht Fr. 1.40. Die Steuer von 5,1 Rappen beträgt also nur einen ganz kleinen Teil dessen, was Sie für das Bier ausgeben müssen. Es kann also keine Rede davon sein, dass deswegen der Bierkonsum zurückgeht. Das hat ganz andere Gründe. Wir stellen fest, dass es veränderte Trink- und Verbrauchergewohnheiten gegeben hat, die Trinksitten haben sich gewandelt. Das hängt auch mit dem Rückgang der Bauwirtschaft zusammen, denn bekanntlich sind die Beschäftigten in der Bauwirtschaft gute Biertrinker. Man muss auch offen sagen: Ein wesentlicher Grund für die ungünstige Situation im Brauereigewerbe ist bestimmt die weitgehende Kartellisierung. Es hat seit Jahren keine freie Konkurrenz mehr geherrscht; dies hat den Ansporn zu neuen Leistungen reduziert und dürfte der Hauptgrund für die Schwierigkeiten sein. Das hat mit der Biersteuer überhaupt nichts zu tun.

Ich sage in aller Offenheit, dass ich kein Abstinenter bin und jedermann gerne ein Bier gönne, auch mir selbst. Aber es ist eine unbestrittene soziale und humane Einsicht, dass derjenige, der alkoholische Getränke konsumiert, dafür etwas an die Gemeinschaft abliefern soll. Es ist sicher, dass wir in der Schweiz in dieser Beziehung ausserordentlich zurückhaltend sind. Wir besitzen wohl eine der geringsten Alkoholsteuern aller Staaten auf der Welt. Der Verzicht auf die Biersteuer, der hier vorgenommen werden soll, ist ein eindeutiger sozialer Rückschritt. Es wäre mir unverständlich, wenn das Parlament einen solchen Rückschritt vollziehen würde. Der Bierkonsument wird nach unserem Antrag nicht schlechter behandelt als bisher. Wir stellen lediglich den Antrag, die Biersteuer beizubehalten, also gleiche Anwendung der steuerlichen Praxis auf das Bier wie bisher, aber nicht eine derartige Privilegierung.

Ich bitte Sie, diesen Ueberlegungen zu folgen.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, dass Herr Fischer-Bremgarten zu Artikel 41ter Absatz 1bis (neu) einen Antrag gestellt hat. Dieser Antrag wird behandelt bei Artikel 9 im Zusammenhang mit den übrigen Anträgen zum Gastgewerbe.

Weber Leo, Berichterstatter: Beim Antrag des Herrn Widmer handelt es sich um die Frage des Verhältnisses der Mehrwertsteuer zu den verschiedenen Sondersteuern, die nicht nur auf dem Bier lasten, sondern auch auf den Treibstoffen und auf dem Tabak. Auf die beiden andern Kategorien werden wir später noch zurückkommen. Jetzt müssen wir das Bier «behandeln».

Das Bier untersteht seit 1934 einer Sondersteuer. Es ist belastet mit 17,7 Prozent eines Fassbier-Engrospreises der Brauer. Dazu kommt die normale Belastung durch die Warenumsatzsteuer und durch die Zollzuschläge auf den Brauohstoffen und dem Bier. Die Unterstellung unter die Mehrwertsteuer mit 10 Prozent bringt mehr ein als alle bisherigen ordentlichen und ausserordentlichen Steuern zusammen. Der Bundesrat ist deshalb der Ansicht, die Biersteuer sei fallenzulassen und macht damit – er sagt es auch ausdrücklich – eine Verneigung vor dem Bier als Volksgetränk. Wollte man dieser Ansicht nicht folgen, so würde der Antrag Widmer dazu führen, dass der 10prozentigen Mehrwertsteuer auch noch eine Spezialsteuer auf das Bier aufgepfropft und hier in der Verfassung ausdrücklich festgehalten würde. Das würde auf der einen Seite zu einem Mehrertrag von etwa 50 Millionen führen, auf der anderen Seite aber auch zu einer steuerlichen Diskriminierung des Biers gegenüber zum Beispiel dem

Wein. Der Wein wäre nur mit der Mehrwertsteuer belastet, das Bier noch zusätzlich mit einer Biersteuer.

Wir sind deshalb der Auffassung, man sollte diesen Antrag ablehnen. Die Kommission hat ihn mit 21 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

M. Gautler, rapporteur: Je pense qu'il y a au moins trois raisons de repousser la proposition de M. Widmer.

En effet, les impôts existant actuellement sur la bière, que ce soit les droits de douane sur les matières premières, que ce soit l'impôt spécial sur la bière ou l'impôt sur le chiffre d'affaires, font un total inférieur à ce que représentera la TVA à 10 pour cent. Il en résulte donc que, même si nous acceptons la version du Conseil fédéral, les droits tonaux sur la bière vont être augmentés. Si l'on suivait M. Widmer, ils seraient considérablement augmentés. On créerait ainsi une certaine discrimination, une certaine inégalité; on ne voit pas pourquoi la bière serait imposée beaucoup plus fortement que, par exemple, le vin. J'en demande pardon à mes amis vigneron, mais je pense qu'en raison de leur teneur en alcool différente on ne peut pas dire que ce soit un grand progrès social d'imposer spécialement la bière.

Enfin, la dernière raison qui me pousse à vous recommander le rejet de cette proposition, c'est que la commission l'a repoussée par 21 voix contre 2.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il faut sans doute féliciter M. Sigmund Widmer de braver l'opinion en s'attaquant à la bière.

Toutefois, il faut considérer que l'impôt spécial sur la bière est le dernier résidu de toute une opération d'impôts sur les boissons introduits en 1934 et supprimés en 1937. Seul l'impôt sur la bière a survécu; il rapporte actuellement à la Confédération quelque 50 millions de francs par an.

Il y a des inconvénients multiples qui nous ont amenés à lever cet impôt: il s'ajouterait à une TVA à 10 pour cent – que nous demandons au vin de payer en dépit de M. Cossy; il y aurait donc la une discrimination très forte et très marquée de cette boisson qui ne peut être considérée comme nocive; c'est une boisson de travailleurs de force et même d'employés de bureau; c'est une boisson courante et nous ne pensons pas qu'il soit opportun de la frapper doublement d'un impôt et d'une TVA augmentée.

Peut-être aussi ouvrirait-on la voie à un impôt général sur les boissons, ce qui nous paraît, quant à nous, inopportun.

Je vous propose de suivre les propositions de la commission et de rejeter celle de M. Widmer tout en rendant hommage à ce courage désintéressé qui le caractérise.

Abstimmung – Vote

Art. 41er al. 1 lit. c

Für den Antrag der Minderheit	28 Stimmen
Dagegen	93 Stimmen

Art. 1bis (neu): Antrag Fischer-Bremgarten siehe Art. 9 Abs. 3 Buchst. c

Art. 1bis (nouveau): La proposition Fischer-Bremgarten est traitée en même temps que l'art. 9 al. 3 let. e

Abchn. I Art. 41ter Abs. 2 und 3 – Ch. I art. 41ter al. 2 et 3

Angenommen – Adopté

Präsident: Nachdem wir eine Anzahl Fragen für später zurückstellen, kommen wir nun zu den Uebergangsbestimmungen.

Abchn. II Art. 9 Abs. 1 – Ch. II art. 9 al. 1

Präsident: Die Herren Berichterstatter möchten zuerst den Sprecher der Minderheit zum Zuge kommen lassen. Ist dieser Antrag erledigt?

Widmer: Ja!

Präsident: Die Kommissionssprecher sind auch der Meinung, der Antrag sei erledigt, nachdem in Artikel 41ter Absatz 1 der Buchstabe c abgelehnt wurde.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 2 – Ch. II art. 9 al. 2

Weber Leo, Berichterstatter: Bei Absatz 2 dreht es sich um das sogenannte beschleunigte Rechtsetzungsverfahren, um die Uebergangsordnung. Danach sollen die Grundsätze über die Mehrwertsteuer in den Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung aufgeführt werden, während die Detailbestimmungen, also die Detailvorschriften, dann durch den Bundesrat zu erlassen wären. Diese Ordnung soll nach der Ansicht des Bundesrates für sechs Jahre gelten.

Die Kommission hat diese Sechsjahresfrist auf vier Jahre verkürzt, unter Ablehnung eines Antrages, der dem Bundesrat für die Ausführungsgesetzgebung und dem Parlament lediglich zwei Jahre zugestehen wollte. Nach dieser Frist wäre dann die Uebergangsordnung durch ein normales Bundesgesetz auf dem ordentlichen Wege abzulösen. Bis zum Inkrafttreten der Bundesratsverordnung gilt die Gesetzgebung über die Warenumsatzsteuer, d. h. voraussichtlich bis zum 30. September 1977 nach Absatz 1. Dieses beschleunigte Rechtsetzungsverfahren ist zwar nicht ideal – das müssen wir zugeben –, doch ist es rechtsstaatlich vertretbar, weil der gewichtige Gesetzesinhalt in den Grundsatzbestimmungen sowohl dem Parlament wie auch dem Volk vorgelegt wird. Finanzpolitisch ist zum anderen ein rasches Fließen der neuen Steuerquellen sehr zu wünschen, so dass die Kommission zugestimmt hat.

Trotzdem muss auf gewisse Nachteile dieses Verfahrens hingewiesen werden. Es besteht der Nachteil einer bloss summarischen Prüfungsmöglichkeit durch das Parlament. Wenn Sie sich vorstellen, dass wir die Botschaft zu diesem ganzen Paket vor neun Wochen erhalten haben und dass heute die ganze Geschichte über die Bühne gehen soll, so wissen Sie, dass hier eine einlässliche Prüfung vieler Fragen gar nicht möglich war. Ich möchte sagen, dass mancher Einwand, der vielleicht doch von einem gewissen sachlichen Gehalt gewesen wäre, ungeprüft abgelehnt wurde und manche gute Idee nicht zum Tragen gekommen ist. Parlamentsentscheide im Schnellzugstempo sind ja heute leider üblich geworden. Was wir jetzt haben, ist ein ähnlicher Entscheid, der im Schnellzugstempo gefällt werden muss.

Die Kommission hat diesem beschleunigten Rechtsetzungsverfahren angesichts der Umstände trotzdem zugestimmt.

M. Gautier, rapporteur: A l'article 9, 2e alinéa, des dispositions transitoires, la commission vous propose une modeste modification du texte du Conseil fédéral, modeste sur le plan typographique, mais relativement importante sur le plan pratique.

Le Conseil fédéral avait prévu un délai de six ans entre l'acceptation éventuelle de l'article constitutionnel et l'adoption par le Parlement de la loi d'application qui remplacera l'article 9 des dispositions transitoires.

En commission, des propositions ont été faites de raccourcir ce délai; l'une tendait même à le ramener à deux ans. Il est apparu, à la suite de l'audition du chef du Département fédéral des finances et de ses collaborateurs, qu'un délai de deux ans est absolument utopique parce qu'il est impossible durant ce laps de temps de tirer des conclusions valables de l'application de la TVA, de rédiger la loi et de la soumettre au peuple, en laissant encore s'écouler le délai référendaire.

C'est pourquoi la commission a finalement, par 17 voix contre 5, accepté un compromis et fixé ledit délai à quatre ans. Ce délai semble présenter quelques inconvénients pour l'administration, mais il est quand même supportable.

Präsident: Das Wort ist nicht mehr verlangt zu Absatz 2. – Sie haben zugestimmt.

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 – Ch. II art. 9 al. 3

Weber Leo, Berichterstatter: Der Absatz 3 enthält nun die Grundsätze für die Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer ist ausgestaltet als Nettoallphasensteuer, die auf allen Stufen des Produktions- und des Verteilungsprozesses erhoben wird. Steuerpflichtig sind grundsätzlich sämtliche Unternehmer, die an der Herstellung und Verteilung von Gütern beteiligt sind. Besteuert wird auch die Wareneinfuhr. Die Berechnung der Steuer erfolgt vom Gesamtumsatz. Davon können die bezahlten Vorsteuern abgezogen werden. Die Mehrwertsteuer hat auf der Detailstufe die Wirkung einer Einphasensteuer, allerdings mit einer entscheidenden Ueberlegenheit in zwei Punkten: einmal bringt sie eine einheitliche Besteuerung aller Waren und Leistungen und damit eine Vereinfachung der Abrechnung und der Kontrolle, und zweitens bringt sie eine fraktionierte Steuerentrichtung für den eigenen Mehrwert und damit eine Verteilung der Steuerzahlung auf viele und also eine Verringerung des Eintreibungsrisikos.

Die Ausgestaltung der Steuer ist vom Bundesrat und von der Kommission beinahe wörtlich von der Fachkommission Rohner übernommen worden (ich verweise auf deren Bericht vom 15. August 1974): die Steuerpflicht und die Ausnahmen davon (das Kleingewerbe und die Landwirtschaft), die echte und die unechte Befreiung, der normale und der ermässigte Steuersatz, die Berechnung der Steuer und der Vorsteuerabzug, die freiwillige Unterstellung und das mögliche vereinfachte Verfahren sind übernommen worden. Im Vernehmlassungsverfahren ist diese Ausgestaltung weitgehend unbestritten geblieben; der Bundesrat hat nur wenige Aenderungen vorgenommen. So hat er das Steuerobjekt auch auf die Messungen und die Leistungen der Coiffeure und der Kosmetiker ausgeweitet; er ist zur unechten Befreiung geschritten, also zur Nichtbesteuerung von Wasser in Leitungen, Urheberrechten an Werken von Literatur und Kunst, Personentransporten, Leistungen der Reisebüros und der Datenverarbeitung. Ausnahmen von der subjektiven Steuerpflicht hat er beim Kleingewerbe (wie die Fachkommission) statuiert; aber er hat den Steuervorteil von 2000 auf 2500 Franken erhöht und die Befreiung nicht nur auf Antrag, sondern von Gesetzes wegen vorgesehen. Die Landwirte und ähnliche Berufsgattungen hat er, im Gegensatz zur Fachkommission, nicht nur von der Abrechnungspflicht, sondern von der subjektiven Steuerpflicht befreit. Dann hat er die Steuerfreiheit auf Viehhändler, Tierärzte, Tierspitäler, Kunstmaler und Bildhauer ausgedehnt. Bei der Einreihung in die Kategorie der Waren mit ermässigtem statt mit normalen Steuersatz hat er die Trinkwaren, mit Ausnahme der alkoholischen Getränke, die Erzeugnisse der Gärtnereien und der Baumschulen, die Zeitungen, Zeitschriften und Bücher dazugenommen. Das sind die wenigen Aenderungen – kurz zusammengefasst –, die der Bundesrat an dieser ganzen Ausgestaltung der Mehrwertsteuer vorgenommen hat.

In der Kommission waren diese Punkte im wesentlichen unbestritten. Bei uns hat eine Diskussion über die Besteuerung oder die Befreiung der Personentransporte, über die Besteuerung oder Befreiung der Banken und über das Gastgewerbe stattgefunden. Bei den Personentransporten und bei den Banken haben wir nichts geändert, weil uns die Argumente der Experten und des Bundesrates überzeugend schienen; beim Gastgewerbe erwarten wir entsprechende Anträge, so dass wir diese Frage hier noch diskutieren können.

M. Gautier, rapporteur: L'alinéa 3 règle les conditions dans lesquelles le Conseil fédéral doit appliquer les dispositions constitutionnelles que nous venons de voter.

Je ne m'étendrai pas longuement sur cette disposition, qui est fort bien expliquée dans le message. Je signale

simplement qu'en commission, et il en sera sans doute de même dans cette assemblée, le problème principal a été de savoir qui va payer la TVA et qui en sera exempté.

Les autres dispositions de caractère pratique et technique n'ont guère donné lieu à débat, tant il est vrai que dans ce domaine, comme dans tant d'autres d'ailleurs, chacun préfère que ce soit le voisin qui paie et tente de faire en sorte que lui-même en soit exonéré.

La commission n'a apporté à cet alinéa que de minimes modifications, sur lesquelles je reviendrai le moment venu.

Präsident: Nachdem wir jetzt in ein richtiges Gestrüpp hineinkommen, schlage ich Ihnen vor, die Verhandlungen zu unterbrechen. – Sie sind damit einverstanden.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30*

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Dienstag, 22. Juni 1976, Nachmittag

Mardi 22 juin 1976, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Siehe Seite 672 hiervor — Voir page 672 ci-devant

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 – Ch. II art. 9 al. 3

Fortsetzung – Suite

Weber Leo, Berichterstatter: Ich beantrage Ihnen, jetzt Abschnitt II Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a zu beraten und hier zuerst einmal die Frage der gastgewerblichen Leistungen zu regeln. Hier sind sehr verschiedene Anträge gestellt worden; Herr Fischer-Bremgarten z. B. wünscht, dass diese Frage in der Verfassungsbestimmung geordnet werde (ob er das immer noch will, ist mir nicht bekannt), andere möchten das Gastgewerbe unter Buchstabe 3 einreihen, d. h. unter die Steuerbefreiung. Irgendwo muss diese Frage behandelt werden, und ich halte es für vernünftig, jetzt zuerst das Gastgewerbe in Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a an die Reihe zu nehmen.

M. Gautier, rapporteur: Plusieurs propositions concernent l'assujettissement de l'industrie hôtelière, des restaurants et des cafés à la TVA. Pour une question évidente de simplification, nous vous proposons de les traiter toutes ensemble, à la fin de l'alinéa, plutôt que de les prendre l'une après l'autre.

Präsident: Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Anträge Baumann

Art. 9 Abs. 3 Buchst. a Ziff. 9

Streichen

Art. 9 Abs. 3 Buchst. c Ziff. 5 (neu)

Ziff. 5

Inhaber gastwirtschaftlicher Betriebe

Propositions Baumann

Art. 9 al. 3 let. a ch. 9

Biffer

Art. 9 al. 3 let. c ch. 5 (nouveau)

Ch. 5

Les exploitants d'hôtels et restaurants

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	672-706
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 820

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

simplement qu'en commission, et il en sera sans doute de même dans cette assemblée, le problème principal a été de savoir qui va payer la TVA et qui en sera exempté.

Les autres dispositions de caractère pratique et technique n'ont guère donné lieu à débat, tant il est vrai que dans ce domaine, comme dans tant d'autres d'ailleurs, chacun préfère que ce soit le voisin qui paie et tente de faire en sorte que lui-même en soit exonéré.

La commission n'a apporté à cet alinéa que de minimes modifications, sur lesquelles je reviendrai le moment venu.

Präsident: Nachdem wir jetzt in ein richtiges Gestrüpp hineinkommen, schlage ich Ihnen vor, die Verhandlungen zu unterbrechen. – Sie sind damit einverstanden.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30*

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Dienstag, 22. Juni 1976, Nachmittag

Mardi 22 juin 1976, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Siehe Seite 672 hiervor — Voir page 672 ci-devant

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 – Ch. II art. 9 al. 3

Fortsetzung – Suite

Weber Leo, Berichterstatter: Ich beantrage Ihnen, jetzt Abschnitt II Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a zu beraten und hier zuerst einmal die Frage der gastgewerblichen Leistungen zu regeln. Hier sind sehr verschiedene Anträge gestellt worden; Herr Fischer-Bremgarten z. B. wünscht, dass diese Frage in der Verfassungsbestimmung geordnet werde (ob er das immer noch will, ist mir nicht bekannt), andere möchten das Gastgewerbe unter Buchstabe 3 einreihen, d. h. unter die Steuerbefreiung. Irgendwo muss diese Frage behandelt werden, und ich halte es für vernünftig, jetzt zuerst das Gastgewerbe in Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a an die Reihe zu nehmen.

M. Gautier, rapporteur: Plusieurs propositions concernent l'assujettissement de l'industrie hôtelière, des restaurants et des cafés à la TVA. Pour une question évidente de simplification, nous vous proposons de les traiter toutes ensemble, à la fin de l'alinéa, plutôt que de les prendre l'une après l'autre.

Präsident: Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Anträge Baumann

Art. 9 Abs. 3 Buchst. a Ziff. 9

Streichen

Art. 9 Abs. 3 Buchst. c Ziff. 5 (neu)

Ziff. 5

Inhaber gastwirtschaftlicher Betriebe

Propositions Baumann

Art. 9 al. 3 let. a ch. 9

Biffer

Art. 9 al. 3 let. c ch. 5 (nouveau)

Ch. 5

Les exploitants d'hôtels et restaurants

Baumann: Ich beantrage Ihnen, in Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a die Ziffer 9 zu streichen. – *Begründung:* Die gastgewerblichen und touristischen Organisationen der Schweiz sind sich absolut darüber klar, dass der Bund andere Einnahmequellen braucht, um die Zollauffälle zu ersetzen und um die ihm übertragenen neuen Aufgaben zu finanzieren. Sie teilen auch die Ansicht, dass im Falle der Einführung der Mehrwertsteuer eine Limitierung sinnvoll ist. Diese Limitierung darf aber nicht zu krassen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb einer Branche führen; es sind auch die struktur- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Es ist offensichtlich, dass zwischen dem Konzept des Bundes zur regionalen Wirtschaftsförderung und dem Antrag des Bundesrates, die gastgewerblichen Leistungen zum Normalsatz zu besteuern, ein Zielkonflikt besteht. Das Fremdenverkehrsgewerbe ist bekanntlich in verschiedenen Gebieten der Schweiz die tragende Wirtschaftskraft. Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Hotellerie ist aber schon heute aufgrund der Wechselkursentwicklung sehr stark beeinträchtigt. Weitergehende Rückschläge als die bereits eingetretenen (1975 wurden im Vergleich zu 1974 bei den Ausländern rund 10,3 Prozent, bei den Inländern rund 4,3 Prozent weniger Uebernachtungen in Hotels verzeichnet) konnten nur dank einer nunmehr dreijährigen Preisstabilität verhindert werden. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Fremdenverkehrswirtschaft würde bei der beantragten Unterstellung unter die Mehrwertsteuer ernsthaft in Frage gestellt. Eine Umfrage der Schweizerischen Verkehrszentrale unter ihren Auslandagenturen hat ergeben, dass eine zehnprozentige Preiserhöhung des touristischen Angebotes eine Verminderung der hotelorientierten Auslandnachfrage um durchschnittlich 9 Prozent bewirken würde, was zusammen mit den Auswirkungen auf die Parahotellerie und den Inlandtourismus einen Rückgang des touristischen Bruttosozialproduktes von über 330 Millionen Franken ergeben würde. – Dass bereits die Fachkommission Rohner diesbezüglich Bedenken hatte, geht daraus hervor, dass im Bericht auf Seite 49 vermerkt wurde: «Sollte jedoch eine merkliche Schlechterstellung gegenüber dem Gastgewerbe im konkurrierenden Ausland eintreten, so wäre eine andere Lösung zu prüfen.»

Einer der wesentlichen Vorteile der Mehrwertsteuer soll laut Botschaft in ihrer Wettbewerbsneutralität liegen. Mit dem Vorschlag des Bundesrates wird aber eine krasse Wettbewerbsverzerrung zwischen Hotellerie und Parahotellerie erzeugt. Eine mehrwertsteuerbedingte Verteuerung der Dienstleistungen der Hotellerie und eine entsprechende relative Verbilligung der Parahotellerie würde Gleichgewichtsstörungen in drei Bereichen nach sich ziehen: volkswirtschaftliche Nachteile (weitaus geringere Tagesausgaben des Parahotellerie-Gastes); fiskalische Nachteile (Probleme mit der Kurtaxenabrechnung und geringeres Gesamtsteuersubstrat); ökologische Nachteile (höherer «Landschaftskonsum» wegen Zersiedelung und grösserer Basis-Infrastrukturbedarf durch die Parahotellerie).

Wir müssen uns klar sein, dass Ferien heute nicht mehr dem gehobenen Bedarf, sondern dem Sozialbedarf zuzurechnen sind. Eine entsprechende Behandlung der gastgewerblichen Leistungen beim zur Diskussion stehenden Geschäft drängt sich auch aus diesem Grunde auf.

Zum Restaurationsbereich: Nach zuverlässigen Schätzungen nimmt heute jeder zweite Erwerbstätige mindestens eine Mahlzeit ausserhalb seines Haushaltes ein. Diese enorme Zunahme der Auswärtsverpflegung basiert auf den veränderten Arbeitszeiten einerseits und der immer grösseren räumlichen Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsort andererseits. Denjenigen, die regelmässig auswärts essen müssen, wird von den Steuerbehörden heute ein Abzug gewährt, weil eine auswärtige Bedarfsverpflegung aus verständlichen Gründen teurer ist. Es leuchtet mir deshalb nicht ein, warum diese Personen benachteiligt werden sollen, indem bei der Verpflegung zu Hause nur der reduzierte Mehrwertsteuersatz auf dem Wert der Nah-

rungsmittel bezahlt werden muss, auswärts dagegen der Normalsatz auf der gesamten Dienstleistung.

Eine weitere Wettbewerbsverzerrung entsteht dadurch, dass die Lieferung von verbrauchsfertigen Produkten über die Gasse und alkoholfreien Getränken durch Händler, Detaillisten, Grossverteiler und Metzger dem reduzierten Steuersatz unterstellt werden, während wir als deren Konkurrenten zum Normalsatz besteuert werden. Der unterschiedliche Dienstleistungsgrad kommt im unterschiedlichen Preis zum Ausdruck. Der Umstand, dass die Vorsteuerlast auf Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken nur 3 Prozent beträgt, beim Verkauf im Gastgewerbe aber zu 10 Prozent besteuert werden muss, bewirkt für die gastgewerblichen Betriebe eine überdurchschnittliche Steuerlast, die angesichts der Wertschöpfung auf dieser Stufe auch sonst schon erheblich ist. Da die reibungslose Ueberwälzung der Steuer auf den Konsumenten ohnehin nur einen theoretischen Fall darstellt, fällt diese krasse Benachteiligung stark ins Gewicht. In bezug auf die Ueberwälzbarkeit im Gastgewerbe muss daran erinnert werden, dass die gastgewerbliche Nachfrage auf Preisveränderungen sehr elastisch reagiert. Was es ausmachen würde, wenn die Preise in den Restaurants, die schon heute aufgrund des grossen Dienstleistungsanteils als hoch erachtet werden, nochmals um durchschnittlich 10 Prozent steigen, mag jeder von Ihnen selber ermesen. Alle genannten Wettbewerbsverzerrungen im Gastgewerbe könnten durch eine unechte Befreiung der gastgewerblichen Leistungen vermieden werden. Unechte Befreiung heisst nicht, dass nichts zu zahlen wäre; vielmehr würden die gastgewerblichen Betriebe mit den Vorsteuern über 300 Millionen Franken dem Fiskus zufließen lassen, ein Betrag, der ungefähr dem Ertrag bei Anwendung des reduzierten Steuersatzes entsprechen würde. Der Reinertrag für den Fiskus wäre indessen weit höher, müsste doch seitens der Steuerverwaltung kein Aufwand mit gegen 25 000 gastgewerblichen Betrieben getätigt werden und kämen auch die rund 25 000 gastgewerblichen Betriebsinhaber um diese mühsame administrative Kleinarbeit herum. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass die unechte Befreiung für das Gastgewerbe keine Sonderlösung darstellen würde, sondern der Lösung entspräche, wie sie vom Bundesrat für zahlreiche Dienstleistungsbranchen vorgeschlagen wurde, so für die Banken, die Versicherungen und die touristischen Spezialverkehrsmittel.

Ich fasse zusammen: Eine Unterstellung der gastgewerblichen Leistungen zum Normalsatz unter die Mehrwertsteuer würde folgendes bewirken: 1. sie würde die touristische Konkurrenzfähigkeit der Schweiz ernsthaft gefährden; 2. sie würde der Zielsetzung der regionalen Wirtschaftsförderung diametral zuwiderlaufen; 3. sie würde den Wettbewerb zwischen Hotellerie und Parahotellerie empfindlich stören, mit nachteiligen gesamtwirtschaftlichen Folgen; 4. sie würde diejenigen weiter benachteiligen, die gezwungen sind, sich auswärts zu verpflegen; 5. sie würde die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Handelsbetrieben, die Verpflegungsleistungen und alkoholfreie Getränke verkaufen, stark verzerren; 6. sie würde für das Gastwirtschaftsgewerbe eine weit überdurchschnittliche Steuerlast und damit ein weit grösseres Risiko bewirken als für die übrigen Betriebe und Unternehmungen.

Es ist nicht eine Frage des Wollens, sondern der Tragfähigkeit, die mich veranlasst, Sie zu bitten, meinem Antrag zuzustimmen.

Antrag Fischer-Bremgarten

Art. 41ter Abs. 1bis (neu)

Abs. 1bis

Gastgewerbe, Hotellerie und Kleingewerbe sind von der Steuer auf dem Umsatz von Waren und Leistungen zu befreien.

Proposition Fischer-Bremgarten

Art. 41ter al. 1bis (nouveau)

Al. 1bis

Les hôtels et restaurants ainsi que les petites entreprises sont exemptées de l'impôt sur les transactions en marchandises et les prestations.

Fischer-Bremgarten: Im Irrtum verharren, das sind die Narren! Der Bundesrat, aber auch eine Mehrheit unseres Rates glauben, im neuen Finanz- und Steuerrecht den rettenden Anker angesichts des defizitären Staatshaushaltes zu sehen. Dabei hat wohl der Bundesrat die eindrückliche Lektion vom 8. Dezember 1974 vergessen. Das Schweizervolk lehnte damals den Bundesbeschluss zur Verbesserung des Bundeshaushaltes (Finanzordnung 1974) mit 66 Prozent Nein-Stimmen ab. Die Parole «Zuerst sparen, dann steuern» zeigte sich am 8. Dezember 1974 eindrücklich, denn der Bundesbeschluss über die Erschwerung der Ausgabenbeschlüsse (Ausgabenbremse) wurde im Verhältnis von 3:1 gutgeheissen. Bundesrat Chevallaz sagte damals nach der Abstimmung am Fernsehen: «C'était un geste de mauvaise humeur.» Herr Bundesrat, es war weit mehr als Ihre lapidare Feststellung, es war ein Signal gegen mangelnde Ausgabendisziplinierung. Diese Abstimmung wie auch die beiden Abstimmungen vom 13. Juni waren eine unmissverständliche, klare Absage an die bundesrätliche Politik einer überbordenden Ausgabenexpansion, die überhaupt kein Mass kannte. Heute zeichnet sich die gleiche Tragödie am Horizont des helvetischen Steuerhimmels ab. Wir schicken uns wieder an, ein überladenes Fuder mit Steuerpaketen zu stützen. Wir begehen den gleichen Fehler wie 1974: Die im Irrtum verharren, das sind wahrlich die Narren!

Die heutige Steuervorlage präsentiert sich uns als eine Riesenübung, die mit den ehrgeizigen Reformplänen der Bundesräte Nobs (1950) oder Weber (1953) verglichen werden kann. Keine dieser Finanzvorlagen fand Gnade vor dem Souverän. Beide Bundesräte mussten wohl oder übel über die Klinge springen.

Die sogenannte Mehrwertsteuer ist doch als eine allgemeine Konsumsteuer zu betrachten, die eine sehr grosse Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern schröpft. Sie trifft Leute, die mit einem grossen Teil ihres Einkommens die lebensnotwendigen Bedürfnisse bestreiten müssen. Das Gegenargument der Befürworter, die unteren Einkommen würden mit dieser Steuervorlage entlastet, sticht in keinem Fall. Ich finde das ganze Vorgehen des Bundesrates bedenklich und wenig überzeugend, indem die sicher notwendige Sanierung des Finanzdefizits ausschliesslich über eine Vermehrung der Einnahmen gesucht wird. Auch die gutgemeinte Motion der Kommission des Nationalrates macht den Steuerhasen nicht fett und kann keine nennenswerte Verbesserung des Finanzhaushaltes erbringen. «Die Botschaft hör' ich wohl, doch mir fehlt der Glaube!»

Wenn ich nun mit meinem Begehren in die bundesrätliche Steuerreform eine Bresche zugunsten des Gastgewerbes, der Hotellerie und des Kleingewerbes zu schlagen trachte, so darf ich Ihnen zur Untermauerung meines Antrages folgende Gründe anführen:

1. Bei der Behandlung des Geschäftsberichtes habe ich Bundesrat Brugger die Frage gestellt, ob bei einer so schwerwiegenden Verpflichtung des Bundes gegenüber der Exportindustrie, die momentan den Betrag von 10,5 Milliarden erreicht hat, bei einer Deckung von nur 2,9 Prozent, die Exportindustrie weiter zu fördern sei und ob die Prämien für diese Garantie nicht erhöht werden sollten. Herr Brugger winkte ab mit der Begründung, unsere Exportindustrie hätte sonst gegenüber dem Ausland ungleich lange Spiesse. Was dem einen recht ist, soll dem anderen in einem demokratischen Wirtschaftsgefüge billig sein. Dem Tourismus, dem Gastgewerbe, der Hotellerie und dem Kleingewerbe mutet man, ohne mit den Wimpern zu zucken, eine Mehrwertsteuer mit einem Satz von 10 Prozent zu. Die Frage, ob auch hier die Spiesse im harten Konkurrenzkampf unserer Fremdenverkehrsindustrie gegenüber dem Ausland gleich lang sind, erübrigt sich.

2. Für das Kleingewerbe, namentlich aber für die Hotellerie und das Gastgewerbe, stellt sich doch die konkrete Frage, ob eine Verdoppelung der finanziellen Belastung in der heutigen Wirtschaftslage noch verkräftet und aufgefangen werden kann. Die Konkurrenzlage dieser Wirtschaftszweige ist doch so, dass sich die Mehrwertsteuer in den meisten Fällen nicht auf die Konsumenten überwälzen lässt. Das trifft besonders den Tourismus wegen des hohen Frankenkurses schwer. Keine Geiss schleckt die Tatsache weg, dass die angeführten Wirtschaftszweige am direktesten zur Kasse gebeten werden, um den Staatsäckel zu stopfen.

3. Tourismus und Gastgewerbe besitzen eine sehr vielfältige wirtschaftliche Bedeutung. Sie trugen durch den Ueberschuss der Deviseneinnahmen im Jahre 1974 immerhin 5,8 Milliarden entscheidend zum Ausgleich der Ertragsbilanz und des regionalen Wirtschaftsgefälles bei. Das heisst: der Fremdenverkehr kann und vermag das wirtschaftliche Gefälle zwischen der Agglomeration und dem Berggebiet auszugleichen. 65 Prozent der schweizerischen Fremdenverkehrsfrequenzen entfallen auf die wirtschaftlich wenig begünstigten voralpinen und alpinen Gebiete. Die Hotellerie und das Gastgewerbe bringen zahlreichen Bergtälern Arbeit und Einkommen und wirken indirekt der Abwanderung der Bewohner ländlicher Gebiete in Grossagglomerationen entgegen. Wir haben in diesem Rat im Rahmen der Wirtschaftspolitik ein gesamtwirtschaftliches Entwicklungskonzept für das Berggebiet erarbeitet. Kernstück dieses Konzeptes ist das Investitionshilfegesetz für Berggebiete, in Kraft seit März 1975. Flankierende Massnahmen zu diesem Bundesgesetz sind das revidierte Hotelkreditgesetz und die Förderung der Bürgschaftsgewährung in Berggebieten. Die Besteuerung des Fremdenverkehrs muss doch in letzter Konsequenz kontraproduktive Wirkung zeigen. Bei der Einführung und Betrachtung der Mehrwertsteuer in Hotellerie und Gastgewerbe zeigt sich mir das Finanz- und Zolldepartement wie ein Staat von Ameisen. Verstehen Sie mich richtig: wie ein Staat von Ameisen, nicht von Bienen; das wäre doch etwas allzu hoch gegriffen in der zoologischen Klassifikation. Die Ameisen hegen und pflegen die Blattläuse an den Rosen in diesem Jahr ganz speziell, um sie dann nachher brutal auszusaugen. Man bringt die Hennen um, welche die goldenen Eier legen und mit ihrem wirtschaftlichen Einsatz für Arbeitsplätze und Verdienst sorgen.

4. In Tourismus, Gastgewerbe und Kleingewerbe sind etwa 420 000 Personen beschäftigt. Damit sind die angeführten Wirtschaftsgruppen nach der Metall- und Maschinenindustrie die wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land. Die gastgewerblichen Betriebe sind die bedeutendsten Abnehmer von Nahrungs- und Genussmitteln. Es würde den Rahmen sprengen, noch weitere gute Gründe für meinen Antrag anzuführen. Ich bin mir bewusst, dass die Bundesfinanzen in Ordnung kommen müssen, aber nicht auf diese wenig überzeugende Art und Weise. Eine Kündigung des Freihandelsabkommens: im Jahre 1975 brachte dieses Abkommen uns einen Minderertrag von 958 Millionen Franken; bei einer Einführung von Autobahngebühren rechnet man mit 800 Millionen Franken Einnahmen; eine massive Besteuerung von Nutzungsgebühren würde sehr grosse Abhilfe leisten. Es gibt Alternativlösungen zu diesem Finanz- und Steuerrecht. Ich bitte Sie, auch aus diesen Gründen meinem Antrag zuzustimmen, denn andernfalls haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Schlacht von Philippi, Herr Bundesrat Chevallaz, kommt ganz sicher, und es ist dann weit mehr als «un geste de mauvaise humeur».

Ich schliesse mit einem Gedicht von Ulrich Dürrenmatt, das ganz gut in diese heutige Debatte passt:

Nur eines, Freund, das kann er nicht,
Obgleich an Macht ihm nichts gebricht
(da ist der Staat gemeint),
Nichts schenkt er uns zu unserm Frommen,
Was er zuvor uns nicht genommen.

Mag er mit tausend Werken prahlen,
Wir wissen wohl, wir müssen zahlen.
Verspricht er dir die halbe Welt,
Den Beutel zu, er will dein Geld.

Prosit, meine Damen und Herren, Santé!

Fischer-Bern: Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir dem Antrag Baumann zustimmen. Es rechtfertigt sich, dass man für das Gastgewerbe eine Sonderlösung innerhalb dieser Mehrwertsteuer trifft, und zwar aus verschiedenen Gründen: Der erste ist der, dass es sich beim Gastgewerbe um einen ausgesprochenen Dienstleistungssektor handelt, wo die Wertschöpfung und damit auch die Belastung der Leistungen übernormal wäre. Es gibt einige andere wenige Branchen, bei denen die Situation ähnlich sein mag, aber eine derart grosse geschlossene Wirtschaftsgruppe, die abgrenzbar ist und bei der der Dienstleistungsanteil eine derartige Bedeutung hat, gibt es nicht.

Der zweite Grund, warum nach meiner Auffassung für das Gastgewerbe eine Speziallösung getroffen werden muss besteht darin, dass ein wesentlicher Teil des Gastgewerbes der Exportindustrie gleichzustellen ist; das ist bereits gesagt worden, ich möchte das nur noch einmal unterstreichen. Sie wissen, dass die Exportindustrie durch die Mehrwertsteuer vollständig freigelassen wird, d. h. gegenüber heute wird eine Entlastung entstehen, und beim Gastgewerbe, das mit dem internationalen Tourismus zusammenhängt, würde eine zusätzliche Belastung von nahezu 10 Prozent entstehen. Diese massive Ungleichbehandlung zwischen direkter Exportindustrie und dem exportähnlichen Gastgewerbe lässt sich aus Gründen der Rechtsgleichheit nicht verantworten.

Nun möchte ich noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Es gibt hier in diesem Saale eine ganze Reihe von Vertretern der Bergkantone, der Randgebiete. Diese sind jeweils mit Recht sehr stolz, wenn sie irgendeine Subvention oder eine Unterstützung für ihre wirtschaftlich benachteiligten Gegenden erhalten. Wie Sie wissen, lebt ein wesentlicher Teil des Gastgewerbes gerade in diesen Randgebieten, vor allem den Berggebieten. Wenn Sie nun auf der einen Seite das Gastgewerbe zusätzlich mit dieser massiven Steuer belasten, dann nehmen Sie diesen Rand- und Berggebieten eigentlich das wieder weg, was Sie ihnen vorher mittels Subventionen gegeben haben. Wir sollten in unserer Politik eine gewisse Folgerichtigkeit einhalten. Wir dürfen nicht die Berggebiete auf der einen Seite unterstützen und dafür einen Haufen Geld ausgeben, um dann gleichzeitig einen noch grösseren Haufen Geld via zusätzliche Besteuerung der fast einzigen wirtschaftlichen Betriebe, die in diesen Berggebieten existieren können, wieder in die Bundeskasse zu leiten.

Wird das Gastgewerbe belastet, wie es der Bundesrat vorsieht, so wird von ihm gegenüber heute eine Mehrleistung von etwa 700 Millionen Franken aufzubringen sein. 700 Millionen Franken sind eine derart enorme Summe, dass Sie selbst nicht glauben, man könne sie einfach auf die Konsumenten überwälzen – und wenn man es könnte, würde es die Teuerung nur entsprechend antreiben. Wenn diese Verfassungsvorlage mit der Belastung des Gastgewerbes in Kraft tritt, wird dies die Konsequenz haben, dass eine Reihe der schwächsten Betriebe, vor allem bei der Saisonhotellerie, die Beine strecken muss. Ich glaube nicht, dass es der Zweck der Bundespolitik sein kann, die Besteuerung der schwächeren Teile unserer Wirtschaft so stark und so intensiv vorzunehmen, dass daraus wirtschaftliche Nachteile entstehen. Der Antrag von Herrn Baumann, der nicht eine vollständige Entlastung des Gastgewerbes bedeutet, sondern der das Gastgewerbe auch belastet, weil die Vorsteuer nicht abgezogen werden kann, ist richtig. Ich möchte Ihnen empfehlen, ihm zuzustimmen.

Röthlin: Wir alle kennen die Sorgen – wie das uns nun verschiedentlich dargelegt wurde – des Gastgewerbes und der Hotellerie im Konkurrenzkampf zu unseren östlichen

und südlichen Nachbarn. Auf die Bedeutung des Gastgewerbes im Berggebiet hat soeben Herr Fischer-Bern hingewiesen. Ich möchte ihm dafür, dass er diese Lanze gebrochen hat, herzlich danken.

Aus den Diskussionen mit den Vertretern des Gastgewerbes spürt man, dass sie heute schon genug mit den Folgen des harten Frankens zu kämpfen haben. Nun wollen wir einem unserer grössten Devisenbringer noch den Existenzkampf mit einer zusätzlichen Last von 10 Prozent erschweren. Wir dürfen doch – das ist sicher eine berechtigte Forderung – nicht nur gleich lange Spiesse für unsere Exportwirtschaft, sondern auch für unsere Binnenwirtschaft mit bedeutendem positivem Einfluss auf unsere Aussenhandelsbilanz – eben den Tourismus – verlangen.

Im Abstimmungskampf dürfen wir zudem den eminenten Einfluss des Gastgewerbes auf die Stimmbürger nicht ausser acht lassen. Die Biertischgespräche sind eine Macht für sich. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Baumann zuzustimmen. Sollte Ihnen aus finanzpolitischen Erwägungen das Herz brechen – in Gottes Namen –, dann stimmen Sie eben dem Antrag Rubi zu.

Müller-Zürich: Die gewerblichen Kleinbetriebe, insbesondere die gastgewerblichen, sind heute durch die AHV-Abrechnung administrativ bereits unerhört überlastet. Sie haben auch nicht das Fachpersonal dazu, da es sich um Kleinbetriebe handelt. Der unproduktive Arbeitsaufwand steht in keinem vertretbaren Verhältnis zum Ergebnis. Dazu kommt – wie bereits erwähnt – durch die Parahotellerie die (möchte ich sagen) unfaire Konkurrenz, die mit einer solchen Gesetzgebung noch einmal verschärft würde. 25 000 gastgewerbliche Betriebe erfordern zudem ein zusätzliches Beamteneheer, das auch wiederum im absoluten Widerspruch steht zu dem, was wir vor einem halben Jahr hier in diesem Saale beschlossen haben.

Hinzu kommen vor allem noch referendumpolitische Bedenken. Hier kann ich nicht genügend unterstreichen, was ich Ihnen ganz kurz vortrage. Jeder Gastgewerbler hat erfahrungsgemäss rund zirka 50 Freunde, Stammgäste, gute Bekannte. Dazu ungefähr noch 50 Lieferanten, also rund 100 Sympathisanten pro gastgewerblichen Betrieb. Multiplizieren Sie nun die 25 000 Gastgewerbler mit dem Multiplikatoren, so erhalten Sie 2,5 Millionen Stimmen, die für das Gastgewerbe eingenommen sind. Wenn nur die Hälfte mit dem Gastgewerbe stimmt, ist diese Gesetzesvorlage bei einer Stimmbeteiligung von durchschnittlich rund 2 Millionen «im Eimer». Man unterschätze die Sympathien für das Gastgewerbe in unserer Bevölkerung nicht. Wir sind nun schliesslich ein Volk von Wirten und Hoteliers. Als seinerzeit Herr Bundesrat Musy – das möchte ich besonders unserem Herrn Bundesrat Chevallaz ans Herz legen; ich kannte Herrn Bundesrat Musy noch persönlich – die Alkoholgesetzgebung neu ordnete, hat er sich zuerst mit dem Präsidenten des Schweizerischen Wirtvereins ins Einvernehmen gesetzt. Jener Präsident war mein Vater. Nach eingehenden Verhandlungen fand man eine gemeinsame Lösung, und der Schweizerische Wirtverein unterstützte die Revision des Alkoholartikels; er wurde angenommen. Wenn Sie heute das Gegenteil anstreben – nicht weil Sie es wollen, aber weil Sie keine glücklichere Lösung, als was Ihnen jetzt vorgeschlagen wird, finden –, dann können Sie das Gesetz jetzt schon abschreiben. Ich unterstütze den Antrag Baumann nachdrücklich.

Stich: Gestatten Sie, dass ich als einziger doch wenigstens auch den Vorschlag des Bundesrates hier vertrete. Wir behandeln gegenwärtig die Mehrwertsteuer. Das ist eine ausgesprochene Konsumsteuer. Hier soll nun ein wesentlicher Bestandteil des Konsums, nämlich derjenige von gastgewerblichen Leistungen ausgenommen werden mit einem Ausfall von 700 Millionen Franken, wenn man den ganzen Ausfall rechnet, von rund der Hälfte, wenn man bedenkt, dass das Gastgewerbe dann auf der Vorsteuer sitzen bleibt. Ich glaube, es wäre sehr einfach, wenn wir hier eine Steuer finden könnten, die niemand

belastet. Diese würde dann zweifellos angenommen, und wahrscheinlich ist das offensichtlich auch das Rezept, das man in der Schweiz haben sollte, um eine neue Steuer auf ordentlichem Weg durchzubringen.

Ich muss Sie hier wieder einmal daran erinnern, dass in diesem Bundesstaate noch nie eine neue Steuer auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg eingeführt worden ist, sondern immer nur mit Notrecht. Aber ich glaube auch, dass es nicht denkbar ist, dass wir einfach, weil das Gastgewerbe sehr viele Kunden hat und es dort am Biertisch sehr einfach ist, Stimmung zu machen, darauf verzichten sollten, das Gastgewerbe zu erfassen. Wir können nicht einfach auf diese 300 Millionen Franken Steuern verzichten; wir könnten sonst einfach auch den Steuersatz heruntersetzen. Wir wären aber gezwungen, nachher diese Steuern an anderen Orten wieder einzutreiben. Erachten Sie es wirklich als richtig, das Gastgewerbe einfach auszunehmen, dafür andere Gruppen stärker zu belasten? Es wurde insbesondere von Herrn Baumann dargelegt, das Gastgewerbe werde neu mit 10 Prozent zusätzlich belastet. Das ist sachlich nicht richtig. Auch wenn wir eine Mehrwertsteuer einführen, würde man doch bedenken müssen, dass wir eine Warenumsatzsteuer von 5,6 bzw. 8,4 Prozent haben, und die Mehrbelastung kann praktisch höchstens aus der Differenz bestehen, wobei im Gegensatz zur Warenumsatzsteuer neu dann die vorbelastete Steuer abgezogen werden kann. Es ist auch interessant, wie heute wegen dieser Mehrbelastung von wenigen Prozenten im Gastgewerbe sich insbesondere die Ueberfremdungsparteien hervortun, denn das, was sie früher mit ihrer Initiative verlangt haben, wäre eine weit stärkere Belastung und eine wirkliche Bedrohung des Gastgewerbes gewesen. Es ist also ein bisschen geheuchelt, wenn man heute gerade von dieser Seite anführt, es sei eine untragbare Belastung.

Man hat hier auch den Vergleich mit der Exportindustrie gezogen. Dieser Vergleich hinkt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir hier eine Konsumsteuer zu beschliessen haben für das Inland, für Leistungen, die im Inland konsumiert werden. Deshalb sollten alle jene, die im Inland konsumieren, auch hier besteuert werden, und jene, die im Ausland konsumieren, werden im Ausland besteuert. Aber es ist vielleicht doch auch interessant daran zu erinnern, welche Diskussion wir gehabt haben, als wir seinerzeit das Exportdepot hier behandelten. Damals ist es um eine Belastung von 5 Prozent gegangen, bzw. um den Zinsausfall, der aus diesen 5 Prozent Exportdepot entstanden wäre, also eine minimale Belastung. Man hat auch damals den Weltuntergang prophezeit für die Exportindustrie. Sie hat in der Zwischenzeit sehr viel mehr überstanden. Es ist nicht richtig, wenn Sie heute die Bedrohung des Gastgewerbes darstellen, denn auf der anderen Seite müssen Sie sich auch bewusst sein, was es bedeuten würde, wenn wir wieder eine Inflation von 5 oder 10 Prozent hätten, im Gegensatz zu den heutigen 2 Prozent. Es gibt auch Leute wie Herr Otto Fischer, der sich sehr für das Gastgewerbe einsetzt, aber immer dagegen ist, wenn man einen Konjunkturartikel, ein Notenbankinstrumentarium schaffen will. Dort nimmt er in Kauf, dass das Gastgewerbe darunter leidet, wenn wir Inflation haben.

Deshalb bitte ich Sie, diese Anträge abzulehnen.

Weber Leo, Berichterstatter der Minderheit: Es liegen zurzeit zwei Anträge vor, ein Antrag Fischer auf Abänderung von Artikel 41ter Absatz 1bis, der das Gastgewerbe, die Hotellerie und das Kleingewerbe von der Steuer befreien will, und dann ein Antrag Baumann, der in Ziffer 9 den Buchstaben a streichen will und auf der anderen Seite in Ziffer 5 Buchstabe c die Inhaber der gastwirtschaftlichen Betriebe von der Steuerpflicht befreien will. Das Ziel dieser beiden Vorschläge ist im Grunde genommen dasselbe, obwohl es mit verschiedenen Methoden angegangen wird. Im Grunde genommen wollen diese Leute die unechte Befreiung, die sogenannte unechte Befreiung der Gastwirtschaft, d. h. sie sind bereit, die Vorsteuer zu bezahlen,

aber sie wollen nicht, dass ihre Gewinne und ihre Umsätze dann mit der Mehrwertsteuer belastet werden. Diese unechte Befreiung kann man an sich am besten und einfachsten erreichen, wenn man in Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a die Ziffer 9 streicht. Dann ist das ganz klar, dann ist das Gastgewerbe dort nicht mehr aufgeführt und dann ist es unecht befreit. Ich möchte also Herrn Fischer sagen: Ich wäre nicht der Auffassung, dass diese Frage auf Verfassungsebene gehört, in dem Sinne, dass sie in Artikel 41ter eingebaut werden soll. Dort würde sie für immer bleiben. Wir sind der Meinung, dass das an sich Gesetzesstufe ist. Artikel 9 ist gesetzvertretend in der Verfassung einmal aufgenommen und verschwindet nachher wieder, wenn die Ausführungsgesetzgebung hier im Parlament erlassen worden ist. Ich glaube also, Herr Fischer müsste seinen Antrag zurückziehen zugunsten des Antrages Baumann. Im Grunde genommen will er nämlich genau dasselbe.

Das Kleingewerbe, das er ebenfalls befreien will, ist in Artikel 9 Buchstabe c Ziffer 1 bereits ausdrücklich genannt. Es ist also meines Erachtens nicht notwendig, dass wir im Artikel 41ter Absatz 1 wieder eine neue Bestimmung einbauen.

In der Kommission sind zwei Anträge, die in ähnlicher Richtung zielten, abgelehnt worden: Einmal eine unechte Befreiung (Rubi), und dann die Befreiung von der Steuerpflicht nur für Berggebiete, das war ein Antrag Dürr, und zwar ist der Antrag Rubi mit 16 zu 5 Stimmen abgelehnt worden. Die Gründe dafür sind klar. Im Grunde genommen ist die Befreiung des Gastgewerbes systemwidrig. Sie bringt auch relativ schwierige Abgrenzungen, insbesondere wenn man nur das Berggebiet ausnehmen wollte. Dann ist schliesslich der Ertragsausfall von 500 bis 600 Millionen Franken beim Antrag der unechten Befreiung von Bedeutung gewesen. Die Kommission lehnt deshalb diese Anträge ab. Damit ist die Frage meines Erachtens noch nicht aus der Welt geschafft. Das Parlament muss sich hier tatsächlich die Frage einer sachgemässen Behandlung einerseits und der politischen Taktik oder der Stammgastmentalität auf der anderen Seite stellen. Es gäbe hier meines Erachtens Lösungen, wie sie z. B. Frankreich kennt, wo eine Qualitätsabstufung unter den Gaststätten vorgenommen wird. Es wäre ganz sicher stossend, wenn das Luxushotel ausgenommen wäre. Das will im Grunde genommen niemand, sondern Ausnahmen wollen wir bei der einfachen Hotellerie, beim einfachen Gastgewerbe. Man könnte also vielleicht schlussendlich zu einer Lösung kommen mit verschiedenen Abstufungen nach Qualität der Beherbergungs- und Gastgewerbebetriebe, wie das in Frankreich der Fall ist.

Die Kommission hat eine solche Lösung ebenfalls abgelehnt. Ich muss es deshalb Ihnen überlassen, ob sie hier politisch die Weichen anders stellen wollen.

M. Gautier, rapporteur: Cela va me simplifier le travail: je n'ai plus qu'à combattre la seule proposition de M. Baumann, qui nous demande d'exempter l'hôtellerie, les restaurants, les cafés, de la taxe à la valeur ajoutée. Je suis prêt à convenir avec M. Baumann des problèmes difficiles et délicats que connaît cette branche de l'économie suisse. Il faut toutefois se rendre compte que c'est presque une question de principe que nous allons trancher là. Il faut bien se dire que la TVA est une taxe qui porte sur les services et que l'hôtellerie me paraît être le type même des services. Si l'on commence à exempter certains services d'une part parce qu'ils sont dans une situation économique délicate, d'autre part parce que l'on espère ainsi obtenir l'appui d'un certain nombre de milliers d'électeurs, je ne vois pas très bien où l'on s'arrêtera. Si l'on exempté l'hôtellerie, nous allons tout à l'heure entendre M. Cossy nous demander d'exempter les vins, nous entendrons ensuite quelqu'un d'autre nous demander d'exempter le commerce des antiquités! Le seul fait d'exonérer l'hôtellerie de la TVA coûterait environ 600 millions par an à la caisse fédérale, c'est-à-dire presque un des

pour-cent que nous avons votés en principe ce matin. Cela coûterait presque aussi cher que si nous avions accepté la proposition de M. Letsch. Je me demande comment la caisse fédérale pourrait supporter cette saignée supplémentaire. Du reste, la commission a déjà discuté de cette proposition, ainsi que d'autres propositions semblables. Elle les a refusées par 16 voix contre 5 et, en son nom, je vous recommande de voter contre la proposition de M. Baumann.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: M. Fischer est vétérinaire pour petits et grands animaux, c'est pourquoi il a comparé mon département à une fourmilière et nous refuse les honneurs des abeilles impériales. M. Fischer a commencé par nous donner une leçon de freinage aux dépenses. Je souhaiterais très vivement, Monsieur Fischer, que vous puissiez vivre à mes côtés pendant deux ou trois jours et vous verriez ce que signifie le freinage aux dépenses. Je suis tout à fait prêt à vous engager comme huissier complémentaire pendant un certain temps, cela ramènerait à de justes proportions vos propos gratuits.

Je me rends bien compte que nous sommes ici en face d'un cas difficile, non pas en équité car l'hôtellerie et la restauration sont sans doute des prestations de services extrêmement honorables et dont je fais large et agréable usage, mais ce sont tout de même des prestations comme les autres et il est peu justifié, en droit et en fait, de leur trouver des conditions d'exception. C'est surtout un cas difficile en opportunité, là est le problème. Il est vrai que l'honorable profession qui, par définition, cultive les contacts, exerce une influence indiscutable sur la formation de l'opinion publique. Nous ne doutons en aucun cas du civisme très élevé de la profession – la plupart de ses membres refuseraient avec hauteur d'être traités en cas d'exception – mais je pense que nous n'aurons certainement pas là une unanimité trépidante d'enthousiasme en faveur de notre projet. Dès lors, le Parlement se sent-il la force et le courage de braver cette opposition, estime-t-il plus habile de sacrifier un bon demi-milliard pour en faire passer 3? C'est là au fond qu'est le problème.

Je constate, comme on l'a d'ailleurs fait remarquer, que chez nos voisins la corporation de l'hôtellerie et de la restauration est frappée d'une taxe à la valeur ajoutée normale et même parfois supérieure à la normale – en République fédérale allemande, on applique le taux normal de 11 pour cent; en France on applique deux taux: un taux de 7 pour cent pour l'hébergement proprement dit et de 17,6 pour cent pour la pension et la restauration; en Autriche, un taux de 8 pour cent alors que le taux normal est de 18 pour cent, c'est donc un tarif préférentiel, je le veux bien, mais les boissons, alcooliques ou non, sont frappées, elles, d'une taxe à la valeur ajoutée de 18 pour cent, ce qui compense les 8 pour cent de l'hébergement proprement dit; en Italie, 12 pour cent pour les hôtels et la restauration de luxe et 6 pour cent pour les autres activités. Il n'est donc pas équitable, dans une imposition des prestations, d'exonérer l'hôtellerie et la restauration. N'oublions pas d'ailleurs que la charge sera très largement répartie, non pas tant sur la profession elle-même, qui sans doute en prendra sa part, que sur le client contribuable. Elle sera donc largement étalée et restera, je le répète, plus faible que chez nos voisins.

Vous apprécierez entre l'équité et l'opportunité, pour ne pas dire l'opportunisme. Qui conduit les destins de ce pays? Le Conseil fédéral quant à lui maintient, aux côtés de la commission, ses propositions.

Präsident: Wir haben den Antrag Baumann/Fischer-Bremgarten, der von Kommission und Bundesrat bekämpft wird.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Baumann/Fischer-Bremgarten	50 Stimmen
Dagegen	69 Stimmen

Präsident: Unter diesen Umständen erhält das Wort zur Begründung seines Eventualantrages Herr Rubi.

Eventualantrag Rubi

(bei Ablehnung des Antrages Baumann, Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. a Ziff. 9)

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 3 (neu)
Ziff. 3

6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen während einer Uebergangszeit von drei Jahren.

Proposition subsidiaire Rubi

(en cas de rejet de la proposition Baumann au ch. II, art. 9, al. 3 let. a ch. 9)

Ch. II art. 9 al. 3 let. a ch. 3 (nouveau)
Ch. 3

A 6 pour cent sur les prestations des hôtels et restaurants durant une période transitoire de trois ans.

Rubi: Einleitend ein Wort an meinen geschätzten Berner Kollegen Herrn Schürch im Anschluss an seine Ausführungen von heute morgen: Wir sind nicht eine so uniforme Fraktion, wie sich das Herr Schürch vorstellt. Noch nie hat es mir meine Fraktion in den letzten acht Jahren verwehrt, in diesem Saal eine abweichende Meinung zu vertreten.

Nun zur Sache: Ich habe im Falle der Ablehnung des Antrages Baumann den Antrag auf einen reduzierten Satz von 6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen während einer Uebergangszeit von drei Jahren gestellt.

Es ist viel gesagt worden über die Bedeutung des Fremdenverkehrs; ich möchte mich diesbezüglich nicht wiederholen. Noch vor wenigen Jahren wurde der Tourismus in öffentlichen Verlautbarungen totgeschwiegen. Nun hat man die Bedeutung devisenpolitisch, beschäftigungs- und einkommenspolitisch sowie regionalpolitisch erkannt. Ich möchte auf Wiederholungen verzichten.

Angesichts dieser wichtigen Funktion des Tourismus hätte man aber erwarten dürfen, dass im Bericht der Fachkommission und in der Botschaft nicht nur eine oberflächliche Darstellung dieser Probleme erfolgt. Es sei gerechtfertigt, steht im Bericht der Fachkommission, gastwirtschaftliche Leistungen auch in der Schweiz zu versteuern und damit insbesondere den Fremdenverkehr für die teilweise Dekkung der von ihm verursachten öffentlichen Kosten heranzuziehen. Nun ist es aber so, dass in erster Linie die Parahotellerie grosse öffentliche Kosten mit sich bringt, die bei Umsätzen unter 30 000 Franken befreit ist. Diese Darstellung ist also unrichtig. Auch in der bundesrätlichen Botschaft hat man sich die Sache leicht gemacht, wenn auf Seite 39 geschrieben wird, dass die gastwirtschaftlichen Dienstleistungen zu einem erheblichen Teil dem gehobenen Bedarf zuzurechnen seien. In einer Zeit, wo das Recht auf Ferien für jedermann uneingeschränkt Gültigkeit haben sollte, wirken solche Feststellungen fragwürdig. Das Ferienmachen im Hotel ist glücklicherweise nicht mehr ein Privileg gehobener Schichten. 1974 zählte man in der Schweiz 8028 Hotelbetriebe; nur gerade 374 oder 4,65 Prozent entfielen auf Zimmerpreisklassen über Fr. 50.–, 6353 Betriebe oder 79,13 Prozent (fast vier Fünftel) auf solche unter Fr. 30.–. Unsere Hotels, Gasthöfe und Pensionen sind somit nicht in erster Linie auf gehobene Kaufkraftschichten ausgerichtet, denen es nicht darauf ankommt, 7 Prozent mehr oder weniger zu bezahlen.

Geradezu absurd klingt die Aussage des Bundesrates, wonach die Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Gastgewerbes gegenüber dem Ausland durch Unterstellung unter die Mehrwertsteuer kaum beeinträchtigt werde, da gastgewerbliche Leistungen in allen umliegenden Staaten ebenfalls der Mehrwertsteuer unterlägen. Hier hätte zumindest ein Hinweis auf das stark unterschiedliche Preisniveau zwischen der Schweiz und diesen Ländern und auch auf die ungünstige Relation des Schweizerfrankens zu diesen ausländischen Währungen erfolgen müssen.

Es sei daran erinnert, dass der Aufwertungseffekt seit 1971 gegenüber den Währungen der wichtigsten touristischen Herkunftsländer immerhin zwischen 15 und 60 Prozent liegt; seit Mitte Januar weist auch die DM eine fallende Tendenz auf. Der Fachkommission war übrigens – wie bereits gesagt worden ist – nicht ganz wohl bei der Sache; sie stellte nämlich den Eventualantrag: «Sollte jedoch eine merkliche Schlechterstellung gegenüber dem Gastgewerbe im konkurrierenden Ausland eintreten, so wäre eine andere Lösung zu prüfen.»

Ich möchte dazu sagen, dass die Gäste heute sehr empfindlich auf Preissteigerungen reagieren. Die Mehrwertsteuer wird eine Verteuerung zur Folge haben. Ich bin auch der Meinung, dass dieser oder jener Betrieb aus Konkurrenzgründen diese Steuer nicht überwälzen kann. Das käme einer Unternehmersteuer gleich. Wohl trifft es zu, dass sich der Fremdenverkehr gegenüber der Rezession als recht widerstandsfähig erwies. Entscheidend sind aber nicht die Frequenzen, sondern die Umsätze. Diese sind teilweise zurückgegangen. Seit 1974 konnten die Preise kaum mehr erhöht werden; die seither eingetretene Teuerung von 11 Prozent wirkt sich deshalb nachteilig auf die Ertragslage aus.

All diese Probleme sind sowohl im Fachbericht wie in der Botschaft bagatellisiert worden. Eine Schlechterstellung gegenüber dem Gastgewerbe im konkurrierenden Ausland sollte weitmöglichst vermieden werden.

Ich bin der Meinung, mein Antrag sei nicht unvernünftig, sondern er sei massvoll, und ich möchte Sie deshalb bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Dürr: Der Präsident hat mich zitiert, ich hätte in der Kommission einen Antrag eingebracht. Dieser hatte zum Ziel, dort angemessen zu reduzieren, wo es sachlich gerechtfertigt sei. Das trifft vor allen Dingen bei den gastwirtschaftlichen Leistungen im Berggebiet zu, weil die Betreuung der Berggebiete bislang besondere Anstrengungen des Bundes forderte. Ich nenne die Stichworte: Investitionshilfegesetz, Hotelkreditgesetz, Bürgschaftsgewährung im Berggebiet. Es soll deshalb nicht vorkommen, dass der Staat in diesen Gebieten mit der rechten Hand gibt und mit der linken Hand wieder nimmt. Das war die Begründung meines Antrages in der Kommission.

Nun sind aber die Leistungen der Gastwirtschaft im allgemeinen bei der Abstimmung referendumpolitisch sehr wichtig. Ich bin daher der Auffassung, dass wir grundsätzlich eine Mittellösung anstreben müssen. Diese Mittellösung ist Ihnen im Antrag Rubi vorgelegt worden. Aus administrativen Gründen ist eine Abgrenzung, wie ich sie mir vorgestellt habe, nicht möglich; die Abgrenzungskriterien seien nicht klar. Ich unterstütze daher den Antrag Rubi, in dem die Mittellösung von 6 Prozent auf gastwirtschaftlichen Leistungen während der Uebergangszeit stipuliert wird.

Darf ich Herrn Rubi nun anfragen, ob er nicht einverstanden wäre, die Uebergangszeit auf vier Jahre zu verlängern, wie es die Kommission auch in der Uebergangsbestimmung vorgesehen hat? Es wäre meines Erachtens logisch, diese Uebergangsbestimmung auf vier Jahre festzusetzen. Ich bitte Sie, dem abgeänderten Antrag Rubi beizupflichten.

Präsident: Es besteht hier scheinbar eine gewisse Differenz. Herr Rubi ist aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, ob er seinen Antrag abändern will. – Eine zweimalige Diskussion ist in dieser Sache nicht sinnvoll.

Rubi: Wir haben am Morgen – im Gegensatz zum Bundesrat – beschlossen, dass innert vier Jahren ein Ausführungsgesetz zu erstellen ist. Aus diesem Grunde könnte ich dem Vorschlag von Herrn Dürr, die Uebergangsbestimmung auf vier Jahre festzusetzen, zustimmen.

Präsident: Wir nehmen von der Abänderung des Antrages Rubi Kenntnis.

Weber Leo, Berichterstatter: Der Antrag Rubi fügt in die Mehrwertsteuer einen dritten Satz ein, nämlich einen von 6 Prozent, der also zwischen dem Normalsatz von 10 Prozent und dem ermässigten Satz von 3 Prozent liegt. Dementsprechend wird auch der Antrag gestellt, in Buchstabe b eine Ziffer 3 (neu) einzufügen. Der Antrag Rubi würde für die nun auf vier Jahre verlängerte Uebergangszeit einen Steuerausfall von jährlich ungefähr 400 Millionen Franken bringen. Er bietet eine Lösung, die weniger weit geht, als der Antrag Baumann gegangen ist; aber diese Lösung wird, soviel ich weiss, vom Wirtgewerbe nicht gutgeheissen.

M. Gautier, rapporteur: On peut faire à peu près les mêmes remarques sur la proposition de M. Rubi que sur la proposition de M. Baumann que nous venons de refuser, à cela près que la proposition de M. Rubi est une proposition qui va moins loin puisqu'elle ne demande pas une exonération totale mais simplement un abaissement du taux de 10 à 6 pour cent et qu'elle ne le demande pas à titre définitif mais pour une période de quatre ans. Les raisons de s'opposer à cette proposition sont de ma part les mêmes mais évidemment moins marquées puisque la proposition va moins loin.

La commission n'a pas eu à discuter d'une proposition semblable mais je pense que par analogie on peut admettre qu'elle vous recommande cependant le rejet de cette proposition.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La proposition de M. Rubi est sans doute plus nuancée. Elle est formulée à titre provisoire pour quatre ans, elle peut presque être qualifiée de mesure conjoncturelle. Mais suffira-t-elle à désarmer l'opposition des milieux intéressés? Elle nous coûtera quelque 400 millions pendant quatre ans. Il est dans la logique de ma position que je défende mes millions pied à pied et que je ne me les laisse arracher que par la force.

Je demande donc de rejeter cette proposition.

Abstimmung – Vote

Für den Eventualantrag Rubi	67 Stimmen
Dagegen	54 Stimmen

Anträge Muret

Abschn. II Art. 9 Abs. 3

Buchst. a Ziff. 1

Umsatz von Waren, mit Ausnahme von Wasser . . .

Buchst. d Ziff. 3 (neu)

Ziff. 3

(Von der Steuer sind befreit . . .)

Folgende Waren:

- Gas, Wasser, Elektrizität,
- Brennstoffe (einschliesslich Wärme in Fernheizanlagen),
- Seifen und Waschmittel bestimmter Zollpositionen,
- Ess- und Trinkwaren, ausgenommen alkoholische Getränke,
- Vieh, Geflügel, Fische,
- Getreide,
- Sämereien, Setzknollen und -zwiebeln, lebende Pflanzen, Stecklinge, Pfropfpreiser sowie Schnittblumen und Zweige, auch zu Sträussen, Kränzen und dergleichen gebunden,
- Futtermittel, Silagesäuren, Streumittel, Düng- und Pflanzenschutzstoffe,
- Medikamente,
- Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

Buchst. e Ziff. 1

Streichen

*Propositions Muret**Ch. II art. 9 al. 3**Let. a ch. 1*

Transaction portant sur des marchandises, à l'exception de l'eau en conduites;

Let. d ch. 3 (nouveau)

(Sont exonérés de l'impôt...)

Les marchandises suivantes:

- Gaz, eau, électricité,
- combustibles (y compris la chaleur amenée par installations de chauffage à distance),
- savons et produits de lessive constituant des postes distincts du tarif douanier,
- produits comestibles et boissons, à l'exclusion des boissons alcooliques,
- bétail, volailles, poissons,
- céréales,
- semences, tubercules et oignons à planter, plantes vivantes, boutures, greffons ainsi que fleurs coupées et rameaux, même en bouquets, couronnes et similaires,
- fourrages, acides pour l'ensilage, litières, engrais et préparations pour la protection des plantes,
- médicaments,
- journaux, revues et livres.

*Let. e ch. 1**Biffer*

M. Muret: Permettez-moi de revenir un tout petit peu en arrière et de dire deux mots à M. le rapporteur Gautier à propos de l'argument qu'il a opposé ce matin à notre condamnation de la TVA en invoquant l'impôt sur le chiffre d'affaires en Union soviétique. C'est un argument usé et faux que j'ai déjà réfuté je ne sais combien de fois. Ce qu'on appelle «impôt sur le chiffre d'affaires en Union soviétique», et sans doute dans les autres Etats socialistes, n'a rien à voir avec un impôt indirect sur la consommation et encore moins avec la taxe à la valeur ajoutée. C'est tout simplement la part des revenus des entreprises collectivisées qui est versée à l'Etat. Les deux systèmes évidemment ne peuvent être comparés.

J'ai déjà dit à M. Chevallaz que le jour où il se prononcerait pour la collectivisation des moyens de production, nous serions entièrement d'accord pour que le revenu des entreprises d'Etat soit versé à l'Etat plutôt qu'à n'importe quel capitaliste privé. C'est même très exactement le but de l'opération. Du reste, ce matin, M. Chevallaz m'a dit en privé qu'il avait appris en effet que l'impôt sur le chiffre d'affaires soviétique n'était pas un impôt indirect. Je lui ai répondu qu'il y avait quinze ans que je le lui disais et pas seulement à Berne mais aussi à Lausanne au cours de polémiques courtoises mais fermes. Cela ne l'a pas empêché une demi-heure plus tard de vous dire que c'était tout de même et malgré tout un impôt indirect. Mais enfin ça, c'est de la stratégie, c'est de bonne guerre. M. le conseiller fédéral Chevallaz ayant mis quinze ans pour comprendre, je voudrais exprimer l'espoir que M. Gautier voie les écailles tomber de ses yeux aux alentours des années 1990. Il est possible d'ailleurs que je ne sois plus là pour assister à ce spectacle réjouissant, cravate ou pas cravate, mon cher collègue!

Je passe à notre proposition qui consiste à rétablir la liste franche actuelle. Je précise à ce propos que je me rallie entièrement à la proposition de M. Cossy, non par solidarité cantonale ni même vigneronne, mais parce qu'elle paraît fondée sur le bon sens et la justice. Elle concerne les vins du pays et prévoit que seules les boissons alcooliques importées sont soumises à l'ICHA. J'espère d'ailleurs qu'en échange, il votera notre proposition.

Je voudrais, pour justifier celle-ci, me borner à vous lire un extrait des œuvres complètes de M. Chevallaz. Ce passage est tiré du *Bulletin sténographique*, tome I, page 124, séance du 30 janvier 1975. M. Chevallaz donnait son point de vue en ces termes: «Je tiens à m'étonner du fait que M. Muret s'irrite du caractère soi-disant antisocial de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Antisocial quand nous bénéficions d'une liste franche que ne connaissent quant à son étendue aucun de nos voisins! La franchise fiscale est accordée sur tous les produits de première nécessité, notamment sur les denrées alimentaires, le gaz, l'électricité. Cela représente environ 1 milliard 300 millions à 1 milliard 500 millions de moins-value fiscale. Ce sont des recettes dont nous nous privons, mais c'est aussi un allègement du consommateur, point sur lequel il faudrait tout de même qu'on insiste, en toute objectivité.»

Je pense que M. Chevallaz, dans ces conditions, ne peut sans se désavouer faire autre chose que de se rallier à notre proposition! Je suis certain que vous ferez de même.

*Antrag Cossy**Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1*

... , ausgenommen importierte alkoholische Getränke, ...

*Proposition Cossy**Ch. II art. 9 al. 3 let. e ch. 1*

... à l'exclusion des boissons alcooliques importées, de ...

M. Cossy: Avec sincérité, ce matin, je suis intervenu pour que la viticulture jouisse du même taux que l'agriculture. Je vous en ai donné les raisons, aussi je n'y reviendrai pas si ce n'est pour souligner, une fois encore, combien sera prétéritée une classe laborieuse fixée, spécialement, dans sa grande majorité en Suisse romande.

Chers collègues, je vous prie de jouer le jeu de notre amitié confédérale et de voter le taux de 3 pour cent en faveur de notre viticulture helvétique.

*Anträge Keller**Abschn II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1 und Buchst. h**Ziff. 1*

... Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, Antiquitäten und Kunstgegenständen;

Buchst. h

... vierteljährlich abgerechnet. Den Steuerpflichtigen ist eine Einzugsprovision von einem Prozent zu vergüten.

*Propositions Keller**Ch. II art. 9 al. 3 let e ch. 1 et let. h**Ch. 1*

... de journaux, revues et livres, d'antiquités et d'objets d'art;

Let. h

... préalable est, en principe, le trimestre civil. Le contribuable touchera une commission d'encaissement de 1 pour cent.

Keller: Ich beantrage Ihnen, in Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe e in jener Zeile, wo «Zeitungen, Zeitschriften und Bücher» figurieren, noch die beiden Begriffe «Antiquitäten und Kunstgegenstände» beizufügen. Ich weiss, dass dies kein schwerwiegender Antrag ist, aber man sollte dieses Detail doch in Betracht ziehen. Wir wurden darüber orientiert, dass sich Probleme ergeben könnten, wenn diese Antiquitäten und Kunstgegenstände (worunter auch antiquarische Bücher fallen) mit 10 Prozent belastet werden sollten, dass sich gewisse Strukturveränderungen ergeben könnten. Wenn ein Kunstgegenstand von einem Privaten

an einen andern Privaten verkauft wird, dann wird keine Mehrwertsteuer erhoben. Verkauft dagegen ein Privater sein Bild oder Möbelstück oder was immer es ist an einen Kunsthändler und dieser weiter an einen andern Privaten, dann muss er 10 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen. Sie wissen, dass solche Gegenstände sehr oft die Hand wechseln, und so könnte es vorkommen, dass ein Kunsthändler bei einem Kunstmaler ein Bild kauft und dieses weiterverkauft, dass aber schon nach kurzer Zeit dieses selbe Bild an einen andern Kunsthändler weiterverkauft wird, und jedesmal wären 10 Prozent Mehrwertsteuer darauf zu schlagen. Das können recht ansehnliche Beträge sein.

Wenn wir diese Kunstgegenstände und Antiquitäten in Absatz 3e den Zeitungen und Zeitschriften beifügen, ist es ja nicht so, dass darauf keine Mehrwertsteuer zu entrichten wäre, sondern das wären dann nur 3 Prozent und nicht 10 Prozent. Würden wir nämlich bei den 10 Prozent bleiben, könnte es sein, dass der Kunsthandel in vermehrtem Masse (um diese Steuer zu umgehen) zwischen Privaten gehandelt würde, was die Folge haben könnte, dass sich eine Strukturveränderung anbahnen würde, was wir mit einer solchen Massnahme ja nicht betreiben wollen.

Der Herr Präsident wünscht, dass ich gleich auch meinen zweiten Antrag begründe, und zwar zu Buchstabe h. Dort schlage ich Ihnen vor, es sei den Steuerpflichtigen, die mit dem Bund Mehrwertsteuer abzurechnen haben, eine Einzugsprovision von 1 Prozent zu vergüten. Das begründe ich wie folgt: Sie wissen, dass die Einführung der Mehrwertsteuer (die zur Folge hat, dass eine grosse Zahl gewerblicher Betriebe – man spricht von 80 000 Betrieben – neu dieser Besteuerung unterworfen werden) einer ziemlich starken Opposition begegnet. Es handelt sich hier zum grossen Teil um Kleinbetriebe mit einem bis drei Mitarbeitern. Diese Betriebsinhaber fürchten den Papierkrieg und die dadurch verursachte Mehrarbeit; eine Arbeit, die ein Handwerker in der Regel nicht liebt. Er arbeitet lieber in der Werkstatt als am Pult. Sehr oft hat er auch keine Zeit, und aus diesen Ueberlegungen entsteht dann die Opposition. Er wird, um diese Arbeit umgehen zu können, vielfach gezwungen sein, die Abrechnung einem Buchhaltungsbüro zu übertragen, wodurch Mehrkosten entstehen.

Ich bin der Meinung, dass ein grosser Teil dieser Opposition aus der Welt geschafft werden könnte, wenn wir für diese Arbeit eine kleine Entschädigung geben. Es ist ja so, dass auch der Bund den Kantonen für den Einzug der Steuern (ihrerseits auch die Kantone an die Gemeinden) eine Provision bezahlt, d. h. eine Entschädigung für diese Arbeit, die sie hier im Namen des Bundes oder eben der Kantone leisten. Eine ganze Reihe von Kantonen haben die Quellenbesteuerung für die ausländischen Arbeitnehmer eingeführt; darunter gibt es Kantone, die den Arbeitgebern für diese hier erbrachte Leistung eine Entschädigung entrichten. Das sind keine grossen Beträge. Auch in unserem Kanton Thurgau wird das so gehandhabt. Dort konnten wir die Erfahrung machen, dass viele Gewerbetreibende in jenem Moment, da man sich zu dieser Entschädigung bereit erklärte, ohne Murren diese Arbeit auf sich nahmen. Wenn die Entschädigung auch nicht gross ist, sahen sie doch ein, dass die Behörde «ein Gleich tue».

Ich glaube also, dass es möglich wäre, wenn wir hier eine kleine Entschädigung gewähren, eine wesentliche Opposition aus der Welt zu schaffen. Im März nächsten Jahres werden wir sehr froh sein, nicht auch diese Opposition gegen uns zu haben.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Ich habe diesen Ansatz von 1 Prozent gewissermassen aus der Luft gegriffen. Es ist ausserordentlich schwierig, sich hier kurzfristig vorzustellen, wo eine gerechte Entschädigung liegen würde. Soll sie linear sein, beim Kleinen prozentual gleich wie beim Grossen, oder müsste man sie abstufen, soll man einen festen Betrag einsetzen? Das ist also sehr schwierig zu entscheiden. Deshalb mein Vorschlag: Falls Sie meinem Antrag im Grundsatz zustimmen können, dass eine

Entschädigung ausgerichtet werden soll, möchte ich das Departement bitten, zu prüfen, ob hier 1 Prozent eingesetzt werden solle, ob es eine andere Zahl sein sollte, oder ob wir das überhaupt streichen und in die Verordnung verweisen wollen. Im Prinzip geht es mir darum, dass Sie entscheiden, ob für diese Arbeit eine Entschädigung ausgerichtet werden soll. Ich bitte Sie, meinen Anträgen zuzustimmen.

Präsident: Die Herren Berichterstatter werden zu den vier verschiedenen Anträgen gemeinsam Stellung nehmen.

Weber Leo, Berichterstatter: Zu den verschiedenen Anträgen nehme ich namens der Kommission wie folgt Stellung:

Herr Muret will keinen ermässigten Satz, sondern eine Freiliste für die lebensnotwendigen Güter, und zwar eine Freiliste im gleichen Umfang, wie sie heute bei der Warenumsatzsteuer besteht, d. h. eine weitere Fassung als der ermässigte Satz bei der Mehrwertsteuer nach dem Antrag des Bundesrates. Herr Muret verlangt praktisch die Einführung einer Belastung null mit den bereits einmal aufgezeigten Folgen. Ein sogenannter Nullsatz hat bei einer echten Befreiung mit Vorsteuerabzug die Folgen, dass ein Steuerausfall von ungefähr einer Milliarde eintritt und dass sämtliche Produzenten und Händler solcher Waren, auch die rund 150 000 Landwirte, der Steuerpflicht unterstellt werden müssen, damit sie die Vorsteuern abziehen können. Wollte man lediglich eine unechte Befreiung annehmen, d. h. eine Nichtbesteuerung der Umsätze dieser Waren, so könnte die Vorsteuer auf Investitionsgütern und so weiter nicht aufgehoben werden.

Die Wirkungen wären die folgenden: Die Vorbelastung wäre ungleich hoch, führte also zu ungleichen Endbelastungen des Konsumenten. Ins Ausland exportierte Freilistenwaren wären wie heute mit der Vorsteuer belastet und deshalb im Wettbewerb mit den Waren aus andern Ländern steuerlich benachteiligt. Die importierten Waren der Freiliste wären den inländischen Produkten gegenüber begünstigt, weil sie ohne Vorbelastung an die Grenze kämen und bei der Einfuhr nicht besteuert würden. Die inländische Produktion wäre somit gegenüber der ausländischen in doppelter Hinsicht benachteiligt. Wir beantragen Ihnen deshalb Ablehnung des Antrages Muret.

Der Antrag Cossy widerspricht rechtlich den Grundsätzen des GATT, das verlangt, dass die inländischen und die importierten Produkte gleich behandelt werden. Sie können also nicht die inländischen Weine anders behandeln als die ausländischen. Ich verweise hier auf das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen des GATT, abgeschlossen in Genf am 30. Oktober 1947 und für die Schweiz in Kraft getreten am 1. Januar 1960, wo unter III Ziffer 2 gesagt wird: «Die aus dem Gebiete eines Vertragspartners in das Gebiet eines andern Vertragspartners eingeführten Erzeugnisse sollen weder direkt noch indirekt mit irgendwie gearteten Steuern oder andern innern Abgaben belastet werden, welche höher sind als diejenigen, die die gleichartigen Erzeugnisse einheimischen Ursprungs direkt oder indirekt belasten.» Der Antrag Cossy muss somit aus völkerrechtlichen Ueberlegungen abgelehnt werden.

Herr Keller verlangt mit einem ersten Antrag einen ermässigten Satz für die Antiquitäten von 3 statt 10 Prozent. Der ermässigte Steuersatz ist grundsätzlich für sozial wichtige Güter vorgesehen. Waren des Wahlbedarfs dagegen sollen zum Normalsatz besteuert werden. Antiquitäten und Kunstgegenstände sind für den Konsumenten Waren des Wahlbedarfs. Daher rechtfertigt sich dafür eine ermässigte Besteuerung nicht. Im übrigen hätten wir hier sicher Abgrenzungsschwierigkeiten, weil die Begriffe «Antiquitäten» und «Kunstgegenstände» nicht absolut feststehen, was zusätzliche Arbeit verursachen würde. Herr Keller hat übrigens wohl eher an eine Behandlung der Antiquitäten analog der Praxis für gebrauchte Automobile gedacht, wonach gemäss Buchstabe f lediglich der Unterschied zwischen dem

Verkaufspreis und dem Ankaufspreis besteuert werden soll. So habe ich wenigstens die Eingabe der Antiquare verstanden. Diesen Antrag des Herrn Keller müssen wir somit ablehnen.

Herr Keller hat noch einen Antrag zu Buchstabe a gestellt, wonach eine Einzugsprovision von 1 Prozent (eventuell von einem anderen Satz) eingeführt werden soll für jene, die steuerpflichtig sind und die Steuern abzuliefern haben. Hier muss man sich zuerst die Frage stellen, von was die Einzugsprovision berechnet werden müsste. Man könnte sie entweder von der Steuerzahllast, also von dem, was der Steuerpflichtige an den Fiskus abzuliefern hätte, oder auf den Umsätzen berechnen. Wenn man sie von der Steuerzahllast berechnete, ergäbe eine Einzugsprovision von 1 Prozent einen Steuerausfall von ungefähr 80 Millionen Franken. Würde man die Einzugsprovision von den Umsätzen berechnen, würde der Steuerausfall ein Mehrfaches, schätzungsweise das Dreifache, also rund 240 Millionen Franken, betragen. Beide Berechnungsarten würden nach der Auffassung der Steuerverwaltung dem unterschiedlichen Arbeitsaufwand der Steuerpflichtigen nicht gerecht. Steuerpflichtige mit unterschiedlich besteuerten Umsätzen hätten mehr administrativen Aufwand, würden aber auf den ermässigt besteuerten Waren weniger Steuern schulden und hätten somit einen kleineren Vergütungsanspruch als Steuerpflichtige, die ihren gesamten Umsatz einheitlich versteuern könnten. Deshalb ist bis heute auch bei der Warenumsatzsteuer keine Provision ausbezahlt worden. Die Kommission bittet Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

M. Gautier, rapporteur: Nous nous trouvons en présence de quatre propositions différentes.

1. Proposition de M. Muret: M. Muret demande que l'on reprenne la liste franche en vigueur en matière d'impôt sur le chiffre d'affaires. Tout d'abord, il faudrait savoir ce que veut exactement M. Muret. Veut-il que les produits qui figureraient dans cette liste franche bénéficient de la pseudo-exemption, ce qui signifie que la taxe serait payée aux stades antérieurs de fabrication et que seul le détaillant en soit exempté? Dans ce cas-là, l'avantage pour le consommateur ne serait guère sensible parce que, comme la TVA serait prélevée au cours des stades antérieurs au taux de 10 pour cent, il s'agirait probablement d'une opération blanche, si même elle ne coûte pas quelque chose au consommateur. Par contre, si M. Muret demande que l'on applique aux produits figurant dans cette liste franche le taux zéro dont il a été question lors de la discussion de la proposition de M. Carobbio ce matin, cette exemption présenterait un tout autre inconvénient: elle coûterait 1 milliard de francs à la caisse de la Confédération et les listes comprendraient 150 000 contribuables de plus. Dans l'un comme dans l'autre cas, la proposition de M. Muret me paraît devoir être rejetée.

2. Proposition Cossy: M. Cossy voudrait que l'on soumette les vins indigènes à un taux d'impôt réduit. Je suis très ennuyé de devoir combattre cette proposition parce qu'elle rencontre ma plus profonde sympathie mais il faut bien reconnaître qu'elle comporte aussi quelques inconvénients. Tout d'abord, sur le plan juridique, elle est contraire aux accords internationaux que la Suisse a signés et en particulier aux accords du GATT, qui nous empêchent de traiter différemment, sur le plan fiscal, les produits importés et les produits intérieurs. Cet argument me paraît déjà assez important. De plus, les taux de faveur, les taux les plus bas de la TVA, sont réservés à des aliments de première nécessité. Le vin est-il un aliment de première nécessité? La question peut être discutée. J'espère que M. Cossy aura quand même été relativement satisfait de l'acceptation par ce Conseil de la proposition de M. Rubi, qui fait que pendant quatre ans en tout cas, dans les hôtels, les restaurants et les cafés, le vin ne sera imposé qu'au taux de 6 pour cent au lieu du taux de 10 pour cent.

3. Proposition Keller n° 1: M. Keller demande la fixation d'un taux de faveur pour les antiquités et les objets d'art. Je ne suis pas persuadé que les antiquités et les objets d'art soient des produits de première nécessité. Je ne suis pas non plus persuadé qu'il s'agisse d'une catégorie de biens absolument distincte. Comment un expert fiscal pourra-t-il dire ce qui est une antiquité ou un objet d'art et ce qui ne l'est pas? Je pense que l'application d'une telle disposition se heurterait à quelques difficultés.

J'aurais beaucoup mieux compris que M. Keller nous propose, ainsi que l'avaient suggéré les associations d'antiquaires, de traiter les antiquités comme les voitures d'occasion, c'est-à-dire de ne prélever la TVA que sur la différence entre le prix d'achat payé par l'antiquaire et le prix de vente payé par le client. Cela aurait été déjà plus logique. Dans ces conditions, je me vois obligé de vous inviter à rejeter la première proposition de M. Keller.

4. Proposition Keller n° 2: M. Keller a présenté une seconde proposition tendant à la rétrocession par l'administration des contributions de 1 pour cent du montant de la TVA à celui qui s'est donné la peine d'établir la déclaration. Cette proposition est un peu imprécise parce qu'elle ne dit pas si c'est 1 pour cent du montant total de la TVA ou du montant après déduction des taxes payées antérieurement. Cette opération coûterait à la caisse fédérale 80 millions dans le premier cas et probablement 240 millions dans l'autre.

Au cours de son exposé, M. Keller a dit qu'il ne s'agit pas d'une proposition ferme s'agissant du taux mais qu'il aimerait en tout cas qu'un geste soit fait à l'égard de celui qui se donne la peine de remplir la déclaration.

Je me demande si la nature et l'importance de ce geste ne pourraient pas être précisées plus heureusement dans une ordonnance d'application plutôt que dans une disposition constitutionnelle, même si cette dernière n'est que transitoire. Dans ces conditions, si M. Keller maintient sa deuxième proposition, je vous invite à la rejeter également.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: En citant ses classiques, M. Muret cherche à me mettre en contradiction avec moi-même. Je tiens à bien préciser à son intention, et sa science fiscale le lui a déjà dit, que les produits figurant sur la liste franche en matière d'ICHA ne sont pas totalement exempts d'impôts. Il n'ignore pas que ces produits sont soumis à cette taxe occulte bien connue et qu'en fait, il y a tout de même un brin d'impôt. En passant au système de la TVA, nous ne faisons que faire apparaître cette taxe occulte, mais ces produits restent extrêmement privilégiés, en particulier du fait que le taux de 3 pour cent est sans commune mesure avec les taux appliqués à des produits de première nécessité analogues dans les pays qui nous entourent.

Tout à l'heure, le rapporteur de langue française a très clairement dit que votre proposition visant à exonérer les produits de la liste franche de tout impôt peut être interprétée de deux manières. S'il s'agit d'une libération réelle avec récupération d'impôt préalable, tout producteur ou distributeur des marchandises en cause, notamment les agriculteurs, devra devenir déclarant pour bénéficier de la déduction de l'impôt préalable. Cela fera une petite armée de braves gens qui seront obligés de remplir leur déclaration pour pouvoir bénéficier du remboursement de l'impôt; mais, quant à nous, nous n'aurons rien à toucher. La perte sera substantielle pour la Confédération puisqu'elle est évaluée à 1 milliard de francs environ. S'il s'agit d'une pseudo-franchise sans récupération de l'impôt payé antérieurement, la production indigène se trouvera grevée par rapport aux importations et surtout, dans ce cas-là, le consommateur, qui nous intéresse quand même au premier chef, se trouvera en fin de compte, par les finesses du système, plus lourdement taxé qu'avec la taxe de 3 pour cent. On vous fera un dessin et une démonstration. Je reconnais que les problèmes posés ne sont pas toujours très simples.

Nous partageons sans aucun doute et avec émotion la sollicitude témoignée par M. Cossy à l'égard du vin, et notre souci a toujours été et restera de ne pas discriminer cette denrée ni de la frapper d'un impôt particulier, par définition odieux. Nous sommes ainsi opposés à une imposition particulière de cette honorable boisson telle qu'elle a été pratiquée entre 1934 et 1937 sur le plan de la Confédération. Nous nous opposerons à toutes les tentatives tendant à rétablir une telle taxe particulière mais on ne peut éviter que le vin soit soumis à l'impôt tout à fait général que constitue l'impôt sur le chiffre d'affaires et qui sera demain la TVA. Comme l'a dit M. Gautier tout à l'heure, malgré toute l'estime que nous avons pour cette boisson, ce n'est tout de même pas une denrée de toute première nécessité ni une prestation sociale au premier chef. Pour le vin, la charge va augmenter en ce sens qu'on va passer d'un ICHA de 5,6 ou 8,4 pour cent à 10 pour cent. Il est vrai, toutefois, qu'il y a un élément nouveau: avec la TVA, le vin sera «suivi» de fil en aiguille jusqu'à la distribution et c'est au niveau de la restauration, dans le café, que surgit un élément un peu plus désagréable: si nous avons une TVA pour les cafetiers au taux de 10 pour cent, votre bouteille coûtant 20 francs sera grevée à raison de 2 francs, tandis que sous le régime de l'ICHA, elle paie passablement moins. Comme vous venez de voter la proposition de M. Rubi, ce ne sera plus 2 francs mais 1 fr. 20. Voilà une atténuation dont vous vous réjouirez, et moi pour d'autres raisons un peu moins.

MM. les rapporteurs ont relevé que la taxation différentielle entre les vins importés et les vins suisses n'est, d'après les accords du GATT, pas réalisable. Je le regrette, nous sommes donc obligés de combattre votre proposition.

M. Keller propose de frapper de 3 pour cent seulement le commerce des antiquités auxquelles nous sommes aussi extrêmement attachés. Mais il est tout de même difficile de nous persuader que ce sont des denrées de première nécessité; on aurait plutôt tendance à dire, si l'on établissait l'impôt sur le luxe – mais nous en avons refusé l'idée – que c'est plutôt de ce côté-là que nous orienterions les antiquités. La perte serait de l'ordre de 17 millions approximativement. Nous pensons qu'il n'est pas justifié de classer les antiquités dans la catégorie des denrées particulièrement utiles. Nous vous proposons donc de rejeter cette proposition.

Quant à l'introduction d'une sorte de commission d'encaissement acquise aux contribuables évidemment involontaires que sont ceux qui rempliront des fiches, qui déclareront en matière de TVA comme certains déclarent actuellement en matière d'impôt sur le chiffre d'affaires, je pense qu'on ouvrirait ce faisant une brèche assez importante dans l'ensemble de notre système. L'étudier dans le cadre de l'ordonnance d'exécution serait une possibilité, mais je ne puis vraiment – ce serait déloyal – vous donner des espérances de ce côté-là. Si nous distribuions des commissions de 1 pour cent, suivant le moment, suivant la phase à laquelle nous abandonnerions ce 1 pour cent au déclarant, il en résulterait pour la Confédération une perte de 80 à 240 millions. Ici aussi nous sommes au regret – nous regrettons beaucoup de choses ces jours – de vous proposer de rejeter cette proposition.

Président: Wir kommen damit zur Bereinigung der Anträge, zunächst zu Buchstabe e Ziffer 1 Antrag Muret.

Abstimmungen – Votes

Für den Antrag Muret	3 Stimmen
Dagegen	88 Stimmen
Für den Antrag Cossy	30 Stimmen
Dagegen	69 Stimmen
Für den Antrag (I) Keller (Antiquitäten usw.)	17 Stimmen
Dagegen	87 Stimmen
Für den Antrag (II) Keller (Buchstabe h)	21 Stimmen
Dagegen	87 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 4 – Ch. II art 9 al. 4

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs 4bis (neu)

Antrag Widmer

Ein angemessener Teil des Ertrags der neuen Umsatzsteuer ist zur Tilgung der seit 1971 aufgelaufenen Schulden zu verwenden, wobei auf die Konjunktorentwicklung Rücksicht zu nehmen ist.

Ch. II art. 9 al. 4bis (nouveau)

Proposition Widmer

Une juste part du produit du nouvel impôt sur le chiffre d'affaires servira à amortir la dette accumulée depuis 1971, compte tenu de l'évolution de la conjoncture.

Widmer: Ich erlaube mir, Ihnen einen ganz harmlosen Antrag zu unterbreiten, im Gegensatz zu dem bedeutenden von heute vormittag. Der Antrag enthält folgenden Gedanken: Ein angemessener Teil des Ertrages der neuer Umsatzsteuer soll zur Tilgung der seit 1971 aufgelaufenen Schulden verwendet werden. Nun könnte man natürlich für diesen Grundgedanken auch eine viel schärfere Formulierung suchen, beispielsweise es müssten 10 Prozent oder gar 20 Prozent zur Schuldentilgung obligatorisch verwendet werden. Wir sind aber äusserst zurückhaltend und beschränken uns auf die Worte «angemessener Teil», d. h. es kann jederzeit Rücksicht genommen werden auf die besondere und momentane Finanzlage des Bundes. Es ist also eine flexible Form, die der Weisheit unserer Landesregierung einen weiten Spielraum übriglässt.

Nun kann man die Frage stellen: Ist es richtig, in einer Phase der Rezessionsbekämpfung Schuldentilgung überhaupt nur ins Auge zu fassen? Da ist zu antworten, dass wir auch diese Situation im Text berücksichtigen, indem es wörtlich heisst: «wobei auf die Konjunktorentwicklung Rücksicht zu nehmen ist». Ausdrücklich wird gesagt, dass in einer Situation, da man Arbeitsbeschaffung als primäres Ziel betrachtet, nicht mit Schuldentilgung gearbeitet werden muss. Es handelt sich also um ein sorgfältiges Abwägen, das der Formulierung zugrunde liegt.

Nun kann man noch etwas ganz anderes einwenden: Der Bundesrat sage ja heute schon, dass die 3,5 Milliarden nicht ausreichen, um wirklich aus der Schuldenpolitik herauszukommen und zu ausgeglichenen Budgets und Rechnungsabschlüssen zu gelangen. Das ist richtig, ich bestreite diese Aussagen unserer Bundesregierung nicht. Aber hinter unserem Antrag steht natürlich auch eine gewisse Zuversicht. Wir hoffen wieder auf bessere Zeiten, auf eine Zeit, da wir wieder einmal mit einem gesünderen Finanzhaushalt rechnen dürfen. Ich möchte nicht so weit gehen und irgendeine Prognose stellen. Dass wir uns dieses Ziel vornehmen, dürfte aber doch nicht bestritten werden.

Ein weiterer Vorzug des Antrages liegt darin, dass er in Uebereinstimmung steht mit der bestehenden Bundesverfassung. Es handelt sich im Grunde genommen nur um eine Verdeutlichung des bestehenden Rechtes, wobei aber die Formulierung eben eine durchaus diskrete Zurückhaltung beachtet.

Ich fasse zusammen: Die einzige Absicht, die mit diesem Antrag verfolgt wird, ist die, eine kleine bescheidene Erhöhung zu erzielen, bei den Chancen, die die Vorlage dann allenfalls in der Volksabstimmung haben könnte. Denn der Gedanke ist unter uns allen unbestritten, dass man Mehreinnahmen im gegebenen Zeitpunkt für die Schuldentilgung verwenden soll. Das wird in der Bevölkerung sicher positiv aufgenommen. Ich kann es umkehren: In der jetzigen Situation können nur diejenigen Mitglieder dieses Rates gegen unseren Antrag stimmen, die offiziell und sichtbar gegen die ganze Vorlage sein wollen.

Ich komme zum Schluss: Es ist ein Antrag, der ausgesprochene Harmlosigkeit mit juristischer Klarheit zu verbinden

versteht, und ich bitte Sie höflich, dem Antrag zuzustimmen.

Weber Leo, Berichterstatter: Die Kommission hat zu diesem Antrag nicht Stellung nehmen können, weil er ihr nicht vorgelegen hat. Ich möchte deshalb lediglich auf folgende Umstände aufmerksam machen. Ich glaube, dass der Antrag hier in den Uebergangsbestimmungen am falschen Ort ist, weil Herr Widmer diese Bestimmung nicht nur für einige Jahre wünscht, sondern offenbar als Dauerbestimmung, als Dauerauftrag; er gehört daher nach meiner Auffassung zu Artikel 42bis der Bundesverfassung als Absatz 2. Dort heisst es: «Der Fehlbetrag der Bilanz des Bundes ist abzutragen; dabei ist auf die Lage der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.» Und in Absatz 2 würde nun mit dem Antrag Widmer gesagt woher die Mittel zu nehmen sind, nämlich eben von der Mehrwertsteuer. Ich glaube, die diskrete Zurückhaltung in der Formulierung des Antrages legt es mir nahe, ihn nicht zu bekämpfen, denn tendenziell ist er wohl richtig; aber man muss natürlich wissen: Jene 100 Millionen, die nach dem Antrag Widmer verwendet werden, fehlen nachher für die laufenden Ausgaben. Diesen Zusammenhang muss man sehen.

M. Gautier, rapporteur: La commission n'a pas eu l'occasion de se pencher sur le problème que nous propose aujourd'hui M. Widmer. Comme ce dernier l'a dit tout à l'heure, c'est un problème qui ne va pas changer la face des finances fédérales, ou pas beaucoup en tout cas. Je voudrais faire quand même trois remarques.

La première est que, comme vient de le dire le président de la commission, la proposition de M. Widmer est peut-être mal située au niveau de la constitution puisque c'est une disposition définitive. Elle aurait peut-être mieux sa place comme second alinéa de l'article 42bis. On peut du reste même se demander si l'actuel article 42bis n'est pas déjà suffisant puisqu'il dit: «La Confédération doit amortir le découvert de son bilan. Elle procède à cet amortissement en tenant compte de sa situation économique.» Il est bien évident que, pour amortir le découvert de son bilan, il faut qu'elle prenne l'argent quelque part et que ce ne saurait guère être ailleurs que dans les recettes de l'impôt sur le chiffre d'affaires.

Cela dit, voyons-nous la situation budgétaire prochaine de la Confédération d'une manière tellement rose et tellement brillante qu'elle va disposer de sommes considérables pour éteindre la dette qu'elle a contractée depuis 1971? Je n'en suis personnellement pas absolument persuadé.

Enfin, il y a dans cette proposition une chose qui me gêne, c'est cette affectation particulière d'un impôt. Je suis personnellement très opposé à cette méthode de faire, de décréter que tel impôt doit être utilisé pour telle chose, c'est contraire à l'unité du budget et pour cette raison, mais à titre personnel je le reconnais, je m'oppose à la proposition qui nous est faite.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: M. Widmer voudrait que l'on consacre une partie du rendement du nouvel impôt sur le chiffre d'affaires à l'amortissement de la dette contractée depuis 1971. L'intention est tout à fait justifiée, c'est une de nos préoccupations, mais je ferai quatre remarques à l'intention de M. Widmer.

Première remarque: son texte manque peut-être de précision. Qu'entend-il exactement par «juste part» et qui la fixerait? C'est une remarque assez secondaire.

Deuxième remarque: comme M. le rapporteur vient de l'évoquer, il y a un certain risque à avoir trop d'impôts dont les produits soient affectés à telle ou telle branche. Nous finirions par avoir une espèce de cloisonnement budgétaire qui ne faciliterait pas la souplesse nécessaire dans la disponibilité de nos fonds.

Troisième remarque: l'article 42bis de la constitution fédérale nous astreint à amortir le déficit du bilan, pour autant que la situation économique le permette. C'est dire que dès que les excédents apparaîtront au budget de la Con-

fédération, jour que nous célébrerons, Monsieur Widmer, tous ensemble et glorieusement, à ce moment-là, automatiquement, au lieu de les distribuer ou de procéder à des réductions d'impôts inopportunes, nous les consacrerons à l'amortissement comme nos prédécesseurs l'ont fait jusqu'en 1970 avec une remarquable conscience, peut-être aussi dans une situation plus facile que la notre.

Quatrième et dernière remarque: je rejoins ce que j'ai dit tout à l'heure, on fait les recettes que nous demanderons avec votre appui au peuple, suffisent à peine à équilibrer le budget courant et encore au prix d'un effort de modération dans la croissance des dépenses, si bien que la disposition que vous voudriez inscrire dans ces articles de la constitution risquerait bien de rester lettre morte ou déclaration platonique. Il y a peut-être bien des articles morts, des articles «pierre tombale» dans la constitution dans la croissance des dépenses si bien que la supplémentaire qui procède, je le reconnais, d'une intention heureuse en soi.

Abstimmung – Vote

Art. 9 Abs 4bis (neu)

Für den Antrag Widmer

24 Stimmen

Dagegen

57 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 5 Buchst. a

Ch. II art. 9 al. 5 let. a

Präsident: Hier haben wir heute morgen schon entschieden. Herr Widmer ist mit mir einverstanden, dass der Antrag der Minderheit I erledigt ist.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 5 Buchst. b

Anträge Meier Werner

Hauptantrag: Streichen

Eventualantrag: Nach Entwurf des Bundesrates

Ch. II art. 9 al. 5 let. b

Propositions Meier Werner

Proposition principale: Biffer

Proposition subsidiaire: Selon le projet du Conseil fédéral

Meier Werner: Auf Seite 51 der Botschaft legt der Bundesrat dar, weshalb die Mehrwertsteuer auch beim Treibstoff auf dem Gesamtpreis inklusive Treibstoffzollzuschlag erhoben werden soll. Es geht dabei um administrative Probleme. Dann erklärt er in der Botschaft, wenn sich aus dieser Erhöhung der Treibstoffzollbelastung eine starke Mehrbelastung ergebe, könne zum Ausgleich der dadurch bewirkten Mehrbelastung der Treibstoffe der Zollzuschlag herabgesetzt und ein angemessener Anteil des auf dem Zollzuschlag erzielten Umsatzsteuerertrages für die Finanzierung der Nationalstrassen verwendet werden. So lautet denn auch der Text des Buchstabens b dieser Ziffer 5, nämlich der zweite Satz.

Es dürfte klar sein, dass dieses Zugeständnis wohl im Blick auf die hier bereits in der Vormittagsdiskussion heraufbeschworenen Referendumsgefahren gemacht worden ist. Man kann für diese Ueberlegung auch ein gewisses Verständnis haben. Aber andererseits entsteht doch die Frage: Wie lässt sich eine derart doch recht einseitige Massnahme im Sinne einer Bevorzugung rechtfertigen, angesichts der Finanznot des Bundes, die uns ja heute in sehr düsteren Worten dargelegt worden ist. Wiederholt hat nun Herr Bundesrat Chevallaz in bezug auf gestellte Anträge erklären müssen, das würde den Bund soundso viel kosten, und aus dem Grunde musste er Anträge ablehnen. Hier haben wir nun eigentlich das Gegenteil davon, etwas, das sich einfach nicht leicht unter einen Hut bringen lässt,

bei dieser Gesamtsituation, die eben gekennzeichnet ist von der Finanznot des Bundes. Es wurde in anderem Zusammenhang in diesem Rate ausgeführt – auch von Bundesrat Ritschard –, dass wir in unserem Lande eigentlich einem Verkehrsruhr frönen. Wir sind das autobahnreichste Land, und ich glaube, auch die Frage, die hier schon gestellt wurde, ist richtig: Kann man es weiterhin verantworten, angesichts der Finanzknappheit des Bundes, einfach immer mehr Geld in eine rapide Abwicklung des weiteren Autobahnausbau zu stecken? Ich glaube, es gibt nun gewisse Prioritäten, die auch gesehen werden müssen. Wir haben Beschlüsse gefasst in bezug auf den Doppelspurausbau der BLS als Bestandteil eines schweizerischen Transitkonzeptes, so wie es der Bundesrat sieht. Und um was geht es dabei? Es geht dabei vor allem darum, möglichst viel Schwerverkehr von der Strasse auf die Schiene zu bringen und damit die Strassenabnutzung und den entsprechenden Kostenanfall reduzieren zu können. Wir müssen diese Situation sehen, nämlich dass es schwer sein wird, auf der Basis dieser Freiwilligkeit ein solches Transitkonzept realisieren zu können. Es braucht eine Menge Voraussetzungen technischer aber auch finanzieller Art, und ich glaube, hier haben wir es nun mit einer Priorität erster Ordnung zu tun, und wenn irgendwie Geld freigebracht werden kann, dann sollte das jetzt in erster Linie doch dafür eingesetzt werden, dass dieses Transitkonzept zum Tragen kommt, die Strasse entlastet wird, vor allem im Süd-Nord-Transit, wenn der Gotthardtunnel eröffnet werden wird.

Ich stelle Ihnen einen Hauptantrag, der dahin geht, bei Buchstabe b der Ziffer 5 den zweiten Satz des Bundesrates und gleichzeitig auch den Antrag der Mehrheit der Kommission zu streichen. Für den Fall, dass das vom Rat abgelehnt werden sollte, stelle ich den Eventualantrag, dass der Antrag der Mehrheit der Kommission zu streichen sei, weil er eine Verschärfung der Version des Bundesrates, von einer Kann-Vorschrift zu einer Ist-Vorschrift, also zur Zwangsvorschrift, beinhaltet, und dann der Formulierung des Bundesrates in seinem Entwurf zuzustimmen bei Buchstabe b der Ziffer 5 des Artikels 9.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne meiner Empfehlung Folge zu leisten. – Ich danke.

Biel: Sie haben jetzt gehört, was sich alles hinter der Einführung der Mehrwertsteuer in diesem speziellen Gebiet verstecken kann. Herr Meier hat sich hier sehr deutlich geäußert. Er sieht in der Einführung der Mehrwertsteuer und einer anderen Berechnungsmethode einen Weg, um auf kaltem Weg zusätzliche Einnahmen über das normale Mass, das die Einführung der Mehrwertsteuer bringt, einzutreiben, natürlich – er hat mit dem Schienenverkehr argumentiert – zugunsten des Schienenverkehrs.

Bisher war es so, dass man bei der Berechnung der Warenumsatzsteuer den Zollzuschlag ausgeschlossen hat. Der Bundesrat behauptet nun, aus Verfahrensgründen sei es nötig, dass man auf dem Preis inklusive Zollzuschlag künftig die Mehrwertsteuer berechne. An sich sind diese Behauptungen nicht stichhaltig. Es gibt bis heute keine Schwierigkeiten in der Berechnung der Warenumsatzsteuer usw. bei den Treibstoffen. Aber ich habe Verständnis, wenn man sagt: Gut, man macht es überall einheitlich.

Wenn man aber schon den Berechnungsmodus ändern will, dann muss der Zollzuschlag um den Gegenwert aus dem dadurch entstehenden Mehrertrag herabgesetzt und muss der dementsprechende Anteil am Umsatzsteuerertrag für die Nationalstrassen verwendet werden, sonst wird nämlich der gegenwärtige Zustand abgeändert. Es ist an sich richtig: wenn wir eine Mehrwertsteuer einführen, sollen alle Güter, die davon betroffen sind, im gleichen Ausmass verteuert werden. Beim Bier haben Sie vorhin etwas anderes entschieden. Dort haben Sie entschieden, dass im Verhältnis zu den übrigen Produkten das Bier günstiger behandelt wird; bei den Treibstoffen – offenbar sind Treib-

stoffe wesentlich weniger lebenswichtig als das Bier – machen Sie genau das Gegenteil.

Und wie sieht das aus? Da müssen wir schon einmal einige Zahlen ansehen. Heute ist ein Liter Benzin mit 57,5 Rappen fiskalisch belastet. Das ist ausserordentlich viel, das ist mehr als bei Tabak oder alkoholischen Getränken. Die Warenumsatzsteuer selbst beträgt im Moment auf dem Liter Benzin 3,71 Rappen; sie ist kürzlich um fast 0,2 Rappen erhöht worden (am 1. Mai). Gehen wir nun von einem Säulenpreis von 1 Franken aus – was ausserordentlich günstig ist im Moment –, dann würde die Mehrwertsteuer nach der neuen Berechnungsmethode also 10 Rappen ausmachen, sofern man sie eben auch auf dem Preis inklusive Zollzuschlag berechnet. Würde man es nicht so tun, dann würde die Belastung aus der Mehrwertsteuer nur 7 Rappen ausmachen. Durch die Einführung der Mehrwertsteuer ohne Veränderung der Belastungsverhältnisse würde das Benzin also bei den gegenwärtigen Verhältnissen um 3,29 Rappen teurer. Mit der Methode, wie sie Herr Meier offenbar sieht, würde das Benzin um weitere 3 Rappen verteuert, und bekanntlich bedeutet ein Benzinrappen nach den neuesten Zahlen 35 Millionen Franken, also alles in allem würden etwas über 100 Millionen Franken Zusatzeinnahmen herauskommen.

Heute kassiert der Bund aus der Treibstoffbelastung gute 2 Milliarden Franken im Jahr. Die Ausgaben für Strassen des Bundes betragen 1,44 Milliarden Franken. Und wie es mit den Nationalstrassen ist, wissen wir auch: alle Investitionen werden seit drei Jahren voll aus den laufenden Einnahmen gedeckt; dazu werden noch laufend Vorschüsse aus früheren Jahren abbezahlt. Es gibt nirgends in der Welt ein Werk von dieser Dauer und dieser Grössenordnung, das auf so feudale Art direkt finanziert werden kann. Mit anderen Worten: Es ist von der Finanzierung her überhaupt kein Grund, dass man hier höher geht.

Und wie ist es jetzt von der Verkehrspolitik her? Wir wissen zumindest beim Strassenverkehr einigermaßen Bescheid, wir haben eine Strassenrechnung. Eine vergleichbare Eisenbahnrechnung dagegen haben wir nicht. Das Parlament hat sie zwar in einer Motion gefordert, aber sie ist von den verantwortlichen Behörden, die sich mit den Eisenbahnen abgeben, bis heute sabotiert worden, und die Kommission für die Erarbeitung einer Gesamtverkehrskonzeption muss jetzt im Schnellverfahren diese Versäumnisse nachholen. Solange wir nicht alle diese Ergebnisse hier vorliegen haben, ist aus verkehrspolitischen Gründen überhaupt kein Grund da, bei den Treibstoffen über das heutige Mass hinaus zuzuschlagen.

Nun hat Herr Meier von den Eisenbahnen gesprochen. Sie haben aber etwas nicht erwähnt, beispielsweise die katastrophale – ich sage katastrophale – Tarifpolitik der SBB. Wir werden darauf dann noch zu sprechen kommen. Sie haben dafür vom Transitkonzept gesprochen. Das Transitkonzept ist nur etwas wert, wenn die Tarifpolitik dahinter etwas wert ist; aber mit den Tarifen, wie man heute in den Köpfen operiert für den Huckepackverkehr, bekommen Sie keinen einzigen Lastwagen auf die Bahn. Das sind die Realitäten.

Was Sie aber jetzt mit Ihrem Hauptantrag oder mit Ihrem Eventualantrag, den Gummibestimmungen des Bundesrates zuzustimmen, erreichen, das schadet nur den Bestrebungen der Gesamtverkehrskonzeption. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Bis heute haben beispielsweise die Automobilverbände loyal mitgearbeitet. Wenn Sie die auch noch gegen sich aufwiegeln wollen, dann müssen Sie mit derartigen Anträgen kommen. Es wird Zeit sein, wenn das Gesamtverkehrskonzept vorliegt, über die Belastungen der einzelnen Verkehrsträger zu sprechen, dann haben wir auch ganz konkrete Zahlen vorliegen und können entscheiden. Dann werden sich die Geister scheiden, und dann werden Sie Auseinandersetzungen haben. Das, was Sie heute machen, bezeichne ich als Provokation, die uns überhaupt nichts einbringt, sondern höchstens dazu führt, dass Sie alle Automobilverbände gegen diese Vorlage aufwiegeln.

Das war auch der Grund, weshalb ich in der Kommission beantragt habe, eine klare, eindeutige Formulierung zu wählen, damit wir genau wissen, woran wir sind. Die Kommission hat das diskussionslos akzeptiert, und auch der Bundesrat hat zugestimmt. Es geht also nicht darum, dass man die Treibstoffe von der Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuer ausnehmen will. Aber dass man aus der Mehrwertsteuer aus technischen Gründen noch eine zusätzliche Belastung herausholt, das möchten wir im Interesse der Sache im jetzigen Augenblick vermeiden. Ich bitte Sie also, die Anträge von Herrn Meier abzulehnen.

Weber Leo, Berichterstatter: Bisher war der Zolzzuschlag von der Warenumsatzsteuer ausgenommen. Neu soll auch er von der Mehrwertsteuer erfasst werden. Das gibt zusammen dann eine höhere Belastung für die Treibstoffe. Die Begründung liegt darin, dass man sonst Probleme der Ausscheidung erhält und dass die Zahl der Steuerpflichtigen sich aus dem gleichen Grunde vergrössern würde. Bis dahin besteht keine Differenz.

Nun hat sich, weil eben die Gesamtbelastung der Treibstoffe grösser wird, der Bundesrat die Kompetenz herausnehmen wollen, die Belastung durch den Zolzzuschlag herabzusetzen, wenn die Gesamtbelastung sich als zu hoch erweisen würde. Der Bundesrat wollte eine Kann-Vorschrift. Er wollte sich also die Hände frei halten. Die Kommission hat diese Kann-Vorschrift in eine Muss-Vorschrift umgewandelt. Der Bundesrat ist also verpflichtet, dieses Verhältnis der Treibstoffbelastung, wie es jetzt ist und wie es mit der Mehrwertsteuer sein wird, zu prüfen und allfällige Herabsetzungen vorzunehmen.

Herr Meier möchte nun eigentlich das Gegenteil. Er möchte dem Bundesrat diese Kompetenz absprechen, so dass es praktisch um drei Möglichkeiten geht. Die Kommission sagt: «Der Bundesrat muss herabsetzen.» Der Bundesrat selbst wollte es bei einer Kann-Vorschrift bewenden lassen. Herr Meier sagt: «Der Bundesrat darf nicht herabsetzen.»

Die Kommission hat, wie das Herr Biel richtig gesagt hat, aus referendumspolitischen Gründen ihre Version gewählt. Ich ersuche Sie, ihr zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur: Jusqu'ici, l'impôt sur le chiffre d'affaires, en ce qui concerne les carburants, ne frappait le prix de l'essence que dans sa partie matérielle, une fois soustraits les droits de douane et autres taxes qui sont appliquées aux carburants.

Avec la TVA, le Conseil fédéral propose de prélever le nouvel impôt sur la valeur totale des carburants à la colonne. De ce fait l'augmentation serait plus importante que pour la plupart des produits actuellement en vente, qui étaient pleinement taxés par l'impôt sur le chiffre d'affaires. Pour compenser ce désavantage, l'alinéa b indique que «le Conseil fédéral peut réduire les droits de douanes supplémentaires et affecter au financement des routes nationales une part équivalente de la TVA». La commission vous propose d'aller plus loin, elle dit que le Conseil fédéral «doit» réduire.

Quant à M. Meier, il nous demande dans sa proposition principale soit de biffer cette disposition, ce qui ferait rencherir de quelques centimes encore le prix de l'essence, soit de s'en tenir à la «Kann-Vorschrift» que proposait le Conseil fédéral.

Je pense que ce serait en tout cas une grosse erreur de biffer l'alinéa b car on arriverait ainsi non seulement à une surcharge des marchands de carburant, mais on les mettrait dans une situation administrative tout simplement inextricable quand il s'agirait de récupérer la TVA.

Pour cette raison, je vous demande de repousser les deux propositions de M. Meier.

Präsident: Um die Dinge zu vereinfachen für Herrn Bundesrat Chevallaz, kann ich mitteilen, dass Herr Meier den Hauptantrag zurückzieht.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Pour des raisons de simplification de l'encaissement, on a donc prévu de prélever le nouvel impôt sur le chiffre d'affaires aussi sur la surtaxe des carburants, ce qui n'était pas le cas jusqu'ici. En revanche, nous avons prévu de rétrocéder la surcharge qui résulterait de cette procédure sous forme d'une réduction correspondante des surtaxes et de verser au financement des routes nationales une part équitable du produit supplémentaire de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Autrement dit, l'opération doit être, dans notre optique, une opération blanche pour les automobilistes et blanche également pour le compte routier.

A la disposition potentielle que nous avons introduite, le texte de la commission substitue une disposition impérative: les droits de douane supplémentaires doivent être réduits, la part correspondante du produit sur le chiffre d'affaires résultant de l'imposition des surtaxes doit être affectée au financement des routes nationales.

M. Meier a retiré sa proposition principale. Il semble me placer dans une situation difficile puisqu'il soutient la proposition initiale du Conseil fédéral. Toutefois, je dirais que nous avons récemment demandé aux milieux automobilistes de participer plus fortement à l'équilibre de nos finances au-delà de la couverture exacte des constructions routières. Nous avons trouvé chez eux, en dépit de sollicitations politiques contraires, non seulement une compréhension, mais aussi un appui. Les surtaxes sur l'essence ont été approuvées et le prix de l'essence, autrefois inférieur à celui de nos voisins, se trouve aujourd'hui à égalité ou dépasse même le prix pratiqué à nos frontières. Il ne nous paraîtrait donc pas justifié économiquement et moralement de pénaliser l'automobile par une augmentation du prix de l'essence.

Nous devons respecter des engagements qui ont été tenus, c'est pourquoi nous vous proposons de rejeter aussi la proposition de M. Meier. Pour que nos assurances soient plus claires et notre loyauté encore mieux établie, si cela est nécessaire, nous donnons la préférence à la version de la commission sur notre première rédaction.

Präsident: Wir bereinigen den Antrag.

Der Hauptantrag von Herrn Meier ist zurückgezogen; darüber wird nicht mehr abgestimmt.

Wir befinden nun über den Eventualantrag Meier. Die Kommissionsreferenten und der Bundesrat lehnen auch den Eventualantrag Meier ab.

Abstimmung – Vote

Für den Eventualantrag Meier	35 Stimmen
Dagegen	66 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 5 Buchst. c – Ch. II art. 9 al. 5 let. c

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 6 – Ch. II art. 9 al. 6

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 7 – Ch. II art. 9 al. 7

Präsident: Hier haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit.

Biel, Berichterstatter der Minderheit: Mit Absatz 7 beschränkt der Bundesgesetzgeber seine Befugnis, gelegentlich die Tabakbelastung zu erhöhen. Die Kommissionsminderheit beantragt Ihnen, dass der Bund darauf verzichten sollte, seine Befugnisse selbst einzuschränken.

Mit unserem Antrag wird damit natürlich im Augenblick nicht die Tabakbelastung über das Mass hinaus, das die Mehrwertsteuer bringt, erhöht, aber der Bundesrat hat freie Hand, gelegentlich eine neue Vorlage über die Tabakbesteuerung zu bringen.

Man operiert nun seitens der interessierten Kreise immer damit, der Rückgang im Tabakkonsum würde katastrophal, wenn man die Besteuerung noch weiter erhöhen würde. Wenn dem wirklich so wäre, dann müsste ja der Bundesrat sofort die Belastung erhöhen. Er hat ja den Auftrag, für die Volksgesundheit zu sorgen und entsprechend zu handeln. Aber es ist natürlich nicht der Fall. Der Rückgang im Tabakkonsum hat ganz andere Ursachen; mit diesen wollen wir uns kurz beschäftigen, damit Sie auch sehen, dass die ganze Geschichte mit der Besteuerung und der Kompetenz zur Besteuerung nichts zu tun hat.

Einmal haben wir über 100 000 ausländische Arbeitskräfte weniger im Land. Dass das zu einem Rückgang führt, dürfte einleuchten. Schliesslich wissen wir auch, dass ja bestensfalls 50 Prozent der einheimischen Zigarettenproduktion im Inland konsumiert werden. Der Rest nimmt andere Wege, zum Beispiel der Export I. Wir haben immer mehr eine Verlagerung in den Export I. 39 Prozent der Inlandproduktion sind im letzten Jahr auf dem Wege des normalen Exportes ins Ausland gegangen. Das heisst: Der Bund hat darauf etwa 380 Millionen Franken an Steuern rückerstatten müssen. Fiskalisch ist also für uns der Export I nicht mehr interessant. Der Export II dagegen – man nennt ihn auch den legalen Schmuggel – hat rapid abgenommen. Nicht einmal mehr ein halbes Prozent der Produktion hat auf diesem Weg unser Land verlassen. Früher waren wir immer aus fiskalischen Gründen am Export II interessiert, weil man daraus keine Steuerrückerstattung machen muss. Offensichtlich haben die Exporteure und Händler neue Wege gefunden, die nach Italien führen, und gleichzeitig damit normal die Ware deklarieren können an der Grenze, damit die Steuer rückerstattet wird. Ueber den Export III – das sind diejenigen, die mit dem Rucksack über die Berge gehen – brauchen wir nicht mehr viel Worte zu verlieren; dieser hat keine Bedeutung mehr.

Schliesslich haben wir noch den kleinen Grenzverkehr, der auch eine Rolle spielt. All das sind die Gründe für den Rückgang, und nicht etwa eine Steuererhöhung, wie man behauptet.

Ziel unseres Minderheitsantrages ist es also, dass sich der Bundesrat und auch wir als Gesetzgeber nicht die Hände auf dem Verfassungsweg binden lassen, gelegentlich das zu tun, was uns richtig erscheint. Wir müssen, wie ich Ihnen geschildert habe, bei der Steuerfestsetzung nicht mehr auf den Export II Rücksicht nehmen und deshalb zurückhalten. Also sind wir hier frei im Handeln; es wäre schade, wenn wir uns die Hände binden liessen. Mir scheint es merkwürdig, dass man für gewisse Konsumgüter wie Bier oder Tabak verfassungsmässige Privilegien schaffen will, dagegen bei anderen lebenswichtigen Produkten, Textilien usw. eine volle Besteuerung vorsieht. Konsequenterweise sollten wir deshalb Absatz 7 streichen.

Weber Leo, Berichterstatter: Es handelt sich beim Tabak wie beim Bier und den Treibstoffen um die Frage des Verhältnisses zwischen Mehrwertsteuern und Sonderbelastung. Der Tabak war bisher einer separaten Regelung für Bezug und Belastung durch die Warenumsatzsteuer unterstellt. Diese Sonderbehandlung soll nun nach dem Antrag des Bundesrates abgeschafft werden und der Tabak soll, wie andere Waren und Güter, der Mehrwertsteuer unterstellt werden. Das ist an sich nicht bestritten.

Der Bundesrat wünscht nun eine Fixierung der Tabaksteuer auf den Stand vom 31. Dezember 1976 vorzunehmen, und zwar befristet auf drei Jahre seit Inkrafttreten der Mehrwertsteuer. Er will damit für die Supertaxe, die auf dem Tabak lastet, nämlich für die Tabaksteuer, die zur Mehrwertsteuer hinzukommt, eine Schonfrist einführen, weil die Mehrwertsteuer eine höhere Belastung als die Warenumsatzsteuer bringt. Die Kommission hat dieser relativ kurzen Schonfrist von drei Jahren zugestimmt.

M. Gautier, rapporteur: Nous revenons sur un produit qui est la victime d'impôts spéciaux. C'est un peu le même problème qu'avec la bière et les carburants. Jusqu'ici, en

raison des impôts spéciaux dont il est frappé, le tabac connaissait un régime spécial en matière d'impôt sur le chiffre d'affaires, qui diminuait un peu la charge de cet impôt. Par contre, avec la TVA, il va être pleinement imposé. C'est donc un produit qui va connaître une plus forte augmentation de taxe que les autres. C'est pourquoi le Conseil fédéral a jugé nécessaire de donner à la branche du tabac l'assurance que pendant trois ans, dès l'entrée en vigueur de la TVA, il n'y aurait pas de nouvelle augmentation des droits spéciaux sur le tabac. C'est cette proposition que M. Biel voudrait biffer pour les raisons qu'il vous a exposées tout à l'heure. La commission vous demande de suivre le Conseil fédéral. Elle a refusé la proposition de M. Biel par 19 voix contre 3. Je vous recommande de faire de même.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Nous avons frappé fortement le tabac, au point même de condamner l'exportation régulière et l'exportation moins régulière, et de réduire très fortement le rendement de l'impôt. Une pression supplémentaire, c'est-à-dire l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires, à laquelle viendrait encore s'ajouter une augmentation de l'impôt spécifique, aurait pour résultat de mettre en péril la fabrication intérieure, la production intérieure de tabac – c'est un élément secondaire mais néanmoins intéressant de notre agriculture – le rendement fiscal, et par ailleurs de donner large aliment à une contrebande qui cette fois-ci s'exercerait à notre désavantage, le tabac étant en effet par excellence un élément de contrebande. Ce sont donc des raisons d'ordre purement économique – maintien d'emplois – et d'ordre fiscal – rendement de cet impôt – qui nous conduisent à laisser au tabac, après l'introduction de la taxe à la valeur ajoutée, un sursis de trois ans avant une nouvelle augmentation de l'impôt spécifique. Ce n'est pas une faveur impériale.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	30 Stimmen

Direkte Bundessteuer Impôt fédéral direct

Abschn. I Art. 41quater (neu) – Ch. I art. 41quater (nouveau)

Weber Leo, Berichterstatter: Artikel 41quater soll nun die neue Verfassungsgrundlage für die direkte Bundessteuer abgeben, nachdem, wie ich das bereits früher gesagt habe, bisher die beiden Hauptsteuern im gleichen Artikel geregelt waren. Objekt und Subjekt der Steuern für natürliche und für juristische Personen sind wie bisher umschrieben. Neu ist, dass auf jede zeitliche Beschränkung verzichtet wird, wieder analog zur Mehrwertsteuer, wo wir ebenfalls die zeitliche Beschränkung fallengelassen haben. Auf die übrigen Neuerungen muss ich im Augenblick nicht eingehen, weil zu den einzelnen Bestimmungen Gegenanträge gestellt worden sind. Ich werde dann darauf die notwendigen Entgegnungen machen.

M. Gautier, rapporteur: Nous arrivons maintenant à l'impôt fédéral direct qui fait l'objet de l'article 41quater et de la disposition transitoire de l'article 8.

Je ne m'étendrai pas sur les dispositions que nous allons voir l'une après l'autre. Il y a à vrai dire quatre points importants: le premier c'est que l'on a renoncé à inscrire une limite dans le temps à la compétence fédérale de prélever un impôt direct. Nous en avons déjà parlé lors de l'entrée en matière. Le second point délicat est la fixation de la somme exonérée d'impôt de défense nationale pour les personnes physiques. Vous verrez sur le dépliant que

les propositions vont de 12 000 à 30 000 francs par petits paquets. Même problème pour le taux maximum qui, selon les propositions, oscille entre 11,5 et 15 pour cent. Enfin le problème, qui est peut-être le plus important et que j'ai déjà signalé hier, c'est l'adoption d'une augmentation des parts cantonales pour permettre une meilleure péréquation et déboucher sur une harmonisation fiscale matérielle indirecte. Je pense que ce sont là les quatre points qui vont nous retenir pendant les heures qui viennent.

Präsident: Zum Absatz 1 sind keine anderen Anträge gestellt; er ist angenommen.

Zu Absatz 2 haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit der Kommission und verschiedene persönliche Anträge.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit: Es geht hier um den Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer und den für den Finanzausgleich auszuscheidenden Teil dieses Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Der Antrag der Mehrheit der Kommission geht dahin, dass dieser Anteil von heute 30 auf 40 Prozent erhöht werden soll und dass anstelle des heutigen Sechstels vier Zehntel für den Finanzausgleich unter den Kantonen auszuscheiden seien. Wir haben leider die Begründung dieses Mehrheitsantrages noch nicht gehört; es geht den Befürwortern dieses Beschlusses der Kommission im wesentlichen darum, im Rahmen des gesamten Finanz- und Steuerpaketes eben doch auch etwas zur Verbesserung des Finanzausgleichs zu tun. Ich teile die Auffassung der Befürworter dieses Antrages, es sei bedauerlich, dass im Finanz- und Steuerpaket das für einen Bundesstaat entscheidende Anliegen des Finanzausgleichs ausgeklammert worden ist. Ich komme aber trotz dieser gemeinsamen Lagebeurteilung mit dem Antragsteller in der Kommission, Herrn Kollega Wyer, und der Mehrheit der Kommission aus drei Gründen zu anderen Schlüssen:

1. Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, die nicht in der Zuschwemmung einiger hundert Millionen Franken an einige Kantone verpuffen soll, muss mit einer Neuverteilung von Aufgaben zwischen Bund und Kantonen beginnen. Diese Auffassung haben sowohl das Finanzdepartement in einem Bericht zuhanden der Kommission als auch der Bundesrat in seiner Antwort auf meine diesbezügliche Motion im Jahre 1973 bekundet. Der Bundesrat schrieb damals: «Es besteht kein Zweifel, dass parallel zur Einführung der Mehrwertsteuer Anträge zur Neuordnung der Aufgabenteilung unterbreitet werden können.» Das sagte der Bundesrat im Jahre 1973.

Weil nun aber heute aus Gründen, die jetzt nicht näher zu untersuchen sind, dieses Versprechen nicht eingehalten werden konnte oder wollte – das Justizdepartement ist ja sonst sehr speditiv –, fehlt eine entscheidende Voraussetzung für die Verstärkung des Finanzausgleichs. Das ist der Grund, weshalb mir scheint, dass heute auf jegliche Korrekturen punktueller Art zu verzichten sei.

2. Es fehlen aber auch andere Voraussetzungen. So liegen nach wie vor keine aussagekräftigen Kriterien für die Beurteilung der sogenannten Finanzkraft oder Finanzlage der Kantone vor. Eine Verstärkung des Finanzausgleichs nur gerade zugunsten jener Kantone mit einer geringen Steuerkraft – das ist bekanntlich nicht identisch mit der Finanzkraft – erscheint als willkürlich. Wir erreichen damit weder klare Zuständigkeiten noch eine Vereinfachung der Administration, noch den wirkungsvollen Einsatz der für den Finanzausgleich zur Verfügung stehenden Mittel. Was bleibt, ist ein um 300 Millionen Franken grösseres Loch in der Bundeskasse, das entweder die Defizite erhöht oder den Ruf nach noch mehr Steuern verstärkt; beides ist in der heutigen finanz- und wirtschaftspolitischen Lage nicht vertretbar.

Die Minderheit lehnt eine überlegte Verbesserung des Finanzausgleichs zur richtigen Zeit und nach Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen nicht ab. Die freisinnige Fraktion fordert denn auch in einer Motion den Bundesrat

auf, nach Annahme der Steuervorlagen (aber noch im Verlaufe dieser Legislaturperiode) umfassend Bericht und Antrag zu unterbreiten über erste Schritte zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, verbunden mit einem tragbaren Abbau von Bundessubventionen sowie einem höheren Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer, einschliesslich einer Verstärkung des Finanzausgleichs.

3. Schliesslich darf bei der Beurteilung des Antrages der Kommission ein weiterer Preis für die höheren Kantonsanteile nicht übersehen werden. Ich meine die Auflage, dass der Bund die Verwendung des Mehrertrages von einer minimalen Steuerbelastung abhängig machen kann oder soll. Diese Art der Steuerharmonisierung ist nicht bloss sachlich problematisch, sondern verfassungsrechtlich höchst fragwürdig. Man umschreibt in einem neuen, besonderen Verfassungsartikel – den wir noch zu beraten haben werden – ganz klar, was bzw. was nicht harmonisiert werden will. Gewissermassen durch die Hintertüre des Finanzausgleiches reisst man aber diese Schranke nieder und schmuggelt eine teilweise Vereinheitlichung auch der Steuerbelastung in die Verfassung hinein.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag der Kommissionmehrheit abzulehnen und der Minderheit und damit gleichzeitig dem Bundesrat zuzustimmen.

Weber Leo, Berichterstatter: Bei Absatz 2 besteht zwischen den erhöhten Anteilen der Kantone an der direkten Bundessteuer und der materiellen Harmonisierung ein gewisser Zusammenhang, wie auch aus dem Votum des Herrn Kollegen Letsch hervorgegangen ist. In den Einzelinitiativen, die aus Ihrem Rat kamen, und in den Volksinitiativen des Landesringes und der Sozialdemokraten sind Elemente der materiellen Harmonisierung enthalten, zum Teil sogar sehr weitgehende. Der Gegenstand ist zum Teil weit, zum Teil eng gefasst; bald hat man die Kann-Formel, bald die Muss-Formel; jedenfalls werden in allen Vorstössen direkte Vorschriften des Bundes für eine materielle Harmonisierung verlangt. Der Antrag Butty geht in dieser Beziehung am weitesten, der Antrag Stich am wenigsten weit, und die SPS befindet sich ungefähr in der Mitte, wenn es erlaubt ist zu sagen: leicht rechts.

Die Kommission hat den direkten Weg einer materiellen Harmonisierung ausdrücklich ausgeschlossen. Sie hat einen indirekten Weg über den Finanzausgleich gewählt. Wer direkten Finanzausgleich bezieht, soll zu einer materiellen Harmonisierung auf niedrigerer Stufe verhalten werden können. Die materielle Harmonisierung ist also als Voraussetzung, als Vorleistung für Finanzausgleichsbeträge gedacht, insbesondere für erhöhte Finanzausgleichsbeträge, wie sie nach dem Antrag der Kommission nun kommen sollen. Die Begründung liegt darin, dass seit den Steuergesetzrevisionen in den Mittellandkantonen im Gefolge der Reichtumssteuerinitiativen eine starke Erhöhung der Belastung bei den direkten Steuern geschaffen werden musste, die nun zu relativ sehr grossen Differenzen unter den einzelnen Kantonen geführt hat. Wenn Sie den Steuerbelastungsindex des Jahres 1975 zur Hand nehmen, der in den letzten Tagen zugestellt worden ist, sehen Sie, dass die grösste Differenz unter den Kantonen zum Beispiel bei einem Einkommen von 200 000 Franken und darüber das Zwei- und Zweieinhalbfache beträgt.

Der Finanzausgleich ist über verschiedene Kanäle in den letzten 20 Jahren stark ausgebaut worden. Die Ausschöpfung der eigenen Steuerquellen ist deshalb ein Postulat mit verstärktem Druck. Der Grundsatz ist schon im Finanzausgleichsgesetz enthalten, und zwar in Artikel 2; er ist also nicht neu. Er hat in jenem Artikel 2 zu wenig Gewicht und ist deshalb in seiner Wirkung beschränkt. Wir möchten nun, dass das nicht lediglich eine im Finanzausgleichsgesetz enthaltene Bestimmung bleibe, sondern dass es auf die Verfassungsebene gehoben wird, dass es konkretisiert und damit die Durchsetzungsmöglichkeit verstärkt wird.

Als Belohnung für dieses geistige Opfer des Föderalismus glaubt die Kommissionsmehrheit, es müsse eine Erhöhung der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer kommen. Auch der Bundesrat will zwar dafür die Verfassungsgrundlage schaffen; er will aber – mit Herrn Letsch – zuwarten, bis der Bund in einer besseren Lage ist, und insbesondere auch, bis die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ein anderes Aussehen haben wird als heute. Wenn Sie auf diese Dinge warten wollen, dann können Sie lange warten; daran ändert auch eine Motion, wie sie Herr Letsch erwähnte, nichts. Die Kommission aber möchte nun nicht warten, sondern eben als Gegenleistung für das Opfer einer gewissen materiellen Harmonisierung den Anteil der Kantone von 30 auf 40 Prozent erhöhen, was für den Bund ungefähr 300 Millionen ausmachen würde, und sie möchte den Anteil für den Finanzausgleich von 5 auf 16 Prozent erhöhen. Diese 300 Millionen stellen ungefähr 10 Prozent der Mehreinnahmen des Bundes über die Mehrwertsteuer dar. Sie sollen auch ein Preis dafür sein, dass die Kantone nun die beiden Hauptsteuern zu einer Dauer-einrichtung werden lassen.

Schliesslich darf ich noch darauf hinweisen, dass die Finanzdirektoren schon bei der Verabschiedung des Paketes der formellen Harmonisierung – nur der formellen – als Preis eine Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer gefordert haben. Dieser Weg ist verfassungsmässig nicht fragwürdig; er bedeutet auch keine Hintertüre, sondern das ist eine ganz klare Alternative, wenn man sagt: Materielle Harmonisierung als Preis dafür, dass der Anteil der Kantone an den direkten Bundessteuern erhöht wird. Persönlich glaube ich auch, dass dieser Preis die einzige Chance darstellt, um die materielle Harmonisierung in den Anfängen überhaupt durchzubringen. Das ist das Zuckerbrot, das die Kantone für diese Harmonisierung verdienen.

Präsident: Inzwischen haben sich noch zwei Herren zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihnen, bevor der Sprecher französischer Zunge das Wort ergreifen wird.

Wyer: Die heute von der Kommissionsmehrheit in Vorschlag gebrachte neue Verteilung der direkten Bundessteuer stellt einen sehr massvollen Ansatz dar, die direkte Bundessteuer wenigstens teilweise in eine Finanzausgleichsteuer zu verwandeln. Die Finanzausgleichsteuer wurde im Verlaufe der letzten Jahre bei der Vorbereitung dieser Finanzreform sehr oft zur Diskussion gestellt. Sie wurde insbesondere von einem Mann, der über das Verhältnis der Finanzen von Bund und Kanton etwas versteht, von dem heutigen Bundesrat Ritschard, vertreten, und wie Sie soeben von Herrn Kollega Letsch gehört haben, ist er im Prinzip der gleichen Ansicht; nur glaubt er, dass heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, um dieses Postulat zu realisieren. Im übrigen hat auch Herr Kollega Letsch vor zwei Jahren ein entsprechendes Postulat eingereicht, wobei er nicht nur die Finanzausgleichsteuer verlangt hat, sondern zugegebenerweise auch die Aufgabenteilung und weitere Probleme zur Diskussion gestellt hat. Sinnigerweise hat dieses Postulat dazumal auch der heutige Bundesrat Chevallaz unterzeichnet.

Um was geht es bei dieser Angelegenheit? Es geht im Grunde der Dinge darum, zwischen den kantonalen Haushalten und dem Bundeshaushalt eine gewisse Entflechtung einzuführen, weil wir wissen, dass das Geld, das der Steuerzahler im Kanton zahlt, teilweise in den Bund hineingeht und dann vom Bund wieder zurück in die Kantone kommt über Subventionen und die berühmten Transfers. Es geht aber – das will ich auch zugeben – ganz eindeutig um eine Verstärkung des Finanzausgleichs. Lassen Sie mich vorerst einmal etwas Staatsrechtliches feststellen: Wir sollten nicht vergessen, wie in diesem Staate zwischen dem Bund und den Kantonen das Steuersubstrat verteilt wird: Der Bund nimmt das, was ihm die Verfassung gibt; die Kantone sind frei, jene Steuern zu erheben, die man nicht dem Bund in der Verfassung reserviert hat. Das Prin-

zip «Direkte Steuern den Kantonen – indirekte Steuern dem Bund» steht zwar nicht in der Verfassung, aber es ist ein Prinzip unserer Finanzordnung. Nun muss man feststellen, dass die Botschaft die Tatsache, dass man die direkte Bundessteuer verewigen will, nur ganz nebenläufig erwähnt. Ich gebe durchaus zu: Seit Jahrzehnten ist das ein faktischer Zustand; aber mit dieser Neuordnung wird nun definitiv die direkte Bundessteuer rechtlich in der Verfassung verankert. Wir haben noch die sachliche Begrenzung, die zeitliche fehlt. Und was geschieht nun? Dem Bund öffnet sich mit dieser neuen Finanzordnung über die Mehrwertsteuer ein ganz modernes, fiskalisch interessantes Instrument der Steuererhebung: die Mehrwertsteuer. Gleichzeitig behält er seine schwere Hand auf der direkten Bundessteuer. Wenn man im Vorfeld dieser Diskussion so tut, als ob die direkte Bundessteuer, die Wehrsteuer, Eigentum des Bundes sei, als wäre das Wehrsteueraufkommen der Kantone eine Subvention oder ein Geschenk, dann geht das an der staatsrechtlichen Situation vorbei.

Und nun zu den finanzpolitischen Proportionen. Sie wissen, der Bund holt sich 3 Milliarden über die Mehrwertsteuer. Er macht auf dem Gebiete der direkten Steuer Konzessionen, 400 Millionen; dafür 30 Prozent zulasten der Kantone. Die Rechnung ist sehr einfach: In dieser neuen Finanzordnung stärkt sich der Bund mit 3 Milliarden und schwächt gleichzeitig die Kantone mit 120 Millionen. Wenn die Kommission dieses Verhältnis ganz angemessen und schwach korrigiert, dann sind sicher Aeusserungen wie jene, es handle sich bei diesem Antrag um einen Beutzug auf die Bundeskasse, ganz unangebracht. Einmal ist es nicht ein Angriff auf die Bundeskasse, sondern es geht um diese staatsrechtliche Verteilung der Steuersatzkosten im Bundesstaat. Ich muss auch auf folgendes aufmerksam machen: In der heutigen Situation wissen wir, dass die wirtschaftliche Tragfähigkeit es nicht gestattet, Steuern *ad libitum* zu erhöhen. Es gibt eine Grenze. In der Schweiz bleibt der Steuerwiderstand bestehen, und auch die Abneigung gegen Staatsausgaben ist dem Schweizervolk nicht so leicht aus dem Herz zu reissen. Da müssen wir uns nun ganz klar sein, dass in diesem Zeitpunkt, wo der Bund einen so grossen Schritt macht und sich derartig stark finanziell verstärkt, es doch die Pflicht ist, die Situation der Kantone mindestens angemessen zu berücksichtigen.

Ueber den Finanzausgleich will ich keine grossen Worte verlieren. Er ist ein Dauerproblem. Das Volkswirtschaftsdepartement hat in der neuesten Nummer der Zeitschrift des Delegierten für Konjunkturfragen ganz eindeutig und klar einmal mehr diese Finanzausgleichsnotwendigkeit im Bundesstaat dargestellt. Staatspolitisch hat der Bundesrat bereits im Jahre 1948 ganz klar gesagt, dass es darum geht, dass die Kantone als freie und unabhängige Stände ihre Aufgabe erfüllen können; sie sollten soviel finanzielle Manövriertfähigkeit haben, dass sie nicht gezwungen sind, ihre Steuerpflichtigen über alles Mass zu belasten. Nun zur berühmten Aufgabenteilung, die Herr Letsch hier heute ins Feld führt, die nicht vorhanden ist. Herr Kollega Letsch ist mit mir sicher in Uebereinstimmung, dass dieses Problem heute und morgen nicht gelöst werden kann. Sehr wahrscheinlich wird es Verfassungsänderungen brauchen. Vielleicht ein ganzes Paket. Diese Aufgabenteilung kommt darum in grosse Schwierigkeiten, weil die Kantone glauben, der Bund solle Mehraufgaben übernehmen, und der Bund sich vorstellt, die Kantone sollten ihrerseits Mehraufgaben übernehmen. Darum wird diese Aufgabenteilung ein äusserst schwieriges Problem sein. Wenn wir mit einer massvollen Verbesserung des Finanzausgleiches ernst machen wollen in diesem Augenblick, dann können wir natürlich nicht auf ferne Zeiten einer möglichen neuen Aufgabenverteilung warten. – Aber etwas vergisst nun der Bundesrat in seiner Vorlage ganz eindeutig. Warum braucht der Bund heute mehr Geld? Weil die Aufgaben, die er hat, heute mehr Mittel brauchen. Aber all die Aufgaben, die

der Bund übernommen hat, die haben auch Anschlussinvestitionen in den Kantonen und in den Gemeinden zur Folge. Zweitens wissen wir, dass auch die Finanzen der Kantone und der Gemeinden unter einem Wachstumsdruck sind. Wenn vor zehn Jahren die Kantone schlecht dran waren und heute der Bund schlecht dran ist, dann werden im Zeitpunkt, da die Rezession sich auf die Einkommenssteuer technisch niederschlägt, die Verhältnisse wieder ganz anders liegen. Wir müssen doch den Blick in etwa auf eine Dauerlösung dieser Finanzordnung richten.

Nun komme ich zum Schluss. Ich habe seit zehn Jahren hier Finanzausgleichsmotionen verfolgt. Sie kamen vom damaligen Ständerat Bourgnicht, von Max Weber, Kurzmeier aus Luzern, Diethelm, Conzett; von allen Parteien kamen immer wieder Finanzausgleichsmotionen. Vom Bundesrat wurde immer gesagt, das Problem würde geprüft; es würden die Grundlagen fehlen. Das haben wir heute hier auch schon wieder gehört. In Tat und Wahrheit erklärt man immer wieder, die Grundlagen würden fehlen, um den Finanzausgleich zu verbessern. Ich glaube, die Politik einer Regierung, die während 20 Jahren sagt, sie möchte die Grundlagen bereitstellen, und diese Erklärung immer wieder anführt, ohne etwas vorzulegen, eine derartige Politik ist mindestens in bezug auf den Finanzausgleich unannehmbar und nicht glaubwürdig. Nun hat man auch in diesem Saal immer wieder in den Debatten erklärt: Wir sind für einen Finanzausgleich, aber es ist dafür zu sorgen, dass die Kantone, die die eidgenössische Solidarität benutzen, bei sich ein Minimum der Belastung vornehmen. Das haben wir verstanden. Darum ist nun der Vorschlag da, dass alle jene Kantone, die über den Finanzausgleich eine eidgenössische Solidarität nutzen, dass sie ihrerseits eine minimale materielle Belastung der hohen Einkommen sowohl bei den natürlichen Personen wie bei juristischen Gesellschaften vornehmen. In der ganzen Schweiz kann man in keinem Kanton einen Finanzausgleich gestalten, ohne dass man solche Bedingungen erfüllt. Es scheint mir ein Gebot des politischen Anstandes zu sein, wenn man den Finanzausgleich ausbaut, dass man diese Bedingungen auch erfüllt.

Nun wird es einige grosse Föderalisten geben, die gegen eine derartige indirekte materielle Harmonisierung über den Weg des Finanzausgleiches sich Sorge machen. Ich möchte hier einmal folgendes festhalten: Es gibt in diesem Lande Schweiz Steuerunterschiede, Differenzen in der Steuerbelastung, die in gleicher Weise die eidgenössische Solidarität wie auch den Föderalismus belasten. Das spürt zudem das Volk immer mehr. Der scheinbare Verlust an Steuerautonomie, den die Kantone zu übernehmen haben, wird weitgehend wettgemacht durch die Steuergerechtigkeit, die durch die Harmonisierung bewirkt wird. Das Entscheidende bei dieser Finanzausgleichssteuer ist aber, dass durch eine Steigerung der Verwendungsautonomie, d. h. durch eine grössere freie Verfügungsfähigkeit der Kantone über einen vergrösserten Anteil an der Wehrsteuer eben langfristig die Selbständigkeit der Kantone gestärkt wird.

In bezug auf die finanziellen Auswirkungen werden Sie das eine zur Kenntnis nehmen: Es geht um 300 Millionen. Diese werden aber nicht der öffentlichen Hand weggenommen. Die Streichung der Flexibilität kostet die öffentliche Hand 1 Milliarde. Die Verschiebung dieser 300 Millionen gegenüber 3 Milliarden des Bundes ist angemessen. Dieser Betrag bleibt bei der öffentlichen Hand und gestattet, die finanziellen Verhältnisse zwischen der Eidgenossenschaft und den Kantonen gesund zu halten und in einer vernünftigen Art und Weise zu verbessern.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Fischer-Bern: Ich möchte Ihnen beantragen, der Minderheit zuzustimmen. Es stimmt nicht, dass es sich hier nur um eine Angelegenheit des Finanzausgleiches handelt, sondern es handelt sich um eine grössere Beteiligung der Kantone an der Wehrsteuer, die nach dem Antrag der

Kommissionsmehrheit um einen Drittel zunehmen soll. Diese zusätzlichen 330 Millionen werden neu verteilt. Mit Ausnahme des Kantons Zug werden sämtliche Kantone, ob reich oder arm, zusätzlich etwas davon erhalten, die finanzschwachen Kantone mehr, weil die entsprechende Bestimmung im Antrag der Mehrheit so lautet. Aber es geht nicht nur um den Finanzausgleich – wofür wir an sich ein gewisses Verständnis hätten – zugunsten der finanzschwachen Kantone, es geht vielmehr um eine grössere Beteiligung der Kantone am Wehrsteuereinkommen.

Als weitere Kritik an diesem Mehrheitsbeschluss ist zu erwähnen, dass man durch die Hintertüre eine materielle Steuerharmonisierung hineinnehmen will. Das gehört nicht auf diese Art und Weise in die Verfassung, sondern man muss, wenn man eine materielle Steuerharmonisierung will, diese direkt vorschreiben.

Ich habe das Gefühl, dass es sich hier um einen gross angelegten Beutezug auf die Bundeskasse handelt. Gegenwärtig wird die Schlacht von Murten gefeiert. Dort hatte man die Burgunderbeute. Der Unterschied zwischen diesem Beutezug und der Burgunderbeute liegt darin, dass erstens der Bund keinen Tross mit Schätzen besitzt, sondern nur ein Defizit; zum zweiten, dass man Karl den Kühnen noch nicht besiegt hat, d. h. dass wir die Volksabstimmung noch nicht hinter uns haben. Ich betrachte es als einen grundlegenden politischen Fehler, dass wir eine Sanierungsaktion für die Bundeskasse, die uns einige Sorgen bereitet, dazu benützen, um nun für die Kantone 330 Millionen Franken aus der Bundeskasse, die leer ist und die auch bei Annahme dieses Gesamtpaketes im Jahre 1979 wieder 800 Millionen Franken Defizit machen würde, herauszuholen.

Ich möchte Sie bitten, hier die Dinge nicht zu übertreiben, sondern zu helfen, dass man nicht die Engagements des Bundes – denn um die geht es ja letztlich – bei dieser Gelegenheit noch erhöht. Nach meiner Auffassung muss man sie vermindern, aber nicht noch verstärken.

M. Gautier, rapporteur: Vous voyez devant vous un rapporteur extrêmement malheureux parce qu'il est obligé de défendre la proposition de la majorité de la commission alors qu'il est l'un des signataires du texte proposé par la minorité de celle-ci, chose qui arrive souvent au sein de notre Parlement mais qui, dans le cas particulier, est tout de même ennuyeuse.

La majorité de la commission vous propose d'augmenter les parts cantonales en vue de permettre une meilleure péréquation intercantonale et, par là, d'arriver à un certain degré d'harmonisation fiscale matérielle et indirecte. Elle estime en effet que, grâce à ce début d'harmonisation fiscale matérielle, les cantons seront incités à aller plus loin et que l'espoir de recevoir une plus grosse part de l'impôt de défense nationale s'ils se conduisent bien, c'est-à-dire s'ils imposent convenablement leurs contribuables, les poussera à harmoniser leurs législations fiscales. Voilà la raison pour laquelle la commission dans sa majorité vous recommande d'accepter cette formule.

Personnellement, j'y vois deux inconvénients majeurs: c'est, d'une part, l'irruption dans la souveraineté cantonale que constitue toute tentative d'harmonisation matérielle et, d'autre part et surtout, le trou de 320 millions de francs qui en résultera pour la caisse fédérale. En définitive, il s'agit de savoir si une harmonisation fiscale matérielle intercantonale vaut une perte de 320 millions pour la Confédération ou non. Je vous ai dit ce que j'en pense personnellement. Je vous recommande avec beaucoup de conscience de voter le texte proposé par la majorité de la commission. Quant à moi, j'appuierai celui de la minorité.

Diethelm: Die Ausführungen unseres Kollegen Otto Fischer veranlassen mich, hier doch noch einige Worte zu sagen.

Herr Otto Fischer hat von einem Beutezug der Kantone auf die Bundeskasse gesprochen. Herr Biel hatte im Zusammenhang mit der Eintretensdebatte ebenfalls von

einem Raubzug auf die Bundeskasse gesprochen. Ich glaube, man vergisst hier wirklich, dass es von seiten der Kantone nicht um einen Raubzug auf die Bundeskasse geht, sondern es geht darum, ein Versprechen, das wiederholt vom Bundesratstisch aus diesem Parlament gegenüber abgegeben wurde, einzulösen.

Herr Letsch hat hier früher mit überzeugenden Argumenten für einen stärkeren Anteil der Kantone am Wehrsteuerertrag geworben, obwohl seine Forderungen nach einer Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen noch nicht erfüllt worden. Ich bin auch wiederholt in die gleiche Richtung hier vorgestossen. Man darf die Kantone nicht auf ewige Zeiten damit vertrösten, der Finanzausgleich werde verbessert. Der Bundesrat hat immer im Zusammenhang mit der Frage der Einführung der Mehrwertsteuer zugesichert, dass dann das Steuersubstrat, das effektiv den Kantonen gehört, in vermehrtem Mass den Kantonen überlassen werde.

Nun bin ich etwas überrascht über die letzten Bemerkungen von Herrn Otto Fischer. In den bisherigen Abstimmungen über Abstriche bei der Mehrwertsteuer hat Herr Otto Fischer beinahe allen Anträgen zugestimmt, die dem Bund Einnahmen vorenthalten. Hier, im Zusammenhang mit dem Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer, spricht Herr Fischer von einem Beutezug auf die Bundeskasse, von einer Verschlechterung der Finanzlage des Bundes. Wo bleibt hier die Logik?

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

M. Corbat: Je vous invite également à appuyer la proposition de la minorité de la commission, et cela pour deux raisons. La première est d'ordre matériel. En dehors du fait que la Confédération perdrait 330 millions dans l'opération, ce qui n'est pas pensable, il n'est pas besoin d'être grand clerc en économie pour penser qu'à l'avenir, si nous devons accepter la proposition de la majorité, c'est sur quelques cantons, ceux de Zurich, Bâle et Genève, pour ne citer que les principaux, et qui ne disposent tout de même pas de possibilités illimitées, que reposerait cette charge de 330 millions. Leurs charges actuelles sont déjà extrêmement lourdes et elles seraient encore accrues. Ce ne serait pas faire de la bonne péréquation que d'exagérer dans ce sens.

La deuxième raison est d'ordre juridique. Il serait faux, à mon avis, d'inscrire dans la constitution un vœu imprécis en matière fiscale. Il me semblerait plus judicieux, si on estime devoir obliger les cantons à utiliser leur substance fiscale, de fixer carrément des chiffres. En effet, il se pourrait qu'un jour, on demande aux cantons d'utiliser leur substance fiscale aussi bien vers le haut que vers le bas.

Il serait erroné d'imposer aux cantons une obligation de cette nature. On pourrait pousser le raisonnement de péréquation plus loin et demander à l'auteur de la proposition pourquoi il ne propose pas, par exemple, l'institution dans son canton d'un impôt qui n'existe pas encore. Je veux parler de l'impôt sur les successions. C'est le droit le plus absolu de ce canton de ne pas l'instituer, en vertu de sa souveraineté en matière fiscale. Dans ce domaine, il faut savoir raison garder. C'est pourquoi je vous invite à vous rallier à la proposition de la minorité de la commission.

M. Riesen: Je serai très bref. L'intervention de M. Fischer appelle plusieurs remarques. D'abord, ce ne sont pas seulement les finances fédérales qui sont dans une situation délicate, mais également les finances cantonales et communales. La proposition de la majorité de la commission prend soin de l'Etat fédéral et se penche aussi sur la situation des cantons.

Ensuite, nous ne devons pas oublier que la Confédération, par les diverses mesures d'économie qu'elle a prises ces derniers temps, a reporté une partie des charges qu'elle assumait sur les cantons. Elle a supprimé une partie des

subventions fédérales et il y a un besoin accru pour les cantons.

Nous devons également penser à l'éventualité d'une votation populaire et, dans cette optique, je m'excuse des termes que je vais employer, Monsieur le conseiller fédéral, nous devons nous efforcer de rendre le «Chevallaz-Paket» quelque peu attractif.

Monsieur Fischer, la bataille de Morat que vous avez évoquée a tout de même permis aux Bernois de se servir largement et ils s'en sont bien portés et ils continueront de bien se porter s'ils souscrivent à la proposition de la majorité.

Quant à M. Corbat, je voudrais d'abord lui présenter mes regrets pour la situation désespérée de ce pauvre canton de Genève. Nous avons toute la sollicitude qu'il faut à cet égard et je veux lui dire que ce n'est pas une erreur de pousser quelque peu la péréquation. Nous pouvons le faire tout en gardant raison, tout simplement au nom d'une élémentaire solidarité intercantonale.

Antrag Schatz-St. Gallen

Art. 41quater Abs. 2

(Text der Mehrheit)

Abs. 2

... eine minimale steuerliche Belastung von Einkommen und Vermögen ...

Proposition Schatz-St-Gall

Art. 41quater, al. 2

(texte de la majorité)

Al. 2

... les communes, des revenus et des fortunes des personnes physiques ainsi que ...

Schatz-St. Gallen: Sie sehen im Antrag der Kommissionenmehrheit, über den wir nun noch nicht befunden haben, eine gewisse materielle Steuerharmonisierung als Vorbedingung für den Erhalt von Finanzausgleichsleistungen vor. Ich bin prinzipiell gegen diese zusätzliche materielle Steuerharmonisierungsvorschrift, und ich vertrete meinen Auftrag nur für den Fall, dass der Mehrheitsantrag angenommen wird. Herr Muheim, nach dem ich gerne gesprochen hätte, geht sogar noch weiter; er verlangt eine materielle Steuerharmonisierung ohne Rücksicht auf Finanzausgleichsleistungen.

Auch auf dem Gebiet der Steuerharmonisierung müssen wir Schritt für Schritt vorwärtsgehen, wenn wir ihr eine Chance geben wollen. Das ist – für die einen bedauerlicherweise, für die anderen erfreulicherweise – gut schweizerische Tradition! Man darf wohl nicht behaupten, die formelle Steuerharmonisierung habe keine materiellen Auswirkungen. Wenn der Bund zum Beispiel vorschreibt, die Kantone hätten eine Beteiligungsgewinnsteuer oder eine Grundstückgewinnsteuer zu erheben, so hat das erhebliche materielle Auswirkungen; das ist nicht einfach nichts! Es ist dasselbe, wie wenn der Bund vorschreibt, wie Renten oder Prämienleistungen steuerlich zu behandeln sind. Was zu versteuern ist (formelle Steuerharmonisation), hat erhebliche Bedeutung für die Frage, wieviel Steuern man zahlen muss.

Nun komme ich zur Begründung meines eigentlichen Antrages. Es wird hier verlangt, dass der Bund bei der Verwendung des für den Finanzausgleich bestimmten Steuerertrages eine minimale steuerliche Belastung hoher Einkommen und Vermögen natürlicher und auch juristischer Personen voraussetzen kann.

Die Verwendung der Mittel des Finanzausgleichs richtet sich prinzipiell nach der Finanzkraft der Kantone. Zusätzlich wird eine minimale materielle Harmonisierung verlangt. Damit will man erreichen, dass die Kantone und Gemeinden ihre eigene Finanzkraft ausnützen; das ist doch der Wunsch! Wenn man schon diese Forderung auf-

stellen will, so ist das ohne Zweifel eine vernünftige Forderung. Sie ist nicht erfüllt, wenn einfach die hohen Einkommen und Vermögen minimal belastet sind, sondern alle Einkommen und Vermögen sind minimal zu belasten. Beispielsweise kann doch ein Kanton, der die hohen Einkommen sehr stark, die unteren und mittleren Einkommen aber weniger als im schweizerischen Mittel belastet, dennoch finanzschwach sein und also Leistungen aus dem Finanzausgleich beanspruchen, ohne dass er die mittleren und kleineren Einkommen gebührend belastet. Ich kann nicht behaupten, dass sei generell der Fall; aber ich habe einige Beispiele, die doch wichtige Hinweise in dieser Richtung geben. Aufgrund der Steuerstatistik 1975 («Belastung des Arbeitseinkommens») sehen wir etwa, dass von den finanzschwachen Kantonen der Kanton Schwyz bei 12 000 Franken Reineinkommen eine Steuerbelastung von 3,58 Prozent hat – das schweizerische Mittel beträgt 4,32 Prozent – oder bei 20 000 Franken Reineinkommen 6,21 Prozent; auch der Kanton Graubünden liegt mit 5,16 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt von 6,69 Prozent, der Kanton Bern – kein finanzschwacher Kanton – mit 7,51 Prozent darüber. Sie sehen mit anderen Worten, dass finanzschwache Kantone in gewissen Fällen die mittleren und kleinen Einkommen schwächer belasten als der schweizerische Durchschnitt. Auch die Abzüge sind in dieser Beziehung nicht ganz konsequent: zum Beispiel beträgt der Versicherungsabzug für Ledige in Freiburg 4100 Franken, in Zürich nur 1200 Franken; oder in Freiburg beginnt die Steuerpflicht für Ledige bei 5300 Franken, in Aargau schon bei 3000 Franken.

Man kann also durchaus ein finanzschwacher Kanton sein und untere Einkommen weniger als im schweizerischen Mittel belasten. Es wäre umgekehrt durchaus möglich, dass dieselben Kantone hohe Einkommen sehr massiv belasten würden und deshalb die in diesem Artikel aufgestellte Bedingung für den Erhalt von Finanzausgleichleistungen erfüllen. Deshalb beantrage ich Ihnen, sofern der Mehrheitsantrag angenommen wird, das Wort «hohe» zu streichen. Ich bin – wenn der Mehrheitsantrag angenommen wird – durchaus der Meinung, dass hohe Einkommen diese minimale Belastung, die wir hier vorschreiben, tragen müssen, aber nicht nur hohe Einkommen, sondern alle Einkommen.

Das ist mein Antrag, und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Antrag Muheim

Art. 41quater (neu) Abs. 2

(Text der Mehrheit)

Abs. 2

... Finanzkraft der Kantone. Der Bund kann eine minimale steuerliche Belastung hoher Einkommen und Vermögen natürlicher Personen sowie von Gewinn, Kapital und Reserven der juristischen Personen durch Kantone und Gemeinden vorschreiben.

Proposition Muheim

Art. 41quater (nouveau) al. 2

(texte de la majorité)

Al. 2

... en tenant compte en principe de la capacité financière des cantons. La Confédération peut prescrire une charge fiscale minimale pour l'imposition par les cantons et les communes, des hauts revenus et des fortunes élevées des personnes physiques ainsi que du bénéfice, du capital et des réserves des personnes morales.

Muheim: Bei Absatz 2 dieses Artikels geht es um die Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer und in diesem Rahmen um den Finanzausgleich zugunsten der finanzschwächeren Kantone. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen gegenüber dem Bundesrat einige wesentliche Änderungen, z. B. die Erhöhung der Beteiligung der Kan-

tone an den Bundessteuern, insbesondere auch einen verstärkten Finanzausgleich, ferner eine gewisse materielle Harmonisierung beim Finanzausgleich. Der Bund kann nach dem Wortlaut dieses Textes an die Gewährung von Finanzausgleichsbeiträgen die Bedingung knüpfen, dass in den Kantonen eine minimale Besteuerung vorgenommen werde, und zwar bei den natürlichen Personen für hohe Einkommen und bei juristischen Personen generell.

Grundsätzlich begrüsse ich die von der Kommissionsmehrheit hier vorgeschlagenen Änderungen. Ich halte es für richtig, wenn in diesem Gesamtpaket für die Neuordnung der Bundesfinanzen auch die kantonalen Anteile an den Bundessteuern und der Finanzausgleich verstärkt werden und materiell eine gewisse Harmonisierung Platz greift.

Nun hat diese Harmonisierung aber einen Pferdefuss. Die Minimalbesteuerung, die zur Bedingung für Finanzausgleichsbeiträge gemacht wird, gilt nämlich nur für finanzschwache, nicht aber für finanzstarke Kantone. Es ist sicher richtig, dass der Finanzausgleich davon abhängig gemacht wird, ob der betreffende Kanton seine eigenen Steuerquellen einigermaßen – minimal – ausschöpft und seine eigenen Ressourcen heranzieht, um sich finanziell gut zu stellen. Wenn Sie die heutige Steuerbelastung anschauen, stellen Sie fest, dass es finanzschwache Kantone gibt, die bezüglich der Steueransätze durchaus in einem gesunden Durchschnitt, ja sogar an der Spitze der Kantone stehen, während andere aus diesen oder jenen Gründen unter dem Durchschnitt liegen. Hier stellt sich doch die entscheidende Frage: Warum soll nun die Harmonisierung nur die Steuerunterschiede der finanzschwachen Kantone ausgleichen oder einander näherbringen, warum nicht auch bei den finanzstarken? Mit meinem Antrag möchte ich diese Harmonisierung auf sämtliche Kantone ausdehnen.

Dieser Schritt zur materiellen Harmonisierung der Steuerlasten unter den Kantonen ist ohnehin nur ein kleiner Schritt. Er beschränkt sich vor allem auf hohe Einkommen und Vermögen, weil die Sache nach unten sehr problematisch ist. Das wird Herr Schatz auch noch von anderer Seite erfahren. Aber wenn nicht einmal alle Kantone von diesem kleinen Schritt erfasst werden, dann ist es ohnehin nur ein halber Schritt, den wir hier tun. Eine wirkliche Steuerharmonisierung in unserem Lande muss doch alle Kantone erfassen. Es ist nämlich so, dass nicht nur unter den finanzschwachen, sondern auch unter den finanzstarken Kantonen sehr unterschiedliche Steuersätze vorliegen. Es gibt finanzstarke Kantone mit hohen Steuersätzen, aber es gibt auch solche, deren steuerliche Belastung weit unter dem Durchschnitt liegt. Ich bin nun der Meinung, dass eine Angleichung auch dieser Steuerunterschiede bei den finanzstarken Kantonen notwendig sei, damit man überhaupt von einer Harmonisierung sprechen kann.

Nun ist es natürlich richtig, dass die finanzstarken Kantone keine Finanzausgleichsbeiträge erhalten oder verlangen können. Aber sie bekommen einen verstärkten Anteil an den Bundessteuern, und ich glaube, gerade diese grösseren Anteile am Kuchen, der verteilt werden soll, und der sämtlichen Kantonen – mit einer einzigen kleinen Ausnahme – mehr bringt, rechtfertigen eine Harmonisierung für alle Kantone.

Es ist übrigens noch zu bemerken, dass der Steuerertrag der finanzstarken Kantone durch diese Ausdehnung nicht etwa gekürzt wird; ganz im Gegenteil. Wenn wir diese Harmonisierung auf die finanzschwachen Kantone beschränken, bleibt das Steuergefälle, das heute zwischen verschiedenen Kantonen vorhanden ist, nach wie vor bestehen. Es wird dann auch in der Zukunft Kantone mit hoher und solche mit geringer steuerlicher Belastung geben. Von einer Annäherung oder sogar Angleichung könnte keine Rede sein.

Ich glaube sogar, dass bei einer unveränderten Annahme dieses Kommissionsantrages für die finanzschwachen Kantone eine Benachteiligung eintreten wird, die Bedenken erwecken muss; denn sie sind gehalten, ihre Steuersätze zu erhöhen, und die Konkurrenzierung durch Kanto-

ne mit niedrigeren Steuersätzen wird noch schärfer und krasser sein, als das schon bisher der Fall war. Wenn die Steueroasen – wenn ich es so nennen darf – bestehen bleiben sollten, wird die wirtschaftliche Entwicklung der schwächeren Kantone behindert werden. Als Mitglied der Regierung eines finanzschwachen Kantons darf ich darauf hinweisen, dass in unseren Kantonen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um Betriebe oder Gesellschaften anzusiedeln, um unseren Steuerertrag zu verbessern. Wenn Sie den schwächeren Kantonen eine Chancengleichheit – wir wollen nicht mehr – geben, dann muss eine minimale steuerliche Belastung in sämtlichen Kantonen angestrebt werden.

Zusammenfassend halte ich fest: Eine wirkliche materielle Harmonisierung muss sämtliche Kantone umfassen; denn sie erhalten alle grössere Anteile an den Bundessteuern. Die Steuerunterschiede zwischen den Kantonen sollen verringert und nicht vergrössert werden, und die wirtschaftliche Entwicklung der schwächeren Kantone soll nicht durch wesentlich niedrigere Steuersätze in anderen Kantonen, die nach wie vor bestehen bleiben, beeinträchtigt werden. Durch die Harmonisierung soll eine Annäherung der Steuersätze aller Kantone erfolgen. Deshalb möchte ich Sie bitten, meinem Antrag zuzustimmen. Tun Sie diesen kleinen Schritt ganz und nicht nur zur Hälfte, und zwar im Interesse dieser ganzen Vorlage, damit sie nicht ins Stolpern gerät. – Ich danke Ihnen.

M. Corbat: Permettez-moi de faire amende honorable et surtout de ne pas m'aliéner l'estime de mes amis valaisans. Citant leur canton, j'ai dit qu'ils n'avaient pas encore d'impôt sur les successions: ils sont précisément en train d'en adopter un en ligne collatérale. Il n'est en effet jamais trop tard pour bien faire, j'en conviens. Cela ne modifie cependant pas les arguments que j'ai développés tout à l'heure. Les trois cantons que j'ai cités supportent à eux seuls plus de 45 pour cent de la charge de l'impôt fédéral direct. C'est beaucoup et leurs possibilités ne sont pas illimitées.

M. Bonnard: Je monte à cette tribune parce que j'en ai assez d'entendre les cantons venir ici se plaindre. On ne peut à la fois être fédéraliste et venir quémander et implorer à genoux.

La proposition de la majorité revient en définitive à priver les cantons de leur souveraineté fiscale. En ce qui me concerne, je ne suis pas prêt à faire ce marché de dupe. J'estime la liberté dont je jouis comme membre d'un gouvernement cantonal d'aménager mes finances à un prix supérieur aux quelques millions qu'on m'offre. Il me semble que les votations populaires de ces dernières années, qui touchent au problème du fédéralisme, n'ont rien appris aux tenants de la majorité. Je rappelle les votations sur les articles concernant l'enseignement, les votations sur l'article conjoncturel, sur l'aménagement du territoire. Si vous voulez mobiliser contre le projet, que nous sommes en train de discuter, l'ensemble des forces fédéralistes, votez selon la majorité et vous aurez tué le projet.

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Der Vorschlag, den die Kommissionmehrheit unterbreitet, hat folgende Ausgestaltung der materiellen Steuerharmonisierung: Erstens die Verbindung mit dem Finanzausgleich. Wer also Finanzausgleich bezieht, kann gezwungen werden, materiell zu harmonisieren. Zweitens einen beschränkten Gegenstand; nur die direkten Steuern. Drittens eine Kann-Vorschrift; der Bundesrat kann, aber er muss nicht.

Viertens Beschränkung auf die hohen Einkommen. Fünftens: Eine minimale steuerliche Belastung kann den Kantonen auferlegt werden, wobei minimal offenbar heissen müsste: unterhalb dem schweizerischen Durchschnitt. Sechstens: Die Ausföhrung dieser Bestimmung hat durch ein Bundesgesetz zu erfolgen, das bis Ende Dezember

1978 zu erlassen wäre und das eine freund-eidgenössische Lösung in dieser Frage garantiert.

Im übrigen kommt es meines Erachtens einfach darauf an, ob wir eine materielle Harmonisierung wollen oder nicht. Es gibt weite Kreise in unserem Land, auch in diesem Saal, es gibt Fraktionen, es gibt Parteien, die wollen, dass materiell harmonisiert wird, sonst stimmen sie möglicherweise oder wahrscheinlich diesem Paket überhaupt nicht zu. Es gibt auch weite Volkskreise, die in dieser Richtung etwas erwarten. Jetzt kommt es einfach darauf an, ob wir auf eine minimale Lösung gehen oder ob wir bereits eine mittlere oder eine maximale Lösung vorschlagen wollen. Die Kommission ist der Meinung, man könne einen ersten Schritt nur mit einer minimalen Lösung machen. Wir schlagen Ihnen eine solche vor.

Herr Muheim möchte hier weitergehen, er möchte keine Verbindung mit dem Finanzausgleich schaffen, sondern alle Kantone sollen harmonisieren, weil schliesslich alle in irgendeiner Form Bundesbeiträge erhalten, wenn auch nicht direkte, so doch mindestens indirekte. Das ist an sich logisch – möchte ich sagen –, aber politisch mit einer gewissen Gefahr verbunden. Sie müssen einfach wissen, dass unter diese Kantone zum Beispiel die Städtkantone Zürich, Basel und Genf fallen. Sie fallen nicht unter den Vorschlag der Kommissionmehrheit. Wenn Sie diesen Kantonen aus föderalistischen oder freund-eidgenössischen Gründen auch noch eine Harmonisierungspflicht auferlegen wollen, obwohl sie beim direkten Finanzausgleich an den Bund abgeben und nichts von ihm erhalten, müssen Sie das selbst beurteilen. Das würde ich eher nicht tun, obwohl ich den Antrag Muheim aus der Sicht eines Urners, der in Luzern gelandet ist, durchaus verstehe.

Den Antrag Schatz möchte ich vollständig ablehnen, und zwar aus einem ganzen einfachen Grunde: Herr Schatz, es ist völlig ausgeschlossen, dass wir für die mittleren und die kleineren Einkommen in der Schweiz vorläufig eine Harmonisierung vorschreiben können. Die Verhältnisse in den Kantonen sind dermassen unterschiedlich, dass Sie hier nicht harmonisieren können. Sie können nur bei den hohen Einkommen harmonisieren. Da geht es, das trifft nicht mehr allzu viele Leute, aber die Kantone müssen die Steuern dort nehmen, wo die grosse Mehrheit der Steuerpflichtigen ist, und diese Mehrheit liegt eben, je nach Landesgegend, je nach Stadt oder Land, bei ganz anderen Einkommen. Ich glaube also, den Antrag Schatz – so gut er gemeint ist – müssen wir aus diesem Grunde ablehnen. Ich möchte noch einmal empfehlen, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

M. Gautier: Je ne reviens pas sur les problèmes de la majorité et de la minorité. Je ne me prononce que sur les deux propositions auxquelles je n'ai pas fait allusion tout à l'heure, la proposition Schatz et la proposition Muheim.

M. Schatz nous propose de ne pas limiter l'harmonisation aux gros revenus et aux grosses fortunes mais d'aller plus loin et de comprendre tous les revenus et fortunes des personnes physiques. Personnellement, je dois dire que cela ne me dérangerait pas beaucoup car cette proposition a pour elle la logique. Je reconnais la valeur des arguments que vient de présenter le président de la commission sur la difficulté pratique de réaliser cette harmonisation sur les petits revenus. Il y a des avantages et des inconvénients dans la formule de M. Schatz par rapport à celle de la majorité de la commission. La commission n'en a pas discuté: je ne me prononce pas à son sujet.

Par contre, la proposition de M. Muheim me semble aller effectivement beaucoup plus loin que celle de la majorité de la commission en ce sens qu'avec sa proposition nous ne sommes plus dans l'harmonisation matérielle indirecte mais dans l'harmonisation matérielle directe: c'est vraiment la Confédération qui prescrit directement la charge fiscale minimale. Je pense que l'on peut dire là que, dans le principe, la commission a déjà traité ce sujet puis-

qu'elle a refusé d'entrer en matière sur l'harmonisation directe par 12 voix contre 8 et, en son nom, je peux vous recommander de repousser la proposition de M. Muheim.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Une meilleure péréquation des ressources entre cantons aux vocations et aux ressources très différentes, c'est là un objectif essentiel et constant de la Confédération. Cette péréquation s'est développée et s'est perfectionnée ces dernières années. En 1951, les cantons à forte capacité financière recevaient en transfert de la Confédération 60 francs par habitant, 500 francs en 1974: multiplicateur, 8. Les cantons faibles, 86 francs, 1200 francs en 1974: multiplicateur, 13. La part des transferts de la Confédération dans les recettes des cantons a passé, en vingt-cinq ans, de 16 à 15 pour cent pour les cantons forts, de 32 à 45 pour cent pour les cantons faibles. Des promesses ont déjà été tenues, à quoi s'ajoute l'assurance-vieillesse et survivants dont on ne marquera jamais assez l'aspect positif massif et bienfaisant de péréquation intercantonale.

Nous avons, dans le nouvel article constitutionnel, inscrit qu'au moins 30 pour cent du produit de l'impôt direct iraient aux cantons dont au moins un sixième serait consacré à la péréquation. Nous laissons donc la porte ouverte à un développement positif mais graduel de la péréquation. Nous y posons toutefois quelques conditions préalables, d'ailleurs purement logiques.

1. Une répartition des tâches mieux définie entre les cantons et la Confédération. Le travail est en cours, conduit avec diligence; mais s'il est facile d'en formuler l'intention, l'exécution de détail est infiniment plus compliquée. Anticiper la péréquation, c'est mettre la charrue devant les bœufs.

2. Une meilleure appréciation des ressources réelles des cantons par une plus sûre analyse statistique et économique.

3. La certitude que les cantons utilisent équitablement et pleinement leurs possibilités fiscales, c'est-à-dire que d'eux-mêmes, ou par concordat, ou par droit fédéral, ils harmoniseront leurs systèmes fiscaux.

A cet égard, la proposition de la commission pourrait séduire: faire passer la participation des cantons de 30 à 40 pour cent; accroître la part de la péréquation en la portant de 5 à 16 pour cent du total; enfin, esquisse d'harmonisation matérielle conditionnant la participation à la péréquation.

Tant de bienfaits d'un seul coup devraient nous combler de joie. Je me vois pourtant, au nom du Conseil fédéral, obligé de combattre dans leur teneur actuelle les propositions de la commission. Tout d'abord parce qu'elles privent brutalement la Confédération de 330 millions de ressources dès 1979. Cela veut dire qu'avec les décisions que vous avez déjà prises tout à l'heure, le déficit présumé pour 1979, en l'état de nos prévisions et à condition que la TVA soit votée avec un taux de 10 pour cent, s'élèvera déjà à 1,5 milliard. Où seront les compensations? Est-il décent de partir à la conquête difficile d'un impôt nouveau en ayant pour objectif un déficit de 1,5 milliard? Cela, je vous le dis clairement, ne me paraît pas très sérieux, d'autant plus que nous apporterions à des cantons riches, et au budget équilibré pour certains d'entre eux, quelques poignées de millions dont notre caisse vide aurait singulièrement plus besoin que la leur. Ensuite, dans la hâte qui nous est imposée, il serait, en moins de trois ans, impensable et impossible de faire voter par la Confédération et par les cantons les dispositions d'harmonisation matérielle minimale qui seraient requises pour l'obtention de la manne fédérale. Cela nécessite étude et double procédure législative. En moins de trois ans, cela serait du travail hâtif. Vous connaissez l'allure de nos travaux et de ceux des cantons.

Il faudrait ensuite ou parallèlement établir les clauses de la péréquation. Que se passerait-il au surplus pour les

cantons qui ne rempliraient pas les conditions? Est-ce qu'on répartirait la somme entre les autres, est-ce qu'on la laisserait, ce que j'espère, à la Confédération? Enfin, les cantons les plus riches, indifférents à la péréquation, pourraient se désintéresser totalement de l'harmonisation matérielle. Or cette harmonisation ne prendrait sa valeur que si les cantons riches s'y soumettaient aussi.

C'est pourquoi les amendements de M. Muheim et de M. Schatz ont au moins pour eux la logique dans le cadre du système, pour autant qu'on admette le système, ce qui n'est pas le cas pour moi.

J'estime que l'harmonisation doit faire des progrès. A cet égard, la proposition de la commission est sans doute habile mais je doute que les cantons soucieux de leur autonomie acceptent avec enthousiasme le sucre à l'huile de ricin que pourrait constituer à leurs yeux l'augmentation de la manne fédérale assortie d'une harmonisation matérielle dont ils ne me semblent pas avoir grande envie. J'en connais quelques-uns, au moins un ou deux, qui démobiliseraient de très mauvais gré la protection de leurs holdings et je souhaite sur ce point que l'optimisme de M. Riesen soit vérifié. La réaction de M. Bonnard en tout cas ne sera sans doute pas unique dans les gouvernements cantonaux.

En bref, les propositions de la majorité ont le défaut d'être trop amples, trop massives dans les chiffres et trop accélérées dans les délais d'exécution. Le Conseil fédéral s'oppose donc à la proposition de la majorité de la commission.

Präsident: Ich schlage Ihnen die Bereinigung des Mehrheitsantrages wie folgt vor: Erstens Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Antrages Schatz. Wird er angenommen, wird er in den Minderheitsantrag eingebaut. Auf gleiche Weise verfahren wir beim Antrag Muheim. Der so bereinigte Mehrheitsantrag wird dem Minderheitsantrag gegenübergestellt. – Eventuell würde dann noch Herr Leutenegger zum Wort kommen, sofern der Minderheitsantrag nicht angenommen würde.

Abstimmung – Vote

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Schatz	51 Stimmen
Dagegen	62 Stimmen

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Muheim	57 Stimmen
Dagegen	59 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit der Kommission	67 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit der Kommission	69 Stimmen

Eventualantrag Leutenegger

(für den Fall der Ablehnung des Antrages der Minderheit bzw. des Bundesrates)

Art. 41quater Abs 2

... vom Rohertrag der Steuer fallen mindestens 33 $\frac{1}{3}$ Prozent den Kantonen zu; davon ist wenigstens ein Viertel für den Finanzausgleich ...

Proposition subsidiaire Leutenegger

(en cas de rejet de la proposition de la minorité et du Conseil fédéral)

Art. 41quater al. 2

... de la Confédération. 33 $\frac{1}{3}$ pour cent au moins du produit brut de l'impôt sont attribués aux cantons; un quart au moins du montant revenant ...

Präsident: Ich muss leider Herrn Leutenegger mitteilen, dass er nicht mehr zum Worte kommen kann, nachdem der Minderheitsantrag angenommen worden ist.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.25 Uhr
La séance est levée à 19 h 25*

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Mittwoch, 23. Juni 1976, Vormittag

Mercredi 23 juin 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Direkte Bundessteuer Impôt fédéral direct

Fortsetzung von Seite 706 hiervor
Suite de la page 706 ci-devant

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2 (neu)

Ch. I art. 42ter al. 2 (nouveau)

Antrag Biel

Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig zu machen.

Proposition Biel

La législation fédérale subordonnera les prestations allouées aux cantons au titre de la péréquation financière à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôts.

Biel: Der Artikel 42ter der Bundesverfassung lautet: «Der Bund fördert den Finanzausgleich unter den Kantonen. Insbesondere ist bei der Gewährung von Bundesbeiträgen auf die Finanzkraft der Kantone und auf die Berggebiete angemessene Rücksicht zu nehmen.» Diesem Artikel, auf den sich der bundesstaatliche Finanzausgleich stützt, fehlt die andere Seite, über die wir schon gestern in diesem Saale eingehend diskutiert haben. Aus den Diskussionen in der Kommission ist der Antrag, den ich Ihnen hier vorlege, entstanden. Ursprünglich hatte ich dort vorgeschlagen, eine entsprechende Ergänzung nur im Artikel über die direkte Bundessteuer aufzunehmen. Man hat mir dann, vor allem auch von der Finanzverwaltung aus, bedeutet, dass die Formulierung dort nicht sehr glücklich gewählt gewesen sei, und hat mir folgende Fassung vorgeschlagen, die ich leicht abgeändert übernommen habe: «Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone für

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1976 - 15:30
Date	
Data	
Seite	706-728
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 823

Präsident: Ich muss leider Herrn Leutenegger mitteilen, dass er nicht mehr zum Worte kommen kann, nachdem der Minderheitsantrag angenommen worden ist.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.25 Uhr
La séance est levée à 19 h 25*

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Mittwoch, 23. Juni 1976, Vormittag

Mercredi 23 juin 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

10 903

Initiative Stich. Steuerharmonisierung Harmonisation fiscale

11 868

Initiative Butty. Steuerharmonisierung Harmonisation des impôts

Direkte Bundessteuer Impôt fédéral direct

Fortsetzung von Seite 706 hiervor
Suite de la page 706 ci-devant

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2 (neu)

Ch. I art. 42ter al. 2 (nouveau)

Antrag Biel

Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig zu machen.

Proposition Biel

La législation fédérale subordonnera les prestations allouées aux cantons au titre de la péréquation financière à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôts.

Biel: Der Artikel 42ter der Bundesverfassung lautet: «Der Bund fördert den Finanzausgleich unter den Kantonen. Insbesondere ist bei der Gewährung von Bundesbeiträgen auf die Finanzkraft der Kantone und auf die Berggebiete angemessene Rücksicht zu nehmen.» Diesem Artikel, auf den sich der bundesstaatliche Finanzausgleich stützt, fehlt die andere Seite, über die wir schon gestern in diesem Saale eingehend diskutiert haben. Aus den Diskussionen in der Kommission ist der Antrag, den ich Ihnen hier vorlege, entstanden. Ursprünglich hatte ich dort vorgeschlagen, eine entsprechende Ergänzung nur im Artikel über die direkte Bundessteuer aufzunehmen. Man hat mir dann, vor allem auch von der Finanzverwaltung aus, bedeutet, dass die Formulierung dort nicht sehr glücklich gewählt gewesen sei, und hat mir folgende Fassung vorgeschlagen, die ich leicht abgeändert übernommen habe: «Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone für

den Finanzausgleich von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig zu machen.» Mit dieser Formulierung in einem neuen Absatz 2 dürfte die notwendige Grundlage vorhanden sein, um dem Problem zu begegnen. Das Finanzdepartement hat in einem Bericht an die Kommission darauf hingewiesen, dass es noch einige Lücken in bezug auf die kantonalen Steuergesetze gebe, die man schliessen sollte. So wurden erwähnt die Besteuerung der Gewinne bei der Veräusserung von Wertschriften, die Automobilsteuer und die Erbschaftsteuer. Allgemein ist man der Meinung, dass der Finanzausgleich eine unerlässliche Massnahme der bundesstaatlichen Solidarität sei. Diese setzt aber wesensgemäss voraus, dass die in den Genuss des Finanzausgleichs kommenden Kantone ihre eigene Steuerkraft und die Steuerquellen im landesüblichen Ausmass ausschöpfen. Je höhere Finanzausgleichsleistungen verlangt werden, desto grössere Bedeutung kommt dieser Grundbedingung zu. Ich glaube, es wäre für das Klima der finanzpolitischen Auseinandersetzungen in unserem Lande wichtig, dass wir den Bundesbeschluss entsprechend ergänzten. Herr Bundesrat Chevallaz hat im Bericht an die Kommission zu diesem Problem geschrieben, das Département könne sich mit einer solchen Ergänzung der Bundesverfassung, die natürlich in eine so grundlegende Aenderung der Finanzordnung, wie wir sie jetzt beschliessen, hineingehört, einverstanden erklären. Ich bitte Sie deshalb, der von mir beantragten Ergänzung von Artikel 42ter zuzustimmen.

Weber Leo, Berichterstatter: Wie Herr Biel richtig ausgeführt hat, will er seinen Antrag als Zusatz zum Artikel 42ter verstanden wissen, d. h. als Zusatz zur Grundlegung des Finanzausgleichs in der Bundesverfassung. Er fordert eine umfassende Bundeskompetenz, also eine Muss-Vorschrift. Der Bund soll verpflichtet werden, diese Harmonisierung durchzuführen. Herr Biel wünscht nicht wie im Antrag der Kommissionsmehrheit, den Sie gestern verworfen haben, eine minimale Ausschöpfung des kantonalen Steuersubstrates, sondern eine genügende, was eher etwas höher liegen dürfte als die minimale Ausschöpfung.

Sodann beschränkt sich Herr Biel nicht auf bestimmte Steuerobjekte, sondern wählt eine weite Umschreibung, die sämtliche Steuern, wie er es ausgeführt hat, einbezieht. Ich gebe zu, dass dies ein an sich sehr logischer Antrag ist, dagegen kein psychologischer, weil man effektiv mit der Tür ins Haus fällt und ein Maximum vorschlägt. Die Kommission hat alle Vorschläge ähnlicher Natur in bezug auf direkte Bundesvorschriften aus referendumpolitischen Gründen abgelehnt.

M. Gautier: Je ne suis pas absolument d'accord, malheureusement et pour une fois, avec le président de la commission pour la raison suivante: c'est que je pense que la proposition de M. Biel de subordonner les prestations allouées aux cantons au titre de la péréquation à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôt n'est pas une harmonisation matérielle directe. C'est une harmonisation indirecte, parce que les cantons ne sont pas absolument tenus: on ne leur prescrit pas des taux; on les menace tout au plus de leur supprimer certaines subventions s'ils n'ont pas tiré suffisamment parti de leurs contribuables sur le plan cantonal.

Personnellement, je pense que, dans un certain sens, cette proposition va effectivement plus loin que celle qu'avait faite la majorité de la commission et que vous avez refusée hier, mais, d'un autre côté, elle me paraît porter moins énergiquement atteinte à la souveraineté cantonale parce qu'il reste quand même aux cantons la possibilité de se défendre.

C'est pourquoi à titre personnel je ne m'opposerai pas à la proposition de M. Biel.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je reconnais que la proposition de M. Biel part d'une certaine logique. Nous l'avons dit hier, et pas seulement hier, que la péréquation ne peut pas se situer ou se développer si nous n'avons pas la certitude que les cantons qui en bénéficient font un effort fiscal minimum. Dès lors la proposition me paraît logique et, formulée en termes généraux, elle laisse une certaine latitude d'appréciation, de préparation de la loi; elle ne nous fixe aucun délai comme hier la proposition de la majorité de la commission nous en fixait un; elle nous laisse l'occasion de discuter du problème avec les cantons. Je ne fais pas opposition à la proposition de M. Biel qui me paraît dans la logique si nous voulons aller plus avant dans la péréquation.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Biel	59 Stimmen
Dagegen	35 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 3 Buchst. a und b

Ch. I art. 41quater al. 3 let. a et b

Schärli, Berichterstatter der Minderheit I: Der Einfachheit halber spreche ich gleichzeitig zu den Buchstaben a und b. Die Heraufsetzung der Steuerfreigrenze von bisher 9700 Franken auf 25 000 Franken ergibt meines Erachtens einen zu grossen Ausfall für die Bundeskasse und entspricht nicht unbedingt der Volksmeinung. Auch der Kompromiss nach Kommissionsantrag, die Gratisbürgergrenze auf 18 000 Franken zu reduzieren, nimmt zu wenig auf die schlechte Finanzlage des Bundes Rücksicht. Aber auch staatspolitisch würde sich diese Grosszügigkeit kaum vorteilhaft auswirken, würden doch bei einer Freigrenze bis zu 25 000 Franken etwa zwei Drittel und bei einer Freigrenze bis zu 18 000 Franken etwa 50 Prozent aller Steuerpflichtigen von der Bezahlung einer direkten Bundessteuer enthoben. Die genannten Zahlen sind steuerbare Nettoeinkommen (nach Abzug der verschiedenen alten wie eventuell neuen Sozialabzüge). Meines Erachtens ist es ein politisches und nicht ein echtes soziales Anliegen, für eine so grosszügige Steuerfreigrenze einzustehen. Die zu entrichtende Bundessteuer beträgt z. B. bei 15 000 Franken Nettoeinkommen 30 Franken im Jahr, oder bei 25 000 Franken nach Vorschlag der Minderheit I 180 Franken, nach Bundesratsvorschlag 50 Franken, nach Vorschlag der Kommission 100 Franken, oder bei 40 000 Franken Vorschlag Bundesrat 400 Franken, Vorschlag Kommissionsmehrheit 450 Franken und Vorschlag Kommissionsminderheit 680 Franken, oder bei 80 000 Franken Einkommen Vorschlag Bundesrat 3800 Franken, Vorschlag Kommission 3850 Franken und Vorschlag Minderheit 4080 Franken, oder bei 100 000 Franken Vorschlag Bundesrat 6200 Franken, Vorschlag Kommissionsmehrheit 6250 Franken, oder Vorschlag Minderheit I 6480 Franken. Wenn man jahrelang mitgeholfen hat, Selbständigerwerbende und Unselbständigerwerbende in einer Gemeinde einzuschätzen, so spürt und sieht man auch, in welchen Bevölkerungskreisen solche Einkommen liegen. Der Vorschlag der Minderheit provoziert meines Erachtens keine Ungerechtigkeiten, obwohl es mehrheitlich, das gebe ich zu, junge Leute sind, die unter diese Einkommenskategorie fallen. Aber ich bin der Ansicht, dass gerade bei jungen Leuten, die steuerpolitisch vom Staat nicht erfasst werden, die Bindung zum Staat noch loser wird.

Mit der hohen Freigrenze bringen wir auch Kantone und Gemeinden in eine schwierige Lage. Diese Entlastungen beim Staat, zusammen mit den neu vorgeschlagenen höheren Sozialabzügen, werden in den meisten Kantonen unweigerlich Anschlussbegehren auslösen; das wiederum ist für die Kantonshaushalte und auch für die Gemeinden untragbar. Dort machen ja bekanntlich die kleinen und mittleren Einkommen den wesentlichen Teil des Steuerertrages aus. Der Ertragsausfall könnte dort kaum mit einer Verschärfung der Progression wettgemacht werden. Uebri-

gens: diese Besorgnis haben praxisbezogene Regierungsräte, Finanzdirektoren geäußert. Vielleicht muss ich auch noch erwähnen, dass bei den vorgeschlagenen 15 000 Franken Freigrenze die volle Teuerung berücksichtigt ist. Diese Variante bringt dem Staat nicht einen Ausfall von über 400 Millionen Franken gegenüber heute, sondern um 180 Millionen; das ergäbe immerhin 220 Millionen Mehretrag als beim Bundesratsvorschlag, oder etwa 100 Millionen mehr als beim Kommissionsvorschlag. Hier ist aber der vorgeschlagene Mehrabzug nicht berücksichtigt; berücksichtigt man die Variante von Frau Uchtenhagen, so beläuft sich die Differenz auf zirka 180 Millionen Franken. Dabei möchte ich noch einmal darauf hinweisen: das ist kein Anziehen der Steuerschraube, sondern nur eine weniger grosszügige Entlastung!

Gegen die vorgeschlagene Erhöhung des Höchstsatzes auf 14 Prozent oder gar 15 Prozent habe ich meinerseits volkswirtschaftliche und staatspolitische Bedenken. Der Höchstsatz der direkten Bundessteuer ist von 7,2 Prozent im Jahre 1970 auf gegenwärtig 11,5 Prozent angehoben worden; damit lägen die vorgeschlagenen 12,5 Prozent der Minderheit I wohl im Moment an der Grenze des Verstandenen und Zumutbaren. Denn je höher wir die direkte Bundessteuer anheben, um so weniger Möglichkeiten gibt es bei den Kantonen, eine Anhebung vorzunehmen. Deshalb, meine ich, greifen die 14 oder 15 Prozent der direkten Bundessteuer in zu starkem Masse in das Steuersubstrat der Kantone ein. Hohe Einkommen von natürlichen Personen werden je nach Ort zu 25, 30 Prozent besteuert; dazu kommt die direkte Bundessteuer, kommen weitere Abgaben (Sozialversicherungen, AHV usw.), so dass im Prinzip die Abgaben an den Staat über 50 Prozent ausmachen. Dadurch wächst meines Erachtens auch der Steuerwiderstand und die absolut zu verurteilende Steuerhinterziehung.

Bei den juristischen Personen ist die direkte Besteuerung vielerorts noch höher. Dazu kommen heute bei der Exportindustrie – was auch eine Abgabe bedeutet – die laufenden Währungsverluste; mit der Zeit würden hier eventuell der wirtschaftliche Leistungswille und auch die Risikobereitschaft fraglich, oder es käme sogar zu einer Verlegung der Betriebe ins Ausland. Es ist absolut richtig – ich bin auch der Meinung –: Grossverdiener sollen prozentual höher besteuert werden. Sie bezahlen nämlich mit den hohen Einkommen die Steuer noch leichter als Leute mit kleinen oder mittleren Einkommen. Aber diese Steuern müssen uns erhalten bleiben, sonst nützt ja die ganze Übung nichts! Ferner muss auch auf die Kantone und Gemeinden Rücksicht genommen werden. All diese Überlegungen veranlassen mich, am Minderheitsantrag festzuhalten. Ich bitte Sie, diesen zuzustimmen.

Uchtenhagen, Berichterstatterin der Minderheit II: Es geht um die Festsetzung der Freigrenze für die Wehrsteuerpflichtigen; im Namen der Minderheit II beantrage ich Ihnen, diese bei 25 000 Franken festzusetzen, wie das der Bundesrat ursprünglich getan hat. Es ist hier schon verschiedentlich gesagt worden, u. a. auch von Herrn Bundesrat Chevallaz, dass die Mehrwertsteuer eine Konsumsteuer ist, also vom Konsumenten getragen werden soll. Zwar konnte die letzte Erhöhung der WUST in der Tat nicht im ganzen Umfang an die Konsumenten weitergegeben werden, aber Zeiten der Rezession, wie wir sie im vergangenen Jahr hatten, dürften – so wollen wir alle hoffen – doch eher die Ausnahme sein. Wir wissen, dass wir die Talsohle durchschritten haben und dass wir voraussichtlich mit einem verlangsamten und auch weniger steilen Aufschwung rechnen können. Auf jeden Fall ist die Konsumgüternachfrage wieder im Steigen begriffen. Damit sind auch bereits wieder die Voraussetzungen gegeben für eine Weitergabe der Konsumsteuer an die Konsumenten. Sie ist im übrigen auch dort überall gegeben, wo die Marktübersicht fehlt, wo monopolistische oder oligopolistische Marktformen vorherrschen oder mit einer inflationären Preissteigerung gerechnet werden muss. Diese Vor-

aussetzungen sind – wie wir alle wissen – recht häufig gegeben in unserer Wirtschaft. Herr Letsch hat zwar gemeint, dass über den Konsumentenindex die Steuerlast weitergegeben wird. Er ist damit einen Schritt weitergegangen, aber halt dann doch stehen geblieben. Konsequenterweise müsste er nämlich fragen – ganz allgemein –, wer denn die Lasten einer inflationären Entwicklung letztlich trägt; da weiss er so gut wie wir alle hier, dass in diesem Machtkampf um die reale Einkommensverteilung der kleine Einkommensbezüger, der seine Sparbaten noch zur Bank trägt oder in eine Versicherung einbezahlt, nicht zu den Profiteuren dieses Geschehens gehört. Man müsste sich dann auch noch zusätzlich mit der sehr schwierigen Frage beschäftigen, ob nicht auch die direkte Steuer, z. B. der Unternehmungen, ebenfalls als Kosten betrachtet und weitergegeben werden. Bei einer konsequenteren Analyse über die Verteilung der Lasten und Erträge in unserer Gesellschaft dürfte die Position, wie sie Herr Letsch und andere einnehmen, doch eher die Vertretung von ganz bestimmten Interessen sein. Dagegen ist zwar nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass man sie auch als solche versteht und nicht vorgibt, generell die Interessen unseres Volkes in staatsmännischer Voraussicht zu vertreten.

Eine Konsumsteuer – das kann sicher niemand in Abrede stellen – trifft die kleineren und mittleren Einkommensbezüger mehr als jene, die über ein grosses Einkommen verfügen. Je höher der Anteil ist, der für den Konsum ausgegeben wird, desto höher ist die Steuerbelastung. Aber selbst wenn man annehmen würde, dass auch die ganz grossen Einkommen von 200 000 und 500 000, einer Million oder mehr Franken im Jahr ihr ganzes Einkommen für den Konsum ausgeben, was mir fast mit Einkaufsschwierigkeiten verbunden zu sein scheint, so haben wir nur eine proportionale Steuer. Jeder zahlt 10 Prozent, gleichgültig, ob er 20 000 oder 200 000 oder 2 Millionen Franken im Jahr verdient. Es wird also in keiner Weise auf die Belastbarkeit abgestellt, wie es heute selbstverständlich ist und wie es bei der direkten Steuer mit ihrer progressiven Steuerskala auch getan wird. Dies war der eigentliche Grund, wieso der Bundesrat die Einführung der Mehrwertsteuer mit einer Revision der direkten Steuer verbunden hat, welche die kleinen Steuerzahler entlastet und die Progression oben etwas anhebt.

Mit dem Mehrheitsentscheid der Kommission, welche den Steuerbeginn schon ab 18 000 Franken festsetzt, wurden die Bemühungen des Bundesrates, ein möglichst ausgewogenes Steuerpaket vorzulegen, zum Teil durchkreuzt. Zwar bringt auch der Tarif der Kommission frankenmässig für die zur Diskussion stehende Einkommensgruppe von 18 000 bis 25 000 Franken eine Entlastung, aber es werden zirka 300 000 Bürger mehr wehrsteuerpflichtig. Es scheint uns von der Sache her nicht richtig, diese kleinen Einkommen mit der Wehrsteuer zu belasten. Wer von uns Volksvertretern würde sich anheischig machen, mit einem Einkommen von 18 000 bis 25 000 Franken zu leben, eine Familie zu ernähren und vielleicht sogar Kinder grosszuziehen? Es erscheint uns aber auch taktisch falsch, diese Geste nicht zu tun, wenn man gleichzeitig 3,5 Milliarden neue Konsumsteuern eintreiben will. Denken Sie auch daran, dass hier zirka 300 000mal Steuerformulare ausgefüllt, von Beamten bearbeitet werden müssen, und dass 300 000mal der Einzug von 30 bis 100 Franken administriert werden muss. Diese Umtriebe mit dem Hinweis zu rechtfertigen, dass es keine Gratisbürger geben soll, kann doch wohl nicht im Ernst gemeint sein. Schliesslich zahlen alle diese Bürger Gemeinde- und Staatssteuern und – wie wir wissen – in einigen Kantonen nicht wenig. Jetzt sollen sie noch zusätzlich mit der Konsumsteuer, der Mehrwertsteuer, belastet werden.

Ich bitte Sie, den ursprünglichen Antrag des Bundesrates wieder aufzunehmen und die Freigrenze bei 25 000 Franken anzusetzen.

Anträge Schmid Arthur**Art. 41quater Abs. 3**

Für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen gilt:

- a. die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 30 000 Franken;
- b. die Steuer beträgt höchstens 15 Prozent. Dieser Satz ...

Propositions Schmid Arthur**Art. 41quater al. 3**

L'impôt dû sur le revenu des personnes physiques est établi selon les règles suivantes:

- a. L'assujettissement commence aussitôt que le revenu net atteint 30 000 francs;
- b. L'impôt s'élève au plus à 15 pour cent. Le taux...

Schmid Arthur: Wenn ich den Antrag eingebracht habe, die Freigrenze auf 30 000 Franken zu setzen, dann ist das nicht aus der Neigung heraus geschehen, Ihnen eine möglichst extreme Lösung anzubieten, sondern einerseits aus einer echten Sorge um das Gesamtpaket, das uns hier unterbreitet wird und das ja auch in der Volksabstimmung minime Chancen behalten sollte, also aus Gründen der Steuergerechtigkeit, aber auch im wohlverstandenen Interesse der Kantone.

Ich kann sehr viel von dem, was Frau Uchtenhagen eben gesagt hat, zu meiner Argumentation machen und brauche das nicht alles zu wiederholen. Ich komme zum Schluss einfach auf einen etwas höheren Ansatz. Ich möchte immerhin meinerseits die Theorie der Gratisbürger und der Klassensteuer energisch bestreiten, denn es ist doch ganz offensichtlich, dass wir bei der direkten Bundessteuer Entlastungen in kleinerer oder in grösserer Dimension vornehmen können. Alle diese Bürgerinnen und Bürger unterliegen aber zum mindesten der direkten Besteuerung in den Kantonen und Gemeinden, insofern kann von Gratisbürgerschaft keine Rede sein.

Ich möchte den Akzent darauf legen, dass mit der Einführung der Mehrwertsteuer gerade die kleineren Steuerzahler erheblich mehr belastet werden als die guten und hohen Einkommen. Man hat zur Begründung der Mehrwertsteuer mit einigem Recht ausgeführt, dass sich im Verlaufe der letzten Jahre das Verhältnis von den indirekten zu den direkten Steuern verschoben habe und dass hier gewisse Korrekturen vorzunehmen seien. Nun muss aber mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass der Pendelschlag – mit der Mehrwertsteuer – sehr einseitig zugunsten der indirekten Besteuerung ausschlägt. Ich muss ein weiteres Mal die ominöse Zahl von 3,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer erwähnen. Angesichts dieser Verschiebung scheint es mir nicht nur angängig und angemessen zu sein, sondern es scheint sich mir sogar direkt aufzudrängen, dass man bei der direkten Bundessteuer gewisse Korrekturen vornimmt, die sich schon aus der Ausmerzung der kalten Progression ergeben.

Der Vorschlag des Bundesrates, den Frau Uchtenhagen soeben verteidigt hat, bringt geschätzte Ausfälle von 400 Millionen, was die Kommissionsmehrheit vorschlägt 380 Millionen; mein Antrag würde Ausfälle von 490 Millionen Franken ausmachen. Sie sehen, dass das Grössenordnungen sind, die nicht mehr weit auseinanderliegen und die gemessen am Mehrertrag der Mehrwertsteuer in der Grössenordnung von 3,5 Milliarden Franken kaum ins Gewicht fallen, die aber psychologisch von entscheidender Bedeutung sein können.

Nun eine Bemerkung zur Argumentation, eine hohe Freigrenze bei den indirekten Steuern wirke sich katastrophal für die Kantone aus. Das ist nun eine katastrophale Fehlüberlegung. Ich behaupte, das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen nämlich, dass die steuerlichen Möglichkeiten der verschiedenen Kantone unterschiedlich sind. Wir haben

nicht in allen Kantonen eine gleich hohe durchschnittliche Einkommensstruktur, so dass die Kantone eben zum Teil gezwungen sind, bei den mittleren und unteren Einkommenskategorien einen grossen Teil ihrer Steuern einzuziehen. Es scheint mir klar und logisch zu sein, dass, je höher die Freigrenze bei der direkten Bundessteuer angesetzt wird, eine um so bessere Flexibilität man den kantonalen Steuergesetzgebungen zubilligt. Je mehr die Freigrenze bei den direkten Bundessteuern nach oben geschoben wird, um so mehr Möglichkeiten bekommen die Kantone zur Lösung ihrer Finanzprobleme. Auch von daher scheint mir mein Antrag nicht nur vernünftig zu sein, sondern er scheint sich mir nachgerade aufzudrängen. Ich bitte Sie deshalb, ihm zuzustimmen.

Leutenegger: Das Votum von Frau Uchtenhagen veranlasst mich zu einer kurzen Betrachtung. Nachdem gestern die finanzschwachen Kantone hier vorne stark zum Zuge gekommen sind, gestatte ich mir, in aller Kürze auf die fiskalischen Folgen für einen sogenannten finanzstarken Kanton, den Kanton Zürich, hinzuweisen. Da sowohl der interkantonale Finanzausgleich wie auch der Wehrsteueranteil der Kantone von der Höhe des gesamten Wehrsteueraufkommens abhängt, werden die kantonalen Finanzen durch die mit den vorgeschlagenen Aenderungen verbundenen Mindereinnahmen bei der Wehrsteuer direkt betroffen. Für den Kanton Zürich beträgt der geschätzte Ausfall 22 Millionen Franken bei 25 000 Franken Freigrenze oder 17 Millionen Franken bei 18 000 Franken Freigrenze. Nach dem Vorschlag des Bundesrates müssten nur noch 20 Prozent der staatssteuerpflichtigen Personen im Kanton Zürich eine Wehrsteuer entrichten. Auch bei Senkung der Freigrenze auf 18 000 Franken müsste die Wehrsteuerlast von bloss zwei Fünfteln der staatssteuerpflichtigen Personen getragen werden. Eine derartige Beschränkung der Steuerpflicht widerspricht dem Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer. Die Wehrsteuer würde zu einer Sondersteuer für den oberen Mittelstand und die Reichen. Eine völlige Steuerentlastung bis zu 25 000 bzw. 18 000 Franken steuerbaren Einkommens lässt sich mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht mehr vereinbaren, da diese Freigrenze bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit Kindern einem Bruttoeinkommen von 38 000 bzw. 31 000 Franken entspricht. Derart hohe Freigrenzen bei der Wehrsteuer hätten unvermeidlich auch eine Signalwirkung für die kantonale Steuerpolitik. Auf die Steuergesetzgeber würde Druck ausgeübt, ähnlich hohe Freigrenzen einzuführen. Dies ist aber, ganz abgesehen von der Frage der Steuergerechtigkeit, schon aus fiskalischen Gründen undenkbar. Im Kanton Zürich allein führt jede Anhebung der Freibeträge um 1000 Franken zu einem Steuerausfall von 32 Millionen Franken.

Unter Einbezug der Vermögenssteuer und der AHV ergibt sich eine Gesamtsteuerbelastung des Einkommens für im Kanton Zürich wohnhafte Pflichtige in den höchsten Progressionsstufen von rund 60 Prozent. Damit ist der Leistungswille des einzelnen ernsthaft gefährdet. Jeder zusätzliche Steuerdruck begünstigt die Abwanderung dieser Steuerzahler, die einen hohen Anteil des gesamten Steueraufkommens leisten, vor allem ins Ausland oder – wenigstens heute noch – in Kantone mit niedrigen Staats- und Gemeindesteuern. Die Gefahr derartiger indirekter Steuerausfälle aufgrund der Wehrsteuervorlage darf nicht unterschätzt werden.

Ich möchte Sie deshalb ersuchen, dem Antrag der Minderheit I, die Freigrenze auf 15 000 Franken festzusetzen, zuzustimmen. Ich danke.

Ammann-Bern: Die vorgeschlagenen Aenderungen im Wehrsteuertarif für natürliche Personen, aber auch gewisse Aenderungen für die Besteuerung der juristischen Personen, stehen unter dem direkten Einfluss der sozialdemokratischen Reichtumssteuerinitiative. Die Steuerbelastung wird sehr stark gegen die höheren Einkommen hin verla-

gert; mehr als zwei Drittel der natürlichen Personen sollen einer Einkommensabgabe für die Wehrsteuer vollständig entbunden werden.

Selbstverständlich soll derjenige, der viel verdient, auch viel versteuern. Eine plafonierte Ueberproportionalität und auch eine vernünftige Freigrenze sind sicher zweckmässig und durchaus vertretbar. Werden jedoch bestimmte Grenzen überschritten, so entstehen schwerwiegende Konsequenzen, die bestimmt von der Mehrzahl der Initianten der Sozialdemokratischen Partei nicht gewollt sind, weil sie ganz offensichtlich ihrem weitaus wichtigeren Anliegen, der sozialen Sicherheit, zuwiderlaufen.

Ich möchte mit meinem Votum mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, dass die angestrebte Verlagerung gegen die höheren Einkommen hin, und vor allem auch diese wesentliche Erhöhung der Zahl der von der Steuer ganz befreiten Personen, die Steuererträge des Bundes in eine viel stärkere Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation bringen würden, als dies heute schon der Fall ist. Bereits unter dem heute geltenden Recht erleben wir diese Abhängigkeit in einem sehr beängstigenden Ausmass. Die angestrebten Veränderungen verlagern die Steuerlast ohne jeden Zweifel wesentlich mehr in die Einkommensbereiche von Handel, Gewerbe und Industrie. Je stärker wir die Steuerlast in dieser Richtung verlagern, desto mehr werden die Bundeseinnahmen im Falle einer Rezession oder gar Krise gerade in dem Moment überproportional zurückgehen, wo dieser Staat diese Mittel am allernotwendigsten brauchen würde. Nach meiner festen Ueberzeugung werden wir spätestens in ein bis zwei Jahren diese übermässig starke Abhängigkeit bereits unter dem heute geltenden Recht mit peinlicher Ueberraschung feststellen müssen. Namentlich wird sich dann mit aller Sicherheit erweisen, dass die in den verschiedenen Budgets vorgesehenen Steurrückgänge bei weitem übertroffen werden. Wir alle, vor allem auch die Sozialdemokraten, werden dann glücklich sein, dass ihre Reichumssteuer nicht bereits in Kraft sein wird. Auch die Reichumssteuer erweist sich damit als Kind der letzten Jahre, in welchen das wirtschaftliche Wachstum und die Ertragsicherheit als absolute Selbstverständlichkeit galten. Heute wissen wir, dass die Einkommen aus Anstellung sehr ungleich stabiler und sicherer sind als der erwirtschaftete Ertrag in Gewerbe, Handel und Industrie. Gerade auch im Hinblick auf die Sicherstellung des sozialen Fortschrittes sind wir deshalb wohl beraten, die Steuerpflichtigkeit nicht allzu einseitig zu verlagern und damit die Steuererträge nicht mehr als an sich unvermeidlich vom wirtschaftlichen Geschehen abhängig zu machen.

Aus denselben Gründen sollte unbedingt die Einkommensgrenze für die Befreiung von der Wehrsteuer tief angesetzt werden, um einerseits die Steuerlast möglichst auf viele sichere Einkommen zu verteilen und damit die Abhängigkeit vom Laufe der Wirtschaft klein zu halten. Das ist übrigens auch psychologisch wichtig: Leistungen des Staates, die mich nichts kosten, betrachte ich als Selbstverständlichkeit, und ich habe als Empfänger absolut keine Veranlassung, in den Forderungen nach solchen Gratisleistungen massvoll und vernünftig zu sein.

Der Bund braucht dringend hohe und möglichst gleichmässige Steuereingänge. Ueberspannen wir jedoch den Bogen bei den erwirtschafteten Erträgen in Gewerbe und Handel nicht mehr als notwendig. Bezogen auf die gesamten Steuerpflichtigen muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass der Anreiz für eine ertragreiche Leistung der Wirtschaft nicht durch eine übermässige Besteuerung erstickt wird. Wenn uns gute, genügende und möglichst sichere Arbeitsplätze wirklich ein Anliegen sind, dann müssen wir diesen kleinen und grösseren Unternehmen per Saldo unbedingt einen angemessenen, verbleibenden Gewinn und Ertrag sicherstellen. Dieser Ertrag ist eine Voraussetzung für eine gesunde Weiterentwicklung, für neue Investitionen und zur Bildung von betriebsnotwendigen Reserven.

Ich möchte speziell betonen, dass ich hier ausschliesslich vom ehrlich und hart erarbeiteten wirtschaftlichen Ertrag und Gewinn spreche. Dies trifft jedoch für die überwältigende Mehrheit der Betriebe in Gewerbe, Handel und Industrie unzweifelhaft zu.

In der aufrichtigen Sorge um möglichst zuverlässige Bundeseinnahmen bitte ich Sie deshalb, alle Anträge für eine Reduktion der vorgeschlagenen Freigrenze und für eine möglichst vernünftige, überproportionale Steuerbelastung sowohl der natürlichen als auch der juristischen Personen zu unterstützen, also der Minderheit Ihre Stimme zu geben.

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Es sind vier Varianten für die Freigrenze vorgeschlagen worden, nämlich 10 000 Franken von der Kommissionsmehrheit, 15 000 Franken von einer Kommissionsminderheit, 25 000 Franken von einer weiteren Kommissionsminderheit, und 30 000 Franken von Herrn Arthur Schmid. Die verschiedenen Anträge hätten folgende Auswirkungen: Bei einer Freigrenze von 15 000 Franken würden ungefähr 55 Prozent der Steuerpflichtigen zur Kasse gebeten, bei 18 000 Franken etwa 50 Prozent, bei 25 000 Franken noch etwa 25 Prozent und bei 30 000 Franken noch ungefähr 20 Prozent. Die Ausfälle sind, unter Vorbehalt, wie folgt berechnet worden: Antrag Schärli rund 220 Millionen, Antrag der Kommissionsmehrheit rund 320 Millionen, Antrag Uchtenhagen rund 400 Millionen und Antrag Arthur Schmid rund 500 Millionen Franken.

Zur Grundsatzfrage ist darauf hinzuweisen, dass alle eine Erhöhung der Freigrenze wünschen. Es geht also um eine Frage des Masses. Dabei sind die Belastung durch die Mehrwertsteuer sowie die Argumente des Herrn Schärli (Bindung des Bürgers an den Staat) mitzuberücksichtigen. Die Rückwirkungen auf die Kantone sind bei diesen Freigrenzen meines Erachtens nicht allzu stark zu veranschlagen, weil kein Automatismus zwischen den Freigrenzen des Bundes und den Freigrenzen der Kantone besteht. Der Druck auf die Kantone, ihre Lösungen der Bundeslösung anzupassen, ist meiner Ansicht nach bei den Sozialabzügen viel grösser als bei den Freigrenzen.

Die Kommission hat ihren Antrag mit 12 : 8 Stimmen gefasst, unter Ablehnung von Anträgen, die weniger weit, und Anträgen, die weiter gehen wollten. Der Antrag der Kommissionsmehrheit liegt also in der goldenen Mitte.

M. Gautier, rapporteur: Nous en sommes à la fixation de ce que l'on pourrait appeler le plancher de l'impôt de défense nationale, c'est-à-dire du montant du revenu à partir duquel commence l'assujettissement.

Nous sommes en présence de quatre propositions. La minorité I propose de fixer ce montant à 15 000 francs, la majorité de la commission à 18 000 francs, le Conseil fédéral à 25 000 francs et M. Arthur Schmid à 30 000 francs. L'adoption de la proposition de la minorité I coûterait 220 millions à la caisse fédérale, celle de la proposition de la majorité de la commission 320 millions, celle du Conseil fédéral 400 millions et celle de M. Schmid 510 millions.

Si la proposition de la minorité I est acceptée, il resterait un peu plus de 1,2 million de contribuables assujettis à l'impôt fédéral direct. Celle de la majorité de la commission réduirait ce nombre à 1 million, celle du Conseil fédéral à 650 000 et celle de M. Schmid à 500 000 seulement, soit au quart environ du nombre actuel des contribuables.

La question est de savoir jusqu'où on veut aller dans le dégrèvement de ce qu'on appelle les petits contribuables. Le dégrèvement maximum présente un certain nombre d'avantages mais comporte aussi un certain nombre d'inconvénients. Il y a tout d'abord un avantage sur le plan électoral. Plus on dégrèvera de personnes, plus les chances de voir le projet accepté par le peuple seront élevées. L'inconvénient principal est d'ordre financier: plus le plancher est élevé, plus la moins-value pour la caisse fédérale sera importante. On a reproché aux au-

teurs des propositions les plus favorables pour les contribuables de chercher à créer trop de «Gratisbürger». Justice de cette accusation a été faite hier pour certaines de ces propositions, mais il n'en reste pas moins que si 25 pour cent seulement des contribuables sont assujettis à l'impôt fédéral direct, les autres seront peut-être tentés de porter moins d'intérêt aux affaires de la Confédération. Pour ces raisons, votre commission a successivement refusé la solution des 30 000 francs par 14 voix contre 5, celle des 25 000 francs par 15 voix contre 8 et celle de la minorité I par 12 voix contre 8. Elle vous propose de vous en tenir au montant de 18 000 francs.

Personnellement, je me retrouve une fois de plus du côté de la minorité I, dont la proposition ne diffère d'ailleurs pas très sensiblement de celle de la majorité de la commission, puisqu'elle propose le chiffre de 15 000 francs alors que la commission propose celui de 18 000 francs. Pour être tout à fait précis, il faut en outre tenir compte du fait que les déductions sociales sont assez fortement augmentées, ce qui diminue également le nombre des assujettis.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: J'ai déjà justifié la proposition du Conseil fédéral visant à fixer à 25 000 francs le plancher de l'assujettissement à l'impôt fédéral direct. Je résume les motifs de notre proposition.

1. La nécessité et l'équité d'une importante correction de la progression à froid pour les revenus inférieurs à 150 000 francs, du fait qu'il n'y a pas eu de correction sensible pour la période en cours à la suite de l'échec de nos projets du 8 décembre 1974. Les contribuables sont d'ailleurs en train de s'en apercevoir.

2. La part croissante – plus de 70 pour cent de la charge fiscale – prise chez nous par l'imposition directe, proportion qui s'avère être l'inverse de celle des pays voisins, qui sollicitent essentiellement le consommateur à concurrence des deux tiers de la charge fiscale. D'où la nécessité d'un modeste rééquilibrage et de consentir certaines moins-values en ce qui concerne l'impôt fédéral direct.

3. Le fait que nous proposons une augmentation sensible de l'impôt de consommation, que les cotisations sociales sur les salaires ont également augmenté – ce qui charge proportionnellement beaucoup plus fortement les petits revenus et les charge sur le nécessaire et non sur le superflu – justifie un important dégrèvement à la base, donc une forte diminution de la charge fédérale directe pour les petits et moyens revenus.

Ainsi que je l'ai dit hier, il n'y a pas de «Gratisbürger». Le concours des impositions indirectes, des impositions cantonale et communale et des cotisations salariales frappe tous les contribuables. Personne n'y échappe. L'avantage électoral est ici moins important que l'argument d'équité.

On dit que le Parlement donnerait un mauvais exemple aux cantons en acceptant le barème proposé par le Conseil fédéral, qui fixerait en quelque sorte des normes. Cet argument ne correspond pas à la réalité de l'impôt fédéral direct. Ce dernier n'a jamais été conçu comme un impôt général et proportionnel aux impôts des cantons et des communes mais comme un impôt accentuant quelque peu la progressivité, notamment pour les tranches de revenus moyennes et supérieures, domaine dans lequel la concurrence mutuelle entre les cantons restreint la liberté d'action de ces derniers et les oblige à une certaine réserve. L'IDN n'a jamais été et n'a jamais été censé être un impôt universel.

C'est pourquoi nous nous opposons à la proposition faite par M. Schärli au nom de la minorité I, qui vise à abaisser le montant minimum imposable à 15 000 francs et à remanier toute l'échelle dans un sens défavorable pour les petits revenus mais à dégrever les revenus élevés de la modeste majoration que comportent nos propositions. En effet, si l'on adopte le barème proposé par la minorité I, les revenus de 30 000 francs seraient frappés d'un impôt de 280 francs contre 100 francs selon la proposition du Con-

seil fédéral. Je prétends qu'une différence de 180 francs est plus lourde pour un revenu de 30 000 francs que les 7000 francs supplémentaires que paierait le bénéficiaire d'un revenu de 1 million si notre proposition est adoptée. Sans doute, sur le plan des finances fédérales, la proposition Schärli est-elle plus favorable, puisqu'elle coûtera 180 millions de moins à la caisse fédérale. Cependant cet argument n'est pas exclusif. Mettant par trop l'accent sur les petits revenus et dégrevant les hauts revenus, elle nous paraît défavorable sur le plan de l'équité et donc peu acceptable.

La proposition de la majorité de la commission – revenu imposable minimum 18 000 francs mais maintien de l'échelle proposée par le Conseil fédéral – nous paraît beaucoup plus acceptable. Il ne nous avait pas paru opportun de courir après les contribuables pour de petits montants inférieurs à 50 francs mais on objecte que, du point de vue psychologique, il ne convient pas de dégrever un nombre trop important de contribuables et qu'il est utile d'en augmenter quelque peu le nombre, d'autant plus que la caisse fédérale encaissera quelque 50 millions de plus.

La proposition de M. Arthur Schmid, tout en restant très nettement en retrait de la solution des auteurs de l'initiative pour la «Reichtumssteuer» – qui proposaient un minimum imposable de 40 000 francs – puisqu'elle vise à fixer le plancher à 30 000 francs, me paraît aller trop loin.

En fait, les propositions du Conseil fédéral, élégamment défendues par Mme Uchtenhagen, nous paraissent encore les mieux équilibrées, mais à titre éventuel, notre faveur irait à la proposition de la majorité de la commission, qui n'en diffère pas fondamentalement.

Präsident: Wir kommen nun zur Bereinigung des Artikels.

Abstimmung – Vote

Buchst. a – Let. a

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Schmid Arthur	39 Stimmen
Für den Antrag Uchtenhagen (Minderheit II)	81 Stimmen

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Uchtenhagen (Minderheit II)	61 Stimmen
Für den Antrag Schärli (Minderheit I)	92 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag Schärli (Minderheit I)	63 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	97 Stimmen

Präsident: Herr Schärli (Berichterstatter der Minderheit I) verzichtet auf das Wort zu Buchst. b; er hat den Antrag bereits vorher begründet.

Hubacher, Berichterstatter der Minderheit II: Der Antrag der Minderheit II hat einfach die Absicht, die Kurve etwas zu verlängern, weil nach dem bisherigen Tarif die ganz hohen Einkommen weder von der kalten Progression, noch vom Höchstsatz belastet worden sind. Ich möchte diesen Antrag nicht lange begründen; ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Eventualantrag Bremi

(bei Ablehnung des Minderheitsantrages Letsch, Fischer-Bern, Gautier, Leutenegger zu I, Art. 41quater)

Art. 41quater (neu) Abs. 4 Buchst. b

Die Steuer beträgt höchstens 10,5 Prozent vom Gewinn und höchstens 0,75 Promille vom Kapital und von den Reserven. (Rest des Buchstabens streichen)

Proposition subsidiaire Bremi

(en cas de rejet de la proposition de minorité Letsch, Fischer-Berne, Gautier, Leutenegger au ch. I, art. 41quater)

Art. 41quater, (nouveau) al. 4 let. b

L'impôt s'élève au plus à 10,5 pour cent du bénéfice et à 0,75 pour mille au plus du capital et des réserves. (Biffer le reste de la lettre).

Präsident: Herr Arthur Schmid verzichtet auf das Wort. Ebenfalls verzichtet Herr Bremi auf die Begründung seines Eventualantrages.

Weber Leo, Berichterstatter: Sie haben wiederum verschiedene Anträge für den Höchstsatz bei der Besteuerung der natürlichen Personen: Bundesrat und Kommission schlagen 14 Prozent vor, der Antrag Schärli (Minderheit I) sieht 12,5 Prozent, der Antrag Hubacher (Minderheit II) 15 Prozent vor. Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, diese 14 Prozent, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen sind, zu akzeptieren. Ohne Zweifel ist eine Erhöhung von 11,5 auf 14 Prozent optisch gesehen relativ viel; dabei muss man aber wissen, dass diese 14 Prozent erst im Unendlichen erreicht werden, dank der neuen sogenannten überschüssigen Progression. Die Auswirkung kann man z. B. aus der durchschnittlichen Belastung im Kanton Zürich ersehen: bei 200 000 Franken Einkommen wird eine Belastung von 36,29 Prozent realisiert – das sind Durchschnittswerte im Kanton Zürich –, bei 500 000 Franken Einkommen sind es Belastungen von 43,79 Prozent.

Wir kommen also auf eine Marge, die zwischen 40 und 45 Prozent und damit auch europäisch relativ hoch liegt. Die finanziellen Auswirkungen werden bei diesen obersten Sätzen nicht allzu gross veranschlagt werden dürfen, weil es relativ wenige so hohe Einkommen gibt. Wir sind der Meinung, dass der Antrag des Bundesrates grosso modo richtig ist, insbesondere im Hinblick darauf, dass er erst im Unendlichen erreicht wird.

M. Gautier, rapporteur: Tout à l'heure, j'ai parlé du «plancher» de cet impôt de défense nationale. Nous en venons au «plafond», c'est-à-dire au taux maximum qui peut être appliqué pour des revenus importants. Nous sommes en face de trois propositions: celle du Conseil fédéral et de la majorité de la commission qui vous propose 14 pour cent de taux maximum qui est du reste un taux théorique, qui ne touchera que les parts supérieures du revenu et qui donc ne sera jamais atteint à moins d'un revenu infini; puis la proposition de la minorité I qui vous propose de n'aller que jusqu'à 12,5 pour cent et enfin celle de la minorité II et de M. Schmid qui propose d'aller jusqu'à 15 pour cent. C'est un peu le même problème qu'avec le «plancher» où on peut jouer sur des chiffres plus ou moins hauts mais je pense que ce n'est pas aussi important, en ce sens que le nombre de contribuables touchés est petit et que de ce fait la répercussion sur les finances fédérales est relativement modeste, car la caisse fédérale, en passant de 11,5 à 14 pour cent, n'attend une rentrée supplémentaire que de 50 millions. Ce n'est donc pas cela qui va beaucoup bouleverser les finances fédérales. Evidemment, quand on arrive à un taux maximum de 14, voire de 15 pour cent, et que l'on y ajoute les taux assez élevés que l'on trouve dans certains cantons et certaines communes, on peut commencer à se poser des questions. En effet, lorsque tout gain supplémentaire est imposé à plus de 50 pour cent, comme ça sera le cas dans certaines communes, on peut se demander s'il ne commence pas à y avoir en effet dissuasif sur la volonté de gagner de l'argent.

Enfin je voudrais encore faire une remarque. En six ans, le taux maximum de l'impôt de défense nationale aura pratiquement doublé. Il était en 1971 de 7,2 pour cent et il passerait à 14 pour cent; ce qui est une augmentation notable. Voilà les remarques que je voulais faire. Au nom de la commission, je vous recommande de voter 14 pour cent. A titre personnel, je m'en tiendrai à 12,5 pour cent.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La *Neue Zürcher Zeitung* a troublé notre dimanche par l'évocation émouvante de quelques victimes de la voracité du fisc zurichois quant au fond, fédéral sur les bords, tout en relevant que le tableau devait se nuancer fortement en d'autres cantons et en d'autres communes. Je ne veux pas analyser tous ces cas malheureux devant vous. Nous devons bien admettre que le fisc zurichois n'est pas particulièrement tendre, qu'il a la réputation d'être le plus sévère, qu'un maximum de la progression est rapidement atteint dès la tranche dépassant 125 000 francs de revenus. L'on arrive ainsi, dans certaines communes des bords de la Limmat, peut-être un peu moins dans d'autres qui sont plus directement au bord du lac, à des taux d'imposition qui sont peut-être dissuasifs. Il appartient aux cantons et aux communes d'en disposer et d'articuler leur fiscalité. Je constate, quant à moi, que la charge moyenne pour un revenu de 500 000 francs en comprenant l'AVS, les impôts fédéraux, cantonaux, communaux et paroissiaux, s'établissait en 1974 entre 126 000 francs, 25 pour cent à Stans, et 192 000 francs, 38 pour cent à Bellinzone.

Le spectacle de désolation qui nous est donné par quelques cas particuliers de la ville de Zurich d'aujourd'hui, ne peut pas être convaincant pour l'ensemble de la Suisse, même si cela attire notre attention sur les limites de l'opération.

Cela d'autant plus que notre projet prévoit jusqu'à 180 000 francs de revenus, un abattement des taux; jusqu'à 500 000 francs de revenus, l'augmentation du taux sera de 8 pour mille. Et l'infortuné millionnaire, millionnaire en revenu et pas en fortune, paiera 1,6 pour cent de plus, c'est-à-dire 17 000 francs au taux de 13 pour cent, le taux maximum de 14 pour cent se situant à un infini que nous devons les uns et les autres désespérer d'atteindre. L'initiative du Parti socialiste prévoit, dans ses dispositions transitoires, 95 000 francs au lieu de 60 000 pour 500 000 francs de revenus et un taux de 20 pour cent pour les revenus de 1 million au lieu de notre 13 pour cent.

Il n'y a donc dans nos propositions pas lieu de prendre le deuil ni de faire un «Bangladesh» des malheureux qui disposent de revenus dépassant 200 000 francs l'an. Cela deviendrait rapidement indécent et le Conseil fédéral tient à un taux de 14 pour cent comme limite supérieure.

Präsident: Ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor: Minderheit I (12,5 Prozent) gegen Minderheit II (15 Prozent); die Minderheit II ist im übrigen unterstützt durch den Antrag von Herrn Schmid Arthur. Das Resultat stellen wir in definitiver Abstimmung dem Antrag der Mehrheit gegenüber (14 Prozent).

Abstimmung – Vote**Buchst. b – Let. b****Eventuell – Eventuellement**

Für den Antrag der Minderheit I (12,5 Prozent)	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II (15 Prozent)	69 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheit I	62 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (14 Prozent)	98 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 3 Buchst. c**Ch. I art. 41quater al. 3 let. c****Angenommen – Adopté****Abschn. I Art. 41quater Abs. 4 – Ch. I art. 41quater al. 4**

Präsident: Bei Buchstabe a haben wir einen Minderheits- und einen Mehrheitsantrag. Für die Minderheit spricht Herr Fischer-Bern.

Fischer-Bern, Berichterstatter der Minderheit: Es handelt sich hier um das altbekannte Problem der Genossenschaftsbesteuerung. Sie wissen, dass die Besteuerung der grossen Genossenschaften besondere Schwierigkeiten bietet. Es handelt sich dabei um Unternehmungen, die bewusst darauf ausgehen, keine Gewinne zu realisieren, währenddem das ganze Steuersystem bei den direkten Steuern darauf beruht, dass die einzelnen Unternehmungen Gewinne realisieren wollen. Die Folge dieser besonderen Situation der Genossenschaften ist die, dass sie praktisch nur in reduziertem Masse oder fast keine Steuern bezahlen. Der Fiskus geht also leer aus. Dieses Problem hat die eidgenössische Finanzpolitik und auch diejenige der Kantone in den letzten Jahrzehnten in ausserordentlichem Masse belastet. In den fünfziger Jahren ist es zu einer grossen Untersuchung gekommen durch eine von Ständerat Pillier veranlasste Kommission. Diese war aus den anerkanntesten Juristen und Steuerfachmännern des Landes zusammengesetzt. Es wurde ein Bericht erstattet, und kein geringerer als unserer früherer Kollege Professor Imboden hat diesen verfasst, der vom 14. Februar 1956 datiert ist. Ich will Ihnen einige wenige Sätze aus diesem Bericht vorlesen: «Für nicht gewinnstrebige Unternehmungen» – das sind also die Genossenschaften, die nicht darauf ausgehen, Gewinne zu erzielen – «ist der ausgewiesene Reinertrag nicht diejenige Grösse, die den angestrebten und erreichten wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmung repräsentativ zum Ausdruck bringt. Die Gewinnrechnung ist ein Zerrbild. Wird die Besteuerung vorwiegend vom ausgewiesenen Reinertrag abhängig gemacht» – und das ist nach unserem System der Fall; derjenige, der keinen Reinertrag hat, der zahlt auch keine Steuern –, «so stösst der Fiskus notwendigerweise ganz oder teilweise ins Leere. Das ausschliessliche Abstellen auf Ertrag und Kapital in der Besteuerung bewirkt zwangsläufig eine Privilegierung der nicht gewinnstrebigen Unternehmungen.» Gleichzeitig schlug die Kommission noch eine Lösung für dieses umstrittene Problem vor, die sogenannte Minimalsteuer. Diese geht vom Prinzip aus, dass diese Unternehmungen ihre Steuern aufgrund von Ersatzfaktoren – im konkreten Fall wird hauptsächlich der Umsatz berechnet – bezahlen müssen. Wenn die normale Ertragssteuer unter dieser Minimalsteuer liegt, dann tritt subsidiär diese Minimalsteuer in Kraft. Das System hat sich in einer Reihe von Kantonen in den letzten 20 Jahren eingespielt, es ist praktikabel und wäre es auch auf Bundesebene, wo es bis jetzt noch nicht verfassungsmässig verankert worden ist. Der Zweck meines Antrages wäre, diese verfassungsmässige Verankerung der Minimalsteuer zu bewerkstelligen, wobei die Ausführung gestützt auf die ordentliche Bundesgesetzgebung zu erfolgen hätte. Es ist also so, wenn dieser Antrag angenommen wird, dass in einer zweiten Phase noch die Gesetzgebung die Details zu bestimmen hätte. Das Problem der grossen genossenschaftlichen Unternehmungen, und es geht hier im Konkreten zur Hauptsache um diejenigen des Detailhandels, ist ein echtes Problem. Ich nenne Ihnen einige wenige Zahlen über die Entwicklung der Verkaufsstellen im Lebensmitteldetailhandel. Im Jahre 1968 ist die Preisbindung der zweiten Hand liquidiert worden. In diesen acht Jahren (also seit dem Jahre 1968 bis heute) hat die Zahl der Lebensmittelverkaufsstellen in unserem Lande von 19 000 auf etwa 11 000 abgenommen. Es sind also 8 000 Verkaufsstellen des Lebensmitteldetailhandels im Laufe der letzten acht Jahre verschwunden, und es gibt in unserem Lande eine ganze Reihe von Gemeinden und Quartieren, wo es keine Verkaufsstellen des Lebensmitteldetailhandels mehr gibt. Das ist für diejenigen, die motorisiert sind, vielleicht kein Problem; aber für alle anderen, die nicht motorisiert sind, haben sich ziemlich schwerwiegende Entwicklungen angebahnt. Wir haben heute schon eine Anzahl Gemeinden, die mit Fiskalmitteln dafür sorgen müssen, dass sich ihre Einwohner einigermaßen versorgen können.

Ich will nicht behaupten, die Annahme meines Antrages würde diese Entwicklung radikal ändern, aber er stellt

einen Beitrag zu einem gewissen Ausgleich dar, der durch eine bessere steuerliche Gleichbehandlung erreicht werden könnte. Es ist einfach nicht in Ordnung, dass diese grossen Unternehmungen des Detailhandels, die Milliardenumsätze machen, steuerlich privilegiert werden gegenüber den andern, die nicht die Genossenschaftsform haben. Das Problem liegt nicht bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, denn es ist selbstverständlich – und das hat man in den Kantonen auch so praktiziert –, dass für die kleineren Genossenschaften Freigrenzen eingeführt würden. Das Bundesgericht hat das akzeptiert. Ich bin sehr dankbar dafür, dass von bürgerlicher Seite meinem Vorstoss gegenüber in der Kommission und auch in unserer Fraktion keine grundsätzliche Ablehnung erfolgt ist. Das Problem geht nicht um die bürgerlichen Genossenschaften, sondern es geht ausdrücklich um die grossen Genossenschaften des Lebensmitteldetailhandels, also, um die Namen Coop und Migros zu nennen, zur Hauptsache um diese beiden Grossbetriebe, die zusammen Umsätze von mehr als 10 Milliarden Schweizer Franken machen. Wenn die Entwicklung unbekümmert so weitergeht, wird es bis zuletzt nur noch einige Raritätenläden geben, die nicht diesen Grossbetrieben angehören.

Im Effekt geht es um zwei Dinge: Das erste ist, dass ein Beitrag zur steuerlichen Gleichbehandlung herbeigeführt werden soll und zum zweiten geht es auch noch darum, dass der Bund, der es ja nötig hat, eine Anzahl Millionen Franken zusätzlich abschöpfen kann, ohne dass er in andere Domänen eingreifen muss.

Waldner: Herr Kollega Fischer setzt sich in der Regel nicht für neue oder höhere Steuern ein; schon gar nicht für Sondersteuern. Ganz im Gegenteil! Es geht ihm mit seinem Antrag auf Einführung einer Minimalsteuer deshalb auch weit weniger um die finanzpolitischen Auswirkungen, als um eine gewerbepolitische Massnahme. Er will mit seiner Minimalsteuer die Genossenschaften, besonders die grossen Genossenschaften, treffen. Es handelt sich schlicht und einfach um Gewerbepolitik und um eine Diskriminierung der Genossenschaften.

Um etwaige falsche Auffassungen zum voraus zu klären, mache ich darauf aufmerksam, dass nach dem heutigen Wehrsteuerrecht die Genossenschaften den Aktiengesellschaften in der Besteuerung vollständig gleichgestellt sind. Es gibt keine differenzierte Besteuerung der Genossenschaften. Es gibt auch keinen Unterschied zwischen kleinen und grossen Genossenschaften und Aktiengesellschaften. Eine Minimalsteuer trifft also auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und viele mittelständige Unternehmungen. Mit seinem Minderheitsantrag legt Herr Kollega Fischer ein Kuckucksei ins eigene Nest. Es gibt Kantone, wie Sie von Herrn Kollega Fischer gehört haben, die diese Minimalsteuer kennen. Der Ertrag ist dort bescheiden und kommt nur zu einem Drittel von den Genossenschaften. Der Hauptertrag stammt von Nichtgenossenschaften, d. h. von kleinen Aktiengesellschaften. Darunter befinden sich z. B. Hotelbetriebe, Garagen, baugewerbliche Unternehmungen usw. In der heutigen Zeit der Rezession würde wahrscheinlich eine grosse Zahl von Baugeschäften, auch grosse Unternehmungen, mit einer Minimalsteuer zur Kasse gebeten. Es ist also falsch, wenn man glaubt, mit dieser neuen Steuer treffe man die grossen Genossenschaften. Diese bezahlen im übrigen heute schon ihrer Leistungsfähigkeit angemessene Steuern und werden mit der Mehrwertsteuer, die sie im jetzigen Preiskampf wohl kaum vollständig überwälzen können, ebenfalls zusätzlich belastet.

Herr Fischer will mit seinem Minderheitsantrag die nicht-gewinnstrebigen Unternehmungen treffen. Meines Erachtens gibt es aber keine Unternehmung, die keinen Ueberschuss erzielen will, denn sonst gibt sie sich selbst auf. Jedes Unternehmen braucht Mittel zum Investieren und um sich weiter zu entwickeln. Wenn diese Voraussetzung heute nicht mehr überall, vor allem in der Baubranche erfüllbar ist, so bestimmt nicht gewollt. Es wäre sehr unge-

recht, diese Betriebe noch mit einer zusätzlichen Steuer zu belasten.

Es heisst im Antrag der Minderheit: «Es sollen Ersatzfaktoren besteuert werden.» Herr Fischer meint damit eine Besteuerung des Umsatzes. Nun sind aber die Umsätze eines Betriebes im Verhältnis zum Ertrag sehr verschieden. Der Umsatz einer grossen Bauunternehmung oder einer Unternehmung mit hochwertigen Produkten ist doch grundverschieden gegenüber dem Umsatz in einer Gemischtwarenhandlung oder in einem Lebensmittelladen. Hier wird ein Lager vielleicht pro Jahr zehnmal umgeschlagen, dort aber nur einmal. Es könnte in der heutigen Zeit auch einmal eine Bank nicht gewinnträchtig sein. Ihr Umsatz beträgt aber das Vielhundertfache eines Ladens. Der Umsatz ist also ein ganz unmöglicher Ersatzfaktor.

Oder sollen vielleicht die Investitionen besteuert werden? Ein Vorschlag, der auch schon gemacht worden ist. In der jetzigen Zeit, wo alles nach Investieren ruft, ebenfalls ein unmöglicher Ersatzfaktor.

Wir sind heute sehr daran interessiert, dass in den kleinen Dörfern und Talschaften auch nichtgewinnbringende Detailläden von Genossenschaften offengehalten werden, denn diejenigen, die auf Gewinn angewiesen sind, machen dort den Laden zu. Auch von diesem Gesichtspunkt aus soll man heute nicht für die nichtgewinnstrebigsten Unternehmungen eine Sondersteuer einführen. Es sind in diesen Gebieten vielfach landwirtschaftliche Genossenschaften, die neben der Dienstleistung für die bäuerlichen Betriebe auch gleichzeitig als Verteilerorganisation tätig und etwa gar nicht gewinnstrebig sind.

Das Prinzip der Steuergerechtigkeit kann auch ohne Minimalsteuer spielen. Eine solche Steuer trifft nicht jene, die Herr Kollega Fischer treffen will. Das möchte ich vor allem den Kollegen von der bäuerlichen Seite sagen. Sie wäre überdies eine grosse Belastung für die ganze Vorlage und brächte, wie ich bereits gesagt habe, mehr «G'scher» als Wolle. Ich bitte Sie aus allen diesen Gründen, auch im Namen der SP-Fraktion, den Minderheitsantrag des Kollegen Fischer abzulehnen.

Auer: Im Baselbiet hatten einmal zwei Gemeinden miteinander Streit. Der Baudirektor versuchte, zwischen den beiden zu vermitteln. Er ging mit seinem Sekretär zuerst zu den einen, hörte sich den Gemeinderat an und sagte abschliessend: «Ihr habt vollkommen recht.» Am anderen Tag begab er sich in die andere Gemeinde, hörte sich die dortige Behörde ebenfalls an und fasste zusammen: «Ja wohl, Ihr habt vollkommen recht.» Dann fuhr er zurück nach Liesthal. Unterwegs sagte ihm der Sekretär: «Herr Direktor, gestern haben Sie dem Gemeinderat von A gesagt, er habe recht, heute sagen Sie dem Gemeinderat von B, er habe recht. Es können doch nicht beide recht haben.» Da antwortete ihm der Regierungsrat: «Sie haben auch recht.» (Heiterkeit)

Wenn Sie die Frage der Genossenschaftsbesteuerung untersuchen, werden Sie feststellen müssen, dass sowohl Herr Fischer als auch Herr Waldner recht haben. Es kommt nämlich ganz darauf an, welche Zielsetzung Sie der Besteuerung unterstellen, ob Sie nur den Gewinn treffen wollen, ob Sie dem Verursacherprinzip den Vorzug geben und darauf abstellen, welche Kosten ein Unternehmen der Öffentlichkeit verursacht. Dann spielt es keine Rolle, ob es eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft ist und ob es einen kleinen oder einen grossen Ertrag abwirft.

Ich habe über das Wochenende die nationalrätliche Debatte vom Juni 1974 über dasselbe Thema nachgelesen, bei der Herr Otto Fischer und Herr Walter Biel gegeneinander fochten. Beide haben damals einen dicken Expertenbericht von 1955 verwendet «Zum Problem der gleichmässigen Besteuerung der Erwerbsunternehmen» (Bericht vom 14. Februar 1955 der Expertenkommission zur Prüfung der Möglichkeiten gleichmässiger steuerlicher Belastung der Erwerbsunternehmen ohne Rücksicht auf die Rechtsform, an das EZFD, Expertenkommission für die Motion Piller,

hg. vom EZFD). Herr Fischer hat damals aus diesem Bericht zitiert, Herr Biel hat ihn mehr als geistige Quelle benutzt und nicht zitiert. (Heiterkeit) Anschliessend ist noch der grosse Genossenschafts- und Konsumförderer, unser unvergessener Kollege Otto Schütz, der jetzt seine himmlische Rückvergütung bezieht, auf die Tribüne gestiegen. Er hat vor allem als kluger Taktiker gesprochen und Fischer erwidert, dessen Antrag richte sich gegen die kleinen Genossenschaften, worauf natürlich all die CVP- und die BGB-Genossenschafter im Rate fürchteten, es ginge ihnen an den Kragen.

Wenn Sie indessen die Sache objektiv zu berurteilen versuchen, so sind die Schlussfolgerungen aus dem Expertenbericht, den Herr Professor Max Imboden verfasst hat, eindeutig (Präsident war Bundesgerichtspräsident L. Python). Man kam zum Schluss (Seite 89), «dass die nicht gewinnstrebigste, aber dennoch gewinnfähige Unternehmung» durch die bestehende Steuergesetzgebung bevorzugt werde, was nicht gerechtfertigt sei; die heutige Steuordnung sei nicht wettbewerbsneutral. Dadurch werde eine nicht begründbare steuerliche Differenzierung geschaffen. Und auf Seite 163, in den Schlussfolgerungen, heisst es: «Als erhebliche Ungleichheit erscheinen insbesondere die Verschiedenheiten bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Genossenschaften.»

Die Expertenkommission schlägt eine Minimalsteuer auf dem Umsatz, der einen bestimmten Betrag überschreitet, vor. Die Minimalsteuer richtet sich also nicht gegen die kleinen Genossenschaften, auch nicht gegen die landwirtschaftlichen oder die Lädeli. Es wird ein Satz von 1 bis 2 Promille vom überschüssenden Umsatz vorgeschlagen, der überdies beim Engrosumsatz auf einen Sechstel reduziert werden sollte (Seite 157). Hinzu käme eine minimale Kapitalsteuer. Natürlich ist die Besteuerung nach dem Umsatz problematisch; aber jede Besteuerung ist eben irgendwie problematisch.

In dieser Debatte ist viel von Taktik gesprochen worden. Wenn ich Ihnen nun – quasi ausserhalb des Protokolls – eine parteiinterne taktische Ueberlegung verraten darf, so möchte ich Ihnen folgendes zu bedenken geben: Stellen Sie sich die grosse Freude vor, die Sie Herrn Otto Fischer bereiten, wenn Sie seinem Antrag zustimmen! Dann wäre er nämlich schwerlich mehr in der Lage, gegen die Mehrwertsteuer aufzutreten. Er würde auch im Gewerbeverband und beim Freisinn vehement für dieses Finanzpaket eintreten; denn er hätte ja die Genugtuung, dass nach seinem jahrelangen Kampf in Zukunft auch die Genossenschaften «gerecht» besteuert würden. Auch im Hinblick auf dieses wichtige taktische Moment bitte ich Sie, dem Antrag Fischer zuzustimmen. Herr Fischer wird dann die Kröte der Mehrwertsteuer nicht nur schlucken, er wird sie auch noch verdauen. (Heiterkeit)

Weber Leo, Berichterstatter: Worum es sich bei der Minimalsteuer handelt, ist hier richtig dargestellt worden. Es ist ein Anliegen der gewerblichen Kreise, dass die Besteuerung der sogenannten nichtgewinnstrebigsten Unternehmungen separat geregelt werden sollte, weil man der Meinung ist, dass die gewöhnliche Besteuerung über den Ertrag oder den Gewinn und die Kapitalsteuer nicht in jedem Fall richtig ist. Man muss nach Ersatzfaktoren suchen. Zwölf Kantone haben eine solche Minimalsteuer für juristische Personen eingeführt. Als Ersatzfaktoren sind in neun Kantonen die Bruttoeinnahmen vorgesehen, zum Teil allein, zum Teil zusammen mit dem investierten Kapital oder mit den Grundstücken. In drei Kantonen wird die Minimalsteuer nur auf dem Grundeigentum der Unternehmen berechnet. Ueberall handelt es sich lediglich um eine subsidiäre Steuer, d. h. sie wird nur erhoben, wenn die ordentlichen Steuern dieses Minimum nicht ergeben. Das Bundesgericht hat im übrigen noch eine obere Beschränkung dieser Minimalsteuer anhand eines Falles aus dem Kanton Thurgau aufgestellt. Im Bund hatten wir bisher keine Rechtsgrundlage für die Minimalsteuer. Wie das hier angedeutet worden ist, sind Versuche im Jahre 1970 und

1974 gescheitert. Interessant ist immerhin, dass das Modellgesetz für die zukünftige direkte Bundessteuer eine solche Bestimmung für eine Minimalsteuer enthält. In der Wissenschaft und in der Praxis ist es umstritten, ob mit den genannten Ersatzfaktoren jene Bemessungsbasis gefunden wurde, die das Ziel erreicht, das man sich gesteckt hat, nämlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller Gruppen möglichst gleichmässig zu Beiträgen an die gemeinsamen Bedürfnisse heranzuziehen. Auf jeden Fall müssten die Ersatzfaktoren, wie sie bis jetzt angewandt worden sind, verfeinert oder sogar ersetzt werden, und es muss der Zusammenhang mit der Sondersteuer auf den Rückvergütungen und Rabatten hergestellt werden. Der Bundesrat lehnt die Minimalsteuer ab, vielleicht, was das Grundsätzliche betrifft, mit einem etwas pauschalen Werturteil; richtig ist hingegen der Hinweis des Bundesrates auf die geringe finanzielle Bedeutung, weil die Minimalsteuererträge einen ganz bescheidenen Betrag ausmachen. Die Kommission war in dieser Frage genau geteilt, durch Stichentscheid des Präsidenten hat sie die Minimalsteuer abgelehnt. Der Grund dieser Ablehnung gipfelt in rein referendumpolitischen Überlegungen, wie sie vorhin Herr Auer dargestellt hat.

M. Gautier, rapporteur: La minorité de la commission est importante puisqu'elle représente la moitié de la commission qui a voté à égalité 8 voix contre 8, avec de nombreuses abstentions et que c'est la voix prépondérante du président qui a permis à M. Fischer de représenter seulement une minorité. M. Fischer nous propose d'introduire un impôt minimum sur les personnes morales qui réalisent un bénéfice faible ou nul. L'idée principale est d'établir une certaine justice fiscale de manière à ce que certaines grandes entreprises qui ne réalisent pas de bénéfices ou en réalisent peu soient cependant appelées à contribuer à l'effort général réclamé par la Confédération.

Il est difficile de se prononcer sur la proposition de M. Fischer. Le message du Conseil fédéral, à la page 95 de l'édition française, cite la thèse fort intéressante de M. Peter Adrian Müller publiée à Berne en 1974: «Les conclusions de l'auteur touchant l'impôt minimum sur le chiffre d'affaires et sur le capital investi, ne sont ni franchement positives, ni franchement négatives.» Aussi, on n'est pas très convaincu dans un sens ou dans l'autre.

Le Parlement ayant refusé cet impôt minimum jusqu'à présent, le Conseil fédéral a renoncé à le proposer. Je ne suis pas sûr que ce soit un argument absolument valable. Ce n'est pas parce que le Parlement a refusé une ou deux fois une disposition qu'il s'entêtera forcément toujours dans la même direction.

En conclusion, personnellement, je voterai la proposition de M. Fischer. La commission était très divisée, mais par la voix prépondérante du président elle vous recommanderait plutôt de refuser cette proposition. Il faut encore ajouter, comme l'a signalé M. Auer, qu'il y a aussi un problème de tactique vis-à-vis du référendum obligatoire. Il faut donc bien peser votre décision.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il est vrai que le rapport d'experts de 1955, que je n'ai pas lu, faisant suite à la motion Piller, établit que l'impôt du bénéfice net et du capital propre n'atteint pas, dans leur situation réelle, les entreprises qui ne cherchent pas à réaliser un bénéfice, d'où l'idée de cet impôt minimum perçu sur les personnes morales sur le chiffre d'affaires et sur le capital investi. Des cantons l'ont introduit, des expériences ont donc été faites. M. le rapporteur de langue française vient d'évoquer l'ouvrage remarquable de M. Peter Adrian Müller, qui n'est ni pour ni contre dans ses conclusions. L'auteur fait cependant observer que «les rendements des impôts minimums revêtent une importance à ce point minime pour les collectivités cantonales et communales, que leur disparition n'entraînerait pas de pertes de recettes graves pour leurs finances».

Le Conseil fédéral ne conteste pas le rapport de 1955. Nous admettons la valeur de plusieurs des arguments de M. Fischer, mais nous doutons très fortement de l'efficacité de cette imposition. Nous nous demandons si la proposition de M. Fischer n'apporterait pas à l'ensemble de notre projet plus d'explosif politique que de rendement fiscal. Si je savais, comme M. Auer le suggérait tout à l'heure, que cela doit entraîner le ralliement glorieux de M. Fischer à la TVA, j'hésiterais un moment. Mais j'en doute un peu et, tout bien pesé, je suis plutôt contre cette proposition.

Abstimmung – Vote

Buchst. a – Let. a

Für den Antrag der Mehrheit	67 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	68 Stimmen

Stich, Berichterstatter der Minderheit: Bei Buchstabe b kann man sich fragen, ob es einen Sinn hat, hier noch irgendwelche Anträge zu vertreten. Im Grunde genommen wäre es doch einfacher, die Volksabstimmung abzuwarten und dann neu zu beginnen.

Ich habe einen Antrag zu vertreten, der die Besteuerung der juristischen Personen betrifft. Es geht dabei um den minimalen Satz. Erstaunlicherweise legt der Bundesrat ein Steuerpaket vor, das etwa 3,5 Milliarden Franken mehr einbringen soll; gleichzeitig entlastet er beim Steuersatz auf Kapital und Reserven die Gesellschaften, die juristischen Personen. Man muss sich aber bewusst sein, dass durch die Einführung der Mehrwertsteuer die Konsumenten belastet und die Unternehmungen entlastet werden. Bis heute haben die Unternehmungen auf ihre Investitionen bekanntlicherweise Warenumsatzsteuer bezahlt; davon werden sie nun durch den Übergang zur Mehrwertsteuer befreit. Der Bundesrat möchte hier eine weitere Reduktion einführen; sie ist aber in der Botschaft nicht begründet. Man kann höchstens annehmen, der Bundesrat sei in der Annahme, auch bei der Flexibilität den gleichen Satz zu wählen, auf diese 0,75 Promille zurückgegangen. Nun ist aber die Frage der Flexibilität bereits erledigt. Deshalb bitte ich Sie, hier wenigstens am alten Satz, der bis heute gilt, festzuhalten und dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Bremi: Sie verlangen eine Erhöhung der direkten Bundessteuer von juristischen Personen; ich beantrage Ihnen, den Wehrsteuersatz für juristische Personen auf höchstens 10,5 Prozent anzusetzen.

Wer ist denn diese juristische Person, die nun 17,5 Prozent mehr direkte Steuern bezahlen soll? – Es sind die zahlreichen Unternehmen dieses Landes, die gegenwärtig in einer Rezession stehen und einen erheblichen Teil ihres Ertrages verloren haben. Sie wissen, dass jede Ausschüttung aus den Firmen beim Empfänger ausgiebig besteuert wird. Darum geht es in diesem Artikel nicht. Es geht hier um das, was im Unternehmen bleibt und was ausschliesslich für die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Einheit, also für die Finanzierung der Produktionskraft, der Exportfähigkeit und der Forschungsimpulse, der Schaffung und Erhaltung der Arbeitsplätze zur Verfügung bleiben soll. Von diesen Finanzierungskräften hängt die wirtschaftliche Basis aller Mitarbeiter einer Unternehmung direkt ab; sie bildet indirekt auch die wirtschaftliche Basis der Mitarbeiter dieses Staates. Wir sollten diese Steuererhöhung nicht vornehmen und damit jene gemeinsame Basis schmälern. Weil Schweizer Unternehmen auch in Zukunft ihren Beitrag an den Staat leisten wollen, weil sie ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Mitarbeitern erfüllen und ihre Konkurrenzfähigkeit über die Landesgrenzen hinaus behaupten wollen, sind sie darauf angewiesen, einen angemessenen Teil der von ihnen erarbeiteten Mittel zur Investition effektiv zur Verfügung zu haben. Sie verlangen hoffentlich noch lange keine staatliche Hilfe, wie wir das von anderen Ländern kennen, sondern entwickeln sich weiterhin aus eigener Kraft. In diesem Punkt

sind sich wohl alle Angehörigen der Unternehmen einig. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass mein Antrag auf eine massvolle Ansetzung der direkten Bundessteuer auf 10,5 Prozent im wohlverstandenen Interesse des Staates und der Wirtschaft liegt; es entspricht dies einer Erhöhung um zirka 7 Prozent statt um 17,5 Prozent – die Kröte der Mehrwertsteuer hopst also nicht nur in Herrn Hubachers Kehle. Zum einen Teil wird diese Steuer gar nicht auf den Preis überlagert werden können, sondern besonders in Zeiten der Rezession als Aufwandsteigerung in der Betriebsrechnung der Firmen verbleiben. Zum anderen Teil wird sie den Index der Lebenshaltungskosten beeinflussen und somit durch den Teuerungsausgleich kompensiert werden. Bei näherer Betrachtung komme ich also zum Schluss, dass das, was auf Ihrer Zunge, Herr Hubacher, schwänzelt, weniger eine Kröte als nur eine Kaulquappe ist, die zwar nicht eben appetitlich, aber sich doch in schluckfreudiger Gestalt präsentiert.

In einer Zeit, in der die Schweizer noch mit der Rezession kämpfen und in der der hohe Schweizerfranken den herabbeschworenen Wiederaufschwung erstickt, darf eine Steuervorlage nicht als Strafoxerzieren der Behörden mit dem Stimmbürger konzipiert sein. Es gibt auch eine Solidarität des Staates mit seinen Bürgern. Wenn wir unsere Bundesfinanzen mittelfristig in Ordnung bringen wollen, sind wir auf diese Stimmbürger angewiesen, die sich über einen ausgeprägten Sinn für das richtige Mass schon oft ausgewiesen haben. Das mögliche Mass finden wir z. B. auch in den Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen. Dort werden die Unternehmungen gegenwärtig entlastet, und es wurde die bisherige Differenz zur schweizerischen Steuerbelastung bereits zum Verschwinden gebracht. Um die Ertragskraft und den Investitionsmut in unserem Land zu erhalten und um der Vorlage zum Erfolg zu verhelfen, bitte ich Sie um Zustimmung zu meinem Antrag.

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Die Steuern für die juristischen Personen sind vom Bundesrat grundsätzlich gleich konzipiert worden wie unter dem geltenden Recht: nämlich ein Dreistufentarif, eine Grundsteuer und zwei Renditestufen, die dann proportional weitergezogen werden. Das Ziel des Bundesrates ist ein gleicher Ertrag, also nicht ein höherer Ertrag von den juristischen Personen, aber gewisse Umschichtungen in der Belastung, und zwar eine Ermässigung der Gewinnsteuer bei schwach rentierenden Unternehmen und eine Weiterführung der Progression zwecks stärkerer Belastung bei hoher Rendite. Die Massnahmen, die ergriffen werden, um dieses Ziel zu erreichen, sind die Erhöhung des Höchstsatzes auf 11,5 Prozent, eine Herabsetzung der Grundsteuer, die Gleichschaltung der beiden Zuschläge und eine leichte Herabsetzung der Kapitalsteuer. Diese Ordnung führt zu Minderbelastungen bei Renditen unter 29 Prozent, bei höheren Renditen hernach zu bescheidenen Mehrbelastungen.

Die Kommission hat an diesem Tarif soweit etwas geändert, als sie die Grundstufe weglässt und einen Zweistufentarif mit zwei verschiedenen Sätzen vorschlägt, die dann rein proportional durchgezogen werden. Das finanzielle Ergebnis gemäss Antrag der Kommission wäre um etwa 15 Millionen besser als jenes des Bundesrates.

Die Kommission sieht auch eine weitere Erleichterung für kapitalschwache Unternehmen vor, indem das Kapital und die Reserven, welche die Grenze darstellen, von 50 000 auf 250 000 Franken erhöht worden ist. Herr Stich wünscht nun, dass die Kapitalsteuer nicht herabgesetzt wird, sondern dass sie in der bisherigen Höhe bleibt. Das ist eine Ermessensfrage und würde auch zu einem kleinen Mehrertrag von 15 Millionen Franken führen. In der Kommission ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Herr Bremi wünscht die bescheidenere Besteuerung des Kapitals, wie sie der Bundesrat vorschlägt, aber seinerseits auch nicht einen so hohen Satz für den Gewinn; er wünscht hier eine Herabsetzung von 11,5 auf 10,5 Prozent. Auch das ist mindestens zum Teil eine Ermessensfrage.

Wenn Sie die Formulierung der Mehrheit der Kommission, also den Zweistufensatz annehmen, so hat der Eventualantrag Bremi keine grosse Bedeutung, weil nämlich nach den Anträgen der Kommission auch ein Höchstsatz von 10,5 Prozent nicht erreicht wird. Der Zweistufentarif geht am Schluss nicht ganz so hoch wie die Höchstsätze, die in der Verfassung festgelgt sind.

Wir beantragen Ihnen, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Gautier: Nous sommes en face de trois propositions: celle de la majorité de la commission, celle de M. Bremi et celle de la minorité Stich.

De quoi s'agit-il? Tout d'abord, ce qui oppose M. Stich à la majorité de la commission, c'est le taux d'imposition sur le capital et les réserves des sociétés. Le Conseil fédéral et la majorité vous recommandent de ramener ce taux de 0,825 à 0,75 pour mille, ce qui coûte 15 millions à la caisse fédérale mais est compensé par l'augmentation de l'imposition du bénéfice de ces mêmes sociétés. M. Stich, lui, veut bien augmenter l'impôt sur le bénéfice mais il voudrait ne pas diminuer l'impôt sur le capital et les réserves; ce qui amènerait environ 15 millions de francs de plus dans les caisses de la Confédération. Cette proposition a été refusée en commission par 9 voix contre 5 et je vous propose de la rejeter.

Quant à M. Bremi, il nous fait une autre proposition. Il est d'accord avec le Conseil fédéral pour l'impôt sur le capital et les réserves, mais il voudrait ramener de 11,5 à 10,5 pour cent l'imposition maximum sur le bénéfice. Il faut savoir qu'il y a deux possibilités: ou bien, lorsque nous en serons à l'article 8, 3e alinéa, des dispositions transitoires, vous allez suivre les propositions de la majorité de la commission, et, en tout cas pour le moment, la proposition de M. Bremi n'a aucune influence car la proposition de la commission d'adopter un tarif à deux paliers et non pas à trois ne permet pas d'aller au-delà d'une imposition de 10 pour cent du bénéfice; ou bien vous reviendrez au texte du Conseil fédéral et aux trois paliers et, dans ce cas-là, la proposition de M. Bremi empêcherait de garder les tarifs proposés par le Conseil fédéral. Et même si vous suivez la majorité de la commission, en supprimant les 11,5 pour les remplacer par les 10,5 pour cent, vous enlevez au Conseil fédéral et au Parlement la petite flexibilité de 1,5 pour cent sur le bénéfice des personnes morales qui sera à peu près la seule réserve qui restera dans les mains du Conseil fédéral et du Parlement sur le plan législatif.

C'est pourquoi je vous demande de repousser également la proposition de M. Bremi et de vous en tenir au projet du Conseil fédéral et de la majorité de la commission.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Nous avons dit qu'en augmentant sensiblement l'impôt sur le chiffre d'affaires nous entendions modérer le rendement de l'impôt direct. Dès lors, la version de la commission nous paraît préférable à celle de M. Stich.

Quant à la proposition de M. Bremi, elle n'a pas d'effets si vous vous ralliez à la thèse de la commission, ce qu'admet le Conseil fédéral; si vous revenez à la solution du Conseil fédéral elle nous priverait de quelques ressources.

Nous vous proposons donc de la rejeter en son temps.

Président: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben eine erste Abstimmung über die Besteuerung des Gewinnes vorzunehmen. Die Kommission beantragt 11,5 Prozent, Herr Bremi beantragt 10,5 Prozent.

Die zweite Abstimmung betrifft die Besteuerung des Kapitals. Die Mehrheit beantragt 0,75 Promille, die Minderheit Stich beantragt 0,825 Promille.

Abstimmung – Vote

Buchst. b – Let. b

Für den Antrag der Kommission (11,5 Prozent)	87 Stimmen
Für den Antrag Bremi (10,5 Prozent)	27 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit (0,75 Promille) 76 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit (0,825 Promille) 51 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 5 und 6

Ch. I art. 41quater al. 5 et 6

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 1 – Ch. II art. 8 al. 1

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. a – Ch. II art. 8 al. 2 let. a

Antrag Kaufmann

Die Abzüge betragen: für Verheiratete 4000 Franken;

Proposition Kaufmann

Les déductions s'élèvent: pour les personnes mariées, à 4000 francs;

Kaufmann: Ich beantrage Ihnen, den Abzug für Verheiratete von 3000 Franken auf 4000 Franken anzuheben. Kollege Bundi hat diesen Antrag übernommen, aber gleichzeitig auch eine Erhöhung der übrigen Abzüge, also der Abzüge für Kinder und unterstützungsbedürftige Personen beantragt. Ich habe persönlich nichts einzuwenden gegen den Antrag Bundi, habe aber bewusst mit meinem Antrag zurückgehalten, um grössere Ausfälle zu vermeiden. Der Antrag Bundi bringt ungefähr die doppelten Ausfälle. Zudem besteht ja immer die Gefahr, dass, wer viel will, häufig alles verliert. In einem solchen Moment hätten wir keinen mittleren Antrag, der dann zur Diskussion stünde. Uebrigens bestehen auch sachliche Gründe, nur den Abzug für Verheiratete zu erhöhen. Es fällt nämlich auf, dass alle anderen Abzüge bereits um 25 Prozent angehoben wurden, der Abzug für Verheiratete merkwürdigerweise nur um 20 Prozent. Also besteht zum vornherein ein gewisser Nachholbedarf für diesen Abzug. Nota bene: die Teuerung hat sich vom 1. Januar 1973 bis heute etwa um 25 Prozent entwickelt. Wenn wir auf die Bemessungsperioden abstellen, was man eigentlich müsste, so würde die Teuerung mindestens 30 Prozent ausmachen.

Der Abzug für Verheiratete beruht auf der Ueberlegung, dass ein Ehegatte, der für zwei Personen zu sorgen hat, wirtschaftlich weniger leistungsfähig ist als ein Lediger. Nach der sogenannten Wiener Konsumentenskala ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von zusammenlebenden Ehegatten bei gleichem Einkommen etwa um einen Drittel tiefer als jene lediger Personen. Bei kleinen Einkommen ist der Unterschied noch grösser und verflacht dann mit zunehmendem Einkommen. Also müsste die Entlastung im Bunde etwa 33 Prozent im Durchschnitt betragen. In Tat und Wahrheit beträgt die Entlastung gemäss Bundesrat bei verschiedenen Einkommensstufen im unteren Bereich lediglich 20 Prozent.

Nun kommt aber insbesondere noch folgendes dazu: Wir diskutieren ja diese direkte Bundessteuer im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer, und die Mehrwertsteuer bringt nun eine zusätzliche Belastung für den Zwangsbedarf. Früher war der Zwangsbedarf von der Warenumsatzsteuer ausgenommen. Heute wird der Zwangsbedarf zum Teil mit 3 Prozent – also nach der Mehrwertsteuer –, zum Teil – ich denke an die Kleider – auch mit 10 Prozent belastet. Das scheint mir nun ein wesentlicher Grund dafür zu sein, dass wir hier nicht nur die Teuerung ausgleichen, wobei ich bereits erwähnt habe, dass bei den Verheirateten nach Antrag des Bundesrates nicht einmal die Teuerung ausgeglichen wird. Es kommt ein weiterer Grund dazu: Sie wissen es, die heutigen Steuergesetze privilegieren leider die nicht verheirateten zusammenlebenden Personen. Das ist auf unser Progressionssystem zurückzuführen,

aber auch auf die Tatsache, dass wir den Abzug für Verheiratete in den verschiedenen Revisionen immer nur der Teuerung anpassten und einfach etwas vor uns her schoben. Das war zu wenig, um den neuen Entwicklungen im gesellschaftspolitischen Bereiche zu begegnen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das gemeinsame Einkommen von Ehegatten nicht nur daher rühren kann, dass die Ehefrau einem Erwerb nachgeht. Dieses Einkommen kann auch aus Vermögensertrag oder aus einem Ersatzeinkommen herrühren. Und dann ist die Brechung der Progression auch hier notwendig. Mein Antrag trägt dazu bei, die Schlechterstellung von zusammenlebenden Ehegatten abzubauen.

Ich glaube, die Argumentation der Botschaft, man könne nicht über 20 Prozent hinausgehen, ansonst schlage dies auf die kantonalen und kommunalen Steuern durch, ist nicht haltbar; nicht haltbar schon aufgrund der Ueberlegungen, die ich jetzt gemacht habe, nicht haltbar aber auch, weil die Botschaft ohnehin von einer Steuerpflicht ausging, die erst bei 25 000 Franken begann, währenddem sie jetzt ja bei 18 000 Franken beginnt. Die Argumentation ist aber vor allem auch verfehlt, weil viele Kantone eine fortschrittliche Ehegattenbesteuerung kennen, fortschrittlicher sogar als der Bund. Ich denke vorab an die Kantone Genf und Zürich, dann aber auch mindestens teilweise an die Kantone St. Gallen, Solothurn, Glarus, Bern, Neuenburg, Waadt, Aargau und Luzern. Selbst wenn die Kantone hintennachhinken würden, legen wir Wert darauf, dass es sogar durchschlägt auf gewisse Kantone, die hier das unseres Erachtens Richtige nicht tun. Nach meinem Dafürhalten müsste der Fiskus dafür sorgen, dass zusammenlebende Ehegatten wenigstens nicht schlechter fahren als nicht verheiratete Personen.

Wir stellen in der Gesetzgebung immer wieder die grosse Bedeutung der auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft von Ehegatten fest. Ich habe das selber festgestellt im Zusammenhang mit der Rauschgiftgesetzgebung und dem Kindschaftsrecht. Die Lebensgemeinschaft von Ehegatten hat eine wesentlich positivere Bedeutung als die auf beliebigen Widerruf eingegangene Gemeinschaft. Ehe und Familie sind auch für die strukturelle Gliederung unserer Gesellschaft wichtig und entlasten den Staat von einem immer grösseren Aufwand für Pflege- und Altersheime sowie Krankenhäuser. Bei einer solchen Betrachtung verbietet sich eine momentane Steuerausfallrechnung. Schliesslich sollte man den Abzug von 4000 Franken, den ich Ihnen beantrage, nicht als Ausfall, sondern als weniger Steuer etikettieren. Dann bin ich mit meinem Antrag hoch modern und befinde mich in unmittelbarer Nähe von Herrn Fischer. Ich beantrage Ihnen, meinem Antrag zuzustimmen.

Anträge Bundi

Die Abzüge betragen: für Verheiratete 4000 Franken; für Kinder je 2000 Franken; für unterstützungsbedürftige Personen je 2000 Franken; für Versicherungsprämien...

Propositions Bundi

Les déductions s'élèvent: pour les personnes mariées, à 4000 francs; pour chaque enfant, à 2000 francs; pour chaque personne à charge, à 2000 francs; pour primes d'assurances...

Bundi: Meinen Antrag um Heraufsetzung der Sozialabzüge, d. h. konkret der Abzüge für Verheiratete, Kinder und unterstützungsbedürftige Personen, stellte ich in der Annahme, dass der bundesrätliche Vorschlag, die Steuerpflicht frühestens bei einem reinen Einkommen von 25 000 Franken beginnen zu lassen, in diesem Rate keine Gnade finden werde. Das ist unterdessen denn auch geschehen. Der Tarif setzt nunmehr bei einem steuerbaren Einkommen von 18 000 Franken ein. Die ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Freigrenze ist damit um ein Beträchtliches zusammengeschrumpft und beträgt gegenüber dem jetzigen Stand nur 8300 Franken. Nachdem also die niederen

Einkommenskategorien schon recht früh steuerlich erfasst werden sollen, mag es wohl gerechtfertigt sein, mit den Sozialabzügen etwas grosszügiger zu verfahren. Wie in der Botschaft ausgeführt wurde, ist die Erhöhung der Sozialabzüge neben der Tarifstreckung ein Mittel zum Ausgleich der Folgen der kalten Progression. Die Heraufsetzung der Beträge aber seit dem Jahre 1971 nur um ca. 20 Prozent stellt eine bescheidene Erhöhung dar, wie das auch mein Vorredner, Kollege Kaufmann, ausgeführt hat. Wenn gewisse Wirkungen von den neuen Wehrsteuerabzügen auf die kantonalen Regelungen ausgehen werden, so dürfte dies willkommen sein, insbesondere hinsichtlich jener Kantone, die immer noch niedrige Kinderabzüge unter 1000 Franken kennen. Dem Bund obliegt es, die Marschrichtung für eine soziale Steuerpolitik festzulegen.

Die gemäss Botschaft vorgesehenen Kinderabzüge werden heute schon von einigen Kantonen übertroffen. Mein Antrag auf Erhöhung der Abzüge für Verheiratete auf 4000 Franken und für Kinder und unterstützungsbedürftige Personen auf 2000 Franken geht von der Forderung nach einer familiengerechten Steuerpolitik aus. Die Kosten für Erziehung und Ausbildung, Hygiene, Ernährung und Bekleidung sind stark angewachsen und nagen an den Budgets vieler Familien mit niederen und mittleren Einkommen bis zur Belastungsgrenze. Dazu kommt, was Herr Kaufmann bereits gesagt hat, dass nach Inkrafttreten der Mehrwertsteuer diese Kosten noch stärker anwachsen. Nicht zuletzt auch aus Kostengründen verhalten sich heute viele Ehepaare äusserst zurückhaltend gegenüber dem Wunsche, Kinder zu haben. Nach den neuesten Verlautbarungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes ist die Wohnbevölkerung der Schweiz im vergangenen Jahr zum erstenmal seit Beginn der zwanziger Jahre zurückgegangen. Dabei hat sich der seit zehn Jahren anhaltende Geburtenrückgang im Jahre 1975 akzentuiert. Dafür verantwortlich ist, abgesehen vom Wegzug zahlreicher Ausländer, – ich zitiere wörtlich das Eidgenössische Statistische Amt – «das weitere Absinken der Fruchtbarkeit».

Es kann meines Erachtens nicht im nationalen Interesse unseres Landes liegen, dass die Schweizerbevölkerung rapide zurückgeht. Heute zeigen sich bereits da und dort Folgeerscheinungen: überalterte Gemeinden, leerstehende Klassenzimmer, kaum ausgelastete Infrastrukturanlagen. Am schlimmsten dürfte sich eine weitere starke Redimensionierung unserer Bevölkerung, unseres Nachwuchses an Erwerbstätigen, aber auswirken auf die finanzielle Gewährleistung unserer Sozialversicherungswerke.

Eine weitere Erhöhung des Abzuges für Verheiratete darf auch im Zusammenhang mit der weiterhin rückläufigen Zahl der Heiraten gesehen werden. Diese wiesen 1975 in der Schweiz eine Abnahme von 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Die Forderung nach einer familiengerechten Steuerpolitik lässt sich überdies noch mit einem Blick auf unser bestehendes Beitragssystem bei den Krankenkassen rechtfertigen. Hier verteilen sich bekanntlich die Prämien – und dies wird wohl noch längere Zeit so andauern – auf alle Familienmitglieder, die soziale Komponente weitgehend ausser acht lassend. Abzüge für Familien, Kinder und unterstützungsbedürftige Personen sind Massnahmen, die mithelfen, die Steuerschuld eines Pflichtigen in einem für diesen tragbaren Rahmen zu halten. Der Staat tut heute gut daran, die Familien, insbesondere die kinderreichen, soweit als möglich steuerlich zu begünstigen. Einen kleinen Ansatz dazu stellen die hier beantragten erhöhten Sozialabzüge dar, weshalb ich Sie sehr bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

M. Schläppy: Est-ce au fisc à favoriser la vie de famille, éventuellement les naissances dans les familles? La question peut se poser, elle l'est pratiquement dans la discussion que nous avons maintenant. Je ne pense pas que ce soit une question bien posée, mais en tout cas, il est possible de dire que le fisc ne devrait pas gêner la vie familiale, c'est le moins qu'on puisse dire dans ce pays.

C'est la raison pour laquelle je voudrais appuyer les propositions qui nous sont faites par MM. Kaufmann et Bundi, dans la mesure où les pertes qui découlent immanquablement d'une telle proposition peuvent être considérées comme compensées par votre décision de porter l'imposition dès 18 000 francs déjà de revenu contre les 25 000 francs que prévoyait le Conseil fédéral. Il me paraît qu'il y a une mesure d'équité évidente et c'est dans cette perspective que nous devons admettre que la famille doit être prise en considération un peu plus largement. Les arguments développés par mes collègues sont parfaitement pertinents et je vous prie de vouloir bien vous y rallier.

Weber Leo, Berichterstatter: Der Bundesrat wünscht mit der Kommission, die natürlichen Personen zu entlasten einerseits durch die Streckung des Tarifs und andererseits durch die Erhöhung der Sozialabzüge. Der Bundesrat schlägt ganz konsequent vor, die Sozialabzüge um 20 Prozent zu erhöhen. Die Kommission hat eine Aenderung beschlossen, nämlich den Abzug für die erwerbstätige Ehefrau von 2500 auf 4000 Franken zu erhöhen. Herr Kaufmann und Herr Bundi wünschen nun, dass auch der Abzug für Verheiratete erhöht wird, und Herr Bundi wünscht zudem, dass der Kinderabzug und der Abzug für unterstützungsbedürftige Personen erhöht werden, und zwar beide Abzüge von 1500 Franken auf 2000 Franken. Die Erhöhung des Abzuges für die erwerbstätige Ehefrau hätte Mindereinnahmen von 30 Millionen Franken zur Folge. Würde der Antrag Kaufmann/Bundi in bezug auf den Verheiratetenabzug angenommen, bewirkte dies einen weiteren Ausfall von 40 Millionen Franken, und die weitere Erhöhung des Abzuges für Kinder und unterstützungsbedürftige Personen schliesslich brächte noch einen zusätzlichen Einnahmehausfall von 20 Millionen Franken. Die Anträge Kaufmann/Bundi hätten also gesamthaft Mindereinnahmen von 60 Millionen Franken zur Folge.

Der Kommission sind diese Anträge nicht vorgelegen. Sie hat deshalb dazu nicht Stellung genommen. Ich glaube, den wohl beachtlichen Gründen für eine Erhöhung dieser Abzüge sind die ebenfalls sehr beachtlichen Steuerausfälle gegenüberzustellen. Im übrigen möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass das Steuersystem zwar gewisse Auswirkungen auf die Beziehungen der Geschlechter hat, doch werden diese im allgemeinen eher überschätzt.

M. Gautler, rapporteur: Il est toujours extrêmement sympathique de vouloir soulager les contribuables sur le plan des déductions sociales et je dois dire que, à première vue, je serais très favorable aux propositions de MM. Kaufmann et Bundi. A vrai dire, comme pédiatre, je serais même beaucoup plus sensible à la proposition de M. Bundi qu'à celle de M. Kaufmann, parce que je pense que les enfants sont une charge beaucoup plus importante encore que le conjoint!

Mais enfin, cela dit, il faut quelquefois se méfier de son premier mouvement et essayer de voir ce qui existe, calculer ce qu'on nous propose et ce que cela coûtera. Le Conseil fédéral proposait déjà une certaine amélioration de ces déductions sociales passant de 2500 à 3000 francs pour la déduction du conjoint – MM. Kaufmann et Bundi à 4000 francs –; pour les enfants et les personnes à charge le Conseil fédéral passait de 1200 à 1500 francs – M. Bundi à 2000 francs. Je pense que le Conseil fédéral a déjà fait un geste, de plus la commission vous propose d'aller même plus loin dans le domaine de l'imposition de la femme mariée qui travaille, puisqu'elle vous suggère d'aller jusqu'à 4000 francs de déduction au lieu des 2500 proposés par le Conseil fédéral. La commission, ainsi, retire déjà 30 millions à la Confédération; si nous suivons M. Kaufmann nous lui en retirons encore 40, et si nous suivons MM. Kaufmann et Bundi, 60, ce qui fait au total, si nous acceptons tout le paquet, 90 millions de moins. Je trouve que, malgré toute la sympathie que j'ai pour ces deux propositions, c'est tout de même cher. Je ne prends

pas position au nom de la commission, puisqu'elle n'a pas eu à les discuter; mais personnellement je le répète, malgré toute la sympathie que j'éprouve pour ces amendements, je voterai contre.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il est très difficile à nos cœurs de s'opposer à la générosité, mais peut-être trouvera-t-on et pourra-t-on affirmer que la générosité est aussi un art facile. Nous avons opéré un dégrèvement sensible en matière d'impôt fédéral direct par le remaniement de l'échelle. Nous avons proposé d'augmenter les déductions sociales de 20 pour cent. Votre commission, et nous ne l'avons pas contesté, a concédé une augmentation de la déduction pour la femme mariée. Et interviennent aujourd'hui les propositions Kaufmann, coût 40 millions, Bundi – comprenant la proposition Kaufmann d'ailleurs – 60 millions plus cher que les propositions de la commission. Bon, nous sommes d'accord, si vous voulez. Mais on nous demande du même coup de maintenir, de développer l'acquis social de la politique fédérale, de donner une certaine intensité, d'accuser, d'accentuer cette politique sociale de la Confédération. Je rappelle qu'il nous faut à cet effet quelques ressources. En réduisant d'une manière généreuse et linéaire la charge fiscale, vous privez concrètement l'AVS, l'assurance-maladie et d'autres institutions encore de leurs ressources. Je veux bien, mais il faut choisir. Dès lors, je regrette de m'opposer aux propositions Kaufmann et Bundi.

Präsident: Ich beantrage Ihnen, Position um Position zu bereinigen.

Abstimmung – Vote

Abzüge für Verheiratete:

Für den Antrag der Kommission (3000 Franken) 29 Stimmen
Für den Antrag Bundi/Kaufmann (4000 Franken) 100 Stimmen

Abzug für Kinder:

für den Antrag der Kommission (1500 Franken) 40 Stimmen
Für den Antrag Bundi (2000 Franken) 86 Stimmen

Abzug für unterstützungsbedürftige Personen:

Für den Antrag der Kommission (1500 Franken) 36 Stimmen
Für den Antrag Bundi (2000 Franken) 83 Stimmen

Präsident: Abzug für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien: Hier liegt kein Änderungsantrag vor.

Abzug für Erwerbseinkommen der Ehefrau: Hier liegt nur der Antrag der Kommission vor, lautend auf 4000 Franken.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. b – Ch. II art. 8 al. 2 let. b

Antrag Schmid Arthur

Die Steuer für ein Jahr beträgt:

bis 29 999 Franken Einkommen	0 Fr.;
für 30 000 Franken Einkommen	50 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	1 Fr. mehr;
für 35 000 Franken Einkommen	100 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	3 Fr. mehr;
für 45 000 Franken Einkommen	400 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	6 Fr. mehr;
für 55 000 Franken Einkommen	1000 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	8 Fr. mehr;
für 70 000 Franken Einkommen	2200 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	10 Fr. mehr;
für 85 000 Franken Einkommen	3700 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	12 Fr. mehr;
für 100 000 Franken Einkommen	5500 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	15 Fr. mehr.

Proposition Schmid Arthur

L'impôt pour une année s'élève:

jusqu'à 29 999 francs de revenu, à	0 francs;
pour 30 000 francs de revenu, à	50 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	1 franc de plus;
pour 35 000 francs de revenu, à	100 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	3 francs de plus;
pour 45 000 francs de revenu, à	400 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	6 francs de plus;
pour 55 000 francs de revenu, à	1000 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	8 francs de plus;
pour 70 000 francs de revenu, à	2200 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	10 francs de plus;
pour 85 000 francs de revenu, à	3700 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	12 francs de plus;
pour 100 000 francs de revenu, à	5500 francs
et, par 100 francs de revenu en sus,	15 francs de plus.

Antrag Schläppy

(Fassung des Bundesrates)

für 100 000 Franken Einkommen	6 200 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	15 Fr. mehr;
für 880 000 Franken Einkommen	123 000 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen	14 Fr. mehr.

Proposition Schläppy

(texte du Conseil fédéral)

pour 100 000 francs de revenu, à	6 200 francs
et, par 100 francs de revenu en sus	15 francs de plus;
pour 880 000 francs de revenu, à	123 000 francs
et, par 100 francs de revenu en sus	14 francs de plus.

Präsident: Durch frühere Abstimmungen sind die Anträge der Minderheit I (Schärli) und der Antrag Schmid Arthur erledigt. – Der Antrag Schläppy wurde zurückgezogen.

Abschn. I Art. 8 Abs. 3 – Ch. II art. 8 al. 3

Antrag Stich

Buchst. c

... juristischen Personen beträgt 0,825 Promille.

Proposition Stich

Let. c

... personnes morales, s'élève à 0,825 pour mille.

Präsident: Der Antrag Stich ist ebenfalls erledigt.

Stich, Berichterstatter der Minderheit: In Absatz 3 Buchstabe a geht es um die Ausgestaltung der Besteuerung der juristischen Personen. Bekanntlich haben wir bis heute nach dem geltenden Recht einen sogenannten Dreistufentarif, das heisst die Steuersätze vom Reingewinn sind je nach der erzielten Rendite abgestuft. Diese Besteuerungsart ist etwas antiquiert – sie ist einmalig in Europa –, und die Kommission schlägt Ihnen hier eine Verbesserung, den Zweistufentarif, vor.

Die Minderheit geht hier noch etwas weiter. Sie schlägt Ihnen eine proportionale Besteuerung der juristischen Personen vor. Für diesen Antrag gibt es im wesentlichen zwei Gründe:

1. Die Rendite ist kein sehr taugliches Mittel, kein sehr taugliches Mass für die Besteuerungsgrundlage. Rendite ist bekanntlich das Verhältnis zwischen Ertrag und Eigenkapital inklusive Reserven. Hat nun eine Unternehmung sehr wenig Eigenkapital und weist einen an sich kleinen Gewinn aus, so wird sie eine hohe Rendite erzielen, und umgekehrt hat eine Unternehmung, die eine sehr breite Eigenkapitalbasis hat, weil sie gut verdiente und enorm Reserven anlegen konnte, eine breite Basis, so dass der

Gewinn an sich eine relativ kleine Rendite ergibt. Man kann also keineswegs einfach sagen, die Rendite sei ein Mass für die Leistungskraft der Unternehmung. Deshalb ist es zweckmässiger, den Gewinn grundsätzlich proportional zu besteuern. Mit den vorgeschlagenen 8 Prozent erreichen wir den genau gleichen Steuerertrag, wie wir ihn heute haben.

2. Ein weiterer Grund für eine proportionale Besteuerung liegt in der Vereinfachung des Veranlagungsverfahrens. Es ist heute immer schwierig, den Reingewinn zu ermitteln, besonders bei Differenzen beim Inventar, das heisst wenn bei der Bewertung von Aktiven starke Kursschwankungen berücksichtigt werden müssen oder wenn zum Beispiel Rohstoffpreise stark steigen oder sinken. Dann spielt die Bewertung des Inventars für die Berechnung des Reingewinnes und damit auch für die Rendite eine sehr grosse Rolle. Deshalb ist es dort dann interessant, auch beim Inventar einen gewissen Ausgleich zu schaffen, damit man nicht in eine höhere Renditenstufe und damit in eine höhere Steuerbelastung hineinrutscht. Bei der proportionalen Besteuerung spielt das im wesentlichen gar keine Rolle. Wenn Sie das eine Jahr einen Ertragsteil nicht versteuert haben, aus möglicherweise vernünftigen Gründen, zum Beispiel wenn Sie gewisse vorsichtige Bilanzierungen vorgenommen haben, dann kommt die Korrektur automatisch, wenn sich zum Beispiel der Kurs weiter entwickelt, wenn der Wert einer Ware weiter gestiegen ist: Die Besteuerung erfolgt dann im nächsten Jahr und zwar zum gleichen Satz. Man kann also dadurch, dass man z. B. momentan anders bewertet, keine Steuern einsparen. Ich glaube gerade hier, in diesem Parlament, wo es eine sehr starke Gruppe gibt, die ja immer und immer wieder einsparen will, die auch nicht bereit ist, z. B. der Steuerverwaltung zusätzliches Personal zu bewilligen, sollte diese Gruppe doch mindestens auch dafür sorgen, dass unsere Gesetze möglichst einfach und zweckmässig sind. Aus diesen beiden Überlegungen bitte ich Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen und hier eine proportionale Besteuerung vorzusehen.

Subsidiär Antrag Schläppy

(zum Antrag der Minderheit)

Buchst. a

... Genossenschaften beträgt: 4 Prozent auf dem 30 000 Franken nicht übersteigenden Teil des Reinertrages; 10 Prozent auf dem übrigen Reinertrag;

Proposition subsidiaire Schläppy

(à la proposition de la minorité)

Let. a

... s'élève à: 4 pour cent sur la partie du rendement net qui n'excède pas 30 000 francs; 10 pour cent sur le rendement net restant;

M. Schläppy: Le Conseil fédéral nous propose de maintenir la systématique à trois paliers appliquée jusqu'ici. Ce système de trois paliers a pour but le prélèvement de l'impôt selon le principe de l'intensité du bénéfice. Cette notion a été adoptée parce que, dans de nombreuses entreprises, on investissait peu de capitaux. Il était possible de réunir des ouvriers dans un simple local, voire dans un appartement et, sans beaucoup d'installations, de réaliser avec eux des produits industriels et des bénéfices. L'ouvrier avait très souvent sa propre caisse ou sa propre trousse d'outils. Les choses ont bien changé aujourd'hui: il faut investir 100 000, 200 000, 300 000 francs, voire plus, par place de travail; pratiquement toutes les entreprises doivent investir un gros capital pour réaliser leurs objectifs.

Dès lors, ce système à trois paliers n'a plus de sens réel; il est évident que M. Stich a parfaitement raison de proposer un taux proportionnel pour tout le monde. C'est cela qui est juste aujourd'hui. Si on ne peut pas se rallier à sa

proposition, si vous n'arrivez pas à vous laisser convaincre, je vous propose alors de modifier le texte prévu par la commission et de maintenir deux paliers, sans tenir compte du capital et des réserves, mais seulement du bénéfice. Dans ce cas, on applique le taux de 4 pour cent sur la première partie du bénéfice net n'excédant pas, non pas 10 000 francs comme la commission le propose, mais 30 000 francs, le solde étant frappé au taux de 10 pour cent. Le résultat est le suivant, je vous donne quelques exemples: Capital et réserves, 500 000 francs, bénéfice, 50 000 francs (il s'agit d'une petite entreprise): la commission prévoit un impôt de 3800 francs, M. Stich 4000 francs, selon ma proposition il est de 3200 francs. Capital et réserves, 1 000 000 francs, bénéfice 200 000 francs: l'impôt s'élève respectivement à 17 600 francs pour la commission, 16 000 francs pour M. Stich et 18 200 francs selon ma proposition. En allant plus loin, la charge devient évidemment très lourde.

Nous avons consenti des sacrifices en faveur de telle ou telle catégorie de contribuables, la femme mariée, les hôteliers, les enfants, les parents, etc.; or il faut quand même récupérer quelque part sinon il ne restera rien du tout. Nous avons aussi sacrifié les petits contribuables en ramenant de 25 000 à 18 000 francs le début de l'imposition. Pour une entreprise ayant un capital et des réserves de 100 millions et 15 millions de bénéfice imposable, nous aurions 1 260 000 francs d'impôt selon le projet du Conseil national, 1 200 000 pour le projet Stich et 1 400 000 selon mes propositions. Si l'on va au sommet, soit le cas de la plus grosse entreprise suisse: 3 milliards de capital et réserves, 300 millions de bénéfice imposable, nous avons 22,8 millions de francs (Conseil national), 24 millions (M. Stich) et un peu plus de 28 millions selon ma proposition. C'est donc entrer dans la logique d'un système fiscal moderne que de suivre les propositions de M. Stich. Si vous ne pouvez pas le suivre, si vous voulez conserver deux paliers pour ménager la petite entreprise, ma proposition est alors la meilleure. Je crois en avoir fait la démonstration.

Weber Leo, Berichterstatter: Es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten, die Ihnen zur Auswahl vorgeschlagen sind: Einmal den Dreistufentarif des Bundesrates, abgestuft je nach der Rendite; dann den Zweistufentarif der Kommission, ebenfalls nach Rendite abgestuft, mit einer gewissen Erleichterung für kapitalschwache Unternehmen, und dann schliesslich den rein proportionalen Tarif des Herrn Stich, also eine einzige Stufe mit einem proportionalen Satz, der durchgezogen wird. Die Tendenz in der Wissenschaft – Herr Stich hat darauf hingewiesen und Herr Schläppy ebenfalls – und in der Praxis geht auf den Einstufentarif. Das wissen wir. Die Kommission hat noch nicht ganz so weit gehen wollen, weil wir eben glauben, dass auch im Volksbewusstsein die Frage der Rendite doch eine gewisse Rolle spielt. Ein Unternehmen, das gut rentiert, soll mehr bezahlen als eines, das nicht so gut rentiert. Wir sind deshalb zum Zweistufentarif übergegangen, wie übrigens auch mehrere Kantone, und wie er im Mustergesetz, von dem ja schon mehrmals gesprochen worden ist, ebenfalls vorliegt. Die finanziellen Auswirkungen sind bei allen drei Tarifen ungefähr dieselben. Es sind keine sehr grossen Differenzen zu erwarten. Es werden ungefähr jene Beträge erreicht, die der Bundesrat beabsichtigt hat.

Etwas wesentlich anderes von der Ertragsseite her ist der Antrag von Herrn Schläppy. Auch der Antrag Schläppy ist grundsätzlich ein Zweistufentarif, der aber lediglich den Reinertrag berücksichtigt und weder die Höhe des Kapitals noch die Höhe der Rendite in Berücksichtigung ziehen will. Das bedeutet eine zum Teil erhebliche Mehrbelastung vor allem der grossen Gesellschaften. Die Steuerverwaltung hat ausgerechnet, dass der Antrag Schläppy für die Gesellschaften mit hohem Reinertrag praktisch einem proportionalen Satz von 10 Prozent gleichkommt und bei den juristischen Personen zu Mehrerträgen von ungefähr

250 Millionen Franken führen würde. 250 Millionen Franken mehr von den juristischen Personen, das ist natürlich eine massive Mehrbelastung. Die Kommission hat zu dieser Frage nicht Stellung nehmen können. Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag abzulehnen.

M. Gautier, rapporteur: Nous en sommes donc au problème des taux d'imposition pour les personnes morales. Je vous rappelle que jusqu'ici ce taux était à trois paliers. Le Conseil fédéral propose d'en rester à ce système: un premier palier de 3,5 pour cent sur la première partie du bénéfice; pour la partie suivante du bénéfice, qui dépasse 4 pour cent, on calcule l'impôt à 3,5 pour cent, plus 4 pour cent, c'est-à-dire au taux de 7,5 pour cent; pour la part du bénéfice qui dépasse 8 pour cent, on ajoute encore 4 pour cent, de sorte qu'on arrive ainsi au total de 11,5 pour cent de cette part du bénéfice. La majorité de la commission vous propose de simplifier quelque peu, de prévoir deux paliers seulement, c'est-à-dire 4 pour cent pour la première part, celle qui ne dépasse pas 4 pour cent, et pour tout le reste, 10 pour cent. La minorité va encore plus loin dans la simplification; elle propose 8 pour cent d'une manière générale sur tout le bénéfice.

Enfin M. Schläppy, dans une proposition éventuelle, propose de suivre la majorité de la commission, mais de limiter la partie frappée du taux de 4 pour cent seulement, non pas aux 4 premiers pour cent du bénéfice, mais aux 30 000 premiers francs de celui-ci. Les conséquences: plus on va vers un seul palier, plus on frappe les entreprises dont le bénéfice est faible par rapport au capital. C'est regrettable pour un certain nombre d'entreprises qui ont un mauvais rendement; ça peut être intéressant si l'on veut toucher des entreprises dont le rendement, par rapport au capital, est relativement faible comme par exemple les grandes banques.

La proposition de M. Schläppy aurait, elle, une conséquence assez importante, dans ce sens que cette marge de 30 000 francs qu'on impose à 4 pour cent, pour les grandes entreprises, ne représente pratiquement plus rien. Autrement dit, toutes les grandes entreprises seraient imposées à 10 pour cent sur la quasi-totalité de leurs bénéfices. D'après les chiffres que nous a donnés l'Administration des contributions fédérales, cette proposition Schläppy rapporterait à la Confédération – mais coûterait particulièrement aux grandes entreprises suisses – la somme de 250 millions par an; ce qui est une somme d'une certaine importance. On peut se demander si, dans les conditions actuelles de l'économie, le moment est bien choisi pour augmenter aussi fortement et brusquement cette contribution. Il ne faut pas oublier que les grandes entreprises, si elles sont d'excellents contribuables, sont aussi des fournisseurs de travail et qu'en période de récession cela peut avoir une certaine importance.

La commission n'a pas eu à se prononcer sur la proposition de M. Schläppy mais elle a repoussé celle de M. Stich par 14 voix contre 7; elle a accepté la proposition de la majorité par 15 voix contre 7 qui allaient au projet du Conseil fédéral. Je vous demande donc, au nom de la commission, d'approuver le projet de la majorité.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral s'est rallié à la proposition des deux paliers au lieu des trois, faite au sein de votre commission, proposition d'ailleurs conforme aux études de la commission de coordination entre les fisces cantonaux et le fisc fédéral.

La proposition de minorité, qui consiste en une imposition proportionnelle de 8 pour cent, comme le relevait tout à l'heure M. Schläppy, désavantage très nettement les entreprises à petit rendement et favorise les entreprises à grand rendement. Ainsi, une société qui aurait un rendement de 14 pour cent se verrait moins chargée que par le droit actuel et que par la proposition de la commission. Une entreprise à 4 pour cent de rendement paierait 3200 francs: 1452 francs selon le droit acquis et 1600 francs

selon la proposition de la commission. Il semble donc que ce régime serait inéquitable. Quant à la proposition subsidiaire de M. Schläppy, je n'en relève – pour ne pas allonger – qu'un élément: c'est qu'elle frapperait les grandes entreprises de 10 pour cent sur l'ensemble de leurs bénéfices, ce qui augmenterait le résultat pour la Confédération de quelque 250 000 millions. Autrement dit, c'est une aggravation fiscale importante alors que, pour les personnes morales comme pour les personnes physiques, nous avons cherché en imposition directe une certaine modération.

Nous vous proposerons donc de vous en tenir aux propositions de la commission et de repousser celles de M. Stich de la minorité ainsi que la proposition subsidiaire de M. Schläppy.

Président: Wir kommen zur Bereinigung. Herr Schläppy ist einverstanden, dass wir in einer ersten Abstimmung seinen Subsidiärantrag dem Antrag der Kommission gegenüberstellen, worauf in definitiver Abstimmung das Ergebnis aus der Eventualabstimmung dem Minderheitsantrag gegenübersteht. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? (Zustimmung – Adhésion)

Abstimmung – Vote

Buchst. a – Let. a

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag der Mehrheit	63 Stimmen
Für den Antrag Schläppy	47 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	52 Stimmen

Flexibilität: Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer

Flexibilität pour la TVA et l'impôt fédéral direct

Abschn. I Art. 41ter Abs. 1 Buchst. a, Art. 41quater Abs. 3 Buchst. b, Abs. 4 Buchst. b

Ch. I art. 41ter al. 1 let. a, art. 41quater al. 3 let. b, al. 4 let. b

Weber Leo, Berichterstatter: Der Bundesrat sieht bei den Steuersätzen eine Flexibilitätsreserve von 10 Prozent vor, und zwar in Artikel 41ter Absatz 1 Buchstabe a für die Mehrwertsteuer, in Artikel 41quater Absatz 3 Buchstabe b für die direkte Bundessteuer der natürlichen Personen und in Artikel 41quater Absatz 4 Buchstabe b für die direkte Bundessteuer der juristischen Personen. Die Kommission hat diese Flexibilitätsreserve gestrichen, wobei sie sich die Überlegung machte, dass dem Volk eine gewisse Sicherheit auf Steuerruhe für einige Jahre gewährt werden soll, wenn es schon einer Erhöhung der Steuerlast um insgesamt 3,5 Milliarden Franken zustimmen würde. Ich glaube, dass es referendumpolitisch falsch wäre, durch die Flexibilitätsreserve Steuererhöhungen sozusagen mit der Abstimmung bereits anzukündigen. Ich ersuche Sie daher, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur: Nous en sommes au niveau des clauses de flexibilité qui concernent l'impôt de défense nationale sur les personnes physiques, sur les personnes morales et la TVA. Le Conseil fédéral avait prévu une clause de flexibilité d'un dixième, ce qui était traditionnel, depuis longtemps, dans le domaine des dispositions constitutionnelles sur la fiscalité fédérale. La commission vous propose dans sa majorité de biffer ces clauses de flexibilité. Quelles en sont les raisons? Eh bien! si l'on demande

déjà un effort supplémentaire de 3 milliards au contribuable, il faut lui donner l'assurance que ces taux ne seront pas augmentés sans que le peuple soit consulté. C'est pourquoi il nous paraît nécessaire de supprimer cette clause de flexibilité et je vous engage à voter dans ce sens.

Hubacher: Die sozialdemokratische Fraktion hat schon in der Kommission an der Flexibilitätsmarge von 10 Prozent festgehalten, und ich möchte hier im Namen der Fraktion mitteilen, dass wir auch jetzt den Bundesrat durch Zustimmung zur Flexibilitätsklausel unterstützen, und dies im Interesse des Bundes, damit er die erforderliche Bewegungsfreiheit hat, wie im Interesse der Sache, damit, wenn entsprechende Einnahmen notwendig sind, nicht schon wieder die Verfassung geändert werden muss.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Nous avons prévu cette marge de flexibilité de 10 pour cent non pas pour sacrifier à une tradition, mais pour laisser au Parlement, sans engagement du référendum obligatoire et de la double majorité, une certaine possibilité d'augmentation. Cette marge de 10 pour cent s'est avérée dans le passé hautement utile et a facilité le financement de la Confédération. Nous devons donc regretter la proposition de la commission mais nous devons admettre aussi qu'elle facilite la votation populaire face à un projet qui, certainement, aura quelque difficulté à passer le cap. Le peuple a quelque méfiance pour ces réserves fiscales dont il est certain – il le pense du moins – qu'elles seront très rapidement engagées.

Dès lors, je remercie le groupe socialiste pour son soutien. Mais je vous laisse le choix de la solution la plus opportune.

Präsident: Wir stimmen ab. Die Kommission beantragt Ihnen, die Flexibilität abzuschaffen. Herr Hubacher beantragt, die Flexibilität beizubehalten. Wir bereinigen in einer einzigen Abstimmung alle Positionen mit Flexibilität. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung – Adhäsion)

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	68 Stimmen
Für den Antrag Hubacher	43 Stimmen

Grundsatzfrage: bisheriges Recht/ neues Recht

Problème de fond: régime actuel/ nouveau régime

Abschn. I Art. 41ter, 41quater, Abschn. II Art. 8 und 9 Ch. I art. 41ter, 41quater, ch. II art. 8 et 9

Fischer-Bern, Berichterstatter der Minderheit II: Ich habe nach der freundlichen Haltung des Rates in Sachen Minimalsteuer fast etwas Hemmungen, jetzt zu versuchen, Ihnen die Freude über die geleistete Arbeit noch zu verderben. Sie wissen aber, dass Politiker Hemmungen überwinden müssen, und so werde ich mich denn jetzt in diese grundsätzliche Auseinandersetzung stürzen.

Mein Antrag geht dahin, dass anstelle der Einführung der Mehrwertsteuer die bisherigen Sätze bei der Warenumsatzsteuer erhöht werden sollen. Es geht mir also um eine Ablehnung des Systems der Mehrwertsteuer und alles dessen, was wir seit gestern hier beraten haben. Ich beantrage Ihnen, die bisherige Warenumsatzsteuer, die 5,6 Prozent für Detaillieferungen und 8,4 Prozent bei Engroslieferungen ausmacht, auf 7,5 Prozent bei Detaillieferungen und 10 Prozent bei Engroslieferungen, zu erhöhen. Der Ertrag dieser Erhöhung der Warenumsatzsteuer macht rund 1,3 Milliarden Franken aus. Ich schlage Ihnen also

nicht keine indirekte Steuer vor, sondern ich beantrage Ihnen lediglich, das bisherige System, das sich im Prinzip bewährt hat, beizubehalten und gleichzeitig die Erhöhung der indirekten Steuern zu limitieren.

Mit der Einführung der Mehrwertsteuer, wie sie jetzt vom Nationalrat beschlossen worden ist, vergrößert sich das indirekte Steueraufkommen um 3,5 Milliarden Franken; dazu kommen noch etwa 0,5 Milliarden Franken Entlastung bei der Exportindustrie. Der Inlandsektor würde durch die Einführung der Mehrwertsteuer also zusätzlich um fast 4 Milliarden Franken belastet. Meines Erachtens ist aber eine Mehrbelastung der Konsumenten, respektive der Wirtschaft durch indirekte Steuern um 1,3 Milliarden das Maximum dessen, was heute tragbar ist.

Drei Gründe führen mich dazu, Ihnen anstelle der Mehrwertsteuer die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, die Beibehaltung des bisherigen Systems der Umsatzsteuerbelastung und die Erhöhung der bisherigen Umsatzsteuer auf 7,5 bzw. auf 10 Prozent zu beantragen.

1. Durch das Projekt des Bundesrates, dem Sie im Prinzip zugestimmt haben, vergrößert sich die Zahl der direkt steuerpflichtigen Betriebe um rund 60 000 auf etwa 140 000 bis 150 000 Unternehmungen. Eine beträchtliche Zahl vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe – es handelt sich um das Gastgewerbe, sämtliche Betriebe des Detailhandels, um Metzgereien, um Bäckereien, um Coiffeure, um das Transportgewerbe und eine Anzahl anderer, vor allem auch kleingewerblicher Unternehmungen – müsste somit neu direkt mit dem Fiskus verkehren; beim bisherigen rationellen System der Warenumsatzsteuer ist das nicht der Fall. Parallel zur zunehmenden Zahl der steuerpflichtigen Unternehmungen würde auch die Zahl der Beamten bei der Umsatzsteuerverwaltung zunehmen, denn jene Betriebe müssten periodisch überprüft werden. Ausserdem ist das System der Mehrwertsteuer in den meisten Branchen komplizierter als dasjenige der Warenumsatzsteuer; in jedem einzelnen Fall ist von sämtlichen eingehenden Fakturen die sogenannte Vorsteuer auszuscheiden, um dann die Differenz zwischen Umsatzsteuer und Vorsteuer zu ermitteln und schliesslich abzuliefern.

2. Der Mehrertrag von 3,5 Milliarden Franken dank der Mehrwertsteuer ist zu exorbitant, um tragbar zu sein. Bereits in der Eintretensdebatte machte Herr Letsch darauf aufmerksam, dass diese 3,5 Milliarden Franken die Kraft der Wirtschaft übersteigen und auch die Möglichkeiten zur Ueberwälzung fehlen. Die Unternehmer werden diese Steuer aus ihrer Gewinnmarge selbst bezahlen müssen. Laut Angaben des Statistischen Amtes stieg der Lebenskostenindex nicht entsprechend zur Erhöhung der Warenumsatzsteuer im letzten Herbst; zwei Drittel der Steuererhöhung übernahmen die Betriebe selbst. Das spielte keine so grosse Rolle, weil die Erhöhung im letzten Jahr relativ klein war. Steigt die Steuer aber von 5,6 auf 10 Prozent, so ist eine Ueberwälzung nicht zu bewerkstelligen. Diese wird erst möglich, sobald sich die Wirtschaftslage ändert. In der Zwischenzeit werden die Unternehmer die entsprechenden roten Zahlen zu buchen haben. Die Ueberwälzung der Steuern auf die Preise wird sich nachher via Teuerungszulagen auf die Löhne auswirken, und der ganze Inflationszirkus beginnt von neuem. Der Leidtragende per saldo wird der Schweizerfranken sein.

Es ist völlig ausgeschlossen, dass eine derartige Steuerabschöpfung von 3,5 Milliarden Schweizerfranken ökonomisch unbesehen an der Wirtschaft vorbeigehen wird. Es wird zu Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben kommen; ja ich bin sogar überzeugt, dass deflationistische Störungen der Gesamtwirtschaft entstehen. Solche Beträge lassen sich nicht einfach den Leuten aus der Tasche nehmen und dem Fiskus zuführen!

3. Dieser Grund liegt mir ganz besonders am Herzen! Die Mehrwertsteuer ist eine beliebte Steuer; mindestens die Regierungen schätzen sie, weil sie unbeschränkt erhöhen können. Sie soll – ob es genau stimmt oder nicht, bleibe dahingestellt – die besondere Fähigkeit haben, kei-

ne Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Betrieben zu erzeugen. Mit anderen Worten: Sie können ohne weiteres für gewisse Produkte 10, 20 oder 30 Prozent Mehrwertsteuer erheben. Das ist das beste Mittel für den Fiskus, so eine Art «Tischlein deck dich». Das Geld kommt also praktisch von selbst, man braucht nur von Zeit zu Zeit eine politische Prozedur vornehmen. Ist sie überstanden, so kann man die Steuer erhöhen. Wir beginnen heute mit 10 Prozent; da aber für das Jahr 1979 bereits wieder 800 Millionen Franken Defizit prognostiziert sind, können wir uns heute schon ausrechnen, wann wir über eine Erhöhung von 10 auf 12 Prozent und weiter auf 14 Prozent zu sprechen haben.

Ich akzeptiere eine derartig einfache Art und Weise der Finanzierung eines Staatswesens und *in concreto* des Bundes nicht. Wir sind nach meiner Auffassung zur Sorge verpflichtet, dass sich der Bund nicht mit diesem bequemen System die nötigen Mittel beschaffen kann. Wir brauchen ein mühsames Fiskalsystem, das die Behörden zwingt, auch noch die andere Methode des Haushaltsausgleichs zu praktizieren, nämlich Einsparungen vorzunehmen. Mein Konzept besteht darin, dass man jetzt auf nächstes Jahr diese Erhöhung der Warenumsatzsteuer, die ich Ihnen beantrage, vornimmt; das ergibt etwa 1,3 Milliarden Franken Mehreinnahmen. Dazu bin ich damit einverstanden, dass man eine gewisse weitere Umlagerung der Beiträge des Bundes an die AHV auf die Sozialpartner vornimmt, das, was Sie hier vor etwa 1½ Jahren auch getan haben und was jetzt kürzlich vom Bundesrat in seiner Weisheit wieder in Frage gestellt worden ist. Ich bin der Auffassung, die AHV ist eine Sozialversicherung, und diese Sozialversicherung soll zur Hauptsache von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden und nicht aus der Bundeskasse. Auf diese Art und Weise lassen sich für die Bundeskasse einige hundert Millionen einsparen. Der Rest – ich möchte es beziffern, damit Sie eine konkrete Vorstellung haben –, etwa 10 Prozent der Ausgaben, ist einzusparen. Das macht etwa 1,5 Milliarden Franken aus. Ich bin der Auffassung, dass diese 10 Prozent eingespart werden können, wenn man sie einsparen muss. Es wird nun gesagt – Herr Hubacher hat das ja in seinem ersten Votum bei der Eintretensdebatte nachdrücklich in allen Varianten dargelegt –, diejenigen, die sparen wollen, sollen sagen, wo sie sparen wollen. Die Vorschläge für die Einsparungen haben von der Regierung zu kommen. Sie haben noch nie gesehen, dass in einer Aktionärsversammlung die Direktion dem Verwaltungsrat erklärt: Jawohl, Sie verlangen von uns Einsparungen, sagen Sie uns, wo wir einsparen sollen. Es ist die Direktion, die dem Verwaltungsrat, oder die Regierung, die dem Parlament Anträge zu unterbreiten hat, und dann bestimmen wir, wo Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Es ist nicht populär, Einsparungen zu verlangen, das weiss ich, mindestens nicht in diesem Kreise. Aber Sie müssen sich darüber klar sein, dass die öffentliche Meinung von uns nicht einfach Beschlüsse erwartet, die 3 oder 3,5 Milliarden Franken mehr einbringen sollen. Sondern die öffentliche Meinung, der Souverän, verlangt von uns ein Gesamtprojekt, das ausgeglichen ist und das neben zusätzlichen Steuern – ich bin bereit, über eine Milliarde zu akzeptieren –, Einsparungen aufweist. Es ist bezeichnend – und Herr Hubacher hat es hier sehr deutlich gesagt –: mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist diese Vorlage, über die wir jetzt so intensiv beraten, «geliefert». Ich habe bis heute noch keinen einzigen unter Ihnen angetroffen, der mir gesagt hat: Im Frühling 1977 werden wir dieses Projekt durchbringen. Also, was hat es für einen Sinn, dass wir eine Steuervorlage, die derartig einseitig aufgebaut, nämlich nur auf Mehreinnahmen ausgerichtet ist, hier durchkämpfen und Abstimmungen durchführen und uns ereifern über Einzelpositionen, wobei dann am Schluss der Scherbenhaufen doch kommt und jeder von uns zum voraus weiss, dass er kommt. Wir müssen eine Vorlage bringen, die einigermaßen dem entspricht, was in

der öffentlichen Meinung von einer Sanierung des Bundeshaushaltes verlangt wird. Und die öffentliche Meinung verlangt nicht nur eine Sanierung des Bundeshaushaltes durch zusätzliche Steuern. Das haben wir jetzt einige Male erlebt. Ich erinnere Sie an die Abstimmung vom Dezember 1974, wo nicht nur die Ausgabenbremse massiv angenommen worden ist, sondern wo trotz der Unterstützung der Steuererhöhungen – und zwar sogar durch den Schweizerischen Gewerbeverband und mich persönlich –, es nicht gelungen ist, dem Volk beizubringen, dass es jetzt zuerst zu zahlen habe und dass nachher gespart werde.

Ich bin ein sehr entschiedener Anhänger der Motion der Kommission, die wir ja dann noch zu behandeln haben, dass etwas eingespart werden muss. Aber davon dürfen Sie nicht zu viel erwarten.

Was wir erzwingen müssen, ist eine Redimensionierung des Bundeshaushaltes und damit – das sage ich Ihnen ganz offen – eine Redimensionierung auch gewisser Teile der Bundespolitik. Wir haben in den letzten Jahren unter dem Eindruck der Hochkonjunktur und einer allgemeinen Euphorie übermarcht, gemeinsam haben wir übermarcht, heute muss redimensioniert werden, und da dürfen Sie nicht den Weg des geringsten Widerstandes gehen und einfach die Steuern erhöhen, so dass es mindestens wieder für ein Jahr reicht, «tout en sachant», dass im Jahr später das Defizit wieder weiter wächst.

So ist das Konzept, das mit meinem Antrag verbunden ist. Es geht nicht nur darum, dass die Mehrwertsteuer mit den Nachteilen, die ich Ihnen dargelegt habe, nicht eingeführt wird, sondern es geht darum, dass wir mit der Beschränkung der Steuererhöhung und mit der Beibehaltung des bisherigen nicht bequemen Systems der Warenumsatzsteuer, das Wettbewerbsverzerrungen erkennen lässt, sobald die Steuer eine gewisse Höhe überschreitet, eine Redimensionierung des Bundeshaushaltes erzwingen. Sie werden dem nicht zustimmen, da mache ich mir gar keine Illusionen. Aber was machen wir dann im nächsten Frühjahr, wenn die Mehrwertsteuer abgelehnt ist? Wollen Sie dann nicht auf das jetzige System zurückkommen? Dann werden Sie darauf zurückkommen müssen, dann werden Sie nämlich eine Vorlage oder Vorlagen bringen müssen, die eine Beschränkung der Steuereinnahmen enthalten und gleichzeitig den Bund zwingen zu sparen, und zwar in radikalem Ausmasse. Das ist keine Theorie. In der schweizerischen Wirtschaft ist in den letzten zwei Jahren diese Übung fast in jeder Branche und fast in jedem Betrieb durchgeführt worden, nämlich indem man einfach festgestellt hat, dass es auf die bisherige Art und Weise nicht mehr geht.

Ich möchte Ihnen weiter sagen: Ich bin mir darüber klar, dass es sich hier um einen grundlegenden politischen Entscheid handelt. Es geht nicht nur um die Frage des Steuersystems. Es geht um den politischen Entscheid; wollen Sie wirklich, wie es das Projekt, das wir heute diskutieren, beinhaltet, nichts anderes tun als die expansive Bundespolitik durch eine Gewaltanstrengung aus Steuererhöhungen finanzieren, oder wollen Sie den Bundesrat und uns selbst den Zwang auferlegen, diese Redimensionierung des Bundeshaushaltes an die Hand zu nehmen und damit verbunden eine Zurückführung der ins Kraut gewachsenen Bundespolitik zu ermöglichen? Das ist der Sinn meines Antrages, und es ist wahrscheinlich gut, wenn die Öffentlichkeit heute, wo ja gewissermassen der Startschuss für diese Übung vom März 1977 gegeben wird, sieht, welches der effektive Wille des Parlamentes ist, nämlich: Will man einfach die Steuern erhöhen, oder will man die Rückführung der überbordenden Bundesausgaben mit einem solchen Beschluss in die Wege leiten?

Präsident: Die Herren Kommissionssprecher sind der Meinung, dass im Zuge der Bereinigung der Grundsatzfrage nun auch Herr Letsch seinen Minderheitsantrag begründet, allerdings auf einer anderen Ebene.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit (I): Ich unterstütze ausnahmsweise nicht etwa den Antrag von Herrn Kollege Fischer, weil seine Vorstellung der Redimensionierung sich nicht mit meiner der Konsolidierung deckt. Was ich Ihnen nach dem Feilschen um die Höchstsätze und die Entlastungen bei der direkten Bundessteuer unterbreite, ist der Antrag, sich bei der direkten Bundessteuer nun ganz grundsätzlich mit dem verfassungsmässigen Auftrag nach angemessenem Ausgleich der kalten Progression zu begnügen, also gegenüber dem heutigen Recht weder weitere Entlastungen noch eine Erhöhung der Höchstsätze für natürliche und juristische Personen vorzusehen. Dieser Antrag gründet sich auf drei Ueberlegungen, wobei ich mir ausnahmsweise gestatten werde, auch einige politische Bemerkungen an die Adresse der Herren Hubacher und Gerwig einzuflechten.

1. Zusätzliche Entlastungen werden im wesentlichen damit begründet, dass es gelte, das angebliche Unrecht wieder gutzumachen oder jedenfalls zu mildern, das man weiten Teilen der Bevölkerung mit dem vorgesehenen Ausbau der Verbrauchssteuern zufüge. Ich habe bereits im Zusammenhang mit der Diskussion um die Mehrwertsteuer zu zeigen versucht, dass dieses schlechte Gewissen jedenfalls sachlich überhaupt nicht begründet ist und dass, gestützt auf die Struktur unseres Steuersystems – auch verglichen mit dem Ausland –, wir keinen Grund haben, den Ausbau der Verbrauchssteuern erneut mit derart weitgehenden Entlastungen bei der direkten Bundessteuer zu erkaufen. Weder die heutige Warenumsatzsteuer – Herr Gerwig – noch die neue Mehrwertsteuer sind unsozial. Sie werden dieses mein Urteil nun natürlich als typisch reaktionär abtun. Sie mögen aber einfach zur Kenntnis nehmen, dass ein Ihnen nahestehender Politiker, nämlich der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, offenbar also auch ein Reaktionär, Kritik an der angeblich unsozialen Mehrwertsteuer wiederholt und ausdrücklich als «alte Theorie» abgetan hat.

2. Ebensowenig wie zusätzliche Entlastungen sind nun aber höhere Maximalsätze für natürliche und juristische Personen zwingend, und zwar wiederum primär aus wirtschaftlichen Gründen. So wurde der Höchstsatz für natürliche Personen allein seit 1970 von damals 7,2 auf heute 11,5 Prozent erhöht, und mit den Anträgen, die Sie heute vormittag zum Beschluss erhoben haben, ergäbe sich in next acht Jahren praktisch eine Verdoppelung. Zusammen mit den Belastungen durch die ebenfalls sukzessive verschärften Kantons- und Gemeindesteuern nähern wir uns damit nun einfach einer kritischen Belastungsgrenze. Das gibt sogar der Bundesrat in seiner Botschaft zur Reichssteuerinitiative zu. Er schreibt dort wörtlich: «Die ausserordentlich hohen Belastungen der grossen Einkommen dürften die heute geltenden psychologischen Barrieren bereits übersteigen.» Es bleibt für mich nun tatsächlich unverständlich, wie der Bundesrat trotz dieser klaren Feststellung zu seinen Anträgen stehen kann. Ich meine, dass diese Anträge die Auswirkungen auf den Steuerwiderstand, den wirtschaftlichen Leistungswillen und die Risikobereitschaft der Unternehmungen einfach verkennen. Selbstverständlich, Herr Gerwig, können Sie versuchen, den sogenannten sozialen Rechtsstaat auch in den nächsten Jahren weiter auszubauen. Wenn mir aber Herr Hubacher wieder einmal die Ehre erweisen sollte, mich zu zitieren, so möchte ich ihn bitten, es wenigstens richtig zu tun. Ich habe nämlich nicht erklärt, wie es heute morgen in der «Tagwacht» oder in einer anderen Ihrer Zeitungen steht, unsere Wirtschaft ertrage keine Fortentwicklung des sogenannten sozialen Rechtsstaates mehr, sondern ich sagte, und zwar in dem von Ihnen zitierten Vortrag, nach einer Analyse der heutigen Wirtschaftslage, dass unsere Wirtschaft vorläufig keine Fortentwicklung des sozialen Rechtsstaates ertrage. Ich würde meinen, das sei ein Unterschied. Natürlich können Sie auch die Steuerschraube für höhere Einkommen und juristische Personen stets noch stärker anziehen und sogar die uns gestern von

Herrn Schmid empfohlene Reichssteuerinitiative annehmen. Sie dürfen sich dann aber nicht wundern, wenn die Leistungs- und die Widerstandskraft unserer Wirtschaft schwindet und damit das einzige tragbare Fundament auch aller staatlichen Geschenke morsch wird.

Es scheint mir wenig ergiebig, heute mit sogenannten Grundsatzklärungen – ich möchte sie eher als eine Art politischer Wortketterie bezeichnen – nun Sündenböcke zu suchen. Wir täten besser, durch Vernunft und Beachtung der volkswirtschaftlichen Realitäten dafür zu sorgen, dass uns die vielbeschworene Demontage früher oder später nicht ebenso brutal aufgezwungen wird wie der englischen Labourregierung, die heute zusammen mit den Gewerkschaften bei einer Inflationsrate von etwa 15 Prozent ihren Anhängern Lohnerhöhungen von etwa 5 Prozent schmackhaft machen muss.

Herr Hubacher hat in einem Kommentar zur gestrigen Sitzung unter dem Titel «Rechte Abbruchpolitik» den SPD-Vizepräsidenten Kühn zitiert, der gesagt haben soll, nur Reiche könnten sich einen armen Staat leisten. Wenn Herr Hubacher damit sagen wollte – und einen anderen Sinn kann dieser Hinweis ja nicht haben –, wir forderten einen armen Staat, so möchte ich ihm einfach den Ratschlag geben, einmal einige Statistiken zu studieren. Und wenn er dazu keine Zeit hat, so möge er vielleicht auf ein Urteil von Herrn alt Bundesrat Tschudi hören, der in einem Aufsatz in der Festgabe Sieber, die Anfang dieses Jahres erschienen ist, ausdrücklich erklärte, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Rechtsstaat bezeichne, so dürfe die Schweiz diese stolze Qualifikation für sich ebenfalls in Anspruch nehmen.

Unser Bemühen um Konsolidierung ist keine Abbruchpolitik, sondern Voraussetzung für die Weiterentwicklung in einer nächsten Phase. Auch diesbezüglich bin ich in guter Gesellschaft, nämlich wiederum des früheren Bundesrates Tschudi, der im genannten Aufsatz weiter schrieb: «Die Sozialpolitik muss auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft sorgfältig Rücksicht nehmen, damit nachteilige Auswirkungen und in der Folge schwere Rückschläge vermieden werden können.»

3. Schliesslich gebietet noch eine dritte Ueberlegung Zurückhaltung in der Erhöhung der direkten Bundessteuern. Das Einkommen und Vermögen natürlicher bzw. der Ertrag und das Kapital juristischer Personen sind primär das Steuersubstrat der Kantone. Nach der klaren Verfassungsbestimmung – also nicht irgendeinem Fetzen Papier – von Artikel 41quater Absatz 6 ist bei der Festsetzung der Tarife für die direkte Bundessteuer auf die Belastung durch die kantonalen Steuern angemessen Rücksicht zu nehmen. Von dieser Rücksichtnahme verraten nun aber weder die Anträge des Bundesrates noch die Beschlüsse dieses Rates etwas. Denn es ist doch offensichtlich, und die Erfahrung bestätigt es, dass Entlastungen auf Bundesebene Anschlussbegehren in den Kantonen auslösen und damit dort Ertragsausfälle bewirkt werden. Den Kantonen bleibt in der Regel nichts anderes übrig, als zur Kompensation die Progression weiter zu verschärfen und die kantonalen Höchstsätze noch mehr anzuheben. Damit dreht sich aber die Steuerschraube von neuem.

Zusammenfassend müssen uns sowohl wirtschaftliche Ueberlegungen als auch die Rücksicht auf die kantonalen Finanzprobleme veranlassen, bei der direkten Bundessteuer keine über den angemessenen Ausgleich der kalten Progression hinausgehenden Korrekturen vorzunehmen.

Hubacher: Herr Fischer stellt den Antrag, die Warenumsatzsteuer auszubauen und die Mehrwertsteuer abzulehnen. Für die sozialdemokratische Fraktion wäre es politisch sehr viel einfacher, einen solchen Antrag zu unterstützen und den eigenen Wählern schmackhaft zu machen, dass sie die Mehrwertsteuer, die eine Konsumsteuer darstellt, die unbestrittenermassen die schwächeren Einkommensbezüger stärker und einheitlicher belastet – insofern würde sogar auf der unteren Ebene eine materielle Steuerharmonisierung teilweise realisiert –, ablehnen sollen.

Herr Fischer ist nicht allein mit seinem Nein; er ist in Gesellschaft der Partei der Arbeit, der POCH und der Nationalen Aktion. Diese Parteien haben ihr Nein ebenfalls schon zum voraus bekanntgegeben, ebenso früh wie die Gewerkekammer. Fatal an diesem Vorgehen scheint mir, dass wir innerhalb von neun Wochen ein derartiges Steuerpaket diskutieren, aber viele unserer Kollegen bereits mit vorgefassten Beschlüssen daherkommen. Die Gewerkekammer hat schon im letzten Herbst deutlich nein zur Mehrwertsteuer gesagt. Herr Fischer ist hier nicht ein Solist, der eine akrobatische Einlage gibt, sondern er hat eine ganz solide Hausmacht an der Abstimmungsfront; deshalb wiegt sein Nein absolut stark. Als Realpolitiker wissen wir genau, wie stark dadurch die Chancen, mit dem Steuerpaket über die Runden zu kommen, abnehmen.

Es ist nicht schwer, nein zu sagen. Die Summe der vielen Nein der Unzufriedenen ist offenbar ein gemeinsamer Nenner. Die Vorlage abzulehnen – wir haben das in den letzten Jahren zur Genüge erlebt –, ist keine Kunst. Wir bedauern, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine tragfähige konstruktive Mehrheit für die Anträge des Bundesrates offensichtlich unmöglich ist.

Für uns ist die Mehrwertsteuer, die indirekte Steuer, Herr Kollega Letsch, keine reaktionäre Steuer. Wir haben Gott sei Dank auch hie und da etwas dazu gelernt und sind durchaus Ihrer Meinung, eine indirekte Steuer sollte nicht einfach verteuft werden. Sie hat, von uns aus betrachtet, sogar den Vorteil, dass dabei zumindest keine Steuerhinterziehung möglich ist. Nach unserer Meinung ersetzt die Mehrwertsteuer die Ausfälle bei den Zolleinnahmen. Ob die Zollauffälle an den Konsumenten weitergegeben worden sind, bleibe dahingestellt; wahrscheinlich geschah es zum Teil unter dem Druck der Konkurrenzsituation, zum Teil auch nicht. Auch eine vollständige Abwälzung der Mehrwertsteuer auf die Konsumentenpreise wird kaum durchgehend möglich sein. Aus staatspolitischen Gründen sind wir der Meinung: Der Bund hat keine andere Möglichkeit, als diese Mehrwertsteuer einzuführen; wir Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, Ihnen eine andere Alternative zu bieten. Wir hätten nichts besseres gefunden! Wir sehen nur, dass jeder andere Staat, Herr Kollega Fischer, rings um die Schweiz herum, auch diese Mehrwertsteuer erhebt. Wir Schweizer können uns dieser Entwicklung kaum verschliessen; immer den Sonderfall Schweiz darzustellen und immer zu meinen, wir hätten ein eigenes Rezept für alle möglichen Fragen, scheint mir verfehlt, es gibt offensichtlich gewisse Trends, denen man als Staat nicht ausweichen kann. Die Minister der OECD tagten diese Woche in Paris; gemäss «Neue Zürcher Zeitung» von heute morgen wurde dort beschlossen, dass in der ganzen Welt ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und der soziale Fortschritt gefördert werden sollen, weil das die einzige Chance der freien Welt ist, im Konkurrenzkampf mit dem Osten zu bestehen; wir dürfen nicht einfach stehenbleiben! Deshalb, Herr Kollega Letsch und Herr Kollega Fischer, sind wir nicht der Auffassung, dass jetzt dieser Marschhalt mit Abmagerungskur eingeschaltet werden kann. Herr Fischer will ja im Grunde genommen dem Bund einfach den Hahn abstellen; er erklärt ganz deutlich mit erfrischender Offenheit – das schätzen wir an ihm –, der Bund müsse und solle sich nach diesen nicht vorhandenen Einnahmen richten; Redimensionierung sei unumgänglich.

Offensichtlich haben einzelne bürgerliche Kollegen Mühe mit ihrem bürgerlichen Staat! Wir stellen fest, dass wir keine linke Mehrheit, sondern eine solide bürgerliche Mehrheit in diesem Staate haben. Es fällt aber auf, dass immer aus der bürgerlichen Ecke diese Staatsverdrossenheit proklamiert und auch seit Jahrzehnten – dafür bezahlen wir an den Volksabstimmungen – die Staatsverhetzung systematisch gefördert wird. Worauf zielt denn eine Aktion «Trumpfbuur» anderes ab, als einfach den Staat schlecht zu machen und dem Bürger einzuprägen, er solle am besten nein sagen, weil die in Bern ohnehin nur blödsinnig

Millionen «verpulvern» und nichts Gescheiteres zu tun wissen, als den Bürgern das Geld aus dem Sack zu nehmen und es blödsinnig auszugeben. Das ist ja, ganz primitiv gesagt, die Philosophie, die man den Bürgern in allen Varianten predigt, durch das Redressement national etwas vornehmer, den Trumpfbuur etwas handfester. An der Abstimmungsfront steht dann niemand mehr vor diesem Bürger und erklärt ihm: Wir brauchen, schon nur um die nötigsten Aufgaben dieses Staates, die nichts Parteipolitisches beinhalten, erfüllen zu können, so und soviel Geld, sondern man fällt auseinander, macht es sich einfach und sagt, jetzt wollen wir mal sparen und dann schauen wir weiter. Dann sind wir erstaunt, wenn diese Bürger Vorlage um Vorlage ablehnen. Wir haben uns als sozialdemokratische Fraktion die Geschlossenheit – ich muss das sagen – der Fraktionen der Bundesratsparteien doch etwas anders vorgestellt.

Wir selber schlucken diese Mehrwertsteuer im Bewusstsein, dass wir es schwer haben werden, sie unseren Wählern und unserem Parteitag im Oktober beibringen zu können. Aber das setzt voraus, dass auch die bürgerliche Seite ihre Konzession zu machen bereit ist und mitzieht. Wenn wir natürlich derart auseinanderfallen, dann ist eine Stimmung, wie sie jetzt bereits in diesem Hause realistischere eingeschätzt werden muss, vorhanden, bei der man sich sagt: «Was machen wir da für eine Übung, das ist eine verlorene Sache, das Volk lehnt ja doch ab.» Das Volk lehnt ab, weil es von uns im Grunde genommen dazu geleitet wird, weil man ihm die Illusion überlässt, dass mit Sparen Probleme zu lösen seien. Dann ist das Volk wieder auf uns böse, wenn nämlich dann das Sparen bei der AHV oder bei den Krankenversicherungsbeiträgen oder beim öffentlichen Verkehr plötzlich bezahlt werden muss. Von wem? Von diesem Volk. Gegen eine solche Politik wehren wir uns, und deshalb sind wir für die Mehrwertsteuer, weil wir zu diesem Staate stehen.

Oehen: Es scheint mir notwendig, dass nach dieser Diskussion auf das Problem der Mehrwertsteuer in unserer spezifischen Situation doch noch einmal kurz aufmerksam gemacht wird.

In einem abgerundeten Steuersystem hat zweifellos eine Konsumsteuer ihren Platz; die Konsumsteuer wäre an sich durchaus optimal anzusprechen in bezug auf die Forderungen, die man an eine Steuer an sich richtet. Aber wenn die Konsumsteuer, also die Mehrwertsteuer oder die Umsatzsteuer in unserem Lande problematisch wird, dann deshalb, weil wir einen Stand der Indexierung der Löhne und Gehälter erreicht haben, bei dem fast zwangsläufig die Konsumsteuern überwältigt werden und dann wieder in den Index eingehen. In diesem Sinne muss ich den Herren Sozialdemokraten einfach die Frage stellen, ob sie sich nicht zu Unrecht Sorge machen um die Lohnempfänger ganz allgemein. Eigentlich müssten sie sich mit uns allen Sorge machen um all jene, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, um alle jene, seien es Lohnempfänger oder keine Selbständigerwerbende, die nicht in der Lage sind, die durch eine solche Steuer ausgelöste Teuerung zu überwälzen. Mit andern Worten: Wir produzieren doch mit einer Mehrwertsteuer, wie sie hier geplant ist, ganz einfach Inflation, und Inflation ist die unschönste Art der Finanzierung der Staatsaufgaben.

Ich möchte Ihnen erklären, dass wir den Antrag von Herrn Fischer unterstützen, und zwar einfach deshalb, weil wir den Ausbau der Warenumsatzsteuer als das kleinere Uebel betrachten. Das kleinere Uebel deshalb, weil dank einer beachtlichen Freiliste der Zwangsbedarf gerade des kleinen Mannes zu einem grossen Teil von der Steuer ausgenommen ist, vor allem aber auch deshalb, weil dann nicht, wie das jetzt geplant ist, ein grosser Teil der Mehrerträge dieser neuen Steuer gleich wieder verschenkt wird an die Wirtschaft, indem ja bekanntlich die Investitionen und Anschaffungen nicht mehr der Steuer unterliegen sollen.

Es ist nun gesagt worden, alle andern Staaten hätten die Mehrwertsteuer schliesslich auch. Diese Staaten haben aber die Mehrwertsteuer in einem Moment eingeführt, als die Bindung von Löhnen und Gehältern an den Index bei weitem nicht im schweizerischen Umfange Tatsache geworden war. In diesem Sinne müssten wir sagen, wir hätten eigentlich den guten Moment seinerzeit verpasst. Es ist aber auch nicht notwendig, ohne dass man deshalb immer einen Sonderfall Schweiz spielen möchte, bei der Lösung unserer finanziellen Sorgen immer nach links und nach rechts, nach Nord und nach Süd zu schielen. Wir können durchaus unseren schweizerischen Weg gehen.

Die Problematik der Mehrwertsteuer würde zu einem schönen Teil abgeschwächt, in der Warenumsatzsteuer, vor allem wenn sie zur Einphasensteuer auf der Detailstufe ausgebaut würde.

Ein Letztes: Es wird behauptet, die Erhöhung der Warenumsatzsteuer würde eine Wettbewerbsverzerrung unserer Industrie gegenüber den ausländischen Produzenten forcieren. Es ist natürlich richtig, dass jene, die ohne steuerbelastete Anlagen produzieren, einen Vorteil haben. Aber ich bitte gerade unsere Sozialdemokraten, daran zu denken, dass unsere Industrie wieder andere Standortvorteile hat, nicht zuletzt dank des Arbeitsfriedens, der ein Mehrfaches dessen an positiven Effekten erzielt, als die Belastung auf den Investitionen ausmacht. In diesem Sinne möchte ich sehr bitten, den Antrag von Herrn Kollega Fischer zu unterstützen.

Frau Uchtenhagen: Gestatten Sie mir auch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Fischer und Herrn Letsch. Wir haben eine unerhörte Wachstumsphase hinter uns, die es ermöglicht hat, das Pro-Kopf-Einkommen in unserem Land innert 20 Jahren real zu verdoppeln. Dieses Wachstum war begleitet von einer Ausweitung des staatlichen Sektors, wie das immer der Fall ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, vor allem zwei: Das wirtschaftliche Wachstum ist nicht denkbar ohne eine Verbreiterung der staatlichen Infrastruktur. Zweitens sind wir im Verlaufe des Wachstums und der damit ermöglichten Befriedigung der materiellen Bedürfnisse mit der Tatsache konfrontiert worden, dass neue Bedürfnisse entstanden, die zum Teil mit dem raschen Wachstum verbunden sind, zum Teil damit, dass die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse die Möglichkeit gibt, neue Probleme zu stellen und zu lösen. Es sind vor allem weit grössere Bedürfnisse im gesellschaftlichen und im sozialen Bereich entstanden; denn gute Schulen, kleinere Schulklassen, sauberes Wasser, saubere Luft sind soziale und gesellschaftliche Güter, die wir uns heute leisten. Wir können das aber nicht tun, wenn der einzelne Bürger nicht bereit ist, dafür zu bezahlen, denn die Befriedigung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse kann nicht durch die Privatwirtschaft erfolgen, da ihre Herstellung keinen Gewinn abwirft. Sie kostet nur Geld. Aber es kann nicht verneint werden, dass wir je länger, je weniger nicht ohne sie auskommen.

Ich frage Sie einfach: Wo haben wir denn so wahnsinnig übermarcht? Wenn man zuhört, was Herr Fischer und Herr Letsch, Herr Leutenegger und andere sagen von diesem hochausgebauten Leistungs- und Wohlfahrtsstaat, wo der einzelne nichts mehr tut als fordern, da möchte ich Sie doch einfach fragen: Wo, finden Sie, haben wir nun dermassen übermarcht? Ist es tatsächlich unser relativ gutes AHV-System, das nicht verdaut werden kann, oder haben wir so wunderbare Schulen, oder geben wir mehr Geld aus für die Forschung als andere Länder, oder haben wir unsere Umweltprobleme zu gut gelöst? Auch ich habe den Eindruck, dass gewisse rechtsbürgerliche Kollegen so argumentieren, als ob sie ein dreissigjähriges sozialdemokratisches Regime hinter sich hätten und nun endlich wieder einmal vernünftig handeln müssten. Wir leben in einem durch und durch bürgerlichen Staat. Ich möchte, er wäre weniger bürgerlich. Eines aber teilen wir: Wir lieben diesen Staat, und ich würde meinen, dass wir alle diesem Staate gegenüber Verantwortung tragen und dass wir des-

halb auch dem Stimmbürger erklären sollten, dass man nicht vom Staat Dienste wie bessere Schulen, Umweltschutz, Raumplanung, Sozialversicherungen, ein besseres Gesundheitswesen verlangen kann, wenn man nicht bereit ist, einen Teil seines Einkommens zur Bezahlung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse aufzuwenden. Ich glaube, dass wir hier eine grosse und wichtige Aufklärungsarbeit zu leisten haben; denn auch wenn die Rezession das wirtschaftliche Wachstum unterbrochen hat, so werden wir doch über kurz oder lang wieder mit den genau gleichen Fragen konfrontiert sein wie früher. Auch wenn Sie ein Wachstum annehmen, das nur halb so rasch verläuft wie bisher, werden Sie in 40 Jahren wiederum eine Verdoppelung des Bruttosozialproduktes haben. Wir sollten uns immer wieder die Frage stellen: Was wollen wir eigentlich? Darf ich Sie daran erinnern, dass es noch gar nicht lange her ist, dass wir unter dem Wachstum stöhnten und davon sprachen, es würden zu viele Konsumgüter produziert und unsere Kinder könnten in dieser verführerischen Welt nicht mehr normal aufwachsen. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man dieses materielle Wachstum in ein qualitatives Wachstum überleiten könnte. In allen unseren Parteiprogrammen von rechts bis links sprach man von der Förderung der Lebensqualität und von der Notwendigkeit, das materielle Wachstum in ein qualitatives Wachstum umzugestalten. Ist es wirklich von einem Parlament zuviel verlangt, dass es begreift, dass Hebung der Lebensqualität letztlich eine Ausweitung des öffentlichen Sektors nötig macht? Wir sind uns sicher nicht einig darüber, wie weit der soziale Wohlfahrtsstaat ausgebaut werden soll, aber ich würde meinen, dass unter den Gutdenkenden und jenen, die sich bemühen, Lösungen zu suchen, ein breiter Konsens darüber erreicht werden kann, was wir wollen. Ich glaube nicht, dass in dieser Frage der Meinungsunterschied allzu gross ist.

Ich finde es auch nicht sehr staatsmännisch, dass man nach der ersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg in Panik gerät und die genau gleichen Fehler, die man während der Wachstumsphase gemacht hat, nun zum Teil wiederum begeht, aber mit umgekehrtem Vorzeichen: Man ergeht sich in düstern Prognosen und wirft das Steuer gleich um 180 Grad herum. Die staatliche Tätigkeit erfordert eine gewisse Kontinuität, und die Wirtschaft braucht den Staat genau so, wie der Staat die Wirtschaft benötigt. Seien wir somit ein wenig vernünftig und versuchen wir, unsere Aufgabe, die wir als Parlamentarier haben, in diesem Sinne wahrzunehmen und unsern Wählern klarzumachen, dass es nicht damit getan ist, nur ein bisschen weniger Geld zum Fenster hinauszuerwerfen.

Gerwig: Sie werden bemerkt haben, dass jetzt drei Sozialdemokraten nach vorne gekommen sind. Deshalb eine Vorbemerkung: Mich dauert Herr Bundesrat Chevallaz. Er sitzt so einsam und traurig hier, und seine lieben Freisinnigen unterstützen ihn in seinen Bemühungen, das Finanzpaket durchzubringen, recht wenig. Wir Sozialdemokraten liefern ihm eigentlich die Schnüre, um dieses Paket richtig zu schnüren.

Und nun einige Worte zu Herrn Letsch: Im Namen der ganzen sozialdemokratischen Fraktion, auch der nicht anwesenden Mitglieder, danke ich Herrn Letsch, dass er unter «guter Gesellschaft» die Sozialdemokraten versteht und dass er privat gemerkt hat, dass dies Leute sind wie Helmut Schmidt und alt Bundesrat Tschudi. Auch Herr Letsch ist in «guten Gesellschaften», doch ist das geschäftlich gemeint, und das veranlasst ihn dann, von Zeit zu Zeit wieder etwas von der guten Gesellschaft der Sozialdemokraten abzuirren. Herr Letsch wäre ja gerne bereit, alles wieder rückgängig zu machen, was Bundesrat Tschudi hier mühsam aufgebaut hat. Und was Bundeskanzler Schmidt anbelangt, möchte ich Herrn Letsch folgendes mitgeben: Warum ist Bundeskanzler Schmidt für eine Mehrwertsteuer als soziale Steuer? Weil eben die Bundesrepublik Deutschland mit der Mehrwertsteuer den Staat ausbaut und nicht verflacht.

Aber noch ein weiteres möchte ich Herrn Letsch zu bedenken geben. Herr Letsch spricht von der berühmten psychologischen Barriere. Es hat dies jedoch nichts mit Psychologie zu tun, sondern ist nackter Egoismus. Man setzt sich ein für einige wenige, die es nicht nötig haben. Wenn Sie sagen, sobald die Steuergrenze bei 50 oder 52 Prozent angelangt sei, erlösche die Lust an der Arbeit, so muss ich dieser Argumentation entgegenhalten: Wenn Sie 500 000 oder 600 000 Franken verdienen, bleibt Ihnen immer noch die Hälfte. Zu erklären, das sei die psychologische Barriere, ist eine Beleidigung all jener, die zwischen 20 000 und 40 000 Franken verdienen und denen dann noch von 40 000 Franken 36 000 Franken übrigbleiben, um ihre Familie zu ernähren, während die andern immer noch über 300 000 Franken verfügen.

Un nun will ich in diesem Zusammenhang noch etwas vielleicht mehr Wertkonservatives sagen: Ob jemand 300 000 Franken oder 400 000 Franken verdient, ist volkswirtschaftlich und psychologisch völlig unwichtig. Es wird dies vielleicht nur nach aussen sichtbar, indem sich der Betreffende ein Schwimmbad bauen und es vielleicht auch noch im Winter heizen kann. Die Lebensqualität wird dadurch aber nicht gehoben. Ob jemand indessen 35 000 oder 40 000 Franken verdient, kann für das Argument echter Lebensqualität entscheidend sein, und wir kämpfen eben für jene, die um echte Lebensqualität ringen. Deshalb lehnen wir den Antrag Letsch ab und hoffen, dass Sie, Herr Letsch, sich mehr in unsere gute Gesellschaft begeben und sich von Ihren guten Gesellschaften etwas mehr distanzieren. Dann finden wir uns in einem gerechten und sozialen Staat wieder.

Generali: Gestatten Sie, dass nach drei Sozialdemokraten ein echter Freisinniger das Wort ergreift. Ich darf dem Kollegen Gerwig versichern, dass Bundesrat Chevallaz nicht so einsam dasteht, wie er meint. Ich habe andere Bundesräte gesehen, auch solche aus dem sozialdemokratischen Lager, die viel einsamer dagestanden sind.

Auch ich, Kollegin Uchtenhagen, liebe diesen Staat, weil es noch ein liberaler Staat ist, und ich hoffe, dass es noch recht lange so bleiben möge. Es ist ein liberaler Staat mit gut ausgebauten Sozialeinrichtungen, die wir alle in gemeinsamer Arbeit errichtet haben und die wir alle zusammen in Zukunft versuchen wollen, aufrechtzuerhalten und eventuell noch mehr auszubauen. Vielleicht hätte man diese Grundsatzfrage zuallererst behandeln sollen und nicht erst nach zwei Tagen Diskussion über die Mehrwertsteuer. Denn für mich ist diese Grundsatzfrage entscheidend.

Wenn ich aber jetzt als Präsident der freisinnigen Fraktion das Wort ergreife, so nur, um eine Richtigstellung zu machen. Gestern und heute wurde die Freisinnige Partei von sozialdemokratischer Seite wiederholt einseitig angegriffen und nach den Voten unseres Partei- und Fraktionskollegen Otto Fischer beschrieben. Die freisinnige Fraktion hat aber einstimmig mit einer Gegenstimme für die Mehrwertsteuer Stellung genommen. – Mehrheitlich hat unsere Fraktion für 9 Prozent gestimmt; aber es gab verschiedene, darunter der Sprechende, die für 10 Prozent stimmten. – Auch wir haben uns Rechenschaft gegeben, was von unserem Volk verlangt wird. Wir geben zu: Es wird schwierig sein, ein günstiges Resultat zu erlangen. Aber wenn wir schon jetzt, ein Jahr vor dem Kampf, mit diesem Defätismus operieren, wird das kaum je der Fall sein.

Weber Leo, Berichterstatter: Ich werde mich kurz fassen! Die Kommission hat den Antrag Fischer mit 21 : 2 Stimmen abgelehnt und den Antrag Letsch mit 19 : 4 Stimmen. Es ist für uns selbstverständlich, dass damit das Problem nicht gelöst ist, sondern dass es an die Grundsatzfrage rührt, wie sie in der Eintretensdebatte aufgeworfen worden ist. Vielleicht sind wir jetzt, nach dieser langen Diskussion, in dieser Frage sogar noch etwas gescheiter geworden. Man kann nämlich Grundsatzfragen auch erst am Schluss aufwerfen und behandeln, weil man dann vielleicht mehr weiss als am Anfang.

Herr Fischer hat recht, dass so oder so das Ergebnis unbefriedigend sein wird. Wir sind in einer sehr schwierigen Situation, wenn das Volk den Antrag des Bundesrates und der Mehrheit des Rates ablehnt. Möglicherweise wären auch nicht alle Leute mit einem Antrag Fischer zufrieden; würde er vom Volk abgelehnt, wäre die Situation genau so schwierig. Wir sehen jetzt wieder einmal mehr, wie falsch es ist – das ist wenigstens meine Auffassung –, dass wir nicht Alternativabstimmungen machen können. Im Grunde genommen müssten wir doch diese beiden wesentlichen Fragen dem Volke gleichzeitig vorlegen können, die Redimensionierung im Sinne von Herrn Fischer, das Engerschnallen des Gürtels, und den Sozialstaat, wie er in den letzten Jahren gewachsen ist, mit einem etwas verzögerten Ausbau. Das wären zwei klassische Fragen, die das Volk im Grunde genommen beantworten sollte. Leider haben wir die rechtlichen Möglichkeiten dazu nicht. Man sollte aber diese Rechtsgrundlage, gerade im Hinblick auf diese Situation, die für uns alle sehr unangenehm ist, möglichst bald schaffen.

M. Gautier, rapporteur: Nous venons d'assister à une fort intéressante joute politique. Je m'en voudrais d'y prendre part. Je crois en avoir assez dit à ce sujet lors du débat d'entrée en matière et laisse à M. le conseiller fédéral Chevallaz le soin de traiter l'aspect politique du problème. J'apporterai juste deux ou trois précisions d'ordre technique au sujet des deux propositions qui nous sont soumises.

M. Fischer voudrait que l'on renonce à la TVA et que l'on augmente en contrepartie l'impôt sur le chiffre d'affaires. C'est aller extrêmement loin et faire un peu fi de l'équilibre budgétaire de la Confédération car c'est proposer de creuser un trou supplémentaire de 2 milliards environ par an dans la caisse fédérale. Des économies sont probablement possibles, mais je doute fort qu'on puisse en faire de cette dimension.

D'autre part, M. Otto Fischer semble oublier complètement les inconvénients de l'ICHA: la distorsion de concurrence, l'existence de la taxe occulte qui surcharge nos exportations.

Je vous invite donc à repousser, ainsi que l'a fait la commission par 21 voix contre 2, la proposition de M. Otto Fischer.

Quant à la proposition de M. Letsch, que j'ai contresignée, je pense qu'elle arrive trop tard parce qu'en fait, son auteur nous demande de revenir sur le plancher et le plafond de l'IDN, au sujet desquels notre Conseil a déjà pris position tout à l'heure. Je pense que la religion des membres de ce Conseil est faite et que sa majorité maintiendra sa décision antérieure.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Revenons d'abord aux chiffres, que nous n'aurions pas dû quitter.

La conséquence financière de la proposition de M. Fischer serait donc une augmentation du rendement de l'ICHA de l'ordre de 1,3 à 1,4 milliard par rapport au rendement actuel, soit un manque à gagner de 2 milliards, si ce n'est davantage, par rapport au rendement présumé de la TVA.

Où M. Fischer pense-t-il que nous retrouverions ces 2 milliards? Selon lui, partiellement dans les transferts sur les cotisations aux assurances sociales. Une telle politique peut être envisagée, mais elle atteint le contribuable et les entreprises aussi sûrement que la TVA ou un impôt fédéral direct.

M. Fischer nous dit ensuite et surtout, que c'est par des économies que nous devons retrouver ces 2 milliards. Fidèle à sa philosophie générale de l'Etat, il a demandé le redimensionnement de l'Etat fédéral.

Nous devons prendre conscience de la nécessité d'une pause, d'une modération de la croissance des dépenses à un niveau supportable pour l'économie, de la nécessité aussi de consolider l'acquis plutôt que de fuir en avant

sans nous soucier du financement de nos dépenses. Mais cette volonté clairement exprimée exclut le redimensionnement que réclame M. Fischer.

On ne peut nier que les tâches d'un Etat d'aujourd'hui sont inéluctablement plus étendues que celles d'un Etat de 1914.

Redimensionner? Notre pays est, parmi les Etats industriels, celui dont l'appareil de l'Etat est le moins lourd et le moins coûteux. Accréditer l'idée d'un Etat surdimensionné, accréditer l'idée que l'on peut restaurer l'équilibre des finances fédérales simplement par des économies c'est, je dois employer ces mots, de la pure et simple démagogie. Car il y a une démagogie de droite comme il y a une démagogie de gauche à l'occasion.

Démontage, donc réduction des commandes de l'Etat, et je donne rendez-vous à M. Fischer dans les milieux en soi fort raisonnables et sympathiques des arts et métiers qu'il dirige, quand nous les informerions d'une réduction des commandes de l'Etat de l'ordre de 1 ou de 2 milliards.

Vous prenez aujourd'hui, Monsieur Fischer, devant tous ceux que les collectivités publiques aident à gagner leur vie et qui sont vos clients, une très lourde responsabilité que, peut-être, nous aurons un jour l'occasion de vous rappeler.

Aux effets défavorables de la proposition Fischer sur les finances fédérales s'ajouteraient des inconvénients d'ordre économique pour les déclarants de l'ICHA. Les inégalités de concurrence et les distorsions de concurrence, déjà sensibles à l'heure actuelle, seraient accentuées. Les industries d'exportation seraient pénalisées d'une manière accrue.

Déjà aujourd'hui, l'ICHA frappe inégalement et inéquitablement. La solution préconisée par M. Fischer ne ferait qu'accentuer ces distorsions en aggravant la charge des uns et en accusant le privilège des autres, comme celles de tous les défenseurs classiques des anciens régimes, qui s'opposent à toute réforme avec une obstination d'insecte. Je vous invite donc à rejeter la proposition de M. Fischer et à la classer dans les dossiers, pour utilisation ultérieure éventuelle comme l'un des expédients auxquels il faudrait recourir si notre projet, par hasard, ne trouvait pas grâce. Nous pourrions alors sans doute compter sur la collaboration de M. Fischer pour intervenir auprès des secteurs économiques qui seraient inévitablement et inéquitablement touchés et par cette augmentation du vieil ICHA et par cette démobilité de l'Etat.

Et je regrette de vous dire, Monsieur Fischer, que votre intelligence me paraît valoir mieux que cette gageure d'épouvantail réactionnaire que vous croyez nécessaire de jouer pour animer nos travaux, prolonger nos débats et surtout accentuer inutilement des divisions, quand ce n'est pas les créer artificiellement, et les répercuter très largement dans l'opinion.

Vous rendez, par vos outrances, un triste service, je dois le dire au nom du Conseil fédéral, à l'Etat que nous servons, au pays et, par ailleurs aussi, à votre propre parti.
(Applaudissements)

La proposition de minorité de M. Letsch, MM. les rapporteurs de la commission l'ont relevé tout à l'heure, aurait dû être traitée lorsque le Conseil a aménagé l'impôt direct après avoir examiné plusieurs propositions. Elle me paraît dès lors un peu dépassée par les décisions antérieures de votre Conseil et M. Letsch aurait été plus sage de la retirer. Celle de M. Schärli était d'ailleurs très proche. Je pense que nous allons faire un vote un peu inutile.

Präsident: Wir haben nun zwei Abstimmungen grundsätzlicher Art vorzunehmen. In der ersten Abstimmung geht es um die Frage Mehrwertsteuer oder Warenumsatzsteuer, also um den Antrag Fischer.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 127 Stimmen
Für den Antrag Fischer-Bern (Minderheit II) 11 Stimmen

Präsident: Mit diesem Beschluss ist Artikel 41ter bereinigt, ebenso der Antrag zu Artikel 8 Absatz 2 und der Streichungsantrag zu Artikel 9.

Zu der zweiten Abstimmung stehen sich der Antrag der Kommission, einen neuen Tarif einzuführen, und der Antrag von Herrn Letsch, es beim bisherigen Tarif, vermindert um die kalte Progression, zu belassen, gegenüber.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 126 Stimmen
Für den Antrag Letsch 21 Stimmen

Präsident: Artikel 41quater und Artikel 8 sind damit bereinigt.

Hier wird die Beratung abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.15 Uhr

La séance est levée à 12 h 15

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	728-750
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 826

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Fünfzehnte Sitzung – Quinzième séance

Mittwoch, 23. Juni 1976, Nachmittag

Mercredi 23 Juin 1976, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

76.024

**Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

10 903

**Initiative Stich. Steuerharmonisierung
Harmonisation fiscale**

11 868

**Initiative Butty. Steuerharmonisierung
Harmonisation des impôts**

Fortsetzung von Seite 728 hiervor

Suite de la page 728 ci-devant

**Steuerharmonisierung
Harmonisation fiscale****B****Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung
Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale****Art. 42quinquies – Art. 42quinquies****Präsident:** Die Initiative Butty wird zurückgezogen.

Weber Leo, Berichterstatter: Die Steuerharmonisierung ist ein altes schweizerisches Problem. Die ersten konkreten Bestrebungen sind von der Finanzdirektorenkonferenz im Jahre 1968 aufgenommen worden, mit dem Auftrag an die Kommission Ritschard, ein Mustergesetz zu erarbeiten. Dieses Mustergesetz ist im Jahre 1972 vorgelegen. Seither ist es zusammen mit den Bundesbehörden bereinigt worden. Die formelle Harmonisierung nach Artikel 42quinquies entspricht dem Antrag der Finanzdirektoren und dem Antrag der Kommission Rubi, welche die Initiativen Stich und Butty zu prüfen hatte. Der Gehalt dieser Bestimmung geht dahin, dass der Bund verpflichtet wird, die Steuern zusammen mit den Kantonen zu harmonisieren – also eine Verpflichtung des Bundes zur Harmonisierung. Gegenstand dieser Harmonisierung sind nur die direkten Steuern, also keine anderen Steuern. Möglich ist natürlich ein späterer Schritt z. B. zu den Erbschafts- und Schenkungssteuern usw. Der Umfang der formellen Harmonisierung betrifft die Besteuerungsgrundsätze inklusive das Verfahren, also die Steuerpflicht, das Steuerobjekt, die zeitliche Bemessung und das Verfahren, das Erhebungsverfahren und auch das Steuerstrafrecht. Die Steuerbelastung, der Tarif, wird ausgeklammert; ebenso die Steuerbeträge. Die Durchsetzung dieser Steuerharmonisierung ist vorgesehen über eine sogenannte mittelbare Rechtsetzung des Bundes, also nicht

durch eine unmittelbare, sondern durch eine mittelbare Rechtsetzung des Bundes. Der Bund erlässt aufgrund der existierenden Mustergesetze eine sogenannte Grundsatzgesetzgebung und setzt den Kantonen eine Frist zur Abänderung ihrer Steuergesetze nach diesem Mustergesetz. Es hat also 25 Abänderungen in den 25 Kantonen zur Folge, zum Teil mit, zum Teil ohne Volksabstimmung. Der Bund hat sich eine Durchsetzungskompetenz in diesem Artikel 42quinquies verschafft; er steht damit im Gegensatz zu den Finanzdirektoren, die keine solche Durchsetzungskompetenz in ihrem Vorschlag vorgesehen hatten. Die Kommission hat diese Durchsetzungskompetenz des Bundes noch etwas verdeutlicht, indem der Bund den Kantonen notfalls eine Frist ansetzen kann. Wenn die Kantone dann ihre Gesetzgebung nicht anpassen, gilt subsidiär Bundesrecht. Direkte Vorschriften des Bundes sind von der Kommission abgelehnt worden. Diese Steuerharmonisierung soll selbstverständlich auch Rückwirkungen auf die Steuergesetzgebung des Bundes haben. Der Bund ist bei den Erlassen seiner Steuergesetze zur Rücksichtnahme auf diese harmonisierten Steuergesetze verpflichtet. Schliesslich wird den Kantonen eine verstärkte Mitwirkungsmöglichkeit an der Grundsatzgesetzgebung eingeräumt. Der Grundsatz war in der Kommission unbestritten. Bestritten war hingegen in der Kommission, ob die Durchsetzung über unmittelbare Vorschriften des Bundes erfolgen soll, oder über diesen mittelbaren Weg der Grundsatzgesetzgebung. Schlussendlich hat sich mit ganz knapper Mehrheit der mittelbare Weg über die Grundsatzgesetzgebung in der Kommission durchgesetzt. Es ist ohne Zweifel ein langsamer und beschwerlicher Weg, der hier eingeschlagen wird, aber er ist diktiert von der Rücksichtnahme auf das föderalistische Steuersystem und auf die Kantone, angesichts dieses ersten grundlegenden Einbruchs in die Hoheit der Kantone.

M. Gautier, rapporteur: Nous allons nous attaquer cet après-midi au problème de l'harmonisation fiscale dite formelle, contrairement à l'harmonisation fiscale matérielle que nous avons traitée hier après-midi et ce matin.

D'abord, je me permettrai une petite remarque – j'allais dire géographique mais tout au moins topographique. Si vous voulez vous y retrouver, il faut chercher le texte de la majorité de la commission à la page 3 du dépliant, alors que les autres textes se trouvent à la page 9. Ainsi vous y trouvez le texte du Conseil fédéral et ceux des initiatives Stich et Butty. Enfin, je ne saurais assez vous recommander la lecture du rapport de la commission de notre Conseil et de celui du Conseil fédéral concernant ces deux initiatives parlementaires que vous avez reçus et qui portent les numéros 10 903 et 11 868. Voilà pour les bases de discussion.

L'harmonisation fiscale formelle est un vieux serpent de mer qui ressurgit périodiquement devant ce Conseil. Pour cette fois, il semble qu'on arrive enfin à une solution à peu près acceptable pour tout le monde. En effet, à la suite de différentes discussions et en particulier des initiatives Stich et Butty, le Conseil fédéral a pu se mettre d'accord avec la Conférence des directeurs cantonaux des finances pour arriver à un article constitutionnel 42quinquies dont vous trouvez le texte à la page 9, pour la version du Conseil fédéral, et à la page 3 pour celle de la majorité de la commission. Il y a relativement peu de différence entre ces deux textes. La seule chose, c'est que le Conseil fédéral ne prévoit pas de dispositions vraiment contraignantes pour les cantons. La commission a ajouté une phrase qui dit après «Les cantons disposeront d'un délai convenable pour adapter leur législation fiscale»: «Si les cantons n'ont pas adapté leur législation pendant ce délai, la Confédération déclare applicable les dispositions de la législation fédérale.» La commission va donc un petit peu plus loin. Je crois qu'on peut recommander l'acceptation du texte de la majorité de la commission, qui reste raisonnable, qui ne va pas trop loin dans l'atteinte

aux souverainetés cantonales et qui cependant commence à établir un certain degré d'harmonisation fiscale.

Präsident: Das Wort hat nun Herr Stich. Er wird für die Minderheit sprechen und zugleich seine Initiative begründen.

Stich, Berichterstatter der Minderheit: Im März 1971 habe ich eine Einzelinitiative eingereicht, deren Text Sie kennen. Diese Einzelinitiative hat eine Vorgeschichte. Ich reichte 1966 im Nachgang an den Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens mit Frankreich ein Postulat ein, in welchem ich verlangt habe, dass der Bund in bezug auf Domizil- und Holdinggesellschaften bestimmte Vorkehrungen treffe, damit dort doch auch eine angemessene Besteuerung ermöglicht werde. Die Tatsache, dass es in der Schweiz sehr einfach ist, Domizilgesellschaften zu gründen, hat ja u. a. dazu geführt, dass das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich im Grunde genommen nachteilig war für die Schweiz. Man hat mich dann vom damaligen Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, Herrn Bundesrat Bonvin, gebeten, ich möchte doch auf die Behandlung dieses Postulates in der nächsten Session noch verzichten; es sei nicht opportun, die schmutzige Wäsche der Schweiz in aller Öffentlichkeit zu waschen, nachdem auch ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland bevorstehe. Dieses Doppelbesteuerungsabkommen ist in der Zwischenzeit auch abgeschlossen worden, mit den gleichen Konsequenzen wie bei Frankreich. Es hat sich übrigens gezeigt, dass die deutschen Steuerbehörden über die Verhältnisse bei schweizerischen Domizilgesellschaften offensichtlich besser im Bild waren als wir selber. Das Postulat von 1966 ist aber hier im Rat nie behandelt worden, und zwei Jahre später hat man es dann vom Sekretariat aus abgeschrieben mit der Begründung, es sei eben nie begründet worden; aber ich habe nie die Möglichkeit gehabt, es zu begründen. Sie wissen auch, dass dann die Finanzvorlage Bonvin gekommen ist, die in diesem Rat scheiterte. Es sind nachher verschiedene Vorlagen gefolgt, und da es ja nicht üblich ist, dass man zu einer Materie Postulate oder Initiativen macht, solange sie hängig sind, habe ich dann gewartet, bis die Vorlage von 1970 entschieden war. Mit dieser Initiative will ich erreichen, dass auf der einen Seite sämtliche Steuern in der Schweiz harmonisiert werden können, also nicht nur die direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen, sondern z. B. auch die Motorfahrzeugsteuern, Erbschaftssteuern usw. Hier unterscheiden wir uns also sehr direkt von der Kommissionsmehrheit. Der Verfassungsartikel ist auch um einiges klarer als der Vorschlag, den die Kommission in ihrer fünfjährigen Arbeit ausgearbeitet hat. Die Kommission war insgesamt also fünf Jahre an der Arbeit, aber trotzdem ist man nicht sehr weit gekommen, indem man sich hier auf die direkten Steuern beschränkt hat – das ist da das eine –, und zum zweiten hat man auch begrenzt auf Gesetzgebungsgrundsätze. Der Bund könnte also einfach Grundsätze für die Gesetzgebung als verbindlich erklären.

Wenn wir hier im Steuerrecht nur Grundsätze festlegen, dann wird zweifellos die Sache in der Schweiz nicht besser, indem dann weiterhin 25 verschiedene Gesetze bestehen. Meines Erachtens und auch nach der Meinung der sozialdemokratischen Fraktion sollte ein einheitliches Steuergesetz bestehen, und die Kantone sollten lediglich die Möglichkeit haben, ihre Tarife und die Freibeträge festzusetzen. Dann hätte man eine Grundlage, die recht vereinfachend wirken würde. Wenn wir nur Grundsätze festlegen und es dann – wie es die Kommissionsmehrheit will – den Kantonen überlassen, sich in Volksabstimmungen anzuschliessen bzw. später eine Frist anzusetzen und gewisse Grundsätze als obligatorisch zu erklären, dann tun wir meines Erachtens dem Föderalismus einen schlechten Dienst; dann machen wir parlamentarische Arbeit für die Kantone notwendig, die sinnlos ist; denn letzt-

lich müssen sie sich doch an gewisse Grundsätze halten. Deshalb sind wir der Auffassung, dass der Bund hier Vorschriften erlassen müsse.

Meine Initiative geht aber auch in einer anderen Hinsicht wesentlich weiter, nämlich in bezug auf die Domizil- und Holdinggesellschaften. Wenn Sie heute in der Schweiz in verschiedenen Kantonen sehen, wie viele Domizilgesellschaften angesiedelt sind, dann stellen Sie recht beachtliche Unterschiede fest. Wenn Sie diesen Unterschieden nachgehen, dann stellen Sie ebenfalls bald fest, dass es hier handfeste Interessen gibt. Es gibt viele Kantone, die heute für eine Domizilgesellschaft nur einen Minimalbetrag von 375 Franken verlangen bei einem bestimmten Vermögen und bei einem bestimmten Ertrag; sie kassieren dann ohne weiteres die drei Zehntel Anteil an der Wehrsteuer ein, der bedeutend höher ist. Andere Kantone hingegen haben das Zehn- oder Zwanzigfache des gleichen Betrages als Steuerpflicht. Deshalb ist es ganz klar, dass sich Domizilgesellschaften dort niederlassen, wo sie nicht bezahlen müssen. Ein berühmtes Musterbeispiel hierfür ist der Kanton Zug, wo in der Steuergesetzgebung festgehalten ist, dass die Steuerkommission die Domizilgesellschaften einreihe, d. h. praktisch kann die Firma selber entscheiden, wieviel sie bezahlen will, und der Kanton Zug akzeptiert das.

Wir sind auch der Auffassung, dass man bei den Domizilgesellschaften eine einheitliche Lösung treffen soll. Wir anerkennen durchaus das Holding-Prinzip, das verhindert, dass der gleiche Ertrag zweimal besteuert wird. Aber heute gibt es in verschiedenen Kantonen Lösungen, wonach nur 50 Prozent des Ertrages der Gesellschaft Beteiligungsertrag sein muss, um als Holdinggesellschaft anerkannt zu werden, und das Resultat ist dann, dass die restlichen 50 Prozent Einkommen, die häufig aus Lizenzen stammen, eben auch nur zu einem sehr tiefen Satz versteuert werden müssen, d. h. mit anderen Worten: Wir ermöglichen dies mit unserer kantonalen Vielfalt, die ein eigentlicher Wettbewerb ist, und zwar zur gegenseitigen Unterbietung durch die Kantone und im Interesse des Steuerpflichtigen – also der Domizilgesellschaft oder der Holdinggesellschaft. Andererseits beklagt man sich dann, alle diese Harmonisierungsbestrebungen seien gegen den Föderalismus gerichtet. Der Föderalismus ist unseres Erachtens nicht dadurch bedroht, dass man ein einheitliches Steuergesetz fixiert, sondern dadurch, dass diese Kantone nicht genügend Mittel beschaffen können wegen der kantonalen Konkurrenz und nachher nach Bern pilgern müssen, um hier die hohle Hand zu machen. In Bern muss man ihnen dann unzählige Vorschriften für die Verwendung der Subventionen machen.

Ich glaube also, dass es richtig ist, wenn Sie hier der Minderheit zustimmen. Der Antrag der Minderheit hat den Vorteil, dass man ebenfalls formell alle Steuern harmonisieren kann, auf der anderen Seite ermächtigt dieser Minderheitsantrag ausserdem den Bund, einheitliche Steuern wenigstens für Domizil- und Holdinggesellschaften festzulegen. In diesem Sinne geht der Antrag auch über den heute früh angenommenen Antrag unseres Kollegen Walter Biel hinaus. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

M. Butty: L'initiative que j'ai eu l'honneur de déposer devant notre Chambre, le 14 décembre 1973, allait bien au-delà de tous les projets qui ont été présentés jusqu'à ce jour concernant l'harmonisation fiscale. Cette initiative visait trois objectifs étroitement liés les uns aux autres à mon avis et qui sont: la rationalisation du système fiscal, l'harmonisation de la charge fiscale et enfin une redistribution entre les cantons au titre de la péréquation.

J'ai dû constater que cette initiative, qui visait une solution globale, a par ce fait même revêtu un caractère très complexe, ce qui explique, sans doute, que souvent elle n'a pas été comprise. C'est vraisemblablement un projet

qui était trop ambitieux pour être admis immédiatement et en une seule fois. Rendez-vous dans dix à quinze ans à ceux qui ont estimé qu'elle était prématurée.

Je voudrais cependant, au vu du vote de la commission qui a refusé, par 12 voix contre 8, une harmonisation matérielle, faire la remarque suivante sur le titre qui sera présenté au peuple suisse en votation au mois de mars 1977. On parle d'arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale. Je parle ici à titre personnel – vous le savez bien, ce n'est plus le porte-parole du groupe démocrate-chrétien qui s'exprime. Ce titre est trompeur. Il veut faire croire au peuple suisse qu'on va harmoniser les impôts, la charge fiscale dans ce pays et que l'on va revoir la manière dont les impôts sont fixés dans les cantons, alors que nous avons 25 législations, avec des impôts complètement différents suivant la norme et le montant du revenu. Cela n'est pas exact.

Ce titre aurait dû être «Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale formelle», mais on ne l'a pas précisé. En allant devant le peuple suisse avec un texte semblable, on n'a pas le courage de dire que l'on n'a pas voulu une harmonisation matérielle.

Et pourtant, je dois quand même constater que le contre-projet, en particulier celui de la commission, apporte des améliorations au système actuel; il contribue certainement à la solution du premier des trois aspects que j'avais relevés dans mon initiative, à savoir la rationalisation du système fiscal. Il ouvre des voies nouvelles en ce qui concerne les deux autres éléments, soit l'harmonisation de la charge fiscale et une formule de redistribution entre les cantons.

Etant donné la difficulté d'appliquer une formule globale maintenant déjà, je vais retirer mon initiative. Je dis à l'Administration fédérale des contributions, en particulier, et à vos services, Monsieur le conseiller fédéral, merci pour l'aide qu'ils m'ont apportée très objectivement et très rapidement puisque cette initiative est venue longtemps après celle de M. Stich et que pourtant elle a suivi toute la procédure de consultation. Je remercie l'administration fédérale pour sa collaboration efficace et objective.

Cette initiative a souligné le lien étroit qui existe entre l'harmonisation de la charge fiscale et la redistribution entre les cantons.

L'harmonisation de la charge fiscale ne saurait dès lors plus être envisagée sans qu'on s'occupe simultanément de l'amélioration de la péréquation financière intercantonale. Si l'initiative a convaincu sur ce point et qu'elle a pu influencer dans ce sens l'évolution ultérieure, elle aura déjà atteint un résultat important.

Et pourtant, en conclusion, Monsieur le conseiller fédéral, vous me permettrez une réflexion finale. Hier, par 2 voix de majorité, 69 à 67 voix, notre Conseil a refusé une péréquation financière intercantonale renforcée et liée à un début timide d'harmonisation matérielle. Nous avons dit dans le débat d'entrée en matière, au nom du groupe démocrate-chrétien, que pour nous, nous n'accepterions ce «paquet» que si les principes étaient admis d'une péréquation financière intercantonale renforcée, liée à une harmonisation qui était ou pouvait être matérielle entre des charges fiscales minimales et maximales au niveau cantonal. Ce matin, une proposition de M. Biel a été acceptée. Elle prévoit des dispositions qui pourraient être contraignantes pour les cantons sans, par contre, lier ces dispositions contraignantes à une péréquation financière intercantonale renforcée.

Ne pensez-vous pas, Monsieur le conseiller fédéral, que tout cela commence à devenir bien curieux? Hier, ce sont MM. Fischer et Letsch qui vous ont apporté leur appui pour que vous obteniez 69 voix contre 67! C'est même M. Bonnard qui, dans une envolée qui se voulait fédéraliste, à la dernière minute, est venu vous apporter son appui en agitant la fibre fédéraliste et en nous rappelant les échecs devant le peuple ou les cantons de l'article conjoncturel ou de la loi sur l'aménagement du territoire.

Tout cela est bien curieux, parce qu'en fait plusieurs de ces intervenants sont des opposants à ce paquet fiscal! Ils nous ont rappelé ces échecs populaires! Je me demande ce qu'il va en advenir au mois de mars 1977? Si ce sont vos alliés, Monsieur le conseiller fédéral, je vous souhaite bonne chance et nous verrons ce soir-là ce qu'aura voulu le peuple suisse.

Quant à moi, je continue à penser qu'il faut assainir les finances fédérales en étant logiques, en sachant ce que l'on veut et en ne s'appuyant pas sur ceux qui veulent en fait la mort de ce projet.

Antrag Biel

Abs. 1

... unter den Kantonen erlässt der Bund auf dem Weg der Gesetzgebung Vorschriften ... Verfahrensrecht sowie Grundsätze über die materielle Steuerharmonisierung.

Proposition Biel

Al. 1

... cantons, la Confédération édicte, par la voie législative, des prescriptions ... en matière d'imposition, et établit les principes régissant l'harmonisation fiscale matérielle.

Biel: Ich habe hier gleichzeitig verschiedene Anträge zu vertreten, zuerst einen Antrag der Kommissionsminderheit, wie er auf Seite 3 der Fahne aufgeführt ist. Es geht darum zu entscheiden, ob wir nur eine rein formelle Steuerharmonisierung wollen oder ob wir einen Schritt weitergehen wollen. Bei der rein formellen Steuerharmonisierung stehen Ihnen zwei Wege offen. Die Kommissionsminderheit schlägt Ihnen den direkten Weg vor, die Kommissionsmehrheit den indirekten. Die Kommissionsmehrheit möchte, wie der Bundesrat, Grundsätze über die formelle Steuerharmonisierung erlassen, die Kommissionsminderheit Vorschriften. Die Kommissionsmehrheit wählt einen Umweg, indem sie sagt: Wir setzen den Kantonen eine Frist – genau ist sie nicht umschrieben –, und dann, wenn die Kantone nicht wollen, gelten die entsprechenden bundesrechtlichen Vorschriften. Die Kommissionsminderheit möchte dieses Hin und Her vermeiden und den direkten Weg gehen. Die Kommissionsminderheit sagt sich: Wir bekennen uns zur rein formellen Steuerharmonisierung, und wenn wir das schon tun, verlangen wir ein sauberes, rasches Vorgehen und nicht einen Leerlauf in dem Sinne, dass jeder Kanton wiederum in den Einzelheiten abweichende Vorschriften erlässt; denn damit wäre nichts gewonnen. Sinn der rein formellen Steuerharmonisierung ist es ja, den vielbeklagten Leerlauf im administrativen Bereich der Besteuerung zu verhindern. Das sind die Ueberlegungen, welche die Kommissionsminderheit veranlassen, eine klare Lösung vorzuschlagen, bei der man weiss, worum und wie schnell es geht. Bei den letzten Auseinandersetzungen über die Landesringinitiative hiess es immer, das Heil des Föderalismus hänge davon ab, dass die Kantone ihren Steuertarif autonom festsetzen könnten. Diesem Begehren wäre bei Annahme des Minderheitsantrages auf jeden Fall Rechnung getragen. Zudem haben die Kantone in jahrelanger Arbeit ein Mustergesetz ausgearbeitet. Uns ist es nun nicht verständlich, warum dieses Mustergesetz denn nicht auch gerade in Kraft treten soll, um die ganze Sache zu vereinfachen. Das Schweizervolk erwartet von uns endlich einmal auch auf diesem Gebiet Taten, nämlich ein Minimum an Steuerharmonisierung. Wenn wir nicht einmal dazu bereit sein sollten und wiederum ausweichen würden, würden wir letztlich unglaubwürdig. Falls Sie dem Minderheitsantrag zustimmten, müsste man natürlich die Sätze 2 und 3 von Absatz 3 des Antrages der Kommissionsmehrheit entsprechend anpassen.

Was die Kommissionsminderheit Ihnen vorschlägt, genügt unseres Erachtens aber nicht. Sie kennen unsere politische Stellungnahme. Wir sind der Meinung, dass ein derart gewichtiges Steuerpaket überhaupt nur unterstützt

werden kann, wenn gleichzeitig ein wesentlicher Schritt über die formelle Steuerharmonisierung hinaus zur materiellen Steuerharmonisierung getan wird. In diesem Sinne schlage ich Ihnen eine Modifikation der Einzelinitiative Stich vor. Sie haben vorhin die Begründung unseres Kollegen Stich gehört. Im rein formellen Bereich geht die Initiative Stich wesentlich weiter als alles, was hier sonst zur Diskussion steht. Nach unserem Dafürhalten genügt das indessen auch nicht, da Herr Stich auch von der berühmten Kann-Formel ausgeht, mit der man auf eidgenössischer Ebene nicht durchzudringen vermag. Deshalb schlagen wir Ihnen in einem ersten Satz vor, den Bund zu verpflichten, Vorschriften zu erlassen. Das ist eine Verschärfung. Sodann möchten wir noch einen Schritt weitergehen und wenn auch nicht gemeinsame Steuertarife, so doch mindestens Grundsätze über die materielle Steuerharmonisierung vom Bund aus in Kraft setzen.

Wir stellen nach wie vor grösste Unterschiede in der Steuerbelastung fest. Wenn sie die neueste Statistik über das vergangene Jahr, die kürzlich erschienen ist, zur Hand nehmen, sehen Sie, dass sowohl bei den natürlichen wie bei den juristischen Personen Unterschiede von 100 und mehr Prozent bestehen, und wenn Sie den Index der Steuerbelastung der Einkommen konsultieren, so stellen Sie sogar für die unteren Einkommen bis und mit 20 000 Franken – und darauf lege ich grosses Gewicht – Unterschiede von mehr als 100 Prozent fest. Schliesslich bestehen aber auch bei der Automobilsteuer Unterschiede in der Steuerbelastung, nach dem Index, von über 86 Prozent.

Ich wiederhole: Vergessen wir nicht die Volksabstimmung vom März 1976. Damals hat sich immerhin eine beträchtliche Minderheit des Schweizervolkes für eine weitgehende materielle Steuerharmonisierung ausgesprochen. Bei dieser Abstimmung ging es allerdings um ein neues Steuersystem, das wesentliche Dinge verändert hätte. Mit meinem heutigen Antrag stehen indessen nur Grundsätze über die materielle Steuerharmonisierung zur Diskussion.

Ich betrachte meinen Antrag, der Ihnen ausgeteilt worden ist, als Hauptantrag. Falls Sie diesen Antrag ablehnen, würde ich als ersten Eventualantrag die Einzelinitiative Stich sehen, und falls Sie nicht einmal so weit gehen wollten, möchte ich Sie doch dringend bitten, mit Rücksicht auf alle politischen Ereignisse und Wertungen, mindestens dem Minderheitsantrag der Kommission zuzustimmen, der wenigstens auf formellem Gebiet reinen Tisch machen will.

Es steht jetzt einiges auf dem Spiel. Nach dem, was Sie heute morgen mit Minimalsteuern usw. beschlossen haben, hängt jetzt unsere Stellungnahme zur Finanzvorlage davon ab, ob Sie wenigstens auf dem Gebiete der Steuerharmonisierung den Schritt machen, den man im Schweizervolk von uns erwartet; sonst können Sie nicht auf unsere Unterstützung gegenüber dieser Vorlage zählen.

Präsident: Das Wort zur Begründung seiner verschiedenen Anträge hat nun Herr Schatz. Da er alle Anträge jetzt begründen wird, benötigt er vielleicht eine um zwei bis drei Minuten verlängerte Redezeit.

Antrag Schatz-St. Gallen

Art. 42quinquies

(Text des Bundesrates)

Abs. 1

... die Harmonisierung der Steuern auf Einkommen und Vermögen der natürlichen und auf Gewinn und Kapital der juristischen Personen.

Abs. 2

... und Steuerstrafrecht. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2bis (neu)

Unter Vorbehalt dieser Grundsätze bleibt die Gesetzgebung über die kantonalen und kommunalen Steuern, ins-

besondere die Bestimmung der Steuertarife, Steuerfüsse und Steuerfreibeträge, Sache der Kantone.

Abs. 2ter (neu)

Die für die Steuergesetzgebung der Kantone und Gemeinden aufgestellten Grundsätze sind sinngemäss auch für die direkte Bundessteuer massgebend.

Abs. 3

... Steuergesetzgebung einzuräumen. Sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung ihrer Gesetzgebung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen der Grundsatzgesetzgebung für anwendbar.

Abs 3bis (neu)

Alle natürlichen und juristischen Personen sind verpflichtet, nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zu entrichten. Die gesamte Steuerbelastung ist so anzusetzen, dass der Leistungswille des Einzelnen und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft erhalten bleiben.

Abs. 4

Die Kantone ...

Proposition Schatz-St-Gall

Art. 42quinquies

(texte du Conseil fédéral)

Al. 1

..., à harmoniser les impôts sur les revenus et les fortunes des personnes physiques ainsi que sur le bénéfice et les capital des personnes morales.

Al. 2

... et le droit pénal en matière fiscale. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2bis (nouveau)

Sous réserve des principes établis par la Confédération, la législation sur les impôts des cantons et des communes, notamment la fixation des barèmes, des taux et des montants exonérés d'impôt, est du ressort des cantons.

Al. 2ter (nouveau)

Les principes établis pour la législation des cantons et des communes s'appliquent par analogie à l'impôt fédéral direct.

Al. 3

... législations fiscales. Si les cantons n'ont pas adapté leurs législations dans ce délai, la Confédération déclare applicable la législation concernant les principes.

Al. 3bis (nouveau)

Toutes les personnes physiques et morales sont astreintes à payer des impôts correspondant à leur faculté contributive. La charge fiscale totale sera limitée de manière à sauvegarder les efforts économiques des particuliers et la productivité de l'économie.

Al. 4

Les cantons ...

Schatz-St. Gallen: Zunächst nochmals ein Wort zu Herrn Biel: Ich möchte Sie bitten, sich hinter den Antrag zur formellen Steuerharmonisierung zu stellen. Diese ist ein echtes Anliegen – wenn man den Parteiprogrammen glauben kann – von sehr weit links bis zu äusserst rechts. Wir sollten auch hier den einzig realisierbaren Weg der kleinen Schritte gehen. Wenn Herr Biel nun festgestellt hat, mit einer Grundsatzgesetzgebung sei nicht viel gewonnen, so muss ich Sie auf S. 98 der Botschaft verweisen. Dort wird als Grundsatzgesetzgebung ein Rahmengesetz in Aussicht gestellt, das weitgehend dem Entwurf der Koordinationskonferenz entspricht. Wenn Sie dieses Ge-

setz angesehen haben und kennen, dann müssen Sie sagen, dass von diesem Rahmengesetz ganz erhebliche, zunächst formelle, aber auch materielle Wirkungen ausgehen werden. Ich erinnere Sie nochmals daran: Es ist auch materiell von grosser Bedeutung, was besteuert wird. Das ist nicht nur formelle Steuerharmonisierung; sie hat auch materielle Auswirkungen.

Meine Anträge sind nach dem politisch heissen Morgen sehr harmlos. Sie dienen weniger der Politik als der Klarheit und Deutlichkeit. All jenen in diesem Saal, die nun etwas zur Resignation neigen, möchte ich sagen: Die Steuerharmonisierung bleibt nach wie vor ein echtes Anliegen. Geht der Antrag Aubert durch, so werden wir in der Volksabstimmung gesondert darüber abstimmen. Wird er aber abgelehnt, so ist jede Verbesserung der Harmonisierungsanträge ein Gewinn für die Zukunft.

In Absatz 1 der Fassung des Bundesrates heisst es, der Bund solle die direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden harmonisieren. Der Ausdruck direkte Steuern ist in der Wissenschaft umstritten. Es wird darüber diskutiert, ob Erbschafts- und Schenkungssteuern direkte Steuern sind. Der Botschaft nach zu schliessen, wird eine Harmonisierung auf diesem Gebiet ausgeschlossen. Einen Verfassungsartikel sollte man aber klar fassen. Der Bundesrat selbst definiert in der Botschaft direkte Steuern als Steuern auf Einkommen und Vermögen der natürlichen und auf Gewinn und Kapital der juristischen Personen. Warum nimmt man dies nicht gerade in den Verfassungsartikel? – Das wäre mein erster Antrag. Dabei müssen Sie sich im klaren sein: unter Steuern auf Einkommen ist auch eine Grundstücksgewinnsteuer verstanden. Das geht aus der Botschaft ganz klar hervor. Ich sage das nur für jene, die das nicht festgestellt haben sollten.

Der zweite Antrag bezieht sich auf Absatz 2: Dort heisst es am Schluss des ersten Satzes: «... und überwacht ihre Einhaltung.» Ich beantrage Ihnen, diesen Passus zu streichen; er ist unnötig, weil die Erhaltung des Bundesrechtes durch das allgemeine Aufsichtsrecht des Bundes selbstverständlich garantiert ist. Mir scheint, dieser Satz sei irreführend. Viel wichtiger als dieser Satz wäre eine Bestimmung, dass gegen kantonale Entscheide über die Anwendung der kantonalen Steuergesetze die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht offensteht, soweit die in der Grundsatzgesetzgebung geregelte Materie betroffen ist. Nur wenn diese Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegeben ist, ist eine einheitliche Rechtspraxis in der Schweiz gewährleistet. Der Bundesrat verweist aber eine solche Bestimmung in die Ausführungsgesetzgebung.

Der dritte Antrag bezieht sich auf das Gebiet der Steuergesetzgebung, welches nach wie vor den Kantonen voll überlassen ist. Ich schlage Ihnen hier eine Formulierung vor: «Unter Vorbehalt dieser Grundsätze bleibt die Gesetzgebung über die kantonalen und kommunalen Steuern, insbesondere die Bestimmung der Steuertarife, Steuerfüsse und Steuerfreibeträge Sache der Kantone.» Das sollte man meines Erachtens ausdrücklich festlegen. Hier in der Vorlage des Bundesrates wird als Sache der Kantone nur die Bestimmung der Steuertarife usw. umschrieben. Daraus könnte man durch einen Umkehrschluss zur Auffassung kommen, die Kantone könnten nur diese Gegenstände selbständig regeln. Darum ist ausdrücklich zu betonen, dass die Gesetzgebung über die kantonalen und kommunalen Steuern an die Adresse der Bürger nach wie vor Sache der Kantone ist und dass es sich also dort um kantonales Recht handelt.

Der nächste Antrag betrifft eine Ergänzung: «Die für die Steuergesetzgebung der Kantone und Gemeinden aufgestellten Grundsätze sind sinngemäss auch für die direkte Bundessteuer anzuwenden.» Eine sinnvolle Harmonisierung muss sicher die direkten Bundessteuern einschliessen. Der Bund muss sich also selbst an jene Grundsätze halten, die er aufstellt. Die Botschaft anerkennt diese Verpflichtung auf Seite 99 ausdrücklich. Im Artikel aber ist diese Verpflichtung nicht ausdrücklich festgehalten. Ab-

satz 1 genügt dafür nicht. Absatz 3 bezieht sich darauf, dass der Bund bei seiner Grundsatzgesetzgebung die Vorarbeiten der Kantone im Rahmen ihrer Harmonisierungsbestrebungen berücksichtigen muss. Aber er muss – auch der Herr Kommissionspräsident hat das erwähnt – diese Arbeiten nur angemessen, nicht absolut berücksichtigen. Es heisst in der Botschaft: «Es kann sich jedoch naturgemäss nur um eine angemessene, niemals um eine absolute Berücksichtigung der kantonalen Vorarbeiten handeln.» Der Bund ist also relativ frei. Mit meinem Antrag möchte ich erreichen, dass der Bund sich selbst beim Gesetz über die direkte Bundessteuer ausdrücklich an seine Grundsätze hält, die er für die Kantone erlässt. Nur so haben wir eine eigentliche Steuerharmonisierung in der Schweiz. Diese Verpflichtung müsste man auf Verfassungsstufe festhalten.

Der nächste Punkt in der Fassung der Mehrheit (auf der Fahne) beschäftigt sich damit: Was geschieht, wenn die Kantone dem Auftrag zur Harmonisierung nicht nachkommen? Es heisst dort: «Sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen über die Bundesgesetzgebung als anwendbar.»

Nun stellt sich zunächst einmal die Frage: Welcher Bundesgesetzgebung? Der Begriff ist recht allgemein. Auch in der Botschaft selbst wird nicht absolute Klarheit geschaffen. Auf Seite 98 heisst es: «Im Bundesrahmengesetz wird deshalb eine Vorschrift aufzunehmen sein, wonach die Bestimmungen dieses Gesetzes oder allenfalls sinngemäss diejenigen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer auf die Veranlagung der kantonalen Steuern unmittelbar anwendbar sind.» Also entweder das Rahmengesetz oder dann das Gesetz über die direkte Bundessteuer! Es kann sich nach meiner Meinung hier nur um das Bundesrahmengesetz, also um die Grundsatzgesetzgebung, handeln. Das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer wäre als Ersatz nicht anwendbar. Das setzt allerdings voraus, dass das Rahmengesetz funktionsfähig und praktikabel ist. Wenn man den Entwurf der Finanzdirektorenkonferenz und nachher der Koordinationskommission ansieht, so ist das durchaus der Fall. Es gibt den Kantonen einen gewissen Ermessensspielraum. Es gibt gewisse Lücken, die zu schliessen, zu ergänzen sind, aber es regelt die wesentlichen Punkte, und, sofern ein Kanton nicht harmonisiert, wäre das Rahmengesetz durchaus in der Lage, diese Lücke zu schliessen. – Ich schlage also vor, dass man dort ausdrücklich den Ausdruck «Grundsatzgesetzgebung» anwendet.

Zum Schluss: Ich ziehe meinen letzten Antrag zurück, und zwar aus folgendem Grund: Wenn man dem Bund derartige Kompetenzen zur Steuerharmonisierung gibt, sollten auch gewisse Grundsätze in der Verfassung festgehalten werden in bezug auf die materielle Ausgestaltung der Steuergesetze. Ich habe hier eine solche Formulierung unter 3bis (neu) festgehalten. Aber eine Diskussion dieser Grundsätze würde in diesem Saal eine Atmosphäre der Sachlichkeit, die in den letzten Tagen nicht gefördert worden ist, voraussetzen. Ich befürchte, eine Diskussion über diesen Antrag würde alle die sehr stark emotionell und ideologisch bestimmten Formulierungen, die wir nun genügend gehört haben, noch einmal an den Tag fördern. Ich ziehe deshalb den letzten Antrag zurück.

Kaufmann: Ich stehe grundsätzlich zur Mehrheit, möchte mich hier aber nur zum Antrag Schatz äussern.

Ich stelle Ihnen gestützt auf Artikel 74 des Geschäftsreglementes des Nationalrates den Antrag, über Absatz 3 des Antrages Schatz gesondert abzustimmen. Herr Kollege Schatz präsentiert Ihnen ein Paket von ursprünglich sechs Anträgen. Jetzt sind es noch fünf; einer ist zurückgezogen worden; über die restlichen Anträge müsste an sich gesamthaft abgestimmt werden. Es besteht dabei die Gefahr, dass alle fünf Anträge auch gesamthaft abgelehnt werden. Das möchte ich vermeiden, weil ich einen Antrag, nämlich den Antrag in Absatz 3 des Herrn Schatz, unterstütze. Im

übrigen enthält der Antrag Schatz meines Erachtens einiges Unnötige und zum Teil dient er auch einem überspitzten Föderalismus.

Ich habe gesagt, ich hätte Verständnis für die Regelung in Ziffer 3, wo Herr Schatz den Begriff der Bundesgesetzgebung durch den Begriff Grundsatzgesetzgebung ersetzen will. Dass diese Begriffe ausgewechselt werden sollen, ergäbe sich an sich schon aus dem Kontext und der Meinung der Mehrheit. Aber die Botschaft auf Seite 98 hat mich verunsichert. In der Botschaft wird geschrieben, dass sinngemäss auch die direkte Bundessteuer anwendbar ist. Dadurch entsteht die Gefahr, dass den Kantonen jede Steuergesetzgebung aus den Händen genommen wird. Wir sollten den Kantonen aber dort, wo das angestrebte Ziel der formellen Harmonisierung nicht gefährdet ist, einen Spielraum und eine Flexibilität für eine eigene Gesetzgebung belassen. Ich denke z. B. an das Verfahrens- und Vollzugsrecht, oder ich denke etwa an klar fixierte Wahlrechte für die Kantone, bei denen beide Wahlmöglichkeiten der Harmonisierung nicht zuwiderlaufen. Wir wollen ein Harmonisierungsgesetz und nicht ein Einheitsgesetz. Es besteht immer die Neigung, dass man, wenn man sachlich lange etwas versäumt hat, übereilt die föderalistischen Konturen abbauen will.

Ich räume durchaus ein, dass der Begriff «Grundsatz» keinen klaren Begriff darstellt. Wir haben uns darüber schon beim Raumplanungsgesetz unterhalten, und ich räume auch ein, dass wir kein Verfassungsgericht haben, das diese Abgrenzung vornehmen kann. Aber eines steht fest: Mit dem Begriff der Grundsätze wird nach allgemein anerkannter Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei den Grundsätzen um mittelbar rechtsetzende Normen handelt, die vom Kanton in seine Gesetzgebung zu übernehmen und bei Säumnis des Kantons zwar direkt anwendbar sind, aber immer noch als kantonales Recht gelten, im Gegensatz etwa zu den Vorschriften, die Bundesrecht setzen. Ich glaube, die praktische Bedeutung liegt darin, dass bei Bundesrecht nachher die Anpassungs- und Revisionsmöglichkeiten den Kantonen verwehrt bleibt, weil sie ja nicht über Bundesgesetz legislieren können. Es gibt auch andere Unterschiede im Zusammenhang mit dem Rechtsmittelverfahren, die aber von kleinerer Bedeutung sind.

Nun möchte ich noch etwas zu den Herren Biel und Stich sagen. Die ersatzweise Anwendung der sogenannten Grundsätze setzt voraus, dass die Grundsatzgesetzgebung einlässliche Vorschriften enthalten muss, Vorschriften, die bei Säumnis eines Kantons für sich allein funktionsfähig sind und die formelle Harmonisierung gewährleisten, dass also nur Fragen offen gelassen werden, die keine Essentialia, also keine Wesensbestimmungen für die Harmonisierung darstellen. Ich habe in den Entwurf des Harmonisierungsgesetzes vom März 1976 Einsicht genommen. Dieser Entwurf ist sehr einlässlich; er enthält 60 Artikel und ist eindeutig für sich funktionsfähig. Wenn die Grundsätze so verstanden werden, glaube ich, besteht auch für die Herren Stich und Biel kein Hinderungsgrund, dem Begriff der Grundsatzgesetzgebung zuzustimmen.

Auf jeden Fall möchte ich Ihnen beantragen, schon im Sinne einer demokratischen Willensvermittlung, über diesen Absatz 3 separat abzustimmen.

Weber Leo, Berichterstatter: Herrn Kaufmann kann ich sagen, dass der Ratspräsident vorgesehen hat, über jeden Absatz einzeln abstimmen zu lassen, so dass Ihrem Wunsche Genüge getan wird.

Die Initiative Stich enthält – im Gegensatz zum Vorschlag von Kommission und Bundesrat – nur die Befugnis des Bundes zur formellen Harmonisierung, nicht eine Pflicht. Auf der anderen Seite ist der Gegenstand der formellen Harmonisierung weiter gezogen. Beim Bundesrat und der Kommission erstreckt sich diese Pflicht nur auf die direkten Steuern. Nach dem Antrag Stich können auch indirekte Steuern usw. harmonisiert werden, also z. B. wie man eine Erbschaftssteuer, eine Schenkungs- oder Automobil-

steuer ausgestalten kann; sogar die schweizerischen Hunde könnten nach diesem Antrag einmal im ganzen Lande in gleicher Weise besteuert werden. – Dann verlangt der Antrag Stich im Gegensatz zum Antrag des Bundesrates direkte Vorschriften, also die direkte Gesetzgebung, nicht die indirekte Durchsetzung. Schliesslich gibt sie dem Bund auch eine beschränkte Befugnis für eine materielle Harmonisierung, beschränkt auf die Domizil- und Holding-Gesellschaften.

Der Antrag Biel weicht vom Antrag Stich in zwei Punkten ab: Nach dem Antrag Biel hat der Bund nicht nur die Befugnis, sondern die Pflicht, zu harmonisieren. Es ist eine eindeutige Pflicht zur formellen Harmonisierung; bei der materiellen Harmonisierung will Herr Biel nicht die Beschränkung auf Domizil- und Holding-Gesellschaften, sondern eine umfassende Grundsatzgesetzgebung des Bundes über alle Steuern. Ich glaube, das sind die wesentlichen Unterschiede. Wenn man zwischen diesen beiden Anträgen wählen muss, ist meines Erachtens der Antrag Biel an sich eher konsequenter (mindestens in seinem ersten Teil) als der Antrag Stich.

Die Kommission hat diese Anträge abgelehnt und den Artikel 42quinquies gutgeheissen. Allerdings muss ich beifügen, dass dieser Antrag noch unter etwas anderen Vorzeichen gutgeheissen worden ist. Wir haben die indirekte materielle Harmonisierung immer noch im Zusammenhang mit einem erhöhten Anteil der Kantone und einem erhöhten Finanzausgleich behandelt und dort an sich positiv entschieden. Wenn die Kommission heute – bei dieser veränderten Situation – entscheiden müsste, würde sie möglicherweise zu einem anderen Schluss kommen. Aber ich beantrage Ihnen persönlich, Artikel 42quinquies, wie er hier vorliegt, zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur: Pour résoudre ce problème de l'harmonisation formelle, nous en sommes donc à essayer de trouver le texte préférable.

J'ai dit tout à l'heure les avantages que je voyais au texte du Conseil fédéral ou à celui de la majorité de la commission, je n'y reviens pas.

A propos de ce texte, M. Schatz nous propose toute une série de modifications. Il y en a quatre encore, une ou deux sont surtout d'ordre rédactionnel. Dans la version française en tout cas – et je m'excuse auprès de M. Schatz – je trouve le texte de la commission nettement meilleur. Il y a cependant une ou deux modifications sur lesquelles il vaut la peine de s'arrêter.

Au 1er alinéa, M. Schatz propose de remplacer les impôts directs par les impôts sur les revenus et les fortunes des personnes physiques, le bénéfice et le capital des personnes morales. C'est une petite restriction, on exclut de l'harmonisation d'autres impôts directs éventuels, en particulier sur les successions.

A l'alinéa 2, M. Schatz propose de supprimer: elle en contrôle l'observation. C'est une chose qui évidemment va de soi, mais je pense qu'elle va encore mieux en le disant.

A l'alinéa 2bis et à l'alinéa 2ter, il n'y a guère de différences sinon rédactionnelles.

A l'alinéa 3, on retrouve ce texte dans la proposition de la majorité de la commission. Je pense donc que, dans l'ensemble, il n'y a pas lieu d'accepter les propositions de M. Schatz.

En ce qui concerne la proposition Biel, n° 1, la proposition de la minorité, c'était une minorité importante puisque à la commission c'est la voix du président qui a fait pencher la balance en faveur du texte qui est actuellement celui de la majorité. La majorité dit que la Confédération édicte des principes, pour M. Biel il faudrait édicter des prescriptions. Il y a plus qu'une nuance de vocabulaire, l'Etat fédéral va plus loin en édictant des prescriptions qu'en édictant des principes. La majorité faible de la commission vous recommande d'en rester aux principes, pour le moment. Il ne faut peut-être pas vouloir aller trop vite dans ce domaine.

Quant à M. Stich, il nous propose un texte qui, à mon avis, va plus loin que le texte du Conseil fédéral ou de la commission, en ce sens qu'il est moins précis, qu'il réserve moins précisément les droits des cantons et qu'il s'adresse à un secteur plus large des impôts puisqu'il ne parle plus seulement des impôts directs. Pour cette raison, nous pensons que c'est aller trop rapidement en besogne et la commission vous propose de refuser l'initiative de M. Stich.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Qu'il faille apporter un peu d'ordre et de cohérence dans le maquis des 26 législations cantonales et fédérales et des 3000 particularités fiscales et communales en application, c'est une évidence incontestable. Les thèses sur les méthodes de cette harmonisation sont multiples et divergentes. C'est d'un côté des fédéralistes extrêmes qui n'admettent que le concordat comme seule voie possible d'harmonisation, en relevant que l'impôt direct est la prérogative essentielle des cantons et par contre-coup des communes. Et puis, il y a l'autre extrême, des centralisateurs qui chargeraient, sans souci de la souveraineté cantonale, la Confédération, soit de déterminer les règles de la fiscalité cantonale et communale, soit même de prélever tous les impôts directs pour les redistribuer ensuite à son gré, bien entendu selon des critères qu'elle choisirait, aux cantons, assurant d'autre part entre ces cantons une péréquation complète de leurs ressources, conformément à des besoins définis d'une manière identique.

Je crois que cette dernière hypothèse, la centralisatrice, doit être rejetée. Il n'y a pas de fédéralisme réel sans une certaine autonomie fiscale et je pense aussi qu'il n'y a pas de Suisse sans fédéralisme; la diversité, le disparate de nos cultures, de notre manière de vivre et de penser posent en condition à la coexistence constructive, cordiale et positive qui règne entre nous le maintien des autonomies cantonales. «La nature a fait votre Etat fédéraliste, disait l'ultra-centralisateur Bonaparte en 1802 aux députés suisses après la faillite de la République helvétique une et indivisible, la nature a fait votre Etat fédéraliste, vouloir la vaincre n'est pas d'un homme sage.» Cela reste valable à quelque modernisation et adaptation du fédéralisme près; parce que les temps ont changé sans doute, que l'interdépendance économique est beaucoup plus grande, le fédéralisme doit être adapté à des relations plus étroites, il doit être harmonisé, c'est-à-dire éviter des écarts trop considérables, par la péréquation par exemple, ou des rivalités ou des surenchères en matière fiscale. Et la base, la décision fondamentale sur les ressources doit dépendre du canton. Ce n'est pas un archaïsme folklorique, c'est pour notre pays une raison d'être.

Sans cette détermination, au moins sans la participation en partenaires à cette détermination, il n'y aurait plus de souveraineté et même d'autonomie cantonale, mais simplement des départements chargés de gérer, dans la limite étroite des directives de la capitale, des intérêts régionaux. Ce régime centralisé faisant disparaître les cantons au niveau d'arrondissements administratifs, pose encore une fois un problème fondamental pour notre Etat et pour sa cohésion. Cette cohésion est faite de respect, de la maintenance, de l'affirmation des cantons garants des diversités. On ferait bien de ne pas l'oublier et de ne pas faire de la Confédération, sous des prétextes de standardisation ou de rationalisation un «Eintopfgericht» administratif rationalisé et anonyme qui ne serait plus la Suisse.

Harmoniser, et particulièrement en matière fiscale, mais comment? C'est la solution du concordat qui vient la première à l'esprit, mais il est évident hélas, les preuves faites, que la procédure du concordat est lente, qu'elle est lourde, qu'elle exige des règles d'unanimité qui sont difficiles à obtenir. C'est pourquoi les études menées en étroite collaboration entre la Confédération et la Confédération des directeurs cantonaux des finances nous paraissent avoir été une voie plus conforme au fédéralisme

qu'une décision unilatérale de la Confédération. Plus efficace aussi que celle du concordat. Les cantons l'ont admis eux-mêmes. L'article constitutionnel 42quinquies est dans ses lignes essentielles conforme au résultat de ces travaux. Il eût été, de la part du Conseil fédéral, vous l'admettez, déloyal, après des années de travaux en commun, et de conclusions adoptées en commun, de fausser brusquement compagnie à nos partenaires des cantons. D'autre part, une commission du Conseil national, qui a eu une très longue durée, j'en ai fait partie un certain temps, elle a duré cinq ou six ans, avait été chargée d'étudier l'initiative de M. Stich puis ultérieurement celle de M. Butty, deux initiatives riches d'idées nouvelles; cette commission, présidée successivement par M. Schwendinger, puis par M. Rubi a fourni un travail considérable, parallèlement à la Confédération des directeurs cantonaux des finances, pour atteindre à un résultat lui aussi proche des propositions des directeurs cantonaux et dont nous nous sommes également étroitement inspirés pour la rédaction de l'article que nous proposons et auquel la commission s'est ralliée. On en reste sans doute, pour le moment, à une harmonisation formelle, ce qu'a souligné à juste titre M. Butty; c'est une harmonisation formelle. La Confédération donne mandat aux cantons de légiférer en ce qui concerne les impôts directs. Elle fixe les principes régissant l'assujettissement à l'impôt, l'objet, le calcul des impôts dans le temps, la procédure et le droit pénal, mais non pas les taux, les barèmes, les minima, les exonérations, qui restent du domaine des Etats cantonaux. Les cantons devront naturellement adapter leur législation fiscale. La législation fédérale sur les impôts directs tiendra compte des efforts d'harmonisation des cantons; il y avait là déjà une amorce de la proposition que vous avez acceptée ce matin venant de M. Biel. Nous nous sommes ralliés également à l'adjonction de votre commission concernant les délais de l'harmonisation. Passé ce délai, si nous ne voulons pas renvoyer aux calendes grecques l'harmonisation formelle dans deux ou trois cantons rénitents, la législation fédérale sera applicable. C'est une disposition au fond analogue à celle de la force obligatoire en matière de concordat et c'est une disposition que nous considérons comme nécessaire.

Nous proposons dès lors de remercier M. Butty pour l'initiative intéressante qu'il a retirée, de ne pas suivre l'initiative de M. Stich qui empiète notablement sur les droits des cantons; je rappelle encore une fois que l'impôt direct est la ressource essentielle de ces cantons. L'amendement de M. Biel remplace les principes par des prescriptions; il va dans un sens plus centralisateur, à notre avis il dépasse les intentions du Conseil fédéral et de la commission. Nous vous proposons donc de l'écarter. Les propositions de M. Schatz sont aussi fort intéressantes mais elles ne sont pas nouvelles. Elles ont déjà été attentivement étudiées, à peu près sous la forme où il les a présentées, par la commission Rubi qui en a eu connaissance, en a longuement discuté et largement tenu compte. L'intention de M. Schatz est intéressante mais elle ne ferait que remettre en discussion tout un travail de synthèse qui a déjà été accompli par la commission Rubi. Il faudrait recommencer tout l'examen, en commission, sur des thèmes déjà débattus. Nous devons donc nous y opposer.

Cette harmonisation formelle que nous proposons est, nous l'admettons bien, un minimum. Pourrions-nous aller plus loin? M. Butty a posé le problème de la liaison entre harmonisation et péréquation en regrettant l'échec de la proposition de la majorité de la commission hier et en s'inquiétant de l'avenir. Nous avons ce matin donné notre caution à la proposition de M. Biel subordonnant la péréquation à quelques règles minimales d'harmonisation matérielle. Cette proposition peut se référer comme je l'indiquais déjà tout à l'heure, à la lettre du chiffre 3 de l'article 42quinquies. Les deux éléments de la péréquation et de l'harmonisation sont à notre avis liés. Les règles formulées en termes généraux dans le texte de M. Biel nous laissent, mieux que la proposition de la commission que vous avez

écartée hier, le temps de préparer –, avec la collaboration des cantons, ce qui nous paraît essentiel, en rapport avec une répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, cette liaison harmonisation-péréquation; l'une et l'autre doivent être renforcées, mais non pas d'une manière unilatérale et abrupte. Les normes minimales d'harmonisation et les conditions d'une péréquation accentuée et méritant son nom sont fixées. Je l'ai dit lors du débat d'entrée en matière et je le répète, en introduisant les termes «au moins un sixième de péréquation dans au moins 30 pour cent de rétrocession aux cantons de l'impôt fédéral direct», nous avons contracté un engagement que nous tiendrons.

J'espère que M. Butty est rassuré. Notre démarche sera sans doute un peu moins rapide que celle qu'a proposée hier la majorité de la commission, mais elle sera conduite en liaison avec les cantons, en respect de leur personnalité, avec fermeté et décision. La décision finale, vous le savez, vous reviendra d'ailleurs et, le cas échéant, le peuple devra se prononcer également.

Je vous propose donc de vous rallier aux propositions de la commission.

Präsident: Wir kommen damit zur Bereinigung von Artikel 42quinquies bzw. zu den Anträgen des Herrn Schatz. Wir stimmen absatzweise ab. In der ersten Abstimmung zu Absatz 1 stehen sich gegenüber der Antrag von Kommission (Bundesrat) und der Antrag Schatz.

Abstimmung – Vote

Abs. 1 – Al. 1

Für den Antrag der Kommission	121 Stimmen
Für den Antrag Schatz	15 Stimmen

Präsident: In Absatz 2 stellen wir in einer ersten Abstimmung den Antrag der Mehrheit dem Antrag der Kommissionsminderheit gegenüber; in der zweiten Abstimmung wird das Resultat der ersten dem Antrag Schatz gegenübergestellt.

Abstimmung – Vote

Abs. 2 – Al. 2

Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag der Mehrheit	75 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	69 Stimmen

Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	133 Stimmen
Für den Antrag Schatz	12 Stimmen

Präsident: Damit ist der Antrag Schatz Absatz 2bis hinfällig. Wir kommen zum Antrag Schatz Absatz 2ter.

Abstimmung – Vote

Abs. 2ter – Al. 2ter

Für den Antrag Schatz	14 Stimmen
Dagegen	Mehrheit

Präsident: Bei Absatz 3 haben wir auf der einen Seite den Antrag der Kommission, auf der anderen Seite den Antrag Schatz, über die wir jetzt abstimmen.

Abstimmung – Vote

Abs. 3 – Al. 3

Für den Antrag der Kommission	115 Stimmen
Für den Antrag Schatz	19 Stimmen

Präsident: Herr Schatz hat seinen Antrag zu Absatz 3bis (neu) zurückgezogen.

Der Absatz 4 ist gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit angenommen

Initiative Stich

Präsident: Wir kommen zur Bereinigung der Initiative von Herrn Stich. Die beiden Herren Stich und Biel (Antragsteller) haben bereits begründet. Sie melden sich nicht mehr zum Wort. Die Initiative Butty ist zurückgezogen worden. Wir haben darüber abzustimmen, ob wir den Antrag Biel wünschen oder ihn ablehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Biel	64 Stimmen
Dagegen	73 Stimmen

Präsident: Damit können wir den Text der Initiative Stich dem Antrag des Bundesrates und der Kommission gegenüberstellen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	93 Stimmen
Für den Antrag Stich	60 Stimmen

Präsident: Nun kommen wir zum System. Hier hat Herr Aubert einen Antrag gestellt.

Anträge Aubert

Bundesbeschluss A

Art. 42quinquies

Streichen

Bundesbeschluss B

Nach Entwurf des Bundesrates

Propositions Aubert

Arrêté fédéral A

Art. 42quinquies

Biffer

Arrêté fédéral B

Selon projet du Conseil fédéral

M. Aubert: La proposition que je vous soumetts touche à la forme davantage qu'au fond.

Nous avons donc voté tout un ensemble d'articles. Je vous suggère maintenant de diviser ce paquet en deux arrêtés distincts et indépendants. L'un comprendrait l'article 41ter, l'article 41quater, l'article 8 et l'article 9 des dispositions transitoires; l'autre, l'article 42quinquies, auquel nous pourrions ajouter le texte que nous avons adopté ce matin à la demande de M. Biel, à savoir l'article 42ter, 2e alinéa. J'invoque deux arguments à l'appui de ma suggestion, un argument juridique et un argument politique.

En ce qui concerne le premier, il me semble que le principe constitutionnel de l'unité de la matière nous oblige à prendre deux arrêtés. Ce principe, personne ne le conteste, lie l'Assemblée fédérale aussi bien que les auteurs d'initiatives populaires. Or nous sommes incontestablement en présence de deux matières différentes. D'un côté, la Confédération obtient des compétences nouvelles pour ses propres impôts; de l'autre, elle obtient une compétence nouvelle pour assurer, entre les cantons, une certaine harmonisation formelle, matérielle même dans le cas du texte que nous avons voté ce matin. Autrement dit: d'une part, la Confédération demande de l'argent; d'autre part, elle cherche à mettre un peu d'ordre dans les rapports intercantonaux. Ce sont des choses qui nous paraissent suffisamment distinctes pour être présentées en deux arrêtés au peuple et aux cantons.

Il est vrai que le principe de l'unité de la matière n'a pas toujours été respecté par notre assemblée. Il y a eu des époques où nous n'étions pas délicats sur ce point. Je me souviens, par exemple, de la réforme proposée par M. Streuli, en 1958, où, dans un énorme paquet, nous avons mis toutes sortes de choses disparates. Mais, depuis lors,

nous avons fait des progrès. Nous sommes devenus plus scrupuleux. J'ose à peine vous rappeler, parce que c'est encore dans vos mémoires, qu'en 1972, nous avons su distinguer entre l'aide à la construction de logements et la protection des locataires (art. 34sexies et 34septies); qu'en 1973, nous avons su distinguer entre l'enseignement la recherche (art. 27 et 27bis d'un côté, art. 27quater de l'autre); qu'en 1975, nous avons su distinguer entre une élévation des impôts fédéraux et le frein aux dépenses (art. 41ter et 8 des dispositions transitoires d'une part, art. 13 des dispositions transitoires de l'autre). Ce sont ces exemples que je vous invite à suivre. Ce que nous avons su faire ces dernières années, nous devrions le faire encore aujourd'hui. Voilà pour l'aspect juridique du problème.

J'arrive maintenant à l'argument politique, parce que je sais que les juristes doivent être modestes. Cela, je l'ai appris en quelques années au Conseil national. Il arrive souvent que, lorsqu'un juriste a parlé, il ne soit pas cru par cette assemblée. J'imaginerai donc que vous admettiez, malgré le principe de l'unité de la matière, que vous pouvez soumettre au peuple en un seul arrêté toutes les dispositions que vous avez votées ces derniers jours. Je vous invite alors à faire une réflexion politique. Je vous demande quel intérêt vous auriez à ne présenter qu'un seul paquet.

Je comprends très bien que certains d'entre vous aient désiré que toutes ces questions-là soient discutées ensemble. Je comprends très bien que certains d'entre vous disent: «Nous ne voulons pas augmenter les impôts fédéraux, si nous n'avons pas quelque chose en matière d'harmonisation intercantonale.» Cela, je le comprends, mais cela a été fait et les textes, nous les avons votés. Il s'agit maintenant du sort de ces textes devant le peuple et les cantons. J'attire votre attention sur le fait que nous avons, d'un côté, des impôts nouveaux, qui ne sont pas très populaires, et, de l'autre, un effort d'harmonisation, qui a plus d'attrait. Mais nous pouvons aussi prévoir que les impôts nouveaux auront la prépondérance dans l'opinion publique, tandis que l'effort d'harmonisation sera tenu pour un accessoire. Par conséquent, le risque est grand que la TVA entraîne l'harmonisation dans sa chute, alors que la chance est faible que l'harmonisation apporte à la TVA un secours décisif. Je crois que seuls ceux qui sont foncièrement opposés à l'harmonisation, fût-ce à l'harmonisation formelle, peuvent souhaiter que nous présentions au peuple tous les articles dans un même arrêté.

Pour cette raison politique, de même que pour la raison juridique que nous venons de voir tout à l'heure, je vous invite à soumettre deux arrêtés au peuple. D'ailleurs, j'ai un professeur illustre qui m'y incite, c'est le Conseil fédéral, qui avait déjà prévu deux arrêtés. Je ne vois pas pourquoi nous ne suivrions pas notre gouvernement sur ce point.

Weber Leo, Berichterstatter: Die Frage, ob das ganze Paket in einem Erlass dem Volk vorzulegen sei oder in zwei Erlassen, ist von der Kommission dahin entschieden worden, dass ein Erlass genüge. Die Kommission sah das Junktim in der Verbindung zwischen der materiellen Harmonisierung mit einem verstärkten Finanzausgleich. Nachdem dieses Junktim durch die Ablehnung des Antrages in Artikel 41quater Absatz 2 nicht mehr vorhanden ist, steht an sich einer Trennung nichts mehr im Wege. Wir können dabei die staatsrechtliche Frage offenlassen, ob eine Trennung notwendig sei oder nicht. Der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass der heute morgen angenommene Artikel 42ter Absatz 2 (der Antrag Biel), der unter dem Gesichtspunkt des Finanzausgleiches eine umfassende materielle und formelle Harmonisierung vorschlägt, dann im Paket enthalten bleibt. Ich glaube, das müsste so sein; dann hätten wir eine echte Alternative.

M. Gautier, rapporteur: Il est vrai que la commission a proposé à la fin de sa dernière séance de grouper les

deux arrêtés qui nous étaient soumis par le Conseil fédéral en un seul arrêté. C'était parce que nous venions, quelques heures auparavant, d'accepter la proposition de M. Wyer, que vous avez rejetée hier soir par 69 voix contre 67 et qui visait à introduire dans les dispositions relatives à l'impôt de défense nationale des règles concernant l'harmonisation fiscale. C'était à mon avis la seule raison valable que la commission se donnait. Du reste, elle n'a même pas voté parce qu'il n'y a pas eu discussion. Tout le monde a été d'accord presque automatiquement. Cependant, comme le facteur d'harmonisation lié à l'impôt direct a été refusé et surtout après avoir entendu les arguments de mon éminent collègue et ami Jean-François Aubert, que m'ont pleinement convaincu, je pense qu'il est préférable de revenir à la formule proposée par le Conseil fédéral et par M. Aubert et de soumettre au peuple deux arrêtés distincts.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La proposition de M. Aubert a pour elle la logique et la connaissance du droit public. Il s'agirait de voter séparément sur l'article 42quinquies avec l'amendement de M. Biel qui forme une matière identique. Cette intention, c'était celle du Conseil fédéral, cela a été dit. C'est seulement le consensus politique général – je dirais presque l'effusion cordiale de fin de séance de la commission – qui nous a amenés par gain de paix à ne pas nous opposer à la commission. Mais était-il sage de sacrifier la rigueur logique, qu'est la systématique du droit, à un moment d'effusion! Je ne verrais quant à moi aucun inconvénient à ce que vous reveniez la proposition initiale du Conseil fédéral et que vous suiviez M. le député Aubert. Bien au contraire.

Präsident: Wir haben zu entscheiden, ob wir einen Beschluss fassen, gemäss Antrag der Kommission, oder ob wir zwei Beschlüsse haben wollen, gemäss Antrag Aubert.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	24 Stimmen
Für den Antrag Aubert	87 Stimmen

Bundesbeschluss A, Titel und Ingress

Arrêté fédéral A, Titre et préambule

Weber Leo, Berichterstatter: Nachdem wir die Trennung beschlossen haben, kommen natürlich Titel und Ingress der Entwürfe zur Abstimmung, wie sie der Bundesrat vorschlägt. Also: beim ersten Erlass «Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer», in der Botschaft Seite 112, und beim zweiten Erlass «Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung», Botschaft Seite 118.

M. Gautier, rapporteur: Il est évident qu'après la décision que nous venons de prendre, il faut retourner au titre et au préambule prévus par le projet du Conseil fédéral. C'est-à-dire, pour le premier arrêté, «Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaire et de l'impôt fédéral direct» et, pour le second, vous le trouverez à la page 9 du dépliant français, «Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale».

Angenommen – Adopté

Bundesbeschluss B, Titel und Ingress

Arrêté fédéral B, Titre et préambule

Angenommen – Adopté

Bundesbeschluss A Abschn. III – Arrêté fédéral A ch. III

Weber Leo, Berichterstatter: Der Antrag der Kommission fällt nun weg, nachdem Sie die Formulierung betreffend

Artikel 41quater Absatz 2 nach Fassung der Kommission gestrichen haben; die Bestimmungen können auf den 1. Januar 1977 in Kraft treten.

M. Gautier, rapporteur: A l'arrêté A, III, il faut reprendre le texte du Conseil fédéral puisque l'entrée en vigueur de l'article 41quater, 2e alinéa, n'existe plus. Il a été en effet biffé hier par le fameux vote de 69 contre 67 voix.

Angenommen – Adopté

Bundesbeschluss A Abschn. IV – Arrêté fédéral A ch. IV

Angenommen – Adopté

Bundesbeschluss B Abschn. II – Arrêté fédéral B ch. II

Angenommen – Adopté

Motion der Kommission des Nationalrates

Motion de la commission du Conseil national

Weber Leo, Berichterstatter: Ich habe zu dieser Motion der Kommission nicht mehr viel zu sagen. Ich habe in meinem Eintretensvotum klar dargestellt, welchen Sinn diese Motion hat; primär einmal den Bundesrat zu veranlassen, auf 1979 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und in zweiter Linie das auf einem systematischen Wege zu erreichen, indem nämlich die Zuwachsraten ungefähr dem Bruttosozialprodukt angepasst werden. Die Kommission hat diese Motion zweimal behandelt, nachdem zwischen den beiden Kommissionssitzungen der Bundesrat dazu Stellung genommen hat. Wir haben auch noch einige Änderungen angebracht und sie etwas flexibler gestaltet für den Fall, dass besondere Entwicklungen in der Wirtschaft eintreten sollten, wonach die Zuwachsraten nach dem ordentlichen Bruttosozialprodukt nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen würden. Ich möchte Sie bitten, dieser Motion zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur: Je ne reviendrai pas sur ce que j'ai dit dans le rapport lors de la discussion de l'entrée en matière où je crois avoir pleinement justifié les raisons qui ont poussé la commission à présenter cette motion. Je ne ferai qu'ajouter un renseignement que je ne pouvais pas utiliser dans ce rapport vu qu'il n'existait pas encore, c'est le texte d'une recommandation prise par le Comité des ministres de l'OCDE qui siègeait hier et avant-hier dans la région parisienne et qui ceci: «Les ministres pensent qu'à la condition de suivre des politiques appropriées et d'arriver à réduire encore les taux d'inflation, les pays de l'OCDE, pris dans leur ensemble, pourraient voir leur produit national brut s'accroître à un rythme annuel moyen de 5 pour cent ou un peu plus au cours des cinq années 1976 à 1980.» Un peu plus loin, le même conseil fait une recommandation: «Dans certaines circonstances, modérer les dépenses publiques.»

Je pense qu'en présentant notre motion, nous sommes tout à fait dans la ligne des recommandations des ministres de l'OCDE. Nous avons parlé de 6 pour cent comme maximum d'augmentation; l'OCDE semble considérer que c'est un peu plus de 5 pour cent qui représentera la croissance du PNB dans ces prochaines années. Nous ne sommes pas très loin les uns des autres.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Qu'on soit tout à fait au clair encore sur le sens que nous donnons à cette motion: modérer la croissance des dépenses. L'exercice est en cours dans les départements et dans nos services, la maîtrise de l'inflation, qui est un fait nouveau constaté cette année, facilitera sans doute cette opération pour le budget 1977 et pour la prévision des années 1978 et 1979; mais, en aucun cas, il ne s'agit là d'un mandat de démantèle-

ment, de démontage dans un domaine des activités de la Confédération. C'est une consolidation de l'acquis et non point une marche en arrière.

Frau Uchtenhagen: Ich finde, dass die Beschreibung der Motion durch den sehr geschätzten Präsidenten der Kommission doch etwas wohlwollend war; sehr erstaunt hat mich die Stellungnahme von Herrn Bundesrat Chevallaz. Wir (die Kommissionsmitglieder) haben nämlich vom Gesamtbundesrat ein Schreiben erhalten, in dem er begründet, wieso er die Motion nicht annehmen könne: «Weil die angestrebte Ausgabendrosselung nur durch Eingriffe in bestehende und neue Aufgaben verwirklicht werden könne, und dass eine Zustimmung deshalb nicht möglich sei, da man nicht wisse, was die Honorierung der Motion im einzelnen an Ausgabenkürzungen bedeuten würde, und da man keine Klarheit darüber habe, ob und gegebenenfalls wie diese Abstriche realisiert werden können.» Soweit die Stellungnahme des Bundesrates.

Wir haben hier einige Konfrontationen gehabt, und ich glaube, dass es einer Referendumsdemokratie förderlich ist, politische Differenzen herauszuarbeiten und dabei auch Konfrontationen nicht zu scheuen. Ich glaube aber, dass man in der Politik nicht auf Nüchternheit und Sachlichkeit verzichten kann und dass gewisse Formen der Konfrontation einem demokratischen Staatswesen nicht dienlich sind. Ich würde meinen, dass wir diese Motion doch etwas sachlicher und nüchtern anschauen und uns klar darüber werden sollten, wo wir miteinander einverstanden sein können und wo nicht. Ich glaube, niemand in diesem Rat findet, dass wir Geld zum Fenster hinaus werfen dürfen. Wir sind alle der Meinung, dass der Staat mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen und dass er seine Ausgaben immer wieder überprüfen muss. Dort, wo man Sparmöglichkeiten sieht, müssen diese wahrgenommen werden. Einig dürfen wir uns auch darüber sein, dass das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den Einnahmen und den Ausgaben überwunden werden muss. Ich würde sogar meinen, dass, abgesehen von einigen wenigen Untertwegen, auch ein Konsens darüber besteht, dass man dieses strukturelle Ungleichgewicht nur beseitigen kann, wenn es uns gelingt, neue zusätzliche Mittel zu beschaffen.

Nicht einig sind wir uns darüber, in welchem Ausmass Staatsausgaben abgebaut werden können und sollen. Ich würde Sie doch bitten, den Text dieser Motion zu lesen, denn darum geht es. Wenn man nur konsolidieren wollte, dann hätte der erste Satz genügt. Diesem ersten Satz, dass man einen neuen Finanzplan vorlegt, der vom Willen zur Konsolidierung getragen ist, hätten wir zustimmen können, denn diese Auseinandersetzungen müssen sowieso stattfinden. Wir wissen, dass die alten Finanzpläne anscheinend schon wieder nicht mehr stimmen, über die wir im Frühling so lange diskutiert haben, und wenn das Finanzpaket abgelehnt wird, dann werden wir ebenfalls über die Konsequenzen diskutieren müssen. Der Vorschlag der Motion geht jedoch viel weiter, indem er die Ausgaben definitiv an das Bruttosozialprodukt bindet und sogar eine Höchstzahl von 6 Prozent nennt. Da muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass das sachlich sehr wahrscheinlich nicht verantwortet werden kann und nicht richtig ist. Dazu kommt die politische Seite.

Es gibt Theorien, die glauben, dass das wirtschaftliche «take off» nur sehr kurzfristig und vorübergehend sein wird, in einer solchen Situation müssen wir nicht nur zusätzliche Beschäftigungsspritzen geben – die wären hier ausgenommen –, sondern es wäre ungefähr das Verheerendste, was wir tun könnten, die Staatsausgaben noch weiter zusammenzustrichen, es sei denn, Sie wollen tatsächlich eine Krise provozieren und die Experimente der dreissiger Jahre noch einmal wiederholen. Aber auch das Umgekehrte ist sehr wohl denkbar. Darf ich Sie daran erinnern, dass es noch keine zwei Jahre her ist, dass wir

eine Teuerungsrate von 12 Prozent hatten. Wenn wir also tatsächlich wieder einen Aufschwung haben und, sagen wir, ein Wachstum von 3 bis 4 Prozent, dann heisst das, wenn wir die Staatstätigkeit aufrechterhalten wollten – also nicht etwa ausdehnen in einem für Sie wünschbaren oder nicht wünschbaren Masse, sondern aufrechterhalten –, dass die Ausgaben auf 15 bis 16 Prozent im Jahr steigen werden. Dann ist diese Bindung an 6 Prozent natürlich auch wieder nicht durchführbar. Ich glaube, so geht es nicht, denn man kann nicht Grundsätze über die Finanzhaushaltspolitik quasi im luftleeren Raum fällen. Denn dieses Gebaren des öffentlichen Haushaltes ist eng verknüpft mit den wirtschaftlichen Fragen. Herr Gautier, es tut mir leid, Sie sind ja nicht Oekonom, aber wenn Sie tatsächlich die Ratschläge der OECD gelesen haben, so steht dort genau das Gegenteil von dem, was Sie sagten. Im «Bund» sind sie heute abgedruckt. Es heisst nämlich, dass der Staat die Investitionen fördern soll und nicht den Konsum. Der Staat aber kann nicht gut Investitionen fördern, ohne Geld auszugeben. Neben diesen sachlichen Fragen: Die Motion ist eine Deklamation zum Fenster hinaus, ungefähr ähnlich wie die zweimal beschlossene Ausgabenbremse. Solche Deklamationen führen dazu, dass der Stimmbürger natürlich nachgerade etwas misstrauisch wird gegen unsere schönen Sprüche und Sprachvorschläge, die rein im Verbalen bleiben. Wenn wir tatsächlich sparen wollen und Möglichkeiten dazu finden, dann muss diese Auseinandersetzung stattfinden und müssen nicht Motionen überwiesen werden. Diese Auseinandersetzung wird zum Beispiel für das Jahr 1977 bei der Budgetdebatte stattfinden müssen. Da helfen keine schönen Worte darüber hinweg.

Zur politischen Frage: Ich knüpfe an unsere Diskussion von heute morgen an und meine, dass uns hier eine kleine Rechtsgruppe zu einer Konfrontation verleitet, die nicht sinnvoll ist. Ich glaube nicht, dass eine Mehrheit in diesem Rat tatsächlich unter Konsolidieren das versteht, was diese Gruppe immer hineininterpretiert hat: Abbau des übertriebenen Leistungsstaates, konsolidieren, verflachen, redimensionieren, und es wurde deutsch und deutlich gesagt, wie man sich das etwa vorstellt. Auch der Pressechef des Vorortes hat es geschrieben. Lesen Sie das bitte nach. Er hat konkrete Vorschläge gebracht. Sie hat dann ganz allgemein gesagt: Man muss bei den Transferzahlungen ansetzen. Aber ich bitte Sie, was heisst das? Das heisst doch einfach, dass die Kantone dann in der Regel wieder Mittel beschaffen müssen. Damit wird also nicht wirklich gespart. Man kann nur sparen, wenn man die staatlichen Leistungen abbaut.

Diejenigen, die finden, dass wir doch nicht einen so über-rissenen Staat haben, dass wir ihn jetzt trotz ein, zwei Jahren Rezession in den Aufschwung hineinretten können, sollten dieser Motion nicht zustimmen, denn damit wird der Abbau des Staates gefordert, und dem können wir nicht zustimmen. Wir fordern diejenigen auf, die von dieser Motion etwas erwarten, nämlich tatsächliche Abstriche, deutsch und deutlich zu sagen, wo sie sparen wollen. Ich erinnere Sie daran, dass Herr Friedrich noch bei der Diskussion um das Armeeleitbild mehr Finanzmittel für die Armee gefordert hat, und dass wir Anfang dieser Woche einen Antrag auf den Pulten hatten, für die Viehhaltung 10 Millionen mehr zu bewilligen. Ist das die Form, wie man zu sparen gedenkt?

Ich bitte Sie, diese Motion, die in ihrer Formulierung so nicht aufrechterhalten werden kann, nicht zu überweisen oder dann nur den ersten Satz.

Weber-Arbon: Der unvoreingenommene Leser, der diesen Motionstext mit den entsprechenden Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes vergleicht, muss zum Schluss kommen, dass diese Motion eigentlich offene Türen einrennt. Ich verweise Sie auf Artikel 29 unseres Finanzhaushaltsgesetzes, wo die Rede ist von der mehrjährigen Finanzrechnung, für die der Bundesrat zu sorgen hat. In

Absatz 2 steht wörtlich: «Der Bundesrat legt der Bundesversammlung den Finanzplan vor und berichtet jährlich über seine Verwirklichung und die notwendigen Anpassungen.» Ich halte dafür, dass der Bundesrat von Gesetzes wegen aufgrund eben dieser zitierten Bestimmung verpflichtet ist, den Finanzplan, den wir seinerzeit verabschiedet haben, auf seine Tauglichkeit auch in der neuen finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Landschaft zu überprüfen und gegebenenfalls aus einer derartigen Prüfung die Schlussfolgerung zu ziehen und Anpassungen vorzunehmen.

Die Motion hat – das kann man verstehen – meinetwegen politischen, psychologischen Stellenwert, offenbar zur besseren Verkäuflichkeit der Ware, die wir da in diesem Rat gestern und heute produziert haben. Ich frage mich, ob der Zweck hier die Mittel heiligt, ob also die Motion allein mit dieser Motivation erheblich zu erklären sei gegenüber einer gesetzlichen Verpflichtung, welche der Bundesrat ohnehin zu erfüllen hat. Dahin geht meine Frage.

Wenn die Frage offengelassen wird, oder wenn sie nicht befriedigend beantwortet werden kann, halte ich ebenfalls dafür, aus diesen eben genannten Gründen, die Motion nicht zu überweisen, aber umso nachdrücklicher zu erklären, dass wir vom Bundesrat erwarten, dass er diese Bestimmung von Artikel 29 Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes ganz besonders gewissenhaft prüfen werde.

Weber-Aldorf: Zuerst eine Bemerkung an die Adresse der Oekonomin Uchtenhagen: Ich finde es richtig, wenn Sie hier dozieren, dass in erster Linie die Investitionspolitik gefördert werden sollte und dass eigentlich gewisse Sparanstrengungen auf dem Konsum stattfinden sollten. Wenn Sie aber die Motion genau lesen, stellen Sie fest, dass ausgerechnet die Investitionen, das heisst die ausserordentlichen Massnahmen, ausgeklammert sind und damit nicht unter die Zuwachsrate fallen. – Ein Zweites: Wir diskutieren heute morgen eine sehr massgebliche und sehr massive Steuererhöhung. Sie wie alle andern Sprecher haben in der Diskussion um den Konjunktur-Verfassungsartikel die ökonomische These vertreten, in Zeiten der Hochkonjunktur müsse man abschöpfen, das heisst die Steuern (Investitionssteuern usw.) erhöhen, und in Zeiten der Rezession müsse man die Wirtschaft entlasten, das heisst die Steuersätze senken. Ausgerechnet in der heutigen Situation mutet man nun aber der Wirtschaft – ich denke da nicht nur an die Industrie, sondern auch an die Gewerbetreibenden und die einzelnen Steuersubjekte – derart massive Steuern zu. Ich glaube, nur mit rein theoretischer Oekonomie kommt man da nicht durch.

Und jetzt wende ich mich an meinen Namensvetter Weber-Arbon. Er hat richtigerweise auf Artikel 29 Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes hingewiesen, wonach der Staatshaushalt immer ausgeglichen zu gestalten ist und wonach der Bundesrat dem Parlament, zusammen mit dem Budget, Bericht erstattet und entsprechende Massnahmen vorschlägt. Das ist indessen leider nicht angewandte Praxis. Ich möchte nun eigentlich mit der Motion – das habe ich auch in der Kommission getan – den Bundesrat ein wenig aus der Umklammerung von Fraktionen und Parteien lösen und ihm wieder etwas mehr Führungsaufgabe zuweisen, die ihm auf Grund unserer Verfassung ja obliegt. So gesehen, hätte seine Regierungserklärung, die er hier vorgetragen hat, im Hinblick auf das Finanzhaushaltsgesetz etwas anders lauten müssen, nämlich dass er eine ausgeglichene Rechnung präsentieren werde. Da dies nicht getan wird, glaube ich, ist es richtig, jetzt vom Bundesrat nicht nur Berichterstattung zu erwarten, sondern von ihm auch zu verlangen, und zwar über den zwingenden Auftrag einer Motion, eine ausgeglichene Rechnung auf das Jahr 1979 hin zu unterbreiten und dem Parlament entsprechende Massnahmen vorzuschlagen.

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang noch Herrn Hubacher eine Antwort zu erteilen. Herr Hubacher hat die Frage aufgeworfen, wo, wie und bei wem gespart werden

soll. Mit andern Worten: Herr Hubacher hat das Fehlen eines Alternativprogramms bemängelt. Darf ich Herrn Hubacher und seine Kollegen daran erinnern, dass im ersten Text der Motion, den ich der Kommission vorgelegt habe, ein Alternativprogramm gefordert wurde und dass Herr Hubacher diese Forderung abgelehnt hat. Ich finde es deshalb nicht ganz korrekt, wenn jetzt im Rate auf einmal Herr Hubacher die Schalmel eines Alternativprogramms singt oder flötet, in der Kommission aber keine entsprechende Stellung bezogen hat. Das sei hier in aller Offenheit klargestellt.

Eine zweite Frage, die man sich hier stellen muss, lautet: Wer soll dann diese Vorschläge unterbreiten? Wir kennen die Heterogenität des Parlaments. Es dürfte kaum möglich sein, sich auf ein gemeinsames Programm von Kürzungen oder Prioritätsverschiebungen zu einigen. Deshalb wird in einem Rahmenauftrag der Bundesrat aufgefordert werden müssen, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, worauf in den Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte erstmals mit dem Budget 1977 der bereinigte Finanzplan zur Beratung stehen wird. Erst dann wird die politische Meinungsäusserung stattfinden, wo, wie und bei wem gespart werden soll.

Ich glaube, wir sollten hier noch einem Gedanken nachgehen, den der Kommissionspräsident bezüglich des Alternativprogramms aufgeworfen hat. Es schiene mir nämlich richtig, dass der Ständerat in dieser Hinsicht auch noch einige Ueberlegungen anstellte, denn es wäre politisch klug, dem Volk die Konsequenz eines ablehnenden Entscheides vor Augen zu führen oder ihm sogar ein Alternativprogramm, das eventuell Steuererhöhungen mässiger Art mit linearen Kürzungen vorsieht, zu unterbreiten. Dies wäre meines Erachtens – und das ist für mich die Schlussfolgerung aus der Diskussion – ehrlicher, als fatalistisch einen negativen Volksentscheid in Kauf zu nehmen und dann eine notrechtliche Uebergangsphase einzuleiten. Damit hätten wir nämlich das Problem nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben.

Herr Hubacher hat auch, im Blick auf diese Motion, von einem Abbau des Sozialstaates gesprochen. Sie müssen doch zugeben, Herr Hubacher, dass wir hier die Situation in der Wirtschaft wiederholt diskutiert haben und dass wir sie kennen. Wir alle wissen, dass wir in der Zeit hoher Wachstumsraten eine übersteigerte Ausgabenpolitik betrieben haben. Wir alle verlangen von der Wirtschaft jetzt, in der Zeit der Rezession, dass sie ihre Strukturprobleme selbst löse; wir selber aber, die wir nun eigene Strukturprobleme zu bereinigen haben, wollen diese Probleme nicht angehen, obwohl uns der Bundesrat diese Probleme in seinen Richtlinien zur Regierungspolitik ebenfalls klar dargelegt hat. Man müsste mindestens hier deutlich sagen, dass gleiche oder ähnliche Probleme als Folgeerscheinungen der Hochkonjunktur auch in unserem nördlichen Nachbarland vorhanden sind und dass dort viel schärfere, restriktivere Massnahmen von der Regierung durchgesetzt werden müssen und dass die Wachstumsrate gegenüber dem Bruttosozialprodukt auf 5 Prozent festgelegt ist und nicht auf 6 Prozent. Wir gehen also noch weiter als die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäischen Gemeinschaften.

Schliesslich stellt sich die Frage: Kann die Motion verwirklicht werden? Daran stösst sich vor allem die ablehnende Kommissionsminderheit. Wir haben die Motion so flexibel gestaltet, dass es möglich ist, sie so durchzuführen. Es soll dabei – wir haben das bei der Debatte über die Regierungspolitik hier im Saale ganz deutlich über alle Fraktionen erklärt – kein Leistungsabbau stattfinden, aber es muss eine gemächlichere Art der Aufgabenerfüllung einsetzen; eine neue Prioritätenüberlegung muss zu andern, neuen Ueberlegungen führen. Ich gebe Ihnen nun ein Beispiel für neue Aufgaben und den Willen im Parlament, diese neuen Aufgaben anzugehen. Sie haben alle der Vorlage BLS zugestimmt, in einem Zeitpunkt, wo man weiss, dass bei Gotthardbahn 40 Prozent der Kapazitäten nicht

ausgenützt werden. Da stellt sich doch einfach die Frage: Ist z. B. ein Verschieben eines solchen Vorhabens um vier Jahre ein Abbau des sozialen Staates? – Es gibt noch viele solcher Beispiele. Es wird Aufgabe der Finanzkommissionen sein, in Verbindung mit dem Bundesrat die entsprechenden Alternativvorschläge beizubringen. Oder nehmen Sie das Beispiel des obligatorischen Turnunterrichtes in den Berufsschulen: Allein die Stadt Zürich müsste Turnhallen für einige hundert Millionen Franken (mit der entsprechenden Bundessubvention usw.) erstellen. Da kann man sich doch fragen, ob das, was wir früher im Ueber-schwang der Hochkonjunktur und des Ausgebens beschlossen haben, noch richtig sei, oder ob man nicht heute dieser Priorität eine andere Priorität vorziehen müsste. Das ist doch kein Abbau des Leistungsstaates bzw. des Sozialstaates. Es gibt in diesem ganzen Finanzspektrum der Aufgabenerfüllung viele Möglichkeiten ausserhalb Ihrer Theorie, die Sie hier vorgetragen haben, Herr Hubacher und Frau Uchtenhagen, und ohne ein Zetermordio-Geschrei, als sei Matthäi am letzten. Es gibt noch viele Möglichkeiten; aber man muss den Willen haben, sie zu sehen. Der Bundesrat gibt uns im Richtlinienbericht zur Regierungspolitik schriftlich, dass neue Aufgaben erst verwirklicht werden, wenn neue Einnahmen (Mehrwertsteuer, direkte Bundessteuer) vom Volke angenommen sind. Letzte Woche wurden dem Ständerat zwei Vorlagen bereits unterbreitet. Da kann man sich nun tatsächlich fragen, ob man nur abwarten will bis der Bundesrat Bericht erstattet, oder ob man ihm nicht eine gewisse Führungsrolle zu übertragen gewillt ist, die das Parlament leider nicht übernehmen kann.

Ein Letztes: Die Diskussion um dieses Finanzpaket hat, wenn ich es mit einer Frau vergleichen will, vielleicht den Zusammenhang: Frauen und Edelsteine erkennt man am besten, wenn man sie aus der Fassung bringt. Die Diskussion ging hier eigentlich klar in Richtung Konfrontation. Von der politischen Seite her muss man sich tatsächlich überlegen: Ist denn die Koalition, der Verbund der Regierungsparteien, nur eine Schönwetter-Koalition? Oder ist sie auch in Zeiten, wo es in diesem Staat, in der Wirtschaft etwas rückläufig geht oder etwas stagniert, auch eine Gemeinschaft, die nicht in Konfrontation sich auseinandersetzen und dieses Beispiel dem Volke vordemonstrieren und vordozieren müsste? Wäre es nicht ihre Aufgabe, den Ernst der Stunde zu begreifen, die Verantwortlichkeit zu übernehmen und gemessen an dieser Verantwortung gemeinsam Lösungen zu suchen? Dass jeder hier seinen Standpunkt vertritt, für seine Partei, für seine politische Ueberlegung, ist sein gutes Recht; aber wenn er zur Regierungsverantwortlichkeit gezogen werden soll, so soll er dementsprechend einen bestimmten Konsens abgeben. Mir scheint, der Weg, der Ton dieser Konfrontation ist der falsche Weg. Das politische Credo, das eigentlich über dieser Debatte stehen müsste, ist nicht das Entweder-Oder, sondern das Sowohl-Als-auch. In dem Sinne empfehle ich Ihnen auf die Motion einzutreten, d. h. der Motion zuzustimmen.

Der Ständerat als Zweitrat wird dann ebenfalls noch seine Ueberlegungen dazu machen.

Allgöwer: Unsere liebenswürdige und elegante Kollegin Uchtenhagen hat zunächst von Konfrontation gesprochen und ihr ein Lob gesungen. Das hören wir seit dem letzten Herbst und man denkt: «Aha, Sie sollten eigentlich froh sein, wenn endlich eine Konfrontation kommt.» Nun kam sie – und es ist wieder nicht recht. Es wird gesagt, diese Konfrontation sei nicht die richtige Konfrontation, sondern es sei eine Konfrontation eines Rechtsklüngels. Wir armen Parlamentarier werden wiederum bezichtigt, einem Rechtsbefehl zu folgen. Das stimmt meines Erachtens einfach nicht.

Wenn wir hier von Sparen reden, so meinen wir eine sehr wichtige schweizerische Tugend, eine Tugend, die notwendig ist, damit wir uns überhaupt wirtschaftlich behaupten

können. Sparen nennen wir z. B., dass wir dem Bund nicht gestatten, eine Broschüre über die Richtlinien der Regierungspolitik herauszugeben; diese hat nach meinen Erkundigungen fast 100 000 Franken gekostet. Hier könnte man sparen! Solche 100 000 Franken finden Sie in jedem Departement. Ich war selber zehn Jahre lang tätig im EMD; und ich bin überzeugt, auch im EMD könnte man noch sparen – ebenso im Politischen Departement oder auf dem Gebiet der Bildung.

Es ist beispielsweise unrichtig, im Bildungssektor immer noch zuzulegen. Man gehe auf den Hönningerberg und sehe, was wir dort bewilligt haben und was heute bereits nicht mehr tauglich sein soll! Es gibt im ganzen Schweizerbund zahlreiche Schulhäuser, die heute zum Teil leerstehen, weil Gemeinden und Kantone übermarcht haben. Es gibt auch in der AHV, bei der Invalidenversicherung Anordnungen, die übertrieben waren. Es handelt sich aber beim Sparen nicht um den Abbau des Sozialstaates. Wir brauchen das Sozialnetz heute und in Zukunft. Aber wir können uns fragen, ob nicht dann, wenn wir den allgemeinen Wohlstand heben, bei Leuten, die nicht mehr der staatlichen Hilfe bedürfen, gewisse Korrekturen angebracht sind, und dass wir z. B. das Geld jenen zukommen lassen, die wirklich bedürftig sind. Wenn wir heute auf die 13. Rente der AHV zurückschauen, dann müssen wir doch feststellen, dass damals viele AHV-Bezüger die Rente bekamen, die sie nicht nötig hatten, während wirklich Bedürftige, die zuwenig erhielten, von dieser Rente nicht profitierten.

Darum geht es meiner Ansicht nicht an, das Sparen so darzustellen, als wäre es eine Verletzung, ein Abbau des schweizerischen Sozialstaates. Sparen gehört zu jedem Betrieb, wenn er überhaupt sich behaupten will. Sparen gehört auch zu unserem Staat. Darum soll es endlich aufhören, dass man jene, die sparen, diffamiert und ihnen sagt, dass sie abbauen wollen, was mühsam errichtet worden sei. Sparen gehört zum Schweizer. Sparen ist eine Finanztugend und eine Notwendigkeit. Wenn wir den Bundesrat beauftragen, diese Sparübung durchzuführen, dann ist das ein Auftrag, der bereits im Finanzhaushaltgesetz 1974 festgehalten worden ist. Die Motion ist nichts anderes als der Versuch, den Bundesrat zu stützen und ihm zu helfen, diesem Gesetz nachzuleben.

Darum bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen, und ich bitte unsere sozialdemokratischen Freunde, nicht in falscher Opposition zu machen.

Stich: Wenn man die Motion Weber in ihrer Entstehungsgeschichte betrachtet, dann stellt man doch fest, dass sie zurückgeht auf einen Antrag Letsch. Dieser Antrag Letsch hat gefordert: Eintreten, aber Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit folgenden Aufträgen: einerseits die Vorlage eines neuen, nicht vom Grundsatz der Fortentwicklung, sondern vom Willen zur Konsolidierung getragenen Finanzplanes für die Jahre 1977 bis 1979. Gegenüber dem Finanzplan vom 28. Januar 1976 muss sich das Ausgabenwachstum spürbar verflachen, und auch in jährlichen Budgets müssen die Zuwachsraten der Ausgaben jeweils unter den neuesten Schätzungen über die Zunahme des Bruttosozialproduktes bleiben. Darauf gestützt dann die Konsequenz: Modifizierung der Steuervorlagen im Sinne eines geringeren Mehrwertsteuersatzes, geringerer Maximalsätze und weniger weitgehender Entlastung bei der direkten Bundessteuer, andererseits, im Hinblick auf die zeitliche Verzögerung, die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, was wir heute gehört haben, und nachher eine Skizze über die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kanton und damit verbunden den neuen Finanzplan.

Es ist eigentlich erstaunlich, dass man hier in diesem Parlament einen Finanzplan verabschiedet, dass man Kenntnis nimmt und zwei Monate später die Verwaltung unter dem Gesichtspunkt des Sparens wieder beauftragt, die gleiche Übung noch einmal zu machen, als ob sich in der Zwischenzeit auch nur irgend etwas geändert hätte.

Wenn dieser Finanzplan, der nun doch auch einige Auskunft gibt über die Ziele des Bundes, in die Öffentlichkeit kommt, Herr Allgöwer, und dafür dann schätzungsweise 95 000 Franken – es sind also nicht ganz 100 000 Franken, sondern nur 95 000; aber Aufrunden ist ja grosszügig – ausgegeben werden, dann leistet man damit doch auch einen Beitrag an die Aufklärung. Ich habe selber 18 Jahre lang unterrichtet, und zwar auch in Staats- und Wirtschaftskunde. Ich war jeweilen froh über Material, das aktuell war und aufgrund dessen ich die Probleme, die sich der Eidgenossenschaft stellen, auch darlegen konnte. Das ist wohl eine vernünftige Ausgabe, die hier gemacht worden ist, ganz abgesehen davon, dass wir ja auch im Rahmen der Arbeitsbeschaffung u. a. die Kredite für die Drucksachen- und Materialzentrale erhöht haben.

Das ist die Ausgangslage bei dieser Debatte zur Motion. Nicht wahr, man muss sich einfach bewusst sein, dass hier von allem Anfang an im Grunde genommen die Bereitschaft nicht vorhanden war, trotz dem Finanzproblem, trotz den Erklärungen des Bundesrates, diesem Staat die nötigen Mittel zu geben, sondern man hat von allem Anfang an versucht, ihm die Einnahmen zu verweigern und damit den Bundesrat zu zwingen, die Anträge dem Parlament vorzulegen, die man nach den Erfahrungen eines Andreas Brunner in Zug selber nicht mehr machen will. Das hat man versucht zu erreichen. Deshalb drückt man auf dem Bundesrat herum, um ihn zu zwingen, diese Anträge eben vorzulegen.

Herr Weber, wir sind durchaus der Meinung, eine Koalition oder eine Bundesratsbeteiligung sollte nicht nur in Schönwetterperioden halten. Ich erinnere mich z. B. an die Diskussionen, die wir vor zwei Jahren hier geführt haben ebenfalls um eine Finanzordnung. Dort habe ich persönlich auch einige Anträge vertreten, die weit über den Bundesrat hinausgegangen sind, weil meines Erachtens der Bundesrat in bezug auf die Steuerreform eben sehr rückständig ist. Dort hat mir Ihr Fraktionskollege, der jetzt im Ständerat ist, Herr Bürgi, des öftern gesagt: «Ja, bitte, wenn die Sozialdemokraten im Bundesrat sein wollen, dann müssen sie eben das auch akzeptieren, was der Bundesrat vorschlägt, sonst müssen sie die Konsequenzen ziehen.» Ich glaube, wenn man heute diese ganze Diskussion – und auch die Diskussionen, die wir in der letzten Zeit geführt haben – miterlebt hat, dann muss man sich wirklich fragen: Wie sollen dieses Parlament und dieser Bundesrat noch regierbar bleiben? Es geht nicht an, dass man einfach mit Sprüchen vom Sparen den Leuten Sand in die Augen streut. Das ist ja die bekannte Melodie gewesen im Dezember 1974. Dort hat man den Leuten auch mit einer Ausgabebremse glaubhaft gemacht, man könne in diesem Staat ohne jede Diskussion und ohne dass irgend etwas passieren würde, Hunderte von Millionen Franken einsparen. Das ist eine Illusion; das kann man nicht. Man kann auf Aufgaben verzichten, aber die Konsequenz ist, dass diese Aufgaben dann von jemand anderem übernommen werden müssen. Die Leute haben im letzten Jahr wohl auch gemerkt, dass 1974 diese ganzen Sparübungen keine Einsparung gebracht haben, sondern eine Verlagerung vom Bund auf den Prämienpflichtigen bei der AHV, in der Krankenversicherung durch die Franchise usw. Dort haben die Leute dann gemerkt, was Sie im wesentlichen unter Sparen verstehen.

Wir versuchen nicht eine Konfrontation, aber wir möchten, dass man, wenn man schon im gleichen Schiff sitzt, dann ehrlich miteinander diskutiert und sagt, wo man wirklich Abstriche machen möchte; denn dann können wir uns miteinander auseinandersetzen. Aber wenn man nur dem Bundesrat Aufträge erteilen will, dann finden wir das schlicht und einfach nicht fair. Wenn das Parlament immer wieder sagt, es möchte seine Führungsaufgabe wahren, dann soll es auch die Direktiven geben und nicht einfach sagen: «Bundesrat spare!» Sonst kommt die berühmte Frage: Wo, bei den Ausgaben? Die Direktiven sind im Detail zu geben: Wollen Sie sparen bei der Landwirtschaft, beim Militär, bei der AHV, bei der Krankenkasse?

Dann, wenn Sie uns das sagen, sind wir befriedigt und werden vielleicht sogar Ihrer Motion zustimmen. Es gibt zweifellos Gebiete, wo auch wir finden, man könnte Einsparungen vornehmen; allerdings wird in jenen Gebieten offensichtlich der Finanzplan bereits geändert, aber in anderer Richtung.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, diese Motion abzulehnen, oder ich bitte ihre Verfasser, hier klar und deutlich zu sagen, auf welchen einzelnen Gebieten gespart werden sollte; denn sonst ist diese Übung schlicht und einfach überflüssig. Der Bundesrat hat seine Regierungspolitik dargelegt, er hat den Finanzplan unterbreitet, und wenn Sie sich an die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Monaten erinnern, dann müssen auch Sie zugeben, dass solche Planungszahlen relativ rasch überholt sind. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wenn wir vom Bundesrat immer wieder nach vielleicht zwei oder drei Monaten neue Richtlinien verlangen. Wir werden ja gleich anschliessend den ersten Nachtrag zum Budget 1976 behandeln und dabei sehen, wie leicht Nachtragskreditbegehren entstehen können, die wir überhaupt nicht zu beeinflussen vermögen, nachher aber trotzdem bezahlen müssen. Deshalb würde es mich wirklich interessieren, wie Sie diese Ausgaben im Griff behalten wollen.

Meier Werner: Auch ich hege sehr grosse Bedenken gegen diese Motion, bei allem Verständnis, das wir auch von gewerkschaftlicher Seite für vernünftiges und sinnvolles Sparen aufbringen. Hier sehe ich die Gefahr, dass angesichts einer drohenden finanzpolitischen Gewittersituation die Hagelkanone in Form dieser Motion in einer falschen Richtung abgefeuert werden könnte. Dieser Sachverhalt ist ja bereits von meinem Vorredner dargelegt worden. Wir sind hier etwas gebrannte Kinder. Ich erinnere an die ausserordentliche Januarsession von 1975. Auch dort wurde eine Sparübung durchexerziert, mit all ihren Folgen für das werktätige Volk in sozialer Hinsicht. Man hat damals bei der AHV gekürzt, die Leistungen an die Krankenkassen gekürzt; das darf sich einfach nicht immer wiederholen, indem dem Bundesrat ein derart genereller Sparauftrag erteilt werden soll, wie das hier der Fall ist.

Zum Schluss ein mir wesentlich erscheinender Hinweis: Wir sind an sich ein glückliches Land, ja, wir sind eigentlich ein reiches Land. Deshalb fand ich diese ganze Diskussion eher bemühend; es hat mich irgendwie bedrückt, wenn ich dann beispielsweise in der Zeitung «Finanz und Wirtschaft» Artikel über wahrhaftige Gewinnexplosionen bei den Banken las, ja, wenn die Frage aufgeworfen wird: Wohin mit dem vielen Geld? An gewissen Orten ist dies tatsächlich zu einem Problem geworden; andererseits müssen wir uns hier alle Mühe geben, beim Bund irgendwie über die Runden zu kommen.

In unserem Land haben wir insofern eine glückliche Situation, als wir seit Jahren den Arbeitsfrieden kennen. Man hat uns wiederholt attestiert, wir seien vernünftige Gewerkschaften. Mit diesem bisher praktizierten System haben wir sehr viel Positives erreicht. Wir haben das höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf – zusammen mit Schweden –, abgesehen von Oelländern wie Kuwait usw. Wir haben die höchsten Durchschnittslöhne pro Kopf; auch da stehen wir sehr gut da. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das zu erhalten versuchen. Aber demjenigen, der an der gewerkschaftlichen Front tätig ist wie ich, zeigen sich diese Probleme eben doch, die in weiten Kreisen der Arbeitnehmer vorhanden sind. Nach der erwähnten Sparübung ist man misstrauisch geworden, skeptisch oder sogar radikal. Wir haben doch durchaus alles Interesse daran, einen Weg zu suchen, um die negativen Gefühle, die sich da breit zu machen beginnen, einzudämmen und nicht noch aufzupeitschen durch die Annahme einer derartigen Motion. Ich sehe in der Annahme einer solchen Motion eine beträchtliche Gefahr und möchte an Sie appellieren, ihr nicht zuzustimmen.

M. Gautier, rapporteur: Je ne veux pas reprendre la parole comme rapporteur mais pour une petite déclaration personnelle.

Je tiens à remercier tout particulièrement Mme Uchtenhagen pour les aimables paroles qu'elle a eues à mon égard tout à l'heure en me rappelant avec, du reste, une parfaite justesse, que je n'étais pas économiste. Il faut savoir ce qu'on entend par «ne pas être économiste». Je n'ai pas reçu de formation d'économiste, c'est juste, mais est-ce que je ne suis pas économiste? C'est un autre problème.

Je voulais simplement dire que depuis quelque sept ans que le peuple genevois m'a invité à faire partie d'abord d'un Grand Conseil puis du Conseil national, j'ai eu à différentes reprises l'occasion de voir des spécialistes de l'économie se tromper de manière tellement extraordinaire, empêtrés qu'ils sont dans les lois qu'ils croient savoir fabriquer, que je me dis que quelqu'un qui arrive en laïc, qu'un pauvre médecin, avec un tout petit peu de bon sens, a quelquefois des idées qui ne sont pas beaucoup plus fausses que celles des économistes diplômés. (Rires)

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La brochure glorieusement brandie tout à l'heure par M. Allgöwer est une brochure d'information à l'intention de nos citoyens.

A l'occasion de la dernière consultation populaire, on s'est aperçu que la connaissance de nos problèmes politiques était pour le moins limitée dans un pays qui se flatte d'être une démocratie directe; dès lors, il a paru au Conseil fédéral qu'il n'était pas inopportun qu'on pût, sous une forme plus accueillante que celle de nos messages, recevoir quelques informations sur les intentions du Conseil fédéral et les grandes lignes d'une législature. D'autre part, il y avait récession comme vous le savez – et il y a encore récession – et le secteur de la typographie est très particulièrement touché!

Quant à ce qui a été dit tout à l'heure en particulier par Mme Uchtenhagen, je ferai observer que la lettre que le Conseil fédéral a écrite il y a un mois, à votre commission doit être considérée comme une première prise de position. Elle contenait des éléments très favorables à la motion de la commission et d'autres qui étaient des réserves très claires. J'ai repris une partie de ces réserves dans mon exposé d'entrée en matière – je les maintiens, je n'y reviens pas – et d'autre part, la commission, de son côté, a modifié son texte, l'a assoupli dans certaines de ses dispositions, notamment l'évocation d'une crise éventuelle a été faite et réservée. Le Conseil fédéral, en outre –, et je vous l'avais dit – a pris au mois d'avril, des directives sévères pour l'élaboration du budget prochain, demandant de ses départements un effort de compression dans la croissance des dépenses pour le budget 1977. Cet effort est en cours; ne le découragez pas en refusant cette motion, je vous en prie! Dès lors, il ne saurait pas y avoir d'objection de notre part à l'adoption de cette motion. D'ailleurs, je relève ici que le Conseil pourrait décider de cette motion, même si le Conseil fédéral y était opposé. C'est dans vos compétences.

J'aurais compris que le groupe socialiste s'oppose à une politique de déflation ou de démontage, sans aucun doute, et je me serais trouvé à ses côtés; mais son sens des responsabilités gouvernementales devrait lui conseiller, avec nous, de s'associer à la modération des dépenses, modération que pratiquent actuellement les gouvernements allemand et autrichien, entre autres; mes collègues, MM. Apel et Androsch qui ne sont pas des radicaux de droite me l'ont dit «deutsch und deutlich».

La préoccupation de limiter la croissance des dépenses s'inscrit dans une volonté économique, d'ailleurs, celle de lutter contre l'inflation, cette dernière étant considérée par l'ensemble des gouvernements européens comme l'un des maux principaux de notre économie actuelle.

M. Weber dit que la commission enfonce une porte ouverte avec la motion proposée. Je ne veux pas ici m'engager dans une exégèse juridique, je serais certainement en état d'infériorité avec M. Weber, mais je constate qu'il y a

beaucoup de textes écrits que l'on a tendance à oublier et il n'est pas mauvais de les rappeler sous une autre forme. Le Conseil fédéral y trouvera un précieux encouragement et le nouveau régime fiscal, sans aucun doute, un atout non négligeable dans l'opinion publique.

En terminant, il serait regrettable qu'un travail qui, malgré certains éclats, a été conduit en commun et en synthèse, s'achoppe en fin de parcours sur ce que je considère comme une querelle de mots, ou comme on dit en français – en tout cas en Suisse romande – sur une «querelle d'Allemands».

Pour terminer, je rassure M. Meier: le tir du canon sera bien ajusté, il ne fera pas de dégâts à côté de la cible que nous avons définie; cette cible c'est la modération de la croissance et non pas la déflation budgétaire.

Abstimmung – Vote

Für die Annahme der Motion der Kommission 95 Stimmen
Dagegen 52 Stimmen

Präsident: Jetzt kommen wir zu den Gesamtabstimmungen. Nachdem wir beschlossen haben, zwei verschiedenen Beschlüssen zuzustimmen, haben wir auch zweimal die Gesamtabstimmung vorzunehmen.

Hubacher: Im Namen und im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich ganz kurz eine Erklärung abgeben. Wir haben jetzt die Vorlage sozusagen in der ersten Lesung durchberaten. Sie geht an den Ständerat. Wir wissen nicht, wie sie zurückkommen wird. Wir wissen auch nicht, wie sich die Abstimmungslage präsentieren wird, wie das Durchsetzungsvermögen und der Durchsetzungswille in der Abstimmungsfront aussehen werden. Wir wissen auch nicht, trotz allen beschwörenden Fragen und interessanten Beantwortungen, wo eigentlich gespart werden soll. Wir haben jetzt aus verschiedenen Voten vernommen, dass doch an einen Abbau der Sozialleistungen zum Teil gedacht wird. Wir wissen aber nicht konkret, wie, wo und bei wem. Ich muss Ihnen im Namen der fast einstimmigen sozialdemokratischen Fraktion mitteilen, dass wir, nicht zuletzt aus taktischen Gründen, weil wir wissen wollen, wie die Vorlage im Ständerat eventuell behandelt oder auch misshandelt wird, vorläufig Stimmenthaltung üben werden.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Bundesbeschluss A – Arrêté fédéral A

Für Annahme des Beschlussentwurfes 80 Stimmen
Dagegen 16 Stimmen
bei vielen Enthaltungen

Bundesbeschluss B – Arrêté fédéral B

Für Annahme des Beschlussentwurfes 114 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

Abschreibung von Motionen und Postulaten

Classement de motions et de postulats

Präsident: Es wird beantragt, abzuschreiben die Motionen (unter Vorbehalt der Zustimmung des Ständerates):

- | | | |
|---------|--------|---|
| 1969 | 10 203 | Steuerpolitik (N 12. 6. 69, Conzett; S 17. 6. 69) |
| 1969 | 10 241 | Koordinierte Steuerpolitik (S 17. 6. 69, Herzog; N 12. 6. 69) |
| 1970 zu | 10 360 | Steuerharmonisierung (N 11. 6. 70, Kommissionen für die Aenderung der Finanzordnung des Bundes; S 2. 6. 70) |
| 1972 | 11 243 | Mehrwertsteuer, Verfassungsgrundlage (N 6. 6. 72, Eisenring; S 5. 10. 72) |
| 1973 | 10 874 | Steuerreform (N 19. 3. 73, Biel) |
| 1973 | 11 798 | Umsatzsteuerpflicht von Kunstschaffenden (N 3. 12. 73, Junod; S 13. 12. 73) |
| 1973 | 11 800 | Umsatzsteuerpflicht von Kunstschaffenden (S 13. 12. 73, Girardin Lise; N 3. 12. 73) |

1975 zu 75 022 Finanz- und Steuerreform. Konzept (N 19. 6. 75, Finanzkommission; S 1. 10. 75)

die Postulate:

- | | | |
|------|--------|--|
| 1959 | 7 709 | Ausführungsgesetzgebung zur Finanzordnung (N 6. 3. 59, Widmer) |
| 1969 | 10 104 | Bundessteuer für juristische Personen (N 13. 3. 69, Weber Max) |
| 1969 | 10 250 | Neuordnung der Bundesfinanzen (N 10. 6. 69, Eisenring) |
| 1972 | 11 237 | Bundessteuer-System (N 4. 10. 72, Weber-Altdorf) |
| 1972 | 11 416 | Steuerkonkurrenz der Kantone (N 4. 12. 72, Rüttimann) |
| 1973 | 11 394 | Finanz- und Steuerordnung des Bundes (N 19. 3. 73, Letsch) |
| 1974 | 11 950 | Dienstleistungssteuer (N 5. 12. 74, Oehen) |

Nicht abgeschrieben werden das Postulat Luder (Finanz- und Steuerordnung des Bundes) und das Postulat Fischer-Bern (Ausbau der Warenumsatzsteuer). Letzteres wird gesondert behandelt.

Wird dem Abschreiben der übrigen Motionen und Postulate Opposition gemacht? Das ist nicht der Fall. Sie haben zugestimmt.

Wir sind nun am Schluss einer ziemlich mühsamen Beratung angelangt. Ich möchte den Kommissionsreferenten für ihre grosse Mühewaltung bestens danken. Aber sie kommen gleich wieder dran.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.025

Reichtumssteuer. Volksbegehren Impôt sur la richesse. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 24. März 1976 (BBI I 1503)
Message et projet d'arrêté du 24 mars 1976 (FF I 1518)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

Weber Leo, Berichterstatter: Das Ziel der Initianten bei der Reichtumssteuerinitiative ist nach der eigenen Umschreibung einmal die Steuerharmonisierung, die stärkere Besteuerung des Reichtums und schliesslich die Entlastung der unteren Einkommen. Der Weg zum Ziel wird in folgenden Massnahmen gesehen: einmal bei den natürlichen Personen eine totale formelle Harmonisierung durch Bundesgesetz, dann eine materielle Harmonisierung der Steuern für Einkommen von 100 000 Franken und darüber auf allen drei Stufen, also bei Bund, Kanton und Gemeinden durch Vorschriften über eine Mindestbelastung und eine subsidiäre Anrechnungssteuer, durch Vorschriften über eine bestimmte Freigrenze, die beim Existenzminimum liegt; dann schliesslich eine materielle Harmonisierung der Vermögenssteuer mit einer Freigrenze von 100 000 Franken; gesamthaft betrachtet also die Beibehaltung der Konkurrenz der Besteuerung zwischen Bund und den eidgenössischen Gliedstaaten. Anders bei den juristischen Personen: dort wird eine Aenderung der Steuerhoheit vorgenommen. Juristische Personen sollen in Zukunft praktisch ausschliesslich vom Bund besteuert werden, ausgenommen sind einige kleinere juristische Personen, wie z. B. Vereine, Stiftungen, vielleicht auch örtliche Ge-

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1976 - 15:30
Date	
Data	
Seite	751-765
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 829

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

findlichen Finanzpaket, zum Schluss führen, dass es für den Bundesrat zweckmässiger wäre, wenn Sie ihm den Auftrag in der elastischeren Form des Postulates erteilen könnten. Ich darf Sie aber versichern, dass wir genau in der Zielrichtung, die ich nun geschildert habe, an die Verwirklichung des Anliegens herantreten, und ich halte mit Ihnen dafür, dass wir Ihnen noch im Laufe dieser Legislaturperiode über die Ergebnisse Auskunft geben müssen. Ich danke Ihnen.

Generall: Ich möchte vorerst Herrn Bundesrat Furgler herzlich danken für seine umfassende Stellungnahme zur Motion.

Ich bin sonst immer für die harte Linie, aber ausnahmsweise werde ich doch die weiche Linie wählen. In Anbetracht der vorgerückten Stunde, aber vor allem auch der Zusage, die ich von Herrn Bundesrat Furgler bekommen habe, dass im Laufe dieser Legislaturperiode das Parlament sich mit dem Geschäft doch noch befassen muss, erkläre ich mich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

*Das Postulat wird stillschweigend überwiesen
Le postulat est transmis tacitement*

*Schluss der Sitzung um 19.30 Uhr
La séance est levée à 19 h 30*

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 30. November 1976, Vormittag

Mardi 30 novembre 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wyer

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

Siehe Seite 651 hiervor — Voir page 651 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 28. September 1976
Décision du Conseil des Etats du 28 septembre 1976

Differenzen – Divergences

Antrag der Kommissionsminderheit

(Letsch, Fischer-Bern, Leutenegger, Schärli)

1. Es sei die weitere Beratung des Steuerpaketes aufzuschieben und der Bundesrat einzuladen,
 - a. die Volksabstimmung über die Reichtumssteuerinitiative sowie den neuen Verfassungsartikel über die Steuerharmonisierung auf den März 1977 festzusetzen;
 - b. den eidgenössischen Räten eine Vorlage zu unterbreiten (allenfalls zur dringlichen Behandlung), wonach als Ueberbrückung bis zur Einführung der Mehrwertsteuer die Warenumsatzsteuer angemessen erhöht wird.
2. Der Bundesrat sei ferner einzuladen, bis zur Wiederaufnahme der Beratungen über das Steuerpaket im Herbst 1977 Bericht und Antrag zu unterbreiten, welche Möglichkeiten bestehen, um gleichzeitig mit der Mehrwertsteuer erste Schritte zur klareren Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie zur Vereinfachung und Verstärkung des Finanzausgleichs zu verwirklichen.

Proposition de la minorité de la commission

(Letsch, Fischer-Berne, Leutenegger, Schärli)

1. Il y a lieu de différer la poursuite des délibérations sur le train de mesures fiscales et d'inviter le Conseil fédéral:
 - a. A fixer au mois de mars 1977 la votation populaire se rapportant à l'initiative pour l'impôt sur la richesse et au nouvel article constitutionnel relatif à l'harmonisation fiscale;
 - b. A soumettre aux Chambres fédérales (pour être traité le cas échéant par voie d'urgence) un projet prévoyant un relèvement approprié de l'impôt sur le chiffre d'affaires, à titre de mesure transitoire, qui serait applicable jusqu'à l'institution de la taxe à la valeur ajoutée.
2. Il y a lieu en outre d'inviter le Conseil fédéral, en attendant que reprennent en automne 1977 les délibérations sur le train de mesures fiscales, à présenter un rapport, accompagné de propositions, indiquant quelles sont les possibilités d'exécuter, parallèlement à l'institution de la taxe à la valeur ajoutée, les premières mesures visant à assurer une répartition plus claire des tâches entre la Confédération et les cantons, ainsi qu'à simplifier et à renforcer la péréquation financière au sein de notre Etat fédéral.

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Die Bereinigung der Differenzen zwischen den beiden Räten stand im Zeichen der Verständigung der vier Bundesratsparteien, die sie vor der Kommissionssitzung erzielt hatten. In allen wichtigen Punkten war eine Einigung erzielt worden. Diese Einigungsbeschlüsse setzten sich in der Kommission lückenlos durch. Es darf daher angenommen werden, dasselbe werde später auch im Ständerat geschehen.

Man mag diese Einigung begrüßen oder sie belächeln; die Arbeit der Kommission hat sie jedenfalls erleichtert. Es ist zu wünschen, dass sie ihren Niederschlag auch in den Beschlüssen des Rates finde.

Zwischen den beiden Räten bestanden 19 Differenzen. Davon können 15 als echte Differenzen bezeichnet werden. Bei den restlichen vier handelt es sich um rein formale Differenzen oder um logische Folgerungen in Nebenpunkten aufgrund der Beschlüsse in den Hauptpunkten. Die politischen Parteien haben sozusagen ein Festungsfünfeck errichtet. In seinem Innern wird kein Krieg mehr geführt. Miteinbezogen sind die für das Paket lebenswichtigen Punkte: der Satz der Mehrwertsteuer von 10 Prozent, der Höchstsatz der Steuer für die natürlichen Personen mit 13 Prozent, die Festlegung der Sozialabzüge in der Höhe der Beschlüsse des Nationalrates, die Erhöhung der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer sowie eine bescheidene materielle Steuerharmonisierung als Voraussetzung für den direkten Finanzausgleich.

Die nationalrätliche Kommission hat ihre Beschlüsse auf diese Marschroute abgestimmt. In zwei Hauptpunkten stimmt sie dem Ständerat zu, in dreien bleibt sie fest. Von den verbleibenden zehn echten Differenzen beantragt sie für acht die Zustimmung zum Ständerat, während bei zweien festgehalten wird, nämlich beim Tarif der juristischen Personen und bei der Durchsetzungsklausel bei der formellen Steuerharmonisierung. Dieses Ergebnis darf wohl als echter Fortschritt gewertet werden. Dazu besteht um so mehr Anlass, als auch seine finanziellen Auswirkungen günstiger sind als jede bisherige Lösung, nämlich mit einem Minderertrag von bloss etwa 200 Millionen.

Streitig unter den Räten bleibt schliesslich die Formulierung der Instrumente der Sparmotion. Nachdem sie sich in der Zielsetzung einig sind, dürfte aber eine Verständigung auch hier in der Luft liegen.

Ein besonderes Problem stellt jenes der Besteuerung der gastgewerblichen Leistungen dar. Es wird in der Detailberatung darzulegen sein.

Die Bereinigung des Paketes ist eines; die politische Landschaft, in die es zu liegen kommt, ein anderes. Die Kommission hat sich auch darüber Gedanken gemacht. Sie musste das schon deshalb tun, weil zwei Anträge vorlagen, die eine verzögerte Gangart verlangten. Beide Anträge forderten als Uebergangsordnung eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer. Die eine sah gleichzeitig die Grundsatzabstimmung über die Mehrwertsteuer mit nachherigem ordentlichem Ausführungsgesetz vor, während ein anderer Antrag, der im Rate offenbar wiederaufgenommen werden wird, eine Verschiebung der Differenzbereinigung bis im Herbst 1977 verlangt. Bis dahin hätten die Sparübungen über die Bühne zu gehen und der Bundesrat hätte einen Bericht über erste Schritte einer neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie über eine Vereinfachung und Verstärkung des Finanzausgleichs vorzulegen.

Die Kommission hat beide Anträge eindeutig abgelehnt. Sie hielt dafür, längerfristig könne der Bundeshaushalt nur mit der Mehrwertsteuer saniert werden. Der Marsch in dieser Richtung solle jetzt nicht unterbrochen, sondern es sollte alles getan werden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Eine Erhöhung der WUST löse das Problem nicht. Sie führe zudem zu unerwünschten Verzerrungen, die nur im Notfall hinzunehmen seien. Sie müsse ebenfalls dem Volke vorgelegt werden. Eine Abstimmung nur über den Grundsatz der Mehrwertsteuer sei gefährlich, weil sie gegenüber der heutigen Vorlage einen «Schritt zurück» darstelle.

Mit dieser Sicht befindet sich die Kommission in Übereinstimmung mit dem Bundesrat und mit den Bundesratsparteien, die den Fahrplan entsprechend festgelegt haben.

Ein Kommentar zur Einigung der Bundesratsparteien war überschrieben mit den Worten: «Der Schein trügt.» Ob dem so ist, hängt von zwei Umständen ab: einmal von den Sparanstrengungen von Bundesrat und Parlament und andererseits vom Einsatz der Parlamentarier in der Volksabstimmung. Der Sparwille ist mit den Übungen rund um das Budget 1977 wenigstens in Ansätzen belegt. Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament den Eindruck nicht verwässert. Das allein genügt aber nicht; entscheidend wird sein, wie die Finanzpläne aussehen. Erst sie lassen erkennen, wohin der Weg führen soll. Es ist bedauerlich, dass sie nicht schon heute vorliegen. Sie könnten manchem von uns den Entscheid erleichtern. Bringen sie die erwartete Klarstellung, so ist das Parlament aufgerufen, sich für das Paket einzusetzen; dann sind auch seine Chancen offen. Wir beantragen Ihnen Eintreten auf die Differenzbereinigung.

M. Gautler, rapporteur de la majorité: Nous allons donc reprendre le débat sur les nouvelles mesures fiscales, sur ce qu'on a appelé le «paquet financier», débat que nous avons interrompu au mois de juin après de nombreuses heures de discussion.

Je vous rappelle que ce «paquet» a passé le cap du Conseil des Etats au mois de septembre et que nos collègues de la Chambre des cantons l'ont accepté, mais en créant dix-huit divergences.

Votre commission a siégé les 28 et 29 octobre pour étudier ces divergences. Elle vous propose de vous rallier au Conseil des Etats pour douze d'entre elles. Il n'en resterait donc plus que six pour le prochain round. Je reviendrai au cours de la discussion sur chacune de ces divergences mais je tiens, au début de cette discussion, à dire que la commission a de nouveau été grandement aidée dans ses travaux par les documents et les statistiques fournis par l'Administration fédérale des finances et par les éclaircissements que lui a apportés le chef du Département fédéral des finances et des douanes. Je pense être l'interprète de la commission en remerciant de leur aide M. le conseiller fédéral Chevallaz et ses collaborateurs.

Puisque j'en suis aux devoirs agréables, je voudrais aussi souligner l'esprit conciliant dans lequel la commission a travaillé. C'est, je pense, le fruit de la réunion, qui avait immédiatement précédé celle de la commission, des représentants des partis siégeant au Conseil fédéral. N'ayant pas le grand privilège d'appartenir à ce club, qui est aussi select qu'il est fermé, je tenais à souligner son influence favorable.

Au début de sa séance, la commission a eu l'occasion de confirmer sa décision de poursuivre ses travaux et de soutenir l'ensemble du projet, à la suite d'une proposition de notre collègue Letsch semblable à celle qu'il reprend aujourd'hui comme rapporteur de la minorité. La commission, par 18 voix contre 6, a refusé la proposition de M. Letsch. Je vous invite à en faire autant aujourd'hui.

Si séduisante que soit l'idée de remettre de l'ordre dans la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons et, par là, dans les dépenses de la Confédération, cette réalisation demanderait des études, des négociations et des projets absolument impossibles à mener à chef en quelques mois. C'est du reste ce qui ressort de la discussion que nous avons pu suivre hier entre M. Generali, au nom du groupe radical, et M. le conseiller fédéral Furgler, à propos de la motion présentée par le groupe radical.

Quant à l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires actuel, elle consisterait à remplacer la mesure effaçable qu'est l'introduction de la TVA par un expédient aux conséquences économiques regrettables. Nous avons assez parlé, je crois, en juin, des inconvénients de l'impôt sur le chiffre d'affaires tel qu'il est conçu actuellement, des dis-

torsions de concurrence qu'il provoque, de la taxe occulte dont il grève nos exportations, pour ne pas y revenir aujourd'hui. D'autre part, il n'est pas du tout certain que le peuple et les cantons seraient plus favorables à cette augmentation qu'à l'introduction de la TVA. Ensuite, on peut surtout penser que le Conseil fédéral n'a que trop tardé à nous proposer la TVA. Il aurait été plus facile de la faire accepter il y a quelques années, par exemple lors du démantèlement des tarifs douaniers, lors des accords avec les Communautés européennes. La retarder encore ne serait vraisemblablement qu'augmenter les difficultés d'acceptation par le peuple et les cantons tout en aggravant la situation financière de la Confédération.

Enfin, je vous rappelle que la proposition de M. Letsch est assez semblable à celle que nous avait faite M. Fischer au mois de juin et que vous avez repoussée par 120 voix contre 11.

Je vous recommande donc, au nom de la commission, de repousser la proposition de M. Letsch et de passer à l'examen des divergences.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit: Was ich hier zu Beginn der Differenzbereinigung vertrete, ist ein Ordnungsantrag. Es geht also im Moment nicht etwa um die Stellungnahme zum Steuerpaket, insbesondere nicht zur Mehrwertsteuer, die ich nach wie vor als gute Steuer betrachte, die auch in der Schweiz früher oder später kommen muss. Hier aber geht es um die Frage, ob in dieser Session die Voraussetzungen gegeben sind, um die Differenzbereinigung durchzuführen und hierauf – wie das beabsichtigt ist – die Schlussabstimmung vorzunehmen. Nach meiner Ueberzeugung fehlen leider diese Voraussetzungen, und zwar zur Hauptsache aus folgenden Gründen: Es war von Anfang an in weitesten Kreisen unbestritten, dass die Zustimmung zum Steuerpaket nicht bloss von dessen Ausgestaltung, sondern insbesondere davon abhängt, ob das Ausgabenwachstum gegenüber den ursprünglichen Planungszahlen vom Januar 1976 spürbar verflacht und so Gewähr für eine echte Sanierung des Bundeshaushaltes geboten werde. Zu diesem Zweck wurde auch die Vorlage eines neuen Finanzplanes gefordert bzw. vom Bundesrat versprochen. So erklärte beispielsweise unser Kollege Leo Weber, und zwar nicht als Kommissionspräsident, sondern damals als Sprecher der CVP bei der Beratung des Finanzplanes am 10. März 1976 u. a. folgendes: «Wir wünschen die Vorlage des korrigierten Finanzplanes in einem möglichst frühen Zeitpunkt, auf jeden Fall so rechtzeitig, dass er vor den massgebenden Entscheidungen für die Budgetierung für das Jahr 1977 vorliegt.» Herr Bundespräsident Gnägi versprach in derselben Debatte: «Wir werden nicht verfehlen, im Zusammenhang mit der Budgetdebatte in der Dezembersession für das Jahr 1977 diesen Finanzplan vorzulegen.» Im Eintretensreferat zum Steuerpaket am 21. Juni 1976 wies Kommissionspräsident Leo Weber erneut auf die Notwendigkeit eines neuen Finanzplanes mit dem Budget 1977 hin. Er sagte: «Dieser klare Auftrag soll hier wiederholt und bestätigt werden. Unsere Stellungnahme zum Gesamtpaket wird schlussendlich von seiner Erfüllung oder Nichterfüllung abhängen.» Nun stelle ich ganz einfach fest, dass dieser überarbeitete Finanzplan heute nicht vorliegt, so dass die genannte Voraussetzung für die Zustimmung zum Steuerpaket entfällt. Man mag nun vielleicht einwenden, diese Panne sei zwar bedauerlich, aber doch nicht so wichtig, dass deswegen die weiteren Beratungen aufgeschoben werden müssten. Zudem habe ja der Bundesrat neuerdings nun den neuen Finanzplan für die Märzsession 1977 in Aussicht gestellt. Ich mache zu diesen Einwänden folgende drei Bemerkungen:

1. Wer in der Finanzplanung wirklich ein finanzpolitisches Führungsinstrument sieht, der muss heute, d. h. also vor der Stellungnahme zu den bekanntlich recht massiven Steuererhöhungen wissen, wohin die Reise geht. Er muss insbesondere wissen, welche neuen Vorhaben in diesem

Finanzplan enthalten sind und ob es tatsächlich gelingt, mit der Mehrwertsteuer den Bundeshaushalt nicht nur in einem bestimmten Jahr, sondern mittelfristig wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Eben diese Gewissheit haben wir heute nicht. Wir haben nur Ahnungen, und zwar wenig hoffnungsvolle Ahnungen.

2. Diese Ahnungen stützen sich auf die zurzeit bekannten Planungszahlen, einschliesslich den vom Bundesrat der Finanzkommission am 10. November unterbreiteten Zwischenbericht zur Finanzplanung für die Jahre 1978 und 1979. Sie haben recht gehört: Der Bundesrat beschränkt sich jetzt plötzlich auf zwei Jahre, obwohl nach dem im Finanzhaushaltgesetz verankerten Grundsatz der rollenden Planung nunmehr das Jahr 1980 einzubeziehen wäre. Der entscheidende Grund liegt nicht so sehr in Unsicherheitsfaktoren. Solche bestanden und bestehen immer, und man kann diesen mit Varianten Rechnung tragen. Entscheidend ist vielmehr, dass die finanziellen Auswirkungen eines Teils der neuen Vorhaben erst ab 1980 besonders massiv sichtbar würden. Und eben über diese neuen Vorhaben, die in den nächsten Jahren Hunderte von Millionen und ab 1980 über eine Milliarde kosten würden, müssten wir vor der Stellungnahme zum Steuerpaket Grundsatzentscheide fällen. Anstatt diese Grundsatzentscheide jetzt zu treffen, werden nun aber im Budget – wir werden morgen darauf stossen – und im Finanzplan zwar Ausgabenreduktionen ausgewiesen, Ausgabenreduktionen jedoch, die zu einem grossen Teil gar keine echten und sinnvollen Einsparungen sind. Vielmehr stützt man die Zahlen zurecht, teils mit Schätzungs-korrekturen, teils mit dem Aufschub von Verpflichtungen um ein bis zwei Jahre, oder mit Kürzungen bei den Investitionen bzw. im Investitionsbeitragsbereich sowie den Rüstungsausgaben, also dort, wo aus volkswirtschaftlichen bzw. staatspolitischen Gründen eher eine Verstärkung angezeigt wäre. Auch bezüglich der im Zusammenhang mit dem Steuerpaket eingereichten sogenannten fällige Taten. Und so wird nun

3. gleichzeitig klar, weshalb auch die allfällige Verschiebung der Schlussabstimmung über das Steuerpaket auf die März- oder gar auf die Junisession nichts mehr nützen würde. Wohl wissen wir dann vielleicht, was der Bundesrat will bzw. was er nicht mehr will, insbesondere auch, welche neuen Gesetze oder Gesetzesänderungen er zur Gewährleistung einer echten Haushaltsanierung als notwendig erachtet. Wir wissen aber nicht, und das ist entscheidend, was dieses Parlament damit macht und ob die bundesrätlichen Anträge überhaupt Rechtskraft erlangen. Ohne diese Gewissheit aber dürfen wir nicht Steuererhöhungen im vorgesehenen Ausmass zustimmen, weil sonst – ich drücke mich jetzt sehr zurückhaltend aus – die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass mit den zusätzlichen Mitteln neue Löcher aufgerissen werden, also keine echte Sanierung des Bundeshaushaltes erreicht wird.

So bleibe ich dabei, dass Bundesrat und Parlament in den letzten Monaten die Chance verpasst haben, rechtzeitig die wichtigste Voraussetzung für die definitive Stellungnahme zum Steuerpaket zu schaffen. Wer wirklich Gewähr für eine Sanierung will, die diesen Namen verdient, der muss heute den Entscheid über das Steuerpaket aufschieben und vorerst den Sparbeweis erbringen. Hiezu sind neue Motionen und Anträge überflüssig. Sie bestehen bereits und fehlen deshalb auch im vorliegenden Minderheitsantrag.

Was indessen im Falle eines Aufschubs der weiteren Beratungen nachgeholt werden sollte, sind die in Ziffer 2 des Minderheitsantrages geforderten ersten Absichtserklärungen des Bundesrates über die Verbesserung des bundesrätlichen Finanzausgleichs einschliesslich der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Damit liesse sich vermeiden, dass jetzt aus dem Handgelenk mehr oder weniger willkürlich Mittel zersplittert werden, wie beispielsweise mit der vorgesehenen Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Im übrigen stützt sich diese Erwartung wiederum auf ein Versprechen des Bundesra-

tes, der in der Antwort auf meine bereits im Jahre 1972 eingereichte Motion wörtlich schrieb: «Es besteht kein Zweifel, dass parallel zur Einführung der Mehrwertsteuer Anträge zur Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen unterbreitet werden.»

Noch ein Wort zur angeregten Erhöhung der Warenumsatzsteuer um etwa 1 bis 1,5 Prozent: Dieser Vorschlag entspricht der wohl verständnisvollen Einsicht, dass die Sanierung der Bundesfinanzen nicht über die Verflachung des Ausgabenwachstums allein, sondern auch mit Mehreinnahmen angestrebt werden muss. Wenn also der Entscheid über die Mehrwertsteuer aufgeschoben wird – und aufgrund meiner Hinweise um mindestens ein Jahr aufgeschoben werden muss –, so ist diese Ueberbrückung – und darum handelt es sich hier – vertretbar, und zwar ohne dass sich die systembedingten Nachteile der Warenumsatzsteuer übermässig auswirken. Als Bestandteil des hier vertretenen Minderheitsantrages ist die Erhöhung der Warenumsatzsteuer auch völlig anders zu werten als der entsprechende Antrag der SVP im Rahmen der Budgetberatung. Der SVP geht es offenbar einfach darum, dem Bund möglichst rasch Mehreinnahmen zuzugestehen, das Steuerpaket aber dennoch ohne Verzug zu verabschieden. Hier hingegen geht es primär um die Verschiebung des Entscheides über das Steuerpaket aus den dargelegten Gründen und als Folge davon gewissermassen um ein Schmerzensgeld für den Bundesfiskus.

Ich komme zum Schluss: Wir schicken uns an, eine Vorlage zu bereinigen, die schlagartig Steuererhöhungen in bisher nie gekanntem Ausmass bringt, und dies in einem Zeitpunkt, da die Rezession anhält und der wirtschaftliche Strukturwandel erst angeht. Umgekehrt basteln wir munter an neuen Vorlagen und schieben wir Entscheide über den Verzicht auf so und so viele weitere neue Vorhaben «mutig» vor uns her. Vielleicht führt diese Politik des «Tun als ob», gepaart mit Drohungen verschiedenster Art, sogar zum Erfolg, sofern unter Erfolg die Annahme des Steuerpaketes verstanden wird. Die Erfahrung lehrt aber, dass man zwar ein Gefecht gewinnen und die Schlacht dennoch verlieren kann. Und die Schlacht wäre dann verloren, wenn mit der Einführung der Mehrwertsteuer die Bundesfinanzen nicht echt saniert würden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. Muret: Lors de la session d'été, nous avons proposé – sans trouver du reste un écho particulièrement étendu – la non-entrée en matière pure et simple sur le «paquet financier» fédéral et notamment sur la TVA. Nous avons rejeté l'un et l'autre à la votation sur l'ensemble. Nous n'avons pas changé de position.

De même, au cours de la discussion de détail, nous avons appuyé les divers amendements, même lorsqu'ils provenaient de la droite, qui avaient pour effet d'alléger l'énorme charge supplémentaire de 3,5 milliards de francs que l'introduction de la TVA ferait peser sur la grande masse de la population et, pour l'essentiel, sur le monde du travail. Nous n'avons pas non plus changé de position. Et c'est ainsi que nous voterons aujourd'hui le taux de 9 pour cent au lieu de 10 adopté par le Conseil des Etats, les 2,7 pour cent au lieu des 3 qu'il a prévus pour les produits de ce qui sera l'ex-liste franche et le régime transitoire à 6 pour cent pour l'hôtellerie et les restaurants.

On pourrait imaginer, dans ces conditions, que nous apportions notre appui à la proposition de minorité, indiscutablement de droite, qui vient d'être défendue et qui entend d'une part différer le présent débat sur le «paquet financier» et, d'autre part, maintenir provisoirement l'actuel impôt sur le chiffre d'affaires en relevant fortement ses taux. Il est bien clair que la première partie de cette proposition n'est pas pour nous déplaire. Par contre, il n'en est pas de même de la seconde, laquelle prévoit elle aussi, elle encore, une nouvelle charge fiscale indirecte très sensible, et cela en épargnant aux gros revenus toute

augmentation de l'impôt fédéral direct, en supprimant pour les petits toute correction de la progression à froid et, enfin, en ne faisant de cette solution temporaire qu'un régime transitoire destiné à déboucher malgré tout sur la TVA. Dans ces circonstances, le groupe du Parti du travail et du PSA s'abstiendra sur la proposition en question.

Cela dit – permettez-moi de le répéter – nous maintenons notre opposition de fond à l'ensemble du projet financier fédéral dont le caractère profondément antisocial n'a pratiquement pas changé après son premier examen par les deux Chambres.

Il faut redire sans se lasser que les 3,5 milliards de francs de charges nouvelles vont être supportés pour l'essentiel, non pas du tout par la richesse et le capital, mais par le peuple. Et c'est M. Chevallaz lui-même qui l'a reconnu, pour une fois, à la date précise de 22 juin dernier, au terme du débat sur l'entrée en matière, en constatant – soit par inadvertance, soit par honnêteté (tout est possible!), mais en tout cas sans crainte de se contredire – que l'élévation de l'impôt indirect atteint particulièrement les petits et les moyens contribuables.

Il faut redire que la liste franche sera supprimée et que cette suppression représente, selon une triple déclaration des deux rapporteurs de la commission et du chef du Département des finances, une aggravation de la charge fiscale sur la consommation qui se monte à 1 milliard. Ce qui signifie 1 milliard de renchérissement sur des produits et des services considérés comme de première nécessité.

Il faut redire qu'en même temps les sociétés capitalistes et autres seront non seulement épargnées, mais même favorisées par la réduction de 10 pour cent du taux d'impôt sur le capital et les réserves.

Si bien qu'on ne peut que rappeler ce calcul sommaire que nous avons déjà fait et qui illustre avec éclat et simplicité le contenu réel des projets fédéraux: un contribuable marié, avec deux enfants, dont le revenu mensuel se monte à 2200 francs, économisera 6 fr. 20 par mois au titre de l'impôt fédéral, pendant qu'il en dépensera 150 de plus pour son ménage, au titre de la TVA.

Et ce n'est pas tout. On oublie trop facilement que les communes et les cantons seront également frappés – et cela dans une proportion qu'on se garde bien d'évaluer et qu'il serait très intéressant de connaître. Le Conseil fédéral est-il disposé à le faire savoir? C'est d'autant plus important que les subventions aux cantons doivent être réduites par-dessus le marché. Il est évident en effet que, pour pouvoir compenser cette charge nouvelle, les pouvoirs publics cantonaux et communaux ne disposeront pas d'autres moyens que d'augmenter les impôts. D'où une double charge, indirecte d'abord, directe ensuite, pour les petits et les moyens contribuables.

Enfin, et c'est là encore un aspect du problème sur lequel on préfère passer comme «chat sur braise», l'introduction de la TVA contribuera fatalement à relancer l'inflation, cette inflation dont le Conseil fédéral déclarait lui-même, il y a deux mois, dans sa réponse à une question écrite, «qu'elle menace notre pays malgré les taux de renchérissement peu élevés que nous connaissons actuellement.»

On sait que les estimations, plus ou moins tendancieuses du reste, varient quant à l'influence qu'aurait la TVA sur l'indice des prix. On articule des chiffres qui vont de 2,5 à 6 pour cent et davantage. Quoi qu'il en soit, ou quoi qu'il doive en être, il apparaît de toute façon qu'en voulant raccommoquer la jambe fracturée du malade on risque bien de lui «coller» une broncho-pneumonie et qu'ainsi on continue à flotter en pleine contradiction.

Telles sont, en substance, les principales raisons pour lesquelles le groupe du Parti du travail et du PSA se prononcera contre le «paquet financier» fédéral.

M. Duboule: Au moment où l'on propose, sur un plan purement formel, de différer la poursuite des délibérations sur le train des mesures fiscales qui nous sont proposées,

Il me paraît indispensable de dire ici, sans entrer dans le détail des projets, que la situation financière de la Confédération pose un problème sérieux qui doit être bien entendu examiné avec sérieux, mais sans minimiser les difficultés actuelles, mais aussi sans les dramatiser.

Ces deux attitudes extrêmes me semblent irresponsables puisqu'en minimisant la situation on tendrait à reporter à plus tard des décisions inéluctables qui seraient d'autant plus difficiles à prendre qu'elles auraient tardé à venir et parce que, en dramatisant cette situation, on accroîtrait les mécontentements que les extrémistes de tous bords s'ingénient à exploiter et à attiser, parce qu'on détériorerait les relations entre les autorités et les citoyens ou même, dans le meilleur des cas, parce qu'on susciterait la résignation et l'indifférence à l'égard de la chose publique, privant ainsi l'Etat du soutien populaire nécessaire à tout véritable système démocratique.

C'est pourquoi, je considère qu'il ne faut pas nier les problèmes mais bien les analyser sereinement pour trouver ensemble une solution, des solutions de modération. La seule issue possible est bien l'impôt de consommation. Comme le système actuel de l'ICHA présente le défaut d'être occulte et de provoquer l'inégalité sur le plan de la charge fiscale, il est sage de le remplacer par un impôt de consommation pure qui ne frappe pas les investissements. C'est dire que le projet TVA contenu dans le «paquet» Chevallaz, qui est en fait le «paquet» du Conseil fédéral, mérite notre considération et notre soutien. A nous de trouver ensuite un consensus sur la politique des dépenses. Pour envisager l'échéance de juin 1977, il faut savoir que le succès de ce «paquet» a pour condition absolue des assurances formelles et crédibles sur la politique des dépenses à moyen terme. Le Conseil fédéral et les Chambres fédérales ont la responsabilité conjointe, je dis bien conjointe, de donner aux citoyens contribuables la garantie qu'avec la TVA les finances fédérales seront assainies durablement et que les recettes supplémentaires demandées ne serviront pas simplement à passer à un palier supérieur, d'où les dépenses continueraient à grimper légèrement. Non! La volonté de revenir à l'équilibre se conçoit en réalité par l'adoption d'un plan financier 1978/1979 qui établit l'équilibre pour 1979, ensuite par des perspectives 1980/1981 qui confirmeraient le retour à l'équilibre, et enfin, bien entendu, par une révision consciente et mesurée des lois portant subventions et transferts. Une telle politique, que désire d'ailleurs pratiquer M. le conseiller fédéral Chevallaz, suppose une coopération pleine et entière non seulement de ses collègues gouvernementaux mais aussi du Parlement. A défaut d'agir dans ce sens, nous abdiquerions devant nos responsabilités et la chute n'en serait que plus dure.

Comment se présente la situation aujourd'hui? Selon le projet du Conseil fédéral et en tenant compte des corrections déjà faites au plan financier de janvier, l'équilibre peut être atteint en 1979 avec un déficit de 700 millions pour 1978. Ce résultat montre bien que le gouvernement ne recherche pas l'équilibre par le seul moyen de nouvelles recettes. En effet, il a déjà réduit les dépenses de 800 millions pour 1978 et de 1,5 milliard pour 1979. Il s'agit là d'un effort sérieux qui doit se poursuivre par la révision du plan 1978/1979 et des perspectives 1980/1981. Cet effort mérite d'être soutenu. Ainsi notre objectif à nous, parlementaires, devrait être de vouloir également le retour à l'équilibre budgétaire pour 1979. Un tel assainissement n'est réalisable qu'en suivant la double voie de la compression des dépenses et de l'obtention de recettes nouvelles, la première conditionnant la seconde. Renoncer au «paquet» Chevallaz ne résoudrait rien car cela compliquerait le retour à l'équilibre et cela obligerait notre gouvernement à opérer des coupes sombres, peut-être même brutales, aux dépens de la solidarité sociale et de la solidarité confédérale, ce qui créerait des tensions politiques et sociales. Non, voyez-vous, n'ayons pas peur d'aff-

ronter l'obstacle maintenant car cette réforme me paraît inéluctable et indispensable.

Leutenegger: Ich muss der Ordnung halber zwei wesentliche Berichtigungen anbringen an den Ausführungen des Kommissionspräsidenten und vor allem auch an den Ausführungen von Herrn Letsch. Der letztere hat mich bewogen, hier das Wort zu ergreifen.

Kommissionspräsident Weber erklärte eingangs über die Differenzbereinigung, es sei eine Einigung unter den Bundesratsparteien zustande gekommen, und dies schon vor der nationalrätlichen Kommissionssitzung. Wenn dieser Hinweis in die Geschichte eingehen sollte, dann ist er zu berichtigen, und zwar, dass dies nicht so ist, wie erklärt wurde, obwohl auch unsere Partei – die SVP – sich voll und ganz für das Finanzpaket einsetzt. Zugegeben, man bemühte sich, im Vorfeld der Differenzbereinigung viel Ueberrissenes zu eliminieren und ein vertretbareres Gleichgewicht des Finanzhaushaltes zu finden. Dieses Gleichgewicht wird nur erreicht – das wissen wir alle –, wenn die Ausgabenseite massiv reduziert wird, sei es partiell, global oder linear. Ich möchte meinen, nur Zahlen und Summen zählen da, und nicht Worte oder gar Postulate.

Zu den Ausführungen von Herrn Kollega Letsch: Obwohl ich für sein Begehren einige Sympathien habe, ist ihm ein Fehler unterlaufen in der Auslegung der Beschlüsse der SVP im Blick auf die Budgetberatung. Bei der fraktionellen Budgetberatung hat die SVP-Fraktion einem Antrag zugestimmt, es sei die WUST zu erhöhen, damit der Bund nicht noch weiter in eine geradezu abnormale Verschuldung hineingerät; eine Erhöhung der WUST wäre realistisch, aber – und das möchte ich nochmals unterstreichen – nur dann, wenn vorher (also in den nächsten drei Tagen) der Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen im Finanzhaushalt des Bundes gefunden wird und wenn die Ausgaben wesentlich gekürzt werden. Das ist Voraussetzung für den WUST-Erhöhungsantrag der SVP. Das möchte ich hier deutlich unterstreichen.

M. Corbat: J'aimerais apporter une précision sur les conséquences prévisibles de la proposition de minorité qui nous est soumise, à laquelle je m'oppose. Je crois que, si nous l'adoptions, nous reporterions l'effort qui est demandé dans le cadre de cet impôt de consommation sur les 90 000 contribuables actuellement assujettis à l'ICHA. Nous les chargerions davantage, avec des taux de 10 ou 11 pour cent, ce qui constituerait une distorsion nouvelle et plus grave entre ceux qui subiraient cet ICHA renforcé d'ici l'entrée en vigueur de la TVA et l'ensemble des contribuables dont l'assujettissement est prévu dans le cadre de la TVA. Cette opération ne serait guère payante. Au mieux pourrions-nous envisager une augmentation de l'ICHA au 1er avril 1977 et compter sur une rentrée fiscale de quelque 600 millions pour l'année prochaine.

Eh bien! mes chers collègues, en renonçant à toute dépense nouvelle, cette recette pour l'année prochaine n'est pas suffisante. Dans ces conditions, la proposition qui nous est faite ne représente qu'un pis-aller, une sorte d'expédient auquel je ne puis me rallier.

En revanche, je suis d'accord avec M. Letsch lorsqu'il propose des économies dans le budget et dans le cadre du plan financier qui sera adopté pour les années suivantes. Le chef du Département des finances pratique d'ailleurs à cet égard, on s'en est rendu compte, une politique de stricte orthodoxie financière. Elle mérite, je crois, d'être soutenue.

Hubacher: Die sozialdemokratische Fraktion lehnt den Minderheitsantrag Letsch ab. Mit Nietzsche könnten wir sagen: «Es ist die Wiederkehr des Gleichen»; oder populärer ausgedrückt: «Die alten Strassen noch, die alten Ladenhüter noch...» Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, sollten wir die dreissiger Jahre nicht vergessen und nicht

in jenen Fehler zurückfallen, der damals begangen worden ist.

In den dreissiger Jahren betrieb der Bund eine Deflationspolitik; er hat gespart. Das Gleichgewicht des Budgets bzw. des Finanzhaushaltes war das Wichtigste. Das Gleichgewicht hat sich denn auch immer mehr nach unten verschoben, weil diese Spirale verhängnisvolle negative Folgen nach sich zieht. Es gelingt nur im Moment, auf der Höhe des ersten Stockes – wenn ich das so sagen darf –, das Gleichgewicht herzustellen. Die Folge aber ist, dass man dann in den Keller hinunterfällt.

Wir meinen, es sollte der Begriff beherzigt werden, der in der Betriebswirtschaft gilt: Man soll überall sparen, nur nicht bei den produktiven Ausgaben. Es ist so, wie wenn ein Ladenbesitzer sich vornimmt, bei der Schaufensterbeleuchtung am Sonntag und an den Abenden Strom zu sparen und die Fenster eben nicht mehr zu beleuchten. Damit spart er Rappen und verliert gleichzeitig bei seinem Umsatz Franken. Herr Letsch aber möchte nicht nur das Schaufenster der sozialen Schweiz nicht mehr beleuchten, sondern möchte es gleichzeitig auch ausräumen. Seine hier gegebene Darstellung ist noch sehr sanft im Vergleich zu dem, was er schreibt. Ich verweise auf die Dokumentation, die wir erhalten haben, beispielsweise auf den Artikel vom 20. Mai 1976 in der «Schweizerischen Gewerbezeitung»: «Öffentliche Finanzen und Wirtschaft.» (Es wäre ein Leichtes, viele Zitate zu bringen.) Dort wird der «Marsch zurück» befohlen.

Herr Letsch bedauert dort den nach seiner Meinung zu stark aufgeblähten Sozialstaat und erklärt, die Steuerpolitik verdiene das Prädikat «wirtschaftsfreundlich» nicht; offenbar muss sie wirtschaftsfreundlicher werden. Er wirft dem Bundesrat vor, seine Reichumssteuer unterscheide sich nicht von einer anderen Reichumssteuer, und er appelliert an die Freiheit, die gefährdet sei, wenn zuviel in sozialer Sicherheit getan werde. Es ist ein Appell, zurückzugehen und die Gelegenheit der Finanzknappheit zu benutzen, den alten Traum von der Redimensionierung endlich zu realisieren. Im Grunde genommen geht es also darum, ob wir wirklich eine Politik der leeren Kassen betreiben wollen, d. h. heisst ob wir den Sozialstaat abbauen wollen oder nicht.

Wenn Herr Letsch fordert, die Konsumausgaben des Bundes müssten reduziert werden, müsste man doch deutlich sagen, was für Ausgaben das sind; Konsumausgaben des Bundes sind weitgehend Sozialausgaben, d. h. heisst Ausgaben im sozialen Bereich. Dort soll also gespart werden. Ich gebe zu, dass Herr Letsch prominenten Beistand erhält; er hat beispielsweise die Unterstützung des Herrn Professor Wittmann von der Universität Freiburg, der sogar noch weiter geht. Herr Wittmann hat kürzlich in einem Referat öffentlich erklärt, der vollständige Abbau der öffentlichen Beiträge müsse das Ziel sein, also ein vollständiges Zurückgehen auf den Staat, wie wir ihn zu Beginn dieses Jahrhunderts hatten.

Eine «Begleitmusik» für den Antrag Letsch ist auch in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen. Dort wird der Bundesrat recht massiv angegriffen, und zwar als Kollektiv, wie auch der Sozialminister ganz persönlich, der offenbar nichts Besseres zu tun wisse (ich lese das in der gediegenen «NZZ»), als seine Sozialpolitik auf einem «finanziellen Trümmerhaufen» zu errichten.

Nach meiner Meinung geht der Antrag Letsch an der Realität vorbei. Wir haben in der Kommission vernommen (und sollten uns das vielleicht doch merken und die Relationen besser beachten), dass zurzeit die übrige Welt die Finanzpolitik des Bundes und die erfolgreiche Teuerungsbekämpfungspolitik der Schweiz sozusagen als Wunder betrachtet. Aus aller Welt kommen Leute nach Bern, die wissen wollen, wie wir das eigentlich machen. Sie fragen uns: Wie bringt ihr es fertig, in dieser schwierigen Zeit nur 1 Prozent Teuerung zu haben und dabei wirtschaftlich und finanziell noch relativ gut dazustehen? Wir aber benehmen uns, als ob wir – volkstümlich ausgedrückt – am «Verlum-

pen» wären; dabei sind wir eines der reichsten Länder der Welt. Es ist doch nicht richtig, schon in einer ersten Krisenphase so zu tun – wie das Herr Letsch vorhin demonstriert hat –, als ob wir wirklich den «Marsch zurück» anzutreten hätten. Ich meine, wir sollten den Antrag Letsch ablehnen. Die Schweiz verdient es nicht, derart behandelt zu werden. Aus diesen Gründen lehnt die sozialdemokratische Fraktion den Antrag ab.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La proposition de M. Letsch irait dans le sens de mon confort personnel parce que je m'épargnerais ainsi six mois de tournées missionnaires à travers le pays dans la solitude du coureur de fond. Je préférerais à vrai dire cette proposition, qui a l'avantage de la sincérité, à des abstentions trop prudentes et trop nombreuses ou à des «oui» qui, de votre part, soutiendraient le projet comme la corde soutient le pendu. Car je n'ignore pas qu'il faudra plus de courage de votre part que de bonne volonté pour participer à la campagne référendaire. Il n'est en effet ni agréable, ni populaire, ni probablement électoral que d'aller prêcher l'impôt, même si l'on a la conviction que cet impôt est le plus juste et le plus nécessaire.

Mais je ne peux, ni le Conseil fédéral ne peut, malgré ces arguments, suivre la voie de la facilité, parce que la voie que nous suggère M. Letsch est la voie des mauvais expédients. J'appelle mauvais expédient le renvoi du vote sur la TVA et sur la réduction de l'impôt fédéral direct parce que ce renvoi perpétue un système fiscal mal équilibré et qu'il en aggrave même les déséquilibres. Ce renvoi laisserait l'impôt fédéral direct poursuivre sa progression, nous assurant sans doute quelque 400 à 500 millions de plus-value fiscale que n'en prévoit notre projet, mais frapperait de plein fouet les revenus petits et moyens. Or, si la charge fiscale et sociale globale de notre pays est, contrairement à certaines publications fantaisistes, de 20 à 50 pour cent moins élevée que dans les pays de l'Europe industrielle, l'imposition directe, pour ces revenus moyens, compte tenu des impositions cantonales et communales et de leur inégalité dans la diversité, atteint bientôt le niveau de celle de certains de nos voisins, quand elle ne le dépasse pas, tandis que l'impôt indirect reste très en retrait de la moyenne européenne.

C'est pourquoi, en admettant que la TVA charge l'ensemble des budgets petits, grands et moyens, comme je l'ai dit, c'est vrai, Monsieur Muret, le 22 juin, il est indispensable préciser, et c'est l'équilibre de notre projet, que petits et moyens contribuables voient leurs impôts directs substantiellement allégés en raison même de l'introduction de la TVA.

Sans doute, M. Letsch propose-t-il, le cas échéant par la voie de l'urgence, une aggravation de l'impôt sur le chiffre d'affaires à titre provisoire. Je m'arrête un instant sur cette proposition pour constater d'abord que M. Letsch rend hommage à la TVA, qu'il considère comme le but à atteindre, comme l'ont déjà fait d'ailleurs tous nos voisins à des taux bien supérieurs à celui de 10 pour cent que nous proposons. M. Letsch condamne donc implicitement à terme notre vieil impôt sur le chiffre d'affaires. Pourquoi donc nous en propose-t-il l'augmentation, «eine angemessene Erhöhung», à concurrence vraisemblablement, d'après les chiffres qui ont été donnés ici ou là, de 1, éventuellement 1,5 milliard de rendement supplémentaire?

M. Letsch admet, très probablement avec nous, que l'ICHA est un impôt boiteux, qu'il est inégalement réparti, n'intervenant que par certains canaux, ne frappant que sectoriellement, mais atteignant inégalement de sa taxe occulte les denrées de la liste franche et les produits destinés à l'exportation. J'estime que recourir à l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires est un expédient peu rationnel et peu équitable et jusqu'à nouvel ordre, je lui préfère la TVA.

M. Letsch met ensuite, dans le chiffre 2 de sa proposition, les plus grands espoirs dans une plus claire répartition des

tâches entre la Confédération et les cantons. Je ne puis, sur le principe, que lui donner raison. La Confédération ne saurait intervenir sur tout et sur rien, se mêler de tout, légiférer des sentiers dans les forêts, de l'heure de fermeture des cafés, de la recette de la fondue ou de l'émincé de veau à la zurichoise. Elle doit refréner son perfectionnisme d'intervention; elle doit considérer les cantons – nous sommes sans doute d'accord avec M. Letsch – comme des partenaires adultes, à souveraineté partagée avec la Confédération, mais non pas comme des administrés à tenir en tutelle, à qui il faut tout prescrire. Mais on se ferait de grandes illusions en pensant que cette nécessaire redistribution et redéfinition des tâches pourrait alléger considérablement le budget de la Confédération. La part de cette dernière représentait 42 pour cent du budget public total en 1960. Elle est descendue à 34 pour cent aujourd'hui. C'est nettement, par rapport à nos deux voisins fédéralistes de la République fédérale allemande et d'Autriche, le budget d'Etat central le moins élevé, le moins développé.

Une nouvelle répartition des tâches qui libérerait le budget fédéral est possible, mais comme elle ne pourrait prétendre réduire substantiellement ces tâches, elle aboutirait à charger davantage les contribuables des cantons et des communes, ces contribuables directs déjà notablement surchargés à 70 pour cent de la charge fiscale totale, proportion exceptionnelle en Europe.

Vous vous rendez compte d'ailleurs que, dans la disparité de leurs ressources, les cantons rendus à une certaine autarcie, à une certaine autonomie, seraient inégalement frappés si on leur rendait les tâches actuellement assumées par la Confédération – nous pensons à l'assurance-maladie, aux universités, à l'aide à l'agriculture ou que sais-je encore.

Vous proposez, ce qui démontre d'ailleurs la faille de votre système, un renforcement de la péréquation inter-cantonale. Mais je vous le demande, Monsieur Letsch, d'où tomberont les ressources qui permettraient à la fois la «Vereinfachung» et la «Verstärkung des Finanzausgleichs»? La simplification, nous sommes d'accord. Quant au renforcement de la péréquation inter-cantonale, vous n'irez pas me dire que vous allez organiser cette péréquation par la voie d'un concordat inter-cantonale, où Genève et Bâle accepteraient d'apporter sur coussin de velours 10 à 20 pour cent de leurs ressources fiscales pour les redistribuer aux cantons désargentés. Avouez-le, et je crois que vous connaissez assez le problème pour avoir été longtemps le conseiller très écouté des directeurs cantonaux des finances, la seule péréquation raisonnable et possible se fait à partir des ressources de la Confédération, des parts des cantons aux impôts fédéraux, des subventions différentielles en fonction des besoins réels et des ressources des cantons. En refusant à la Confédération les ressources de la réforme fiscale et de la taxe à la valeur ajoutée, vous savez fort bien que ce sont les cantons que vous atteindrez le plus durement, les cantons, les communes, et à travers eux le contribuable de l'impôt direct.

Le texte de votre proposition, Monsieur Letsch, ne mentionne pas d'autres exigences de modération des dépenses que cette répartition des tâches entre cantons et Confédération. Je m'étonne de cette lacune, d'autant que votre exposé fait état de cette nécessité d'une compression des dépenses. Je m'étais demandé, dans un instant d'illusion, si vous reconnaissiez enfin l'effort accompli par le Conseil fédéral et le Parlement en 1975, et l'effort de préparation du budget 1977 en modération de dépenses. Je suis d'ailleurs pleinement d'accord avec vous, Monsieur Letsch, que l'Etat, à tous ses niveaux, dans les circonstances actuelles, ne saurait poursuivre, tête baissée, l'extension de ses interventions. J'admets avec vous qu'il y a une limite des charges fiscales et sociales qui ne peut être dépassée sans mettre en péril, en fin de compte, la capacité de compétition de notre économie. A quoi servi-

raient les institutions sociales les plus perfectionnées et les plus généreuses si nous nous trouvions demain en face de marchés extérieurs fermés, contraints de financer par l'inflation les dépenses publiques. Des exemples abondent, et pas loin d'ici, et pour des pays mieux dotés par la nature pour se tirer d'affaire tout seuls que le nôtre. Nous ne saurions donc nous engager dans de nouvelles actions sans en avoir scrupuleusement mesuré les coûts. Il est donc à notre avis nécessaire de faire une pause et à tout le moins en première urgence de consolider l'acquis.

Je regrette à ce propos, comme l'a regretté tout à l'heure M. le président de la commission, et d'autres orateurs, que la planification des années 1978 et 1979 n'ait pas pu vous être présentée avant le vote final sur le «paquet». Les raisons en sont les suivantes: l'objectif reste de réaliser pour 1979 et implicitement et honnêtement, il faut le dire aussi, pour les années suivantes l'équilibre du budget et de modérer à cet effet la croissance des dépenses de la Confédération. Et pour établir cet équilibre il nous fallait connaître, premièrement, les ressources que vous mettez tout à l'heure et la semaine prochaine encore à notre disposition après règlement des divergences. Sera-ce 3 milliards, sera-ce un demi-milliard de moins, sera-ce 1 milliard de moins? Il y a là une certaine marge d'inconnu. En l'ignorance de cet élément, il nous est difficile d'établir un plan visant à l'équilibre financier.

Deuxièmement, les tendances en modération de dépenses que vous marquerez, ou que vous ne marquerez pas, dans le vote du budget 1977, et la procédure que vous nous concéderez pour aider à cette modération des dépenses sont aussi un élément essentiel de la préparation du plan financier. Et je signale ici que les deux commissions des finances ont pour des raisons de droit, qui sont parfaitement compréhensibles, contesté notre proposition de délégation de pouvoirs pour trois ans, en dérogation aux lois.

Troisième élément qui justifie le retard dans la fourniture de notre plan pour les années 1978 et 1979, ce sont les évaluations nouvelles, moins optimistes depuis un mois ou deux, de la progression du produit national, quelque 3 pour cent, disons, pour l'année prochaine au lieu des 6 pour cent escomptés avec optimisme il y a quelques mois encore. Ce qui fait que des éléments importants du budget, tant du côté des recettes que des dépenses, devront faire l'objet d'une nouvelle évaluation.

Ces trois éléments encore incertains sont indispensables. Mais nous déposerons devant vous en janvier prochain, et pour être discutés en mars par le Parlement, une planification financière pour les années 1978 et 1979, les perspectives financières sur les années 1980 et 1981, enfin un projet législatif portant modification de certaines lois, entraînant l'octroi de subventions, qui pourra être traité sinon en mars, du moins en juin et en septembre, qui nous permettra de tenir la modération que nous voulons pour les années futures. Mais maîtriser la croissance des dépenses, comme nous nous sommes efforcés de le faire et comme vos commissions des finances y ont utilement contribué pour le budget 1977, ne signifie pas – et à plus forte raison dans un temps de récession – réduire les dépenses, c'est-à-dire renoncer aux tâches d'équipement, de défense, de sécurité sociale et de péréquation de l'Etat fédéral, accentuer la dépression par la réduction des dépenses qui, dépenses de consommation aussi bien que dépenses d'investissement, sont un élément de régulation et de soutien conjoncturel. D'ailleurs aurions-nous l'intention de procéder à une diminution drastique de nos dépenses que l'accueil dépourvu d'enthousiasme et discordant, qui était réservé au modeste exercice de modération pour 266 millions que nous avons donné en dernière vague de nos opérations, nous donne un avant-goût des joies de cette entreprise. Les propositions de M. Leutenegger d'exercer une nouvelle compression des dépenses sur le budget 1977 sont irréalistes et mettent en cause les tâches fondamentales de la Confédération. L'opération comporterait

plus de tensions politiques et sociales pour l'ensemble du pays que d'avantages pour l'équilibre de nos finances.

Je conclus. Sans doute l'échec de la réforme en juin prochain nous conduirait-il à des expédients tels que le propose M. Letsch. Ces expédients, nous les trouvons inéquitablement répartis, rendant difficile l'accomplissement des tâches de la Confédération. C'est faire durer un provisoire insatisfaisant, mal équilibré, peu rationnel. Nous pouvons, sans doute, y être contraints en juin prochain, mais nous ne voulons pas, nous n'avons pas le droit de nous y résigner d'avance. Il me paraît plus raisonnable de présenter au peuple non pas des expédients mais une réforme fiscale cohérente. Le peuple et les cantons doivent avoir le choix entre la réforme et l'expédient. Le Conseil fédéral combat la proposition d'ajournement. Mais je suis encore une fois reconnaissant à M. Letsch d'avoir présenté une alternative, fût-elle un expédient provisoire et insatisfaisant, à notre projet de réforme. Cette alternative offre une porte de sortie à ceux qui parmi vous se sentiraient le cœur trop faible pour suivre notre entreprise. Nous mesurons les difficultés de cette entreprise d'ici le mois de juin, et le courage qu'il y faudra de votre part à tous, car il faudra lutter contre des intérêts particuliers aussi divergents qu'ils seront ici étroitement coalisés.

Nous avons quant à nous fait notre tâche essentielle. C'est au Parlement dont le président nouvellement élu, M. Wyer, soulignait hier fort justement les prérogatives et les responsabilités, qu'il appartiendra dès maintenant de lutter au premier rang, de perdre ou de gagner la bataille. Ce courage, dont vous ferez preuve, je n'en doute pas, est nécessaire à l'intérêt de la Confédération et des cantons, à la cohésion politique et sociale de notre pays.

Präsident: Die Kommissionsmehrheit und der Bundesrat lehnen den Antrag Letsch ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	32 Stimmen
Dagegen	110 Stimmen

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Abschn. I Art. 41quater Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fischer-Bern, Biel, Corbat, Gautier, Letsch, Widmer)

Festhalten

Chap. I art. 41quater al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fischer-Berne, Biel, Corbat, Gautier, Letsch, Widmer)

Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Es geht hier um die Frage der Höhe der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer. Im Nationalrat war bekanntlich ein Antrag auf Erhöhung von 30 auf 40 Prozent knapp abgelehnt worden. Der Ständerat hat diese Frage wiederaufgenommen und schlägt eine Erhöhung von 30 auf 33⅓ Prozent, also auf mindestens einen Drittel, vor. Davon wäre für den Fi-

nanzausgleich ein Viertel abzuzweigen, während bis jetzt dafür ein Sechstel zur Verfügung stand. Die Motive für den Ständerat waren die folgenden: Er hat einmal darauf hingewiesen, dass die direkte Bundessteuer nach der neuen Version weniger einbringen wird als die heutige Wehrsteuer. Das hätte an sich auch zur Folge, dass der Anteil der Kantone kleiner würde, und eben hier soll nun eine Kompensation eintreten durch die Erhöhung von 30 auf 33⅓ Prozent, die ungefähr diesen Minderertrag aufheben würde. Als zweiter Grund ist genannt worden, dass die direkte Bundessteuer nun mit dem Paket als Dauerlösung vorgesehen sei. Bisher war sie immer nur von Zeit zu Zeit bewilligt worden, heute soll diese zeitliche Befristung fallen, und für diese Dauerordnung soll ein bescheidener Preis bezahlt werden. Die Kommission stimmt dieser massvollen Verbesserung der Kantonsanteile zu.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Il s'agit maintenant de savoir quelle part de l'impôt fédéral direct il faut réserver aux cantons. Au mois de juin, nous avons suivi le Conseil fédéral en décidant d'attribuer 30 pour cent de l'impôt aux cantons; or le Conseil des Etats a adopté un tiers, c'est-à-dire 3⅓ pour cent de plus que nous.

Les raisons qui ont poussé le Conseil des Etats à créer cette divergence sont au nombre de deux. La première c'est que le produit de l'impôt de défense nationale va être légèrement réduit par les abattements proposés par le Conseil fédéral et le Parlement et, de ce fait, si on ne l'augmente pas, la part totale des cantons sera diminuée. C'est pour compenser cette diminution que le Conseil des Etats vous propose d'attribuer 33⅓ pour cent.

La deuxième raison, c'est que cette proposition permet d'augmenter la part réservée à la péréquation intercantonale et que le Conseil des Etats a pensé que c'était une bonne mesure. Je vous rappelle qu'au mois de juin nous avons dû choisir entre deux propositions – respectivement 30 et 40 pour cent – qui allaient beaucoup plus loin que la proposition du Conseil des Etats. Nous avons donné la préférence aux 30 pour cent par 69 voix contre 67, c'est-à-dire à une faible majorité, tandis que le Conseil des Etats a pris sa décision par 22 voix contre 14. Votre commission vous propose de nous rallier au Conseil des Etats, c'est-à-dire de donner un tiers du produit de l'impôt de défense nationale aux cantons, et votre commission vous fait cette proposition par 16 voix contre 17. Je vous recommande donc, au nom de la commission, de vous rallier au Conseil des Etats, bien que personnellement je ne sois pas tout à fait d'accord avec cette manière de voir. Cette augmentation de la part cantonale coûtera 100 millions par an à la caisse fédérale à partir de l'année 1979.

Fischer-Bern, Berichterstatter der Minderheit: Im Auftrage der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, dem Bundesrat zuzustimmen. Es sind zur Hauptsache zwei Gründe, die zu dieser Stellungnahme geführt haben. In erster Linie möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Rahmen dieser Finanzordnung die Bundesfinanzen sanieren wollen und nicht die Kantonsfinanzen. Nun können Sie nicht gut die Bundesfinanzen sanieren, wenn Sie gleichzeitig die Bundeseinnahmen vermindern bzw. zusätzliche Ausgaben in die Finanzordnung aufnehmen. Es handelt sich um jährlich 100 Millionen Franken, die dauernd – nachdem es sich ja um eine Verfassungsbestimmung handelt – zusätzlich vom Bund den Kantonen zugehalten werden sollen. Der zweite Grund ist derjenige, dass wir wissen, dass das finanzielle Verhältnis zwischen Bund und Kantonen einmal grundsätzlich geordnet werden muss. Wir dürfen diese zukünftige Aufgabenteilung und damit auch Finanzaufteilung nicht präjudizieren durch eine nicht mehr rückgängig zu machende – also irreversible – Erhöhung der Kantonsanteile. Sie wissen, dass heute schon der Transferanteil bei den Bundesausgaben zwei Drittel des ganzen Bundesbudgets ausmacht, d. h. also, dass 10 Milliarden Franken an die Kantone, die Gemeinden, Körper-

schaften, Organisationen, Private usw. verteilt werden. Wir können diesen Transferanteil nicht ständig erhöhen. Es ist sogar notwendig, wenn wir bei den Ausgaben auch etwas tun wollen, vor allem beim Transferbereich anzusetzen.

Wenn Sie nun im Moment, wo wir vor dieser Rückbildung stehen, den Transferbereich erneut vergrössern, und zwar – ich wiederhole es – auf eine irreversible Art und Weise, dann tun Sie etwas, das wir bestimmt nicht tun sollten. Ich mache Sie im übrigen darauf aufmerksam, dass der Bundesrat selbst im Rahmen des Budgets 1977 eine Reduktion der Anteile der Kantone an den Wehrsteuereinnahmen realisieren wollte. Das ist dann vorläufig gescheitert, weil es nicht gerade auf eine besonders glückliche Art und Weise gemacht worden ist. Sie erinnern sich aber auch, dass wir selbst vor zwei Jahren die Kantonsanteile gesenkt haben. Ich betrachte es nun nicht als tragbar, dass wir dieses «Stägeluf-und-Stägeliab» weiterhin praktizieren, einmal senken wir die Kantonsanteile, dann probieren wir sie zu senken, und dann erhöhen wir sie wieder. Man sollte das bisherige System, d. h. die bisherigen Anteile von 30 Prozent weiterhin gelten lassen; das entspricht auch dem Sinn und Geist der Finanzordnung, die Mehreinnahmen bringen soll und nicht Mehrausgaben. Ich mache Sie im übrigen darauf aufmerksam, dass das Argument, dass durch die Reduktion der Wehrsteuer die Kantone besonders zu leiden hätten, nur bedingt zutrifft. Die Kantonsanteile an der Wehrsteuer haben sich nämlich im Laufe von einem Jahr, nämlich von 1974 auf 1975 von 606 Millionen Franken auf 966 Millionen Franken erhöht. Es ergab sich also eine massive Erhöhung in der letzten Zeit. Und wenn sich das nun wieder etwas normalisiert, ist das keine unbillige Härte für die Kantone. Ich möchte also bitten, dass wir aus finanzpolitischen Gründen, aber auch aus staatspolitischen Gründen, weil das finanzielle Verhältnis zwischen Bund und Kantonen im Rahmen dieser Finanzordnung nicht präjudiziert werden darf, dem Antrag des Bundesrates und dem Antrag der Kommissionminderheit zustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il est bien évident que le chef du Département des finances ne verrait pas disparaître 100 millions de son plan de recettes avec un enthousiasme indescriptible et ne pourrait pas se rallier à la légère à cette proposition. Je remercie M. Otto Fischer de s'être fait, avec une éloquence particulière mais assez rare en ce style, le très brillant défenseur des thèses du gouvernement. Le Conseil fédéral doit toutefois admettre qu'il faut tenir compte, au sein du Parlement, d'un certain consensus et d'une certaine conciliation. Il a entendu avec intérêt les arguments de la péréquation, l'argument de la perte que les cantons feront par la réduction de quelque 400 à 500 millions du produit de l'impôt fédéral direct. Il se souvient que dans ce Conseil, à 2 voix de majorité, a été évitée une proposition qui attribuait aux cantons non pas 33 pour cent de l'impôt fédéral direct, mais 40 pour cent. Or, comme en politique il faut être réaliste, nous ne porterons pas un deuil éternel si vous vous ralliez à la proposition de la majorité de votre commission.

Je dirai un mot sur les parts cantonales, M. Fischer ayant fait allusion à cet élément. Dans les réductions de ces parts cantonales auxquelles il a été procédé en 1975 et auxquelles on a failli avoir recours en 1976, il n'y a pas, à mon avis, un argument qui doive aller à l'encontre des droits des cantons à une part de l'impôt fédéral direct. En effet, il nous paraît que l'exercice de réduction des parts cantonales ne peut être qu'une procédure de la dernière nécessité. Les circonstances de 1975 avaient justifié cette procédure, la répétition de ces réductions unilatéralement décidées mettrait en cause le respect que l'on doit avoir de la personnalité cantonale.

Präsident: Wir bereinigen die Differenzen bei Artikel 41quater Absatz 2.

Wir haben folgende Situation: Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen mit dem Ständerat, den Anteil der Kantone an der direkten Steuer von bisher 30 auf 33⅓ Prozent zu erhöhen und gleichzeitig den bisherigen Wehrsteuersechstel in einen Wehrsteuervierteil für den Finanzausgleich umzuwandeln. Die Minderheit beantragt Ihnen, den ursprünglichen Antrag des Bundesrates aufzunehmen. Der Bundesrat überlässt den Entscheid dem Rat.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	79 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	60 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 3 Buchst. b

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Schlappy, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich, Uchtenhagen, Widmer)

Festhalten

Chap. I art. 41quater al. 3 let. b

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Schlappy, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich, Uchtenhagen, Widmer)

Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Zur Diskussion stehen die beiden Sätze 14 Prozent oder 13 Prozent. Der Nationalrat hat 14 Prozent beschlossen, der Ständerat 13 Prozent, und zwar mit einem sehr klaren Entscheid, nämlich mit 32 : 5 Stimmen, was Sie beachten mögen.

Die Argumente für den Ständerat waren auf der einen Seite die hohe Steigerung des Höchstsatzes bei den natürlichen Personen seit dem Jahre 1970, nämlich um etwa 80 Prozent, dann als zweiter Grund, dass man die hohen Einkommen nicht voll vom Bund ausschöpfen soll, sondern dass man sie den Kantonen zur teilweisen Ausschöpfung überlassen sollte.

Die Kommission stellt Ihnen den Antrag, hier auf die Linie des Ständerates einzuschwenken, der – wie ich bereits gesagt habe – sich sehr klar für diesen Satz (13 Prozent) ausgesprochen hat. Im übrigen glaube ich, dass man immer wieder sagen und darauf hinweisen muss, dass diese Frage nicht überbewertet werden soll, weder die 14 noch die 13 Prozent. Im wesentlichen handelt es sich nämlich um Optik. Wenn man die Belastung im Kanton Zürich mit der höchsten Belastung in der Schweiz, mit 35 Prozent für die hohen Einkommen, berücksichtigt und diese 13 oder 14 Prozent dazu zählt, dann geht es effektiv um die Frage 48 oder 49 Prozent. Das ist also so oder so eine sehr hohe Belastung.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Nous en sommes au taux maximum pour les hauts revenus en matière d'impôt de défense nationale. Je vous rappelle qu'au mois de juin, nous avons proposé 14 pour cent; le Conseil des Etats, à une forte majorité – 32 voix contre 5 – nous propose 13 pour cent. Les arguments pour abaisser ce maximum d'un pour cent sont les suivants: le principal est que le taux de l'impôt fédéral direct a déjà été augmenté considérablement ces dernières années; il a pratiquement doublé en une dizaine d'années; l'autre argument, c'est qu'il faut aussi laisser aux cantons une certaine possibilité d'imposer les gros revenus. Les cantons ne s'en sont pas fait

fauté ces dernières années et ils continueront probablement dans cette voie à l'avenir. Il ne faut donc pas les priver de cette source de revenu.

Le président de la commission l'a dit tout à l'heure: l'imposition directe des gros revenus à Zurich atteint 47 à 48 pour cent si l'on tient compte des impôts de la Confédération, des cantons et des communes. Je pense qu'il considère que 47 ou 48 pour cent, cela ne fait pas une grosse différence, mais enfin un pour cent de plus à ce niveau-là cela commence quand même à compter. Je crois que ce n'est effectivement pas une affaire vitale mais, étant donné la forte majorité qui s'est dégagée au Conseil des Etats, qu'au mois de juin nous n'avions voté le 14 pour cent que par 98 voix – contre 62 à 12,5 pour cent –, et que votre commission s'est prononcée pour 13 pour cent par 13 voix contre 10, je vous demande de bien vouloir suivre la majorité de la commission et de vous rallier à la décision du Conseil des Etats en votant 13 pour cent. C'est une opération qui coûterait environ 60 millions à la caisse fédérale.

M. Schläppy, rapporteur de la minorité: On a l'habitude d'évoquer les cantons, leurs difficultés et leurs besoins de trésorerie pour justifier la position adoptée par la majorité de la commission. En réalité, tout le monde le sait, la concurrence que se font les cantons par le biais de la diversité de leurs lois les empêche bel et bien de prélever des impôts au sommet comme ils pourraient le faire ici; c'est de la théorie. En pratique les choses ne se passent pas du tout de cette façon-là, les cantons n'ont pas cette liberté que l'on veut bien leur prêter.

On nous dit maintenant qu'on est en présence d'une perte de 60 millions, que ce n'est pas grand-chose. Or je vous rappelle, et vous aurez l'occasion de le voir lorsque nous en serons au budget, que la Commission des finances, après le Conseil fédéral, après les services de l'administration, ont fait une gymnastique incroyable pour ratisser au peigne fin, par 100 000 francs, dans tous les secteurs où c'était possible de le faire, pour arriver à récupérer quelque argent; 60 millions ce n'est donc pas rien dans ces conditions! D'autre part, la charge des contribuables sera allégée par les déductions sociales qui sont consenties et qui ne sont pas négligeables. Enfin, on dit 13 pour cent. En réalité, ce 13 pour cent n'est jamais atteint; on tend vers 13 pour cent. Il serait souvent intéressant de pouvoir utiliser dans cette salle le tableau noir ou projeter des graphiques. On raccourcirait très certainement le temps des débats et on s'expliquerait plus clairement. Mais si vous adoptez 14 pour cent, pour 270 000 francs en chiffre rond, on n'atteindra que 13,23 à 13,53 pour cent selon la base de calcul; on n'arrive jamais à 14 pour cent.

Si vous voulez que l'imposition soit pratiquée à 13 pour cent au maximum, comme cela a été dit tout à l'heure, en additionnant les taux pratiqués par les communes, les cantons et la Confédération, pour arriver à ce 49 pour cent que l'on vient de citer, il faudrait que le 13 pour cent soit atteint; or il ne l'est jamais. Si l'on veut atteindre un taux réel de 13 pour cent, il faut tabler sur 14. Nous admettons alors que l'on impose les revenus à 13 pour cent; mais pour y parvenir, il faut que nous ayons 14 pour cent dans la systématique proposée. Je vous invite donc, au nom de la minorité, à vous rallier au taux de 14 pour cent.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Notre proposition d'un maximum de 14 pour cent nous paraissait supportable, voire raisonnable; nous continuons de le penser. Nous regretterons les 60 millions qui risquent de manquer pour équilibrer notre projet, mais nous admettons volontiers que le problème n'est pas cosmique, qu'il y a des nécessités de compromis politique; nous en laissons la responsabilité au Parlement.

Präsident: Die Kommissionsmehrheit beantragt einen Höchstsatz von 13 Prozent, die Kommissionsminderheit beantragt 14 Prozent.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	64 Stimmen

Präsident: Wir behandeln bei logischem Zusammenhang mit dem Höchstsatz unter Ziffer II die obere Begrenzung der Progressionsskala.

Abschnn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. b

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Schläppy, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich, Uchtenhagen, Widmer)
Festhalten

Chap. II art. 8 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Schläppy, Biel, Bussey, Diethelm, Gerwig, Hubacher, Rubi, Stich, Uchtenhagen, Widmer)
Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Wie es der Herr Präsident gesagt hat, behandeln wir jetzt den Tarif für die natürlichen Personen in Artikel 8 der Uebergangsbestimmungen. Wenn wir den Höchstsatz der direkten Bundessteuern auf 13 Prozent festlegen – so haben wir es getan –, dann müssten wir auch den Tarif entsprechend anpassen. Was hier geschieht, ist also eine logische Folge der Ansetzung des Höchstsatzes auf 13 Prozent in Artikel 41quater. Der Ständerat hat bei dieser Frage noch diskutiert, ob man das geltende Tarifsystem, das System mit sogenannter abgebrochener Progression, übernehmen sollte – seine Kommission hatte einen entsprechenden Antrag gestellt –, oder ob man konsequent bei der Ausgestaltung des Systems der überschüssigen Progression bleiben soll, wie der Nationalrat das beschlossen hat. Der Ständerat hat dann diesem System des Nationalrates beigeplichtet, und wir beantragen Ihnen, das selbe zu tun.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Il s'agit ici des tranches d'imposition au niveau de l'impôt fédéral de défense nationale. Par la décision que vous venez de prendre tout à l'heure, il est évident que l'on ne peut plus dépasser un taux total de 13 pour cent. Si je comprends bien la proposition de la minorité, M. Schläppy, à qui je viens d'en parler, maintient sa proposition, c'est-à-dire qu'il voudrait fixer une tranche d'imposition à 14 francs à partir de 100 000 francs de revenu mais tout en étant conscient qu'inévitablement il faudrait arrêter ce barème de 14 francs à un moment donné – je n'ai pas fait le calcul – pour ne pas dépasser au total le taux de 13 pour cent. Je pense que c'est dans ce sens que M. Schläppy va motiver sa proposition de minorité.

La commission, quant à elle, a estimé qu'il était plus simple et plus normal, pour les raisons que je vous ai exposées déjà tout à l'heure, de proposer à partir de 100 000 francs une imposition de 13 pour cent, comme le fait le Conseil des Etats.

Je vous invite donc, au nom de la commission qui l'a décidé, par 13 voix contre 8, à vous rallier ici à la proposition

du Conseil des Etats et à nous en tenir à l'imposition de 13 francs par 100 francs de revenu en sus.

M. Schläppy, rapporteur de la minorité: Nous procédons ici à la «toilette» – si je puis dire – de la loi. Il paraît logique de reprendre ce chiffre de 13 francs de progression puisque l'on s'est arrêté à un taux de 13 pour cent. En réalité, ces chiffres n'ont rien à voir l'un avec l'autre. Certes, on peut se battre sur toutes les systématiques quelles qu'elles soient mais la logique, me semble-t-il, tend vers une croissance de l'imposition dans les revenus les plus élevés. Par conséquent, stopper à 13 pour cent le taux de croissance est une bonne chose, mais c'est encore mieux de prévoir une imposition de 14 francs de plus par 100 francs de revenu en sus, au-delà de 100 000 francs de revenu. En effet, de cette manière, on n'arrête pas brusquement la gradation: la progression est plus logique et plus normale qui si l'on maintient ici la somme de 13 francs d'impôt de plus.

En l'occurrence, je vous invite vivement à suivre la proposition de la majorité en adoptant l'imposition de 14 francs de plus par 100 francs de revenu en sus après 100 000 francs de revenu.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Comme on nous le dit, c'est ici un problème de «toilette» interne. Dans le cas particulier, notre souci est de parvenir malgré tout à une solution adoptable le plus rapidement possible par les deux conseils. Les divergences minimales qui vous séparent sur ce point-là me font opter plutôt pour la thèse de la majorité qui me paraît aller mieux dans le sens de la logique de ce taux maximum de 13 pour cent que vous avez choisi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	80 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	63 Stimmen

Präsident: Nun bereinigen wir in Artikel 41quater die Frage der Minimalsteuer.

Abschn. I Art. 41quater Abs. 4 Buchst. a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fischer-Bern, Gautier, Leutenegger, Schärli, Weber-Alt-dorf)

Festhalten

Chap. I art. 41quater al. 4 let. a

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fischer-Berne, Gautier, Leutenegger, Schärli, Weber-Alt-dorf)

Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Die Fragestellung ist bekannt. Es handelt sich darum, ob bei den juristischen Personen eine nach Ersatzfaktoren bemessene Minimalsteuer in die Verfassung eingefügt werden soll oder nicht. Vom Nationalrat ist diese Minimalsteuer seinerzeit mit einer Stimme Mehrheit beschlossen worden. Der Ständerat hat sie ohne Diskussion abgelehnt, aus den gleichen Motiven, die schon im Nationalrat gegen sie vorgebracht worden waren: auf der einen Seite nicht besonders gute Erfahrungen in den Kantonen, die diese Steuer einge-

führt haben; dann aber insbesondere weil sich in der Zeit der Rezession gezeigt hat, dass diese Steuer gewisse Auswirkungen haben kann, die man gar nicht will, indem Gesellschaften mit sinkendem Umsatz unter die Minimalsteuer gefallen sind, die man nicht darin sehen möchte, während andere Firmen, die man hier sehen wollte, nicht darunter fallen.

Wir beantragen, dem Beschluss des Ständerates zu folgen.

M. Gautier, rapporteur: Je ne reviens pas en détail sur le problème de l'impôt minimum sur les sociétés qui avait été longuement discuté au mois de juin; je vous rappelle qu'un certain nombre de membres de ce Conseil avaient estimé nécessaire d'introduire un impôt minimum sur les sociétés; ce Conseil l'avait accepté à une voix de majorité: 68 contre 67 – et le Conseil des Etats l'a biffé sans même le discuter et ce, à l'unanimité.

Les raisons du Conseil des Etats sont doubles: tout d'abord, le peu d'efficacité de cet impôt minimum et ensuite son impopularité, en particulier de la part des soutiens des coopératives, qui rejaillirait sur tout le «paquet financier», risquant de causer son échec au mois de juin devant le peuple.

Pour ces raisons, votre commission propose, à la majorité de 17 contre 6, de se rallier à la décision du Conseil des Etats et de renoncer à introduire dans la constitution cet impôt minimum.

Fischer-Bern, Berichterstatter der Minderheit: Im Namen der Minderheit beantrage ich Ihnen, an unserem Beschluss vom Juni dieses Jahres festzuhalten. Die Herren Kommissionsreferenten haben Ihnen die Begründung des Ständerates für die Streichung genannt. Dazu nehme ich wie folgt Stellung: Es trifft nicht zu, dass diese Minimalsteuer die Migros und die Konsumvereine nicht treffen würde. Sonst hätten diese beiden Organisationen in ihren Zeitungen nicht derart heftig gegen den Beschluss des Nationalrates polemisiert, sondern hätten gesagt: Das kostet nichts und trifft nur die anderen, deshalb können wir zustimmen.

Ferner wird heute behauptet, dass die Minimalsteuer Firmen treffe, auf die sie nicht zugespielt sei, nämlich Unternehmungen, die unter der Rezession leiden. Da mache ich speziell darauf aufmerksam, dass es sich bei der Abstimmung, die wir nun vorzunehmen haben werden, nicht um die sofortige Einführung der Minimalsteuer handelt, sondern um die verfassungsmässige Kompetenz für den Bundesgesetzgeber, die Minimalsteuer einzuführen. Das bedeutet, dass wir nach einer Annahme unseres Antrages Zeit haben werden, eine Lösung zu finden, die den heute vorgebrachten Einwänden Rechnung trägt; eine Lösung, die vielleicht eine gewisse Fortentwicklung dessen bringt, was in den Kantonen bereits besteht. Ich mache Sie in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Minimalsteuer in 15 von den 25 Kantonen und Halbkantonen bereits besteht. Es handelt sich also nicht um irgendein Phantasieprodukt, das wir in die Verfassung aufnehmen wollen, sondern um eine Steuer, die bereits in einem grossen Teil unseres Landes besteht. Es ist nicht einzusehen, warum der Bund nicht auch die verfassungsmässige Grundlage schaffen sollte, um diese Steuer auf dem Wege der Gesetzgebung in einer vernünftigen Weise einzuführen.

Die Situation im Detailhandel ist sehr kritisch. Im Laufe von nur acht Jahren hat sich die Zahl der Lebensmittel-Detailbetriebe von 19 000 auf etwa 11 000 reduziert. Die Konsequenz daraus sind Versorgungsschwierigkeiten in einer Reihe schweizerischer Gemeinden oder städtischen Quartieren. Dabei behaupte ich nicht, dass der einzige Grund dieser Abnahme die ungleiche steuerliche Erfassung der verschiedenen Betriebsgrössen sei. Aber es ist offensichtlich so, dass die seit Jahrzehnten praktizierte steuerliche Privilegierung der Grossbetriebe im Detailhandel doch Konsequenzen auf die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den grossen und kleineren Betrieben hat. Ich habe Ihnen schon in der Sommersession dargelegt, dass die Kommis-

sion Piller, die aufgrund einer Motion des damaligen Ständerates Piller eingesetzt worden war, schon im Jahre 1956 feststellte, es bestehe eine Privilegierung der Grossbetriebe des Detailhandels in steuerlicher Beziehung. Jener Kommission Piller gehörte kein geringerer an als unser früherer Ratskollege Imboden, aber auch der nachmalige Bundesrichter Zwahlen an; also Leute, die von den Dingen etwas verstanden haben, aber dem Detailhandel nicht nahestanden, das heisst die Sache neutral betrachteten. Ich möchte Sie bitten, an unserem Beschluss vom Juni dieses Jahres festzuhalten, damit wir in der Verfassung eine Möglichkeit der Besteuerung nach Ersatzfaktoren erhalten. In der Folge wäre es dann Sache einer sorgfältigen Abklärung, diese Minimalsteuer so auszugestalten, dass sie ihr Ziel erreicht, nämlich eine gerechte steuerliche Erfassung der verschiedenen Betriebsgrössen nach deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Dabei könnte den Nachteilen, die dieser Lösung heute nachgesagt werden, und den vorgebrachten Kritiken Rechnung getragen werden. Mir liegt daran, eine saubere Lösung zu erhalten, damit die jahrzehntelange Diskussion über die Besteuerung der Genossenschaften einmal aus der Welt geschaffen werden kann. Daran können Sie einen Beitrag leisten, wenn Sie meinem Antrag zustimmen.

M. Moser: Trois raisons militent en faveur de l'introduction d'un impôt minimum.

La première réside dans le fait que l'exercice auquel nous nous livrons a pour but de procurer à la Confédération les ressources dont elle a impérieusement besoin. Or rien qui ne soit équitable ne doit être négligé à cette fin. Notre deuxième conviction a précisément pour raison l'égalité devant l'impôt. Il est inadmissible qu'une société, de par sa nature juridique – qui apparaît souvent comme une couverture d'une activité économique florissante – échappe de ce fait à l'impôt. M. Fischer l'a rappelé, la plupart des cantons l'ont compris. Là où le sujet fiscal, et nous pensons en ce moment aux sociétés multinationales, peut délibérément décréter son bénéfice, il n'y a plus égalité devant l'impôt. Enfin, notre troisième raison se fonde sur le texte même de la proposition de minorité qui précise bien qu'un impôt minimum basé sur des facteurs de remplacement peut être introduit. Ce texte annonce la teneur des dispositions d'application. Là, et là seulement où l'impôt direct ne peut, pour des raisons juridiques, atteindre son but, intervient alors au titre de remplacement l'imposition minimum requise par les circonstances. Trois raisons qui permettent d'imposer les personnes morales, quelle que soit leur forme juridique, selon leurs capacités économiques vraies.

Stich: Ich beantrage Ihnen, der Kommissionmehrheit zuzustimmen. Wenn ich jetzt das Wort ergreife, so vor allem um Herrn Otto Fischer zu sagen, dass die Genossenschaften sich dagegen wehren, Privilegien zu bekommen. Herr Fischer geht ganz offensichtlich davon aus, dass die Genossenschaften eine Vorzugsbesteuerung hätten. Das ist nicht der Fall, sie werden heute nach den genau gleichen Prinzipien besteuert wie die Aktiengesellschaften. Wenn man für sie eine Sondersteuer einführen würde, so wäre das zwar ein Privileg, aber im Sinne einer zusätzlichen Bestrafung. Und dagegen wehren sich die Genossenschaften. Ich glaube, es ist nicht so, dass es in der Schweiz obligatorisch ist, einen maximalen Gewinn zu erzielen. Sonst bräuchten wir ja auch keine Preisüberwachung in diesem Land. Aber es wäre doch auch sonst ungerecht, denn Sie wissen ganz genau, dass Sie mit solchen Vorschlägen die Probleme, die im Detailhandel bestehen, nicht lösen können. Herr Otto Fischer weiss so gut wie ich, dass es auch andere Unternehmen gibt, die wahrscheinlich dem privaten Detailhandel bedeutend mehr Sorgen machen als die Genossenschaften selbst. Ich bitte Sie also, diesen unmöglichen Antrag abzulehnen. Es geht auch nicht an, dass man eine Kompetenz schafft für etwas, von

dem niemand weiss, wie es auch realisiert werden soll, ganz abgesehen davon, dass auch materiell kein Grund vorhanden ist, eine solche Bestrafung der Genossenschaften vorzusehen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Reprenons les arguments qui ont été développés ici. Une fois de plus, cet impôt minimum satisfait peut-être à une certaine équité – cela reste assez théorique. L'expérience faite en plusieurs cantons, l'analyse faite par une thèse qui date de 1974, je crois du Dr Müller, et qui était extrêmement intéressante, nous démontrent qu'en fait les résultats sont extrêmement minimes en fonction de la complication administrative. On nous signale ici – je ne peux pas cependant garantir ce chiffre – qu'en Thurgovie par exemple l'impôt minimum donnait le 0,32 pour mille des recettes fiscales cantonales. Donc, au point de vue fiscal en tout cas, le rapport est nul et, avec un impact aussi faible, il va bien sans dire qu'on ne va pas sauver le commerce de détail. Il est bien clair que les cantons qui pratiquent cet impôt minimum n'ont pas un commerce de détail plus florissant que les autres. Qu'on le veuille ou non, il y a, hélas! une certaine évolution dans ce domaine, et ce n'est pas un impôt qui reste très marginal qui pourrait aider les cantons.

L'argument du temps de récession mérite une certaine attention – M. Fischer y a d'ailleurs fait allusion. L'impôt minimum frappe ou frappera certaines personnes morales que l'on ne songeait nullement à y assujettir, avant tout des entreprises appartenant à la branche de la construction, à l'industrie du bois, des textiles, ainsi qu'à l'industrie horlogère. Certains cantons envisagent même, en fonction de cette situation, de revenir en arrière, quelquefois sous la pression des mêmes milieux politiques que ceux qui ont demandé en son temps l'introduction de l'impôt minimum. On se demande si à l'occasion d'une prochaine révision de la loi fiscale, dans certains de ces cantons, il ne faudrait pas supprimer l'impôt minimum sur les recettes brutes. Je m'étonne, au surplus, que M. Otto Fischer qui est si allergique aux interventions de l'Etat d'une manière générale et plus particulièrement en matière de fiscalité, veuille nous faire ainsi le cadeau d'une «Kann-Vorschrift» fiscale éventuelle. Je lui donnerai un conseil: Monsieur Fischer, il ne faut pas donner à l'Etat plus d'armes et plus d'impôts qu'il n'en demande.

Präsident: Die Kommissionmehrheit lehnt die Einführung einer Verfassungsbestimmung für eine Minimalsteuer bei juristischen Personen ab. Die Kommissionminderheit beantragt diese Einführung gemäss Antrag Fischer-Bern.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	85 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	55 Stimmen

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Letsch, Butty, Corbat, Fischer-Bern, Generali, Leutenegger, Weber-Altdorf)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Chap. I Art. 42ter al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Letsch, Butty, Corbat, Fischer-Berne, Generali, Leutenegger, Weber-Altdorf)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Artikel 42ter Absatz 2 ist im Nationalrat eigentlich eher überraschenderweise aufgenommen worden. Dadurch soll die Harmonisierung in Form einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen, und zwar beim direkten Finanzausgleich, durchgeführt werden. Im Ständerat war ursprünglich ein weitergehender Antrag gestellt worden; er ist dann aber fallengelassen worden. Der Ständerat hat diesen Artikel ganz eindeutig abgelehnt, und zwar mit 5:28 Stimmen mit der Begründung, er gehöre nicht ins Finanzpaket; wenn schon, dann müsste man ihn bei der formellen Steuerharmonisierung unterbringen. Und dann ist im Ständerat auch ganz klar gesagt worden, dass im Grunde genommen zurzeit kein politischer Wille zur materiellen Harmonisierung im Ständerat vorhanden sei. Die nationalrätliche Kommission beantragt Ihnen mit 14:9 Stimmen Festhalten am Artikel, und zwar im wesentlichen darum, weil doch viele Kreise im Schweizerland einen bescheidenen Ansatz der materiellen Steuerharmonisierung verlangen, mindestens dort, wo Bundesbeiträge in die Kantone hinausfliessen und an gewisse Kriterien gebunden sind. Ich meinerseits möchte beifügen, dass im Grunde genommen dieser Artikel nichts Neues darstellt. Im Bundesgesetz über den Finanzausgleich unter den Kantonen sind vier Bemessungskriterien enthalten: erstens die Wehrsteuersubstanz, zweitens die Steuerkraft, drittens das Berggebiet, viertens (ich zitiere wörtlich): «die Steuerkraft und ihre Ausschöpfung durch Kantone, Bezirke und Gemeinden.» Beim direkten Finanzausgleich wird also die Steuerkraft aufgrund dieses Gesetzes heute schon in die Gewichtung und damit in die Bemessung einbezogen. Der vorgeschlagene neue Artikel beinhaltet daher im Grunde genommen lediglich, dass der Grundsatz von der Gesetzes- auf die Verfassungsstufe angehoben und damit selbstverständlich auch mit etwas mehr Gewicht ausgestattet wird. Weiter wird der bisherige Grundsatz auch etwas verdeutlicht, indem dort beigefügt wird, dass eine «genügende» Ausschöpfung der Steuerkraft vorzusehen sei. Der neue Artikel würde eine Ueberarbeitung der Bemessungskriterien, die vom Bundesrat schon wiederholt gefordert worden ist, beschleunigen, so dass der Widerstand gegen ihn für mich persönlich eher etwas merkwürdig anmutet.

Ich beantrage Ihnen hier mit der Kommission, diesen Artikel beizubehalten.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Nous en sommes à l'article 42ter de la constitution, 2e alinéa, que nous avons introduit lors de notre débat du mois de juin. Nous avions, à ce moment-là, accepté cet article par 59 voix contre 55, c'est-à-dire à une majorité assez faible. Son but est d'obliger les cantons à tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôts avant de prétendre aux avantages de la péréquation financière. Il a paru au Conseil national en juin, et à votre commission il y a quelques semaines, qu'au moment où l'on augmentait la part réservée à la péréquation, il était assez normal que l'on demande aux cantons un effort supplémentaire. Il semble, en effet, vraiment un peu trop facile que les cantons puissent appeler sans cesse la Confédération à l'aide s'ils ne tirent pas normalement parti de leur propre substance fiscale. Je crois que l'on ne peut pas être fédéraliste, demander que l'on laisse aux cantons leur pleine indépendance, ou leur relative indépendance et, en même temps, vouloir que ce soit la Confédération qui fasse les frais de toutes les opérations au point que les cantons n'auraient plus besoin de prélever suffisamment d'impôts.

C'est pourquoi votre commission, par 14 voix contre 9, vous propose de maintenir cet article 42ter, 2e alinéa. S'agit-il d'une harmonisation matérielle? Peut-être. Pour ma part, en tout cas, je pense que s'il s'agit d'une harmonisation matérielle, elle est certainement indirecte parce qu'il n'y a pas de dispositions très précises; elles restent extrêmement vagues: lorsqu'on dit «tirer suffisamment parti», ce n'est pas très précis. Je crois que, même si le

Conseil des Etats trouve cette disposition mal placée dans l'arrêté A, cela n'a pas une immense importance et que l'on peut parfaitement la maintenir à cet endroit. Je vous recommande, au nom de la commission, de la maintenir.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit: Nach dem Antrag der Kommission soll in Artikel 42ter eine neue Bestimmung eingebaut werden, welche den Bund zu Vorschriften über die sogenannte materielle Steuerharmonisierung verpflichtet. Die Minderheit lehnt diese Bestimmungen aus formellen und materiellen Gründen ab.

Zunächst – und hierauf hat der Kommissionspräsident bereits hingewiesen – sprechen doch eindeutig verfassungsrechtliche Überlegungen gegen den neuen Absatz 2. National- und Ständerat haben übereinstimmend einem neuen Verfassungsartikel über die sogenannte formelle Steuerharmonisierung zugestimmt und den entsprechenden Bundesbeschluss weitgehend bereinigt. Es handelt sich um den Artikel 42quinquies, der dem Bund die Kompetenz einräumt, Grundsätze für die Gesetzgebung der Kantone und Gemeinden über Steuerpflicht, Gegenstand, zeitliche Bemessung, Verfahrensrecht usw. zu erlassen. Hingegen werden die Bestimmungen der Steuertarife, der Steuersätze, der Steuerfreibeträge ausdrücklich als Sache der Kantone erklärt. Nun erscheint es verfassungsrechtlich doch als höchst seltsam, wenn eine Harmonisierungsvorschrift – ganz unbekümmert vorerst um den materiellen Inhalt – in einen anderen Verfassungsartikel hinein geschmuggelt wird und damit gewissermassen durch die Hintertür des Finanzausgleichs die von der Mehrheit der Räte abgelehnte materielle Steuerharmonisierung doch noch erzwungen werden soll. Wenn schon diesbezügliche Vorschriften gewünscht werden, so hätten sie im betreffenden Verfassungsartikel, also im neuen Artikel 42quinquies, eingebaut werden müssen.

In materieller Hinsicht lässt der hier zur Diskussion stehende Absatz 2 wichtige Fragen, damit aber auch praktisch alle Möglichkeiten, die man im Harmonisierungsartikel bewusst ausklammern wollte, offen. Zunächst muss unter der Bezeichnung «Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich» doch wohl alles verstanden werden, was der Bund durch irgendwelche Kanäle, seien es Anteile der Kantone an Bundeseinnahmen oder Bundesbeiträge in den verschiedensten Bereichen, einschliesslich die Rückerstattungen, leistet. Dieser Auftrag an den Gesetzgeber ist verpflichtend und umfassend zugleich. Er lässt irgendwelche Ausnahmen, z. B. auch in dem durch die Bundesgesetzgebung abschliessend geregelten Nationalstrassenbau, nicht zu. Was heisst zudem «genügende» Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen? Was für den einzelnen Kanton genügend ist, erachtet der Bund vielleicht als völlig ungenügend. Hier wird nun eben deutlich, in welch starkem Mass das im Verfassungsartikel über die Steuerharmonisierung bewusst gewährleistete Selbstbestimmungsrecht der Kantone und damit ihre Steuerhoheit beeinträchtigt werden. Ein solcher Zwang – das möchte ich an die Adresse unseres Kommissionspräsidenten sagen – wiegt denn auch staatspolitisch viel schwerer als die im geltenden Finanzausgleichsgesetz verankerte Berücksichtigung der Steuerkraft und deren Ausschöpfung lediglich bei der Bemessung der Finanzkraftkriterien.

Aus diesen Gründen bittet Sie die Minderheit, diesem neuen Absatz 2 in Artikel 42ter nicht zuzustimmen.

Biel: Gegen die Interpretation unseres Kollegen Letsch habe ich gar nichts einzuwenden. Das ist wirklich auch gemeint und ich glaube, diesen bescheidenen Reformschritt zumindest sollten wir jetzt endlich einmal tun. Es ist sonst nicht mehr viel vorhanden von Reformen in diesem riesigen Steuerpaket, das seinerzeit als grosse Fiskalreform angekündigt worden ist. Ich glaube, einen Schritt müssen wir tun, nachdem immer davon gesprochen worden ist, dass es jetzt darum gehe, unsere Verantwortung zu tragen und in die Zukunft zu blicken. Es ist bewusst

eine harte Formulierung hier gewählt worden, weil die Entwicklung der Bundesfinanzen uns zeigen sollte, dass es so nicht weitergeht. Man kann nicht nur immer holen und ausgeben, ohne dass man auch Kriterien daran anknüpft. Im übrigen ist dieser Versuch der materiellen Steuerharmonisierung durchaus föderalismusgerecht. Ich verstehe nicht, dass die extremen Vertreter des Föderalismus auch gegen das sind. Hier wird nicht den Kantonen hineinregiert, sondern es geht um Bundesausgaben, und hier soll doch der Bund Bedingungen daran knüpfen können. Er geht also nicht hin und sagt: Ihr müsst das und das ändern, sondern die Kantone wollen etwas vom Bund, nämlich Finanzausgleich; dann sollen sie auch gewisse Kriterien erfüllen.

Ich bitte Sie sehr, an dieser Ergänzung des bestehenden Verfassungsartikels festzuhalten. Es ist eine notwendige Ergänzung und eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Mir kommen die Bundesfinanzen immer vor wie ein Selbstbedienungsladen ohne Kasse. Wenn Sie dem zustimmen und den Bundesrat verpflichten, dann auch in der Praxis so zu handeln, verpflichten Sie den Bundesrat auch dazu, beim Ausgang des Selbstbedienungsladens eine Kasse aufzustellen. Dann werden vielleicht auch einige Dinge in der Ausgabenentwicklung künftig etwas anders gehen.

Rüttlmann: Es geht mir wie Herrn Biel: Ich glaube, die formaljuristischen und staatsrechtlichen Ueberlegungen des verehrten Kollegen Letsch sind durchaus zu akzeptieren. Hingegen geht es hier auch noch um ein praktisches Problem. Ich bitte Sie also ebenfalls, an diesem Absatz 2 festzuhalten.

Persönlich habe ich in der Sommersession allen Anträgen zugestimmt, die auf eine Verbesserung der Steuerharmonisierung abzielten, und ich habe auch im Jahre 1972 ein Postulat eingereicht – es ist in der Botschaft aufgeführt – über die Steuerkonkurrenz der Kantone. Ich glaube also, legitimiert zu sein, hier ein paar Worte zu sagen.

Es ist wohl nach wie vor unbestritten, dass der Ausgang des Volksentscheides über das Steuerpaket sehr sicher beurteilt werden muss. Der Trend der Meinungen ist eher negativ. Geht man etwas den Gründen für dieses Verhalten des Bürgers und Steuerzahlers nach, so stellt man bald einmal fest, dass die nach wie vor in den Kinderschuhen steckende Steuerharmonisierung ein wesentlicher Grund ist für die eher ablehnende Haltung im Volke. Der Bürger hat zwar die Einsicht in die Notwendigkeit vermehrter Steuereinnahmen. Er hat jedoch absolut kein Verständnis mehr dafür, dass er (je nachdem, in welchem Kanton er ansässig ist) doppelt soviel oder eventuell nur halb soviel Steuern entrichten muss wie in einem anderen Kanton. Genauer gesagt, er ist nicht mehr länger bereit, auf dieser ungleichen Grundlage allgemein mehr Steuern aufzustoeken. Das hat dann den gleichen Effekt wie eine Erhöhung der WUST, nämlich eine Verschärfung der Wettbewerbsverzerrung. Ich glaube, wenn wir dem Finanzpaket eine gute Stütze mitgeben wollen, so ist es die Steuerharmonisierung.

Man könnte die Behauptung auch umkehren: Wer die Annahme des Finanzpaketes trotz gegenteiliger Beteuerung verhindern will, muss nur frisch-fröhlich weiter eine Steuerharmonisierung verhindern. Wir basteln jetzt ungefähr zehn Jahre an einer Verstärkung der Steuerharmonisierung, und es wurde bisher immer wieder erfolgreich verhindert, einen wirklichen Schritt vorwärts zu tun. Die Finanzdirektoren und der Ständerat – ich erlaube mir, das zu sagen –, mindestens in ihrer Mehrheit, behaupten immer wieder, das Problem sei sehr komplex, und es müsse ein gut schweizerischer Weg der kleinen Schritte gesucht werden.

Das Schweizervolk – ich versteife mich ebenfalls in diese Behauptung – ist da anderer Meinung. Die Komplexität des Problems interessiert wenig; es will endlich einmal einen entscheidenden Schritt des Parlaments sehen. Ich glaube daher, dass der Antrag zu Artikel 42ter des Na-

tionalrates ein Minimum dessen darstellt, was wir dem Finanzpaket als Mitgift begeben müssen. Er hat zwar den Nachteil – das sei zugegeben –, dass er nur den indirekten Weg geht, nämlich über den Finanzausgleich. In dieser Beziehung hat Herr Kollega Letsch richtig argumentiert. Er hat weiter den Nachteil, dass er nur auf einer Krücke geht, nämlich einseitig die Harmonisierung nur auf die Kantone ausrichtet, die Finanzausgleich beziehen.

Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an die Intervention unseres Kollegen Muheim in der Sommersession. Ich bedaure, dass dieser Antrag Muheim damals ganz knapp abgelehnt wurde. Aber ich halte dafür, dass wir nun trotzdem endlich einen kleinen, aber mutigen Schritt tun müssen, ungeachtet aller Wenn und Aber. Das Problem, das uns Herr Muheim geschildert hatte, ist folgendes: Ein finanzschwacher Kanton, der z. B. zwischen zwei finanzstarke eingeklemmt ist – er nannte damals seinen Kanton –, wird durch diese Lösung einseitig dazu verhalten, eine Steuerharmonisierung durchzuführen, während die beiden anderen Kantone durch den indirekten Weg nicht harmonisieren müssen.

Dieses Problem könnte meines Erachtens gelöst werden über das Konkordat des Verbots der Steuerabkommen in den Kantonen. Es besteht seit 1948, und es sind ihm sämtliche Schweizer Kantone beigetreten. Es wäre interessant, wenn einmal ein solcher Konkordatskanton, also ein Mitglied, eine Klage erheben würde gegen ein anderes Mitglied, das diese Vorschrift des Verbots der Steuerabkommen verletzt. Es sollte einmal ein Entscheid provoziert werden.

Persönlich hätte ich also eher eine direkte Lösung gesehen, sowohl hier wie beim Beschluss über die Steuerharmonisierung, der Verfassungsvorlage. Ich glaube aber, dass wir hier mindestens ein Zeichen setzen und darum an der Fassung des Nationalrates festhalten sollten, auch auf die Gefahr hin, dass wir die Bereinigung in dieser Session nicht zu Ende bringen und allenfalls im März nochmals darauf zurückkommen müssen. Ich betone nochmals, dass wir diese Rückenstärkung haben sollten, um uns vor dem Volk für dieses Finanzpaket einsetzen zu können.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je ne m'étais pas élevé, lors du débat au Conseil national, contre la disposition proposée si je me souviens bien par M. Biel, fixant à la base des prestations en péréquation financière intercantonale la condition de la pleine exploitation de la capacité fiscale et des possibilités d'impôts des cantons. Cela me paraît en effet, à la base de la péréquation, d'une logique élémentaire. On ne va pas accentuer cette péréquation en sachant que tel canton use d'une fiscalité particulièrement indulgente ou intentionnellement déficiente. C'est plus que de la logique, c'est une simple nécessité.

L'opposition catégorique du Conseil des Etats peut toutefois, sur le plan juridique, faire réfléchir. Le dispositif voté par le Conseil national dépasse très largement, nous dit-on ici, le champ de l'impôt fédéral direct que nous traitons et il s'étend à l'ensemble des prestations portant péréquation. Il n'est dès lors, dit le Conseil des Etats, juridiquement pas à sa place; tout au moins devrait-on le joindre à l'article sur l'harmonisation et là encore on pourrait discuter de sa présence.

Que dire en ce débat? Quant à moi, je pense que la proposition que vous avez votée allait dans le sens d'une nécessité. Nous relèverons toutefois, M. le président de la commission l'a relevé tout à l'heure, que nous disposons d'une loi sur la péréquation qui fixe déjà aujourd'hui les conditions minimales de cette péréquation. Autrement dit, quelle que soit la décision que vous prendrez, je dois vous dire que cette loi devra être révisée et ce d'autant plus que la péréquation sera renforcée, ce qui fait que d'une manière ou de l'autre le but doit être atteint. Vous nous donniez une arme supplémentaire; je ne peux pas la repousser d'un geste dédaigneux.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit 60 Stimmen

Abschn. I Art. 8 Abs. 2 Buchst. a*Antrag der Kommission*

Festhalten

Chap. II art. 8 al. 2 let. a*Proposition de la commission*

Maintenir

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 3 Buchst. a*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Festhalten

Minderheit

(Letsch, Generali, Leutenegger, Schärli, Weber-Altdorf)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Chap. II art. 8 al. 3 let. a*Proposition de la commission**Majorité*

Maintenir

Minorité

(Letsch, Generali, Leutenegger, Schärli, Weber-Altdorf)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Weber Leo, Berichterstatter der Mehrheit: Es handelt sich hier um die Frage der Ertragsbesteuerung der juristischen Personen. Bundesrat und Ständerat sehen einen Dreistufentarif vor, der Nationalrat hat sich zu einem Zweistufentarif bekannt. Bereinigt und nicht mehr zur Diskussion steht die Besteuerung des Vermögens.

Der Ständerat hat mit grosser Mehrheit – 26 : 5 Stimmen – den Dreistufentarif beschlossen, indem er gesagt hat, der Uebergang vom Dreistufen- zu einem Zweistufentarif bedeute für Unternehmen mit kleinem Ertrag mehr Steuern als früher. Das sei insbesondere in einer Rezessionsphase unerwünscht.

Die nationalrätliche Kommission hält am Zweistufentarif fest, einmal deshalb, weil er an sich systemgerechter ist als der Dreistufentarif. Grundsätzlich müsste man einen proportionalen Tarif anwenden. Je weniger Stufen ein anderer Tarif enthält, um so systemgerechter ist er. Dementsprechend haben auch moderne Steuergesetze den Zweistufentarif und nicht mehr den Dreistufentarif. Dass jede Aenderung gewisse Lastenverschiebungen mit sich bringt, ist unvermeidlich. Es ist aber immerhin darauf hinzuweisen, dass die Belastung der weniger kapitalstarken Unternehmen durch eine sehr grosszügige Privilegierung stark gemildert wird. Ich verweise hier auf den Text der Bestimmung, die zur Diskussion steht und beantrage Ihnen Festhalten.

M. Gautier, rapporteur de la majorité: Nous en sommes à l'imposition des personnes morales et je vous rappelle qu'au mois de juin ce Conseil avait décidé d'adopter ce système sur deux paliers du bénéfice: 4 pour cent pour les quatre premiers pour cent du bénéfice et 10 pour cent pour la suite, cela contrairement au Conseil fédéral qui nous proposait lui les trois paliers de 3 1/2, 7 1/2 et 11 1/2 pour cent.

Quel est l'effet de cette mesure? Si l'on adopte les deux paliers, on frappe un peu plus durement les sociétés dont le bénéfice est relativement faible, non pas le bénéfice

absolu mais celui par rapport au capital et aux réserves. Autrement dit, si l'on peut craindre que le système des deux paliers touche certaines entreprises dont le bénéfice est effectivement faible, il a par contre l'avantage de frapper aussi les entreprises dont le capital est très élevé puisque c'est le rapport bénéfice sur capital qui compte dans cette affaire. C'est un peu compliqué, je m'en excuse, mais ce n'est pas ma faute!

Le problème, donc, est de savoir si nous voulons augmenter, légèrement du reste, surtout l'imposition des sociétés à forte base en capital et en particulier les grandes banques. Je ne suis pas atteint d'une phobie des banques, comme certains parlementaires, mais je ne m'opposerai pas, pour ma part, à ce que l'on augmente légèrement l'imposition dans ce domaine. Je crois en effet que les grandes sociétés de banque pourraient supporter ce léger supplément d'impôt.

C'est pourquoi, avec la majorité de la commission, je vous propose de maintenir votre décision et d'adopter le système des deux paliers.

Letsch, Berichterstatter der Minderheit: Es mag von der Steuertheorie her Gründe geben, die für die Besteuerung des Reinertrages der juristischen Personen einen proportionalen Tarif nahelegen oder im Sinne der Angleichung an dieses Modell heute den Uebergang vom Dreistufen- zu einem Zweistufentarif rechtfertigen würden. Es ist auch richtig, dass die Unterschiede in den finanziellen Auswirkungen für den Bund kaum entscheidend ins Gewicht fallen. Indessen legen es die beiden folgenden Gründe nahe, dem Ständerat und damit dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

1. Die Auswirkungen des Uebergangs vom Dreistufentarif – also vom heutigen Recht – zum Zweistufentarif gemäss Antrag der Mehrheit zeigen, dass ausgerechnet die Gesellschaften mit mittlerer und niedriger Rendite spürbare Mehrbelastungen erleiden, während die Gesellschaften mit hoher Rendite entlastet werden. Die Grenze liegt bei etwa 14 Prozent, so dass der grösste Teil der juristischen Personen stärker zur Kasse gebeten würde. Es scheint mir schlechterdings unverständlich, dass ausgerechnet diese Unternehmungen – es sind vorwiegend solche, die zu ihrer besseren Fundierung Reserven angelegt haben – nun einfach um eines theoretischen Modelles willen bestraft werden sollen, und dies erst noch in einer Zeit, da der Existenzkampf härter ist als je zuvor. Wir sollten eben nicht Modelle und Tarife im luftleeren Raum konstruieren, sondern von der Wirklichkeit ausgehen, ob uns diese passt oder nicht. Und in diese Wirklichkeit passt der Uebergang zum Zweistufentarif heute nicht.

2. Eine zweite paradoxe Auswirkung ergibt sich bezüglich des Höchstsatzes. Nach dem Beschluss des Nationalrates – gemäss Zweistufentarif – erreicht dieser theoretisch 10 Prozent. Gemäss Artikel 41ter Absatz 3 Buchstabe b, dem wir vorhin zugestimmt haben, darf der Höchstsatz aber 11,5 Prozent betragen. Es besteht somit, trotz gestrichener Flexibilitätsklausel, gewissermassen eine stille Reserve von 1,5 Prozent, die der Gesetzgeber ausnützen kann und wohl bald einmal auch ausnützen wird. Dies im Gegensatz zu den natürlichen Personen, zur Mehrwertsteuer und wohl auch zu den Absichten bezüglich der juristischen Personen. Man hat wieder einmal an einem Ort geflickt, ohne die Konsequenzen anderer Verfassungsartikel gebührend mitzuberücksichtigen. Der Beschluss des Nationalrates, bzw. der Antrag der Mehrheit unserer Kommission, bedeutet eine ungerechtfertigte Diskriminierung der juristischen Personen, und zwar insbesondere eben der Unternehmungen mit niedriger und mittlerer Rendite, in einem Steuersystem übrigens, in welchem die juristischen Personen – verglichen mit vielen ausländischen Staaten – bereits einen sehr hohen Anteil am gesamten Steueraufkommen aufbringen. Ich bitte Sie deshalb, dem Ständerat zuzustimmen.

Stich: Ich möchte Herrn Letsch doch sagen, warum wir Sozialdemokraten eine gewisse Sympathie haben für den Zweistufentarif. Allerdings muss ich vorausschicken, dass auch der Zweistufentarif im Grunde genommen ein Unsinn ist; dass es richtiger wäre, hier eine proportionale Besteuerung durchzuführen, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil hier die Besteuerung nach Renditestufen keinen Sinn hat. Sie sagt nichts aus über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Denn in eine hohe Rendite kommt man, wenn man wenig Eigenkapital hat; wenn man viel Eigenkapital hat, kommt man eben in eine tiefe Renditestufe. Ich möchte es Herrn Letsch noch dokumentieren. Vielleicht hat er das Heft «Eidgenössische Wehrsteuerstatistik» der 16. Periode von 1971 bis 1972 auch einmal angesehen. Dort findet er auf der Seite 37 unter den Wirtschaftsgruppen nach Rendite und Kapitalstufen unter Position 23: «Banken-Kreditvermittlung». Dort hat es bei der Renditenstufe zwischen 0 und 3,9 Prozent eine Bank mit über 10 Millionen Aktienkapital, also Eigenkapital. Es hat zwischen 4 und 7,9, also in der zweiten Renditestufe, elf Banken mit mehr als 10 Millionen Eigenkapital. In der dritten sind es dann noch vier. Das heisst also, Herr Letsch, mit anderen Worten: In den drei untersten Renditenstufen sind sämtliche Grossbanken der Schweiz eingestuft. Sie glauben doch nicht im Ernst daran, dass es diesen Leuten nicht möglich wäre, etwas beizutragen! Schauen Sie doch einmal unser Budget an. Wir haben im nächsten Jahr immerhin vom Bund aus 39 Millionen an Emissionsspesen zu zahlen, die ja auch wieder diesen Grossbanken zugute kommen dafür, dass sie einige Anleihen des Bundes vermitteln, was heute gar kein Risiko und gar kein Problem ist.

Wenn man hier nun doch einen kleinen Schritt tun will in der Richtung zu einem vernünftigen Steuergesetz, dann sollte man das tun, unbeachtet um den Ständerat. Ich muss allerdings auch sagen: Es ist eigentlich doch bedenklich, wenn man sieht, was der Ständerat und offenbar auch hier einzelne Leute von einer formalen Steuerharmonisierung halten. Im Entwurf, der seinerzeit erstellt worden ist im Auftrag der Finanzdirektorenkonferenz, hat man ja den Zweistufentarif vorgesehen. Heute will man beim Bundesgesetz nicht einmal diesen Schritt tun.

Ich bitte Sie also: Stimmen Sie hier für das Festhalten! Sie schaffen damit noch keine weltbewegende Steuerreform. Es ist wirklich ein minimales Schritchen, aber es ist immerhin soviel. Und da muss man schon dankbar sein, wenn es wenigstens soviel ist.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La solution du Conseil national pouvait paraître plus intéressante par la simplification qu'elle introduisait, par la tendance à cette imposition proportionnelle. Toutefois, depuis vos délibérations et à y regarder de plus près avec l'administration des impôts, certains inconvénients d'ordre pratique sont apparus: la pénalisation de certaines petites et moyennes entreprises, certains allègements pour d'autres grandes entreprises. Dès lors, pour des raisons qui ne sont pas de théorie fiscale mais d'équité, nous sommes plus proches de la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire de notre première proposition de taxation à trois niveaux. Que vous choisissiez deux ou trois niveaux, les conséquences financières sont nulles pour la Confédération, mais il nous paraît que la solution à trois niveaux est plus équitable.

Präsident: Die Kommissionmehrheit schlägt Ihnen vor, bei der Besteuerung der juristischen Personen einen sogenannten Zweistufentarif einzuführen. Die Kommissionminderheit will mit dem Ständerat am Dreistufentarif festhalten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	61 Stimmen

Präsident: Wir behandeln Artikel 9. Herr Cossy wünscht zu diesem Artikel eine Erklärung abzugeben.

Abschn. II Art. 9

Antrag der Kommission

Abs. 2, Abs. 3 Buchst. c, Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1 und 2, Buchst. g letzter Satz
Festhalten

Buchst. e Ziff. 3

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

Rubi, Brosi, Dürr, Fischer-Bern, Hofmann, Jelmini)

Festhalten

Chap. II art. 9

Proposition de la commission

Al. 2, al. 3 let. c, al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3 let. e ch. 1 et 2, let. g dernière phrase

Maintenir

Let. e ch. 3

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Rubi, Brosi, Dürr, Fischer-Berne, Hofmann, Jelmini)

Maintenir

M. Cossy: En juin dernier, ici, et en septembre devant le Conseil des Etats, nous vous avons proposé, M. le conseiller aux Etats Edouard Debétaz et moi-même, de fixer à 3 pour cent le taux d'imposition des vins indigènes, considérant logiquement ceux-ci comme parfaits produits agricoles. Malgré la logique de ces interventions en faveur d'un produit naturel de notre sol, nous n'avons pu vous convaincre. Aussi, injustement, le produit indigène sera frappé, cela en raison des coûts de production, plus du double que les vins étrangers dont l'achat bénéficie, en plus, de la valeur élevée de notre franc.

Personnellement j'avais fait appel à votre compréhension confédérale, puisque le vignoble se situe à 90 pour cent en Suisse romande, afin de ne pas pénaliser une classe laborieuse de ce pays. J'avais aussi rappelé les difficultés d'écoulement de la production indigène face à l'importation massive des vins étrangers. Je regrette sincèrement que les nombreux arguments avancés n'aient pas trouvé votre agrément, laissant ainsi, par une décision négative à l'encontre de nos propositions, planer un malaise dans les milieux viticoles du pays.

Si, aujourd'hui, je me trouve dans l'impossibilité de tenter de modifier une décision prise antérieurement par nos deux conseils, vous comprendrez aussi que je ne puisse apporter mon soutien, malgré le bien-fondé des nécessités d'augmenter les ressources de la Confédération, à un arrêté fiscal qui comporte une grave injustice envers la viticulture helvétique.

Biel: Ich erlaube mir eine Bemerkung zu Artikel 9 Absatz 2, und zwar zur Frist. Wir hatten seinerzeit beschlossen, eine Uebergangsfrist von nur vier Jahren einzuräumen, gegenüber sechs Jahren, die der Bundesrat beantragt hatte. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir hier sehr weit gehen, wenn wir dem Ständerat zustimmen und auf sechs Jahre gehen. Eigentlich ist es ja unerhört, dass wir dem Bundesrat praktisch Vollmacht geben, ein Steuergesetz zu erlassen, dass wir das als Gesetzgeber aus der Hand geben und für sechs Jahre die Verwaltung schalten und walten lassen mit dem Verordnungsrecht.

Wir haben nun zwar einige Probleme einigermaßen umrissen in den verschiedenen Absätzen, die noch folgen; wir müssen uns aber bewusst sein, dass sehr viele Dinge, die durch die Verwaltung auf dem Verordnungsweg geregelt werden, bedeutsamer sind, als wir es uns heute vorstellen. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich Herr Bundesrat Chevallaz noch dazu äussern wollte, denn es geht hier um Dinge, die viel wichtiger sind, als man gemeinhin glaubt. Ich denke da beispielsweise an die technische Behandlung der Importe an der Grenze. Auf Seite 54 der Botschaft finden Sie zwar einen Hinweis darauf, dass man gewillt ist, auf seiten der Steuerverwaltung vernünftig und praktisch vorzugehen, d. h. Wege zu finden, um die Sache zu vereinfachen. In der Zwischenzeit mussten wir aber vernehmen, dass man nun auf dem Verordnungswege etwas anderes machen will, d. h. man will die Dinge komplizieren. Es gibt da doch zuerst die Abrechnung mit dem Zoll über die Mehrwertsteuer; nachher wird noch die Vorsteuer mit der Steuerverwaltung abgerechnet. Das hat nicht nur administrative Umtriebe zur Folge, denn bekanntlich kennt man bei der Verzollung den endgültigen Warenwert nicht. Es kommen da noch Seefrachten, Umladespesen, Versicherungsspesen usw. dazu. Es kann gelegentlich Wochen dauern, bis alles beisammen ist, was da Bestandteil des Preises bildet und für die Mehrwertsteuer gilt. Es kommt auch dazu, dass die Importeure grosse Kapitalien bei der Verwaltung binden müssen. Der Bundesrat hatte in der Botschaft etwas vorgeschlagen, das vernünftig schien. Ich möchte Herrn Bundesrat Chevallaz sehr bitten, sich dieser Frage anzunehmen. Ich muss das bei dieser Gelegenheit anbringen, denn ich hatte ursprünglich angenommen, wenn es in der Botschaft stehe, werde es auch so gemacht. Wenn wir nun dem Bundesrat die Vollmacht auf sechs Jahre geben wollen, müssten wir wissen, wie beispielsweise die Importbehandlung geregelt werden soll.

Ein ähnliches Problem ist vor allem wichtig für die Grenzregionen, nämlich der sogenannte «Export über den Ladentisch». Der Detailhandel in den Grenzgebieten hat hier nicht die gleich langen Spiesse im Konkurrenzkampf mit dem Ausland; die Exporte sind an sich nicht belastet durch die Mehrwertsteuer. Man sollte eine entsprechende vernünftige Regelung für Verkäufe an Ausländer im Grenzgebiet finden. Ich hoffe, dass man in der Verwaltung auf diesem Gebiet grosszügig und praktisch vorgehen werde. Ich bitte also Herrn Bundesrat Chevallaz, uns noch einige Auskünfte zu geben und uns zu versichern, dass man auf dem Verordnungsweg versuchen werde, alle auf uns zukommenden Probleme in Zusammenarbeit mit den Interessierten zu regeln.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le problème soulevé par M. Biel nous préoccupe et il est actuellement à l'étude. La formule qui a été retenue dans le premier projet d'ordonnance est effectivement celle du prélèvement de l'ICHA à la frontière, mais elle présente quelques inconvénients pour les importateurs, qui seraient obligés de consentir des avances qui, totalisées, représenteraient des montants d'une certaine importance.

Nous avons évoqué dans le message – M. Biel vient de le rappeler – une autre solution qui consisterait à prélever l'ICHA à l'entrée, au moment du premier décompte trimestriel. Allons-nous y revenir? C'est une chose possible. Nous sommes en contact – M. Biel le sait très bien – avec différents milieux représentant les importateurs et nous espérons parvenir à une solution qui ne soit pas trop compliquée administrativement ni trop lourde financièrement.

Sera-ce la première version envisagée qui sera retenue, ou trouvera-t-on un compromis? De toute manière, nous arriverons à l'entente. Les derniers entretiens que nous avons eus ont été positifs et, d'ici une ou deux semaines, nous arriverons à une solution tout à fait acceptable.

Je profite de l'occasion pour revenir aux propos de M. Cossy – j'aurais dû lui répondre tout à l'heure – et rame-

ner les mots à leur juste valeur. M. Cossy prétend que nous infligeons aux vins une grave injustice. L'injustice à laquelle il fait allusion découlerait du fait que le vin n'est pas imposé comme les autres produits du sol. Je relève que tous les produits du sol ne sont pas imposés au taux minimal de 3 pour cent. Certains sont imposés au taux de 10 pour cent. Cette injustice, dis-je, n'existe pas, car la plupart des Etats qui nous environnent pratiquent de la même manière que nous et taxent en général les vins au taux normal. Actuellement, le vin n'est pas exempté de l'ICHA; il est imposé au taux normal. Dès lors, l'ICHA devenant la taxe à la valeur ajoutée, avec une certaine majoration qui s'étend à l'ensemble des produits, il est faux de dire que le vin est traité inéquitablement. D'ailleurs, si M. Cossy a réagi ici au mois de juin, les organismes corporatifs n'avaient pas, avant son intervention, marqué à notre égard la moindre présence. Ils avaient pris position, c'est vrai, dans la procédure de consultation, mais nous n'avons jamais été l'objet d'aucune intervention dénonçant une injustice grave, comme il arrive assez souvent dans notre métier, ou un préjudice économique redoutable pour leur corporation. Je pense qu'il n'y avait pas de raisons de dramatiser et ces raisons n'existent pas davantage aujourd'hui. J'ai rappelé d'ailleurs à certains intéressés qu'il y avait eu de temps à autre des intentions de créer un impôt spécial sur le vin. Nous l'avons toujours combattu avec fermeté quant à nous. En l'occurrence, il s'agit simplement d'une condition commune donnée à la production viticole, condition identique somme toute, à la majoration près résultant du passage de l'ICHA à la TVA, à celle dont elle jouit actuellement.

Präsident: Zu Artikel 9 Absatz 2 sowie zu den Kommissionsanträgen zu Absatz 3 Buchstabe c sind keine anderslautenden Anträge gestellt worden; die Kommissionsanträge werden damit zum Ratsbeschluss erhoben.

Bei Absatz 3 Buchstabe e – es handelt sich um die Sätze – beantragt die Kommission in Ziffer 1 und 2 Festhalten. Andere Anträge werden nicht gestellt; Sie haben in diesem Sinne beschlossen.

Das gleiche gilt beim letzten Satz bei Buchstabe g, wo die Kommission Festhalten beantragt. Sie haben so beschlossen.

Nun behandeln wir die Sätze bei den gastgewerblichen Leistungen gemäss Buchstabe e Ziffer 3. Hier beantragt die Kommissionsmehrheit, dem Ständerat zuzustimmen; die Kommissionsminderheit beantragt Festhalten.

Weber Leo, Berichterstatter: Ich habe bereits beim Eintreten angetönt, dass beim Gastgewerbe eine spezielle Situation vorliegt. Der Nationalrat hatte eine befristete Privilegierung mit einem Satz von 6 Prozent beschlossen; der Ständerat stimmte nicht zu und hat einen Antrag auf unbefristete Privilegierung abgelehnt. Zur Begründung wurde im Ständerat darauf hingewiesen, dass hier im Grunde genommen aus taktischen Gründen eine Differenz geschaffen werde, um dem Gastgewerbe die Gelegenheit zu mehr Flexibilität zu geben, d. h. auf die starre Ablehnung jeder Mehrwertsteuer zurückzukommen.

In der Zwischenzeit haben Gespräche zwischen dem Bundesrat und den gastgewerblichen Organisationen stattgefunden. Die nationalrätliche Kommission schloss sich dem Beschluss des Ständerates an, eine Privilegierung abzulehnen, weil im Zeitpunkt der Beratungen noch kein Zeichen der Umkehr auf seiten des Gastgewerbes vorhanden war. Seither ist aber ein Szenenwechsel eingetreten. Eine Arbeitsgruppe mit dem Namen «Gastgewerbe und Tourismus zur Mehrwertsteuer» hat mit Schreiben vom 25. November 1976 die Unterstützung der Vorlage durch die angeschlossenen Verbände bekanntgegeben, unter zwei Voraussetzungen: Die Privilegierung soll dauernd, nicht befristet sein; sie soll formuliert sein mit 6 Zehntel des Normalsatzes und nicht mit 6 Prozent. Zu dieser Arbeitsgruppe gehören der Schweizerische Wirtverband, der

Schweizerische Hotelierverein, der Schweizerische Fremdenverkehrsverband, die Schweizerische Verkehrszentrale, der Verband schweizerischer Kur- und Verkehrsdirektoren sowie schlussendlich der Schweizerische Verband alkoholfreier Gaststätten. Damit ist nun irgendwie doch eine politische neue Situation entstanden. Soviel mir bekannt ist, hat mindestens einer der genannten Verbände noch nicht endgültig in dem dargelegten Sinne beschlossen, sondern er wird das erst heute nachmittag tun. Ich glaube persönlich, dass wir das Feld für die Würdigung der neuen politischen Landschaft offenhalten und im Grunde genommen dasselbe tun sollten wie seinerzeit der Ständerat. Wir sollten nämlich zum Ständerat eine Differenz schaffen, damit er im Differenzbereinigungsverfahren dieser Frage noch etwas nachgehen kann. Das würde dann heissen, dass wir es beim Beschluss des Nationalrates bewenden lassen würden.

M. Gautier, rapporteur: Le problème est ici tout à fait particulier. Il s'agit donc du problème de la taxation de l'hôtellerie, des cafetiers et des restaurateurs.

Je vous rappelle qu'au mois de juin, nous avons accepté une taxe de 6 pour cent transitoire pour quatre ans. Entre ce moment et le mois d'octobre, différentes négociations ont eu lieu entre le Département fédéral des finances et les associations d'hôteliers, cafetiers et restaurateurs. Ces négociations, jusqu'au moment où votre commission a siégé, n'avaient pas abouti.

C'est pourquoi votre commission, à une nette majorité – 10 contre 7 – était arrivée à la conclusion qu'il fallait se rallier à l'avis du Conseil des Etats et renoncer à proposer un statut spécial pour la TVA dans ce domaine. Mais depuis lors, les pourparlers ayant favorablement évolué, il semble qu'un comité de travail, qui a été constitué entre les différentes associations faitières de l'hôtellerie, des cafetiers et des restaurateurs, serait arrivé à la conclusion que, si l'on pouvait concéder une taxe de 6 pour cent à titre définitif dans ces domaines, ils seraient prêts à renoncer à leur opposition de fond à la TVA. La situation a évolué. Malheureusement, cette décision n'est à cette heure – je dis bien à cette heure – pas encore définitive puisque la dernière de ces associations doit en principe prendre définitivement position cet après-midi, ce qui fait qu'un petit problème d'horaire se pose, difficile à résoudre; aussi, comme le président de la commission, je vous proposerais de laisser la porte ouverte sur cet article et le seul moyen de le faire, c'est de créer une divergence avec le Conseil des Etats de façon que celui-ci puisse y revenir, et nous ultérieurement, c'est-à-dire de voter en fait pour la minorité de la commission qui propose de maintenir notre décision de juin. Je pense qu'il serait sage effectivement de laisser la porte ouverte, pour quelques jours ou pour une semaine encore, afin que les négociations puissent se poursuivre.

Rubi, Berichterstatler der Minderheit: Ich habe diesen Vermittlungsantrag – darum handelt es sich – seinerzeit im Nationalrat gestellt. Er wurde angenommen. Ich vertrete weiterhin die Auffassung, dass das Gastgewerbe eine Sonderregelung verdient. Mein Antrag ist klar: 6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen während einer Uebergangszeit von vier Jahren. Da möchte ich jetzt schon einschränkend sagen: Wenn die Differenz aufrechterhalten wird und der Ständerat auch die Möglichkeit hat, noch einmal zu diesem Problem Stellung zu nehmen, ist es dann natürlich vernünftig, von sechs Jahren zu reden, nachdem nun bezüglich der Uebergangszeit von sechs Jahren sich der Nationalrat dem ständerätlichen Beschluss angeschlossen hat. Es würde also lauten: 6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen während einer Uebergangszeit von sechs Jahren oder mit anderen Worten: bis zum Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes.

Ich möchte nicht allzu lang werden, ich möchte nur daran erinnern, dass immerhin das Gastgewerbe eine wichtige

Rolle spielt in unserem Lande und dass es nicht nebensächlich ist, ob dieses ganze Gastwirtschaftsgewerbe mit vollen Rohren auf diese Vorlage schießt oder nicht. Ich möchte auch entgegen anderslautenden Meinungen hier einmal feststellen, dass gegenüber dem Rekordjahr 1972 die Frequenzen in der Hotellerie in der Schweiz um 9 Prozent zurückgegangen sind, wovon das Ausland mit 12,4 Prozent beteiligt ist, das Inland mit 3,8 Prozent. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Preise im schweizerischen Gastgewerbe seit 1974 kaum mehr erhöht wurden. Die seither eingetretene Teuerung von über 11 Prozent wirkt sich somit ebenfalls nachteilig auf die Ertragslage aus. Es sei auch daran erinnert, dass der Aufwertungseffekt seit 1971 gegenüber den Währungen der wichtigsten touristischen Herkunftsländer immerhin zwischen 15 und 60 Prozent liegt. Der schweizerische Fremdenverkehr steht mit dem Exportwert von über 5 Milliarden Franken nach der Maschinenindustrie und der chemischen Industrie an dritter Stelle unserer Exportindustrie. Diese Tatsachen rechtfertigen es, auch angesichts der Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Berggebiet und wirtschaftliche Problemregionen, dieser Sonderregelung zuzustimmen.

Ich möchte Sie bitten, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten, die Differenz nicht zu beseitigen, damit auch der Ständerat sich dieser Frage noch einmal annehmen kann. Ich danke Ihnen.

Baumann: Gestatten Sie mir die Notwendigkeit des Festhaltens an unserem Beschluss darzustellen. Grundsätzlich ist im Differenzverfahren noch alles möglich. Formell steht jedoch eindeutig nur noch die befristete 6prozentige Besteuerung zur Diskussion. Mit Blick in die Zukunft kommen zu der mehrwertsteuerbedingten Preiserhöhung weitere Kostensteigerungen, z. B. 2. Säule, 9. AHV-Revision, Kranken- und Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung. Das gibt zusammen real eine Verdoppelung der heutigen betrieblichen Besteuerung. Dass die Nachfrage im Tourismus und Gastgewerbe aufgrund steigender Preise eindeutig rückläufig ist und wird, steht ausser Zweifel. Das Stimmungsbild für die Mehrwertsteuer ist in diesen Branchen äusserst kritisch. Deshalb fühlen sich die verantwortlichen Organe der bereits erwähnten Verbände und Organisationen verpflichtet, alles daran zu setzen, um eine Lösung anzustreben, die nun, im Sinne der Besprechungen vom 18. Oktober 1976, von Herrn Bundesrat Chevallaz und den Herren Kommissionspräsidenten, Dr. Weber Leo und Dr. Bürgi, in dem sogenannten Kompromissvorschlag unterbreitet worden ist. Ich empfehle Ihnen deshalb, dass diese gastgewerblichen Leistungen gemäss dem Minderheitsantrag Rubi als Differenz dem Ständerat gegenüber aufrechterhalten werden, um dem Ständerat die Möglichkeit zu geben, gemäss den Äusserungen von Herrn Kollega Biel unter Artikel 9 Absatz 2, eventuell eine Uebergangslösung von sechs Jahren in die Betrachtungsweise einzubeziehen.

Ich empfehle Ihnen also, diesem Minderheitsantrag Rubi zuzustimmen.

M. Cevey: Il ne convient pas, au stade de l'élimination des divergences, de revenir longuement sur le fond du problème. La majorité de notre Conseil s'est prononcée en juin dernier pour un taux d'exception de 6 pour cent en faveur de l'hôtellerie et de la restauration. Voyons simplement si, depuis lors, les motifs jugés décisifs à nos yeux ont changé.

Premièrement, les régimes exceptionnels en faveur de ces branches restent en vigueur dans différents pays et pourraient placer notre tourisme dans une situation concurrentielle difficile si nous n'acceptons pas de mettre nos hôteliers et cafetiers-restaurateurs au bénéfice d'une réduction comparable.

Deuxièmement, la position du franc suisse ne s'est guère affaiblie par rapport aux autres monnaies, notamment celles des pays qui fournissent de gros contingents de

touristes à notre hôtellerie. Ainsi, qu'on le veuille ou non, malgré le coup de frein donné chez nous au mouvement inflationniste, la Suisse reste d'un abord onéreux pour qui entend y séjourner pour raisons de vacances, de congrès ou d'affaires. Comment ne pas craindre, dès lors, l'effet de dissuasion plus prononcé encore que pourrait avoir une augmentation des prix de l'hôtellerie et de la restauration provoquée par une TVA perçue trop lourdement dans ce secteur?

Troisièmement, on a mis en évidence en juin dernier la détérioration des résultats de notre tourisme au cours de ces dernières années et, tout à l'heure, M. le conseiller national Rubi a rappelé des chiffres éloquents. Or les statistiques enregistrées depuis ce moment prouvent que la régression se confirme de manière inquiétante dans certains secteurs. Ainsi, par rapport à la même période de 1975, nous avons perdu quelque 500 000 nuitées en provenance de l'Allemagne fédérale au cours des neuf premiers mois de 1976, soit une baisse de 7,5 pour cent. Et, pour l'ensemble du mouvement dans l'hôtellerie, la diminution représente plus de 4 pour cent pour la même période et même 5 pour cent pour le mois d'octobre.

Notre tourisme est donc dans une situation inquiétante pour le présent et l'on ne voit pas comment une amélioration se ferait sentir à brève échéance, compte tenu, d'une part, de la crise qui se manifeste de manière prononcée dans plusieurs pays gros pourvoyeurs de clientèle pour notre hôtellerie et notre restauration, et, d'autre part, de la tenue décidément trop bonne de notre franc sur le marché monétaire.

On a dit que le tourisme était pour une bonne part une activité d'exportation sur place de nos prestations et services, pour ne pas parler de nos sites et de notre folklore. Aussi, si l'on ne peut prétendre à le faire bénéficier de l'exonération totale prévue à la lettre d de l'article 9, on doit admettre le régime allégé que vous avez décidé il y a six mois. Je vous encourage donc à suivre la minorité de la commission, tout en souhaitant bien sûr que les principaux intéressés se rallient à cette solution de sagesse.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je ne veux pas évoquer la résonance politique du problème. On pourrait en effet demander si cette concession de 6 pour cent est électoralement favorable ou si elle n'est pas à double tranchant. Ce qui me préoccupe en ce moment, c'est une considération d'ordre économique et un problème d'inégalité de concurrence. L'argumentation des milieux de l'hôtellerie présentement ne saurait être totalement négligée. D'abord, la situation du tourisme – M. Cevey l'évoquait tout à l'heure – connaît des difficultés qui, depuis le mois de juin dernier, ne se sont pas atténuées mais plutôt renforcées. Il y a le franc, sans doute, qui permet il est vrai de modérer les prix, mais il y a aussi dans la durée l'énorme effort d'équipement de tourisme de masse de nos voisins. Un autre argument, c'est le fait qu'une bonne partie de l'hôtellerie est la ressource exclusive de certaines régions de montagne. Quant à l'argument que les industries d'exportation vont se trouver allégées par la taxe à la valeur ajoutée et que le tourisme est pour une part importante aussi, à sa manière, une industrie d'exportation, il serait bon d'en tenir compte.

Enfin, dernier élément comparatif: à part l'Allemagne fédérale qui frappe les activités du tourisme au taux normal, nous devons constater que la France frappe l'hôtellerie à 7 pour cent pour un tarif normal de 17,6 pour cent, l'Autriche, 8 pour 18. L'Italie fait une gradation de 6 à 12 pour cent. Il y a là une discrimination évidente de notre industrie touristique, même si l'on admet en général que les taux normaux suisses sont proches des taux réduits de l'étranger.

Quant à la durée de cette mesure, on a parlé de quatre ans, je pense qu'il serait logique de la prévoir pour la durée de la période transitoire.

Präsident: Wir bereinigen diese Frage. Wir befinden uns in folgender Situation: Eine Kommissionsmehrheit – ich möchte sie eine ehemalige Kommissionsmehrheit nennen – beantragt Ihnen Zustimmung zum Ständerat, d. h. keine Sonderbehandlung für das Gastgewerbe. Der Kommissionspräsident und der Berichterstatter französischer Zunge haben persönliche Erklärungen abgegeben, dass sie aufgrund der seinerzeitigen Entwicklung für die Schaffung einer Differenz sind, d. h. Zustimmung zum Antrag Rubi/Minderheit, d. h. für die gastgewerblichen Leistungen während einer Uebergangszeit von vier Jahren 6 Prozent. Den Worten des Vertreters des Bundesrates haben Sie entnehmen können, dass er sich für diese Minderheit ausspricht.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Zustimmung zum Ständerat)	24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Festhalten)	87 Stimmen

Abschn. III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Chap. III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Präsident: Damit sind die Differenzen im Bundesbeschluss A behandelt.

B

Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale

Art. 42quinquies Abs. 2 und 3

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Festhalten

Art. 42quinquies al. 2 et 3

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

Maintenir

Präsident: Beim Bundesbeschluss B über die Steuerharmonisierung stellen Sie fest, dass zum Artikel 42quinquies die Kommission beantragt, im Absatz 3 die sogenannte Durchsetzungsklausel aufrechtzuerhalten. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt; Sie haben in diesem Sinn beschlossen.

Angenommen – Adopté

Präsident: Wir behandeln die Motionen betreffend Finanzplanung und Verflachung des Ausgabenwachstums.

Motionen des Nationalrates und des Ständerates zur Finanzplanung

Antrag der Kommission

Festhalten an der Motion des Nationalrates und Ablehnung der Motion des Ständerates

Motions du Conseil national et du Conseil des Etats concernant le plan financier

Proposition de la commission

Maintenir la motion du Conseil national et rejeter la motion du Conseil des Etats

Weber Leo, Berichterstatter: Bei den beiden Sparmotionen der Räte ist die Zielsetzung dieselbe. Das muss betont werden, weil das zeitweilig untergegangen ist. Die Zielsetzung ist der Budgetausgleich nach Einführung der Mehrwertsteuer. Unterschiede bestehen nur im Instrumentarium, wie man zu diesem Ziel kommen will. Der Nationalrat hat seinerzeit als Massstab des zukünftigen Wachstums das Bruttosozialprodukt als allgemein durchgehende Regel beschlossen. Der Ständerat hat das Vorgehen nach Ausgabenkategorien verschieden geregelt, indem er unterscheidet zwischen gesetzlich gebundenen, wo allenfalls Gesetzesänderungen vorzunehmen wären, und nicht gebundenen Ausgaben. Nach einem Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements, den die Kommission eingeholt hat, liegt nun bei den nicht gebundenen Ausgaben, die plafoniert werden sollen auf die Grösse des Jahres 1976, der Stein des Anstosses. Das Finanzdepartement sagt zwar, dass bei gewissen Konsumausgaben, etwa auf dem Personalsektor oder bei den allgemeinen Konsumausgaben, diese Plafonierung durchzuführen sei, dass aber bei anderen bundeseigenen Ausgaben hier Schwierigkeiten eintreten können; es weist insbesondere auf die Programme für die Auslandhilfe, für die bundeseigenen Hochschulen sowie für die Rüstungsausgaben hin und erklärt, dass diese Programme, die vom Parlament beschlossen worden sind, nicht mehr durchgeführt werden könnten, wenn man die Plafonierung 1976 durchhalten würde.

Wir glauben von der Kommission her, dass es daher richtig ist, wenn wir hier eine Differenz bestehen lassen. Wir wollen nicht im Nationalrat die Formulierung einer ständerrätlichen Fassung abändern, sondern wir sollten dem Ständerat Gelegenheit geben, seine Fassung mit dem Bericht des Finanzdepartements zu konfrontieren und dann entweder daran festzuhalten oder die Motion in diesem Punkte etwas abzuändern. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Differenz aufrechtzuerhalten.

M. Gautlier, rapporteur: Le but des deux motions que nous avons à comparer est certainement le même: il s'agit de ralentir l'augmentation des dépenses de la Confédération. Seules les méthodes préconisées pour y arriver sont quelque peu différentes si l'on considère le texte que nous avons voté en juin et celui voté en septembre par le Conseil des Etats. Nous avons pu voir du reste déjà, dans l'évolution du budget de 1977, que nos désirs, exprimés par ces motions, étaient, jusqu'à un certain point, suivis par le Conseil fédéral. Nous verrons demain et peut-être les jours suivants ce que fera le Parlement dans ce domaine. On peut regretter, comme l'a fait le président tout à l'heure, que nous n'ayons pas encore sous la main le plan financier pour les années 1977/1978 et les prévisions pour les années suivantes; M. le conseiller fédéral Chevallaz nous a exposé les raisons pour lesquelles nous n'avions pas encore ce plan. Nous aurions pu mieux nous rendre compte des effets déjà produits par ces motions.

Quelle est la différence entre ces deux motions? La nôtre, celle du Conseil national, était basée surtout sur le principe du parallélisme entre l'évolution des dépenses de la Confédération et l'évolution du produit national brut. Le Conseil des Etats a préféré attaquer par catégories de dépenses; il l'a fait principalement à la lettre b: il propose de stabiliser sur la base du budget 1976 l'ensemble des dépenses non liées et non fixées définitivement par une loi. C'est un problème peut-être un peu difficile à résoudre à en croire les rapports remis par l'Administration fédérale des contributions; les mesures porteront sur certains secteurs qui devront faire la plus grosse partie des frais de

cette réduction, en particulier les écoles polytechniques fédérales, l'aide à l'étranger et les différents équipements. Le point d'appui est peut-être un peu unilatéral mais ce n'est pas à nous de modifier le texte proposé par la motion du Conseil des Etats; c'est pourquoi votre commission vous recommande – à une faible majorité il est vrai, puisque l'affaire s'est décidée par 12 voix contre 12 avec la voix prépondérante du président – de soutenir, de maintenir notre motion afin que le Conseil des Etats ait l'occasion, le cas échéant, de nous proposer un texte légèrement modifié pour la sienne.

Stich: Ich glaube, wir sollten uns in der Frage der Motionsbehandlung doch ans Geschäftsverkehrsgesetz halten. Dieses bestimmt in Artikel 15 Absatz 2: «Lehnt ein Rat eine vom anderen Rat erheblich erklärte Motion ab und hat er ihm davon Mitteilung gemacht, so gilt die Motion als abgelehnt.» Ich halte es nicht für zweckmässig, wenn wir nun in finanzpolitischer Hinsicht uns dauernd Motionen zuschieben von einem Rat zum anderen und zurück. Entscheidend ist, dass Sie bei Budget und Gesetzen das verwirklichen, was Sie wirklich wollen. Morgen beginnt die Budgetdebatte; dort haben Sie die Möglichkeit, Ihren eigenen Ansichten Nachachtung zu verschaffen. Ich bitte Sie, diesen Streit um Motionen zu beenden, auf jene des Nationalrates zu verzichten und auch die Motion des Ständerates abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: L'essentiel c'est au fond que la croissance des dépenses soit tempérée et que, dès 1979, les circonstances économiques et politiques restent égales, le budget soit équilibré. C'est à quoi vous vous exercerez demain avec nous à propos du budget. C'est à quoi nous travaillons actuellement à l'Administration des finances, de concert avec les départements en vue de l'élaboration du plan 1978/1979 et des perspectives 1980/1981. Pour nous, l'essentiel est là; c'est la démonstration concrète et pratique, par les chiffres, de cette volonté de modération. Le choix peut rester libre entre la motion du Conseil des Etats et la motion du Conseil national; l'essentiel c'est le résultat et je crois que je puis vous garantir qu'il sera là. Les termes, les modalités, le produit national, tout cela me paraît constituer des circonstances assez secondaires; il appartient aux deux conseils de s'entendre entre eux pour nous apporter un texte si possible identique.

Weber Leo, Berichterstatter: Die Ausführungen des Kollegen Stich erscheinen mir als grundsätzlich richtig. Es würde darum gehen, entweder die Motion des Ständerates zu akzeptieren, wie sie vorliegt (dann ist eine Sparmotion vorhanden), oder sie abzulehnen und die Differenz zu belassen. Dann müsste später eine neue Motion eingereicht werden. Das kann man immer noch tun, wenn man will.

In dieser Situation würde ich Ihnen eher empfehlen, der Motion des Ständerates trotz ihrer Mängel zuzustimmen.

M. Gautlier, rapporteur: Une remarque effectivement: contrairement à ce que je pensais tout à l'heure, nous ne pouvons pas maintenir notre motion. M. le secrétaire général de l'Assemblée fédérale vient de nous rendre attentifs au fait que, selon la loi sur les rapports entre les conseils, notre motion a été refusée par le Conseil des Etats, et que cette motion n'existe plus en fait. Si nous voulions une motion du Conseil national, il faudrait en déposer une nouvelle. Par conséquent, la seule solution qui nous reste, si nous voulons une motion sur les économies, c'est d'accepter celle du Conseil des Etats. Nous ne pouvons pas revenir sur celle du Conseil national; une erreur a été commise par le président de la commission et par moi-même tout à l'heure.

Präsident: Es wird festgestellt, dass die seinerzeitige Motion des Nationalrates vom Ständerat nicht erheblich er-

klärt worden ist und darum aus Abschied und Traktanden fällt. Wir haben nun Stellung zu nehmen zur Motion des Ständerates, die in der Kommission durch Stichtenscheid des Präsidenten abgelehnt worden ist.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion des Ständerates	64 Stimmen
Dagegen	47 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.471

Motion sozialdemokratische Fraktion. Soziale Sicherheit Motion groupe socialiste. Sécurité sociale

Wortlaut der Motion vom 8. Oktober 1976

Eine sparsame Finanzpolitik gehört zum ständigen Auftrag aller Verantwortlichen. Längerfristig muss der Bundesfinanzhaushalt wiederum in das Gleichgewicht gebracht werden. Um keine Beeinträchtigung der sozialen Sicherheit zu riskieren, muss die auf diese Zielsetzung ausgerichtete Finanzpolitik mit einer Sozialgarantie ergänzt werden. Im Sozialbereich sind bestehende gesetzliche Leistungen in ihrem realen Wert zu erhalten. Eine Fortsetzung der Sozialpolitik gemäss den «Richtlinien zur Regierungspolitik 1975–1979» ist unerlässlich.

Texte de la motion du 8 octobre 1976

La tâche constante de tous les responsables est de pratiquer une politique financière parcimonieuse des deniers publics. Les finances de la Confédération devront retrouver leur équilibre à plus ou moins long terme. Pour ne pas risquer de porter atteinte à la sécurité sociale, il faut compléter la politique financière conçue dans cet esprit par une garantie sur le plan social. Dans ce domaine, les prestations légales actuelles doivent être maintenues à leur valeur réelle. Il est indispensable que la politique sociale soit poursuivie conformément aux «Grandes lignes de la politique gouvernementale durant la législature 1975–1979».

Sprecher – Porte-parole: Hubacher

Hubacher: Sie haben soeben einer Sparmotion mehrheitlich zugestimmt. Sozusagen als soziale Leitplanke schlägt Ihnen die sozialdemokratische Fraktion eine Motion vor, die in Uebereinstimmung steht mit den Richtlinien der Regierungspolitik. Man könnte vielleicht einwenden, so betrachtet sei die Motion gar nicht mehr notwendig. Nachdem sich aber das hiesige Klima seit der Debatte vor einem Jahr doch wesentlich verändert hat und hier z. T. Kontraststandpunkte dargestellt worden sind, hält es unsere Fraktion für wichtig, am Grundsatz, wie er vom Bundesrat in den Richtlinien verankert worden ist, erneut demonstrativ festzuhalten. Der Bundesrat hat in den erwähnten Richtlinien unter anderem folgendes geschrieben: «Ein Staat, der seine Aktivität auf das Konsolidieren des Bestehenden beschränkt, muss für seine Bürger, insbesondere die junge Generation, zu einer Enttäuschung werden. Der Bundesrat hat sich deshalb bei den Richtlinien und dem Finanzplan an den klaren Grundsatz gehalten, dass die Fortentwicklung unseres Rechts- und Sozialstaates auch in Zukunft ein Gebot kluger Politik darstellt.»

Die sozialdemokratische Fraktion möchte Sie bitten, in diesem Sinne die Absichtserklärung des Bundesrates zu unterstützen. Wir meinen, ein Abbau ohne Angabe, wo, wie und bei wem gespart werden soll, sei keine politische

Handlung. Bei den Staatsausgaben handelt es sich zur Hauptsache um solche zur Verbesserung der Infrastruktur, des Verkehrs, des Kampfes gegen die fortschreitende Verschmutzung von Wasser und Luft usw. Ferner sind die grossen Ausgaben für Bildungszwecke und das Gesundheitswesen zu berücksichtigen. Ein Abbau auf breiterer Front erwiese sich nach unserer Auffassung rasch genug als verhängnisvoller Bumerang, der seinen eigenen Herrn schlägt und in dieser Form einfach nicht akzeptiert werden könnte.

Gerade damit – wir legen Wert darauf, das zu sagen – die Privatwirtschaft fruchtbar arbeiten und sich entwickeln kann, ist es nötig, dass die öffentliche Hand sich den Aufgaben im Bereiche der Infrastruktur nicht versagt. Sie schafft damit für den Wohlstand und das Wohlbefinden des Volkes die nötige Basis, sozusagen das grosse A, aufgrund dessen überhaupt das weitere Alphabet weiterbuchstabiert werden kann. Unternehmungen, die eine Politik unterstützen, welche dem Staat die Mittel für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur verweigern, ziehen sich, auf längere Sicht gesehen, den Teppich unter ihren eigenen Füßen weg. So betrachtet, ist die Motion, wie sie von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegt wird, nicht gegen häuslicheres Verwalten der öffentlichen Finanzen gerichtet aber gegen jene undifferenzierte und dem Volk falsche Illusionen vortäuschende Politik, die nicht präzise und konkret definiert wird, sondern einen allgemeinen Sparappell enthält und damit dem Volk eben etwas vormacht, was nicht ist.

Darf ich zum Schluss nicht einen Sozialdemokraten, sondern den früheren Delegierten für Arbeitsbeschaffung, Direktor O. Zipfel, zitieren, der einmal geschrieben hat: «Noch viel zu sehr werden rein privatwirtschaftliche Ueberlegungen auf die staatliche Finanzpolitik übertragen. Man ist der Meinung, dass der Staat sich in schlechten Zeiten wie ein guter Hausvater nach der Decke zu strecken habe, d. h. bei rückläufigen Einnahmen auch seine Ausgaben einzuschränken habe, und übersieht, dass dadurch der Schrumpfungprozess der Wirtschaft und damit das Heer der Arbeitslosen nur noch vergrössert wird. Soll in Zukunft die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden, so wird man diese Betrachtungsweise verlassen und einsehen müssen, dass es Aufgabe des Staates ist, gerade in schlechten Zeiten vermehrte Investitionen vorzunehmen oder anzuregen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Gesunde Staatsfinanzen sind eine Notwendigkeit und bilden die Voraussetzung auch für eine wirksame Konjunkturpolitik. Nur wird man in grösseren Zeiträumen rechnen und vom Dogma abkommen müssen, dass das Staatsbudget jedes Jahr seinen Ausgleich finden sollte. Es genügt, wenn dieser im Laufe einer Konjunkturperiode erreicht wird. Nur so wird es überhaupt möglich sein, in Zukunft Krisen wirksam zu bekämpfen.»

Weil wir der Meinung sind, Konjunkturpolitik, Beschäftigungspolitik, Kampf gegen die Krise, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit habe Vorrang vor einem optischen Gleichgewicht im Budget, meinen wir, dass diese Motion sozusagen als Sozialgarantie aufgefasst werden soll. Auch diejenigen Kolleginnen und Kollegen, denen das Sparen derart am Herzen liegt, die aber gleichzeitig erklären, mit Sparen solle nichts abgebaut werden, können nach unserer Auffassung dieser Motion zustimmen. Wir möchten dafür eine gewisse Garantie bekommen, dass Sparen nicht Abbau unseres Sozialstaates, nicht Abbau unserer öffentlichen Dienstleistungen und nicht Abbau auf der ganzen Linie bedeuten soll.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral a déclaré dans les Grandes lignes de la politique gouvernementale durant la législature 1975–1979 qu'une réduction des rentes ne saurait entrer en ligne de compte. Nous demeurons convaincus que les prestations d'assurance doivent être maintenues à leur niveau légal et réel actuel. Cette garantie n'exclut pas cependant, et vous le com-

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.11.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1321-1341
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 251

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Wüssten sie doch, dass sie nicht nur für ungeborene Kinder Gräber schaufeln, sondern auch für unser Schweizervolk!»

Der beängstigende Geburtenrückgang der letzten Jahre lässt aufhorchen. Als Gesetzgeber haben wir die Pflicht, das Schweizervolk vor falschen Wegen zu bewahren. Die Fristenlösung ist ein falscher Weg. Das hat man in mehreren Staaten einsehen müssen, und man hat die Gesetze wieder korrigiert. Die Achtung vor dem werdenden Leben ist ein fundamentales Recht, für das wir uns einzusetzen haben, wenn wir unsere Pflicht gemäss unserem abgelegten Eid nachkommen wollen. Deshalb bitte ich den Rat, dem Antrag des Bundesrates, des Ständerates und der Minderheit unserer Kommission zuzustimmen und Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative zu empfehlen.

Pedrazzini: Con il progetto di decreto del 19 maggio 1976 il Consiglio federale raccomanda al popolo e ai Cantoni il rigetto dell'iniziativa popolare inoltrata il 22 maggio 1976.

La maggioranza della Commissione incaricata dell'esame del testo dell'iniziativa propone al Consiglio nazionale di «invitare popolo e Cantoni ad accettare l'iniziativa».

La «soluzione dei termini» tenta di fondare il suo valore giuridico e umano sulla libertà. Per una grave ambiguità la «soluzione dei termini» non rappresenta libertà: non rappresenta quella forza e quei sentimenti che si collocano nel più intimo della persona umana e che consentono eticamente la scelta voluta.

Il concetto di libertà che si invoca nell'iniziativa per l'aborto è libertà degenerata in permissività. Sarebbe un grave errore umano ed un palese regresso storico se, di fronte all'incedere della scienza e della coscienza delle generazioni che crescono – ambedue prostrate a smantellare le barriere di tempi ancora recenti nel campo dell'ambiente, dell'informazione e di ripensamenti sociali, dove il concetto di libertà giustificava l'agire contro la natura e contro l'uomo – si confondesse la libertà con la permissività negando l'esistenza e la vita.

Parlare poi di termini, o se si vuole di mesi, nella vita di un essere è ambiguo. Le prime 12 settimane non sono altro che un periodo – non scindibile da quelli che seguono – delle fasi nelle quali si svolge il ciclo dell'esistenza.

L'ambiguità diventa palese al momento che al termine di infanzia o di gioventù – che già significano uomo – si confronta il termine di «essere di 12 settimane» che non può né equivalere né essere trattato come oggetto o cosa.

Interrompere la vita del nascituro prima o dopo tre mesi dalla concezione o dopo la nascita non significa altro che l'annientamento di una persona. Questa azione, che è contro natura e quindi contro l'esistenza, rappresenta un concetto negativo e di distruzione, che, in una società che si vuole libera e progredita, non può restare impunita. Occorre avere il coraggio di riconoscere che i «casi pietosi o umani» di cui la soluzione dei termini vorrebbe essere una soluzione «umana ed illuminata», diventano parole che mascherano una realtà feroce ed egoista: è la realtà che rinuncia all'Essere in favore dell'Avere. I casi pietosi ed umani, che pur esistono, devono e possono essere affrontati e risolti con azioni positive quali la prevenzione e l'assistenza morale e materiale.

Ma come mai si osa, in questo tema, parlare di liberalizzazione della donna se il prezzo della liberalizzazione è la soppressione della esistenza?

Non è libertà il sopprimere per essere liberi. Introducendo nel concetto di libertà tanto egoismo, la libertà diventa schiavitù dell'Io, perdendo non solo il contenuto etico e spirituale della parola ma anche il suo significato etimologico.

L'iniziativa dei termini rappresenta inoltre una contraddizione storica e sociologica. Il no alla vita dei proponenti è contrario alla storia dello sviluppo dell'uomo.

Se la contraddizione storica è palese – «non sviluppo» è sinonimo di regresso – quella sociologica è addirittura

perversa. Come giustificare la realizzazione dello stato sociale che stiamo attrezzando con onerose ma giuste previdenza per gli infermi, gli ammalati e per gli anziani se non sappiamo accordare al meno protetto, perchè ancora non vede e ancora non sente, una assoluta garanzia di vita? La ricerca del bene comune deve partire da un sì alla vita, e le istituzioni di libertà che hanno forgiato nei tempi la nostra Patria non possono escludere la «libertà per la vita». Per questi motivi aderisco al progetto del Consiglio federale e vi prego di votare per la proposta di minoranza I della commissione et di respingere di conseguenza l'iniziativa all'esame.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Ici, le débat sur cet objet est interrompu*

76.024

Bundesverfassung. Finanz- und Steuerrecht Constitution fédérale. Finances, Impôts

Siehe Seite 1321 hiervor — Voir page 1321 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 8 décembre 1976

Differenzen – Divergences

A

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Anträge der Kommission

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Festhalten

Abschn. II Art. 8 Abs. 3 Buchst. a

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1, 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Fischer-Bern

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Propositions de la commission

Chap. I art. 42ter al. 2

Maintenir

Chap. II art. 8 al. 3 let. a

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Chap. II art. 9 al. 3 let e ch. 1, 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Fischer-Bern

Chap. I art. 42ter al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Weber Leo, Berichterstatter: Nach der Sitzung des Nationalrates vom 30. November 1976 bestanden noch sieben

Differenzen gegenüber dem Ständerat. Der Ständerat hat uns in der Zwischenzeit in vier Punkten zugestimmt, und zwar in drei grundlegenden und wichtigen Punkten, nämlich einmal in der Frage des Satzes der Mehrwertsteuer, wo jetzt 10 Prozent Mehrwertsteuer feststehen, dann in der Frage der Höhe der Sozialabzüge, wo er ebenfalls dem Nationalrat zugestimmt hat, und schliesslich in der Frage der Privilegierung des Gastgewerbes, wo er ebenfalls unsere Fassung übernommen hat.

Es verbleiben somit drei Differenzen, einmal der Artikel 42ter Absatz 2, die materielle Steuerharmonisierung, dann zweitens der Tarif der juristischen Personen, wo es um die Frage des Zwei- oder des Dreistufentarifes geht, und drittens die Frage der formellen Harmonisierung die Durchsetzungsklausel, die der Nationalrat beschlossen hat.

Ihre Kommission beantragt Ihnen, in Abwägung aller Umstände, bei zwei Differenzen dem Ständerat zuzustimmen und bei einer Differenz festzuhalten. Zustimmung beantragt sie in der Frage des Tarifes der juristischen Personen. Es handelt sich hier doch eher um eine Detailfrage. Wir sind uns alle einig, dass an sich der Logik der Zweistufentarif eher entsprechen würde, als der Dreistufentarif; auf der anderen Seite legen Kreise der Wirtschaft Wert darauf, dass jetzt in dieser schwierigen Phase für die Wirtschaft keine Änderungen eintreten und nicht abgewichen wird vom derzeitigen Dreistufentarif. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung zum Ständerat mit 12 : 5 Stimmen.

Ebenfalls Zustimmung beantragt sie bei der sogenannten Durchsetzungsklausel (Beschluss B). Es sprechen zwar einige Gründe dafür, hier im Gegensatz zum Normalfall eine Ausnahme zu machen und diese Durchsetzungsmöglichkeit der Bundesbehörden, wenn ein Kanton seiner Pflicht nicht nachkommen sollte, in der Verfassung ausdrücklich festzuhalten. Man hat das auch schon gemacht, etwa in Artikel 27 Absatz 4 der Bundesverfassung, bei der obligatorischen Primarschulpflicht. Auf der anderen Seite müssen wir zugeben – wie der Ständerat das herausgearbeitet hat –, dass eine juristische Notwendigkeit für diese Durchsetzungsklausel in diesem Paragraphen nicht besteht. Artikel 85 Ziffer 8 der Bundesverfassung genügt nämlich dafür – ich lese diesen Artikel kurz vor –; danach hat die Bundesversammlung folgende Befugnisse: Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen zum Zwecke haben. Sie hat also rechtlich ohne Zweifel das Instrument, hier einzugreifen. Die Kommission hat hier mit 11 : 6 Stimmen Zustimmung zum Ständerat beschlossen.

An einer Differenz möchte sie festhalten, nämlich an der Frage der materiellen Harmonisierung gemäss Artikel 42ter Absatz 2. Wir glauben, dass es sich hier um ein vorrangiges Postulat handelt, das für weite Kreise als unentbehrlicher Bestandteil einer Finanz- und einer Steuerreform betrachtet wird. Wir möchten aus diesem Grunde an diesem Postulat festhalten. Ich füge bei, dass nichts wesentlich Neues beschlossen wird. Schon in der Gesetzgebung über den Finanzausgleich ist die Ausschöpfung der Steuerquellen eine der Voraussetzungen. Dieser Grundsatz wird lediglich auf die Verfassungsstufe gehoben und erhält natürlich damit eine andere Gewichtung; das wollen wir ganz klar sehen. Die Details müssen dann in einem neuen Finanzausgleichsgesetz behandelt werden.

Schliesslich beantragen wir Ihnen die Abschreibung verschiedener Motionen und Postulate. Ich werde bei der Frage des Gastgewerbes noch eine Detailbemerkung anbringen.

M. Gautier, rapporteur: Nous avons laissé l'autre jour, après notre délibération, persister sept différences avec le Conseil des Etats. Le Conseil des Etats a cédé sur quatre points, dont trois importants, il reste donc trois divergences à liquider. Le premier point important où le Conseil des Etats s'est rallié à notre version, est le taux de la

taxe à la valeur ajoutée – il s'est rallié au taux de 10 pour cent que nous avons proposé. Le second point où le Conseil des Etats a cédé, c'est la hauteur des déductions sociales, où il s'est rangé aux chiffres que nous avions proposés, et le troisième point, c'est le taux préférentiel de la TVA pour l'hôtellerie et la restauration. Il a introduit dans la loi la notion d'un taux de 6 pour cent en faveur de cette branche du commerce helvétique.

Les trois divergences qui subsistent sont les suivantes: nous allons vous proposer de céder sur deux d'entre elles, mais de maintenir la troisième. Les deux sur lesquelles nous vous proposons de céder sont la deuxième et la troisième qui figurent sur la feuille que vous avez reçue. C'est d'abord, à l'article 8, 2e alinéa, lettre a, celle qui concerne la question de l'imposition des personnes morales; il s'agit de savoir – nous en avons parlé l'autre jour – s'il faut les imposer selon deux ou trois paliers. Le Conseil des Etats a décidé, à une très forte majorité, c'est-à-dire à l'unanimité, de maintenir les trois paliers. Votre commission, par 12 voix contre 5, a estimé qu'il fallait céder sur ce point parce que, même si un certain nombre des membres de la commission estiment que le système des deux paliers serait plus judicieux, ils ont admis que, dans la situation économique actuelle, une modification du système d'imposition des personnes morales pouvait avoir certaines conséquences défavorables.

C'est pourquoi nous vous proposons de nous rallier au Conseil des Etats.

Le second point sur lequel nous vous proposons de nous rallier aux Etats figure dans l'arrêté fédéral B, à l'article 42quinquies concernant l'harmonisation fiscale. Nous avons introduit une phrase selon laquelle, si les cantons n'adaptent pas assez rapidement leur législation, c'était la législation fédérale qui s'appliquerait. Le Conseil des Etats et la majorité de votre commission vous proposent de vous rallier à cette idée, mais estiment que cette phrase est inutile. En effet, elle ferait double emploi avec l'article 85 de la constitution qui donne à l'Assemblée fédérale la compétence, au chiffre 8, d'appliquer les mesures pour faire respecter la constitution fédérale et assurer la garantie des constitutions cantonales ainsi que celles qui ont pour but d'obtenir l'accomplissement des devoirs fédéraux. Si donc l'Assemblée fédérale est compétente pour les faire respecter, il n'est pas besoin d'une nouvelle disposition constitutionnelle.

Par contre, la dernière divergence que nous vous proposons de maintenir est le texte de l'article 42ter, 2e alinéa nouveau, qui demande aux cantons d'épuiser leurs recettes fiscales avant de réclamer le bénéfice de la péréquation. Nous avons pensé qu'il s'agissait là d'une formulation importante, qui n'apportera probablement guère de modifications puisque la loi sur les finances fédérale prévoit déjà de telles dispositions, mais nous croyons qu'il est important d'élever ces dispositions au niveau constitutionnel. C'est pourquoi votre commission vous propose ici de maintenir la divergence par 13 voix contre 2.

Fischer-Bern: Ich möchte Ihnen beantragen, bei der einzig verbleibenden Differenz ebenfalls dem Ständerat zuzustimmen. Es handelt sich um eine sehr ernste Angelegenheit; ich bitte Sie also, diesen Fall nicht leicht zu nehmen. Es geht um nichts anderes als um die Einführung einer weitgehenden materiellen Steuerharmonisierung auf dem Umweg über den Finanzausgleich. Sie wissen, dass wir neben dem Finanzpaket einen separaten Verfassungsartikel über die Steuerharmonisierung zu behandeln haben, und in diesem separaten Steuerharmonisierungsartikel wird festgelegt, dass in Zukunft bei uns die formelle Steuerharmonisierung Geltung haben soll, d. h. die einzelnen Verfahrensvorschriften sind gleichzuschalten. Es wurde aber abgelehnt, eine materielle Steuerharmonisierung in diesen Harmonisierungsartikel aufzunehmen, d. h. es sollen nicht die gleichen Steuerbelastungsverhältnisse vorgeschrieben werden. Nun ist in der nationalrätlichen Kommission zusätzlich diese materielle Steuerharmonisierung in das Fi-

nanzpaket aufgenommen worden. Der Ständerat hat das mit 26 : 4 Stimmen abgelehnt, und wir haben in der letzten Sitzung mit 85 : 60 Stimmen zugestimmt; es besteht also beim Ständerat eine sehr starke Tendenz, diese materielle Steuerharmonisierung nicht aufzunehmen. Ich möchte Sie somit bitten, dem Ständerat zuzustimmen. Es besteht gar kein Grund, dass wir jetzt auf dem Hintertreppchenweg diese materielle Steuerharmonisierung aufnehmen und die einzelnen Kantone bevormunden. Es ist nämlich ganz klar, dass jeder Kanton dermassen stark auf den Finanzausgleich angewiesen ist, dass er es sich nicht leisten könnte, diese Steuerharmonisierung nicht durchzuführen. Herr Kollega Hubacher wird Ihnen vermutlich, wie er es heute morgen in der Kommission schon getan hat, noch einige referendumpolitische Bemerkungen zu diesem Thema machen. Ich möchte dies ebenfalls tun. Sie wissen, dass wir im Frühling dieses Jahres eine Initiative des Landesrings, die eine umfassende materielle Steuerharmonisierung herbeiführen wollte, in einer Volksabstimmung hatten. Sie wissen auch, dass das Volk und sämtliche Stände, mit Ausnahme des Kantons Basel-Stadt, diese materielle Steuerharmonisierung verworfen haben. Ich glaube, referendumpolitisch – das Finanzpaket muss ja ebenfalls vor Volk und Stände – werden Sie nichts erreichen, wenn Sie die materielle Steuerharmonisierung aufnehmen, wie das die Sozialdemokraten gerne hätten. Im übrigen bin ich der Meinung, dass wir den Föderalismus nicht auf diese Art und Weise strapazieren dürfen; die Finanzhoheit ist die wichtigste Hoheit der Kantone. Auch aus dieser grundsätzlichen Sicht möchte ich Ihnen dringend empfehlen, dem Ständerat zuzustimmen. Wir hätten damit auch gleichzeitig das Geschäft erledigt.

Hubacher: Es ist etwas verdächtig, wenn unser Ratskollege Otto Fischer den Befürwortern der Vorlage gute Ratschläge erteilt. Ich könnte mir vorstellen, dass man als Gegner des Finanzpaketes natürlich daran interessiert ist, dass nichts über die Steuerharmonisierung in dieser Vorlage steht. Die Kommission hat heute morgen, Herr Kollege Fischer, nicht nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten, sondern überzeugend mit 13 : 2 Stimmen Festhalten an dieser Formulierung beschlossen, und das aus der Überzeugung heraus – ich glaube, das ist auch politisch wichtig und richtig –, dass das vorläufig nur eine Absichtserklärung bedeutet und dass man in dieser Vorlage nicht einfach nichts über diese Frage sagen kann. Herr Kollege Fischer hat recht, wenn er darauf hinweist, dass sich bei der Abstimmung über die Landesring-Initiative die Mehrheit gegen diese Initiative ausgesprochen hat. Aber politisch muss man, glaube ich, aus dem Resultat, das immerhin auch eine ganz beachtliche Minderheit zustande gebracht hat, und vor allem auch aus der Interpretation der Abstimmungskommentare die Schlussfolgerung ziehen, dass eine breite Schicht unseres Volkes für eine Steuerharmonisierung Verständnis und Bedürfnis hat. Wir meinen, es wäre politisch ausserordentlich gefährlich, jetzt hier überhaupt nichts davon zu sagen, nicht einmal diese Absichtserklärung über Steuerharmonisierung aufzunehmen. Deshalb bitte ich Sie, im Interesse der gesamten Vorlage – die Bundesratsparteien waren sich in ihren Gesprächen einig, dass das im Interesse der gesamten Vorlage liege – doch der grossen Mehrheit der Kommission zu folgen.

Präsident: Wir können zur Bereinigung dieser Differenz bei Artikel 42ter Absatz 2 schreiten. Es handelt sich um die sogenannte indirekte Steuerharmonisierung über die Finanzausgleichleistungen. Die Kommission in ihrer überwiegenden Mehrheit beantragt Festhalten; Herr Fischer beantragt Zustimmung zum Ständerat.

Abstimmung – Vote

Abschn. I Art. 42ter Abs. 2

Für den Antrag der Kommission

Für den Antrag Fischer-Bern

114 Stimmen

25 Stimmen

Präsident: Bei Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a geht es um die Besteuerung der juristischen Personen. Die Kommission beantragt, dem Ständerat zuzustimmen, d. h. am sogenannten Dreistufentarif festzuhalten. Sie haben so beschlossen.

Weber Leo, Berichterstatter: Bei Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe e hat der Nationalrat seinerzeit die Privilegierung ausdrücklich für eine Dauer von sechs Jahren beschlossen. Der Ständerat hat der Privilegierung zugestimmt, aber die Zahl von sechs Jahren gestrichen. Materiell ändert das nichts, denn die Privilegierung gilt so oder so nur für die Uebergangszeit. Bekanntlich muss nach Artikel 9 Absatz 2 dieser neuen Bestimmungen innerhalb sechs Jahren vom Bund über die ordentliche Gesetzgebung ein Gesetz über die Mehrwertsteuer ausgearbeitet werden. Dann wird diese Frage wieder zur Diskussion stehen.

M. Gautler, rapporteur: Je prends la parole simplement pour préciser que nous avons fixé au taux privilégié pour l'hôtellerie et la restauration une durée de six ans. Le Conseil des Etats s'est rallié en biffant la mention de six ans. Il s'agit en effet des dispositions transitoires de la constitution qui sont valables pour six ans; pendant ce laps de temps, le Conseil fédéral doit faire une loi définitive, donc il n'était pas nécessaire de répéter que c'était pour six ans.

Präsident: Der Rat nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis; ein anderer Antrag ist nicht gestellt. Er beschliesst im Sinne der Kommissionsanträge.

Angenommen – Adopté

B

Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale

Art. 42quinquies Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 42quinquies al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsident: Wir kommen zur letzten Differenz. Es handelt sich um die Frage der sogenannten Durchsetzungsklausel. Der Ständerat hat diese Durchsetzungsklausel gestrichen, die vorsieht, dass über die Gesetzgebung diese Steuerharmonisierung auch in den Kantonen von Bundes wegen durchgesetzt wird. Die Kommission beantragt Streichung dieses Artikels; die Begründung wurde Ihnen gegeben. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt; dagegen wünscht Herr Stich das Wort.

Stich: Ich habe in der Sitzung der Kommission bereits erklärt, dass ich dazu einen Minderheitsantrag stellen werde.

Bei der Frage der Durchsetzungsklausel muss man sich bewusst sein, dass man rein juristisch argumentieren kann, der Bund hätte die Möglichkeit, Bundesrecht bei den Kantonen durchzusetzen. Das ist möglich, er kann besondere Massnahmen treffen. Das ist unbestritten. Aber Sie müssen sich auch darüber Rechenschaft geben, dass es im Verlaufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Vorschriften gegeben hat, die für die Kantone verpflichtend gewesen wären. Sie sind trotzdem nicht durchgesetzt worden, weil man keine Möglichkeit hatte oder weil man politisch die Kantone nicht zwingen wollte. Das ist der Grund, warum ich es nach wie vor als nötig erachte, dass man hier *expressis verbis* sagt, dass das Bundesrecht dann

Geltung hat, wenn die Kantone ihre Gesetzgebung nicht anpassen.

Man muss sich allerdings auch darüber klar sein, dass dieser Harmonisierungsartikel eigentlich nicht sehr viel Logik enthält. Wenn man Bundesrecht durchsetzen will, dann ist es nicht sinnvoll, wenn die Kantone vorher versuchen, ihre Gesetzgebung in Parlamenten und Abstimmungen durchzusetzen, wenn man nachher trotzdem eine einheitliche Regelung haben will. Aber offensichtlich liegt der tiefere Grund der Ablehnung dieses Antrages im Ständerat darin, dass man praktisch natürlich keine Harmonisierung will. – Ich habe vorhin keinen Antrag gestellt zur Besteuerung der juristischen Personen, obwohl es doch bezeichnend ist, dass seinerzeit in der Koordinationskommission der Zweistufentarif aufgenommen worden ist. Nun verankern wir wieder den Dreistufentarif in der Bundesverfassung. Wer hier noch an eine Harmonisierung glaubt, der mag einen Taler bezahlen.

Diethelm: Ich war bei den Kommissionsberatungen Urheber dieser Ergänzung, und zwar aus der Ueberzeugung, dass in denjenigen Kantonen, in denen Anträge sowohl der Legislative als auch der Exekutive nicht durchgesetzt werden können, das Bundesgesetz Anwendung finden soll. Ich glaube, es wäre nicht im Interesse unserer Eidgenossenschaft, wenn wir diejenigen Kantone mit der materiellen Harmonisierung strafen wollten, in denen beim Volk das Verständnis für diese Harmonisierung fehlt. Ich möchte Sie dringend bitten, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Ich spreche auch im Namen verschiedener Finanzdirektoren in den Kantonen, die diese Ergänzung als unbedingt notwendig erachten.

Weber Leo, Berichterstatter: Es gibt ganz sicher Gründe für diesen Satz, den der Nationalrat beschlossen hat. Wir müssen uns aber im klaren sein, wo wir heute stehen. Wir stehen im Differenzbereinigungsverfahren, zweite Phase. Wir haben drei relativ grosse Differenzen. Wir haben versucht, einen Schwerpunkt zu setzen. Diesen Schwerpunkt haben wir dadurch gesetzt, indem wir bei der materiellen Steuerharmonisierung festgeblieben sind, und zwar mit einer Stimmenzahl, die einen gewissen Eindruck nicht verfehlen wird. Ich möchte glauben, dass dieser Punkt doch eher von untergeordneter Bedeutung ist, denn rechtlich haben die Bundesbehörden heute schon die Möglichkeit, renitente Kantone zur Raison zu bringen, und faktisch möchte ich Ihnen sagen, dass im Entwurf zum Harmonisierungsgesetz ein Artikel enthalten ist, der ganz klar feststellt, dass die Bundesbehörden für Kantone, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, die Grundsatzgesetzgebung des Bundes für anwendbar erklären können. Ich glaube, damit ist eigentlich dem Genüge getan, was unbedingt notwendig ist.

Präsident: Wir bereinigen damit Artikel 42quinquies Absatz 3. Herr Stich hat hier mündlich den Antrag gestellt, festzuhalten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	69 Stimmen
Für den Antrag Stich	62 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Wahl eines Mitgliedes des Ratsbüros Election d'un membre du Bureau du Conseil

Bei 142 ausgeteilten und 142 wieder eingelangten Wahlzetteln, wovon leer 7, gültig 135, also bei einem absoluten

Mehr von 68 Stimmen, wird im ersten Wahlgang gewählt:

Herr Félicien Morel	mit 74 Stimmen.
Stimmen haben ferner erhalten: Herr Rémy Schläppy 28; Herr René Felber 26; Verschiedene 7.	

Präsident: Ich gratuliere Herrn Morel zu seiner Wahl.

76.050

Schwangerschaftsabbruch (Fristenlösung). Volksbegehren Avortement (solution du délai). Initiative populaire

Fortsetzung von Seite 1490 hiervor
Suite de la page 1490 ci-devant

M. Chavanne: Je voudrais rappeler qu'il est peu de problèmes aussi importants et aussi peu objectivement discutés jusqu'à maintenant que celui de la planification familiale en notre pays. Alors que vers 1900 il fallait 29 naissances pour 1000 habitants pour assurer la stabilité de la population, il n'en faut plus maintenant que 12,3. Alors que la différence du taux de natalité entre les cantons était extrêmement importante en 1929, cette différence n'existe presque plus actuellement. C'est ainsi que pour un taux moyen suisse de 12,3 en 1975, le canton de Genève, qui a toujours été un des cantons les moins prolifiques, arrive à 11 et le canton de nos amis valaisans qui se sont exprimés tout à l'heure n'arrive qu'à 15. Autrefois, les différences des taux étaient de l'ordre de 200 pour cent! Le problème n'est donc pas du tout, comme on a essayé de le dire ici, très différent d'un canton à l'autre et comme le laisserait croire la situation actuelle: jamais d'avortement légal dans certains cantons alors qu'il y en aurait de nombreux, en marge de la loi, dans d'autres cantons. Encore une fois, la différence entre les cantons campagnards, montagnards et les cantons urbains est actuellement très réduite. Dans certains cantons – le canton du Valais par exemple – la religion dominante interdit tous les moyens anticonceptionnels non naturels, c'est-à-dire pratiquement tous, sauf la méthode Ogino. Il faut sortir de cette illégalité que nous connaissons actuellement.

S'il nous faut voter la solution du délai et non pas une loi compliquée à indications, c'est parce que nous changerions un cheval aveugle contre un cheval borgne, c'est-à-dire une inégale application d'une loi dans les différents cantons malgré une diminution beaucoup plus rapide du taux de natalité dans les cantons campagnards, montagnards, que dans les cantons urbains, contre des discussions sans fin sur l'application des indications morales ou sociales. La loi du délai a au moins l'avantage considérable d'être simple. Et je dirais que cet avantage est extrêmement important si l'on veut, avec tous ceux qui se sont exprimés, lutter contre l'avortement, considéré comme le plus mauvais système anticonceptionnel ou plus exactement comme n'étant pas un système anticonceptionnel mais la fin parfois tragique d'une situation impossible à régler autrement parce que, dans beaucoup de cas, la planification familiale n'a pas été appliquée. On pourrait écouter ceux qui s'élèvent par principe contre l'avortement si on retrouvait en eux le sens de l'aide à apporter aux femmes et aux hommes pour régler le problème de la planification familiale. Or ce n'est pas le cas. La situation est la même que dans les cantons où les moyens anticon-

Bundesverfassung. Finanz- und Steuerrecht

Constitution fédérale. Finances, impôts

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1502-1505
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 283

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Mittwoch, 15. Dezember 1976, Nachmittag

Mercredi 15 décembre, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wyer

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)**Constitution fédérale (finances, impôts)**

Siehe Seite 1502 hiervor — Voir page 1502 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 15. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 15 décembre 1976**Differenzen – Divergences****Bundesbeschluss I – Arrêté fédéral I****Art. 42ter Abs. 2***Antrag der Kommission*

Festhalten

Art. 42ter al. 2*Proposition de la commission*

Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter: Es besteht nach wie vor eine Differenz zum Ständerat, nämlich Artikel 42ter Absatz 2, wo es um die sogenannte materielle Harmonisierung geht. Der Ständerat hat mit einem Mehr von 24 : 15 Stimmen Streichen dieser Bestimmung beschlossen. Im früheren Schlagabtausch war das Verhältnis im Ständerat 26 : 4 Stimmen; eine gewisse Tendenz zu einem Entgegenkommen scheint also aufzuleuchten. Ihre Kommission hat mit allen gegen eine Stimme ebenfalls beschlossen, an diesem Artikel, also einer gewissen materiellen Harmonisierung, festzuhalten. Wir haben uns noch einmal alle rechtlichen und politischen Überlegungen vor Augen geführt, die dafür und die dagegen sprechen und sind am Schluss eindeutig dazu gekommen, dass wir den politischen Überlegungen den Vorzug geben müssen. Die Kommission beantragt Ihnen daher Festhalten.

M. Gautler, rapporteur: La divergence que nous avons laissé subsister il y a quelques jours continue à «être en vie» puisque le Conseil des Etats a maintenu sa position et ne veut toujours pas entendre parler d'un article 42ter, 2e alinéa.

Je vous rappelle qu'il s'agit de cette phrase que nous avons proposé d'introduire dans la constitution: «La législation fédérale subordonnera les prestations allouées aux cantons, au titre de la péréquation financière, à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leurs capacités contributives et de leurs sources d'impôts.»

Je vous rappelle aussi que nous avons adopté en juin cette disposition à 4 voix de majorité, qu'au second tour cette majorité a atteint 25 voix et qu'il y a quelques jours, nous en étions à 114 contre 25. Pendant ce temps, le Conseil des Etats faisait le chemin inverse puisque son opposition a passé de 26 contre 4 – la première fois – à 24 contre 15, ce matin.

En raison de cette évolution et de l'importance politique de cette disposition pour le vote du mois de juin prochain, votre commission vous propose, à une très forte majorité, de maintenir cette divergence en espérant que, cette fois, le Conseil des Etats voudra bien nous suivre.

Präsident: Die Kommission beantragt zu Artikel 42ter Absatz 2, die Bestimmung über die materielle Harmonisierung indirekt über die Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich festzuhalten. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

76.084

**Mietwesen. Missbrauchsbekämpfung
Lutte contre les abus dans le secteur locatif**

Siehe Seite 1617 hiervor — Voir page 1617 ci-devant

Fortsetzung – Suite

M. Carobblo: Au nom du groupe du Parti du travail et du Parti socialiste autonome, je dois avant tout exprimer notre déception à l'égard des positions du Conseil fédéral sur le problème de la protection des locataires. D'un côté, le gouvernement nous invite à rejeter l'initiative pour une protection efficace des locataires en lui opposant, pour confondre les idées des citoyens, un contre-projet qui ne changera en rien ou presque la situation. De l'autre côté, il nous propose une mini-réforme de l'arrêté fédéral contre les abus dans le secteur locatif, qui renvoie dans le temps les problèmes principaux et plus urgents pour les locataires. Une fois de plus, le Conseil fédéral, à notre avis, se range plutôt du côté des milieux immobiliers que de celui des locataires.

Aujourd'hui comme hier et malgré une situation qui exigerait un choix en faveur d'un droit des baux modernisé, le Conseil fédéral continue à s'en tenir au principe selon lequel, en règle générale, le loyer doit être fixé librement par les parties contractantes. Nous ne pouvons approuver un tel choix. Entendons-nous bien: en l'occurrence, la liberté des parties contractantes équivaut à la liberté qu'auraient les poules d'un poulailler dans lequel on aurait introduit deux ou trois renards. La confirmation vient du Conseil fédéral lui-même quand il précise dans le message que, dans les dix dernières années, les loyers ont augmenté beaucoup plus fortement que les autres prix.

Nous nous prononçons donc clairement en faveur d'une législation efficace et moderne en matière de protection des locataires. Il ne s'agit pas de réclamer ici une révolution dans le secteur locatif mais simplement une politique qui est déjà largement pratiquée par d'autres pays d'Europe occidentale, comme la Belgique, l'Autriche, l'Allemagne qui connaissent une législation en matière de réglementation des loyers et de protection contre les résiliations bien plus avancée et efficace que dans notre pays.

Pour en revenir au message en discussion, sans vouloir minimiser la portée de certaines améliorations, comme celle qui consiste à ouvrir la possibilité aux locataires d'une action en réduction de loyer en cas de baisse des coûts – il s'agit du reste de la seule innovation importante – notre désillusion et celle des locataires face à l'insuffisance des innovations proposées par le Conseil fédéral est grande. Au lieu de profiter de la reconduction de l'arrêté pour proposer aux Chambres un renforcement sensi-

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1976 - 15:30
Date	
Data	
Seite	1626-1626
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 309

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

mien brauchen, weil die Arzthonorare, Arzneikosten usw. gross sind. Man könnte sich auch dort überlegen, ob das nicht einmal ein Objekt für die Preisüberwachung wäre. Ich erinnere hier an andere Länder. Wenn man das Uebel an der Wurzel packen will, muss man eben bei der Grundlage ansetzen und nicht auf der letzten Stufe.

Umgekehrt ist festzustellen, dass in den letzten Jahren sehr viele Kantone ihre Spitaltaxen sehr massiv erhöhten, um sich selber zu entlasten. Jene Kantonseinwohner haben dadurch wohl weniger Steuern bezahlen müssen, aber die Krankenkassen hatten dann letztlich mehr Beiträge zu entrichten.

Ich bitte Sie also im Namen der Mehrheit, unserem Beschluss zuzustimmen und auf eine weitere Kürzung bei den Krankenkassenbeiträgen zu verzichten.

M. Richter, rapporteur de la majorité: Par 9 voix contre 8, la commission adhère aux propositions de la majorité. Que représente cette proposition de la majorité, que représente cette proposition de la minorité? On dit qu'on voulait arrêter le progrès social. Je suis obligé de vous dire «Pardon!» Adhérer à la majorité signifie accepter une augmentation des prestations de la Confédération pour 81,8 millions en 1977, par rapport à 1976. Adhérer à la proposition de la minorité ou voter pour la proposition de M. Fischer, cela signifie accepter une augmentation des prestations de la Confédération de 66,8 millions en 1977 par rapport à 1976. Réduire nos prestations de 21 millions: qu'est-ce que cela pourrait signifier pour autant que ce montant soit utilisé? — Le sera-t-il, ne le sera-t-il pas? C'est la réalité des chiffres qui nous dira si les frais médicaux et pharmaceutiques augmenteront effectivement en 1977 dans les propositions indiquées. — Eh bien! ces 21 millions représentent je pense, *grosso modo*, 3 fr. 50 par an et par assuré. Voilà un peu l'ordre de grandeur. Est-ce supportable ou non? C'est là que réside l'appréciation à laquelle nous devons nous livrer. En tout état de cause, nous constatons que la commission, dans sa majorité, accepte d'augmenter la dépense pour la Confédération à raison de 81,8 millions, à raison de 66,8 millions en ce qui concerne M. Fischer. Nous adhérons, quant à nous, aux propositions de la minorité.

Abstimmung – Vote

Pos. 318.453.01

Für den Antrag der Mehrheit (Festhalten)	74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Zustimmung zum Ständerat)	73 Stimmen

Präsident: Position 320.463.13, «Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft»: Die Kommission beantragt Zustimmung. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Sie haben in diesem Sinne beschlossen.

Beim Volkswirtschaftsdepartement, Position 723.463.01, «Arbeitsbeschaffung, Förderung der angewandten Forschung», beantragt die Kommission Festhalten. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Sie haben in diesem Sinne beschlossen.

Bei den Jahreszusicherungskrediten für 1977, Position 315.443.08, «Förderung des Natur- und Heimatschutzes (Seite 117*)», beantragt die Kommission Festhalten. Sie haben in diesem Sinne beschlossen.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

Siehe Seite 1626 hiervoor — Voir page 1626 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 16. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 16 décembre 1976

Differenzen – Divergences

Bundesbeschluss I – Arrêté fédéral I

Art. 42ter Abs. 2

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 42ter al. 2

Proposition de la commission
Maintenir

Weber Leo, Berichterstatter: Das Schauspiel beim Finanz- und Steuerpaket geht weiter. Der Ständerat hat heute morgen seine ursprüngliche Version, die auf Streichung von Artikel 42ter Absatz 2 lautete, mit 19 zu 17 Stimmen abgelehnt. Er ist also heute grundsätzlich bereit, diesen Artikel als Bestandteil des gesamten Paketes zu anerkennen. Auf der anderen Seite hat er jedoch mit 27 zu 10 Stimmen beschlossen, diesen Harmonisierungsartikel aus dem Beschluss A herauszunehmen und ihn in den Beschluss B über die Steuerharmonisierung zu plazieren. Dabei muss schlossen, diesen Harmonisierungsartikel aus dem Beschluss A und über den Beschluss B separat abgestimmt wird. Es gibt also nicht ein einheitliches Ja oder ein einheitliches Nein, sondern es werden zwei Abstimmungsfragen gestellt.

Die nationalrätliche Kommission hat mit 15 zu 4 Stimmen beschlossen, an unserer Version, das heisst an der Inkorporierung des Artikels 42 im Beschluss A, festzuhalten. Sie hat zur Begründung folgendes gesagt: Es ist ohne Zweifel so, dass eine gewisse rechtliche Logik die Verschiebung von Artikel 42, also der materiellen Harmonisierung, in den Beschluss B, wo es um die formelle Harmonisierung geht, erlauben würde. Wir haben in diesem Saal über diese Frage auch schon diskutiert. Andererseits lässt die politische Entstehungsgeschichte diese Übung doch als etwas fragwürdig erscheinen; denn es ist immer ein Zusammenhang konstruiert worden zwischen der materiellen Harmonisierung und der Erhöhung der Kantonsanteile. Man hat gesagt: Wenn die Kantonsanteile erhöht werden, dann wollen wir als Gegenleistung auch einen gewissen Fortschritt in der materiellen Harmonisierung. Nun ist die Erhöhung der Kantonsanteile im Beschluss A geregelt, also entspricht es der Logik, dass auch die materielle Harmonisierung in diesem Beschluss A geregelt wird. Dieses Junktim zwischen den beiden Dingen ist immer aufrechterhalten worden. Im übrigen ist darauf hingewiesen worden, dass das Streichen dieses Junktims, dieser Verbindung, das Risiko nicht einseitig verteilen würde. Würde der Beschluss B mit der materiellen Harmonisierung zum Beispiel angenommen und der Beschluss A verworfen, dann wäre eine materielle Harmonisierung Verfassungsbestandteil, aber ohne die Erhöhung der Kantonsanteile. Es ist darauf hingewiesen worden, dass ein Festhalten des Rates auch im wohlverstandenen Interesse der Kantone liege. Daneben sind auch gewisse taktische Überlegungen in der Kommission angestellt worden. Man hat sich gefragt, ob die Version des Ständerates die Chancen für das Paket und für den Harmonisierungsbeschluss verringert, für einen der Beschlüs-

se oder für beide. Wir können die Frage offenlassen. In der Kommission ist deutlich geworden und für sie war entscheidend, dass wir nicht durch kurzfristige Änderungen einem Aussteigen gewisser Kreise Vorschub leisten wollen. Das Bestreben, die Fronten für die Schlussabstimmung nicht im letzten Augenblick zu verschieben, war hier eindeutig.

Ich beantrage Ihnen daher Festhalten am Beschluss des Nationalrates.

M. Gautier, rapporteur: Nous revenons, comme le disait tout à l'heure le président de la commission, au cinquième acte du «drame» qui nous oppose au Conseil des Etats en matière de nouvelles dispositions fiscales. Nous espérons qu'après le cinquième acte, le rideau pourra tomber définitivement sur cette discussion. En effet, le Conseil des Etats, ce matin même, a fini par accepter le texte de l'article 42ter, 2e alinéa, dont nous avons parlé ces derniers jours et sur lequel je ne reviens pas – il l'a accepté par 19 voix contre 17. Cependant, il nous propose de ne plus le faire figurer dans l'arrêté fédéral A mais dans l'arrêté fédéral B, sur l'harmonisation fiscale.

Votre commission vous propose de ne pas suivre le Conseil des Etats et de maintenir cet article 42ter, 2e alinéa, dans les dispositions de l'arrêté fédéral A, et ceci par 15 voix contre 4.

Il est évident que la logique juridique semble plaider en faveur de la décision du Conseil des Etats de mettre les deux articles sur l'harmonisation dans le même arrêté. Nous pensons pouvoir introduire cette disposition dans l'arrêté A parce que nous venions d'augmenter les parts cantonales à l'impôt fédéral direct. Dans ce cas, il convient certes, alors que les deux articles se trouvent dans le même arrêté, sinon il pourrait se faire que l'augmentation des parts cantonales soit acceptée dans l'arrêté A et que l'harmonisation soit refusée dans l'arrêté B, ou le contraire, ce qui n'irait pas sans désagrément, soit pour la Confédération, soit pour les cantons.

Cependant, il faut être parfois capable de dépasser la logique en pensant à l'aspect politique et pratique du problème. C'est pourquoi votre commission vous recommande de conserver la divergence et de maintenir l'article 42ter, 2e alinéa, dans l'arrêté fédéral A.

Präsident: Sie nehmen die Anträge der Kommission zur Kenntnis: Festhalten im Artikel 42ter Absatz 2. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt.

Angenommen – Adopté

Weber Leo, Berichterstatter: Nachdem Sie Festhalten beschlossen haben, beantragt Ihnen die Kommission, diesen Beschluss im Sinne von Artikel 17 Absatz 1 des Geschäftsreglements als endgültig zu erklären. Ich glaube, das ist jetzt die logische Folge dieses Hin und Hers. Der Ständerat soll jetzt zustimmen, oder wenn er nicht zustimmt, dann wird reglementsgemäss eine Einigungskonferenz einberufen werden müssen. Das könnte sicher nicht mehr während dieser Session geschehen.

M. Gautier, rapporteur: La commission vous propose en outre de déclarer notre décision définitive au sens de l'article 17, 1er alinéa, de la loi sur les rapports entre les conseils. Je crois qu'il faut mettre un terme – et votre commission le pense aussi – à cette navette et qu'il faut absolument qu'une décision définitive soit prise.

Präsident: Die Kommission beantragt Ihnen, diesen Beschluss für definitiv zu erklären.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

75.054

Bundesverfassung (Initiative und Referendum) Constitution fédérale (initiative et référendum)

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. Juni 1975 (BBI II, 129)

Message et projet d'arrêté du 9 juin 1975 (FF II, 137)

Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1975

Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1975

Hauptanträge der Kommission

Mehrheit

Eintreten und Zustimmung zu den Beschlüssen des Ständerates

Minderheit

(Aubert, [Frey], Gassmann, Haller, Nanchen, Oehen, Reiniger, Schmid Arthur, Weber-Altdorf, Widmer, [Wüthrich])

Nichteintreten

Eventualanträge

(Bei Ablehnung des Nichteintretensantrages)

Minderheit I

(Reiniger, Aubert, Gassmann, Haller, Nanchen, Schmid Arthur, Widmer, [Wüthrich])

Die Vorlage wird an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, es sei eine Vorlage auszuarbeiten, die gleichzeitig mit der Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum die Einführung der Gesetzesinitiative bringt.

Minderheit II

(Oehen, Aubert, [Frey], Nanchen)

Bundesbeschluss A: 40 000 Unterschriften

Bundesbeschluss B: 75 000 Unterschriften

Propositions principes de la commission

Majorité

Entrer en matière et adhérer aux décisions du Conseil des Etats

Minorité

(Aubert, [Frey], Gassmann, Haller, Nanchen, Oehen, Reiniger, Schmid Arthur, Weber-Altdorf, Widmer, [Wüthrich])

Ne pas entrer en matière

Propositions éventuelles

(en cas du rejet de la proposition de ne pas entrer en matière)

Minorité I

(Reiniger, Aubert, Gassmann, Haller, Nanchen, Schmid Arthur, Widmer, [Wüthrich])

Le projet est renvoyé au Conseil fédéral avec le mandat d'élaborer un projet prévoyant avec le relèvement du nombre de signatures requis pour l'initiative et le référendum l'introduction de l'initiative législative.

Minorité II

(Oehen, Aubert, [Frey], Nanchen)

Arrêté fédéral A: 40 000 signatures

Arrêté fédéral B: 75 000 signatures

Egli-Sursee, Berichterstatter der Mehrheit: Ich hoffe, dass mit dieser Vorlage – auf längere Sicht gesehen – auch ein Beitrag zur Verminderung der Hektik in unserem Parlament geleistet werden kann.

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1669-1670
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 315

immer auf Basis des zitierten Kreisschreibens übernommen werden mussten und erst jetzt aus Sparmassnahmen nicht mehr übernommen werden. Sie werden daher verstehen, dass ich mich von der Antwort des Bundesrates nur teilweise als befriedigt erklären kann.

75.018

Politische Rechte. Bundesgesetz
Droits politiques. Loi

Siehe Seite 1485 hiervor — Voir page 1485 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 14. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 14 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 116 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

12 143

Staatsvertragsreferendum. Neuordnung
Référendum en matière de traités internationaux.
Modification

Siehe Seite 1519 hiervor — Voir page 1519 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1976
Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes 121 Stimmen
Dagegen 9 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.048

Seeschifffahrt. Bundesgesetz
Navigation maritime. Loi

Siehe Seite 1242 hiervor — Voir page 1242 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 30. November 1976
Décision du Conseil des Etats du 30 novembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 162 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.021

Patentrecht. Bundesgesetz
Droit des brevets d'invention. Loi

Siehe Seite 1299 hiervor — Voir page 1299 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 155 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)

Siehe Seite 1669 hiervor — Voir page 1669 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 16. Dezember 1976
Décision du Conseil des Etats du 16 décembre 1976

I.

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes 116 Stimmen
Dagegen 20 Stimmen

König: Die Fraktion des Landesrings der Unabhängigen hat mich beauftragt, Ihnen folgende Erklärung abzugeben: Die Fraktion ist über den Inhalt der Finanzvorlage enttäuscht. Seit Jahren fordern wir eine Finanzplanung aufgrund von klaren Dringlichkeiten, ohne jeden Erfolg. Auch die verlangten unumgänglichen vorgängigen Sparmassnahmen wurden nicht getroffen. Die Abstriche an einem Jahresbudget genügen nicht und führen zu nichts. Schliesslich wurde versäumt, Steuerreformen durchzuführen. Das Seilziehen um den bescheidenen Harmonisierungsansatz zeigt, wie hartnäckig der heutige Zustand verteidigt wird. Von den im Abstimmungskampf über unsere Steuerreforminitiative versprochenen Reformen ist keine Rede mehr. Als Finanzvorlage bleibt nur eine massive Steuererhöhung. Wir verkennen nicht, dass der Bund auf die Dauer um Mehreinnahmen nicht herkommt. Aber dies setzt eine Finanzplanung nach Prioritäten voraus. Um so unverständlicher ist, dass ohne Planungsgrundlage der Anteil der Kantone an den Bundessteuern noch weiter erhöht wird. Bloss massive Steuererhöhungen passen auch schlecht zur Konjunkturlage, muss doch unsere Wirtschaft, die weltweit mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hat, die zusätzlichen Milliarden herauswirtschaften. Für die Folgen dieser Finanzpolitik können wir eine Mitverantwortung nicht übernehmen.

II

**Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung
Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale**

Beschluss des Ständerates vom 16. Dezember 1976
 Décision du Conseil des Etats du 16 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes 143 Stimmen
 Dagegen 1 Stimme

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.093

**Ausgabenkürzungen (Voranschlag 1977)
Réductions de dépenses (budget 1977)**

Siehe Seite 1375 hiervor — Voir page 1375 ci-devant

Präsident: Das Wort hat zu einer Erklärung Herr Müller-Bern.

Müller-Bern: Ich habe den Auftrag, im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärungen abzugeben:

1. Wir halten die Kürzung bei den Investitionen für konjunkturwidrig und falsch. Alle Prognosen zeigen an, dass sich die Wirtschaftslage im kommenden Jahr eher verschlechtern wird. Statt bei den Investitionen zu kürzen, hätte man gerade auf diesem Gebiet ein Mehreres tun sollen. Auch wir sind für eine sparsame Haushaltsführung. Aber wir sind gegen ein Sparen am falschen Ort. Man wird im nächsten Jahr bei verschiedenen Positionen, die jetzt zusammengestrichen wurden, in einem vierten Konjunkturprogramm sehr wahrscheinlich ein Mehrfaches ausgeben müssen. Mit einer solchen Sparübung streut man deshalb dem Volk Sand in die Augen.

2. Wir bedauern, dass schliesslich der Kürzung bei den Krankenkassen um insgesamt 21 Millionen zugestimmt wurde. Dies unter anderem mit der Begründung, gewisse Leute hätten es nicht nötig, dass man ihnen die Beiträge verbilligt. Die grosse Masse unseres Volkes gehört aber nach wie vor zu den wirtschaftlich weniger Begünstigten. Mit Kürzungen auf dem Krankenkassensektor trifft man unter dem heutigen System die wirtschaftlich Schwächsten, vor allem die Familienväter und Frauen. Je länger je mehr wird die Krankenversicherung zu einem Luxus. Zahlreiche Arbeiter- und Angestelltenfamilien können sich die Versicherung gegen die Krankheit nicht mehr leisten und entbehren deshalb eines wirksamen Versicherungsschutzes. Wir ersuchen den Bundesrat deshalb dringend, die Revision der Krankenversicherung voranzutreiben, mit dem Ziele, eine wirklich soziale Finanzierung und damit eine wahre soziale Krankenversicherung zu schaffen.

**Bundesbeschluss
Über den Abbau von Bundesbeiträgen im Jahre 1977
Arrêté fédéral
sur la réduction des subventions en 1977**

Beschluss des Ständerates vom 9. Dezember 1976
 Décision du Conseil des Etats du 9 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes 114 Stimmen
 Dagegen 19 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

76.086

**Dürrebeschädigte Betriebe. Massnahmen
Exploitations touchées par la sécheresse.
Mesures**

Siehe Seite 1663 hiervor — Voir page 1663 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. Dezember 1976
 Décision du Conseil des Etats du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes 139 Stimmen
 Dagegen 5 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

76.018

**Posttaxen. Zuständigkeit
Compétence pour fixer les taxes postales**

Siehe Seite 1484 hiervor — Voir page 1484 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 30. November 1976
 Décision du Conseil des Etats du 30 novembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 117 Stimmen
 Dagegen 32 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Präsident: Dank Ihrer Mitarbeit, Ihrer Ausdauer, vor allem in den letzten Tagen, haben wir unser Ziel erreicht. Soweit eine sachliche und zeitliche Dringlichkeit vorliegt, sind die Geschäfte aufgearbeitet. Budget und Finanzpaket gaben dem Rat zusätzlich ausserordentliche Aufgaben. Sie haben sie gemeistert.

Es bleibt mir die angenehme Pflicht, kurz zu danken, Ihnen, dem Büro, meinem Vizepräsidenten Fred Bussey, allen Mitarbeitern im Sekretariat und in den Parlamentsdiensten, ganz besonders aber unserem nimmermüden Generalsekretär Alois Pfister.

Der Presse, dem Radio und Fernsehen wird die Arbeit nicht leicht gemacht. Ihnen entbiete ich ebenfalls meine herzliche Anerkennung für ihre sehr gute Mitarbeit.

Darum lasst uns nun nach Hause ziehen und mit unseren Angehörigen frohe Weihnachten feiern. In Beruf und Familie wünsche ich Ihnen allen Glück und Segen. Ich wünsche und hoffe, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Zuversicht und Gottvertrauen ins neue Jahr schreiten. Ich erkläre Sitzung und Session als geschlossen. (Beifall)

*Schluss der Sitzung und Session um 8.50 Uhr
 La séance et la session sont closes à 8 h 50*

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1709-1710
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 337

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Ziff. II*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Streichen

Ch. II*Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Biffer

Präsident: Es wird die Streichung von Absatz 2 beantragt.*Angenommen – Adopté***Ziff. III***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

30 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national**Schluss der Sitzung um 19.15 Uhr**La séance est levée à 19 h 15***Sechste Sitzung – Sixième séance****Dienstag, 28. September 1976, Vormittag****Mardi 28 septembre 1976, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wenk

76.024

**Bundesverfassung. (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 24. März 1976 (BBI I, 1384)

Message et projets d'arrêtés du 24 mars 1976 (FF I 1392)

Beschluss des Nationalrates vom 23. Juni 1976

Décision du Conseil national du 23 juin 1976

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Hefti

Nichteintreten auf den Bundesbeschluss A

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

Proposition Hefti

Ne pas entrer en matière sur l'arrêté fédéral A

Bürgli, Berichterstatter: Die Bundesfinanzen bildeten in der Schweiz immer wieder eine erstrangige politische Frage. Das war beispielsweise in den Jahren 1948 bis 1953, 1957/58 und 1974/75 der Fall. Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen konnten indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den verschiedenen Finanzordnungen nur um eine Modifikation des im Zweiten Weltkrieg durch Notrecht geschaffenen Steuersystems handelte. Die säkulare Aufstiegsphase der schweizerischen Wirtschaft sorgte ab 1955 für rasch steigende Erträge der Bundeseinnahmen. Daraus erwuchs jene Stimmung beinahe unbegrenzter Erwartungen, die zur Ausgestaltung der Eidgenossenschaft als modernen Wohlfahrts- und Leistungsstaat führten. Es sind vor allem vier Ausgabenbereiche, bei denen in den Jahren 1960 bis 1976 weit überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen sind, nämlich für die Beziehungen zum Ausland (technische Hilfe und Finanzhilfe an Entwicklungsländer), für die soziale Wohlfahrt (AHV, IV, Kranken- und Militärversicherung), für den Verkehr (Privatbahnhilfe, SBB-Abgeltung und Defizitdeckung, Luftfahrt) und für Unterricht und Forschung (Beiträge an Hochschulen und Berufsschulen, Forschungsförderung). Die Struktur der Bundesausgaben hat im Verlaufe von 20 Jahren eine entscheidende Veränderung erfahren. Rund 65 Prozent der Bundesausgaben stellen heute Uebertragungen an Dritte dar, die als Bundessubventionen, Defizitbeiträge und Kantonsanteile in alle Teile des Landes fliesen. Die Eidgenossenschaft ist in die Rolle eines vermöglichen Onkels hineingewachsen, der seinen Nichten und Neffen einen reichen Segen an Zuwendungen zukommen lässt. Die Frage ist nun allerdings die, ob der Onkel mit dem guten Herzen seine Möglichkeiten nicht überschätzt hat. Leider muss diese Frage mit Ja beantwortet werden.

Ab 1970 erfolgte eine Wende im Bundeshaushalt, die von der Kommission Jöhr rechtzeitig vorausgesagt, in der Stimmung optimistischer Zukunftsbeurteilung indessen zu-

wenig ernst genommen wurde. Bei voller Entfaltung der in rascher Folge beschlossenen Mehrausgaben begann die Zuwachsrate der Bundeseinnahmen sukzessiv zu erlahmen. Dies stand zunächst mit den Zollaussfällen aufgrund der Integrationsabkommen mit der EFTA, der EG und dem GATT zusammen. Der Zollertrag, diese verlässliche Einnahmenquelle seit der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 fiel von rund einem Viertel im Jahre 1960 auf bloss 5 Prozent im Voranschlag 1976 zurück. Das ist ein Aderlass, der im Bundeshaushalt deutliche Spuren hinterlassen hat. Es könnte wohl sein, dass uns spätere Historiker dafür tadeln werden, beim Abschluss der Integrationsabkommen nicht rechtzeitig für ertragsreiche Ersatznahmen gesorgt zu haben. Doch ist uns jetzt die Musse für historische Betrachtungen nicht gegeben. Wir haben uns mit den unmittelbar vor uns stehenden Problemen auseinanderzusetzen.

Die gegenwärtige Warenumsatzsteuer ist bei guter Konjunkturlage eine höchst interessante Einnahmenquelle. Bei rückgängiger Wirtschaftstätigkeit tritt jedoch eine klare strukturelle Schwäche an den Tag. Sie geht darauf zurück, dass diese Konsumsteuer schweizerischer Prägung zur Hälfte aus den Investitionen stammt, die bekanntlich weit überdurchschnittlich auf eine Konjunkturverflachung reagieren. Das ist der entscheidende Grund, weshalb die bisherigen Satzerhöhungen der WUST enttäuschende Resultate ergeben haben. Hier stehen wir vor dem zweiten Problemkreis bei den Bundeseinnahmen, für dessen Beseitigung wir nicht auf ein Wunder hoffen dürfen.

In den Jahren 1974 und 1975 erfolgte eine erste Anstrengung, um den wachsenden Problemen des Bundeshaushaltes zu begegnen. Die Warenumsatzsteuer, der Zuschlag auf den Treibstoffzöllen, die Verrechnungssteuer und die Höchstsätze bei der Wehrsteuer wurden erhöht. Politisch spielte sich die Operation in Anlehnung an frühere Erfahrungen in zwei Etappen ab. Zunächst erfolgte eine Verwerfung der Vorlage durch das Volk, der ein zweites Projekt mit reduzierten Steuersätzen und einem ersten Schub an Sparmassnahmen folgte. Die wichtigste Entlastungsmassnahme bildete die Reduktion des Bundesbeitrages an die AHV auf 9 Prozent, eine Einsparung, die auf die Beitragszahler der AHV überwältigt wurde. Die sich rasch verschärfende Rezession im vergangenen Jahre liess die Sparanstrengung im übrigen Bereich des Bundeshaushaltes nur teilweise zur Entfaltung kommen. Auf eine Reihe geplanter Kürzungen wurde vor allem im Investitionssektor verzichtet. Dazu wurden im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zusätzliche Ausgaben bewilligt.

Die Finanzplanung, die zusammen mit den Richtlinien der Regierungspolitik für die Legislaturperiode 1975 bis 1979 zu Beginn dieses Jahres veröffentlicht wurde, zeigte eine ausserordentlich beunruhigende Perspektive auf. Die Defizite der kommenden Jahre sollten in Milliarden sprüngen ansteigen und gegen Ende des Jahrzehnts drei Milliarden Franken erreichen. Diese Situation veranlasste den Bundesrat zur raschen Ausarbeitung der Vorlage, die wir jetzt in Beratung ziehen. Das Schwergewicht der bundesrätlichen Vorschläge liegt bei der Beschaffung neuer Einnahmen. Dies steht mit den erwähnten Regierungsrichtlinien in Übereinstimmung, die sich insgesamt zu einer Weiterentwicklung der eidgenössischen Staatstätigkeit bekennen. In der seitherigen Diskussion hat sich indessen immer stärker der Gedanke in den Vordergrund geschoben, die Regierungspolitik der nächsten Jahre auf die Konsolidierung auszurichten. Das würde der Eidgenossenschaft gestatten, die bisher übernommenen Verpflichtungen schrittweise zu verkraften. In der weiteren Öffentlichkeit wird diese Straffung der Ausgabenpolitik unter den Titel des Sparens im Staatshaushalt gestellt. Dabei wird allerdings kaum unterschieden, ob es sich um echte Einsparungen oder einfach um Ueberwälzungen vom Bund auf die Kantone oder die Beitragszahler der Sozialversicherung handelt.

Schon der Nationalrat sah sich veranlasst, die Vorlage durch eine Sparmotion zu ergänzen. Seither sind drei weitere Monate durch die Lande gegangen, in dem sich der Ruf nach wirksamen Sparmassnahmen eindeutig verstärkt hat. In den Beratungen Ihrer Kommission spielte deshalb das Sparproblem eine zentrale Rolle. Es entstand eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen, dass der Anteil des Sparens im Rahmen des Massnahmenpaketes erheblich zu verstärken sei. Bei näherem Zusehen erweist es sich als unvermeidlich, dass jetzige Ausgabenvolumen des Bundes den tatsächlichen Möglichkeiten anzupassen. Ohne eine gewisse Senkung der Beitragssätze bei gebundenen und eine weitgehende Stabilisierung der ungebundenen Ausgaben, ist diese Absicht nicht zu verwirklichen. Die Kommission fand es deshalb als angezeigt, ihre Motion mit Bezug auf die Zielsetzung gegenüber derjenigen des Nationalrates zu verschärfen und mit Bezug auf die Verwirklichung des Ausgabenabbaues möglichst konkret auszugestalten.

Parallel zu den Arbeiten der Kommission vollzog sich die Willensbildung im Bundesrat zum neuen Finanzplan 1977-1979. Mit Genugtuung darf vermerkt werden, dass sich dabei die Auffassungen der Landesregierung und der Kommission weitgehend angenähert haben. Die Auswirkungen unserer Motion bewegen sich im Rahmen des derzeitigen Standes der bundesrätlichen Finanzplanung, deren Zahlen zusammen mit dem Budget für das Jahr 1979 veröffentlicht werden. Eine weitgehende Übereinstimmung der Landesregierung und wesentlicher Kräfte im Parlament ist zweifellos eine bedeutsame Voraussetzung, um die anspruchsvollen Führungsprobleme in unserem Staat zu meistern. So kann auch vermieden werden, dass die fällige Sparanstrengung unter dem Druck einer negativen Volksabstimmung überstürzt durchgeführt werden muss.

Eine Bemerkung drängt sich noch zu einem Vorwurf auf, der in letzte Zeit in verschiedener Lautstärke zu vernehmen war. Sparen bedeute soziale Demontage, war vielfach zu vernehmen. Es sei hiemit klar und eindeutig festgestellt, dass niemand in der Kommission daran denkt, bestehende soziale Leistungen zu kürzen, beispielsweise für das Gebiet der AHV. Für den künftigen Ausbau solcher Werke muss indessen ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Lage der Volkswirtschaft sowie der Staatsfinanzen und der Höhe der Leistungen gewahrt werden. In weiten Bevölkerungskreisen besteht für diese Zusammenhänge zweifellos ein grösseres Verständnis, als unter der Bundeskuppel zuweilen angenommen wird.

Nicht zufällig wird im Rahmen dieses Eintretensreferates das Sparproblem vor dem Kapitel Einnahmen behandelt. Die Kommission ist überzeugt, dass der klare Nachweis des Sparwillens eine unerlässliche Vorbedingung für die Annahme neuer Steuern durch Volk und Stände darstellt. Dies um so mehr, als es zum erstenmal darum geht, eine strukturelle Umgestaltung der Umsatzsteuer von der gegenwärtigen WUST zur Mehrwertsteuer durch die Klippen einer Abstimmung zu bringen. Dies bedeutet eine anspruchsvolle Bewährungsprobe für unsere Referendumsdemokratie, die von der Kommission in keiner Weise unterschätzt wird. Dennoch erachtet sie es als zwingend notwendig, das Schweizervolk mit dem Gedanken der Mehrwertsteuer zu konfrontieren.

Als Alternative zur Mehrwertsteuer käme ja nur eine nochmalige Erhöhung der gegenwärtigen WUST in Betracht. Die WUST ist solange eine probate Steuer, als sie mit kleinen Steuersätzen ausgestaltet ist. Bei höheren Sätzen führt sie zu wachsenden Wettbewerbsverzerrungen. Da sie stark von den Investitionen abhängig ist, liefern Satzerhöhungen in Zeiten der Rezession nur mässige Mehrerträge an. Diesem Umstand könnte nur durch eine drastische Reduktion der gegenwärtigen Freiliste der WUST begegnet werden. Die davon betroffenen Berufsgruppen würden dagegen wohl in ähnlicher Weise Widerstand leisten, wie das gegenwärtig bei der Mehrwertsteuer zu verzeichnen ist.

Entscheidend für einen Entscheid der Mehrwertsteuer in einer Volksabstimmung ist inessen eine genügende Aufklärung über Aufbau, Wesen und Wirkungsweise der neuen Steuer, und zwar bei den zur Abrechnung verpflichteten Geschäftsleuten wie bei den Konsumenten. Die Kommission hat deshalb den Wunsch geäußert, die Volksabstimmung in den Monat Juni 1977 herauszuschieben. Der Bundesrat ist diesen Überlegungen glücklicherweise gefolgt.

Mit Stichentscheid des Präsidenten hat sich die Kommission im Rahmen der Uebergangsbestimmungen für einen Steuersatz von 9 Prozent bei der Mehrwertsteuer entschieden. Sie liess sich dabei vorzugsweise von der Überlegung leiten, das ohnehin schwere Abstimmungsgepack etwas zu erleichtern. Dafür hat sie alle Anträge auf Sonderbehandlung gewisser Wirtschaftsgruppen mit klaren Mehrheiten abgelehnt, um den Ausfall für die Bundeskasse nicht zu gross werden zu lassen. Sie erhöhte indessen den steuerfreien Betrag von 30 000 auf 50 000 Franken Umsatz. Dadurch werden rund 20 000 kleinere Gewerbetreibende nicht von der Steuerpflicht erfasst. Die Kommission wollte damit Einwänden Rechnung tragen, die in den Verhandlungen des Nationalrates von gewerblicher Seite geltend gemacht wurden.

Bei der direkten Bundessteuer schliesst sich die Kommission für die Festlegung der Steuerfreigrenze dem Beschluss des Nationalrates von 18 000 Franken an. Bei einzelnen Positionen der Sozialabzüge hält sie sich dagegen an die Beschlüsse des Bundesrates. Beim Höchstsatz der natürlichen Personen hat sich die Kommission für einen Umsatz von 13 Prozent entschieden. Sie ging dabei von der Überlegung aus, dass die Steuerbelastung der hohen Einkommen im Rahmen der direkten Bundessteuer in wenigen Jahren massiv angestiegen ist. Sie möchte vermeiden, dass sich die in den Steuerrhochländern wohl bekannten Tatbestände des wachsenden Steuerwiderstandes und der Steuerumgehung in der Schweiz allzu sehr verbreiten. Bei den juristischen Personen entschied sich die Kommission für den Dreistufentarif gemäss Vorschlag des Bundesrates. Der vom Nationalrat beschlossene Zweistufentarif führt für alle Firmen im unteren und mittleren Gewinnband zu einer erheblichen Vermehrung der Steuerbelastung. Angesichts der gegenwärtigen schlechten Ertragslage in weiten Teilen der Wirtschaft sollte deshalb von einer fiskalischen Mehrbelastung der Unternehmungen abgesehen werden.

Welches ist nun die Gesamtbilanz, die durch die vorgesehenen Sparmassnahmen und Mehreinnahmen für den Bundesfinanzhaushalt erzielt wird? Bei einer durchschnittlichen Zuwachsrate der Ausgaben von 4 Prozent in den Jahren 1977 bis 1980 und einem Mehrwertsteuersatz von 9 Prozent ergeben sich von Jahr zu Jahr sinkende Defizite, und 1980 ist wieder eine ausgeglichene Rechnung möglich. Bei Zuwachsraten von 5 oder 6 Prozent rückt das Ziel der ausgeglichenen Rechnung wieder mehr in die Ferne.

Die Kommission misst der Wiederherstellung eines ausgeglichenen Bundesfinanzhaushaltes grösste Bedeutung bei. Denn es steht keineswegs fest, dass die Eidgenossenschaft die künftigen Defizite mit der gleichen Leichtigkeit wie in den letzten 18 Monaten am Kapitalmarkt finanzieren kann. Die Gestaltung des Bundesfinanzhaushaltes hängt deshalb in den nächsten Jahren in entscheidender Weise von einer Straffung der Ausgaben ab. Die Ausgabenpolitik der Eidgenossenschaft muss sich durch Disziplin, Konzentration auf das Wesentliche und den haushälterischen Umgang mit den vorhandenen Mitteln auszeichnen. Alles deutet darauf hin, dass das Schweizervolk für eine solche Politik nicht nur Verständnis besitzt, sondern sie auch erwartet. Es ist nun Aufgabe von Bundesrat und Parlament, die notwendigen Zeichen mit aller Deutlichkeit zu setzen. Damit beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Massnahmen zum Finanz- und Steuerrecht.

M. Donzé: Comme au Conseil national, les conseillers aux Etats socialistes voteront l'entrée en matière. Leurs repré-

sentants à la commission se sont efforcés, tout au long des longues heures de débat, de maintenir ce projet à l'intérieur de limites précises telles que les avait définies le Conseil fédéral. En effet, notre adhésion était dictée par les considérations suivantes:

Les déficits prévus pour les années à venir ne sont pas tolérables. La politique des caisses vides conduirait tôt ou tard à une politique de déflation laquelle entraînerait la démobilitation de l'effort entrepris en faveur d'un état social moderne. Cette démobilitation, nombreux sont ceux qui la souhaitent, la plupart honteusement mais quelques-uns, aujourd'hui, sans le cacher. Il reste à savoir comment maintenir des caisses normalement alimentées: il faut compenser la diminution des recettes de l'impôt sur le chiffre d'affaires, surtout les démobilitations de recettes douanières au moment où augmentent les charges de la Confédération. Mais on peut tout de même s'interroger sur le caractère tardif de l'introduction de la taxe à la valeur ajoutée? Depuis 1972, date de l'accord de libre-échange entre la Suisse et la Communauté économique européenne, on connaissait l'effet de la démobilitation douanière sur nos rentrées fiscales. Il est inutile d'épiloguer pourtant sur ce sujet aujourd'hui. L'état des finances fédérales exige des réformes qui ne doivent pas être seulement conjoncturelles mais structurelles; c'est pourquoi nous avons accepté la taxe à la valeur ajoutée dans la mesure où les produits de première nécessité seraient taxés à un taux réduit. Le nombre des contribuables sera plus large qu'avec l'impôt sur le chiffre d'affaires; les taux restent modérés et nos exportations sont favorisées par rapport à l'ICHA. En contre-partie – et c'est pour nous déterminant – l'impôt fédéral direct deviendrait un véritable impôt complémentaire aux impôts cantonaux, n'étant perçu qu'à partir d'un nouveau seuil de revenu moyen, sans comparaison avec la lourdeur actuelle pesant sur les petits revenus. Sur la base de la proposition du Conseil fédéral, la compensation de la progression à froid serait assurée. Nous tenons d'autant plus fermement à la fixation d'un seuil d'imposition élevé que la charge des travailleurs à travers l'impôt direct a fortement augmenté ces dernières années pour enregistrer, en l'espace de deux ans, une augmentation d'environ 28 pour cent. Ce taux dépasse largement l'augmentation moyenne des salaires. Or, comme l'augmentation nominale des salaires est due pour une grande part à la compensation du renchérissement, la progression à froid a atteint des niveaux intolérables. Sans augmentation réelle de son revenu, le travailleur est forcé de verser toujours plus d'argent dans l'escarcelle des contributions publiques. Ce n'est donc que corriger une injustice que de préconiser l'allègement des bas revenus au titre de l'impôt fédéral direct.

Le projet du Conseil fédéral prévoit aussi que les taux maxima d'imposition seraient relevés et que l'assiette fiscale serait mieux équilibrée. Nous retrouvons là un de nos postulats essentiels, à savoir l'augmentation des charges fiscales pour les hauts revenus.

Au chapitre de l'harmonisation fiscale, le projet fixe enfin les bases d'une harmonisation englobant tous les aspects formels. Si nous saluons ces premiers pas vers l'harmonisation fiscale, nous ne pouvons nous déclarer pleinement satisfaits, car l'harmonisation matérielle, celle qui concerne les taux et les déductions sociales n'a pas été retenue. Ainsi une certaine concurrence fiscale persistera-t-elle entre les cantons.

N'a-t-on pas de meilleurs moyens pour servir le fédéralisme auquel nous sommes tous attachés? N'est-il pas injuste, même grotesque, de constater que pour un revenu de 20 000 francs, un citoyen d'Uri versera 1262 francs d'impôt, alors que pour le même revenu, le citoyen fribourgeois déboursa 2130 francs ou bien que pour un revenu de 200 000 francs, l'on paiera 23 100 francs au fisc d'Uri, alors que l'on devra verser pour le même revenu 48 000 francs à celui de Berne? Ces chiffres méritent d'être rappelés.

A qui profite cette situation? A une minorité de privilégiés qui peuvent changer aisément leur domicile ou aux entreprises qui fixent leur siège social selon la charge fiscale.

C'est conscient de ses imperfections, mais aussi de son réalisme que nous avons abordé l'étude du projet, fermement décidé à le défendre, sachant pourtant que le Conseil national avait déjà commencé à le dénaturer. Néanmoins, nous espérons encore – comme le demandait le conseiller fédéral Chevallaz – que soit maintenu, au moins entre les partis gouvernementaux, un consensus à l'égard du projet.

Or, qu'avons-nous vu tout au long des débats? Une sorte d'identification des députés à un courant populaire anti-impôts, une démission trop facile face aux banquiers qui annonçaient par un communiqué du 6 juillet 1976 émanant de leur association suisse, leur opposition à l'augmentation de l'imposition des hauts revenus et des personnes morales.

La pression de quelques centaines de banquiers relègue-t-elle l'aspiration de 2 millions de travailleurs-électeurs, à plus de justice fiscale? En effet, toutes les propositions de la majorité de la commission du Conseil des Etats aggravent les décisions du Conseil national, en modifiant l'impôt direct en faveur des riches et en conduisant à l'assujettissement une tranche nouvelle de petits contribuables par rapport au projet. C'est donc reprendre avec le pseudo appui de l'opinion publique, le «lamento» des milieux du Vorort, de la banque et de la plainte traditionnelle de la droite.

Il faudrait dire cela à l'opinion publique et lui dire aussi que ceux qui entretiennent ce «lamento» antifiscal sont pour la plupart du temps les mêmes qui refusent l'amélioration des lois sociales et qui empêchent, après de nombreux mois de délibération parlementaire, d'arrêter des mesures pour lutter contre la fraude fiscale.

Le refus de la commission des Etats de traiter de ce problème encore cette session n'a en rien amélioré le climat entre les partis gouvernementaux.

Pourra-t-on encore trouver le consensus dans ces conditions? En ce qui concerne la TVA, on a voulu, pour compenser financièrement le mal fait à l'impôt pour la défense nationale, diminuer le taux maximum et le fixer à 9 pour cent plutôt qu'à 10 pour cent. Tout le paquet financier dont le but est d'effacer le déficit fiscal a-t-il encore un sens? Faut-il donc que ce soient les socialistes qui doivent défendre ce taux plus élevé des contributions indirectes? Est-ce cela que l'on a voulu ou simplement a-t-on choisi de faire bien, de faire «étudié» en changeant ce taux. «Ce n'est pas sérieux» avait dit M. Chevallaz à M. Letsch en juin dernier, quand celui-ci avançait la même proposition au Conseil national!

C'est dans une campagne présidentielle française qu'un candidat qui fut d'ailleurs malheureux, M. Tixier-Vignancour, proposait d'abaisser tous les impôts de 11 pour cent; quand on lui demandait pourquoi 11 pour cent, il répondait «parce que ça fait bien, ça fait «étudié»».

Tout ceci pour montrer que, comme le disait encore une fois M. Chevallaz lui-même, il ne faut pas manipuler les textes et croire que c'est ainsi que l'on fait marcher le peuple.

Enfin, toutes les propositions permettant un début d'harmonisation matérielle raisonnable ont été refusées, la majorité faisant preuve d'un conservatisme absolu.

Ainsi, la majorité de la commission diminuait les déductions sociales votées au Conseil national. En contre-partie, elle abaissait le taux maximum d'imposition favorisant ainsi les hauts revenus.

Certains aspects positifs doivent être relevés. La commission a refusé d'entrer en matière sur l'impôt minimum frappant les personnes morales et qui pénalisait les coopératives. La même commission a refusé toutes les propositions de surenchère en faveur de l'une ou l'autre branche économique.

Force est de constater pourtant que la commission des Etats a largement dénaturé le projet du Conseil fédéral.

Un mot a été répété à l'envie. C'est le mot «économies». Surenchérissant sur le Conseil national, les commissaires ont présenté au moins dix versions successives de motions ou de dispositions constitutionnelles transitoires demandant l'inscription de normes impératives sur la limitation des dépenses.

On a voulu se référer au produit national brut ou à des taux fixés d'augmentation tolérée. Tout ceci ne résiste pas à un examen lucide et à une confrontation aux réalités économiques. Il ne faudrait pas oublier que les prestations de l'Etat ne peuvent être considérées isolément de l'activité économique. Au contraire, celles-ci sont étroitement liées au niveau du développement économique et à la dimension de la croissance. Une économie prospère d'un pays hautement industrialisé, comme l'est la Suisse, exige une grande disponibilité en biens et services publics.

Dès lors, il faut être conscient du fait que dans le domaine des investissements d'infrastructure, les possibilités de réduction des dépenses, sans mettre en danger les conditions de fonctionnement de l'économie et par là sa capacité concurrentielle au niveau international, sont minimales.

Pour un pays comme la Suisse, privé de matières premières, l'enseignement et la recherche font partie intégrante des conditions de fonctionnement de l'économie nationale. Parmi celles-ci appartient aussi un certain niveau de sécurité sociale. Un démontage de la sécurité sociale et par là, une mise à l'épreuve de la paix sociale, pourrait être un exercice de redimensionnement très onéreux, également pour notre économie.

En parlant d'économie et de redimensionnement, M. Chevallaz déclarait ceci lors des débats de juin au Conseil national: «Notre pays est, parmi les Etats industriels, celui dont l'appareil de l'Etat est le moins lourd et le moins coûteux. Accréditer l'idée que l'on peut restaurer l'équilibre des finances fédérales simplement par des économies c'est, je dois employer ces mots, de la pure et simple magie.» L'analyse des résultats de délibérations de la commission des Etats sur le thème de l'assainissement des finances fédérales, nous permet de douter de la volonté de certains d'agir véritablement dans ce sens. Car si, d'un côté, on adopte une motion destinée à la modération des dépenses, de l'autre on refuse à la Confédération les moyens nécessaires pour accomplir ses tâches essentielles. Le passage du taux de la TVA de 10 pour cent à 9 pour cent privera la caisse fédérale d'environ 800 millions de francs, l'augmentation des parts cantonales au produit de l'impôt coûtera 100 millions de plus. Dès lors, comment équilibrer les finances dès 1980, comme vous le préconisez Messieurs, sans procéder à des démontages? Nous attendons une réponse précise et détaillée à cette question. C'est pourquoi sans accuser personne, je constate que l'esprit qui vous a trop souvent animé était une volonté de déflation, très exactement liée au refus de faire payer les riches et de corriger profondément l'échelle fiscale en faveur des contribuables petits et moyens.

Si nous refusons toute motion, on redira peut-être avec une joie maligne que les socialistes restent les grands dépensiers. Eh bien non! Nous sommes pour des économies contre le gaspillage, contre toute bureaucratie inutile. Mais nous refusons le grand pas dans le vide, nous nous opposons à toute réduction globale. Nous nous opposons vigoureusement à ce que l'on fasse miroiter des économies sans donner aucune indication quant aux victimes. On ne peut réduire les dépenses qu'au détriment de quelqu'un ou de quelque chose. Exactement à la réforme fiscale, nous voulons savoir exactement quelles seront ces victimes. Nous exigeons la clarté.

Ainsi nous sommes prêts à discuter en commun des mesures précises et concrètes d'économie, mais avant d'accepter quelque motion que ce soit, nous voulons connaître exactement ses victimes et ses conséquences chiffrées.

Nous refusons aussi les fausses économies qui consistent à transférer des charges du niveau fédéral au niveau cantonal ou individuel. En outre, à ceux qui réclament encore des économies nous faisons remarquer que si le total des dépenses publiques a effectivement passé de 29 pour cent à 42 pour cent du PNB durant la période allant de 1950 à 1975, la part de la Confédération est restée relativement constante puisqu'elle a oscillé entre 8,6 pour cent et 9,3 pour cent du PNB. C'est bien dans le développement de la sécurité sociale et l'explosion des dépenses cantonales et communales qu'il faut chercher cette modification profonde du total des pourcentages des dépenses publiques.

Enfin, nous refusons toute politique du pire, car nous savons pour l'avoir vécue dans notre chair, durant les années 30, que la politique brutale de la déflation étreint le peuple dans la pauvreté.

C'est plutôt vers un progrès social lié aux possibles développements économiques et à la justice fiscale que nous voulons nous diriger. C'est pourquoi nous attendons la fin des débats avant de nous prononcer et nous refuserons d'être dupes. Un projet financier n'apporte pas de cadeaux en général, mais plutôt des charges supplémentaires. Celles-ci doivent être donc réparties équitablement en tenant compte de la capacité économique de chacun. C'est en tout cas l'aspiration qui devrait nous guider si nous acceptons de vivre dans un Etat social.

M. Weber fera sur de nombreux points des propositions d'amendement qui traduiront l'analyse que nous faisons. Ensuite, le projet retournera au Conseil national. Nous espérons qu'après réflexion, il sortira de nos travaux un projet que le peuple et les cantons pourront accepter, convaincus que les propositions des autorités sont équitables et qu'enfin, les finances de la Confédération ne seront plus dangereusement déséquilibrées.

Hofmann: Der recht düstere Hintergrund dieser Vorlagen sei durch einige wenige Zahlen beleuchtet: Gesamtdéfizit der Staatsrechnung 1975 rund 1,4 Milliarden; Voranschlag 1976 600 Millionen, plus Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung; mutmassliches Defizit Staatsrechnung 1976 1 Milliarde oder mehr. In Erwartung zu sein scheint ein Budgetdefizit des Bundesrates für 1977 von annähernd 2 Milliarden usw.

Niemand wird sich der Auffassung und Ueberzeugung verschliessen können, dass es so nicht weitergehen kann. – Ueber die Ursachen dieser Entwicklung brauchen wir uns hier nicht lange zu unterhalten. Einerseits Einnahmefälle, integrationsbedingt, rezessionsbedingt, andererseits übermässige Steigerung der Ausgaben über die Zunahme des Bruttosozialproduktes hinaus. Palliativmittel – mehrfache Satzerhöhungen –, wie der Herr Kommissionspräsident bereits angetönt hat, brachten keine genügende Abhilfe. Wir sind indessen in der Schweiz innert relativ kurzer Zeit ein Staat mit hoher Steuerbelastung und mit hohen Sozialabgaben geworden – von einer Steueroase kann keine Rede mehr sein. Es ist offenbar die Zeit für eine Radikal-, wenn nicht sogar Schockkur gekommen.

Das Ziel der zu treffenden Massnahmen muss sein: kurz- und mittelfristig Beseitigung der Defizite; langfristig Abbau der neu aufgelaufenen Schulden. Die Erreichung dieses Zieles ist heute um so schwerer, weil erstens die Rezession hartnäckiger ist, als vielfach angenommen worden war und weil die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zusätzliche Mittel erfordern; weil zweitens die Ertragslage der Wirtschaft in manchen steuerächtigen Branchen schlecht ist, worauf das schlechte Investitionsklima zurückzuführen ist, das an und für sich durch Steuererleichterungen verbessert und nicht durch erhöhte Steuern erschwert werden sollte. Auf die Belastbarkeit der Wirtschaft muss Rücksicht genommen werden; drittens ist, wie ich glaube, die Zurückhaltung in Ansprüchen an den Staat und in die Möglichkeiten des Staates noch nicht im notwendigen Masse Allgemeingut geworden.

Der Bundesrat schlägt, wie Sie wissen, als hauptsächliche Massnahmen die Erhöhung der Wehrsteuer und die

Umwandlung der Warenumsatzsteuer in eine Mehrwertsteuer vor. Sicher dachte der Bundesrat auch an die dritte Massnahme, an das Sparen, ohne dafür konkrete Anträge zu stellen. Bei ihm läuft das mehr im stillen Kämmerlein bei Vorbereitung der Budgets usw.

Mit den Anträgen des Bundesrates bezüglich Wehrsteuer und Mehrwertsteuer erklären wir uns grundsätzlich einverstanden. Gleichwertige, gleichergiebige Alternativen, die dem erwähnten Ziel der Neuordnung gerecht werden, nämlich Beseitigung der Defizite in absehbarer Zeit, gibt es offenbar nicht, auch nicht – entgegen der Meinung von Herrn Hefti – mit einer massiven Erhöhung der WUST, mit welcher Massnahme weitere Nachteile verbunden wären, Wettbewerbsverzerrungen usw.; Herr Bürgi hat dies ange-tönt.

Zur Wehrsteuer folgende Bemerkung: Als Zwillingenbrüder der Konsumsteuern ist eine Anpassung der Wehrsteuer unvermeidlich, wobei aber eine Verlagerung auf die Verbrauchssteuern zweifellos begründet ist. Der Bundesrat schlug Freigrenze und Sozialabzüge in einem Ausmass vor, das weit über die Beseitigung der kalten Progression hinausging, vermutlich in der Absicht, damit einen Rückzug der Reichtumssteuer bewirken zu können. Ich meine, dass darauf, Rückzug der Reichtumssteuer, bei unseren Beratungen und Beschlüssen nicht weiter Rücksicht genommen werden soll. Einmal deshalb, weil ein solcher Rückzug nach all dem, was man bis anhin hören konnte, nicht zu erwarten ist, und sodann weil ich glaube, die Kreise, die hinter der Reichtumssteuer stehen, werden je länger je mehr einsehen, dass gerade sie mit ihren Ansprüchen an den Staat an einem armen Staat nicht interessiert sein können. Die Reichtumssteuer soll vorweggenommen dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden. Mit den Beschlüssen unserer Kommission wie des Nationalrates werden ungefähr die Hälfte der Steuerpflichtigen von der Wehrsteuer befreit; nach den Vorschlägen des Bundesrates wären es etwa zwei Drittel gewesen.

Zur Mehrwertsteuer: Deren Einführung ist offenbar unvermeidlich. Was die umliegenden Staaten tun mussten, bleibt auch uns nicht erspart. Ob in einem ersten oder eventuell in einem zweiten Anlauf, steht offen; vielleicht muss das Schweizervolk zuerst schlechte Erfahrungen mit einer massiv erhöhten Warenumsatzsteuer gemacht haben. Beim Ansatz und bei den Ausnahmen, die verschiedentlich vorgeschlagen sind, muss auf das mehrfach erwähnte Ziel der Neuordnung Rücksicht genommen werden: Beseitigung der Defizite. Auf zwei Gefahren der Mehrwertsteuer möchte ich aufmerksam machen, nachdem diese in den Kommissionsberatungen eher nur nebensächlich berührt worden sind: Einführung der Mehrwertsteuer und Inflationsauftrieb. Der Bundesrat veranschlagt diesen Auftrieb in der Botschaft auf etwa 2 bis 3 Prozent. Im Ausland – besonders in Oesterreich – hat man damit andere Erfahrungen gemacht. In Oesterreich – wie ich mir sagen liess – hat die Einführung und die Erhöhung auf den 1. Januar dieses Jahres zu einer Inflationsrate geführt, die höher war als die neu eingeführte oder erhöhte Mehrwertsteuer. Eine zweite Gefahr ist zweifellos darin zu erblicken, dass die Mehrwertsteuer droht, die Kräftigen, die Gesunden, die kartellmässig Gebundenen zu bevorteilen, weil diese eher in der Lage sein werden, die Mehrwertsteuer abzuwälzen; die Kleinen, die Schwachen, die heute mit Absatz und mit den Margen kämpfen, dürften eher benachteiligt sein. Diesen beiden Gefahren ist bei der Handhabung und mit flankierenden Massnahmen Rechnung zu tragen.

Und nun zum Sparen als dritter, unerlässlicher Komponente: Das Sparen besitzt in der öffentlichen Diskussion immer mehr erste Priorität, oft zweifellos auch als Alibi gegen zusätzliche Steuern. Dass es völlig unrealistisch wäre, mit Sparen das Ziel der Neuordnung, den Ausgleich herzustellen, liegt auf der Hand. Das muss jeder objektive Beurteiler zugeben, der Ausgleich ist nur auch mit zusätzlichen Einnahmen möglich. Andererseits ist zu sagen, dass Sparen – in der Regel Einschränkungen – gesund ist, besonders

nach einer längeren Periode des Wohllebens. Das Sparen darf nicht übertrieben werden, sonst stellen sich gesundheitliche Störungen ein, Verlust an Lebensqualität und Lebenskraft. Es darf auch nicht übersehen werden, dass Sparen heute in einem Zielkonflikt steht mit den Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, und es ist merkwürdigerweise so, dass gewisse Kreise, die vom Staat solche Ankurbelungsmassnahmen verlangen und erwarten, andererseits um so vehementer nach dem Sparen rufen. Sparen ist aber in mehrfacher Hinsicht notwendig geworden: Einmal weil die Einnahmen für die Weiterführung des bisherigen Standards fehlen und andererseits weil Sparen unerlässlich geworden ist, um dem Bund überhaupt zu den Massnahmen zu verhelfen, die er als unbedingt notwendig betrachtet. Dabei ist nicht zu übersehen, dass der Bund als Sparer keinen guten Ruf genießt, oft wohl zu Recht, oft zu Unrecht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bedeutung und die Notwendigkeit des Sparens noch nicht überall Gemeingut geworden ist, und ich frage mich ganz offen, ob bei dieser unerlässlichen Komponente für die Neuordnung unseres Bundesfinanzhaushaltes der Bundesrat als Kollegialbehörde die ihm zustehende Führungsfunktion erfüllt. Vielmehr muss man hin und wieder den Eindruck bekommen, es gehe den Departementsvorstehern darum, ihre Projekte, ihre Vorlagen bestmöglich durch die Klippen des Sparens hindurchzubringen, und dass man sich wohlweislich hütet, den Ruf als Bremser oder Sparer auf sich zu laden.

Gewisse Beschlüsse nationalrätlicher Kommissionen und auch des Nationalrates müssen bei uns Kopfschütteln erwecken. So geht es nicht; es wäre falsch, darauf zu spekulieren, dass die Stimmbürger solche Beschlüsse bis zur Abstimmung vergessen könnten. Wenn man darnach ruft, es müsse nach System gespart werden und nicht bei der konkreten sich bietenden Gelegenheit, ist festzustellen, dass das Sparen auch nach System später zu konkreten Abstrichen führen muss. Ob es dann leichter, angenehmer ist, bleibt abzuwarten; wenn man sich nicht zu punktuellen und strukturellen Kürzungen, Sparübungen entschliessen kann, dann wird schliesslich nichts anderes als lineare Kürzung verbleiben, eine Massnahme, die wohl einfach zu handhaben ist, aber zu Ungerechtigkeiten, zu grössten Unannehmlichkeiten führen muss. Ich glaube deshalb nach wie vor, dass manifeste Sparaktionen unerlässlich sind, um das Hauptziel zu erreichen. Vom Ergebnis unserer Beratungen, vom bevorstehenden Budget des Bundesrates, verbunden mit dem in der Sparmotion erwarteten neuen Finanzplan, wird es meines Erachtens wesentlich abhängen, ob die noch weitverbreitete Resignation überwunden und ob alsdann bessere Voraussetzungen für die Volksabstimmung geschaffen werden können. Uebersehen wir nicht: Die Neuordnung der Bundesfinanzordnung ist die Hauptaufgabe dieser Legislaturperiode. Wir müssen uns der Verantwortung für den Staat bewusst sein, verbunden mit dem, was politisch, taktisch, tunlich und richtig erscheint. In diesem Sinne bin ich für Eintreten.

Honegger: In der bereits begonnenen politischen Auseinandersetzung um das bundesrätliche Finanzpaket wird die Mehrwertsteuer mit dem Odium belastet, lediglich als bequemer Ausweg aus einem Dilemma zu dienen, das in der Vergangenheit vor allem durch eine zu large Ausgabenpolitik entstanden sei. Es besteht – und das darf ich wohl an die Adresse von Herrn Donzé sagen – in der Öffentlichkeit der Eindruck, – ob zu Recht oder nicht, bleibt dahingestellt –, dass weder in der Regierung noch in den politischen Parteien noch im Parlament die Zeichen der Zeit mit der wünschenswerten Deutlichkeit registriert worden seien. Ich teile die Darlegungen unseres Kollegen Hofmann in dieser Richtung durchaus. Dieser Eindruck in der Öffentlichkeit besteht meines Erachtens in der Tat nicht völlig zu Unrecht; denn sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, dass unmittelbar vor der Realisierung dieses Finanzpaketes von bundesrätlicher Seite wieder neue, weitere Begehren um den Ausbau z. B. unseres Wohlfahrtssta-

tes unterbreitet worden wären oder dass die Sparanstrengungen des Parlaments, die in unserem Rat in der letzten Session begonnen wurden, nun einfach durch die Beschlüsse, wie sie sich jetzt im Nationalrat abzuzeichnen beginnen, wieder in den Wind geschlagen würden. Ich glaube, solche Töne sind nicht geeignet, die Abstimmungschancen für die Mehrwertsteuer zu verbessern. Meiner Meinung nach ist es deshalb dringend notwendig, dass vor der Volksabstimmung noch einige deutliche Sparakzente gesetzt werden. Die Motion der Kommission weist meines Erachtens den richtigen Weg. Allerdings – das muss deutlich unterstrichen werden – müssen die konkreten Massnahmen noch vor der Volksbefragung über das Finanzpaket vom Parlament beschlossen werden, wenn die Mehrwertsteuer die Abstimmungshürde im ersten Anlauf nehmen soll. Ich bin mit Herrn Donzé durchaus einverstanden, dass es nichts nützt, einfach nach Sparanstrengungen zu rufen, sondern der Moment ist nun wirklich gekommen zu sagen, wo gespart werden soll. Ich bin mit den Sozialdemokraten der Meinung, dass deutlich gesagt werden soll, in welchen Bereichen noch gespart werden soll.

Ich bin nicht sicher, ob es richtig war, im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer die vom Bundesrat vorgesehenen Konzessionen bei der direkten Bundessteuer vorzunehmen, die, wie das der Herr Kommissionspräsident und Kollega Hofmann dargelegt haben, weit über das hinauszugehen, was aufgrund der Verfassung als Ausgleich der kalten Progression notwendig gewesen wäre. Die taktische Absicht war doch, dass die Mehrbelastung des Konsums durch die Mehrwertsteuer durch eine Entlastung bei der direkten Bundessteuer kompensiert wird, und dass mit der Verkoppelung der Mehrwertsteuer, mit der direkten Bundessteuer eine positive Stimmung für die Mehrwertsteuer erzielt werden soll. Gleichzeitig sollte, wie das Herr Kollege Hofmann zurecht dargelegt hat, den Sozialdemokraten der Weg für den Rückzug ihrer Reichtumssteuerinitiative geebnet werden.

Diese steuerpolitischen Schachzüge haben sich meines Erachtens kaum gelohnt. Einmal ist daraufhinzuweisen – das möchte ich an die Adresse von Herrn Kollege Donzé sagen –, dass die Mehrwertsteuer die grösste Zahl der Steuerpflichtigen materiell nicht schlechter stellt. Da die Mehrwertsteuer im Lebenskostenindex enthalten ist, wird sie, allenfalls mit einer zeitlichen Verzögerung, überall dort, wo die Löhne nach dem Index ausgeglichen werden, nicht vom Arbeitnehmer, sondern vom Arbeitgeber bezahlt. Wer deshalb behauptet, die breiten Schichten der Steuerzahler würden durch die Mehrwertsteuer belastet, müsste meines Erachtens konsequenterweise auch dafür eintreten, dass die Mehrwertsteuer bei der Berechnung des Lebenskostenindex nicht mehr berücksichtigt wird. Auf dieser Ebene liesse sich eine Diskussion durchaus führen.

Nach der Demonstration der Sozialdemokraten im Nationalrat ist kaum anzunehmen – da bin ich mit Herrn Hofmann durchaus einverstanden –, dass sie ihre Reichtumssteuerinitiative zurückziehen werden. Damit hat sich die Ausgangslage verschoben. Nach meiner Meinung ist deshalb ein besonderes Entgegenkommen bei der direkten Wehrsteuer, um den Sozialdemokraten den Rückzug zu erleichtern, höchst problematisch. Ich glaube, es hat sich wieder einmal mehr gezeigt, dass es sich nicht immer lohnt zu versuchen, Initiativen durch ein weitgehendes Entgegenkommen politisch aufzufangen.

Es ist sicher richtig, dass die Gewichte im Steuersystem des Bundes nun in der Richtung Verbrauchssteuern verschoben werden müssen. Es gilt – das hat Herr Bürgi ja mit Deutlichkeit herausgestrichen – in erster Linie nun auch die Zollauffälle zu kompensieren. Aber die vom Bundesrat vorgeschlagene Politik krankt vielleicht doch etwas daran, dass dieses Ziel – zufolge der weitgehenden Konzessionen bei der Wehrsteuer – nur teilweise erreicht wird. Vor allem in der Wirtschaft empfindet man die Erhöhung der Wehrsteuersätze für die juristischen Personen – vor

allem jetzt, in Rezessionszeiten – als besonders hart. Gleichzeitig befürchten natürlich viele Unternehmungen, insbesondere die kleinen, wie dies Herr Hofmann dargelegt hat, dass die Mehrwertsteuer ganz oder teilweise eben nicht überwälzt werden kann, sondern bei den Unternehmungen hängen bleibt, und dies einfach deshalb, weil die Ueberwälzung in Zeiten des härteren Konkurrenzkampfes höchst unsicher ist. Das ist auch der wesentliche Grund, weshalb mindestens zu Beginn der Steuersatz bei der Mehrwertsteuer (Uebergangsordnung) nicht auf den Maximalsatz von 10 Prozent festgesetzt werden sollte.

Ich komme zum Schluss. Das politische Fundament dieses Finanzpaketes ist meines Erachtens nicht so tragfähig, wie es für eine sichere Abstimmungsprognose für das nächste Jahr sein sollte. Ich glaube, man vergisst gerne, dass der Steuerwiderstand in unserem Lande zunimmt, weil in den letzten Jahren auf der Ebene der Gemeinden und Kantone sowie des Bundes nun laufend Steuererhöhungen durchgesetzt worden sind, und dass das berühmte Steuerparadies Schweiz von der tatsächlichen Entwicklung doch weitgehend überholt worden ist. Würde es sich bei diesem steuerpolitischen Paket nur um eine Finanzvorlage normalen Ausmasses – wie wir uns das aus der Vergangenheit gewohnt sind – handeln, so brauchte man sich trotzdem darüber keine besonderen Sorgen zu machen, ist doch in solchen Fällen, bei negativem Ausgang der Volksabstimmung immer wieder eine mehr oder weniger befriedigende Alternative gefunden worden. Würde jedoch die jetzige Vorlage, die Dimensionen und ein Gewicht ganz anderen Ausmasses hat, verworfen, so würde daraus eine viel kritischere Lage entstehen, da befriedigende Alternativen viel schwieriger zu finden wären. Das bitte ich auch die Herren Kollegen der Sozialdemokratischen Partei mitzubedenken. Ich glaube deshalb, und zwar einfach um die Ausgangslage für die Abstimmung zu verbessern, dass es notwendig ist, den Wagen nicht zu überladen und den Bremshebel bei den Ausgaben noch energischer, als wir das bisher getan haben, anzusetzen. Es geht je länger desto weniger allein um die Frage, was wir uns wünschen, sondern es geht viel mehr um die Frage, was wir uns heute noch leisten können. Wer für eine Stabilisierung der Staatsausgaben eintritt – wie ich das persönlich tue –, der muss sich auch damit abfinden, dass man nicht alles haben kann. Dabei geht es nicht um einen Abbau bereits bestehender Leistungen – das möchte ich auch an die Adresse von Herrn Donzé recht deutlich sagen –, sondern es geht darum, auf neue Begehren zu verzichten. Das gilt allerdings – da mache ich auch keinen Hehl daraus – auch für den sozialen Bereich. Man wird aber dabei dem Schweizer Bürger auch die Folgen einer solchen Politik der Konsolidierung aufzeigen müssen. Es wäre allzu bequem – damit treffe ich mich wieder mit Herrn Donzé –, diesem schwierigen Schritt der Aufklärung ausweichen zu wollen.

Ich bin für Eintreten auf die Vorlage.

Kündig: 25 Jahre des fortschreitenden Wachstums liegen hinter uns, Wachstum für jeden Einzelnen, Wachstum auch für unsere Wirtschaft, Wachstum aber auch für unseren Staat. Er wurde durch Volk und Parlament immer mehr belastet und hatte immer neue Aufgaben zu übernehmen. Das alles hat sich auf der Basis der wirtschaftlichen Prosperität und einem sozial vernünftigen Klima noch einigermaßen verkraften lassen. Als Grundvoraussetzung für diese Entwicklung musste aber eine intakte Wirtschaft, getragen vom Entwicklungswillen der Unternehmer, sowie der Arbeitsfreudigkeit der Mitarbeiter, basierend auf einem freiheitlichen Wirtschaftssystem, vorhanden sein. Der Staat soll, auch nach der Meinung unserer Staatsgründer, nur dort in Erscheinung treten, wo das Zusammenleben sonst nicht geordnet weitergehen könnte. Er ist in seiner Natur also kein eigentlicher Wirtschaftsfaktor und somit in seiner Zielsetzung subsidiär und immer auf die Bedürfnisse des Menschen, unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Gefüges, ausgerichtet. Nach einer langen Phase der Prosperität stehen wir, wenn nicht alles trägt, heute vor einer

Phase der Konsolidierung, deren Dauer kein Mensch voraussagen kann. Heute sind wir noch in der Lage, uns anzupassen, sowohl jeder Einzelne, unsere Wirtschaft, aber auch unser Staat. Morgen könnte es unter Umständen zu spät sein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Probleme in England, wo Regierung und Gewerkschaften unlängst eine Lohnerhöhung von 4 1/2 Prozent aushandelten, obwohl eine Teuerung von 15 Prozent hätte ausgeglichen werden müssen. Es ist mir unverständlich, wenn gewisse Wirtschaftsindikatoren unbeachtet bleiben und heute doch recht oft von einer Wirtschaftsbelebung oder gar von einem Aufschwung gesprochen wird. Wir haben zwar ein leichtes Ansteigen der Exportziffern sowie eine Verbesserung gewisser Branchen des Binnenmarktes, besonders im tertiären Sektor der Dienstleistungen. Dieser Aufschwung ist aber in den meisten Fällen eine sogenannte Mengenkonjunktur, die nur möglich wurde durch eine wesentlich verschlechterte Ertragslage. Davon abgesehen müssen wir aber auch einen massiven Rückgang bei gewissen Inlandindustrien und gewerblichen, besonders baugewerblichen Branchen, feststellen. Wenn der Rückgang der Arbeitslosenzahlen, die jedoch nicht alles aussagen über die effektive Einbusse von Arbeitsplätzen, eine scheinbare Besserung anzeigt, so sieht die Wirklichkeit doch anders aus. Aus dieser Beurteilung muss auch der äussere Anlass abgeleitet werden, der uns zwingt, ob wir wollen oder nicht, auch unseren Staat und seine Institutionen einmal gründlich zu überprüfen. In diese gleiche Prüfung müssen wir aber auch die Belastbarkeit unserer Wirtschaft einbeziehen, da auch hier neue Massstäbe gelten werden. Ich werde den Eindruck nicht los, dass Bundesrat und Verwaltung diesen Gedankengang nicht freiwillig tun werden. Um so mehr müssen wir, als Vertreter des Volkes und der Stände, unseren Beitrag dazu leisten. Die von der Kommission erarbeitete Motion ist die logische Folge dieser Ueberlegungen. Sie entspricht aber auch dem Wunsch des Schweizervolkes, das in solchen politischen Fragen sehr fein sensibilisiert ist.

Zur Wehrsteuer: Die Vorlage des Bundesrates zur Wehrsteuer ist meines Erachtens ein Langschuss, der weit über das Ziel hinausgeht. Die Kommission hat wesentliche Änderungen beantragt, denen ich zustimmen werde, obwohl grosse Bedenken im Raum stehenbleiben. So einmal die Belastbarkeit der hohen Einkommen, die durch die neue Steuer nahezu gleich belastet werden wie in Steuerhöchstländern, die nie unser Vorbild sein dürfen.

Zweitens, die Auswirkungen der Steuerfreigrenzen und der Sozialabzüge auf kantonale Steuergesetze, die sowohl für Kantone wie für Gemeinden verheerende Folgen haben können und drittens die überaus grosse Zahl von nicht mehr Steuern zahlenden Mitbürgern, die ja schon bisher in den unteren Kategorien nur recht bescheiden besteuert wurden.

Zur Mehrwertsteuer: Grundsätzlich erkläre ich meine Zustimmung zur Einführung eines neuen Steuersystems nach dem Prinzip der Mehrwertabschöpfung. Sie ist gegenüber der heutigen WUST wesentlich besser, sie hat Vorteile, und es verschwinden störende Wettbewerbsverzerrungen. Wenn ich beim Eintreten einige Bemerkungen anbringen möchte, so aus drei Gründen: Einmal zur Zahl und Auswahl der Abrechnungspflichtigen, dann zur Frage, wer diese neue Steuer zu berappen hat, und drittens, ob diese neue Steuer unbedingt inflatorisch wirken muss.

Die Zahl und Auswahl der Abrechnungspflichtigen: Die Auswahl der zukünftig Steuerpflichtigen scheint mir eher von Zufälligkeiten herzurühren. Es fehlt meines Erachtens die zwingende Systematik. Es hätten an sich sehr strenge Kriterien eingeführt werden müssen, die vorgängig festgelegt hätten werden sollen. Die Formel hätte z. B. so lauten können: Grundsätzlich ist jeder Umsatz mit Waren und Leistungen sowie die ganze Einfuhr zu versteuern. Ausnahmen werden gemacht: a) mit einem steuerlich reduzierten Satz für einen engen Kreis von lebensnotwendigen Gütern und b) wenn die Erhebungswirtschaftlichkeit nicht gewährleistet ist.

Der Kreis wäre dadurch wesentlich erhöht worden, die Lasten aber besser verteilt. Bestimmt hätte dies zu einer Reduktion des Mehrwertsteuersatzes geführt. Ausnahmen, wie die Nichterfassung der Leistungen der SBB und Privatbahnen, Sportbahnen, PTT, Versicherungen, Banken, Anwälte, Taxibetriebe, Reiseunternehmungen usw., wären sicher nicht beantragt worden.

Zur Frage 2: Wer hat diese Steuer zu berappen? Fälschlicherweise wird die indirekte Steuer immer wieder als die Steuer des kleinen Mannes erwähnt. Es ist zwar richtig, dass die Produkte des täglichen Bedarfs durch die Mehrwertsteuer teurer werden und der Verbraucher, so auch der kleine Mann, diese Preiserhöhung zu berappen hat. Da jedoch die Preise aller dieser Artikel im Lebenskostenindex enthalten sind, wirkt sich jedes Ansteigen auf den Lebenskostenindex aus. Mehr als 90 Prozent der Lohnbezüger kommen dadurch automatisch in den Genuss höherer Teuerungszulagen. Ob die Wirtschaft aber in der heutigen Situation des massiven Käufermarktes in der Lage sein wird, diese Mehrleistungen zu verkraften, wage ich zu bezweifeln.

Der dritte Punkt: Muss diese neue Steuer, die pro Jahr 3,5 Milliarden mehr einbringen soll, unbedingt inflatorisch wirken? Wie vorhin erwähnt wurde, ist die Mehrwertsteuer vollumfänglich auf den Teuerungsmechanismus wirksam. Richtig wäre, wenn der Bundesrat zusichern könnte, dass die Auswirkungen der Mehrwertsteuer nicht oder wenigstens nur teilweise auf den Lebenskostenindex wirken würden. Dadurch könnte der effektive Lastenausgleich gefunden werden, und auch die recht massive inflatorische Wirkung, die zwar in der Vorlage des Bundesrates bestritten wird, könnte gebremst werden. Ich würde mich freuen, wenn der Bundesrat eine entsprechende Zusicherung geben könnte. Ich danke Ihnen.

Krauchthaler: Ich möchte Ihnen ebenfalls beantragen, auf die Vorlagen zur Neufassung der verfassungsmässigen Verankerung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes einzutreten. Andererseits lehne ich die Reichtumssteuerinitiative ab. Sie ist zu einseitig und geht zu weit. Als zusätzliche Begründung für diese Ablehnung zitiere ich einen Ausschnitt aus dem Votum von Frau Nationalrat Uchtenhagen zu den Voten ihrer Kollegen Fischer und Letsch während der Finanzdebatte im Nationalrat. Sie sagte damals: «Wir leben in einem durch und durch bürgerlichen Staat. Ich möchte, er wäre weniger bürgerlich. Eines aber teilen wir: Wir lieben diesen Staat, und ich würde meinen, dass wir alle diesem Staate gegenüber Verantwortung tragen, und dass wir deshalb auch dem Stimmbürger erklären sollten, dass man nicht vom Staate Dienste, wie bessere Schulen, Umweltschutz, Raumplanung, Sozialversicherungen, ein besseres Gesundheitswesen, verlangen kann, wenn man nicht bereit ist, einen Teil seines Einkommens zur Bezahlung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse aufzuwenden.» Ich glaube damit haben wir eine Begründung, die stichhaltig ist.

Wenn wir die besorgniserregende Situation der Bundesfinanzen zu analysieren versuchen, können wir nicht umhin, festzustellen, dass wir während Jahren einer vorher nie erlebten Hochkonjunktur die Aufgaben und damit auch die Ausgaben dieses Staates allzu rücksichtslos vermehrt und ausgeweitet haben. Demgegenüber führte die sensible Struktur eines Teils der Einnahmen, besonders bei der Warenumsatzsteuer und der auf dem Gewichtssystem erhobenen Zölle, infolge der Rezession kurzfristig zu erheblichen Einnahmeausfällen. Der stufenweise Abbau der Zölle gegenüber der EWG und EFTA wurde vom Kommissionspräsidenten erwähnt. Aus ihnen resultierten ebenfalls Mindereinnahmen von einigen hundert Millionen Franken.

Das Ziel der vorgeschlagenen Massnahmen muss – aus meiner Sicht – allen referendumpolitischen Wenn und Aber zum Trotz ein ausgeglichener Finanzhaushalt gemäss Bundesgesetz vom 18. Dezember 1968 Artikel 2 sein, und zwar spätestens bis 1980. Wenn wir uns dazu bekennen, wird klar, dass die aus diesem Paket zu realisierenden

Mehreinnahmen nicht genügen. Es muss nach Finanzplan noch nahezu eine Milliarde an Einsparungen vorgenommen werden. Den Willen dazu müssen Bundesrat und Parlament dem Stimmberechtigten gegenüber zum Ausdruck bringen, wenn das Einnahmenpaket Chancen haben soll, die Hürde der Volksabstimmung zu überspringen. Wir stellen uns deshalb in unserer Gruppe einstimmig hinter die Motion der Kommission des Ständerates.

Aus meiner Sicht gilt es dabei aber zu bedenken und dem Volke klar zu machen, dass das Sparen – besonders in der heutigen wirtschaftlichen Situation – seine Grenzen hat. Es darf, davon bin ich überzeugt, kein Abgleiten in eine allgemeine Deflationspolitik zur Folge haben; deren unheilvolle Auswirkungen habe ich trotz den vergangenen 40 Jahren in noch zu guter Erinnerung. Erhebliche Mehreinnahmen sind deshalb unerlässlich, wenn dieser Staat funktionsfähig bleiben soll, und nicht z. T. demontiert werden muss, was in jahrzehntelanger Arbeit an Notwendigem und Wertvollem geschaffen wurde.

Zu den einzelnen Vorlagen: Der Ersatz der Warenumsatzsteuer durch ein Mehrwertsteuersystem scheint mir aus Gründen, wie sie vom Kommissionspräsidenten und meinen Vorredern dargelegt wurden, die gegebene Lösung zu sein. Ich gebe mit Kollege Kündig zu, dass sie einen gewissen Nachteil hat in ihrer Teuerungswirksamkeit infolge der notwendigen Ueberwälzung auf den Konsum. Herr Honnegger hat diesbezüglich Bedenken geäussert. Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, sofort in allen Branchen überwälzen zu können; aber das Ziel der Ueberwälzung muss bestehen bleiben, denn wir können nicht einfach eine Gruppe, die zudem in einer gewissen Notlage ist, mit dieser Steuer behaften und belasten. Bei dieser Teuerungswirksamkeit liegt ein Stein des Anstosses begraben, besonders aus der Sicht der Selbständigerwerbenden im Klein- und Mittelgewerbe sowie auch in der Landwirtschaft. Dieser kann weitgehend beseitigt werden, wenn der Bundesrat sich bereit erklärt, diese steuerbedingte Teuerung nicht oder nur zurückhaltend auszugleichen. Diese Zurückhaltung drängt sich ebenfalls daher auf, weil es sonst möglich werden könnte, dass höhere Lohnneinkommen durch den vollen Ausgleich mehr realisieren würden, als sie über diese Konsumsteuer leisten. Das kann sicher nicht der Sinn dieser Vorlage sein. Die von der Mehrheit Ihrer Kommission vorgeschlagene Differenzierung des Höchstansatzes der Mehrwertsteuer (9 Prozent nach Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe e der Uebergangsbestimmungen während der sechs Uebergangsjahre) kann das Klima in der Abstimmung wesentlich verbessern, und die 10 Prozent nach Artikel 41ter als langfristige Lösung können den Belangen des Bundes weitgehend genügen. Ich stimme deshalb dieser Fassung nach reiflicher Ueberlegung und mit einigen Bedenken zu.

Zur Wehrsteuer: Dieser zweite der siamesischen Zwillinge im eidgenössischen Fiskalbereich ist vom Ziel her gesehen das Kuckucksei im Paket. Es geht hier vorab darum, den in der Verfassung garantierten Ausgleich der kalten Progression insbesondere über höhere Allgemein- und Sozialabzüge zu verwirklichen. Trotz Erhöhung der Maximalansätze bleibt nach dem Beschluss des Nationalrates ein Einnahmefehl von 410 Millionen Franken. Dieser würde durch die Zustimmung zu den Anträgen Ihrer Kommission auf 365 Millionen Franken reduziert. Mit Ausnahme des Höchstansatzes für natürliche Personen unterstütze ich die Anträge der Kommissionsmehrheit. Eine materielle Steuerharmonisierung nach dem vom Nationalrat beschlossenen Artikel 42ter Absatz 2 lehne ich im Rahmen dieses Paketes ab. Wie bereits angedeutet, kann ich als Vertreter eines mittelständisch strukturierten Kantons gewisse Sympathien gegenüber den Anträgen, wie sie von Kommissionsminderheiten zum Artikel 9 der Uebergangsbestimmungen gestellt werden und die eine weitergehende Steuerbefreiung bewirken, empfinden. Mit Rücksicht auf die Zielsetzung der Vorlage muss ich sie dennoch vollumfänglich ablehnen, nachdem ich dem niedrigen Satz für die Uebergangszeit zugestimmt habe. Andererseits können

wir über die Erhöhung des steuerfreien Gesamtumsatzes nach Absatz 3 Buchstabe c Ziffer 1 von 30 000 auf 50 000 Franken, wie sie Ihre Kommission vorschlägt, die Erhebungswirtschaftlichkeit wesentlich verbessern und eine Anzahl Kleinbetriebe von der Steuerpflicht befreien, was den Ausfall von zirka 40 Millionen Franken aus meiner Sicht voll rechtfertigt. Der formellen Steuerharmonisierung nach Artikel 42quinquies stimme ich im Sinne des Antrages der Kommissionsminderheit zu.

Zum Schluss bitte ich Herrn Bundesrat Chevallaz dringend auch in diesem Rate, vor der Volksabstimmung eine offene, klare Zusammenstellung der bei einer eventuellen Verwerfung des Finanzpakets notwendigen Massnahmen zu veröffentlichen. Die Stimmberechtigten müssen im Bilde sein, welches die Folgen eines Neins sein würden. Ich erachte eine entsprechend Orientierung durch den Bundesrat als notwendig, selbst auf die Gefahr hin, dass es Leute geben wird, die das als Drohung bezeichnen werden.

Helmann: Es ist unbestritten, dass der Bund Mehreinnahmen braucht; die erste Dringlichkeit liegt jedoch bei der Eindämmung der Ausgaben.

Das vorliegende Finanzpaket ist keine Routinevorlage mehr, mit der höhere Bundeseinnahmen erschlossen werden sollen. Es kommt ihm deshalb eine grosse Bedeutung zu. Die Umstände, unter denen diese Vorlage lanciert werden muss — Milliardendefizite auf Jahre hinaus und damit die Forderung nach 3500 Millionen Franken mehr Steuern pro Jahr —, offenbart ein Fiasko eidgenössischer Finanzpolitik von grösstem Ausmass. Dieses Fiasko kann nicht unserem Finanzminister angelastet werden. Die Verantwortung dafür haben Bundesrat und Parlament gemeinsam zu übernehmen. Ich finde es nicht beunruhigend, wenn wir zur Arbeitsbeschaffung Defizite machen. Beunruhigend ist es jedoch, dass die Defizite im laufenden Bundeshaushalt in der Zeit höchster Wirtschaftskonjunktur aufgebaut wurden. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Ich darf an meine eigenen unzähligen Interventionen erinnern. Eine neue Situation in der Ausgabenwirtschaft ergab sich erst, als das Volk im Dezember 1974 statt nur mit dem Mahnfinger, mit dem Zaunpfahl winkte. Inzwischen haben aber unsere Fehler der letzten Jahre die Bundeskasse bereits leergesaugt.

Verschiedene üben sich heute darin, zur Ablenkung von den tatsächlichen Gegebenheiten den Ausbau der AHV für das Finanzloch verantwortlich zu machen. Der Ausbau der AHV in der Hochkonjunktur mit ihren Gewinnen beachtlicher Grössenordnungen, von denen auch die Arbeitnehmer beträchtlich profitierten, war gegenüber der älteren Generation eine soziale Verpflichtung und ist auch im Rückblick zu verantworten. Es sind vor allem die stark aufgeblähte Subventionswirtschaft und die zuwenig straffe Führung des gesamten Bundeshaushaltes, die den Finanzrahmen des Bundes gesprengt haben. Auch Beratungen in unserem Rat machten oft den Eindruck, der Bund sei eine unversiegbare Milchkuh, um deren Fütterung sich niemand zu kümmern brauche. Das Uebel liegt darin, dass die Ausgabenpolitik des Bundesrates und der Räte dem Zwang der politischen Konstellation untersteht, d. h. die vier Bundesratsparteien sind laufend zu Kompromissen verdammt, und dies, um die Koalition immer neu zu retten. Die gegenseitige stille oder ausdrückliche Vereinbarung nach dem Grundsatz: «Wenn du, auch ich», ist das Transportband, mit dem die Bundesausgaben die heutige Höhe erreichen konnten.

Wir stehen staatspolitisch vor einem Phänomen. Das Volk zeigt bei allen Parlamentswahlen den Willen zur Konzentration der Macht auf die vier Bundesratsparteien; aber das gleiche Volk lässt diese Bundesratsparteien selbst bei staatspolitisch wichtigsten Fragen im Stich. Für die Opposition ist das immer wieder ein Glück, weil sich ja die schwache Opposition im Parlament nur noch in einer Volksabstimmung durchsetzen kann. Diese Situation sollte meines Erachtens den vier Parteien zu denken geben. Die

Zauberformel als Instrument der Regierungsführung hat versagt. Dieses finanzpolitische Fiasko ist der beste Beweis dafür.

Die Festlegung einer Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen ist bis heute nicht gelungen. Den Kantonen gelang es dagegen immer wieder, dem Bund höhere Leistungen für ihre Kassen abzuwickeln. Wer die Ausgaben einschränken will, muss oft den Vorwurf hören, er wolle dem Staat keine kontinuierliche Entwicklung geben. Aber die Bundesausgaben haben nicht eine kontinuierliche, sondern eine euphoristische Entwicklung hinter sich. Eine Flurbereinigung ist dringlich geworden. Im Kurs ist auch das Schlagwort vom modernen Leistungsstaat, der zur Erfüllung seiner Aufgaben einfach — ja, wirklich einfach — Geld haben muss. Viele unterliegen dann noch dem Irrtum, dass dieses Geld bei einigen wenigen geholt werden kann oder allein bei den juristischen Personen.

Moderner Leistungsstaat: Heisst das ausgabenfreudig, interventionslustig, Denken und Zahlen für den Bürger in allen Lebenslagen, oder mit anderen Worten, die Zitrone der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu jedem Zeitpunkt voll auspressen, wobei gerne übersehen wird, dass der ausgepresste Saft nicht ohne Mitbelastung der Arbeitnehmer produziert werden kann? Forderungen werden erhoben ohne Rücksicht darauf, dass es wohl jedes Jahr wieder die Zitronen gibt, aber dass sie nicht jedes Jahr gleich gross sind und dass Raubbau zur Erschöpfung führt. Die Forderung nach Einschränkung der Ausgaben ist keine Untergrabung des Staates durch Entzug der Mittel. Wir wollen dem Staat geben, was des Staates ist. Wir hätten aber endlich gerne Klarheit darüber, was dem Bund wirklich zugemutet werden kann. Wir haben nicht nur keine klare Aufgabenverteilung, sondern wir warten seit Jahren auf die vielzitierte Prioritätsordnung.

Diese Sachlage macht es schwer, sich hinter eine Vorlage zu stellen, die jährlich über 3 Milliarden neue Steuern bringen soll. Der Schluss liegt doch nahe, dass eine Ausgabenbeschränkung mit einer Mittelverknappung eher erreicht werden kann als mit Worten. Das ist auch der Grund, warum ich niedrigeren Steuersätzen zustimmen kann, als sie der Bundesrat in seine Vorlage aufgenommen hat. Die Absichtserklärungen bezüglich neuer Sparsamkeit haben auch bei mir keinen hohen Kurswert. Der Übergang von der WUST zur Mehrwertsteuer ist eine Notwendigkeit. Aber die Auffüllung der Bundeskasse muss an Voraussetzungen geknüpft werden. Zu diesen Voraussetzungen gehören statt blosser Absichtserklärungen sichtbare Beweise für eine Umkehr in der Ausgabenwirtschaft. Die Vorlage zur Sanierung der Bundesfinanzen darf doch kein Anlass sein zur Erhöhung der Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen.

Weiter muss Artikel 42ter Absatz 2, wonach die Leistungen an die Kantone von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig gemacht werden, in der Fassung des Nationalrates in der Verfassung verankert werden.

Ich stimme für Eintreten. Die Zustimmung zur Vorlage hängt vom Ausgang der Beratungen in den beiden Räten ab.

Muhlem: Ich bin für Eintreten, verbinde damit einige Bemerkungen, die sich über die Vorlage hinaus bewegen. Ich hätte etwas flexiblere Lösungen gewünscht und hege Bedenken, dieses Steuerprojekt, wie es vorliegt, ans Volk weiterleiten zu lassen. Indessen bestehen noch Möglichkeiten, im Differenzverfahren darüber zu sprechen.

Zwei Elemente sind erforderlich, um eine so gewichtige, ja ausserordentliche Vorlage durchzubringen. Es braucht die sachlich richtigen Entscheidungen und den politischen Willen dazu. Einige Bemerkungen zu den sachlichen Gesichtspunkten: Meine Herren Kollegen haben schon weitgehend die Frage der «wirtschaftlichen Kragenweite» dargelegt. Ich will mich daher nicht mit diesem Gesichtspunkt befassen, sondern als erstes darlegen, dass die Einführung einer derart massiven neuen Steuer mit einem Mehr-

ertrag von in der Grössenordnung 3 Milliarden allerhand Probleme darstellt. Denn, wenn Sie das System der Warenumsatzsteuer in ein neues System der Mehrwertsteuer umändern, so bewirkt das allein gewisse Anpassungsschwierigkeiten innerhalb der Wirtschaft. Wenn ich von Wirtschaft spreche, dann ist nicht etwa nur die Unternehmenseite gemeint, sondern auch der Konsument, also auch der kleine Mann. Es kommt dazu, dass wir – global gesehen – nicht nur gleichviel, sondern wesentlich mehr abschöpfen. Deshalb habe ich einfach gewisse Bedenken, so abrupt einen derart massiven Mehrbetrag einzukassieren. Ich hätte es gern gesehen, wenn man schrittweise etwa über eine Steuerperiode von vier Jahren hinweg auf dieses Endziel vorgegangen wäre.

Ein Zweites: Dieses Steuerpaket bringt Probleme zwischen Bund und Kantonen. Ich spreche im Moment nicht von der Harmonisierung. Mich bewegt ein anderes Problem: Es gibt Kantone, zu denen auch der Kanton Uri gehört, die jene Steuersubstrate für die kantonalen und kommunalen Steuern heranziehen müssen, die durch die Freigrenze und die Erhöhung der Sozialabzüge aus der Wehrsteuer entlassen werden. Das ist besonders dort notwendig, wo kleine Kantone mit einer Grosszahl kleiner Steuerpflichtiger in Frage stehen. Da meine ich sagen zu müssen, dass auch die Freigrenze schrittweise hätte erhöht werden sollen, damit die Kantone auf ihrer Ebene in der Lage wären, ihre Steuern schrittweise anzuheben. Herr Donzé wird mir verzeihen, wenn ich ihn anspreche, nachdem er ja den Kanton Uri zitiert hat. Ich möchte ihn daran erinnern, dass in meinem Kanton von 16 000 nur 49 Steuerpflichtige mehr als 100 000 Franken Einkommen beziehen, das sind 3 Promille. Zeigen Sie mir einen anderen Kanton, der diese Einkommensstruktur aufweist. Beim Vermögen sind es nur 45 Steuerpflichtige, wiederum von 16 000, die mehr als 700 000 Franken Vermögen haben. Dass wir darüber hinaus heute noch eine andere Struktur haben, nämlich höhere Vermögenssteuern und kleinere Einkommenssteuern, wissen Sie zweifelsohne. Ich will dieses Beispiel anführen, um zu zeigen, wie auf Bundesebene im Bereich der direkten Steuern nicht einfach frei politisiert werden kann, sondern dass man diese Rücksichtnahmen auf kantonale Bedürfnisse im Auge behalten sollte.

Ein weiteres Problem ist das Verhältnis Staat zu Privat: Die Frage stellt sich nicht absolut, dort Privat und hier Staat. Ich meine, dass dem modernen Staat ein weiter Einflussbereich zustehen muss. Die Frage ist aber, wie intensiv sich der Staat in den verschiedenen Bereichen zu befassen hat. Muss er wirklich, wenn er einen bestimmten Bereich anspricht, diesen bis zur letzten Ecke ausfüllen? Ist es wirklich notwendig, dass der Staat in den ihm einmal zugewiesenen Bereichen alles tut. Diese Omnipotenz muss keineswegs die Omnipotenz beinhalten.

Zur Sozialpolitik ein Wort: Sozialpolitik ist Unterstützung der Schwächeren, der schwächeren Individuen, der Ärmern, der weniger Begüterten oder der sonstwie benachteiligten Mitbürger und Mitbürgerinnen. Sozialpolitik ist aber auch Hilfe an die schwächeren Regionen und die schwächeren Kantone. Wenn Sie aber die sozialpolitische Praxis betrachten, dann ist es so, dass wir eigentlich allen etwas geben. Ich frage mich ernsthaft, ob hier nicht ein Weg begangen wurde, den zurückzukommen wir einfach verpflichtet sind. Es ist doch so, Herr Kollege Heimann, dass die grösseren Kantone von den Bundessubventionen ganz enorme Summen beziehen. Die finanzielle Hilfe für die Stärkeren muss nicht als Ganzes verneint werden. Aber eine Differenzierung ist erforderlich, nicht zuletzt angesichts der Finanzlage des Bundes. Ich möchte aber deutlich sagen: Sozialpolitik ist nicht Umverteilung als System und Selbstzweck, sondern ist Umverteilung als Instrument der Stärkung sozial Schwächerer.

Eine letzte Bemerkung zum sachlichen Bereich. Wenn ein Staatswesen in heutige Dimensionen staatlicher Ausgaben hineingewachsen ist, muss man die Frage des Zusammenhanges zwischen Einnahmen und Ausgaben neu überprü-

fen. Ich bin überzeugt, dass grosse Aufgabenbereiche jeweils mit der Einnahmenbeschaffung direkt zu verkoppeln sind. Heute beschaffen wir Einnahmen als Globalpaket und haben zuvor in Einzelbeschlüssen Millionen und Hunderte von Millionen Ausgaben festgelegt. Es kommt noch dazu, dass das Parlament die Ausgaben bestimmt, während die Einnahmen vom Volk beschlossen werden. Dieses Auseinanderklaffen mag angängig sein, solange es sich um kleine Ausgabengrössen handelt; aber bei der heutigen Dimension müssen wir hier einen direkten Zusammenhang schaffen, damit das Volk jeweils sagen kann, ob es bereit sei, die Ausgaben zu bejahen im Hinblick auf die für den Staat notwendigen Einnahmen.

Das Zweite ist der politische Wille. Er ist wichtiger als das sachlich Richtige. Ich will einen starken Staat und einen gesunden Staat. Dazu gehören gesunde Finanzen. Die Resignation, wie sie in Kreisen des Parlaments zum Ausdruck kam, ist nach meinen Begriffen unannehmbar. Wir haben uns anzustrengen, ein Finanzpaket zu schnüren, das Aussicht auf Erfolg hat. Wenn das Volk dann doch Nein sagen sollte, dann haben wir mindestens unsere Pflicht getan. Herr Kollege Hofmann hat vom politischen Willen und der Einheit des Bundesrates gesprochen. Ich möchte über den politischen Willen des Parlamentes etwas sagen. Glauben Sie, dass diese Nein-Wellen des Volkes immer nur ein Nein gegen die betreffende Vorlage bedeute? Ich glaube kaum. Ich habe vielmehr den Eindruck – und ich gehe wohl kaum fehl –, dass das Volk einfach genug «Staat» hat. Diese endlose Aktivität ist für eine Demokratie «Ueberfütterung». Ich meine daher, wir müssen Mittel und Wege finden, dem Volk nur wichtige Vorlagen vorzulegen und für uns und für das Volk genügend Zeit zu schaffen. Weniger Wichtiges ist einfach zurückzustellen. Wir müssen auch mit der Inflation der Initiativen irgendwie zurechtkommen.

Kompromiss oder Konfrontation: Ich glaubte immer, dass es zum Kulturgeschichtlichen unseres Landes gehört, dass wir Sinn für die wirtschaftliche und soziale Vernunft aufbringen, also für das Gleichgewicht, ich möchte sagen für das «Mass». Wenn aber eine so wichtige Vorlage auf Konfrontation aufgebaut werden soll, dann ahne ich Schlechtes. Wir dürfen nicht die Extremisten, weder rechts noch links, zum Zuge kommen lassen. Diese Vorlage muss eine Vorlage der breiten Mitte sein. Sie muss getragen sein von all jenen, die bereit sind, einen Kompromiss zu schliessen und auch ja zu sagen, wo man im Grunde genommen nicht ja sagen möchte. Wir wollen zwar den Dialog. Wir wollen kein politisches Eintopfergericht. Wir wollen uns daher hart auseinandersetzen. Vor allem wäre es aber falsch, bei einer Vorlage dauernd nur zu fragen, wie es uns gelinge, bestimmte Kreise von ihrer Opposition abzubringen. Das ist eine undifferenzierte Referenz vor Gruppeninteressen, die ich als falsch betrachte. Es geht um ein Gleichgewicht der Interessen. Es werden daher Mittel und Wege und Ansätze und Lösungen zu finden sein, die für den Durchschnittsbürger annehmbar sind. Ich habe Bedenken, dass, wenn unser Parlament diesen Weg nicht beschreitet, wir uns selbst abwerten und unsere Stimme in der Volksabstimmung, d. h. dann wenn wir vor das Volk zu treten haben, nicht mehr gehört wird oder nur als *flatus vocis*, nur als der Bewegung der Luft hörbar wird, aber nicht zum Herzen des Bürgers gelangt.

Das Wort «Sparen» müssen wir noch einmal überdenken. Ich habe den Eindruck, dass da und dort gespart werden will, nur um die Bereitschaft des Volkes günstig vorzubereiten. Ich gehöre nicht zu jenen. Ich meine, Sparen ist eine Daueraufgabe des Staates. Ich bin überzeugt, dass die richtige These die wäre: Wir wollen für weniger Geld ebensoviel wie heute. Das ist kein Widerspruch. Sie wissen aus der Privatwirtschaft, wie man mit knappen Mitteln die Leistung, auch die Leistung des Geistes, anzukurbeln versteht und eine höhere Effizienz beibringt, während Schnick-Schnack, Randfragen und zu grosszügige Lösun-

gen dann eben besseren und einfacheren Lösungen – wie ich sagen möchte – Platz machen.

Ich schliesse mit der Bemerkung, dass eine Politik, wie wir sie mit diesem Finanzpaket machen müssen, hart sein wird. Die Auguren sagen uns nicht nur Gutes voraus. Die Politik sollte etwa im Sinne des «Stier bei den Hörnern packen» verfolgt werden. Wir müssen erklären: Es geht nicht ohne Opfer – ich bin überzeugt – nicht ohne Opfer von allen Seiten. Die Vorlage des Bundesrates versucht, überall Opfer abzuverlangen. Die Idee, dass der andere bezahlt, ist nicht haltbar. Die Idee, dass der Wohlstand auf Kosten anderer vermehrt werden kann, ist nicht realistisch; sie ist nicht einmal wirtschaftlich möglich, ja sie ist moralisch, ethisch verwerflich. Ich meine, zum Abschluss einfach das zu sagen: Wir müssen uns selbst, wir müssen andere überzeugen, dass es einfach nicht wahr ist, dass in diesem Lande eine Gruppe höchst Privilegierter lebt und eine Gruppe – gemeint ist die grössere Gruppe – Unterdrückter und Benachteiligter existiert. Wir leben alle, recht frei, unabhängig und gut, die einen zwar etwas besser, die anderen etwas schlechter. Ich danke Ihnen.

Weber: Sparen macht selig, so könnte man meinen, nachdem man die verschiedenen Voten hörte. Es ist aber verdammt gefährlich, im Schweizervolk den Glauben zu wecken, oder wenn dieser schon vorhanden ist, ihn zu bestärken, dass das Seelenheil im Sparen liege und wir imstande wären, die Finanzlage des Bundes auf diese Weise zu retten. Ob der Staat noch funktionsfähig bleiben kann, scheint – so habe ich manchmal den Eindruck – sekundäre Bedeutung zu bekommen. Ich weiss nicht, ob das nicht ein allzu gefährliches Unterfangen ist. Sparen ist leicht, wenn man die Folgen nicht scheut. Die Zeit wird kommen, da man uns bei jeder Gelegenheit an unseren, in diesem Fall an Ihren Worten aufhängen wird. Man wird vielleicht einmal die Gefolgschaft verweigern und die finanzielle Blockade errichten und erklären: Ihr habt gesagt, man könne sparen, wenn man nur wolle. Im privaten und wirtschaftlichen Sektor würde man von Zahlungsunfähigkeit sprechen. Man würde mit Recht erwarten, dass versucht wird, eine Sanierung durchzuführen. Vor allem müssten Schuldverpflichtungen respektiert werden, eingegangene Wechsel müssten eingelöst werden. Verantwortunglose lassen es zum Konkurs kommen; Verantwortungsvolle suchen andere Wege, vermutlich dornenvollere, aber auch ehrenvollere Wege einzuschlagen.

Der Staat scheint nun von allen guten Geistern verlassen zu werden. Man spart, indem man z. B. den Kantonen jene Mittel vorenhält, die sie brauchen, um ihrerseits wiederum ihren Verpflichtungen nachzukommen, jene Mittel auch, die die materielle Grundlage für ihre Gesetze bilden. Man schiebt einen Teil der Schwierigkeiten auf den nächsten Partner ab, der auch schon genug zu tun hat, um seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Macht das Schule oder wird er trotz Steuererhöhungen und Ausschöpfung aller Quellen dadurch überfordert, dann wird er, dem Beispiel des Bundes folgend, alles Mögliche und Unmögliche gegenüber den Gemeinden einzusparen versuchen.

Die Aktion ist bereits eingeleitet, das Spiel geht weiter. Nur – so frage ich mich –, wem sollen die Gemeinden die Schwierigkeiten weitergeben? Ihnen bleibt zuletzt der harte Brocken im Hals stecken. Die gleichen Probleme stellen sich für Organisationen. Ich möchte Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber ein ganz kleines Beispiel kann ich Ihnen nicht ersparen. Meine Gemeinde, eine finanzschwache Gemeinde, ist Glied eines ARA-Zweckverbandes. In der Phase des Baues bezahlte sie eine konstante Summe von 70 000 Franken; vom nächsten Jahr an sollen es – so war es vorgesehen – wesentlich mehr sein; denn die Anlage ist im Betrieb. Es sollen 420 000 Franken sein. Davon sind 138 000 Franken für die Verzinsung von nicht eingegangenen Bundessubventionen an den Zweckverband. Das sind 2,5 Prozent des letzten Steuerbetriffnisses der Gemeinde. Die Gemeinde selber wartet noch auf 850 000 Franken Bundessubvention für die Hauptsammelkanäle. Die dafür

aufzubringenden Zinsen entsprechen wiederum einem Prozent des Steuerertrages. Auch andere Quellen versiegen, die Steuern gehen zurück. Wir werden aber trotz überdurchschnittlich hohen Steuern unseren Verpflichtungen nachkommen müssen. Wenn nun der Kanton gezwungen wird, die Politik der leeren Kassen vom Bund zu übernehmen, dann graut mir vor der Zukunft der Gemeinden. Es kann kleine Gemeinden geben, für die die Zinsen von ausstehenden Subventionen unter Umständen eine volle Jahressteuer ausmachen. Es gäbe hier noch andere Beispiele zu erwähnen. Wir haben in unserer Gemeinde Ende Oktober abzustimmen über Zivilschutzbauten. Wir sind getreue Eidgenossen und folgen den Verpflichtungen, die uns auferlegt werden. Das Jawort hiezu können wir nur geben, weil uns der Bund, zusammen mit dem Kanton, die gesetzesmässigen Subventionen zugesprochen hat. Durch die Erfahrungen gewitzigt, müsste ich meinen Mitbürgern erklären: Der Bund hat zwar seine Hilfe zugesagt; glaubt aber dem Bund nicht, er will nicht zahlen, er lässt sich zum Konkursiten herabfunktionieren.

Ich erkläre hier: Ich bin auch für das Sparen, Pausen müssen eingeschaltet werden. Ich unterschreibe diese Erklärung. Ich werde auch den ersten Teil der Motion jederzeit unterstützen. Diesem Grundsatz Nachachtung zu verschaffen, glaube ich, ist aber Aufgabe des Bundesrates und der beiden Räte bei der Budgetberatung. Wir wissen indessen, dass trotz den neuen Mitteln, trotz Sparbemühungen, die zu Recht verlangt werden – z. T. fragwürdige Sparübungen, ich muss das auch sagen, wenn es sich um Verpflichtungen handelt –, bereits in den nächsten zwei Jahren Mankos entstehen, die in Milliarden ausgedrückt werden müssen. Ich weiss, dass das Volk die Stimme des Sparapostels gerne hört und ihr auch gerne folgt. Die Verantwortung aber kann der Stimmbürger uns nicht abnehmen. Diese wird an uns hängenbleiben. Wir sind verantwortlich für die Zahlungsfähigkeit des Bundes und die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen; wir sind verantwortlich für die Funktionsfähigkeit des Staates; wir sind verantwortlich für die Erhaltung des Sozialstaates, damit der Staat als Schicksalsgemeinschaft von Menschen nicht demontiert und ausgehöhlt wird.

Ich glaube Herrn Honegger, dass er die sozialen Einrichtungen nicht abbauen will, ich kenne ihn zu gut hiefür; aber die Gefahr, dass es so weit kommen kann, liegt nahe, wenn die Politik der leeren Kassen Oberhand gewinnen wird. Dann, Herr Honegger, werden wir zwei Mühe haben, das zu retten, was wir erhaltungswürdig finden.

Die Frage, wo gespart werden soll, steht immer noch im Raume; sie ist aber von niemandem beantwortet worden. Soll bei den Militärausgaben gespart werden? Kaum, wird man zu Recht sagen. Oder bei den Ausgaben für die Landwirtschaft? Ich nehme an, dass Herr Krauchthaler da nicht einverstanden wäre. Oder bei den sozialen Einrichtungen? Wir haben es gehört, niemand will dort abbauen und sparen. Oder bei den Kantonsbeiträgen? Ja, das lässt sich machen, die sollen dann schauen, wie sie sich zu rechtfinden. Wir wären wohl mit Recht bereit, wenn das Land militärisch bedroht würde, vermehrte steuerliche Belastungen auf uns zu nehmen, um die Grenzen schützen zu können. Sollten wir aber nicht auch alles unternehmen, um inneren Gefahren begegnen zu können? Gefahren können entstehen, wenn der Staat die nötigen Mittel nicht zur Verfügung hat. Ich bin froh, dass Herr Hofmann den Sparbestrebungen wenigstens wieder einen etwas anderen Stellenwert gegeben hat. Nötig und unumgänglich sind sie sicher, aber eher als Nebenmassnahmen oder begleitende Massnahmen.

Aus diesen Ueberlegungen habe ich im Einvernehmen mit Kollege Donzé und ab und zu auch mit Herrn Heimann verschiedene Minderheitsanträge eingereicht. Diese haben alle das Ziel, jene Anteile sicherzustellen, die der Bundesrat und der Nationalrat als nötig und vertretbar angesehen haben. Es geht nicht darum, Opfer zu suchen, denen man noch etwas abknöpfen könnte, sondern Quellen zu su-

chen, wo zusätzliche Opfer zumutbar sind. Psychologisch wäre es grundfalsch, einen Bundesbeschluss zu provozieren, der trotz allen Bemühungen Defizite von solchen Grössenordnungen im Gefolge hätte. Auch das kann der Stimmbürger nicht verstehen. Wir sollten deshalb dem bundesrätlichen Vorschlag in den grossen Zügen folgen. Warum müssen wir mit aller Gewalt von den Beschlüssen des Nationalrates abweichen? Ich sehe das nicht ein. Deshalb bin ich in diversen Details nicht einig mit der Kommissionsmehrheit, auch dort, wo es um den Satz der Mehrwertsteuer geht, was man mir aus der Sicht des Konsumenten wahrscheinlich nicht hoch anrechnen wird; aber wenn Opfer verlangt werden, müssen wahrscheinlich alle Opfer bringen. Ich bin aber für Eintreten.

M. Masoni: Je voudrais rapidement formuler les raisons pour lesquelles j'appuie l'entrée en matière sur le projet A et sur la motion de la commission tout en faisant quelques réserves sur le projet B, en me référant surtout à quelques propos de M. Donzé.

M. Donzé pense, comme plusieurs d'entre nous, à un insuccès de la votation populaire, mais il l'attribue surtout aux modifications proposées par la commission en matière de tarifs TVA et IDN, ainsi que d'allègements sociaux, et au refus de certaines dispositions d'harmonisation fiscale matérielle.

Je suis d'accord sur un point avec M. Donzé: nous savons tous que le projet se heurtera à des difficultés lors de sa présentation au peuple. Je suis encore d'accord sur un second point: la nécessité urgente de moyens pour notre Etat si nous voulons lui assurer la possibilité de continuer sa juste politique sociale que chacun de nous, je crois, désire maintenir.

Je trouve cependant que les raisons alléguées par M. Donzé tendent plus tôt à ménager ses arrières en vue de ce rejet populaire éventuel. J'ai l'impression que la majorité de la commission a proposé des modifications qui se basent sur un diagnostic beaucoup plus attentif et profond des raisons d'opposition populaire au paquet fiscal: soit que l'opposition va surtout se manifester parmi les petits commerçants et artisans qui, directement frappés par la TVA, n'ont pas, et surtout dans la situation de concurrence actuelle, la possibilité de faire supporter l'impôt par d'autres, qu'on va aussi trouver une opposition parmi ceux qui craignent tout ce qui est nouveau, qui craignent un nouvel impôt quel qu'il soit; qu'enfin cette opposition va être très vaste surtout parmi ceux qui sont quelque peu fatigués du continu développement de l'Etat social et croient que seule une drastique réduction des moyens financiers va contraindre la Confédération à réduire ce développement et, cette fois-là, logiquement ils vont trouver appui parmi les opposants qui disent «non» systématiquement. On a pu constater dans de récentes votations qu'il ne s'agit pas d'une petite partie de l'électorat.

Le Conseil fédéral lui-même a cru réduire les oppositions en essayant de bonne foi de trouver une solution qui pourrait entraîner un consensus général. Je pense qu'il a été très dommage que le parti de M. Donzé n'ait pas voulu réfléchir à ce moment-là et peut-être retirer l'initiative sur l'impôt sur la richesse. J'ai l'impression qu'on a manqué vraiment là une occasion favorable. A mon avis, maintenant et dans la situation qui s'est créée, on peut se demander même si dans cet effort de bonne volonté, le Conseil fédéral n'a pas perdu l'occasion de présenter la TVA, toute seule, comme la mesure indispensable pour combler le vide laissé par le manque de taxes douanières, pour rétablir l'équilibre entre les impôts directs et indirects et, surtout, comme seul moyen pour maintenir un état social sans une augmentation massive de l'impôt direct.

Par une proposition plus courte, plus simple, il aurait été peut-être plus facile de faire comprendre un tel projet et de le défendre devant le peuple. Nous avons récemment constaté la difficulté de présenter des solutions très difficiles, très articulées, contenant de nombreux articles et qui touchent à beaucoup de domaines en même temps.

La commission a essayé de rétablir un équilibre meilleur, de réduire raisonnablement le nombre des citoyens non assujettis totalement à l'impôt direct, de proposer une réduction des tarifs en ce qui concerne la TVA, au moins pour la période transitoire, ceci pour observer aussi les réactions de l'opinion publique et se rendre compte si ces mesures peuvent faciliter le chemin du projet devant le peuple et les Etats.

Sur deux autres petits points, les propos de M. Donzé, qui reflètent son opinion loyalement exprimée, méritent aussi une prise de position. En ce qui concerne la fraude fiscale, contrairement à M. Donzé, j'approuve la sagesse de la commission qui a voulu retarder l'examen des divergences. Quand on demande encore davantage d'argent et que l'on sait devoir rencontrer les oppositions que j'ai tenté d'esquisser, je pense qu'il est sage de ne pas «giffler» pour commencer ceux auxquels on va demander de l'argent peu après. Les résistances sont peut-être aussi motivées dans le peuple du fait que cette mesure – qui théoriquement serait très juste – va en effet se résoudre dans une nouvelle possibilité d'intervention de l'Etat dans la sphère intime du citoyen, et vous savez combien celui-ci est jaloux d'une certaine latitude de liberté. La possibilité donnée à l'Etat, d'abandonner le système de la confiance réciproque et d'entamer, sur un simple soupçon, le secret bancaire, pourrait risquer d'accroître ce flux de capitaux vers des pays d'outre-mer, flux favorisé déjà par les développements politiques dans quelques pays qui nous entourent; je pense donc que la commission du Conseil des Etats a bien fait de mettre en veilleuse son examen ce qui devrait permettre à notre paquet financier un cheminement un peu plus facile.

M. Donzé nous a aussi entretenus sur l'harmonisation fiscale. Il a regretté que notre commission abandonne quelques points gagnés dans sa ligne, logiquement, par le Conseil national. Il est bien clair qu'on demande cette harmonisation soi-disant formelle – mais le mot «formelle» n'est nullement ancré dans ce texte – pour avoir un moyen de pression sur les cantons du point de vue matériel. Mon canton n'appartient pas à ceux qu'il faut encourager à demander des impôts, il appartient à la catégorie de ceux qui en exigent de très hauts. Mais je crains la mentalité qui voudrait, par le biais de cette harmonisation fiscale – on l'a dit en commission – trouver le moyen de refuser ou réduire les aides de la péréquation intercantonale ou des contributions fédérales aux cantons s'ils n'exploitent pas jusqu'au bout ou jusqu'à une certaine moyenne leur substrat fiscal.

J'ai dit en commission – et je le répète ici –, cette mentalité me préoccupe. Dans d'autres pays, on envisage la possibilité de favoriser des régions sous-développées par toute sorte de mesures, jusqu'aux exonérations fiscales. Chez nous, dans le pays du fédéralisme par excellence, dans le pays de la devise «Un pour tous, tous pour un», arriverait-on même à demander, avant d'accorder des aides, cette égalisation? Lorsque j'entends de pareils propos, je me pose souvent la question: Ceux qui, venant des cantons forts et des grandes villes demandent cette égalisation, voudraient-ils vraiment, même avec le salaire qu'ils reçoivent, avec les rémunérations qu'ils touchent, voudraient-ils réellement abandonner leurs conditions de vie et tout leur confort pour des vallées de montagne qui se permettent une législation fiscale différente? Est-ce qu'une différence, ou est-ce qu'une concurrence, même entre systèmes fiscaux différents, n'est-elle pas au fond souhaitable? Nous touchons là un problème de fond du fédéralisme, mais je pense, avec le professeur Kägi et d'autres, que le principe fédéraliste a une si grande importance, – il est tellement lié à notre façon de vivre, au succès du modèle suisse – qu'il ne faudrait pas sacrifier un point essentiel de ce fédéralisme, à savoir l'autonomie dans la détermination du système fiscal, à des considérations utilitaristes ou égalitaires qui, du point de vue strictement rationnel, se justifient certes mais qui méconnaissent vraiment l'importance

et la base même du fédéralisme. Ce sont les fédéralistes eux-mêmes qui, dans plusieurs secteurs, ont commis des fautes; ils ont demandé souvent là où il n'y avait pas de raison de demander. Mais ces fautes-là ne doivent pas mettre en cause le fédéralisme. Si déjà on accepte le principe de l'harmonisation formelle, ce qui reste pour moi très problématique, il faut alors l'exprimer bien clairement dans le texte, en reprenant celui que la majorité a adopté à l'alinéa 2 de l'article 42quinquies. Il faut surtout éliminer, à l'alinéa 3, l'application ipso jure de la loi fédérale aux cantons retardataires. Cette application entraînerait des situations inconciliables non seulement avec le fédéralisme mais aussi avec la sécurité du droit. Si je forme ces quelques réserves en ce qui concerne le projet B, et si je les ai exprimées en m'essayant à un dialogue un peu polémique avec notre collègue Donzé – on ne peut lui imputer aucune faute, il a soutenu ses opinions et je tiens, moi, à exprimer des opinions en conflit avec les siennes – je vous recommande par contre d'accepter l'entrée en matière sur le projet A avec les modifications proposées par la majorité, et d'accepter surtout la motion de la commission qui exprime l'urgence de mesures destinées à comprimer les dépenses; il s'agit d'un effort indispensable si l'on veut améliorer les chances très minces du «paquet» d'être accepté lors de la votation populaire. Un effort est indispensable pour faire établir des priorités, renoncer à des tâches secondaires, se concentrer sur les tâches essentielles, pour sauver l'état social, lutter contre cette tendance à la dispersion et à la prolifération inconsidérée des tâches et des aides qui risquent de l'étouffer.

M. Donzé: M. Masoni dit qu'il ne veut pas polémiquer. Par contre, il reprend certains thèmes et je voudrais surtout, par rapport au Conseil fédéral, essayer à travers ses propos de poser un certain nombre de questions. En ce qui concerne l'impôt de défense nationale et ses modifications profondes, M. Masoni est d'avis que, pratiquement, cette voie ouverte par le Conseil fédéral compliquera la présentation du projet global devant l'électeur. C'est tout de même extraordinaire de dire aussi brutalement une chose comme celle-là. Cela veut dire qu'il aurait fallu soumettre le peuple à un impôt de consommation sans aucune contrepartie en matière d'impôt direct. Je crois avoir bien compris M. Masoni. Il n'a pas demandé cela, mais il a dit: «Il eût été plus facile ainsi de présenter l'affaire au peuple.» Et en même temps, il dit que c'est moi qui, en quelque sorte, assure des arrières électoraux. Je crois que cela mérite d'être médité et j'attends une prise de position du Conseil fédéral à ce sujet. Le second point, tout à fait extraordinaire, ce sont les propos de M. Masoni en ce qui concerne la fraude fiscale. Des mots aussi importants que ceux de la sphère intime sont, dans sa bouche, en quelque sorte synonymes de malhonnêteté, parce que finalement la fraude fiscale, c'est une malhonnêteté. Si l'Etat prend garde à la fraude fiscale et va jusqu'à toucher à la sphère intime, c'est pour protéger les contribuables honnêtes. Je pense que cela il fallait le dire; le Parti socialiste regrette profondément que ce Conseil ait voulu surseoir à l'application des mesures concernant la fraude fiscale. M. Masoni me donne l'occasion de le répéter fermement.

En ce qui concerne l'harmonisation fiscale, M. Muheim a cité l'exemple de son canton. Je dois avouer que je comprends la difficulté qu'il y a pour un petit canton n'ayant que peu de contribuables aisés à modifier une loi fiscale. C'est très difficile. Mais alors où je ne comprends plus c'est que si des dispositions étaient prises sur le plan fédéral, cette nécessité de ménager ces contribuables changerait d'aspect. Le partenaire auquel aurait affaire votre contribuable ne serait plus l'autorité cantonale, mais bien l'autorité fédérale. Vous auriez une justification qui expliquerait la nécessité de cette harmonisation fiscale. Votre contribuable n'aurait plus la possibilité de se réfugier de la même manière dans un autre canton; ce que vous redoutez, je le comprends.

Je pense donc qu'il faut aller plus loin. Je répète encore une fois que c'est faire du faux fédéralisme que de maintenir dans notre Etat fédéral des notions comme celles-ci qui, s'il est vrai qu'elles sont difficiles à modifier, doivent l'être tout de même. Vous êtes tous d'accord pour qu'elles le soient. Mais c'est précisément à ce propos que, très souvent, vous vous réfugiez derrière des difficultés d'acceptation électorale.

C'est pourquoi ces quelques interventions m'ont convaincu qu'il existe, dans ce Conseil et certainement encore plus qu'ailleurs, une certaine volonté de frein par rapport au projet du Conseil fédéral qui tend à plus de justice fiscale. Notre tâche essentielle sera précisément de soutenir le Conseil fédéral.

Herzog: Als Nichtkommissionsmitglied, aber als Mitglied der Finanzkommission, erlaube ich mir, einige kurze, ganz allgemeine Bemerkungen zur Vorlage.

Ich überschreibe mein Votum zum Eintreten mit den Worten: Nun endlich fest und hart bleiben. Wir haben in den Jahren der Hochkonjunktur, die hinter uns liegen, zu stark expandiert. Der Glaube an ein fortschreitendes Wachstum hatte uns erfasst. Diese Entwicklung brachte ein Ungleichgewicht und Verzerrungen in die Struktur unserer Wirtschaft. Sie hat aber auch unseren Staatsapparat in ungesundem Masse aufgebläht. Eine heutige festzustellende Morgenröte am Horizont darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass nun alles überwunden ist. Im Gegenteil, es bedarf aller und ernster Anstrengungen und die volle Einsicht der Verantwortlichen, vorab aber aller Parlamentarier, kompromisslos für die Sanierung unserer Bundesfinanzen einzustehen. Vorwürfe müssten wir uns heute machen, dass wir die Situation nicht schon zu Beginn der siebziger Jahre richtig erkannten, als die Wirtschaft noch auf Hochtouren lief, die Rechnungsabschlüsse des Bundes aber mit Ausgabenüberschüssen abzuschliessen begannen. Schon damals hätten Gegenmassnahmen getroffen werden sollen. Wohl ist das im Nachhinein gut zu sagen. Die Ursachen dieser wenig erfreulichen Situation wurden bereits durch den Kommissionspräsidenten und verschiedene Votanten erwähnt. Es ist vorab das überproportionale Wachstum der öffentlichen Ausgaben im Vergleich zur Entwicklung der Einnahmen. So stellen wir das bekannte Ansteigen der Bundesausgaben in den Jahren 1970-1975 von 8 Milliarden auf 13,5 Milliarden im Jahr fest. Von den vorgeschlagenen Massnahmen des Finanzpaketes erhofft man die notwendigen Mehreinnahmen. Auf der anderen Seite will man an Bundesausgaben sparen. Wir reden immer vom Sparen. Es fällt uns aber schwer, mit dieser Einsicht Schritt zu halten. Zu oft sind wir inkonsequent. Wenn wir aber etwas erreichen wollen, muss auch das Schweizer Volk die Ueberzeugung erhalten, dass wirklich gespart wird. Wir im Parlament und der Bundesrat müssen die Sparbereitschaft unter Beweis stellen. Wie werden wir sonst vom Volke die notwendige Zustimmung zu unseren Beschlüssen erhalten?

Unter diesen Aspekten frage ich mich: Ist es wirklich so dringend, dass wir in der Phase der Vorbereitung unseres Sparbudgets vom Bundesrat noch neue Sozialversicherungsvorlagen aufgelegt erhalten? Da komme ich nicht mehr recht nach. Da will auch der Bürger nicht mehr an den Ernst des Sparens glauben, geschweige denn an eine Notlage der Bundeskasse. Für den Stimmbürger, der schliesslich über unsere Finanzlage zu entscheiden hat, wird es darauf ankommen, dass er auch eine haushälterische Verwendung der Finanzen gewährleistet sieht. Eine Finanzvorlage, die aus Kompromissen verschiedener Parteien zustande gekommen ist und die keine Sanierung über eine Reihe von Jahren hinaus sichert, hat keine Chance, beim Volk Verständnis zu finden. Vorab gilt es auch, das weitere Wachstum der Ausgaben im Ausmasse der letzten Jahre zu verhindern. Diesen Imperativen müssen wir uns unterstellen. Es ist nun naheliegend, das Problem der Defizitwirtschaft mit einer entsprechenden Kor-

rektur auf der Einnahmenseite anzupacken. Wer aber die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, kann nicht darüber hinweg sehen, dass die Politik, die den Ausgleich primär auf der Einnahmenseite sucht, die Zustimmung des Souveräns nicht erhalten wird. Das Schweizervolk hat – es wurde das bereits in der Diskussion angeführt – in der Abstimmung vom 8. Dezember 1974 den unmissverständlichen Sparauftrag gegeben. Wir müssen darum auch darauf dringen, dass der Akzent unserer künftigen Finanzpolitik eindeutig auf die staatliche Ausgabenpolitik gelegt wird. Wir müssen das Uebel an der Wurzel packen. Das bedeutet gleichzeitig Mut zur Unpopularität. Für den Souverän ist dies solange ein fauler Handel, als ihm nicht klipp und klar in aller Offenheit gesagt wird, wie die Verhältnisse effektiv liegen. Das müssen wir uns heute und morgen bei der Behandlung unserer Vorlage vor Augen halten und gleichzeitig persönliche und parteipolitische Interessen zurückstellen. Der Stimmbürger will zusätzlich auch die Gewissheit haben, dass mit vorliegendem Finanzpaket die Finanzlage des Bundes auf Jahre hinaus saniert bleibt und dass dieses Auftanken von Mitteln nicht wieder zu neuen Ausgaben verleitet. Der Bürger ist misstrauisch geworden.

Der Nationalrat und die ständerätliche Kommission haben mit verschiedenen Kürzungen gegenüber dem bundesrätlichen Antrag Mindereinnahmen von rund 1000 Millionen beschlossen. Dieses zusätzliche Manko, das damit geschaffen wurde und nun die Grössenordnung von einer Milliarde übersteigt, wäre nach meiner Ansicht für den notleidenden Finanzhaushalt des Bundes nicht verdaubar. Die Sanierung des Bundeshaushaltes braucht Opfer. Wir können das Problem kaum anders lösen, als dass wir in grosser Linie der bundesrätlichen Vorlage zustimmen. So bin ich für Eintreten.

Hefti: Die Vorlage des Bundesrates bringt eine schwere steuerliche Belastung, von der – was auch in der vorgehenden Diskussion angetönt wurde – nicht einmal sicher ist, ob sie für unsere Wirtschaft auf die Dauer überhaupt tragbar bleibt. Man dürfte daher zum mindesten erwarten, dass diese Vorlage unsere finanziellen Probleme löst, worunter auch noch das Vorhandensein einer gewissen Reserve fällt. In der Botschaft hat es der Bundesrat aber ohne weiteres in Kauf genommen, bereits für das Jahr 1979 wieder ein Defizit von mehreren hundert Millionen Franken in Aussicht zu stellen.

Seither sind uns etwas günstigere, aber immer noch negative Zahlen präsentiert worden. Wieweit diese Zahlen konkret und wieweit sie – sagen wir einmal – hypothetisch sind und wieweit dahinter nicht neue zusätzliche Ausgaben lauern, wissen wir einstweilen noch nicht. Das wird erst das nächste und übernächste Jahr zeigen.

Ebenso wichtig wie die neuen Einnahmen ist somit die Plafonierung der Ausgaben. Ein Bundesrat soll an einer Verbandsversammlung gesagt haben, werde das vorliegende Paket von Volk und Ständen abgelehnt, so stünde die Schweiz nicht nur vor einem Finanz-, sondern auch vor einem Staatsnotstand. Ich möchte dazu sagen, dass wir vor einem mindestens ebenso grossen Staatsnotstand stehen werden, wenn wir nicht unsere Ausgabenpolitik dem Stand anpassen können, der unseren Möglichkeiten angemessen ist. Das ist gewiss keine leichte und vor allem keine angenehme Aufgabe, um so weniger als die aussenpolitische Lage unsere Landesverteidigung mit gewissen unverrückbaren Fakten konfrontiert. Aber diese Aufgabe ist der heutigen Schweiz gestellt und wenn sie in ähnlicher Weise derzeit von der Privatindustrie zu lösen ist und z. T. auch bereits gelöst werden konnte, so sollte der Staat nicht nachstehen.

Ein Wort noch zur steuerlichen Belastung. Wir beginnen nun dort anzulangen, wo in unserer Wirtschaft diejenigen Aktivitäten geknickt oder vertrieben werden, ohne die der im Bundeshaus oft angerufene Leistungsstaat oder soziale Rechtsstaat bald zum Schemen wird. Solches kann nur vorübergehend in Kauf genommen werden und wenn man

überzeugt ist, dass wenigstens der Zweck, d. h. eine wirkliche finanzielle Gesundung erreicht wird. Dass wir für letzteres keine Gewähr haben, darauf werde ich noch zurückkommen. Und aus Seite 65 der bundesrätlichen Botschaft ist zu schliessen, dass der Bundesrat bereits an künftiges weiteres Andrehen der Steuerschraube denkt. Die Schweiz ist heute und besonders mit dieser Vorlage dem Auslande gegenüber keineswegs mehr steuerlich begünstigt. Wir liegen nun z. B. über dem Niveau der USA. Auch haben andere Staaten, mit denen man unsere Steuersätze vergleicht, lange nicht immer die gleiche integre Verwaltung wie wir für die Durchführung der Steuergesetzgebung.

Aufgrund der vorgehenden Ausführungen erachte ich es als ein schlechtes Zeichen, dass die bundesrätliche Botschaft der Ausgabenseite nur an ganz wenigen Stellen kurze, flüchtige Bemerkungen schenkt. Dabei kommt dieser doch Gleichwertigkeit zu. Unsere Kommission scheint mit ihrer Motion die Dinge richtig erkannt zu haben; aber die Motion allein genügt noch nicht, sie muss auch ausgeführt werden. Das aber ist leider noch offen, allzu offen.

Es liegt nahe, hier eine Parallele zu den Finanzabstimmungen vom Dezember 1974 und Juni 1975 zu ziehen – unser Herr Kommissionspräsident war Präsident des befürwortenden Komitees bei der abgelehnten Vorlage vom Dezember 1974. Damals wurde auch schon die Frage nach den Ausgaben erhoben. Die Befürworter verwiesen auf gesetzliche Kompetenzen für Einsparungen, in gleicher Weise, wie heute die Motion herangezogen wird. Die Mehrheit des Volkes traute aber der Sache nicht, sondern verlangte handfeste Beweise, lehnte daher die Vorlage vom Dezember 1974 ab, und erst als die Räte konkrete Massnahmen ergriffen hatten, fand die zweite Vorlage vom Juni 1975 ihre Annahme.

Heute besteht meines Erachtens noch viel mehr Anlass als damals, vorerst auf effektive Beschlüsse zu dringen. Ich kann mich hier den Ausführungen von Herrn Kollega Heimann anschliessen. Einmal wird sich im Parlament Widerstand regen. Das der heutigen Motion ähnliche Postulat Ihrer Finanzkommission begegnete einer gewissen Opposition, die im Nationalrat gegenüber der ähnlichen Motion Weber sogar noch grösser war. Sodann ist es bei unseren bestehenden Behörden und der Verwaltungsstruktur unerlässlich, dass der hauptsächlichste Antrieb und vor allem die konkreten Vorschläge von Bundesrat und Bundesverwaltung aus kommen. Bei diesen scheint aber der entscheidende Durchbruch noch nicht erfolgt zu sein, im Gegenteil, man scheint sich dort oft geradezu zu sträuben, von den Verhältnissen und Erfordernissen der Gegenwart Kenntnis zu nehmen und glaubt, für die Aenderung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas müsse der staatliche Bereich tabu bleiben. Schon die Einseitigkeit der vorliegenden Botschaft ist ein böses Omen. Vor gut einem Jahr war man sich in unserem Rate weitgehend einig, dass auch im sozialen Bereich ein Marschhalt angezeigt sei. Der Bundesrat beantragte aber kürzlich zusätzliche Leistungen bei einem Sozialwerk von 600 Millionen Franken, obschon die Mehrheit des Volkes solches in der heutigen Situation gar nicht erwartet hat. Ich kann hier auf die Ausführungen des Herrn Kollege Herzog und auch des Herrn Kommissionspräsidenten verweisen. Und die an sich kleinen Sparübungen unseres Rates vom letzten Sommer haben bei den betreffenden Departementsvorstehern nur Empfindlichkeiten geweckt und scheinen im Nationalrat keinen Anklang zu finden. Für die heutige Situation kaprizieren sich unsere Bundesräte meines Erachtens noch etwas zu viel auf departementale Wünsche, als dass sie sich der mühsamen und nach aussen weniger effektvollen aber gegenwärtig unerlässlichen und gemeinsamen Aufgabe unterziehen, den Finanzhaushalt wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, und dies nicht nur von der Steuer-, sondern auch von der Ausgabenseite her. Die Herren Kollegen Hofmann, Honegger, Kündig und Muheim haben in ähnlicher Richtung gesprochen, und nun scheint mir, dass

solche Ausführungen irgendwie in einem Antrag ihren Niederschlag finden sollten.

Nun zu meinem Antrag: Dieser gibt dem Bund eine Finanzspritze. 1977 dürfte sie übrigens nicht wesentlich geringer sein als nach dem Antrag des Bundesrates, dies wegen der zeitlichen Verschiebung. Die ein bis maximal zwei Jahre sollen benutzt werden, damit im Sinne der Motion unserer Kommission konkrete Massnahmen bereits beschlossen und in Durchführung sind, wenn dann Volk und Stände über die definitive neue Steuerordnung im Sinne des Paketes, das uns heute der Bundesrat vorlegt, zu befinden haben. Es handelt sich also bei meinem Antrag um eine Uebergangslösung, in deren Schutz auch die Ausgabenseite einigermaßen in Ordnung gebracht werden soll, worauf dann der Entscheid über die definitive Lösung gemäss den Grundzügen, wie sie uns heute der Bundesrat vorlegt, erfolgen soll.

Ich weiss, dass die Warenumsatzsteuer Mängel aufweist, die durch meinen Antrag noch akzentuiert werden. Ich verkenne keineswegs die diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten und der Kollegen Hofmann und Kündig. Aber diese Nachteile gelten nur für kurze Zeit, längstens bis Ende 1978. Und darum dürfen wir meines Erachtens das Negative in Kauf nehmen, wenn dem nachher die Erwartung einer soliden definitiven Lösung gegenübersteht, d. h. einer solchen, die auch durch bereits beschlossene Massnahmen bezüglich der Ausgaben abgesichert ist. Auch wird sich mein Antrag als eine gewisse Uebergangsstufe zur Mehrwertsteuer auswirken.

Zum Abschnitt B, Steuerharmonisierung, habe ich keinen Antrag gestellt. Mein Antrag C soll anstelle des bundesrätlichen Antrages A treten. Der Motion möchte ich zustimmen, auch wenn sie – wie gesagt – erst eine Ausgangsbasis bildet. Die Ueberprüfung des im Frühling verabschiedeten Finanzplanes bis 1980 scheint mir in jedem Falle angezeigt. Als man dafür bereits dieses Frühjahr eintrat, blieb man allerdings ziemlich allein. Die Motion Weber im Nationalrat und das Postulat Ihrer Finanzkommission haben dann aber im Sommer das Eis gebrochen, und jetzt scheint diesbezüglich überall die nötige Einsicht vorhanden zu sein. Es ist allerdings etwas spät, die Probleme erst dann zu realisieren, wenn man bereits in deren Würgegriff ist. Die Tatsache, dass die Ansicht, der Finanzplan bis 1980 sei zu überprüfen, vor einem halben Jahr noch mehr oder weniger im Alleingang vertreten werden musste, heute indes – wie ich annehme – mit grosser Mehrheit akzeptiert wird – zum mindesten tat dies unsere Kommission –, hat mir auch den Mut gegeben, meinen vorliegenden Antrag nicht in der Mappe zu belassen, sondern ihn einzureichen. Mit einer Ueberweisung dieses Antrages an die Kommission wäre ich einverstanden, besonders wenn dabei auch die Freiliste mit in Berücksichtigung gezogen würde, was aber bei dieser Uebergangslösung an sich nicht unerlässlich wäre.

M. Grosjean: Tout a été dit sur le plan technique, tout a été dit sur le plan financier. Je m'en voudrais donc d'allonger les débats sur ces deux plans car ce serait bien inutile. En revanche, si j'interviens c'est à la suite des propos tenus dans ce Conseil ce matin. Je ne suis pas très sûr, alors que nous sommes tous hommes politiques, que nous nous rendions bien compte de l'époque dans laquelle nous vivons, que nous nous rendions bien compte du véritable débat qui va s'instaurer entre autorités constituées et peuple, puisque celui-ci devra se prononcer en mars prochain. Voilà pourquoi j'aimerais rappeler quelques vérités qui ne seront pas techniques.

C'est au moment où les hommes et les chapelles politiques s'affrontent dans ces controverses, qu'il faut s'efforcer de sortir des poncifs et d'élever les débats. M. Muhlemilch l'a fait et j'aimerais l'en remercier car il me semble qu'il a attiré notre attention sur l'essentiel. Le peuple ne se posera pas beaucoup la question de savoir si c'est un taux de 9 ou de 10 pour cent. Le peuple n'examinera pas avec un œil attentif les diverses modalités. Le peuple, à tort ou à

raison, s'en tiendra au problème fondamental et c'est cela que j'aimerais vous faire remarquer. Le «courant» ne passe plus, si vous me permettez ce terme. Le monde politique, la presse, n'ont plus d'impact auprès du peuple. Toutes les œuvres, bonnes ou moins bonnes que nous avons essayé de mettre sur pied ces derniers temps ont été rejetées: l'article culturel, l'article conjoncturel, la participation, l'aménagement du territoire, l'assurance-maladie, le statut de la radio et de la télévision, l'étatisation de l'assurance-responsabilité civile. Quant à nous, inlassablement, dans l'attitude appliquée du scribe égyptien, nous continuons à faire des lois qui sont, avec la même persévérance, rejetées par le peuple dans le pilon de l'Histoire. Et l'on continue! Et l'on persévère. Nous aurons des divergences byzantines sur des questions de taux, alors que nous n'essayons pas de rétablir l'essentiel, à savoir la confiance entre autorités constituées. Nous vivons en période de crise politique; je crois qu'il ne faut pas avoir peur de le dire. Il serait temps que nous nous rendions compte de cette grave crise de confiance que nous subissons et que nous cherchions à la résoudre. Est-ce si difficile d'en trouver les causes? Écoutons ce qui se dit autour de nous. Nous représentons ici les cantons, bien avant Dieu merci, les partis politiques. Nous devons donc être suffisamment près du peuple pour essayer de déterminer ces causes.

Qu'entendons-nous? Pour les uns, la Confédération dépense trop, intervient à tort et à travers au gré des impulsions et des modes électoraux. Ce qui gêne dans ces propos simplistes et définitifs, c'est qu'évidemment l'on ne nous précise jamais les chapitres importants qui permettraient d'équilibrer ou d'améliorer sérieusement notre budget. On nous cite des exemples certes, mais ceux-ci, disons-le, ne dépassent jamais le détail, voire la bagatelle. Pour les autres au contraire, l'Etat doit être la mère nourricière de tout et de tous. Parler de frein aux dépenses est sacrilège, et ce matin encore on a entendu à ce sujet des propos d'une véritable théologie. Il y a aussi du «sacré» dans cette thèse-là pour certains.

Les deux thèses pèchent par excès. Il fut un temps où l'homme politique était un guide; je ne sais pas si nous réussirons un jour à reprendre cette qualité. Nous devons cependant nous efforcer d'éclairer les citoyens. On ne reviendra plus à ce qu'était l'Etat, qu'on le veuille ou non, au dix-neuvième siècle. Il n'y aura plus d'Etat dans l'esprit de la Ste-Alliance; mais il ne faut pas non plus croire que le trop célèbre «Tout de l'Etat, tout par l'Etat, et tout à l'Etat» est la solution. Il n'est plus guère possible d'imaginer un Etat dont les seules missions seraient de s'occuper de la défense, de la monnaie et de la justice. L'Etat moderne est conçu pour être un facteur essentiel de régulation économique, de source d'enseignement et de culture, enfin de sécurité individuelle.

Mais, il faut aussi refuser – et avoir le courage de le dire – l'extension inconsidérée des tâches de la Confédération. Il y a, voyez-vous, deux manières de détruire notre Etat: d'une part, priver de ressources financières des secteurs essentiels. Mais aussi écraser les personnes physiques et morale de charges que l'on considère comme insupportables. L'on en arrive alors dans l'esprit de la population, à créer ce mythe du trou sans fond.

Dans mon analyse personnelle, j'en arrive à penser que le citoyen estime être arrivé à ce seuil. Aujourd'hui, on ne saurait aller plus loin. Si l'on veut être objectif, vous constaterez que dans nos villes et nos villages, aujourd'hui, l'opinion qui prévaut c'est que l'on ne saurait aller plus loin. Si nous voulons essayer de retrouver notre crédibilité, il m'apparaît qu'une voie se dessine. Il faut consolider l'acquis. Je me refuse à décapiter les secteurs essentiels de notre Etat social. Mais nous devons affirmer avec la même force que nous ne voulons plus d'une législation assortie d'aventures. Il y en a eu, comme je l'ai dit ici même. On a conçu une loi fédérale sur l'aménagement du territoire sans en déterminer le coût. Il s'agit là d'une

mauvaise politique. Dans mon canton, j'ai participé à l'aménagement du territoire. Nous avons toujours su ce que cela devait représenter comme dépense. Il y a dans ce domaine-là des réformes à réaliser.

J'ai cité un exemple; ma liste n'est de loin pas exhaustive. Si nous voulons regagner quelque crédibilité, il faut établir non une politique versatile, mais une politique simple, nette, droite. Je propose de maintenir l'acquis, de ne pas revenir en arrière; mais aussi de refuser toute nouvelle dépense somptuaire. Entre nous, disons-le, progrès ne signifie pas forcément explosion des dépenses. Mais il faut plus de courage électoral pour le dire que pour promettre «le pain et les jeux».

Je suis pour l'entrée en matière.

Urech: Wenn man sich die Frage stellt, ob dieses Finanzpaket überhaupt eine Chance habe, in der Volksabstimmung durchzukommen, so möchte ich sagen: Nur dann, wenn es tatsächlich gelingt, den vom Volk erteilten Sparauftrag zu erfüllen und wenn man mit neuen Steuern oder Steuererhöhungen masshält. Die Stimmung im Volk ist gegenüber dem Finanzpaket mehr als kritisch und skeptisch. Ein grosser Teil der Bürger kann sich nicht damit abfinden, dass der Ausgleich für den defizitären Bundeshaushalt primär auf der Einnahmenseite gesucht wird. Er hat im Dezember 1974 dem Parlament und der Regierung einen unmissverständlichen Sparauftrag erteilt.

Es wird daher zu Recht erwartet, dass der Akzent in der künftigen Finanzpolitik noch wesentlich verstärkt als bisher auf eine straffere Ausgabenpolitik verlegt wird. Im Klartext heisst das: Vorerst und vor allem Drosselung des Ausgabenwachstums und erst dann Einnahmenvermehrung. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist daher die noch verschärfte Sparmotion unserer Vorberatenden Kommission sehr zu unterstützen. Die tatsächliche Einlösung dieses Sparauftrages ist erste Voraussetzung, unserem Finanzpaket in der Volksabstimmung überhaupt eine reale Chance zu geben. Nur dann werden wir wieder einen Konsens mit dem Volk finden. Wir dürfen nicht weiter am Volke vorbeipolitisieren. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich im Volk wegen der in den letzten Jahren erfolgten ständigen Steuererhöhungen ein zunehmender Steuerwiderstand bemerkbar macht. Die Steuerbelastungen in der Schweiz sind heute an Grenzen angelangt, die nur schwer überschritten werden können. Zahlreiche Abstimmungen in den Kantonen und Gemeinden zeigen uns, dass Steuererhöhungen oder neue Steuern heute vielfach grundsätzlich abgelehnt oder nur mit sehr grosser Mühe durchzubringen sind. Bei dieser Ausgangslage ist es nicht nur ein Gebot der politischen Klugheit, sondern meines Erachtens eine zwingende Notwendigkeit, dass wir uns bei der Neubelastung des Steuerzahlers Mässigung auferlegen. Die zweite Voraussetzung, um dem Finanzpaket in der Volksabstimmung überhaupt eine reale Chance zu geben, ist daher Masshalten bei den Steuererhöhungen, und zwar sowohl bei den direkten als auch bei den indirekten Steuern. Aus diesen Gründen trete ich für die von der vorberatenden Kommission reduzierten Steuersätze sowohl bei der direkten als bei der indirekten Steuer ein. Die durch diese reduzierten Steuersätze entstandenen Einnahmeherausfälle müssen durch entsprechende Korrekturen auf der Ausgabe Seite gesucht werden. Die hohen Steuersätze, wie sie der Nationalrat beschlossen hat, lassen sich politisch und volkswirtschaftlich nicht verantworten, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, sie abstimmungspolitisch durchzubringen. Selbst für die reduzierten Steuersätze wird es noch sehr grosser Anstrengungen bedürfen, um für sie eine Mehrheit im Volke zu gewinnen.

Abschliessend möchte ich feststellen, dass es in der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage zum vorneherein sehr schwer halten wird, ein Finanzpaket, das vom Bürger und der Wirtschaft zusätzliche Mittel verlangt, über die Bühne zu bringen. Es wird nur dann einige Aussicht auf Annahme haben, wenn als Vorleistung das Ausgaben-

wachstum tatsächlich massiv gedrosselt und bei der Steuererhöhung Mass gehalten wird. Nur unter diesen Voraussetzungen kann ich auf den Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer eintreten. Im übrigen möchte ich, was den Antrag Hefti anbetrifft, dafür votieren, dass er der Kommission zur Prüfung überwiesen wird. Bei der ersten Situation, die wir heute haben, glaube ich, würde es sich rechtfertigen, dass die Kommission diesen Antrag noch näher anschauen würde.

Bürgi, Berichterstatter: Ich möchte Ihnen für die interessante und konzentrierte Debatte danken. Auf alle Einzelheiten der Steuermassnahmen komme ich in der Detailberatung zurück, auch auf die Einzelheiten der Sparmotion. Ich möchte jetzt einige Stichworte aufgreifen, die mir mit Bezug auf die Vorlage von allgemeiner Bedeutung erscheinen.

Herr Donzé hat sich gegen globale Kürzungen im Bundeshaushalt gewendet. Das Volk soll wissen, wo gespart wird, was Sparen heisst. Ich bin der gleichen Meinung, möchte ihm aber antworten, dass die Motion den richtigen Weg dazu weist.

Herr Hofmann hat eine wichtige Frage aufgegriffen, nämlich die, dass der Sinn für das Sparen auf allen Stufen des Bundes geweckt werden muss, und zwar von der Verwaltung bis ins bundesrätliche Kollegium hinein. Noch etwas weiteres scheint mir aus seinen Ausführungen bedeutsam: Es soll in beiden Kammern dieses Parlamentes die gleiche Sprache gesprochen werden. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Parlaments in der ganzen Operation.

Herr Honegger vertritt die Meinung, dass wir die Fragestellung ändern müssen. Wir sollen nicht mehr fragen: Was wollen wir fordern, sondern: was können wir uns noch leisten? Er wird darin nachdrücklich von Herrn Urech unterstützt. Das scheint mir eine zeitgemässe Problemstellung zu sein.

Herr Kündig plädiert nach meiner Ansicht zu Recht dafür, dass wir die Massnahmen im Bundeshaushalt treffen sollen, solange wir noch die notwendige Bewegungsfreiheit haben und nicht unter Zwang handeln müssen, beispielsweise nach einer verunglückten Volksabstimmung.

Herr Krauchthaler wünscht die Alternativen aufgezeigt zu erhalten, wo der Sparhebel angesetzt werden müsste, wenn diese Vorlage nicht durchgeht. Das scheint mir sehr wichtig zu sein.

Herr Heimann hat als Sprecher einer Nichtbundesratspartei darauf hingewiesen, dass die Bundesratsparteien ab und zu vom Volke desavouiert werden. Darf ich ihn darauf aufmerksam machen, dass das in einer Referendumsdemokratie ein normales Risiko ist? Wir haben ja über das obligatorische oder über das fakultative Referendum die Opposition von Fall zu Fall eingeplant.

Herr Muheim unterstreicht die Bedeutung des politischen Willens. Er wendet sich in diesem Zusammenhang gegen Resignation mit Bezug auf dieses Finanzpaket. Er plädiert dafür, zur Sache zu stehen, auch zu den Opfern, die wir den Bürgern zumuten müssen. Ich pflichte ihm hier auf ganzer Linie bei.

Herr Weber hat das Stichwort der leeren Kasse in die Debatte geworfen. Ich möchte ihm als Sprecher der Kommissionsmehrheit in diesem Falle sagen: Niemand denkt an eine Politik der leeren Kasse; was wir aber anstreben, ist eine Politik der geordneten Kasse. Das ist ein grosser Unterschied.

Herr Masoni weist in Beantwortung gewisser Ausführungen des Herrn Donzé darauf hin, dass die Anträge der Kommission dahin gehen, die Chancen der Vorlage in einer Volksabstimmung zu verbessern, insbesondere auch mit der Motion, und nicht etwa, sie zu verschlechtern.

Herr Herzog hat den beherzigenswerten Satz geprägt: Hart und fest bleiben. Das ist bestimmt eine gut thurgauische Devise.

Herrn Grosjean stimme ich zu, dass wir weniger Gesetze schaffen sollten, um den referendumpolitischen Apparat nicht allzusehr zu strapazieren. Wir kommen aber nicht darum herum – und ich glaube, diese Auffassung teilt er mit mir –, dass wir heute das Schweizervolk realistisch mit der Situation der Bundesfinanzen konfrontieren müssen. Das vorliegende Geschäft können wir nicht zurückstellen, wir müssen es anpacken.

Nun komme ich auf die Ausführungen des Herrn Hefti zu sprechen, die vorläufig in einem Nichteintretensantrag zum Bundesbeschluss A und zu einer anderen Fassung des Artikels 41quater ausmünden. Zu seinen kritischen Ausführungen gestatte ich mir zunächst folgende Bemerkungen: Ich weise darauf hin, dass seit der Veröffentlichung der bundesrätlichen Botschaft zu Beginn dieses Jahres eine Willensbildung in diesem Lande stattgefunden hat, die ihren deutlichen Niederschlag sowohl in den Beratungen des Nationalrates wie in den Beratungen unserer Kommission gefunder hat. Eine analoge Willensbildung über die finanziellen Möglichkeiten der Eidgenossenschaft hat auch im bundesrätlichen Kollegium intensiv eingesetzt. Der Niederschlag dieser Willensbildung wird bei der Veröffentlichung des neuen Finanzplans zum Ausdruck kommen. Die provisorischen Zahlen, die wir letzte Woche in der Kommission erhielten, zeigen eine sehr interessante Entwicklung auf, eine Entwicklung, die ganz im Zeichen des Masshaltens bei weiteren Bundesausgaben steht. Nun stellt sich die Frage: Sollen wir beim gegenwärtigen Stand der Beratungen das Rad zurückdrehen, die jetzige Operation abbrechen und zu einem anderen Verfahren übergehen? Das ist im wesentlichen der Sinn der konkreten Anträge von Herrn Hefti. Ich habe seine Anträge erst heute morgen auf dem Pult vorgefunden. Was ich Ihnen jetzt sage, entspricht einer ersten schnellen Würdigung. Es könnte sein, dass eine eingehendere Prüfung noch weitere Gedanken zutage fördern wird.

Herr Hefti sieht zwei Schritte vor, zunächst eine Erhöhung der gegenwärtigen Warenumsatzsteuer, worauf in einem späteren Zeitpunkt eine Mehrwertsteuer eingeführt werden soll. Nach meiner Ansicht entsteht aber durch seinen Antrag keine Rechtsgrundlage für eine Mehrwertsteuer. Er enthält lediglich eine verbale Bezugnahme auf die Möglichkeit, später eine Mehrwertsteuer zu schaffen. Wir müssten demzufolge das ganze Verfahren mit Bezug auf die verfassungsmässige Grundlage für eine Mehrwertsteuer wieder von vorne beginnen. Gegenüber dieser Auffassung des Herrn Hefti bin ich nun der Meinung – und ich glaube, diese Auffassung entspricht auch weitgehend jener der gesamten Kommission –, dass wir den Komplex Mehrwertsteuer dem Schweizervolk jetzt einmal vortragen müssen. Denn darüber sind sich wohl alle ernstzunehmenden Finanzpolitiker einig, dass wir auf die Dauer ohne Mehrwertsteuer zur Finanzierung unseres Staatshaushaltes nicht auskommen. Einmal muss auch im Schweizervolk die Meinungsbildung einsetzen, und das geht nur, wenn ihm eine konkrete Vorlage unterbreitet wird.

Nun folgen einige Ueberlegungen zur Warenumsatzsteuer, die Herr Hefti beibehalten und in den Sätzen erhöhen möchte. Sein Artikel 41quater bedürfte einer Abstimmung von Volk und Ständen, um rechtzeitig in Kraft treten zu können. Ich denke, dass eine Volksabstimmung bei ordentlichem Verfahren (Ständerat jetzt, Nationalrat im Dezember) frühestens im März 1977 stattfinden könnte. Dann wäre es möglich, die erhöhten Umsatzsteuersätze auf den 1. Oktober 1977 in Kraft zu setzen, worauf der Ertrag ab 1. Januar 1978 zu fliessen begänne. In diesem Zusammenhang möchte ich nun auf die finanziellen Konsequenzen zu sprechen kommen. Wenn wir davon ausgehen, dass Sie gegebenenfalls einem Mehrwertsteuersatz von 9 Prozent zustimmen, so ergibt das einen jährlichen Ertrag von 6,75 Milliarden Franken. Eine erhöhte Warenumsatzsteuer nach Antrag Hefti ergäbe nach Schätzungen der Steuerverwaltung einen Ertrag von 5,35 Milliarden Franken. Wir hätten also bei einer Annahme des Antrages Hefti einen jährlichen Ausfall von 1,4 Milliarden Franken zu verzeich-

nen. Ich sehe persönlich nicht, wie der Bundeshaushalt diesen Betrag ohne andere Einnahmen verkräften könnte. Zur Diskussion würde dann vermutlich eine nochmalige Erhöhung des AHV-Beitrages der Versicherten stehen, um nur eine Möglichkeit aufzuzeigen.

Noch eine andere Ueberlegung drängt sich zur Erhöhung der Warenumsatzsteuersätze auf. Ich habe in meinem Eintretensreferat gesagt, die Warenumsatzsteuer sei eine gute Steuer, solange sie mit niedrigen Sätzen arbeite. Wenn diese Sätze aber bei Detaillieferungen auf 7,2 und bei Engros-Lieferungen auf 10,8 Prozent ansteigen, dann resultieren daraus Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere durch den Satz von 10,8 Prozent bei Engros-Lieferungen. Ueberall dort, wo die Handelsmarge kleiner oder grösser ist als die angenommene, gibt es Steuernachteile oder Steuervorteile, die unter Umständen sehr fühlbar sein und ganz beträchtliche Beträge ausmachen können und die den Betroffenen nachweisbare Konkurrenz Nachteile bringen. Ich glaube deshalb, dass wir eine derartige Erhöhung der Warenumsatzsteuer höchstens als Notmassnahme, etwa wenn dieses Paket keine Gnade findet, vorschlagen könnten. Angesichts der offenkundigen Nachteile sollten wir es nicht von uns aus dem Schweizervolk zur Abstimmung unterbreiten.

Aufgrund dieser Ueberlegungen möchte ich Sie bitten, auf den Bundesbeschluss einzutreten, den Nichteintretensantrag von Herrn Kollege Hefti und seine Alternativlösungen bei Artikel 41quater und bei Artikel 8 Absatz 2 der Uebergangsbestimmungen abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il ne suffit pas d'élaborer des programmes politiques et de dire: «L'intendance suivra», car il arrive que l'intendance ne suive pas et aujourd'hui, l'intendance. le ravitaillement de la caisse fédérale, la logistique fiscale ne suivent pas: de 1970 à 1974, 14 pour cent de croissance annuelle pour les dépenses, 11 pour cent pour les recettes, avec une progression du produit national brut de 13 pour cent; en 1975, 3,7 pour cent pour les dépenses, 1,8 pour cent pour les recettes; en 1976, 19,5 pour cent pour les dépenses, y compris les programmes de relance, 12 pour cent seulement pour les recettes; et les perspectives des années prochaines ne sont pas plus optimistes, puisque nos prévisions financières annoncent, sans amélioration de ressource fiscales, des déficits qui dépasseraient les 4 milliards à partir de 1980.

Cette crise des finances fédérales était pour une part prévisible. D'une part, le rapport de la commission Jöhr en 1966, jouant les prophètes avant M. Heimann, signalait le décalage croissant entre les engagements pris par la Confédération et les moyens de financement. D'autre part, la diminution résultant de la démobilitation des tarifs douaniers tant par les divers accords de libre-échange que par la modération résultant de la tarification au poids, n'a pas été compensée, il s'en faut, par les ajustements successifs de l'ICHA. Enfin, situation non prévisible, la récession est venue frapper nos rentrées fiscales. Pour le moment, les droits de douane et surtout l'impôt sur le chiffre d'affaires, qui, cette année, malgré une élévation de taux de 27 pour cent par rapport à l'an dernier, ne marquaient encore aucune progression par rapport à la même période de l'an dernier pour le premier semestre.

Cette crise des finances fédérales ne saurait être résolue sur un plan de pure technique fiscale. Elle nous place et elle placera demain le peuple et les cantons à chaud, si je puis dire, et dans des délais très courts, en face de choix politiques, fondamentaux, quant aux devoirs de la Confédération et à la répartition des pouvoirs.

Quant à ce qui nous intéresse, le choix politique peut se situer entre trois possibilités: l'expansion continue de l'Etat fédéral, la stabilisation de cette expansion et la consolidation de l'acquis, enfin la réduction substantielle des engagements de la Confédération.

Je n'hésite pas à dire que la première de ces hypothèses, l'expansion continue, n'est actuellement pas réaliste, les moyens ne nous en étant pas donnés, et parce qu'elle

pose également de graves problèmes quant à la compétitivité de notre économie si ces moyens nous étaient accordés.

L'Etat fédéral a effectué entre 1960 et 1974 un rattrapage justifié, ample et rapide en de multiples domaines, dont nous citons, par ordre d'importance, l'AVS, l'AI, les routes nationales, l'enseignement, la recherche, la santé publique et la protection des eaux, tous domaines où la croissance des dépenses fédérales s'inscrit à un rythme sensiblement plus rapide que la progression du produit national, d'ailleurs gonflé jusqu'en 1974, par une inflation importante. Intensifier ces interventions de la Confédération, si louables qu'elles puissent paraître, ne serait pas réaliste aujourd'hui. Il faudrait des augmentations de ressources dépassant largement celles que nous demandons dans le présent projet. Comme on l'a dit, on ne peut pas faire la politique de la Suède avec les impôts du Portugal. Or, sans dire que notre revenu fiscal soit au niveau de celui du Portugal – il est tout de même un peu mieux placé – nous nous trouvons, en 1975, charges sociales du premier pilier comprises, à 27 pour cent du produit national brut pour le contribuable moyen. L'adoption de notre programme représenterait environ 2 pour cent de ce même produit. Or, les charges fiscales et sociales obligatoires de la Suède se situent au-dessus de 45 pour cent pour un produit national brut qui est en gros comparable au nôtre. Nous sommes donc fort loin de la Suède et nous le resterons sans doute longtemps encore car les signes ne manquent pas qui nous conseillent la mesure dans les augmentations d'impôts et la fermeté dans la modération des dépenses.

Quels sont ces signes? A deux reprises, le peuple suisse a voté, en 1974 puis en juin 1975, à la majorité des deux tiers, un frein aux dépenses dont les modalités techniques l'intéressaient sans doute beaucoup moins que le principe. C'est une volonté populaire qui a été clairement marquée. Deux enquêtes d'opinion récentes vont dans le même sens. Une première, datant de juin dernier, démontrerait que 7 pour cent seulement des personnes consultées estiment que l'Etat peut accepter de nouvelles tâches financées par des impôts, nouveaux eux aussi, tandis que 87 pour cent considèrent que l'Etat ne doit dépenser que ce qu'il encaisse et n'accepter de nouvelles charges que s'il réduit d'autres dépenses.

Une enquête plus récente et qui nous donne, car nous la connaissons d'assez près, de très grandes garanties d'objectivité et d'esprit scientifique, indique une majorité relative de près de 49 pour cent en faveur de la réforme fiscale en préparation. Le chiffre me paraît singulièrement optimiste mais enfin, il résulte tout de même d'une enquête qui, par certains de ses aspects, me donne de bons motifs d'être prise au sérieux. Trente-huit pour cent sont opposés de principe à ce «paquet». 58 pour cent trouvent en même temps la Confédération trop généreuse; 39 pour cent souhaitent une réduction des dépenses; 22 pour cent leur plafonnement; 31 pour cent une augmentation modérée de l'ordre de 6 pour cent analogue à celle proposée par la motion du Conseil national, et 2 pour cent seulement une croissance non limitée.

Une nette majorité accorde à la lutte contre la fraude une évidente importance dans notre entreprise de redressement et je crois que c'est faire peu de cas de l'honnêteté de la grande majorité des contribuables que de prétendre qu'en leur demandant ce qu'ils doivent, nous allons les gifler. Je crois, et M. Masoni sera d'accord avec moi, que la très grande majorité des contribuables ne sont pas giflés, mais rassurés dans leur honnêteté par une disposition renforçant la lutte contre la fraude, dont je souhaite que votre Conseil soit saisi en examen des divergences, au plus tard dans la session de décembre prochain. Un retard serait sans aucun doute et à juste titre très mal interprété par notre opinion publique.

Nous ne saurions au demeurant oublier que la modération de notre fiscalité a été et doit rester un des éléments de la capacité de concurrence de notre économie, étroite-

ment dépendante des marchés extérieurs et, par là, fragile. Nous partageons sur ce point les inquiétudes exprimées tout à l'heure par M. Hefti. Cette situation de dépendance à l'égard des marchés étrangers et la nécessité de ne charger notre économie qu'au minimum possible nous contraignent à rester rigoureusement sélectifs dans les engagements de l'Etat et dans ses interventions et, nous sommes d'accord en cela avec M. Muheim, à viser au maximum d'efficacité, c'est-à-dire à la qualité plutôt qu'à la quantité massive.

Cela signifie-t-il pour autant le rejet de cette première hypothèse – celle de l'expansion – et que nous devions et pouvions souscrire à la troisième des possibilités, c'est-à-dire à la réduction substantielle des dépenses de la Confédération qui nous est par exemple suggérée par la proposition de dispositif constitutionnel de M. Heimann, réduisant d'une manière draconienne de 1,5 à 2 milliards par an le volume des subventions? Cette éventualité me paraît tout aussi peu réaliste et tout aussi grave que l'hypothèse de l'expansion.

Il est raisonnable, sans doute, de ne pas voter, disons même de ne pas présenter aujourd'hui des projets entraînant des dépenses supplémentaires pour les années prochaines sans la certitude de leur couverture ou sans une nécessité absolument impérative, mais l'on se fait des illusions sur la possibilité de diminuer substantiellement les dépenses en réduisant les dépenses en cours d'une année à l'autre ou sur une courte période. Du moins, faut-il évaluer à leurs conséquences ces réductions à bref délai: Ruptures d'engagements pris, renvois de paiements dus aux cantons ou à la commune de Derendingen – que l'on évoquait tout à l'heure –, aux entreprises, licenciements de personnel, arrêts de travaux entrepris, salaires ou rentes sociales réduits ou non ajustés, retards dans l'équipement collectif, routier, par exemple.

En ce qui concerne les travaux qui se réalisent sur une certaine durée – c'est le cas de la plupart d'entre eux – tels qu'épuration des eaux, construction des routes, l'on ne peut en bloquer les chantiers, en arrêter l'avance en plein champ pour des années, annuler des commandes s'échelonnant sur plusieurs années. D'autre part, un budget public, distributeur de travaux par ses investissements mais aussi par ses dépenses de consommation par ses salaires et par ses rentes sociales, est un animateur économique, un régulateur conjoncturel. Convient-il de réduire le volume des travaux quand nous savons l'industrie du bâtiment en lourde crise de redimensionnement à 50 pour cent de son standing de 1972. N'oublions pas l'exercice drastique de 1975, en soi justifié après la décision négative du peuple et vu l'état de nos finances, mais qui fut suivi à trois mois de distance par un véritable galop d'investissements conjoncturels où l'on n'a pas mesuré les millions.

Sans doute ne suivrons-nous pas l'exemple de pays réputés modèles qui ont, lors de la récession, investi encore beaucoup plus largement que nous ne l'avons fait, augmenté les salaires pour relancer l'économie, qui se trouvent aujourd'hui en face de plus d'inflation que de reprise et qui repartent plus lentement que nous dans leurs exportations. Mais ne tombons pas dans l'erreur contraire en cherchant le salut dans une politique de déflation. Une politique de déflation est économiquement fautive, elle serait politiquement malencontreuse par d'inévitables tensions sociales.

Qu'en est-il du budget propre de la Confédération, à savoir les dépenses de fonctionnement, d'administration, d'entretien des salaires et les dépenses militaires, de ce budget qui correspond aux tâches élémentaires de la Confédération? Durant la période 1950 à 1973, il a progressé moins fortement que le produit national brut, au multiplicateur 4 contre 6,5 à ce même produit et 6,7 à l'ensemble du budget de la Confédération. Ce budget de l'«Eigenbedarf», en valeur réelle, s'est réduit de 5 pour cent du produit national brut qu'il représentait en 1960 à 3 pour cent. De plus, la tendance ne s'est pas renversée depuis 1973

avec la modération du budget militaire, le blocage de l'effectif des fonctionnaires, l'arrêt de toute revalorisation des salaires.

Je n'hésite pas à dire, en réponse à ces quelques slogans vagabonds de la politique d'épargne à outrance, que le train de l'Etat le plus modeste de l'Europe, dans l'un des pays les plus prospères est encore réduit et qu'il ne saurait être réduit jusqu'à l'absurde.

Ainsi notre budget militaire, dont le contexte européen ne saurait en aucune mesure nous dispenser, est aujourd'hui en retrait sur la plupart des budgets militaires de nos voisins, à moins de 2 pour cent du produit national brut. Il ne saurait être substantiellement restreint sans une véritable irresponsabilité de notre part.

Dès lors que nous avons écarté clairement et fermement l'hypothèse de l'expansion continue de l'Etat et celle de sa démobilisation, il ne subsiste que la politique qui consiste à consolider l'acquis. Cela ne signifie pas l'immobilisme. A l'intérieur du budget fédéral, des sélections doivent être opérées, des accents mis, des dynamismes de zèle, de perfectionnisme ou de force d'inertie parfois de l'administration doivent être ramenés à la mesure. Ailleurs, des efforts de compensation économique, d'équipement ou de sécurité sociale doivent être poursuivis, accentués même à l'occasion. Tout en faisant des réserves sur l'une de ses dispositions – nous y reviendrons – nous acceptons dans le cadre de la modération de la croissance des dépenses, l'objectif de la motion de votre commission.

Il ne nous échappe pas d'ailleurs, comme le soulignait tout à l'heure M. Hofmann, que le Conseil fédéral, en tant que collège, doit prendre en mains la maîtrise de ces dépenses au-delà des intérêts des départements.

La préparation du budget 1977 s'inscrit non sans effort dans le cadre de cette volonté de modération, de «digestion» et de consolidation de l'acquis. De budget global 1976 à budget global 1977, la progression s'inscrira à 1,3 pour cent. Si nous faisons abstraction des dépenses du budget conjoncturel, plus fortes en 1976 que leurs séquelles se reportant sur l'année 1977, ainsi que des 630 millions d'augmentation du déficit des chemins de fer fédéraux que l'on parachute en catastrophe dans nos calculs, la croissance, d'une année à l'autre, de budget ordinaire à budget ordinaire, serait de l'ordre de 2 pour cent. La planification 1978-1980 devra suivre des voies analogues, certes pas aussi rigoureuses que celles de l'année 1977, mais dans une croissance moyenne de l'ordre de 5 pour cent l'an. Cependant, cette modération ferme ne suffira pas à rétablir l'équilibre du budget, compromis non seulement par une certaine accélération des dépenses, mais tout autant par la démobilisation ou la défaillance des recettes. Sans ressources nouvelles, les déficits, après modération de la croissance, atteindraient encore un ordre de grandeur de 3 milliards et le dépasseraient après 1980. Il faut donc bien réformer notre fiscalité et non pas la replâtrer au moyen d'expédients successifs comme l'on rapièce un vieux manteau. C'est une réforme que nous vous proposons, car le vieil ICHA si cher à l'amoureux du passé qu'est M. Hefti, introduit en 1941 par les pleins pouvoirs du Conseil fédéral, a rendu de grands services et il pourrait en rendre encore, mais se percevant en phase initiale des opérations sur une partie seulement de la consommation et sur une partie seulement des prestations de service, il est inégalement et inéquitablement réparti, il crée des distorsions de concurrence, il charge nos produits à l'exportation. M. Hefti d'ailleurs reconnaît ces désavantages.

La taxe à la valeur ajoutée, impôt que nous vous proposons, est conçue selon une recette helvétique, rustique et simple qui s'inspire des bonnes mais aussi, *a contrario*, des mauvaises expériences de nos voisins, lesquels nous ont tous précédés sur la voie. Notre taxe à la valeur ajoutée, qui est d'environ 10, respectivement 3 pour cent est moins lourde que celle de nos voisins dont les taux s'échelonnent entre 11 et 5,5 pour cent pour la République fédérale allemande. Je crois pouvoir dire que quel que

soit le résultat électoral de dimanche prochain, le taux de 13 pour cent par les uns ou par les autres sera réalisé dans un avenir assez proche – je ne participe pas à une campagne électorale, je vous prie de le croire – et de 18 à respectivement 8 pour cent pour la République fédérale d'Autriche. La France est passée récemment de 20 à 17 pour le taux principal et la Hollande de 16 à 18 pour cent.

Notre TVA, modèle helvétique, est plus simple puisqu'elle porte le nombre des déclarants fiscaux de 90 000 à 150 000 par rapport à l'impôt sur le chiffre d'affaires, tandis que les systèmes en vigueur chez nos voisins prévoient un nombre de contribuables en proportion deux fois plus élevé que le nôtre. On propose même de réduire ce nombre, nous reviendrons sur cette proposition. Sans doute, comprenons-nous que les coiffeurs, les restaurateurs, les hôteliers, les antiquaires, les cinq cents vigneronneurs en caveaux ne manifestent pas un enthousiasme délirant à se voir désormais astreints à remplir les fiches et à reporter la TVA sur leurs prix. Mais les industriels, les commerçants, les entreprises de la construction qui assument l'impôt sur le chiffre d'affaires ne peuvent-ils pas eux aussi s'étonner aujourd'hui de la discrimination qui les frappe?

Le vin qui nous est cher en pays romand – et pas seulement en pays romand d'ailleurs – ne sera pas pénalisé si ce n'est que, soumis aujourd'hui à l'impôt sur le chiffre d'affaires, il subira la hausse générale du taux comme tous les autres produits. Il ne sera pas assorti des impôts supplémentaires qui le frappent dans beaucoup d'Etats et que certains en Suisse souhaitent encore introduire et pourraient introduire en cas de crise financière aggravée. Et si les propriétaires en caveaux se trouvent désormais astreints à remplir eux aussi des déclarations, ils doivent considérer que les coopératives et les propriétaires commerçants y sont déjà astreints depuis longtemps.

Notre fiscalité, à 27 pour cent exactement du produit national brut, restera notablement la plus basse des fiscalités européennes qui se situaient en 1973 et ne se sont guère réduites depuis à 37 pour cent pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche et la France et à 45 pour cent pour la Suède. La répartition de notre fiscalité sera modifiée. Je réponds là à M. Masoni qui aurait voulu que nous ne traitions que le problème de la TVA pour lui. Cette répartition de la fiscalité sera modifiée pour de bonnes raisons. Ces dernières années par la démobilisation graduelle des droits de douane et la progression des impôts directs aux trois niveaux communal, cantonal et fédéral, cette imposition directe a pris une importance parmi les plus grandes dans la répartition européenne. 70 pour cent des ressources des collectivités publiques proviennent actuellement de l'imposition directe tandis qu'en France ou en Allemagne ainsi qu'en Autriche, les proportions sont à peu près de 50 pour cent ou même moins. Il y a donc un certain équilibre à rétablir, notamment pour les classes moyennes. C'est pourquoi il nous a paru justifié parallèlement à l'introduction de la TVA de réduire l'impôt fédéral direct globalement de quelque 400 millions, en portant l'accent de cette réduction sur les petits et les moyens revenus qui sont naturellement plus fortement atteints par l'augmentation de l'impôt indirect et qui ont d'ailleurs été concernés et touchés par la progression à froid des impositions cantonales et communales, et en majorant quelque peu les taux pour les revenus dépassant 140 à 180 000 francs sans atteindre, il s'en faut, tous impôts réunis, les progressivités en vigueur chez la plupart de nos voisins.

Les taux les plus élevés que nous pouvons considérer dans de multiples publications nous amènent à penser que nous sommes actuellement, pour un revenu de 500 000 francs, à Zurich à 40 pour cent, à Lausanne à 37 pour cent, en Allemagne à 51 pour cent, en Autriche à 58 pour cent et en Suède à 76 pour cent.

Nous sommes dans un pays où le bon cœur bat volontiers. Il bat – et on le comprend – pour le Frioul, pour le Liban,

mais je trouve qu'il bat un petit peu facilement pour les contribuables de ces zones privilégiées qui resteront privilégiées – si ce n'est dans une oasis au moins dans un lieu avantageux – par rapport à l'ensemble de la fiscalité européenne.

Je n'entre pas ici dans le détail des dispositions et de nos divergences d'ailleurs peu fondamentales avec votre commission – nous y reviendrons. Tout au plus rappellerai-je que les exemptions, exceptions et réductions de tarif qui seraient réalisées sur certaines catégories de déclarants se répercuteraient à la longue sur les charges des autres. Si l'on conçoit le désir d'introduire en quelque sorte, en souplesse la taxe à la valeur ajoutée, pour des raisons économiques – cela a été formulé par M. Muheim ou par M. le président de la commission – par un taux initial de 9 pour cent pendant une période transitoire, le représentant du Conseil fédéral est obligé de dire qu'il s'agit là d'une amputation de l'ordre de 800 millions qui retardera d'autant l'équilibre du budget et qui ne saurait donc nous donner satisfaction. Je traiterai de l'harmonisation lorsque nous aborderons la discussion de détail sur l'arrêté B et j'en viens aux alternatives.

Que se passerait-il dans le cas possible, imaginable où notre projet serait rejeté au mois de juin de l'an prochain? Car la date qui a été fixée par le Conseil fédéral pour le vote sur le paquet a été juin. Il a paru en effet qu'un temps suffisant devait être donné aux formations politiques qui mèneront la croisade avec conviction et vigueur après les décisions définitives des Chambres qui se situent en décembre. En revanche, la date sur laquelle on votera sur l'initiative du «Reichtumssteuer» n'est pas encore déterminée.

Alternative donc, M. Krauchthaler s'en est préoccupé tout à l'heure. Certains auraient voulu que nous présentions en quelque sorte une alternative au projet. Cela ne nous a pas paru opportun. Tout d'abord parce que l'élaboration d'une alternative en bonne et due forme paraît un peu trop s'attendre à l'échec du projet et ce serait d'assez mauvais augure. Ensuite parce qu'on ne manquerait de considérer cette alternative comme un élément de menace. Quand j'en esquisse un fragment, on ne manque pas de parler du «Drohfinger» du ministre des finances si peu qu'on dise, d'une manière ou de l'autre, ce qui pourrait se passer en cas d'échec. Mais si nous ne formulons pas une alternative, c'est aussi parce qu'un scrutin populaire s'analyse, s'interprète dans ses chiffres, dans les motivations exprimées. On l'a vu encore hier à propos de la votation sur l'article constitutionnel de la radio et les interprètes politologues peuvent se perdre en longues analyses. On le ferait sans doute aussi en cas d'échec de notre projet fiscal et c'est en fonction de cette interprétation claire, espérons-le, que l'ouvrage peut être remis sur le métier. C'est pourquoi nous devons nous borner à évoquer un inventaire de mesures possibles et combinables sur lesquelles l'imagination peut travailler: un effort supplémentaire sans doute dans la réduction des dépenses touchant inévitablement les tâches d'équipement, de péréquation, les intérêts des cantons, réduisant les investissements routiers ou autres au détriment du volume de travail; recettes supplémentaires en majoration de l'ICHA dont on accentuerait les inégalités et le caractère sectoriel; renonciation à la correction de la progression à froid de l'impôt direct; transfert des charges sociales du budget de la Confédération sur les cotisations salariales. C'est un inventaire, ce n'est pas une liste exhaustive et tous ces moyens ne sauraient être additionnés les uns aux autres car si nous le faisons, nous arriverions à un bénéfice de l'Etat très substantiel.

Nous nous refusons, quoiqu'il en soit, à prédire des catastrophes nationales à ce propos; mais nous sommes certain que la réforme que nous vous proposons, assortie d'une ferme modération dans la croissance des dépenses, est infiniment préférable aux expédients: réduction de dépenses et ressources nouvelles ne sont ni plus agréables aux contribuables ni plus profitables à l'économie.

Je conclus précisément sur ce dernier aspect qui a préoccupé plusieurs d'entre vous, MM. Kündig et Muheim tout à l'heure, en particulier. Malgré l'importance relativement faible du budget fédéral par rapport au produit national brut – 9 à 10 pour cent – emprise infiniment plus faible que dans d'autres pays – les finances fédérales sont en étroit rapport d'interdépendance et d'influence réciproques avec l'activité économique.

Notre pays, au lendemain de la deuxième guerre mondiale, a franchi des seuils fiscaux plus élevés que celui que nous proposons ici. Sans qu'on puisse en préciser la mesure qui dépendra beaucoup des circonstances conjoncturelles, M. Hofmann citait le cas de l'Autriche – tous ces cas ont été analysés – on constate que l'introduction de la taxe à la valeur ajoutée ou sa majoration substantielle a des influences fort différentes suivant les circonstances dans lesquelles on l'engage. En période d'inflation, c'est une flambée supplémentaire. En période de stabilisation, l'influence est incontestablement moindre.

Il est évident sans doute qu'une majoration d'impôt de l'ordre de 2 pour cent du produit national brut, à plus forte raison si elle s'applique à un impôt de consommation qui réagit malheureusement assez directement sur l'indice des prix, exerce une relative pression à la hausse. On l'a évaluée à environ 2 pour cent – je n'en mets pas la main au feu.

Je ne puis malheureusement pas promettre à M. Kündig – il sait que je ne suis pas maître en cette matière et le Conseil fédéral non plus d'ailleurs en tant que tel – d'exclure la taxe à la valeur ajoutée de l'appréciation de l'indice. C'est une opération qui doit se décider par une procédure qui n'est pas en mon pouvoir. Je donne raison sur le fond à M. Kündig; je pense qu'il serait sage que l'impôt ne figure pas dans l'indice des prix; mais d'ici que cet objectif soit atteint, il peut encore s'écouler passablement de temps. Il conviendra au moins – et vous le savez, nous l'avons prévu – qu'une surveillance efficace des prix permette de signaler ce qui sera justifié dans les hausses, ou les cas où l'on utilisera la TVA comme prétexte, et de veiller à ce que la pression ne dure pas abusivement, passée la période d'introduction.

Encore une fois, chez nous et chez nos voisins, de telles réformes en ampleur et en nature, n'ont pas, lorsqu'elles ont été réalisées, perturbé l'économie et ne l'ont pas compromise.

A cette impulsion momentanée consistant en une augmentation d'impôt correspondant à 2 pour cent du produit national brut, faut-il préférer la menace inflationniste qui résulterait inévitablement et durablement de déficits accumulés, de charges d'intérêts croissant en intérêts composés, d'interventions massives et répétées des collectivités publiques sur le marché des capitaux? Préoccupation d'économies encore, je le répète; les réductions drastiques des dépenses que certains appellent de leurs vœux sans en préciser l'endroit, accentueraient la récession des secteurs économiques les plus touchés.

L'intérêt à moyen et à long terme de notre économie exige l'équilibre du budget de la Confédération, un équilibre fermement modéré sans doute dans sa croissance mais n'entraînant pas la démobilité de l'Etat dans ses tâches essentielles et dans ses tâches de régulation conjoncturelle. Nous ne méconnaissons pas, Messieurs, les difficultés de l'entreprise dans laquelle nous nous sommes engagés devant le peuple et les cantons; la nécessité, par conséquent, de la forte cohésion de tous ceux qui portent la responsabilité de cet Etat, par concessions réciproques d'abord dans l'élaboration des projets qui vous sont soumis et par identique résolution de convaincre l'opinion, démontrant plus étroitement, comme M. Muheim tout à l'heure, la justification des dépenses de l'Etat et de la structure de son budget et, en même temps, la condition de la vie de cet Etat que constituent des recettes suffisantes et indispensables.

Nous devons livrer la bataille dans la clarté des responsabilités, nous efforcer de faire passer un nouveau courant,

s'il est vrai qu'il ne passe plus, de donner au peuple un choix clair entre une réforme et des expédients. Car nous assurerons bien d'une manière ou de l'autre la continuité de cet Etat fédéral, par des expédients ou par une réforme. La responsabilité politique – je reprends le thème abordé par M. Grosjean tout à l'heure – ne consiste pas à flotter au fil de l'eau des malaises confus et des mécontentements sectoriels et contradictoires; elle consiste souvent à aller à contre-courant, à expliquer, si possible à convaincre; il faut du courage. Nous ne doutons pas, de notre côté, de votre courage. Je vous propose d'entrer en matière et de rejeter les propositions de M. Hefti parce que ce dernier, précisément, recourt d'emblée à l'expédient que constitue ce qu'il propose, à savoir l'adaptation de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Nous ne voulons pas d'expédients, nous voulons d'abord tenter la réforme. On se résigne aux expédients mais on n'en fait pas une doctrine et une attitude.

Präsident: Wir schreiten nun zur Abstimmung über das Eintreten. Herr Hefti stellt den Antrag auf Nichteintreten auf den Bundesbeschluss A und wünscht vom Rat, dass er gleichzeitig über seine Anträge abstimmt. Nichteintreten auf das, was uns Bundesrat und Kommission vorschlagen, ist bei ihm gepaart mit dem Antrag, seinen Bundesbeschluss C anzunehmen, den Sie auf dem hektografierten Blatt finden.

Antrag Hefti

Der Bundesbeschluss A wird durch den folgenden Beschluss ersetzt:

Bundesbeschluss betreffend Ueberbrückungsmassnahme im Finanz- und Steuerrecht (C)

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft beschliesst:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 41quater (neu)

Bis zur Einführung einer Mehrwertsteuer, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1978, beträgt die Warenumsatzsteuer bei Detaillieferungen 7,2 Prozent und bei en gros Lieferungen 10,8 Prozent des Entgelts.

Art. 8 Abs. 2 (Uebergangsbestimmungen)

Zusatz zum in Kraft stehenden Text: . . . des Entgelts.

Vorbehalten bleibt mit Wirkung ab 1. Januar 1977 Artikel 41quater der Bundesverfassung.

II

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Proposition Hefti

L'arrêté fédéral A est remplacé par l'arrêté suivant:

Arrêté fédéral instituant une mesure temporaire en matière financière et fiscale (C)

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse arrête:

I

La constitution est modifiée comme il suit:

Art. 41quater (nouveau)

Jusqu'à l'institution d'une taxe sur la valeur ajoutée, mais jusqu'au 31 décembre 1978 au plus tard, le taux de l'impôt sur le chiffre d'affaires est, s'il s'agit de livraisons au détail, de 7,2 pour cent et, s'il s'agit de livraisons en gros, de 10,8 pour cent de la contreprestation.

Art. 8, 2e al. (dispositions transitoires)

Ajouter au texte en vigueur: ... s'il s'agit de livraisons en gros.

L'article 41quater de la constitution est réservé dès le 1er janvier 1977.

II

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Hefti

1 Stimme

Für den Antrag der Kommission (Eintreten)

32 Stimmen

Präsident: Zur Vereinfachung der Verhandlung schlägt der Kommissionpräsident vor, dass wir nicht genau in der Reihenfolge der Fahne vorgehen, sondern die inneren Zusammenhänge besser beachten.

Bürgi, Berichterstatter: Es ist uns daran gelegen, bei der Beratung die Einheit der Materie zu wahren. In diesem Sinne möchte ich Ihnen beliebt machen, dass wir zunächst den Komplex der Mehrwertsteuer behandeln. Das würde konkret heissen: Zunächst Artikel 41ter, auf Seite 1, dann die dazugehörigen Uebergangsbestimmungen Artikel 9, auf Seite 3 ff. Anschliessend die direkte Bundessteuer. Da müssten wir beginnen mit Artikel 41quater, wieder auf Seite 1, dann anschliessend Artikel 8 der Uebergangsbestimmungen auf Seiten 2 und 3. Ganz am Ende auf Seite 6 hat es unter III noch einmal Uebergangsbestimmungen zur direkten Bundessteuer. Anschliessend möchten wir den Antrag Heimann behandeln, weil sich dieser auf Verfassungsstufe befindet; hierauf folgt die Sparmotion, die auf der hintersten Seite der Fahne aufgeführt ist; dies, damit der zeitliche Zusammenhang zum Antrag Heimann gewahrt wird. Die Motion stellt ja die Alternative der Kommission zum Antrag Heimann dar. Anschliessend soll der Bundesbeschluss B über die Steuerharmonisierung folgen. Zuletzt möchten wir Ihnen vorschlagen, die Reichumssteuer-Initiative zu behandeln.

Weber: Ist es sehr unbescheiden, wenn wir verlangen, dass der Ablauf der Verhandlungen uns schriftlich unterbreitet wird? Ich finde, es ist da jetzt allzuviel vorgelegt worden, und ich möchte das vielleicht auch für den morgigen Tag schriftlich in der Hand haben, damit wir uns entsprechend einstellen und einrichten können.

Präsident: Wir werden diesen Wunsch berücksichtigen, und ich verspreche Ihnen, dass der Kommissionspräsident und ich bemüht sein werden, dass dieser Versuch zu grösserer Klarheit nicht misslingen wird.

Zur Verteilung gelangt die folgende Uebersicht:

Le tableau ci-après est distribué!

Reihenfolge der Beratung – Ordre des débats

A. Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Mehrwertsteuer – Taxe sur la valeur ajoutée

Art. 41ter

Art. 9

Direkte Bundessteuer – Impôt fédéral direct

Art. 41quater

Art. 8

III

Ila

Motion der Kommission – Motion de la commission

B. Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung
 Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale
 Reichtumssteuer-Initiative (Geschäft 76.025)
 Impôt sur la richesse. Initiative populaire (objet 76.025)

Mehrwertsteuer **Taxe sur la valeur ajoutée**

A. Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. I Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. I Art. 41ter

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I art. 41ter

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgi, Berichterstatter: Bei Artikel 41ter Absatz 1 lit. a beantrage ich Ihnen Zustimmung zu Bundesrat und Nationalrat. Das würde bedeuten, dass der Steuersatz auf 10 Prozent festgelegt wird. Hier geht es ja um die grundlegende Festsetzung des Steuersatzes auf lange Sicht. Die Vorlage ist nicht befristet. Bei den Uebergangsbestimmungen habe ich Ihnen dann im Auftrage der Kommissionsmehrheit einen Satz von 9 Prozent vorzuschlagen. Ich lege Wert darauf, festzustellen, dass zwischen dem Satz von 10 Prozent in diesem Artikel und dem Satz von 9 Prozent in den Uebergangsbestimmungen kein Widerspruch besteht. Es wird dadurch, sofern Sie später dem Satz von 9 Prozent zustimmen, eine gewisse Flexibilität geschaffen. Zunächst werden 9 Prozent ausgeschöpft; in einem späteren Zeitpunkt wäre es dann möglich, den Satz nach Artikel 41ter, also 10 Prozent, voll anzuwenden.

Die Frage erhebt sich, ob durch diese differenzierten Sätze nicht Misstrauen bei den Stimmbürgern entstehen könnte. Für die Dauer der Uebergangsbestimmungen (nach unserem Antrag sechs Jahre) – könnte die Erhöhung von 9 Prozent auf 10 Prozent nur durch eine Abstimmung von Volk und Ständen beschlossen werden. Wenn diese Uebergangszeit abgelaufen ist, werden die Bestimmungen über die Mehrwertsteuer in einem Gesetz verankert. Gegen eine Saterhöhung wäre jederzeit das fakultative Referendum möglich.

Schliesslich möchten wir Ihnen beantragen, in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat, die Flexibilitätsklausel, wie sie bei lit. a im letzten Satz vom Bundesrat vorgeschlagen wird (dieser Satz kann bis um einen Zehntel erhöht werden), zu streichen. Ich bitte Sie, den Antrag in der Formulierung, wie er aus den Beratungen unserer Kommission hervorgegangen ist, zu akzeptieren.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II Art. 9 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 2

Antrag der Kommission

Nach Entwurf des Bundesrates

Chap. II art. 9 al. 2

Proposition de la commission

Selon le projet du Conseil fédéral

Bürgi, Berichterstatter: Zu Artikel 9 Absatz 2 habe ich Ihnen einige Ausführungen zu machen, weil hier die Kommission, im Gegensatz zum Beschluss des Nationalrates, Zustimmung zum bundesrätlichen Antrag vorschlägt. In Artikel 9 Absatz 2 wird das Rechtsetzungsverfahren anders geordnet, als es unter normalen Umständen durchgeführt werden müsste. Aus Gründen der Speditivität wird für den Erlass der Ausführungsbestimmungen eine befristete Delegation an den Bundesrat vorgenommen. Nach Ablauf einer bestimmten Zeit sollen die eidgenössischen Räte ein Ausführungsgesetz erlassen. Der Bundesrat beantragte für diese Uebergangszeit eine Frist von sechs Jahren; der Nationalrat verkürzte sie auf vier Jahre. Wir beantragen Ihnen, auf sechs Jahre zu gehen, und zwar aus folgenden Ueberlegungen: Es sollten zunächst mit der neuen Steuer in angemessener Weise Erfahrungen gesammelt werden, bis die Gesetzgebung folgt. Mit einer Uebergangsfrist von vier Jahren müsste der Bundesrat spätestens im dritten Jahr seit dem Inkrafttreten der neuen Steuer die Anträge für das Gesetz stellen. Das schien der Kommission doch eine etwas kurze Frist zu sein. Wir erachten es als besser, wenn der Zeitraum, in dem Erfahrungen gesammelt werden, etwas ausgedehnt wird. Der Beschluss der Kommission wurde mit einer klaren Mehrheit von 12 : 3 Stimmen gefasst. Ich bitte Sie, diesem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. a

Antrag der Kommission

Ziff. 1–8 und 11

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ziff. 9 und 10

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Kündig)

Ziff. 9

Streichen

Ziff. 10

(Kündig, Bourgknecht)
Leistungen der Kosmetiker

Chap. II art. 9 al. 3 let. a

Proposition de la commission

Ch. 1 à 8 et 11

Adhérer à la décision du Conseil national

Ch. 9 et 10

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Kündig)

Ch. 9

Biffer

Ch. 10

(Kündig, Bourgknecht)

Prestations des esthéticiens

Bürgli, Berichterstatter: Dieser Artikel regelt die Grundsätze der Mehrwertsteuer. Die aufgeführten Punkte beruhen weitgehend auf den seinerzeitigen Anträgen der Fachkommission, die unter dem Vorsitz unseres seinerzeitigen Ratskollegen Dr. Willi Rohner stand. Bei der Arbeit dieser Fachkommission handelt es sich um ein Werk, das umfassend und mit grosser Sorgfalt ausgeführt wurde. Es basiert auf folgender Grundidee: Die Umsatzbesteuerung ist auf eine stark verbreitete Grundlage zu stellen. Gegenüber der jetzigen Warenumsatzsteuer werden dadurch Waren und Dienstleistungen neu erfasst. Dadurch werden die höheren Erträge möglich, die wir als Kompensation für die Einnahmehausfälle bei den Zöllen benötigen. Die Kommission ist sich darüber im klaren, dass die Mehrwertsteuer für weite Kreise des Volkes eine verhältnismässig neue und wenig durchsichtige Angelegenheit darstellt. Ich lege deshalb Wert darauf, einige ganz kurze Bemerkungen zur Erläuterung beizufügen.

Für alle Steuerpflichtigen gibt es bei der Mehrwertsteuer einen grossen Vorteil: Man kann nämlich die Vorsteuerbelastung abziehen. Was man selber an Umsatzsteuer belastet bekommt, kann man in der Abrechnung gegenüber der Steuerverwaltung in Abzug bringen. Das gilt auch für Belastungen, die aus Investitionen einer Unternehmung stammen. Es ist ein Teil der Problematik der WUST, dass sie diesen Vorsteuerabzug nicht kennt; diese Problematik wird immer grösser, je höher die Sätze bei der WUST werden. Dieser Vorsteuerabzug ist auch von zunehmender Wichtigkeit für unsere Exportgüter, die jetzt mit Warenumsatzsteuer belastet sind und die Preisregulationen gegenüber der Auslandskonkurrenz verschlechtern. Ich bin mir indessen darüber im klaren, dass für die betroffenen Branchen nicht nur ein Problem der Steuerbelastung, sondern auch ein solches der Steuerabrechnung besteht. Hier lässt sich folgendes sagen: Für die bisherigen Abrechnungspflichtigen der Warenumsatzsteuer entsteht alles in allem eine Vereinfachung. Es muss eine einmalige Umstellung vorgenommen werden, aber nachher ist die Abrechnung einfacher als bei der heutigen Warenumsatzsteuer. Anders ist es natürlich bei denjenigen, die neu der Abrechnungspflicht unterstellt werden. Hier entsteht unbestrittenmassen eine neue administrative Beanspruchung der Betriebe. Die Kommission ist aber überzeugt, dass die anfallenden Probleme bei guter Zusammenarbeit der Branchenverbände, die neu unter die Steuerpflicht kommen, mit der eidgenössischen Steuerverwaltung verkraftet werden können. Ich möchte die Probleme dieser Abrechnungspflichtigen nicht bagatellisieren, aber sie dürfen auch nicht dramatisiert werden.

Darf ich in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen von Herrn Kollega Kündig in seinem Eintretensvotum zur

Auswahl der der Steuerpflicht unterstellten, beziehungsweise der befreiten Branchen zurückkommen. Herr Kündig hat Kritik in der Richtung geübt, dass die Unterstellung unter die Steuerpflicht etwas zufällig erscheine. Man darf darauf antworten, dass sich die Fachkommission von einer Grundüberlegung leiten liess. Zunächst möchte sie bei kleinen Mehrwerten, die für die Abrechnung einen unverhältnismässigen Aufwand beziehungsweise kleine Erträge ergeben, von der steuerlichen Erfassung absehen. Dann hat sie eine zweite Ueberlegung berücksichtigt: Sie möchte möglichst wenig neue Abrechnungspflichtige schaffen. In einer Referendumsdemokratie ist das eine Frage von vitaler Bedeutung. Je kleiner die Front der Abrechnungspflichtigen, desto kleiner auch der Kreis derjenigen, die allenfalls zum voraus negativ motiviert sind. Der Vorschlag der Kommission und mit einigen Modifikationen auch derjenige des Bundesrates weist, verglichen mit anderen Ländern, welche die Mehrwertsteuer kennen, eine erstaunlich kleine Zahl von Abrechnungspflichtigen auf. Bei der gegenwärtigen Warenumsatzsteuer haben wir rund 90 000, nach Antrag des Bundesrates gäbe es ungefähr weitere 60 000, macht zusammen also 150 000 Abrechnungspflichtige. Nach dem Antrag der Kommission, über den Sie noch Beschluss fassen müssen, die Steuerfreigrenze heraufzusetzen, fallen 20 000 kleinere Betriebe nicht unter die Steuerpflicht. Es verbleibt also eine Zahl von 40 000 Betrieben, die gegenüber der jetzigen Regelung neu unter die Steuerpflicht gelangen. Es handelt sich bei der Befreiung der 20 000 Betriebe um eine Geste des guten Willens dem Kleingewerbe gegenüber, wo die Furcht vor administrativen Umtrieben besonders ausgeprägt ist. Zu den weiteren Anträgen werde ich bei den einzelnen Punkten sprechen.

Kündig: Zu meinem Minderheitsantrag zu Ziffer 9 ist beizufügen, dass eigentlich gleichzeitig auch die weiteren Anträge, die das Gastgewerbe betreffen, behandelt werden müssten. Es handelt sich um den Antrag zu Buchstabe c Ziffer 5 (neu), den ich eingereicht habe, sowie um den Antrag von Herrn Vincenz zu Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe e Ziffer 3, da alle drei in etwa das Problem des Gastgewerbes betreffen. Ich möchte Ihnen daher meinen Antrag betreffend das Gastgewerbe im Sinne eines Eventualantrages beliebt machen, und zwar eines Eventualantrages zum Antrag von Herrn Vincenz. Es geht bei beiden Anträgen im System um das Gleiche, jedoch ist die Behandlung der Materie eine andere.

Zur Begründung, warum das Gastgewerbe separat behandelt werden soll: Die gastgewerblichen Berufe teilen die Ansicht, dass der Bund zusätzliche Mittel haben muss, einmal um die Einnahmehausfälle durch die Zölle auszugleichen, dann aber, damit er die vermehrten Aufgaben, die er übernommen hat, erfüllen kann. Das Gastgewerbe ist aber der Ansicht, dass eine Limitierung der Steuersätze zeitweise oder längerfristig für gewisse Branchen notwendig ist, um nicht eine enorme Wettbewerbsverzerrung zu erreichen, eine Wettbewerbsverzerrung, die sich im Gastgewerbe sowohl im Inland wie gegenüber dem Ausland auswirkt. Im Inland haben wir den Verkauf von Nahrungsmitteln im Handel, der heute mit 3 Prozent besteuert werden soll. Die gleiche Ware, die also mit 3 Prozent Steuer in jedem Geschäft gekauft werden kann, wird als Verpflegung im Gastgewerbe mit 10 Prozent belastet werden. Und zwar nicht nur im engeren Gastgewerbe, sondern im weiteren Gastgewerbe. Es trifft z. B. auch rund 1,5 Millionen Schweizer, die eine Mahlzeit täglich auswärts einnehmen, also eine Bedarfsverpflegung in Restaurants oder Betriebskantinen. Zur Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem Ausland: Die Verteuerung des touristischen Angebots, bedingt durch die Auswirkungen des Wechselkurses seit 1971, beläuft sich auf rund 57 Prozent. Das zusätzliche Ansteigen unserer Preise, also der Verpflegung wie auch der Uebernachtung durch die Mehrwertsteuer um 10 Prozent, macht unsere ganze Hotellerie und das dazu gehörige Gewerbe international nicht mehr konkurrenzfähig. Das

Gastgewerbe hat aber eine zweifache, für uns sehr grosse Bedeutung. Einmal die Bedeutung des Devisenbringers – der Tourismus erbrachte immerhin im Jahre 1975 5,3 Milliarden Einnahmen –, andererseits aber auch eine grosse regionale Bedeutung der Wirtschaftsförderung. Denn grosse Teile der gastwirtschaftlichen Betriebe – es sollen mehr als 65 Prozent sein – sind in unseren Berggebieten und befruchten damit Gebiete, die wirtschaftlich zurückliegen würden. Alarmierende Anzeichen der Entwicklung im Hotelgewerbe zeigen die Statistiken über die Logiernächte. Seit 1973 bis Mitte 1976 ist ein Rückgang bei den Ausländern um 17 Prozent festzustellen, während der Rückgang bei den Schweizern um 6 Prozent beträgt, total also ein Rückgang von Uebernachtungen von 11 Prozent.

Beim Vorschlag, den ich Ihnen einreiche, geht es nicht darum, die gastgewerblichen Leistungen vollständig zu befreien, sondern es handelt sich um eine unechte Befreiung. Es ist in diesem Sinn auch keine Sonderlösung; denn der Bundesrat hat diese Art der unechten Befreiung vorgesehen auch für Banken, Versicherungen, touristische Spezialverkehrsmittel und weitere. Der Vorteil der unechten Befreiung für das Gastgewerbe liegt also darin, dass die Wettbewerbsverzerrung, da die Vorsteuerbelastung im Durchschnitt dem reduzierten Mehrwertsatz entspricht, nicht mehr entsteht. Es könnte dadurch mit einem Steuerertrag von 3 Prozent auf den Bruttoleistungen der Hotelbetriebe gerechnet werden. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, sowohl dem Streichungsantrag zu Ziffer 9 wie auch dem Antrag bei Buchstabe c Ziffer 5 zuzustimmen.

Bürgli, Berichterstatter: Das Gastwirtschaftsgewerbe ist eine grosse und wichtige Gruppe unseres Landes. Es ist aber eingeordnet in die gesamte Volkswirtschaft, die grundsätzlich mit Bezug auf steuerliche Behandlung im Rahmen der Mehrwertsteuer dem gleichen Regime unterstellt werden soll. Nun ist das Gastwirtschaftsgewerbe – dessen ist sich die Kommission wohl bewusst – in einer Referendumsdemokratie eine Gruppierung, die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die politische Willensbildung ausübt. Es muss auch festgestellt werden, dass sich die Kreise des Gastwirtschaftsgewerbes relativ früh organisiert haben, um zum Komplex der Mehrwertsteuer Stellung zu beziehen. Sie haben diese Stellung bekanntlich in negativer Weise bezogen. Aber – da komme ich auf eine wesentliche Ueberlegung, die in der Kommission mit Nachdruck vorgetragen wurde –, wir müssen doch aufpassen, dass nicht andere Gruppen nachfolgen und sich in ähnlicher Weise organisieren und sich als Sonderfall deklarieren. Am Ende haben wir dann einen ganzen Katalog von Sonderfällen. Um dieser Entwicklung auszuweichen, gibt es im Grunde genommen eben nur die eine Politik, nämlich alle Gruppen möglichst gleichmässig zu behandeln. Wenn die Eidgenossenschaft das nicht tut, dann landet sie mit der Mehrwertsteuer bei einer Vielfalt von Steuersätzen, wie sie einige ausländische Staaten haben (ich erwähne z. B. Frankreich). Dann geht ein entscheidender Vorteil, nämlich die Einfachheit der Abrechnung, wieder verloren. Bei der Beurteilung der Auswirkungen der neuen Steuer auf das Gastwirtschaftsgewerbe darf auch folgendes angeführt werden: Es liegt jetzt eine erhebliche Vorsteuer auf diesem Gewerbe, die dann bei der Unterstellung unter die Mehrwertsteuer abgezogen werden könnte. Davon würde gerade auch die Hotellerie, die relativ investitionsintensiv ist, profitieren. Dann darf auch darauf hingewiesen werden, dass jetzt die Alkoholika schon einer Besteuerung unterliegen, was dann in die Rechnung der Gesamtbelastung einbezogen werden müsste.

Darf ich mir noch ein Wort in bezug auf das Beratungsprozedere gestatten: Im Gegensatz zu Herrn Kündig möchte ich Ihnen beliebt machen, dass wir jetzt seinen Minderheitsantrag zu Ziffer 9, die Ziffer 5, behandeln. Den Antrag Vincenz, der beim Gastwirtschaftsgewerbe auf 6 Prozent zielt, sollten wir sinnvollerweise in den Zusammenhang des Gesamtsatzes stellen. Es ist nämlich ein Unterschied,

ob wir 9 Prozent Gesamtsatz beschliessen oder 10 Prozent. Je nachdem kommt dann auch das Gastwirtschaftsgewerbe etwas besser weg. Ich möchte Ihnen beliebt machen, sich jetzt auf die beiden Anträge Kündig zu konzentrieren. Aufgrund der Ueberlegungen, die ich Ihnen oben dargelegt habe, beantrage ich Ihnen im Namen der grossen Mehrheit der Kommission, beide Anträge Kündig abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Les difficultés de l'hôtellerie et de la restauration de nous échappent pas, encore que le nombre des nuitées dans l'hôtellerie, actuellement, peut se comparer à la bonne moyenne de la fin des années 60. Nous ne sommes plus à l'époque d'euphorie qui a suivi 1970 mais nous sommes tout de même dans une situation qui n'est pas catastrophique.

La responsabilité du franc joue un rôle, bien que nous devions constater, dans plusieurs pays voisins, un ralentissement analogue si ce n'est plus accentué que chez nous. D'autre part la hauteur du franc, si ce n'est tout de suite, aura sans doute à moyen terme une influence heureuse en permettant de modérer les prix intérieurs d'une manière remarquable tandis que chez nos voisins comme la France ou l'Italie qui bénéficient – si l'on peut dire – de monnaie fondante les prix grimpent avec une rapidité qui dépasse la vitesse de descente de la monnaie.

En fonction d'une situation actuelle qui n'est pas réjouissante mais qui n'est pas catastrophique, je ne pense pas que nous puissions, pour des raisons économiques, exempter les hôteliers et les restaurateurs. J'ai beaucoup de considération pour ces deux professions comme pour celle des coiffeurs, ce sont des professions avec lesquelles nous sommes en contact constant. Mais sur le plan de l'équité, le président de la commission vient de le dire, le système de la taxe à la valeur ajoutée est fondé sur la plus large répartition sur l'ensemble de l'économie et rien ici ne nous paraît justifier une exemption, l'impôt étant d'ailleurs répercuté sur le prix des prestations. Je ne crois pas qu'il faille créer ici une exception, une inégalité, par crainte d'électeurs influents – c'est pratiquement la raison. Je n'ignore pas le potentiel considérable et l'influence louable dont bénéficient ces trois professions d'hôtelier, de restaurateur et de coiffeur par le contact constant qu'elles ont avec la clientèle. Mais je crois aussi qu'elles ont un sens civique élevé. Pour un privilège corporatif qu'elles n'auraient pas obtenu, elles ne tiennent pas à prendre la responsabilité de l'échec d'un projet nécessaire à l'intérêt général et la responsabilité des expédients en réduction de prestations ou en impôt de remplacement qu'il faudrait bien trouver. Je leur fais confiance, nous trouverons en eux des alliés influents dans le vote de la taxe à la valeur ajoutée qui est nécessaire à l'équilibre des finances fédérales.

Je vous propose donc de repousser les deux propositions de M. Kündig.

Weber: Ich vermisse ein paar Angaben über die Auswirkungen, die eine Annahme des Antrages Kündig hätte. Ich habe mich orientieren lassen. Nach der mir erteilten Auskunft soll es so sein, dass bei einem Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent von der Milliarde Franken, die man beim Gastwirtschaftsgewerbe erwartet, ungefähr 300 bis 350 Millionen Franken an Vorsteuern abzuziehen sind, so dass dem Bund 600 bis 650 Millionen Franken verlorengehen. Die Frage, die man sich in diesem Zusammenhang stellen muss, ist einfach: Kann der Bund in der heutigen Situation auf diese 600 bis 650 Millionen Franken verzichten? Ich glaube nein.

Aehnlich verhält es sich in bezug auf den Antrag Vincenz. Der Nationalrat hat lediglich eine Uebergangszeit von vier Jahren beschlossen. Damit wird ein Verzicht auf Einnahmen von 400 Millionen Franken zugemutet – immer bei 10 Prozent gerechnet –, aber eben nur für eine Dauer von vier Jahren. Der Antrag Vincenz dagegen würde diesen

Ausfall von 400 Millionen Franken für alle Zukunft zementieren. Ich glaube, auch das liegt nicht drin. Es ist einfach, Ausnahmen vorzusehen, denn jedes Gewerbe hätte sicher gute Gründe dafür, speziell behandelt zu werden. Wenn wir einmal anfangen, Ausnahmen zu gewähren, werden wir damit nicht fertig. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge Kündig und Vincenz abzulehnen.

Präsident: Wir stimmen ab in der Weise, wie Herr Kündig und der Herr Kommissionspräsident es Ihnen beantragt haben, nämlich gleichzeitig über Artikel 9 Absatz 3 Litera a Ziffer 9 und Artikel 9 Absatz 3 Litera c Ziffer 5 (neu), weil hier ein innerer Zusammenhang besteht.

Abstimmung – Vote

Ziff. 9

Für den Antrag der Minderheit (Kündig)	7 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	23 Stimmen

Kündig, Berichterstatter der Minderheit: In Ziffer 10 handelt es sich um ein anderes Problem als bei den Gastwirtschaftsbetrieben; hier geht es um das Problem der Erhebungswirtschaftlichkeit. Die Coiffeurbranche ist eine Branche von Kleinstbetrieben. Die durchschnittliche Grösse des Betriebes liegt bei zwei vollen Leistungseinheiten. Das ist ziemlich kompliziert zu errechnen; denn Lehrlinge im ersten Lehrjahr werden mit 0,2, im zweiten mit 0,3 usw. berechnet. Es gibt also total 8500 Coiffeurbetriebe mit 23 000 Beschäftigten (inkl. 10 000 bis 12 000 Familienangehörige sowie die Lehrlinge).

Der Umsatz pro Coiffeurbetrieb liegt im schweizerischen Schnitt zwischen 40 000 und 70 000 Franken, der gesamte Branchenumsatz bei 300 bis 400 Millionen Franken. Der Mehrwertsteuerertrag würde gemäss Expertenkommission, gerechnet auf der Basis von 1970/71, zirka 27 Millionen Franken erbringen. Wirtschaftlich wäre das für die Coiffeure absolut tragbar; denn für sie besteht kein Ueberwälzungsproblem, da sie in keinem internationalen Konkurrenzkampf stehen. Das Problem liegt bei der Erhebungswirtschaftlichkeit. 7500 Betriebe sollen abrechnungspflichtig werden für einen geschätzten Steuerertrag, der heute bei zirka 40 Millionen Franken liegen dürfte, Betriebe, bei denen die Infrastruktur für eine den Anforderungen der Mehrwertsteuerabrechnung angemessene Buchführung einfach nicht vorhanden ist. Die Aufgabe unserer Coiffeure liegt viel eher in der Pflege der Schönheit, die wir so oft bewundern, als in der Führung einer ausgereiften Buchhaltung. Für mich ist die Besteuerung der Coiffeure also eine Frage der Verhältnismässigkeit. 7500 Betriebe sollen abrechnungspflichtig werden. Der Aufwand, der in diesen Betrieben erbracht werden müsste, um eine korrekte Buchführung einzuführen, dürfte im Schnitt zwischen 500 und 1000 Franken pro Betrieb oder – gesamt gesehen – doch zwischen 5 und 8 Millionen Franken liegen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, sich selbst, bevor Sie dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen, zwei Fragen zu stellen: 1. Ist die Besteuerung der Coiffeure tatsächlich erhebungswirtschaftlich? 2. Sollte nicht unter dem Gesichtspunkt der Abstimmung vom 12. Juni das Problem Coiffeure nochmals überdacht werden?

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ich darf gerade bei der ersten der beiden uns gestellten Fragen anknüpfen, nämlich bei derjenigen der Erhebungswirtschaftlichkeit.

Zunächst muss ich darauf hinweisen, dass es sich alles in allem doch um beträchtliche Umsätze handelt, die in diesem Gewerbe getätigt werden. Anspruchsvollere Coiffeurleistungen haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Für die Damen gilt das ohnehin; aber das ist mehr und mehr auch bei den Herren der Fall. Nun stellt das Coiffeurgewerbe unzweifelhaft eine Domäne der Kleinbetriebe dar. Die Kommission wollte diesem Umstand Rechnung tragen durch einen Antrag, den wir als nächsten

behandeln werden, nämlich durch die Anhebung der Steuerfreigrenze beim Umsatz. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, wird das ungefähr folgende Auswirkungen im Coiffeurgewerbe haben. Praktisch alle Alleinmeister, auf die Herr Kündig mit Recht hingewiesen hat, würden aus der Steuerpflicht fallen. Die Zahl der steuerpflichtigen Coiffeurmeister würde sich gerade halbieren. Damit möchte ich auf die zweite Frage, nämlich die referendumpolitische, antworten. Ich würde sagen, dass immerhin eine erheblich aufgelockerte Frontbildung gegenüber jetzt festzustellen ist. Herr Kündig hat darauf hingewiesen, dass der Ertrag der Mehrwertsteuer aus diesem Gewerbe nur etwa 27 Millionen erbringe; das sind die Zahlen von 1970. Die Steuerverwaltung hat uns versichert, dass mindestens mit einem Ertrag von 40 Millionen unter den heutigen Verhältnissen gerechnet werden kann. Die Fachkommission – das muss ich zugeben – wollte die Coiffeure ursprünglich ausnehmen. Im Vernehmlassungsverfahren ist diese Ausnahme indessen auf starke Kritik gestossen, gerade wegen des erwähnten Ausfalles um 40 Millionen Franken. Deshalb hat der Bundesrat dieses Gewerbe wieder in die Gesetzgebung eingefügt. Ich glaube, man darf auch die Abrechnung als solche, die im Kleingewerbe sicher eine Rolle spielt, nicht zu sehr dramatisieren. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung als Geschäftsführer der Gewerbeverbände St. Gallen/Appenzell sähe ich keine besonderen Schwierigkeiten, diesen Abrechnungsmodus einer Hauptversammlung irgendeines Coiffeurmeister-Verbandes in verständlicher Weise zu erklären.

Aufgrund all dieser Ueberlegungen möchte ich Ihnen beantragen, beide Anträge Kündig abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Ziff. 10

Für den Antrag der Minderheit	7 Stimmen
Dagegen	23 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 3 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. c

Antrag der Kommission

Ziff. 1

Unternehmer mit einem jährlichen Gesamtumsatz nach Buchstabe a von höchstens 300 000 Franken, sofern der nach Abzug der Vorsteuer verbleibende Steuerbetrag regelmässig 2500 Franken jährlich nicht übersteigt, und Unternehmer mit einem jährlichen Gesamtumsatz von nicht mehr als 50 000 Franken;

Ziff. 2–4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Kündig)

Ziff. 5 (neu)

Inhaber gastgewerblicher Betriebe für die von ihnen erbrachten Leistungen.

Minderheit

(Kündig, Bourgnécht)

Ziff. 6 (neu)

Inhaber von Coiffeurbetrieben für die von ihnen erbrachten Leistungen.

Chap. II art. 9 al. 3 let. c*Proposition de la commission***Chap. 1**

Les exploitants réalisant, selon la lettre a, un chiffre d'affaires annuel de 300 000 francs au plus, à la condition qu'après déduction de l'impôt préalable, le montant d'impôt restant ne dépasse pas régulièrement 2500 francs par année, ainsi que les exploitants dont le chiffre d'affaires annuel n'est pas supérieur à 50 000 francs;

Ch. 2 à 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Kündig)

Ch. 5 (nouveau)

Les propriétaires d'hôtels et de restaurants pour leurs prestations.

Minorité

(Kündig, Bourgknecht)

Ch. 6 (nouveau)

Les propriétaires de salons de coiffure pour leurs prestations.

Präsident: Aufgrund der Abstimmung über den Minderheitsantrag zu Buchstabe a Ziffern 9 und 10 fällt auch der Antrag der Minderheit für die neuen Ziffern 5 und 6 von Buchstabe c dahin.

Bürgli, Berichterstatter: Ich sagte Ihnen bereits vorhin, dass die Kommission hier einen Antrag mit gewerbepolitischem Akzent vorzutragen hat. Zunächst ein Wort zu den in Absatz 1 erwähnten Unternehmungen mit einem jährlichen Gesamtumsatz von 300 000 Franken, wo indessen nach Abzug der Vorsteuer der Steuerbetrag 2500 Franken regelmässig nicht übersteigt. Diese Regelung wird durch unseren Antrag nicht erfasst. Es soll hier so bleiben, wie es vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Nationalrat bereits genehmigt wurde. Bei unserem Antrag geht es um den steuerfreien Gesamtumsatz, der jetzt mit 30 000 Franken umschrieben ist. Durch unseren Antrag soll der steuerfreie Gesamtumsatz auf 50 000 Franken jährlich erhöht werden, wodurch 20 000 Steuerpflichtige von der Steuerpflicht nicht erfasst werden. In zahlreichen kleinbetrieblich strukturierten Branchen gibt es dadurch eine erhebliche Verminderung der Zahl der Steuerpflichtigen. Diese kleinen Gewerbetreibenden fürchten die Abrechnung manchmal mehr als die Besteuerung im engeren Sinn des Wortes. Der Ausfall beträgt 30 bis 40 Millionen Franken. Es steht ein erheblicher Minderaufwand der Steuerverwaltung gegenüber. Die Kommission hat ihren Entscheid mit 12 : 2 Stimmen gefällt. Ich bitte Sie, ihr zu folgen.

Kündig: Ich möchte Ihnen hier beantragen, in Ziffer 1 am Antrag des Bundesrates festzuhalten. Nach Meinung der Kommission hat man mit diesem Antrag, Erhöhung der Freigrenze auf 50 000 Franken, 20 000 Unternehmen des Gewerbes und der Dienstleistung von der Mehrwertsteuer befreit. Wenn ich diesen Antrag bekämpfe, so hat das folgende Gründe: Bei den Betrieben, die im Bereich eines Umsatzes von 30 000 bis 50 000 Franken liegen, handelt es sich in den wenigsten Fällen um Betriebe des Nebenerwerbes. Nebenerwerbsbetriebe sowie Feierabendbetriebe sind meiner Ansicht nach erhebungsunwirtschaftlich und liegen eher im Bereich unter 30 000 Franken. Im Bereich zwischen

30 000 und 50 000 Franken Umsatz sind Einmannbetriebe anzutreffen, die jedoch vollberuflich arbeiten. Würden diese Unternehmen befreit, so könnten sich recht massive Wettbewerbsverzerrungen ergeben. Ich nehme als Beispiel einen Coiffeurbetrieb, nachdem wir vorhin über die Coiffeure sprachen, und zwar einen Herrencoiffeurbetrieb, der mit Meister und Lehrling einen Umsatz erzielt von 45 000 Franken; der ist nach den Anträgen der Kommission nicht mehr steuerpflichtig. Er hat also die Vorsteuerbelastung zu tragen, auf einer Last, die ungefähr 10 Prozent des Umsatzes ausmacht. Er bezahlt also eine Mehrwertsteuer indirekt von 450 Franken. Sein Kollege, zwei Häuser weiter weg – ein Meister mit Mitarbeiter –, der einen Umsatz von 55 000 Franken erzielt, ist dann steuerpflichtig. Er hat auf der vollen Leistung von 55 000 Franken die Steuer zu erbringen; das macht 5500 Franken, abzüglich der Vorsteuerabzug von 550 Franken in diesem Fall; er leistet somit eine Steuer von 4950 Franken. Durch das Heraufsetzen der Freigrenze schaffen wir also eine neue Ungerechtigkeit, die mit Berücksichtigung des Kleingewerbes nichts zu tun hat, im Gegenteil. Es führt zu einer recht schmerzlichen Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Kleinstbetriebe; denn der Coiffeur A wird gleich wie der Coiffeur B seine Leistungen dem Konsumenten zum gleichen Preis anbieten. Ich möchte Sie also bitten, sich diesen Ueberlegungen anzuschliessen. Es handelt sich hier nicht um eine Sozialmassnahme für kleine Gewerbebetriebe, sondern es geht um eine massive Verzerrung der Wettbewerbssituation.

Bürgli: Die Kommission hat diesen Fragenkomplex diskutiert und auch über einen entsprechenden Antrag von Herrn Kündig abgestimmt. Darf ich Ihnen in zusammengefasster Form die Ueberlegungen der Kommission vortragen. Bei den Inhabern dieser Kleinbetriebe handelt es sich doch am ehesten um administrativ unbeholfene Leute, denen auch eine verhältnismässig einfache Quartalsabrechnung mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung gewisse Schwierigkeiten bereiten würde. Dann sind wir in der Kommission der Meinung, es sei als Vorteil zu würdigen, nicht zuletzt auch politisch, wenn die Zahl der Steuerpflichtigen so klein als möglich gehalten wird. Der Ausfall, der durch die Befreiung dieser rund 20 000 Betriebe entsteht, kann nicht genau errechnet werden, er beläuft sich aber auf mindestens 30 Millionen Franken pro Jahr.

Diese Auskunft bin ich Ihnen schuldig. Andererseits steht diesem Einnahmefall eine wesentliche Vereinfachung der administrativen Erhebung bei der Steuerverwaltung gegenüber. Denn es macht etwas aus, ob 20 000 Abrechnungspflichtige mehr zu betreuen sind oder nicht. Unser Antrag ist ein Beitrag, um den Steuererhebungsapparat möglichst klein zu halten. Die Kommission hat den Antrag, den Ihnen Herr Kündig soeben vorgetragen hat, mit 12 : 2 Stimmen abgelehnt. Ich möchte Sie bitten, dieser klaren Mehrheit zu folgen.

Heimann: Wir dürfen sicherlich bei diesen Gewerbebetrieben auch noch in Betracht ziehen, was eigentlich bei einem solchen Umsatz netto verbleibt. Wenn wir mit dem Beispiel von Herrn Kündig operieren, nämlich mit 45 000 Franken Umsatz, also beim Coiffeur, so ergibt sich auch ein Wareneinsatz, weil der Coiffeur für das Schönmachen einen Wareneinsatz braucht, er muss Miete bezahlen, er hat eine Möblierung für zwei, nach dem Beispiel von Herrn Kündig, er hat Licht, heisses Wasser, Heizung zu bezahlen; Sie können sich selbst ausrechnen, dass der Nettoverdienst bei einem solchen Betrieb in der Grössenordnung von 2000 bis 2500 Franken liegt und dass es wirklich nicht am Platze ist, dass man die ganze Administration für diese Kleinbetriebe erweitert.

Zur Wettbewerbsverzerrung: Ich glaube nicht, dass Herr Kündig im Ernst daran glaubt, dass sich aus diesem Umstand eine Wettbewerbsverzerrung ergibt; denn in grösser-

ren Agglomerationen, ja selbst in grösseren Gemeinden könnte ein Coiffeur mit 50 000 Franken Umsatz gar nicht existieren. Was Herr Kündig erwähnt hat, bezieht sich eher auf Betriebe in den Bergen. Mir scheint, dass Herr Kündig als Buchdrucker die Verhältnisse im Buchdruckergewerbe betrachtet. Dort würde die Wettbewerbsverzerrung vielleicht eher möglich sein. Aber auch da ist doch zu sagen, dass Grossbetriebe gegenüber Kleinbetrieben immer einen Kostenvorsprung haben; sie können sich bedeutend rationeller organisieren. So betrachtet, glaube ich, dass auch das Buchdruckergewerbe oder das Sattler- und Tapezierergewerbe durch die Befreiung bis 50 000 Franken nicht unter einer Wettbewerbsverzerrung zu leiden haben. Ich stimme dem Antrag der Kommission zu.

M. **Chevallaz**, conseiller fédéral: Il n'y avait vraiment pas, à notre avis, de raisons d'exempter les coiffeurs ainsi que le propose M. Kündig. Cependant, comme vient de le relever M. Heimann, sa proposition comporte un élément de simplification administrative et c'est en considération de cet élément que nous avons fixé à 30 000 francs le chiffre minimum à partir duquel les intéressés sont astreints à la déclaration d'impôt.

Faut-il aller jusqu'à 50 000 francs, réduisant ainsi de 20 000 par rapport à notre projet le nombre des personnes qui seront exemptées de la contribution ou de la déclaration d'impôt et de 40 millions le rendement de cet impôt? C'est une perte certes non négligeable qui me laisse très hésitant mais enfin, je reconnais que l'avantage administratif est tout de même net. La simplification administrative irait en faveur de la proposition de la majorité de la commission. J'avais d'ailleurs moi-même relevé en commission l'argument de la simplification administrative.

Pour les entreprises à petit chiffre d'affaires, entreprises marginales qu'on tient par à-côté, cela pourrait constituer une distorsion de concurrence, mais ce sont des cas d'exception. Ceux qui sont au courant de ce genre de concurrence-là et qui connaissent ces entreprises, comme le président de votre commission et comme M. Heimann, nous rassurent plutôt.

Le Conseil fédéral vous laisse la liberté de choix dans cette affaire. Il voit un avantage administratif et un tant soit peu électoral aussi à ce qu'il y ait 20 000 contribuables de moins, et la perte de 40 millions n'est peut-être pas très lourde.

Abstimmung – Vote

Ziff. 1

Für den Antrag Kündig	9 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	24 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 3 let. d

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes abgebrochen
Ici, le débat sur cet objet est interrompu*

Wahlen in ständige Kommissionen

Remplacement dans des commissions permanentes

Präsident der Aussenwirtschaftskommission

Président de la Commission du commerce extérieur

Mit 34 Stimmen wird gewählt: Herr Dreyer, anstelle von Herrn Muheim.

Schluss der Sitzung um 13 Uhr

La séance est levée à 13 heures

Bundesverfassung. (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.09.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	392-418
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 202

Art. 32 Abs. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 32 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Stucki, Berichterstatter: Dieser Absatz handelt von der Errichtung einer Stiftung usw., was ja seinerzeit von unserem Rat beschlossen worden ist. Der Nationalrat hat nun unsere Fassung, auch gemäss Anregung der Verwaltung, erweitert. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, statt einer Stiftung einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu errichten, dies im Hinblick auf die öffentlichen Kassen. Ferner soll der Bundesrat Ausnahmen vorsehen können. Man denkt dabei vor allem an Kassen mit geringem Kapital, oder wenn das Geld sofort für soziale Zwecke gebraucht wird.

Die Kommission beantragt auch hier Zustimmung.

*Angenommen – Adopté***Art. 38a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Stucki, Berichterstatter: Es handelt sich hier um die von Herrn Amstad im Auftrag der Redaktionskommission aufgeworfene Frage, der gegenüber Herr Luder gewisse rechtliche Bedenken vorbrachte. Inzwischen soll Herr Luder sein Einverständnis mit der Version Amstad gegeben haben. Es geht um die Verlängerung des Dringlichen Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1975. Dieser soll zeitlich mit der vorliegenden Uebergangsordnung in Uebereinstimmung gebracht werden, und die Verlängerung soll hier eingebaut werden. Es ist ein Gutachten erstellt worden, wonach diese Verlängerung in diesem Beschluss durchaus zu Recht besteht.

Die Kommission beantragt Zustimmung zu diesem neuen Artikel.

Angenommen – Adopté

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) **Constitution fédérale (finances, impôts)**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 392 hiervor — Voir page 392 ci-devant

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e**Ziff. 1***Antrag der Kommission*

Die Steuer beträgt:

1. 2,7 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr von . . .

*Mehrheit**Für den Rest von Ziffer 1*: Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates*Minderheit*

(Debétaz, Vincenz)

Ess- und Trinkwaren, ausgenommen alkoholische Getränke, sofern es sich nicht um Wein handelt,

Für den Rest: Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates**Ziff. 2***Mehrheit*

9 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr anderer Waren sowie auf allen übrigen der Steuer unterstellten Leistungen.

Minderheit

(Weber, Donzé)

Hauptantrag

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Eventualantrag

9 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr anderer Waren sowie auf allen übrigen der Steuer unterstellten Leistungen. Dieser Satz kann im Maximum auf 10 Prozent erhöht werden.

Ziff. 3*Mehrheit*

Streichen

Minderheit

(Vincenz, Debétaz)

6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen. (Rest streichen)

Chap. II art. 9 al. 3 let. e**Ch. 1***Proposition de la commission*

L'impôt s'élève:

1. A 2,7 pour cent sur les transactions et l'importation de produits...

*Majorité**Pour le reste du chiffre 1*: Adhérer à la décision du Conseil national*Minorité*

(Debétaz, Vincent)

... comestibles et boissons, à l'exclusion des boissons alcooliques autres que le vin...

Pour le reste: Adhérer à la décision du Conseil national**Ch. 2***Majorité*

A 9 pour cent sur les transactions et l'importation d'autres marchandises ainsi que sur les autres prestations soumises à l'impôt.

Minorité

(Weber, Donzé)

Proposition principale

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition éventuelle

A 9 pour cent sur les transactions et l'importation d'autres marchandises ainsi que sur les autres prestations soumises à l'impôt. Ce taux peut être porté à 10 pour cent au plus.

Ch. 3*Majorité*

Biffer

Minorité

(Vincenz, Debétaz)

A 6 pour cent sur les prestations des hôtels et restaurants.
(Biffer le reste)

Bürgi, Berichterstatter der Mehrheit: Ich beantrage Ihnen, die Ziffern 1 und 2 gemeinsam zu behandeln, weil zwischen den beiden Sätzen ein innerer Zusammenhang besteht. Der Bundesrat beantragt 10 Prozent Normalsatz und 3 Prozent reduzierter Satz; der Nationalrat stimmte dieser Lösung zu. Die Kommission hat – wie gestern bereits dargelegt – der Beurteilung der politischen Landschaft rund um die Mehrwertsteuer beträchtlichen Raum eingeräumt. Der Mehrheit schien ein Satz von 10 Prozent zu Beginn relativ hoch zu sein. Im Grunde genommen hätte die Mehrwertsteuer vor einigen Jahren mit einem tieferen Satz eingeführt werden sollen. Heute haben wir es mit einem doppelten Widerstand zu tun: Einerseits gegen den Grundsatz der Mehrwertsteuer, andererseits gegen die relative Höhe des Satzes von 10 Prozent. Hier kommen Sorgen um die Belastung des Konsumenten und die Ueberwälzbarkeit der Steuer bei veränderter konjunktureller Lage zum Vorschein. Beides zusammen könnte eine beträchtliche Belastung der Vorlage darstellen. Aus diesem Grunde entschied sich die Mehrheit für einen herabgesetzten Satz von 9 Prozent. Sinngemäss muss der reduzierte Satz von 3 Prozent auf 2,7 Prozent reduziert werden.

Noch eine Bemerkung zu den Auswirkungen dieses Antrages auf den Bundeshaushalt. Die Finanzplanung geht zweifellos von einem Satz von 10 Prozent Mehrwertsteuer aus. Auf dem Blatt über den derzeitigen Stand der Finanzplanung des Bundesrates ist aber eine Variante enthalten, die von 9 Prozent Mehrwertsteuer und einer Zuwachsrate von 4 Prozent im Bundeshaushalt ausgeht. Aufgrund dieser Annahmen wäre es möglich, das von der Kommission als notwendig erachtete Ziel zu erreichen, nämlich eine ausgeglichene Rechnung bis zum Jahre 1980.

Die Kommissionmehrheit (sie ist allerdings nicht sehr gross, denn ich kann nicht verhehlen, dass der Entscheid nur mit Stichentscheid des Präsidenten zustande kam) möchte alles tun, um der Mehrwertsteuer eine möglichst günstige Ausgangslage zu sichern. Ein reduzierter Satz von 9 Prozent könnte dazu einen Beitrag bilden. Zum mindesten würde es sich um eine Geste des guten Willens des Parlamentes dem Steuerzahler gegenüber handeln. In diesem Sinne möchte ich Ihnen Zustimmung zum Antrag der Kommissionmehrheit empfehlen.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Ich habe hier einen Minderheitsantrag eingereicht, und zwar einen Haupt- und einen Eventualantrag. Der Hauptantrag wünscht, dass auch bei den Ausführungsbestimmungen die 10 Prozent angewendet werden; wenn das nicht angenommen wird, gilt der Eventualantrag, wonach mit der Zeit auf 10 Prozent gegangen werden könnte. Der Verzicht auf das zehnte Prozent bedeutet für den Bund für 1977 einen Ausfall von 750 Millionen Franken, für 1978 – glaube ich – von 800 Millionen Franken. Ich frage mich, ob der Bund auf diese 800 Millionen verzichten kann; das darf ich wohl zu Recht bezweifeln.

Ich sollte zwar nicht als Verfechter des höheren Ansatzes auftreten, aber wenn ich schon konsequent die Ansätze des Bundesrates und des Nationalrates vertritt, muss ich das auch hier tun. Im übrigen glaube ich nicht, dass dieses einzigen Prozentes wegen mehr Ja-Stimmen zu mobilisieren sein werden. Ob es 9 oder 10 Prozent sind, spielt beim Detailhandel – wenigstens psychologisch – keine so grosse Rolle. Aber in der Auswirkung macht es mehr aus, als man glaubt. Für Produktion und Handel kann es weitgehend gleichgültig sein; einerseits weil die Vorsteuer in Abzug gebracht werden kann, andererseits weil der Detailhandel die Steuer voll auf den Konsumenten überwälzen kann.

Sie sehen, ich mute dem Konsumenten ebenfalls ein zusätzliches Opfer zu. Für ihn ist es von Vorteil, dass die Leistung nicht auf einmal oder etwa in zwei Raten erbracht werden muss, sondern fast unbemerkt beim Konsum von Waren oder Dienstleistungen mit dem Preis entrichtet werden muss.

Einzig und allein aus Gründen der Konsequenz möchte ich hier ebenfalls bitten, von der bundesrätlichen Lösung auszugehen und die 10 Prozent – wenn nicht heute, so doch wenn es nötig ist – auszunützen. Ich bitte Sie, einem meiner beiden Anträge zuzustimmen.

Urech: In der Eintretensdebatte haben wir gestern grundsätzlich über die Schwierigkeiten gesprochen, diese Vorlage im Volk zur Annahme zu bringen. Dabei haben wir Grundsätze festgehalten, z. B.: Wir dürfen das Hauptgewicht nicht nur auf die Einnahmenvermehrung legen, sondern müssen einen ernsthaften Sparwillen zeigen. Wir müssen uns bei den Steuererhöhungen der Mässigung befleissen.

Hier haben wir nun das erste praktische Beispiel, das zur Diskussion steht. Nach meiner Meinung spielt es in der Abstimmung eine Rolle, ob wir gleich von Anfang an auf den Maximalsatz von 10 Prozent gehen, oder ob wir gewillt sind, Mass zu halten. Aus grundsätzlichen und auch aus psychologischen Ueberlegungen trete ich eindeutig dafür ein, die Mehrwertsteuer auf 9 Prozent bzw. 2,7 Prozent festzulegen. Wir müssen diesen Grundsätzen nicht nur mit Worten nachzukommen suchen, sondern auch mit Taten, und deshalb bitte ich Sie, den Anträgen der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

Krauchthaler: Für mich bedeutet der Antrag der Kommissionmehrheit die Alternative zu den Anträgen Kündig und Vincenz. Ich habe in der Eintretensdebatte meine Sympathie für diese Anträge bekundet. Aber hier liegt die Alternative dazu vor. Die 9 Prozent während der Uebergangszeit scheinen mir das äusserst mögliche Entgegenkommen zu sein, das noch verkraftet werden kann aus der Sicht der Bundesfinanzen. Wenn wir jetzt zustimmen, was ich Sie bitten möchte, dann müssen wir alle anderen Anträge ablehnen, sonst werden die Ausfälle zu gross. Ich habe nach vielen Besprechungen mit Leuten aus Industrie und Gewerbe den Eindruck, dass wir mit diesen 9 Prozent in der Volksabstimmung besser ankommen werden, als mit einer mehr oder weniger willkürlichen Entlastung einzelner Gruppen. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral combat les propositions de la majorité de la commission et maintient son taux de 10 pour cent. Neuf pour cent représentent malgré tout 800 millions de francs de moins-value, ce qui signifie ou bien la poursuite des déficits tant que ce taux est maintenu – d'autres circonstances peuvent encore aggraver ce déficit annuel de 800 millions – ou bien des mesures de contrainte budgétaire qui dépassent les limites que nous avons voulu tracer hier. Un calcul sommaire me fait dire que nous devrions limiter la croissance des dépenses au taux de 3 pour cent par an pour la période de 1977 à 1979. Il faut tenir compte de facteurs tels que le renchérissement – nous ne devons pas nous figurer que nous allons garder encore pendant dix ans un taux d'inflation de 1,5 pour cent, nous aurons certainement des reprises de 2, ou de 3 pour cent et j'espère que grâce à une surveillance des prix appropriée, nous réussirons à maintenir cet état de choses – mais ce renchérissement appartient au domaine des probabilités. Il ne faut pas oublier non plus les déficits des CFF – je ne puis vous garantir qu'ils n'augmenteront pas – ni le service des intérêts qui augmentent du fait de la dette, laquelle continuera encore à s'accroître en tout cas jusqu'en 1978. En résumé, ce taux de 3 pour cent d'augmentation des dépenses par année signifierait pratiquement non pas une limitation de la croissance, ni même un blocage, mais une réduction. Nous touchons là à la notion du budget de déflation.

D'autre part, s'en tenir à un taux compris entre 9 et 10 pour cent, ne doit pas jouer un rôle politique considérable. Le seul argument que l'on pourrait opposer – mais valable pour une période très limitée – c'est que le taux de 9 pour cent, pendant une période d'introduction de deux ou trois ans, permettrait de réaliser en plus grande souplesse, l'introduction de la TVA, mais ce taux devrait être limité à moins de six ans. Il serait alors possible de supporter un certain déficit durant une courte période. Cependant, cette solution n'est pas à conseiller.

Le choc du taux de 10 pour cent représente en recettes pour la période 1977/1978 une augmentation d'impôts de 22 pour cent, s'agissant des impôts fédéraux – sur l'ensemble des impôts, cela fait un peu moins de 10 pour cent. Si nous suivions votre proposition de 9 pour cent, le choc d'augmentation serait de 15 à 16 pour cent. De toute manière, il faut d'abord que la Confédération obtienne ces impôts. Dans mon exposé d'entrée en matière, hier, j'ai précisé que la Confédération avait vécu d'autres périodes d'adaptation fiscale aussi rudes et qu'elle n'en était pas morte, ni elle, ni son économie. Je pense que le taux de 10 pour cent est un taux défendable et je vous demande en l'occurrence de maintenir les positions du Conseil fédéral, de suivre les propositions de M. Weber ou au moins sa proposition éventuelle.

Präsident: Der Herr Kommissionsreferent hat die 2,7 Prozent unter Punkt 1 als Folge der 9 Prozent dargestellt. Es wäre demnach nach meiner Meinung richtig, zuerst die Abstimmung über 10 oder 9 Prozent vorzunehmen.

Abstimmung – Vote

Ziff. 2

Für den Antrag der Mehrheit (9 Prozent) 17 Stimmen
Für den Hauptantrag der Minderheit (10 Prozent) 16 Stimmen

Damit wird auch dem Satz von 2,7 Prozent in Ziffer 1, gemäss Antrag der Mehrheit, zugestimmt.

Par ce vote, le Conseil adhère aussi à la proposition de la majorité concernant le taux de 2,7 pour cent au chiffre 1.

M. Debétaz: Vous venez donc de décider un taux de 2,7 pour cent concernant les boissons. Les vins, en revanche, seraient taxés à 9 pour cent, ce qui me paraît inéquitable. Pourquoi frapper le vin, qui est un produit de la terre comme les autres productions de l'agriculture, d'un taux plus élevé que celui prévu pour les produits agricoles?

Le Conseil fédéral répond que cette différence existe avec l'impôt actuel sur le chiffre d'affaires. Ce n'est pas parce qu'une inégalité est pratiquée qu'elle perd son caractère d'inégalité. Celle-ci devrait à nos yeux être supprimée dans le projet dont nous discutons maintenant. Le vin est un produit de la viticulture. La viticulture est une branche de l'agriculture. Le vin doit être considéré et traité comme un produit d'origine agricole.

Ce problème a déjà été posé au Conseil national par M. le député Cossy qui souhaitait un traitement préférentiel pour les vins indigènes. On a répondu à M. Cossy que cela était impossible en raison des règles du GATT. C'est malheureusement vrai et c'est la raison pour laquelle la proposition que je défends maintenant avec M. Vincenz ne fait aucune distinction entre les vins. Le projet dont nous discutons ne fait pas non plus de distinction entre les produits agricoles indigènes ou importés.

Notre proposition répond à un souci d'équité. A ce sujet, M. le conseiller fédéral Chevallaz a déclaré en séance de commission: «Evidemment, pour qu'il y ait totale égalité de traitement, le taux s'appliquant à d'autres boissons non alcooliques pourrait être élevé au même niveau que le taux concernant le vin», et M. Chevallaz précisait qu'il ne pourrait que souscrire à une telle proposition. La commission a recherché une solution allant dans ce sens. Elle y a finalement renoncé après des efforts louables, parce qu'elle n'est pas parvenue à élaborer un texte satisfaisant.

Elle n'a pas réussi par exemple à établir une limitation nette entre les eaux minérales claires et celles qui sont colorées. Le «Süssmost» a paru momentanément en danger.

La totale égalité de traitement mentionnée par M. le conseiller fédéral Chevallaz n'est ainsi pas réalisée dans la proposition que vous fait la majorité de la commission. Le vin resterait frappé d'un taux de 9 pour cent ou de 10 pour cent, si l'on en revient au projet du Conseil fédéral, alors que d'autres boissons bénéficieraient d'un taux réduit. Je répète qu'il n'y a aucune raison de prévoir pour ces autres boissons un taux différent de celui du vin.

Le vin est-il un produit de première nécessité? «La question peut être discutée» répond M. Gautier, rapporteur de la commission du Conseil national et médecin. Qui boit du vin? Ce ne sont pas seulement les personnes au revenu élevé. Il ne faut pas penser uniquement aux bouteilles assez... coûteuses... qu'il nous arrive de boire... parfois! On consomme également du vin dans les ménages qui ne disposent pas d'un revenu élevé. Le vin ne veut pas de discrimination parmi ceux qui le boivent. Il se sent à l'aise à toute table, qu'elle soit publique ou privée, aussi bien dans la maison du consommateur qu'au restaurant, au réfectoire d'un chantier, au réfectoire d'une entreprise, ailleurs encore.

Le vin est un produit de la terre, traitons-le comme un produit agricole. Le vin est une boisson, appliquons-lui le taux prévu pour les boissons. Dès l'instant où l'on fait une exception, on risque d'être contraint à en consentir d'autres. Où s'arrêtera-t-on? C'est une observation formulée à l'égard de notre proposition. Je voudrais alors préciser que notre proposition ne crée pas une exception; c'est le projet du Conseil fédéral qui fait subir une exception au vin, une exception par rapport aux autres boissons, une exception par rapport aux autres produits de l'agriculture. Nous tenons à distinguer entre le vin et les autres boissons alcooliques. Pasteur, l'éminent chercheur et savant, a fait très clairement cette distinction: après avoir déclaré qu'il ne convient pas de faire perdre à l'homme l'habitude du vin, Pasteur proclame qu'un client perdu pour ce noble breuvage est un client gagné pour l'alcool. Il ajoute qu'un homme privé de vin se défend moins bien contre l'alcool, les drogues et les stupéfiants. Différence incontestable, vous le voyez, entre le vin et les autres boissons alcooliques; cette distinction doit être marquée dans le projet dont nous discutons maintenant.

On a souvent dit, en commission, et on l'a rappelé ce matin lorsqu'il s'est agi de se prononcer pour 9 ou pour 10 pour cent: «Si vous ne donnez pas suite à telle ou telle proposition, vous affaiblissez les chances du projet en votation populaire.» Je n'userai pas de cette argumentation. Encore une fois notre proposition est justifiée par des considérations d'équité. Son adoption représentera une moins-value fiscale: d'après les renseignements qui m'ont été donnés, de 80 à 90 millions de francs par année suivant que la TVA sera de 9 ou de 10 pour cent et, en ce qui concerne les boissons, de 3 ou de 2,7 pour cent. 80 à 90 millions, c'est un chiffre important, mais ce n'est pas essentiel. Il est en revanche primordial d'élaborer une solution qui soit équitable.

Pour toutes ces raisons je vous engage, avec M. Vincenz, à faire vôtre la proposition que nous défendons.

Präsident: Ich sehe nicht ein, warum das ganz automatisch sein soll. Wenn Sie die Konsequenzen so sehen, ist es doch wohl nicht übertrieben, eine Abstimmung über Punkt 1 durchzuführen.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Diese Abstimmung ist nicht notwendig. Es ergibt sich aus der ersten Entscheidung zugunsten von 9 Prozent beim reduzierten Satz automatisch auch die Reduktion mit 10 Prozent; das gibt dann die 2,7 Prozent. Sinst verschrieben wir die vom Bundesrat beabsichtigte Belastung zwischen den normal und niedertarifierten Waren und Dienstleistungen.

M. Debétaz, rapporteur: Ma proposition ne concerne pas le 3 ou le 2,7 pour cent, elle concerne uniquement l'impôt sur les vins. J'interviendrai donc, à propos de l'impôt sur les vins, après la décision qui sera prise au sujet de 3 ou de 2,7 pour cent.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ich glaube, man darf Herrn Debétaz das Kompliment machen, dass er aus seinem Antrag herausgeholt hat, was herauszuholen war. Er geht von der Tatsache aus, dass der Wein ein landwirtschaftliches Produkt ist. Das kann ich im Namen der Kommission nicht bestreiten. Hingegen muss ich darauf hinweisen, dass der Wein gleich behandelt werden soll wie alle anderen alkoholischen Getränke. Das ist der Grundsatz, den wir hier zu wahren haben. Ich möchte alles unterstreichen, was über die Gleichbehandlung artverwandter Waren oder Dienstleistungen mehrfach gesagt wurde. Wenn wir hier zugunsten des Weines gegenüber anderen alkoholischen Getränken eine Ausnahme machen, schaffen wir bei zahlreichen weiteren Positionen die Ausgangslage für die Frage, warum dort keine Ausnahme gemacht werde. Wir kommen nicht darum herum, die alkoholischen Getränke, eingeschlossen den Wein, bei der Unterstellung unter die Mehrwertsteuer als Einheit zu behandeln. Dann möchte ich noch eine abstimmungspolitische Ueberlegung anstellen. Falls dieser Antrag angenommen würde, ist anzunehmen, dass wir im Kreise der Abstinente sicher zusätzliche Widerstände finden würden. Wir müssen unbedingt den Grundsatz aufrechterhalten, gleiche Waren im Rahmen der Mehrwertsteuer gleich zu behandeln. Deshalb muss ich Sie bitten, den Antrag Debétaz/Vincenz abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je m'associe à l'éloge du vin tel que vient de le faire M. Debétaz. Je comprends la logique de son raisonnement: le vin, produit du sol, devrait être traité comme les autres produits du sol, comme les autres produits agricoles. Toutefois, je relève que ce raisonnement n'a pas été constamment tenu. On en a même tenu constamment un autre à savoir que le vin connaît dans la pratique générale, chez nous et ailleurs, un traitement qui n'est pas celui des produits agricoles. Je pense qu'on estime le vin trop «grand seigneur» pour lui faire l'aumône d'un tarif réduit; c'est ainsi que j'interprète la chose, à son honneur. Je constate qu'actuellement le vin est soumis à l'ICHA au taux normal. On a même connu pendant une certaine période, une imposition spéciale du vin; on l'a heureusement abrogée, quelques résistances s'étant marquées à cet égard. Elles s'élèveraient sans doute encore à juste titre à l'encontre d'un impôt spécial sur le vin. Mais un impôt spécial n'est pas la même chose que l'assujettissement de ce vin au taux normal de l'impôt sur le chiffre d'affaires.

Que fait-on à l'étranger? Je vois que l'Allemagne, où il y a du vignoble, taxe le vin à 11, bientôt 13 pour cent, comme les autres produits, que la France, pays encore plus viticole, a un tarif de 17,6 pour cent pour le vin; le Benelux, où il n'y a pas de vignobles, je le concède, applique un taux de 16 pour cent plus un impôt spécial; l'Autriche qui a du vignoble, 18 pour cent; l'Italie a un tarif réduit, de 6 pour cent, c'est le seul cas. Je constate donc que la pratique est de traiter le vin encore une fois comme un grand seigneur et de lui faire payer l'impôt normal, mais pas un impôt spécial selon la formule du Benelux et des pays scandinaves bien entendu. Sans doute, pour satisfaire à l'équité, j'aurais souscrit à une imposition générale de toutes les boissons alcooliques ou non alcooliques, à l'exception du lait, du café et du thé; mais la commission s'est heurtée, comme M. Debétaz l'a rappelé, à des impossibilités d'ordre pratique.

La perte pour nous signifie quelque 90 millions, si on applique les 10 pour cent, 80 millions avec votre 9 pour cent; c'est tout de même sensible. C'est suffisamment sensible pour que cela ne nous autorise pas à ouvrir une brèche

dans un usage et dans une pratique traditionnelle, généralisée dans le temps chez nous et dans l'espace en Europe. Je vous demande donc de maintenir la position du vin au tarif normal.

Abstimmung – Vote

Ziff. 1

Für den Antrag der Mehrheit (9-Prozent-Steuer für Wein)	22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (2,7-Prozent-Steuer für Wein)	10 Stimmen

Präsident: Wir kommen damit zum Eventualantrag der Minderheit Weber/Donzé.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte mich auf ganz wenige Ueberlegungen beschränken. Wir können im Sinne dieses Antrages jederzeit von 9 auf 10 Prozent gehen, wenn wir das entsprechende Verfahren beachten. Wir brauchen in der Uebergangszeit also eine Abstimmung von Volk und Ständen. Das braucht es auch, wenn der Eventualantrag Weber in der jetzigen Form durchgehen würde. Nach Ende der Uebergangszeit können wir im Rahmen der Bundesgesetzgebung den Satz gegebenenfalls von 9 auf 10 Prozent anheben, allerdings unter dem Vorbehalt des Referendums.

Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Ich möchte doch, dass hier präzisiert wird. Ich bin persönlich der Auffassung, dass, wenn diese Kompetenz im Artikel enthalten ist, es keine Volksabstimmung braucht. Es braucht auch nicht die Mehrheit der Stände, sondern dann ist die Kompetenz vorhanden. Ich möchte immerhin darauf hinweisen, dass, wenn wir die Uebergangszeit mit sechs Jahren festhalten, dies eine lange Zeit sein kann und wir unter Umständen froh wären, wenn wir diese 800 Millionen Franken hereinholen könnten. Ich bin mit Herrn Urech einverstanden: Wir müssen uns anstrengen auf dem Gebiet des Sparens. Es muss da allerlei drinliegen. Wir können aber nicht da auf 800 Millionen, dort auf 200 Millionen und an einem anderen Ort auf 50 Millionen verzichten und einfach alles mit dem Sparen hereinbringen. Das liegt einfach nicht drin. Ich glaube, Herr Bundesrat Chevallaz kann hier bereits ein Liedlein singen, wie sie schwitzen bei den Sparübungen, um nur das Allerwenigste hereinzubringen. Ich möchte Sie deshalb bitten, wenigstens dem Eventualantrag zuzustimmen. Es erleichtert nicht nur dem Bundesrat, sondern auch uns als Ratsmitglieder die Arbeit wesentlich.

Honegger: Der Antrag Weber ist vielleicht nicht ganz klar, indem er nicht sagt, wer die Kompetenz ausnützen kann, während der Uebergangszeit mit dem Steuersatz von 9 auf 10 Prozent zu gehen. Die Meinung ist natürlich, dass das Parlament zuständig ist.

Ich würde Ihnen deshalb vorschlagen, wenn Herr Weber damit einverstanden ist, dass man sagen müsste: «Dieser Satz kann durch die Bundesversammlung im Maximum auf 10 Prozent erhöht werden.»

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Ich bin damit einverstanden.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Après la décision que vous avez prise de fixer le taux à 9 pour cent, je soutiens évidemment la proposition de M. Donzé.

Quoique transitoire, la disposition que vous avez adoptée figurera dans la constitution, même si elle n'est valable que pour quatre ou six ans. Un vote positif du peuple et des cantons serait nécessaire dans ce délai pour passer de 9 à 10 pour cent, ce qui serait une opération d'Hercule. Donnez-vous au moins la faculté de fixer le taux de l'impôt

à 10 pour cent. Pour moi, il était implicite, mais si cela est précisé, c'est encore mieux, que le Parlement pourrait décider au bout des deux ou trois ans de passer de 9 à 10 pour cent.

Nous vous demandons d'accepter au moins la proposition de M. Donzé, amendée dans le sens des considérations de M. Honegger. A ce moment, nous aurions une formule de transition souple et acceptable, avec les réserves que j'ai faites quant au taux de 9 pour cent.

Urech: Ich möchte nur feststellen: Wir haben nun vorhin 9 Prozent beschlossen für die Uebergangszeit. Nun wäre mit diesem Eventualantrag die Möglichkeit geschaffen, dass wir innert diesen sechs Jahren wieder auf 10 Prozent gehen könnten. Das möchte ich meinerseits ablehnen. Wir sollten nun festhalten an dieser 9 Prozent für die Uebergangszeit. Wenn diese sechs Jahre vorbei sind, haben wir im Artikel 41ter die Möglichkeit zu einer Aenderung. Ich glaube, wir sollten nicht wieder den Hauptantrag auflockern.

Ich möchte beantragen, den Eventualantrag abzulehnen.

M. Morier-Genoud: Si la proposition de M. Urech est adoptée, elle entraînera pendant six ans une diminution de recettes que M. le chef du Département des finances chiffre à 800 millions, c'est-à-dire des déficits budgétaires encore plus importants. Dès lors, je crois qu'il vaut mieux dire franchement au peuple ce qu'il en est.

Vous vous demandez tous quelles dispositions risquent d'indisposer une partie ou l'autre de l'électorat. Nous avons entendu les chantages du vin, la ligue des abstinents, les coiffeurs. Nous ne nous arrêterons pas en si bonne voie et, finalement, nous dénaturerons complètement ce projet, si nous tenons compte de tous ces intérêts particuliers.

Il ne faut pas craindre d'affirmer que l'augmentation du taux à 10 pour cent est indispensable, si nous voulons éviter une aggravation progressive des déficits budgétaires au cours de ces prochaines années; et cela même s'ils sont déflationnistes, comme l'a relevé M. le conseiller fédéral.

Cette soupape de sûreté est donc encore une fois indispensable et nous devons l'introduire dans les dispositions transitoires.

M. Masoni: Si l'on acceptait la proposition éventuelle de M. Donzé, on enlèverait à la réduction du taux de 10 à 9 pour cent son effet psychologique, car il est bien clair que si nous introduisons, même dans les dispositions transitoires, le taux de 9 pour cent avec la possibilité de le porter à 10 pour cent, nous atténuons la portée de la réduction que nous venons de décider.

Si nous voulons vraiment maintenir l'effet psychologique de notre décision, nous devons nous en tenir au taux de 9 pour cent. Nous devons aussi tenir compte des réactions de l'opinion publique, et notre décision peut déterminer celle du peuple à l'égard du «paquet» lui-même. Nous aurons le temps de réfléchir à la question d'ici à la procédure d'élimination des divergences, mais il importe dès maintenant de prendre une décision claire et de fixer le taux de l'impôt à 9 pour cent dans les normes transitoires, taux pouvant être porté à 10 pour cent dans les normes définitives. C'est pourquoi je vous prie de bien vouloir refuser la proposition éventuelle de M. Donzé.

Präsident: Wir stimmen ab über den leicht modifizierten Antrag der Minderheit Weber/Donzé, der lautet: «Dieser Satz kann durch die Bundesversammlung im Maximum auf 10 Prozent erhöht werden.»

Abstimmung – Vote

Ziff. 2

Für den modifizierten Eventualantrag
der Minderheit
Dagegen

15 Stimmen
20 Stimmen

Präsident: Wir kommen damit zu Litera e Ziffer 3. Auch hier liegt ein Minderheitsantrag vor.

Vincenz, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit Ihrer Kommission stellt den Antrag, es sei für das gesamte Gastgewerbe ein reduzierter Steuersatz von 6 Prozent zu wählen. Damit wird ein Beschluss des Nationalrates übernommen, dies allerdings mit dem Unterschied, dass wir auf die zeitliche Beschränkung verzichten. Der Nationalrat sah vor, die Reduktion auf vier Jahre zu beschränken.

Wir sind uns bewusst, dass dieser Antrag von der Zielsetzung der Vorlage her gesehen auf wenig Sympathie stossen dürfte. Die Vorlage will ja dem Bund möglichst viele Einnahmen verschaffen. Jeder Vorschlag zur Reduktion entspricht weniger diesem Konzept und braucht deshalb eine ganz besondere Begründung.

Bevor ich die Gründe für die angeregte Sonderbehandlung dieses Erwerbszweiges darlege, gestatten Sie mir drei Vorbemerkungen.

1. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung der Mehrwertsteuer wird mit Recht – dies auch in der Botschaft des Bundesrates – Rücksicht auf die Tragfähigkeit des einzelnen Wirtschaftszweiges und der Gesamtwirtschaft gefordert. Unser Vorschlag geht auf die Feststellung zurück, dass ein bedeutender Teil des Gastgewerbes langfristig grosse Mühe haben wird, die Ertragslage in Ordnung zu halten. Herr Kündig hat bereits gestern auf diese Situation hingewiesen.

Das Gastgewerbe hat in unserem Lande eine ausserordentlich hohe Wertschöpfung aufzuweisen. Der gesamte Jahresumsatz wird auf 10 Milliarden Franken geschätzt; 10 Prozent Mehrwertsteuer ergeben eine jährliche Belastung von einer Milliarde, 6 Prozent – wie wir vorschlagen – eine solche von 600 Millionen Franken. Der Anteil des Mehrwertes – unser Präsident hat nur auf diese Komponente hingewiesen – als Folge der erbrachten Dienstleistungen ist hier ausserordentlich gross. Dabei ist der Abzug für Vorsteuern im Verhältnis sehr gering. Dieses Verhältnis muss bei der Beurteilung der Belastung gesehen werden.

Die Bedeutung der Funktion des Gastgewerbes als Träger der Wirtschaft ist je nach der Wirtschaftsstruktur einer Region ausserordentlich unterschiedlich. So ist der Tourismus im Berggebiet immer mehr zum Hauptträger der Wirtschaft geworden, so dass die Folgen einer übersetzten fiskalischen Belastung hier besonders stark empfunden werden.

Der Antrag der Minderheit auf eine Sonderbehandlung – nicht auf Befreiung – drängt sich aber auf, weil die Betriebs- und Kostenstruktur des Gastgewerbes sich in verschiedener Hinsicht mit den übrigen gemäss Vorschlag des Bundesrates erfassten Betrieben nicht vergleichen lässt. Lassen Sie mich kurz die Hauptmerkmale dieser Sonderstellung beschreiben:

Der Tourismus unseres Landes steht in direkter Konkurrenz zum Ausland. Eine einzige Zahl (sie wurde durch Herrn Kündig bereits erwähnt) mag diese Konkurrenzsituation beleuchten: Im Jahre 1974 stand der Fremdenverkehr mit 5,3 Milliarden Franken Deviseneinnahmen an dritter Stelle in der Klassierung der wichtigsten Exportindustrien unseres Landes. Die Gäste – Schweizer und Ausländer – vergleichen die Preise und sind dann vielfach sehr schnell entschlossen, ihre Ferien im billigeren Ausland zu verbringen. Dazu kommt, dass der harte Franken nicht nur der Exportindustrie Sorgen bereitet, sondern im täglichen Vergleich vor allem den gastgewerblichen Betrieben, die auf Gäste aus dem In- und Ausland angewiesen sind. Diese Ausweichmöglichkeit ist es auch – und das ist entscheidend –, die eine Abwälzung der Mehrbelastung auf den Verbraucher zufolge der Mehrwertsteuer verunmöglicht. Der Vergleich mit der Exportindustrie, die der Mehrwertsteuer nicht unterstellt ist, drängt sich auf. Exportprodukte, die für ein Land ohne Mehrwertsteuer bestimmt sind, bleiben von dieser fiskalischen Belastung verschont. Der Tourismus müsste für alle seine Leistungen die volle Mehrwertsteuer abliefern.

Die Expertenkommission für die Einführung der Mehrwertsteuer schreibt auf Seite 48 ihres Berichtes: «In den umliegenden Staaten sind die gastgewerblichen Leistungen der Mehrwertsteuer unterstellt, zum Teil jedoch zu einem ermässigten Satz.» Entscheidend ist aber der Umstand, dass die fiskalische Mehrbelastung dort zu einer Zeit eingeführt wurde, als es noch möglich war, Preiserhöhungen vorzunehmen. Heute ist das für die schweizerische Hotellerie einfach ausgeschlossen.

Das Gastgewerbe wird aber nicht nur vom Ausland her konkurrenziert; durch die Befreiung einzelner Dienstleistungen von der Mehrwertsteuer wird es auch in seiner Konkurrenzstellung im Inland zusätzlich benachteiligt. Der Grundgedanke der Mehrwertsteuer, die Wettbewerbsneutralität, wird durch eine eigentliche Wettbewerbsverzerrung im Falle des Gastgewerbes verletzt. Dieser Tatbestand ist beim Verhältnis Hotellerie/Parahotellerie eindeutig vorhanden, bei der unterschiedlichen Belastung der Restaurationsleistungen im Vergleich zum Heimkonsum und bei der Vorzugsbehandlung der Verpflegungsleistungen des Händlers ausserhalb der Gaststätten.

Diese Bedenken lassen sich auch nicht aus der Welt schaffen mit dem Hinweis, dass diese Sonderbehandlung als Präjudiz nicht zu verantworten wäre. Im Gegenteil, die Tatsache, dass weitere eigentliche Dienstleistungen gemäss Vorlage nicht erfasst werden – ich nenne die Banken, Versicherungen, Transporte –, wird in Kreisen des Gastgewerbes als rechtungleiche Behandlung empfunden. Der Grundsatz der Gleichbehandlung, der heute gross geschrieben wurde, sollte konsequenterweise auch hier durchgezogen werden.

Dazu kommt, dass das Gastgewerbe gegenwärtig und in nächster Zukunft – als Folge der Fremdarbeiterregelung des Bundes – unvergleichbar grössere Mühe haben wird, die erforderlichen Arbeitskräfte zu tragbaren Bedingungen zu beschaffen. Der Schweizer und die Schweizerin werden nicht mehr bereit sein – trotz Rezession –, einen grösseren Teil der vom Gastgewerbe angebotenen Arbeitsplätze zu besetzen. Man wird auf einen reduzierten Bestand an Ausländern angewiesen sein, der seinerseits versucht, diese unerfreuliche Marktsituation zu seinen Gunsten anzunützen. Von dieser Seite wird die Teuerung ohnehin nicht aufzuhalten sein.

Entscheidend ist für mich der regionale wirtschaftspolitische Aspekt. Wie eingangs erwähnt, ist der Tourismus in den meisten Regionen des Berggebietes zum Hauptträger der dortigen Wirtschaft geworden. Eine Ersatzlösung besteht dort nicht, wodurch sich die wirtschaftliche Struktur dieser Gebiete von jener der Industriezentren unterscheidet. Zudem sind viele Touristenzentren im Berggebiet noch jung und befinden sich deshalb in der investitionsintensiven Aufbauphase. Zusätzliche Belastungen bremsen oder verunmöglichen eine vom gleichen Bund unterstützte Entwicklung. Leider hat die Verwaltung keine Bereitschaft gezeigt, eine Sonderlösung für diese Gebiete zu suchen. Die Schwierigkeit in der Ausscheidung der Gebiete vermag als Grund in keiner Weise zu überzeugen.

Der Präsident unserer Kommission und auch Herr Urech haben heute morgen die Reduktion des Steuersatzes auf 9 Prozent damit begründet, dass die Vorlage in diesem Fall wesentlich mehr Aussicht habe, bei der Volksabstimmung durchzukommen. Dies gilt nun aber auch für diesen Minderheitsantrag.

Ich möchte deshalb noch auf diesen abstimmungspolitischen Aspekt verweisen: Die Gruppe des Gastgewerbes zählt rund 23 000 steuerpflichtige Betriebe. Sie hat der Vorlage in der jetzigen Form den Kampf angesagt. Ein Entgegenkommen auf halber Höhe im Sinne des Vorschlages der Minderheit – keine unechte Befreiung – schliesst die Möglichkeit einer Aufgabe der grundsätzlichen Opposition in sich. Mit Blick auf die besonders intensive Volksverbundenheit dieser Erwerbsgruppe würde damit der Vorlage in der Volksabstimmung ein guter Dienst erwiesen.

Neben den gewichtigen sachlichen Gründen spricht auch diese taktische Ueberlegung für die Aufnahme dieses Minderheitsantrages. Schliesslich müssen wir eine Vorlage

ausarbeiten, die auch gewisse Aussicht auf Annahme durch das Volk hat. In erster Linie ist es diese Sorge – ich möchte das betonen –, die uns veranlasst hat, diesen Antrag zu stellen. Er lässt sich somit sachlich, aber auch taktisch begründen. Aus dem gleichen Grund haben wir auch auf die Befristung, die der Nationalrat beschlossen hat, verzichtet.

Ich ersuche Sie deshalb, diesem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Bürgi, Berichterstatter der Mehrheit: Herr Vincenz nimmt einen Antrag auf, der vom Nationalrat beschlossen wurde; er verzichtet allerdings auf die dort eingefügte Befristung von vier Jahren; er möchte also den Sondersatz für das Gastwirtschaftsgewerbe unlimitiert angewendet wissen. Er hat einen ähnlichen Antrag auch in der Kommission gestellt. Dieser wurde mit 11 : 4 Stimmen abgelehnt. Ich gebe Ihnen hierfür die wichtigsten Gründe bekannt.

Das Gastwirtschaftsgewerbe ist zweifellos ein wichtiger Teil der Wirtschaft, aber gerade deshalb müssen wir uns wohl überlegen, ob wir hier eine dauernde Ausnahme gewähren dürfen. Tun wir es hier – ich muss dieses Argument unoriginellerweise immer wiederholen –, dann haben andere Wirtschaftszweige das gute Recht, sich auch auf einen Sonderfall zu berufen und einen Extrasatz für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn der Antrag Vincenz angenommen würde, ergäbe das einen beträchtlichen Steuerausfall. Aufgrund der Tatsache, dass wir heute morgen 9 Prozent beschlossen haben, dürfte dieser Ausfall auf jährlich ungefähr 300 Millionen Franken beziffert werden.

Nun glaube ich aus allen bisherigen Diskussionen, an denen ich im Rahmen des Gastwirtschaftsgewerbes selber teilnehmen konnte, dass die Tatsache des Vorsteuerabzuges nicht genügend gewürdigt wird. Auch diese Wirtschaftsgruppe kann alle ihr belastete Mehrwertsteuer, auch diejenige auf Investitionen, in Abzug bringen. Das ergibt beim Gastwirtschaftsgewerbe insgesamt doch einen erheblichen Betrag. Gerade bei der Hotellerie, die Herr Vincenz in den Mittelpunkt seiner Ueberlegungen gestellt hat, kann der auf Investitionen beruhende Vorsteuerabzug durchgeführt werden. Dann darf ich, was die kleinen Betriebe des Gastwirtschaftsgewerbes betrifft, darauf hinweisen, dass wir durch die Erhöhung des steuerfreien Umsatzes auch hier einige tausend Betriebe aus der Steuerpflicht herausbringen, die aufgrund der Anträge des Bundesrates darunter gefallen wären.

Nun noch eine etwas mehr politische Ueberlegung. In der Beratung der Kommission beriefen sich mehrere Kommissionsmitglieder auf mündliche oder sogar schriftliche Erklärungen prominenter Sprecher des Gastwirtschaftsgewerbes. Diese Erklärungen gingen dahin, auch bei einem Satz von 6 Prozent werde der grundsätzliche Widerstand gegen die Mehrwertsteuer aufrechterhalten; auch bei 6 Prozent werde man frontal in den Abstimmungskampf im Sinne der Gegnerschaft eingreifen. Ich sehe mich veranlasst, mein grosses Bedauern über diesen Mangel an politischer Flexibilität zum Ausdruck zu bringen. Wir sind gezwungen, das einstweilen zur Kenntnis zu nehmen. Ich wage aber zu hoffen – und hier darf ich mich sicher an Herrn Vincenz als allfälligen Vermittler wenden –, dass im Hinblick auf die Differenzbereinigung etwas mehr Flexibilität an den Tag gelegt wird und dass von der Politik «alles oder nichts» abgegangen wird.

Aus all diesen Gründen muss ich Ihnen im jetzigen Stadium der Beratungen die Ablehnung des Antrages Vincenz vorschlagen.

Knüsel: Die Behandlung des Gastgewerbes und der Hotellerie spielt in jener Zeit, da wir dann den Abstimmungskampf zu bestehen haben, eine ganz ausschlaggebende Rolle. Herr Kollega Vincenz als Antragsteller des Minderheitsantrages hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Wertschöpfung der gastwirtschaftlichen Dienstleistungen und der Hotellerie von ausschlaggebender volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, und ich glaube, es geht in diesem Zusammenhang nicht darum, dass wir für irgendeinen

Dienstleistungssektor eine Sonderregelung, eine Bevorteilung gegenüber anderen anvisieren, um gegebenenfalls den Abstimmungskampf bestehen zu können. Ich glaube, die Frage liegt an einem andern Ort.

Bereits schon die Kommission, die die Vorschläge über die Gestaltung einer schweizerischen Umsatzsteuer nach dem Mehrwertssystem im Jahre 1974 abgeliefert hat, kommt zu folgendem Ergebnis – und ich glaube, diese Zahlen werden uns nachher wieder serviert –: Bei einem Normalatz von 10 Prozent und einem ermässigten Satz von 3 Prozent auf dem Einkauf von Nahrungsmitteln in der Gröszenordnung von 540 Millionen Franken 1971/72 (darf ich daran erinnern, das waren jene Jahre der goldenen Zeit für die Hotellerie) wird «pro Steuerpflichtigen des Gastgewerbes» ein Mehrertrag von gegen 26 000 Franken herauszuschauen müssen. Wenn wir von der Tatsache ausgehen, dass die gastgewerblichen Betriebe zu zwei Dritteln Kleinbetriebe sind, dass sie, der Arbeitgeber eingeschlossen, vier und weniger Arbeitskräfte beschäftigen, dann kann ich nicht daran glauben, dass gegenüber der Normalbesteuerung dieser Betriebe, gegenüber der zum Teil sehr hohen Patentgebühren, die diese Betriebe den Kantonen entrichten (sie zahlen die Beherbungsabgaben, sie zahlen die Kurtaxen, sie zahlen die Monopolgebühren), und nun soll – und das wird ganz bestimmt kommen – jeder Betrieb im Schnitt gegen 26 000 Franken Mehrwertsteuer abliefern müssen. Wenn dem nun tatsächlich so ist, glaube ich, sehen wir an einem Problem vorbei. Und das ist die Tatsache, dass der Frankenkurs heute der schweizerischen Hotellerie ausgesprochen grosse Schwierigkeiten bereitet. Darf ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Frequenzrückgang in den letzten drei Jahren gesamthaft 17 Prozent betrug. Wir können sagen, dass das im Normalen liege. Aber der Umsatz, der pro Gast und Tag in der Hotellerie und im Gastgewerbe erzielt wird mit diesem schlechten Pfundkurs, mit diesem Dollarkurs (noch ein Drittel, vielleicht 40 Prozent, was er vorher ausgegeben hat), sinkt. Der Amerikaner fragt heute zuerst nach dem Preis, bevor er Geld auslegt. Das heisst also, dass die Frequenzen, die in den Uebernachtungszahlen ausgewiesen sind, nur eine Komponente darstellen, aber über den inneren Wert des Volkswirtschaftlichen nur bedingt Auskunft geben können. Das ist die Folge davon. Wenn wir den Karren überladen, habe ich Bedenken, dass wir die Abstimmung bestehen können.

Die volkswirtschaftliche Seite ist aber mit dieser Angelegenheit noch nicht erledigt. Ich kenne auf dem Platz Luzern und der Zentralschweiz eine ganze Reihe von Hotels, die den Weg in die Zukunft nicht mehr sehen. Grosshotels, die in das Discountgeschäft eingestiegen sind, damit sie nur diese Uebernachtungszahlen herbeibringen. Bei konstanten Preisen in den letzten drei Jahren steigen viele konstante, gute, organisierte Kunden aus, weil dieser Fremdenplatz Schweiz zu teuer ist. Nun geben wir noch 9 oder 10 Prozent Mehrwertsteuer darauf. Ich glaube nicht, dass wir bestehen können, es sei denn, wir gehen von der Ueberlegung aus: Wir spielen eine Uebung durch und schauen dann, wenn die Sache fällig ist, wie wir den Anschluss finden und wo die Widerstände zu suchen sind.

Die direkte Folge dieser aufsummierten Abgaben im Gastgewerbe und in der Hotellerie ist doch zweifellos die, dass die Reparaturen, die täglichen und jährlichen Investitionen, die geleistet werden müssen, nicht mehr durchgeführt werden können und damit die Hotellerie in der Schweiz, vor allem auch in den abgelegenen Gebieten, an Konkurrenzfähigkeit ausserhalb der verzerrten Wechselkursverhältnisse, an Attraktivität soviel verliert, dass dieser Platz Schweiz von den Ausländern noch stärker umfahren wird.

Dazu kommt, dass wir in den Kantonen in der Aufarbeitung der Investitionshilfegesetze in bezug auf die Entwicklungskonzepte stehen. Ich glaube, es gibt keinen Kanton, der praktisch in jeder Gemeinde den Tourismus im Vordergrund sieht. Ich gebe zu, dass ein gewisser Zielkonflikt in der Materie liegt. Aber im gegenwärtigen Zeitpunkt hätte ich grosse Bedenken, wenn wir auf der einen Seite die Entwicklungskonzepte erarbeiten, das revidierte Bundes-

gesetz über das Hotel- und Kurortskreditwesen und das Bürgschaftskreditgeschäft zur Förderung dieses Tourismus im Vordergrund sehen, auf der anderen Seite einen Teuerungsimpuls mithineingeben, der an einem Ort nicht aufgeht; das sind die Umsatzzahlen des Gastes und vor allem die Uebernachtungszahlen.

Ich glaube, das Anliegen von Herrn Kollega Vincenz liegt sicher nicht so neben der Wirklichkeit. Die gleiche Expertenkommission, die den Vorschlag für eine schweizerische Mehrwertsteuer im Jahre 1974 ausgearbeitet hat, kommt zum Schluss, dass von unseren sämtlichen Nachbarländern einzig und allein Deutschland den Normalansatz aufweist. Frankreich hat gestaffelt. Die grossen touristischen Länder weisen folgende Zahlen auf: Italien 6 Prozent auf den Beherbergungsbetrieben gegenüber 12 Prozent vom Normalansatz; Oesterreich 8 Prozent auf den gastgewerblichen Dienstleistungen bei einem Normalansatz von 16 Prozent. Ich hätte grosse Bedenken, wenn wir hier eine zusätzliche Wettbewerbsverzerrung schaffen. Vergessen wir doch eines nicht: Man sagt mit Recht: Jede zweite Uebernachtung erfolgt in der Para-Hotellerie. Die Para-Hotellerie ist, gestützt auf die heutige Situation, frei. Ich kann nicht daran glauben, dass hier keine Wettbewerbsverzerrungen zusätzlicher Art entstehen. Das werden wir an den Abstimmungen hören, wenn wir nicht irgendwo die Bereitschaft des Verstehens gegenüber dieser Berufsgruppe zeigen. Ein kleines Beispiel: Wenn eine Grillbar auf dem Trottoir eine Wurst verkauft, beträgt die Vorbelastung 3 Prozent; wird sie im Gastgewerbelokal konsumiert, dann ist die Belastung 9 bzw. 10 Prozent.

Diese Verzerrungen auch innerhalb der gewerblichen Betriebe schaffen Unebenheiten und Unzufriedenheiten. Ich sehe meinerseits recht schwarz, diesen Verzerrungen gegebenenfalls Widerstand zu leisten.

Diese Fachkommission zur Mehrwertsteuer hält folgendes fest: «Angesichts dieser Tatsache lässt es sich rechtfertigen, auch in der Schweiz diese Leistungen zu besteuern und damit insbesondere den Fremdenverkehr für die teilweise Deckung der von ihm verursachten öffentlichen Kosten heranzuziehen.» Das war die Schau aus dem Jahre 1973/74. Immerhin sollte die Steuer nicht so hoch angesetzt werden, dass sich daraus eine merkliche Schlechterstellung gegenüber dem Gastgewerbe im konkurrenzierenden Auslande ergibt. Ich habe Stimmen gehört von massgebenden Hoteliers und vom Schweizerischen Wirteverband, bei denen eine gewisse Hoffnung durchzublicken war, dass beim Antrag Vincenz die Verhandlungsbereitschaft besteht. Bei mir schimmert einfach die Sorge durch, dass, wenn wir die mittlere Unzufriedenheit in Form einer Härte über unser Land ergehen lassen – alles oder nichts – wir am Schluss der Dinge nichts haben. Dann müssen wir uns fragen: Wie lange dauert es, bis wir wieder ein akzeptables System haben?

Ich weiss, dass es um viele Millionen geht. Aber die besonderen Umstände der Hotellerie und die schwierige Situation, der sie ausgesetzt ist, glaube ich, würden es doch rechtfertigen, dem Antrag Vincenz die Gefolgschaft zu geben.

Hofmann: Unser Rat hat gestern zu Recht die sogenannte unechte Befreiung des Gastgewerbes abgelehnt. Jetzt geht es um eine Sonderbehandlung.

Ich muss zugestehen – ich glaube, das war auch die Auffassung der Kommission –, dass gewisse Gründe für eine Sonderbehandlung bestünden. Diese sind dargelegt worden. Nicht entscheidend möchte ich abstellen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die heute im Gastgewerbe bestehen. Sie sind auch in anderen Branchen vorhanden, die mit der Mehrwertsteuer belastet werden. Aber bestritten werden kann nicht eine gewisse exportähnliche Situation unserer Fremdenverkehrsgastwirtschaft. Deshalb trifft es tatsächlich auch zu – wie Herr Knüsel soeben dargelegt hat –, dass die Fremdenverkehrsländer Europas Sonderbehandlungen eingeführt haben (abgestufte Ansätze usw.).

Warum ist die Kommission nicht zu einer Mittellösung gekommen? Ich glaube deshalb, weil die intensiven Bemühungen des Gastgewerbes resolut auf die Befreiung gingen; man erklärte offiziell, dass man sich mit einer Sonderbehandlung nicht zufriedengebe. Immerhin muss ich sagen: Zwischenhinein waren auch andere Stimmen zu hören, dass man über eine Zwischenlösung sprechen könnte.

Ich glaube nun, dass es in diesem Stadium wichtig und richtig ist, mit dem Nationalrat eine Differenz zu schaffen. Dann hat in der Zwischenzeit das Gastwirtschaftsgewerbe Zeit, in sich zu gehen und zu überlegen, dass das totale Begehren nicht durchsetzbar ist – eine Befreiung kann nicht in Frage kommen –, aber dass man über eine Sonderbehandlung im Sinne einer Zwischenlösung verhandeln will. Lehnt man das ab, dann muss ich für mich – ich glaube, für die meisten Mitglieder der Kommission – sagen, auf dem vollen Satz beharren, weil etwas anderes, wegen der Folgen, die der Kommissionspräsident dargelegt hat, nicht vertretbar ist. Ich glaube, dieser taktischen Situation wird man im Moment am besten gerecht, wenn man dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmt; meinerseits – ich kenne auch die Meinung anderer Kommissionsmitglieder – in der Hoffnung und Erwartung, dass man in der Zwischenzeit mit dem Gastwirtschaftsgewerbe sich auf eine andere Lösung einigen könne, was im Interesse des gesamten Finanzpaketes (wie das die Herren Knüsel und andere darlegten) aus abstimmungstaktischen Gründen sicher zu begrüssen wäre. In diesem Sinne werde ich heute für die 9 Prozent stimmen.

Honegger: Der Schweizerfrankenkurs ist natürlich nicht nur ein Problem für das Gastgewerbe und die Hotellerie. Nach den Darlegungen des Herrn Knüsel hätte man meinen können, dass die Bewertung des Schweizerfrankens allein der Hotellerie Sorgen bereitet. Das ist natürlich nicht der Fall. Nicht nur die Exportindustrie – die ich hier aus dem Spiel lassen will –, sondern viele andere Industrien spüren den hohen Schweizerfrankenkurs auch. Denken Sie nur an die Textilindustrie, die durch die billigen Importe – dank dem hohen Frankenkurs – beträchtliche Schwierigkeiten hat. Es gibt auch viele andere Branchen, die mit dem genau gleichen Recht eine Sonderbehandlung verlangen könnten.

Ich halte es auch für gefährlich, wegen der Sondersituation, die sich heute durch den überbewerteten Schweizerfranken ergibt, die Mehrwertsteuer als langfristiges Problem aus einer momentanen Sicht zu beurteilen.

Dazu kommt, was bereits Herr Hofmann betonte: Wir haben uns in der Kommission sehr bemüht, eine Lösung für das Gastwirtschaftsgewerbe zu finden, nicht zuletzt auch aus politischen Gründen. Aber bis heute haben Gastgewerbe und Hotellerie erklärt, sie seien grundsätzlich gegen die Mehrwertsteuer eingestellt und liessen sich auch nicht durch den Antrag Vincenz von dieser Haltung abbringen. In diesem Falle sehe ich nicht ein, warum man Hunderte von Millionen Franken preisgeben soll, wenn doch die harte Front des Gastgewerbes und der Hotellerie nicht aufgelockert werden kann.

Es ist natürlich nicht so, Herr Knüsel, dass die grosse Parahotellerie nun einfach frei wäre; sie bleibt auf der Vorsteuer sitzen. Nur jene Firmen und Unternehmungen, die unter die 50 000-Franken-Grenze fallen, werden befreit. Das muss doch auch noch festgehalten werden.

Ich möchte Sie bitten, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Krauchthaler: Der Antrag Vincenz könnte – wenigstens aus meiner Sicht – zur irrigen Auffassung verleiten, mit der Verankerung hier in Artikel 9 der Uebergangsbestimmungen wären diese 6 Prozent dauernd festgelegt. Das kann doch nicht zutreffen. Die Uebergangsbestimmungen werden ja durch das Gesetz abgelöst, so dass wir hier nicht zwingend etwas vorschreiben können, was dann ins Ge-

setz übernommen werden müsste. Entweder ist die Streichung der Befristung im nationalrätlichen Beschluss nicht nötig oder die Befristung war überhaupt überflüssig. Hier sehe ich nicht ganz klar. Im Gesetz werden wir aber auch diese Frage regeln müssen. Nachdem wir nun auf 9 Prozent reduziert haben, hätte man Gelegenheit, in der Hotellerie während dieser vier bis fünf Jahre die Entwicklung zu beobachten und bei der Gesetzeslegiferierung der Situation Rechnung zu tragen.

Nachdem wir uns nun auf 9 Prozent geeinigt haben, liegt von den Finanzen her gesehen «nichts mehr drin». Es widerstrebt mir aber auch, in der Verfassung für eine einzige Berufsgruppe eine Ausnahme festzulegen, wenn es auch nur in den Uebergangsbestimmungen ist. Das wollen wir doch dem Gesetz vorbehalten. Es wird sich auch noch zeigen müssen, wieweit es erhebungstechnisch überhaupt möglich ist, zwei, drei oder vier Erhebungssätze einzubauen. Eines ist sicher: Wenn wir hier Ja sagen, dann werden wir bei der Gesetzesberatung einen ganzen Rattenschwanz von Begehren weiterer notleidender Berufsgruppen erhalten.

Was das Verhältnis der Parahotellerie zur Hotellerie betrifft, gebe ich zu, dass sich das Gastgewerbe hier im Nachteil befindet. Es muss einen Raum zur Verfügung stellen, es muss die Gäste – auch wenn diese nicht immer angenehm sind – hüten und unterhalten, während bei einem Verkauf über die Gasse die Ware und damit auch gleich der Gast weg ist. Aber auf der Vorsteuer bleiben diese Leute sitzen, während der Gastwirt diese abziehen kann.

Hier war für mich einer der schwierigsten Entscheide in der Kommission. Ich habe mich aber durchgerungen und möchte Sie bitten, der Mehrheit zuzustimmen. Im Gesetz werden wir dann eventuellen Notlagen Rechnung tragen können.

Vincenz: Noch kurz zu einzelnen Bemerkungen: Herr Hofmann erwähnte, er möchte eine Differenz zum Nationalrat schaffen. Das wollen auch wir mit dem Minderheitsantrag, indem wir die Befristung fallenlassen. – Herr Krauchthaler möchte keine Ausnahmen aufnehmen. Da gilt es doch festzuhalten, dass wir bereits Ausnahmen haben und genau für jenes Gebiet, das auch ihm naheliegt, nämlich für die Landwirtschaft.

Der Kommissionspräsident, aber auch Herr Honegger, erklärten, wir dürften keine Ausnahmen vorsehen, weil sonst auch andere Erwerbszweige Begehren anmelden würden. Ebenso gut könnte man aber argumentieren: Wir haben nun so viele Ausnahmen vorgesehen, dass wir auch noch einen anderen Erwerbszweig nicht voll, aber teilweise befreien können. So kann man hier nicht operieren. Wir haben bereits Ausnahmen für Dienstleistungsbetriebe aller Art, so dass auch diese Begründung hier nicht gelten kann.

Was nicht zutrifft, ist der Hinweis, die Hotellerie habe die Möglichkeit, die Vorsteuer in grösserem Umfang in Abzug zu bringen. Wenn man die Kostenstruktur der Hotelleriebetriebe in Betracht zieht, stellt man fest, dass der Aufwand für die Dienstleistungen ausserordentlich gross ist und dass diese Dienstleistungen der vollen Mehrwertsteuer unterliegen. Das Verhältnis der Investitionen zur Dienstleistung ist hier also so, dass die Investition einen relativ kleinen Anteil hat, und von dieser Situation erhalten wir auch die Benachteiligung gegenüber der Parahotellerie. Hier sind die eigentlichen Dienstleistungen wesentlich kleiner.

Als Letztes zum Taktischen: Ich bin der Meinung, dass das Gastgewerbe selber sich überlegen wird und überlegen muss, ob nicht auf diese Zwischenlösung eingetreten werden könnte, und ich habe ganz konkrete Anhaltspunkte, wo gesagt wird: Wenn man bereit ist, diese Sonderstellung, diese Sonderschwierigkeiten zu berücksichtigen, dann sehen wir auch ein, dass wir einen gewissen Beitrag über die Mehrwertsteuer leisten müssen, und das würde ungefähr bei 6 Prozent liegen.

Und ein Letztes: Wenn man immer wieder sagt, andere hätten die gleichen Schwierigkeiten mit der schlechten Währungssituation, so stimmt das nicht ganz. Es ist doch festzustellen: Mit Ausnahme der Exportindustrie, die Berücksichtigung fand, ist es die Hotellerie, die in erster Linie und ganz typisch unter dieser Entwicklung der Währungsverhältnisse leidet. Die Schwierigkeiten sind diesen Sommer sehr spürbar geworden; sie werden wahrscheinlich in nächster Zeit noch spürbarer werden. Ich glaube also, hier muss man zugestehen – ob man die Ausnahme schaffen will oder nicht –, dass eine Sondersituation bei der Hotellerie gegeben ist. Ich danke.

M. Genoud: Je voudrais, pour ma part, soutenir la proposition de minorité de MM. Vincenz et Debétaz. Je crois que si je dois le faire, ce n'est pas en raison des difficultés présentes et même durables que connaît notre hôtellerie, parce que si nous entrions dans ces considérations, comme on l'a relevé, il faudrait certainement prendre des mesures exceptionnelles pour tant et tant de secteurs, tant et tant d'activités. Ce n'est pas la cherté du franc – qui du reste pourrait se modifier, il faut même le souhaiter, dans un avenir plus ou moins rapproché – ce ne sont pas d'autres difficultés d'occupation ni le coût des services que nous devons payer dans notre pays qui motivent mon soutien et mon intervention, mais c'est le fait – et on l'oublie trop souvent – que notre industrie touristique est pour une part importante une activité d'exportation. Or, ici je voudrais répondre à quelques remarques qui ont été faites tout à l'heure. Lorsque l'exportation est bien précisée et définie, il est entendu qu'on rétrocède les impôts perçus de façon à ne pas s'exposer à se trouver dans un état de concurrence défavorable sur le marché international. Je vois que d'autres pays – M. Knüsel en a parlé tout à l'heure – ont abaissé de 50 pour cent – c'est le cas en Italie et en Autriche – le taux pour l'hôtellerie. Je pense qu'une mesure semblable est correcte, judicieuse et nécessaire également chez nous. Dans les cantons de montagne, plus particulièrement, la statistique nous démontre que 50 pour cent des nuitées en hôtel sont le fait des étrangers. Je ne pense pas qu'on puisse demander qu'un décompte soit fait avec chaque note d'hôtel, de façon à pouvoir calculer et invoquer la rétrocession de la taxe à la valeur ajoutée. Je suis d'avis qu'une correction sur l'ensemble du taux devrait apporter cette justice et cette équité, de façon à ce que cette activité d'exportation, comme les autres, ne soit pas pénalisée par cet impôt. Voilà la raison pour laquelle – et c'est la seule – je soutiens la proposition de MM. Vincenz et Debétaz, pour une disposition limitant durablement ce taux, compte tenu du caractère d'activité d'exportation de notre hôtellerie.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Les arguments qui ont été développés par MM. Vincenz et Genoud sont d'un très grand intérêt et très substantiels. A propos des taux pratiqués par nos voisins, je relève qu'ils sont très divers, très complexes et que les comparaisons ne sont pas tout à fait valables. Nous devons considérer que, même à tarif réduit, la charge afférente à la taxe à la valeur ajoutée de l'hôtellerie et de la restauration est plus forte, dans ces pays, qu'elle ne le sera chez nous à des taux de 9 ou 10 pour cent. Je prends l'exemple de la France; une partie des prestations hôtelières y sont imposées à 7 pour cent, mais d'autres le sont à 20 pour cent; il est vrai qu'elles seront réduites bientôt à 17 pour cent. Pour d'autres, c'est encore un tarif intermédiaire. De toute manière l'hôtellerie française paie plus cher que ne paiera l'hôtellerie suisse. On l'a relevé déjà et j'insiste sur ce point: ce ne sera pas une charge nouvelle de 10, respectivement de 9 pour cent qui va frapper l'hôtellerie et les auberges. Cette branche supporte actuellement déjà des charges par le biais des achats, une sorte de «Vorsteuer», de taxe occulte, qui représente déjà quelque 250 millions. En fait, la taxe nouvelle sera de l'ordre de 6 pour cent sur les prix actuels.

Je ne considère pas l'agriculture comme une exception qu'on a voulu privilégier pour des raisons politiques; c'est une appréciation d'ordre administratif qui nous a fait dire que, somme toute, les paysans bénéficieraient d'autant de rétrocessions qu'ils devraient payer d'impôt ou, en tout cas, que la différence est tellement faible que toute une gymnastique administrative pour quelque 150 000 contribuables ne se justifiait pas par le rapport fiscal. Ce n'est pas une question de privilège politique; c'est une question d'allègement administratif.

Les arguments de MM. Vincenz et Knüsel sur la situation de l'hôtellerie méritent attention, je le répète. Mais leurs considérations sur les difficultés de cette branche fort honorable sont valables pour la plupart de nos activités artisanales et commerciales, autrement dit pour la plupart des contribuables de la taxe à la valeur ajoutée. Une certaine récession sévit partout; on note partout une certaine dépression.

Au sujet de la valeur du franc, vous me permettrez d'ouvrir une parenthèse: je ne suis pas certain que la valeur du franc, à moyen terme, soit si désavantageuse et à nos industries d'exportation et à notre hôtellerie. On a lu récemment – c'était au mois de juillet – un article du brillant économiste qu'est l'actuel premier ministre français. Il faisait la démonstration que la situation, pour l'exportation et par conséquent pour le tourisme, était meilleure dans les pays qui, comme la Suisse et l'Allemagne, ont su «tenir» leur franc en «tenant» leurs prix, qui bénéficient d'une monnaie paraissant trop élevée mais de prix très rigoureusement maîtrisés. La situation est meilleure dans ces pays-là que dans des pays comme l'Angleterre ou la France où la monnaie fondante, la baisse de la valeur de la monnaie, apparemment intéressante sur le terrain concurrentiel, est largement et tristement compensée par la hausse des prix. Ce mouvement allant s'accroissant, nous ne profitons peut-être pas de tous les avantages de cette valeur, mais à terme, je crois qu'une certaine compensation s'établira. Quoi qu'il en soit, si nous voulions tenir compte d'une situation particulièrement difficile de l'hôtellerie, nous devrions considérer a fortiori la situation autrement plus difficile de l'industrie du bâtiment, qui se voit maintenant contrainte de se redimensionner à 50 pour cent de la valeur d'activité qu'elle représentait en 1972. C'est là qu'il faudrait consentir une exception. Mais comment vouloir – puisque c'est la justification de la TVA d'être un impôt très largement réparti – y soustraire une partie importante des contribuables? Nous serions en contradiction avec ce que nous avons voulu.

Un mot encore sur le problème politique: on doute que cette concession d'un tarif privilégié suffirait à entraîner l'adhésion des hôteliers et aubergistes. On relève ici – M. Hoffmann l'a souligné – qu'une divergence créée par votre Conseil par rapport à la décision du Conseil national pourrait permettre d'y voir plus clair et peut être de négocier avec ceux qui chercheraient la négociation. Oui, je l'ai bien dit, j'y reviens, je veux croire que ces paroles ne paraissent pas trop gratuites car j'ai trop d'estime pour cette honorable corporation: je ne pense pas que les aubergistes et hôteliers, s'obstinant dans la défense de leurs intérêts stricts, vont mettre en péril une réforme qui, dans son ensemble, est équitable, justifiée et nécessaire à l'Etat. Cette profession est assez intelligente pour mesurer les conséquences et les retombées qu'aurait un refus de nos propositions. Vu la perte de recettes de l'ordre de 400 à 300 millions qui est en jeu, vous comprendrez que le Conseil fédéral ne soit pas favorable à l'aménagement d'un statut privilégié pour cet honorable et respectable corporation.

Nous vous demandons donc de vous en tenir aux propositions du Conseil fédéral et de la majorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

21 Stimmen
13 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. f*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Jauslin

... massgebend. Beim Handel mit gebrauchten Waren kann die Steuer ...

Chap. II Art. 9 Al. 3 let. f*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Jauslin

... prestation. Dans le commerce de marchandises déjà utilisées, l'impôt peut...

Jauslin: Zum Absatz f habe ich Ihnen einen Änderungsantrag unterbreitet, und zwar habe ich beantragt, im zweiten Absatz das Wort «Automobile» durch «Waren» zu ersetzen. Ich liege also durchaus im Sinne der Bestrebungen, dass man keine Ausnahmen machen soll. Hier handelt es sich nicht nur um die Ausnahme für eine Branche, sondern sogar nur für einen Gegenstand.

Vielfach wird für dieses Gesetz der Ausdruck «Mehrwertsteuer» verwendet. Spätestens bei diesem Absatz entdeckt man, dass dies keine Mehrwertsteuer ist, und das Gesetz spricht auch richtig von einer Umsatzsteuer. Ob es richtiger wäre, den Mehrwert zu besteuern oder den ganzen Umsatz, bleibe dahingestellt – darüber möchte ich hier nicht diskutieren –, sondern ich stosse mich an diesem Ausdruck «Automobile».

Wieso diese Sonderstellung für Automobile? Was ist überhaupt ein Automobil?

Ein Automobil ist nach «auto mobile» ein selbstfahrendes Gerät, das kann also ein Kranwagen, ein Kran sein, das kann alles mögliche sein. Ich nehme an, Sie verstehen darunter Motorfahrzeuge, aber doch nicht alle Motorfahrzeuge, denn offenbar sind die Motorräder keine Automobile. Für Motorräder z. B. gilt also, was hier gesagt wird, nicht. Schon dieser Ausdruck ist also reichlich seltsam, und er zeigt auch, wie seltsam diese Formulierung ist. Ich habe einmal am deutschen Radio ein Referat von einem Ökonomen über die Sonderstellung des Automobils gehört. Er hat erstaunliche Dinge festgestellt, wie eigentlich überall in der Gesetzgebung, auch in der Behandlung vor den Gerichten, das Automobil mit seinem Fahrer eine Sonderstellung genießt. Ausgerechnet hier bei dieser Steuer, bei der wir immer davon sprechen, dass man weniger Ausnahmen machen sollte, sehen wir wiederum eine neue Ausnahme vor.

Nun zur Argumentation auf Seite 50 der Botschaft. Sie werden nicht bestreiten können, dass das, was hier für die Automobile geschrieben steht, praktisch für jeden Handel mit gebrauchten Waren Gültigkeit hat. Es gibt praktisch nichts, was in dieser Begründung steht, das nicht auch für andere Gegenstände genau gleich von Bedeutung ist. Nun hat man mir gesagt: Ja, diese Idee kommt ja vom Kunsthandel, vom Antiquitätenhandel. Ich möchte das auch gar nicht bestreiten. Durch diese Zuschrift bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir die Automobile speziell behandeln; aber ich muss Ihnen sagen: Es geht mir nicht mehr nur um den Kunsthandel, sondern es geht mir grundsätzlich um diese Frage, ob man ein einzelnes Fahrzeug, eine spezielle Fahrzeugkategorie, die erst noch definiert werden müsste, herausnehmen darf. Man hat mir auch gesagt, wer sich eine Antiquität, ein Bild leisten könne, könne ja diese Steuer bezahlen. Hier muss ich nochmals sagen: Das ist eine seltsame Logik. Ich möchte das nicht mit der Bundesverfassung argumentieren (Gleichbehandlung); aber man könnte ja dann zum Beispiel mindestens die Scheidungshonorare der Advokaten auch dieser Steuer unterstellen mit der Begründung, dass diejenigen, die einen Advokaten brauchen bei der Scheidung, sich

das leisten können. Diese Art Argumentation sticht jedenfalls auch nicht.

Aber nun möchte ich zum Kernpunkt meines Antrages kommen: Wir reden sehr viel von Recycling; das ist ein schönes Fremdwort. Es soll bedeuten, dass man alte, gebrauchte Dinge wieder verwendet. Das geht sehr weit und wird noch aufgewertet werden. Aus der Behandlung der Wiederverwendung des Bleis bei den Druckereien durch die Warenumsatzsteuer konnte ich ersehen, wie schlecht dieses Recycling belohnt wird.

Ich bin der Auffassung, dass man schon im Hinblick auf dieses Recycling, das ja die Wiederverwendung aus Gründen des Umweltschutzes fördern soll, gebrauchte Waren allgemein gleichstellen sollte. Es wurde schon genügend dargelegt, dass wir zu viele Ausnahmen vorsähen. Ich würde es vielleicht noch verstehen, wenn man diesen ganzen zweiten Absatz streichen würde, dann geht es vor allem um den Umsatz. Aber wenn man schon die Ausnahme für die Automobile macht, dann gilt das erst recht für andere Dinge, die im Recycling wieder in den Betrieb, in Gebrauch kommen. Wir haben viel zu viele Ausnahmen in diesem Gesetz, und ich bedaure geradezu, bei diesen Ausnahmen nicht mehr andere Anträge gestellt zu haben, nachdem ich nun sehe, wie Punkt für Punkt weitere Ausnahmen angeführt werden. Aber ich glaube, die extremste Ausnahme ist schon die, dass man hier etwas Spezielles für Automobile verlangt. Finanziell muss es sich ja bei meinem Antrag um einen kleinen Fisch handeln, denn wenn man schon die Automobile speziell herausgenommen hat, dann offenbar deswegen, weil das der häufigste Umschlag ist. Alles andere ist wohl sekundär, so dass ich nicht einsehe, warum man nicht auch alle Waren gleichstellen könnte.

Es geht mir auch um die Grundsatzfrage «Wiederverwendung von gebrauchten Artikeln», weshalb ich Ihnen beantrage, das Wort «Automobile» durch «Waren» zu ersetzen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

M. Reverdin: Nous avons tous reçu de très nombreuses lettres des antiquaires. Nous les avons lues et, en ce qui me concerne, je dois dire que je vois mal la raison pour laquelle on n'appliquerait pas aux antiquités le même régime qu'aux automobiles d'occasion. On me dira peut-être que l'automobile d'occasion n'a plus qu'une valeur limitée dans le temps, alors que les antiquités peuvent durer, sinon éternellement, du moins très longtemps. Je n'en ai pas moins été choqué par cette exception que l'on crée pour une seule catégorie de véhicules. N'y a-t-il pas aussi des bicyclettes d'occasion, des motocyclettes d'occasion, des trotinettes d'occasion, des bateaux d'occasion, et qui sont eux aussi des véhicules? Une telle discrimination me paraît illogique et je préférerais de beaucoup le texte que nous propose M. Jauslin; ce texte permettra, lors de l'élaboration de la loi, d'examiner quels sont les objets usagés, qui peuvent justifier l'introduction d'un tarif de faveur.

En ce qui concerne les antiquités, il convient de ne pas oublier que les neuf dixièmes au moins des œuvres d'art et des objets qui entrent dans nos musées sont des dons ou des legs de particuliers qui les ont presque toujours acquis sur le marché des antiquités. Aux Etats-Unis, l'argent que le particulier utilise pour acheter des œuvres d'art peut être défalqué de son revenu, sur sa déclaration d'impôts, ou du moins le pouvait il y a quelques années: il se peut que ce ne soit plus le cas. Le but, c'était de favoriser l'accroissement des collections publiques. On estimait en effet que, parmi les antiquités qui entraient aux Etats-Unis, bon nombre finiraient dans les collections publiques.

On en arrive, avec le texte du Conseil fédéral, à une situation illogique: si vous achetez le volume des *Veduet di Roma* de Piranesi sous forme de livre, vous êtes soumis au taux de 3 pour cent prévu pour les journaux, revues et livres; si vous achetez une à une les estampes qui forment

ce livre, – elles ont maintenant une valeur considérable – vous paierez le taux de 10 pour cent. Cela n'est pas logique. Enfin il est, je crois, d'intérêt social que les antiquités changent de mains, que des personnes nouvelles puissent accéder à la propriété d'œuvres d'art. Or, sans qu'il y ait une véritable valeur ajoutée, l'impôt frapperait ces mêmes objets à chaque transaction. La logique de l'opération m'échappe.

M. Jauslin nous a parlé du recycling. Au Fonds national, nous sommes en train de préparer un programme national à ce sujet; c'est un problème important, et je pense que là aussi, il faudrait prévoir des taux différenciés, adaptés aux circonstances.

C'est la raison pour laquelle je vous recommande d'approuver la proposition de M. Jauslin, qui ne compromet rien définitivement – puisque nous pourrions, dans la loi, examiner les choses plus attentivement –, mais qui a au moins le mérite d'introduire dans la constitution un principe général et non une exception d'espèce pour les seules automobiles usagées.

D'ailleurs, même parmi les automobiles, comme vous l'a dit M. Jauslin, il convient de distinguer plusieurs catégories: où se trouve la limite entre un autocar et une automobile? Le petit car Volkswagen aura-t-il droit ou non au tarif de faveur? Et si on étend ce tarif à tous les véhicules automobiles, pourquoi pas ne pas l'étendre... aux véhicules hippomobiles? Non! La formule du Conseil fédéral est inacceptable; celle de M. Jauslin est de loin préférable.

Bürgli, Berichterstatter: Die Kommission konnte sich mit dieser Materie nicht im einzelnen befassen, da kein Antrag gestellt war. Sie musste sich indessen mit den Grundsätzen der Mehrwertsteuer befassen. Ich möchte in sinngemässer Anwendung dieser Grundsätze zum Antrag Jauslin und zu den Ausführungen von Herrn Reverdin Stellung nehmen.

Die Mehrwertsteuer geht von einem wesentlichen Grundsatz aus: Gebrauchte Waren, die von Privaten in den Handelskreis gelangen, sollen besteuert werden, sonst entsteht im Rahmen des Handelskreislaufes für diese Waren eine privilegierte Stellung.

Nun ist die Feststellung, ob bereits eine Steuer erhoben wurde oder ob eine neue zu erheben ist, beim grössten Gebrauchtwarengeschäft, nämlich beim Automobil, leicht vorzunehmen. Jedes Automobil, das nicht durch Diebstahl (das ist doch die Ausnahme) einen Käufer fand, ist einmal besteuert worden. Der Nachweis kann aufgrund der vorhandenen Papiere ohne weiteres erbracht werden. Nun hat sich in diesem Gebrauchtwarengeschäft eine eigenartige Situation ergeben, die ich durch die verschiedenen Finanzordnungen hindurch etwas verfolgen konnte. Als die Steuersätze im Verlaufe der siebziger Jahre angehoben wurden – das letzte Mal für das Jahr 1975 –, kam der Gebrauchtwagenhandel in eine immer schwierigere Situation, indem die Warenumsatzsteuer ein zweites, drittes oder viertes Mal erhoben wurde. Dadurch bestand die Gefahr – und sie ist auch tatsächlich eingetreten –, dass der Gebrauchtwagenhandel dem Berufshandel verloren ging und an Private überging. Um das zu vermeiden, ist die Bestimmung betreffend den Automobilhandel in die Vorlage hineingekommen.

Es ist wahrscheinlich nur ein Zufall, Herr Jauslin, dass Sie von diesen Kreisen nicht angesprochen wurden. Falls wir aber die Position «Automobile» hier streichen würden, dann würden Sie die Präsenz dieser Kreise auch in Ihrem Kanton sehr nachdrücklich zur Kenntnis nehmen müssen. Bei anderen Gebrauchtwaren ist es viel schwieriger, festzustellen, ob sie schon einmal besteuert wurden. Es müsste dann in jedem Einzelfall ein entsprechendes Nachweisverfahren durchgeführt werden. Das ist insbesondere bei Antiquitäten der Fall, die häufig aus Privatbesitz in den Handelskreis gelangen.

Meine persönliche Meinung wäre deshalb, dass wir aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen die Position «Automobile» stehenlassen. Diese Regelung entspricht einem Bedürfnis. Sie ist vernünftig, weil die Automobile schon einmal besteuert wurden. Für die übrigen Gebiete würde ich davor warnen, jetzt einen Antrag aus dem Stegreif anzunehmen, dessen Konsequenzen nicht voll zu überblicken sind. Das scheint mir eine Frage zu sein, auf die wir aufgrund der Erfahrungen bei der ordentlichen Gesetzgebung nach Ablauf der Uebergangszeit wieder zurückkommen sollten.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen beantragen, dem Antrag Jauslin nicht zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Dans ce domaine, l'appréciation sera difficile. Tant qu'il s'agit du commerce d'automobiles d'occasion, comme on l'a dit tout à l'heure, la situation est très nette, il est possible de connaître le prix initial de la marchandise. Si vous prenez en considération d'autres marchandises usagées, vous courrez de grands risques de ne pas trouver de base d'appréciation ou de créer des difficultés de contrôle assez considérables. Le fauteur Louis XVI de l'arrière-grand-mère sera difficile à situer dans cette affaire. Il serait bon d'attendre la loi pour différencier et nuancer un peu le traitement de cette sorte d'opération. Je crois qu'il est sage de maintenir le texte en sa teneur actuelle, de se borner, au moins pour le moment, au commerce d'automobiles d'occasion, afin de voir à l'expérience dans quelle mesure la loi pourra permettre d'alléger la situation pour d'autres objets usagés. Je vous propose donc de vous en tenir au texte du Conseil fédéral.

Jauslin: Entschuldigung, dass ich nochmals das Wort ergreife. Es wurde nun festgestellt, dass man nicht geprüft habe, wie die Auswirkungen seien und deshalb nicht Stellung nehmen könne; auch Herr Bundesrat Chevallaz hat das gesagt. Wenn wir diesen Antrag, den ich Ihnen stelle, nicht überweisen, dann würde er einfach hinfällig, dann kann das nicht mehr geschehen, was Herr Bundesrat Chevallaz zuletzt gesagt hat, dass man nämlich überprüft, wie weit man diese gebrauchten Waren anders behandeln kann.

Ich möchte Ihnen aus diesen Überlegungen – nicht nur aus den Überlegungen des Umweltschutzes heraus – beantragen, meinem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	10 Stimmen
Für den Antrag Jauslin	21 Stimmen

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. g

Antrag der Kommission

Ingress, Ziff. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ziff. 2

... die bei der Einfuhr von Waren oder auf dem Bezug von Leistungen aus dem Ausland entrichtete Steuer, sofern er die mit diesen Steuern belasteten Waren, Bauwerke, Grundstücke oder Leistungen für Umsätze nach Buchstabe a im In- oder Ausland verwendet.

Verwendet der Steuerpflichtige in gleicher Weise Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei oder des Weinbaus, die er von nicht steuerpflichtigen Unternehmern der in Buchstabe c Ziffer 2 genannten Art bezogen hat, so kann er 2,6 Prozent des Preises als Vorsteuer abziehen.

Chap. II art. 9 al. 3 let. g

Proposition de la commission

Préambule, ch. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Ch. 2

L'impôt payé lors de l'importation de marchandises ou pour l'acquisition de prestations de services en provenance de l'étranger, s'il destine les marchandises, constructions, terrains ou prestations grevés de cet impôt à des transactions faites en Suisse ou à l'étranger selon la lettre a.

Si le contribuable destine aux mêmes fins les produits agricoles, sylvicoles, horticoles ou viticoles qu'il a acquis d'exploitants non contribuables du genre de ceux qui sont mentionnés sous lettre c, chiffre 2, il peut déduire 2,6 pour cent du prix à titre d'impôt préalable.

Bürgli, Berichterstatter: Zur Ergänzung «... so kann er 2,6 Prozent des Preises...» möchte ich noch einige kurze Bemerkungen machen. Dieser Ansatz ergibt sich durch die Tatsache, dass nun 9 Prozent Mehrwertsteuer beschlossen ist. Es geht darum, den Vorsteuerabzug der Käufer von landwirtschaftlichen Produkten zu regeln. Jetzt ist das mit $\frac{3}{103}$ des Preises festgelegt und ist auf einen Satz von 10 Prozent Mehrwertsteuer ausgerechnet. Es gelang der Kommission nicht, den angemessenen Bruch $\frac{3}{103}$ auf 9 Prozent umzurechnen. Es stand der Kommission eben kein Mathematiker zur Verfügung.

Wir haben uns deshalb auf eine einfachere Formel geeinigt, nämlich 2,6 Prozent. Das ist einfach der sinngemässe Ansatz für die neue Situation.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. h

Antrag der Kommission

Nach Entwurf des Bundesrates

Chap. II art. 9 al. 3 let. h

Proposition de la commission

Selon le projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. i

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 3 let. i

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 4

Antrag der Kommission

Ingress

Der Bundesrat regelt den Uebergang von der Warenumsatzsteuer zur neuen Umsatzsteuer. Er kann hiezu auch ...

Für den Rest von Absatz 4: Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 4

Proposition de la commission

Préambule

Le Conseil fédéral règle le passage de l'impôt actuel sur le chiffre d'affaires au nouveau régime. Il peut à cet effet en outre...

Pour le reste de l'alinéa 4: Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 5–7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 5 à 7

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

**Direkte Bundessteuer
Impôt fédéral direct****Abschn. I Art. 41quater Abs. 1**

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Weber, Donzé, Heimann)

Ingress

Der Bund kann im weiteren jährlich eine direkte Bundessteuer veranlagend und erheben:

Für den Rest von Absatz 1: Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I art. 41quater al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité (Weber, Donzé, Heimann)

Préambule

La Confédération peut en outre taxer et percevoir annuellement un impôt fédéral direct sur:

Pour le reste de l'alinéa 1: Adhérer à la décision du Conseil national

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Gestern und heute wurden viele Gründe erörtert, die die Schuld an der heutigen Misere tragen sollen. Ein Grund, warum dem Bund die so dringend benötigten Mittel fehlen, wurde aber nicht erwähnt, obwohl es ein wichtiger Grund ist. Ich denke an das veraltete Steuersystem mit der zweijährigen Einschätzung. Wen wundert es, dass damit in den Jahren der fortlaufenden Teuerung und Inflation die schlechte Finanzlage des Bundes geradezu provoziert wurde? Während die heutigen Wehrsteuereinnahmen immer auf Einkommen abgestützt sind, die mehrere Jahre zurückliegen, musste die öffentliche Hand und damit auch der Bund die Ausgaben – Preise auf Investitionen, Löhne und Preise bei Bauten jeder Art und Löhne der Bediensteten, Beamten und Angestellten in allen Sektoren – auf der neuesten, akuten Preisbasis bezahlen. Dass eine solche Rechnung nicht aufgehen kann, ist nicht schwer zu verstehen. Jetzt mag es freilich Zeiten geben, da die Preise und Löhne stabiler geworden sind. Wir wissen aber, dass bereits für nächstes Jahr ein neuer Inflationsschub im Bereich des Möglichen liegt. Auch wenn diese Teuerungsrate nur wenige Prozent ausmacht, trifft es den Bund bei den Steuern doch hart, weil sich das über vier Jahre hinweg summiert. Der Bund kommt also eindeutig zu kurz.

Mein Antrag zielt nun auf eine einjährige Steuerveranlagung ab. Der Bund soll nicht einfach eine direkte Bundessteuer erheben, sondern jährlich eine Einschätzung anstellen und die Steuer dann auch beziehen können. Ich bin zu wenig Steuersachverständiger, um mir einzubilden, dass die Idee von mir stamme; aber bei meinen Bemühungen, einen genügenden Ueberblick zu erhalten, haben mir jene Sachverständigen Eindruck gemacht, die mit Ueberzeugung für die einjährige Veranlagung eintreten.

Stichwortartig seien folgende Beispiele erwähnt: Bereits im Jahre 1961 wurde ein Bericht des Bundesrates zur Motion Eggenberger veröffentlicht, worin schwarz auf weiss zu lesen stand, das sei ein d'ingendes Postulat und man werde nicht darum herum kommen, den Uebergang zur einjährigen Einschätzung zu vollziehen. Die Begründung kann dort nachgelesen werden, ich will sie nicht wiederholen. – Herr Hans Sommer, der ehemalige Steuerverwalter des Kantons Solothurn, hat in Steuerdiskussionen hochhoffiziell und mit Ueberzeugung dargetan, warum nur die einjährige Veranlagung gerecht und vernünftig sein könne. Heute ist Herr Sommer Direktor in der Uhrenindustrie; er wird kaum eine andere Meinung vertreten können. Herr Bundesrat Ritschard hat als ehemaliger Finanzdirektor des Kantons Solothurn die einjährige Veranlagung als eine für alle Ebenen der öffentlichen Hand geeignete und gerechte Lösung dargestellt. Es braucht auch gar kein besonderes Geschick, um aus dem Verhalten und aus den Aeusserungen der Leute um die Eidgenössische Steuerverwaltung herum festzustellen, dass die massgeblichen Chefbeamten eindeutig für die längst fällige Wende zur einjährigen Veranlagung drängen möchten. Ich bitte Sie, diese Wende zu vollziehen und meinem Antrag zuzustimmen.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ueber diesen Antrag gab es in der Kommission eine eingehende Aussprache, indessen keine Abstimmung, weil Herr Weber den Antrag nicht bis zur Ausmarchung aufrechterhalten hat. Ich kann Ihnen deshalb nur vom Tenor der Aussprache in der Kommission berichten; dieser aber war eindeutig. Die folgenden Ueberlegungen standen im Vordergrund:

In rechtlicher Hinsicht lässt der Vorschlag des Bundesrates «der Bund kann im weiteren eine direkte Bundessteuer erheben» die ein- oder zweijährige Erhebung offen. Das ist eine jener typischen Fragen, die in der Ausführungsgesetzgebung zu regeln sind. Gegebenenfalls könnte sie noch in die Uebergangsbestimmungen bei Artikel 8 verwiesen werden; insofern stellt der Antrag Weber eine Art «Ueberbein» dar.

Fiskalisch lässt sich folgendes bemerken: Herr Weber möchte den Uebergang zur echten Gegenwartsbesteuerung vollziehen. Das bedingt eine alljährliche Veranlagung der Steuerpflichtigen. Heute ist die Vergangenheitsbesteuerung mit zweijähriger Veranlagungsfrist die Norm in den Schweizer Kantonen, vor allem für die natürlichen Personen. Eine echte Gegenwartsbesteuerung im Sinne der Ueberlegungen von Herrn Weber kennen wir nur im Kanton Basel-Stadt. Nun wird die Wehrsteuer durch die Kantone veranlagt, und wir sollten nicht zuviel Unterschiede zwischen dem kantonalen und dem eidgenössischen Erhebungssystem einführen; das bringt sofort zusätzliche administrative Umtriebe mit sich. Wenn diese administrativen Umtriebe nicht zwingend notwendig sind, sollten wir sie vermeiden. Wir müssen schliesslich auch noch die Sicht des Steuerzahlers und des Stimmbürgers in Erwägung ziehen. Die Verwirklichung des Antrags Weber würde für das Gros der schweizerischen Steuerzahler bedeuten, dass sie von der zweijährigen zur einjährigen Veranlagung übergehen. Das hätte die praktische Konsequenz, dass sie alle Jahre eine Steuererklärung ausfüllen müssten und nicht nur alle zwei Jahre wie jetzt. Wir waren in der Kommission der bestimmten Auffassung, dass dies eine schwere politische Belastung dieser Vorlage bedeuten würde. Nachdem schon allerhand schwieriges Abstimmungsgepack mitgeführt werden muss, möchten wir von dieser Zufügung absehen.

Ich empfehle Ihnen deshalb, den Antrag Weber abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Dans notre système actuel, nous payons en 1976 et en 1977 sur la base d'une déclaration qui a été faite au début de 1975 et qui concerne le revenu des années 1973 et 1974. Il y a donc un décalage considérable. Dans une période de croissance et de

prospérité, il est évident que l'intérêt du contribuable est dans la taxation bisannuelle qui renvoie de deux ou trois ans le paiement de son impôt. Par conséquent les inconvénients sont du côté de la collectivité publique qui touche les impôts avec quelque retard. Dans les périodes de récession, c'est le contraire, le contribuable désargenté se trouve en face de grosses factures fiscales qui correspondent à l'époque des «vaches grasses». Nous par contre, nous sommes dans une situation un peu meilleure. Evidemment nos impôts indirects «tirent la langue et tirent la jambe», si je puis dire, tandis que notre impôt direct garde encore une relative réserve.

Entre les deux systèmes, la taxation annuelle et l'imposition la plus rapide, et cette imposition bisannuelle avec report, je pense qu'il serait logique et rationnel d'en venir à la taxation annuelle, mais entre le logique et le rationnel d'une part, et la réalité d'autre part, il y a quelques difficultés. Actuellement, les cantons, desquels nous sommes tributaires pour la perception de notre impôt, pratiquent en majorité l'impôt à la taxe bisannuelle et il y aurait quelques difficultés à les contraindre d'une manière rapide à changer de système. Administrativement, cela créerait pour eux sans doute quelques complications. Il y a également un autre obstacle, à savoir l'opinion du contribuable. Je ne suis pas très sûr que le contribuable tienne à rédiger chaque année ce document si agréable à établir qu'est la déclaration d'impôt. Il préfère en règle générale, après en avoir bénéficié pendant quelques années, ne faire sa déclaration qu'une fois tous les deux ans.

Actuellement, dans le texte du Conseil fédéral, cette taxation annuelle est possible, la loi pourrait l'introduire. Alors laissez cette possibilité à la loi, ne précipitez pas l'allure, vous forceriez les cantons, vous créeriez une certaine perturbation chez le contribuable. Il faut s'en tenir au texte actuel. Je vous propose de rejeter la proposition de minorité.

Abstimmung – Vote

Abs. 1

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

29 Stimmen
6 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Die direkte Bundessteuer wird für Rechnung des Bundes von den Kantonen erhoben. Vom Rohertrag der Steuer fällt mindestens ein Drittel den Kantonen zu; davon ist wenigstens ein Viertel für den Finanzausgleich unter den Kantonen zu verwenden.

Minderheit

(Heimann, Weber)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I art. 41quater al. 2

Proposition de la commission

Majorité

L'impôt fédéral direct est perçu par les cantons pour le compte de la Confédération. Un tiers au moins du produit brut de l'impôt est attribué aux cantons; un quart au moins du montant revenant aux cantons doit être affecté à la péréquation financière intercantonale.

Minorité

(Heimann, Weber)

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Es geht hier um den Anteil der Kantone. Der Bundesrat hat in seinen ursprünglichen Vorschlägen die Beibehaltung der bisherigen Regelung in Vorschlag gebracht. Im Nationalrat ist äusserst knapp ein Antrag abgelehnt worden, der auf eine Erhö-

hung des Kantonsanteiles an den Bundessteuern auf 40 Prozent ziele. Das hätte indessen einen zu grossen Ausfall für die Bundeskasse gegeben; dieser ist auf etwa 300 Millionen Franken zu beziffern. Der vorliegende Antrag der Mehrheit der Kommission ist erheblich gemässiger. Der Kantonsanteil soll von jetzt 30 Prozent auf $33\frac{1}{3}$ Prozent angehoben werden. Damit möchte man den Kantonen eine gewisse Kompensation für die Ausfälle einräumen, die ihnen durch die Senkung des Wehrsteuerertrages entstehen. In den Antrag eingeschlossen ist eine nicht unwichtige Verbesserung des Finanzausgleiches. Statt wie bisher ein Sechstel des Ertrages soll künftig ein Viertel des Ertrages für den Finanzausgleich unter den Kantonen verwendet werden. Die Kosten für die Bundeskasse, die aus diesem Antrag hervorgehen, belaufen sich auf etwa 100 Millionen Franken im Jahr.

Die Kommissionsmehrheit betrachtet dies als tragbar. Verglichen mit dem abgelehnten Antrag im Nationalrat ist der Vorschlag Ihrer Kommission als die ausgewogenere Lösung zugunsten der Kantone zu bezeichnen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Heimann, Berichterstatter der Minderheit: Wir revidieren auch die direkte Bundessteuer mit dem Ziel, höhere Erträge zu erzielen. Damit ist es von selbst gegeben, dass auch die Kantone zu höheren Anteilen in Franken kommen. Wie uns der Kommissionspräsident mitteilt, wir der Ausfall für den Bund bei Annahme des Vorschlages der Mehrheit 100 Millionen Franken betragen. Er glaubt, dass dies vertretbar sei, scheint mir aber ausser acht zu lassen, dass wir beschlossen haben, die Mehrwertsteuer von 10 auf 9 Prozent zu reduzieren und dass wir damit bereits einen Einnahmehausfall für den Bund von 800 Millionen Franken beschlossen haben. Es ist eine ungerechtfertigte Verstärkung des Finanzausgleiches, was nun hier beabsichtigt wird – und dies ohne jede Gegenleistung der Kantone.

Mir scheint, dass wir hier eine Vorlage zur Sanierung der Bundesfinanzen behandeln und dass in diesem Fall die Kantone ihre weitergehenden Begehrlichkeiten zurückstellen sollten. Ich sehe auch keinerlei Veranlassung, den Finanzausgleich um 50 Prozent mehr zu dotieren, indem man statt heute einen Sechstel nun einen Viertel ausscheiden will für die Zwecke des Finanzausgleiches. Ich glaube nicht, dass wir eine tapfere Leistung föderalistischer Art begehen würden, wenn wir dem Bund diese dringend benötigten Mittel wegnehmen. Wenn es uns mit der Sanierung der Bundesfinanzen ernst ist, dann müssen wir den Antrag der Mehrheit ablehnen, um so mehr, als wir in dieser Vorlage ja weitere Ausfälle produziert haben.

Bürgi, Berichterstatter: Nur eine kurze Bemerkung. Ich glaube, in einem Punkt ist Herr Heimann einem Irrtum erlegen, wenn er nämlich sagt, dass die direkte Bundessteuer zu höheren Erträgen führen muss. Das Gegenteil ist richtig, z. B. durch die Anhebung der Steuerfreigrenze, durch die Erhöhung der Sozialabzüge usw. Je nach definitiver Ausgestaltung der Sätze wird es Mindererträge von einigen hundert Millionen Franken geben. Dadurch gibt es auch Ausfälle für die Kantone; dafür wollen wir eine Kompensation einräumen.

Krauchthaler: Wenn ich diesen Antrag unterstütze, so deshalb, weil ich von der Ueberlegung ausgehe, Herr Heimann: Das ist nicht ein Anteil der Kantone an den Wehrsteuern, sondern ein Entgelt für den Bezug dieser Steuer, ein Entgelt für eine Leistung. Ich habe bereits beim Eintreten gesagt, dass diese Wehrsteuer im Paket ein Kuckucksei sei. Wir verlieren nämlich ungefähr 350 bis 400 Millionen an Einnahmen. Drei Zehntel davon gibt für die Kantone 100 Millionen. Wenn wir nun nach dem Antrag der Mehrheit auf einen Drittelanteil gehen, dann wird diese Lücke für die Kantone geschlossen, denn dieser Drittel bringt ungefähr 100 Millionen mehr für die Kantone als der Antrag des Bundesrates. Die Kantone erhalten also das gleiche Entgelt wie bisher für die gleiche Arbeit, die sie für den Bund leisten. Wenn wir nun von diesem Anteil der

Kantone statt einen Sechstel einen Viertel in den Finanzausgleich verweisen, dann müssten diese 100 Millionen vollumfänglich in den Finanzausgleich. Ich unterstütze hundertprozentig die Ausführungen von Herrn Muheim in der Eintretensdebatte. Das Problem der finanzschwachen Regionen und Kantone ist bei weitem noch nicht gelöst. Die Steuerunterschiede werden wir auch mit der Harmonisierung nicht beseitigen können. Die Unterschiede in der Steuerbelastung sind immerhin sehr gross.

Ich möchte Sie deshalb bitten, aus diesen Gründen – vielleicht entgegen meiner bisherigen Einstellung – diesem Antrag der Mehrheit zuzustimmen. Er gibt den Kantonen das, was sie bisher für ihre Arbeit, die in Zukunft bleiben wird, erhalten haben.

Weber: Ich glaube – so verstehe ich es wenigstens –, dass immer noch ein Missverständnis besteht. Nach der Lösung des Bundesrates sollen mindestens drei Zehntel den Kantonen zukommen, davon ein Sechstel für den Finanzausgleich. Wählen wir nun die Lösung, wie sie die Mehrheit der Kommission vorschlägt, dann wird wohl der Anteil für den Finanzausgleich erhöht, aber der Teil, der den Kantonen zugute kommt, bleibt genau gleich gross wie vorher, weil ein Sechstel von diesen drei Zehnteln, die Differenz, gleich viel ausmacht wie ein Drittel und ein Viertel davon; die Differenz bleibt genau gleich gross. Wir erhöhen also höchstens den Anteil, der für den Finanzausgleich bleibt. Die übrigen, finanzstarken Kantone müssen also zum vornherein den Ausfall in Kauf nehmen, hingegen bekämen die finanzschwachen und die mittleren Kantone etwas mehr.

Nun scheint es mir etwas komisch zu sein, dass der Bundesrat einerseits gezwungen ist, bei den Sparmassnahmen die Beiträge an die Kantone zu kürzen, weil das Geld fehlt. Wir wollen uns bemühen, dem Bund die Mittel wieder zukommen zu lassen; wir werden alles versuchen. Aber jetzt treten wir bereits wieder Anteile an die Kantone ab und schmälern den Teil des Bundes, damit er dann im Nachhinein wieder gezwungen wird, die Kantonsanteile zu kürzen. Was wir damit erreichen, ist einzig und allein das, dass wir nur einen Teil der Kantone zu dem kommen lassen wollen, was ihnen gehört, und die anderen müssen darauf verzichten. Ich glaube, wir sollten unsere Bestrebungen darauf ausrichten, wirklich die Finanzen des Bundes zu sanieren, damit er nachher auch imstande ist, den Kantonen das zukommen zu lassen, was ihnen gehört, und zwar bereits nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen und Lösungen.

Knüsel: Ich glaube, in der Interpretation befindet sich Herr Kollega Weber in einem Irrtum. Bei der direkten Bundessteuer – ich schliesse mich hier der Botschaft ganz genau an – haben wir folgende Verhältnisse: Bei den juristischen Personen ist, gemäss Tarifvorschlag, ein Gesamtertrag von 1,745 Milliarden Franken zu erwarten. Dieser Finanzertrag ist gleich gross wie beim geltenden Recht. Bei den natürlichen Personen, ebenfalls nach der Botschaft des Bundesrates, liegt die Situation so, dass beim heutigen Recht ein Ertrag von 1,905 Milliarden resultiert hat, währenddem beim Tarifvorschlag des Bundesrates – also neu, für die Zukunft gültig – noch 1,505 Milliarden zu erwarten sind. Das gibt, wenn wir die beiden Kategorien zusammenziehen, einen Minderertrag – nicht einen Mehrertrag – in der Grössenordnung von 400 Millionen Franken. Nun zitiere ich ebenfalls die Botschaft des Bundesrates. Sie sagt auf Seite 87: «Dem gleichbleibenden Ertrag bei den juristischen Personen steht in der Bezugsperiode 1978/79 ein Minderertrag von 400 Millionen Franken bei den natürlichen Personen gegenüber. Davon entfallen auf die Kantone 120 Millionen (30 Prozent) und auf den Bund 280 Millionen Franken.» Das hat also zur Folge, dass aus diesem Raster bei der Wehrsteuer in Zukunft für die Kantone ein Minderertrag in der Grössenordnung von 120 Millionen Franken resultiert. Und wenn entsprechend dem Vorschlag der Kommissionsminderheit die Kantonsanteile auf $33\frac{1}{3}$ Prozent erhöht werden, ist dieser Minderertrag an die Adresse der Kantone nicht etwa ausgeglichen, sondern es

bleibt ein bescheidener Minderertrag. Ich vertrete die Auffassung, dass der Vorschlag der Mehrheit ein etwas verstärkter Finanzausgleich und eine bescheidene Korrektur der Kantonsanteile im heutigen Landschaftsbild – zweifelsohne gerechtfertigt ist. Ich befürworte den Vorschlag der Mehrheit.

Muhlem: Ich bin eigentlich froh, dass in diesem Saal das Stichwort «Raubzug der finanzschwachen Kantone auf die defizitäre Bundeskasse» nicht gefallen ist. Das beweist, dass das Problem, das wir hier diskutieren, einen sachlichen Hintergrund hat. Es trifft dies tatsächlich auch zu. Im Moment, wo zwei, Bund und Kantone, Anspruch auf direkte Steuern erheben, kommen wir nicht darum herum, ein bestimmtes Spannungsverhältnis in Kauf zu nehmen; das liegt also in der Natur des Sachverhaltes. Dieses Spannungsverhältnis ist auch finanzgeschichtlich gewachsen. Die Kantone haben nur gegen grosse Widerstände ihre Berechtigung, direkte Steuern zu erheben, an den Bund übertragen. Die Kompromisslösung bestand darin, dass der Bund von seinen Steuererträgen den Kantonen einen bestimmten Anteil zurückgab. Dieses System hat sich nun auf Kantonsebene eingespielt. Die Anteile der Kantone an der direkten Bundessteuer bilden einen festen Teil der kantonalen Einnahmen und eine Grundlage ihrer Finanzplanungen und der gesamten Finanzpolitik. Diese Verflechtung führt dazu, dass jede Änderung der direkten Bundessteuer unmittelbare Reflexwirkungen auf die Erträge der Kantone, d. h. auf ihre Anteile, hat. Es ist dargetan worden, dass, wenn wir Sozialabzüge und Freigrenzen erhöhen (was für die Bundessteuer meine Zustimmung findet) als natürliche Folge die Gesamteinnahmen des Bundes aus dieser Steuer und damit unmittelbar auch die Kantonsanteile kleiner werden. Nun wird aber der Finanzausgleich in Prozenten dieser Steuererträge gerechnet. Bei einer relativen Reduktion der Gesamterträge werden somit die Finanzausgleichsbeträge kleiner. Die Lösung, die die Mehrheit der Kommission vorschlägt, möchte nun diese Benachteiligung der Finanzschwachen ausgleichen. Es geht nach meiner Beurteilung im Endergebnis nicht um eine materielle Verbesserung, sondern um die Bewahrung eines Besitzstandes.

Eine letzte Bemerkung: Wenn wir heute eine Bundessteuer ohne zeitliche Limitierung einführen – ich stimme dem zu –, dann ist es nicht mehr denn richtig, dass wir auch den Finanzausgleich so ordnen, dass die Finanzausgleichssumme der heutigen Grösse nicht vermindert wird. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Munz: Vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Realitäten in dieser Konföderation kommt mir dieser Streit wie ein Schattenboxen vor. Sie erinnern sich noch daran, dass wir im Januar 1975 in der bekannten Stressübung die Anteile der Kantone an den Bundeseinnahmen kurzfristig für ein Jahr – meines Wissens um 5 Prozent – gekürzt haben. Ich habe damals noch die besondere Aufmerksamkeit einiger kantonalen Finanzdirektoren auf mich gezogen, weil ich mit einer gewissen Vehemenz für diese Kürzung eingetreten bin. Wir werden es voraussichtlich bei der Beratung des kommenden Voranschlags wieder erleben, dass wir Kantonsanteile, die zugesichert sind, kürzen müssen, wenn wir ein Budget zustande bringen wollen, das nicht aus allen Fugen gerät. Bei der Weirsteuer will man jetzt zwar durch eine Erhöhung der Freigrenzen, der Sozialabzüge usw. Mindereinnahmen für den Bund dekretieren, wobei man vermeiden möchte, dass die Kantone an diese Ausfälle ebenfalls etwas beizutragen hätten. Ich frage nun: Wäre es nicht einfacher und vielleicht auch ein bisschen ehrlicher zu sagen: Die Kantone bekommen jetzt eben auch etwas weniger. Dann können sich nämlich die kantonalen Finanzdirektoren etwas langfristiger darauf einrichten, dass es etwas weniger gibt. Das wäre für die Finanzdirektoren immer noch einfacher, als wenn wir im Laufe eines schon angebrochenen Jahres eine Kürzung dekretieren, die auch bereits genehmigte kantonale Budgets betreffen würde. Wir sollten unbedingt einsehen, dass der Bund im

Geldverteilen jetzt etwas zurückbuchstabieren muss. Wir haben ja gehört, dass im Laufe der Jahre, die wir alle als erwachsene Menschen mitgemacht haben, der Anteil der Bundesaussgaben an Dritte und an die Kantone von etwa 40 Prozent auf 65 Prozent hinaufgeklettert ist. Ich bin der Ueberzeugung, dass wir nicht auf diesem Standard in der Verteilung von Bundesmitteln bleiben können, sondern dass diese Anteile wenn nicht auf 40 Prozent, so doch immerhin um einiges zurückgehen müssen. Ich glaube somit, dass man in diesem konkreten Fall ruhig den Antrag des Bundesrates und damit den Antrag der Kommissionsminderheit annehmen kann. Wir ersparen uns damit Ausnahmeschlüsse, die wir sonst in Zukunft vielleicht in grosser Zahl fassen müssten.

Helmann: Eine kurze Bemerkung zu den Gegenargumenten, die wir gehört haben: Es trifft nicht zu, dass die Kantone mit Ausfällen in einem grösseren Umfang rechnen müssen. Die Gegenargumente, auch die von Herrn Knüsel, nehmen nicht Rücksicht darauf, dass der allgemeine Zuwachs am Steueraufkommen dazu führen wird, dass die Mindereinnahmen, die diese Vorlage bringt, mindestens zu einem grossen Teil ausgeglichen werden, so dass also für die Kantone kein Finanznotstand entsteht.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La cause de la péréquation est un des éléments de la solidarité fédéraliste, cela nous paraît clair. Cette péréquation s'est considérablement renforcée dans les dernières années. Vous savez que les deux tiers des dépenses de la Confédération vont à des tiers et un tiers seulement à son «Eigenbedarfsbudget». Parmi ceux qui bénéficient des répartitions et des distributions de la Confédération, les cantons s'inscrivent en bonne place puisqu'ils touchent de la Confédération soit en participation aux ressources de la Confédération, soit en subventions, environ un bon quart de leurs recettes. Depuis les années 50 ou 60 – je n'ai plus les chiffres exacts en tête, mais l'ordre de grandeur est bien celui-là – la part du budget des cantons faibles qui est financée par la Confédération s'est élevée d'environ 25 à 33 ou 35 pour cent, tandis que chez les cantons riches, cette participation de la manne fédérale au budget cantonal est restée dans l'ordre de 10, 11 ou 12 pour cent. Actuellement, nous devons considérer – j'espère que cela va durer – que la situation financière des cantons est incontestablement bien meilleure que celle de la Confédération. L'an dernier, ils ont à peu près équilibré leur budget – 3,5 pour cent de leurs dépenses n'ont pas été payées. Ce sera peut-être un peu moins brillant cette année et l'année prochaine; leur planification financière n'est pas aussi sombre que la nôtre, ils n'ont pas la promesse de déficits – pour l'ensemble des cantons, de l'ordre de 2 à 4 milliards, comme c'est le cas dans nos comptes.

D'une part, l'effort déjà accompli dans le domaine de la péréquation et d'autre part la situation financière de la Confédération ont fait que je n'ai pu soutenir la proposition qui était faite au Conseil national de porter à 40 pour cent, donc d'accroître de 300 millions, la part des cantons à l'impôt fédéral direct. Reconnaissons pourtant que cette proposition était assez astucieuse, assez bien construite politiquement, puisqu'elle prévoyait en même temps, pour faire plaisir à ceux qui le souhaitent, que ces 300 millions supplémentaires en bonne partie en péréquation qu'on allait verser aux cantons, soient assortis d'une certaine harmonisation matérielle. L'affaire a été rejetée au Conseil national et j'en suis heureux surtout quant à la somme des 300 millions, mais peut-être un peu moins en considérant l'autre aspect de la question. Nous nous trouvons donc maintenant face à votre proposition de 100 millions. Vous comprendrez que les comptes des cantons étant ce qu'ils sont et les promesses de déficits de la Confédération ce qu'elles sont et ce qu'elles seront, il ne m'est pas possible, même pour 100 millions, de me rallier de gaieté de cœur à votre proposition. Je maintiens donc celle qui fixe un taux d'au moins 30 pour cent, en souhaitant que des temps meilleurs puissent nous permettre d'accroître à

la fois ce 30 pour cent – la loi le permettrait – et la part de péréquation qui y est contenue. Actuellement, je ne puis aller plus loin. D'autant que, contrairement à l'avis de la majorité de la commission du Conseil national qui avait malgré tout introduit cet aspect d'harmonisation matérielle minimale, en soi positive, malgré des délais insuffisants pour sa réalisation, vous avez cette fois-ci supprimé toute condition à la péréquation fédérale. Cette double raison, à savoir cautèle, condition insuffisante au développement de cette péréquation et situation difficile des finances de la Confédération – vous venez d'enlever 800 millions à notre paquet et vous voulez encore en ôter 100 millions – m'amène à m'opposer à la proposition de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	14 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	22 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 3

Antrag der Kommission

Ingress, Buchst. c

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Buchst. a

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Weber, Donzé)

Nach Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

Mehrheit

Die Steuer beträgt höchstens 13 Prozent

Minderheit

Nach Entwurf des Bundesrates

Chap. I art. 41quater al. 3

Proposition de la commission

Préambule, let. c

Adhérer à la décision du Conseil national

Let. a

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Weber, Donzé)

Selon le projet du Conseil fédéral

Let. b

Majorité

L'impôt s'élevé au plus à 13 pour cent;

Minorité

(Weber, Donzé)

Selon le projet du Conseil fédéral

Bürgi, Berichterstatter: Es geht hier um den Beginn der Steuerpflicht. Der Bundesrat schlug bekanntlich vor, Einkommen bis zu 25 000 Franken von der Wehrsteuerpflicht zu befreien. In der öffentlichen Diskussion, die darauf einsetzte, wurde gegen diesen Vorschlag starke Kritik laut. Der Sprung von der jetzigen Freigrenze von 9700 Franken auf 25 000 Franken schien doch allzu hoch ausgefallen zu sein. Eine Korrektur nach unten drängte sich im Interesse der Ausgewogenheit der Vorlage auf. Der Nationalrat hat eine Freigrenze von 18 000 Franken beschlossen. In der Kommission des Ständerates stand auch ein Antrag auf 15 000 Franken zur Diskussion. In der Kommission hat die

Freigrenze von 25 000 Franken, wie sie im Minderheitsantrag vorgeschlagen wird, nur zwei Stimmen, nämlich die der beiden Antragsteller, auf sich vereinigt. Der Entscheid zugunsten von 18 000 Franken erfolgte mit 9 gegen 5 Stimmen, wobei diese 5 Stimmen auf eine Freigrenze von 15 000 Franken entfielen. Ich möchte zu dieser Situation sagen, dass 18 000 Franken offenbar die gute Mitte halten, und Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Ich gebe zu, dass man auf den ersten Blick sagen könnte, es lassen sich beide Standpunkte vertreten, d.h. die Freigrenze auf 25 000 Franken anzusetzen, wie das Bundesrat und Nationalrat für richtig halten, oder bei 18 000 Franken, wie es die Kommissionsmehrheit beschlossen hat.

Wenn ich hier den Minderheitsantrag stelle, dem Bundesrat und dem Nationalrat zu folgen, tue ich das aus zwei Gründen: Zum ersten folgen wir damit den Ueberlegungen von Bundesrat und Nationalrat. Damit würden wir auch nach aussen eine Geschlossenheit dokumentieren, die im Vorfeld der Volksabstimmung nötig sein wird; zur Freude jener, die dadurch zusätzlich entlastet wären und nach den Beratungen im Nationalrat bereits damit rechneten, allerdings auch zum Leidwesen jener, die wohl glauben, ihre hohen Einkommen sollten geschont und die grosse Masse möglichst weitgehend zur Kasse gebeten werden. Damit könnte zudem eine Differenz zum Nationalrat vermieden werden. – Soviel zu den taktischen und psychologischen Ueberlegungen.

Zu den eigentlichen sachlichen Ueberlegungen: An und für sich wäre es heute nach meiner Meinung an der Zeit gewesen, die kalte Progression in diesem Sektor aufzufangen und eine neue Freigrenze zu setzen. Zum anderen ist es doch so, dass es sich bei der neu einzuführenden Mehrwertsteuer um eine eindeutige Konsumentensteuer handelt. Als solche trifft sie alle Schweizer gleich stark, ohne Rücksicht auf Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Im Vergleich zur Finanzlage des einzelnen wird aber der einfache Mann künftig weitaus stärker belastet. Er ist angesprochen, seinen bedeutenden Anteil an die erwarteten 3 bis 3,5 Milliarden Franken beizutragen. Es wäre also vollkommen falsch, bei ihm von einem «Gratisbürger» zu sprechen. Eine Konsumsteuer – das kann niemand bestreiten – trifft die niederen und mittleren Lohnbezüger mehr als jene, die über hohe Einkommen verfügen. Der Anteil des Einkommens für den Konsum ist bei den kleinen Einkommen wesentlich grösser als bei den hohen. Bei den ersteren geht praktisch das ganze Einkommen im Konsum auf. Er bezahlt also mit seinen 10 oder 9 Prozent auf allem, was er ausgibt; gemessen am Einkommen ist das eine enorme Belastung. Die grossen und ganz hohen Einkommen können gar nicht soviel konsumieren, dass sie mit ihren 9 Prozent auf dem Konsum auch nur annähernd – prozentual zum Einkommen – auf die gleiche Leistung kommen würden wie der zur Bescheidenheit verpflichtete Mitbürger.

Ein Ausgleich kann geschaffen werden, indem wir die Freigrenze verhältnismässig hoch ansetzen, was allen zugute kommt, und durch die Erhöhung der Sozialabzüge, was wiederum allen zugute kommt, hier im umgekehrten Verhältnis zum Einkommen. Der Ausgleich wäre also geschaffen.

Ganz nebenbei bemerkt mag noch folgende Tatsache nicht ganz unbedeutend sein: Zwischen den Freigrenzen von 18 000 und 25 000 Franken liegen 300 000 Steuerpflichtige; 300 000 zusätzliche Steuereinschätzungen, die durchgeführt und ausgewertet werden müssen. Wenn man bedenkt, dass diese Arbeiten je 30 bis 100 Franken kosten, kann man sich fragen, ob es sich lohne, diese 300 000 ebenfalls in die Steuerpflicht einzubeziehen.

Ich möchte Ihnen beantragen, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. **Chevallaz**, conseiller fédéral: Vous me permettrez de parler d'une part de la base de départ et d'autre part du taux maximum, que je n'ai pas besoin d'y revenir.

En son essence et en sa justification des débuts, l'impôt fédéral direct, qui était un impôt de crise, un impôt de guerre avant de devenir l'impôt permanent qu'il est actuellement, n'a pas été considéré comme un impôt parallèle et proportionnel aux impôts cantonaux et communaux. Dès son institution, sous sa forme d'impôt de guerre d'abord puis de crise, ensuite de défense nationale, il a été conçu comme un impôt supplémentaire frappant une minorité de contribuables aisés ou fortunés, d'une manière nettement progressive, dans les secteurs où la concurrence intercantonale empêche d'amener la progression jusqu'au point où elle est généralement conduite ailleurs.

Le nombre des contribuables de l'impôt de crise des années 1934/1935, par exemple, s'élevait à 7 pour cent de la population – j'ai pris comme référence le chiffre de la population, le chiffre des contribuables potentiels étant difficile à établir. Les proportions que nous proposons sont de 11 pour cent, celles de votre commission à 18 000 francs de base, de 16 pour cent, celles de l'initiative socialiste à 40 000 francs de base atteindraient seulement 6 pour cent de la population. Nous sommes donc, avec notre proposition de 25 000 francs dans une proportion qui se justifie dans le cadre de la conception que l'on doit se faire de cet impôt fédéral direct, impôt supplémentaire et non pas parallèle.

Je vous l'ai déjà dit, l'augmentation substantielle de l'impôt de consommation que nous proposons doit avoir une compensation pour les classes qui sont les plus touchées par l'augmentation de cet impôt, dans leur nécessaire, et non dans leur superflu. Dès lors, il se justifie que ce soit pour ces classes de revenus que l'on procède à une réduction substantielle de la charge, c'est de la pure et simple équité. Comme M. Weber vient de le dire, on ne saurait parler de «*Gratisbürger*», ces «*Gratisbürger*» paient leurs impôts cantonaux, communaux et paroissiaux et paieront plus cher l'impôt indirect. Il est donc logique, si l'on veut garder à l'impôt fédéral direct son caractère supplémentaire, que ces petits contribuables puissent enfin bénéficier d'une certaine réduction, puisque nous n'avons pas corrigé la progression à froid lors de la dernière période.

Quant aux taux maxima, si l'on tient compte de l'imposition de la fortune qui avait alors cours, l'impôt à 6 pour mille, de l'imposition sur les tantièmes de 25 pour cent dans les années de crise et d'un taux maximum de l'imposition du revenu à 12,5 pour cent, l'impôt de crise des quatrième et cinquième périodes allait nettement plus loin dans sa progressivité que nos propositions actuelles. Malgré ce que l'on prétend, il est évident que pour les revenus supérieurs dans la moyenne de la Suisse, dans l'ensemble de la Suisse et même dans les communes les plus lourdement chargées, notre impôt direct à son maximum n'atteint pas les taux qui sont en vigueur chez la plupart de nos voisins – je vous ai cité hier les chiffres comparatifs.

C'est pourquoi le Conseil fédéral défendra et maintiendra son taux de 14 pour cent.

Certes, je reconnais que la base de départ de 18 000 francs que votre commission propose, au lieu de 25 000 francs apporte à la Confédération 50 millions de supplément. J'admets aussi que les 300 000 contribuables que nous exemptions et que vous voudriez astreindre, se situant entre 25 000 francs et 18 000 francs de revenu, ne paieront, puisque vous avez maintenu le même barème, que des impôts de 30 à 50 francs, ce n'est pas un sacrifice insupportable et je ne pense pas qu'ils pourront crier à la catastrophe. On peut se demander si, sur le plan administratif, ces déclarations qu'on va analyser justifieront le rendement de 30 à 50 francs par année. On nous dira que la statistique a besoin de ces contribuables pour don-

ner une meilleure vue d'ensemble du revenu national. Admettons-le.

Nous marquons donc notre opposition catégorique aux 13 pour cent, nous tenons à notre 14 pour cent et quant à la base, nous maintenons notre base de 25 000 francs. Nous ne voulons pas décourager ceux qui défendent nos propositions envers et contre tous dans ce collège, mais évidemment les 18 000 francs ne seront pas une catastrophe nationale.

Präsident: Wir entscheiden über Litera a. Es stehen sich gegenüber der Antrag der Kommissionsminderheit (der übereinstimmt mit dem Bundesrat) und der Antrag der Kommissionsmehrheit.

Abstimmung – Vote

Buchst. a

Für den Antrag der Minderheit

5 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit

31 Stimmen

Bürgi, Berichterstatter der Mehrheit: Zu Buchstabe b: Der Bundesrat hatte einen Höchstsatz für natürliche Personen von 14 Prozent vorgeschlagen; teilweise als Kompensationsmassnahme für die Entlastung bei den unteren Einkommen. Teilweise mochte wohl auch die Hoffnung bestehen, die Initianten der SP-Reichtumssteuerinitiative eher zu einem Rückzug ihrer Initiative bewegen zu können.

Die Kommission war der Meinung, dass der Tatbestand des Höchstsatzes möglichst objektiv und losgelöst von dieser Initiative zu würdigen sei. Dabei lässt sich folgendes festhalten:

Im Jahre 1970 betrug dieser Höchstsatz noch 7,2 Prozent; 1971 wurde er auf 8 Prozent hinaufgesetzt. 1973 erfolgte eine Erhöhung auf 8,8 Prozent; seit 1975 gilt ein Satz von 11,5 Prozent. Nun geht es um 13 oder 14 Prozent. In der Kommission wurde ein Antrag auf 12,5 Prozent abgelehnt. 13 Prozent ist also das Ergebnis des Bereinigungsverfahrens. Verglichen mit dem Ausgangsjahr 1970 bedeutet das immer noch eine Erhöhung des Höchstsatzes von 80 Prozent. Bei allen Änderungen der Wehrsteuer in den letzten Jahren waren die hohen Einkommensbezüger von Mal zu Mal stärker erfasst worden. Dazu gesellen sich noch die Erhöhungen der Kantons- und Gemeindesteuern, die in fast allen Kantonen bei den höheren und höchsten Einkommen eingeführt wurden. Von einer Schonung der hohen Einkommen kann also in keiner Weise die Rede sein. Der Kommission schien deshalb der leicht reduzierte Satz von 13 Prozent gerechtfertigt zu sein. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

M. **Donzé**, rapporteur de la minorité: Tout d'abord je voudrais signaler que, sur le tableau, il y a une erreur d'impression. Comme vient de le dire le rapporteur, M. Bürgi, c'est la majorité qui demande d'abaisser le taux maximum à 13 pour cent et non pas la minorité qui, elle, soutient le texte du Conseil fédéral. Je pense que la plupart d'entre vous l'avaient compris et avaient corrigé d'eux-mêmes.

Ceci dit, je voudrais reprendre les propos de M. le conseiller fédéral Chevallaz et ajouter que, dans ces comparaisons de taux, il faut tenir compte de l'évolution des taux dans les cantons et dans les communes et du fait que, comme cela a été dit dans le message, cet impôt ne doit pas être un impôt identique à celui perçu par les cantons et par les communes, c'est-à-dire qu'il ne touche pas la même catégorie de contribuables. A l'origine, la Confédération n'avait comme ressources que les ressources indirectes. C'est au moment de la guerre qu'on a créé cet impôt mais ce n'était pas, encore une fois, pour qu'il double les impôts existants.

Aujourd'hui, on veut passer à la TVA, ce qui donnera la plus grande importance aux impôts indirects, qui charge donc d'une manière moins progressive la population de notre Etat. C'est pourquoi le Conseil fédéral a eu là, vraiment, un geste social important en modifiant la structure

de l'impôt de défense nationale. C'est une des raisons fondamentales qui ont conduit le parti socialiste à soutenir le paquet fiscal. Mais alors si, maintenant, on manipule trop ces chiffres, ces pourcentages, ces niveaux d'assujettissement, nous serons vraiment obligés de reposer la question de notre accord à tout ce paquet.

On a beaucoup parlé dans la presse de «Gratisbürger». Je crois vraiment que cela n'existe pas, encore une fois à cause des lourdes et souvent très lourdes impositions aux niveaux cantonal et municipal. Passer à 14 pour cent nous paraît tout à fait normal et on peut reprendre là un peu la formule des impôts qui ressemblent à ceux du Portugal. Pour un pays qui se veut un pays équilibré, prospère, juste, social, le taux de 14 pour cent qui est proposé n'est pas du tout un taux exorbitant, si précisément on le compare non pas à la Suède qui a peut-être été trop loin, puisque mes amis ont eu des malheurs, mais si on le compare à l'Allemagne, à tous les pays qui nous entourent. C'est pourquoi j'insiste; je tenais à faire une déclaration à caractère politique, je crois que l'on me reproche un peu de faire de la politique mais je ne vois pas pourquoi on serait ici sans cela, j'insiste donc dans ce sens pour que l'on accepte le taux de 14 pour cent.

Jaulin: Ich möchte an das Votum von Herrn Donzé anschliessen. Zum ersten habe ich gewisse Zweifel, ob unsere Steuervorteile so gross sind, wie er sagt. Aber ich möchte Sie auch auf einen anderen Aspekt dieser Verlagerung der Steuersätze nach oben aufmerksam machen, der nach meiner Meinung zu wenig beachtet wird: Auf die Tatsache, dass damit ein immer kleinerer Kreis einen grossen Anteil des gesamten Steuerertrages erbringt, und das erachte ich nicht unbedingt als sympathisch.

Die letzte Wehrsteuer-Statistik, die existiert, ist die 16. Periode; Berechnungsgrundlage waren die Jahre 1969/1970, und die Fälligkeit ist 1972/1973. Damals waren übrigens noch fast 80 Prozent der steuerbaren Einkommen unter 25 000 Franken, also unter dem Betrag, den wir vorher als Antrag des Bundesrates für die Freigrenze hörten. Heute haben sich wahrscheinlich die Löhne ungefähr verdoppelt, die Verhältnisse haben sich also sehr stark verschoben. Aber ich glaube, die Verhältniszahlen werden etwa bleiben. Da habe ich festgestellt: 1,5 Prozent der Pflichtigen, das sind 27 000 natürliche Personen oder etwa 1/2 Prozent der gesamten Einwohner der Schweiz, zahlten damals 52 Prozent des gesamten Steuerertrages. Sie hatten insgesamt einen Anteil von 14 Prozent des gesamten Einkommens in der Schweiz, aber sie zahlten 52 Prozent, also mehr als die Hälfte der gesamten Steuereingänge! Man stellt auch fest, dass etwa ein Viertel des Einkommens – das betrifft 5 Prozent der Pflichtigen – drei Viertel der Steuern zahlten.

Wenn auch die absoluten Zahlen geändert haben, so dürfte doch das Verhältnis etwa gleichbleiben. Nach den Angaben von Herrn Kollega Bürgi hat sich das Gewicht noch mehr nach oben verlagert. Wir haben oben verschiedene damalige Reduktionen seit dieser Erhebung abgebaut und zudem die kalte Progression aufgehoben. Es ist also anzunehmen, dass alles eher weiter nach oben verschoben wurde.

Nun kenne ich natürlich das Gegenargument, das sei unsozial, dass wir so hohe Einkommen haben, über die so wenige Leute verfügen können. Das ist ein Gesichtspunkt; aber wenn wir nun annehmen, dass es uns gelänge, diese Einkommen etwas zu streuen – das ist nicht meine Absicht, aber es ist die Absicht anderer Kreise –, und wenn wir annehmen, dass damit von diesen 1 1/2 Prozent der Steuerzahler entweder die Hälfte verschwindet oder die Hälfte des Ertrages verschwindet, dann verschwinden damit 25 Prozent des gesamten Steuerertrages, also ein Viertel, und das würde heissen, dass man beim Rest die Steuer um 50 Prozent erhöhen müsste, um wieder den gleichen Ertrag zu haben. Ich finde einfach, wir müssen uns langsam klar sein, dass auch das kein erreichbares Verhältnis

ist, wenn man schlussendlich bei den direkten Steuern von so wenigen Leuten abhängig wird. Ich möchte übrigens auch feststellen: Die paar Leute mit sehr hohen Einkommen, die ich kenne, haben mit ihren Einkommen Leistungen erbracht, die sich durchaus sehen lassen, die auch mit zur Belebung der Wirtschaft, ja hauptsächlich zur Belebung der Kultur beigetragen haben, so dass man nicht einmal vom Standpunkt der sozialen Ueberlegungen unbedingt ein Interesse haben könnte, diese Situation wesentlich zu verschieben. Aber vom steuertechnischen Standpunkt aus muss man einfach sehen, dass mit dieser Verlagerung nur eine ganz schmale Spitze schlussendlich diese Wehrsteuererträge bezahlt. Deshalb möchte ich Ihnen empfehlen, in einem mässigen Rahmen zu bleiben und nicht noch höher zu gehen. Auch mit diesen 13 Prozent haben wir nicht wesentlich andere Verhältnisse, aber 13 Prozent sind eher ein tragbarer, ein möglicher Kompromiss. Ich möchte Ihnen also empfehlen, diesen 13 Prozent zuzustimmen.

Hofmann: Ganz kurz ein weiteres Argument: Vergessen wir nicht das Interesse der Kantone und Gemeinden. Diese sind – ich möchte ironisch sagen – auf das Jagdfeld der grossen Einkommen angewiesen. Deshalb haben sich auch die kantonalen Finanzdirektoren hier gehörig gemeldet, ich glaube, die Finanzdirektoren jeder Couleur. Sie betrachten einen Ansatz von 13 Prozent für die Wehrsteuer als das Maximum, und jede weitere Erhöhung würde in das Steuersubstrat der Kantone eingreifen, in einem Ausmass, das dazu führen würde, dass die Kantone und Gemeinden Reduktionen vornehmen müssten. Das darf nicht geschehen. 13 Prozent – Herr Bürgi hat es dargelegt – bedeuten gegenüber dem bisherigen Zustand eine Steigerung. Behalten wir hier doch das Gleichgewicht! – Ich danke.

Abstimmung – Vote

Buchst. b

Für den Antrag der Mehrheit	32 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 4

Antrag der Kommission

Ingress

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Buchst. a

Nach Entwurf des Bundesrates

Buchst. b

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Weber, Donzé)

Die Steuer beträgt höchstens 11,5 Prozent vom Gewinn und höchstens 0,85 Promille vom Kapital und von den Reserven.

Chap. I art. 41quater al. 4

Proposition de la commission

Préambule

Adhérer à la décision du Conseil national

Let. a

Selon le projet du Conseil fédéral

Let. b

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Weber, Donzé)

L'impôt s'élève au plus à 11,5 pour cent du bénéfice et à 0,85 pour mille au plus du capital et des réserves.

Bürgli, Berichterstatter: Zum Buchstaben a habe ich einige Ausführungen zu machen. Der Nationalrat hat diesen Artikel mit einer Stimme Mehrheit in dem Sinne ergänzt, dass eine nach Ersatzfaktoren bemessene Minimalsteuer vorgesehen werden kann. Mit dieser Steuer wird insbesondere auf die Grossverteiler im Detailhandel in Rechtsform der Genossenschaft gezielt. In der Vergangenheit war es häufig so, dass der ausgewiesene Gewinn je nach regionaler Struktur sehr unterschiedlich war, häufig nicht sehr hoch, so dass das traditionelle Steuersystem gewissermassen ins Leere griff.

Als Ersatzkriterium wurde deshalb in verschiedenen kantonalen Steuergesetzen auf den Umsatz abgestellt. In gewerblichen Kreisen knüpfte man seinerzeit beträchtliche Hoffnungen an diese Steuer, um die Konkurrenzspiesse gleich lang machen zu können. In diesem Sinne habe ich seinerzeit selber bei der Ausgestaltung einer entsprechenden Vorschrift im sanktgallischen Steuergesetz mitgewirkt. Ich kenne also die Materie ein wenig.

Die Kommission hat eine Umfrage bei einer Anzahl Kantonen über die Auswirkungen der Minimalsteuer auf kantonaler Ebene veranlasst. Das Ergebnis ist ungefähr folgendes: Der Ertrag der Steuer ist überall ausserordentlich gering. Die seinerzeitigen Erwartungen, die man bei der Inkraftsetzung hegte, wurden nicht erfüllt. Von Anbeginn weg wurden in verschiedenen Kantonen Unternehmungen mit erfasst, für welche diese Minimalsteuer eigentlich nie gedacht war. Diese Tendenz hat sich nun in der Rezession ausserordentlich verstärkt. Mittelgrosse Firmen des Gross- und Detailhandels fallen wegen geschwächter Ertragskraft plötzlich unter die Minimalsteuer. Dadurch entsteht eine wachsende Rechtsungleichheit zwischen Firmen, die der normalen Besteuerung unterstehen und gegebenenfalls in der Rezession keinen Ertrag mehr ausweisen und demzufolge auch keine Steuer abliefern, und denjenigen, die sich wirtschaftlich in der gleichen Situation befinden, aber von der Minimalsteuer erfasst werden.

Wir sollten diese unbefriedigende Situation, die sich in den Kantonen wahrscheinlich noch verschärfen wird, nicht auf den Bund übertragen. In einzelnen Kommentaren, die nach der Beschlussfassung der Kommission zu diesem Artikel zu lesen waren, hiess es, es handle sich um eine politische Verbeugung vor dem Grossverteiler. Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass dem nicht so ist. Wir haben diesen Tatbestand objektiv geprüft. Wir sind zum Schluss gekommen, dass sich die seinerzeitigen Hoffnungen in die Minimalsteuergesetzgebung nicht erfüllt haben und dass die Minimalsteuer in der Rezession eine höchst problematische Abgabe geworden ist.

Demzufolge muss ich Ihnen beantragen, dieser Ergänzung des Nationalrates nicht zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral partage intégralement l'avis de votre commission. Cet impôt a peu de rendement pour beaucoup d'administrations. Il est plus lourd comme explosif politique qu'efficace sur le plan financier et justifié sur le plan de l'économie. Enfin, dans la situation actuelle, bien des entreprises qui sont dans les chiffres rouges seraient touchées par cet impôt, n'ayant plus de bénéfices imposables. En l'occurrence, nous vous demandons de corriger cette erreur de tir de la Chambre d'à-côté.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Buchstabe b: Es geht hier um die Höchstsätze für die juristischen Personen. Zunächst einige kurze Ausführungen zur Gewinnbesteuerung: Wir schliessen uns dem Höchstsatz gemäss Bundes-

rat und Nationalrat an. In den Uebergangsbestimmungen haben wir indessen eine andere Regelung beschlossen als der Nationalrat, nämlich einen Dreistufentarif; das in Anlehnung an die Vorschläge des Bundesrates. Ich komme in den Uebergangsbestimmungen auf diese Frage zurück und konzentriere mich jetzt auf den oberen Satz für die Kapitalsteuer.

Der Bundesrat beantragt eine leichte Reduktion von 0,825 Promille auf 0,75 Promille. Der Nationalrat hat zugestimmt. Durch einen Minderheitsantrag wird vorgeschlagen, auf 0,85 Promille zu gehen. Bei der Würdigung dieser Situation haben wir auch hier die Auswirkungen der Rezession zu berücksichtigen. Gewinnlose Gesellschaften müssen nämlich die Kapitalsteuer weiterhin bezahlen. Wenn sie keinen Gewinn erzielen, dann muss diese Kapitalsteuer aus der Substanz der Unternehmung aufgebracht werden. Deshalb scheint uns eine leichte Entlastung beim Höchstsatz gerechtfertigt. Dann will es uns scheinen, dass wir das Problem der Besteuerung der juristischen Personen heute in einem grösseren wirtschaftlichen Zusammenhang sehen müssen. Die Unternehmungen repräsentieren ja primär Arbeitsplätze. Wenn ihnen genügend Substanz gelassen wird, sind sie viel eher in der Lage, die bisherige Zahl von Arbeitsplätzen aufrecht zu erhalten. Deshalb sollte bei der Besteuerung der juristischen Personen eine gewisse Vorsicht angewendet werden.

Ich beantrage Ihnen deshalb, dem Satz von 0,75 Promille für die Vermögenssteuer zuzustimmen.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Herr Bürgli hat es gesagt, dass der bisherige Satz, der sich in Anwendung befindet, 0,825 Promille beträgt. Aus mir eigentlich unerklärlichen Gründen hat der Bundesrat diesen Höchstsatz auf 0,75 Promille gesenkt. Vermutlich hat er dabei die Flexibilitätsmarge von 10 Prozent mit einkalkuliert, in der Annahme, der Satz könne, wenn nötig, wieder auf die 0,825 Promille angehoben werden.

Nun ist aber die Flexibilität im Nationalrat untergegangen. In der Kommission zeigte man keine Lust, darauf zurückzukommen. Wir haben also die groteske Situation, dass man mit dem Steuerpaket etwa 3 bis 3,5 Milliarden Franken mehr herinzubringen hoffte und gleichzeitig für juristische Personen den Steuersatz auf Kapital und Reserven der Gesellschaften senkt, also eine Entlastung herbeiführt, die vollständig unmotiviert ist. Wer soll da noch klug werden? In der Botschaft wird über die Reduktion nichts ausgesagt.

Durch die Einführung der Mehrwertsteuer werden aber die Konsumenten belastet, während schon hier die Unternehmer entlastet werden. Bis heute haben die Unternehmer auf ihre Investitionen Warenumsatzsteuer bezahlt. Das ist künftig nicht mehr der Fall; die Mehrwertsteuer kann abgewälzt werden. Es liegen hier zwei Entlastungen drin. Kann man das verantworten? Wenn schon keine Erhöhung, sollte wenigstens am alten Satz festgehalten werden. Ich wäre auch bereit, wenn das optisch besser aussehen sollte, meinen Antrag so abzuändern, dass man auf den Tausendstel genau den alten Satz von 0,825 Promille wählt. Ich stelle den Antrag zur Diskussion, damit der Rat entscheiden kann.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je dirai brièvement, pour justifier les intentions du Conseil fédéral en cette affaire, que nous avons simplement estimé que réclamant davantage d'imposition du côté de l'impôt de consommation, nous voulions aussi modérer dans une certaine mesure pour les personnes morales l'imposition directe - nous l'avons fait très modestement, moins que pour les personnes physiques. C'est pourquoi nous vous demandons de voter le taux tel qu'il est prévu par le Conseil fédéral et tel que le soutient la commission et nous vous invitons à rejeter la proposition de M. Weber.

Abstimmung – Vote**Buchst. b**

Für den Antrag der Minderheit 5 Stimmen
 Für den Antrag der Mehrheit 20 Stimmen

Abschn. I Art. 41quater Abs. 5 und 6**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I art. 41quater al. 5 et 6**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté**Abschn. I Art. 42ter Abs. 2****Antrag der Kommission****Mehrheit**

Streichen

Minderheit I

(Weber, Donzé)

Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig zu machen.

Minderheit II

(Heimann)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. I art. 42ter al. 2**Proposition de la commission****Majorité**

Biffer

Minorité I

(Weber, Donzé)

La législation fédérale subordonnera les prestations allouées aux cantons à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôts.

Minorité II

(Heimann)

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter: Es handelt sich hier um eine Einfügung des Nationalrates. Die Kommission beantragt Ihnen die Streichung dieses Zusatzes mit 12 : 3 Stimmen. Die Ueberlegungen, die für diesen Antrag sprechen, sind die folgenden: Wir haben in diesem Paket einen eigenen Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung, den Bundesbeschluss B. Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Frage der Steuerharmonisierung dort als Einheit zu behandeln. Mit diesem Antrag wird gewissermassen ein fremdes Element aus dem Bundesbeschluss B in den Bundesbeschluss A eingefügt. Es ist der Kommission vor allem daran gelegen, keine unnötigen politischen Schwierigkeiten zu schaffen. Es geht ja nicht darum, hier zu entscheiden, ob wir eine gewisse Harmonisierung wollen oder nicht. Das kann im Beschluss B in eindeutiger Weise bestimmt werden. Wer einen ersten Schritt in der formellen Steuerharmonisierung ausführen will, kann dort sein Ja abgeben. Die Kommission befürchtet, mit dem Antrag, der hier zur Diskussion steht, würde eine zusätzliche Gegnerschaft zum Bundesbeschluss A über die Steuermassnahmen geschaffen. Das geht ja aus der ganzen Debatte hervor. Die Abstimmungssituation ist schon genug belastet, so dass sie nicht noch zusätzlicher Erschwernisse bedarf. Ich beantrage Ihnen deshalb, diesen Artikel zu streichen.

Weber, Berichterstatter der Minderheit I: Ich möchte zum voraus Herrn Bürgli gegenüber erklären, dass diese Bestimmung insofern kein fremdes Element darstellt, als die Harmonisierung im Bundesbeschluss B untergebracht ist. Würde dieses Paket en bloc, mit einer Frage, dem Volk unterbreitet, dann könnte ich mich seinen Ueberlegungen anschliessen. Was geschieht aber, wenn zwei Fragen gestellt werden und wenn einerseits das Paket angenommen, andererseits die Harmonisierung dagegen abgelehnt wird? Dann haben wir das Nachsehen. Deshalb hat vermutlich Herr Biel im Nationalrat den Antrag gestellt, der dann zum Beschluss erhoben wurde, die Kantone seien zu verpflichten, ihre Steuerkraft und Steuerquellen optimal auszuschöpfen, bevor sie gegenüber dem Bund die hohle Hand hinstrecken und nach Subventionen begehren, Subventionen, die nicht einfach vom Himmel fallen, sondern die von den finanzstarken und finanziell mittelstarken Kantonen durch gründliche Ausschöpfung ihrer Steuerquellen aufgebracht werden müssen. Die Ausschöpfung soll also zu einer *conditio sine qua non* werden. Psychologisch gesehen ist das richtig und würde sicher bei der Abstimmung gerade von den Spenderkantonen positiv gewürdigt werden. Ich bin in meinem Antrag etwas weitergegangen, indem die Worte «für den Finanzausgleich» gestrichen werden. Dadurch erhält die Voraussetzung auch Gültigkeit für andere Leistungen des Bundes an die Kantone. Ich finde, das sollte irgendwie möglich sein.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Heimann, Berichterstatter der Minderheit II: Den grundsätzlichen Ueberlegungen von Herrn Weber bezüglich des Vorganges bei der Abstimmung kann ich mich anschliessen. Der Nationalrat hat dieser Bestimmung mit deutlicher Mehrheit zugestimmt, und der Bundesrat hat sich ebenfalls ausdrücklich mit der Aufnahme dieses Absatzes 2 einverstanden erklärt. In der Botschaft des Bundesrates, auf Seite 15, können Sie lesen: «Die Solidarität unter den Gliedern der Eidgenossenschaft rechtfertigt einen Beitrag des Starken zugunsten des Schwachen, allerdings nur dann, wenn der einzelne alles in seiner Macht Stehende tut, um sich selber zu helfen. Ein Anliegen des Finanzausgleichs bleibt daher immer auch die Förderung der Selbsthilfe.»

Sie wissen, was die grossen Kantone an diesen Finanzausgleich und an alle Bundesbeiträge leisten. Mir scheint, dass die Solidarität dieser Kantone, die ich im Grundsatz unterstütze, nicht zu stark strapaziert werden darf. Man kann und sollte nicht nur fordern, sondern man muss bereit sein, auch selbst zu leisten. Der Kommissionspräsident erklärt, man schaffe mit diesem Artikel unnötige politische Schwierigkeiten. Kollega Bürgli, Sie schaffen mit der Streichung dieses Artikels noch viel grössere Schwierigkeiten. Beispielsweise ich selbst würde dieser Vorlage nicht mehr zustimmen; ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die grossen Kantone anders verhalten würden, nachdem man immer wieder von einer Verbesserung und von einem Ausbau des Finanzausgleiches gesprochen hat, von einer Steuerharmonisierung, die diesen Zielen nahekommt, und dann schon beim ersten Versuch, in dieser Richtung etwas zu tun, politische Schwierigkeiten vorschleibt.

Die Streichung dieses Artikels bedeutet für mich, dass Föderalismus gleichgesetzt wird mit Egoismus. Ich würde deshalb meinen, dass Sie den Artikel so belassen sollten, wie ihn der Nationalrat in die Vorlage aufgenommen hat. Der Unterschied zwischen dem Antrag Weber und meinem Antrag liegt darin – wie Kollega Weber ausgeführt hat –, dass mein Antrag weniger weit geht, weil er die Bundesbeiträge nicht betrifft. Wenn ich einen weniger weitgehenden Antrag stelle, heisst das nicht, dass ich nicht der Auffassung von Herrn Weber zustimmen könnte. Ich weiss aber um die Situation hier im Rat; jeder fühlt sich als Superföderalist und glaubt nur damit sein Mandat richtig vertreten und behaupten zu können. Ich trage dieser Situa-

tion Rechnung und gebe mich mit der Formulierung des Nationalrates zufrieden.

Weber, Berichterstatter der Minderheit I: Nach den Aeusserungen des Herrn Heimann ziehe ich den Antrag Weber/Donzé – um die Sache zu vereinfachen – zugunsten des Antrages Heimann zurück.

Hofmann: Mit einer Annahme dieses Vorschlages führten wir kurz und bündig in sehr weitgehendem Umfange eine materielle Steuerharmonisierung ein. Wer das will, soll Ja sagen. Wenn wir uns aber der Schwierigkeiten bewusst sind, welche nur schon eine formelle Steuerharmonisierung bereitet, so würden wir das «Fuhrwerk» dieser Vorlage überladen, weil die meisten Kantone grösste Opposition machen würden. Im Interesse des Finanzpaketes – des Geldes, das hereingebracht werden soll – möchte ich Ihnen dringend empfehlen, diese weitgehende materielle Steuerharmonisierung hier zu streichen. Wir werden ja über die Harmonisierung bei Bundesbeschluss B noch zu diskutieren haben. Dort besteht die Möglichkeit, weitergehende Anträge zu stellen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La proposition a été faite par le Conseil national, elle n'était pas dans le projet primitif du Conseil fédéral, et on peut admettre qu'on la trouve ici déplacée puisque la notion d'harmonisation matérielle qu'elle introduit, dans une certaine mesure, aurait mieux sa place dans l'article constitutionnel sur l'harmonisation.

J'aurais combattu avec netteté la proposition trop générale de M. Weber – je suis heureux qu'il l'ait retirée. Quant à celle de M. Heimann, elle reprend purement le texte du Conseil fédéral qui ne se rapporte qu'à l'impôt de défense nationale et à la péréquation en fonction de cet impôt. Dès lors on peut justifier la présence de ce dispositif dans cet article constitutionnel.

Reconnaissons que cette proposition du Conseil national a en soi une justification, qu'elle l'a davantage encore du moment que vous proposez d'affecter une plus large part des ressources de la Confédération à la péréquation. Nous sommes d'accord de faire progresser celle-ci, mais nous pensons qu'elle doit se fonder sur une appréciation plus précise des ressources réelles des cantons et avec la certitude aussi que ces cantons, sans entrer dans des détails tâtilons et dirigistes, font l'effort fiscal qu'ils sont en état de faire et exploitent, dans le bon sens du terme heureusement, et pleinement la masse fiscale qu'ils ont devant eux. Cela pourrait être discuté d'ailleurs, dans notre intention en application de cette disposition, nous l'aurions fait avec les représentants des cantons et je suis convaincu que nous aurions trouvé une formule satisfaisante et point trop inquisitoriale ni centralisatrice, ce qui eût été dans l'intérêt de l'ensemble de l'opération. Car enfin on ne peut quand même pas donner aux cantons le beurre, l'argent du beurre et leur permettre encore d'embrasser la laitière en sortant! (Rires)

Präsident: Es stehen sich noch gegenüber der Antrag der Minderheit II (Antrag Heimann) und jener der Mehrheit, der auf Streichung lautet.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit II	5 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	28 Stimmen

Abschn. II Art. 8 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 8 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. a

Antrag der Kommission

Mehrheit

die Abzüge betragen:
für Verheiratete 3000 Franken;
für Kinder je 2000 Franken;
für unterstützungsbedürftige Personen je 2000 Franken;
für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien zusammen 2500 Franken;
vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 2500 Franken;

Minderheit

(Weber, Donzé, Heimann)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 8 al. 2 let. a

Proposition de la commission

Majorité

Les déductions s'élèvent:
pour les personnes mariées, à 3000 francs;
pour chaque enfant, à 2000 francs;
pour chaque personne nécessiteuse, à 2000 francs;
pour primes d'assurances et intérêts de capitaux d'épargne, au total, à 2500 francs;
pour le produit du travail de l'épouse, à 2500 francs;

Minorité

(Weber, Donzé, Heimann)

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Hier geht es um die Sozialabzüge vom Einkommen. Wir haben folgende Situation: Für die Kinder und die unterstützungsbedürftigen Personen sowie für den Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien schliesst sich die Ständeratskommission den Beschlüssen des Nationalrates an. Für den Abzug bei Verheirateten und vom Erwerbseinkommen der Ehefrau hat sie Differenzen geschaffen. Sie möchte hier bei den Anträgen des Bundesrates bleiben. Das sei ausdrücklich betont; sie geht also nicht etwa hinter den Bundesrat zurück.

In den Kommissionsberatungen wurden vor allem für diese Positionen Befürchtungen wegen allfälliger Auswirkungen auf die kantonalen Finanzen zum Ausdruck gebracht. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, dass eine Korrektur der Sozialabzüge bei der Wehrsteuer ähnliche Begehren bei den kantonalen Steuergesetzen auslöst. Von Kennern der Kantonsfinanzen wurde uns glaubhaft dargetan, dass gerade bei diesen beiden Positionen verhältnismässig hohe Ausfälle für die Kantone entstehen könnten. Die Kantone haben bekanntlich keine Kompensationsmöglichkeit, beispielsweise durch eine Mehrwertsteuer. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Vorschläge des Bundesrates, denen wir uns für diese beiden Positionen anschliessen, dennoch beachtliche Verbesserungen bringen. Bei den Verheirateten beträgt die Verbesserung 20 Prozent, beim Erwerbseinkommen der Ehefrau ebenfalls 20 Prozent. Die kalte Progression wird dadurch bei weitem ausgeglichen und überschritten. Im Namen einer starken Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, diesen beiden Änderungen gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates zuzustimmen.

M. Donzé, rapporteur de la minorité: Au fond nous aurions suivi le Conseil fédéral et nous serions restés à 3000 francs, car une différence que l'on creuse entre célibataires et mariés, ce n'est pas ce que l'on fait de mieux dans une loi fiscale. Mais c'est une question de principe. On nous a diminué le revenu net minimum qui a passé de 25 000 à 18 000. Au Conseil national, au moins – je crois que c'était en grande partie dû au groupe démocrate-chrétien – on avait en contre-partie voulu favoriser à la fois les familles et notamment les enfants. Je ne sais pas

pourquoi notre commission, puisque les 18 000 avaient été votés, est revenue sur une disposition qu'avait prise le Conseil national et je ne comprends vraiment pas pourquoi on est revenu à 3000 francs pour les personnes mariées au lieu de s'en tenir à cet équilibre qu'avait réalisé le Conseil national.

Vincenz: Bei der Beurteilung dieser Anträge haben wir zwei Aspekte zu berücksichtigen, nämlich den sozialpolitischen Aspekt und die Auswirkungen auf die Fiskaleinnahmen. Die Kommission suchte dabei einen Mittelweg und hat ihn wohl auch gefunden, indem sie teilweise dem Nationalrat zustimmt und teilweise bei den Anträgen des Bundesrates bleibt. Die Lösung des Nationalrates wurde übernommen für die Kinderabzüge und jene für unterstützungsbedürftige Personen. Damit wollte man der Bedeutung des sozialen Aspektes jenes Gewicht geben, das begründet und befürwortet werden kann. Bei den übrigen Abzügen wurde der Vorschlag des Bundesrates gewählt und damit der Beweis erbracht, dass man auch die fiskalische Bedeutung des Problems berücksichtigen will. Es wäre sicher falsch, hier weitergehen zu wollen.

Wie der Herr Präsident bereits erwähnte, sind die Auswirkungen der Abzüge gemäss Beschluss des Nationalrates nicht nur für die Fiskaleinnahmen des Bundes, sondern vor allem für die Kantone und Gemeinden gross. Wir müssen hier nicht nur die Kantone, sondern auch die Gemeinden berücksichtigen. Fest steht eindeutig: Wenn wir hier bei dieser Bundessteuer weitergehende Abzüge beschliessen, werden die Kantone und z. T. auch die Gemeinden gezwungen sein, dasselbe zu tun. Das ergibt bei beiden Ausfälle, die nicht verantwortet werden können.

Das sind die Gründe, welche die Kommission davon überzeugten, dass dieser Mittelweg richtig sei, dies sowohl in sozialer wie auch in fiskalischer Hinsicht. Ich bitte Sie, der Kommission zuzustimmen.

Guntern: Persönlich bin ich der Auffassung, dass wir in bezug auf die Sozialabzüge dem Antrag des Nationalrates folgen können. Ich möchte Ihnen die Gründe, die mich dazu führen, kurz bekanntgeben. Der erste Grund ist bereits von Herrn Donzé angeführt worden. Wie Sie wissen, folgen wir in bezug auf die Steuerpflicht nicht dem Antrag des Bundesrates, sondern wir folgen dem Antrag des Nationalrates. Die Steuerpflicht beginnt also schon bei 18 000 Franken und nicht erst bei 25 000 Franken. Dadurch werden die niederen Steuereinkommen eher erfasst. Ich bin daher der Auffassung, dass schon aus diesem Grunde bei den Sozialabzügen ein grösseres Entgegenkommen angebracht ist.

Der zweite Grund liegt darin, dass ein Verheirateter wirtschaftlich weniger leistungsfähig ist als ein Unverheirateter. Berechnungen haben ergeben, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von zusammenlebenden verheirateten Personen etwa um ein Drittel tiefer liegt als jenes von ledigen Personen. Das gilt selbstverständlich auch bei niedrigen Einkommen.

Ein dritter Grund ist der, dass die neue Mehrwertsteuer eine zusätzliche Belastung darstellt. Bei der Warenumsatzsteuer war der tägliche Zwangsbedarf ausgeschlossen; neu werden Nahrungsmittel mit 3 oder 10 Prozent belastet.

Ein vierter Grund: Die heutigen Steuergesetze mit ihren Progressionen privilegieren heute leider die nicht verheirateten zusammenlebenden Personen. Dies ist auf die Progression zurückzuführen und hat zur Folge, dass sich viele junge Leute bestraft vorkommen, wenn sie eine Ehe eingehen. Das ist nicht richtig. Die Bedeutung von Familie und Ehe ist gegenüber einer auf Abruf eingegangenen Gemeinschaft sehr gross. Sie entlasten den Staat in bezug auf Pflege- und Altersheime, Krankenhäuser, Heime für milieugeschädigte Kinder usw.

Als fünftes Argument möchte ich auf die Wirkung auf die Kantone eingehen. Hierzu möchte ich sagen, dass es bereits Kantone gibt, die eine grosszügigere Lösung als jene kennen, die jetzt eingeführt werden soll. Zudem bin ich der Auffassung, dass diese Wirkung nicht unbedingt uner-

wünscht ist. Es scheint mir daher, dass wir eine familienrechtliche Steuerpolitik durchführen und bei den Sozialabzügen im Sinne des Nationalrates handeln müssen.

Weber: Es ist bereits gesagt worden und ich danke den Vorrednern, die den Antrag Weber/Donzé hier verteidigt haben: Das Steuergesetz sollte auch etwas von einer gewissen Familienfreundlichkeit enthalten. Herr Guntern hat es erwähnt. Es ist doch so, dass ein Steuergesetz unverheiratet Zusammenlebende an und für sich nicht begünstigen sollte, indem das Einkommen nicht in die Progression aufgenommen wird. Ein Antrag auf 4000 Franken wurde im Nationalrat mit dem eindeutigen Resultat von 100 : 29 Stimmen zum Beschluss erhoben. Das zu wissen ist wichtig, denn es ist anzunehmen, dass der Nationalrat nicht bereit sein wird, wieder zurückzubuchstabieren. Die Sozialabzüge bei der Bundessteuer haben wirklich nicht sehr viel zu tun mit den Abzügen für die Staats- und Gemeindesteuer. Die Kantone sind nicht gezwungen, deswegen die Sozialabzüge tiefer zu halten; sie sind in dieser Beziehung frei. Die Ermässigung bei der Bundessteuer zieht nicht automatisch eine solche bei den kantonalen Steuern nach sich.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Verheiratete – Personnes mariées

Für den Antrag der Mehrheit (3000 Franken)	25 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (4000 Franken)	12 Stimmen

Präsident: Unter lit. a ist eine zweite Differenz in bezug auf den Abzug beim Erwerbseinkommen der Ehefrau.

Heimann: Sie wissen, dass wir für die Besteuerung des zusätzlichen Einkommens einer Ehefrau noch immer keine gerechte Lösung gefunden haben. Ueberall werden die beiden Einkommen zusammengezählt und der Verdienst der Ehefrau einer hohen Progression unterworfen. Der Nationalrat hat versucht, wenigstens bei dieser direkten Bundessteuer eine einigermaßen befriedigende Lösung zu finden, indem er beim Erwerbseinkommen der Ehefrau einen Abzug von 4000 Franken bewilligen möchte. Der Nationalrat hat dieser Grenze von 4000 Franken ohne Diskussion zugestimmt und einfach den Antrag seiner Kommission übernommen. Was diese Besteuerung der Ehefrau betrifft, gibt es geradezu groteske Seiten. Sie haben sicherlich die Lehrerwahlen in Zug etwas verfolgt. Der Schulvorsteher der Stadt Zug hat erklärt, für die Wiederwahl von Lehrern stelle sich auch die Frage, ob unverheiratet zusammenlebende Lehrer als Doppelverdiener angesehen werden dürfen.

«Ist es für die verheirateten Lehrer zumutbar» – fragt er in seiner Stellungnahme –, «dass ihnen im Vergleich mit den im Konkubinats lebenden Kollegen Nachteile entstehen, weil letztere sich in eine Lage versetzen, wo sie sich der Steuerprogression bei den recht gut angesetzten Lehrerlöhnen entziehen können?» Sie ersehen schon daraus, dass es offenbar auch aus gesellschaftspolitischen Gründen richtig ist, den Verdienst der Ehefrau etwas zu privilegieren. Vergessen wir auch nicht, dass nicht alle Frauen freiwillig einem Verdienst nachgehen, sondern dass es Zehntausende oder Hunderttausende sind, die durch die allgemeine Situation der Familie gezwungen werden, einem Verdienst nachzugehen. Dass man sie dann dafür noch damit bestraft, dass sie für ihren Verdienstanteil der Familie in der höchsten Progression besteuert werden, ist sicher nicht gerecht.

Ich möchte Ihnen deshalb beantragen, auch aus diesem Gesichtswinkel heraus den 4000 Franken zuzustimmen.

Jauslin: Diese Argumente tönen alle sehr schön. Ich möchte Sie bitten, vielleicht einen Blick auf die nächste Seite zu werfen. Dann sehen Sie, dass bei einem steuerbaren Einkommen von 18 000 Franken $\frac{1}{6}$ Prozent Steuer bezahlt werden, was 30 Franken ausmacht; bei 30 000

Franken 1/2 Prozent und bei 40 000 Franken 1 Prozent; erst bei 50 000 Franken 2 Prozent.

Wenn Sie sich nun überlegen, was für die tieferen Einkommen diese Abzüge ausmachen, dann kommen Sie zu ganz andern Schlüssen. Ich möchte einfach sagen: Alle diese Begriffe, dass man mit dem steuerfreien Minimum sehr tief bleiben und die Abzüge erhöhen solle usw., tönen sehr schön. Mit der Zeit muss man sich dann eben fragen, wer überhaupt noch Steuern bezahlt. Es ist ja eigentlich unsozial, diese Beiträge abzuziehen, weil das nur für hohe Einkommen etwas ausmacht; für kleinere Einkommen macht diese Differenz überhaupt nichts aus. Wenn Sie bei 30 000 Franken diese 4000 statt der 2500 Franken abziehen, so macht es nicht einmal 40 oder 50 Franken aus. Man muss also sagen: Die Differenz ist für die kleineren Einkommen ausserordentlich bescheiden, so dass man sich einfach keinen Illusionen hingeben sollte über die Bedeutung dieser Abzüge für die Einkommen, denen wir sie wünschen. Ich beantrage Ihnen also, der Kommission zuzustimmen.

Helmann: Es tut mir leid, dass ich Herrn Jauslin korrigieren muss. Er betrachtet zwei Dinge, die nicht zusammengehören; er spricht davon, dass bei 18 000 Franken eine Steuer von 30 Franken vorgesehen sei. Das ist richtig, aber über das diskutieren wir doch gar nicht. Nehmen wir doch den Fall, dass zwei zusammen arbeiten: Der Mann verdient 30 000 Franken; nach der Tabelle können Sie sehen, dass er 150 Franken bezahlen muss; nun verdient seine Frau 20 000 Franken dazu, was 50 000 Franken ergibt. Jetzt muss bereits eine Steuer von 1050 Franken bezahlt werden, d. h. eine Differenz von 900 Franken für den zusätzlichen Verdienst der Ehefrau. Es geht nicht darum, dass die 4000 Franken nur wenige 10 Franken Steuerermässigung bringen, sondern die 4000 Franken würden in dieser Grössenordnung 240 Franken Steuern weniger bedeuten. Ich glaube, das darf man sicherlich noch hinnehmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Si ce n'est pour dire qu'il faut s'en tenir maintenant aux propositions du Conseil fédéral. Nous espérons avoir été assez loin dans l'application d'un tarif considérablement dégressif pour les personnes modestes et les revenus moyens; nous sommes opposés à toute surenchère quant à nos autres propositions, quant aux déductions sociales.

Präsident: Wir stimmen ab und legen den Abzug für das Erwerbseinkommen der Ehefrau fest.

Die Minderheit beantragt, in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat, einen Abzug von 4000 Franken, die Mehrheit, in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat, von 2500 Franken.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Fr. 2500.–) 27 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Fr. 4000.–) 10 Stimmen

Abschn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

letzter Satz zusätzlich
für 775 000 Franken Einkommen 100 750 Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13 Franken mehr

Antrag Hofmann

für 100 000 Franken Einkommen 6250 Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13 Franken mehr.

Chap. II art. 8 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

dernière phrase en plus
pour 775 000 francs de revenu, à 100 750 francs
et, par 100 francs de revenu en sus, 13 francs de plus

Proposition Hofmann

pour 100 000 francs de revenu, à 6250 francs
et, par 100 francs de revenu en sus, 13 francs de plus

Bürgi, Berichterstatter: Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass zuerst Herr Hofmann Gelegenheit erhält, seinen Antrag betreffend den Steuertarif zu begründen. Ich werde dann nachher Stellung nehmen.

Hofmann: Mit meinem Antrag möchte ich, wie ich glaube, ein Versehen der Kommission korrigieren. Die Kommission hatte beschlossen, wie unser Rat vorhin, den Steuersatz auf 13 Prozent festzulegen. Die Kommission unterliess es dann, die Uebergangsbestimmung diesem grundsätzlichen Beschluss anzupassen. Deshalb haben wir nun folgende Situation in Litera b: Bei Einkommen von 17 999 bis 100 000 Franken haben wir einen Steuersatz von 0 bis 12 Prozent, und dann kommt am Schlusse hinzu «und für je weitere 100 Franken Einkommen 14 Franken mehr». Das hätte also zur Folge, dass Einkommen ab 100 000 Franken bis 775 000 Franken mit 14 Prozent besteuert würden, dann aber Einkommen über 775 000 Franken nur mit 13 Prozent. Das würde daher rühren, dass bei einer Besteuerung der Einkommen von 100 000 bis 775 000 Franken dann die Gesamtsteuerbelastung 13 Prozent erreicht wäre, das Maximum, dass nicht höher besteuert werden dürfte.

Das war nicht der Wille der Kommission, und ich glaube, dass das korrigiert werden muss. Die Meinung war 13 Prozent Maximalbelastung. Deshalb muss die berühmte technische Kurve der Steuerverwaltung diesen 13 Prozent angepasst werden. Das, was wir jetzt haben, beruht meines Erachtens auf einem Versehen. Wir müssen also korrigieren ab 100 000 Franken «für je weitere 100 Franken Einkommen 13 Franken mehr» = 13 Prozent.

Bürgi, Berichterstatter: Offenbar sind aus der Kommissionsberatung in bezug auf die von Herrn Hofmann aufgeworfene Frage gewisse Missverständnisse verblieben. In der Tat ist es so, dass der Steuertarif nach dem auf der Fahne enthaltener Vorschlag ab 100 000 Franken Einkommen 14 Prozent Steuerbelastung vorsieht und die 13 Prozent, die wir als Höchstsatz im allgemeinen Teil beschlossen haben, erst von einem Einkommen von 775 000 Franken an erhoben werden.

Der Vorschlag der Steuerverwaltung beruht natürlich nicht ganz auf Zufall. Ihr war daran gelegen, für die Einkommen zwischen 100 000 Franken und 750 000 Franken den höheren Satz von 14 Prozent anzuwenden, weil das dort mehr «einschenkt» als bei den Einkommen ab 775 000 Franken, wo es nur noch relativ wenige Steuerzahler gibt.

Persönlich kann ich mich der Auffassung des Herrn Hofmann anschliessen, dass es die Meinung der Kommission war, diese 13 Prozent schon von 100 000 Franken Einkommen an zu erheben. Dadurch entstehen allerdings zusätzliche Ausfälle. Nach einer Nachrechnung der Plus und Minus kann ich Ihnen folgendes melden: Wenn wir diesen Antrag annehmen, gibt es keine grösseren Ausfälle, als sie den Beschlüssen des Nationalrates insgesamt entsprechen würden. Ich möchte Ihnen also beliebt machen, diesem Antrag zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je regrette de ne pouvoir suivre tout à fait cet avis. D'après les indications que je possède – il faudrait que je puisse disposer de graphiques pour vous le démontrer – la proposition de M. Hofmann entraînerait une modification de l'échelle à partir de 100 000 francs, c'est bien ce qu'il recherche. Il y a tout de même environ quarante mille contribuables qui se situent dans ces régions confortables et, d'après les calculs faits par l'administration, cela représenterait une perte de 50 millions, à laquelle je ne peux souscrire, vous le comprendrez.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Hofmann 24 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 9 Stimmen

Abschn. II Art. 8 Abs. 3*Antrag der Kommission**Ingress, Buchst. b, c*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Buchst. a**Mehrheit*

Nach Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Weber, Donzé)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 8 al. 3*Proposition de la commission**Préambule, let. b, c*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Let. a**Majorité*

Selon le projet du Conseil fédéral

Minorité

(Weber, Donzé)

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Hier besteht eine grundlegende Differenz zum Nationalrat. Der Nationalrat hat einen sogenannten Zweistufentarif beschlossen. Er wollte damit eine Annäherung an die proportionale Besteuerung der juristischen Personen vornehmen. Diese proportionale Besteuerung wird in verschiedenen ausländischen Staaten angewendet. Wir müssen jedoch für unsere Gesetzgebung von den tatsächlichen steuerlichen Belastungen und den Verschiebungen in dieser Belastung ausgehen. Jetzt steht ein Dreistufentarif in Anwendung. Er ist abgestuft nach der Gewinnintensität, hat also ein progressives Element eingebaut wie bei den natürlichen Personen. Der Zweistufentarif des Nationalrates bedeutet nun für eine grosse Kategorie von Unternehmungen eine zusätzliche Steuerbelastung, und zwar bis zu einer Rendite von 16 Prozent. Es handelt sich also um die Unternehmungen im unteren und mittleren Gewinnband. Für das obere Gewinnband entsteht dagegen eine Entlastung.

Für die Würdigung dieses Tatbestandes muss nach Auffassung der grossen Mehrheit der Kommission folgendes in Erwägung gezogen werden: Die Ertragslage der Unternehmungen hat sich ganz allgemein verschlechtert. Das ist eine Binsenwahrheit. Es befinden sich heute viel mehr Gesellschaften im unteren Gewinnband; mit anderen Worten: Zahlreiche Gesellschaften, die bisher auf einer höheren Gewinnstufe standen, sind nach unten gerutscht. Dafür sollen sie nun nach dem Beschluss des Nationalrates höher belastet werden, als es nach der bisherigen Ordnung der Fall war. Ich verweise auch darauf, dass in sehr vielen Unternehmungen die Reserven eingesetzt wurden, um Arbeitsplätze durchzuhalten. Die Wiederöffnung der Substanz entspricht in vielen Unternehmungen einer dringenden Notwendigkeit, um den Ansprüchen der Zukunft gewachsen zu sein. Diesen Bemühungen sollte nicht durch eine erhöhte Besteuerung zuwidergehandelt werden.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 11 : 3 Stimmen, zum Dreistufentarif des Bundesrates zurückzukehren.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Hier geht es um die Besteuerung der juristischen Personen. Nach bisherigem Recht haben wir einen Dreistufentarif. Der Bundesrat hat diesen Tarif beibehalten; der Nationalrat tat einen Schritt nach vorne, allerdings nicht konsequent bis zur prozentualen Besteuerung, was für die Verwaltung eine wesentliche Erleichterung bedeutet hätte, sondern lediglich zu einem helvetischen Kompromiss.

Die Mehrheit der Kommission will nun zum Dreistufentarif zurückkehren. Die Steuer soll in drei Stufen, je nach erzielter Rendite, abgestuft werden. Diese Besteuerung ist etwas antiquiert. Die Schweiz ist in Europa – wie ich vornehmen habe – das einzige Land mit einer solchen Lösung. Im Grunde genommen ist aber die Rendite gar kein taugliches Mass für die Besteuerungsgrundlage. Die Rendite ist das Verhältnis zwischen Gewinn einerseits und Eigenkapital und Reserven andererseits. Hat nun ein Unternehmen sehr wenig Eigenkapital und weist an und für sich einen kleinen Gewinn aus, wird das trotzdem eine hohe Rendite ergeben; ein Gewinn von 100 000 Franken bei einem Eigenkapital von 200 000 Franken sieht ganz anders aus als ein Gewinn von 100 000 Franken bei einem Eigenkapital von 1 Million. Dieses Verhältnis stört. Mit einem grossen Eigenkapital, dank bedeutenden Reserven aus guten Jahren, kann die Rendite – auch wenn der Gewinn gross ist – bei einer solchen Kapitalbasis sehr bescheiden ausfallen.

Eine andere, modernere Lösung wäre längst fällig. Der vom Nationalrat gewählte Zweistufentarif geht nicht so weit, ist aber eine bedeutende Verbesserung und eine Vereinfachung. Deshalb sollten wir dieser Lösung zustimmen.

Hefti: Ich kann die Ausführungen von Herrn Weber nicht richtig verstehen, wenn er bei der Besteuerung keinen Zusammenhang zwischen Gewinn und Eigenkapital sieht. Seine Begründung könnte nämlich auch dazu führen, dass man die Progression aufhebt. Nun habe ich noch eine Frage: Ist bei der Vorlage des Bundesrates wie auch jener des Nationalrates Gewähr geboten, dass der Höchstsatz nicht überstiegen wird?

M. Chevallaz, conseiller fédéral: A propos du problème posé par M. Donzé d'une manière générale, je voudrais dire que ce tarif à deux niveaux proposé par le Conseil national semblait aller dans le sens de la mode, c'est-à-dire de la tendance à un impôt proportionnel. En examinant de plus près les conséquences de ce système, nous nous sommes rendu compte que notre système à trois niveaux, pour des raisons mystérieuses – mais les mystères sont propres aux barèmes fiscaux – était plus favorable à toute une série de petites entreprises que le système à deux niveaux du Conseil national; ce qui fait que nous n'avons aucune raison de renier notre première idée: nous restons favorable au système à trois niveaux, comme votre commission.

En ce qui concerne la question de M. Hefti, je suis obligé de m'adresser à mes spécialistes. Dans l'état de mes connaissances, je puis vous dire que, si nous fixons un chiffre maximum, il ne sera pas dépassé.

Bürgli, Berichterstatter: Herr Hefti befürchtet offenbar etwas Gleiches, wie der Antrag Hofmann aufgriff, nämlich dass der Höchstsatz überschritten wird. Das ist bei juristischen Personen gemäss Antrag des Bundesrates mit Sicherheit nicht der Fall.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

5 Stimmen

Abschn. II Art. 8 Abs. 4*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 8 al. 4*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Abschn. III***Antrag der Kommission*

Die in den Ziffern I und II genannten Bestimmungen treten am 1. Januar 1977 in Kraft, mit folgenden Ausnahmen:

Buchst. a

Artikel 41quater Absatz 2 Satz 2 tritt am 1. Januar 1979 in Kraft.

Buchst. b

Die am 31. Dezember 1976 in Kraft stehenden Bestimmungen über die Wehrsteuer bleiben anwendbar:

Ziff. 1

auf die Wehrsteuerforderungen für 1977 gegenüber natürlichen oder juristischen Personen, deren Wehrsteuerpflicht vor der Annahme dieses Beschlusses durch Volk und Stände aufhört;

Ziff. 2

auf die Wehrsteuerbeträge, die 1977 aufgrund eines besonderen Steuererhebungsverfahrens für in der Schweiz erwerbstätige Personen ohne fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung an der Quelle berechnet und erhoben werden.

Chap. III**Proposition de la commission**

Les dispositions mentionnées sous chiffres I et II entrent en vigueur le 1er janvier 1977 sous réserve des exceptions suivantes:

Let. a

L'article 41quater, 2e alinéa, 2e phrase entre en vigueur le 1er janvier 1979.

Let. b

Les dispositions régissant l'impôt pour la défense nationale en vigueur le 31 décembre 1976 demeurent applicables;

Ch. 1

Aux créances de l'impôt pour la défense nationale dû pour 1977 par les personnes physiques et par les personnes morales dont l'assujettissement à cet impôt cesse avant l'acceptation du présent arrêté par le peuple et les cantons;

Ch. 2

Aux montants d'impôt pour la défense nationale qui sont calculés et perçus à la source en 1977 sur la base d'une procédure de perception spéciale applicable aux personnes exerçant une activité lucrative en Suisse sans être au bénéfice d'un permis d'établissement délivré par la police des étrangers.

Bürgli, Berichterstatter: Ich kann mich hier ausserordentlich kurz fassen. Es geht um die Uebergangsbestimmungen. Der Buchstabe a, der sich auf Artikel 41quater Absatz 2 bezieht, hat den Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer zum Gegenstand. Der erhöhte Satz soll erst am 1. Januar 1979 in Kraft treten, dann nämlich, wenn der Bund auch die erhöhten Einnahmen aus der nunmehr beschlossenen Steuerordnung hat. Die übrigen Bestimmungen bedürfen hier keiner weiteren Kommentierung. Sie ergeben sich aus dem Ablauf der Steuererhebung.

Angenommen – Adopté

Abschn. IV**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. IV**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Abschn. IIa**Antrag der Kommission****Mehrheit**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Heimann)

In den Jahren 1977 bis und mit 1980 dürfen die Bundesbeiträge unter allen Titeln höchstens vier Milliarden Franken jährlich erreichen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe der Bundesbeiträge können vom Bundesrat mit Wirkung für die genannten Jahre aufgehoben oder geändert werden. Die Zuwendungen des Bundes an die bundeseigenen Sozialwerke dürfen nicht unter den Stand 1976 gekürzt werden.

Chap. IIa**Proposition de la commission****Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Heimann)

Les subventions fédérales versées au cours des années 1977 à 1980 à n'importe quel titre ne peuvent atteindre annuellement que quatre milliards de francs au total. Les dispositions légales fixant le montant des subventions fédérales peuvent être soit abrogées soit modifiées par le Conseil fédéral pour les années en question. Les montants des contributions versées par la Confédération aux institutions sociales qui lui sont propres ne doivent pas être inférieurs aux montants de ces contributions versées en 1976.

Heimann, Berichterstatter der Minderheit: Ich bedaure, Sie mit meiner Begründung etwas länger hinhalten zu müssen. Aber schliesslich geht es um 31 Prozent der Bundesausgaben. Ihre Kommission hat ursprünglich beschlossen, die Sparbemühungen in den Uebergangsbestimmungen zu verankern, dies deshalb, weil Motionen den Stimmbürger nicht erreichen und Motionen keine Entscheidungen bedeuten. Nach unserer Sitzung sind die vier Bundesratsparteien zusammengesessen und haben beschlossen, es bei einer Motion bewenden zu lassen. Das war auch der Wink für die Kommissionsmehrheit, was sie zu tun hatte. Ich glaube nicht, dass dieses Prozedere der Glaubwürdigkeit der Sparanstrengungen einen guten Dienst erwiesen hat. Die Motion der ständerätlichen Kommission ist nicht mehr als eine Absichtserklärung. Sie setzt wohl ein Ziel, nämlich bis 1980 ein ausgeglichenes Budget herbeizuführen. Wir wissen aber, ohne z. B. an unsere Nationalmannschaft der Fussballer zu denken, dass Ziele sehr oft nicht erreicht werden. Litera a der Motion entspricht mit anderen Worten weitgehend der Absicht meines Antrages. Allerdings ist diese Litera nicht so konkret und für den Stimmbürger nicht wirksam formuliert. Litera c beauftragt den Bundesrat, den Räten Gesetzesänderungen im Bereich der gesetzlich gebundenen Ausgaben zu beantragen, d. h. vor allem auch im Bereich der Subventionen, oder nach neuer Terminologie der Bundesbeiträge. Mit solchen Anträgen würden die Räte wieder mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert, mit denen sie in den vergangenen Jahren nicht fertig geworden sind. Sie könnten sich nicht einigen, wo Abstriche gemacht werden sollen. Ich habe gestern unwidersprochen darlegen dürfen, dass der Koalition der Bundesratsparteien zur Führung einer klaren Finanzpolitik die Voraussetzungen fehlen. Was sagt dazu der prominente freisinnige alt Nationalratspräsident Weber? Er hat im Rat erklärt: «Es dürfte kaum möglich sein, sich auf ein gemeinsames Programm von Kürzungen oder Prioritätsverschiebungen zu einigen.» Litera b der Motion ist sodann ein schlechtes Zeugnis für den Bundesrat. Ich möchte unseren Finanzminister besonders darauf hinweisen. Der Bundesrat soll beauftragt werden, in seiner Kompetenz liegende Ausgaben auf der Basis des Budgets 1976 zu stabilisieren. Dem Bundesrat wird damit gesagt, dass er

trotz der misslichen Lage der Bundesfinanzen von sich aus nicht in der Lage sei, auch innerhalb seiner Kompetenzen jene Massnahmen zu treffen, welche die Lage erfordert. Ich, Herr Bundesrat, würde mich für eine solche Motion bedanken.

Mein Antrag ist demgegenüber eindeutig in seiner Zielsetzung, indem er die Ausgabenhöhe der Bundesbeiträge beziffert. Der erste Satz meines Antrages lautet: «In den Jahren 1977 bis und mit 1980 dürfen die Bundesbeiträge unter allen Titeln höchstens 4 Milliarden Franken jährlich erreichen. Die Bundesbeiträge, d. h. die Subventionen, betragen 1974 3,9 Milliarden; 1975 waren es 4,37 Milliarden und gemäss Voranschlag 1976 sind 4,67 Milliarden vorgesehen. In diesen drei Jahren sind die Subventionen somit neuerdings um 19 Prozent gestiegen und wie bereits erwähnt, stellen sie heute 31 Prozent der Gesamtausgaben dar. Im Finanzplan des Bundesrates für die für die Jahre 1977–1979 erklärt der Bundesrat: «Ausschlaggebend für das weitere, wenn auch im Vergleich zu früheren Planungsperioden wesentlich gedämpftere Ansteigen der Gesamtausgaben sind die Bundesbeiträge. Mit 5747 Millionen entfallen auf sie 34 Prozent der für 1977 vorgesehenen Gesamtausgaben gegenüber 31 Prozent gemäss Voranschlag 1976. Trotz erheblichen Einschränkungen ergibt sich nach den Planungszahlen bis 1979 gegenüber dem Voranschlag 1976 eine Zunahme der Bundesbeiträge um 1727 Millionen oder 11 Prozent im Jahresdurchschnitt.» Ich glaube nicht, dass wir uns das weiter leisten können. Um das Seilziehen, um Kompromisse in den Räten auszuschliessen, sage ich im zweiten Satz meines Antrages: «Die gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe der Bundesbeiträge können vom Bundesrat mit Wirkung für die genannten Jahre aufgehoben oder geändert werden.» Der Bundesrat wird damit frei, lineare oder gezielte Kürzungen zu wählen.

Ich habe seit der Einreichung meines Antrages in der Kommission mit Genuss in der «NZZ» folgendes gelesen: Unter dem Titel «Ein Drittel des Bundesbudgets» heisst es: «In den Jahren 1950 bis 1975 stiegen die Bundesausgaben gemäss Finanzrechnung von 1637 Millionen auf 13541 Millionen, was etwas mehr als einer Verachtfachung entspricht. In der gleichen Periode wuchsen die Subventionen als Komponente dieser Gesamtausgaben von 296 Millionen auf 4378 Millionen an. Das sind fünfzehnmal mehr.» Unter dem Stichwort «Notwendige Korrekturen» ist dann zu lesen, man könnte sich auch eine jährliche frankemässige Plafonierung vorstellen.

Herr Dr. Linder, Wirtschaftsredaktor der «NZZ», erklärt: «Homöopathische Sparübungen vermögen in der gegenwärtigen Situation kaum etwas auszurichten. Sie müssen vielmehr ein Gewicht haben, das glaubhaft zu dokumentieren vermag, dass sowohl die Regierung wie auch die eidgenössischen Räte bereit sind, das Uebel an der Wurzel zu packen.» Dieser Artikel visiert die Motionen an, die in diesem Zusammenhang vorgelegt worden sind.

Gegenüber diesen Äusserungen erscheint die Motion unserer Kommission wirklich als kalter Kaffee. Unser Kommissionspräsident selbst hat die Motion in der Sitzung der Kommission als «ziemlich starker Sparauftrag» umschrieben. Um aber nicht nur Freisinnige zum Wort kommen zu lassen, zitiere ich auch noch einen prominenten CVP-Mann, nämlich Nationalrat Dr. Weber. Er hat in den Beratungen des Nationalrates deutlich gesagt, die Ausgaben disziplin müsse konkret sichtbar werden. In meinem Antrag wird sie das, was von der Motion nicht gesagt werden kann. Ich frage mich, was die FdP- und CVP-Vertreter in der Konferenz der Bundesratsparteien dazu gebracht hat, von einer klar erkannten Notwendigkeit nun abzurücken. Nachdem sowohl der Bundesrat wie National- und Ständeräte gerne damit drohen, die Verwerfung der Vorlage führe zu Konsequenzen bei der AHV, habe ich solche Konsequenzen zur Beruhigung der Stimmbürger mit dem dritten Satz meines Antrages ausgeschlossen. Dieser Satz lautet: «Die Zuwendungen des Bundes an die bundeseigenen Sozialwerke dürfen nicht unter den Stand 1976 gekürzt werden.»

Meinem Antrag wird entgegengehalten, die Reduktion der Bundesbeiträge hätte auf die Wirtschaft wesentliche Auswirkungen. Ich darf dies als Praktiker der Wirtschaft in Abrede stellen. Sie lieben auch Vergleiche mit dem Brutto-sozialprodukt. 700 Millionen Franken Subventionen, die mit meinem Antrag reduziert würden, sind nicht einmal 0,5 Prozent des Brutto-sozialproduktes. Aus jahrzehntelangen Erfahrungen wissen wir aber auch alle, dass Subventionen immer preistreibend waren. Der Wegfall in diesem Umfang oder mit anderen Worten deren Reduktion haben deshalb keineswegs die Bedeutung, die man einer solchen Reduktion zuschreiben will. Beispiele stehen eine ganze Reihe zur Verfügung. Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, dass die Haushalte der Kantone und der Gemeinden in Schwierigkeiten kommen könnten. Würden einige wirtschaftliche Unternehmungen durch den Subventionsabbau Schwierigkeiten erhalten, dann würde ich meinen, dass diese Unternehmungen in der gegenwärtigen Wirtschaftslage eben auch keine Existenzberechtigung haben. Man kann sich in der freien Marktwirtschaft nicht nur auf Subventionen abstützen.

Zum Abschluss möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass es für den Ausgabenbereich, der in der Kompetenz des Bundesrates liegt, dass es für eine Regierung, die regieren will, keiner Vorschrift des Parlaments bedarf. Wenn es Ihnen wirklich ernsthaft darum zu tun ist, die Bundesfinanzen zu sanieren, bin ich der Meinung, dass Sie dem Antrag zustimmen können. Sie würden auch dem Volk die Annahme des ganzen Paketes erleichtern.

Bürgli, Berichterstatter: Herr Heimann greift mit seinem Antrag das Sparproblem auf. Dabei hat er mit grosser Munterkeit freisinnige Stimmen zitiert; ich möchte ihm zu dieser literarischen Vielseitigkeit die Anerkennung nicht versagen.

In der Sache gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, dass die Kommission dem Sparproblem die allerhöchste Bedeutung zumisst. Als Beweis führe ich die Akzente an, die im Verlaufe der Eintretensdebatte mit aller Deutlichkeit gesetzt wurden. Ferner verweise ich auf die gegenüber dem Nationalrat wesentlich verdeutlichte, verschärfte Motion, die wir Ihnen unterbreiten.

In der Kommission haben wir in einem bestimmten Stadium der Beratungen die Frage geprüft, ob wir den Sparauftrag in eine Verfassungsbestimmung einbauen wollen. Der Vorteil wäre, dass sich Volk und Stände in der Abstimmung dazu äussern könnten. Es gibt allerdings auch gewichtige Nachteile, die gegen eine solche Bestimmung angeführt werden können. Es entstehen Widersprüche zu bereits vorhandenen Verfassungsartikeln und Gesetzesbestimmungen, was in der Differenzbereinigung zum Nationalrat zweifellos mit aller Deutlichkeit betont worden wäre. Unter Umständen wäre innert nützlicher Frist kein übereinstimmender Beschluss beider Räte erfolgt. Deshalb haben wir uns in der Kommission schliesslich einmütig für den Weg der Motion entschieden.

Wenn Sie nun den Antrag Heimann mit unserer Motion vergleichen, stellen Sie fest, dass der erste Teil der Absichten des Herrn Heimann in unserer Motion voll berücksichtigt ist. Wir gehen sogar noch erheblich darüber hinaus, indem wir die ganze Breite der Bundesausgaben mit unserer Motion beschlagen. Ich werde darauf in der Begründung des eigentlichen Motionstextes noch zurückkommen.

Der Antrag Heimann enthält eine ausserordentlich weitgehende Delegation an den Bundesrat. Dieser ist es, der die gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe der Bundesbeiträge aufheben oder ändern kann. Wir sind der Meinung, dass in dieser wichtigen Frage auch das Parlament eingeschaltet werden sollte, in dem Sinne, dass uns der Bundesrat Anträge über allfällige Aenderungen der Bundes-subsidientensätze zu unterbreiten hat.

Der zweite Teil des Antrages Heimann, der die Zuwendung des Bundes an die bundeseigenen Sozialwerke nicht unter

den Stand von 1976 fallenlassen will, scheint uns in dieser Form nicht zweckmässig zu sein. Ich wiederhole hier noch einmal die Versicherung, die ich bereits beim Eintreten abgegeben habe, dass niemand an eine Kürzung jetzt bestehender Leistungen – beispielsweise auf dem Gebiete der AHV – denkt. Aber es ist doch durchaus denkbar, dass im Rahmen der künftigen AHV-Finanzierung eine nochmalige Entlastung des Bundeshaushaltes vorgenommen werden muss. Das müsste dann durch eine Erhöhung der AHV-Beiträge kompensiert werden. Der Antrag Heimann schliesst diese Möglichkeit weitgehend aus. Wir sind der Meinung, dass wir auch in dieser Richtung die notwendige Flexibilität wahren sollten. Aus diesen Erwägungen heraus beantrage ich Ihnen, den Antrag Heimann abzulehnen.

Heimann: Nur noch eine kurze Bemerkung, damit wir uns genau verstehen. Herr Bürgi erklärte, dass meine Formulierung in bezug auf die AHV nicht zweckmässig sei, weil niemand die Leistungen reduzieren wolle. Das ist mir klar. Hingegen hat man doch einen Abbau des Bundesbeitrages an die AHV anvisiert, wodurch man gezwungen wäre, wiederum die Lohnprozente zu erhöhen. Das ist nicht der Weg, um die Bundesfinanzen in Ordnung zu bringen. Die Lohnprozente können Sie nicht für alles heranziehen. Aber es gibt im grossen Kessel der Bundesausgaben noch andere Reduktionsmöglichkeiten, bevor man die Leistungen des Bundes an die AHV reduziert. Ich erinnere auch daran, dass der AHV-Fonds zurzeit noch 12 Milliarden umfasst.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je ne veux pas m'arrêter au problème motion ou disposition transitoire de la constitution puisque votre commission, à une très forte majorité, a réglé le cas et qu'elle a changé d'avis. Je vous dirai simplement en ce qui concerne la motion et pour rassurer M. Heimann que cela ne sera pas une simple déclaration d'intention, mais que le Conseil fédéral, par le budget 1977 et par la planification des années 78 à 80, tiendra un compte précis des incidences de cette motion.

Nous sommes d'accord, il est vrai, que les subventions ont connu un développement extrême; il est vrai que si l'on veut assainir le budget de la Confédération il faut y porter une certaine «Schlankheitskur». Mais la recette médicale de M. Heimann me paraît un peu comparable à ces cures d'amaigrissement auxquelles se prêtent certains managers un peu trop nourris – ce n'est pas le cas pour vous ni pour moi, heureusement – et qui font perdre en quinze jours 25 kilos, après quoi dans les dix qui suivent un infarctus est assuré. C'est tout de même un remède de cheval, c'est tout de même un remède abusif! Voulez-vous quelques chiffres? Actuellement, les subventions, sans l'AVS et l'assurance-invalidité qui, comme vous l'avez relevé, font partie d'un autre poste et qui de toute manière ne sont pas touchées ni par votre volonté expresse ni par leur statut juridique, ces subventions pour le budget de cette année sont de 4620 millions que vous voulez ramener à 4 milliards pour les années prochaines. Cela signifie, si je prends les chiffres du budget 1977 tel qu'il est préparé, ou les chiffres de planification des années suivantes qui, il est vrai, ne sont pas au point, que j'arriverais aux réductions de dépenses suivantes, par rapport à ce que nous avons fait dans l'exercice budgétaire qui est déjà un exercice rigoureux et draconien. J'arriverais à enlever à ce budget encore 1600 millions en supplément et ce budget serait en réduction d'environ 8 pour cent sur celui de 1976. C'est absolument irréalisable. Je ne connais aucun Etat qui serait en mesure de faire un exercice pareil. En 1978, moins 2,4 milliards sur la planification, en 1980 moins trois milliards, ce sont des chiffres à plus longue haleine, mais déjà le seul chiffre du budget 1977 doit vous faire constater le caractère irréaliste de votre proposition. D'ailleurs si celle-ci était adoptée, cela signifierait que nous pourrions arrêter complètement l'exercice de la recherche de ressources nouvelles car nous équilibrerions le budget

avec des ressources infiniment moins lourdes que celles que nous sommes obligés de demander.

Vous voulez exclure l'assurance-vieillesse, vous n'excluez pas dès lors l'assurance-maladie. Les 800 millions de l'assurance-maladie devraient en tout cas disparaître, à mon avis, mais vous toucheriez évidemment l'agriculture dans ses œuvres vives. Voulez-vous cesser de payer la subvention aux Chemins de fer fédéraux? Vous pourriez prendre toutes les décisions législatives à cet égard que vous voulez, il n'empêche que les déficits par 800 millions continueraient de s'entasser au bilan des CFF et que dans deux ou trois ans nous serions saisis d'un programme d'assainissement de cette régie. Ce n'est pas rationnel et nous ne pouvons pas modérer sur ce point-là.

Bref, je voudrais pouvoir m'asseoir avec vous devant des dossiers pendant quelques heures, pour que vous me fassiez la démonstration de l'endroit où vous voyez la réalisation possible de vos propositions.

J'ajoute encore, notamment pour le budget de l'année 1977, que ces subventions ne sont pas des décisions prises cette année-là mais bien des décisions qui ont été prises des années auparavant et qui sont maintenant en cours d'exécution. On nous a rappelé le retard de paiements pour l'épuration des eaux et autres! Nous ne pouvons pas tout à coup suspendre nos paiements comme une masse en faillite!

Voilà l'essentiel de ce que je voulais vous dire et qui me paraît déterminant pour que nous justifions ainsi notre refus à la disposition transitoire de M. Heimann. Il faut sans aucun doute que le malade maigrisse, nous sommes d'accord, mais il ne faut pas le tuer pour autant. Votre politique est une politique de démontage. Il ne nous resterait plus, à la suivre, qu'à vous vendre le Palais fédéral pour en faire un supermarché! Nous ne voulons pas en venir là, la Confédération a encore des tâches à accomplir et votre proposition la mettrait hors d'état de le faire? Ce serait un «unicum» dans le monde européen, dans les démocraties libérales européennes et même dans les Etats totalitaires que d'avoir une réduction pareille du budget, c'est insoutenable.

Präsident: Wir stimmen ab über den Antrag der Minderheit (Heimann), der einen Abschnitt IIa einfügen will.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen
Dagegen	28 Stimmen

Präsident: Nach unserem Beratungsplan käme nun die Motion der ständerätlichen Kommission zur Behandlung. Wir beabsichtigten aber, um 13 Uhr die Verhandlungen abzubrechen. Es ist nicht ganz leicht, die Dauer der Behandlung dieser Motion abzuschätzen. Wünschen Sie mit den Verhandlungen weiterzufahren?

Bürgli, Berichterstatter: Ich bin der Meinung, die Motion sei ein zentraler Bestandteil dessen, was der Ständerat der Öffentlichkeit in bezug auf das Sparen unterbreiten will. Deshalb würde ich das nun nicht unter Zeitdruck durchjagen, sondern morgen um 8 Uhr mit der Beratung beginnen.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Bürgli	18 Stimmen
Dagegen	13 Stimmen

M. Donzé: Je voudrais faire quelques remarques avant le votre final.

Le message demandait aux Chambres de trouver des recettes supplémentaires de l'ordre de trois milliards et demi à quatre milliards pour les années 1978/1979. En tenant compte de pertes de recettes qui se produiraient par ailleurs ce serait donc net trois milliards qu'il faudrait. Après l'exercice de ce matin, nous sommes sûrs de ne plus avoir

que deux milliards, du moins il me semble qu'on a perdu un milliard aujourd'hui, à la suite des votes successifs. Sur les propositions que la minorité a présentées, toutes ou à peu près toutes ont été refusées, en particulier les modifications en faveur des couples, en faveur de la femme qui travaille, le taux maximum a été diminué, les exemptions commencent à 18 000 francs, la péréquation dans ses effets fondamentaux a été repoussée. Tout cela signifie pour moi que je m'abstiendrai. Je ne dis pas cela au nom de mon groupe, car chacun fait comme il l'entend, mais je pense que tout le monde a compris que nous ne pouvons pas voter en l'état les dispositions qui nous sont présentées pour les raisons que j'ai évoquées. Tout le paquet retournera, de toute façon au Conseil national et nous savons bien qu'il y a des négociations entre les partis. Nous souhaitons profondément que la politique des caisses vides cesse, que les partis s'entendent sur une politique financière de la Confédération, mais nous ne pouvons pas admettre que les modifications aient été faites dans un seul sens.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

A

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt fédéral direct.

Für Annahme des Beschlussentwurfes	28 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 30. September 1976, Vormittag

Jeudi 30 septembre 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wenk

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

Siehe Seite 420 hiervor — Voir page 420 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Motion der Kommission des Ständerates

Der Bundesrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem Budget 1977 den Räten einen neuen Finanzplan für die Jahre 1978 bis 1980 vorzulegen mit dem Ziel, bis 1980 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt (ausgenommen besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme) herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke sind insbesondere

- die Bundesbeiträge in dem Sinne festzusetzen, dass der gesetzliche Rahmen nicht voll ausgeschöpft und bei der Ausrichtung der Beiträge auf den bisher erreichten Stand der Aufgabenerfüllung Rücksicht genommen wird;
- den Gesamtbetrag der ungebundenen und gesetzlich nicht abschliessend festgelegten Ausgaben auf der Basis des Budgets 1976 zu stabilisieren;
- den Räten Gesetzesänderungen namentlich im Bereich der gesetzlich gebundenen Ausgaben zu beantragen.

Motion de la commission du Conseil des Etats

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres fédérales avec le budget 1977 un nouveau plan financier pour les années 1978 à 1980, de telle sorte que les finances soient équilibrées dès 1980 (sans tenir compte des dépenses spéciales en vue de créer des possibilités de travail).

A cet effet, notamment,

- Les subventions fédérales seront inférieures au plafond fixé par la loi et l'attribution de ces montants se fera en tenant compte de l'état de l'accomplissement des tâches.
- L'ensemble des dépenses non liées et non fixées définitivement par une loi seront stabilisées sur la base du budget 1976.
- Le Conseil fédéral propose aux Chambres fédérales de modifier des dispositions légales, en particulier, celles qui règlent les dépenses légalement liées.

Bürgli, Berichterstatter: Während der ganzen bisherigen Debatte ist die Notwendigkeit einer grossen Sparanstrengung im Bundshaushalt immer wieder unterstrichen worden. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass eine deutliche, klare Willenskundgebung des Parlaments erfolgt. Bereits der Nationalrat hat sich dieser Frage in verdienstlicher Weise angenommen, zunächst in der Kommission und dann im Plenum gegen teilweise recht heftige Widerstände. Dem Nationalrat gebührt für diese geschlagene Bresche Dank. Dennoch hatte die Kommission Ihres Rates Bedenken, die Motion des Nationalrates einfach zu übernehmen. In Punkt 1 der Motion des Nationalrates wird beispielsweise auf das Bruttosozialprodukt Bezug genom-

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.09.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	420-447
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 204

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

que deux milliards, du moins il me semble qu'on a perdu un milliard aujourd'hui, à la suite des votes successifs. Sur les propositions que la minorité a présentées, toutes ou à peu près toutes ont été refusées, en particulier les modifications en faveur des couples, en faveur de la femme qui travaille, le taux maximum a été diminué, les exemptions commencent à 18 000 francs, la péréquation dans ses effets fondamentaux a été repoussée. Tout cela signifie pour moi que je m'abstiendrai. Je ne dis pas cela au nom de mon groupe, car chacun fait comme il l'entend, mais je pense que tout le monde a compris que nous ne pouvons pas voter en l'état les dispositions qui nous sont présentées pour les raisons que j'ai évoquées. Tout le paquet retournera, de toute façon au Conseil national et nous savons bien qu'il y a des négociations entre les partis. Nous souhaitons profondément que la politique des caisses vides cesse, que les partis s'entendent sur une politique financière de la Confédération, mais nous ne pouvons pas admettre que les modifications aient été faites dans un seul sens.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

A

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt fédéral direct.

Für Annahme des Beschlussentwurfes	28 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 30. September 1976, Vormittag

Jeudi 30 septembre 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wenk

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances, impôts)

Siehe Seite 420 hiervor — Voir page 420 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Motion der Kommission des Ständerates

Der Bundesrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem Budget 1977 den Räten einen neuen Finanzplan für die Jahre 1978 bis 1980 vorzulegen mit dem Ziel, bis 1980 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt (ausgenommen besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme) herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke sind insbesondere

- die Bundesbeiträge in dem Sinne festzusetzen, dass der gesetzliche Rahmen nicht voll ausgeschöpft und bei der Ausrichtung der Beiträge auf den bisher erreichten Stand der Aufgabenerfüllung Rücksicht genommen wird;
- den Gesamtbetrag der ungebundenen und gesetzlich nicht abschliessend festgelegten Ausgaben auf der Basis des Budgets 1976 zu stabilisieren;
- den Räten Gesetzesänderungen namentlich im Bereich der gesetzlich gebundenen Ausgaben zu beantragen.

Motion de la commission du Conseil des Etats

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres fédérales avec le budget 1977 un nouveau plan financier pour les années 1978 à 1980, de telle sorte que les finances soient équilibrées dès 1980 (sans tenir compte des dépenses spéciales en vue de créer des possibilités de travail).

A cet effet, notamment,

- Les subventions fédérales seront inférieures au plafond fixé par la loi et l'attribution de ces montants se fera en tenant compte de l'état de l'accomplissement des tâches.
- L'ensemble des dépenses non liées et non fixées définitivement par une loi seront stabilisées sur la base du budget 1976.
- Le Conseil fédéral propose aux Chambres fédérales de modifier des dispositions légales, en particulier, celles qui règlent les dépenses légalement liées.

Bürgli, Berichterstatter: Während der ganzen bisherigen Debatte ist die Notwendigkeit einer grossen Sparanstrengung im Bundshaushalt immer wieder unterstrichen worden. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass eine deutliche, klare Willenskundgebung des Parlaments erfolgt. Bereits der Nationalrat hat sich dieser Frage in verdienstlicher Weise angenommen, zunächst in der Kommission und dann im Plenum gegen teilweise recht heftige Widerstände. Dem Nationalrat gebührt für diese geschlagene Bresche Dank. Dennoch hatte die Kommission Ihres Rates Bedenken, die Motion des Nationalrates einfach zu übernehmen. In Punkt 1 der Motion des Nationalrates wird beispielsweise auf das Bruttosozialprodukt Bezug genom-

men. Nun zeigt sich bei näherer Ueberlegung, dass das Bruttosozialprodukt des nächsten Jahres bei der Budgetierung – und um die Budgetierung geht es ja – noch keineswegs eine feststehende Grösse ist; nicht einmal das Bruttosozialprodukt des laufenden Jahres steht im Zeitpunkt der Budgetberatung fest. Wir sind deshalb der Auffassung, dass von dieser Bezugsgrösse abgesehen werden soll.

In Punkt 2 der nationalrätlichen Motion wird sodann die Möglichkeit von extremen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts ins Auge gefasst. Aufgrund der heutigen Wirtschaftsprognosen dürfte das ein recht unwahrscheinlicher Fall sein. Im Vordergrund der Ueberlegungen steht eher ein langsames Wiederansteigen des Bruttosozialprodukts. Deshalb hatte Ihre Kommission das Bedürfnis, eine Alternative zu erarbeiten. Ich möchte Ihnen nun die auf der Fahne gedruckt vorliegende Motion kurz erläutern:

In der Präambel wird eine einfache Zielsetzung aufgestellt, nämlich das Erreichen einer ausgeglichenen Rechnung bis ins Jahr 1980. Dieses Ziel kann selbstverständlich nur erreicht werden, wenn die Mehreinnahmen von Volk und Ständen bewilligt werden, die wir gestern beschlossener haben. Aufgrund der verfügbaren provisorischen Zahlen der Finanzplanung kann die Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung bis 1980 als realistisches Ziel bezeichnet werden. Aus diesem Grunde möchten wir auch die Finanzplanung auf dieses Jahr ausdehnen und nicht nur auf das Jahr 1979 beschränken. Zugunsten von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen wird eine Ausnahme gemacht, um konjunkturpolitisch die notwendige Flexibilität zu wahren. Die Kommission erachtet es als notwendig, darzutun, wie sie sich den praktischen Ablauf der Sparoperation vorstellt. Diesem Zweck dienen die Buchstaben a, b und c. Ich erläutere kurz die Ueberlegungen, die dahinter stehen.

Bei Buchstabe a gehen wir von der Tatsache aus, dass in verschiedenen Subventionsgesetzen Beitragsrahmen festgelegt sind, beispielsweise von 30 bis 60 Prozent. Wir möchten die Möglichkeit wahren, dass nicht zum vornherein bei Beitragszusagen auf den Höchstsatz gegangen wird. Dabei soll aber auf den Stand der Aufgabenerfüllung Rücksicht genommen werden. Man soll nicht eine sich der Vollendung nähernde Aufgabe plötzlich stoppen; eher soll dann eine noch nicht in Angriff genommene Arbeit zurückgestellt werden.

Bei Buchstabe b geht es um die ungebundenen und gesetzlich nicht abschliessend festgelegten Ausgaben. Hier streben wir eine Stabilisierung auf der Basis des Budgets 1976 an. Dagegen wurde das Bedenken geltend gemacht, in dieser Position würde überhaupt jede Beweglichkeit verlorengehen. Wir machen uns dazu folgende Ueberlegungen: Zunächst ist es einmal möglich, zwischen den verschiedenen Ausgabenpositionen einen Ausgleich zu schaffen, die eine zu erhöhen, die andere dafür etwas zu kürzen. Im übrigen sind wir nicht der Meinung, dass man dieser Formel einer sturen Stabilisierung Tür und Tor öffnen soll. Wir sind durchaus der Auffassung, dass diese Formel eine kleinere Flexibilität enthalten soll, z. B. im Hinblick auf die Berücksichtigung einer grösser werdenden Teuerung.

In Buchstabe c knüpfen wir an einen Gedanken der nationalrätlichen Motion an. Wir sehen vor, dass bestimmte gesetzliche Grundlagen für die gebundenen Ausgaben geändert werden sollen. Konkret würde es sich um Veränderungen der Subventionssätze und um neue Umschreibungen der Voraussetzungen für die Gewährung von Bundesbeiträgen handeln. Das Ziel ist, eine gewisse Budgetflexibilität zu schaffen, um das gesteckte Ziel, nämlich die ausgeglichene Rechnung bis 1980, zu erreichen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Motion der Kommission ist in einer breiteren Öffentlichkeit gut aufgenommen worden. Ich bitte Sie, den Vorschlag der Kommission mit eindrücklichem Mehr zum Antrag zu erheben.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La motion du Conseil national et celle de votre commission vont dans la même direction générale: une volonté de modération des dépenses

et d'équilibre du budget, équilibre qui, sans tenir compte d'éventuelles dépenses conjoncturelles, devrait être rétabli pour 1979 selon la proposition du Conseil national, pour 1980 selon celle de votre commission.

Disons d'emblée que ces objectifs généraux coïncident avec la volonté du Conseil fédéral, assortis d'une condition préalable et essentielle que soient assurées des recettes qui ne soient pas trop en retrait des propositions du Conseil fédéral. Si vous consentez, et le peuple avec vous, aux recettes de l'ordre de grandeur proposé par le Conseil fédéral au moment de la liquidation des divergences, l'équilibre du budget pourra être atteint en 1979/1980 avec une croissance des dépenses d'environ 5 pour cent, à partir du budget 1976. Il est clair que si vous les réduisiez d'un ordre de grandeur se situant aux 900 millions qui me paraissent s'être dégagés de vos délibérations «provisoires» – je le veux bien – d'hier, vous nous placeriez dans la difficulté en nous contraignant à un taux de croissance de moins de 4 pour cent. Si vous tenez compte des facteurs d'incompressibilité tels que: hausse des prix – car en fait, je ne puis pas imaginer que nous restions pendant quatre ans à 1,5 pour cent d'inflation, ce serait trop beau – ou de déficit des CFF, par exemple, et d'autres mésaventures qui ne sont pas sous notre contrôle, il est clair alors que nous devrions procéder à des réductions de dépenses, toucher à un certain démontage et à un certain démantèlement dans les tâches de l'Etat.

La motion du Conseil national et celle de votre commission diffèrent sur les moyens de parvenir à l'équilibre par la modération. Le Conseil national prévoit un rapport entre la croissance du budget et celle du produit national brut. C'est un critère qui est commode mais, nous avons eu l'occasion de le dire au Conseil national, il n'est pas entièrement convaincant. En effet, si le produit national brut a quelques difficultés ou vole au ras du sol par stagnation économique, il sera difficile, contre-indiqué même, de réduire fortement la croissance du budget dont la mission, non seulement en dépenses conjoncturelles mais en dépenses ordinaires aussi, sera de ne pas accentuer la récession par une politique de déflation. Ainsi, à une croissance zéro du produit national brut à laquelle nous pourrions être contraints et dont il faudrait bien nous accommoder si elle devait se stabiliser définitivement, nous ne pourrions pas répondre par le blocage du budget, cela me paraît clair et évident. En revanche, si la reprise se confirmait, et à plus forte raison si elle s'accompagnait, comme c'est généralement le cas, d'une certaine tendance à l'inflation, il serait nécessaire que nous exerçons, mieux que nous ne l'avons fait dans les années 1970 à 1974, où nous avons couru avec le vent, un freinage sur les dépenses qui en maintienne la croissance au-dessous – et nettement au-dessous – de celle du produit national brut.

Le chiffre de 6 pour cent de croissance annuelle du budget – chiffre donné par la motion du Conseil national – peut, dans ce contexte, être ou trop strict ou, le cas échéant, trop large.

La motion de votre commission prévoit, pour atteindre à l'équilibre, trois moyens: a) tout d'abord le maintien des subventions au-dessous de leur plafond, autrement dit le refus de leur pleine utilisation, tout en tenant compte de l'état des travaux engagés. Le Conseil fédéral peut souscrire à ce moyen; cette partie de votre motion porterait sur quelque 5 milliards, c'est-à-dire sur les 28 pour cent du budget de la Confédération.

La lettre b, par contre, prétend bloquer les dépenses non liées et non fixées par une loi au niveau du budget 1976. Cela porte sur un volant de 4 milliards, c'est-à-dire 22 pour cent du budget; ce volant comprend notamment une bonne partie des dépenses de l'«Eigenbedarf», dont je vous ai dit qu'elles avaient déjà été, ces dernières années, réduites à la portion congrue: administration, exploitation, entretien, construction des immeubles propres à la Confédération, relations avec l'étranger – et je rappelle que,

dans ce domaine, la Confédération reste très en dessous des contributions moyennes de l'Europe –, écoles polytechniques où il était sans doute indispensable de modérer la croissance, en leur évitant notamment une tendance à se substituer aux universités cantonales, tendance contre laquelle nous devons lutter sans doute, mais ces écoles polytechniques ne sauraient être démantelées. Enfin, dans ce groupe, figurent les dépenses militaires déjà très fortement encadrées par la planification depuis plusieurs années et dont je vous ai dit que la progression se trouvait en retrait de la progression des dépenses militaires de nos voisins.

Sur ce point b, le Conseil fédéral doit en tout cas formuler les plus expresses réserves car nous ne voulons pas toucher à des éléments essentiels du fonctionnement de la Confédération – je dirai clairement que cette disposition b ne me paraît pas, quant à moi, très soutenable ni très rationnelle.

Le point c, en revanche, nous demande, à effet de modération, de vous proposer la modification de lois portant dépenses et notamment subventions. Nous le ferons bien volontiers dans l'idée de la recherche d'équilibre du budget. Mais que j'évoque les parts cantonales aux recettes fédérales dont vous venez de voter l'augmentation, que j'évoque l'AVS, l'assurance-maladie, les chemins de fer ou les routes, vous vous rendez compte de l'insécurité du terrain et des limites de ce genre d'opérations. Vous ne voulez, pas plus que nous, faire du démantèlement social. Vous voudriez renforcer la péréquation intercantonale et vous vous souvenez sans doute aussi du rapprochement tarifaire où les modestes réductions proposées par le Conseil fédéral ont été, l'année dernière, rejetées à la majorité absolue des deux conseils. Il faut donc être conséquents dans vos revendications et que la foi demeure en vous jusqu'au bout.

Cela n'exclut pas que, sur certains points, nous nous trouvions d'accord dans ce secteur qui est essentiellement celui des transferts, celui qui s'est le plus développé, dirait-on même le plus surdéveloppé ces dernières années et qui s'inscrit dans l'ensemble du budget 1976 à 9,5 milliards de francs, c'est-à-dire à la moitié des dépenses.

Le délai de 1980 que vous proposez nous paraît être un délai rationnel et sage, le président de la commission le signalait tout à l'heure: une modération des dépenses ne peut pas se faire d'une année à l'autre en freinage d'urgence – certes, nous l'avons fait en 1975, nous le faisons en 1977 mais cela a des contrecoups: cela provoque des étalements de paiements qui ne sont pas très agréables et des ruptures d'engagements qui ne sont pas toujours très élégantes.

Si l'on veut un freinage sans à-coups, qui soit durable dans ses effets, il faut donc tenir compte de la distance, comme sur la route, respecter une certaine distance de freinage. Je pense que le délai de quatre ans vaut mieux que celui de trois ans et le Conseil fédéral le prendrait volontiers à son compte dans l'idée d'un travail plus rationnel.

Au surplus, 1980 n'anticipe pas au fond sur la prochaine législature, comme on pourrait le craindre. 1980 est bien la première année de la prochaine législature mais il est clair que ce n'est pas en décembre 1979 que les conseils nouvellement élus pourront recréer de toutes pièces une politique financière. Vous devez donc leur préparer la tâche, leur ménager de bonnes conditions d'engagement. Si nous pouvons leur laisser un budget équilibré pour la première année de leurs travaux, nous aurons droit à leur pleine reconnaissance, j'en suis bien certain.

Le Conseil fédéral peut donc accepter vos deux motions, mais il est obligé de faire des réserves sur les modalités d'exécution, tant dans le cas de l'une que dans le cas de l'autre. Il doit surtout faire des réserves sur les ressources qui sont l'autre partie de l'effort d'équilibre, sur les ressources qui subsisteront quand les impôts que nous vous avons proposés auront terminé la cure d'amalgamation

un peu radicale que vous leur avez imposée. Voilà le point de vue du Conseil fédéral en la matière.

Hefti: Unser Herr Kommissionspräsident hat soeben erklärt, das Volk erwarte eine Willenskundgebung des Parlaments. Ich glaube aber, was vor allem notwendig ist, sind rasch konkrete Massnahmen, und zwar nicht nur wegen der Wünsche des Volkes, sondern aus der Sache selber heraus. Ich war gestern sonderbar berührt, dass, sobald man mehr ins Konkrete kam, beim Antrag unseres Kollegen Heimann, sowohl seitens des Bundesrates wie auch unseres Herrn Kommissionspräsidenten ein derart negatives Echo kam. Aber warum haben sich Bundesrat und Kommission nicht bemüht, wenn der Antrag Heimann Fehler hatte, diese zu verbessern? Warum liegt uns heute nicht ein Verfassungsartikel oder doch eine Gesetzesbestimmung, mit der auch schon viel zu erreichen wäre, vor, die dem Bundesrat bereits gewisse Kompetenzen in dieser Richtung übertragen würde? Es hätte sich dann sogar die Frage stellen können, ob man nicht einen solchen Beschluss dringlich erklären würde, dies in Anbetracht unserer finanziellen Entwicklung.

Ich hoffe nicht, dass diese Motion mehr nur den Charakter eines Window-dressing haben soll und dass man sie benützt, um das Volk im Hinblick auf die Steuerpakete zu beschwichtigen. Wichtig ist, dass man die zugrunde liegenden Probleme möglichst rasch anpackt.

Hofmann: Die Motion gibt dem Bundesrat einen Auftrag. Sie stellt also nicht nur eine Absichtserklärung dar, wie gestern Herr Heimann behauptete. Sie setzt dem Bundesrat als klares Ziel, bis 1980 eine ausgeglichene Rechnung vorzulegen. Der Bundesrat ist beauftragt, dieses Ziel zu verwirklichen. Ich bin Herrn Bundesrat Chevallaz und dem Bundesrat dankbar, dass er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Mit seinen Vorbehalten – heute vorgebracht – kann ich mich einverstanden erklären. Selbstverständlich hängt die Erfüllung des Auftrages von den Einnahmen ab und dass ausserordentliche Ereignisse vorbehalten bleiben, ist ebenfalls gegeben.

Die Motion lässt bewusst dem Bundesrat einen gewissen Spielraum. Die Aufzählung der Mittel ist nicht abschliessend, deshalb das Wörtchen «insbesondere». Die drei Positionen a, b und c erfassen sämtliche Bundesausgaben, nicht nur, wie gestern die Motion Heimann, die Ausgaben im Transferbereich, sondern in Buchstabe b ausdrücklich und nachdrücklich ebenfalls die bundeseigenen Ausgaben. Hier verweise ich darauf, dass das Null-Wachstum vorgeschrieben ist in der Gesamtrechnung, im Gesamtbetrag, also nicht bei jeder einzelnen Position; das lässt dem Bundesrat eine gewisse Flexibilität.

Wenn Herr Bundesrat Chevallaz heute die Militärausgaben erwähnt hat, so möchte ich hier erklären, dass es der Wille der Kommission war, dass bei den Rüstungsausgaben, die nicht einfach identisch sind mit den Ausgaben des Militärdepartements, keine Kürzungen vorgenommen werden sollen. Der Bundesrat besitzt diese Möglichkeit im Rahmen des Null-Wachstums in Buchstabe b, weil das Gesamtergebnis massgebend ist. Diese Flexibilität, welche die Motion dem Bundesrat in Buchstaben a und b lässt, gibt ihm auch die Möglichkeit, da und dort, wo es ihm als tunlich erscheint, zusätzliche Einsparungen vorzunehmen, um damit Mittel für neue Aufgaben bereitzustellen. Das ist durchaus der Wille der Motion.

Vielleicht noch eine Erklärung zu Buchstabe a, dass auf den Stand der Aufgabenerfüllung Rücksicht genommen werden soll. Die Kommission geht von der Ueberlegung aus, dass gewisse Bundesausgaben – ich möchte einfach als Beispiel den Zivilschutz erwähnen, der vor zehn und mehr Jahren im Anfangsstadium stand, heute einen hohen Stand der Verwirklichung erreicht hat und dass es sich deshalb vielleicht hier oder bei anderen Positionen rechtfertigen liesse, zusätzliche Abstriche oder Erstreckungen zu machen, wiederum um für neue oder andere, wichtiger gewordene Aufgaben Mittel zu erübrigen.

Ich glaube deshalb, dass die Motion, die die Richtung weist, den Bundesrat beauftragt, ihm aber die Möglichkeit im Rahmen der Direktiven lässt, ein sehr taugliches und nützlich Mittel ist, um das zu realisieren, was die Kommission und hoffentlich unser Rat mit grosser Mehrheit will. Ich ersuche Sie, in diesem Sinne der Motion zuzustimmen.

Muhelm: Herr Kollege Hofmann hat soeben zutreffenderweise gesagt, die Motion zielt auf die Gesamtheit des Bundeshaushaltes ab. Der Bundesrat soll daher in allen Bereichen überprüfen und durchsetzen, dass Reduktionen erfolgen können.

Im Ingress des Motionstextes indessen lesen Sie «ausgenommen Besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme». Es ist erforderlich, dass in diesem Rate dargetan wird, ob sich eine solche Ausnahme rechtfertigt, ob es rein politisch, finanzpolitisch richtig ist, hier eine Ausnahme zu machen. Ihre Kommission bejaht dies, u. a. aus folgenden Überlegungen: Wir wollen eine klare Trennung des ordentlichen Bundeshaushaltes von den Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Die beiden Elemente staatlicher Tätigkeit sind wesentlich unterschiedlich. Das ordentliche Budget zielt auf die ordentliche Staatstätigkeit ab. Die sich zeigenden Staatsaufgaben sind nach bestimmten Prioritäten zu erfüllen. Die Konjunkturmassnahmen indessen sind wirtschaftspolitisch motiviert. Sie sind daher in einer ganzen Reihe von Punkten wesentlich anders zu beurteilen. Erstens einmal die zeitliche Steuerung: Entsprechend der Wirtschaftslage ist Konjunkturpolitik zu betreiben. Auch die sachliche Auswahl: Es werden jene Branchen anzuvisieren sein, die eben in der betreffenden Wirtschaftsphase derartige staatliche Impulse benötigen. Es ist auch eine regionale Selektion angezeigt. Die Erfüllung ordentlicher staatlicher Ausgaben erfolgt als Ganzes rhythmisch und regelmässig. In Konjunkturprogrammen indessen ist zu untersuchen, welche Regionen besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dort, und nur dort, sind solche Impulse zu geben. Ein Konjunkturprogramm muss auch gestoppt werden können. Im weiteren – der Bundesrat selbst hat dies durch seinen Volkswirtschaftsminister hier schon oft dargelegt – wird nach bestimmten zusätzlichen Kriterien eine Auswahl zu treffen sein. Wir denken vor allem an Investitionen ohne grosse Folgekosten. (Dieser Begriff ist vom Bundesrat selbst geprägt worden.) Und nun zur Finanzierung. Es ist volkswirtschaftlich und finanzpolitisch etwas ganz anderes, ob wir die laufenden ordentlichen Ausgaben des Staates – zweifelsohne mit dem Ziel der ausgeglichenen Rechnung – oder ob wir Konjunkturmassnahmen zu finanzieren haben. Hier rechtfertigt es sich, auf dem Verschuldungsweg Konjunkturpolitik zu betreiben. Auch Probleme der Sonderfinanzierung können sich im gegebenen Fall stellen. Es ist eine Sonderfinanzierung konjunktur- und wirtschaftspolitisch anders zu beurteilen. Mit einem Wort also: Es sind wesentliche substantielle Unterschiede zwischen ordentlicher Rechnung und Konjunkturmassnahmen gegeben. Diese rechtfertigen es, dass Ihre Kommission Arbeitsbeschaffungsprogramme von dieser Motion ausnimmt.

Es bleibt noch die Schlussbemerkung: Arbeitsbeschaffungsprogramme und ihre Ausgaben dürfen technisch nicht in die ordentliche Rechnung integriert werden. Es darf nicht vorkommen, dass die «Fortschreibungspolitik» kurzerhand auch noch auf diesen Positionen realisiert wird. Ich schliesse mit der Bitte an Herrn Bundesrat Chevallaz, auch im Plenum seine bereits in der Kommission abgegebene Erklärung zu bestätigen, wonach die postulierte Trennung materiell und formell dem Willen des Bundesrates entspricht, so dass wir, das Parlament, diese Unterschiedlichkeit mittels einer gezielten und überlegten Finanzpolitik zu steuern vermögen.

Weber: Wir danken immerhin der Kommissionsmehrheit, dass man von einem Sparartikel in den Uebergangsbe-

stimmungen der Verfassung abgesehen hat. Ein solcher wäre schlechthin für uns unannehmbar gewesen. Wir haben verschiedentlich erklärt, dass auch wir für ein wirkungsvolles Sparen einstehen werden. Aus diesem Grunde könnten wir uns deshalb auch mit dem ersten Teil der Motion bestimmt einverstanden erklären. Details sollten den Entscheiden des Bundesrates bzw. der Räte überlassen werden. Könnte man sich nicht mit diesem ersten Teil der Motion begnügen? so frage ich Sie. Ich stelle keinen Antrag. Ich wage zu behaupten, dass das Ziel der Motion kaum oder schwer erreicht werden kann, nämlich dann, wenn das Volk dem Finanzpaket nicht zustimmt. Es bestünde aber bereits mit dem ersten Teil der Motion immerhin ein Auftrag an den Bundesrat und an die Räte selber, und zwar ein Auftrag, alles zu unternehmen, was möglich, was aber auch vertretbar wäre, um dieses Ziel zu erreichen. Die Voten der Herren Hofmann und Muhelm zeigen eigentlich auf, wie viele Details trotz allem nicht gelöst werden. Es bleiben viele Fragen offen.

Entschuldigen Sie, wenn ich hier wieder etwas in die Diskussion werfe, das für Sie von geringer Bedeutung sein wird. Aber wir stehen vor dem Entscheid, in der Gemeinde Zivilschutzbauten zu erstellen, und zwar wird der erste Entscheid nächste Woche fallen. Wenn es nun heisst: «Zu diesem Zwecke sind insbesondere die Bundesbeiträge in dem Sinne festzusetzen, dass der gesetzliche Rahmen nicht voll ausgeschöpft und bei der Ausrichtung der Beiträge auf den bisher erreichten Stand der Aufgabenerfüllung Rücksicht genommen wird», ist es für mich einfach schlechthin unzumutbar, dem Volke in Dörfern zu empfehlen, diesen Zivilschutzbauten zuzustimmen. Das kann ich nicht. Ich muss also ehrlicherweise – ich habe diese Bedenken bereits angemeldet gehabt – den Mitbürgern erklären: Wir können diese Bauten nicht errichten. Wir beantragen Ihnen, davon abzusehen.

Deshalb möchte ich Ihnen nicht beantragen, aber wenigstens die Frage stellen: Würde nicht der erste Teil der Motion genügen, um zu dokumentieren, dass wir allesamt bereit sind, alles zu unternehmen, damit wirklich gespart werden kann. Ich möchte Sie nicht mit weiteren Einzelheiten belästigen, aber ich hätte noch viele andere Gründe aufzuführen, die gegen einen Motionstext in dieser ausführlichen Art sprechen würden.

Helmann: Es scheint mir doch, dass noch etwas richtiggestellt werden muss. Die Kommission, die hinter der Motion steht, ist der Auffassung, dass es sich um einen klaren Sparauftrag handelt. Ich habe gestern schon festgestellt, dass mein Antrag das Ziel konkreter anvisiert, für den Stimmbürger erkennbar, währenddem die Motion mehr oder weniger in der Luft hängt. Auch Herr Bundesrat Chevallaz hat Vorbehalte an die Motion geknüpft. Wenn nun aber die Tatsache bestehen sollte, dass die Motion ebenso weitgehende Einsparungen machen will, wie dies mein Antrag vorsah, dann müsste ich Herrn Bundesrat Chevallaz bitten, seine gestrigen Ausführungen noch einmal nachzulesen. Ich glaube, Herr Bundesrat Chevallaz hat meine Ausführungen missverstanden. Er hat mir doch nichts anderes erklärt, als dass mein Antrag eine Demontage des Staates bedeuten würde, dass man mir das Palais fédéral verkaufen solle für einen Supermarkt und dass bei der Einstellung der Zahlungen eine Konkursmasse bestehen würde. Ich möchte immerhin sagen: Wenn man schon diesen Ausdruck brauchen will, wären 85 Prozent Konkursdividende, nämlich auf die Bundesbeiträge, eine sehr anständige Dividende, mit der man im Schweizerland noch Staat machen könnte. Ich glaube also, dass Sie meinen Antrag irgendwie missverstanden haben. In der Richtung, ich möchte 4 Milliarden sparen. Das ist nicht der Fall, sondern es geht um 700 Millionen, und offenbar ist es ja auch das Ziel der Kommission, mit ihrer Motion etwas Ähnliches zu erreichen. Ich habe dies richtigstellen wollen, damit man nicht weiterhin in dieser Form aneinander vorbeidiskutiert.

Bürgi, Berichterstatter: Gestatten Sie mir, ganz kurz auf einige gefallene Voten einzutreten. Herr Weber hat die Frage gestellt, ob wir uns nicht mit dem ersten Teil der Motion begnügen sollten. Ich möchte ihm dazu folgendes antworten: Wenn man vom Sparen spricht, kommt mit vollem Recht die Gegenfrage: Sparen, aber wo? Es schien der Kommission ein Akt der Ehrlichkeit zu sein, darauf hinzuweisen, wo gespart werden kann und wo gespart werden muss, um das Ziel der ausgeglichenen Rechnung bis 1980 zu erreichen. In diesem Sinne betrachte ich die drei Buchstaben a, b und c als einen unerlässlichen Bestandteil unserer Motion.

Gegenüber Herrn Heimann möchte ich doch nochmals in Erinnerung rufen, dass sein Antrag nur einen Teilbereich der Bundesausgaben betrifft, nämlich die Bundesbeiträge; die Motion der Kommission nimmt aber die ganze Breite der Ausgaben ins Visier.

Herr Hefti schliesslich verlangt keine Motionstexte, sondern konkrete Massnahmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Motion in konkreten Massnahmen ausmünden wird. Sie muss ihren Niederschlag im Budget 1977 finden. Das ist die nächste Station, wo sich der Sparwille konkret bewähren muss. Dann hat uns der Bundesrat einen Finanzplan vorzulegen, der zusammen mit dem Budget in den Räten behandelt wird und wo das Parlament Gelegenheit erhalten wird, seinen Willen mit Bezug auf die künftige Gestaltung der Bundesausgaben noch einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, wir tragen mit unserer Motion den Forderungen des Herrn Hefti weitgehend Rechnung.

In bezug auf das formelle Vorgehen darf ich noch folgendes nachtragen: Ich möchte Ihnen beliebt machen, auf die Motion des Nationalrates nicht einzutreten, in dessen der Motion der Kommission des Ständerates in der vorliegenden Formulierung zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La démonstration de notre volonté de modérer la croissance des dépenses, ce ne seront pas des textes de lois ou des dispositions transitoires de la constitution qui l'assureront; cette volonté, elle est exprimée dans votre motion, mais c'est essentiellement le budget de 1977 et la planification 1978-1980 qui marqueront cette volonté. Ce sera là d'une manière concrète, appréciable et réaliste, la volonté de modération. C'est là-dessus que nous pourrions être jugés plutôt que sur des formules générales ou des modalités. Cette volonté, je suis certain que le Conseil fédéral sera conscient de la nécessité de la marquer. Le Parlement ensuite prendra la relève en examinant le budget et en donnant son avis sur la planification. On démontrera par là qu'il ne s'agit pas, dans l'ensemble de l'exercice auquel nous sommes attelés, seulement d'un exercice unilatéral d'augmentation des recettes, qui serait un exercice de facilité – et je comprendrais qu'on nous le reproche – mais un exercice global de modération, de recherche d'équilibre dans la modération des dépenses, aussi bien que dans l'augmentation des recettes.

Je me déclare d'accord avec les commentaires qui ont été faits tout à l'heure par MM. Hofmann, Muheim et Bürgi qui mettent très nettement l'accent sur l'esprit de la motion, sur son but principal, qui est l'équilibre, ce but ayant infiniment plus d'importance que toutes les diverses modalités que l'on peut prévoir. Je dirai également à M. Muheim, pour le rassurer, et vous rassurer sans doute aussi, que nous éviterons toute confusion et tout mélange entre ce qui est budget ordinaire et ce qui est budget conjoncturel. Intentionnellement, nous avons imposé à l'administration la distinction des deux budgets, car la tendance serait trop sensible d'utiliser le prétexte de la lutte contre le chômage pour gonfler d'une manière durable les postes du budget. Nous connaissons l'habileté de certains bureaux à cet égard. Donc la séparation restera claire pour les exercices en cours et s'il le faut pour les exercices futurs.

A M. Weber, je dirai qu'il est bien clair que la réduction de recettes jusqu'à concurrence de 900 millions, 1 milliard nous mettrait dans l'impossibilité de réaliser l'équilibre du budget dans des conditions rationnelles, dans des conditions qui ne seraient pas celles d'un démantèlement et d'un démontage. Nous l'avons dit très clairement, et nous espérons très vivement que les décisions prises hier seront sujettes elles aussi à modération dans le règlement des divergences entre les deux conseils. Cela nous paraît absolument essentiel. Mais je pense que ce qui est essentiel aussi, c'est que M. Weber se rallie, comme il l'a fait tout à l'heure, à la partie principale de votre motion; cela démontrerait ainsi que cette volonté de modération existe dans l'ensemble du Parlement et des partis, particulièrement des partis associés aux responsabilités du gouvernement.

A M. Heimann, très brièvement, je dirai ceci: je crois que si je l'ai mal compris, lui aussi m'a mal compris, parce que s'il nous impose un plafonnement des subventions à 4 milliards par année, cela signifie, en examinant l'ensemble des planifications déjà restrictives des années prochaines, que nous devons réduire les dépenses de la Confédération dans la proportion de 1,5 milliard à 2 milliards par année. Et c'est là que nous arrivons à des économies qui sont incontestablement anormales, irréalistes. Je vous l'ai dit hier, et je ne fais que vous le répéter aujourd'hui, avec toute l'estime que je vous porte, Monsieur Heimann.

Voilà les conditions dans lesquelles nous interprétons votre motion.

Präsident: Ich stelle fest, dass kein Antrag gestellt worden ist, die Motion der Kommission des Ständerates abzulehnen. Der Bundesrat ist bereit, sie entgegenzunehmen. Die Motion der Kommission des Ständerates ist somit überwiesen. Sie geht an den Nationalrat.

Motion des Nationalrates (Kommission)

Motion du Conseil national (commission)

Siehe Amtliches Bulletin Nationalrat, Seite 694.

Voir Bulletin officiel du Conseil national, page 698.

Präsident: Es wird Ihnen beantragt, auf die Motion des Nationalrates nicht einzutreten. Wird eine andere Meinung vertreten? Es ist dies nicht der Fall. Sie haben somit so beschlossen.

B

Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung

Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale

Bürgi, Berichterstatter: Diese Vorlage bringt einen neuen Verfassungsartikel 42quinquies. Eintreten auf diesen Artikel war in der Kommission unbestritten, und ich könnte eigentlich mit dieser Feststellung sofort zur Tagesordnung übergehen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Materie lege ich indessen Wert auf einige knappe Ausführungen.

Seit den sechziger Jahren bildet das Thema Steuerharmonisierung ein Gesprächsthema zwischen den Kantonen. 1968 wurden konkrete Schritte der kantonalen Finanzdirektoren im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Steuer-Mustergesetzes eingeleitet; 1973 stimmte die Finanzdirektorenkonferenz diesem Mustergesetz zu. Dabei ergab sich eine wesentliche Schlussfolgerung, nämlich diejenige, dass der ursprünglich vorgesehene Konkordatsweg nicht genügt. Daraus kam die nächste Schlussfolgerung, es sei eine Bundeskompetenz zu schaffen. Parallel zu diesen Arbeiten der Finanzdirektoren waren parlamentarische Vorstösse im Nationalrat zugunsten einer vermehrten Harmonisierung zu verzeichnen. Schliesslich muss auch auf die Initiative des Landesrings hingewiesen werden, über die im März dieses Jahres abgestimmt wurde. Dabei kam ein erhebliches Interesse für den Fragenkomplex der Steuer-

harmonisierung an den Tag. Vermutlich waren allerdings auch einige Illusionen über mögliche Steuerermässigungen mit investiert.

Der vorliegende Verfassungsartikel ist im Einverständnis mit den kantonalen Finanzdirektoren entstanden. Das scheint mir eine ausserordentlich wichtige Feststellung zu sein. Sie repräsentieren die Kantone, die als Träger der 22 Ständesstimmen als gleichberechtigte Partner in der Willensbildung bei einem Verfassungsartikel in Erscheinung treten. Gegen den geschlossenen Widerstand der Kantone wäre eine Verfassungskompetenz auf diesem Gebiete nicht zu verwirklichen. Die Rücksicht auf die Kantone setzt unseren Legiferierungsmöglichkeiten dann auch gewisse Grenzen. Ich werde in der Detailberatung bei der Behandlung des Minderheitsantrages darauf zurückkommen. Ich beantrage Ihnen Eintreten auf den Bundesbeschluss B.

Weber: Im Grundsatz sind wir mit diesem Beschlusentwurf einverstanden und stimmen ihm zu. Immerhin möchte ich Ihnen schon jetzt erklären, dass die uns unterbreitete Formulierung in der Kommission nicht einstimmig beschlossen worden ist; ich hatte in der Kommission vielmehr bereits einen Abänderungsantrag gestellt.

Der Nationalrat beschloss auf Antrag des Bundesrates, auf dem Gebiete der Steuerharmonisierung die Möglichkeit zu schaffen, dass der Bund hierzu Grundsätze aufstellen kann. Das sollte wahrscheinlich ein Entgegenkommen gegenüber den Forderungen nach einer grundsätzlichen Steuerharmonisierung sein. Wir respektieren den guten Willen zu einem verheissungsvollen Anfang. Eine solche Fassung geht uns indessen zu wenig weit. Seit Jahren wird über die Frage der Steuerharmonisierung diskutiert, getagt, referiert und postuliert. Jedermann will, dass etwas geschieht, aber niemand möchte, dass etwas passiert. Steuerharmonisierung schafft jedoch Steuergerechtigkeit, ermöglicht einen optimalen Finanzausgleich und öffnet, bei voller Respektierung der föderalistischen Struktur, das Tor zu einer guten helvetischen Solidarität. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, im Artikel 42quinquies Absatz 2 einen kleinen Schritt weiter nach vorwärts zu tun, indem wenigstens für die formelle Steuerharmonisierung nicht nur unverbindliche Grundsätze, sondern in bestimmtem Rahmen verbindliche Vorschriften aufgestellt werden können. Auf dem Gebiet der materiellen Harmonisierung können wir uns vorderhand mit Grundsätzen begnügen. Wie lange es bei dieser Form bleiben wird, das wäre abzuwarten, vermutlich ziemlich lange.

Eine Annahme dieses Antrages würde einem Kompromiss gleichkommen gegenüber all jenen, die anfänglich überhaupt nur an verbindliche Vorschriften dachten. Auch im Nationalrat gab es eine Minderheit, die konsequent nach Vorschriften rief und in den Grundsätzen keine Lösung sah. Ich verzichte darauf, die Notwendigkeit einer Steuerharmonisierung näher zu begründen. Das ist gestern bereits in einem anderen Zusammenhang geschehen. Gegenüber jenen Kantonen, die ihre Finanzen allein und ohne besondere Bundeshilfe – dank Ausschöpfung sämtlicher Quellen – in Ordnung halten, wäre ein solcher Schritt eine Reaktion, die längst erwartet wird. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Hefli: Ich glaube, die Steuerharmonisierung wird für viele nur so lange populär sein, als sie sich noch nicht konkretisiert hat; denn für die meisten Steuerpflichtigen wird sie namentlich durch die Doppelspürigkeit, kantonale und Bundesbehörden, zu zusätzlichen Umtrieben führen. Was die Gerechtigkeit betrifft, die Herr Kollega Weber angetönt hat, glaube ich, müsste man auch die Standortvor- und -nachteile, die in der Schweiz bestehen, harmonisieren, was natürlich ein unmögliches Unterfangen ist. Man soll sich auch keinen Täuschungen hingeben, nach der Steuerharmonisierung werden viele Kantone, die jetzt eine Hand dem Bund hinstrecken, beide hinstrecken. Ich begrüsse daher sehr, dass man von der materiellen Harmonisierung wenigstens abgesehen hat und möchte empfehlen,

dass man bei der Abgrenzung formell/materiell nicht etwa über das Formelle auch in das Materielle eingreift. Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Bundesrat Chevallaz, vielmehr einen Wunsch: Dass die Ueberwachung durch den Bund in vernünftiger Weise geschieht und nicht zu einer zusätzlichen Aufblähung des Beamtenstabes in Bern und des Bundesgerichtes in Lausanne führt.

Helmann: Wir haben bei der Behandlung des Wasserzinses die kantonalen Wasserscheichs ihre Interessen vertreten hören, und in den letzten Debatten wurde gesagt, dass die grossen Kantone vom Bund grosse Summen beziehen würden. Soeben haben wir auch wieder gehört, sie hätten auch besondere Standortvorteile.

Gestatten Sie, dass ich nun auch einmal den Ständesvertreter herauskehre und Ihnen die Dinge darstelle, wie sie sich für den Kanton Zürich präsentieren. Erstens einmal erbringen die Agglomerationen dank ihrer erhöhten Produktivität und Wirtschaftskraft überdurchschnittliche Leistungen an den Bundeshaushalt. Diese überdurchschnittlichen Leistungen stellen selbstverständlich eine indirekte Belastung dar. Die Grossagglomerationen Zürich, Basel und Genf haben einen Bevölkerungsanteil von rund 23 Prozent, bringen aber 40 Prozent der Wehrsteuern auf. Sie leisten überdies höhere AHV-Beiträge, weil die Einkommen in diesen Regionen höher sind, wobei aber mit zu berücksichtigen ist, dass auch die Lebenshaltungskosten in diesen Regionen höher liegen. Eine kantonalzürcherische Kommission hat ausgerechnet, dass eine Solidaritätsbelastung der genannten Agglomerationen von schätzungsweise jährlich 5 Milliarden Franken besteht. Die Agglomerationen – das möchte ich Kollega Muheim sagen – sind Grosszahler bei der Bundeskasse aber Kleinbezügler.

Die Leistungen des Bundes an die Agglomerationen betreffen in erheblichem Ausmasse Beiträge an Gemeinschaftswerke von schweizerischer Bedeutung, wie Hochschulen, Flughäfen usw. Ueber die Bedeutung des Flughafens Zürich für die Schweiz wurden folgende Zahlen erhoben: Von den Passagieren, die in Kloten ankommen, verlassen 40 bis 50 Prozent Kloten mit einem Ziel ausserhalb des Kantons Zürich. Für die Studierenden an der Universität Zürich wurden folgende Wohnorte festgestellt, wobei man sich auf die Wohnkantone der Eltern abstützte: Im Kanton Zürich wohnhaft sind nur 5123, in den übrigen Kantonen 4910, Auslandschweizer sind 147 und Ausländer 1423 Studierende. Wir bezahlen den grössten Teil der Universitätskosten, wobei wir aber nur 44 Prozent der Studenten stellen. Nach Schätzungen leistet der Kanton Zürich für nichtkantonale Studenten, nach Abzug des Bundesbeitrages, jährlich rund 140 Millionen Franken.

Der gleiche Sachverhalt liegt bei den Forschungsspitälern und Spezialzweigen der Medizin vor. Bei den Patienten sind die Zürcher in der Minderheit. Der Kanton Zürich hat für Ausserkantonale, nach Abzug der Leistungen der Patienten, jährlich zirka 40 Millionen Franken zu übernehmen. Das möchte ich auch Herrn Vincenz sagen, der sich auch immer wieder über die grossen Leistungen des Bundes an den Kanton Zürich ausspricht.

Nur allein diese beiden Kategorien, die Studierenden und die Patienten, ergeben jährlich eine Belastung pro Einwohner des Kantons Zürich von 200 Franken. Was den Strassenbau betrifft, wendet der Bund pro Kopf in Agglomerationen bedeutend weniger auf als anderswo, obwohl in diesen Gebieten der Strassenbau ebenfalls kostspielig ist. Dazu kommt – das muss auch noch gesagt sein –, dass auch die indirekten Steuern auf den Treibstoffen wiederum in der überwiegenden Grössenordnung von diesen Agglomerationen aufgebracht werden. Es ist nur natürlich, dass in diesem Fall auch von dem selbst aufgebrachten Geld wieder etwas zurückfliesst. Gegen den Grundsatz von Solidaritätsleistungen ist gar nichts einzuwenden. Sie sind jedoch keine Selbstverständlichkeit und vor allem nicht unbeschränkt tragbar. Deshalb meine ich, dass der Antrag von Kollega Weber absolut das Richtige trifft.

Zu beachten ist auch, dass die zürcherische Wirtschaft an verschiedenste Regionen der Schweiz wesentliches beiträgt, nämlich durch die Filialpolitik, die die zürcherische Wirtschaft betreibt. Ich denke hier nicht an Supermarkets. Der Kanton Zürich nützt auch die Steuerkraft seiner Einwohner in jeder Hinsicht voll aus. Abgesehen davon, dass nicht einmal alle Kantone die gleichen Steuern erheben wie die genannten Agglomerationskantone, haben wir noch die Eigenheit, dass fünf Kantone Aktien, Anteilscheine und Stammeinlagen von im Kanton steuerpflichtigen Gesellschaften nicht oder nur teilweise besteuern. Das ist ein Zustand, der für alle jene, die mehr leisten müssen, unannehmbar ist.

Zusammenfassend halte ich fest, dass wir pro Kopf vom Bund einen Beitrag erhalten, der 160 Franken niedriger ist als der Durchschnittsbeitrag, den der Bund an die schweizerischen Kantone leistet. Sie können also selbst ausrechnen, dass wir jährlich auch auf diesem Sektor 180 Millionen Franken zu wenig erhalten. Deshalb glaube ich, dürfte man diese ewige Gegenüberstellung der Bundesbeiträge, die in die grossen Agglomerationen fliessen, mit den armen Kantonen, denen man keinen Finanzausgleich gönnen mag, vergessen. Ich unterstütze aber den Antrag von Kollega Weber und würde es sehr bedauerlich finden, wenn die geringste Zielsetzung zur Erreichung einer Steuerharmonisierung hier im Rat wieder verunmöglicht würde.

Vincenz: Ich möchte über die Finanzschwäche oder Finanzstärke der Kantone nicht sprechen und über diesen scheinbar unglücklichen Ausgleich, wie Herr Heimann ihn bezeichnet, sondern feststellen, dass Herr Heimann mit seinen Ausführungen bewiesen hat, dass eine Steuerharmonisierung in diesem Land, so wie er sie sich vorstellt, nicht möglich ist und nicht gerecht ist. Er hat Ausführungen über die wirtschaftliche Kraft in seinem Kanton gemacht. Wir freuen uns darüber, aber wenn diese Stärke besteht, dann darf man doch erwarten, dass die Leistungen, wie alle Schweizer sie erbringen, ob das Einkommen gross oder klein ist, auch erbracht werden. Ich möchte aber doch die Richtigkeit dieser Forderung mit zwei Hinweisen untermauern: Herr Heimann hat die grosse Studentenzahl von Zürich genannt und die damit für den Kanton verbundene starke Belastung. Von den Professoren, die in Zürich Steuern bezahlen, hat er nichts gesagt und auch dass diese Studenten 50 Prozent ihrer Zeit in Zürich verbringen und damit die Wirtschaft befruchten; das sind wirtschaftliche Vorteile. Einverstanden, die Zürcher zahlen mehr Benzinzoll, da sie mehr Autos haben als z. B. wir im Kanton Graubünden. Aber wir haben im Kanton Graubünden soundso viel Leute, die die Benzinzollzuschläge bezahlen, ohne je eine Nationalstrasse zu benutzen. Man könnte also auch mit Gegenargumenten auftreten und darlegen, wie ungerecht diese Vergleiche und Belastungen sind. Aber ich bin der Meinung, dass der Beweis von Herrn Heimann erbracht ist, dass wir in diesem Lande eine vollständige Steuerharmonisierung nicht herbeiführen können, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse regional so sehr unterschiedlich sind. Ich möchte aber gleichzeitig beifügen: Auch wir sind für eine formelle Harmonisierung, wir möchten die unterschiedlichen Verhältnisse, die nicht von der Wirtschaftskraft her begründet sind, mit der Zeit ausrotten; da sind wir einig.

Aber nun zu dieser Vorlage. Wir beschliessen eine Verfassungsbestimmung und wollen nun in dieser Richtung weiter gehen als was der Bundesrat vorgeschlagen hat. Der Herr Präsident hat darüber schon Ausführungen gemacht. Meinen Sie, dass wir eine Mehrheit der Stände erhalten, wenn wir über die formelle Harmonisierung hinausgehen und die materielle Harmonisierung beschliessen. Das ist politisch nicht möglich, und es ist auch festzuhalten, dass die Finanzdirektorenkonferenz doch einiges in den letzten Jahren unternommen hat, um eine sachgerechte Harmonisierung herbeizuführen. Es ist nicht wahr, wenn man behauptet, es sei nur davon gesprochen und nichts getan worden. Es sind Bestrebungen im Gange, und es sind

Fortschritte erzielt worden, aber wer soll das besser vorbereiten können als die Konferenz der Finanzdirektoren. Ich meine also, dass wir hier dem Antrag der Kommission unbedingt zustimmen müssen, dass wir im Interesse der Gesamtvorlage nicht weitergehen können und das wir einmal auch feststellen müssen, dass diese wünschbare und so viel angepriesene Harmonisierung in weiten Bereichen nicht möglich ist, weil die wirtschaftliche Kraft eben so unterschiedlich ist.

Guntern: Zur Sache hat Herr Vincenz bereits geantwortet. Ich möchte nur folgende kleine Bemerkung an die Adresse von Herrn Heimann machen. Ich muss ihn darauf hinweisen, dass nach Artikel 12 unserer Bundesverfassung es uns Parlamentariern nicht erlaubt ist, fremde Titel oder Orden anzunehmen. Wenn Herr Heimann das Wort «Wasserscheiche» brauchte, so müssen wir diesen Ausdruck daher ablehnen. Es ist doch so, dass auch die Zürcher Gnomen diesen Titel nur im Ausland zu hören bekommen und nicht in der Schweiz. Das hält mich nicht davon ab, hinzuweisen, dass wir selbstverständlich die grossen Anstrengungen und Leistungen des Kantons Zürich anerkennen. Das wäre alles.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il serait sans doute intéressant mais un peu long de m'engager dans la polémique entre les cantons riches et les cantons faibles. Je me bornerai à dire – ce qui ne vous étonnera pas – qu'ils sont tous également chers au Conseil fédéral. Nous passerions sans doute trois jours à confronter leurs mérites et leurs souffrances sans arriver à prononcer un jugement définitif en faveur ou en défaveur des uns ou des autres. Je m'empresse de dire que la dimension financière n'est pas pour le Conseil fédéral un critère de respect et d'affection différentiels.

Quant au projet, l'accord se fait, semble-t-il, et d'une manière unanime, sur la nécessité de mettre de l'ordre dans le maquis de vingt-six législations fiscales diverses, multipliées par 3000 modalités d'applications communales qui, dans certains cantons, marquent des différences assez sensibles. C'est un pittoresque de diversités qui bat tous les records du monde, je puis vous l'assurer.

Eviter les complications administratives et judiciaires, sans doute, mais l'opinion publique souhaite aussi – c'est un sentiment assez généralement exprimé – que les contrastes les plus apparents et les plus visibles, pour ne pas dire parfois presque les plus scandaleux, ou les inégalités évidentes soient, par rapprochement graduel, réduites. Je dois dire en comparant les barèmes fiscaux, que si l'on trouve des cas de contraste extrême, on constate aussi une certaine tendance à se regrouper sur une moyenne; il y a donc des progrès qui ont été faits.

Mais comment arriver à cette harmonisation? Les uns voudraient résoudre le problème d'une manière démocratique jacobine – je dirai impérative par décision de l'autorité fédérale, ne faisant guère cas de la souveraineté des cantons. C'est une manière de voir qui a pour elle sa logique, on comprend qu'elle ait ses partisans. Mais, de l'autre côté, vous avez l'affirmation fédéraliste: céder sur la souveraineté cantonale en matière d'impôt, c'est céder sur la souveraineté tout court. Cette opinion n'existe pas seulement du côté des droites mais également du côté des gauches; vous avez des tendances de gauche qui défendent la souveraineté intégrale des cantons en matière d'impôt. L'Etat cantonal ne serait plus un Etat au sens strict du terme si sa fiscalité, qui est un des éléments essentiels de son existence, était décrétée à Berne.

A suivre la première méthode, la «jacobine», nous nous acheminerions vers la centralisation parfaite de style français où, pratiquement, l'essentiel des ressources émane de Paris, la redistribution permettant les plus larges péréquations sans doute mais déterminant aussi d'une manière impérative la politique des départements, quand ce n'est pas celle des communes. Il est étonnant de voir en France

le peu de latitude qu'ont les maires et les conseils municipaux des villes: tout dépend des décisions qui sont prises au centre. La critique que les parlementaires régionaux français, les conseillers généraux ou les membres des autorités municipales font en France à leur régime, c'est que précisément, ils n'ont aucune compétence en matière de fiscalité. Si vous n'avez pas les compétences en matière de fiscalité, vous n'avez pas d'autonomie réelle des cantons et des communes.

Nous compromettrions sans doute la réforme fiscale en voulant, dans le domaine de l'harmonisation, brûler les étapes. C'est une donnée de fait et Bonaparte qui était un centralisateur dans son pays avait, avec intelligence, analysé la situation de la Suisse. Après les deux ou trois ans de guerre civile que nous a valu la République unitaire une et indivisible, lui-même formulait très clairement sa doctrine en matière helvétique: «La nature a fait votre Etat fédéraliste, vouloir la vaincre n'est pas d'un homme sage.» Je crois que cette parole historique garde encore aujourd'hui sa force malgré tous les développements de l'économie et les interférences que nous connaissons.

L'harmonisation formelle représente un minimum: les principes de l'imposition, le calcul de l'impôt dans le temps, l'imposition des personnes physiques, le traitement fiscal des gains en capital, le traitement de la prévoyance, les règles pour l'imposition des personnes morales, le problème de l'impôt à la source, le problème du droit pénal fiscal. C'est à cet objectif limité d'harmonisation formelle, après de longues délibérations, qu'ont abouti les travaux menés en commun, patiemment des années durant, par l'Administration fédérale des contributions et les directeurs cantonaux des finances avec l'appui moral d'une commission du Conseil national qui, pendant cinq ou six ans, a été chargée d'étudier les initiatives parlementaires de M. Stich et celles de M. Butty.

Le Conseil fédéral ne pouvait, après que la procédure de consultation eut confirmé le résultat de ces travaux, qu'en rester à l'harmonisation formelle. Le Conseil fédéral ne pouvait pas faire mieux que de s'en tenir aux études qui avaient été ainsi accomplies en commun, de bonne foi.

Le Conseil fédéral ne pouvait pas, brusquement, fausser cavalièrement compagnie aux cantons et improviser une nouvelle solution allant jusqu'à l'harmonisation matérielle. On l'aurait accusé à juste titre de mauvaise foi. C'est pourquoi vous avez ces dispositifs et je puis rassurer M. Hefti: l'exécution de cet article constitutionnel ne déterminera pas à Berne, ou dans les antichambres du Tribunal fédéral à Lausanne, une croissance administrative, juridique ou judiciaire excessive.

Les ordonnances d'application, l'exercice de la loi se feront comme l'élaboration de l'article en étroite et constante liaison avec les cantons, notamment par le truchement de la conférence des directeurs cantonaux des finances. C'est une collaboration qui sera poursuivie et nous ne voulons pas tirer de cet article constitutionnel un prétexte à enfler l'appareil administratif.

Sans doute, l'article constitutionnel sur l'harmonisation matérielle ne doit-il pas marquer la fin des efforts d'harmonisation. Il faudra que, spontanément par convention, par concordats régionaux ou généraux, les cantons s'appliquent entre eux à cette tâche nécessaire de rapprocher leur condition fiscale. C'est ce que souhaite la grande majorité de l'opinion publique. Si les cantons le font d'eux-mêmes, par concordats, par accords mutuels et réciproques, ils auront satisfait en même temps à l'exercice de leur souveraineté, que nous ne voulons pas leur contester, et à un exercice d'équité qui est je crois nécessaire.

Nous vous demandons donc d'approuver le projet d'article constitutionnel 42quinquies.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. I, Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. I, préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 42quinquies Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 42quinquies al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 42quinquies Abs. 2

Antrag der Kommission

Letzter Satz

... ihre Einhaltung. Sache der Kantone bleibt insbesondere die Bestimmung der Steuertarife, Steuersätze und Steuerfreibeträge.

Rest von Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Weber, Donzé)

Zu diesem Zweck erlässt er auf dem Wege der Bundesgesetzgebung Vorschriften für die formelle Harmonisierung und Grundsätze für die materielle Harmonisierung für die Gesetzgebung der Kantone und Gemeinden über Steuerpflicht, Gegenstand und zeitliche Bemessung der Steuern, Verfahrensrecht und Steuerstrafrecht und überwacht ihre Einhaltung.

Art. 42quinquies al. 2

Proposition de la commission

Dernière phrase

... l'observation. La fixation des barèmes, des taux et des montants exonérés d'impôt en particulier demeure du ressort des cantons.

Pour le reste de l'al. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Weber, Donzé)

A cet effet, par la voie législative et pour la légalisation des cantons et des communes, elle édicte des dispositions fixant les principes de l'harmonisation matérielle et régissant l'harmonisation formelle de l'assujettissement à l'impôt, de l'objet et du calcul des impôts dans le temps, de la procédure et du droit pénal en matière fiscale; elle en contrôle l'observation.

Weber, Berichterstatter der Minderheit: Ich verzichte auf weitere Begründungen, ich habe bereits versucht, mit wenigen Worten darzulegen, warum ich einen Minderheitsantrag eingereicht habe.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit. Ich möchte doch einige knappe Ausführungen machen. Ich weise darauf hin, dass die Vorlage, so wie sie Ihnen unterbreitet wird, das Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund ist. Die Kantone haben sich also kooperativ verhalten, und man sollte sie nun nicht mit einem Antrag bestrafen, der tief in ihre fiskalische Souveränität eingreift. Denn eine Annahme des Minderheitsantrages würde doch die Kantone in erheblichem Ausmasse fiskalisch zu Verwaltungsgebieten des Bundes machen. Es besteht ja heute schon ein starkes Unbehagen, dass die Kantone in weiten Bereichen einfach die Gebote des Bundes zu vollziehen haben. Der Antrag würde zur Verstärkung des Vollzugsföderalismus, wie er etwa kritisch genannt wird, beitragen. Aber wir müssen uns auch an die politische Konstellation erinnern. Es ist jetzt ein einvernehmlicher erster Schritt in Sachen Harmonisierung möglich. Man sollte das nicht gefährden, indem man zuviel verlangt. Ich möchte dafür plädieren, den Sinn für das politisch Realisierbare zu wahren. In diesem Sinne muss ich Ihnen im Auftrage der grossen Kommissionmehrheit die Ablehnung dieses Antrages beantragen.

Heftli: Ich möchte noch festhalten, dass, wie ich orientiert bin, in der Kommission erklärt wurde, dass auch die steuerliche Bewertung wie die Tarifgestaltung Sache der Kantone bleibt.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Il va sans dire que les tarifs restent du domaine des cantons. Quant à l'évaluation des valeurs, on trouvera sans doute un certain nombre de normes à vocabulaire commun pour l'ensemble de la Confédération, il y aura des définitions communes, mais l'appréciation de la taxation restera strictement du domaine des autorités cantonales.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit

4 Stimmen
20 Stimmen

Präsident: Die Kommission stellt einen unbestrittenen Antrag, der den gleichen Absatz betrifft (letzter Satz). Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall.

Angenommen – Adopté

Art. 42quinquies Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Beim Erlass der Grundsatzgesetzgebung für die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie beim Erlass der Gesetzgebung über die direkte Bundessteuer hat der Bund auf die Bestrebungen der Kantone zur Steuerharmonisierung Rücksicht zu nehmen. Den Kantonen ist eine angemessene Frist für die Anpassung ihrer Steuergesetzgebung einzuräumen. Sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung ihrer Gesetzgebung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen der Grundsatzgesetzgebung des Bundes als anwendbar.

Minderheit

(Honegger, Bourgknecht, Debétaz, Krauchthaler, Kündig, Masoni, Muheim, Vincenz)

Nach Entwurf des Bundesrates

Art. 42quinquies al. 3

Proposition de la commission

Majorité

En édictant la législation de base relative aux impôts di-

rects des cantons et des communes et la législation sur l'impôt fédéral direct, la Confédération tiendra compte des efforts entrepris par les cantons en vue de l'harmonisation fiscale. Les cantons disposeront d'un délai convenable pour adapter leurs législations fiscales. Si les cantons n'ont pas adapté leurs législations dans ce délai, la Confédération déclare applicables les dispositions de la législation fédérale de base.

Minorité

(Honegger, Bourgknecht, Debétaz, Krauchthaler, Kündig, Masoni, Muheim, Vincenz)

Selon le projet du Conseil fédéral

Präsident: Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass wir zuerst den Mehrheitsantrag bereinigen und ihm nachher dem Minderheitsantrag gegenüberstellen.

Bürgli, Berichterstatter: Wäre es nicht besser, wenn Herr Honegger jetzt seinen Antrag begründen würde? Dann könnte ich dazu Stellung nehmen, worauf die Abstimmung erfolgen könnte. (Zustimmung – Adhésion)

Honegger, Berichterstatter der Minderheit: Der Nationalrat hat diesem Absatz 3 einen neuen Satz beigefügt, der lautet: «Sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung ihrer Gesetzgebung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung als anwendbar.»

Ich möchte Ihnen beantragen, diesen Satz zu streichen und zurückzukehren zur Fassung des Bundesrates. Ich gehe davon aus, dass es nicht notwendig ist, dem Bund ausdrücklich die Kompetenz einzuräumen, im Falle der fehlenden Anpassung innerhalb einer angemessenen Frist anstelle von kantonalem Recht Bundesrecht anzuwenden. Auch das Justizdepartement war dieser Meinung. Ich zitiere aus einem Gutachten, das der Kommission zur Verfügung gestellt wurde, vom 15. September. Da heisst es wörtlich: «Einer besonderen Anwendbarerklärung des Bundesrechtes bedarf es nicht.» Sobald man nämlich daran geht, in der Verfassung Detailfragen zu regeln, gerät man sehr leicht in das Gestrüpp der Interpretationsschwierigkeit. Diese Erfahrung haben wir in der Kommission gemacht. So ist z. B. in der nationalrätlichen Fassung nicht klar, wer unter «Bund» zu verstehen ist, ob z. B. der Bundesrat, oder ob das Parlament diese Kompetenz erhalten soll. Offen ist auch die Frage, ob das Grundsatzgesetz oder ob das Bundesgesetz über die direkten Bundessteuern einmal anzuwenden ist für diejenigen Kantone, die nicht innerhalb der gegebenen Frist das Bundesrecht anwenden. Auch die Frage über Rekursmöglichkeiten der Kantone und der Steuerpflichtigen, z. B. gegenüber Entscheidungen des Bundes oder der Kantone, ist in der Kommission bei weitem nicht einheitlich geklärt worden. Kurz: Es sind noch zu viele Fragen offen. Es geht also nicht um den Grundsatz – mit dem Grundsatz bin ich einverstanden –, sondern darum, in der Verfassung jetzt nicht Details zu regeln.

Die Ergänzung des Nationalrates ist nicht notwendig; sie führt vielmehr nur zu zusätzlichen Auslegungsschwierigkeiten. Deshalb bitte ich, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Muheim: Ich habe es namens der Kommission übernommen, dieser wichtigen Frage vom rein staatsrechtlichen Blickpunkt aus noch nachzugehen. Wir hatten wunschgemäss einen sehr interessanten Bericht der Steuerverwaltung zu dieser Frage erhalten. Es war der Kommission in dieser Schlussphase aus Zeitgründen jedoch nicht mehr möglich, alle Aspekte genau abzuwägen. Es obliegt mir, den Minderheitsantrag — angeführt von Herrn Honegger — unterstützend, juristisch zu motivieren.

Ausgangspunkt dieser Harmonisierung ist die allseits unbestrittene Rechtsidee, dass der Bund durch eine Grund-

satzgesetzgebung den Kantonen die Weisung erteilt, ihre kantonalen Steuergesetze mit diesem Bundesgesetz in Übereinstimmung zu bringen. Die Kantone sind und bleiben souveräne Gesetzgeber. Der Bund seinerseits wählt als Befehlspartner – wenn ich dieses Wort gebrauchen darf – die Kantone als solche.

Diese Rechtsidee ist im Blick auf die Vollzugsprobleme zu untersuchen. Es wäre durchaus denkbar – und das wird hinter dem Antrag des Nationalrates sichtbar –, dass ein Kanton der Grundsatzgesetzgebung des Bundes überhaupt keine Folge gäbe, indem beispielsweise ein kantonaler Souverän ein derartiges kantonales Steuergesetz verwirft. Es ist aber auch denkbar – und dies ist der viel wahrscheinlichere Fall –, dass die kantonale Gesetzgebung in diesen oder jenen Detailpunkten dem Grundsatzgesetz nicht folgt. Daraus ergibt sich die grundsätzliche Frage: Wie erzwingt der Bund den Kantonen gegenüber den Vollzug? Es dürfte jedermann wissen, dass eine solche Problematik schon seit über 125 Jahren ihre Bedeutung hat. Das Problem der Vollzugsgewalt stellte sich seit Beginn der Eidgenossenschaft. Der Verfassungsgesetzgeber hat sich denn auch mit dieser Frage befasst. Artikel 85 Ziffer 8 der Bundesverfassung legt daher fest, dass die Bundesversammlung kompetent ist, Massnahmen zu ergreifen, um gegenüber den Gliedstaaten die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen zu erzwingen. Auch die Wissenschaft hat sich dieses Problems eingehend angenommen. Der Kürze halber zitiere ich lediglich die jeweiligen Kommentare. Bei Giacomotti/Fleiner, Lehrbuch über das Bundesstaatsrecht, Seite 143 ff., wird festgehalten: «Die den Willen des Bundes nicht erfüllenden Kantone sind durch die Bundesversammlung dazu zu zwingen.» Die Bundesversammlung ist also kompetent und auch verpflichtet. Das bedeutet für den vorliegenden Fall, dass es Sache der Grundsatzgesetzgebung sein wird zu bestimmen, welche konkrete Lösung den besonderen Umständen angepasst ist. Nach meiner Überzeugung werden wir dannzumal im Rahmen der Grundsatzgesetzgebung die Lösung diskutieren müssen, dass der Bundesrat (also eine Delegation an die Exekutive) die Kantone sachgerecht dazu zu zwingen hat. Es bedarf einer Rechtsnorm, die gegebenenfalls die betreffende kantonalrechtliche Lücke an die Adresse der Kantone zu schliessen hat. Diese bundesrechtliche Norm wird dann substitutionelles kantonales Recht sein.

Diese Rechtsfigur finden wir nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in den Gebieten der Raumplanung (Art. 22quater BV), des Primarschulunterrichts (Art. 27 Abs. 2 BV), des Sportunterrichts (Art. 27quinquies BV) usw. Wir verweisen ferner auf all jene Bundesgesetze, die durch die Kantone nicht nur anzuwenden, sondern vorerst durch kantonale Vollzugsverordnungen anwendbar zu machen sind.

Darf ich in diesem Zusammenhang auch auf Aubert, *Traité de droit constitutionnel suisse*, Seite 303 ff., insbesondere auf die Noten 806, 807, 808 und 811, verweisen. Ferner nenne ich Giacomotti. Das Steuerrecht der schweizerischen Kantone, Seite 57, und den Kommentar Burckhardt zur Bundesverfassung, Seite 685 ff. Ich schliesse daraus, dass die Frage des «Vollzugszwangs durch den Bund gegen die Kantone» in unserem Verfassungsrecht hinreichend geregelt ist und dass die Rechtslehre darüber unbestrittene und eindeutige Aussagen macht. Es wäre falsch, für die Steuerharmonisierung eine Art Sonderregelung zu treffen. Die Grundsatzgesetzgebung, die durch den Nationalrat und den Ständerat zu erlassen sein wird, wird uns Gelegenheit geben, diese Frage ausgewogen und praxisnahe zu lösen, und zwar wahrscheinlich im Sinne einer Delegationsnorm an den Bundesrat.

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Für den Kommissionspräsidenten besteht eine nicht ganz gewöhnliche Situation dadurch, dass sich die Minderheit der Kommission in eine Mehrheit verwandelt hat. Wenn Sie die Befürworter des Minderheitsantrages zusammenzählen, kommen Sie

auf acht Kommissionsmitglieder bei einer Gesamtzahl von 15 Mitgliedern. Ich bin bei dieser Gelegenheit gewissermassen in den Status eines Präsidenten ohne Auftrag geraten. Eines ist indessen meines Erachtens aus den Voten der Kollegen Honegger und Muheim deutlich hervorgegangen: Die Anwendung des Bundesrechts im Falle, dass das kantonale Recht nicht rechtzeitig geschaffen wird, ist eine anspruchsvolle Frage. Sie sollte auf der Stufe der Verfassung nicht durch zu viele Einzelheiten belastet werden. Es braucht unter allen Umständen ein Ausführungsgesetz, das sich über dieses Problem aussprechen muss. Ich könnte mich deshalb persönlich – ich wage nicht im Namen der verbliebenen sieben Kommissionsmitglieder zu sprechen – den Überlegungen des Herrn Honegger anschliessen.

M. Bourgknecht: L'alinéa 3, 2e phrase, dans la teneur que lui a donnée le Conseil fédéral, impose aux cantons d'adapter, dans un délai convenable, leur législation fiscale à la législation fédérale de base qui sera élaborée en application de l'alinéa 2. Cette exigence est normale si l'on veut réaliser l'harmonisation dans les faits. Je la considère comme suffisante; il n'est pas nécessaire, si ce n'est impossible, de prévoir la mesure d'exécution introduite par le Conseil national.

C'est bien, en effet, à la notion d'exécution qu'il faut se référer pour analyser la portée de la norme proposée. Parmi les mesures à ce titre, il y a incontestablement la substitution (Ersatzvornahme) autorisant la Confédération à accomplir un acte législatif ou administratif en lieu et place et aux frais du canton qui omettrait de l'accomplir. De telles hypothèses ont été expressément visées, par exemple, par l'article 53, titre final CCS, ou 333 LP. La mesure d'exécution est donc admissible en soi, étant relevé, avec Jean-François Aubert (*Traité de droit constitutionnel suisse*, p. 304) que «le procédé est général et peut être employé même en l'absence de texte». Cette considération nous fait voir que l'adjonction voulue par le Conseil national n'est pas indispensable pour réaliser, si cela est possible par cette voie, l'harmonisation fiscale.

Cela étant rappelé, je voudrais souligner deux aspects du problème qui m'amènent à vous recommander de suivre le Conseil fédéral et la minorité de votre commission. L'alinéa 2 que nous venons d'adopter précise que, entre autres, «la fixation des barèmes, des taux et des montants exonérés d'impôt est du ressort des cantons». C'est une illusion que de prévoir l'application d'une loi fiscale-cadre édictée par la Confédération, donc sans barème ni taux, à un canton qui, ne connaissant pas tel impôt, par exemple, n'a bien entendu rien prévu dans sa législation pour le percevoir; il en est de même notamment du droit pénal si le canton n'a pas désigné les autorités chargées de l'appliquer.

Quelle est la portée de cette déclaration d'application des dispositions de la législation fédérale? La loi-cadre sera-t-elle appliquée en tant que droit cantonal supplétif ou conserverait-elle son caractère de droit fédéral? Si c'était la première solution, il n'y aurait pas trop de difficultés pratiques, mais il semble bien que c'est la seconde que recouvre la phrase critiquée, avec pour conséquence que, pour un même canton, les voies de recours ne seraient pas les mêmes selon que l'on applique le droit fédéral ou le droit cantonal. On créerait ainsi un régime d'insécurité et d'inégalité juridique que nous ne pouvons admettre. Le législateur doit éviter d'arrêter des normes qui, d'emblée, apparaissent obscures et difficilement applicables.

Ces deux considérations, auxquelles j'ajoute encore celle de M. Muheim relative à la compétence de l'autorité fédérale pour décider de l'application de la loi-cadre (cf. art. 85, ch. 8, de la constitution fédérale), m'amènent à vous proposer d'adopter la solution du Conseil fédéral et de la minorité de la commission.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Après avoir entendu l'avis des juristes de la couronne et de l'administration et celui

des juristes de cette assemblée, nous devons reconnaître que la disposition introduite ici par le Conseil national et qui nous avait paru utile s'avère purement déclamatoire et nous semble plutôt apporter quelque confusion supplémentaire. Le dispositif constitutionnel traditionnel suffit pour nous assurer que les cantons seront contraints d'appliquer cette loi dans les délais. Dès lors, nous maintenons notre proposition initiale et ne voyons aucune objection à ce que vous reconciez à l'adjonction proposée par le Conseil national.

Präsident: Ich schlage Ihnen folgendes Abstimmungsverfahren vor: Wir bereinigen, was die «Mehrheit» beantragt, nämlich eine Ergänzung zum Vorschlag des Nationalrates. Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall. Der beigefügte Satz des Nationalrates wird somit ergänzt durch die Worte «... Bestimmungen der Grundsatzgesetzgebung des Bundes als anwendbar». Sie haben nun noch darüber zu befinden, ob Sie der Minderheit, die sich dem Bundesrat anschliesst, oder der Mehrheit zustimmen wollen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	26 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	2 Stimmen

Art. 42quinquies Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 42quinquies al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	27 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.025

Reichtumssteuer. Volksbegehren Impôt sur la richesse. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 24. März 1976 (BB I, 1503)
Message et projet d'arrêté du 24 mars 1966 (FF I, 1518)

Beschluss des Nationalrates vom 23. Juni 1976
Décision du Conseil national du 23 juin 1976

Minderheit (Weber)

Art. 2

Volk und Ständen wird die Annahme des Volksbegehrens beantragt.

(Rest des Beschlusses gemäss Antrag der Mehrheit)

Titre et préambule. Art. 1 et 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Weber)

Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.
(Reste de l'arrêté selon la proposition de la majorité)

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ich will mich auf einige knappe Ausführungen beschränken.

Ich darf auf die Botschaft des Bundesrates vom 24. März verweisen, die eine umfassende und aufschlussreiche Dokumentation zu diesem Vorstoss enthält. Die Initiative stellt ein anspruchsvolles, ja ehrgeiziges fiskalisches Programm auf. In dieser Beziehung geht sie erheblich weiter als die kantonalen Reichtumssteuerinitiativen, über die in den letzten drei Jahren abgestimmt wurde. Im einzelnen strebt die Initiative u. a. folgende Hauptziele an: gleiche Belastung der Einkommen über 100 000 Franken in der ganzen Schweiz, volle Harmonisierung der direkten Steuern, der natürlichen Personen, von Bund, Kantonen und Gemeinden. Vermögen bis zu 100 000 Franken bleiben im Rahmen der Staats- und Gemeindesteuern steuerfrei. Einkommen bis zu 40 000 Franken bleiben im Rahmen der direkten Bundessteuer steuerfrei. Sofern die Staats- und Gemeindesteuern ein bestimmtes Ausmass nicht erreichen, wird ein Zuschlag erhoben, der dem Bund verfällt. Die juristischen Personen werden vom Bund besteuert, die Kantone sind am Ertrag beteiligt. Um ein rasches Inkrafttreten der Initiative herbeizuführen, enthält sie einen Artikel 8 für die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung. Ueber 100 000 Franken wird eine Zuschlagssteuer von 10 Prozent erhoben. Diese ermässigt sich oder entfällt, sofern die Staats- und Gemeindesteuern dem Normalsatz der Initiative entsprechen. Bei den juristischen Personen wird auf den Steuern vom Reinertrag und vom Kapital ein Zuschlag von 50 Prozent erhoben, der reduziert wird, sofern die vorgesehene normale Belastung erreicht wird.

Eine Würdigung dieser Initiative führt zu folgenden Feststellungen: Sie stellt einen tiefen Einschnitt in das bisherige Steuersystem der Schweiz dar. Sie strebt eine volle Harmonisierung an. Ich darf hier in Erinnerung rufen, was wir zu diesem Problem beim Bundesbeschluss über die Harmonisierung ausgeführt haben. Die Kantone werden noch mehr als bis anhin in Verwaltungsbezirke des Bundes umfunktioniert. Die fiskalischen Auswirkungen auf die Kantone und die Gemeinden sind ebenfalls zu prüfen. Es muss zudem festgestellt werden, dass die Initiative insbesondere die Probleme der finanzschwachen Kantone nicht löst. Dort, wo es keine Millionäre gibt, kann es auch mit der Anhebung des Steuersatzes auf 100 Prozent keinen Ertrag geben. Insgesamt entsteht kein fühlbarer Mehrertrag für die Bundeskasse. Die Kommission schliesst sich deshalb den Schlussfolgerungen des Bundesrates auf Seite 42 der Botschaft an, insbesondere auch beim Artikel 2, wo es heisst, Volk und Ständen werde die Verwerfung des Volksbegehrens beantragt.

Präsident: Ich stelle fest, dass wir keinen Eintretensbeschluss zu fassen haben, da es sich um ein Volksbegehren handelt. Es liegt ein Antrag von Herrn Weber zu Artikel 2 vor.

Titel und Ingress. Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	447-457
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 205

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sechste Sitzung – Sixième séance

Mittwoch, 8. Dezember 1976, Vormittag

Mercredi 8 décembre 1976, matin

10.15 h

Vorsitz – Présidence: Herr Munz

76.024

**Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

Siehe Seite 420 hiervor — Voir page 420 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 30. November 1976

Décision du Conseil du 30 novembre 1976

*Differenzen – Divergences***A****Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer
und der direkten Bundessteuer****Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt
sur le chiffre d'affaires****Abschn. I Art. 42ter Abs. 2 Buchst. a***Antrag der Kommission*

Festhalten

Chap. I art. 42ter al. 2 let. a*Proposition de la commission*

Maintenir

Bürgi, Berichterstatter: Einleitend möchte ich feststellen, dass der Nationalrat durch die Zustimmung in zahlreichen Punkten zu den Beschlüssen des Ständerates die Schlussrunde der Bereinigung des Finanzpaketes wesentlich erleichtert. Ich möchte darüber meiner Genugtuung Ausdruck verleihen.

Für die Abwicklung der Beratungen darf ich Sie bitten, sich an das welsche Blatt zu halten, das Ihnen heute morgen ausgeteilt wurde. Ich beginne gleich mit der ersten verbleibenden Differenz des Bundesbeschlusses A Artikel 42ter Absatz 2.

Es geht da, wie wir von den ersten Beratungen her wissen, um ein Element der materiellen Steuerharmonisierung. Ich möchte Ihnen gleich von Anfang an bekanntgeben, dass Ihnen die Kommission mit 12 zu 3 Stimmen beantragt, den Beschluss des Ständerates aufrechtzuerhalten. Dafür kann ich Ihnen folgende Ueberlegungen anführen: Es geht der Kommission vor allem um die Sauberkeit des Verfassungsrechtes. Wir haben bekanntlich zwei Vorlagen zur Beratung: Eine Steuervorlage, den Beschluss A, und eine Vorlage über die Harmonisierung, den Beschluss B. Der Beschluss des Nationalrates führt nun dazu, dass im Beschluss A Bestimmungen über die Steuerharmonisierung eingefügt werden. Vom Standpunkt der klaren Ordnung des Verfassungsrechtes ist diese Bestimmung hier ein Fremdkörper. Das ist das entscheidende Argument, das die Kommission bewogen hat, am ursprünglich gefassten Beschlüsse festzuhalten. Nach ihrer Auffassung gehören Bestimmungen über die Steuerharmonisierung in den Beschluss B, und sollen nicht als fremdes Element in den

Beschluss A eingefügt werden. Ich beantrage Ihnen also Aufrechterhaltung des seinerzeitigen Beschlusses unserer Kammer.

M. Donzé: Comme l'a dit le rapporteur, il semble que nous arrivons au dernier round, il faut l'espérer. Sur ce point, toutefois, la commission a décidé de maintenir la divergence avec le Conseil national. Nous nous étions exprimés assez longuement par la voix de M. Weber qui est malheureusement absent ce matin. Nous maintenons simplement l'idée que le choix fait par le Conseil national conduisait à une harmonisation que nous souhaitions, c'est pourquoi – nous n'allons pas reprendre toute l'argumentation – nous continuerons à soutenir ce point de vue de minorité. C'est ce que j'ai à dire à ce stade de la discussion.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je comprends parfaitement les arguments constitutionnels qui sont à la base de la démonstration de la majorité de la commission. Le Conseil fédéral n'en regrette pas moins qu'au moment où, en vertu de la modification de la répartition de l'impôt fédéral direct aux cantons et de l'accroissement de la part consacrée à la péréquation, il n'y ait pas d'élément qui renforce cette donnée, à savoir que les cantons soient obligés de mettre à contribution leur capacité fiscale d'une manière plus ferme, plus nette et plus équitable que ce n'est quelquefois le cas aujourd'hui. Il nous paraît quant à nous qu'un renforcement de la péréquation a pour condition un renforcement de la fiscalité cantonale dans les endroits où celle-ci est en défaut.

Bref, vous prendrez la décision que vous voudrez: pour nous, nous essayerons de tirer de la loi sur la péréquation ce que nous aurions voulu attendre d'une disposition constitutionnelle.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

26 Stimmen

Für den Antrag Donzé

4 Stimmen

Abschn. II Art. 8 Abs. 2 Buchst. a*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 8 al. 2 let. a*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgi, Berichterstatter: Es geht hier zunächst um die Sozialabzüge und dann in der zweiten Runde um die Ertragsbesteuerung der juristischen Personen. Ich beginne mit den Sozialabzügen. Hier sind zwei Differenzen verblieben nämlich für Verheiratete und für den Erwerb der Ehefrau. Bei den Verheirateten hat der Nationalrat 4000 Franken beschlossen; wir haben uns für 3000 Franken entschieden. Beim Erwerb der Ehefrau sieht der Nationalrat eine Abzugsmöglichkeit von 4000 Franken vor; wir haben uns seinerzeit für 2500 Franken entschieden. Im Nationalrat ist ein klarer Wille zur Aufrechterhaltung der seinerzeitigen Beschlüsse zum Ausdruck gekommen. Wir sind in der Kommission bereit, dies zu respektieren. Wir tun das allerdings nicht ganz ohne Bedenken. Es muss vor allem darauf hingewiesen werden, dass durch die verhältnismässig hohen Sozialabzüge die Zahl der Wehrsteuerpflichtigen, insbesondere auch in den finanzschwachen Kantonen, noch einmal verkleinert wird. Sodann wurde von verschiedenen Vertretern nicht finanzstarker Kantone darauf hingewiesen, dass sie im Bereiche des kantonalen Steuerrechtes nicht in der Lage sind, so hohe Abzüge zu verkraften. Ich wurde gebeten, das hier im Rate zum Ausdruck zu bringen. Mit diesen Vorbehalten möchte ich Ihnen Zustimmung zum Nationalrat beantragen.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 8 Abs. 3 Buchst. a

Antrag der Kommission
Festhalten

Chap. II art. 8 al. 3 let. a

Proposition de la commission
Maintenir

Bürgli, Berichterstatter: Wir kommen zur Besteuerung der juristischen Personen. Hier ist die Kommission der Meinung, die Differenz zum Nationalrat sei aufrechtzuerhalten. Dies aus folgenden Überlegungen: Der Nationalrat hat einen sogenannten Zweistufentarif für die Ertragsbesteuerung beschlossen. Dies ist als Annäherungsoperation an eine proportionale Besteuerung gedacht. Unser Rat hat in Übereinstimmung mit den Anträgen des Bundesrates die Aufrechterhaltung des bisherigen Dreistufentarifes beschlossen. Nun muss darauf hingewiesen werden, dass ein Steuertarif kein theoretisches Modell darstellt. Entscheidend ist die Steuerbelastung in einer gegebenen Situation. Der Beschluss des Nationalrates führt nun zu folgendem Ergebnis: Gesellschaften in der Gewinnstufe zwischen 1 und 14 Prozent werden durch den Zweistufentarif höher belastet. Gesellschaften, die in der Gewinnstufe von 14 und mehr Prozent liegen, werden indessen entlastet. Diese Erhöhung der Steuerbelastung macht bei der Gewinnstufe von 7 und 8 Prozent Erhöhungen von 20 bis 30 Prozent des bisherigen Steuerbetrages aus. Es scheint unserer Kommission, dass dies eine falsche Bewegung in der heutigen Rezession darstellt. Es ergibt sich nämlich folgende Auswirkung: Firmen, die nun in eine schlechtere Gewinnlage hineinwachsen, werden dafür mit einer höheren Steuerbelastung bestraft. Es mag durchaus sein, dass der Übergang zur proportionalen Besteuerung der juristischen Personen in der Schweiz einmal kommen wird; es scheint uns aber in hohem Masse unzweckmässig, das heute zu tun. Demzufolge beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission, unseren seinerzeitigen Beschluss aufrechtzuerhalten.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je suis d'accord avec cette proposition.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. e Ziff. 1 bis 3

Antrag der Kommission

Ziff. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ziff. 2

6 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen;

Ziff. 3

10 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr anderer Waren sowie auf den übrigen der Steuer unterstellten Leistungen.

Chap. II art. 9 al. 3 let. e ch. 1 à 3

Proposition de la commission

Ch. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Ch. 2

A 6 pour cent sur les prestations de l'hôtellerie et de la restauration;

Ch. 3

A 10 pour cent sur les transactions et l'importation d'autres marchandises ainsi que sur les autres prestations soumises à l'impôt.

Bürgli, Berichterstatter: Wir kommen beim Artikel 9 Absatz 3 zum Problem der Mehrwertsteuer. Wir haben hier zwei Probleme zu entscheiden; zunächst einmal den Normalsatz und damit verbunden den reduzierten Satz für Nahrungsmittel; das zweite Problem betrifft das Gastgewerbe als Sonderfall. Ich möchte mich zunächst zum Normalsatz äussern.

Der Nationalrat hält an seinem Beschlusse fest, diesen Satz auf 10 Prozent festzulegen; damit verbunden ist die Festsetzung des reduzierten Satzes auf 3 Prozent. Im Nationalrat ist für diese Lösung eine klare Mehrheit zu erkennen. Unser Rat hat den Entscheid zugunsten der 9 Prozent lediglich mit einer Stimme Mehrheit gefällt. Es scheint uns ein Akt des Realismus zu sein, nun auf die 10 und die 3 Prozent einzuschwenken. Finanzpolitisch darf darauf hingewiesen werden, dass nur mit einem Mehrwertsteueransatz von 10 Prozent innert nützlicher Frist die Zielsetzung «Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt», erreicht wird. Darum der Antrag auf Zustimmung zum Nationalrat.

Es verbleibt noch die Ziffer 2, die ein besonderes Problem beschlägt. Der Nationalrat hat hier einen Sondersatz von 6 Prozent für vier Jahre beschlossen. Im Rahmen der Differenzbereinigung hat er diese Frist von vier Jahren auf sechs Jahre erhöht. In den Beratungen des Ständerates wurde diese Sonderposition nicht aufgenommen. Es war aber aus verschiedenen Voten eine deutliche Bereitschaft zum Einlenken zu erkennen, sofern die Verbände des Gastwirtschaftsgewerbes ihre grundsätzliche Opposition gegen die Mehrwertsteuer aufgeben. In diesem Sinne fand nach der letzten Session eine Konferenz unter dem Vorsitz von Herrn Bundesrat Chevallaz und in Anwesenheit der beiden Kommissionspräsidenten mit diesen Organisationsstellen statt. Selther war in diesen Verbänden eine intensive Meinungsbildung festzustellen. Sie führte zum Ergebnis, dass sich sowohl die Organisationen des Wirtsgewerbes wie der Hotellers zu 6 Prozent Mehrwertsteuersatz durchgerungen und damit ihre grundsätzliche Ablehnung dieser Steuerart aufgegeben haben. Sie verbinden damit allerdings zwei Forderungen. Zum ersten soll der Sondersatz von 6 Prozent für das Gastwirtschaftsgewerbe zeitlich nicht limitiert sein; sodann soll nicht von 6 Prozent gesprochen werden, sondern von sechs Zehntel des Normalsatzes. Die ständerätliche Kommission hat sich mit diesem ganzen Fragenkomplex eingehend befasst.

Welches ist die sachliche Veranlassung für einen Sondersatz zugunsten dieser Wirtschaftsgruppe? Hier darf ich auf zwei Hauptargumente hinweisen. Ungefähr 1,5 Millionen Erwerbstätige sind täglich genötigt, ihre Mittagverpflegung auswärts einzunehmen. Wenn sie das in einer Gaststätte tun, wo der Normalsatz von 10 Prozent angewendet wird, erwächst daraus eine erhebliche Verteuerung des Lebensaufwandes. Der Bürger, der nach Hause zur Mittagsverpflegung gehen kann, profitiert im Bereiche der Nahrungsmittel vom reduzierten Satz von 3 Prozent. Es ist also in gewissem Sinne eine Wettbewerbsverzerrung festzustellen. Wir sind der Meinung, es wäre gerechtfertigt, diese ungleiche Belastung etwas zu mildern durch die Einführung des reduzierten Satzes von 6 Prozent. Sodann muss auf die Lage der Hotellerie hingewiesen werden. Wir wissen, dass diese Wirtschaftsgruppe im Zeichen des harten Schweizerfrankens eine erhebliche Erschwerung ihrer internationalen Konkurrenzlage hinzunehmen hat. Wenn nun 10 Prozent Mehrwertsteuer dazukommen, bedeutet das eine weitere Verschlechterung in der internationalen Konkurrenzlage. Wir mussten uns auch überzeugen, dass dies vor allem die Gebirgskantone treffen würde, wo die Saisonhotellerie schwergewichtig domiziliert ist. Und nun die besonderen Wünsche des Gastwirtschaftsgewerbes. Ich bin genötigt, dazu einige Erklärungen abzugeben, damit nachher keine Missverständnisse verbleiben. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass wir in dieser Übergangsordnung, die auf sechs Jahre befristet ist, auch nur für sechs Jahre legiferieren können; nachher soll

ein Gesetz folgen, und der Gesetzgeber bleibt für die nächste Runde grundsätzlich frei. Wir sind nicht in der Lage, ihn jetzt zu binden. Was wir diesen Wirtschaftsgruppen zusichern können, ist, dass die sachlichen Voraussetzungen, die zu diesem Sondersatz geführt haben, selbstverständlich in sechs Jahren mit der gleichen Sorgfalt wie jetzt wieder überprüft werden. Dann wird es so etwas wie eine politische Realität geben, der Satz von 6 Prozent wird sich eingelebt haben, und es würde wahrscheinlich schwer halten, ihn abzuändern.

Der zweite Wunsch des Gastwirtschaftsgewerbes geht dahin, sechs Zehntel des Normalsatzes als Belastung in die Vorlage einzuschreiben. Für die Uebergangszeit von sechs Jahren ist dieser Wunsch voll erfüllt. Der grundlegende Satz beträgt 10 Prozent, der Sondersatz des Gastwirtschaftsgewerbes 6 Prozent. Ohne Zustimmung von Volk und Ständen kann das nicht geändert werden. Aufgrund all dieser Ueberlegungen bitte ich Sie im Namen der Kommission, auch bei Punkt 2 unserem Antrag zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Cette proposition ne perd sans doute pas de vue la possibilité d'accroître les chances d'un vote favorable sur le «paquet» de la réforme fiscale, mais elle a surtout, à nos yeux, d'autres justifications: le fait d'abord que les produits destinés à l'exportation seront dégagés de l'imposition antérieure, qui sera remboursée; ils sortiront donc francs d'impôt. Or les gens de l'hôtellerie relèvent qu'ils sont aussi, dans une certaine mesure, une industrie d'exportation et ils demandent à être mis au bénéfice – partiellement – de cet avantage.

D'autre part, la situation faite à l'hôtellerie dans les pays voisins, sauf en République fédérale allemande, prévoit un tarif préférentiel, un tarif de faveur qui est parfois – notamment en France si j'ai bonne mémoire – la moitié du tarif maximum officiel. Partant, si nous appliquons le taux général de 10 pour cent, nous apporterions un certain handicap à notre attrait touristique, dans une période où la valeur du franc présente elle aussi – il faut le reconnaître – un second handicap pour cette industrie.

Si l'on insère ce taux de 6 pour cent dans les dispositions transitoires, cela signifie qu'il durera autant que ces dispositions transitoires, c'est-à-dire jusqu'au moment où la loi sera élaborée. Au moment de l'élaboration de la loi, il est bien entendu que les intéressés auront tout le loisir de défendre leurs droits devant le Conseil fédéral qui préparera les dispositions d'abord, et ensuite devant le Parlement qui décidera. Nous pensons que cette solution de 6 pour cent pour l'hôtellerie et la restauration, qui correspond d'ailleurs à une compréhension plus grande que nous avons eue de la part de ces milieux ces dernières semaines, doit être retenue par votre Conseil.

Angenommen – Adopté

Abschn. II Art. 9 Abs. 3 Buchst. g

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Chap. II art. 9 al. 3 let. g

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter: Hier beantrage ich Ihnen Zustimmung zum Nationalrat. Das ergibt sich folgerichtig aus der Tatsache, dass wir den reduzierten Satz auf 3 Prozent festgelegt haben. Es geht um den Einbezug der landwirtschaftlichen Produkte in den Steuerkreislauf; es handelt sich um eine technische Bestimmung. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Nationalrat.

Urech: Da vorgesehen ist, das Finanzpaket noch diese Session endgültig zu verabschieden, gestatten Sie mir im Anschluss an die Differenzvereinbarung, über den Bundes-

beschluss A über die Beschaffung der Mehreinnahmen noch einige kurze Ausführungen.

Wenn man die bisherigen Beratungen über das Finanzpaket durchgeht, stellt man fest, dass grossmehrheitlich in beiden Räten der Meinung Ausdruck gegeben wurde, bevor den verlangten neuen Steuern von 3 bis 3,5 Milliarden Franken zugestimmt werden könne, müsse die Gewissheit bestehen, dass damit der Finanzhaushalt des Bundes tatsächlich auch wieder saniert und ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Das ist auch der Sinn und der Zweck der vom Ständerat verabschiedeten Sparmotion, die mit dem Budget 1977 die Vorlage eines Finanzplanes für die Jahre 1978 bis 1980 verlangte mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt bis 1980 herbeizuführen. Dieser Finanzplan liegt nun noch nicht vor. Wir müssen somit die Steuervorlage verabschieden, ohne dass das Parlament konkrete Vorstellungen hat, was auf der Ausgabenseite vorgekehrt wird bzw. ohne die Gewissheit zu haben, dass mit Hilfe der verlangten Mehrwertsteuer das finanzielle Gleichgewicht im Bund tatsächlich auch wieder hergestellt wird. Das erachte ich als einen grossen Nachteil. Wir bauen somit vorläufig auf unsicheren Grund, wie sich eine bekannte Tageszeitung kürzlich ausgedrückt hat. Das Parlament und das Volk müssen unbedingt vor der Volksabstimmung die Gewissheit haben, dass auch auf der Ausgabenseite das Notwendige zur Sanierung des Bundeshaushaltes vorgekehrt wird und dass mit den verlangten neuen Steuern der Bundeshaushalt tatsächlich bis 1980 wieder ausgeglichen wird. Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, in der Volksabstimmung für die neue Vorlage einzustehen. Der Vorlage eines Finanzplanes, der auch die Ausgabenseite regelt und dafür sorgt, dass der Bundesfinanzhaushalt tatsächlich bis 1980 wieder ausgeglichen wird, kommt daher in der kommenden Märzsession ganz entscheidende Bedeutung zu.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Permettez-moi de répondre très brièvement à M. le député Urech. Je crois qu'une certaine démonstration de maîtrise des dépenses, de modération des dépenses de la Confédération, s'effectue ces jours en ce milieu, en collaboration entre le Conseil fédéral – à quelques petites divergences près –, votre Conseil et le Conseil national à l'occasion de l'élaboration du budget. C'est le premier des exercices.

Quant au plan financier pour les années 1978 et 1979, je vous ai dit, dans le débat d'entrée en matière sur le budget, qu'il nous était difficile de l'élaborer sans connaître exactement quelles seraient les recettes disponibles. L'objectif est de réaliser l'équilibre financier en 1979. Or pour cela, il nous faut savoir si nous disposerons de 3 milliards – c'était la version du Conseil fédéral –, de 2 milliards – c'était votre première version lors du traitement du «paquet» – ou de 2,5 milliards de ressources nouvelles – le chiffre auquel nous arrivons à peu près après l'élimination des divergences. Nous connaissons, la semaine prochaine, ce chiffre des recettes probables – pour ne pas dire assurées, je ne le dirai pas encore – avec l'espérance d'un vote favorable au mois de juin 1977; ce chiffre nous permettra alors d'établir notre plan financier pour 1978 et 1979. Ce plan financier est en travail maintenant. Il vous sera remis à la fin du mois de janvier; il pourra être discuté et débattu par les conseils pendant la session du mois de mars. Autrement dit, l'opinion publique et vous-mêmes saurez quel est l'effort de modération des dépenses qui doit correspondre à la demande de ressources nouvelles.

Angenommen – Adopté

B**Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung
Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale****Art. 42quinquies Abs. 3***Antrag der Kommission*

Festhalten

(Text des Bundesrates)

Art. 42quinquies al. 3*Proposition de la commission*

Maintenir

(Texte du Conseil fédéral)

Bürgi, Berichterstatter: Hier handelt es sich um den Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung. Die Kommission beantragt Ihnen mit 8 : 5 Stimmen, den seinerzeitigen Entscheid des Ständerates aufrechtzuerhalten. Das heisst also, dass der Satz gestrichen werden soll: «... sofern die Kantone innert dieser Frist die Anpassung ihrer Gesetzgebung nicht vorgenommen haben, erklärt der Bund die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung als anwendbar». Es handelt sich für die Kommissionsmehrheit nicht primär um eine materielle, sondern um eine juristische Frage. Ich möchte versuchen, das ganz knapp darzulegen.

Der Nationalrat möchte auf Verfassungsstufe eine Vollzugskompetenz statuieren. Für uns stellt sich die Frage: Ist das überhaupt notwendig, besteht nicht schon eine solche Kompetenz? Wir sind der Meinung, dass Artikel 85 Ziffer 8 der Bundesverfassung die notwendige Grundlage bereits gibt. Ich lese vor: «Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen zum Zwecke haben.» Schon heute kann die Bundesversammlung gestützt auf diesen Artikel Massnahmen ergreifen, um die Kantone zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Die Rechtslehre ist sich über die Interpretation dieser Bestimmung absolut einig. Der berühmte Streit der Juristen findet hier nicht statt. Wenn nun gemäss Beschluss Nationalrat eine weitere Kompetenz eingefügt wird, so ist dies verfassungsmässig ein Ueberbein. Gerade im Sinne der Mahnungen, in der Gesetzgebung wieder etwas mehr Sorgfalt walten zu lassen, ist die Kommissionsmehrheit der Meinung, diese Bestimmung sei in der Vorlage nicht notwendig. Der Bund hat eine Verfassungskompetenz; er kann gegen säumige Kantone gegebenenfalls vorgehen. Wie das konkret im Falle der Steuergesetzgebung gemacht werden soll, ist Aufgabe der Grundsatzgesetzgebung, die wir noch zu erlassen haben. Aufgrund dieser vorwiegend juristischen Erwägungen beantrage ich Ihnen den seinerzeitigen Streichungsbeschluss des Ständerates aufrechtzuerhalten.

M. Donzé: Sur ce point, bien que les jeux soient faits à l'intérieur de ce Conseil, et sans se faire d'illusion, étant donné que l'on crée une divergence avec le Conseil national, je demanderais que l'on vote car nous sommes pour le maintien des dispositions que le Conseil national a introduites. N'oublions pas que notre parti a déposé une initiative sur l'harmonisation fiscale et que les dispositions qui sont prises dans l'arrêté B devaient aller le plus loin possible, semble-t-il, grâce aux négociations entreprises dans la direction de cette harmonisation. Si l'on enlève toute possibilité d'action à la Confédération, l'harmonisation n'aura pas beaucoup d'effet. C'est pourquoi, encore une fois uniquement pour le principe, nous demandons un vote sur ce point dans ce Conseil.

Muhlem: Bei der Beratung dieser Frage scheinen Irrtümer aufkommen zu wollen, die im staatsrechtlichen Bereich ohne Zweifel sehr einfach zu klären sind. Herr Kommis-

sionspräsident Bürgi hat bereits dargetan, dass die Wissenschaft der Auffassung ist, dass unsere Verfassung eine solche Vorschrift über die Bundesexekution besitzt. Das Recht des Bundes, den Kantonen gegenüber deren Pflichten durchzusetzen, besteht heute schon. Es war schon zu einigen Malen notwendig, dieses Recht anzuwenden. Es ist also nicht der erste Verfassungssatz, mit dem der Bund den Kantonen Pflichten zum eigenen Vollzug auferlegt. Wir haben eine ganze Reihe solcher Verfassungssätze, die ähnlichen Charakter aufweisen und auch abgesichert sein müssen, so dass die Kantone gezwungen werden können, ihre Pflichten zu erfüllen. Der Bundesrat hat diese Frage auf Seite 98 der Botschaft eingehend behandelt. Es verbleibt also nur noch eine Meinungsverschiedenheit über die politische Richtigkeit eines solchen verfassungsrechtlichen «Ueberbeins». Hierzu erkläre ich Ihnen aus Ueberzeugung: Es würde der Sache einen schlechten Dienst erwiesen, gerade in einem so hochpolitischen Gebiet wie der formellen Steuerharmonisierung den Drohfinger eigens zu erheben; denn etwas anderes ist es nicht. Der Bund hat die Rechte. Die Bundesversammlung kann heute schon alle Pflichten des Bundes gegenüber den Gliedstaaten durchsetzen. Ohne eine solche Rechtsnorm hätte ja die Eidgenossenschaft nicht schon 125 Jahre und länger bestehen können.

Es ist sehr interessant, in der Geschichte unseres Bundesverfassungsrechts nachzulesen, wann dies der Fall gewesen ist. Schon einige Male hat die Bundesversammlung gegen säumige Kantone durchgreifen müssen. Und wenn wir das sogenannte «Grundsatzgesetz» beraten werden, muss diese Frage durch die Räte geregelt werden. Das Parlament wird Gelegenheit haben, die zutreffende Regelung zu treffen, sei es, indem gewisse Artikel zur direkten Anwendung erklärt werden, nämlich jene Artikel, bei denen man das kann. In anderen Gebieten – da bin ich überzeugt – wird man die Kompetenz dem Bundesrat geben müssen, dass er die säumigen Kantone anhält, indem der Bund anstelle der Kantone die fehlenden steuerrechtlichen Vorschriften erlässt. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La démonstration des juristes et leur unanimité, assez rare pour qu'elle soit soulignée, nous ont convaincus de ce que cette disposition était inutile, car elle faisait double emploi. Il existe déjà dans la constitution, dans l'appareil législatif, les éléments qui nous permettront de faire appliquer ces dispositions sur l'harmonisation. Dès lors, je ne pense pas que nous devions dire deux fois la même chose dans la constitution sous des formes qui d'ailleurs peuvent être un tant soit peu divergentes et créer ainsi une certaine ambiguïté. En conséquence, l'article sur l'harmonisation sera appliqué, même sans l'adjonction dont votre commission souhaite l'élimination.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

26 Stimmen

Für den Antrag Donzé

4 Stimmen

Abschreibung von Motionen und Postulaten**Classement de motions et postulats**

Bürgi, Berichterstatter: Wir haben noch die Abschreibung von Motionen und Postulaten vorzunehmen, die durch diese Vorlagen hinfällig werden. Ich bitte Sie um Nachsicht. Es sind deren neun, ich erwähne sie der guten Ordnung halber zuhanden des Protokolls:

1969 M 10203 Steuerpolitik (N 12. 6. 69, Conzett; S 17. 6. 69)

1969 M 10241 Koordinierte Steuerpolitik (S 17. 6. 69, Herzog; N 12. 6. 69)

1970 M zu 10360 Steuerharmonisierung (N 11. 6. 70, Kommissionen für die Aenderung der Finanzordnung des Bundes; S 2. 6. 70)

1972 M	11243	Mehrwertsteuer, Verfassungsgrundlage (N 6. 6. 72, Eisenring; S 5. 10. 72)
1973 P	11407	Finanz- und Steuerordnung des Bundes (S 7. 3. 73, Luder)
1973 M	10874	Steuerreform (N 19. 3. 73, Biel)
1973 M	11798	Umsatzsteuerpflicht von Kunstschaffenden (N 3. 12. 73, Junod; S 13. 12. 73)
1973 M	11800	Umsatzsteuerpflicht von Kunstschaffenden (S 13. 12. 73, Girardin Lise; N 3. 12. 73)
1975 M zu 75022		Finanz- und Steuerreform. Konzept (N 19. 6. 75, Finanzkommission; S 1. 10. 75)

In Übereinstimmung mit dem Bundesrat beantrage ich Ihnen die Abschreibung dieser Motionen und Postulate.

Zustimmung – Adhésion

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.090

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1977 Budget de la Confédération 1977

Siehe Seite 600 hiervor — Voir page 600 ci-devant

Departement des Innern – Département de l'intérieur

Fortsetzung – Suite

Jauslin: Ich gestatte mir eine Bemerkung zum Posten 443.01, «Anlagen zum Schutze der Gewässer gegen Verunreinigung». Mit dem Gewässerschutzgesetz von 1971 haben wir nicht nur die Bundessubventionen kräftig erhöht, sondern auch die ehrgeizige Zielsetzung festgehalten, in zehn Jahren alle Abwässer zu reinigen. 1969 gab der Bund unter dem Titel «Gewässerschutz» noch 25 Millionen aus, heute das zehnfache. Trotzdem ist der Gewässerschutz nicht Bundessache. Es sind Beiträge des Bundes an die Kantone mit allen Merkmalen solcher Subventionen: Die Kantone bestimmen, der Bund darf zahlen. Eigentlich müsste man diesen Betrag erhöhen, statt reduzieren, wie es geschehen ist, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Es geht aber nicht darum, möglichst viel Geld aufzuwenden, sondern darum, eine möglichst gute Wirkung, möglichst saubere Gewässer zu erreichen. Mein Anliegen ist es deshalb, den Bundesrat zu verpflichten oder ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen, alles zu unternehmen, um die Mittel möglichst effizient, möglichst wirkungsvoll einzusetzen.

Leider verpflichtet das Gewässerschutzgesetz nur die Kantone, nicht aber den Bund, einen Sanierungsplan mit Prioritäten festzulegen. Der Bund hat also – leider – wenig Möglichkeiten, die Reihenfolge festzulegen, nach der die verschiedenen Gewässer zu sanieren wären. Immerhin kann er koordinieren. Andererseits hat aber der Bundesrat die Kompetenz, Vorschriften über die Abnahme und die periodische Kontrolle der Kläranlagen und ihrer Wirkungsgrade zu erlassen. Er hat also nicht nur die Möglichkeit sondern auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass mit den eingesetzten Mitteln eine möglichst gute Wirkung erzielt wird.

Einige Aussagen und Feststellungen lassen jedoch den Eindruck aufkommen, dass sich die Kantone – oder wenigstens einzelne Kantone – der mit der Oberaufsicht des Bundes oder mit den erhaltenen Subventionen verbundenen Verpflichtungen wenig bewusst sind. Wenn ein kantonaler Gewässerschutzmann behauptet, dass in seinem Nachbarkanton für vergleichbare Anlagen doppelt soviel Geld aufgewendet werde wie bei ihm, so mag das einem

übertriebenen Berufsstolz entspringen. Wenn aber daraufhin ein kompetenter Gewässerschutzmann des Bundes nur entgegnet kann, dies sei wohl möglich, so muss man sich doch fragen, ob der Bund dies einfach zulassen müsse. Wenn man zudem vernimmt, dass eine neuerstellte Anlage nicht auf ihren Wirkungsgrad, auf ihre Reinigungswirkung überprüft wird und dass die Kantone finden, es genüge, wenn sie selbst und allein die Wirkungsweise überwachen, dass also keine periodischen Kontrollen dieser vom Bund mitbezahlten Anlagen nötig oder zumutbar seien, dann werden die Zweifel bestärkt; denn Kläranlagen sind nicht einfach tote Gebäude. Die Bauwerke sind nur die Mittel, um das biologische Verfahren sowie die mechanische und vielleicht auch die chemische Reinigung zu ermöglichen. Massgebend ist, dass möglichst sauberes Wasser herauskommt. Es wäre deshalb naheliegend, die Reinigungswirkung nicht nur vorzuschreiben, sondern sogar auch zu kontrollieren, und es wäre auch naheliegend, dass die Ersteller einer Kläranlage, wie etwa die Turbinenbauer für die Turbine, einen Wirkungsgrad garantieren müssten. Damit würde auch offensichtlich, dass nur solche Fachleute und Firmen als Ersteller in Frage kämen, welche auch für die Wirkung des Verfahrens garantieren können. Heute bauen auch andere.

Die positive Seite unserer Krise – so meinte kürzlich einer unserer Bundesräte – liege darin, dass wir gezwungen seien, uns auf das Wesentliche zu besinnen, mehr zu leisten, neue und bessere Lösungen zu suchen. Dies gilt ganz speziell auch für den Gewässerschutz.

Die Zielsetzung, wie sie im Gesetz umschrieben ist, bleibt. Auch mit beschränkten Geldmitteln muss deshalb versucht werden, das Ziel zu erreichen. Offenbar ist dazu notwendig, dass der Bund – soweit er dazu kompetent ist – bei den Kantonen noch stärker auf eine optimale Wirkung der Anlagen drängt.

- indem er die Subventionen davon abhängig macht, dass zweckmässige, ökonomische Lösungen realisiert werden.
- indem er Vorschriften über die Kontrolle der Anlagen, insbesondere über deren Wirkungsgrad, erlässt und
- indem er dafür besorgt ist, dass der Ersteller einer Anlage zum vornherein für deren Wirkungsgrad bürgen kann.

Es sollen Einsparungen angestrebt werden. Diese Einsparungen sollen aber vor allem durch Vereinfachungen, durch bessere Systeme und weniger auf Kosten von volkswirtschaftlich bedenklichen Auftragsvergaben erfolgen. Ich bitte deshalb den Bundesrat, sein ganzes Gewicht dafür einzusetzen, dass trotz der beschränkten Mittel die eingeleiteten Verbesserungen mit noch besserer Wirkung weitergeführt werden.

Präsident: Herr Jauslin hat keinen Antrag zu irgendeiner Budgetposition gestellt, sondern sich in allgemeinen Ermahnungen ergangen. Das ist sein gutes Recht. Aber ich möchte doch darum bitten, dass wir uns in der Behandlung des Voranschlages auf die konkreten Vorlagen des Budgets beschränken. Wenn wir noch eine Geschäftsprüfungsdebatte damit verknüpfen, müssen Sie am Freitag auch noch nachsitzen.

Jauslin: Es geht nicht nur darum, dass wir hier Gelegenheit haben, Posten zu beschliessen; ich hätte Ihnen auch eine Erhöhung beantragen können, um die Diskussion zu begründen. Ich habe davon abgesehen. Es ist wesentlich, dass wir dafür sorgen, dass auch die Wirkung dieser Mittel beurteilt wird. Wir sprechen nicht nur über die Gesamtbeträge, sondern auch darüber, wo sie eingesetzt werden.

Präsident: Darüber haben wir nicht zu beschliessen; das hat der Bundesrat nachher zu tun. Wir wollen doch immerhin die Kompetenzausscheidung nicht auch noch durcheinanderbringen.

Bundesrat Hürlimann: Ich bin mit Herrn Jauslin einverstanden.

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.12.1976 - 10:15
Date	
Data	
Seite	625-629
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 423

Neunte Sitzung – Neuvième séance**Mittwoch, 15. Dezember 1976, Vormittag****Mercredi 15 décembre 1976, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Munz

76.024

**Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

Siehe Seite 625 hiervor — Voir page 625 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 9. Dezember 1976

Décision du Conseil national du 9 décembre 1976

*Differenzen – Divergences***Art. 42ter Abs. 2***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Festhalten

Minderheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 42ter al. 2*Proposition de la commission**Majorité*

Maintenir

Minorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Es verbleibt eine einzige Differenz zur Behandlung. Das mag zunächst als eine günstige Situation erscheinen; leider betrifft diese Differenz einen neuralgischen Punkt, weshalb sich eine nicht unerhebliche Problematik zur Bewältigung ergibt. Die Differenz betrifft Artikel 42ter Absatz 2. Da Sie keine Fahne vor sich haben, lese ich die zur Diskussion stehende Bestimmung im deutschen Text vor: «Durch die Bundesgesetzgebung sind die Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich von einer genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen abhängig zu machen.»

Die Kommission hat gestern abend mit 6 : 5 Stimmen beschlossen, Ihnen die Aufrechterhaltung des seinerzeitigen Beschlusses des Ständerates – also Streichung dieser Bestimmung – zu beantragen.

Ich rekapituliere kurz die Erwägungen der Mehrheit der Kommission: Sie betrachtet diese Bestimmung als einen schwerwiegenden Eingriff in die finanzielle Autonomie der Kantone. Sie bezeichnet diese Bestimmung als die Einführung der materiellen Steuerharmonisierung durch die Hintertüre. Des weiteren verweist sie auf die Tatsache, dass dieser Zusatz nicht vom Bundesrat vorgeschlagen wurde, sondern im Verlaufe der nationalrätlichen Beratungen eingefügt worden sei. Deshalb bestche über diese Materie keine Botschaft, und es bestände eine ungenügende Uebersicht über die Konsequenzen dieser Bestimmung. Im politischen Bereich gesellt sich zu diesen Erwägungen die Sorge um die Gefährdung der Vorlage in den betroffenen Kantonen. Es handelt sich ja schliesslich um eine Abstimmung

auf Verfassungsstufe, die eine Mehrheit von Volk und Ständen benötigt

Angesichts der knappen Mehrheit möchte ich auch einige Erwägungen der Minderheit bekanntgeben: Sie verweist zunächst auf das schon bestehende Bundesgesetz über den Finanzausgleich unter den Kantonen aus dem Jahre 1959. Dort heisst es in Artikel 2: «Der Bundesrat stellt nach Anhören der Kantonsregierungen einen Schlüssel für die Bemessung der Finanzkraft der Kantone auf. Darin sind namentlich die Steuerkraft und ihre Ausschöpfung durch die Kantone, Bezirke und Gemeinden sowie ihre anderen Finanzquellen zu berücksichtigen.»

Die Minderheit macht geltend, dass dieser Artikel 2 ungefähr – nicht in jeder Beziehung – dem Bund heute schon die Kompetenz verleihe, welche die zur Diskussion stehende Bestimmung in der Vorlage verfassungsmässig verankern will. Für die Durchführung dieser Bestimmung haben wir Herrn Bundesrat Chevallaz um eine Interpretation gebeten. Er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es darauf ankomme, die vorhandene Steuerkraft in den Kantonen zweckmässig auszuschöpfen, und zwar als Gesamtgrösse. Es sei nicht daran gedacht, dass man sich beispielsweise in die Einzelheiten eines Steuertarifes von Bundesseite einmischen wolle. Ich wäre Herrn Bundesrat Chevallaz dankbar, wenn er nachher seine Ausführungen in der Kommission hier wiederholen würde.

Das Entscheidende war indessen eine politische Erwägung: Der Nationalrat hat dieser Bestimmung mit steigenden Mehrheiten seine Zustimmung gegeben: in der ersten Runde mit 85 : 60 Stimmen, in der zweiten Runde mit 114 : 25 Stimmen. Nach Meinung der Minderheit besteht keine Aussicht auf das Einschwenken des Nationalrates. Im Interesse einer rechtzeitigen Beendigung der Beratung möchte die Minderheit einen Beitrag zur Verständigung beider Kammern erbringen.

Darf ich hier eine persönliche Bemerkung beifügen: Diese Ueberlegung war für mich entscheidend, dass ich in der Kommission für die Minderheit gestimmt habe. Als Kommissionspräsident möchte ich indessen bekräftigen, was ich anfangs als Sprecher des Mehrheitsbeschlusses sagte, und in diesem Sinne beantrage ich Ihnen Festhalten am seinerzeitigen Streichungsbeschluss des Ständerates.

Hofmann: Ohne Vernehmlassungsverfahren, ohne Antrag und Botschaft des Bundesrates, ohne Befragung der Kantone, eigentlich ohne Diskussion über den materiellen Inhalt, soll das seit Jahren diskutierte Problem der Harmonisierung auf Antrag des Nationalrates durch einen neuen Artikel der Bundesverfassung kurz und bündig gelöst werden; das einfach deshalb, weil man glaubt, es müsse auf dem Gebiete der Steuerharmonisierung etwas mehr und rascher geschehen, und man glaubt, mit dem Finanzpaket sei dafür die Gelegenheit günstig. Dazu kommt, dass nun diese Harmonisierung auffallenderweise nicht im Beschluss B, lautend «Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung» zu finden wäre, sondern irgendwie versteckt, für den Laien kaum auffindbar, bei der eigentlichen Steuervorlage.

Ich meine, das müsste uns Ständeräte aufhorchen lassen, auch solche, die – wie ich – grundsätzlich für eine verstärkte Harmonisierung eintreten. Was will der neue Artikel 42ter Absatz 2 gemäss Beschluss des Nationalrates? Das, dass die Leistungen des Bundes für den Finanzausgleich abhängig gemacht sein müssen von der genügenden Ausschöpfung der Steuerkraft und der Steuerquellen. Was heisst «genügende Ausschöpfung» der Steuerquellen? Wohl das, dass den Kantonen die Erhebung bestimmter Steuerarten vorgeschrieben werden soll. Das mag im Rahmen der beabsichtigten und auch von mir gewünschten formellen Steuerharmonisierung durchaus akzeptabel sein; auch das Rahmengesetz der Finanzdirektorenkonferenz enthält für die zu erhebenden Steuern einen Katalog. Artikel 42ter Absatz 2 geht aber viel weiter. Eine genügende Ausschöpfung der Steuerkraft soll Voraussetzung für

Leistungen über den Finanzausgleich sein. Was heisst das? Darüber ist man sich offenbar unklar, und soweit ich feststellen konnte, wurde auch im Nationalrat darüber keine klare Antwort gegeben. Es ist darunter vermutlich zu verstehen, dass der Bund die Kompetenz und den Auftrag erhält, den Kantonen mindestens eine Minimalbelastung für die Besteuerung von Einkommen, Vermögen, Reinertrag und Eigenkapital vorzuschreiben. Das nun bedeutet eine sehr weitgehende materielle Steuerharmonisierung. Sie wäre verbunden mit einem schwerwiegenden Eingriff in die Souveränität der Kantone, und wie ich noch kurz zeigen werde, sogar bis in die Gemeinden hinab; ein Eingriff, der meines Erachtens nicht so, wie es hier nun geschehen würde – ich möchte nicht sagen leichtfertig, aber leichthin – beschlossen werden darf.

Die Befürworter gehen offenbar von der falschen Vorstellung aus, dass in den typischen Ausgleichskantonen steuerparadiesähnliche Zustände herrschten, während das doch viel eher bei jenen Kantonen der Fall ist, die nach versteckter materieller Harmonisierung drängen.

Es wird meines Erachtens bei einer derartigen materiellen Harmonisierung übersehen, dass die Einkommensstrukturen von Kanton zu Kanton verschieden sind, dass ein nominell gleiches Einkommen je nach Kanton und je nach Oertlichkeit einer verschiedenen Wirtschaftskraft entspricht, weshalb unterschiedliche Belastungen durchaus natürlich, ja unerlässlich sind. Die heutigen unterschiedlichen Belastungen kommen nicht primär von den Kantonen, sondern von den Gemeinden her, und wollte man, wie es dem Vorschlag des Nationalrates zugrundeliegt, grundsätzlich eine gleiche Steuerbelastung anstreben, dann müssten – wie ich angetönt habe – Vorschriften bis in die Gemeinden hinab gemacht werden. Nun aber sind die Bedürfnisse und die Verhältnisse von Gemeinde zu Gemeinde zu verschieden, auch die Ansprüche an die Infrastruktur. Es wäre meines Erachtens verfehlt und mit unserem Staatsaufbau nicht vereinbar, dass man so, wie es hier geschehen soll, Vorschriften erlässt.

Die kantonalen Finanzdirektoren haben sich bei der Diskussion um das Steuerpaket stets entschieden gegen eine solche Steuerharmonisierung gewendet. So, wie sie eingeführt werden will, würde es meines Erachtens eine zusätzliche Belastung des Finanzpaketes bedeuten, als ob die Belastung nicht bereits gross genug wäre.

Den Gegenargumenten, wie sie der Kommissionspräsident kurz angetönt hat, kann ich nicht beipflichten. Sie sind primär taktischer Natur. Dabei geht es hier um eine wesentliche, grundsätzliche staatspolitische Frage. Gewiss stehen wir unter Zeitdruck. Dieser ist aber meines Erachtens eine schlechte Voraussetzung für einen eingreifenden neuen Bundesverfassungsartikel.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der letzten Abstimmung der Nationalrat mit grossem Mehr Festhalten beschlossen habe. Ich meine, der Widerstand des Ständerates in einer Frage, welche die Stände berührt, sollte den Nationalrat veranlassen, sich nochmals gründlich, seriös mit dem Problem zu befassen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Bundesgesetz über den Finanzausgleich unter den Kantonen gleiche oder ähnliche Bestimmungen enthalte. Wenn sie gleich sind, wie gestern in der Kommission behauptet worden ist, dann brauchen wir keinen neuen Bundesverfassungsartikel, und wenn die Gesetzesbestimmung bis jetzt nicht angewendet worden ist, soll man sie – soweit sie es erlaubt – anwenden, dann auch brauchen wir für die nächste Zukunft keine neue Bestimmung in der Verfassung.

Schliesslich wurde gestern und wird wahrscheinlich auch heute noch darauf hingewiesen, dass der Nationalrat in recht vielen Punkten dem Ständerat nachgegeben habe. Man zählt Konzessionen hin und her zahlenmässig aus. Es ist etwas ganz anderes meines Erachtens, ob man in einem Steuerprozent eine Konzession macht oder in einer derart grundsätzlichen Frage, wie sie hier zur Diskussion steht. Ich bin der Auffassung, der Nationalrat solle noch-

mals Zeit und Gelegenheit finden, sich mit dieser grundlegenden Frage des ganzen Finanzpaketes zu befassen. Ich beantrage Ihnen deshalb, an unserer Streichung festzuhalten.

Honegger, Berichterstatter der Minderheit: Ich glaube, in dieser Frage wird auf beiden Seiten übertrieben; dieser Artikel wird beidseits etwas hochgespielt. Der Beschluss des Nationalrates bedeutet meines Erachtens nicht, dass die Steuern in allen Kantonen obligatorisch materiell harmonisiert werden müssen. Es heisst hier auch nirgends, dass z. B. die Kantone ihre Steuertarife nun von Bundes wegen einheitlich zu gestalten hätten. Eine solche Formulierung finden Sie nicht. Der Beschluss des Nationalrates bedeutet meines Erachtens nur, dass bei der Bemessung des Finanzausgleichs auf die Steuerkraft und die Ausschöpfung der Steuerquellen Rücksicht zu nehmen sei. Wie das schliesslich zu geschehen habe, wird Sache der Bundesgesetzgebung sein. Die entsprechenden Kriterien sind in diesem Verfassungsartikel nicht im einzelnen aufgeführt. Diese Formulierung lässt den beiden Räten für die Bundesgesetzgebung nach meiner Auffassung noch einen ordentlichen Spielraum.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Kantone auch nach Annahme dieses Artikels durchaus frei sind, ihre Steuergesetze materiell so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Sie müssen einzig in Kauf nehmen, dass sie eventuell bei der Bemessung des Finanzausgleichs eben etwas besser oder etwas weniger gut behandelt werden. Wie aber schliesslich diese Kriterien gestaltet sein werden und was man bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs zu berücksichtigen hat, wird Sache der Bundesgesetzgebung sein.

Der Kommissionspräsident hat meines Erachtens zu Recht bereits darauf aufmerksam gemacht, dass das Finanzausgleichsgesetz vom 19. Juni 1959 all das bereits enthält, was in diesem Verfassungsartikel aufgeführt wird. Lassen Sie mich wiederholen, dass Artikel 2 ausdrücklich festhält: «Der Bundesrat stellt nach Anhören der Kantonsregierungen einen Schlüssel für die Bemessung der Finanzkraft der Kantone auf. Darin sind namentlich die Steuerkraft und ihre Ausschöpfung durch Kantone, Bezirke und Gemeinden sowie ihre anderen Finanzquellen zu berücksichtigen.»

Es steht im Verfassungsartikel also wirklich nicht viel anderes, als was bereits im bestehenden Finanzausgleichsgesetz enthalten ist. Von mir aus könnte man also ohne Schwierigkeiten auf diesen Verfassungsartikel verzichten. Es stellt sich nur noch die Frage, ob es sich lohnt, eine Differenz über einen Artikel in der Verfassung hochzuspielen, dessen Inhalt wir bereits im Finanzausgleichsgesetz verwirklicht haben, und dass wir diese Differenz vielleicht bis zum bitteren Ende einer Einigungskonferenz weiterziehen. Damit – das ist der einzige Grund, weshalb ich für die Minderheit eintrete – würden wir die Verabschiedung des Finanzpaketes in dieser Session verunmöglichen und natürlich auch die Abstimmung im Juni 1977 über das Finanzpaket. Damit schaffen Sie Einnahmehäufungen in der Grössenordnung von Hunderten von Millionen. Das muss man einfach gegeneinander abwägen. Deshalb komme ich zum Schluss: Das lohnt sich nicht, es liegt nicht das drin, was man vermutet. Deshalb möchte ich Sie bitten, der Minderheit zuzustimmen.

Hefti: Ich möchte mich dem Votum und dem Antrag von Herrn Kollega Hofmann anschliessen. Wenn eben Herr Kollega Honegger gesagt hat, das stehe ja bereits im Gesetz, dann brauchen wir hier keine zusätzliche Bestimmung. Die könnte höchstens dazuführen, weiterzugehen. Diesbezüglich hat vorhin auch Herr Kollega Honegger gesagt, dass man absolut nicht wisse, wie dann der Bundesgesetzgeber vorgehen würde. Ich bin der Auffassung, dass die grundsätzlichen Überlegungen, die Herr Kollega Hofmann anbrachte, gegenüber den momentan taktischen der

Herrn Kollegen Bürgi und Honegger den Vorrang beanspruchen dürfen.

Heimann: Offenbar kann man in diesen Artikel doch beträchtlich mehr hineinlesen als man nun heute Vormittag wahrhaben will. Wenn dieser Artikel bereits im Gesetz steht, könnte man sich überlegen, ob er dann auch noch in die Verfassung überführt werden soll. In der Wirklichkeit wird der Gesetzestext, den wir bereits haben, nicht angewendet. Mit der Uebnahme als Verfassungsbestimmung soll der Bund einen entscheidenderen Auftrag haben, diese Gesetzesbestimmungen auch anzuwenden. Es wird darüber geklagt, dass ohne Vernehmlassungsverfahren, ohne Botschaft und ohne Uebersicht über die Auswirkungen so aus dem Handgelenk heraus eine neue Verfassungsbestimmung formuliert wird. Aber wozu ist dann eigentlich das Parlament da? Ich kann mir einfach nicht recht vorstellen, dass das Parlament nicht berechtigt sein soll, im Verlauf seiner Verhandlungen Anträge zu stellen, auch Anträge zu Verfassungsartikeln. So könnten wir zu Hause bleiben, diese Vernehmlassungsverfahren durchführen und davon Kenntnis nehmen, was sich daraus ergibt. Nein, das Parlament, insbesondere ein modernes Parlament, muss tatsächlich flexibler sein, als Sie es ihm zumuten wollen. Es wird auch noch erklärt, wir würden ohne Diskussion Verfassungsbestimmungen festlegen. Das stimmt doch nicht. Es ist im Nationalrat diskutiert worden. Wieviel haben wir nun schon in Kommissionen und im Rat über diese Bestimmungen diskutiert? Meines Erachtens muss ein eidgenössischer Parlamentarier die Fähigkeit haben, sich zu etwas zu entschliessen und auch einigermassen zu überblicken, was eine Gesetzesbestimmung vom Bürger verlangen wird.

Anlässlich der Behandlung der Landesring-Initiative im Vorfeld der Abstimmung liess sich auch der Bundesrat vornehmen – auch Herr Bundesrat Chevallaz –, er hätte schon alles vorbereitet und eine viel, viel bessere Lösung. Ja, was ist dabei herausgekommen? Ein ganz kleines Mäuschen einer formellen Steuerharmonisierung. Das war nicht die Absicht der Landesring-Initiative. Es ist bekannt, dass die Steuerharmonisierung an vielen Orten nicht beliebt ist. Man gibt Vorteile nicht gerne preis. Für das habe ich Verständnis. Und wenn es sich nicht um Vorteile handeln würde, wäre der Einsatz, der immer wieder gegen diese Bestimmung geboten wird, ja überhaupt nicht zu verstehen. Immerhin dürfen wir doch eines feststellen, dass aus dem Ergebnis der Abstimmung über diese Steuerharmonisierungsinitiative herauszulesen ist, dass ein grosser Teil des Volkes eine grössere Steuergerechtigkeit verlangt, als wir sie heute im Schweizerland haben. Kollega Hofmann glaubt diese Bestimmung sei eine Belastung. Wenn man aber darauf hinweisen kann, Kollega Hofmann, dass es ja schon im Finanzausgleichsgesetz steht, kann es ja kaum eine Belastung sein, wenn man die Auswirkungen nicht fürchtet. Ich glaube vielmehr, dass diese Bestimmung dem Gesetz zusätzliche Freunde schaffen wird.

Kollega Hofmann setzt sich dann auch noch dafür ein, dass der Ständerat sich für eine föderalistische Gestaltung der Steuern einsetzen soll. Meines Erachtens hat sich auch der Ständerat in erster Linie für gesamteidgenössische Interessen einzusetzen und seine föderalistischen Wünsche – soweit sie die Vorteile der Kantone betreffen – hinter die eidgenössischen Interessen zurückzustellen. Das bedeutet, dass wir dem Nationalrat zustimmen sollten. Ich empfehle Ihnen das.

Egli: Ich muss Ihnen gestehen, dass meine anfängliche vorbehaltlose Zustimmung zu dieser Vorlage, zu welcher ich im Verlaufe der Beratungen kommen konnte, etwas Einbusse erlitten hat, nachdem ich zur Kenntnis nehmen muss, dass die Mehrheit des Nationalrates – und offenbar auch mit Zustimmung des Bundesrates – die Eidgenossen und ihre Stände in zwei verschiedene Kategorien einzuteilen versucht: nämlich in solche, deren Finanz- und Steuer-

hoheit man anerkennen will, und in solche, denen der Bund weitergehende Vorschriften machen kann. Die besänftigenden Worte, die Herr Honegger an uns richtete, veranlassen mich, darauf hinzuweisen, dass die Bestimmung ganz einfach eine Nötigung des Bundes gegenüber den Kantonen enthält. Es wird vom Wohlverhalten der Kantone abhängig gemacht, ob sie vom Bund gewisse Leistungen erhalten oder nicht.

Dazu kommt, dass diese Verfassungsbestimmung nach meiner Auffassung auch Unklarheiten und sogar Widersprüche zu anderen Verfassungsbestimmungen aufweist:

Erstens stellt sich die Frage: Was heisst Finanzausgleich? Ich habe die Frage schon wiederholt gestellt. Was fällt alles unter Finanzausgleich? Welche Leistungen des Bundes? Ich hatte hier Gelegenheit, in einer der letzten Sessionen auf eigenartige Erscheinungen im sogenannten Transferbereich hinzuweisen. Ist es Finanzausgleich – um einmal mehr von unserem Kollegen Honegger zu sprechen –, wenn beispielsweise 40 Millionen Franken in einen reichen Kanton fliessen und diese 40 Millionen Franken in einem Jahr in Form von Dividende an die Aktionäre des Empfängers weitergehen? Oder ist es nur Finanzausgleich, wenn an einen ärmeren Kanton, für ein ähnliches Werk, der Bund ein bis zwei Millionen Franken bezahlt, die zurückbezahlt und verzinst werden müssen? Ist nun letzteres Finanzausgleich oder ist beides Finanzausgleich? Oder ist es auch Finanzausgleich, wenn gemäss Finanzausgleichsgesetz ein reicher Kanton an ein bestimmtes Werk z. B. 12 Prozent erhält und dieser reiche Kanton dann die restlichen 88 Prozent mit Leichtigkeit aufbringt, um das Werk zu realisieren, oder ist es nur Finanzausgleich, wenn ein armer oder mittleren Kanton z. B. 36 Prozent zugesichert erhält, aber das Geld dann gar nicht fliesst, weil eben die restlichen 64 Prozent vom Kanton gar nicht aufgebracht werden können? Ich möchte einmal wissen, was man unter Finanzausgleich versteht. Welche Kantone fallen darunter? Wenn alle darunter fallen, warum müssen wir dann noch Unterscheidungen treffen? Und wenn nicht alle darunterfallen, dann tun wir ja das Gegenteil dessen, was wir anstreben: Wir «disharmonisieren» ja wieder und fördern damit den sogenannten Steuertourismus. Es gibt auch diesen Tourismus, nicht nur den Abtreibungstourismus!

Noch eine weitere Unklarheit: Zahlungen aus Finanzausgleich werden davon abhängig gemacht, dass die Kantone ihre «Steuerkraft» und «Steuerquellen» ausschöpfen. Im Harmonisierungsbeschluss in Artikel 42quinquies derselben Vorlage steht ja bereits, dass der Bund Grundsätze aufstellen kann unter anderem für eine einheitliche Erfassung des Steuergegenstandes, und zwar für alle Kantone und nicht nur für jene, die Ausgleichszahlungen erhalten. Was ist nun hier der Unterschied zwischen Steuergegenstand und Steuerquellen? Wenn also der Bund vorschreiben kann, die «Steuergegenstände» müssten einheitlich erfasst werden, was bleibt denn ausserdem noch als «Steuerquellen» übrig? Für mich sind Steuerquellen und Steuergegenstand ein und dasselbe. Dazu kommt noch die «Ausschöpfung der Steuerkraft». Was heisst Steuerkraft? Soll das heissen, dass auch Tarife und Steuersätze vorgeschrieben werden können? Wir haben gehört, dass Herr Bundesrat Chevallaz in der Kommission beteuert hat, dass das nicht der Fall ist. Wäre es anders, stünde diese neue Bestimmung eindeutig in Widerspruch zu einer anderen Verfassungsbestimmung: Sie haben ja in Artikel 42quinquies beschlossen, dass es Sache der Kantone bleibe, insbesondere die Steuertarife, die Steuersätze und Steuerbeiträge festzusetzen. Der Nationalrat hat sich dieser Fassung angeschlossen. Wenn also der Bund in der Verfassung ermächtigt würde, den Kantonen eine materielle Harmonisierung vorzuschreiben, würde dies derselben Verfassung widersprechen. Und wie ist eine Verfassung zu interpretieren, die sich selbst widerspricht? Wir hätten ja nicht einmal die Hilfe der Regel: *lex posterior* bricht die *lex anterior*, da die beiden sich widersprechenden Bestim-

mungen im gleichen Erlass gleichzeitig in die Verfassung Eingang finden.

Dazu kommt noch folgender Gesichtspunkt: Wenn Sie die Steuerstatistik unter dem Gesichtspunkt der «Steuerkraft» betrachten, werden Sie nämlich feststellen, dass genau in jenen Kantonen, die mit dieser Bestimmung anvisiert werden, Einkommen und Vermögen verhältnismässig viel höher belastet werden als in anderen Kantonen, die offenbar von dieser Verfassungsbestimmung nicht erfasst werden sollen.

Ueber alle diese Frage hätte ich gerne Auskunft, bevor ich meine anfängliche spontane Zustimmung zum ganzen Erlass aufrechterhalten kann

Endlich halte ich dafür, dass aus den dargelegten Gründen vermutlich die praktische Durchführbarkeit dieser Bestimmung überhaupt in Frage gestellt ist. Deshalb frage ich mich, warum wir sie denn überhaupt brauchen. Ich schliesse mich der Kommissionmehrheit an.

Muheim: Hinter der Frage der Ausschöpfung der eigenen Ressourcen eines Kantons als Voraussetzung zum Bezug von Leistungen des Zentralstaates steht das Problem der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit wird aber durch den diesbezüglichen Beschluss des Nationalrates nicht geschaffen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Wenn Sie den Text genau lesen und analysieren – und das ist unsere Pflicht, nachdem er Neues bringen muss und nicht einfach Verfassungssatz für das schon bestehende Finanzausgleichsgesetz sein soll –, heisst es, dass die Leistungen abhängig zu machen sind von der Ausschöpfung der Steuerkraft. Es wird also nicht einmal die Höhe der Leistungen davon abhängig gemacht. Also keine Nuancierung.

Ein Zweites ist das «genügende Ausschöpfen». Bis heute haben wir in jeder Verfassungsregelung das Wort «angemessen» gebraucht. Das ist ein ganz wesentliches Wort. Es bedeutet «Mass». Das heisst also Abwägen und ein Mittelmass finden. Hier geht es um die Extremlösung «genügend».

Dann aber die zwei entscheidenden Gründe dafür, dass diese Vorlage nicht der Gerechtigkeit entspricht. Sie ist nur auf die «Leistungen an die Kantone für den Finanzausgleich» eingeengt. Nun wissen Sie schon aus dem Gesetz, das Herr Hofmann und andere Herren Kollegen zitiert haben, dass wir Bundesbeiträge einerseits und «Finanzausgleich mit den Wehrsteueranteilen der Kantone» (andererseits und neuestens auch Verrechnungssteueranteilen) kennen. Mit anderen Worten: Dieser vorgeschlagene Text ist zugedacht für jene 16 Kantone, die Finanzausgleich im Sinne der Wehrsteuerrepartition beziehen. Ich betrachte es als falsch, dass man nur einen Teil der Gliedstaaten trifft. Wenn schon, dann sind alle Bezüger von Bundesleistungen – das sind 25 Kantone – miteinzubeziehen. Daher sind nicht nur die Fragen des Finanzausgleichs im engen Sinn, sondern auch die Bundesbeiträge als solche im Verfassungstext zu nennen.

Und ein Letztes: Wenn Sie heute den Begriff «Steuerkraft» nehmen, dann erkennen Sie im Lichte der Botschaft zum damaligen Finanzausgleichsgesetz 1959, dass ein neuer Begriff geschaffen wird gegenüber dem früheren Begriff der «Finanzkraft». Es sind also zwei verschiedene Sachen. Der Bundesrat, die Kantone und eine Expertenkommission – bitte lesen Sie den diesbezüglichen Bericht im «Bundesblatt» 1959 – haben damals viel sachkundiger gehandelt und den Sachverhalt genauer analysiert. Nach meiner Ueberzeugung aber sind die Probleme der «Wirtschaftskraft» in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist ein umfassenderer Begriff. Darunter fällt eben die Kraft eines Kantons als Ganzes, die sich nicht nur in der Steuerkraft zeigt. Nehmen Sie die Ausnützung natürlicher Ressourcen und gewisser Leistungen eines Kantons an die nationale Gemeinschaft. Ich denke u. a. an die Nationalstrasse 2 in Uri, wo 35 000 Einwohner etwa 60 Millionen Franken zu tragen

haben, obwohl das nur 3 Prozent aber eben von 2 Milliarden ausmacht. Ich meine einfach: Wenn wir eine wirklich staatspolitisch ausgewogene und eine gerechte Lösung wollen, dann müssen wir diesen Artikel umfassend formulieren. Er ist es in der Fassung des Nationalrates nicht.

Ich schliesse mich daher dem Antrag Hofmann an.

Krauchthaler: Nachdem wir auch in diesem Rat einer Verstärkung des Finanzausgleichs im Bundesbeschluss A zugestimmt haben, wäre es eine logische Konsequenz, wenn die berechtigten 16 Kantone als Voraussetzung ihr Steuersubstrat angemessen nutzen wollten. Aus dieser Ueberlegung heraus könnte man dem vom Nationalrat beschlossenen Artikel 42ter grundsätzlich ebenfalls zustimmen. Aber ich teile die Bedenken des Herrn Kollegen Muheim, dass dieser Artikel etwas zu grob formuliert sei. Er befasst sich nur mit dem Finanzausgleich; wir haben aber einen direkten und einen indirekten Finanzausgleich. Vermutlich würde sich dieser Artikel 42ter nur mit dem direkten Finanzausgleich befassen. Das hätte zur Folge, dass möglicherweise ein finanzstarker Kanton sein Steuersubstrat relativ schlecht nutzen würde, auf der anderen Seite aber über den indirekten Finanzausgleich wesentlich höhere Bundesbeiträge kassieren könnte, als das für einen anderen – punkto Ausnützung des Steuersubstrates gleichgelagerten – finanzschwachen Kanton der Fall wäre, der aber über den direkten Finanzausgleich gekürzt würde. Hier liegt meines Erachtens ein Grund für mögliche Ungerechtigkeiten. Wenn schon eine solche Bestimmung aufgenommen werden soll, hätte auch ich gerne die nicht finanzschwachen Kantone einbezogen. Das wäre dann möglich, wenn man die Bundesbeiträge berücksichtigt.

Am einfachsten wäre die Lösung gewesen, wenn man den von Kollege Egli zitierten letzten Satz von Art. 42quinquies gestrichen hätte. Dann wäre über den Harmonisierungsbeschluss die Möglichkeit gegeben, in der Gesetzgebung gewisse Anforderungen an die Ausnützung des Steuersubstrates durch die Kantone zu stellen. Nachdem nun aber in diesem Artikel die Steuertarife, Steuersätze und Steuerfreibeträge eindeutig in die Hoheit der Kantone gerückt werden, ist das nicht mehr möglich.

Vorweg habe auch ich einen Gegensatz zwischen den Bestimmungen des Artikels 42ter und des Artikels 42 quinquies letzter Satz Absatz 2 gesehen; aber bei weiterer Ueberlegung komme ich zur Auffassung, dass der vom Nationalrat beschlossene Artikel 42ter wahrscheinlich in erster Linie die direkten Steuerprivilegien gewisser Kantone ins Auge fasst. In diesem Fall wäre der Gegensatz nicht mehr gegeben. Wenn wir die Bundesbeiträge nicht mehr voll ausrichteten, würden die Kantone ihre Steuersätze vermutlich ändern müssen; aus dieser Sicht ist aber der Eingriff des Bundes in die Steuerhoheit der Kantone tatsächlich gross. Ich habe seinerzeit die Initiative des Landesrings – die Herr Kollege Heimann hier erwähnte – in erster Linie deshalb bekämpft, weil ich die Kantons- und Gemeindeautonomie auf finanziellem Gebiet nicht opfern wollte zugunsten eines Finanzausgleichs.

Aus diesen Ueberlegungen hätte ich am liebsten die durch Kollege Muheim in der gestrigen Kommissionssitzung aufgeworfene Formulierung gesehen, doch steht sie offenbar nicht mehr zur Diskussion. So muss auch ich mich zu einem Entschluss durchringen, denn auch ich bin der Meinung, das Finanzpaket müsse in dieser Session zu Ende beraten werden, wenn die Abstimmung im Juni nächsten Jahres stattfinden soll. Falls das nicht möglich ist, werden wir im Jahre 1978 ein «Loch» in der Bundeskasse haben, das kaum mehr ausgefüllt werden kann. Deshalb stimme auch ich dem Artikel 42ter zu. In der Gesetzgebung wird man dann immerhin weitgehend im Sinne dessen, was schon heute im Finanzausgleichsgesetz steht, dafür sorgen können, dass die Eingriffe in einem vernünftigen Rahmen erfolgen.

M. Masoni: Le Tessin appartient à ceux des cantons qui exploitent leurs ressources et leurs substances fiscales de façon supérieure à la moyenne helvétique. L'avantage immédiat de mon canton serait d'appuyer la solution du Conseil national qui lui permettrait peut-être de jouir de quelques ressources qui passent maintenant à d'autres cantons n'exploitant pas jusqu'au bout leur substrat fiscal. Toutefois, je n'arrive pas à me décider pour cette solution et je me bats aux côtés de la majorité de la commission pour les raisons que je vais essayer de vous esquisser.

Premièrement, je trouve qu'une telle disposition introduite dans l'arrêté A ne respecte pas le principe de l'unité de la matière.

Deuxièmement, je pars de l'idée que dans sa formulation, l'arrêté est, de par sa nature technique, très difficile à comprendre pour le citoyen qui sera appelé à se prononcer. Or si nous incluons encore cette disposition qui aboutit indirectement à une harmonisation matérielle, au projet d'arrêté A, dans l'arrêté B nous affirmons de ne vouloir qu'une harmonisation formelle, nous introduisons dans le complexe une contradiction difficile à expliquer. Avec quels arguments pourrions-nous faire comprendre aux citoyens cette contradiction de fond?

Le troisième argument a été déjà expliqué ici avec beaucoup de force oratoire: une disposition d'une telle envergure, touchant au mécanisme de la compensation intercantonale, qui est fondamental pour l'Etat fédératif, serait introduite ici sans message du Conseil fédéral, sans procédure de consultation, sans la possibilité de toutes ces réactions qui mûrissent le long du chemin des arrêtés législatifs à savoir discussions, examens par les experts, etc., afin de faire entendre toutes les résistances et toutes les opinions qu'ils peuvent susciter.

Un autre aspect me donne du souci. En effet, par cette disposition, nous introduisons une disparité de traitement, car les cantons riches vont avoir la possibilité de traiter leurs contribuables les plus intéressants de la façon qu'ils préfèrent sans que personne ait un seul mot à dire. Par contre, les cantons les plus pauvres, qui ont moins de moyens, seront contraints d'augmenter la taxation des contribuables les plus intéressants, avec le résultat de réduire leur force d'attraction pour ces contribuables riches, qui est déjà très réduite, le contribuable riche recherchant le grand confort, la possibilité d'expliquer une activité économique, la proximité des marchés, c'est-à-dire une situation que seuls les cantons riches peuvent offrir.

L'on prétend encore que cette disposition est déjà contenue dans la loi qui règle la péréquation intercantonale. Si tel était le cas, il serait alors très facile de dire au Conseil national: Pourquoi introduire dans la constitution ce qui se trouve déjà dans la loi? Mais je crois que M. Heimann avait raison lorsqu'il affirmait que ce qu'on veut ici; ce n'est pas, comme dans la loi, recourir au critère d'exploitation suffisante des ressources fiscales cantonales comme élément de jugement parmi d'autres éléments, mais en faire une condition absolue de l'octroi aux cantons du bénéfice de la péréquation intercantonale. Il y a là une différence fondamentale. Si vous lisez la disposition, il n'y a pas de doute à ce sujet: «La législation fédérale subordonnera» – ce n'est pas une formulation protestative, c'est une formulation absolue – «les prestations allouées aux cantons, au titre de la péréquation financière, à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leur capacité contributive et de leurs sources d'impôt.» Comme vous pouvez le constater, la formule est impérative et absolue, ce qui me paraît aller contre l'esprit de l'Etat fédératif. En d'autres pays, qui ne sont pas des Etats confédérés, l'on apporte une aide aux régions sous-développées, en leur octroyant des privilèges fiscaux, des exonérations totales ou partielles d'impôts. Dans notre Etat fédératif, où la solidarité devrait être plus marquée, l'on voudrait prendre la direction exactement contraire et conditionner toute aide à nos régions sous-développées au fait qu'elles se soumettent aux impôts

dans la mesure de la moyenne suisse. Cela me paraît le contraire de cet esprit fédératif, qui devrait régner chez nous. Enfin, ce qui me laisse surtout sceptique, ce sont les raisons pour lesquelles la minorité nous propose de nous adapter à la formule du Conseil national.

Je me réfère à ceux de nos collègues, qui, tout étant convaincus des raisons de fond qui amèneraient à réfuter cette disposition, sont prêts à céder pour des raisons pratiques, pour éviter la navette entre les deux conseils. Si nous sommes prêts à abdiquer dans un cas qui comporte tant de raisons de principe essentielles, où sont en jeu des problèmes fondamentaux, comment pourrions-nous résister, dans d'autres cas, à une majorité du Conseil national d'un autre avis que le nôtre?

Si vous ne voulons pas résister ici où notre point de vue est appuyé par des raisons aussi graves que la parité de traitement, l'unité de la matière à propos de réforme constitutionnelle, le principe de solidarité de l'Etat fédératif, si pour des raisons pratiques nous sommes prêts à céder pour abrégé d'un jour ou deux le débat entre les deux Chambres, je pense que nous risquons de préjuger, à l'avant, la force et la capacité de faire valoir notre opinion dans l'intérêt de l'Etat fédéraliste.

Weber: Ich möchte lediglich darlegen, dass wir uns dem Antrag Heimann anschliessen. In der Politik wird nicht selten der Ruf nach Rücksichtnahme auf die Minderheiten erhoben. Wo es um die Beschaffung der Mittel geht, die über den Finanzausgleich an die Kantone zurückfliessen, bilden die Spenderkantone eine Minderheit. Diese – aber auch weitere Kräfte im Lande herum – verlangen seit Jahren laut und deutlich endlich den Beginn einer eidgenössischen Steuerharmonisierung.

Im Grunde genommen entspricht die vom Nationalrat beschlossene Lösung in Artikel 42ter noch keineswegs einer Steuerharmonisierung. Das Gesetz muss später die Forderungen noch verdeutlichen. Aber es wird doch kurz und bündig verlangt, alle Kantone hätten ihre eigene Steuerkraft bzw. die Steuerquellen einigermaßen auszuschöpfen, bevor sie gegenüber dem Bund die hohle Hand hinstrecken und nach Subventionen und fremden Geldern verlangen. Dabei scheint es mir klar und logisch zu sein, dass im Gesetz selber bestimmt wird, es sei auf die besonderen Verhältnisse in den Kantonen Rücksicht zu nehmen. Bringt man denn gar kein Verständnis auf für jene Kantone, die es mit ihren hohen Steuerbelastungen möglich machen, auf Steuermittel auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet selber zu verzichten und schliesslich grosse Summen in andere Kantone fliessen zu lassen? Subventionen – das habe ich hier schon früher erklärt – fallen nicht einfach vom Himmel, sondern das Geld muss irgendwo herkommen.

In erster Linie aus psychologischen und referendumpolitischen Gründen sollten wir heute dem Nationalrat zustimmen. Damit setzten wir einfach ein Zeichen der Kompromissbereitschaft. Bei 16 oder 17 Differenzen hat der Nationalrat nachgegeben; lediglich in drei Fällen zeigte sich der Ständerat bereit, auf seinen ursprünglichen Standpunkt zu verzichten.

Im übrigen glaube ich feststellen zu können, dass es das Parlament immer und immer wieder verstanden hat, auf die schwächeren Glieder des Bundesstaates – ich denke da an die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse – Rücksicht zu nehmen. Es geht nicht darum, den finanzschwachen Kantonen etwas wegzunehmen oder vorzuenthalten, im Gegenteil, ich wäre persönlich sogar für einen stärkeren Finanzausgleich; aber erst müssen Unebenheiten, die nicht wegzudiskutieren sind, verschwinden. Wir sollten heute auf eine bestimmte Art von Minderheit Rücksicht nehmen. Stimmen Sie dem Beschluss des Nationalrates zu! Wenn wir die Vorlage damit retten, leisten Sie mehr für den Finanzausgleich, als wenn Sie auf Ihrem Standpunkt beharren.

M. Donzé: Nous avons toujours été partisan d'une harmonisation fiscale réelle. Nous ne nions pas que les dispositions de l'article 42ter rendront plus impératives celles qui sont déjà contenues dans la loi, mais ce que l'on veut par ces dispositions, c'est éviter que perdurent les privilèges fiscaux par une invitation, impérative certes, mais qui reste de la compétence cantonale. On demande aux cantons d'utiliser au maximum leurs possibilités fiscales. Je crois que ce n'est pas contraire aux principes du fédéralisme. C'est pourquoi je suis un peu étonné d'entendre M. Masoni dire que, dans d'autres pays, on favorise par des dispositions fiscales les régions les plus sous-développées. Je ne pense pas qu'il demande qu'il en soit de même dans notre pays. Ce serait utiliser la loi dans le sens contraire à celui qu'on veut lui donner. Les principes du fédéralisme seraient tout autant mis en cause.

Il ne faut pas mettre dans cette loi plus d'intentions qu'il n'y en a. Son but est clairement défini: demander aux cantons de faire usage de leurs possibilités fiscales avant de demander à être mis au bénéfice des dispositions fédérales. Déjà maintenant, il y a péréquation dans une certaine mesure en faveur des cantons moins développés par le truchement des parts cantonales, des subventions et de diverses lois. C'est aussi cela, le fédéralisme. Or on voit aujourd'hui des horreurs contre le fédéralisme dans cette loi. Je ne le vois absolument pas ainsi et je crois que le moment est venu de nous montrer un peu plus conciliants. En fin de compte, seuls MM. Honegger et Bürgi ont parlé clairement le langage de la conciliation. Ces aller et retour risquent d'empêcher le peuple de se prononcer et de mettre en cause l'adoption de ces dispositions.

M. Masoni a cru voir dans cet article des contradictions qui risquent d'inciter le peuple à le repousser. Tous les textes législatifs soumis à la votation populaire comportent des difficultés d'ordre technique. C'est là la rançon de la démocratie directe, mais je ne crois pas qu'il faille s'achopper à cet aspect du problème et je vous demande de vous rallier à la décision du Conseil national.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Vous me permettez un très rapide préambule avant d'entrer dans le sujet qui nous préoccupe. Nous arrivons au terme d'une double et dure étape du redressement des finances fédérales. Vous avez adopté d'une part le budget 1977, dont les dépenses ordinaires, abstraction faite du supplément de déficit des CFF de 600 millions, accuseront seulement 1 pour cent d'augmentation, ce qui me paraît déjà démontrer concrètement la volonté de modération des dépenses du Parlement et du Conseil fédéral. Ensuite le «paquet» de la réforme fiscale est arrivé à terme, quelque peu délésté mais somme toute rationnellement et équitablement équilibré, et je tiens à vous dire combien j'ai apprécié la collaboration de vos commissions et de votre assemblée. Le travail positif de construction et de conciliation qui a été accompli est un précieux réconfort pour le travail ingrat, il n'est pas nécessaire d'insister, et parfois solitaire du ministre des finances, attaqué quand il laisse dépenser ou qu'il est contraint de laisser dépenser, critiqué quand il fait jouer les freins et contesté quand il propose de nouveaux impôts, qui ne sont jamais à la bonne place et ne viennent jamais au bon moment.

Or, voilà qu'au moment de franchir le dernier pas s'engage un combat de principe, et peut-être un peu de prestige, sur le paragraphe 2 de l'article 42ter que le Conseil national vient de décider de maintenir à une forte majorité. Je m'efforcerai d'apprécier la situation avec le maximum de sérénité. C'est à cette condition que nous pourrions continuer sur la voie de la conciliation constructive.

La péréquation financière est un élément essentiel du fédéralisme, on l'a rappelé. Mais s'il y a un fédéralisme de souveraineté et d'autonomie, il y a aussi un fédéralisme de solidarité – et il est tout aussi important – qui veut que les forts aident les faibles.

Cette péréquation, et l'article 42ter, 2e alinéa, la conçoit dans ce sens comme la loi sur la péréquation, dont nous parlerons tout à l'heure, s'exerce d'une manière directe par la répartition aux cantons d'une part de l'impôt fédéral et d'une manière indirecte par la différenciation des subventions. Il est évident qu'il y a à la base de la péréquation l'exigence, pour l'ensemble des cantons, qu'ils exploitent d'une manière équitable leurs ressources fiscales. Cela va, à mon avis, de soi. La péréquation n'est pas concevable sans cette condition.

Le texte proposé par le Conseil national, en vertu duquel «la législation fédérale subordonnera les prestations allouées aux cantons au titre de la péréquation financière à l'obligation pour ces derniers de tirer suffisamment parti de leurs capacités contributives et de leurs sources d'impôts», touche l'ensemble des prestations de la Confédération et j'admets sur ce point qu'il eût été logique de placer cet article ailleurs que dans une disposition concernant strictement l'impôt fédéral direct, par exemple dans l'article sur l'harmonisation fiscale.

Cependant, ces dispositions ne sont pas une innovation. La loi concernant la péréquation financière entre les cantons existe, je l'ai déjà dit et répété à plusieurs reprises devant les commissions et devant les Conseils. Cette loi va assez loin et elle nous donne déjà des armes d'une manière assez explicite. Je crois qu'il n'est pas inutile de rappeler le texte de l'article 1er de cette loi: «1) Les subventions de la Confédération aux cantons seront mesurées selon la capacité financière de ces derniers. 2) Les principes selon lesquels les subventions fédérales se mesurent d'après la capacité financière sont applicables à la participation des cantons à des tâches de la Confédération.» L'article 2 dispose que: «Après avoir entendu les gouvernements cantonaux, le Conseil fédéral établira un barème permettant de mesurer la capacité financière des cantons. Il sera notamment tenu compte (c'est une formule moins rigoureuse que le terme «abhängig» contenu dans le texte constitutionnel proposé, mais elle a son importance et sa signification) de la puissance fiscale de ceux-ci, de la mesure dans laquelle eux, les communes et les districts y font appel, ainsi que de leurs autres ressources financières.»

Ce dispositif va loin et l'article 5 prévoit dans certains cas, par exemple lorsque des cantons passent des conventions avec certains de leurs contribuables, des sanctions que la Confédération appliquera sous forme d'une réduction des subventions. Je tiens à dire à ceux qui sont partisans de la disposition votée par le Conseil national que ce dispositif législatif peut être remanié plus facilement qu'une disposition constitutionnelle en ce sens qu'il n'est tributaire que d'un référendum facultatif à la seule majorité du peuple. Comment interprétons-nous ces dispositions? Actuellement, quatre critères interviennent pour cette péréquation: tout d'abord la «Wehrsteuersubstanz», c'est-à-dire le rendement de l'impôt fédéral direct, la «Steuerkraft» en tenant compte d'une manière pondérée des revenus et rendements fiscaux des cantons et des communes par tête de population, la «Steuerbelastung», la charge fiscale des cantons et des communes; enfin un élément d'appréciation, un facteur de «montagne» pourrais-je dire.

La question est donc déjà assez complexe. Je pense que l'on pourrait perfectionner encore ce dispositif en faisant intervenir un cinquième critère, à savoir la capacité économique générale du canton, critère plus difficile à déceler, certes, mais avec les instruments de mesures économiques dont on dispose aujourd'hui et qui se sont développés, l'on doit pouvoir y parvenir. En fonction de ces dispositifs, l'exploitation fiscale signifie pour moi non pas qu'il y aura tel barème minimum ou tel barème maximum mais que le rendement fiscal global doit correspondre à un certain pourcentage par rapport à la capacité économique du canton. C'est une notion qui est encore très généralement définie, sa précision exigera une définition assez compliquée – je ne le cache pas – mais je suis certain

que nous y arriverons. Notre intention n'est pas, en nous appuyant sur la loi ou sur la disposition constitutionnelle, d'établir des barèmes obligatoires mais de constater globalement si les cantons exploitent d'une manière équitable et normale leur capacité contributive.

Voilà ce que je tenais à dire concernant les intentions du Conseil fédéral sur l'application de ces dispositions législatives ou constitutionnelles fixant des conditions à la péréquation.

Une solution qui serait raisonnable et praticable sans aucun doute serait de faire confiance à la loi, à sa révision, sans une nouvelle disposition constitutionnelle – je l'ai dit dans les séances de commissions et dans les conseils. Mais dans la situation politique actuelle, nous devons considérer que l'autre Chambre a consenti beaucoup dans le règlement des divergences en faveur des solutions du Conseil des Etats; la solution politique utile au consensus me paraît évidemment de voter les dispositions arrêtées à une forte majorité par le Conseil national et qui vont dans le sens de la loi actuelle, mais qui la renforcent si faiblement que le même résultat pourrait être obtenu plus facilement par la loi.

Je vous conseille donc par sagesse politique de vous rallier aux solutions approuvées à une forte majorité par le Conseil national mais je voudrais constater à l'égard des uns et des autres qu'il serait véritablement absurde et peu compris par l'opinion publique, qu'après avoir construit cet édifice complexe et difficile, cet effort de réforme fiscale qui est le plus grand qui ait été accompli au Palais fédéral depuis la fin de la guerre, nous échouions sur une querelle qui n'est pas fondamentale puisque la loi existe et qu'elle peut être remaniée et puisque l'article n'y ajoute pas énormément. Il faut en finir vendredi, un délai, je le veux bien, ne saurait être contraignant quand on décide du sort du pays, mais il est tout de même indispensable, si nous voulons faire voter sur le paquet en juin, que le règlement survienne dans le plus bref délai.

J'en ai suffisamment dit, je l'espère. Si mes propos ont pu paraître parfois chargés d'ambiguïté, celle-ci provenait exclusivement d'une volonté de sérénité et de conciliation.

Präsident: Es stehen sich gegenüber der Antrag der Kommissionsmehrheit (Festhalten am ursprünglichen Beschluss des Ständerates) und der Antrag der Kommissionsminderheit (Zustimmung zum Nationalrat).

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 15 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.090

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1977 Budget de la Confédération 1977

Siehe Seite 636 hiavor — Voir page 636 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 14. Dezember 1976
Décision du Conseil national du 14 décembre 1976

Differenzen – Divergences

Antrag der Kommission

Zustimmung zu den Beschlüssen des Nationalrates, soweit nachstehend nichts anderes vermerkt ist.

3 Département des Innern

302.463.01	Schweizerschulen im Ausland	Festhalten
302.463.22	Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit	Festhalten
302.463.55	Kulturgüterschutz. Verschiedene Massnahmen	Festhalten
315.443.08	Förderung des Natur- und Heimatschutzes	Festhalten
318.453.01	Beitrag an anerkannte Krankenkassen	Festhalten
320.463.13	Schweiz. Geisteswissenschaftl. Gesellschaft	Festhalten
7 Volkswirtschaftsdepartement		
723.463.01	Arbeitsbeschaffung, Förderung der angewandten Forschung	5 000 000
<i>Jahreszusicherungskredite für 1977, Seite 117*</i>		
315.443.08	Förderung des Natur- und Heimatschutzes	Festhalten

Proposition de la commission

Adhérer aux décisions du Conseil national, sauf indications ci-après.

3 Département de l'intérieur

302.463.01	Ecoles suisses à l'étranger	Maintenir
302.463.22	Encouragement de l'activité extra-scolaire	Maintenir
302.463.55	Protection des biens culturels. Mesures diverses	Maintenir
315.443.08	Encouragement de la protection de la nature	Maintenir
318.453.01	Subventions aux caisses-maladie	Maintenir
320.463.13	Société suisse des sciences morales	Maintenir

7 Département de l'économie publique

723.463.01	Possibilités de travail, encouragement de la recherche appliquée	5 000 000
<i>Crédits annuels d'engagements pour 1977, page 117*</i>		
315.443.08	Encouragement de la protection de la nature et du paysage	Maintenir

Reimann, Berichterstatter: Zuerst eine Vorbemerkung. Nach der Behandlung des Budgets in beiden Räten bestanden 26 Differenzen zwischen Ständerat und Nationalrat. Bei der ersten Differenzbehandlung im Nationalrat dieser Woche wurden in 15 Positionen den Beschlüssen des Ständerates zugestimmt, es verblieben 11 Differenzen. Gestern abend hat Ihre Kommission diese Differenzen behandelt und stellt Ihnen folgende Anträge; ich verweise Sie auf das ausgeteilte Uebersichtsblatt: Bei Behörden und Gerichten (Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen sowie Apparaten) ist der Nationalrat uns auf halbem Wege entgegengekommen. Er hat nämlich den Betrag auf 34 525 000 Millionen Franken reduziert. Ihre Kommission beantragt Ihnen hier Zustimmung zum Nationalrat, immerhin mit der Bemerkung, die ich schon bei der Behandlung in diesem Rate angebracht habe namens der Kommission, dass bei den Positionen der ETH im Prinzip die Dinge in Ordnung sind und dass die Einsparungen zur Hauptsache bei der allgemeinen Bundesverwaltung vorgenommen werden müssen. Ich beantrage Zustimmung zum Nationalrat.

Urech: Zu Position 104.511.40: ich möchte die Bemühungen der Finanzkommission zum Einsparen sehr anerkennen, beantrage Ihnen aber, auch bei der Position Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen am bisherigen Beschluss des Ständerates festzuhalten, d. h. den Budgetbeitrag auf 30 Millionen Franken zu beschränken. Die Ausga-

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	677-683
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 436

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 16. Dezember 1976, Vormittag

Jeudi 16 décembre 1976, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Munz

76.024

**Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)**

Siehe Seite 677 hiervor — Voir page 677 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 15. Dezember 1976

Décision du Conseil national du 15 décembre 1976

*Differenzen – Divergences***Art. 42ter Abs. 2***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Uebertragung von Beschluss A in Beschluss B

Minderheit I

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit II

Festhalten

Art. 42ter al. 2*Proposition de la commission**Majorité*

Reporter dans l'arrêté fédéral B

Minorité I

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité II

Maintenir

Bürgli, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bedaure, Sie erneut für dieses Geschäft in Anspruch nehmen zu müssen. Die Situation ist die folgende: Der Nationalrat hat gestern ohne Gegenantrag beschlossen, seinen Beschluss in bezug auf Artikel 42ter Absatz 2 aufrechtzuerhalten. Unsere Kommission hat heute morgen getagt und in einer lebhaften Diskussion zur Lage Stellung genommen. Diejenigen Ratsmitglieder, denen die finanzielle Autonomie der Kantone besonders am Herzen liegt, können sich nach wie vor mit der Einfügung dieser Bestimmung in diese Vorlage nicht einverstanden erklären. Herr Bundesrat Chevallaz hat demgegenüber erneut darauf hingewiesen, dass der Bund nicht die Absicht hätte, eine Harmonisierung der Steuern im einzelnen durchzusetzen; er würde sich vielmehr auf eine Gesamtwürdigung der Ausschöpfung der Steuerkraft beschränken. Dem wird entgegengehalten, dass der Text keine Einschränkungen enthalte und deshalb in bezug auf die künftige Interpretation so genommen werden müsse, wie er vorliegt.

Als einen Beitrag zur Verständigung mit dem Nationalrat – morgen sollte die Schlussabstimmung über die Vorlage stattfinden – hat sich schliesslich folgender Kompromiss herausgeschält: Die Mehrheit der Kommission beantragt

Ihnen, den Artikel 42ter Absatz 2 vom Beschluss A in den Beschluss B über die Steuerharmonisierung einzufügen. Dort würde es dann heissen: «Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert», und dann kämen der Artikel 42ter über die Ausschöpfung der Steuerkraft und der Artikel 42quinquies, wie er ursprünglich vorgesehen war. Mit der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, dieser Lösung zuzustimmen.

Heimann, Berichterstatter der Minderheit I: Ich muss aus grundsätzlichen Ueberlegungen den Antrag stellen, auf diesen Vorschlag der Kommissionsmehrheit nicht einzutreten und dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

M. Donzé: Je crois en effet que le Conseil national n'acceptera pas de faire passer cette disposition dans l'arrêté B. Sa place dans l'arrêté A est liée à toutes les dispositions sur la TVA et sur les modifications de la loi fiscale qu'on appelait «Impôt de défense nationale». Ce serait diminuer considérablement sa portée au point de vue politique, que de la faire passer dans l'arrêté B.

Ceci dit, je voudrais ajouter qu'on a beaucoup parlé ce matin de principes. Bien sûr, chacun a défendu les siens – moi tout le premier, devant ce Conseil – mais à un moment donné, si l'on veut faire passer ces dispositions fiscales, il faut savoir, chacun de son côté, abandonner une partie de ces principes dans l'intérêt général. Je dois dire que, du côté du Parti socialiste, on l'a fait, notamment sur le taux maximum, et aussi en revenant de 25 000 à 18 000 francs pour les exonérations. Je ne comprends pas non plus que l'on dise qu'il s'agit d'une question de principe et que cela met en cause le fédéralisme – j'ai déjà pu m'exprimer sur ce sujet hier. Je pense qu'en matière fiscale et dans le domaine de la répartition du revenu national à travers les impôts, les subventions et les parts cantonales, le fédéralisme va peut-être justement dans l'autre sens, c'est-à-dire dans celui de la solidarité. C'est pourquoi je pense qu'il faut en finir, sinon l'on risque de ne pas pouvoir présenter la TVA au peuple dans les délais prévus et il ne semble pas qu'il y ait là matière à obstination; c'est pourquoi j'approuve M. Heimann.

Masoni, Berichterstatter der Minderheit II: Persönlich beantrage ich Ihnen Festhalten an unserem Streichungsbeschluss. Ferner glaube ich, dass es zweckmässig wäre, die Abstimmung zu unterteilen. Mit einer Einfügung der Bestimmung in den Beschluss B könnte man unter Umständen einverstanden sein. Immerhin bin ich aus den Gründen, die ich gestern ausführlich dargelegt habe, nach wie vor gegen die Aufnahme der Bestimmung als solche. Ich möchte deshalb, dass über Festhalten an unserem Beschluss ebenfalls abgestimmt wird.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Avec l'adjonction constitutionnelle proposée, ou sans cette adjonction, dans le cadre de la loi actuelle qu'il convient de remanier de toute manière, le Conseil fédéral est décidé à subordonner la péréquation à une exploitation appropriée des ressources fiscales des cantons, correspondant à leur capacité économique. L'adjonction constitutionnelle ne paraît donc pas avoir une importance pratique essentielle puisque des dispositions assez proches figurent déjà dans la loi. Mais ce problème a maintenant pris une importance politique et ne se juge pas simplement sur le plan de la pratique ou de l'esthétique constitutionnelle. La position marquée par la commission et le Conseil national est catégorique et très nette: ils tiennent à ce que cette disposition soit inscrite dans la constitution; c'est un fait politique. Alors, faut-il placer cette disposition dans l'arrêté A ou l'arrêté B? Là encore, dans une certaine logique constitutionnelle, je donnerai la préférence à la présence de cette disposition dans l'arrêté B sur l'harmonisation plutôt que dans l'article qui traite de l'impôt et seulement de l'impôt fédéral direct. Mais sur ce plan de la logique constitutionnelle,

il se pose aussi un problème politique: là je laisse un point d'interrogation. A deux reprises, devant la commission du Conseil national, j'ai fait la suggestion que la disposition en cause soit introduite dans l'arrêté B. Je n'ai trouvé aucun accueil et en tout cas aucune majorité pour soutenir cette proposition. Nous sommes là encore une fois face à un problème politique et c'est sur ce plan que ce problème doit être résolu. Nous devons assurer l'avantage au «paquet» et je dois répéter à ceux qui craignent pour le fédéralisme par l'introduction de ces dispositions constitutionnelles, qu'elles existent déjà *grosso modo* dans la loi, à peine différentes, et que la situation ne sera pas modifiée fondamentalement. C'est donc sur le plan politique qu'il faut raisonner ici. L'adjonction constitutionnelle, vous ne l'éviterez pas, la décision du Conseil national est trop claire. Le problème de la place dans l'arrêté A ou dans l'arrêté B peut encore rester en suspens, à vous de tenter l'opération.

Präsident: Wir stimmen ab. In einer ersten Abstimmung entscheiden wir über den Antrag Masoni (Minderheit II), der dahin geht grundsätzlich am gestrigen Beschluss des Ständerates festzuhalten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit II	17 Stimmen
Dagegen	19 Stimmen

Präsident: Wir kommen zur endgültigen Bereinigung. Dem Antrag der Kommission steht der Antrag Heimann (Minderheit I) gegenüber.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	27 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	10 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.076

**Flugsicherungszentren Genf und Zürich. Ausbau
Centres pour la sécurité aérienne de Genève
et de Zurich. Construction**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 1. September 1976
(BBl III, 521)

Message et projet d'arrêté du 1er septembre 1976 (FF III, 527)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

Reimann, Berichterstatter: Der vorliegende Bundesbeschluss befasst sich mit dem Ausbau der Flugsicherungszentren von Genf und Zürich. Dies hat auf der Basis des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt und aufgrund der für alle Vertragsstaaten gültigen Normen und Empfehlungen zu geschehen. Im wesentlichen hat die Flugsicherung drei Zielsetzungen: 1. Gewährleistung der Sicherheit aller landenden, abgehenden und überfliegenden Flugzeuge; 2. optimale Nutzung des vertikalen und horizontalen Luftraums mit Einhaltung genügender Sicherheitsabstände; 3. Erreichen einer höchstmöglichen Regelmässigkeit des Verkehrs bzw. also Wetterunabhängigkeit.

Man nimmt als Basis der vorliegenden Projekte an, dass sich die jährlichen An-, Ab- und Ueberflüge in den Flughäfen von Kloten und Genf von heute je 250 000 bis 270 000 pro Jahr, bis 1985 auf je etwa 350 000 Bewegungen erhöhen werden. Was heute für Genf und Zürich vorgeschlagen wird, soll also die Sicherheit des Luftverkehrs auf diesen beiden schweizerischen Luftverkehrsschwerpunkten bis zum Jahr 2000 in Genf und bis 1990 in Kloten sicherstellen. Dass dafür die modernsten Apparate der Elektronik des internationalen Standards aufgestellt in erschütterungsfreien und klimatisierten Räumen vorgesehen werden, darf wohl selbstverständlich sein.

Ein Wort zur Organisation: Die zivile Flugsicherung ist auf drei Träger abgestützt, nämlich auf das Eidgenössische Luftamt mit Planung, Finanzverwaltung, direkter Aufsicht und den zentralen Luftfahrtsinformationsdiensten; dann die Meteorologische Zentralanstalt für den Flugwetterdienst und den zentralen Fernmeldediensten; schliesslich von der Radio Schweiz AG mit dem Flugverkehrsleitdienst und Fluginformationsdienst, dem örtlichen Luftfahrtsinformationsdienst, dem örtlichen Fernmeldedienst und dem technischen Dienst.

Das Genfer Projekt sieht einen Neubau anstelle der seit 1954 behelfsmässig verwendeten alten Abgangsgebäude vor. Bezogen auf den Preisstand vom 1. Okt. 1975 beträgt der Kostenvoranschlag dort 22,184 Millionen. Im Gegensatz zu Genf soll in Kloten das bestehende bundeseigene Flugsicherungsgebäude umgebaut und aufgestockt werden. Die veranschlagten Gesamtkosten betragen dort 12,38 Millionen. Die in Kloten vorgesehene Lösung trägt den Stempel einer Sofortmassnahme zur Aufrechterhaltung des Flugsicherungsbetriebes. Auf eine zuerst geplante bedeutend weitergehende Lösung mit Neubau und einem Vielfachen der Kosten musste angesichts der finanziellen Lage des Bundes verzichtet werden. Durch die vorgesehenen Bauten und Einrichtungen ergeben sich keine höheren Personalbedürfnisse. Hingegen erhöhen sich die gesamten Mehraufwendungen für den Betrieb in Genf um zirka 200 000 Franken pro Jahr und die Mehraufwendung für den Kapitaldienst in Genf um etwa 2,27 Millionen. In Kloten lauten die entsprechenden Zahlen 190 000 Franken Mehraufwendung für den Betrieb und 970 000 Franken Mehraufwendungen für den zusätzlichen Kapitalbedarf. Gegenwärtig werden in den beiden Flughäfen die Betriebs- und Kapitaldienstkosten durch die heutigen Flugsicherungsgebühren zu ungefähr 70 Prozent gedeckt. Entsprechend den internationalen Abmachungen soll bis 1980 volle Kostendeckung erreicht werden. Es ist noch zu ergänzen, dass in Kloten eine weitgehende Integration der zivilen und militärisch bedingten Dienste vorgesehen ist, wobei dem EMD Kosten von zirka 2 Millionen anfallen, die separat angefordert werden. Die beiden Bauvorhaben von Kloten und Genf wurden in den gesamten Investitionsplan 1976–1979 aufgenommen. Der jährliche Zahlungsbedarf erscheint in den entsprechenden Voranschlägen.

Anlässlich unserer Sitzung vom 26. November im Flughafen Zürich-Kloten in Gegenwart von Herrn Bundesrat Ritschard und seinen Mitarbeitern vom Eidgenössischen Luftamt, den Vertretern der Baudirektion und von Radio Schweiz AG, die mit einer Besichtigung der heutigen Verhältnisse und Bauten verbunden war, liessen wir uns von der Notwendigkeit und der Dringlichkeit beider Projekte überzeugen. Es könnte kaum jemand die Verantwortung für die Verzögerung des vorgesehenen Ausbaus auf Kosten der Sicherheit des immer mehr anwachsenden Flugbetriebes übernehmen.

Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Beratung des Bundesbeschlusses und Zustimmung in globo.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	703-704
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 442

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

vernement travailliste de Grande-Bretagne est obligé de couper 2 milliards de livres dans son budget; et une partie de ces milliards était affectée à des dépenses de caractère social. En Allemagne, c'est M. Arendt, ministre du travail et des affaires sociales, qui se retire du gouvernement. Voici ce que je lis à ce sujet ce matin dans le *Journal de Genève*: «Si M. Arendt n'est pas personnellement responsable de la situation précaire de l'AVS, on lui reproche cependant d'avoir fourni des chiffres trop optimistes au cours de l'été dernier et d'avoir incité M. Helmut Schmidt à promettre que le rythme de relèvement des rentes ne serait pas modifié en 1977.» Le fait que cela affecte deux gouvernements socialistes illustre simplement cette vérité évidente: à l'impossible, nul n'est tenu. La situation économique et financière d'un pays impose des limites à sa politique sociale. En effet, la politique sociale est un élément de la politique générale. Elle ne peut être conduite pour elle-même.

Nous devons éviter, puisque nous avons pu le faire jusqu'à présent, d'être exposés à de tels à-coups. Nous devons, pendant qu'il en est temps, prendre les mesures qui nous éviteront les déboires que connaissent, dans le domaine de la sécurité sociale, de nombreux pays européens. A quoi servent de belles rentes sur le papier quand le cancer de l'inflation et l'érosion de la monnaie en amenuisent année après année, voire mois après mois, la valeur réelle?

Monsieur le conseiller fédéral, nous voulons avancer vers l'avenir les yeux ouverts et nous tenons à avoir un système d'assurances sociales aussi proche que possible de ce que l'on appelle communément la dignité de la personne humaine. Aidez-nous à voir clair en nous procurant les éléments d'appréciation que je vous demande dans mon postulat, de manière que nous ne commettions pas des erreurs que nous, qui prenons les décisions, nous n'aurons pas à payer, que d'autres paieront: tous ceux qui ont, qui auront besoin de prestations sociales pour vivre dignement.

Bundesrat Hürlimann: Der Bundesrat begrüsst es, Ihnen einen Gesamtbericht über unsere Sozialwerke zu unterbreiten. Dieser Bericht wird sowohl die sozialpolitischen, volkswirtschaftlichen und demographischen Aspekte unserer Sozialversicherung darzulegen haben. Wir haben unsere Einzelvorlagen – ich denke etwa an die Zweite Säule, an die 9. AHV-Revision oder an die Arbeitslosenversicherung, um die letzten Vorlagen zu erwähnen – nie nur als Separat- und Teilbereiche des Sozialversicherungswerkes betrachtet, sondern wir haben sie immer eingeordnet in eine Gesamtsituation. Sie finden auch in der Botschaft über die 9. AHV-Revision – wie Sie es übrigens angetönt haben, Herr Ständerat Reverdin – Überlegungen, die auf diese Gesamtsituation ausgerichtet sind. Aber immer war es eine konkrete Vorlage, die wir unterbreiteten. Wenn wir deshalb aufgrund dieses Postulates Gelegenheit haben – ein gleiches wird noch im Nationalrat begründet –, Ihnen einen solchen Bericht zu unterbreiten, um einmal ganz grundsätzlich die Thematik zu diskutieren, dann glaube ich, ist das in der heutigen Zeit sehr angezeigt. Dieser Bericht wird auch Antworten geben auf viele Fragen, die Sie immer wieder stellen und die auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger interessieren. Ich glaube – um es vorweg zu nehmen –, dieser Bericht wird auch bestätigen, dass wir Vertrauen haben dürfen in unsere Sozialwerke, wenn wir gleichzeitig nie unsere Anstrengungen aufgeben, damit unsere Wirtschaft ihre Rolle in diesem Staat erfüllen kann.

Aus diesen Gründen ist der Bundesrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsident: Wird das Postulat aus der Mitte des Rates bekämpft? Das ist nicht der Fall. Das Postulat ist überwiesen.

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht) Constitution fédérale (finances et impôts)

Siehe Seite 703 hiervor — Voir page 703 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1976
Décision du Conseil national du 16 décembre 1976

Differenzen – Divergences

Art. 42ter Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

Festhalten

Art. 42ter al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

Maintenir

Bürgi, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bitte Sie um Nachsicht, dass ich Sie zum drittenmal in dieser Bereinigungsrunde für den strittigen Artikel 42ter Absatz 2 der Finanzvorlage in Anspruch nehmen muss. Aufgrund der Beschlüsse des Nationalrates ergibt sich folgende Situation:

Der Nationalrat hat seinen Beschluss aufrechterhalten. Er ist also gegen die Transferierung des Artikels 42ter Absatz 2 in den Harmonisierungsbeschluss B, wie wir das heute morgen im Sinne eines Verständigungsversuches beschlossen hatten. Gleichzeitig hat er seinen Beschluss als endgültig erklärt. Damit kann eine Prozedur eingeleitet werden, die in Artikel 17 des Geschäftsverkehrsgesetzes geregelt ist. Dort heisst es: «Erklärt der eine Rat seine Beschlüsse als endgültig und hält der andere Rat an seinen abweichenden Beschlüssen fest, so sind die Differenzen der Einigungskonferenz zu unterbreiten...» Die Einigungskonferenz würde aus gleichviel National- und Ständeräten bestehen. Da die nationalrätliche Kommission 27 Mitglieder umfasst, müssten wir also unsere Kommission ebenfalls auf 27 Mitglieder ergänzen. Die Vorbereitung dieser Uebung könnte nicht mehr in diese Session eingebaut werden. Es wäre notwendig, die Einigungskonferenz zwischen der Dezember- und der Märzsession durchzuführen. Demzufolge könnten wir morgen auch die Schlussabstimmung über diese Vorlage nicht vornehmen. Es ist ganz klar, dass damit das ohnehin schon mit vielen Hypotheken belastete Finanzpaket nochmals in entscheidender Weise mit einer Hypothek belastet würde.

Angesichts dieser Ausgangslage hat Ihre Kommission in der soeben stattgefundenen Sitzung mit acht gegen zwei Stimmen, bei vier Enthaltungen, beschlossen, Ihnen zu beantragen, sich dem Beschluss des Nationalrates anzuschliessen. Ich ergreife diese Gelegenheit, um nochmals ganz deutlich die gestrigen Ausführungen von Herrn Bundesrat Chevallaz über die Frage, wie der Bundesrat diesen Artikel interpretiert, zu unterstreichen. Herr Bundesrat Chevallaz gab uns beruhigende Zusicherungen über die künftige Anwendung dieser Bestimmung. Ich möchte das zuhänden der Kollegen, die begreifliche Hemmungen haben, ihren seinerzeitigen Standpunkt zu ändern, erneut mit

aller Eindeutigkeit in Erinnerung rufen. Ich beantrage Ihnen also Zustimmung zum Nationalrat.

M. Bourgnicht, rapporteur de la minorité: Parce que je souhaite que l'ensemble des dispositions de nature fiscale qui sont soumises au peuple soient acceptées et que je crains fort que la proposition que vous fait aujourd'hui votre commission ne conduise beaucoup de citoyens dans beaucoup de cantons à voter contre les mesures préconisées, je vous suggère de vous en tenir à la décision que nous avons prise ce matin. Je ne veux pas revenir sur les arguments qui avaient été développés tant au sein de la commission qu'au sein de ce Conseil. Mais je constate que ces arguments étaient des arguments de fond et qu'ils ont, à mon sens, la préséance par rapport aux arguments d'opportunité qui ont rallié, en faveur de la solution préconisée, la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	16 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	11 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.060

Ziviler Ersatzdienst (BV Art. 18) Service civil de remplacement (cst. art. 18)

Fortsetzung von Seite 702 hiervor
Suite de la page 702 ci-devant

Gesamtabstimmung — Vote d'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	20 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.090

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1977 Budget de la Confédération suisse pour l'année 1977

Siehe Seite 683 hiervor — Voir page 683 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1976
Décision du Conseil national du 18 décembre 1976

Differenzen – Divergences

Reimann, Berichterstatter: Vorhin hat der Nationalrat die Differenzen behandelt, die zwischen beiden Räten noch bestanden haben. Nach dieser Differenzbehandlung sind drei Differenzen übriggeblieben; die vierte ist eine logische Konsequenz des einen Beschlusses. Die erste Differenz besteht bei der Position 315.443.08, «Förderung des Natur- und Heimatschutzes», wo bekanntlich eine Differenz, Nationalrat 5 Millionen, Ständerat 4 Millionen, vorhanden ist.

Der Nationalrat hat in seiner heutigen Sitzung mit 74 : 38 Stimmen Festhalten beschlossen. Die Finanzkommission Ihres Rates, die soeben tagte, beantragt Ihnen hier Zustimmung zum Nationalrat.

Angenommen – Adopté

Reimann, Berichterstatter der Mehrheit: Zur Position 318.453.01, «Krankenkassen»: Ich möchte kurz daran erinnern, dass diese Differenz 883,5 Millionen (Nationalrat), 868,5 Millionen (Ständerat) für unseren Rat ein ernstes Anliegen ist und war. Ich darf auch daran erinnern, dass diese 868,5 Millionen Franken, d. h. diese Reduktion von 15 Millionen, im Einverständnis mit Herrn Bundesrat Hürliemann hier vollzogen wurde. Ich möchte sagen, dass wir es eigentlich nicht so ganz verstanden haben, dass der Nationalrat diesen Kompromiss nicht übernommen hat. Aber wir haben ein Zweikammersystem. Der Nationalrat hat vorhin mit 74 : 73 Stimmen erneut beschlossen, an seinem Beschluss von 883,5 Millionen festzuhalten.

Die Finanzkommission Ihres Rates hat diese Situation besprochen. Mit 4 : 4 Stimmen und dem Stichentscheid Ihres Präsidenten, beantragt Ihnen die Kommissionmehrheit, auf den Nationalrat einzuschwenken, wobei Herr Hefti noch den Minderheitsantrag Hefti stellen wird. Ich möchte feststellen, dass es nicht ein Abgehen von den Ueberlegungen war, die uns bisher geführt haben, die die schwache Mehrheit der Kommission zum Einschwenken veranlasst hat. Wir gehen einzig von der Tatsache aus, dass es hier in der Tat um einen grossen Brocken geht. Ich darf Sie immerhin daran erinnern, wenn wir vom Zusammenspiel der zwei Kammern sprechen, dass von 26 Differenzen, die anfänglich zwischen unseren beiden Räten vorhanden waren, 18 Differenzen durch ganze und eine Differenz durch teilweise Zustimmung des Nationalrates zum Ständerat behoben werden konnten. Wir haben im letzten Durchgang in drei Fällen zugestimmt. Es sind also noch drei Differenzen übriggeblieben. Man kann also nicht behaupten, dass der Nationalrat nicht versucht hat, den Intentionen über das Sparen, wie es in unserem Rat entwickelt wurde, zu folgen. Aber wir sind nun zweimal an der Tatsache gestrauchelt, dass der Nationalrat beim Beitrag an die anerkannten Krankenkassen nicht folgen wollte oder konnte. In dieser Situation ist die Mehrheit der Meinung, dass man dieses Spiel unsererseits jetzt wohl oder übel und mit gemischten Gefühlen abbrechen sollte; immerhin, glauben wir, hat unser Versuch das Gute, dass der Bundesrat und andere Leute wissen, dass diese Geldquelle, die vom Bund zu den Krankenkassen fliesst, bei allem sozialen Verständnis, das wir auch haben, nicht eine ewig fließende Quelle ist, die ständig vergrössert werden kann. Das möchten wir immerhin auch als Mehrheit, die Zustimmung zum Nationalrat beantragt, in aller Form feststellen.

Hefti, Berichterstatter der Minderheit: Um die Argumentation unseres Herrn Präsidenten weiterzuführen: Wir haben nun noch drei Differenzen; bei der einen haben wir bereits dem Nationalrat zugestimmt, bei der letzten geht der Kommissionsantrag auch auf Zustimmung, und es ist anzunehmen, dass der Rat folgen wird. Also können wir gut bei der letzten an unserem bisherigen Beschluss festhalten. Ich glaube, wir dürfen dies um so mehr, als dieser Beschluss bereits einen Kompromiss dargestellt hat. Die Argumente, die für den höheren Betrag ins Feld geführt wurden, würden einer Ueberprüfung nicht standhalten. Wie Sie den Ausführungen unseres Herrn Kommissionspräsidenten entnehmen konnten, besteht auch bei der Mehrheit ein ungutes Gefühl. Ich möchte daher hier Festhalten beantragen und unseren Beschluss als definitiv erklären.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral a déjà communiqué son adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances et impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	724-725
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 451

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

76.021

Patentrecht. Bundesgesetz
Droit des brevets d'invention. Loi

Siehe Seite 686 hiervor — Voir page 686 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 29. November 1976
 Décision du Conseil national du 29 novembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 37 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.024

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)
Constitution fédérale (finances, impôts)

I

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer

Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct

Siehe Seite 724 hiervor — Voir page 724 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1976
 Décision du Conseil national du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 28 Stimmen
 Dagegen 1 Stimme

II

Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung
Arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale

Siehe Seite 724 hiervor — Voir page 724 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1976
 Décision du Conseil national du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 22 Stimmen
 Dagegen 3 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

76.093

Ausgabenkürzungen. Bundesbeschluss über den Abbau von Bundesbeiträgen im Jahre 1977
Réductions des dépenses. Arrêté fédéral sur la réduction des subventions en 1977

Siehe Seite 636 hiervor — Voir page 636 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1976
 Décision du Conseil national du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 32 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

76.086

Dürrebeschädigte Betriebe. Massnahmen
Exploitations touchées par la sécheresse.
Mesures

Siehe Seite 706 hiervor — Voir page 706 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1976
 Décision du Conseil national du 16 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 33 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

76.018

Posttaxen. Zuständigkeit
Compétence pour fixer les taxes postales

Siehe Seite 673 hiervor — Voir page 673 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1976
 Décision du Conseil national du 17 décembre 1976

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 31 Stimmen
 Dagegen 4 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Präsident: Wie es so geht im Leben, sind auch in dieser Session im Ständerat Geburtstage gefeiert worden und werden noch gefeiert. Letzten Samstag hat unser 2. Stimmzähler, Herr Ulrich, seinen 60. Geburtstag gefeiert. Er hat damit jene Schwelle erreicht, an der man im allgemeinen vernünftig wird. Darum ist er auch Stimmzähler geworden, und er hat seines Amtes gut gewaltet. Ich wünsche ihm gute Jahre, gute Gesundheit für die weitere Aktivität.

Heute feiert unser Kollege Leo Arnold seinen 53. Geburtstag. Er ist damit in ein Alter gelangt, wo sozusagen die besten Mannesjahre beginnen. Ich wünsche ihm, dass er diese guten Jahre nützen könne zum eigenen und seiner Familie Nutzen sowie auch zum Nutzen der Eidgenossenschaft.

Am heutigen Tag vollendet sein 65. Altersjahr unser Herr Vizepräsident, mein Freund Robert Reimann. (Beifall) Er ist damit an jener Schwelle angelangt, wo man sagt, die Jugend beginne uns zu verlassen. Ich wünsche ihm, da er jetzt so langsam ins reifere Alter kommt, recht gute Gesundheit und noch viele Jahre des Wirkens in einem *otium cum dignitate*. Um ihm den Übergang ins AHV-Alter etwas zu erleichtern, erlaube ich mir, ihm einige Süssigkeiten zu überreichen, die ausserdem meinen Namenszug tragen.

Ihnen allen aber wünsche ich jetzt frohe, besinnliche und von jeder Hektik und falschen Betriebsamkeit freie Weihnachten und ein glückliches neues Jahr. Ich hoffe, Sie alle im Januar oder Februar nächsten Jahres, schlimmstenfalls im März, bei bester Gesundheit in diesem Saale wieder anzutreffen. Sitzung und Session sind geschlossen. (Beifall)

Bundesverfassung (Finanz- und Steuerrecht)

Constitution fédérale (finances, impôts)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1976
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1976 - 08:00
Date	
Data	
Seite	727-727
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 458